DER GROSSE WENDIG

Richtigstellungen zur Zeitgeschichte

GRABERT

Veröffentlichungen
des Institutes für deutsche Nachkriegsgeschichte
BAND XLI

In Verbindung mit zahlreichen Gelehrten des In- und Auslandes
herausgegeben von Wigbert Grabert

DER GROSSE WENDIG

Richtigstellungen zur Zeitgeschichte

herausgegeben von

Rolf Kosiek und Olaf Rose



GRABERT-TÜBINGEN

Druck und Bindung: Kösel, Almsried
Gesamtgestaltung: Claude Michel, Rottenburg/N.
Umschlagmotiv, Rückseite: Französischer Tank,
Gemälde von François Flameng, 1918.

Herausgegeben von Dr. Rolf Kosiek und Dr. Olaf Ruse
unter Mitwirkung von:

Dr. Fred Duswald, Götz Eberbach, Hans Flink, Philippe Gautier,
Friedrich Georg, Wolfgang Hackert, Michael Klotz, Dankwart Kluge,
Dr. Hans Meiser, Andreas Naumann, Dr, Claus Nordbruch,
Friedrich Karl Pohl, Dr. Walter Post, Karl Richter, Detlev Rose,
Günter Stübiger, Michael Winkler.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Der Große Wendig: Richtigstellungen zur Zeitgeschichte/
herausgegeben von Dr. Rolf Kosiek und Dr. Olaf Rose
Tübingen: Grabert-Verlag, 2008
(Veröffentlichungen des Institutes für deutsche
Nachkriegsgeschichte ; Bd. 41
ISBN 978-3-87847-235-3
NE: Der Große Wendig: [Sammlung];
Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte <Tübingen >
Veröffentlichungen des Institutes. . .

ISBN 978-3-87847-235-3

Postfach 1629, D-72006 Tübingen
www.grabert-verlag. d e

Gedruckt in Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Drittes Reich•159

Zweiter Weltkrieg •255

Widerstand und Verrat

Konzentrationslager

Verbrechen der Sieger

Nachkriegszeit • 661

Bundesrepublik -745

Vorwort

Erstaunlich schnell hat sich nach Erscheinen von Band 1 und Band 2 des *Großen Wendig* (2006) eine außergewöhnlich rege Nachfrage nach diesem in seiner Art einmaligen Nachschlagewerk ergeben. Die jeweils dritte verbesserte Auflage konnte schon erscheinen. Dadurch ermutigt und durch viele anerkennende Zuschriften in die Pflicht genommen, haben Herausgeber und Verlag beschlossen, noch einen dritten und ebenso umfangreichen Band wie die ersten zwei mit Richtigstellungen zur Zeitgeschichte herauszubringen.

Material dazu lag in genügendem Umfang vor: Einmal ergab die nachträglich möglich gewordene Auswertung des umfangreichen Zeitungsartikel-Archivs unseres bereits 1997 verstorbenen Mitarbeiters an den 15 blauen Heften *Richtigstellungen Zeitgeschichte* (1990—2003), Dr. Heinrich EBNKR **aus Tübingen, manche ergiebige Quelle. Zum anderen erhielten wir viele wertvolle Hinweise, Anregungen, Ergänzungen und Belege historischer Falschaussagen von den Lesern der ersten beiden Bände. Ihnen allen sei herzlich für diese Mitarbeit gedankt wie auch den Beziehern unseres Werkes, die nicht selten die beiden Bände erfolgreich weiterempfahlen, Zum dritten ergaben sich manche neue Erkenntnisse zur Zeitgeschichte im Laufe der letzten Jahre, die ausgewertet werden konnten und ein anderes als das bisher übliche Licht auf einige umstrittene geschichtliche Vorgänge werfen. Unvoreingenommene Historiker der Nachkriegsgeneration haben Revisionen vorgenommen, so zu der Rolle der Deutschen Wehrmacht im Rußlandfeldzug oder über das Wirken der Einsatzgruppen im Osten.**

Herausgeber und Verlag danken auch den neu hinzugekommenen Mitarbeitern, die auf S. 4 in diesem Band einzeln genannt worden sind, für deren gehaltvolle Beiträge. Bei diesen wurde nach Möglichkeit die individuelle Darstellungsweise beibehalten. Durch die einzelnen Verfasser bedingte Wiederholungen wurden dabei nicht gestrichen, da sie aus jeweils verschiedener Sicht angeführt worden sind und deswegen zusätzliche Informationen liefern.

Ein besonderer Dank der Herausgeber gilt Herrn Claude MICHEL **für die wie in den beiden ersten Bänden mit außergewöhnlichem Einfühlungsvermögen und großer Mühe vorgenommene ausgezeichnete Bebilderung und Gestaltung des Bandes sowie viele Anregungen zum Inhalt.**

Dieser dritte Band umfaßt wie die ersten beiden Bände den Zeitraum der letzten 150 Jahre der deutschen Geschichte. Die einzelnen Beiträge sind chronologisch nach der Zeit des jeweiligen Vorgangs geordnet. Auf die

Beschreibung einer Reihe weiterer noch richtigzustellender Vorgänge mußte verzichtet werden, da die anzuführenden Beweise in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht vollständig genug zu beschaffen gewesen waren. Das gilt zum Beispiel für das sogenannte »Massaker von Gardelegen< Ende April 1945 an KI .-Häftlingen, das so, wie es heute in der Öffentlichkeit dargestellt wird, mit großer Wahrscheinlichkeit nicht stattgefunden haben kann. Hinzu kam, daß der zur Verfügung stehende Raum in diesem dritten Band bereits durch die anderen Beiträge ausgefüllt war.

Alle vorliegenden Beiträge sind nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und bearbeitet worden. Sollten sich dennoch Fehler eingeschlichen haben oder falsche Quellen und unzutreffende Darstellungen angegeben worden sein, so sind die Herausgeber für entsprechende Hinweise darauf und für begründete Kritik dankbar. Herausgeber wie Mitarbeiter fühlen sich der historischen Wahrheit verpflichtet.

Die Richtigstellungen in den nunmehr vorliegenden drei Bänden des *Großen Wendig* wenden sich in der Regel gegen unberechtigte Schuldvorwürfe, die gegen Deutsche im Zusammenhang mit Vorgängen während der letzten anderthalb Jahrhunderte erhoben wurden und werden, oder gegen unzutreffende Herabsetzungen, die gegen einzelne Angehörige unseres Volkes geäußert wurden. Das mag auf den ersten Blick einseitig und deswegen unwissenschaftlich erscheinen oder sogar die Unterstellung von Verharmlosung oder Verherrlichung erwecken. Doch während letztere in keinem Fall von den Herausgebern und den Mitarbeitern beabsichtigt sind, ergibt sich ersteres aus den Zeitumständen: Nach 1945 wurde die deutsche Geschichte aus der Sicht der Sieger geschrieben und veröffentlicht, und die meisten deutschen Fachwissenschaftler wie die Medien hielten sich an die alliierten Auflagen und Wünsche. Die Umerziehung der Deutschen gelang deswegen fast vollständig. So kam ein einseitiges Geschichtsbild mit der Überbetonung der deutschen Schuld - die Deutschen als Verbrecher- und Tätervolk« - in der Öffentlichkeit zum Tragen. Diese ließ seit Jahrzehnten keine Gelegenheit aus, die Vorwürfe gegen die Deutschen und deren frühere Führung zu vergrößern. Gelegentlich kamen groteske Übertreibungen vor. Die Zahl der Opfer in manchen Konzentrationslagern, die im Laufe der Zeit auf einen Bruchteil der ursprünglich angegebenen gesenkt werden mußte, oder die Darstellung HITLERS als >Teppichbeißer< mit dem ihm unterstellten Plan zur Welteroberung seien als Beispiele genannt.

Immer noch bemühen sich die heute in Deutschland tonangebenden »politisch korrekten« Kreise krampfhaft, möglichst noch weitere Fälle deutscher Schuld zu finden und sie wie die bisher bekannten öffentlich auszuschlachten, während die deutschen Opfer meist verschwiegen und

verdrängt wurden. Institute, Zentralstellen und Stiftungen wurden mit der Aufgabe gegründet und unterhalten, im Rahmen der sogenannten Vergangenheitsbewältigung und der Aufarbeitung der Zeitgeschichte möglichst viele Verbrechen den Deutschen nachzuweisen. Daher bedarf es nach der jahrzehntelangen Tätigkeit dieser mit zahlreichen Stellen und großen Mitteln ausgestatteten Einrichtungen kaum einer Richtigstellung von Vorgängen mit bisher als zu klein dargestellter deutscher Schuld, Es werden heute noch immer nach mehr als 60 Jahren nach den betreffenden Vorgängen Strafprozesse gegen Neunzigjährige eingeleitet. Dabei geht es weniger um Gerechtigkeit als darum, den Medien neuen Stoff zur Belastung Deutschlands zu verschaffen und Anknüpfungspunkte für weitere Darstellungen einer einseitigen Bewältigung der deutschen Vergangenheit zu liefern. Dazu wurde auch die Justiz politisiert und zweckentfremdet. Deswegen wurde beispielsweise im Sommer 2007 die NS-Vergangenheit der — meist schon längst verstorbenen — Angehörigen des Bundeskriminalamtes — nach etlichen anderen Behörden und Berufsständen — mit großer Pressebeteiligung aufgearbeitet, und der Bundesgeheimdienst soll nächstens an die Reihe kommen.

Im Zusammenhang mit dem >Fall< Eva HERMAN im Herbst 2007 beschrieb die frühere 68er Juristin Sybille TÖNNILS in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (30, 9. 2007) sehr deutlich die herrschenden Umstände: »Im Herbst treffe ich mich mit meinen früheren Anwaltskollegen wieder zum geistigen Austausch. Worüber werden wir reden? Über die juristischen Untaten der Nazis. Mal wieder. Wir alten Linken tun das nämlich seit über dreißig Jahren. Wohl dem, der über ein bisher unbekanntes Schandurteil berichten kann. Der Gedanke, daß wir altlinken Anwälte mal untersuchen, wie weiß unsere eigenen Westen sind, darf nicht aufkommen.« Und sie erinnerte dann an die von den 68ern verharmlosten Stalinisten und Maoisten sowie RAF-Mörder. Sie ist, wenn auch sehr spät, zu der Erkenntnis gekommen: »Diese Ursachen (des Nationalsozialismus) lassen sich nicht erforschen, wenn man nur auf die Nazigreuel sieht. Es muß endlich erlaubt sein zu fragen, warum der Nationalsozialismus so erfolgreich war.«

Dieser seit Jahrzehnten in der deutschen Öffentlichkeit unberechtigt vertretenen Einseitigkeit der Geschichtsbetrachtung soll auch in diesem Bande entgegengewirkt werden, damit eine wirklichkeitsnähere Sicht der Geschichte entstehen kann. In vielen Fällen können und sollen deswegen auch die als falsch erkannten Aussagen sachlich richtiggestellt werden. Es soll keine vorhandene deutsche Schuld verringert oder gar weggeredet werden, sondern die vorliegenden Beiträge sollen dazu beigetragen, daß - wie in jeder Wissenschaft - durch freie Diskussion, durch Darlegung sachlicher Argumente und durch begründete Kritik an

der bisherigen Anschauung allmählich (asymptotisch) die Wirklichkeit der Geschichte — so wie sie wirklich geschehen ist — sichtbar wird. Zwei Generationen nach den meisten behandelten Vorgängen scheint es dazu an der Zeit zu sein.

Die Vielzahl der in den nun vorhegenden drei Bänden des *Großen Wendig* richtigestellten historischen Geschehnisse ist auch ein Beweis dafür, wie verzerrt das in der Öffendichkeit und von den Massenmedien verbreitete Bild der deutschen Geschichte des vorigen Jahrhunderts immer noch ist und wie erfolgreich Tabus verteidigt werden, die den Fortgang der Wissenschaft behindern. Schon in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts konnte man in der *Kirchenzeitung des Erzbistums Köln* die berechtigte Sorge lesen: »Daß in der jungen Generation zwei Drittel an die Kriegsschuld glauben, spricht nicht zugunsten des Geschichtsunterrichts und dürfte zu großer Besorgnis Anlaß geben. Der Grund hierfür liegt in der Zielsetzung des westdeutschen Nachkriegsunterrichts, der Überwindung völkischer und nationaler Denkweisen und damit der Abwertung des eigenen Volkes. Es ist daher schwer denkbar, daß der so beiastete junge Mensch sich einem Staat oder einer Gemeinschaft verpflichtet fühlt, die ihm durch die Erziehung das Bewußtsein vermittelt, Teil eines minderwertigen Voikes zu sein. Der Staat, der die völkische Realgruppe abwertet, der er zugehört, bringt die Gefahr auf, daß die den Bestand des Staates sichernde Einsetzung des Einzelmenschen für Staat und Volk ausbleibt, daß es nur staatsverdrossene Volksangehörige gibt und keine zu letztem Opfer bereite Staatsbürger. Diesem Zustand nähern wir uns leider immer mehr - eine Frucht unserer Erziehung.« (Zit. in *Protokolle des Landtags von Baden-Württemberg,* 5. Wahlperiode, 7. Sitzung vom 17. Juli 1968, S. 131.)

Rund drei Jahrzehnte später mußte der Rektor der Universität Konstanz, Professor Dr. Bernd RÜTHERS, feststellen (*Die Welt,* 17. 7, 1993), daß in den »wegen ihrer Massenwirkung so genannten Leitmedien... nur zu oft,herrschende' Ideologie verbreitet, wenn nicht hervorgebracht wird. So produzieren die Medien nicht selten verfälschte Bilder von Wirklichkeit«. Das geschehe sogar bewußt. So sei in den »Studienbriefen eines »Funkkollegsi der ARD »Medien und Kommunikation, Konstruktionen von Wirklichkeit 1990-91 <« stolz verkündet worden, was schon die wirklichkeitsfremden neomarxistischen 68er vertraten; »Wir konstruieren die Außenwelt. Es gibt keine Wirklichkeit unabhängig von unserem Zutun.« Wahrheit und Objektivität hätten für die journalistische Tätigkeit keine Bedeutung mehr, beide seien überholte Begriffe. Nur selten habe es Kritik an dieser **ORWELLschen** Auffassung aus den eigenen Fachkreisen gegeben, wie 1992 mit dem Buch *Was nun? — Über Fernsehen, Moral und Journalisten* des Chefredakteurs des *Zweiten Deutschen Fernsehens* (ZDF) Klaus BRESSER, der eingestand: »Wir schwammen zu lange im *mainstream* mit.

Wir waren zu stark ausgerichtet auf die Sichtweisen der Politik und die Lehrmeinungen der Wissenschaft. Wir vertrauten den Autoritäten, aber den eigenen Augen nicht.« Dadurch seien, so RÜTHERS, nicht die Wirklichkeiten in den Medien für den Leser dargestellt worden, was eigendich die Pflicht für eine unabhängige Presse in einer Demokratie sein sollte, »sondern die ideologisch gesteuerten Deutungen derselben durch Politiker und Wissenschafder«, Nicht die Geschichte, wie sie geschehen war, wurde vermittelt, sondern wie die Umerziehet sie gesehen haben wollten, Und wenn Historiker an Gymnasien auf diese Manipulation hinwiesen und Verzerrungen der Geschichte wissenschaftlich und quellenmäßig begründet richtigstellten, wurden sie auf Druck der »veröffentlichten Meinung« vom Schuldienst suspendiert wie der Berliner Studienrat Karl Heinz SCHMICK (*FAZ* 29. 6. 2005).

In den letzten Jahren hat sich die Gleichschaltung und Ideologisierung der Medien im Sinne der herrschenden »politischen Korrektheit« noch verstärkt. Eine politisierte und zur Verteidigung von historischen Tabus mißbrauchte Justiz unterstützt diese öffentliche Indoktnnierung und die damit verbundene Vermittlung eines falschen Geschichtsbildes. Die im Jahre 2007 gegen gewaltfreie Andersmeinende wie die Geschichtsrevisionisten Ernst **ZüNDEL** und Germar RUDOLF vom Landgericht Mannheim verhängten unverhältnismäßig hohen Freiheitsstrafen von fünf und zweieinhalb Jähren Haft wegen angeblicher »Volksverhetzung« allein durch Äußerung unliebsamer Ansichten zur Zeitgeschichte legen davon Zeugnis ab.

Es geht bei der notwendigen Revision in der Zeitgeschichte und bei der Zurückweisung unberechtigter Schuldvorwürfe auch noch um zwei andere Auswirkungen. Bundestags-Vizepräsident Hans KLEIN (CSU) drückte das in der *Welt am Sonntag* (7. 7. 1996) mit den Worten aus: »Wir Deutschen leben unversöhnt mit unseren Toten — es wird über Menschen, die tot sind, in einer Weise gesprochen, als handle es sich um ein Verbrecherkollektiv.« Ähnlich hatte schon rund zwanzigjahre vorher Bundeskanzler Helmut SCHMIDT (SPD) davor gewarnt, die deutsche Geschichte zu einem Verbrecheralbum zu machen. Und der angesehene frühere Minister und Bundestagsabgeordnete Dr. Alfred DREGGER (CDU) stellte um dieselbe Zeit wie KLEIN (17.1. 1996) in seiner Rede »Gegen die pauschale Diffamierung« in Bonn mit Recht fest: »Wer die Generationen trennt, trifft die Nation in ihrem Kern. Und wir sind betroffen.«

Es geht also bei der Revision in der Zeitgeschichte auch um Gerechtigkeit für mehrere deutsche Generationen des 20. Jahrhunderts, um das Ende einer unberechtigten Diffamierung von Menschen, die idealistisch handelten und viel für ihr Volk opferten.

Ebenso geht es um die Zukunft unseres Volkes. Gewisse Kreise wollen keine Normalisierung des Selbstbewußtseins der Deutschen. Sie wol-

len die Erhaltung des durch die Umerziehung bewirkten gegenwärtigen neurotischen und traumatisierten Zustandes der Deutschen, die sich weiterhin als »Täter- und Verbrechervolk« fühlen sollen. Sie erstreben die Verewigung des von der »Frankfurter Schule« eingeleiteten und von den 68ern durch Diffamierung der Kriegsgeneration und ihrer Geschichte verstärkten Kampfes zwischen den Generationen, eines Kampfes, der bereits viele Familien aufgelöst und damit die Grundlage unseres Volkes schon weitgehend zerstört hat und weiter zerstört.

Dieser Zustand wurde schon früher aufgezeigt, die Warnungen drangen aber nicht durch. So wurde von den Neomarxisten um Jürgen HABERMAS im Historikerstreit 1986 die von dem Berliner Historiker Ernst NOLTE zu Recht geforderte Historisierung der Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht freigegeben, sondern es wurde weiterhin — und das sogar unter Bezugnahme auf die Aufklärung - die polirisch korrekte Beachtung von geschichtlichen Tabus auch für die Zukunft durchgesetzt - eine intellektuelle Perversion.

Wir hoffen, daß Arthur SCHOPENHAUER doch recht hat, wenn er meint, beobachtet zu haben, »daß wir den wissenschaftlichen, literarischen und artistischen Zeitgeist ungefähr alle 30 Jahre deklarierten Bankrott machen sehen. In solcher Zeit nämlich haben alsdann die jedesmaligen Irrtümer sich so gesteigert, daß sie unter der Last ihrer Absurdität zusammenstürzen«. (Zitiert in: *FAZ,*, Nr. 68, 21. 3. 2007, S. 5)

Und immer mehr Wissenschaftier werden erkennen, was TEILHARD DE CHARDIN verkündete: »Bei der Wissenschaft gilt: Am Anfang steht der Zweifel. Der Zweifel ist der Beginn der Wissenschaft. Wer nichts anzweifelt, prüft nichts. Wer nichts prüft, entdeckt nichts. Wer nichts entdeckt, ist blind und bleibt blind.« (Zitiert in: *Die Welt*, 8. 7. 2006, S. Bl)

Dazu bedarf es dessen, was Johann Wolfgang VON GOETHE an ECKERMANN am 16. Dezember 1828 schrieb: »Man muß das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse. In Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten, überall ist der Irrtum oben auf, und es ist ihm wohl und behaglich im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.«

Herausgeber und Verlag hoffen, daß auch dieser dritte Band eine gute Aufnahme findet und mit dazu beiträgt, daß die historische Wahrheit sich verbreitet und sie das einseitige und vielfach verzerrte Geschichtsbild der Umerziehung von der Vergangenheit der Deutschen langsam ablöst.

Tübingen, am 9. November 2007,
dem 18. Jahrestag der Maueröffnung
als des Beginns der deutschen Wiedervereinigung

Dr, Rolf Kosiek

Statt einer Einleitung:

Professor Dr. Barnes - Vorkämpfer des modernen historischen Revisionismus

Im August 1968 verstarb in den Vereinigten Staaten der vielfach geehrte Historiker Prof. Dr. Harry Himer BARNES.[1] Er lehrte an mehreren Hochschulen Amerikas, an der Columbia-, Syracuse- und Clark-Universität, am Barnard- und Smith-College, an den Universitäten von Colorado und Indiana und anderen. Er war hochgeachtetes Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Vereinigungen, unter anderen der American Historical Association, der Academy of Political Science, der Society de Sociologie Masaryk, der Society of American History und der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Er traf mit den führenden Politikern des Ersten Weltkrieges zusammen, mit Kaiser WILHELM II, mit TIRPITZ, mit den Botschaftern SCHÖN, POURTALES, BOGITSCHEWITSCH und Jules CAMBON, mit dem österreichischen Außenminister Graf BERCHTHOLD, mit Joseph CAJLLAUX aus Frankreich, mit BENS in England, mit Freiherrn VON SCHILLING, dem Kanzleichef des russischen Auswärtigen Amtes usw. Bei seiner Europareise 1926 erregte er mehr Aufsehen als US-Präsident Theodore ROOSEVELT 1910. Allein in München sprach er zu fast 20 000 Zuhörern. Prof. BARNES hat mehr als 70 Bücher und Hunderte von Aufsätzen veröffentlicht.[2]



Harry Elmer BARNES (1889-1968) gilt als Begründer des akademischen Revisionismus in der Zeitgeschichte.

Sein geistiges Schaffen umfaßt die Gebiete der Kultur- und Geistesgeschichte, der Soziologie, der Kriminologie, der Historiographie, vor allem aber das der politischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. BARNES gilt noch heute als einer der hervorragendsten Sachkenner auf dem Ge-

[1] Biographisches in der Festschrift: Learned CRUSADER, *The new History in action,* hg. von GODDARD, Colorado Springs 1968, und Ralph Miles COHF.N, *The American Revisionists,* University of Chicago Press, Chicago-London 1967.

[2] BARNES' wichtigste Arbeiten sind: Zum 1. Weltkrieg a) *The Genesis of the World War,* New York M 929; deutsche Übersetzung: *Die Entstehung des Weltkrieges,* Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1928 (gekürzt), b) *In Quest of Truth and justice,* Chicago 1928. c) *World Politics in modern Civilisation,* New York 1930. d) *Kriegsschuld und Deutschlands Zukunft,* Berlin 1930. - Zum 2. Weltkrieg: a) *Perpetual Warfor perpetual Peace,* Caldwell 1953; deutsche Obersetzung: *Entlarvte Heuchelei,* Priester, Wiesbaden 1961 (gekürzt), b) *Die deutsche Kriegsschuldfrage,* Grabert, Tübingen 1964. c) *Selected "Revisionist Pamphlets,* Arno Press, New York 1972. d) *Pearl Harbor after a Quarter of a Century,* Arno Press, New York 1972. - Sonstiges: a) *A History of historical Writing,* New York "1962. b) *An intellectual and cultural History of the western World,* 3 Bde., New York 31965. c) *History of western Civilisation*, 2 Bde., New York 1935.

biet der Kriegs**Ursachen**forschung. Seine Werke sind **nach** wie vor grundlegend, sein Lebenswerk ist zukunftsweisend.

Geschichtswissenschaft in Not

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges war auch die Geschichtswissenschaft ins Wanken geraten. Die politische Propaganda der Alliierten hatte sich tonangebend durchgesetzt. Eigenständige Forschung war kaum mehr gefragt. Aufgabe des I Iistorikers sollte von nun an sein, die >richtige<, das heißt die gerade gewünschte Auffassung fachlich zu untermauern. Also galt es, wie in Versailles festgelegt, die alleinige Schuld Deutschlands am Ausbruch des Ersten Weltkrieges nachzuweisen. Die Qualität des Argumentes war dabei weniger wichtig, wenn nur das Ergebnis stimmte. Die Gründe dafür hatte der britische Premierminister LLOYD GEQRGF. SO dargelegt: »Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist.«[3]

Gegen diese Art von Geschichtsbetrachtung schlossen sich zunächst in den USA Anfang der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts einige aufrechte Historiker zusammen, die seither als Revisionisten bekanntgeworden sind.[4] Ihnen ging es darum, die bisherigen Grundlagen wissenschaftlicher Geschichtsforschung zu erhalten. Gewissenhaftes Quellenstudium und unbestechlicher Wille zur Wahrheit lauteten ihre Parolen, Neben Sidney Bradshaw FAY, Walter Millis Hartley GRATTON und dem berühmten Charles BEARD war Harry Elmer BARNES einer ihrer profiliertesten Vertreter, Unerbittlich entlarvte er Lüge und Fälschung.

[3] Otto Eisner JAGOW, *Unter dem Joch von Versailles,* Berlin 1923, S. 98.

[4] COHEN, aaO. (Anm. 1).

Erkenntnisse zum Ersten Weltkrieg

Die Kronratslegende vom 5. Juli 1914: An diesem Tage soll Kaiser WILHELM II, mit seinen Beratern beschlossen haben, Europa in einen Krieg zu stürzen. BARNES wies nach, daß die meisten der angeblichen Teilnehmer an dieser erfundenen Sitzung sich damals gar nicht in Berlin befanden,[15] und zitierte den französischen Ministerpräsidenten POINCARF., der seinerseits dazu feststellte: »Ich behaupte nicht, daß Deutschland und Österreich während dieser ersten Phase die bewußte Absicht hatten, einen allgemeinen Krieg zu provozieren. Es existiert kein Dokument, das uns das Recht zu der Vermutung geben könnte, daß sie zu jener Zeit einen so systematisch durchdachten Plan gehabt hätten.«[6]

Zur russischen Mitwisserschaft am Mord in Sarajewo am 28, Juni 1914 ermittelte BARNES das Folgende:

»Daß die Russen dem ganzen Verschwörerwesen ihre Unterstützung angedeihen ließen, steht absolut fest. Der russische Gesandte in Belgrad, HARTWIG, wußte von dem Komplott lange vor seiner Ausführung. Oberst

[5] Harry Elm er BARNES, *Die Entstehung des Weltkrieges,* aaO. (Anm.l), S. 179.

[6] Ebenda, S. 182.

Bozin SIMITSCH, BOGITSCHEWITSCH und Leopold MANDEL haben nachgewiesen, daß DIMITRIJEWITSCH in heimhchem Einverständnis mit ARTAMANOW, dem russischen Militärattache in Beigrad, handelte. ISWOLSKI erzählt, unmittelbar nach dem Mord habe ein Bote des Königs von Serbien ihm die Meldung überbracht: »Wir haben soeben ein gutes Stück Arbeit verrichtet.*«

Die französische Politik beurteilte BARNES als auf völlige Vernichtung Deutschlands gerichtet.[8] Zwei Belegstellen mögen insoweit genügen:

1. Der belgische Botschafter in Frankreich, Baron **GuiLLAüME,** meinte im Januar 1914: »Ich hatte bereits die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Herren **PoiNCARé,** DELCASSÉ, MILLERAND und deren Freunde es sind, welche die nationalistische, militaristische und chauvinistische Politik ausgesonnen und betrieben haben, deren Wiedererwachen wir miterleben. Sie ist eine Gefahr für Europa und für Belgien. Ich sehe darin die schwerste Gefahr, die heute Europas Frieden bedroht.«[9]

2. POINCARE antwortete am 29. Juli 1914 auf die Frage: »Glauben Sie, Herr Präsident, daß man den Krieg abwenden kann?«, mit: »Dies zu tun wäre sehr bedauerlich, denn wir werden niemals günstigere Umstände finden.«[10]

BARNES legte dar, daß England 1914 keineswegs nur wegen der Verletzung der belgischen Neutralität Deutschland den Krieg erklärt habe und in den Krieg eingetreten sei. Als Kronzeugen dafür berief er sich auf den englischen Außenminister GREY. Dieser »selbst sagt uns in seinen Memoiren, daß er auch ohne Belgien den Versuch gemacht haben würde, England in den Krieg hineinzuziehen, und daß er zurückgetreten wäre, wenn ihm dies mißlungen wäre«.[11]

Unterstreichend führte BARNES den englischen Gelehrten CONYBEARE an, der nach dem Krieg einräumte:

»GRF.Y war zweifellos in der Woche vor dem Krieg genauso ein Heuchler, wie eres in den acht Jahren vorher gewesen war. Wir griffen Deutschland aus drei Gründen an. Erstens, um seine Flotte zu demütigen, ehe sie noch größer geworden war, zweitens, um seinen Handel in unsere Hand zu bekommen, drittens, um ihm seine Kolonien wegzunehmen.«[12]

Besonders scharf ging BARNES mit der amerikanischen Politik ins Gericht. Nicht der uneingeschränkte U-Boot krieg der Deutschen war der eigentliche Kriegsgrund gewesen, sondern die amerikanische Finanzwelt witterte üppige Geschäfte.

»Von den Aussichten dieser Mächte auf Kriegs erfolge und von ihrer Fähigkeit, den Krieg in die Länge zu ziehen, hingen das relative Ausmaß der amerikanischen Profite und die Wahrscheinlichkeit ab, die den Ententemächten verkauften Waren bezahlt zu bekommen.«[13]

[7] BARNES, ebenda, S. 128 f.

[8] Ebenda, S. 316.

* Ebenda, S. 293.

[10] Ebenda, S. 302.

[11] Ebenda, S. 400.

[12] Ebenda, S. 425.

[13] Ebenda, S. 445.



Deutsche Karikatur im Zusammenhang mit WILSONS Willen, in den Krieg einzutreten. »Der müde Schnitter« »Ich kann nicht mehr! - Du mußt! Ich zahle die Überstunden!«

US-Präsident WILSON ließ daher seinen Vertrauten Colone) HOUSE an den britischen Außenminister Lord GREY die Botschaft übermitteln:

»Die Vereinigten Staaten hätten den Wunsch, daß Großbritannien alles tue, was den Vereinigten Staaten dazu behilflich sein könne, den Verbündeten Beistand zu leisten.«[14]

Schon im April 1916 hatte der amerikanische Präsident seine Absicht angekündigt, »die Vereinigten Staaten in Kriegszustand zu versetzen, und dies sofort .,. WILSON drohte nun und sagte, jeder, der ihm in den Weg trete, würde, wenn er einmal seinen Vorsatz durchzuführen begänne, politisch vernichtet werden«.[15]

In der Reihenfolge der Verantwortlichkeiten faßte BARNES den revisionistischen Standpunkt für die Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges wie folgt zusammen: Schuld seien in erster Linie Serbien, Frankreich und Rußland. Sodann komme Osterreich, »obschon dieses niemals einen allgemeinen europäischen Krieg gewünscht hat«. Endlich kämen Deutschland und England, »wobei der deutsche Kaiser viel eifrigere Anstrengungen zur Erhaltung des europäischen Friedens (machte, D. K.) als Sir Edward GREY«.[1?]

Man kann dieser Bewertung nun zustimmen oder nicht. Tatsache bleibt, daß BARNES wesentlich dazu beigetragen hat, die Versailler Kriegsschuldlüge *ad absurdum* zu führen. Die von ihm angeführten Beweise sind ja nicht zu bestreiten und können von jedermann nachgeprüft werden. Wenn also PoiNCARF., Wil-SON und andere sich für den Krieg ausgesprochen haben, so sind sie zweifellos mitschuldig an der Katastrophe von 1914-1918. Da mögen die deutschen Historiker nach 1945 wie FISCHER und GRISS noch so viele »neue Erkenntnisse« anbieten, an diesen Feststellungen der Revisionisten kommen sie nicht vorbei, wobei obige Zeugnisse

[14] BARNES, ebenda, S. 458 f.

[15] Ebenda, S. 460.

[16] Ebenda, S, 482.

natürlich nur eine ganz geringe Auswahl aus dem umfangreichen Dokumentmaterial darstellen.

Ebenso klar und überzeugend wandte sich BARNES gegen die Greuelpropaganda der Alliierten im Ersten Weltkrieg. Die Behauptungen im BRYCE-Bericht widerlegte er durch Äußerungen des britischen Premierministers LLOYD GEORGE und des italienischen Regierungschefs Francesco Nitti, die beide einräumten: »... daß niemals jemand ein belgisches Kind gesehen hat, dem die Deutschen die Hände abgeschnitten gehabt hätten«.[17] Die angeblichen >Leichenfabriken< führte er auf entstellte Fotografien und erfundene Tagebucheintragungen zurück. Schließlich erbrachte er den Nachweis der systematischen Fälschung sogenannter deutscher Kriegsverbrechen. Sein Gewährsmann war ein prominenter Vertreter der französischen Presse, der nach dem Ersten Weltkrieg in seinen Erinnerungen über die Propagandazentrale in Paris offen bekannte:

[17] Harry Elmer BARNES, *Die Entstehung des Weltkrieges,* aaO. (Anm.l), S. 225.

[18] Ebenda, S, 227.

»In den Kellerräumen standen die für den Druck der Presseerzeugnisse notwendigen Maschinen, unter dem Glasdach hauste die fotochemigraphische Abteilung. Ihre Hauptarbeit bestand darin, von Holzfiguren mit abgeschnittenen Händen, herausgerissenen Zungen, ausgestochenen Augen, zertrümmerten Schädeln, mit bloßgelegten Gehirnen Lichtbildaufnahmen und Druckstöcke anzufertigen. Die so gewonnenen Bilder wurden als untrügliche Dokumente, sozusagen als Augenzeugen deutscher Greueltaten, in alle Welt gesandt, wo sie die von ihnen erwartete Wirkung ausübten. Im gleichen Raum wurden auch Aufnahmen von zerschossenen belgischen und französischen Kirchen, geschändeten Gräbern und Denkmälern und grauenhaften Ruinen hergestellt. Die Kulissen für die Aufnahmen wurden von den ersten Dekorationsmalern der Pariser Großen Oper geliefert.«[18]

Mitte der dreißiger Jahre hatten sich die Erkenntnisse der Revisionisten fast überall



Eine der zahllosen Propaganda-Lügen um die abgehackten Händen, hier französische Ansichtskarte von Oktober 1914: »Ihre Kriegstrophäe. Eine Hand mit Ringen ist besser als eine Fahne.«

durchgesetzt. In Frankreich folgten George DEMARTIAL, Mathias MORHARDT und Alfred FABRE-LUCE, in England E. D. MOREL, Lord MORLEY, Lowes DICKINSON und Irene COOPER WILLIS, in Deutschland Maximilian MONTGELAS, Hans DRAEGER, Erich BRANDENBURG, Hermann LUTZ, Alfred VON WEGERER, Friedrich STIEVE und viele andere. Es gab kein Werk, das die Forschungen von Prof. BARNES übergangen hätte. George Peabodv GOOCH, Herausgeber des englischen amtlichen Aktenwerkes über die Ursachen des Ersten Weltkrieges und unangefochtene Autorität auf dem Gebiet der Diplomatiegeschichte, würdigte schon damals den großen Wahrheitsforscher mit den Worten: »No other American has done so much as Prof. Barnes to familiarize his countrymen with the new evidence which has been rapidly accumulated during the last few years, and to compel them to revise their war-time judgements in the light of this new material,«[19] (Kein anderer Amerikaner hat so viel wie Prof. BARNES getan, um seine Landsleute mit dem neuen Beweismaterial vertraut zu machen, das schnell in den letzten wenigen Jahren zusammengetragen worden ist, und um sie zu zwingen, ihre Beurteilungen aus der Kriegszeit im Lichte dieses neuen Materials zu ändern.)

[19] BARN FS, *In Quest of Truth and Justice,* aaO. (Anm. 2), S. 421.

BARNES* größte Zeit sollte jedoch erst noch kommen.

Erkenntnisse zum Zweiten Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg hatte die Grundlage der Geschichtswissenschaft vollends zerschlagen. Das, was die Revisionisten in den Zwischenkriegsjahren mühsam erarbeitet hatten, lag in Trümmern. Grausame Kriegführung und Haß überlagerten alles. Diesmal versuchten die Siegermächte, in einem Schauprozeß - unter dem Deckmantel eines vermeintlich objektiven Gerichtsverfahrens und bei striktem Verbot, die alliierte Politik auch nur ansatzweise zu erörtern - die deutsche Alleinschuld festzuschreiben.[20] Die Besatzungspolitik der Alliierten für Deutschland hat ein übriges getan. Die deutsche Alleinschuld wurde zum Dogma.

[20] CONNORS, in: Bolko von RICHTHOFEN, *Kriegsschuld 1939-1941,* Vaterstetten 1975, S.U. Vgl. Werner MASF.R, *Nürnberg. Tribunal der Sieger,* Econ, DÜ s s eldo rf—Wie n 1977.

Und wieder war es BARNES, der ohne Rücksicht auf persönliche Belange dem Zeitgeist mutig entgegentrat. Nachdem die Historiker BEARD und TANSILL schon US-Präsident ROOSEVELT auf das schwerste belastet hatten, wagte BARNES im Hinbück auf die europäische Politik die damals geradezu ketzerische Feststellung, daß die Katastrophe von 1939 fast ausschließlich von den Engländern verschuldet worden sei.

»Während 1914 die britische Verantwortung für den Ersten Weltkrieg zur Hauptsache auf der schwächlichen und doppelzüngigen Haltung Sir Edward GREYS beruhte, also mehr eine negative als eine positive Verantwortung war, trugen die Engländer sowohl für den Ausbruch des deutsch-polnischen als auch des europäischen Krieges Anfang September 1939 nahezu die Alleinverantwortung. Lord HALIFAX, der britische Außenmi-

nister, und Sir Howard KENNARD, der britische Botschafter in Warschau, waren weit verantwortlicher für den europäischen Krieg von 1939 als SASONOW, IsworsKi und POINCARE für den von 1914.«[21]



Howard KENNARD, der britische Botschafter in Warschau.

Die deutsche Politik am Vorabend des Krieges bewertete er dementsprechend so:

»Hrn.FR war weit davon entfernt, etwa mit brutalen und unbilligen Forderungen überstürzt einen Angriffskrieg gegen Polen einzuleiten, er bemühte sich während der Augustkrise 1939 weit mehr, den Krieg abzuwenden, als der Kaiser während der Krise im Juli 1914.w[22]

Die etablierte Historikerschaft wagte die Auseinandersetzung nicht. Statt BARNES ZU widerlegen, hüllte sie sich in eisiges Schweigen. Die Taktik hatte sich geändert, das Ziel aber war dasselbe geblieben. BARNES nannte es »Geschichtsverdunklung« und kennzeichnete jene tonangebenden Forscher als »Hofhistoriker«,[23] Historiker, die unter der Bedrängnis einer argwöhnenden öffentlichen Meinung das von sich geben, was man von ihnen verlangt, nicht aber, was man gemeinhin von einem seriösen Geschichtswissenschaftler erwarten kann.

Der Vorwurf ist durchaus nicht übertrieben, denn andernfalls bleibt völlig unverständlich, warum diese Historiker entscheidendes Quellenmaterial - meist solches, das zugunsten Deutschlands spricht - einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Es handelt sich unter anderem um die *Forrestal Diaries*, das *Szembeck-Journal,* die Berichte Sven HEDINS, die Telegramme der deutschen Konsuln in Polen, vor allem aber um die sogenannten PoTOCKi-Dokumente. Weder der Historiker LANGER noch sein Fachkollege GLEASON, deren Veröffentlichung *The Challenge to Isolation*[14] weithin als Standardwerk angesehen wird, scheinen jemals etwas von diesen Beweisunterlagen gehört zu haben. Prof. HOFER, ihr deutscher Fachkollege, führt zwar einiges davon in seinem Literaturverzeichnis an, läßt aber bei der Wiedergabe das Entscheidende weg.[25] Diese Berichte polnischer Diplomaten, deren Echtheit heute zweifelsfrei feststeht,[26]besagen aber nichts anderes, als daß ROOSEVELT Ende der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts einen Krieg mit Deutschland ganz bewußt ansteuerte. Bereits am 12. Januar 1939 berichtete Graf POTOCKI, polnischer Botschafter in den USA, seinem Außenminister:

[21] Harry Flmer BARNIM, *Entlarvte Heuchelet*, Priester, Wiesbaden 1961, S. 16.

[22] Ebenda, S. 15.

[23] BARNES, *Die deutsche Kriegsschuldfrage*, aaO. (Anm. 2), S. 14 f. u. 71 ff.

[24] S. Everett GLEASON, *The Challenge to Isolation,* 2 Bde., New York 1952.

[25] Walther HOFER, *Die Entfesselung des 2. Weltkrieges,* Fischer, Frankfurt/M. 1964.

[26] Vom polnischen Botschafter in London ausdrücklich bestätigt. Siehe: Edward RACZYNSKI, *In Allied London,* Weidenfeld u. Nicoison, London 1962, S. 51.

»Der Präsident ROOSEVELT war der erste, der den Haß auf den Faschismus zum Ausdruck brachte. Er verfolgte dabei einen doppelten Zweck. 1. Er wollte die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes von den innerpolitischen Problemen ablenken, vor allem vom Problem des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. 2. Durch die Schaffung einer Kriegsstimmung und die Gerüchte einer Europa drohenden Gefahr wollte er das amerikanische Volk dazu veranlassen, das enorme Aufrüstungsprogramm Amerikas anzunehmen, denn es geht weit über die Verteidigungsbedürfnisse der Vereinigten Staaten hinaus.. . Der Weg war ganz einfach, man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers HITLER über der Welt hängt, andererseits mußte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalitären Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt.«[27] BARNES verwies auf diese Dokumente ausdrücklich. Als zusätzlichen Beleg für die alliierte Verantwortlichkeit führte er den britischen Premierminister CHAMBERLAIN selbst an, der 1939 nach Ausbruch der Feindseligkeiten in Europa geäußert hatte: »Amerika und das Weltjudentum hatten England in den Krieg getrieben«[28] (»America and the World Jews had forced England into the war«). Schließlich berief BARNES sich auf den damaligen US-Botschafter in England, Joseph KENNEDY. Dieser, der Vater des späteren US-Präsidenten, hatte unzweideutig festgestellt: »Weder die Franzosen noch die Briten hätten Poien zum Kriegsgrund gemacht, wären nicht die ständigen Sticheleien aus Washington gewesen.«[29]

Der Leser mag diese Zeugnisse für zutreffend oder für unzutreffend erachten, Er mag die Verantwortung der Engländer stärker hervorheben, die der Amerikaner geringer einschätzen oder eine völlig andere bevorzugen. Es ist jedoch völlig unwissenschaftlich, den Standpunkt führender Diploma-

[2] *Polnische Dokumente %ur Vorgeschichte des Krieges,* Birkhäuser, Basel 1940, S. 49.

[28] Das Originalzitat in: *ForrestaJDiaries,* The Viking Press, New York 1951, S. 122.

[29] Ebenda.



Neville CHAMBERLAIN am 15. September 1938 auf dem Obersalzberg. Das Gespräch mit HITLER bewog ihn dazu, die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland betreiben zu wollen.



US-Präsident Franklin Defano ROOSEVELT mit seinem Berater und >Chostwriter< Samuel ROSEN MAN. Dirk KUNERT *(Ein Weltkrieg wird programmiert,* S. 292) bemerkt zutreffend: »Als die dramatisch inszenierte Krieg-in-Sicht-Panikmache im Januar und Februar 1939 die Gemüter in einen bisher nicht gekannten Spannungszustand versetzt hatte, aktivierte ROOSEVELT das Tempo seiner psychologischen Kriegführung.«

ten, insbesondere den des britischen Premierministers, einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen. Es haben sich darüber hinaus doch auch andere Politiker, unter ihnen der polnische Botschafter in Paris, LUKASIEWICZ, der französische Außenminister George BONNET und der ehemalige südafrikanische Verteidigungsminister Oswald Pmow, in diesem Sinne geäußert.

Obwohl BARNES unermüdlich seine Stimme erhob, gelang der Durchbruch zunächst nicht. Erst als Prof. David L. HOGGAN Anfang 1961 sein Werk *Der erzwungene Krieg,*' das in der Zwischenzeit fünfzehn Auflagen erlebte, herausbrachte, riß der Schleier mit einem Mal auf. Die Kriegsschuldfrage war nicht mehr tabu, sie wurde wieder diskutiert. HOGGAN hatte die Bresche geschlagen. BARNES stützte ihn, wo er nur konnte. Sein ganzes Ansehen bot er auf, um dem *Erzwungenen Krieg* zum Durchbruch zu verhelfen.[31] Der Erfolg blieb nicht aus. Die Stimme der Revisionisten war unüberhörbar geworden, die Hofhistoriker waren auf dem Rückzug. Eine neue Forschergeneration schien sich durchzusetzen: Dirk BAVENDAMM, Alfred SCHICKET., Walter POST, Stefan SCHEIL in Deutschland; Alfred DE ZAYAS, David CALLEO, Bruce BARTLETT, Robert STINNET in den

[30] David L, HOGGAN, *Der erzwungene Krieg,* Grabert, Tübingen 1963. Der Verfasser legt Wert auf die Feststellung, daß er HOGGANS mitunter überspitzte Auffassungen nicht immer teilen kann. Bedauerlicherweise sind ihm bei der Abfassung seiner Studie einige recht unschöne Irrtümer unterlaufen, die er nur teilweise zufriedenstellend zu korrigieren vermochte.

[31] Trotz der engen Verbindung stimmten HOGGAN und BARNES durchaus nicht in allem überein, Ixider haben sich beide Historiker später überworfen.

USA; Helmut GORDON, John CHARMEF.Y in England; Jacques BENOIST-MECNIN in Frankreich; Viktor SUWOROW, Dimitri WOLKOGONOW aus Rußland unter anderen. Man beginnt, langsam wieder die Geschichte als Wissenschaft zu verstehen. Der Blickwinkel >Anklage oder Verteidigung< ist im Ergebnis viel zu emotional, viel zu kurzlebig, als daß sich daraus etwas Wirkliches lernen ließe. Grundlagenforschung tut not, wenn wir nicht zu Fehlschlüssen kommen wollen. Es ist das große Verdienst von Prof. BARNES, in einer Zeit, in der die Propaganda gnadenlos das Zepter führte, hier den richtigen Weg gewiesen zu haben. Das gilt um so mehr, als heute im Unterschied zur Weimarer Zeit zumindest die deutsche Regierung den Revisionisten fast durchweg Schwierigkeiten bereitet und jegliche Unterstützung verweigert. Dabei ging es BARNES niemals um die Rechtfertigung HITLERS oder des Nationalsozialismus. Schon die Problemstellung lehnte er als unhistorisch ab. Andererseits wandte er sich gegen jeglichen Versuch, die Tatsachen zurechtzustutzen, nur um den im Krieg unterlegenen Parteien, sei es Deutschland, Japan oder Italien, noch zusätzlichen Schaden zuzufügen. Das danken wir Deutsche ihm besonders.



David L. HOGGAN.

BARNES stellte seine Forschungen stets auf eine breite dokumentarische Grundlage. Seine Erkenntnisse mögen im einzelnen durch neueres Schrifttum ergänzt werden, in den großen Linien halten sie jedweder Kritik stand. Das gilt insbesondere im Hinblick auf seine Pearl-Harbor-Forschungen, die er noch kurz vor seinem Tod zum Abschluß bringen konnte.[12] BARNES bestätigte darin anhand neuer Quellen die Erkenntnisse Charles TANSILLS, daß ROOSEVELT die Japaner zum Überfall auf Pearl Harbor provozierte, um so durch die »Hintertür« in den europäischen Krieg einzutreten. Zusammenfassend führte er aus: »Es steht einwandfrei fest, daß ROOSEVELT sein Land in den Zweiten Weltkrieg gegen den Willen von 80 Prozent des amerikanischen Volkes hineingelogen hat.

Dieser Krieg kostete die Vereinigten Staaten etwa 1 Mill. Verluste... Die unmittelbaren Kosten an Geld beliefen sich für die Vereinigten Staaten auf etwa 350 Milliarden Dollar, die Gesamtkosten auf mindestens 1 Vz Billionen Dollar. . . ROOSEVELTS salbungsvolle moralische Verheißungen und HULLS fromme Wünsche sind vom Winde verweht; sie ließen die Schrecken des Massenmordes, entsetzliche physische Verheerungen, Verschleppungen im großen, rachsüchtige Metzeleien, legalisierte Lynchjustiz an geschlagenen Heerführern, eine Welt im Chaos und nur noch die Erinnerung an internationale Zusammenarbeit zurück.«"

Man hat BARNES wegen seiner Ausführungen auf das heftigste angegriffen, man hat ihn geschmäht, einen >Nazi< geschimpft und so weiter. Doch er ist nicht zu Kreuze gekrochen. Unbestechlich und kompromißlos blieb er der Sache verpflichtet und wahrheitsliebend, ein echter Wissenschaftier. Wir Deutsche sind ihm zu großem Dank verpflichtet. **Dankwart Kluge**

[32] BARNES, *Pearl Harbor after a Quarter of a Century,* aaO. (Anm. 2).

[33] BARNES, *Entlarvte Heuchelei,* aaO. (Anm. 2),S. 220 u. **222.**



Kaiserreich

Zur allmählichen Einkreisung Deutschlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Karikatur von A. HENGELER bezeichnet die Reaktion der meisten Deutschen im Jahre 1914 bestens: Das friedliche Deutschland wird gleichzeitig von dem französischen Hahn, dem englischen Seeungeheuer und dem russischen Bären bedroht. Angesichts dessen meint der Bauer:
»Es ist höchste Zeit, daß ich meinen Dreschflegel hole!«

Zur Grablege Napoleons III.

Die Kultur eines Volkes erkennt man auch an der Achtung, die seine Angehörigen den Friedhöfen und den Gebeinen toter Gegner entgegenbnngen. Die Sowjets zerstörten vielfach deutsche Soldatenfriedhöfe; TITOS Partisanenregierung befahl sogar nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Vernichtung deutscher Soldatengräber.[1] Die vier Alliierten des Zweiten Weltkrieges verstreuten die Asche der von der Nürnberger Siegerjustiz 1946 zum Tode durch den Strang verurteilten führenden deutschen Politiker und großen Heerführer an unbekanntem Ort.'

Dagegen achteten die von den Alliierten unberechtigt der Barbarei beschuldigten Deutschen Friedhöfe und Denkmale ihrer Feinde in erobertem Land. Sie ehrten darüber hinaus sogar Denkmale und Ehrenstätten ihrer Gegner. So stellten sie im September 1939 im eroberten Krakau eine militärische Ehrenwache am Grabmal des polnischen Diktators PiLSÜDSKI auf.[1] HITLER ordnete nach dem glücklichen Ende des Frankreich-Feldzugs die ehrenvolle Eberführung des Sarkophags mit den Gebeinen des nicht zur Regierung gekommenen NAPOLEON II. (1811—1832), des Herzogs von Reichstadt (in Nordböhmen), aus der Wiener Kapuzinergruft in den Pariser Invalidendom an, wo er, der einzige legitime Sohn NAPOLEONS I. (1769-1821), der zu dessen Gunsten abdankte, seit dem 15. Dezember 1940, dem 100. Jahrestag der Heimkehr seines Vaters nach Frankreich, von deutschen Soldaten überführt, nahe diesem liegt.[2]

Dem in England ruhenden NAPOLEON III. (1808-1873) geschah solches bisher nicht, weil Briten widersprachen. Der Neffe NAPOLEONS I., der 1848 Präsident der zweiten Republik wurde und sich 1852 zum Kaiser der Franzosen ausrufen ließ, ging nach dem von ihm erklärten, dann aber verlorenen Deutsch-Französischen Krieg 1871 nach England ins Exil, wo er 1873 starb und zunächst in der St. Mary-Kirche des südenglischen Chislehurst bei London beigesetzt wurde. 1881 erwarb seine Witwe, die Kaiserin EUGENIE, bei Farnborough ein Grundstück und ließ darauf die St. Michaels-Abtei als ein Mausoleum errichten. In diesem wurden 1888 NAPOLEON III. und sein schon 1879 im britischen Kolonialdienst in Südafrika von Zulus erschossener Sohn LOUIS-NAPOLEON, genannt Lou-Lou, sowie 1920 EUGENIE beigesetzt. Zunächst sorgten französische Prämonstratenser-Mönche für die Pflege, dann Benediktiner aus Frankreich. 1947 übernahmen britische Benediktiner das Mausoleum und dessen Betreuung.

Eine um 1960 gebildete französische patriotische »Vereinigung für die Rückkehr der Gebeine der kaiserlichen Familie< setzte sich energisch für eine Überführung der in England ruhenden Toten ein. Sie berief sich

[1] Beitrag Nr. 358, »Jugoslawische Behörden ordnen Grabschändung an«.

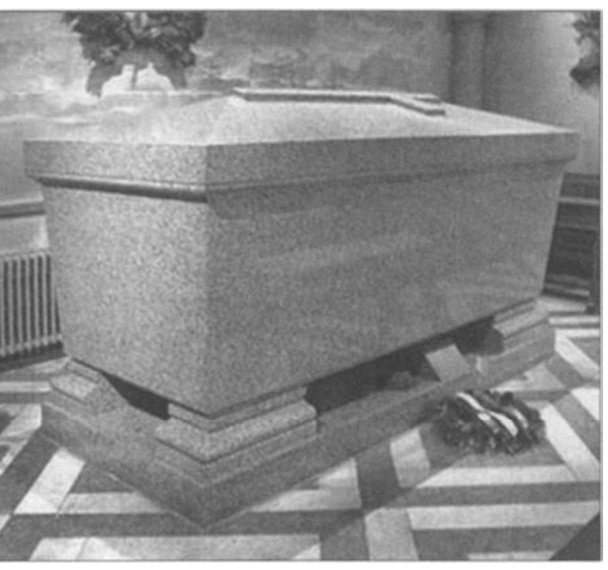
[1] Beitrag Nr. 6, »Angelsächsische Behandlung toter Gegner 1898 und 1945«.

[3] Beitrag Nr. 169, »Der Warschauer Aufstand 1944«.



NAPOLEON I





Links: Grab NAPOLEONS II. im Pariser Invalidendom.; *rechts:* Grab NAPOLEONS III. in der St, Michael's Abtei in Famborough.

auf ein Testament des >Prince Imperial, des Sohnes NAPOLEONS III., der erklärt hatte, er wünsche neben seinem Vater zu ruhen bis zu dem Tage, an dem sie beide mit NAPOLEON I. im Pariser Invalidendom vereint sein würden. Die angesehene Pariser Tageszeitung *Le Monde* schrieb sogar: »Ein König (Louis PHILIPPE 1840) hat einst die sterblichen Reste des ersten Kaisers im Invalidendom empfangen. Wird es die Fünfte Republik verstehen, dem zweiten Kaiser gegenüber die gleiche Seelengröße zu erweisen?«[4] Und der frühere Pensionsminister RIVOU.IT erklärte: »Man kann verlangen, daß nach einem Exil von 87 Jahren der Mann, der Frankreich zwei Provinzen (Savoyen und Nizza, R. K.) eroberte, endlich in Frankreich beerdigt wird.«

Doch die britischen Mönche verweigerten die Herausgabe der Sarkophage. Ihr Pater Sylvester erklärte: »Wir haben die Abteikirche mit allen anderen Gebäuden und Grundstücken erworben, und die Gruft einschließlich der Särge gehört dazu. . . Eine Überführung der Leichen nach Frankreich kommt nicht in Frage. Die Leichen gehören uns, und wir haben keine Lust, sie herauszugeben.«[4] Die Mönche wollen ihren Schatz eben behalten.

Selbst Charles DE GAULLE **als** regierender Staatspräsident schnitt um 1960 bei einem Besuch in London diese Frage nicht an, da seine Berater erkannt hatten, daß nur der Papst in Rom den britischen Mönchen Anordnungen geben könne. So ruhen diese Toten der kaiserlichen Familie weiterhin im Ausland, und Frankreichs Patrioten müssen zum Besuch der Gräber noch immer nach England reisen.

Rolf Kosiek

[4] Zitiert in »Die Särge von Famborough«, in: *Der SpiegelNr,* 22, 25. 5. 1960, S. 60.

Die Legende um die Pariser Kommune 1871

In der sozialistischen und bolschewistischen Geschichtsschreibung nimmt der Aufstand der Pariser Kommune von 1871 einen bedeutenden Platz ein. LENINS Sarg wurde 1924 in eine rote Fahne eingehüllt, die Pariser Aufständische 1871 auf den Barrikaden aufgepflanzt haben sollen. Auf dem 5. Kongreß der Komintern im Jahre 1924 wurde der 18. März, an dem 1871 die Kommune in Paris ausgerufen wurde, zum sowjetischen Gedenktag erklärt. Karl MARX hat den Pariser Aufstand »als die glorreichste Tat unserer Partei seit der Julirevolution« gefeiert, ihn als »Arbeiterrevolution« und »eine ruhmreiche Episode des Klassenkampfes« bezeichnet. Er hat auch das Märchen verkündet, daß in Paris zur Zeit des Aufstandes vom 18. März bis 28. Mai 1871 die Straßen »wirklich wieder einmal sicher waren, und das ohne Polizei«.[1]

Doch das ist falsch. Wie die geschichtlichen Tatsachen wirklich waren, hat der Historiker Günter GRÜTZNER dargelegt.[2] Danach erhoben sich nach der Ausrufung der Republik und dem französischen Vorfrieden mit Preußen vom Februar 1871 in Paris am 18. März 1871 die Bataillone der Nationalgarde, die von verschiedenen republikfeindlichen, kleinbürgerlichen und gegen die »Kapitulantenbande« der neuen Regierung unter Ministerpräsident THIERS eingestellten Gruppen unterstützt wurden. Unmittelbarer Anlaß war das Einrücken regierungstreuer Truppen in Paris, die die Herausgabe der von der Bürgermiliz in Besitz genommenen Kanonen verlangten. Danach werden zwei Generale ermordet, und die Regierung wurde für abgesetzt erklärt, die wie das Parlament den Sitz nach Versailles verlegte. In der von den deutschen Truppen eingeschlossenen französischen Hauptstadt bildeten sich ein Zentralkomitee der Nationalgarden und daneben ein Kommunerat aus unter anderen Jakobinern, Internationalisten und Sozialisten. Nach dem Vorbild von 1793 wurde Anfang Mai ein diktatorisches Wohlfahrtskomitee eingesetzt. Die Trikolore wurde durch die rote Fahne ersetzt, die Fabriken wurden in Arbeitergenossenschaften umgewandelt. Es herrschten jedoch eher anarchistische als kommunistische Zustände. Wie mehrfach in der französischen Geschichte stand das revolutionäre Paris gegen die vorwiegend konservativen Provinzen.

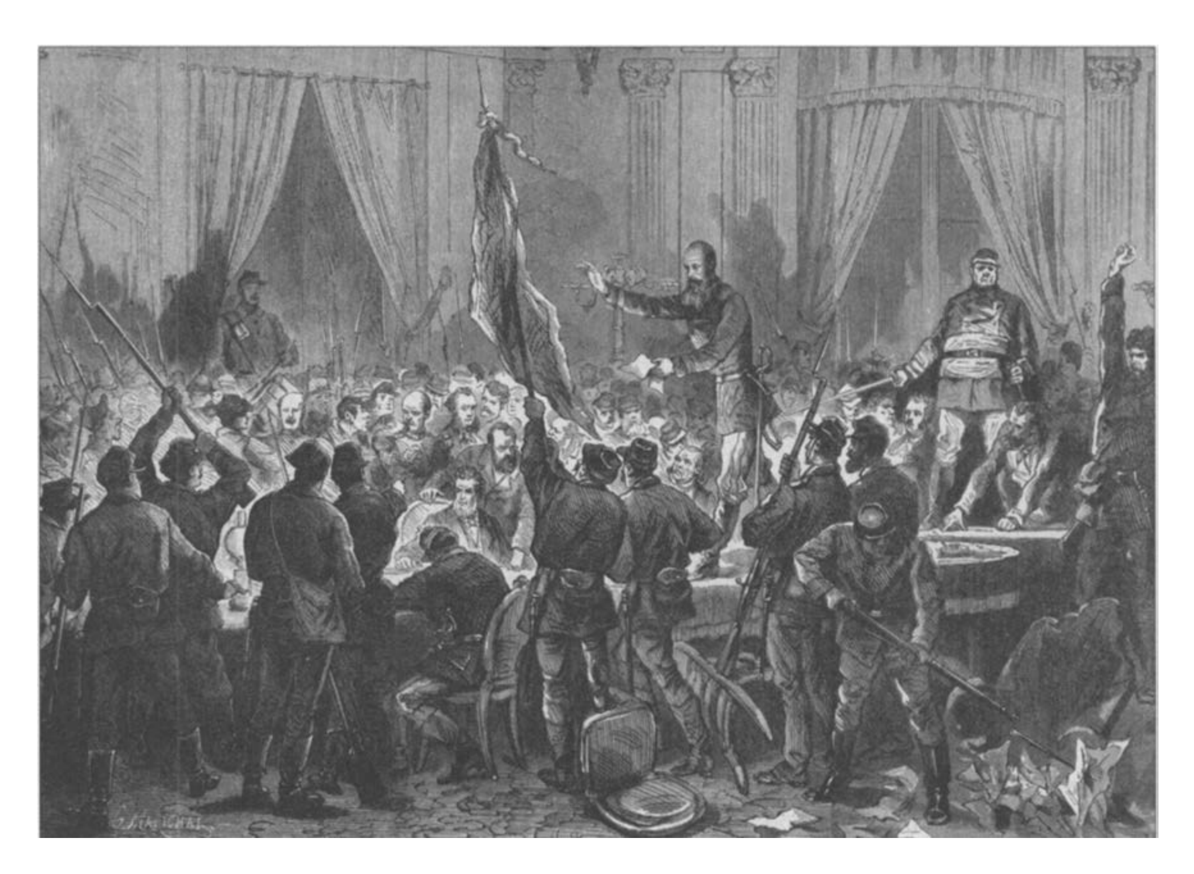
Die mit deutscher Duldung in Paris einrückenden französischen Truppen nahmen vielfach Massenexekutionen vor, worauf die Aufständischen mit Geiselerschießungen antworteten. Insgesamt kamen rund 20000 Menschen bei diesen Vorgängen ums Leben. Kriegsgerichtsprozesse dauerten bis 1875, erst 1876 wurde der Belagerungszustand in der französischen Hauptstadt wieder aufgehoben.

[1] Zitiert von Walter GEIS, »Entzauberung zweier liegenden«, in: *Deutsche Zeitung*, 1. 6. 1963.

[2] Günter GRÜTZNER, *Die Pariser Kommune, Macht und Karriere einer hegende. Die Auswirkungen auf das politische Denken in Deutschland*, Westdeutscher Verlag, Köln-Opladen 1963.



Adolphe THIERS.



31. Oktober 1870: Der Sitzungssaal der Regierung der nationalen Verteidigung wird von den Parteigängern der Pariser Kommune besetzt. Aus: *Der Deutsch-französische Krieg 1870/71 in Wort und Bild,* Reutlingen o.).

Die harten Maßnahmen der regierungstreuen Truppen wurden, auch im Ausland, als unverhältnismäßig kritisiert. Insbesondere der deutsche SPD-Vorsitzende August BEBEL griff im Reichstag die deutsche Regierung unter BISMARCK wegen der Duldung der Grausamkeiten heftig an und sagte voraus, »daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats >Krieg den Palästen, Frieden den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang* der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats sein wird«.[1] Auch wegen ihrer Stellung zur Pariser Kommune erhielten August BEBEL und Karl LIEBKNECHT 1872 je zwei Jahre Festungshaft.

So wurde in der sozialistischen Arbeiterschaft die Pariser Kommune mystisch überhöht, im Bürgertum als der >rote Schrecken* gefürchtet, was beides zu ihrer Überbewertung beitrug.

In Wirklichkeit könne mit einigem Recht gesagt werden, »daß nicht die Internationale die Kommune, sondern die Kommune die Internationale >gemacht< habe«, oder »daß nämlich die Kommune von 1871 dem Marxismus kaum etwas verdanke, aber dagegen der Marxismus sehr viel der Kommune«.[1]

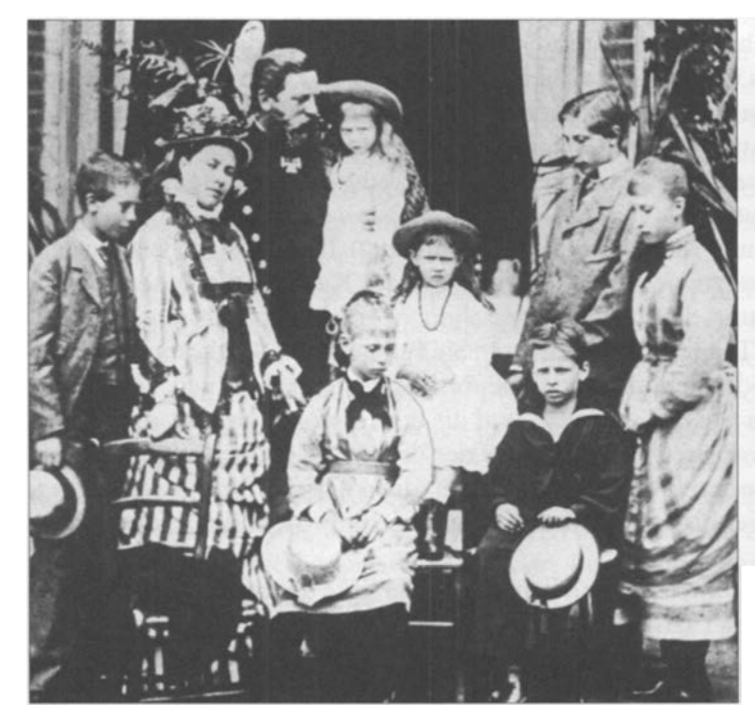
Rolf Kosiek

Zur Krankheit Kaiser Friedrichs III.

Der spätere Kaiser FRIEDRICH III. (1831-1888) stand schon während seiner Kronprinzenzeit stark unter dem Einfluß seiner Frau VIKTORIA, der ältesten Tochter der Königin VICTORIA von Großbritannien und Irland, Da sein Vater, Kaiser WILHELM I,, 91 Jahre alt wurde, kam FRIEDRICH erst spät im Jahre 1888 zur Regierung. Er war als fortschrittlicher und beliebter Monarch die Hoffnung vieler Deutscher. Im Jahre 1887 zeigten sich erste Anzeichen einer Halserkrankung mit Halsschmerzen, die dann ein Jahr später zum Tode führte.

Folgende Tatsachen darüber sind wenig bekannt: Der Berliner Chirurg Ernst VON BERGMANN diagnostizierte die Krankheit im März 1887 als ein Kehlkopfleiden und wollte eine kleine Wucherung an einem Stimmband operativ entfernen, wozu auch die ebenfalls hinzugezogenen Professoren TOBLER und GERHARDT rieten. Der Kronprinz stimmte dem Eingriff zu. Doch seine Frau drängte erfolgreich auf Aufschub und die Hinzuziehung des englischen Spezialisten MACKENZIE. Dieser behauptete, das Leiden ohne Operation heilen zu können, und empfahl einen Urlaub an der englischen Küste. Der dringende Rat VON BERGMANNS, weitere deutsche Spezialisten hinzuzuziehen, wurde abgelehnt.

FRIEDRICH III. regierte lediglich 99 Tage. Er starb am 15. Juni 1888 an Kehlkopfkrebs.





Kaiser FRIEDRICH III. mit seiner Familie, 2. v. I. seine Frau VIKTORIA, eine Tochter der Queen VICTORIA,

Im Sommer 1887 hielt sich das Kronprinzenpaar auf der Insel Wright, im Herbst in San Remo auf. Auf Drängen des Kaisers ging Professor BRAMANN mit, der jedoch von den englischen Ärzten angefeindet wurde. Als der Zustand des Kronprinzen immer schlechter wurde, verlangte der deutsche Arzt die Operation. Die Briten lehnten weiterhin einen Eingriff ab und gaben optimistische Berichte an die Presse.

Am 9. Februar 1888 erlitt FRIEDRICH einen schweren Erstickungsanfall, und im Hotelzimmer mußte ein Luftröhrenschnitt als letzte Rettung gemacht werden, den BRAMANN unter ungünstigen Verhältnissen durchführte, wobei die englischen Ärzte sich weigerten, eine Narkose zu machen. »Und gerade als er (BRAMANN) das Messer ansetzte, ließ der englische Arzt den Kopf des Kronprinzen niederfallen. Glücklicherweise nahm BRAMANN die Bewegung des Engländers wahr und konnte so Schlimmeres verhindern. So konnte an diesem 9. Februar 1888 durch einen Luftröhrenschnitt und das Einsetzen einer Kanüle das Weiteratmen gesichert werden. Doch hatte der Kronprinz dadurch die Fähigkeit zu sprechen verloren.«[1]

[1] Siegfried HERZOG, »Kaiser Friedrich III. Vom Lebensweg zum Leidensweg«, in: *Die Rundschau* Nr. 3, 2006, S. 10.

Daraufhin schickte der Kaiser VON BERGMANN nach San Remo, der dort wie vorher BRAMANN einen ständigen Kampf mit den Briten um Erleichterungen für den Kranken führen mußte.

Am 9. März 1888 starb WILHELM L hochbetagt. FRIEDRICH III,, nun neuer König von Preußen und Deutscher Kaiser, fuhr nach Berlin zurück. Er wohnte zunächst im Schloß Charlottenburg, ab Anfang juni im neuen Palais in Potsdam. »Bald darauf bekam der Kaiser einen erneuten Erstickungsanfall. Die englischen Ärzte, welche VIKTORIA weiterhin bevorzugte, hatten - zum Reinigen, wie sie sagten - die Atmungskanüle aus der Luftröhre herausgenommen. Dann vermochten sie die Kanüle nicht wieder einzusetzen.

Am 15. Juni 1888 starb Kaiser FRIEDRICH III. nach großen Qualen. BERGMANN setzte gegen den Widerstand der Kaiserin die Untersuchung des Leichnams durch. Die englischen Ärzte MACKENZIE und HOVELL wurden zur Teilnahme verpflichtet. Sie versuchten zu entkommen. Doch da Soldaten das Schloß umstellt hatten, mißlang der Versuch. Die Untersuchung, die BERGMANN leitete und die der Anatom VIRCHOW durchführte, bestätigte die frühere Diagnose der deutschen Ärzte: Kehlkopfkrebs. Mit versteinerten Gesichtern stimmten die englischen Ärzte dem Untersuchungsergebnis zu und unterschrieben das Protokoll über die Untersuchung.«[2]

[2] Ebenda, S. 10 f.

[1] Freifrau VON BRAND, *Persönliche Erinnerungen an ihren Vater Ernst von Bergmann während der Krankheit Kaiser Friedrichs III.* Tübingen , o. J. (um 1936).

Die aufschlußreichen medizinischen Berichte über den Kaiser wurden von der Tochter Ernst VON BERGMANNS der Nachwelt erhalten.[3]

Rolf Kosiek

Der Helgoland-Sansibar-Vertrag 1890

Durch Geschichtsbücher, Lexika und Medien geistert die Angabe, daß am 1. 7. 1890 im sogenannten Helgoland-Sansibar-Vertrag Deutschland von Großbritannien die Insel Helgoland im Tausch gegen die Insel Sansibar erhalten habe.[1]

Doch das trifft nicht zu. Sansibar hat nie zum Deutschen Reich gehört, sondern war ein souveränes arabisches Sultanat. Das Tauschobjekt für Helgoland war in Wirklichkeit die deutsche Kolonie Wituland in Ostafrika. Noch heute zeugen seltene Briefmarken aus Deutsch-Witu von dem deutschen Besitz, der der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt blieb. Die Kolonie erstreckte sich von der Tana-Mündung in Kenia bis zur Mündung des Juba-Flusses in Somalia - über 300 Kilometer Küstenlinie.[2]

Witu erwarben die Deutschen auf abenteuerliche Weise. Es war seit 800 Jahren der Hauptsitz der Sultane der Nabahanis. Ihr Todfeind war der Sultan von Sansibar, denn alle Sklaven, die aus seinem Machtbereich flohen, fanden beim Sultan von Witu Asyl, der die Sklaverei längst abgeschafft hatte.[3]

Sultan **ACHMED** von Witu suchte einen mächtigen Partner, der die Schutzherrschaft über Witu wegen der ständigen Attacken aus Sansibar übernehmen sollte. Über den deutschen Afrikaforscher **BRENNER** forderte er 1867 Preußen auf, das aber zu der Zeit andere Sorgen hatte. 1885 stimmte **BISMARCK** jedoch dem Begehren des Sultans zu, Vermittler waren die Brüder Clemens und Gustav **DENHARDT**, die sich in Ostafrika kaufmännisch und wissenschaftlich betätigten und die Voraussetzungen für den deutschen Erwerb des Landes schufen. So wurde Witu-Land deutsch, was aber nicht im Interesse der Engländer lag, denen ein großbritisches Afrika vorschwebte,[4]

Englands damaliger Premierminister Lord **SAUSBURY** hielt Helgoland für strategisch bedeutungslos und sah keinen Grund, es zu behalten. Seit 1873 plante **BISMARCK**, die rote Insel ins Reich zurückzuholen, die ursprünglich deutsch, dann dänisch (1714) und ab 1807 britisch geworden war. Das entsprechende Abkommen lief nicht, wie fälschlicherweise behauptet wurde, unter der Bezeichnung >Helgoland-Sansibar-Vertrag«, sondern unter »Vertrag über Kolonien und Helgoland*. Wichtigster Posten in dem Abkommen war Witu-Land, dazu das Ngami-Gebiet in Südwest-Afrika, jüngste Erwerbungen von Dr. Carl **PEIERS** in Uganda und bei Mombasa, dazu Grenzkorrekturen in Kamerun und Togo. Deutschland verpflichtete sich, die Schutzherrschaft Großbritanniens über die Inseln Sansibar und Pemba anzuerkennen. In Südwest-Afrika erhielt Deutschland den Caprivi-Zipfel.[5]

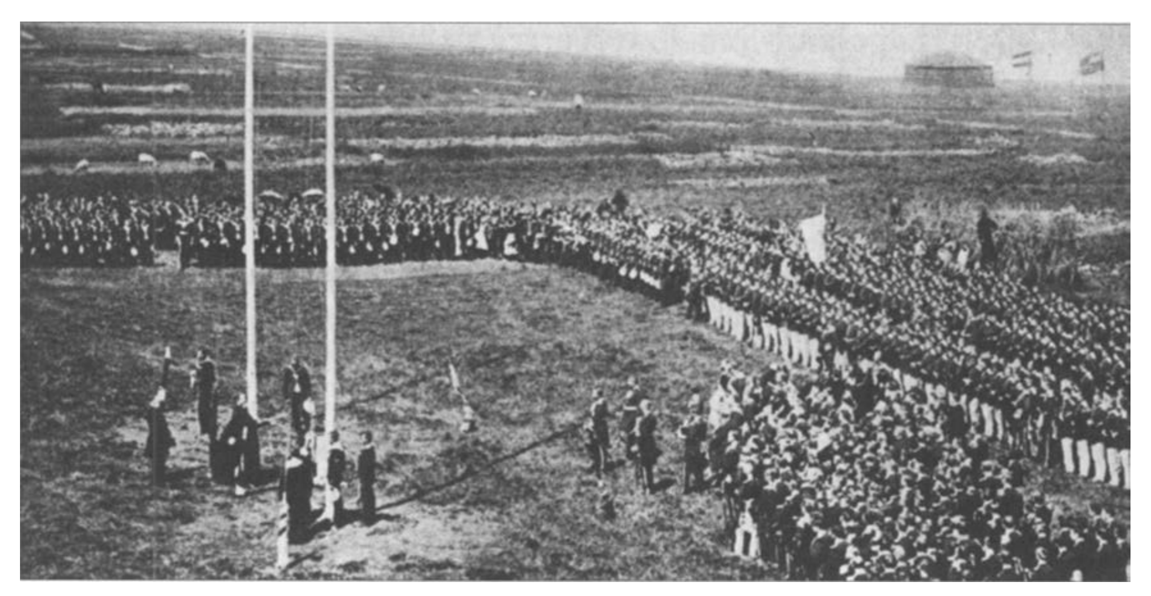
[1] So im *Großen Brockhaus* in 12 Bänden, Wiesbaden 1954, Bd. 5, S. 372.

[2] »Eine abgetragene Dankesschuld«, in: *Mitteilungsblatt des Traditionsverbandes ehemaliger Schuttz- und Überseetruppen*, Mai/Juni 1967, S. 15.

[1] Burkhard ViEWEG, *Macho-Porim,* Margraf, Weikersheim 1996, S. 151.

[4] Burkhard VIRWEG, »Die vergessene Geschichte von Deutsch-Witu oder Helgoland gewonnen — Witu verloren«, *Mitteilungsblatt des Traditionsverbandes ehemaliger Schutz- und Überseetruppen,* 3, 1993, S. 63-72.

[5] Burkhard ViEWEG, »Die Schutzbefohlenen verraten«, in: *Generalanzeiger Bonn,* 9. 8.1990, S. 21.



Hissung der Reichsflagge auf Helgoland am 9. August 1890 in Anwesenheit Kaiser WILHELMS II. Zuvor war die Übergabe Helgolands durch Sir Arthur BARKIY an Staatsminister von BOTTICHER erfolgt.

Die irrtümliche Ansicht, daß Helgoland gegen Sansibar eingetauscht worden sei, entstand wenige Tage nach Vertragsabschluß. BISMARCK, der sich nach seiner Entfassung auf sein Jagdschloß Friedrichsruh zurückgezogen hatte, wurde von Reportern bestürmt und gefragt, was er von dem Vertragsabschluß seines Nachfolgers halte. BISMARCK, in der Rolle des Ausgebooteten, antwortete verstimmt, daß man in der Politik mehr Ausdauer aufbringen müsse; nach ein paar Jahren Geduld und Verhandlungen hätten wir — und nicht die Engländer — Sansibar haben können. So aber sei das ein Verlust für uns.

Die Reporter griffen das Wort >Verlust< auf, und am nächsten Tag stand überall *zu* lesen, daß Deutschland das große Sansibar gegen das kleine Helgoland verloren habe. Jedes Dementi half nichts mehr. Die falsche Meinung >Helgoland gegen Sansibar< setzte sich durch.[6]

In Witu-Land schlug die Nachricht vom Vertrag wie eine Bombe ein. Das kleine Volk fühlte sich von den Deutschen verraten und verkauft. Denn nun war es den Engländern und Sansibar bedingungslos ausgeliefert. Die Deutschfreundlichkeit verwandelte sich in wilden Haß, und alle Deutschen, deren man habhaft werden konnte, wurden erschlagen. Daraufhin führten die Engländer eine Strafaktion durch, bei der der Sultan an Gift im Gefängnis starb."

Friedrich Karl Pohl

[6] »Nachdenken über Patriotismus in Deutschland, in: *Welt am Sonntag,* 12. 8. 1990; Burkhard **VIEWEG,** »Betr: Uwe Greve: >Der rote Felsen von Helgoland<« in: *MUT,* Nr. 6,1990.

Burkhard VIEWEG, »Die vergessene Geschichte von Deutsch-Witu«, in: *Deutsche Geschichte*, Nr. 11,1996.

Deutsche Prinzen auf Europas Throne gewählt

Nach 1945 wurde es üblich, die deutsche Geschichte als einen bedauerlichen >Sonderweg< mindestens seit Martin LUTHER oder FRIEDRICH DEM GROSSEN anzusehen. Die Umerziehung sollte deswegen das ganze deutsche Volk, das von Grunde aus böse und ein >Tätervolk< sei, vollkommen verändern.

Wie sehr jedoch im Gegensatz zu dieser Beurteilung in den letzten Jahrhunderten die Deutschen bei den europäischen Völkern beliebt waren, beweist nicht zuletzt die Tatsache, daß seit dem 17. Jahrhundert etliche deutsche Prinzen von den jeweils zuständigen Gremien der betreffenden Länder als Könige und Gründer einer neuen Dynastie gewählt und berufen wurden, wenn in diesen Fällen auch nicht immer wegen veränderter Zeitumstände die Errichtung eines neuen Königshauses auf Dauer verwirklicht werden konnte.

Eine nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erhebende Liste solcher Berufungen deutscher Prinzen zu Landesherren umfaßt die folgenden Fälle:

1. KARL X. GUSTAV von Schweden. Die nach GUSTAV ADOLFS Tod (1632) regierende Tochter CHRISTINE trat 1654 die Regierung an ihren Vetter KARL X. GUSTAV (1622-1660), einen Enkel KARLS IX., aus dem Hause Pfalz-Zweibrücken ab, dessen Nachkommen, insbesondere KARL XI. und KARL XII., bis 1720 in Schweden regierten und große Politik machten.

2. FRIEDRICH 1. von Schweden. Prinz FRIEDRICH von Hessen-Kassel regierte von 1720-1751 in Schweden,

3. ADOLF FRIEDRJCH von Schweden. Prinz ADOLF FRIEDRICH von Holstein-Gottorp regierte von 1751 bis 1771 in Schweden, seine Nachkommen bis 1818.







Von links KAHL X. von Schweden, FRIEDRICH I. von Schweden und AOOLF FRIEDRICH von Schweden.

4. AUGUST DER STARKE. Der sächsische Kurfürst AUGUST DER STARKE (1670—1733) wurde 1697 zum König von Polen gewählt und regierte als solcher mit einer Unterbrechung (1706-1709) bis zu seinem Tod. Die Krone Polens blieb bis 1763 bei den sächsischen Kurfürsten.

Von oben: OTTO I. von Griechenland, CAROL I. v on Rumänien und LEOPOLO von Hohenzollern-Sigmaringen.







5. LEOPOLD von Belgien. Prinz LEOPOLD von Sachsen-Coburg (1790-1865), jüngster Sohn des Herzogs FRANZ von Sachsen-Coburg, wurde am 4. Juni 1831 zum König des neu geschaffenen Belgiens gewählt. Sein Nachkommen regieren dort noch.

6. OTTO 1. von Griechenland. Prinz OTTO von Bayern (1815—1867), zweiter Sohn König LUDWIGS I. von Bayern, wurde nach dem Freiheitskampf der Griechen gegen die Türken am 8, August 1832 von der griechischen Nationalversammlung zum König von Griechenland gewählt, zog am 30. Januar 1833 in Naupiia ein, von wo die Residenz 1835 nach Athen verlegt wurde. Im Oktober 1862 wurde er durch eine Revolution gestürzt. Sein Nachfolger wurde am 30. Oktober 1863 Prinz WILHELM von Dänemark als König GEORG I.

7. MAXIMILIAN I. von Mexiko. Der Erzherzog MAXIMIIJAN von Österreich (1832-1867) nahm 1864 die ihm auf Betreiben NAPOLLONS III. angebotene mexikanische Kaiserkrone an, fiel aber nach Abzug der Franzosen durch Verrat in die Hände seines Widersachers JUAREZ und wurde mit seinen Generalen MIRAMON und MEJLA am 19. Juni 1867 in Queretaro erschossen.

8. KARL I. (CAROL I.) von Rumänien, Prinz KARL (1839-1914) von Hohenzollern-Sigmaringen, Sohn des regierenden KARL ANTON Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, wurde 1866 durch Volksabstimmung Fürst, am 26. 3. 1881 König von Rumänien. Sein Haus regierte dort bis zur erzwungenen Abdankung CAROLS II. am 6. September 1940.

9. FERDINAND von Bulgarien. Der Prinz FERDINAND von Coburg-Kohäry wurde 1887 von der bulgarischen Nationalversammlung in Tirnowo zum Fürsten von Bulgarien gewählt. Er erklärte am 5. Oktober 1908 die Unabhängigkeit seines Landes und nahm den Königs-(Zaren-)Titel an. Er dankte angesichts der Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg, den er als deutscher Verbündeter geführt hatte, am 3. Oktober 1918 zugunsten seines Sohnes BORIS III. ab, der 1943 starb. Dessen minderjähriger Sohn SIMEON kam nicht mehr zur Regierung, da am 8. September 1946 die Monarchie in Bulgarien abgeschafft wurde.

10. LEOPOLD. LEOPOLD von Hohenzollern-Sigmaringen (1835-1905), einem weiteren Sohn von KARI. ANTON Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, wurde, nachdem die spanische Königin IsABELLA II. durch eine Militärrevolution vom 18. September 1868 gestürzt worden war, vom spanischen Ministerpräsidenten PRIM die spanische Krone angeboten. Der Widerstand des französischen Königs NAPOLEON III. ließ ihn am 12.

Juli 1870 auf den spanischen Thron verzichten. An diesem Vorgang entzündete sich dann der Deutsch-französische Krieg 1870/71.

11. WILHELM L von Albanien. WILHELM Prinz zu Wied (1876-1945) wurde am 7. März 1914 in Durazzo nach Herstellung eines selbständigen Albaniens erster Fürst (Mbret) von Albanien. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges mußte er sein Amt am 5. September 1914 aufgeben.

12. FRIEDRICH KARL von Hessen. Prinz Friedrich KARL von Hessen wurde im Oktober 1918 in Finnland zum König gewählt, lehnte aber nach dem deutschen Zusammenbruch vom 1918 die finnische Krone ab. Finnland wurde daraufhin Freistaat.

13. Ein deutscher Prinz soll im Juni 1918 zum König von Litauen gewählt worden sein *(FAZ,* 3. 9. 1991), trat das Amt aber wohl nicht an.

14. Einen besonderen Fall steht das englische Königshaus dar. 1688 kam der Deutsche WILHELM III. von Nassau-Oranien, der Erbstatthalter der Niederlande, als Gemahl der Tochter MARIA des abgesetzten Königs JAKOB II., der aus der Linie der Stuarts stammte, auf den englischen Thron, Ihm folgte seine Schwägerin Anna (1702-1714). Durch den »Act of Setdement« wurden die hannoverschen Welfen Thronanwärter, und Kurfürst GEORG LUDWIG von Hannover wurde 1714 als GEORG I. englischer König. Die Personalunion zwischen London und Hannover währte bis 1837. Während der Zeit heirateten die Könige in London, gleichzeitig Kurfürsten von Hannover, immer wieder deutsche Prinzessinnen. Auf WILHELM IV. folgte 1837, da er keinen Sohn hatte, seine Tochter VICTORIA (1819-1901), die 1840 ihren Vetter ALBERT von Sachsen-Coburg und Gotha heiratete. Da in England die Dynastie nach dem Stammvater benannt wurde, hieß das englische Königshaus nun Sachsen-Coburg-Gotha. Im Ersten Weltkrieg wurde unter der deutschfeindlichen Propaganda der öffentliche Druck auf den regierenden König GEORGE V„ den Enkel. VICTORIAS, SO groß, daß er den Namen der königlichen Familie in >Windsor< - nach dem königlichen Schloß - änderte. Die jetzt noch seit 1952 regierende Königin ELISABETH II. heiratete 1947 den deutschstämmigen Prinzen PHILIP aus dem Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, Dieser hatte den Namen seines Onkels, des Earls Mountbatten angenommen, der bis 1917 Prinz LUDWIG ALEXANDER von Battenberg geheißen hatte, dann aber seinen Namen unter dem gegen Deutschland eingestellten Zeitgeist in Mountbatten umgeändert hatte. 1960 erklärte die Königin, daß ihre Nachkommen den Familiennamen >Mountbatten-Windsor< tragen sollten, die Königsfamilie weiter >Windsor< heiße.

Erwähnt sei, daß in den letzten Jahrhunderten viele deutsche Prinzen und Prinzessinnen in regierenden Häusern Europas gern zur Einheirat ausgewählt wurden. Die letzten Zaren waren fast rein deutschblütig, ebenso die gegenwärtigen Königinnen von England und Holland. **Rolf Kosiek**







Von oben: WILHELM Prinz zu Wied, FRIEDRICH KARL von Hessen und LUDWIG ALEXANDER von Battenberg,

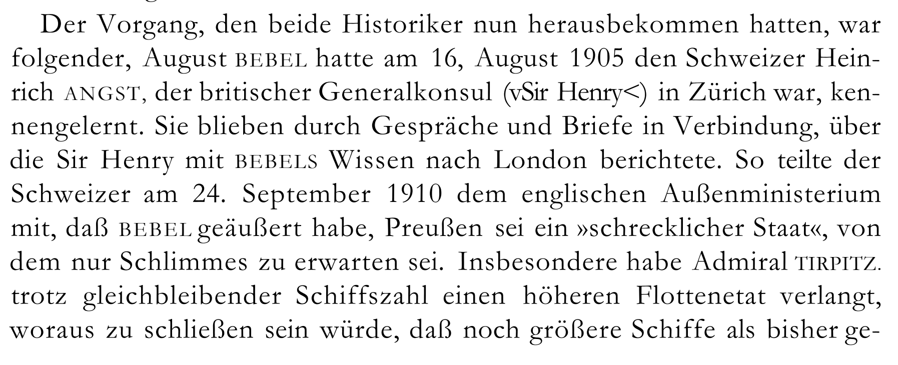
SPD-Chef Bebel verübte Landesverrat vor 1914

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges stimmte die SPD 1914 im Reichstag den Kriegsanleihen zu und stellte sich damit hinter die deutsche Regierung, Doch schon bald verweigerten linke SPD-Abgeordnete wie Karl LIEBKNECHT weitere Bewilligungen, trennten sich als Unabhängige Sozialdemokraten (USPD) von der SPD und arbeiteten auf Streik und Aufstand hin, was schließlich über die Meuterei auf der Hochseeflotte im November 1918 zum deutschen Zusammenbruch führte.



August BEBEL (1840-1913).

Wenig bekannt ist, daß schon in den Jahren vor dem Weltkrieg der langjährige SPD-Vorsitzende August BEBEL (1840-1913) über längere Zeit Landesverrat beging. Erst rund 60 Jahre nach dem damaligen Geschehen wurden die Beweise für diese erstaunliche historische Tatsache bekannt, die vorher nur vermutet worden war,[1] Der britische Geschichtsdozent Richard J. CRAMPTON von der Universität von Kent in Canterbury hatte in bis 1964 geheimgehaltenen Akten des Londoner Public Record Office die entsprechenden Dokumente eines jahrelangen Briefwechsels gefunden. Fast gleichzeitig hatte der deutsche Historiker Helmut BLF,Y (1935—, damals Uni Hamburg, ab 1976 TH Hannover) diese Unterlagen sowie auf seine gezielte Suche hin dann die Gegenstücke in der Zürcher Zentralbibliothek entdeckt. In Absprache miteinander veroffentlichte CRAMPTON seine Ergebnisse in einer Fachzeitschrift,[2] während BLEY ein Buch vorlegte.[3] Der Brite nannte BEBELS Verhalten sehr zurückhaltend ein »unorthodoxes Benehmen«, während der *Spiegel* zutreffender von BEBELS »ungeheuerlichen Informationen« an die Briten schrieb.[1]



Der Vorgang, den beide Historiker nun herausbekommen hatten, war folgender, August BEBEL hatte am 16, August 1905 den Schweizer Heinrich ANGST, der britischer Generalkonsul (vSir Henry<) in Zürich war, kennengelernt. Sie blieben durch Gespräche und Briefe in Verbindung, über die Sir Henry mit BEBELS Wissen nach London berichtete. So teilte der Schweizer am 24. September 1910 dem englischen Außenministerium mit, daß BEBEL geäußert habe, Preußen sei ein »schrecklicher Staat«, von dem nur Schlimmes zu erwarten sei. Insbesondere habe Admiral TIRPITZ. trotz gleichbleibender Schiffszahl einen höheren Flottenetat verlangt, woraus zu schließen sein würde, daß noch größere Schiffe als bisher ge-

[1] »August Bebel: Briefe an Sir Henry«, in: *Der Spiegel,* Nr. 32, 6. 8. 1973, S. 86 f.

[2] Richard J. CRAMPTON, »August Bebel and the British Foreign Office«, in: *Histo-* 9>,Juni 1973.

[3] Helmut BLEY, *August Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904 bis 1913,* 1-eibniz, Hamburg 1975.



August BEBEL spricht zu Sozialdemokraten in Berlin, 1870 solidarisierte er sich mit der Pariser Kommune und forderte als Abgeordneter des Norddeutschen Reichstags »Frieden mit der französischen Nation, unter Verzicht auf jede Annexion«, Im sogenannten Leipziger Hochverratsprozeß wurde er zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt.

baut werden sollten. BEBEL teilte seine Vermutung mit, daß Preußen im Jahre 1912 zum Krieg bereit sei, und warnte die bridsche Regierung davor, sich auf eine Abrüstung einzulassen.

Im Frühjahr 1911 riet BEBEL den Engländern, eine Flotten-Anleihe aufzulegen und ihren Marineausbau zu beschleunigen, was geeignet sei, deutsche Wirtschaftskreise vom Krieg abzuhalten.

Im Dezember 1911 meldete er, daß TIRPITZ bis zum Ausbruch des erwarteten Krieges 300000 Seeleute ausbilden wolle.

In einem Brief Sir HENRYS vom 2. Januar 1911 las der britische Außenminister BEBELS Mitteilung, daß die deutschen Seestreitkräfte planten, die bridsche Flotte >to copenhagen<, also nach Art der Briten, die 1807 überraschend vor Kopenhagen auftauchten und die dänische Flotte im Hafen vernichteten oder kaperten, die englischen Schiffe durch einen überraschenden Angriff in ihren Heimathäfen außer Gefecht zu setzen. Die als >geheim< bezeichnete Ansicht von TIRPITZ sei, daß solches nur gelingen könne, wenn die deutsche Flotte in ihren Kriegsvorbereitungen der britischen um zwei Monate voraus sei.

»BEBEL setzte seine Berichterstattung an ANGST bis kurz vor seinem Tode fort. Er starb am 13. August 1913. Der letzte Bericht von Sir Henry ANGST über BEBELS Informationen ist datiert vom 1. August desselben Jahres. Er vermisse sehr, schrieb ANGST denn auch Anfang 1914 nach London, >die Informationen, die ich regelmäßig von dem verstorbenen Herrn BE.BEL erhielte«[1] Diese Briefe, vom *Spiegel* als »landesverräterische Dokumente«[1] bezeichnet, sollen »jeweils von Premierminister ASQUITH, Außenminister GREY und auch von Winston CHURCHILL - nach dessen

Berufung zum Ersten Lord der Admiralität - gelesen worden« sein, was ihre große Bedeutung für die britische Politik unterstreicht.

Der britische Historiker urteilte abschließend: »BEBEL drängte Großbritannien und die kleineren Staaten, ihre Verteidigung vorzubereiten. Er hoffte, dadurch zu erreichen, daß Deutschland den von ihm für unvermeidlich erachteten Krieg verlieren werde.«[2] Sein deutscher Kollege entschuldigte diesen Landesverrat als Teil einer »Strategie der Kriegsverhütung«, wie er es schon in seinem Buchtitel anklingen ließ.'[1] In einem Gespräch mit *der Welt* bemühte sich BLEY ebenfalls, BEBEL vom Vorwurf des **L**andesverrats reinzuwaschen: »Es handelt sich um allgemeine Lagebeurteilungen, auch um Eindrücke oder Kenntnisse, die er als Mitglied der Budgetkommission des Reichstages gewonnen hatte.« Der deutsche Nachkriegshistoriker meinte zu dem ganzen >Fall BEBEL« »ES ist abwegig, hier von Verrat zu sprechen.«[4] Die Frage erhebt sich aber dann, warum höchste britische Kreise und amtierende Minister an diesen Nachrichten so interessiert waren.

Parallelen zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges drängen sich auf: Ob der Kaiser oder HITIER regierte, beide Male fanden sich politisch einflußreiche Deutsche, die meinten, eher den Feinden Deutschlands als dem Reich dienen und dazu Landesverrat begehen zu müssen, damit Deutschland den jeweiligen Krieg verliere - auch ein deutscher >Sonderweg<.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß Karl MARX, der von der deutschen Sozialdemokratie unter BEBEL verehrte Theoretiker des Sozialismus, sich auch als Agent und Spitzel betätigte. So brachte Österreichs Bundeskanzler RAAB 1963 bei einem Besuch in Moskau seinem Gastgeber CHRUSCHTSCHOW einen Originalbrief von Karl MARX aus dem alten Geheimarchiv der k, u. k. Monarchie mit.[5] Aus dem Brief geht hervor, daß MARX während seiner Londoner Emigrationszeit im Dienst der Wiener politischen Polizei stand. MARX hatte sich erboten, der kaiserlichen Geheimpolizei gegen gutes Geld laufend Berichte über die im Exil in London, Paris und in der Schweiz lebenden österreichischen Revolutionäre zu liefern, auch über Teilnehmer an den Unruhen von 1848, wie die Demokraten RUGE und KUNKEL oder der Kommunist WILLICH. Für jeden Bericht erhielt MARX umgerechnet etwa 60 Mark.[6] **Rolf Kosiek**

[4] Walter GORLITZ, »War August Bebel ein Landes Verräter?« in: *Die Welt*, 20, 8. 1973.

[5] *Reichsruf*, 30. 3. 1963.

[b] Bericht »Auch Kar) Marx war Agent«, in; *Deutsche Nachrichten,* 21. 9. 1973.

Antisemitismus in Polen im 19. und 20. Jahrhundert

Lange Zeit wurde verschwiegen oder herabgespielt, daß der Antisemitismus in Polen im zweiten Teil des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts weit stärker war als der in Deutschland. Nicht von ungefähr kamen Hunderttausende von Juden vor und nach dem Ersten Weltkrieg von Polen nach Deutschland, und selbst bis 1938, als schon jahrelang HrtLER in Deutschland regierte, hielt die Zuwanderung noch an. Über Judenpogrome mit vielen Todesopfern im Polen der Zwischenkriegs zeit,[1] zu Anfang des Krieges[2] und nach 1945[1] ist anderenorts bereits berichtet.

Im Jahre 2005 kam eine amerikanische Monographie zum Antisemitismus in Polen heraus,[4] die von KLESSMANN in der *FAZ* ausführlich besprochen wurde.[5] Darin wurden die jeweiligen Unterdrückungen der Juden in Polen und deren Widerstand gegen diese in ihrem sozialen und zeitlichen Umfeld ausführlich behandelt.



Robert BLOBAUM (Hg.) *Antisemitism and its* Opponents *in Modem Poland,* siehe Anm. 4.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts verschlechterten sich die bis dahin guten Beziehungen zwischen den Polen und der unter ihnen lebenden großen jüdischen Minderheit. So gab es bereits 1898 - großenteils aus wirtschaftlichen Neidgründen — in mehreren Kleinstädten Galiziens Pogrome gegen die unbeliebte Volksgruppe, ebenso 1918 in Lemberg wieder, während zu dieser Zeit in Deutschland es den Juden sehr gut ging und sie etwa in Berlin und Wien einen unverhältnismäßig hohen Anteil an den akademischen Berufen stellten. Es gab damals im Reich keinerlei amtliche Benachteiligung, nur einige nationale Vereinigungen hatten einen >Arierparagraphen* in ihren Satzungen. Tausende von Juden kämpften im Ersten Weltkrieg an der deutschen Front.

Zur Erklärung der polnischen Verhältnisse schreibt KLESSMANN: »Der Antisemitismus war verflochten in die späte Entwicklung der industriellen Revolution, des Nationalismus und der Modernisierung in Polen. Das Eindringen des modernen Kapitalismus und die sozialen Verwerfungen in seinem Gefolge gaben ihm sein Gepräge. Die ersten Pogrome hatten primär Ökonomischen, kaum religiösen und rassischen Charakter. Jüdische Händler und Handwerker schienen auf die Herausforderungen des Kapitalismus besser vorbereitet als Polen mit adligem oder bäuerlichem Hintergrund. Das galt in gewisser Weise auch für die antisemitischen Einstellungen in der polnischen Intelligenz: Sie war in den Städten mit der Konkurrenz der Juden konfrontiert und fühlte sich davon herausgefordert. Die sozioökonomischen Aspekte gaben der »jüdischen Frage< anfangs ihr Profil. Für die Nationaldemokraten wurden die Juden bald zum dämonisierten »inneren Feind<, und diese Haltung färbte auch auf

[1] Beitrag Nr. 128, »Judenpogrome im Polen der Zwischenkriegszeit«.

[2] Bei trag Nr. 168, »Das polnische Massaker an Juden in Jedwabne 1941«; Beitrag Nr. 129, »Zur Lage der Juden in Polen vor 1942«.

[1] Beitrag Nr. 396, »Das Juden-Pogrom von Kielce«.

[4] Robert BLOBAUM (Hg) *Antisemitism and its Opponents in Modem Poland,* Ithaca-London 2005.

[5] Christoph KIP-SS-MANN, »Revitalisierte Reflexe«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 10. 7. 2006

Liberale und die katholische Kirche ab... Versuche der rechts nationalistischen Parteien in den dreißiger Jahren, etwas Ähnliches wie die Nürnberger Gesetze in Polen einzuführen und die Massenemigration der Juden zu betreiben, auch wenn das nicht realisiert wurde, waren fatale Höhepunkte antisemitischer Tendenzen.«

In der Zwischenkriegszeit kam es in Polen zu einer auch von der katholischen Kirche mitgetragenen antijüdischen Gesetzgebung, die Hunderttausende davon Betroffener in den Westen auswandern ließ und im Herbst 1938 nach der polnischen Ausbürgerung und Ausweisung von einigen zigtausend Juden nach Deutschland zu einer ernsten Belastung des Verhältnisses zwischen Berlin und Warschau führte. Die Kristallnacht im November 1938 ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen/' Die auf Auswanderung der Juden dringende polnische Regierung sandte 1937 eine Kommission nach Madagaskar, um die Verhältnisse darauf hin zu überprüfen, ob dort größere Zahlen von Juden angesiedelt werden könnten.

Die Katastrophe für das polnische Judentum im Zweiten Weltkrieg ist bekannt, weniger, daß Hunderttausende vor den Deutschen nach Osten flohen oder aus dem östlichen, von den Sowjets im September 1939 besetzten Polen in die UdSSR deportiert wurden. Als 1946 rund 125000 Juden aus der Sowjetunion offiziell nach Polen >repatriiert< wurden und ihr altes Eigentum zurückverlangten, kam es zu stärkerem Antisemitismus und *zu* Pogromen wie dem von Kielce am 4. Juli 1946, bei dem 42 Juden allein in dieser Stadt grausam umgebracht wurden,[1] Daraufhin setzte eine verstärkte Auswanderung, vor allem nach Westdeutschland, ein. Beim polnischen >Frühling im Oktober 1956 wurde der Vorwurf der engen Verbundenheit der Juden mit dem Bolschewismus hervorgehoben. Um 1967/68 erhob der polnische KP-Chef GOMULKA öffentlich die Anschuldigung einer »subversiven zionistischen fünften Kolonne«, was besonders vom damaligen Innenminister, dem General MOCZAR, vertieft wurde. Dieser ließ hohe Parteifunktionäre, Offiziere, Wissenschaftler und Künstler daraufhin überprüfen, ob sie seit mehreren Generationen arische Vorfahren hatten. In der Presse wurde über die angebliche Wühlarbeit der Juden zur Vernichtung des polnischen Staates geschrieben. »Man ging dazu über, jüdische Professoren und Studenten der Universität zu verweisen.« Im Januar 1986 kam es sogar zu Zusammenstößen zwischen protestierenden Studenten und der Polizei. Rund 200000 polnische Juden wurden im März 1986 aus Polen ausgebürgert."

Aus Angst vor weiteren Maßnahmen führten auch diese Umstände zu erneuter Auswanderung vieler Juden aus ihrer polnischen Heimat. Jahrzehnte später entschuldigte sich die polnische Führung für diese Vorkommnisse, ohne jedoch die dafür Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen.

Rolf Kosiek

[6] Eltern und Verwandte des Herschel GRYNSZPAN, der in Paris am 7. November 1938 den deutschen I-egationsrat Ernst VOM RATH erschoß, gehörten - seit längerem in Deutschland lebend - zu den von Polen kurz vorher Ausgebürgerten.

[7] Werner H. KRAUSE, »Ein Schandfleck in der Geschichte Polens«, in: *Märkische Zeitung*, Nr. 10, Oktober 2001.

Polens Nationalismus und die Oder-Neiße-Linie

Beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) im Juni 2007 in Brüssel war Polen bereit, die Tagung durch sein Veto platzen zu lassen und gegen alle anderen 26 EU-Länder seine Forderung nach einer besseren Berücksichtigung seines Landes bei den EU-Abstimmungen durchzusetzen. Die EU mußte schließlich nachgeben.[1] Warschau bewies auch schon im Vorfeld dieses Treffens, insbesondere durch abfällige Äußerungen über Deutschland,[2]einen Nationalismus, der manche Zeitgenossen erstaunte. Dabei ist dieses Land für seinen Chauvinismus bei Kundigen bekannt, hat dieser doch unter anderem zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges entscheidend beigetragen. Aber er kommt schon aus früheren Jahrhunderten, worauf unter anderen der Historiker Stefan SCHEIL mit Angabe neuer Forschungserkenntnisse hingewiesen hat.[3]

Dieser polnische Nationalismus wirkte sich vor allem in Forderungen nach Erwerb weiter Teile deutschen Landes aus, das historisch niemals polnisch war. »Wahrscheinlich kann es keine nachvollziehbare Erklärung dafür geben, daß seit etwa 1800 mit einer fast beliebigen Mischung aus strategischen, geographischen, wirtschaftlichen, historischen, religiösen, ethnischen und letzten Endes willkürlichen Behauptungen an einem Expansionsprogramm gearbeitet wurde.«"[1]

Diese Bestrebungen gehen schon auf den Anfang des 19. Jahrhunderts zurück. Als mit der dritten Polnischen

Die erste Teilung Polens durch die Monarchen Rußlands, Österreichs und Preußens im Jahre 1772,



[1] »Manchmal war es ein bißchen unübersichtlich«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 25. 6. 2007, S. 7.

[2] Siehe z. B. »Polen provoziert Deutsche«, in: *Stuttgarter Nachrichten, 22.* 6. 2007, S. 1.

[3] Stefan SCHEIL, »Polnischer Nationalismus«, in: *Sezession,* Nr. 17, April 2007, S. 18-21.

[4] Ebenda, S. 19.

Teilung im Jahre 1795 es für mehr als ein Jahrhundert einen polnischen Staat nicht mehr gab, schob man in Polen der gescheiterten Adelsrepublik die Schuld für diesen Zustand zu und entwickelte einen »Opfermythos«. »Unter anderem öffnete dieses Klischee die Tür zu den Behauptungen, dieses Bauernvolk würde eigentlich immer noch auf dem gesamten Boden Preußens leben und sei dort nur unterdrückt.«[5]

Nach Forschungen von GEHRKE[6] taucht die Forderung nach der Oder-Neiße-Linie als Polens Westgrenze zuerst bei dem Geistlichen Hugo KOLONTAJ 1808 auf, der sich auch politisch betätigte. Ebenso meinte dieser, auch West- und Ostpreußen, wo es nach ihm keine Deutschen gebe, gehörten eigentlich zu Polen. Damals sollte NAPOLEON für die Angliederung dieser Gebiete sorgen, dieser lehnte das aber ab.

In den folgenden Jahrzehnten entwickelte sich dieser Gedanke weiter. Die polnischen Aufstände gegen Rußland mißlangen ebenso wie die Bestrebungen, Paris oder London für polnische Zwecke einzuspannen. Der erste Slawen-Kongreß, der 1848 unter der Leitung des Tschechen Frantisek PALACKY in Prag parallel zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt tagte, forderte die Linie Stettin—Triest als slawische Westgrenze und stellte damit erneut die polnische Forderung nach den seit Jahrhunderten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie in den politischen Raum.

Das gleiche Ziel eines Großpolens versuchten in der zweiten Häifte des 19. Jahrhunderts in Polen einige Gruppen, darunter der Nationalist Roman DMOWSKI, mit Rußland gegen Deutschland, andere Kreise mit den Mittelmächten gegen das Zarenreich zu erreichen, zu denen Josef PIIÜUDSKI gehörte. Diese Programme wurden in aller Öffentlichkeit erörtert und vertreten.

Am 5. November 1916 riefen Deutschland und Österreich in dem von Rußland befreiten Zentralpolen wieder einen neuen polnischen Staat aus. Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte schaffte Warschau ab November 1918 schnell vollendete Tatsachen: Polnische Truppen besetzten das Posen er Land und versuchten unter Wojciech KORI-ANTY, einem Reichstagsmitgiied, auch Schlesien zu erobern, was dank des Widerstandes vor allem der deutschen Freikorps mißland. Der neue polnische Staat bekam in Versailles 1919, wo von DMOWSKI falsche Bevölkerungszahlen vorgelegt worden waren, von seinen weit reichenden Gebietsforderungen einige gewährt: Der größte Teil Westpreußens und das Posener Land sowie Ostoberschlesien kamen trotz eindeutiger Abstimmungen für Deutschland an Polen. Danzig wurde Freie Stadt unter polnischen Sonderrechten. In anderen geforderten ostdeutschen Landschaften, einigen Kreisen Westpreußens und Ostpreußens, ergaben 1920 Volksabstimmungen unter der Aufsicht der Alliierten so hohe Prozentsätze für

[5] SCHEIL, ebenda.

[6] Roland GEHRKE, *Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkriegs,* Marburg 2001.





Von oben: frantisek PALACKY und Roman DMOWSKI. Beide strebten die Bildung eines Großpolens an.



Karte: Polens Grenzen 1916-1939. Aus: Michael A. HARTENSTEIN, *Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie,* Olzog, München 2006.

Deutschland, daß eine Abtretung unterblieb. Bezeichnend für die Unwirklichkeit der polnischen Forderungen war jedoch, daß Warschau gegen das Abstimmungsergebnis im ostpreußischen Alleinstein, das 97,5 Prozent für Deutschland ergeben hatte, bei den Alliierten Protest erhob und die Abtretung verlangte." Trotz für das Reich ausgehender Volksabstimmung kam Ostoberschlesien durch Entscheidung der Alliierten 1921 doch an Polen.

In dem neuen polnischen Staat, der 1919/20 unter Marschall PILSUDSKi Angriffskriege gegen die Sowjetunion und Litauen führte, wobei Warschau große Landschaften hinzugewann, und in den dreißiger Jahren Frankreich für einen Präventivkrieg gegen die Weimarer Republik wie gegen Hitler-Deutschland zu gewinnen versuchte, vergrößerten sich die Gebiets forderungen an das Reich. So wurde auf Propagandakarten Fnde der dreißiger Jahre mit scheinbar historischer Begründung nicht nur die Odcr-Neiße-Linie gefordert, sondern das ganze Land ostwärts einer Li-

[7] Sc:HEIL, aaO. (Anm. 3), S. 21.

nie von Rügen über Berlin nach Erfurt oder sogar das als slawisch angesehene Gebiet östlich von Bremen-Hannover-Kassel-Nürnberg. Schon in Versailles hatte der italienische Außenminister SFORZA kritisch zu diesem Größenwahn gemeint, wenn es nach der Ansicht der polnischen Abordnung gegangen wäre, so wäre »halb Europa ehemals polnisch gewesen und hätte wieder polnisch werden müssen«.[8] Nicht zufällig entstand in Polen um diese Zeit auch der Madagaskar-Plan, jene »ursprünglich polnische Idee einer Teufelsinsel für die Juden«.'"

Für die deutschfeindliche und nationalistische Stimmung in der polnischen Öffentlichkeit der Zwischenkriegszeit seien zwei Beispiele angeführt, die der Historiker Bolko Freiherr VON RICHTHOFEN in seinem Werk über die polnischen Ausdehnungsbestrebungen der letzten zweihundert Jahre zitiert.

»Am 26. August 1920 sagte der polnische Pfarrer in Adelnau in einer Ansprache: >Alle Deutschen, die sich in Polen befinden, müssen aufgehängt werdend In jener Zeit herrschte in Polen eine ausgesprochene Pogromstimmung gegenüber den verbliebenen Deutschen. . . Am 27. Dezember 1921 sagte der Posener Domherr PRONDZYNSKI in einer Haßpredigt gegen das Germanentum: »Noch ist unsere Aufgabe nicht erfüllt. Das Innere ist zu festigen, Wilna, Lemberg sind noch sicherzustellen, Danzig müssen wir uns durch Einflüsse bemächtigen,«*[10]

Und im Sommer 1921 wurden in dem bis zwei Jahre vorher über mehr als ein Jahrhundert zu Preußen gehörenden Posen Flugblätter verteilt, auf denen es hieß: »Chef des Emigranten-Aufstandes und des Ausrottungskommandos für Großpolen: >Wer noch im Juli 1921 da ist von dem deutschen Gesindel, wird ohne Ausnahme niedergemacht, und die größten Hakatisten (Mitglieder des deutschen Ostmarkenvereins, R. K.) werden mit Benzin, Petroleum oder Teer begossen, angesteckt und verbrannt. . . Jetzt kommt Ihr alle dran.. . alle Arzte, Pastoren, Rechtsanwälte, Domänenpächter, Ansiedler, Besitzer aller Art, wer Deutscher oder Jude ist.<«u

Zutreffend urteilt SCHELL, in seinem Beitrag über den polnischen Nationalismus, für den er weitere aktuelle Beispiele anführt, zusammenfassend: »Der polnische Nationalismus und seine Affekte sind nicht nur historische Phänomene. Beides wirkt fort bis in die Gegenwart. .. Es überrascht nicht, wenn. . . weiterhin hergebrachte Klischees wie das von der unterdrückten polnischen Minderheit in Deutschland und dem Uberfallmythos von 1939 transportiert werden.« Und der Historiker fügt mit Blick auf die derzeitigen Zustände in Deutschland an: »Es finden sich in Deutschland auch reichlich willige Historiker, nicht zuletzt im Deutschen Historischen Institut Warschau, die dies trotz besseren Wissens unkorrigiert lassen. Auch das überrascht kaum.«[12]

Rolf Kosiek

[8] Zitiert bei SCHEIL, ebenda, S. 20.

[9] Shlomo ARONSON, *Hitler, the Allies and the Jews,* Cambridge 2004, zitiert von SCHEIL, aaO. (Anm. 3), S. 20.

[10] Bolko Freiherr VON RICHTHOFEN U. Reinhold Robert OHEIM, *Die Polnische Legende,* Teil *2: Polens Marsch zum Meer,* Arndt, Kiel 2001, S. 242.

[11] Ebenda, S. 208 f.

[12] SCHEIL, aaO. (Anm. 3), S. 21.

Französisches >Gelbbuch< aus der Fälscherwerkstatt

In seiner Rede bei der Eröffnung der Friedenskonferenz in Paris am 18. Januar 1919 meinte Raymond POINCARF,: »Frankreich trägt überhaupt keine Schuld an der entsetzlichen Katastrophe, die die Welt zutiefst erschütterte.« Drei Jahre später, am 6. Juli 1922, erklärte der amtierende Ministerpräsident vor der französischen Nationalkammer: »Die Verfasser des Versailler Vertrags wollten, daß dieser vor allen Dingen auf einem moralischen Gedanken beruhe. Sie waren der Ansicht, daß sie diesen Vertrag nicht durch den Sieg rechtfertigen mußten, wie man es früher tat, sondern vielmehr durch die Schuld selbst am Krieg.. . Der Vertrag enthielt die formelle Schuldanerkennung des kaiserlichen Deutschlands, unterzeichnet von den deutschen Bevollmächtigten...«





Von oben: Raymond POINCARÉ und René Vi VIANI betrieben 1914 als Ministerpräsident und Außenminister eine aggressive Revanche-Politik gegenüber Deutschland.

Der ominöse, demütigende Artikel 231 des Versailler Vertrags, zu dessen Unterzeichnung die deutschen Bevollmächtigten in Wirklichkeit gezwungen wurden, wurde auf deutscher Seite zu Recht als »Kriegsschuldlüge« bezeichnet. Sein Wortlaut: »Die verbündeten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen, , . infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.«

Vorhegender Beitrag möchte aufzeigen, wie Frankreich und seine politisch Verantwortlichen bereits in den ersten Kriegswochen die angebliche Schuld Deutschlands an der Auslösung des Ersten Weltkriegs in den Mittelpunkt ihrer Kriegspropaganda rückten. Die Frage nach den eigentlichen Ursachen des Ersten Weltkrieges wurde an anderer Stelle ausführlich behandelt.[1]

Wir möchten zunächst die entscheidenden Entwicklungen ab dem 23. Juli 1914 - PoiNCARE hielt sich zu diesem Zeitpunkt seit dem 20. Juli in der russischen Hauptstadt St. Petersburg auf - bis zu den Kriegserklärungen Deutschlands an Rußland und an Frankreich (1. und 3. August 1914) in Erinnerung rufen:.

28. Juni: Mord in Sarajewo.

23. Juni: Österreich-Ungarn stellt der serbischen Regierung ein Ultimatum mit sehr hohen Forderungen.

[1] Siehe Beitrag Nr. 21, »Die Ursachen des Weltkrieges 1914«, und Nr, 22, »Verschwiegenes zum Kriegsausbruch 1914«,

> 25. Juli: Die russische Regierung teilt mit, daß Rußland der Entwicklung des serbisch-österreichischen Konflikts nicht gleichgültig gegenüberstehe.
> 25. Juli, 15 Uhr 30: serbische Generalmobilmachung,
> 25. Juli, 18 Uhr: Serbien geht auf mehrere österreichische ultimad- ve Forderungen ein, jedoch nicht auf alle.

25. Juli, nach 18 Uhr: Österreich bricht die dipiomarischen Beziehungen zu Serbien ab.

> 25. Juli, abends: Osterreich ordnet die Teilmobilmachung gegen Serbien an, die ab 28. Juli erfolgt.
> 26. Juli: Rußland ergreift Maßnahmen zur >Vor-Mobilmachung<.
> > 27. Juli: Deutschland warnt erstmals vor einer russischen Mobilmachung an der deutschen Grenze.
> 28. Juli: Österreich erklärt Serbien den Krieg.
> 28,/29. Juli: Telegrammaustausch zwischen WII.HF.LM II. und Zar NIKOLAUS II., um den Frieden zu erhalten.
> 29: Juli, abends: Rußland kündigt die Teilmobilmachung von dreizehn Armeekorps im südlichen Bereich gegen Österreich an.
> 30. Juli, morgens: Rußlands Teilmobilmachung beginnt.

30. Juli, nachmittags: Rußland beschließt im geheimen ebenfalls die Mobilmachung im nördlichen Bereich, also gegen Deutschland, die am Morgen des 31. Juli beginnen soll.

> 31. Juli, morgens: Beginn der russischen Generalmobilmachung.
> 31. Juli, mittags: Als Antwort auf die russische Generalmobilmachung erklärt Deutschland den »Kriegsgefahrzustand«.
> > 31. Juli, 12 Uhr 30: Österreich ordnet die Generalmobilmachung an.
> 31.Juli,frühnachmittags: Kaiser WILHELM II. fordert den Zaren auf, die Generalmobilmachung abzubrechen
> 31. Juli, nachmittags: NIKOLAUS II. teilt dem deutschen Botschafter POURTALÉS wortwörtlich mit, daß die russische Generalmobilmachung technisch nicht rückgängig zu machen sei.
> 31. Juli, 19 Uhr: Deutschland fordert Frankreich ultimativ auf, sich innerhalb von achtzehn Stunden für neutral zu erklären,
> 31. Juli, 24 Uhr: Deutschland fordert Rußland ultimativ auf, die Ge- neraimobilmachung innerhalb von zwölf Stunden abzubrechen,
> 1. August, gegen 16 Uhr: Da keine Reaktion aus St. Petersburg erfolgt ist, verkündet Deutschland die Generalmobilmachung, Frankreich ebenso.
> 1. August, gegen 16 Uhr: Deutschland erklärt Rußland den Krieg, was nur noch »eine Formsache« (W POST) war, und zwei Tage später Frankreich.

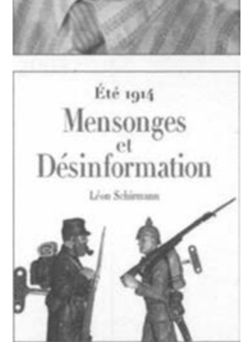
Schon in den ersten Kriegswochen veröffentlichten alle am Krieg beteiligten Nationen zur Rechtfertigung jeweils ein Dokumentenbuch, das zumeist aus ihrer Sicht bedeutsame diplomatische Aktenstücke enthielt. Die Russen hatten ein *Orangebuch,* die Briten ein *Blaubuch,* die Österreicher ein *Kotbuch*, die Deutschen ein bereits am 3. August erschienenes *Weißbuch* und die Franzosen ein *Gelbbuch,* das im November 1914 veröffentlicht und 1918/19 zur Verurteilung der Besiegten herangezogen wurde."

Der französische Historiker Léon SCHIRMANN,[3] der bestimmt keiner prodeutschen Gesinnung verdächtig ist, hat die im französischen *Gelbbuch* aufgeführten Dokumente mit den originalen - authentischen - verglichen, die sich in den inzwischen einsehbaren Archiven des Quai d'Orsay (des französischen Außen ministeriums) befinden. In seinem Buch *Eté 1914. Mensonges et Désinformation. Comment on »vend« une guerre.* .. (Sommer 1914. Lügen und Desinformation. Wie man einen Krieg »verkaufte . ,)[4] zeigt Léon SCHIRMANN 2003 auf, wie Frankreichs führende Kriegstreiber - allen voran Staatspräsident Raymond **PoiNCARÉ** und René VIVIANI, im Sommer 1914 amtierender Ministerpräsident und Außenminister — eine unverschämte Desinformationspropaganda betrieben, um die öffentliche Meinung zu manipulieren. Die Kunst, einen Krieg vom Zaum zu brechen und ihn zu rechtfertigen, indem man dem Gegner die Schuld aufbürdet - darauf kam es an. Im Mittelpunkt von SCHIRMANNS Studie steht das französische *Gelbbuch.*

Von den rund hundert untersuchten Dokumenten aus dem *Gelbbuch* hält SCHIRMANN neunundreißig (!) für insofern »gefälscht«, als »bezeichnende Textstellen eingeführt, entfernt oder verändert worden sind«.[5]

Dabei haben die französischen Verantwortlichen offensichtlich vier Ziele verfolgt:

»1, Die französische Regierung von dem Vorwurf entlasten, nicht alles in ihrer Macht Stehende getan zu haben, um den Krieg zu vermeiden, genauer gesagt, ihren Hauptverbündeten, Rußland, nicht fest genug zurückgehalten zu haben,



Léon SCHIRMANN und sein Buch *Eté 1914. Mensonges et Dés information.*

[2] Das französische *Gelbbuch,* das im Gegensatz zum deutschen *Weißbuch* erst im November 1914 erschien, war viel umfassender und dank der längeren Entstehungszeit viel >akribischer< — das meinen wir aber nicht in bezug auf die historische Wahrheit.

[3] Léon SCHIRMANN (1919-2003) gehörte im Zweiten Weltkrieg dem französischen Widerstand an und wurde mit dem Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet. 2001 verfaßte er ein Buch über die Hintergründe des MATA HARI-Prozesses.

J L^éon SCHIRMANN, *Eté 1914. Mensonges et Désinformation,* Editions Italiques, Paris 2003.

[5] Ebenda, S. 140.

2. Alles ausmerzen, was beim russischen Verbündeten auf kriegerische Tendenzen hindeuten würde, und dagegen seinen >Pazifismus< so viel wie möglich loben.

3. >Beweisen<, daß nicht Rußland die Generalmobilmachung zuerst angeordnet hat, sondern daß es durch die ihr angeblich vorausgegangene österreichische dazu gezwungen worden sei.

4. >Nachweisen<, daß nur die Mittelmächte eindeutig auf Krieg aus gewesen seien.«[6]

Zu 1: Im Dokument Nr. 102 des *Gelbbuchs* wurde die Textstelle entfernt, der zufolge die französische Regierung von der russischen Generalmobilmachung bereits am selben Abend des 30. Juli unterrichtet wurde. So konnten POINCARE, VIVIANI und ihre Freunde behaupten, daß sie erst 24 Stunden später dann in Kenntnis geworden seien, zu einem Zeitpunkt, da der Frieden nicht mehr zu retten gewesen sei, ihre »Untätigkeit« damit rechtfertigen und jegliche Schuld am Ausbruch des Krieges von sich abtun.

Zu *2:* Das Dokument Nr. 80 des *Gelbbuchs* soll drei Folge-Telegramme vereinigen, die London nach Paris gesandt hat (Nr. 33/289-296). In allen drei Telegrammen wurden die Textstellen entfernt, die SASONOWS Politik kritisieren: »Gelinde gesagt, lassen die Worte des russischen Ministers [SASONOW] Umsicht vermissen, so daß die österreichisch-ungarische Regierung daraus Vorteile gegen die serbische Regierung ziehen kann.« Oder: »Zu einem Zeitpunkt, da die kleinste Hinauszögerung verhängnisvolle Folgen haben kann, ist die Initiative von Herrn SASONOW meines Erachtens höchst bedauerlich: Sie behindert den Schritt von Sir GREY und verschafft Österreich die Möglichkeit, sich der freundlichen Intervention der vier Mächte zu entziehen.«

Zu 3: Das Meisterstück in Sachen Fälschung bildet das Dokument Nr. 118 des *Gelbbuchs,* das dem Dokument Nr. 432 in der diplomatischen Dokumentensammlung entspricht (siehe Faksimile). Es handelt sich um jenes Telegramm, das der französische Botschafter in Rußland, PALEOLOGUE, am 31. Juli um 10 Uhr 43 in St. Petersburg aufgab und das am selben Tag um 20 Uhr 30 in Paris empfangen wurde. Sein Wortlaut konnte kaum knapper sein: »Die Generalmobilmachung der russischen Armee wird angeordnet.« Mit dieser Entscheidung setzte die russische Regierung eine Entwicklung in Gang, die nicht mehr aufzuhalten war, und trug damit wesentlich zum Ausbruch des Krieges bei.

Die Autoren des französischen *Gelbbuchs* haben es jedoch nicht bei dieser lapidaren Kurzmeldung belassen, sondern hinzugefügt: »*Aufgrund der*

[6] Ebenda, S. 141.

432.

M. Paléologue, Ambassadeur de France à Saint-Pétersbourg,
à M. Viviani, Ministre des Affaires étrangères.

T. n° 318. Extrême urgence. *Saint-Pétersbourg, 31 juillet 1914, 10 h. 43.*
(Reçu : 20 h. 30.)

La mobilisation générale de l'armée russe est ordonnée (3).

N° 118

M. Paléologue, Ambassadeur de France à Saint-Pétersbourg, à M. René Viviani, Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères.

Saint-Pétersbourg, le 31 juillet 1914.

En raison de la mobilisation générale de l'Autriche et des mesures de mobilisation prises secrètement, mais d'une manière continue, par l'Allemagne depuis six jours, l'ordre de mobilisation générale de l'armée russe a été donné, la Russie ne pouvant, sans le plus grave danger, se laisser davantage devancer; en réalité, elle ne fait que prendre des mesures militaires correspondant à celles prises par l'Allemagne.

Pour des raisons stratégiques impérieuses, le Gouvernement russe ne pouvait plus, sachant que l'Allemagne s'armait, retarder la conversion de sa mobilisation partielle en mobilisation générale.

Paléologue.

Oben: Das diplomatische Dokument Nr. 432 des französischen Außenministeriums im Original.

Unten: Die manipulierte Form des Dokuments im *Gelbbuch* unter Nr, 118. Léon Schirmann, *Eté 1914. Mensonges et Désinformation*, Editions Italiques, Paris 2003.

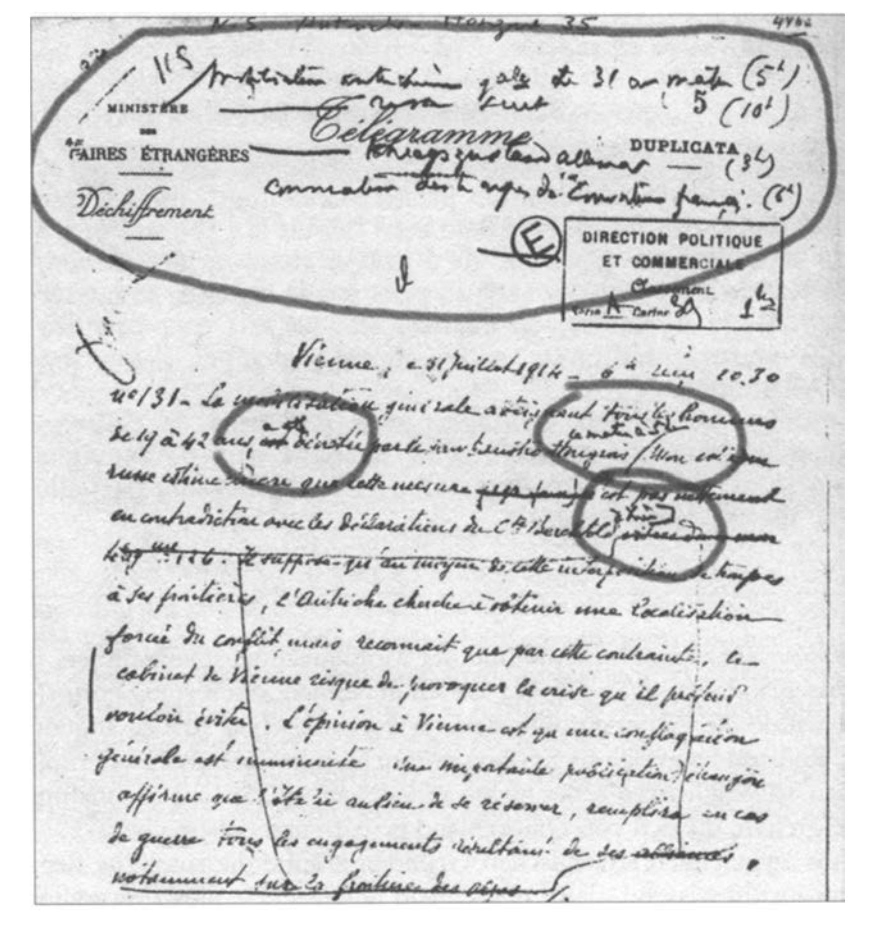
Generalmobilmachung Österreichs und der Mobilmachungsmaßnahmen, die Deutschland seit sechs Tagen zwar im geheimen, doch stetig getroffen hat, wurde die Generalmobilmachung der russischen Armee angeordnet. Rußland kann sich nicht ohne größte Gefahr noch mehr überholen lassen. In Wirklichkeit tut es nichts anderes, als militärische Maßnahmen zu ergreifen, die den von Deutschland getroffenen entsprechen.

Aus zwingenden strategischen Gründen konnte die russische Regierung — wohl wissend, daß Deutschland aufrüstete — die Umwandlung

seiner Teilmobilmachung in eine Generalmobilmachung nicht länger hinauszögern.«

Zwei verschiedene Telegramme? Nein, Léon SCHIRMANN konnte nachweisen, daß der Zusatz anhand der französischen Ubersetzung des bereits im August 1914 erschienenen britischen *Blaubuchs* »fabriziert« wurde, Beide Textstellen stammen aus Erklärungen, die russische Diplomaten gegenüber englischen Kollegen gemacht hatten und die das historische Geschehen in den letzten Julitagen, was die alles entscheidende russische Generalmobilmachung betrifft, auf den Kopf stellten.

Zu 4: Das Dokument Nr, 36 soll einen Rundbrief wiedergeben, den das französische Außenministerium am 25, Juli 1914 an seine Botschafter im Ausland richtete. Ein Vergleich mit dem Original (32/139) zeigt, daß eine wichtige Textstelle, die die deutschen Bemühungen, kein Öl ins Feuer zu gießen, unterstreicht, einfach gestrichen wurde: »Die Wilhelmstraße [der Sitz des deutschen Außenministeriums] hat die deutschen Zei-



MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Télégramme

DUPLICATA

Déchiffrement

DIRECTION POLITIQUE ET COMMERCIALE

Vienne, le 31 juillet 1914

Die Fälschung eines weiteren Dokuments des Quai d'Orsay zeigt, wie die Fälscher vorgingen: oben eingekreist wurde die Chronologie der Ereignisse gemäß der offiziellen Wahrheit! vermerkt; in der Mitte wurde das Dokument durch Hinzufügungen mit der ¡offiziellen Wahrheit! konform gemacht; unten wurde der übrige Text weggestrichen. Aus: Léon SCHIRMANN, *Eté 1914. Mensonges et* Désinforma fron, Editions Italiques, Paris 2003.



Jean JAURÈS auf einer Friedenskundgebung der Sozialdemokraten in Stuttgart 1907.



tungen angewiesen, von jedem Angriff gegen Rußland oder die übrigen Mächte abzusehen.«

Im übrigen: Am 27. Juli 1914 startete der deutsche Botschafter in Paris, VON SCHÖN, eine neue diplomatische Initiative bei Abel FERRY, dem Unterstaatssekretär im französischen Außenministerium. Das Gespräch wurde wie folgt dokumentiert: »Herr VON SCHÖN hat heute nachmittag einen Schritt bei Abel FERRY unternommen und fragte, ob Frankreich und Deutschland im Interesse des Friedens nicht zwischen Wien und Petersburg vermitteln könnten. Er schien sogar die Idee gutzuheißen, von Serbien und Österreich die Verpflichtung zu erwirken, vorübergehend von jeglicher Kampfhandlung abzusehen. Abel FERRY sagte, daß er es an den Ministerpräsidenten weiterleiten werde.« Es versteht sich, daß dieses Archivdokument im französischen *Gelbbuch* fehlte, da es nicht zu dem Bild eines kriegslustigen Deutschlands gepaßt hätte. Es wurde auf französischer Seite nichts getan, um den Frieden zu retten. Der einzige, der seine ganze Kraft für die Erhaltung des Friedens und damit gegen die Revanchegelüste und die Durchhaltepolitik der >Sakralunion< aufbrachte, war der französische Sozialistenführer und Pazifist Jean JAURÈS." Dieser wurde bezeichnenderweise am Abend des 31. Juli ermordet - als die Würfel zugunsten des Krieges fielen. **Michael Klotz**

[7] Für die französischen Nationalisten um Charles MAURRAS waren Pazifismus und Verrat gleichbedeutend, JAHRES, der in seinen letzten Lebensstunden einen scharfen Zeitungsartikel über Frankreichs lasche Politik gegenüber Rußland verfaßte, wurde im Juli 1914 öfter mit der preußischen Uniform und der Pickelhaube karikiert.

Wissen um Kriegsbeginn 1914 in den USA

Der Mord von Sarajewo am 28. Juni 1914 löste den Ersten Weltkrieg aus. Im Gegensatz zu den später mit der Kriegsschuld belegten Deutschen, die den drohenden internationalen Konflikt eindämmen wollten, förderte man in Paris, London und Petersburg die Kriegspsychose. Aber auch in den USA wartete man anscheinend auf den Krieg und war um seine Hintergründe gut unterrichtet.

Dazu überlieferte der dem Verfasser bekannte, inzwischen verstorbene Stuttgarter Walther TRIPPS die folgenden für diesen Zusammenhang interessanten Tatsachen.



Alvin KRÄNZLEIN (1876-1928). Nach seiner Rückkehr in die USA ging er in die Armee. Er starb an einer Herzkrankheit.

Im Jahre 1913 gewannen Dr. Karl HALT und Professor Carl DiEM als Verantwordiche für die deutsche Olympiamannschaft in den USA den Deutschamerikaner Alvin KRÄNZLEIN ais Trainer der deutschen Leichtathleten für die geplanten Olympischen Spiele 1916 in Berlin. KRANZLEUN kam nach Deutschland und leistete schon im selben Jahr hervorragende Arbeit.

Doch gleich nach dem Mord von Sarajewo wurde er nur zwei Tage später, am 30. Juni 1914, in die Berliner US-Botschaft einbestellt, wo man ihm eröffnete, daß er spätestens am 15. Juli 1914 Deutschland mit der Bahn über Stuttgart, Zürich, Mailand nach Genua zu verlassen habe, um auf einem italienischen Passagierschiff die Heimreise nach den USA anzutreten. Bahn- und Schiffsbillets wurden ihm mit der Bemerkung ausgehändigt: »Die Vorgänge auf dem Balkan werden in wenigen Wochen eine folgenschwere Ausweitung erfahren, mit der man sich in den USA bereits befaßt. Die US-amerikanische Entscheidung zugunsten der Alliierten wird nicht ausbleiben.«

1916/17 war es dann soweit, ergänzte Dr, Karl Ritter VON HALT, Zehnkämpfer auf der Olympiade 1912 in Stockholm, inzwischen im Ersten Weltkrieg wegen hervorragender militärischer Leistungen geadelt, ehemaliger Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) und des deutschen Leichtathletik-Verbandes, Organisator der Olympischen Spiele 1936 in Garmisch-Partenkirchen und Berlin, bei einem Treffen in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts in Stuttgart vor zahlreichen einstigen Mitgliedern der deutschen Olympia- und Nationalmannschaft seinen vorstehend gekürzt wiedergegebenen Bericht über die oben genannten Vorgänge. Zuhörer waren unter anderen die Olympiasieger Dr. Gisela MAUERMAYER, Tilly FI .Eise HER, Gerard STÖCK, Karl HEIN und Walther TRIPPS selbst, der diesen Vorgang in einem Leserbrief vom 28. Juni 1984 festhielt, der in Kopie dem Verfasser vorliegt. Rolf Kosiek

Die belgischen Franctireurs 1914' - keine Legende

Im Jahre 2004 erschien in Hamburg ein dickleibiges Buch über die deutschen Kriegsgreuel im Herbst 1914 im Westen,[2] das sofort in der gesamten deutschen überregionalen Presse ein dickes Lob erhielt.[1] Einzig die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. Juni 2004 erkannte einen entscheidenden Schwachpunkt in der Abhandlung der beiden irischen Historiker, nämlich, daß sie größtenteils auf den Ergebnissen der alliierten, vor allem der belgischen und französischen, Kommissionen aufgebaut ist. »Einer wirklichen und vor allem detaillierten Quellenkritik« wurden sie dabei nicht unterzogen. Deutsche Quellen, etwa das *Deutsche Weißbuch* (»Die völkerrechtswidrige Führung des belgischen Volkskriegs«) aus dem Jahre 1915, fanden keine oder kaum Berücksichtigung, da sie »eine reine Manipulation des Auswärtigen Amtes« gewesen seien.[4]

HORNES und KRÄMERS Abhandlung ist übrigens im Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung von Philipp REEMTSMA erschienen. Seit dem Skandal der von diesem Institut zusammengestellten Anti-Wehrmachtausstellung ist also Vorsicht geboten: Ähnlich wie im Ausstellungskatalog wurde dieselbe Methode einseitiger Auswahl angewandt, und zwar »jede Repressalie gegen die Zivilbevölkerung über einen Kamm zu scheren«.[5] Es wird dadurch der Eindruck zu vermitteln versucht, daß die belgischen Zivilopfer von 1914 - ihre Zahl wird auf etwa 6000 geschätzt - allesamt Opfer von deutschen Kriegsverbrechen gewesen seien. Doch das ist falsch.

Der Militärschriftsteller Franz UHLE-WETTER hat übrigens sehr gut aufgezeigt,[6] daß der 1915 von der britischen BRYCE-Kommission vorgelegte Bericht über angebliche deutsche Kriegsverbrechen schon deshalb problematisch war, weil die Stätten angeblicher deutscher Greuel sich zu

[1] Frz. Franc-tireurs bedeutet wortwörtlich >Frei-Schützen«, bezeichnet Heckenschützen und Freischärler.

[2] John HORNR U, Alan KRAMER, *Deutsche Kriegsgreuel 1914,* Hamburger Edition H1S Verlagsges., Hamburg 2004.

[1] Darunter in: *Die 7,eit,* 24, 6. 2004; *Süddeutsche Zeitung,* 23. 6. 2004; *Frankfurter Kundschau,* 7. 5. 2004. Ferner in der *Neuen Zürcher Zeitung,* 8. 9. 2004.

[4] John HORNF. U. Alan KRAMER, *Deutsche Kriegsgreuel,* aaO. (Anm. 2), S. 619.

[5] Peter HOF.RF.S (1 listorisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität Münster), in *historicum.net,* http://www.sehepunkte.de/2004/07/6108.html

[6] Franz Uhle-WettleR, »Besetzung Belgiens«, in: Franz W. SEIDLER U. Alfred M. DE ZAYAS, *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert,* Mittler, Hamburg 2002, S. 19 f.

jenem Zeitpunkt in deutscher Hand befanden und die Kommission daher auf Informanten angewiesen war, die wegen eventueller Repressalien nicht namentlich genannt wurden. Selbst HÖRNE und KRÄMER müssen auf Seite 344 zugeben, »daß einige der im BRYCE-Bericht zitierten Zeugenaussagen über das Schicksal von Frauen und Kindern erfunden waren. Tatsächlich war die Mehrzahl der Opfer erwachsene Männer«.

Ks sei betont, daß alle hinterlegten Namen des **BRYCE**-Berichts bezeichnenderweise aus den Archiven verschwanden und daß der in drei Sprachen übersetzte Bericht eine propagandistisch ungeheure Wirkung erzielte sowie zur Verteufelung und zu dem Vorwurf der Barbarisierung nicht nur des deutschen Heeres, sondern auch des deutschen Volkes wesentlich beitrug. Bei den legendären Grausamkeiten — vergewaltigte Nonnen, erhängte Priester, vergiftete Karamels, abgehackte Kinderhände (die belgische Regierung gab erst 1930 zu, daß keinem einzigen Kind die Hände abgehackt worden waren) — sei der Leser auf frühere *Wendig*-Artikel verwiesen.

Eine der wichtigsten Thesen des Buches von HÖRNE und KRAMER ist, daß es keinen Aufstand der belgischen Zivilbevölkerung, daß es vor allem keine Franctireurs gegeben habe, sondern daß die deutsche Armee auf Grund von Feindbildern, insbesondere aus Erzählungen aus der Zeit des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71, hinter jedem Zivilisten einen Partisanen vermutet und entsprechend gehandelt habe.

Der bekannte Publizist Johannes WILLMS bläst in das gleiche Horn und behauptet,* daß die im Zusammenhang mit den zivilen Übergriffen erfolgten Greuel fast ausschließlich auf »psychotische Projektionen« der deutschen Soldaten zurückgegangen seien, die sich durch die Zivilbevölkerung bedroht fühlten — daß es mit anderen Worten keine belgischen

[7] Siehe Beitrag Nr. 33, »Die abgehackten Kinderhände in Belgien«, u. Nr. 34, »André Gide zu den abgehackten Händen«.

* Johannes **WILLMS**, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23. 6. 2004.

»Ein Opfer der Franktireurs*, Gemälde von Herbert ROTHGAENGEL in der *Gartenlaube*, 44, 1914, abgebildet in: HÖRNE U. KKAMER, *Deutsche Kriegsgreuel 1914*, aaO. (Anm. 2),

Franctireurs gegeben habe. Die Berichte deutscher Soldaten seien eine riesige kollektive Auto-Suggestion, und die in damaligen deutschen Zeitschriften erschienenen Texte und Zeichnungen (siehe Abbildungen) stellten reine Kriegspropaganda dar. Doch das trifft nicht zu. Es gab Franctireurs.

Die *Badische Heimat* veröffentlichte 1969 Auszüge aus dem Tagebuch eines badischen Soldaten des Ersten Weltkrieges, der 1914 in Belgien nahe der Nordsee an der französischen Grenze eingesetzt war:

»20. Oktober 1914: Ankunft in [Angabe fehlt]. Im Freien auf dem Acker übernachtet. Morgens Abfahrt Rouiers [Roeselare], In Rouiers sehr viel zerschossen + verbrannt, da Franctireurs [auch: Francstireurs, franz. Freischärler, Freischützen, die im Rücken der Deutschen Partisanenkrieg führten] 11 deutsche Soldaten nachts in den Quartieren ermordet hatten, Abmarsch von [unleserlich] morgens 9 Uhr nach der Front,«[9]



»Löwen«, Gemälde von Wilhelm SCHREUER, in der *Kunst,* März 1915, abgebildet in: HÖRNE U. KRAMER, aaO. {Anm. 2).

Es ist nicht vorstellbar, daß die vielen Tagebucheintragungen und Feldpostbriefe beteiligter Soldaten, die zahlreichen Berichte der verschiedenen Kompanien über Partisanen (Franctireurs) allesamt Wahnvorstellungen verwirrter oder gar traumatisierter Kämpfer waren, die damit ihre Gefangennahme und in manchen Fällen gar ihre Flucht erklären wollten. Wir wollen nicht ausschließen, daß hier und da deutsche Soldaten, von Panik ergriffen, sich zu übereilten Übergriffen verleiten ließen. Das trifft aber nicht den Kern der Sache.

Der Zeitzeuge Léon DEGRELLE erwähnt[10] das Buch eines Pfarrers aus Auby, einem kleinen Dorf in den Ardennen, das nach dem Ersten Weltkrieg in ganz Belgien verbreitet wurde. Sein Titel ist *La légende desfrancstireurs,* und es versucht zu beweisen, daß es keine Franctireurs gegen die Deutschen gegeben habe. Daß es keinerlei Widerstand von seiten belgischer Zivilisten gegen die einmarschierenden deutschen Soldaten gegeben haben soll, wurde zum Dogma erhoben. Niemand in Belgien hätte während und nach dem Krieg das Gegenteil behaupten wollen, aus Angst, alle gegen sich zu haben, meint DEGRELLE. Dieser erlebte als achtjähriger junge den Einmarsch des deutschen Heeres in sein Heimatstädtchen

[9] *Badische Heimat* 69, 1969, S. 93-102.

[10] Léon DEGRELLE, *La pseudo guerre du droit,* Art et histoire d'Europe, Paris 1987, S. 70.

Die aktive Garde civique von Arlon (August 1914). Aus: Collections du Musée Royal de l'Armée, Brüssel).



[11] DtiGRELLH, ebenda.

Bouillon in den Ardennen, Er erinnert sich,[11] daß ein Nachbar von einer Tanne aus mit seiner Schrotflinte auf deutsche Soldaten geschossen hatte, als sie am Anfang der Hauptstraße erschienen waren, und daß drei Tage später zwei Männer von Bouillon erneut Soldaten des deutschen Heeres angegriffen hatten. Ähnliche Uberfälle von seiten bewaffneter Zivilisten müssen, so Degrelle, vielerorts stattgefunden haben.

Neben einzelnen Heckenschützen bildete die dem belgischen Innenministerium unterstehende Garde civique (Bürgerwehr) das Gros der Franctireurs. Dabei ist zwischen der in den Städten aktiven und der auf dem Land stationierten nicht aktiven Garde civique zu unterscheiden. Letztere, die keine Uniform trug und lediglich an der bäuerlichen Kittel-

Die inaktive Garde civique (August 1914). Aus: Collections du Musée Royal de l'Armée, Brüssel),



bluse zu erkennen war, zählte 1913 lediglich 46 000 Mann, In der Euphorie der ersten Augusttage des Jahres 1914 traten jedoch weitere 100000 Belgier bei. Durch den unerwarteten Ansturm der Freiwilligen wurden die Kittelblusen und Waffen so knapp, daß die neuen Mitglieder in Zivilkleidung und mit eigenen (Jagd-)Gewehren auftraten. Im selben Zusammenhang sei erwähnt, daß die belgische Regierung es versäumte, die Mobilisierung der aktiven Garde civique offiziell anzukündigen, was erst am 8. August 1914 erfolgte. Und diese Personen wurden dann als Partisanen tätig.

Laut Bernhard SCHWERTFEGER gab der Bürgermeister von Aaarschot, TLLEMANS, am 10. August 1914 auf Plakaten bekannt, daß in den umhegenden Dörfern Bewohner auf deutsche Soldaten geschossen und dadurch scharfe Vergeltungsmaßnahmen ausgelöst hätten. Nur die Armee habe jedoch das Recht, die Waffen gegen den Feind zu ergreifen, mahnte TILEMANS seine Bürger.[12] Und fünf Tage später verkündete das belgische Kriegsministerium, daß die nicht aktive Bürgerwehr keine Kampfaufträge, sondern nur Polizeiaufgaben zu erledigen habe." Die Zeitung dieser belgischen Bürgermiliz trug übrigens einen bezeichnenden Namen: *Le Franc-Tireur.*

Die deutsche Kriegführung hat diesen irregulären Einheiten zu Recht den Kombattantenstatus aberkannt. Die aus dem Hinterhalt kämpfenden Franctireurs wurden wie Partisanen, also völkerrechtswidrig, eingesetzt und laut Haager Landkriegsordnung von 1907 als irreguläre Einheiten behandelt. Bei Anschlägen wurden nach geltendem Kriegsrecht Geiseln genommen und meistens hingerichtet. In Seilles zum Beispiel wurden 50 Zivilisten, in Andenne 110 erschossen.[14]

Baron Oskar von der LANCKEN, ein bekannter Diplomat in der Vorkriegszeit und später im Ersten Weltkrieg in Belgien Chef der politischen Abteilung der deutschen Militärregierung, wollte der Sache um die angebliche Legende der Franctireurs auf den Grund gehen und kam auf die einfache Idee, sich die Karteikarten der im August 1914 in Belgien verwundeten deutschen Soldaten anzusehen, auf denen die Beschaffenheit der jeweiligen Verwundung vermerkt war. Und er stellte fest, daß Hunderte von diesen Verwundeten nicht etwa von Kugeln oder Granatsplittern getroffen worden waren, sondern von Schrot aus Jagdgewehren, Damit wurde alles klar: Es hatte viele Franctireurs gegeben.[13]

Michael Klotz

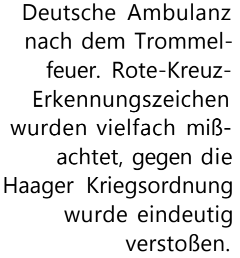
[12] Bernhard SCHWERTFEGER, *Belgische Landesverteidigung und Bürgerwacht 1914,* Berlin 1920.
[13] Ebenda.
[14] Franz Uhle-WETTLER, aaO. (Anm. 6), S. 19.
[15] Erwähnt bei: Leon DEGRELLE, aaO. (Anm. 10), S. 70.

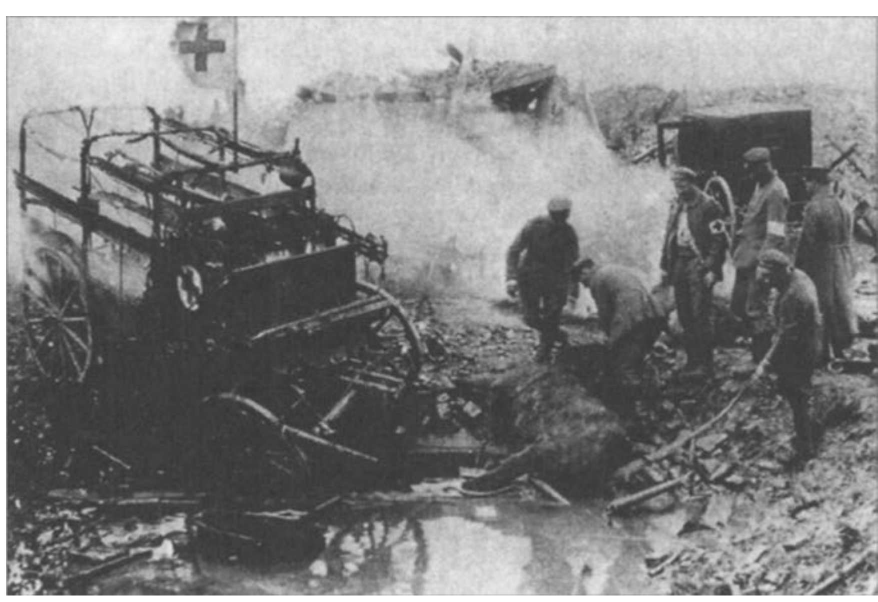
Alliierte Kriegsverbrechen im Ersten Weltkrieg

Die im Ersten Weltkrieg verbreitete alliierte Greuelpropaganda sollte die Völker gegen die deutschen >Barbaren< aufhetzen, gleichzeitig aber auch von den eigenen Kriegsverbrechen ablenken[1], die Niall FERGUSON in *The Pity of War (Der Große Wendig,* Bd. I, S. 187 f.) erwähnt hatte. Aber lange vor FERGUSON hatten deutsche Historiker schon bald nach dem Krieg die Untaten der Sieger dokumentiert.

In vielen französischen Truppenteilen war es üblich, keine deutschen Gefangenen zu machen, was oft auf höheren Befehl geschah.[2] In welchem Umfang die maßlose Unsitte, kein Pardon gegenüber Gefangenen zu gewähren, eingerissen war, ergibt sich aus nachstehenden Beispielen:

Champagne 25. 6. 1915: Die Franzosen warfen Handgranaten in den Sanitätsunterstand des I. Bataillon Reserve-Infanterie-Regiments 30. Zwei Verwundete lagen transportfähig im Eingang, und das >Rote-Kreuz<-Zeichen war deutlich erkennbar. Trotz Zurufs eines Gefreiten auf französisch gaben die Franzosen kein Pardon.[3]


Deutsche Ambulanz nach dem Trommelfeuer. Rote-Kreuz-Erkennungszeichen wurden vielfach mißachtet, gegen die Haager Kriegsordnung wurde eindeutig verstoßen.



[1] Otto VON STÜLPNAGEL, *Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen. Die Anklagen der Gegner Deutschlands im I. Weltkrieg in Gegenüberstellung ihren eigenen Taten,* Berlin [4]1921,S. 115.

[2] Ebenda, S. 399 ff., 395 u. 402; Heinrich KOCH, *Verdun 1916,* Selbstverlag, Verden August 1971, S. 11; Philippe GAUTIER, *Le racisme anti-allemand.* Edition Déterna, Paris 2002, S. 57.

[3] STÜLPNAGEL, aaO. (Anm. 1), S. 402.

Erschütternde Mordtaten aus der Somme-Schlacht am 24. 8.1916 sagte der Ersatzreservist LEIDLICH aus: »In einem Unterstand befanden sich 20 Verwundete, ferner der Feldunterarzt Dr. G. und der Sani täts-Vize feldwebel Sch. Auf dem Unterstand wurde die >Rote-Kreuz<-Flagge angebracht. Als die stürmenden Franzosen näher an den Unterstand herankamen, sprang der Feldunterarzt heraus und rief den Franzosen zu, daß im Unterstand lauter Verwundete seien und daß sie Pardon annehmen sollten. Ich hörte die Franzosen rufen: >Nichts Pardon.< Gleich darauf wurde Dr. G. durch einen Kopfschuß von den Franzosen getötet. Darauf wollte der Sanitätsfeldwebel Sch. vom Unterstand auf der Treppe in die Höhe steigen, um das fortdauernde französische Feuer abzuwehren und unsere Übergabe anzuzeigen. Er erhielt alsbald 2 tödliche Schüsse. Die Franzosen schössen dann 10- bis 15mal durch den Haupt- und Notausgang in den Unterstand. Auch warfen sie 15 Handgranaten hinein. Verschiedene deutsche Soldaten wurden getroffen und getötet, so daß bei der Gefangennahme nur noch 12 Lebende übrigblieben.«

Auch belgische und englische Truppen verübten solche Morde. Zonnebeke 25. 10. 1914:

120 Deutsche, die sich ergeben hatten, wurden mit Dolchmessern niedergemacht. Englische Offiziere des Yorkshire- und Berkshire-Regiments sahen dem Blutbade zu, ohne irgendwie einzuschreiten.[4]

Der französische Capitaine Henri CASTEX berichtet in seinen Briefen an die Familie ungeniert, daß seine Soldaten nie Pardon gaben und daß er als Offizier das nie unterbunden habe. Er beschreibt seine Männer als >*handits*< und >*sauvages*< (Wilde), die keinen anständigen Krieg führten.[5] Sie seien aufgehetzt gewesen durch den >Revanche<-Gedanken und durch die Gewißheit, daß sie von Gott unterstützt seien. Hinzu kam die Wirkung der Greuelpropaganda, die sie mit Haß auf die >Hunnen< und die >*sauvagesfanatiques*< (fanatische Wilde) erfüllte.[6]

Grausige Morde führten die französischen >*nettojeurs*< (Säuberungstruppen) aus, die die Aufgabe hatten, in den Gräben Verwundete und Gefangene umzubringen.[7] Unter ihnen befanden sich oft Kriminelle, die mit Messern, Brownings, Handgranaten und Nagelstiefeln ihre blutige Arbeit verrichteten. Prof. Friedrich GRIMM erinnert sich an seine Verteidigung eines französischen Sergeanten, der in seinem Tagebuch geschrieben hatte: »Es war gut, daß ich neue genagelte Stiefel trug. Ich habe den

[4] STÜLPNAGEL, ebenda, S. 419.

[5] Henri CASTEX, *Verdun -Annees Infernales*, Edition Albatros, Paris 1980, S. 103 f.

[6] GAUTIER, aaO. (Anm. 2), S. 57.

[7] STÜLPNAGEL, aaO. (Anm. 1), S. 402; Ernst KUNDT (Vorwort) *Kriegsverbrechen der Alliierten. Material zur deutschen Gegenrechnung,* Berlin 1926, S. 6.

bayerischen Husaren und dem württembergischen Jäger, die ich verwundet auf dem Schlachtfeld traf, das Laufen beigebracht.«"

Oft wurden völkerrechtswidrig Gefangene als lebende Schutzschilde benutzt. Ypern 30. 4. 1915:

Bei einem Angriff wurden deutsche Gefangene durch Faustschläge und Fußtritte gezwungen, aus einem englischen Graben heraus den Deutschen zuzuwinken, um deren Feuer vom Graben abzulenken. In der Nacht vom 14. zum 15.6.1918 trieben Engländer beim Angriff auf das Reserve-Infanterie-Regiment 81 gefangene Deutsche, die die Hände hochheben mußten, vor sich her und benutzten sie so als Deckung gegen das deutsche Maschinengewehrfeuer.<J

Die oben beschriebenen Verletzungen der Genfer Konvention zum Schutze des >Roten Kreuzes< häuften sich. Der englische General HÖRNE und der 11. französische Divisionsstab unter General VUILLENOT befählen sogar ausdrücklich, auf das Zeichen des >Roten Kreuzes« und auf die Bergung von Verwundeten keine Rücksicht zu nehmen,[11]

Üblich war auch bei den Alliierten der Beschuß von deutschen Lazaretten und Lazarettschiffen.

Häufig wurden die Weiße Flagge und das >Rote-Kreuz<-Zeichen mißbraucht, um damit die Deutschen zu täuschen und sie hinterlistig zu überfallen. Zu diesen verbotenen Kriegslisten* gehörten auch das Tragen von deutschen Uniformstücken und die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen.[12] Oft kamen Leichenschändungen bei den schwarzen und marokkanischen Truppen vor. Vielen Toten wurden Köpfe, aber auch Nasen und Finger abgeschnitten, die die Eingeborenen als Souvenirs bei sich trugen.[13]

Mißhandlungen von Gefangenen und Mißachtung der >Roten Kreuzt-Flagge gab es auch bei den Kämpfen in den Kolonien, General VON LETTOW-VORBECKS Schutztruppe fand in Ostafrika englische Befehle, keine Gefangenen zu machen,[14] Indische Soldaten stellten sich oft tot oder verwundet und schössen dann hinterrücks auf die Askaris.[15] Auf Neu-

[8] Friedrich GRIMM, *Politische Justiz,* Bonn 1953, S. 27.

[9] STÜLPNAGEL, aaO. (Anm. 1), S. 419.

[10] Ebenda, S. 363.

[11] Ebenda, S. 338, 351-356, 359 u. 363 f.

[12] Ebenda, S. 18, 338-348 u. 455-462.

[13] Ebenda, S. 420; CASTEX, aaO. (Anm. 5), S, 106 u. 108,

[14] Burkhard VIEWEG, *Macbo Porini - die Augen im Busch,* Margraf, Weikersheim, 1996, S. 316 u. 403.

[15] Siegfried DELIUS, »Die Schlacht von Tanga«, in: *Mitteilungen des Traditionsverbandes,* Nt 11, 1989, S. 110.

Guinea verteidigten sich Deutsche und Eingeborene gegen australische Hilfstruppen, unter denen sich auch Sträflinge befanden. Die gefangenen melanesischen Verteidiger wurden von den australischen Soldaten nach dem Kampf mit dem Bajonett durchbohrt.[16]

Die bestialischsten Greuel ereigneten sich jedoch an der Ostfront, als russische Truppen 1914/15 in Ostpreußen einfielen, 2000 Männer, Frauen und Kinder ermordeten und 800000 Menschen in die Flucht trieben.[17] Hier verübten die Russen die gleichen grauenhaften Verbrechen wie die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg.

Man fand Frauen mit aufgeschlitztem Unterleib, aus denen die Gedärme heraushingen, Männer mit ausgestochenen Augen, abgeschnittenen Armen, Beinen, Zungen oder Hals.[ls] Im ostpreußischen Johannesburg war eine Frau an die Tür genagelt, ihr waren die Brüste abgeschnitten. In einem Zimmer fand man eine alte Frau und einen alten Mann in kniender Stellung über einen Tisch gelehnt. Man hatte ihnen mit starken Nägeln die Zungen auf den Tisch genagelt.

Die Entente hat der Welt so oft die Märchen von den deutschen Greueln 1914 in Belgien in Wort und Bild aufgetischt, von aufgespießten Kindern, abgehackten Kinderhänden usw Nach dem Krieg gaben die Alliierten zu, diese Vorwürfe erfunden zu haben. In Ostpreußen sind jedoch viele dieser phantasievollen Hirngespinste von den Russen in die Tat umgesetzt worden." Oberst VON STÜLPNAGEL spricht daher in seiner Dokumentation von »einem vertierten, überrohen Barbarismus.«[20]

Wie im Zweiten Weltkrieg verschleppten die Russen schon 1914 deutsche Zivilisten nach Rußland und vergewaltigten Frauen. In Pillkallen[21] wurden 1914 zum Beispiel 88 Frauen und Mädchen im Alter zwischen 14und 74Jahren vergewaltigt. Aber auch die westlichen >Kreuzzügler< nahmen die deutschen Frauen als Beute: die belgischen Askaris im Kongo, die belgischen und französischen Soldaten nach dem Waffenstillstand in Deutschland. Marokkaner vergingen sich an 7jährigen Knaben.[22]



Ein eingeborener Soldat der deutschen Schutztruppe, ein Askari, mit der Reichskriegsflagge.

Ralf KÜTTELWESCH, »Der >Lettow- Vorbeck< der Südsee«, in: *Preußische Allgemeine Zeitung,* 10. 6. 2006, S. 21.

[17] STÜLPNAGEL, aaO. (Anm.l), S. 10.

[18] Ebenda, S. 11-14.

[19] Ebenda, S. 13.

[20] Ebenda, S. 73.

[21] Ebenda, S. 103 u. 158.

[32] Ebenda, S. 18, 22, 58, 71,107 u. 196.

Bei vielen alliierten Truppen waren Plünderungen und die Beraubung der Kriegsgefangenen an der Tagesordnung,

Russen und Franzosen verstießen gegen die Genfer Konventionen, indem sie auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags 1919 deutsche Kriegsgefangene zurückhielten, Frankreich verschleppte 200000 Kriegsgefangene in die zerstörten Aufbaugebiete, wo Tausende durch Mord, Hunger, Folter, Mißhandlungen und Krankheiten umkamen. E,rst 1929 kamen die letzten deutschen Gefangenen aus Frankreich frei.

Katastrophale Zustände herrschten unter den Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in den englischen, französischen und beigischen Kolonien. Es kam zu Protesten aus der französischen Zivilbevölkerung und aus dem Vatikan.[23]

Belgische und französische Zivilisten waren meist so haßerfüllt, daß sie die hilflosen Gefangenen verhöhnten, beschimpften und bespuckten.[24]

Die Franzosen verschleppten zu Beginn des Krieges aus dem Elsaß über 2000 unschuldige Zivilisten, die sie wie Sträflinge behandelten.[25] Sogar der Deutschenhasser Maurice BARRKS protestierte gegen diese »unmenschlichen Konzentrationslager, die Stätten des Elends«.[26]

Diese schändliche Behandlung stand im Gegensatz zu dem korrekten Verhalten der Deutschen gegenüber ihren alliierten Kriegsgefangenen.[27] Aber auch sonst beachteten die deutschen Truppen die Haager Landkriegsordnung. Dafür sorgte eine strenge Militärjustiz im deutschen Heer.

Friedrich Karl Pohl

[25] KUNDT, aaO. (Anm. 7),S. 14,18-23; STÜLPNAGEL, aaO. (Anm, 1),S. 131,151 f. u. 155; Vi FWEG, aaO. (Anm. 14), S. 413 f.

[14] KUNDT, aaO. (Anm. 7), S. 18-20; SANDRO, *Fluchtnächte in Frankreich*, Deutsche Verlagsanstalt, 1920, S. 24.

[25] STOLPNAGEL, AAO. (Anm. 1), S. 134-139.

[26] Ebenda, S. VIEL

[27] KUNDT, aaO. (Anm. 7), S. 25 f.; SANDRO, aaO, (Anm. 24), S. 150.

Deutsche versenkten nicht britisches Lazarettschiff 1916

Am 21. November 1916 sank das britische Lazarettschiff >Britannia< im Mittelmeer. In der Weltpresse wurde damals sofort ein deutsches U-Boot dafür verantwordich gemacht, das das unbewaffnete und unter dem Zeichen des Roten Kreuzes fahrende Schiff torpediert haben sollte. Als ein Beispiel für die völkerrechtswidrige Kriegführung der Deutschen ging diese Meldung um die ganze Welt. Die begründete deutsche Zurückweisung dieses Vorwurfs wurde nicht anerkannt und in der Öffentlichkeit verschwiegen.

Doch diese Schuldzuweisung war unberechtigt, wie Jahrzehnte später eindeutig bewiesen werden konnte. Ende der siebziger Jahre führte der bekannte Tiefseetauchcr Professor COUSTEAU den entsprechenden Nachweis, über den er dann beim Taucherclub >Mediterraneo< in Barcelona vortrug.[1]

Danach hat er in einem Archiv über den Ersten Weltkrieg das Logbuch des in Frage kommenden deutschen Unterseebootes >U 73< entdeckt. Darin habe dessen Kommandant SIRSS am 21, November 1916 die folgende Eintragung vollzogen: »Britisches Rotkreuzschiff >Britannia< gesichtet und Untergang beobachtet, keinen Torpedo abgefeuert, >Britannia< vermutlich auf Mine gelaufen, die wir in diesem Gebiet vor einigen Tagen gelegt haben «

COUSTF.AU hat dann Überlebende des britischen Schiffes befragt und dabei von diesen erfahren, daß zwei Explosionen vor dem Untergang gehört worden waren. Daraufhin untersuchte er mit seinen Froschmännern von einer Tauchstation in etwa 116 m Wassertiefe das dort liegende Wrack des englischen Lazarettschiffes und stellte fest, daß die Außenwände des Schiffes nach außen aufgerissen waren. Bei einer Torpedierung oder einer Minenexplosion müßten die entstehenden Löcher in der Schiffswand jedoch nach innen eingerissen sein. Funde von Kohleresten bestärkten COUSTEAU in seiner Folgerung, daß eine Explosion im Maschinenraum des Schiffes für den Untergang verantwortlich gewesen sei.

Eine den Deutschen vorgeworfene Torpedierung konnte der Fachmann mit großer Sicherheit ausschließen. Damit konnte, wenn auch erst rund 60 Jahre später, ein Vorwurf gegen die Deutschen aus dem Ersten Weltkrieg widerlegt werden.

Rolf Kosiek

[1] R., »Weitere Kriegslüge aufgedeckt«, in: *Deutsche Wochenzeitung*, 2. 2. 1979.

Die Gallipoli-Invasion 1915

Einer der nachhaltigsten Siege der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg war zweifellos die gewonnene Schlacht um die Dardanellen 1915/16. Denn damit mißlang den Alliierten nicht nur der Zugang nach Konstantinopel, sondern auch der Versuch, die Türkei von Deutschlands Seite zu reißen. Besonders für Londons Ansehen als Seemacht war das Fiasko bei Gallipoli ein harter Schlag, wenngleich CHURCHILL als Erster Lord der Admiralität nichts unversucht ließ, um die Niederlage sowie seinen maßgeblichen Anteil daran nach Kräften kleinzureden.[1] Dadurch hat sich diese Sicht der Vorgänge in der Offentlichkeit durchgesetzt, und eine Richtigstellung ist deswegen geboten.

[1] Winston CHURCHILL, *Weltkrisis 1911-1918,* Zürich 1947.

Als bei Kriegsausbruch England sich der französisch-russischen Entente anschließt, fragt sich manch einer im Reich: »Wie sollen wir bloß mit der Grand Fleet fertig werden, der stärksten Flotte der Welt?« Gerüchte kommen auf, sie wolle Helgoland pulverisieren oder gar in die Ostsee vorstoßen, um Berlin einzunehmen. Doch die Royal Navy hat es nicht eilig. Statt anzugreifen, befaßt sie sich lieber mit der Seeblockade des Deutschen Kaiserreiches und spart ihre Munition.[2]

[2] Alexander MEURFR, *Seekriegsgeschichte in Umrissen, Seemacht und Seekriege,* Hase u. Koehler, Leipzig 1943, S. 489 ff.; K. ASSMANN, *Deutsche Seestrategie in %u>ei Weltkriegen,* Heidelberg 1957.

Das währte so lange, bis im Frühjahr 1915 plötzlich ein starkes britisches Geschwader in der Ägäis auftaucht. Was ist der Grund? Das Osmanische Reich ist soeben auf **Seiten** der Mittelmächte in den Krieg eingetreten, und Winston CHURCHILL wittert die große Chance. Hier winkt eine klassische Seemachtaufgabe: Wenn die britische Flotte die Meerenge zwischen Dardanellen und Bosporus durchstößt, wird sie den Sultan zur Kapitulation, Athen an die Seite Englands und Zar NIKOLAUS zur Waffenhilfe zwingen. Zwar hält das Marineamt in London den Durchbruch ohne Landungstruppen für Selbstmord, doch boxt der Erste Lord sich im Kabinett wie im Kriegsrat durch. Dann befiehlt er seinen Admirälen, »viele dicke Schiffe« vor den Dardanellen zu versammeln, wobei er auf Unterstützung der russischen Schwarzmeerflotte pocht. Als Zar NIKOLAUS aber hört, daß König KONSTANTIN von Griechenland mit von der Partie sein wird, verweigert er jede Hilfe. Schließlich weiß alle Welt, daß Athen ihm den Zugang zum Mittelmeer mißgönnt. CHURCHILL aber setzt alles auf eine Karte.[3]

[3] John CHARMLEY, *Churchill,* Ullstein, Berlin 1997, S. 110 ff.

Sobald die britische Mittelmeer-Flotte, inzwischen verstärkt durch französische Linienschiffe, 18 >Große Einheiten* zählt und eine hinreichende Anzahl an Kreuzer- und Torpedobootsflottillcn bereitsteht, heißt es »Anker auf!« Und am Morgen des 18. März 1915 dampft die alliierte Armada in Achtung gebietender Dwarslinie Richtung Dardanellen, Die veralteten türkischen Außenforts bei Kumkale und Seddulbar zum Schweigen

zu bringen, glückt der massierten Schiffsartilierie aller Kaliber im Handumdrehen. Dagegen mißlingt der anschließende Durchbruchsversuch total. Denn die inneren Sperrforts und die gut getarnten Haubitzenbatterien unter deutscher Leitung bleiben intakt und feuern aus allen Rohren. Schon beim ersten Anlauf wird ein französisches Linienschiff zusammengeschossen und sinkt. Doch das ist nicht alles: In den Nächten zuvor war es den Torpedobooten mißlungen, die Minenfeldern bei Kephez und Ehrenköj zu räumen, insbesondere nicht die der inneren Sperre. Sie waren erst in der gerade vergangenen Nacht unter Leitung deutscher Spezialisten gelegt worden. So verfangt sich das Schlachtschiff >Inflexible< in der Sperre und bricht nach mehreren Explosionen auseinander. Nicht anders ergeht es dem Schiachtkreuzer >Irresistible<, als er dem Schwesterschiff >Ocean< zu Hilfe kommt. Beide werden auf Grund gesetzt und fallen vollständig aus. Nachmittags trifft eine Haubitzensalve den französischen Panzerkreuzer >Bouvet<, der nach zwei Explosionen kentert und unter Sirenengeheul versinkt. Weitere Großkampfschiffe werden so schwer beschädigt, daß sie den Kampfplatz räumen. Ihr Rückweg gestaltet sich schwierig, weil zerborstene Schiffskörper die Fahrrinne blockieren. Nachdem bei Rettungsaktionen noch eine Anzahl kleinerer Schiffseinheiten verlorengegangen ist, wird gegen achtzehn Uhr das Unternehmen abgebrochen. Der Rest der alliierten Flotte zieht sich zurück.[4]



Feldmarschal! Otto LIMAN VON SANDERS (1855-1929).

»Daß Konstantinopel nicht auf dem Seeweg zu nehmen ist, hat sich damit gezeigt«, schreibt General LIMAN VON SANDERS, Befehlshaber der 5. türkischen Armee und Leiter der Deutschen Militärmission beim Sultan, in seinen Erinnerungen. »Ebenso klar ist aber auch, daß London den Plan nicht aufgeben wird, für den es einen so hohen Preis gezahlt hat. Jetzt muß mit Truppenlandungen gerechnet werden.« Dem General verbleiben knapp 40 Tage, um die GallipoIi-Halbinsel auf die alliierte Invasion vorzubereiten.[3]

Die Landung erfolgt am 25. April 1915 mit 200 Schiffen und 90000 Mann, die bald um das Mehrfache verstärkt werden. Es ist das größte Landungsunternehmen des gesamten Krieges. Die alliierten Truppen werden in mehreren Wellen an der Südspitze der Halbinsel bei Seddulbar und Kabatepe abgesetzt. Da SANDERS die vermuteten Landungspunkte vorauskalkuliert und seine Divisionen entsprechend aufgestellt hat, erleidet der Gegner hohe Verluste, wird noch am Strand aufgefangen und stellenweise ins Meer zurückgeworfen. Obwohl die Alliierten erneut Truppen an Land setzen, die wieder und wieder anstürmen, gelingt es ihnen nirgends, ins Landesinnere vorzudringen. Das gilt auch für die gesamte Zeitspanne der achteinhalb Monate währenden blutigen Kämpfe.[6]

Um seine Divisionen dem Trommelfeuer der Schiffsartillerie zu entziehen, verzahnt SANDERS ihre Abwehrstellungen eng mit den Deckungs-

[4] MEURER aaO. (Anm. 2), S. 492 ff., sowie Admirals tabs - werk, *Der Krieg in den türkischen Gewässern,* Bd. 1, und *Der Kampf um die Meerenge,* Hase u. Koehler, Berlin 1938; siehe auch: Marine-Archiv, *Der Krieg zurSee 1914-18,* Berlin 1920.

[5] Otto LIMAN VON SANDERS, *Fünf Jahre Türkei,* August Scherl, Berlin 1920, S. 44 ff,

[6] W. PULESTON, *The Dardanelles-expedition,* Annapolis, Navy Academy USA, 1927, S. 58 ff.

Schlacht bei Kumkale. Der Divisionskommandeur NICOLAI begrüßt anrückende Reserven, die den türkischen Sieg bewirken.



graben der Invasionstruppen. Das hilft, die Schiffskanonade zu unterlaufen, wobei die ausgedehnte Trichterlandschaft den Verteidigern Schutz und Deckung gibt. Weil die breiten Sandstrände sich vielerorts in Steilhängen und Schluchten verlieren, vermag das Flachfeuer der Panzerschiffe die dort in Reserve gehaltenen Verbände nicht zu erfassen. Dadurch sowie wegen der Standfestigkeit der türkischen Infanterie vermag VON SANDERS mit knapp 60000 Mann den überlegenen Feind so lange in Schach zu halten, bis weitere Kräfte eintreffen.[7]

Stellt man in Rechnung, daß die türkische Ausrüstung, die neben wenigen Maschinengewehren kaum Feldartillerie und überhaupt keine schwere Artillerie aufweist, der modernen Bewaffnung des Gegners hoffnungslos unterlegen ist, grenzt es schon an ein Wunder, daß den alliierten Invasionstruppen der Durchbruch ins Landesinnere verwehrt bleibt. Angriff um Angriff der Landungstruppen wird von den Türken zurückgeschlagen, häufig genug lediglich mit dem Bajonett oder der Handgranate. Doch mehr als 6 bis 16 Kilometer vermögen die Angreifer nicht vorzudringen.

Da VON SANDERS erkennt, daß auf Gegenangriffe verzichtet werden muß, wenn die eigenen Verluste nicht untragbar werden sollen, überläßt er dem Gegner die Initiative und beschränkt sich allein auf die Abwehr, wobei er auf die sprichwörtliche Tapferkeit des anatolischen Soldaten zählen kann.

Schwierigkeiten bereiten die Zufuhr von Munition und der Nachschub für die Verteidiger, da die Gallipoli-Halbinsel außer wenigen Saumpfaden über keinerlei Straßensystem verfügt. So muß die Masse des Materi-

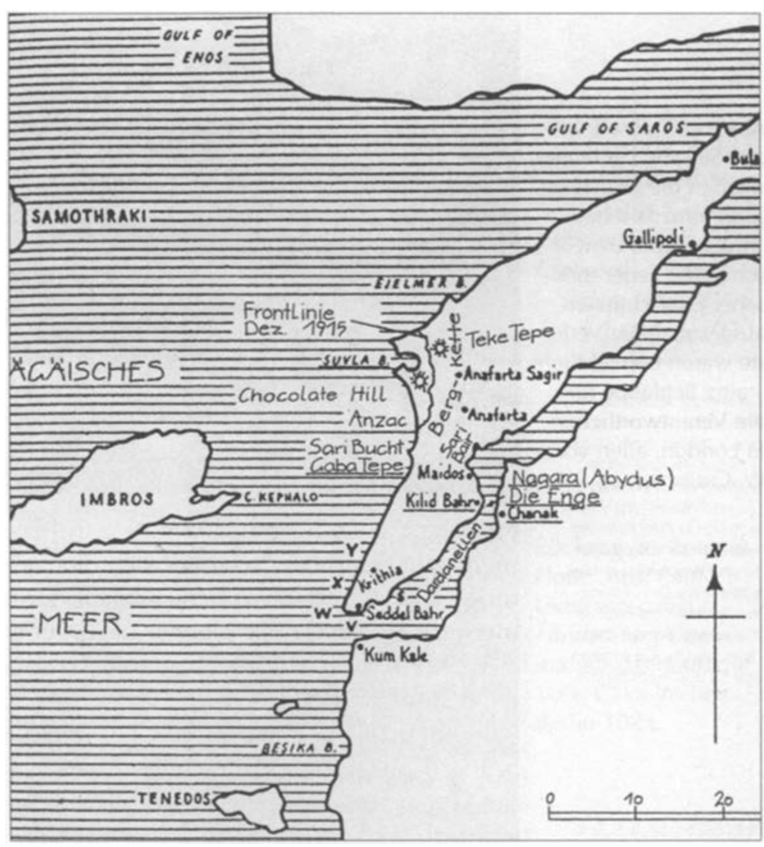
[7] LI MAN VON SANDERS, aaO. (Anra. 5), S. 87 ff.

als nach Maidos verschifft und von dort mit Maultieren durchs Gebirge transportiert werden, wobei es britischen U-Booten gelegentlich glückt, den einen oder anderen Nachschubdampfer zu versenken.

[8] John CHARMLEY, aaO. (Anm. 3), S. 118 ff.

Als die Alliierten erkennen, daß auch auf dem Landweg kein Vorwärtskommen ist und die Einnahme von Konstantinopel in immer weitere Ferne rückt, beschließt London, die Invasionstruppen kräftig zu verstärken, und schickt ein weiteres Landungskorps auf den Weg. CHURCHILL, Urheber des Dardanellen-Fiaskos, hat inzwischen seine Stellung als Erster Lord der Admiralität eingebüßt, denn Premier ASQUITH sah sich gezwungen, seine Regierung umzubilden. England ist im zweiten Kriegsjahr in argen Nöten, nirgends will es vorwärts gehen, und ohne amerikanische Hilfeleistung an Kapital und Rüstungsgütern müßte London den Kampf einstellend

»Ende Juli mehren sich die Nachrichten, daß eine Großlandung bevorsteht«, meldet VON SANDBRS nach Berlin. Von mehr als 80000 Mann und 140 Schiffen höre man aus Saloniki. Andere Gewährsmänner geben noch höhere Zahlen an. Und am Abend des 6. August 1915 beginnt die neue Landungsoperation des Gegners, der 5 frische Divisionen in der Anaforta-Ebene zwischen Ariburnu und der nördlichen Suvlabucht an Land setzt. In zügigem Sturmangriff gelingt es ihnen, die dünne türkische Linie zu durchbrechen, eine Eindringtiefe von rund 16 Kilometern zu gewinnen und den Landeabschnitt auf eine Breite von 15 Kilometern auszudehnen. Gleichzeitigerfolgen weitere Anlandungen im Raum von Seddulbar sowie nördlich von Kabatepe, Dieses Mal vermögen die gelandeten Truppen in ununterbrochenen Angriffen und unter dem zusammengefaßten Feuer der Schiffsartillerie tiefer in Landesinnere vorzustoßen und den beherrschenden Höhenrücken des Ki-

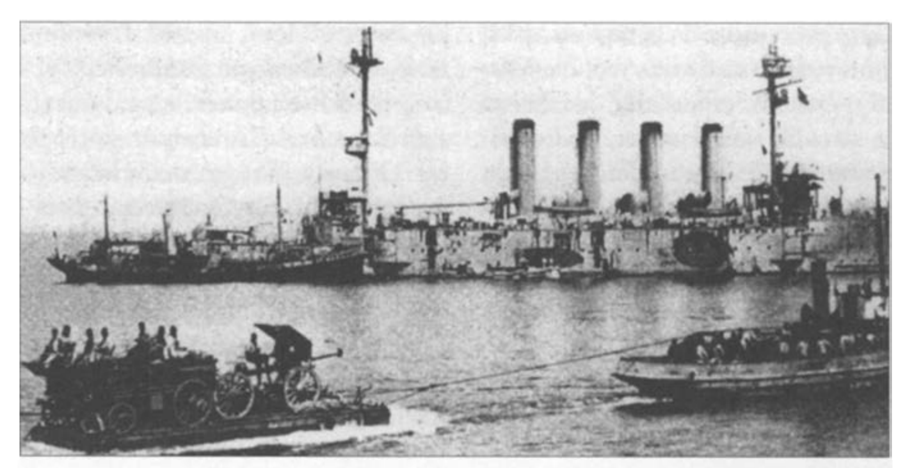


Gallipoli und die Dardanellen 1915. Die Buchstaben V, W, X und Y weisen auf geplante Strände für die Landung am 25. April 1915 hin. (Karte aus: lohn F. C. FÜLLER, *Die Entscheidungsschlachten der westlichen Welt,* Grabert, Tübingen 2004).

Landeoperation: Ein Geschütz wird auf einem Floß an Land gebracht.

Am 8. August 1915 schrieb Admiral TIRPITZ: »Schwere Kämpfe sind seit gestern an den Dardanellen im Gange.,, Sollten die Dardanellen fallen, wäre der Weltkrieg gegen uns entschieden.«

Auf zum Teil sehr engen Stränden gelandet, wurden die britischen (und französischen) Truppen bald dem schweren Feuer türkischer Eliteschützen ausgesetzt. Die Verluste waren beträchtlich - eine Schlappe für die Verantwortlichen in London, allen voran W. CHURCHILL.





reschcepe zu besetzen. Da VON SANDERS ausreichende Reserven nicht mehr zur Hand hat, zeichnet sich eine schwere Krise ab, die selbst vermöge der stupenden Hartnäckigkeit der türkischen Infanterie kaum zu meistern ist. Doch der Gegner bricht überraschend den Kampf ab und zieht seine schwer angeschlagenen Truppen zurück. Der Großversuch, die Stellungen der 5. Armee von der Flanke her aufzurollen, scheitert im wütenden Bajonettangriff der Türken, die das verlorene Höhengelände mit Bravour wieder einnehmen, Über 55000 Tote und Verwundete läßt der Gegner auf dem Schlachtfeld zurück, nur eine mit VON SANDERS vereinbarte Waffenruhe erlaubt ihm die Bergung.

Doch der Gegner gibt noch nicht auf. Bis in den November hinein versucht die britische I.andungsarmee, mit allen verfügbaren Kräften das Höhengelände zurückzugewinnen und den Einbruchsraum auszuweiten. Trotz größter Opfer gelingt es nicht. Die türkischen Verteidiger drängen die alliierten Divisionen ohne Rücksicht auf Verluste schrittweise in die Landungsräume zurück,[9] bis endlich, in der Nacht vom 19. zum 20. Dezember 1915, während dichter Nebel über der Küste liegt, die Alliierten den Kampf an den Ariburno- und Anaforta-Frontabschnitten aufgeben und sich auf die Schiffe zurückziehen. Auch im Raum Seddulbar erkennt VON SANDERS bald darauf Rückzugsbewegungen, die weitgehend nachts stattfinden. Letzte Einschiffungen erfolgen in der Nacht vom 8. auf den 9. Januar 1916 unter Zurücklassung riesiger Mengen an Kriegsmaterial und Verpflegung, während die Schiffsartillerie die Flüchtenden deckt und viel liegengebliebenes Material zerstört.[10]

[9] LIMAN VON SANDERS, aaO. (Anm. 5), S. 108 ff.

[10] Ebenda, S. 126 ff

Den Gesamtverlust der türkischen 5. Gallipoli-Armee gibt SANDERS mit 218000 Mann bei 66000 Toten an. Auch die Verluste der Alliierten sollen weit über 150000 Mann betragen haben. Insgesamt ist am Gallipoli-Unternehmen über eine Dreiviertelmillion Soldaten beider Seiten beteiligt gewesen, Ihre Verlustzahlen lassen sich durchaus mit denjenigen der großen Mate riaisch lachten an der Somme und bei Ypern vergleichen. Viele der auf Gallipoli eingesetzten türkischen Divisionen verloren nahezu den gesamten Mannschaftsbestand und mußten mehrmals aufgefrischt werden.[11]

[11] Ebenda, S. 135; sowie R. Rhodes JAMES, *Gallipoli,* London 1984; ders., *Churchill — A study in failure 1900-1939,* I^ondon 1970.

General LiMAN VON SANDERS' Fazit lautet: »Wäre die alliierte Operation geglückt und die Gallipoli-Halbinsel verlorengegangen, hätte das den alliierten Durchbruch ins Schwarze Meer und die sichere Verbindung zwischen den Westmächten und Rußland bedeutet. Damit wäre die Türkei von der Seite Deutschlands abgesprengt worden.«

Seine Einschätzung deckt sich voll mit dem Urteil der deutschen Marineleitung: »Der kürzeste Weg zum Sieg führte für England durch die Dardanellen, aber er war blockiert.«

Andreas Naumann



Rückzug der Entente-Flotte. Aus: Paul LINRENBERRC **(Hg.),** *Hindenburg-Den k-mai für das deutsche Volk,* C. U. Welter, Berlin 1923.

Armeniermord - Geschichtsklitterung 2005 im Deutschen Bundestag

Am 16. Juni 2005 wurde ein Antrag aller Bundestagsfraktionen (außer der PDS) zum Gedenken an das Armenier-Genozid von 1915 ohne Aussprache mit den Stimmen des ganzen Hauses angenommen - eine Stellungnahme, die längst fällig war, aber wegen befürchteter türkischer Reaktionen bisher peinlichst vermieden worden war; natürlich auch wegen der Notwendigkeit, damit zu bekunden, daß es neben dem Holocaust auch noch ein anderes Genozid gegeben hat. Um das abzumildern, griff man auf ein bewährtes, typisch deutsches Mittel zurück: Man titelte die Antrags-Drucksachc nicht nur einfach »Erinnerung und Gedenken an die Vertreibungen und Massaker an den Armeniern 1915«, sondern fügte noch unterwürfig einen Gutmensch-Satz hinzu: »Deutschland muß zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern beitragen«.

Unter völliger Vermeidung des Begriffes >Völkermord< beklagte der Bundestag in seinem Beschluß nicht nur die »fast vollständige Vernichtung der Armenier in Anatolien«, sondern beschuldigte das Deutsche Reich, Mordkomplize gewesen zu sein.

Man bedauerte »die unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches, das angesichts der vielfältigen Informationen über die organisierte Vertreibung und Vernichtung von Armeniern nicht einmal versucht hat, die Greuel zu stoppen«. Das wäre angeblich möglich gewesen, denn »das Deutsche Reich war als militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reiches ebenfalls tief in diese Vorgänge involviert«, und »trotz dringender Eingaben vieler deutscher Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und den Kirchen... unterließ es die deutsche Reichsleitung, auf ihren osmanischen Verbündeten wirksamen Druck auszuüben«.

Der Bundestag als Geschichtsklittercr

Um die schwerwiegende Anschuldigung zu begründen, wurde in dem Beschluß auf eine alte linke Masche zurückgegriffen, indem man das >Richtige« falsch interpretiert, so daß das Gegenteil des Gemeinten dabei herauskommt: »Besonders das Werk von Dr. Johannes LEPSIUS, der energisch und wirksam für das Überleben des armenischen Volkes gekämpft hat, soll dem Vergessen entrissen werden.«[1]

Zur Erinnerung: Der evangelische Theologe LEPSIUS hatte in seiner Dokumentation die Massaker ausführlich dargestellt. Sie enthält neben dem diplomatischen Schriftverkehr auch nichtamtliche Briefe und Berichte ab Kriegsbeginn bis zum Oktober/November 1918, besonders

[1] **Johannes LEPSIUS,** *Deutschland und Armenien 1914-1918 — Sammlung diplomatischer Aktenstücke.*

die Berichte zur Deportation und Vernichtung vom 24. April bis Dezember 1915, sowie zur anschließenden Zwangsislamisierung und weiteren Vernichtung bis zur türkischen Einnahme von Baku im September 1918.

In der Neuausgabe von 1986 werden im Vorwort schwere Vorwürfe gegen das kaiserliche Deutsche Reich wegen der damals angeblich im Reich erzwungenen Geheimhaltung der Greuel erhoben, und es wird behauptet, Deutschland habe nicht »alles in seiner Macht Stehende zur Rettung der Armenier unternommen. Deutschlands Schuld lag vermutlich (!) gerade vor allem in unterlassener Hilfeleistung«.



Johannes LEPSIUS (1858-1926). Franz WERFEI nannte ihn »den Schutzengel der Armenier».

Diese schwerwiegende Anschuldigung wird jedoch weder im Text noch in den Quellenangaben durch Tatsachen belegt, woraus zu schließen ist, daß es diese nicht gibt. Dennoch übernahm der Bundestag ungeprüft diese Vorwürfe; die Dokumentation selbst scheint niemand gelesen zu haben. So trifft es nach LEPSIUS nicht zu, daß Deutsche, um Armeniern zu helfen, irgendeinen Widerstand ihrer Regierung zu überwinden hatten. Im Gegenteil: Nach LEPSIUS hat die deutsche Regierung alles in ihrer Macht Stehende unternommen, alle Hilfe gebilligt oder unterstützt, aber wegen fehlender Druckmittel nur wenig erreicht. Sie hat allerdings die aus ihrer Sicht nicht zu verantwortende öffentliche Anklage ihres strategisch unverzichtbaren Verbündeten mitten im Ersten Weltkrieg unterbunden. Zum Vergleich möge man das Verhalten heutiger Bundesregierungen gegenüber dem menschenverachtenden russischen Vorgehen gegen die Tschetschenen betrachten. Trotzdem wird im Bundestagsbeschluß mit dem Satz: »Deutschland, das mit zur Verdrängung der Verbrechen am armenischen Volk beigetragen hat« dreist eine »Verdrängungspolitik des Deutschen Reiches« wahrheitswidrig unterstellt.

Dokumenten beweise

Daß die Dokumentation von LEPSIUS bereits 1919 unter Verwendung sämtlicher Akten des Auswärtiges Amtes (AA) und der Botschaft herausgegeben wurde, beweist das Gegenteil. LEPSIUS garantiert im Vorwort »die Zuverlässigkeit des Bildes, das sie (die Akten) von der Haltung der deutschen Regierung in der armenischen Frage geben«, und fügt hinzu: »Um jedem Verdacht die Grundlage zu entziehen, als ob Aktenstücke, die die deutsche Regierung, die Botschafter und die Konsuln oder deutsche Offiziere, Beamten und Privatpersonen in irgendeiner Hinsicht belasten, von mir unterdrückt sein könnten, habe ich eine so vollständige Auswahl aus der diplomatischen Korrespondenz. . . getroffen, daß die innere Kontinuität des Schriftwechsels für ihre sachliche Vollständigkeit bürgt.«

»Les massacres d'Armeni«, Abbildung im *Le Petit Journal* vom 12. 12. 1916.

LePSJUS beziffert die Zahl der Opfer auf etwa eine Million, wozu noch bis zu hunderttausend im Kaukasus kommen. Anfangs hatte man in der deutschen Botschaft »bei der unvollkommenen Information über die tatsächlichen Vorgänge« an russische Greuelpropaganda geglaubt. Am 7. Juli 1915 berichtete der Botschafter dem Reichskanzler, »daß die Regierung tatsächlich den Zweck verfolgt, die armenische Rasse im türkischen Reiche zu vernichten«. Diesem Bericht war ein Protest-Memorandum gegen die »Massakres und Plünderungen« beigefügt, das er dem Großwesir bereits am 4. Juli überreicht hatte. Bis 1918 protestierten nacheinander fünf Botschafter und ihre zwischenzeitlichen Vertretungen mündlich und schriftlich bei der türkischen Regierung gegen die Massaker und Deportationen und forderten zum Kurswechsel auf.

Die Korrespondenz beweist, daß Deutsche, auch unter Lebensgefahr, sich sofort vor Ort für den Schutz und das Überleben der Armenier einsetzten. Die deutsche Botschaft und ihre Konsulate waren vielfach Anlaufstellen für Hilfesuchende. Die Akten bezeugen Einsprüche des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes und ihre Unterstützung deutscher Stellen zugunsten der Armenier im Osmanischen Reich und im Kaukasus. Das deutsche Militär war zu Beginn der Armenier-Verfolgung mit 75 Offizieren und 150 Soldaten nur ungenügend vor Ort. In Inner-Anatolien befanden sich bei den türkischen Oberkommandos nur einzelne deutsche Offiziere. Angesichts dieses schwachen Kontingents fühlte sich die Pforte (türkische Regierung) Deutschland gegenüber keineswegs verpflichtet und verbat sich ein Hineinreden in ihre inneren Angelegenheiten,

Die Verfolgung der Armenier begann übrigens nicht erst 191 5. In den Jahren 1896 und 1909 fanden bereits Gemetzel statt.

Am 10. August 1915 erklärte der Innenminister Enver PASCHA, wie Johannes LEPSIUS berichtete, in zynisch-zweideutiger Weise: »Wir können mit unseren inneren Feinden fertig werden. Sie in Deutschland können das nicht. Darin sind wir stärker als Sie.« LEPSIUS berichtet von zahlreichen Fällen, »die von dem unermüdlichen Eintreten der deutschen Konsuln für die Deportierten, von der aufopferungsvollen Notstandsarbeit deutscher Missionare und Missionarinnen und von dem erfolgreichen Eintreten deutscher Offiziere zum Schutz bedrohter Armenier Zeugnis ablegen«.



Das Genozid an den Armeniern 1915/16 gilt als erster Völkermord des 20. Jahrhunderts.

Einige Beispiele mögen das belegen: Ein Vizekonsul, der in militärischem Auftrag nach Mossul reiste, »verhinderte dadurch, daß er mit den ihm unterstellten Offizieren und Mannschaften seine Mitwirkung verweigerte, daß ein Lager von Deportierten. . . von den ihn begleitenden türkischen Offizieren und Mannschaften laut Befehl aus Mossui massakriert wurde«.

General LIMAN VON SANDFRS, neben VON DFR GOLTZ zeitweise der einzige deutsche Oberbefehlshaber in der türkischen Armee, erfuhr im November 1915 in Smyrna, daß Hunderte von Armeniern ins Landesinnere deportiert worden waren. Am nächsten Tag ließ er durch seinen Stabschef dem Wali (Provinzgouverneur) unter Androhung von Waffenge-



Nach den Massakern an Armeniern und Griechen durch die Türken: Ankunft überlebender Waisenkinder in Griechenland 1922.

walt Deportationen verbieten - mit Erfolg. Ebenso intervenierte er für zehn angesehene Armenier, die in Smyrna im Gefängnis einsaßen.

Generalfeldmarschall Freiherr VON DER GOLTZ erfuhr im Dezember 1915 in Mossul, daß dort ansässige Armenier auf Befehl des bisherigen Oberbefehlshabers an den Euphrat deportiert werden sollten. Nach seiner sofortigen Intervention wurde die Vertreibung zunächst aufgeschoben, Mitte Januar 1916 verbot er sie aufgrund seiner Befugnisse als Oberbefehlshaber. Als die türkische Regierung auf dem Abtransport bestand, bat er telegraphisch um seine sofortige Abberufung, Erst jetzt gab der türkische Verteidigungsminister nach und sicherte das Verbleiben der Armenier in Mossul zu. Dabei wies er aber darauf hin, daß die Oberbefehlshaberbefugnisse den Deutschen nicht berechtigten, sich in innere Angelegenheiten einzumischen.



Generalfeld marschall Colmar Freiherr VON DER GOLTZ war 1915 Oberbefehlshaber der 1. Türkischen Armee und setzte sich neben anderen preußischen Offizieren für die Sache der Armenier ein.

Mit Unterstützung der Obersten Heeresleitung erreichten die Generale VON LOSSOW und VON KRESSENSTEIN von der Kaiserlich-Deutschen Delegation im Kaukasus, daß die Türken sich hinter die Brest-Litowsker Vertragsgrenzen zurückzogen und die geflüchteten Armenier wieder zurückkehren konnten. Ein Oberstleutnant im Stabe eines türkischen Oberbefehlshabers in Baku forderte Schutz für Armenier und andere Christen. Als der Oberbefehlshaber dennoch ein Massaker duldete, nutzte der deutsche Offizier ein Festbankett, um ihm vor versammelter Gesellschaft ernste Vorhaltungen zu machen. Anschließend begab er sich mit drei weiteren deutschen Offizieren in die Stadt, um dort einige deutsche Häuser und das eines Armeniers zu schützen. Er verlor daraufhin seine Stellung,

Die Dokumentation beweist unter anderem auch, daß im August 1915 der deutsche Generaldirektor der Kaiserlich-Ottomanischen Bagdad-Bahngesellschaft die etwa 850 armenischen Angestellten mit ihren Familien vor einer Deportation rettete. Er drohte, sofort den gesamten Bahnbetrieb einzustellen, falls dieses unverzichtbare Fachpersonal deportiert werde. Nach einem vorläufigen Aufschub wurde nach harten Auseinandersetzungen die geplante Deportation ganz aufgehoben.

Auf 500 kleingedruckten Seiten der LEPSIUS-Dokumentation findet sich nirgendwo ein Versuch, die Fülle der eingehenden Berichte zu unterdrükken oder deutsche Konsularbeamte, Militärs oder Deutsche in zivilen Funktionen zur Zurückhaltung anzuhalten. Im Gegenteil, die Reichsregierung billigte und unterstützte deren Eintreten für die Armenier. Als sie eine von LEPSIUS unterschriebene Warnung der Deutsch-Armenischen Gesellschaft erhielt, die dann an das Auswärtige Amt weitergeleitet wurde, meldete der Botschafter schon nach drei Tagen, mit der türkischen Regierung »eine äußerst scharfe Sprache geführt« zu haben. Leider mußte er hinzufügen: »Proteste nützen nichts, und türkische Ableugnungen, daß keine Deportationen mehr vorgenommen werden sollen, sind wertlos.«

Ende September 1916 berichtete der Staatssekretär des Äußeren dem Reichshaushaltsausschuß, »daß unser Botschafter soweit gegangen ist, sich direkt den Unwillen des Großwesirs und des Ministers des Inneren zuzuziehen. Nach den ersten drei Monaten seiner Tätigkeit haben die betreffenden Minister gesagt, der Botschafter scheine wohl nichts anderes zu tun zu haben, als sie immer in der Armeniersache anzuöden«.

Im März 1918 erfolgte eine Erklärung vor dem Reichstag, man habe es nicht verantworten können, das Bündnis mit der Türkei zu kündigen, weil es zur Deckung der Südflanke von existentieller Bedeutung war. Außerdem, so muß ergänzt werden, hätte bei dem damals herrschenden Fanatismus ein Bruch den Armeniern keineswegs geholfen. Als Verbündete konnten die Deutschen wenigstens etwas zur Linderung beitragen. LEPSIUS zum Beispiel erklärte: ». .. in den Jahren 1916 bis 1918 war den deutschen Konsulaten nichts anderes übrig geblieben, als die Notstandswerke der im Lande verbliebenen deutschen und amerikanischen Missionen, wo es irgend hinter dem Rücken der türkischen Behörden möglich war, zu fördern und zu schützen.«

Wenn dennoch bis heute behauptet wird, das deutsche Kaiserreich habe dem Treiben des türkischen Verbündeten dagegen einfach zugesehen, ja, es wäre sogar Drahtzieher und Anstifter des Massakers gewesen, so geht das letztlich zurück auf die Berichte des amerikanischen Botschafters in Istanbul, Henry MORGENTHAU sen., der durchaus im Geiste anglo-amerikanischer Kriegspropaganda wie seiner eigenen Voreingenommenheit Preußen und Deutschland hinter allem Bösen der Welt sah. Tatsache aber ist: Die Entscheidung zum Völkermord fiel in der Führung der Jungtürken-Partei, und nicht beim Militär, in dem Deutschland mit einigen hundert Beratern vertreten war.

Meinungsmacher am Werk

Angesichts dieses Sachverhaltes ist es unverständlich, daß am 26. April 2003 ein namhafter Professor für Neuere Geschichte sich dafür aussprach, Deutschland für mitschuldig zu erklären: In *Die Literarische Weit* erinnerte er eindringlich an die Greueltaten und forderte die »bundesdeutschen Politiker« auf, »unmißverständlich Position zu beziehen«. Denn die Bundesrepublik sei »politisch und moralisch Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches«. Sich vor der historischen Verantwortung zu drücken hätte zur Folge, daß Deutschland noch im nachhinein die Schuld legitimiert, die es einst durch Mithilfe auf sich geladen hätte.

»Der deutsche Bundestag wäre gut beraten, wenn er. .. eine interfraktionelle Resolution verabschiedete, in der die Mitverantwortung des Deutschen Reiches am Genozid an den Armeniern anerkannt wird.«

Der auf diese Weise schlecht beratene Bundestag führte den Auftrag aus. Am neunzigsten Jahrestag des Beginns des Armenier-Genozids glaubte Bischof Wolfgang HUBER bei einer Seelenmesse im Berliner Dom, sich »für diese politische Gleichgültigkeit« des Kaiserreichs schämen zu müssen, und bat die deutsche Regierung, »sich zur deutschen Mitschuld zu bekennen«.[1]

Angesichts solcher Bußfertigkeit und der Unverschämtheit, den Deutschen eine weitere Schuld wie einen Mühlstein um den Hais zu hängen, ist es verwunderlich, daß der Bundestag keine milliardenschwere Entschädigung für die Opfer »deutscher Mitschuld* beschlossen hat, obwohl Rot-Grüne für solche Fälle immer Geld haben, wie unter anderem der >Herero-Fall< zeigte, bei dem im Namen einer deutschen Regierung tätige Reue versprochen wurde. Doch ist es nicht unglaublich, daß ein Parlament sich eine Geschichtslüge leistet und kein einziger deutscher Geschichtsprofessor von Ansehen protestiert? Zugegeben, es ist nicht die erste und einzige Geschichtslüge, die hochoffiziell präsentiert wird.

Das Lepsius-Archiv in Halle

Im neu eingerichteten LEPSIUS-Archiv in Halle, einer in vielerlei Hinsicht reichhaltigen Fundstelle, finden sich auch Originalmilitärquellen. Einen Teil davon hatte der deutsche General LIMAN VON SANDERS, der die Armenierverfolgungen im Bezirk Izmirs erfolgreich bekämpft hatte, LEPSIUS persönlich übergeben. Teilweise verwendete er diese Dokumente 1921 als Experte im Prozeß gegen TEHLERIAN, der Talaat PASCHA, einen der Hauptverantwortlichen der Armenier-Massaker, in Berlin erschossen hatte.

Die Bestände des LEPSIUS-Archives sind in einer umfangreichen Microfiche-Edition zugänglich. Zu dieser gehört ein umfangreicher Katalog, der das praktische Aufsuchen der Dokumente nach Autor oder Adressat ermöglicht und auch sämtliche von LEPSIUS herausgegebenen Zeitschriften umfaßt. Die große Bedeutung dieses Archivs liegt unter anderem in der Offenlegung eines internationalen Netzwerkes um Johannes LEPSIUS. Dessen Kontakte reichten von den Armeniern zu den Zionisten, vom französischen Katholizismus zu den amerikanischen Nahostmissionaren, von Basler und Genfer Philanthropen bis zu Exponenten des türkischen Regimes.[1] Er gab sich jede nur denkbare Mühe, um drohendes Unheil vom armenischen Volk, aber auch von Deutschland abzuwenden. Unverdrossen suchte er sämtliche ihm zugänglichen Kräfte zu mobilisieren, die aus seiner Sicht dem Nahen Osten eine bessere Zukunft bereiten konnten. Auch wenn er nur wenig gegen die damals von allen Seiten bemühte >Realpolitik< vermochte, bleibt sein Wirken den Nachkommen der Überlebenden des Völkermordes unvergessen.[4]

Hans Meiser

[2] Presseerklärung der EKD vom 23. April 2005.

[1] Einblick in diese Netzwerke gibt der Aufsatz von Hermann GOLTZ, »Das Dreieck Schweiz-Deutschland—Armenien«, in: Hans-Lukas KIESER, *Die armenische Frage und die Schweif (1896—1923),* Zürich 1999, S. 159-185.

[4] Taner AKCAM, *Armenien und der Völkermord. Die Istanbuler Prozesse und die türkische Nationalbewegung,* Hamburg 2004. Neuausgabe; Wolfgang GUST, *Der Völkermord an den Armeniern 1915/16.* Dokumente aus dem Politischen Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes, Springe 2005; Rolf HOSFELD, *Operation Nemesis. Die Türkei, Deutschland und der Völkermord an den Armeniern,* Köln 2005.

Die Balfour-Erklärung von 1917 und ihre Folgen

Seit Jahrzehnten bildet der Vordere Orient, insbesondere Palästina, einen der dauernden Krisenherde der Weltpolitik, und ein Ende der Schwierigkeiten ist nicht abzusehen. Die mit der britischen BALFOUR-ET-klärung von 1917 zusammenhängende Vorgeschichte dieser Auseinandersetzungen ist meist unbekannt und wird heute gern verschwiegen. Darum seien die historischen Tatsachen kurz geschildert.[1]

In England stießen die Bemühungen der Zionisten, besonders die Theodor HERZLS, nach Errichtung eines >Judenstaates< Endes des neunzehnten Jahrhunderts auf großes Verständnis. Im Jahre 1903 schlug die britische Regierung den Zionisten Uganda als eine solche jüdische Heimstätte vor. Der Plan wurde jedoch von den Zionisten abgelehnt.[2] Der Niederländer VAN WLNGHENE regte in seinem Buch V*oll-Zionismus* an, für die Juden einen Staat auf Madagaskar zu schaffen. Im Jahre 1937 wurde eine polnische Delegation unter Generalmajor LEPECKI nach Madagaskar gesandt, um dort Ansiedlungsmöglichkeiten für Juden zu untersuchen. Das in einer Denkschrift niedergelegte Ergebnis der Kommission war die Befürwortung der Ansiedlung der Juden auf der Insel.[1] Der >Madagaskar-Plan< spielte ebenso für die deutsche Regierung bis 1941/42, bis zur Besetzung Madagaskars durch die Briten, eine Rolle.[4] Auch andere Länder wie Nord-Rhodesien wurden zur jüdischen Einwanderung vorgeschlagen.

Am Beginn des Ersten Weltkriegs verlegte die zionistische Bewegung ihren Sitz von Berlin nach Kopenhagen, um ihre Neutralität zu beweisen. Die Mehrheit der Zionisten stand auf der Seite der Alliierten, eine Minderheit versprach sich jedoch noch von einem Sieg Deutschlands die besseren Aussichten für die Errichtung eines jüdischen Staates.

Im Ersten Weltkrieg war das Osmanische Reich (Türkei) Deutschlands Verbündeter. Es beherrschte den ganzen Vorderen Orient samt Palästina. Großbritannien war daran gelegen, seinen durch den Suez-Kanal führenden Seeweg nach Indien vor türkischen Angriffen freizuhalten und eine Landverbindung vom Kanal bis zum Irak für sich zu schaffen. Es bemühte sich deswegen darum, die von der Türkei beherrschten Araber zum Aufstand anzustacheln. Imjuli 1915 einigten sich in Damaskus führende Vertreter der arabischen Länder auf Bedingungen für London als Voraussetzung zur Zusammenarbeit mit den Engländern: Anerkennung der Unabhängigkeit der arabischen Länder außer der britischen Kolonie Aden; Aufgabe aller Sonderrechte der Europäer; Abschluß eines Beistandspaktes zwischen Großbritannien und den künftigen arabischen Staaten mit Meistbegünstigung Großbritanniens.

' Weitere Einzelheiten u. a. in: Dieter VOLLMER, *Politisches Geschehen des XX. Jahrhunderts,* K. W. Schütz, Preußisch-Oldendorf 1972, Bd. III.

[2] A, C, »Meilensteine auf Israels Weg zum Staat«, in: *Neue Zürcher Zeitung,* 3. 11. 1967, S. 4.

'Johann VON LEERS, »Madagaskar«, in: *Volksaufklärung und Schule,* Nr, 42, 1937, S. 14.

[4] Yehuda BAUER, *Freikauf von Juden?,* Jüdischer Verlag, Frankfurt/M. [2]1996, S. 95-100; Francis R. NLCOSIA, *Hitler und der Zionismus,* Druffel, Leoni 1989, S. 298; Rudolf ASCH EN AU-ER (Hg.), *Ich Adolf Eichmann,* Druffel, Leoni 1980, S. 138, 164,167-174; siehe auch Beitrag Nr, 117, »Der Madagaskar* Plan — eine polnische Initiative«.

Ein darauf im Oktober 1915 folgender Briefwechsel zwischen dem britischen Oberkommissar für Ägypten, Sir Arthur Henry MACMAHON, und dem Emir HUSSEIN I. des arabischen Hedschas, dem Scherifen von Mekka aus der Dynastie der Haschimiden, stellte den Arabern die britische Unterstützung Londons bei der Errichtung eines unabhängigen arabischen Staates mit Einschluß Syriens und des Irak in Aussicht. Insbesondere wurde das noch in der Hand der Türken und Deutschen befindliche Palästina den Arabern versprochen. Die Briten wandten damit eine mehrfach von ihnen geübte Politik — so bei Südtirol 1915 oder in jalta-Potsdam 1945 - an: das Land Dritter einem anderen für dabei zu erreichende eigene Vorteile zu versprechen.

Im Vertrauen auf diese Zusagen erhoben sich mit Hilfe des britischen Abenteurers Thomas Edward LAWRENCE die Araber am 5. Juni 1916 gegen die türkische Oberherrschaft. Am 2. November 1916nahm HUSSEIN 1. den Titel >König der arabischen Länden an.

Durch den Briefwechsel vom 16. Mai 1916 zwischen dem britischen Außenminister Sir Edward GREY und dem französischen Botschafter in London, Paul CAMBON, wurde das von den Unterhändlern SYKES und PICOT ausgehandelte SYKES-PICOT-Abkommen amtlich, das die beider-



Das im Jahre 1916 ganz im britischen Sinne ausgehandelte 5 YKES-PICDT-Ab kom-men. Die arabische Welt wurde zum Spielball der westlichen Interessen.

seitigen Interessensphären in Vorderasien und im Nahen Osten festlegte. Es schränkte im Gegensatz zu den britischen Versprechungen gegenüber den Arabern die künftige Unabhängigkeit der arabischen Staaten stark ein.

Am 17. Februar 1917 fand im Londoner Haus Dr. GASTERS unter dessen Vorsitz die erste offizielle vorbereitende Konferenz von Zionisten zwecks einer jüdischen Heimstätte in Palästina statt. Teilnehmer waren unter anderen Lord ROTHSCHILD, James DE ROTHSCHILD, Herbert SAMUEL, Sir Mark SYKES, Nahum SOKOLOW und Chaim WEIZMANN, der die Zionisten der USA vertrat. WEIZMANN erklärte schon am 20. Mai 1917 auf einer Tagung der Zionisten Englands; »Ich bin ermächtigt, vor der Versammlung zu erklären, daß >die Regierung Seiner Majestät bereit ist, selbst unsere Pläne zu unterstützen«.«[5] Anschließend gelang es vor allem WEIZMANN, britische Politiker wie den seit November 1916 tätigen Premierminister LLOYD GEORGE und den Außenminister BALFOUR für die zionistischen Ideen zu gewinnen und Vorschläge für eine entsprechende Erklärung auszuarbeiten. Als auch US-Präsident WILSon am 16. Oktober 1917 der britischen Regierung mitteilte, daß die Vereinigten Staaten eine solche Erklärung mittragen würden, ermächtigte das zunächst widerstrebende britische Kabinett am 31. Oktober 1917 den Außenminister, eine Erklärung zugunsten eines jüdischen Staates im Namen der Regierung Großbritanniens abzugeben. Damit erhoffte London auch, bessere Unterstützung durch die einflußreichen jüdischen Kreise der Ostküste der USA im Krieg gegen das Deutsche Reich zu bekommen.

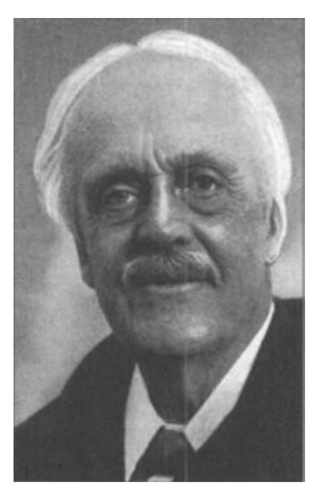
Diese »Balfour-Deklaration« vom 2. November 1917 wurde aus verschiedenen Gründen[2] in der ungewöhnlichen Form eines Briefes BALI'OURS vom Foreign Office an Lord ROTHSCHILD als eine der bekanntesten jüdischen Persönlichkeiten geschickt. Der Inhalt ist folgender:

»Lieber Lord ROTHSCHILD,

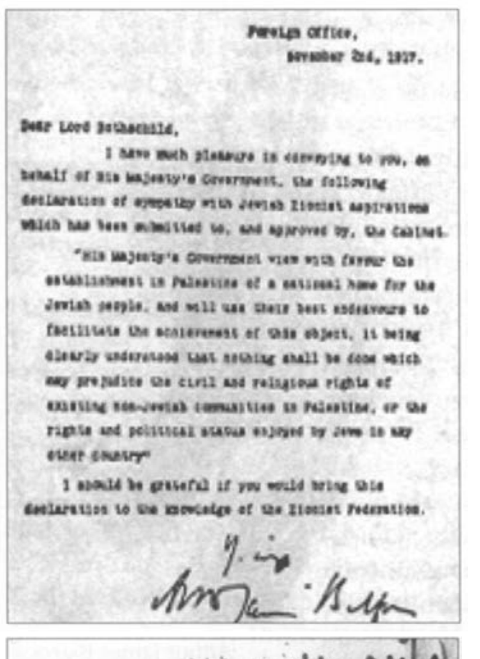
mit großer Genugtuung übermittle ich Ihnen namens Seiner Majestät Regierung die folgende Sympathie-Erklärung für die jüdisch-zionistischen Bestrebungen, die dem Kabinett unterbreitet und von ihm gebilligt worden ist.

»Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar zu verstehen ist, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rech-

[5] Chaim WEIZMANN, *Reden und Aufsätze, 1901-1936,* Erwin Löwe, Berlin o.J. (1937), a 39.



Arthur James BALFOUR (1848-1930) saß als konservativer Politiker von 1874 bis 1922 im Unterhaus, dann im Oberhaus, war 1887 bis 1891 Staatssekretär für Irland und erwarb sich dort den Namen »blutiger Arthur« (*Die Welt,* 28. 7. 1973). 1902 bis 1905 war er als Nachfolger seines Onkels Premierminister und vollzog die Kehrtwendung hin zu Frankreich und gegen Deutschland {Entente cordiale 1904). Im Ersten Weltkrieg war er 1915 Marine-, von 1916 bis 1919 Außenminister. Als Lordpräsident (1925-29) formulierte er den Begriff >British Commonwealth«.



Foreign Office,
November 2nd, 1917.

Dear Lord Rothschild,

I have much pleasure in conveying to you, on behalf of His Majesty's Government, the following declaration of sympathy with Jewish Zionist aspirations which has been submitted to, and approved by, the Cabinet.

"His Majesty's Government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country"

I should be grateful if you would bring this declaration to the knowledge of the Zionist Federation.



Original der »Balfour-Deklaration«. *Unten:* Nach jüdisch-arabischen Zusammenstößen 1937 in Jerusalem verhängten die Briten einen Einwanderungsstopp für Juden.

te und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.<

Ich bitte Sie, diese Erklärung der Zionistischen Föderation zur Kenntnis zu bringen. Arthur James BALFOUR.«

Mit dieser Versprechung verstieß die britische Regierung sowohl gegen ihre Zusicherungen den Arabern gegenüber als auch gegen das SYKRS-PICOT-Abkommen mit Frankreich. Indem London somit innerhalb nur zweier Jahre Palästina den Arabern und dann den Juden, die damals nur acht Prozent der dortigen Bevölkerung ausmachten, versprach, legte es den Keim zu den bis heute währenden blutigen Unruhen in diesem Lande. WEIZMANN erklärte am 9. Dezember 1917 in Manchester: »Da es mir vergönnt war, an den Verhandlungen mit der Regierung teilzunehmen, weiß ich genau, in welchem Geiste uns die BAIPOUR-Deklaration gegeben wurde. .. Die Regierung wird sich nicht damit begnügen, uns die Deklaration gegeben zu haben, sondern sie beabsichtigt, sie auch so schnell wie möglich zu verwirklichen.«[6]

Die Bedeutung der BALFOUR-Erklärung hob der israelische Historiker Abba EBAN hervor, indem er urteilte, daß sie »der entscheidendste diplomatische Sieg des jüdischen Volkes in der modernen Geschichte« gewesen sei.

Ab November 1917 kämpften sich dann britische Truppen von Gaza aus nach Norden vor, eroberten im Dezember Jerusalem und hatten am Ende des Ersten Weltkriegs ganz Palästina unter Kontrolle. Am 24. Juli 1922 ließ Großbritannien sich vom Völkerbund das Mandat für ganz Palästina übertragen, das so unter britische Kolonialherrschaft kam und Großbritanniens Kolonialreich vergrößerte — wieder gegen die Zusicherungen an die Araber und das SYKES-PICOT- Abkommen. Beide Seiten — Araber wie Juden — kamen sich von Londons imperialistischer Politik und SicherheitsStrategie verschaukelt vor. Großbritannien

[6] WEIZMANN, aaO. (Anm.5), S. 42.

Abba EBAN, *Dies ist mein Volk. Die Geschichte der Juden*, Zürich 1970, S. 285.

hatte sich durch dieses unverantwortliche Vorgehen zwischen beide Stühle gesetzt.

Gegen die dann zunehmende jüdische Einwanderung nach Palästina betrieben die Briten bis in die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg - zum Teil mit unmenschlichen Methoden[8] - eine Verhinderungspolitik, die der von den alliierten Siegern laut verkündeten Selbstbestimmungspolitik ins Gesicht schlug. Am 17. Mai 1939 beschränkte die Londoner Regierung in einem Weißbuch Einwanderung und Landkäufe der Juden in Palästina und sagte Juden und Arabern innerhalb von zehn Jahren die Unabhängigkeit in einem jüdisch-arabischen Staat zu. Die Zionisten lehnten dieses Weißbuch ab und begannen mit zionistischen Militärverbänden und Terrorgruppen einen brutalen Kampf gegen die britische Militärverwaltung, der nach Ende des Zweiten Weltkrieges und bei zunehmender iiiegaler jüdischer Einwanderung aus Ost- und Mitteleuropa immer grausamer wurde und sich mit Massakern auch gegen die einheimische arabische Bevölkerung richtete. Londun mußte, nachdem durch seine imperialistische Politik inzwischen alle seine moralischen Guthaben verbraucht waren, vor den vollendeten Tatsachen kapitulieren und schließlich aus Palästina flüchten.

Im Februar 1947 wollte die britische Regierung die Mandatsverwaltung über Palästina niederlegen und brachte die Palästina-Frage zur Prüfung vor die UNO-Vollversammlung,die nach Einsetzungeines Sonderausschusses am 29. November 1947 den Plan für die Teilung des Landes in einen jüdischen und einen arabischen Staat annahm. Doch dieser Versuch mißlang: »Zwischen Arabern und Juden brechen noch am gleichen Tag Kämpfe aus.«[9] Der Plan steht heute noch zur Verwirklichung an.

Am 14. Mai 1948, einen Tag vor dem offiziellen Ablauf des britischen Mandats, rief David BEN GURION den Staat Israel aus, in dem nun bereits 33 Prozent der Bewohner Juden waren, aber immer noch eine große palästinensische Mehrheit bestand. Am folgenden Tag griffen die umliegenden arabischen Staaten Israel an. Sie wurden in diesem ersten Palästina-Krieg von dem jungen jüdischen Staat zurückgeschlagen. Die anschließende grausame und opferreiche Vertreibung und die Flucht von mehr als 800000 Arabern aus Israel, das in den folgenden Jahrzehnten trotz massiver Verstöße gegen UNO-Resolutionen und -Auflagen weiterhin von den USA und England unterstützt wurde, provozierten weitere Kriege und ließen das Land bis heute nicht zur Ruhe kommen.

Rolf Kosiek

[8] Siehe Beitrag Nr. 328, »Die >Exodus<-Tragödie«; Beitrag Nr. 388, »Britisches Juden-KZ auf Mauritius«.

[9] Udo ULFKOTTE, »Von der Balfour-Deklaration bis Madrid: Der Anspruch zweier Völker auf das Land Palästina«, in: *Frankfurter Allgemeine 'Zeitung*, 30. 10. 1991, S. 4; vgl. »Der neue Anfang im Nahen Osten«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. 9. 1993, S. 6.

Winston Churchill
und der »jüdische Bolschewismus«

Winston CHURCHILL gilt heute noch bei vielen Menschen als der größte Staatsmann unserer Zeit. Zwar mehren sich die kritischen Summen, vor allem in Großbritannien, aber in der breiten Öffentlichkeit hat sich sein Bild in der Geschichte kaum verändert. Die Kritik geht zumeist in zweierlei Richtung.

1, Er habe an dem bereits überholten System der *Balance of Power* festgehalten und damit den Krieg unnötig ausgeweitet und unnötig verlängert.

2. Er habe das britische Empire leichtfertig an die Vereinigten Staaten verspielt, indem er sich in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit zu den USA begeben habe.

Dagegen wird seine schroff ablehnende Haltung gegenüber führenden Juden zur Zeit der Revolutionswirren in Osteuropa eigenartigerweise nur selten erwähnt. Aus einer Gesamtbeurteilung CHURCHILLS ist sie jedoch nicht hin wegzudenken.

Bereits am 8. Februar 1920 - damals 45 Jahre alt und Kriegsminister - äußerte er seine Auffassung dazu in einem größeren, vierspaltigen Artikel, veröffentlicht im *Illustrated Sunday Herald* unter dem Titel »Zionism versus Bolshewism« - zu einer Zeit also, als die Deutsche Arbeiterpartei noch nicht einmal in NSDAP umbenannt worden war und erst 64 eingeschriebene Mitglieder zählte. CHURCHILL hebt darin zunächst den großen jüdischen Kulturbeitrag für das Christentum hervor. Er verweist sodann auf Aufbauleistungen der Juden in Rußland und auf das ihnen dort zugefügte Leid anläßlich der Pogrome. In politischer Hinsicht sieht er im »nationalen Juden« die zuverlässigste Stütze einer langlebigen Freundschaft mit Frankreich und England. Zu den Ereignissen in Osteuropa schreibt er:

»Internationale Juden,

In heftiger Opposition zu diesem Wirkungskreis jüdischer Bemühungen wachsen die Pläne der internationalen Juden. Die Anhänger dieses unheimlichen Bündnisses sind zumeist Menschen, die aus den Bevölkerungen derjenigen Länder, in denen die Juden wegen ihrer Rasse verfolgt werden, hervorgegangen sind. Die meisten, wenn nicht gar alle von ihnen, haben den Glauben ihrer Vorväter aufgegeben und sich von allen religiösen Hoffnungen abgewandt. Diese Bewegung unter den Juden ist nicht neu. Seit den Tagen von Spartacus-WEISHAUPT bis zu Karl MARX und weiter bis zu TROTZKI (Rußland), Bela KUN (Ungarn), Rosa LUXEM-

BLIRC; (Deutschland) und Emma GOLDMANN (Vereinigte Staaten) ist diese weltweite Verschwörung zum Sturz der Zivilisation und zur Neugestaltung einer Gesellschaft auf der Grundlage von Rückständigkeit, mißgünstiger Böswilligkeit und unmöglicher Gleichheit beständig gewachsen. Sie spielte, wie eine moderne Autorin, Frau N. WEBSTER, überzeugend dargelegt hat, eine entscheidende und erkennbare Rolle in der Tragödie der Französischen Revolution. Sie ist die Haupttriebfeder einer jeden subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts gewesen, und heute hat diese Bande von ungewöhnlichen Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas das russische Volk beim Schopf gepackt und ist praktisch der unbestrittene Herrscher dieses riesigen Reiches geworden.



Der Munitions- und Kriegsminister Winston CHURCHILL mit seiner Frau Clementine. Die Aufnahme entstand 1917.

Terroristische Juden,

Es ist nicht nötig, den Anteil zu übertreiben, den diese internationalen und zum großen Teil atheistischen Juden bei der Errichtung des Bolschewismus und in der aktuellen Durchführung der russischen Revolution gespielt haben. Es ist zweifellos ein sehr großer Anteil, er überwiegt wahrscheinlich alle anderen. Mit LENIN als bemerkenswerter Ausnahme besteht die Mehrheit der führenden Figuren aus Juden. Mehr noch, die prinzipielle Eingebung und treibende Kraft kommt von den jüdischen Führern. So ist TSCHITSCHERIN zwar ein Russe, überschattet aber von seinem nominell Untergebenen LITWINOW, und der Einfluß von Russen wie BUCHARIN oder LUNARCHARSKI kann nicht mit der Macht von TROTZKI oder der von SINOWJEW, dem Diktator der roten Zitadelle (Petrograd), oder von KRASSIN, oder von RADEK verglichen werden. Alles Juden. In den russischen öffentlichen Einrichtungen ist die Vorherrschaft der Juden sogar noch erstaunlicher. Und der hervorragende, wenn nicht gar der hauptsächlichste Anteil in diesem System des Terrorismus, bezogen auf die außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution, ist mit

Leo TROTZKI, der eigentliche Organisator der Oktober-Revolution, nimmt hier eine Parade seiner Armee auf dem Roten Platz in Moskau ab. Der zweite rechts von ihm ist L. KAMENEW. AUS: Hugo PORTISCH, *Hört die Signale. Aufstieg und Fall des Sowjetkommunismus,* Kremayr, Wien 1991.



Juden besetzt worden, in einigen Fällen sogar mit Jüdinnen, Die gleiche üble Prominenz wurde von Juden in der kurzen Zeit des Terrors, als Bela KUN in Ungarn regierte, gestellt. Dasselbe Phänomen zeigt sich in Deutschland (besonders in Bayern), als es diesem Wahnsinn erlaubt war, die gegenwärtige Schwäche des deutschen Volkes auszunutzen. Obwohl es in all diesen Ländern viele Nichtjuden gibt, alle genau so schlecht wie der schlimmste der jüdischen Revolutionäre, ist doch der Anteil der letzteren im Verhältnis zu ihrer Zahl an der Bevölkerung erstaunlich.«

CHURCHILL bricht schließlich eine Lanze für die zionistische Idee von einer Heimstadt der Juden in Palästina und fährt dann fort:

»Pflichten der loyalen Juden,

Es ist unter diesen Umständen besonders wichtig, daß die nationalen Juden, die loyal zu ihrem Aufnahmeland stehen, überall und bei jeder Gelegenheit an die Öffentlichkeit treten, wie es so viele von ihnen in England bereits getan haben und einen hervorragenden Anteil an allen Maßregeln einnehmen, um die bolschewistische Verschwörung zu bekämpfen. Auf diesem Weg werden sie in der Lage sein, die Ehre des jüdischen Volkes zu verteidigen, um vor aller Welt darzustellen, daß die bolschewistische Bewegung keine jüdische Bewegung ist und von der großen Masse der jüdischen Rasse vehement zurückgewiesen wird. Aber eine bloß ablehnende Haltung gegenüber dem Bolschewismus ist nicht

genug. Positive und praktische Alternativen sind auf dem Gebiet der Moral ebenso notwendig wie in sozialer Hinsicht, um möglichst schnell ein jüdisches nationales Zentrum in Palästina zu gründen, das nicht nur eine Zufluchtstätte der Verfolgten aus den unglücklichen Ländern Zentraleuropas werden soll, sondern auch ein Symbol jüdischer Einigkeit und ein Tempel jüdischen Ruhmes. Damit ist eine Aufgabe gestellt, auf der viel Segen ruht.«

Soweit die Stimme CHURCHILLS. Der Inhalt seiner Ausführungen mit seiner oftmals rüden Diktion dürfte einigermaßen erstaunen. Antisemitische Klischees wie >Inter nationaler Jude«, weltweite Verschwörung« usw. werden immer wieder bedient. Der frühe Zeitpunkt der Veröffentlichung macht deutlich, daß die Behauptung vom jüdischen Bolschewismus«, die man gemeinhin dem Nationalsozialismus zuordnet, damals auch von ganz anderer Seite gebraucht wurde, und zwar völlig unabhängig voneinander. CHURCHILL war einer von ihnen. Im Gegensatz zum Nationalsozialismus, der von vornherein den Juden schlechthin verdammte, wendet sich CHURCHILL aber immer nur gegen den »gottlos gewordenen, revolutionären Juden«, niemals gegen die Juden in ihrer Gesamtheit, auch nicht, soweit es sich um die osteuropäischen Juden handelt. Ein sicherlich nur geringer Trost für jene Apologeten, die diesen CHURCHILL einfach unterschlagen.

Wohl gab es einige Kritik, vor allem der *Jewish Chronicle* ritt eine wütende Attacke.[1] Nennenswerte Folgen ergaben sich daraus aber nicht. Schließlich hatte CHURCHILL ja den »nationalen Juden« ebenso wie die zionistische Bewegung durchaus positiv bewertet. Viele Juden begrüßten es sogar, ais er 1924 ins Kolonialamt überwechselte, versprachen sie sich doch eine weitere Unterstützung ihres Anliegens in Palästina. CHURCHILL hat sich dann auch niemals von seinen Ausführungen distanziert, sondern sie »vornehm« der Vergessenheit anheimgegeben. Den Bolschewismus verurteilte er zwar weiterhin, hob aber die Rolle der Juden nicht mehr hervor. Als sich die Verhältnisse in Europa infolge des Aufstiegs des Deutschen Reiches machtpolitisch veränderten, scheute er nicht einmal davor zurück, mit dem bolschewistischen STAUN ZU paktieren, um ihn nach 1945 allerdings wiederum als Feind zu bezeichnen. — Ein Mann in seinem Widerspruch.

Dankwart Kluge

[1] Näheres dazu bei Martin GILBERT, *Churchill and the Jews,* Simon & Schuster, London 2007, S. 43 f.

Wäre die Entente 1919 am Ende ihrer Kraft gewesen?

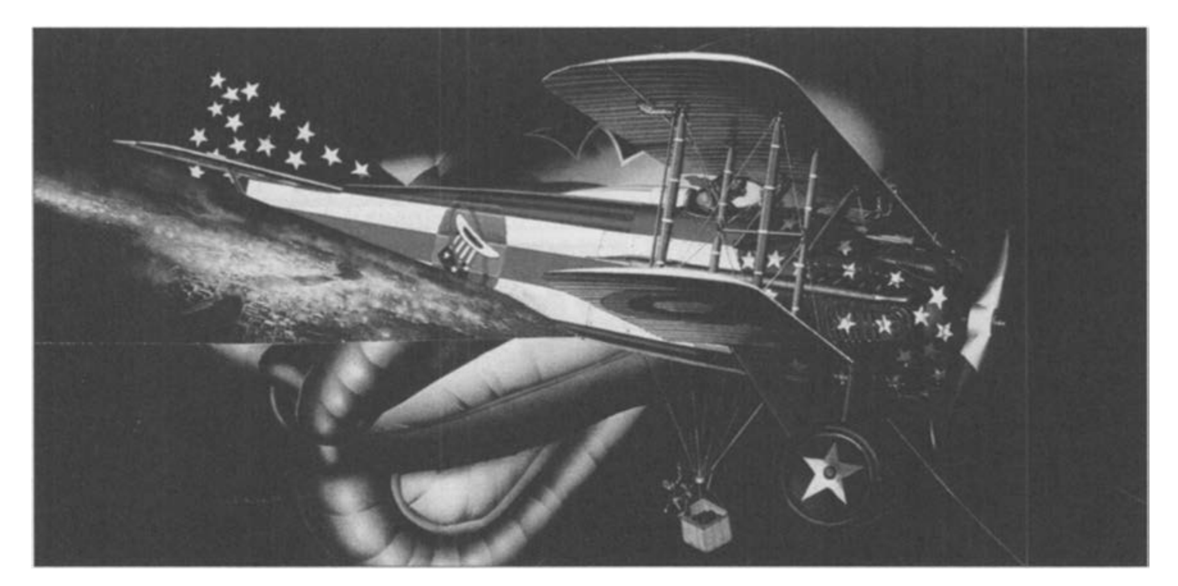
Der Waffenstillstand vom 11. November 1918 beendete den Ersten Weltkrieg. Deutschland, verlassen von seinen Verbündeten, streckte die Waffen und lieferte sie der überraschten Entente aus.

Es soll hier die Frage gestellt werden, ob damals nicht auch die heute als glänzende Sieger gefeierten Gegner am Ende ihrer Kraft waren.

Der englische Marineminister Lord FISHER schrieb in seinen Erinnerungen: »Ein Kabinettsminister stellt nach dem Waffenstillstand fest, daß die Alliiierten am Ende ihrer Kraft waren, als es wie durch ein Wunder zum Waffenstillstand kam. Auch Marschall FOCH wurde am Vordringen gehindert durch die Unfähigkeit der amerikanischen Armee, weiter vorzurücken, und durch die unvermeidlichen Folgen des Mangels an Erfahrung in einer neuen Armee, die zwar groß, aber unerfahren war. Die Amerikaner opferten Hekatomben und starben wie die Fliegen. So wurde der amerikanische Vorstoß nach der Verdunflanke aufgehalten. HAK; mußte dafür um so mehr leisten, und er machte seine Sache gut. Aber obgleich die amerikanische Armee Mons einnahm, so war doch die deutsche Armee schlagkräftig, nicht demoralisiert und hatte starke Verteidigungslinien in ihrem Rücken, ehe sie den Rhein erreichte. Das war kein Waterloo, Sedan, Trafalgar!«



Das deutsche Oberkommando im Juni 1913 im belgischen Spa, Kaiser WILHELM II. wird von HINDENBURC und LUDENDORFF *(rechts)* flankiert. Aus: Hew STRACHAN, *Der Erste Wellkrieg,* Bertelsmann, München 2003.



»Kanonenfutters - Eine buntbemalte amerikanische >Spad 13< greift unerfahren voller Ungestüm im Jahre 1918 einen deutschen Beobachtungsballon an und wird dabei in Brand geschossen. Während der deutsche Ballonbeobachter mit dem Fallschirm abspringen kann, haben die Alliierten bei ihren Piloten auf die Ausrüstung mit den Lebensrettern verzichtet, da man fürchtete, daß die Piloten dadurch zur Feigheit verleitet würden.

Der Franzose NORMAND schrieb: »Am Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstands waren wir am Ende unserer Kraft.«

Besonders bezeichnend für die Lage der über zwei Millionen Mann amerikanischer Truppen ist aber folgende Ansprache im Ausschuß des amerikanischen Kongresses am 15. Juli 1919. Das Kongreßmitglied JOHNSON fragte: »Wie lange hätte die amerikanische Armee in Frankreich ohne wesentliche Änderungen in der Zusammensetzung, Bewaffnung usw. noch bestehen können?«

Col. **HuiDEKOPER** vom Kriegsministerium antwortete: »Man nahm bei uns an, besonders mit Rücksicht auf die Transportverhältnisse, höchstens noch 4 Monate.«

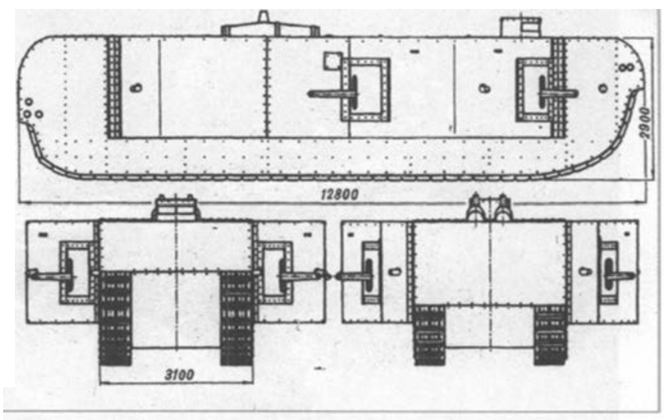
JOHNSON: »Wie dachte der Generalstab darüber?«

HUIDEKOPER: »Daß die Transportlage so schlecht wäre, daß die amerikanische Armee nicht mehr länger hätte aufrechterhatten werden können und daß, wenn die Deutschen nicht Schluß gemacht hätten, die amerikanische Armee es hätte tun müssen.«

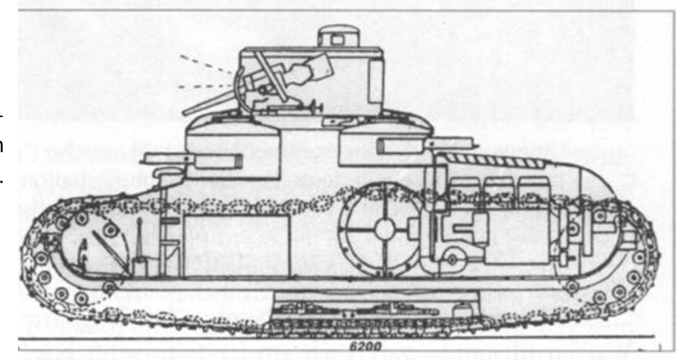
Nach Ansicht des englischen Generals MAURICE hatten die Alliierten bei Abschluß des Waffenstillstands die äußerste Grenze erreicht, bis zu der der Nachschub noch zu folgen imstande war. Nur das Allernotwendigste konnte den Truppen noch zugeführt werden, an Verpflegung verfügten sie nur über das, was sie bei sich trugen.

1919 - noch nicht am Ende: neue deutsche Waffen ohne alliierte Gegenstücke.

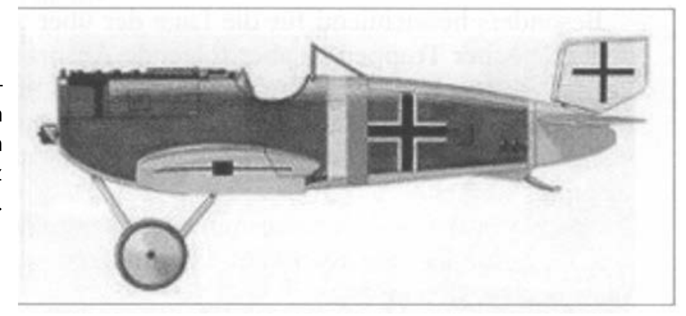
Quelle: Walter JOST U. Friedrich FELCER, Was *wir vom Weltkrieg nicht wissen,* H. Fikentscher, Leipzig 1936, S. 51 f.



K-Wagen - der >Kolossalwagen< mit 150 t Gewicht war eine ideale Verteidigungswaffe und wurde noch in den vierziger Jahren HITLER zur Prüfung wieder vorgelegt.



Sturmpanzerwagen >Oberschlesien< war ausländischen Panzerentwicklungen um zehn Jahre voraus.



Junkers D I - dieses deutsche Ganzmetalijagdflugzeug wies eine revolutionäre Konstruktion auf und kam kurz vor Kriegsende bereits an die Westfront nach Belgren zum Testeinsatz (Zeichnung: >Roden< Bausatz No 036).

Der französische Marschall FOCH hatte daher zweifellos recht, als er die Möglichkeit eines langen deutschen Widerstandes am Rhein zugab. Ebenso ist es nach dem oben Gesagten zweifellos zutreffend, daß der englische Feldmarschall HAIG den Endsieg der Alliierten als »Wunder« bezeichnete und sein Kollege Feldmarschall FRENCH sagte: »Manchmal hat der Ausgang des Krieges am seidenen Faden gehangen, mehrfach ist die Rettung erst im letzten Augenblick gekommen.«

Diese »Rettung« führte über das Diktat von Versailles nur wenige Jahre später direkt zur Katastrophe des Zweiten Weltkrieges. Friedrich Georg

Englands falsche Kriege gegen Deutschland

»Anders als ihre ähnlich lang regierenden Vorgängerinnen ELISABETH I, (44 Jahre) und VICTORIA (63 Jahre) war die Regierungszeit ELISABETHS II. nicht durch eine Expansion nationaler Macht gekennzeichnet«, bilanzierte *Der Spiegel* zum Goldenen Thronjubiläum der britischen Königin im Jahre 2002. »Während der fünf langen Dekaden ihrer Regierungszeit, zwischen Suez-Krise und der Übernahme der letzten britischen Nobelkarossen Bentley und Rolls Royce durch Volkswagen und BMW, schrumpfte das Empire bis zu jenem 30. Juni 1997, als ihr Sohn die Kronkolonie Hongkong an China zurückgab und an Bord der königlichen Yacht >Britannia< aus dem >duftenden Hafen< verschwand.« Nun brauche die Königin keine >Concorde< und keine Staatsyacht mehr, um auch die entlegensten Ecken ihres Herrschaftsbereiches aufzusuchen, denn das Land, das sie repräsentiert, sei längst »auf europäisches Mittelmaß geschrumpft« und nur noch ein »schwacher Abgianz jener Zeiten imperialer Größe, in denen die Monarchen des britischen Weltreichs den Titel Kaiser von Indien führten«. Nicht nur nach Ansicht der eisernen Margaret THATCHER ist der Empire-Ersatz namens >Commonwealth< ein »nostalgisches Abziehbildchen« des einstigen Imperiums, das fast ein Viertel der Erdoberfläche umfaßte.[1]

[1] *Der Spiegel,* Nr. 22, 2002, S. 142.



WILHELM II. und der englische König GEORG V. in Berlin 1913 anläßlich der Hochzeit des Herzogs von Braunschweig mit der Tochter des Kaisers, Viktoria Luise. Eine Bedrohung Englands 1914 von Seiten Deutschlands bestand nicht.

Der imperiale Verfall ist das traurige Ergebnis von Kriegen, die England gegen das Deutsche Reich führte. Gleich zweimal in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts hatten die jeweiligen Regierungen Seiner Majestät der Könige GEORG V. und VI. dem Deutschen Reich den Krieg erklärt, ohne von diesem bedroht gewesen zu sein.

Schon der Erste Weltkrieg war für Britannien *Der falsche Krieg,* findet Niall

FERGUSON[2] in seinem gleichnamigen Buch. Wie sein deutscher Vorläufer Johannes BARNICK[3] frönt auch der schottische Historiker der kontrafaktischen Geschichtsschreibung:'[1] Was wäre geschehen, wenn einschneidende Ereignisse einen anderen Verlauf genommen hätten? Welche Wirkungen hätten sich ergeben, wenn Deutschland imstande gewesen wäre, sich vor 1914 durch Steigerung seiner Verteidigungsfähigkeit eine größere Sicherheit zu schaffen, was es sich durchaus hätte leisten können? Wenn England 1914 nicht dem Deutschen Reich den Krieg, sondern sich für neutral erklärt hätte?



NIALL FERGUSON.

FERGUSONS Überlegungen sind keine spekulativen Spielereien, sondern beruhen auf wirklichkeitsnahen Gegenentwürfen. Danach zu fragen, was hätte geschehen können, aber nicht geschah, regt die geschichtliche Vorstellungskraft ungleich mehr an als eine bloße Registrierung der Ereignisse, gefolgt von der deterministischen Feststellung, daß alles so kommen mußte, wie es eben kam.

Nicht nach plausiblen Alternativen zu forschen heißt, Leopold VON RANKES Grundsatz aufzugeben, wonach der Historiker nur zeigen solle, »wie es eigentlich gewesen« ist, haben doch handelnde Personen stets zwischen zwei, meist aber mehreren Alternativen zu wählen. Das Beste, was Historiker tun können, sei daher, so FERGUSON, für die Erklärung geschichtlicher Ursächlichkeiten jeweils auch wahrscheinlichkcitstheoretisch abgesicherte kontrafaktische Szenarien heranzuziehen.

Insbesondere gilt dies fiir den Ersten Weltkrieg, der in Britannien mit anderen Augen gesehen wird. Uns Deutschen erscheint dieser Krieg als Ereignis, das von seinen eigenen Folgen überschattet wird und daher seine historische Identität fast völlig verloren hat. Im britischen Bewußtsein aber ist der Erste Weltkrieg der >Große Krieg< und dies nicht zuletzt auch deshalb, weil er bei weltweit neun Millionen Toten etwa doppelt so viele Briten, und zwar 720000, das Leben kostete wie der Zweite Weltkrieg mit seinen insgesamt 55 Millionen Todesopfern.

[2] Niall FERGUSON, *1964 in Glasgow, Harvard-Historiker, vorher Jesus College, Oxford, und Universität Stanford, Massachusetts. Hauptarbeitsgebiet Imperialismus, Spezialist für Finanz- und Wirtschaftsgeschichte. Bestreitet im Gegensatz zu gewissen deutschen Historikern, daß es einen »deutschen Sonderweg« gegeben habe. Wichtigste Werke: *Derfalsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert,* DVA, Stuttgart 2001; *Virtuelle Geschichte. Historische Alternativen im 20. Jahrhundert,* Darmstadt 1999; *Empire. The Rise and Demise of the British World Order,* New York 2002, London 2003; *Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht,* Propyläen, Berlin 2004; *1914. Why the World Wentto War,* 2005; *Krieg der Welt. Was ging schief im 20. Jahrhundertf,* Propyläen, Berlin 2006.

[3] Johannes BARNICK, *Deutschlands Schuld am Frieden,* Seewald, Stuttgart 1965.

[4] Auch virtuelle, alternative Geschichtsschreibung oder >Allohistory< genannt.

Nicht anders als CHURCHILL. betrachtet FERGUSON den Ersten und Zweiten Weltkrieg als Einheit, unterbrochen nur durch einen Waffenstillstand von zwanzig Jahren. Beim Berliner Gedenken zum 50. Jahrestag des 8. Mai 1945 sprach auch Großbritanniens Premierminister John MAJOR vom Dreißigjährigen Krieg, der 1914 begann und 1945 endete. Da das Axiom der deutschen Alleinschuld an beiden Weltkriegen das A und O der Politik der Bundesrepublik Deutschland bildet, Adolf HITLER aber als Anonymus im August 1914 keinen Krieg angefangen haben kann, wurde MAJORS Meinungdurch presseamtliche Falschübersetzung von Berlin aus politisch korrekt unterdrückt.

Anders als diejenigen der BRD hatten sich die Politiker der Weimarer Republik der feindlichen Übermacht gefügt, ohne sich indessen moralisch zu unterwerfen. Wenn auch zur ausdrücklichen Anerkennung der Alle in schuld gezwungen, setzte sich Weimar gegen den im Versailler Diktat verankerten Kriegsschuld-Artikel 231 publizistisch und wissenschaftlich zur Wehr. Die Reichsregierung veranlaßte die Veröffentlichung endastender Akten, kontroverse Memoiren damaliger Akteure brachten Licht ins diplomatische Dunkel und führten zur allmählichen Versachlichung der Debatte. Schließlich nahm selbst LloYD GEORGE *(War Memoirs* Bd. I, London 1933) von der Annahme deutscher Alleinschuld Abstand mit der salomonischen Bemerkung: »Die Nationen schlitterten in den kochenden Kessel des Krieges hinein.«

Mit diesem Kompromiß jedoch gibt sich FERGUSON nicht zufrieden. Für ihn war der Erste Weltkrieg keine Tragödie, denn eine solche setzt Unvermeidbarkeit voraus. Dieser Krieg aber war keineswegs das Werk von unkontrollierbaren Kräften, er war durchaus vermeidbar und ist daher der »größte Irrtum der neueren Geschichte«. Die Ursache des falschen Krieges bestand in einer Reihe von verhängnisvollen Fehlern, folgend aus Rücksichtslosigkeit, Dummheit und Feigheit der verantwortlichen Anglokraten. Der ehemalige Oxford-Ordinarius wendet sich gegen die Orthodoxie in der Geschichtswissenschaft von heute, die er vor allem von dem deutschen Historiker Fritz FISCHF.R verkörpert sieht. In seinem Buch *Der Griff nach der Weltmacht* (Düsseldorf 1961) griff dieser Hamburger Historiker die Irrlehre von der deutschen Alleinschuld auch am Ausbruch des Ersten Weltkriegs wieder auf und vertrat sie, ohne hierfür die schlüssigen Beweise zu liefern.

FERGUSON widerlegt auch FISCHERS Unterstellung, wonach die Deutschen schon vor dem Ersten Weltkrieg extreme Kriegsziele verfolgt und auf Kosten Großbritanniens nach der Weltherrschaft gestrebt hätten. In Wahrheit gibt es keine Akten der Vorkriegszeit, aus denen man derlei Bestrebungen ableiten könnte. Freilich erweiterten sich mit dem Fortschritt des Krieges auch die Kriegsziele, doch waren diese eben Folge der

Alle deutschen Reservisten wurden im Sommer 1914 einberufen. Historiker schließen gern daraus, daß Deutschland auf Kriegskonfrontation gewesen sei. Das trifft viel eher auf Frankreich zu, das wohl die »militärischste Nation« in Europa war.



Feindseligkeiten und nicht Beweggrund für die Eröffnung derselben. Vernünftiges Ziel war eine mitteleuropäische Zollunion. An eine - ohnehin utopische — deutsche Weltherrschaft dachte niemand.

Auf überzeugende Weise zertrümmert FERGUSON den Mythos vom deutschen Militarismus. Am Vorabend des Krieges waren die Armeen Frankreichs und Rußlands samt Serbien und Belgien mit 5,6 Millionen weit stärker als jene Deutschlands und Österreich-Ungarns, die zusammen 3,5 Millionen betrugen. Die am stärksten militarisierte Gesellschaft, gemessen am Anteil der unter Waffen stehenden Bevölkerung, war nicht die deutsche, sondern die französische, so daß das Deutsche Reich »ganz zu Unrecht in dem Ruf stand, die militaristischste Nation in Europa zu

[5] So Norman ANGELL (1874-1967), Publizist und Politiker, 1928-1931 Herausgeber der Zeitschrift *Foreign Affairs,* 1929—1931 Mitglied des Unterhauses (Labour Part}'), Mitglied der Exekutivkommission des Völkerbundes. Schon 1910 hatte er in seinem Buch *Tie Great Illusion. A Study of the Relation of Military Power to NationalAdvantage,* erschienen in London, im selben Jahr deutsch unter dem Titel *Die große Täuschung. Eine Studie über das Verhältnis zwischen Militärmacht und Wohlstand der Völker,* gewarnt, daß jeder Krieg wegen der damit verbundenen Opfer an Menschen und Material auch für die Sieger immer einen Verlust darstelle, Folgerichtig arbeitete er bei Ausbruch des Krieges 1914 gegen eine britische Beteiligung, trat nach dem Ersten Weltkrieg für eine Revision des Versailler Diktats ein und wurde 1933 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

sein«.' Auch im Transportwesen befand sich das Deutsche Reich im Rückstand gegenüber Rußland und Frankreich: Zwischen 1900 und 1914 hatte sich die Zahl der Züge, die Rußland an einem einzigen Tag nach Westen schicken konnte, von 200 auf 360 erhöht (S. 131 ff.).

Der »deutsche Militarismus« war für England keine Gefahr, folgert FERGUSON. Auch die deutsche Flotte bedeutete für Britannien keine Bedrohung: Als Gegenleistung für eine britische Neutralitätsverpflichtung hatte Berlin eine Flottenbegrenzung angeboten. Die Verhandlungen scheiterten jedoch, weil London keine Neutralitätsverpflichtung eingeben wollte (S. 110). Durch ein feindseliges Bündnissystem eingekreist, hat das Deutsche Reich im August 1914 aus verständlicher Furcht vor dem französischen und dem russischen Militarismus den Erstschlag gewagt.

Nun kam es in erster Linie auf London an. FERGUSON legt dar, wie nahe das britische Kabinett daran war, sich für neutral zu erklären. Die liberale Kabinettsmehrheit war gegen eine militärische Beteiligung auf dem Fesdand, doch setzte der deutschfeindliche Außenminister GREY dann doch die Kriegserklärung durch, Belgien bildete nur den billigen Vorwand: »Hätte Deutschland nicht im Jahre 1914 die belgische Neutralität verletzt, dann würde Großbritannien dies getan haben. Dies läßt die vielgepriesene moralische Überlegenheit im Kampf >für die belgische Neutralität« in einem anderen Licht erscheinen.« (S. 105) Der Vergleich mit Norwegen 1940 drängt sich auf.

Ein deutscher Sieg wäre für England und für Europa besser gewesen als das tatsächliche Ergebnis der britischen Einmischung, urteilt FERGUSON: Nach einem kaiserlichen Sieg 1918 hätte Adolf HLTLE,R »sein lieben wohl als mittelmäßiger Postkartenmaler oder bescheidener Kriegsveteran in einem von Deutschland beherrschten Mitteleuropa beendet, über das es in seinen Augen wenig Grund zur Klage gegeben hätte« (S. 397 f.). Ohne Einmischung von London aus wäre aus Kontinentaleuropa etwas Ähnliches geworden wie die heutige Europäische Gemeinschaft (EU), England hätte ohne zweimaligen Kräfteverschleiß sein Empire behalten und in atlantischer Gemeinschaft mit den USA ein unter der Regie des Deutschen Reiches geeintes Europa politisch und ökonomisch aufgewogen. Auch der Bolschewismus wäre der Welt wohl erspart geblieben. Viel Leid hätte sich vermeiden lassen, wäre aus Europa um 1920 ein qualliges Gebilde *(»jellyfish-polity«)* wie die heurige Europäische Union geworden, pflichtet US-Autor John J, REILL.Y dem britischen Professor bei und vermißt bei FERGUSON nur die Ironie, daß die Struktur der EU einem Deutschen Reich ohne Kaiser gleicht.

Fred Duswald

Franzosen zerstörten deutsche Denkmäler in Elsaß-Lothringen 1918

Es bildet einen Maßstab für die Kulturhöhe eines Volkes und Staates, wenn dessen Angehörige über allen aus der Vergangenheit vorhandenen Haß nach einem Krieg auch die Denkmäler des ehemaligen Gegners, und vor allem, wenn dieser besiegt ist, achten. So haben die Deutschen nach 1871 im Elsaß und in Lothringen die früheren französischen Denkmäler bewahrt, etwa das des Marschalls NEY in Metz und das FABERT-Denkmal auf dem Paradeplatz vor dem Dom der Stadt. Es ist deutschen Behörden auch später nicht eingefallen, diese Zeugen der französischen Vergangenheit dort zu entfernen oder an ihre Stelle eigene zu setzen. Ähnlich sind die Deutschen ebenso nach 1940 in Frankreich verfahren.

Doch anders haben sich die Franzosen, die so stolz auf ihre >*grande nation*< und auf ihre angebliche kulturelle Überlegenheit sind, nach 1918 benommen. Nach ihrem Einmarsch in Lothringen nach Kriegsende 1918 zerstörten sie in Metz den »Eisernen Feldgrauen«, ein schönes deutsches Ehrenmal des Metzer Bildhauers HILDEBRAND. Nach tagelangen vergeblichen Bemühungen, das Denkmal umzustürzen, sprengten die Franzosen es. An die Stelle des Denkmals Kaiser WILHELMS I. in Metz wurde die Figur eines französischen Infanteristen, der eine deutsche Pickelhaube zertritt, auf den alten Sockel gestellt — da es schnell gehen sollte, wurde sie zunächst aus Gips gefertigt. Sie trug die Inschrift: »On les al« (Man hat sie.) Auch das Denkmal des preußischen Prinzen FRIEDRICH CARL in dieser Stadt wurde umgestürzt und tagelang von einer Seite auf die andere gewälzt und dabei entehrend beschmutzt.

An dem von dem deutschen Kaiser gestifteten Westportal des Metzer Domes befindet sich eine Statue des Propheten DANIEL, die Arbeit eines Bildhauers aus Nancy. Dieser hatte der Figur ohne Wissen des Kaisers die Züge von WILHELM II. gegeben. Nach der Besetzung der Stadt durch die Franzosen 1918 wurde dem steinernen Propheten eine Fessel um die Hände gelegt und ein Schild daran befestigt mit der hämischen Aufschrift: »Sic transit gloria mundi!« (So vergeht der Ruhm der Welt!) Die entsprechenden Bilder mit den Denkmalen vor und nach ihrem Sturz wurden in einer deutschen Illustrierten am 24. September 1932 veröffentlicht.

Rolf Kosiek



Der >Eiserne Feldgraue< in Metz, ein Werk von HILDEBRAND. *Unten:* der >Eiserne Feldgraue< nach der Sprengung.

Das zerstörte Reiterdenkmal Kaiser WILHELMS I.

Kaiser Wilhelm II. zur Kriegsschuld von 1914

Im Artikel 231 des Versailler Diktats wurde Deutschland - gegen alle geschichtliche Wirklichkeit[1] — die Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges zugeschoben. In den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts war allgemein international anerkannt, daß diese Behauptung falsch war.



Kaiser WILHELM II. aus: Originalausgabe von *Ereignisse und Gestalten 1878-1918,* siehe ANM. 2.

In seinen Erinnerungen[2] hat Kaiser WILHELM II. als einer der direkt Beteiligten und Betroffenen auch zur Kriegsschuld frage ausführlich Stellung genommen und dabei eine Reihe von Tatsachen angegeben, die gegen eine deutsche Schuld sprechen. Einleitend erklärte er nach der Feststellung, daß damals »die ganze diplomatische Maschine bei uns versagt« habe und das Auswärtige Amt nur an Frieden dachte: »Unzählig sind die Zeugnisse dafür, daß schon im Frühjahr und Sommer 1914, als bei uns noch niemand an den Angriff der Entente dachte, der Krieg in Rußland, Frankreich, Belgien und England vorbereitet worden ist.«[3]

Er führte dann zwölf Beispiele aus der Menge der in seinen »Vergleichenden Geschichtstabellen« zusammengestellten historischen Tatsachen an, die alle die behauptete Kriegsschuld Deutschlands widerlegen. Leicht gekürzt, beschreiben diese Beispiele folgende Vorgänge.[4]

1. Bereits im April 1914 begann die Ansammlung von Goldreserven in den englischen Banken, während Deutschland noch weiter bis zum lull 1914 Gold und Getreide in Entente-Länder ausführte.

2. Im April 1914 berichtete der deutsche Marineattache in Tokio, Korvettenkapitän v. KNORR: »Er sei geradezu betroffen über die Gewißheit, mit der dort alles den Krieg der Tripelallianz gegen Deutschland in naher Zeit für sicher halte.«

3. Ende März 1914 erklärte der russische General SGHTSCHERBATSCHEW, Direktor der Kriegsakademie in Petersburg, in einer Ansprache vor sei-

[1] Beitrag Nr. 21, »Die Ursachen des Weltkrieges«.

[2] Kaiser WILHELM IL, *Ereignisse und Gestalten 1878-1918,* K. F. Koehler, Leipzig-Berlin 1922.

[3] Ebenda, S. 212.

[4] Ebenda, S. 213-218.

nen Offizieren: »Der Krieg mit den Dreibundmächten sei infolge der gegen Rußlands Interessen gerichteten österreichischen Balkanpoliük unvermeidlich geworden. . . Höchstwahrscheinlich werde er noch in diesem Sommer zum Ausbruch kommen. Rußland sei die Ehre geworden, sofort die Offensive zu ergreifen.«

4. In dem Bericht des belgischen Gesandten in Berlin über eine im April 1914 aus Petersburg eingetroffene japanische Militärmission hieß es: »In den Regiments messen hatten die japanischen Offiziere ganz offen von einem nahe bevorstehenden Kriege gegen Österreich-Ungarn und Deutschland reden hören. Man sagte dabei, daß die Armee bereit sei, ins Feld zu rücken, und der Augenblick sei günstig für die Russen wie für ihre Verbündeten, die Franzosen.«

5. Nach den in der *Revue des Deux Mondes* 1921 veröffentlichten Denkwürdigkeiten des damaligen französischen Botschafters in Petersburg, PALEOLOGUE, haben am 22. Juli 1914 in Tsaskoje Selo die Großfürstinnen ANASTASIA und MHJTZA ZU ihm gesagt: »Ihr Vater, der König von Montenegro, hätte ihnen in einem Chiffretelegramm mitgeteilt, daß wir vor Monatsende (russischen Stils, also vor dem 13. August neuen Stils) Krieg haben werden. . . Von Österreich wird nichts übrig bleiben, . , Unsere Heere werden sich in Berlin treffen. .. Deutschland wird vernichtet werden.«

6. Der frühere serbische Geschäftsträger in Berlin, BOGHTTSCHEWITSCH, berichtete in seinem 1919 erschienenen Buch *Kriegsursachen,* daß der damalige französische Botschafter in Berlin, CAMBON, ihm am 26. oder 27. Juli 1914 gesagt habe: »Wenn Deutschland es auf einen Krieg ankom-

WILHELM II. und NIKOLAUS II. im Jahre 1912 beim Besuch des russischen Marinestützpunktes Baltisch Port. Der Zar konnte dem Druck seines Außenministers SASONOW nicht standhalten. Siehe Beitrag Nr. 503, »Französisches >Gelbbuchi aus der Fälscherwerkstatt«.



men lassen will, so wird es auch England gegen sich haben.« Er habe aus dem Gespräch die »Gewißheit« mitgenommen, daß spätestens bei dem Treffen des französischen Präsidenten POINCARE mit dem Zaren in Petersburg (20.-22. Juli 1914) der Krieg beschlossen worden sei.



Sergei Dimitrijewitsch SASONOW (1860—1927), Rußlands Außenminister.

7. WILHELM II. habe von einem Mitglied der russischen Duma und Freund SASONÖWS (des russischen Außenministers) persönlich später erfahren, daß SASONOW auf einem geheimen Kronrat in Petersburg im Februar 1914 dem Zaren geraten habe, Konstantinopel zu nehmen. Da das der Dreibund nicht erlauben werde, werde es Krieg gegen Deutschland und Österreich geben. Dabei könne sich der Zar auf Frankreich sicher, auf England wahrscheinlich verlassen, und Italien werde vom Dreibund abfallen. Dem habe der Zar zugestimmt und den Befehl gegeben, die nötigen Vorarbeiten aufzunehmen. Dagegen habe der russische Finanzminister Graf KOKOWZOW dem Zaren geraten, mit Deutschland zu gehen, habe vor dem Krieg gewarnt, der zur Revolution in Rußland und dem Sturz des Zaren führen werde. »Der Zar ist diesem Rat nicht gefolgt, hat vielmehr den Krieg vorbereitet.«

8. Derselbe Baron berichtete WILHELM IL, daß er zwei Tage nach Kriegsausbruch bei SASONOW gewesen sei. Dieser sei ihm freudestrahlend entgegengekommen und habe ihn händereibend gefragt: »Nun, lieber Baron, sie müssen doch zugeben, daß ich mir den Moment des Krieges vortrefflich gewählt habe?« Als dieser besorgt nach Englands Haltung fragte, habe ihm SASONOW lachend erwidert, indem er auf seine Tasche geschlagen habe: »Ich habe etwas in meiner Tasche, was in den nächsten Tagen ganz Rußland erfreuen und die Welt in Erstaunen setzen wird: Ich habe die englische Zusage erhalten, daß England mit Rußland gegen Deutschland gehen wird!«

9. In Ostpreußen 1914 gefangene russische Soldaten des sibirischen Korps sagten aus, daß sie im Sommer 1913 in die Umgegend Moskaus zu einem angeblichen Manöver vor dem Zaren verlegt worden seien. Das Manöver fand nicht statt, die Truppen blieben dennoch bei Moskau. Im Sommer 1914 wurden sie westwärts nach Wilna verlegt, weil nun dort ein Manöver vor dem Zaren stattfinden solle. Dann sei ihnen scharfe Munition ausgehändigt und erklärt worden, nun sei Krieg gegen Deutschland.

10. Ein Amerikaner berichtete im Winter 1914/15 in der Presse, daß er bei einer Reise in den Kaukasus Anfang Mai 1914 dort langen Kolonnen von Truppen aller Waffengattungen in Kriegsausrüstung begegnet sei. Als er, besorgt wegen eines regionalen Aufstandes, bei den Behörden nachgefragt habe, hätten diese ihm versichert, daß der Kaukasus ruhig sei, es sich nur um Übungsmärsche und Manöver handele. Bei seiner

Abreise Ende Mai 1914 habe er in einem kaukasischen Hafen nur mit Mühe einen Schiffsplatz bekommen können, da alle Plätze von Truppen besetzt waren. Die russischen Offiziere hätten erzählt, daß sie in Odessa landen würden, um mit ihren Einheiten zu einem großen Manöver in die Ukraine zu marschieren.

11. Im Sommer 1918 sei Fürst TUNDUTOW, Ataman der Kalmückenkosaken und vor wie während des Weltkrieges persönlicher Adjutant des Großfürsten NIKOLAI NIKOLAJE-WITSCH, ins deutsche Hauptquartier in Bosmont gekommen, um Verbindung zu Deutschland zu knüpfen, da die Kosaken Feinde der Bolschewisten seien. Er habe berichtet, daß er vor Ausbruch des Kriegs von seinem Chef zum russischen Generalstab gesandt worden und dadurch Zeuge des berüchtigten Telefongespräches zwischen dem Zaren und dem Generalstabschef General JANUSCHKEWITSCH geworden sei. »Der Zar habe unter dem tiefen Eindruck des ernsten Telegramms des Deutschen Kaisers beschlossen, die Mobilmachung zu inhibieren. Er habe JANUSCHKEWITSCH telephonisch befohlen, die Mobilmachung nicht auszuführen bzw. rückgängig zu machen. Dieser habe diesen klaren Befehl nicht ausgeführt, sondern bei dem Minister des Auswärtigen Amtes SASONOW, mit dem er seit Wochen in Verbindung gestanden, intrigiert und zum Kriege gehetzt habe, telephonisch angefragt, was er nun tun solle. SASONOW habe darauf geantwortet: Der Befehl des Zaren sei Unsinn, der General solle die Mobilmachung nur ausführen, er (SASONOW) werde den Zaren morgen schon wieder herumkriegen. Daraufhin meldete JANUSCHKEWITSCH dem Zaren, die Mobilmachung sei schon im Gange und nicht mehr rückgängig zu machen. Nun fügte Fürst TUNDUTOW hinzu: Das war eine Lüge, denn ich habe selbst neben JANUSCHKEWITSCH den Mobilmachungsbefehl auf seinem Schreibtisch liegen sehen, er war also noch gar nicht abgesandt.« Dazu bemerkte WILHELM II,: »Es scheint, daß mein ernstes warnendes Telegramm ihn (den Zaren) zum ersten Male die ungeheure Verantwortung deutlich erkennen ließ, die er mit seinen kriegerischen Maßnahmen auf sich lud. Deshalb wollte er die völkermordende Kriegsmaschine, die er soeben in Bewegung gesetzt hatte, stoppen. Das wäre noch möglich, der Friede noch zu retten gewesen, wenn nicht SASONOW die Ausführung vereitelt hätte.« Fürst TUNDUTOW habe dann noch erklärt, daß eine starke Kriegsstimmung gegen Deutschland im ganzen russischen Offizierskorps geherrscht habe. Dieser Geist sei hauptsächlich aus der französischen Armee auf die russischen Offizieren übertragen. Man habe den Krieg eigentlich schon im Jahre 1908/09 (Bosnische Frage) machen wollen, aber Frankreich sei damals noch nicht fertig gewesen.

12. Beim Vormarsch 1914 fanden die deutschen Truppen in Nordfrankreich und an der belgischen Grenze große Depots mit englischen



Frontbesuch des französischen Premierministers Raymond POINCARÉ (rechts) im Herbst 1914 mit Oberbefehlshaber General JOFFRE (Mitte) und anderen alliierten Offizieren.

Soldatenmänteln vor, die nach Aussagen der Bevölkerung in den letzten Jahren dort niedergelegt worden waren. Im Sommer 1914 gefangene englische Infanteristen hatten keine Mäntel und antworteten auf die betreffende Frage: »Wir sollten unsere Mäntel in den Depots zu Maubeuge, Le Quesnoy usw. in Nordfrankreich und Belgien vorfinden.« Ebenso wurden in Maubeuge große Mengen englischer Militärkarten aus demjahre 1911, hergestellt im britischen Southampton, für Nordfrankreich und Belgien gefunden. Diese Depots waren vor dem Krieg mit französischer Erlaubnis angelegt worden. Mit Recht stellte Kaiser WILHELM die Frage: »Was wäre wohl in Belgien, dem »neutralen Lande«, für ein Sturm der Entrüstung losgebrochen, und welchen Lärm hätten England und Frankreich darüber geschlagen, wenn wir in Spa, Lüttich, Namur im Frieden Depots von deutschen Soldatenmänteln und Karten hätten anlegen wollen!«[4]

In anderem Zusammenhang" erwähnte der Kaiser, daß die Deutschen im Park des eroberten Schlosses Pinon der Prinzessin DE POIX deren vergrabenes Tafelsilber fanden, das nach Aussagen Einheimischer schon Anfang Juli1914 dort versteckt worden war. WILHELM II. schloß wohl richtig: »Also hatte die Prinzessin schon lange vor dem Kriege Kenntnis von dessen bevorstehendem Ausbruch!« Rolf Kosiek

[5] WILHELM IL, ebenda, S. 222.



Die Weimarer Zeit

Die Gesellschaft der Weimarer Zeit war durch eine Militarisierung des politischen Lebens gekennzeichnet. Hier Versammlung des iReichsbanners Schwarz-Rot-Gold< am 22. Februar 1925 auf dem Domplatz zu Magdeburg. Auf der anderen Seite setzten viele ehemalige Soldaten nach 1918 den Kampf fort, dieses Mal gegen den inneren Feind Bolschewismus.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Rahmen der Umerziehung, der sich die bundesrepublikanischen Medien anschlossen, Kaiser WILHELM II. herabsetzend dargestellt. Hämisch wurde seine angeborene Armverletzung herausgestrichen und ihm deswegen ein besonderer Minderwertigkeitskomplex unterstellt, den er durch besondere Forschheit und Angeberei zu übertünchen versucht habe. Sein angeblicher >Militarismus< mit »kriegerischem Auftreten* und >lautem Säbelrasseln* wurde hervorgehoben.

Richtig ist jedoch, daß der Kaiser im Gegensatz zu anderen europäischen Herrschern 1913 sein 25jähriges Regierungsjubiläum als >Friedenskaiser, ohne einen einzigen Krieg geführt zu haben, feiern konnte und auch weiterhin auf Frieden bedacht war, den 1914 andere Mächte unmöglich machten. Ungeschicklichkeiten wie die >Krügerdepesche< oder eine nicht immer glückliche Hand bei der Auswahl seiner Ratgeber und Reichskanzler ändern nichts an der Beurteilung, daß er einen friedlichen, gottesfürchtigen und sehr sozial eingestellten, der Moderne aufgeschlossenen Charakter besaß.

Ob seine Entscheidung, dem Drängen seiner Berater nachzugeben, 1918 ins Exil zu gehen und nicht um seinen Thron zu kämpfen, richtig war, bleibe dahingestellt.

Auch über sein weiteres Leben in >Haus Doorn< wurden falsche Gerüchte ausgestreut. Eine Richtigstellung, insbesondere über seine Jahre nach 1918, erscheint notwendig.

Am 4. Juni 1941 starb WILHELM IL, dritter und letzter Kaiser des Zweiten Deutschen Reiches. Schon mit 29 Jahren Monarch, hatte er das Deutsche Reich 30 Jahre lang regiert und lebte nach seiner Abdankung noch 23 Jahre im niederländischen Exil. Dort starb er, stolz auf aktuelle Erfolge der deutschen Wehrmacht, in Doorn. Die nochmalige Niederlage auch im Zweiten Weltkrieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches zu erleben blieb ihm erspart.

Nachdem am Ende des Ersten Weltkriegs in Berlin die Republik ausgerufen worden war, hatte sich der Kaiser auf Drängen seiner Ratgeber am 10. November 1918 vom Großen Hauptquartier in Spa aus in niederländisches Exil begeben. Die Siegermächte wollten ihn, seine Politiker und Militärs als Kriegsverbrecher vor Gericht stellen und schrieben das im Artikel 227 des Versailler Diktats 1919 fest: »Die alliierten und assoziierten Mächte stellen WILHELM II. von Hohenzollern, ehemaligen deutschen Kaiser, unter öffentliche Anklage wegen schwerster Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge.« Schon vor



Haus Doom war früher Eigentum der Baronesse BEAUFORT, der Großmutter des weltberühmten Filmstars Audrey HEPBURN. Nach gründlicher Renovierung wurde das Haus am 15. Mai 1920 von WILHELM II. bezogen.

WILHELM II. kaufte Haus Doorn am 16. August 1919. Erbe von Haus Doorn war nach dem Tod WILHELMS II. dessen ältester Sohn Kronprinz WILHELM, der interessierten Besuchern das Haus zugänglich machte. Nach Kriegsende wurde Haus Doorn als Feindvermögen konfisziert. 1953 wurden Gebäude und Inventar der niederländischen ¡Stiftung zur Verwaltung von Haus Doorn< übertragen mit der Aufgabe, sowohl Museum als auch Park im historischen Zusammenhang zu erhalten. Ein Beschluß des niederländischen Staatssekretärs für Kultur vom Jahr 2000 entzog dem Museum die Subventionen und kündigte die Schließung des Hauses an. Internationale wie niederländische Proteste verhinderten jedoch die Auflösung des Museums. Eine finanzielle und strukturelle Neuorientierung, die eine enge Zusammenarbeit mit der BRD einschließt, deutet sich an.



Eines der ältesten Fotos WILHELMS II. mit seiner zweiten Frau. HERMINE Prinzessin von Preußen (1887-1947) kehrte nach dem Tod des Kaisers 1941 auf ihre Besitzungen in Saabor in Schlesien zurück, flüchtete 1945 vorder Roten Armee und fand Aufnahme bei ihrer jüngsten Schwester IDA VON STOLBERC, am Harz. Nach dem Abzug der Amerikaner wurde sie in das Berliner Hauptquartier der Roten Armee gebracht. In Frankfurt an der Oder unter Hausarrest gestellt, starb sie am 7. August 1947 an Herzversagen.

dem geplanten Schauprozeß hetzte man in England: »Hang the Kaiser!«, und der englische König GEORGE V, stempelte seinen kaiserlichen Vetter zum »größten bekannten Verbrecher«, der »die Welt in diesen schrecklichen Krieg gestürzt« habe (den England dem Deutschen Reich am 4. August 1914 erklärt hatte, E D.).

Die holländische Königin WILHELMINA aber ließ sich nicht verwirren und verweigerte WILHELMS Auslieferung an die Alliierten. Damit unterblieb ein Vorläufer der Nürnberger Prozesse. Die Berliner Regierung genehmigte die Überführung von Teilen des beschlagnahmten kaiserlichen Vermögens nach Doorn, insbesondere von Möbeln, Kunstwerken und Gebrauchsgegenständen. Für 1,35 Millionen Gulden erwarb WILHELM >Haus Doorn<, einen Landsitz von 60 Hektar zwischen Utrecht und Nimwegen. Am 11. April 1921 starb seine Gemahlin AUGUSTF VIKTORIA. Am Begräbnis in Potsdam nahmen 200000 Menschen teil - mit Ausnahme des verbannten Kaisers. Dieser heiratete im November 1922 die um 28 Jahre jüngere, verwitwete Prinzessin HERMINE VON SCHÖNAICH-CAROLATH, geborene Prinzessin REUSS ältere Linie (1887-1947). Sie war Mutter von fünf Kindern, Großgrundbesitzerin in Schlesien, hatte einen zweiten Wohnsitz im >Palais Kaiser Wilhelm« in Berlin, war den Nationalsozialisten nicht abhold und lud GORING zweimal nach Doorn ein.





Von oben; WILHELMINA von Holland; Kronprinz WILHELM (als Kommandeur des Totenkopfhusaren-regiments).

Prinz AUGUST WILHELM (1887-1949), einer der fünf Söhne des Kaisers, war seit April 1930 Mitglied der NSDAP, warb für die Partei als Reichsredner und wurde 1933 SA-Obergruppenführer und preußischer Staatsrat sowie Mitglied des Reichstags.

Des Kaisers Hoffnung, daß HITLER die Monarchie wiedereinführen werde, erfüllte sich jedoch nicht. Er danke Gott dafür, »daß Er uns vor der fürchterlichsten Katastrophe errettete, indem er den verantwortlichen Staatsmännern half, den Frieden zu erhalten«, schrieb der Kaiser an Queen Mary, als durch das Münchner Abkommen 1938 die Gefahr eines abermaligen Krieges gebannt schien. Daß es dank britischer Intrigen 1939 wiederum zum Weltkrieg kommen würde, konnte der Absender damals nicht ahnen.

Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erhob sich in Holland die Frage, was mit dem Kaiser nun geschehen solle. Königin WILHELMINA ließ ihm im April 1940 durch ihren Minister eröffnen, daß er sich nicht mehr als Internierter zu betrachten habe und darum ausreisen könne, wann und wohin er wolle. Nach Beginn des Westfeldzuges im Mai 1940 legte ihm die niederländische Regierung nahe, einen Ort aufzusuchen, der nicht unmittelbar in der Kampfzone liege. Die britische Gesandtschaft im Haag ließ dem Kaiser eine Einladung nach England zukommen. Den deutschen Majestäten, hieß es darin, würden auf die Dauer des Krieges alle ihnen zustehenden Ehren gewährt. Der Kaiser lehnte dankend ab: Er

wolle den Briten nicht die Freude bereiten, ihn gegen Deutschland propagandistisch ausspielen zu können: »Nein, was auch kommen mag, ich verlasse Haus Doorn nicht.«

Schon am übernächsten Morgen standen deutsche Soldaten vor dem Tor, wo sie von WILHELM willkommen geheißen und bewirtet wurden. In Begleitung von Offizieren seines Stabes meldete sich Oberst NEIDTHOLT, Kommandeur des Infanterieregiments 322, bei Seiner Majestät. Oberstleutnant VON ZITZEWITZ verlas die »Erklärung des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht gegenüber dem ehemaligen Deutschen Kaiser«, Dieser, so hieß es darin, genieße samt seinem Hausstand »den Schutz der Deutschen Wehrmacht wie jeder andere deutsche Staatsangehörige«. Schloß Doorn und seine nähere Umgebung werde von deutschen Truppen nicht belegt und nicht gestört. Auf Anordnung des Obersten zog eine Ehrenwache vor dem Torhaus auf. Als WILHELM am Morgen des 15. Mai 1940 aus dem Haus trat, präsentierten zum erstenmal nach 22 Jahren wieder deutsche Soldaten vor ihm. Der Kaiser konnte Tränen der Rührung kaum verbergen.

»Die brillant führenden Generäle dieses Krieges kommen aus meiner Schule«, triumphierte der Kaiser nach dem Sieg im Westen. »Sie fochten unter meinem Kommando im Weltkrieg als Leutnants, Hauptmänner oder junge Majore.« Am 17. Juni 1940 nahm der Kaiser auf dem Ehrenfriedhof Grebbeberg an der Kranzniederlegung für die gefallenen Soldaten teil.

Nach einem Besuch deutscher Soldaten beim WILHELM II. Aus:). A. DEIONCE, *Wilhelm II.*, BÖhlau, Köln 1988.

Am selben Tag drahtete er an Adolf HITLER: »Unter dem tiefergreifenden Eindruck der Waffenstreckung Frankreichs beglückwünsche ich Sie und die gesamte Deutsche Wehrmacht zu dem von Gott geschenkten gewaltigen Sieg mit den Worten Kaiser WILHELMS DES GROSSEN: Welch eine Wendung durch Gottes Fügung, In allen deutschen Herzen erklingt der Choral von Leuthen, den die Sieger von Leuthen des großen Königs anstimmten: >Nun danket alle Gott.< [gez.] WILHELM I. R.« (Imperator Rex, F. D.). »Euer Majestät danke ich für die anläßlich der Kapitulation Frankreichs der Deutschen Wehrmacht und mir persönlich ausgesprochenen Glückwünsche«, antwortete der



Reichskanzler am 24. Juni 1940. »Ich hoffe, daß dieser Sieg bald eine Krönung findet, die dem Großdeutschen Reich die Möglichkeit der vollen Entfaltung aller Kräfte der deutschen Nation sichert, [gez.] Adolf HITLER.«



Der letzte Gruß Adolf HIUERS an den letzten Kaiser.

Daß WILHELM Prinz von Preußen (1906-1940), Sohn des Kronprinzen und ältester Enkel des Kaisers, den Heldentod starb, war mehr als ein Wermutstropfen. Die traurige Nachricht wurde dem Kaiser in Doorn durch General STRECCIUS überbracht. Der Prinz war als Oberleutnant der Reserve bei den Kämpfen um Valenciennes schwer verwundet worden und starb am 26, Mai 1940 in einem Feldlazarett in Nivelles.[1]

Der Krieg ging weiter, das I.eben des Kaisers neigte sich zum Ende. Am 1. März 1941 erlitt er einen Anfall, von dem er sich nach anfänglicher Besserung nicht wieder erholte. Am 3. Juni meldete Adjutant ILSEMANN noch die Eroberung von Kreta und einen erfolgreichen Angriff der Luftwaffe auf das britische Mittelmeergeschwader. »Das ist ja fabelhaft! Unsere herrlichen Truppen!« begeisterte sich der Kaiser. »Bringen Sie nur weiter so gute Nachrichten, dann wird es schon wieder bergauf gehen!« Doch tags darauf verschlechterte sich der Zustand, und WILHELM erlag nach 17stündigem Todeskampf einer Lungenembolie.

Mit ihm verlor der Kaiser bereits den zweiten Enkel, denn schon am 5. September 1939 war Prinz OSKAR (1915-1939) als Oberleutnant der Reserve in Polen gefallen.

Die Beisetzung in Doorn am 9. Juni 1941 erfolgte mit militärischen Ehren: Ein aus allen drei Wehrmachtteilen gebildetes Ehrenbataillon unter dem Obersten VON GERSDORFF präsentierte. Arthur SF.YSS-INQUART, ehemaliger österreichischer Bundeskanzler und nunmehr Reichskommissar für die besetzten Niederlande, vertrat das Reich. Den Sarg deckte die alte Kaiserstandarte, auf der Schleife des HitleR-Kranzes prangte das Hakenkreuz. Militärmusik intonierte den Choral »Jesus meine Zuversicht«. Als der greise Feldmarschall VON MACKENSEN (1849-1945) vortrat, um den Sarg seines kaiserlichen Herrn zu streicheln, waren alle auf das tiefste ergriffen.

Fred Duswald

Literatur

Franz HBRRB, *Wilhelm II, Monarch zwischen den Zeiten,* Heyne, München 1998.
Friedrich HARTAU, *Wilhelm II. in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten,* Rowohlt, Reinbek 1978.
Sigurd VON ILSEMANN, *Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II.,* Biederstein, München 1968.

Zur >Dolchstoßlegende< von 1918

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde in weiten Kreisen Deutschlands, vor allem den nationalen, als Ursache für den Zusammenbruch des Reiches im November 1918 ein »Dolchstoß« aus der Heimat in den Rükken des noch weit in Feindesland stehenden Heeres angesehen. Generalfeldmarschall Paul VON HINDENBURG hatte am 18. November 1919 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der deutschen Nationalversammlung erklärt, das »im Felde unbesiegte Heer« sei »von hinten erdolcht« worden. Diesen Dolchstoß hätten die Sozialisten vorbereitet und durch Streiks und Meutereien, besonders auf der Hochseeflotte im November 1918, durchgeführt. Ein »Dolchstoß-Prozeß* fand vom 19. Oktober bis 20. November 1925 in München statt, der viele Argumente für die Berechtigung der Dolch stoß-Deutung ergab.[1] Der Begriff »Dolchstoß* stammt wohl von dem englischen General MAURICE, über dessen Erklärung die *Neue Zürcher Zeitung* am 17. Dezember 1918 berichtete.

[1] Hans VON ZWEHL, *Der Dolchstoß in den Kücken des siegreichen Heeres*, Curtius, Berlin 1921; SCHWERTFEGT;R U. a., *Die Ursachen des Zusammenbruchs,* 1923; Joachim PETZOLD, *Die Dolchstoßlegende,* Berlin (Ost) 1963.

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde es jedoch bis in die Gegenwart üblich, von der »Dolchstoßlegende* zu sprechen, das heißt abzuleugnen, daß es einen solchen Dolchstoß gegeben habe, und eine solche Meinung als falsch und unbegründet hinzustellen. Insbesondere SPD-Kreise versuchten, die damaligen Vorgänge zu verfälschen und den dabei von weiten Teilen der Einken verübten Landesverrat abzuschwächen oder ganz zu leugnen.

Doch diese neue Darstellung der damaligen Vorgänge ist nicht richtig, wie auch nachfolgende Zitate einflußreicher Sozialisten und unabhängiger Zeitzeugen beweisen. Diese belegen, daß wirklich von den radikalen





Der Waffenstillstand in Compiegne am 11. November 1914 (rechts im Bild: der Zug der deutschen Delegation). *Links:* FOCH trägt sich in das Goldene Buch des Waffenstillstandswagens ein.

Linken während der letzten Jahre des Ersten Weltkrieges gegen den deutschen Sieg, der möglich gewesen wäre, gearbeitet und damit klar Landesverrat begangen wurde.

Am 4. August 1914 stimmten die Sozialdemokraten im Reichstag geschlossen den Kriegskrediten zu. Bereits am folgenden Tag gründete die aus einer jüdischen Familie in Polen stammende Rosa LUXEMBURG die »Gruppe Internationale«, die sich 1917 in >Spartakusbund< umbenannte.



Karl LIEBKNECHT.

Am 2. Dezember 1914 stimmte zunächst allein der Sozialist Karl LIEBKNECHT gegen die Kriegskredite, im August 1915 wandten sich schon 20 SPD-Abgeordnete gegen sie. Am 23. Februar 1915 hieß es im SPD-Organ *Vorwärts* aus der Feder eines SPD-Reichstagsangehörigen: »Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde.«

Der SPD-Abgeordnete LIEBKNECHT rief am 1, Mai 1916 bei einer öffentlichen Kundgebung in Berlin auf dem Potsdamer Platz die Frontsoldaten zum Desertieren auf und mußte deswegen bis Kriegsende ins Zuchthaus. Ende Juni 1916 kam es zu ersten Arbeiterstreiks in der Rüstungsindustrie in Berlin, Bremen, Braunschweig und Stuttgart, zu weiteren am 6. April 1917. An diesem Tag gründeten die gegen den Krieg eingestellten linksextremen SPDler die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), der der >Spartakusbund< beitrat und die sich Ende 1918 in >KPD« umbenannte. Die USPD wirkte durch massive Flugblattaktionen und rief am 28. Januar 1918 zum Generalstreik auf, wogegen die Regierung am 31. Januar den verschärften Belagerungszustand verhängte.

Der bayerische Landtagsabgeordnete der SPD Theodor AUER erklärte im Frühjahr 1932 auf einer Parteiversammlung offen: »Ich bin stolz, dabei gewesen zu sein, ais wir, die Sozialdemokraten, der deutschen Armee den Dolch in den Rücken gestoßen haben!« Er meinte damit den Munitionsarbeiterstreik vom Februar 1918, der besonders in Berlin große Auswirkungen hatte. Mit diesem Ausspruch wurde der Sozialist weit über die Grenzen Bayerns als »Dolchstoß-AUER« bekannt.[2]

Der Landesverrat der Linken im schwer kämpfenden Vaterland geschah auch durch Verbindungen zum Ausland. So schrieb der frühere Marine-Oberheizer SACHSE, ein führendes Mitglied des »Zentralkomitees der revolutionären Matrosen* von 1918 im Jahre 1925 in seinem Artikel »Der Dolchstoß«: »Nicht bekannt waren den Gerichten. ., jene direkten Verbindungen, die KÖBIS, BECKERS und ich über Wilhelmshaven hinweg mit den Mitgliedern des internationalen Sozialistenbundes hatten. Da wir nun wußten, daß es sehr gefährlich für die Bewegung sei, wenn die direkten Verbindungen von der Landbevölkerung zu den Schiffstruppen gestört seien, deckten wir im Prozeß unsere direkten Verbindungsleute

[2] Hans-Joachim WEJNERT, in Leserbriefin: *Berliner Morgenpost,* 20. 6, 2000.

(zum Sekretariat der Zimmerwalder Internationalen in Stockholm) dadurch ab, daß wir dem Gericht bekannte Tatsachen über die Verbindung mit den USPD-Abgeordneten als richtig hinstellten., . Es ist dadurch... gelungen, unsere Bewegung zu schützen. .. und so zur Ausreifung der revolutionären Bewegung bis zum 7. November (1918) beizutragen. .. Wir waren ja mit der Gruppe der. . . »Internationalen Sozialisten in Deutschland«, mit denen Karl RADEK Fühlung hatte, eng verbunden... jawohl! Wir haben Verbindung gesucht mit unseren Klassengenossen im Ausland.«[3]

Diese Aussage bestätigt das damals offene Geheimnis, daß die Matrosenmeutereien und -revolutionen in der deutschen Kriegsflotte vom 4. Juni 1917 und vom Oktober/November 1918 mit ausländischer Hilfe angezettelt wurden. Da das deutsche Heer im Felde nicht zu besiegen war, versuchte man, die deutsche Front mit Hilfe einheimischer Verräter von hinten aufzurollen. Den deutschen und ausländischen Agenten war es ein leichtes, sich ein Bild von der Stimmung an der Heimatfront zu verschaffen. Mit diesen Informationen konnten die aiiiierten Geheimdienste planen und linksextreme Gruppen im Reich unterstützen.

Zu den ausländischen Zentralen und Vereinigungen, die in den letzten Jahren des Ersten Weltkrieges den deutschen Zusammenbruch logistisch und finanziell unterstützten, gehörten unter anderen:

1. die »Zimmerwalder Internationale< mit Sitz in Stockholm seit 1917;
2. die »Auslandsvertretung der Bolschewikk unter Leitung von Karl Radek;
3. die »Internationalisten« mit Sitz in Berlin unter Leitung von Julian BORCHARDT mit engen Beziehungen zu den Bolschewisten LENIN, RADEK und SINOWJEW;
4. das Internationale Jugendsekretariat in der Schweiz unter Willi MÜNZENBERG;
5. in Frankreich Überläufer und Kriegsgefangene;
6. in Holland »Deutsche Deserteur-Vereine« mit der englischen Agentur TINSI.EY, das »Komitee der Flüchtlinge« mit Verbindung zu dem französischen Nachrichtenoffizier CROZIER-DESGRANGES und unmittelbarer Verbindung zur deutschen USPD und den »Zimmerwaldern« in Stockholm;
7. der »Spartakusbund« mit Sitz in Berlin unter Leitung von Rosa LUXEMBURG und Karl LIEBKNECHT.[4]

Über die Finanzierung der während des Ersten Weitkrieges gegen das Reich gerichteten revolutionären linken Bewegung in Deutschland gibt ein Bericht von 1919 Auskunft: »Das eigentliche Verbrechen der Revolution beginnt dort, wo das Geld der Entente, der Mammon der Feinde des deutschen Volkes, zum Verbündeten der deutschen Revolutionäre wurde.

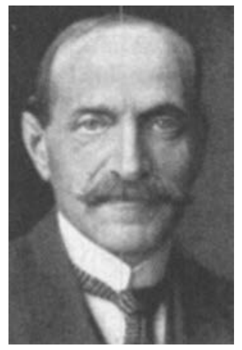
[1] Gottfried ZARNOW, *Der 9. November 1918, die Tragödie eines Volkes,* Archiv-Edition, Viöl 2000, **S. 31.**

Ebenda, S. 28 f.

Das Geld für die deutsche Revolution floß aus drei Quellen:
1. aus bestimmten jüdischen Kreisen in Deutschland selbst,
2. aus dem Propagandafonds der Entente,
3. aus dem Staatssäckel der russischen Bolschewiki.

Das Geld aus jenen jüdischen Kreisen (um Geheimrat WITTIG) ging zum Teil durch die Hände von HAASE und DITTMANN. , .[5]

Im März 1918 hat in den Lokalitäten von ASCHINGER in Berlin eine Besprechung zwischen einem aus Holland herübergekommenen Amerikaner namens RIDDER und verschiedenen revolutionären Vertrauensleuten stattgefunden, bei welcher nicht nur Einzelheiten der Revolution durchgesprochen wurden, sondern bei der auch von RIDDER an die Teilnehmer Geld ausgehändigt wurde. In Hamburg hatte derselbe RIDDER in Fleischers Weinstuben am Hauptbahnhof eine Zusammenkunft mit Louise WEGNER, bei der auch über die Frage der finanziellen Unterstützung verhandelt wurde. ..





Von oben: Hugo Haase (1863-1919) und Wilhelm DITTMANN (1874-1954).

Das englische Weltreisebüro Thomas COOK und der in Holland wohnende englische Agent TINSLEY sandten ihre Leute nach Deutschland, um die Unzufriedenheit bis zur Siedehitze zu schüren. Feindliche Agenten in deutscher Militäruniform waren mit dem von englischen, französischen und amerikanischen Großindustriellen gestifteten Gelde in Deutschland unterwegs, um die Leidenschaften des Volkes aufzupeitschen und die Soldaten zur Desertation zu verleiten. Einige dieser Agenten hatten Beträge von 20 bis 30000 RM bei sich.«[6]

In einem Bericht des französischen Leutnants Joseph CRO/.IKR (sein eigendicher Name war Pierre DESG RANGES) vom 10. November 1918 an General BOUCABEIELF. in Paris wird der Einfluß des Auslandes bestätigt: »Die deutsche Revolution ist in dem Augenblick ausgebrochen, den wir vorausgesehen hatten, und man weiß noch nicht, ob die Revolution den militärischen Zusammenbruch herbeigeführt hat oder umgekehrt. Diese Revolution geht von den Leuten aus, die wir kennen, und wird, wie wir vorausgesagt haben, bis zum äußersten gehen.«

Der Franzose fügte hinzu, daß er Verbindungen mit den holländischen revolutionären Sozialdemokraten bekommen babe und wiederum durch diese mit den Mitgliedern der USPD in den Deserteurvereinigungen, die

[5] Hugo HAASE (1863-1919) und Wilhelm DITTMANN (1874-1954) waren zwei führende Reichstagsabgeordnete der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD), die sich Ende 1919 in >KPD< umbenannten. Sie gehörten vom 9. November bis 29. Dezember 1918 der ersten revolutionären Reichsregierung (>Rat der Volksbeauftragen<) unter Friedrich EBERT an, traten für eine Rätediktatur ein und verließen die Regierung, als diese sich für eine Nationalversammlung und Demokratie entschied.

[6] Wolfgang BRETTHAUPT, in: *Tägliche Rundschau,* 4. 3. 1919.



Berlin im Januar 1919. Der Alexanderplatz ist mit Panzerautomobilen (»Achtung! In den Häusern bleiben«) abgesperrt.

ihrerseits Kontakt zu deutschen Revolutionären hätten. Er habe den Befehl gehabt, die nur über geringe Finanzmittel verfügenden Zeitungen der USPD so zu unterstützen, daß sie ihre Propaganda gegen den Krieg unter ebenso günstigen Bedingungen treiben konnten wie die Sozialisten in der Reichsregierung.

Zwar leugneten die Funktionäre der USPD jegliche finanzielle Unterstützung durch das Ausland ab, doch diese wurde auch durch einen US-Nachrichtendienstler bestätigt, der nach dem Krieg schrieb: »Man braucht sich nicht zu wundern, daß der amerikanische Geheimdienst ausgezeichnet über die deutsche Revolution Bescheid wußte, half er doch, sie zu entfesseln. Die ganze Wahrheit über die Empörung der unabhängigen Sozialdemokratie.. . ist außerhalb Deutschlands kaum bekannt, und die, die in Deutschland davon wissen, sagen nicht viel darüber.. . In Wirklichkeit aber wäre die Revolution kaum zur rechten Zeit ausgebrochen, wäre sie nicht durch alliierte und amerikanische Intrigenpropaganda und Geld erregt worden. Wir entzündeten in Deutschland das Feuer der Empörung.«[7]

Von demselben Tatbestand sprach Sir Robert BORDEN, der frühere kanadische Ministerpräsident, als er erklärte, daß man in England Anfang 1918 friedensbereit gewesen sei, denn man habe damals noch nicht gewußt, was hinter der deutschen Front vorging, daß dort von den Sozialdemokraten in Gemeinschaft mit französischen Spionen eifrig daran ge-

[7] Thomas M. JOHNSON, *Dunkle Wege Amerikas im Weltkrieg,* Stuttgart 1924, S. 22.

arbeitet wurde, die deutsche Front von hinten aufzurollen, und daß die, die diese landesverräterische Arbeit leisteten, von Frankreich bezahlt wurden.[8]

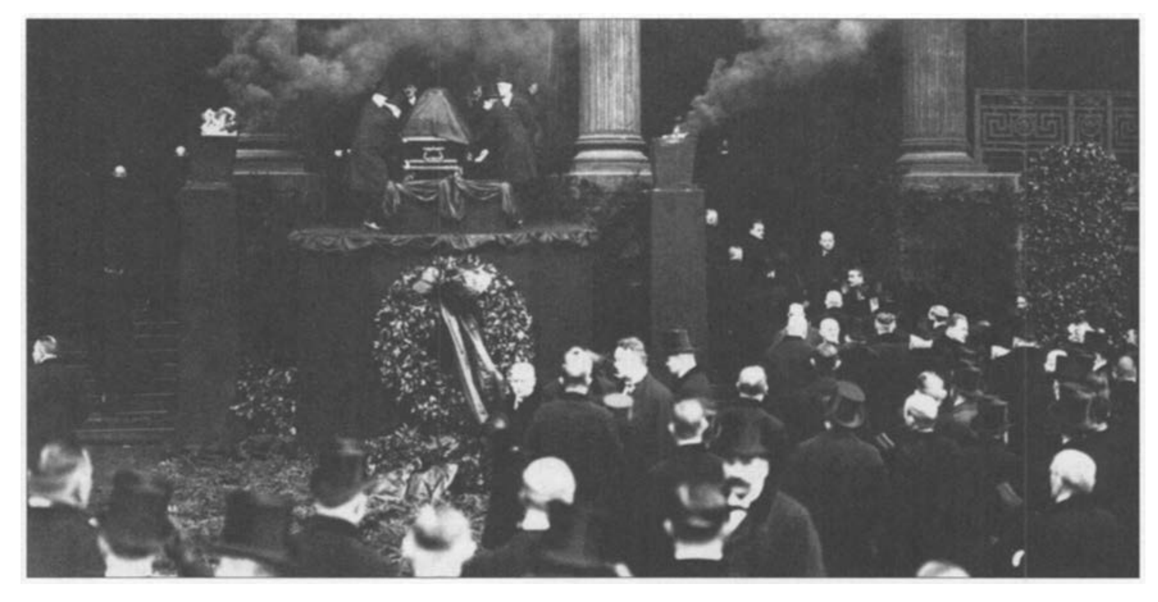
Der schon genannte französische Geheimdienst-Offizier Leutnant Joseph CROZIER hielt sich während des Ersten Weltkriegs sogar mehrere Wochen lang in Berlin auf und konnte dabei in aller Ruhe sein Netz aufbauen. Über seinen Aufenthalt in der deutschen Hauptstadt schrieb er ein Buch,[9] in dem er festhielt: »Die erste Todesstunde des Reichs schlug im Februar 1918, als der Generalstreik in Berlin ausbrach und 300000 Arbeiter sich unter der Fahne der Revolution sammelten, . . Der Hauptorganisator dieses Streiks war der damalige Führer und anerkannte Chef der Sozialdemokratischen Partei«, also Friedrich EBERT (1871—1925). Auch andere erhoben diese Vorwürfe gegen den späteren Reichspräsidenten (1919-1925).

Dieser ließ damals die Schutzbehauptung verbreiten, er habe den Munitionsarbeiterstreik nicht nur nicht gebilligt, sondern sogar versucht, ihn zu verhindern. Diese Frage kam im Dezember 1924 bei einem Prozeß in Magdeburg zur Sprache. Reichspräsident EBERT hatte gegen den völkisch ausgerichteten Schriftsteller Dr. GANSSER geklagt, der ihm am 12. Juni 1922 bei einem Besuch Münchens auf dem Bahnhofsvorplatz das Wort »Vaterlandsverräter« zugerufen hatte. Das Münchener Gericht ließ die von GANSSER vorgelegten Wahrheitsbeweise zu und lud SPD-Fraktionsführer SCHEIDEMANN, den Reichstagsvizepräsidenten DiTTMANN (USDP) und den Altsozialisten Georg LF.DEBOUR (1850-1947) als Zeugen vor. Diese waren keine Freunde EBERTS und hatten schon vorher gegen ihn

[8] ZARNOW, aaO. (Anm. 3), S. 43.

[9] Pierre DFSGRANGES, *in geheimer Mission beim Feinde 1915-18,* Grethlern, leipzig 1930.

Die Trauerfeierlichkeiten für den am 28. Februar 1925 gestorbenen Reichspräsidenten Friedrich EBERT fanden am 4. März 1925 vor dem Potsdamer Bahnhof statt. Der Magdeburger Prozeß wird bestimmt nicht spurlos an EBERT vorübergegangen sein.



ausgesagt. Daraufhin ließ EBFRT seinen Strafantrag zurückziehen, was seine Glaubwürdigkeit sehr erschütterte.

Da GANSSER sein Beweismaterial jedoch in norddeutschen Regionalblättern veröffentlicht hatte, mußte EBF.RT doch gegen ihn klagen. Der amtierende Reichspräsident glaubte sich wegen einer inzwischen erfolgten Änderung in der Strafprozeßordnung in günstigerer Rechtslage. In den Verhandlungen vom 9. bis 23. Dezember 1924 in Magdeburg bestätigten einige der teilweise sich widersprechenden Zeugen indirekt die Anschuldigung GANSSERS. In einem Schreiben an das Gericht stellte der Zeuge Richard MÜLLER fest: »Ich war Vorsitzender der Streikleitung, der auch Herr EBFRT angehörte. . . Herr EBF.RT hat an fünf Sitzungen der Streikleitung teilgenommen und nicht gegen den Streik gesprochen. Wäre schon damals das passiert, was im November 1918 eintrat, hätte sich Herr EBFRT auch damals an die Spitze der Bewegung gestellt.«

Über diese Verhältnisse urteilte ZARNOW wohl zu Recht:» Die Darstellung, die der Zeuge Richard MÜLLER über die Taktik der Herren EBFRT, SCHEIDEMANN und Otto BRAUN (preußischer Ministerpräsident 1920-1933 mit kleinen Unterbrechungen) gegeben hat - die Angstpsychose, sie ist allein glaubhaft. Und diese Angst, von den Wählern abgehängt zu werden, hat ihre Kriegspolitik stärker beeinflußt als die Sorge um den glücklichen Ausgang des Krieges. Diese Angst ist der Rote Faden, der zum 9. November führte, und die schlüssigste Bestätigung der **MüLLERschen** >Theorie< ist, daß auch die Behörden (preußisches Innenministerium, ()berkommando in den Marken und das Berliner Polizeipräsidium) sie vertreten haben. Deren Beamten haben gleichfalls **als** Zeugen ausgesagt.«[10]

[10] ZARNOW, a a O (Anm. 3).

So sagte zum Beispiel der Regierungsrat **HENNING** von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums folgendes aus: »Während des Kriegs haben wir Stimmungsbilder über die Lage hergestellt. Das Stimmungsbild, das wir kurz vor dem Streik den zuständigen Stellen weitergaben, lautete dahin, daß nach unseren Erforschungen die Bewegung nicht verursacht sei durch ErnährungsSchwierigkeiten oder durch Sehnsucht nach Frieden, auch nicht durch Wahlrechtsvorlage, sondern durch geheime Bestrebungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die sich bemühte, den Beschluß der Zimmerwalder und der Kopenhagener Konferenz zu verwirklichen. Der Streik war unserer Ansicht nach lediglich ein parteipolitischer und parteitaktischer. Der Eintritt der SPD war ein taktisches Manöver: Sie fürchtcte, von der USPD an die Wand gedrückt zu werden.«

Der Zeuge Georg LEDEBOUR (USPD) erklärte anklagend vor Gericht: »Dieser Herr EÜFRT, dieser falsche Biedermann, kommt gleichzeitig zu dem revolutionären Republikaner LEDEBOUR, den er bis aufs Blut haßt, und erbietet sich zu einer gemeinschaftlichen Revolution mit uns gegen

seine eigene Regierung, um die Bildung einer gemeinschaftlichen Regierung. ,. Nach meiner Schätzung der deutschen Beamten ist das, was in ihrer Vorstellung alles an Ungeheuerlichkeiten übersteigt: daß ein Minister gegen seine eigene Regierung mit Revolutionären eine Verschwörung einleitet zum Sturz der Monarchie, damit er bei der Beuteverteilung dabei sein kann.«

Das Magdeburger Gericht kam aufgrund derartiger Aussagen zu dem Urteil: »Es mußte somit festgestellt werden, daß der Nebenkläger (EBERT) durch seine Beteiligung an der Streikleitung und durch die einzelnen Handlungen in dieser seiner Stellung, zusammen mit den übrigen Mitgliedern der Streikleitung, objektiv und subjektiv den Tatbestand des § 89 StGB (Landesverrat) verwirklicht hat. Damit war weiterhin festzustellen, daß die Tatsache, die der Angeklagte (GANSSER) behauptet und verbreitet hat, daß nämlich der Nebenkläger durch seine Beteiligung am Berliner Massenstreik im Januar 1918 Landesverrat begangen hat, erweislich wahr ist.« Von diesem Urteil schwer getroffen, starb EBERT bald darauf am 28. 2. 1925 an den Folgen einer Operation.

Zu erwähnen ist noch, daß im ***Vorwärts,*** dem traditionsreichen Parteiblatt der Sozialisten, am 20. Oktober 1918 der linke Funktionär Friedrich STAMPFER schrieb: »Deutschland soll - das ist unser fester Wille als Sozialisten — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben.«

Im April 1924 erschien die Ausgabe der *Süddeutschen Monatshefte* mit dem Titelbild »Der Dolchstoß«, die diesen anklagte. Deswegen zog sich der Herausgeber Nikolaus COSSMANN in München einen Prozeß wegen Geschichtsfälschung zu."[11]





Oben: Süddeutsche Monatshefte, April 1924. *Unten:* Wahlplakat der Deutschnationalen aus dem Jahre 1924.

Abschließend sei noch ein französischer Fachmann, der Heeresreferent in der französischen Deputiertenkammer, Oberstleutnant FABRY, mit seiner Äußerung im Februar 1920 vor den Abgeordneten zitiert: »Bei Kriegsende sahen wir die deutsche Armee in einer Stärke, wie nur irgendeine Armee, mit einem vortrefflichen Material ausgerüstet. Was war nun die Ursache der Niederlage? Sie hatte hinter sich nicht mehr eine in einer einheitlichen Stimmung zusammengeschlossene Nation, den entschlossenen Willen, alle notwendigen Kriegsopfer zu bringen und den Krieg fortzusetzen. Dieser Krieg hat klar bewiesen, daß auch die stärkste Armee keinen Kriegserfolg mehr herbeiführen kann, wenn hinter ihr kein Volk steht, das entschlossen ist und den festen Willen hat zu fechten.«[12]

Damit dürfte durch nachprüfbare und eindeutige in- und ausländische Aussagen hinreichend bewiesen sein, daß der deutsche Zusammenbruch im Herbst 1918 wesentlich mit durch die Bestrebungen der linken Parteien im Innern verursacht wurde und daher das Bild vom Dolchstoß in den Rücken des deutsches Heeres berechtigt ist. Wolfgang Hackert

[11] Arne GROTEFELD, »Der Dolchstoß«, in: *Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung,* Nr. 4, 2004, S. 399, eine ausführliche Darstellung der Vorgeschichte.

ZARNOW, aaO. (Anm. 3), S. 146 f.

Der Boykott der deutschen Sprache nach dem Ersten Weltkrieg

Über die Ursachen des Ersten Weltkrieges ist viel geschrieben worden. Zu einem besonderen, bisher kaum beachteten Punkt, dem alliierten Boykott des Deutschen als Wissenschaftssprache, ist jedoch erstmals mehr als 90 Jahre nach dem damaligen Geschehen von Roswitha REINBOTHE eine ausführliche Monographie erschienen,[1] die ganz neue Erkenntnisse vermittelt und deswegen einer Richtigstellung gleichkommt

Die Sprachwissenschaftlerin geht in dieser Habilitationsschrift der Universität Duisburg-Essen aus dem Jahre 2006 zunächst der großen Bedeutung des Deutschen als Wissenschaftssprache im 19, Jahrhundert nach und zeigt deren führenden Stellenwert für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg auf. Insbesondere weist sie auf die Menge der wissenschafdichen Zeitschriften in deutscher Sprache, die Zahl und das Ansehen der deutschen Akademien und die zahlreichen internationalen Vereinigungen mit Sitz im Deutschen Reich hin. Viele Ausländer veröffentlichten damals in deutschen Zeitschriften in deutscher Sprache. Vor allem für die Astronomie, die Erdmessung, Seismologie, Geographie und Chemie wird die führende deutsche Stellung materialreich belegt. Auf internationalen Tagungen und in überstaatlichen Wissenschaftsvereinigungen galten Französisch, Englisch und Deutsch als die drei gängigen und gleichberechtigten Wissenschaftssprachen.

Doch schon vor dem Ersten Weltkrieg traten in Frankreich und England einflußreiche Stimmen auf, die die deutsche Sprachvorherrschaft in einigen Fachbereichen kritisierten, auf die politischen Folgen derselben hinwiesen und eine Beschränkung des Deutschen im Wissenschaftsbereich forderten.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges gewannen diese Bestrebungen an Einfluß, insbesondere, als viele deutsche Wissenschaftler sich hinter die Politik der Reichsregierung stellten, etwa in dem Aufruf »An die Kulturwelt« von 93 Forschern, der am 4. Oktober 1914 in deutschen Zeitungen veröffentlicht wurde.- So gab der britische Chemienobelpreisträger (1904) William RAMSAY kurz darauf[3] eine Gegenerklärung ab. Nach

[1] Roswitha REINBOTHE, *Deutsch als internationale Wissenschaftssprache und der Boykott nach dem Ersten Weltkrieg,* Peter Lang, Frankfurt 2006.

[2] In Auszügen zitiert ebenda, S. 97. Die Verfasserin geht von der Kriegsschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg aus-der einzige größere Nachteil des Buches.

[3] William RAMSAY, »Germany's Aims and Ambitions« (Deutschlands Ziele und Bestrebungen), in: *Nature,* 8. 10. 1914.

seiner Ansicht gehe es um einen »Krieg der Humanität gegen Inhumanität. . . des Rechtes gegen Unrecht« *(»of right against wrong«),* die - von der britischen Kriegspropaganda erfundenen, wie sich später herausstellte - Greueltaten der Deutschen in Belgien und Frankreich seien ein Rückfall Deutschlands in die Barbarei *(»relapsing into barbarism«).* Deren Ursache sei der autoritäre »teutonische Charakter« und das Weltmachtstreben der Deutschen. »Ihr Ideal. .. ist, die Weltvorherrschaft für ihre Rasse zu sichern. ,. Deutschland über Alles in der Welte Deswegen der Krieg.« Unter dem Leitwort »Niemals wieder« müßten die Alliierten alles tun, um diesen gefährlichen deutschen Despotismus, der wie ein Krebsgeschwür sich in die Moral der deutschen Nation eingefressen habe, ein für allemal zu vernichten.[4]

Knapp ein Jahr später forderte er den Ausschluß der deutschen Wissenschaftler von internationalen Tagungen: »Internationale Versammlungen zu wissenschaftlichen Zwecken werden ganz sicher auch künftig stattfinden, aber nur unter der Bedingung, daß deutsche und österreichische Vertreter ausgeschlossen werden.«[5]

Und so kam es dann auch. Franzosen und Engländer setzten sich, teilweise gegen den Widerspruch aus neutralen Ländern, durch: »Nach dem Ersten Weltkrieg verhängten die alliierten Akademien der Wissenschaften gegen Deutschland und die mit ihm verbündeten Länder einen Wissenschaftsboykott. Eng verknüpft damit war ein Boykott gegen Deutsch als internationale Wissenschaftssprache. Aus internationalen Wissenschaftsverbänden wurden die deutschen und österreichischen Wissenschaftler und mit ihnen die deutsche Sprache ausgeschlossen. Die Folge davon war ein Statusverlust und Rückgang des Deutschen als internationale Wissenschafts spräche.«[6]

Schon während des Krieges hatten einige Akademien und wissenschaftliche Gesellschaften den Ausschluß ihrer deutschen Mitglieder beschlossen." 1917 forderte der französische Mathematiker und Sekretär der Académie des Sciences in Paris, Emile PICARD, die Auflösung der alten internationalen Vereinigungen und die Gründung neuer ohne deutsche Beteiligung."

Schon während des Krieges wurden dazu die ersten Schritte unternommen, die zu einer interalliierten Konferenz der Akademien der Wissenschaften vom 9. bis 11. Oktober 1918 in London sowie vom 26. bis 29. November 1918 in Paris führten. Diese beschlossen insbesondere

[4] REINBOTHE, aaO. (Anm. 1), S. 101.
[5] Zitiert ebenda, S. 102, aus: *Süddeutsche Monatshefte,* August 1915, S. 829.
[6] Ebenda, S.U.
[7] Ebenda, S. 107.
[B] Ebenda, S. 129.

den Aufbau neuer internationaler Fachunionen der Astronomie, Geophysik und Chemie - früher deutsche Domänen —, bei denen die Deutschen nun ausgeschlossen waren. Die Gründung dieser Fachunionen und des Internationalen Forschungsrates (>Conseil international de recherches<) fand auf der alliierten Wissenschaftskonferenz vom 18. bis 28. Juli 1919 in Brüssel statt, zu der nicht einmal neutrale Staaten eingeladen waren. Die Statuten des Forschungsrats, die den Ausschluß der Deutschen und mit diesen verbündet gewesener Staaten vorsahen, sollten mindesten bis Ende 1931 reichen.[1'] Als amtliche Sprachen waren Französisch und Englisch vorgesehen, Deutsch war verboten.

' REINBOTHE, aaO. (Anm. 1), ebenda, S. 143.

[10] Ebenda, S. 176.

Dazu kam eine »Ächtung der deutschsprachigen Fachpublikationen«.[1"] In den USA wurden sogar deutsche Fachbücher verbrannt. Die angesehene Fachzeitschrift *Science* stellte am 20. Dezember 1918 fest: »In Buße verbrennen wir nun unsere deutschen Bücher und vermeiden eifrig, irgend etwas in dieser Sprache zu lesen. Wir sind überrascht zu bemerken, wie gut wir ohne irgend etwas in dieser Sprache auskommen können und für wie wenig wir in Wirklichkeit dieser Sprache verpflichtet sind.«

[11] Ebenda, S. 194.

»An den 14 internationalen (wissenschaftlichen) Kongressen des Jahres 1919 nahmen überhaupt keine deutschen Wissenschaftler teil.«[11] Noch 1925 wurden auf 34 von 52 internationalen wissenschaftlichen Tagungen der Alliierten die Deutschen ausgeschlossen. Bis 1926 waren deutsche Teilnehmer selbst von den internationalen Tuberkulosekonferenzen verbannt. Erst ab 1927 konnten sich gemäßigtere Stimmen in den alliierten Ländern durchsetzen, und der Boykott wurde langsam aufgegeben.

Das Ergebnis dieser Entwicklung war ein wesentlicher Rückgang der Bedeutung des Deutschen als Wissenschaftssprache, Englisch und Französisch gaben in Zukunft den Ton an, auch in den vor dem Ersten Weltkrieg von Deutschen angeführten Fachbereichen. Während noch 1915 in den USA 24,4 Prozent der Schüler an den öffentlichen High-Schools Deutsch lernten, waren es 1922 nur noch 0,7 Prozent.[12]

Abschließend stellt REINBOTHE fest: »Mit Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg, dem Vertrag von Versailles, der Errichtung des Völkerbunds und zentraler internationaler Wissenschaftsorganisationen hatten sich die Machtverhältnisse grundlegend verschoben. Das spiegelt sich im internationalen Status der Sprachen wider: Französisch und Englisch waren die Sprachen des Versailler Vertrags, des Völkerbunds und der von den Alliierten neu gegründeten internationalen Wissenschaftsverbände. Deutsch verlor seine vormals privilegierte Stellung als dritte offizielle Sprache im internationalen Wissenschaftsbetrieb.«[13]

[12] Ebenda, S. 204.

[13] Ebenda, S. 445.

Der Zweite Weltkrieg mit der Zerschlagung des Deutschen Reiches setzte diese Entwicklung fort.

Rolf Kosiek

Sowjetische Vertragsbrüche

Dem deutschen Kaiser WILHELM II. wurde in Artikel 227 des Versailler Diktats 1919 »schwerste Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge« vorgeworfen, was jedoch nicht bewiesen werden konnte, da es nicht zutraf. Dagegen haben andere Staaten oft Verträge gebrochen. Den Rekord hält wohl die Sowjetunion, von der man mit einigem Recht behaupten kann, daß es nur wenige internationale Verträge gibt, an denen sie beteiligt war und die sie nicht gebrochen hat. Da das wenig bekannt ist und meist verschwiegen wird, sei an folgende Fälle erinnert:

1. Am 3. März 1918 erkannte die kommunistische Moskauer Regierung im Frieden von Brest-Litowsk die Unabhängigkeit der am 22. Januar 1918 für selbständig erklärten Ukraine an. Am 20. Dezember 1918 - weniger als ein Jahr später - überfielen die Bolschewisten die Ukraine, besetzten sie und gliederten sie der Sowjetunion ein.

2. Am 2. Februar 1920 schloß die Sowjetunion Frieden mit Esdand und erkannte dessen Unabhängigkeit an. Am 26. Juni 1940 marschierte nach einem Ultimatum die Rote Armee in Esdand ein, das am 6. August 1940 der Sowjetunion einverleibt wurde.

3. Am 11. August 1920 erkannte Rußland im Frieden von Riga das unabhängige Lettland an. Am 17. Juni 1940 wurde Letdand von sowjetischen Truppen besetzt und am 5. August 1940 der Sowjetunion einverleibt.

4. Am 12. 7.1920 erkannte Moskau die Unabhängigkeit Litauens an. Am 21, Juli 1940 wurde nach Einmarsch der Roten Armee die Sowjetrepublik Litauen ausgerufen, die am 3. August 1940 der Sowjetunion angegliedert wurde.

5. Am 18. März 1928 schloß Moskau mit Polen einen Vertrag, in dem die polnische Ostgrenze nach dem polnisch-russischen Krieg von 1921 festgelegt wurde. Am 17. September 1939 marschierte die Rote Armee im östlichen Polen ein und besetzte das Gebiet östlich der Curzon-Linie.

6. Am 9. Juni 1934 hat Moskau die Unabhängigkeit Rumäniens anerkannt. Am 26, Juni 1940 forderte Moskau in einem Ultimatum die Abtretung eines Teil Rumäniens, Bessarabiens und der Nordbukowina, besetzte und annektierte die Landschaften.

7. Am 6. Februar 1934 hat die Sowjetunion die Unabhängigkeit Ungarns anerkannt. Im November 1956 hat sie mit ihren einmarschierenden Truppen den freiheitlichen Aufstand der Ungarn niedergeschlagen,

Einer der zahlreichen Vertragsbrüche der Sowjetunion: Am frühen Morgen des 4. November 1956 greifen rund 1000 sowjetische Panzer, unterstützt von zahlreichen Bombern, Budapest an.



deren Anführer — trotz Zusicherung freien Geleits nach Moskau — in Rußland ermordet und eine kommunistische Regierung eingesetzt.

8. Am 13. April 1941 schloß die Sowjetunion in Moskau mit Japan einen Nichtangriffspakt auf fünf Jahre mit Anerkennung der Unantastbarkeit des jeweiligen Landes. Kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges in Ostasien, am 8. August 1945, als Tokio schon kapitulationsbereit war, erklärte Moskau Japan den Krieg und raubte ihm Gebiete wie die Kurilen, Der Nichtangriffspakt war zwar von Stalin am 5. April 1945 gekündigt worden, lief aber noch ein Jahr weiter bis April 1946.

9. Am 21. Juli 1954 unterzeichnete Moskau in Genf einen Vertrag, der es untersagte, fremde Truppen und Waffen nach Vietnam zu senden. Seit 1955 verstieß die Sowjetunion offen dagegen,

10. Am 3. August 1968 unterzeichnete Moskau in Preßburg eine Erklärung, wonach der Tschechoslowakei die Unabhängigkeit garantiert wurde. Schon kurz darauf, am 20./21. August 1968, marschierten sowjetische Truppen in die Tschechoslowakei ein, besetzten das Land, setzten die Reformregierung ab und eine Moskau hörige ein.

11. Daneben verletzten die Sowjets mit ihren Völker und Staaten mißachtenden Handlungen unter anderen auch folgende internationale Verträge und Erklärungen: den Kellog-Pakt vom 27. August 1928 (Verzicht auf Krieg durch friedliche Vereinbarungen), die Atlantik-Charta vom 12. August 1941 (Freiheiten für die Völker), die UNO-Charta (Vereinte Nationen) vom 24. Oktober 1945.

Rolf Kosiek

Sowjets bereiten schon 1918 das Prinzip der >verbrannten Erde< vor

Der deutschen Wehrmacht wurde und wird vorgeworfen, zum Beispiel von der HEER-REEMTSMAschen Wehrmachtausstellung, im Ostfeldzug schon ab 1941 das Prinzip der verbrannten Erde< angewandt zu haben. Die Sowjets hätten dagegen diese Methode erst später durchgeführt.

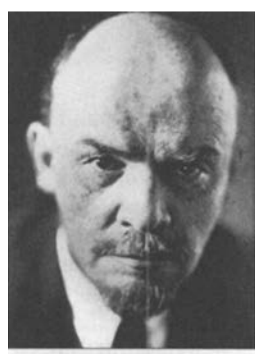
Das ist aber falsch. Tatsache ist, daß Moskau diese in der Haager Landkriegsordnung verbotene Kriegführung bereits zu einer Zeit vorbereitet hat, als in Deutschland niemand daran dachte und von HITLER noch gar keine Rede war. Denn schon im Sommer 1918, kurz nachdem die Bolschewisten in Rußland an die Macht gekommen waren, gaben als deren führende Persönlichkeiten LENIN und SWERDLOW die folgende Verordnung heraus:[1]

[1] Wladimir Iljitsch LENIN, *Ausgewählte Werke,* Band II, Dietz, Berlin 1954, S. 403 f.; *Prawda,* Nr. 54, 23. 2.1942.

> »Was bei einem Überfall des Feindes auf die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, die ihren festen Friedenswillen bewiesen hat, unternommen werden muß.
>
> (Direktive an alle Ortssowjets und die gesamte Bevölkerung)
>
> In der Ukraine ist es mehr als einmal vorgekommen, daß die Bauern und Arbeiter sich dem Abtransport oder der Vernichtung des Hab und Guts widersetzten, in der Hoffnung, es für sich wahren zu können. Sie wurden hart gestraft. Die Eindringlinge beschlagnahmten alles: Getreide, Vieh, Kohle, Metall, Maschinen, und führten es nach Deutschland aus. Das Beispiel der Ukraine sollte für ganz Rußland eine schreckliche Lehre sein. Deshalb ist die ördiche Bevölkerung, wenn der Feind zur Offensive überzugehen versucht, verpflichtet, unter Leitung der örtlichen Sowjets folgenden Befehl aufs strengste zu befolgen:

Das Prinzip der verbrannten Erde< wurde vor dem I lintergrund der Auseinandersetzung zwischen Bolschewisten und Weißrussen erörtert. Hier werden Petrograder Arbeiter zur Verteidigung der von weiß russischen Truppen bedrohten Stadt Anfang Oktober 1919 militärisch ausgebildet.







Von oben: W. LENIN und I. SWERDLOW,

In erster Linie sind alle Heeresvorräte fortzuschaffen. Alles, was nicht fortgeschafft wird, muß in Brand gesteckt oder gesprengt werden.

Korn und Mehl sind fortzuschaffen oder zu vergraben. Was nicht vergraben werden kann, ist zu vernichten.

Das Vieh ist fortzutreiben,

Maschinen sind als ganzes oder in Teile zerlegt wegzuschaffen.

Was nicht abtransportiert werden kann, muß zerstört werden. Nicht abtransportierte Metalle sind zu vergraben, Lokomotiven und Waggons sind fortzuleiten. Die Schienen sind aufzureißen.

Die Brücken sind zu minieren und zu sprengen.

Die im Rücken des Feindes liegenden Wälder und Saaten sind in Brand zu stecken.

Mit allen Kräften und Mitteln ist der Vormarsch des Feindes zu erschweren. Hinterhalte sind zu legen. Schußwaffen und blanke Waffen sind zur Anwendung zu bringen.

Das eigene Hinterland ist zu sichern. Und zu diesem Zweck sind alle Spione, Provokateure, Weißgardisten, konterrevolutionäre Verräter, die den Feind direkt oder indirekt unterstützen, samt und sonders auszurotten.

(2. Juni 1918)

Vorsitzender des Allrussischen Zentralexekutivkomitees I. SWERDLOW

Rat der Volkskommissare Vorsitzender des Rates der Volkskommissare W. UIJANOW (LENIN)«

Nach diesem Prinzip handelten die Sowjets auch schon seit Beginn des Zweiten Weltkrieges bei ihrem Rückzug vor der deutschen Wehrmacht im Sommer 1941 ohne Rücksicht auf ihr eigenes Land und dessen Bevölkerung. Die sowjetische Durchführung dieses Prinzips war mit eine der Ursachen für den Nahrungsmangel in dem deutschbesetzten Teil der Sowjetunion und bei den russischen Kriegsgefangenen in den deutschen Lagern im Herbst 1941.

Bereits am 29. Juni 1941 war durch eine Verordnung des Zentralkomitees und des Rates der Volkskommissare die Politik der »verbrannten Erde< für die sowjetischen Streitkräfte ausdrücklich eingeführt worden, und am 3. Juli 1941 verfügte STALIN sie erneut in einer Rede vor den Partei- und Staatsorganen.[2]

Eine besondere Art der »verbrannten Erde< übten die Sowjets aus, indem sie in manchen der vor den Deutschen geräumten Städten viele Minen mit Zeitzünder legten, so daß die Zerstörung erst nach dem Einmarsch der Wehrmacht erfolgte und viele deutsche Soldaten mit in den

[2] Andreas NAUMANN, *Freispruch für die deutsche Wehrmacht. Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüfstand,* Grabert, Tübingen 2005, S. 334.



Die Taktik der »verbrannten Erde«. Haus und Hof wurden in Brand gesetzt, bevor die Landbevölkerung Richtung Osten zog.

Tod riß. Das verheerendste Beispiel dafür lieferte die ukrainische Hauptstadt Kiew, die am 19. September 1941 von deutschen Streitkräften erobert worden war. Fünf Tage später wurde die gesamte historische Innenstadt durch vorher verlegte sowjetische Minen gesprengt und vom 24. bis 29. September 1941 in Brand gesetzt wurde, obwohl es noch gelungen war, rund 10000 Minen zu entschärfen. Insbesondere wurde dabei das Etappenkommando der 6. deutschen Armee im Hotel Continental in die Luft gesprengt. Viele Todesopfer unter Soldaten und Zivilisten - man sprach von 3000 - waren zu beklagen, rund 50000 Einheimische[3] wurden obdachlos.[4]

Als Repressalie für diese Sprengungen wurden dann Erschießungen bei Babi Jar durchgeführt.[5]

Übrigens sprengten die 1940 sich aus Straßburg zurückziehenden Franzosen sämtliche 24 Eisenbahnbrücken und viele Straßenbrücken der Stadt nach vorangegangener Evakuierung der Bevölkerung. Die Brücken wurden von den einziehenden Deutschen sofort wieder aufgebaut.[6]

Rolf Kosiek

[5] NAUMANN, ebenda, S. 582 f.

[4] Siehe Beitrag Nr. 572, »Machte die Wehrmacht Rußland dem Erdboden gleich?«

[5] Siehe Beitrag, Nr. 582, »Babij Jar«.

[f'] R. TRÖGER, »Wie es in Straßburg war«, Leserbrief in: *National-Zeitung*, 18. 5. 2007.

Alliierte wollten keine Abrüstung nach 1918

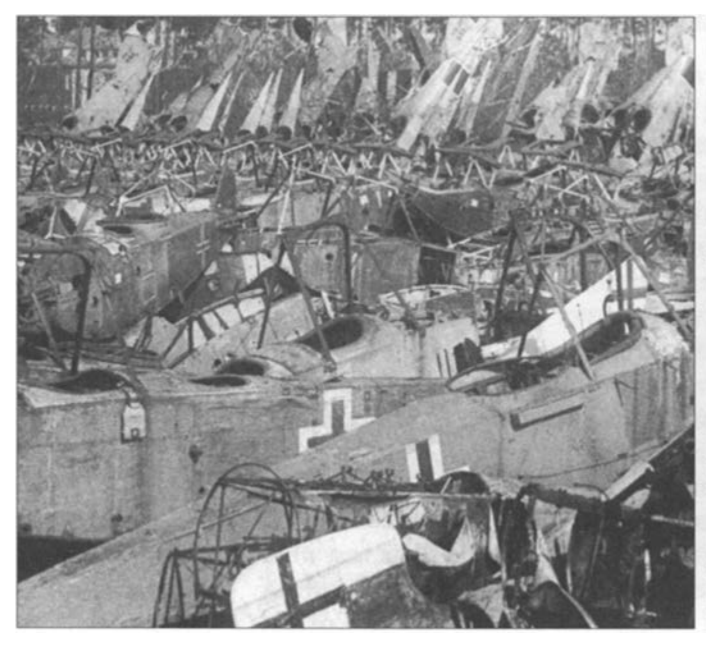
Nachdem schon in den Jahren 1899 und 1907 auf den Friedenskonferenzen in Den Haag Fragen der internationalen Abrüstung, wenn auch praktisch ergebnislos, verhandelt worden waren, wurde in Artikel 8 des Versailler Diktats von den Alliierten eine allgemeine Abrüstung vereinbart. Es heißt im I. Teil über den Völkerbundrat dort: »Die Mitglieder des Bundes erkennen an, daß die Aufrechterhaltung des Friedens es nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch ein gemeinsames Handeln auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar ist. Der Rat bereitet unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Umstände jedes Staates die Pläne für diese Abrüstung zum Zwecke einer Prüfung und Entscheidung durch die verschiedenen Regierungen vor. Diese Pläne müssen von neuem geprüft und (soweit erforderlich) mindestens alle zehn Jahre revidiert werden. . .«[1]

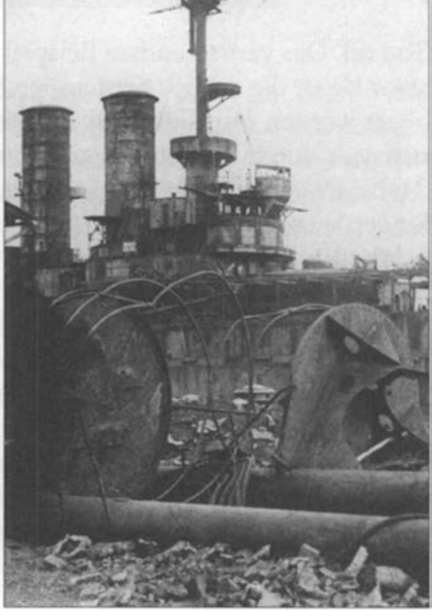
In der Einleitung zum V. Teil »Bestimmungen über die Land-, See- und Luftstreitkräfte« des Diktats heißt es vor Artikel 159: »Um den Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen zu erreichen, verpflichtet sich Deutschland zur genauen Befolgung nachstehender Bestimmungen über die Land-, See- und Luftstreitkräfte.«[2] Dann

[1] *Der Friedensvertrag von Versailles,* Reimar Hobbing, Berlin 1919, S. 6.

[2] Ebenda, S.80.

Das Versailler Diktat befahl eine umfassende Abrüstung der deutschen Luftwaffe und Kriegsmarine.





folgen die ganzen Beschränkungen für das Reich, die von diesem erfüllt und von den Alliierten in Deutschland geprüft wurden.

Dennoch rüsteten diese jedoch selbst nicht ab, sondern verstärkten ihre Streitkräfte, insbesondere Frankreich, England und die USA.

Erst Jahre später, ab 1926, tagte ein Vorbereitender Ausschuß des Völkerbunds zur Abrüstungskonferenz, der bis 1930 praktisch ohne Ergebnis blieb, imjahre 1926 wurde das Deutsche Reich in den Völkerbund aufgenommen. Der *Große Brockhaus* urteilt über die Arbeit des Ausschusses: »Die seit 1926 arbeitende vorbereitende Abrüstungskommission stand im Zeichen des französischen Strebens nach Sicherheit.«[3] Erst am 2, Februar 1932 trat die Abrüstungskonferenz zum ersten Male in Genf unter dem Vorsitz des Engländers HENDERSON zusammen. An der Eröffnung nahm der deutsche Reichskanzler Heinrich BRÜNING teil. Deutscher Vertreter an der Konferenz war NADOLNY. Für die NSDAP wurden General VON EPP und Oberst HASELMAYR als Beobachter nach Genf gesandt. Aber erst am 11. Dezember 1932 wurde formal die deutsche Gleichberechtigung in der Konferenz anerkannt.



»Nie wieder Krieg!« Im Zusammenhang mit ihrer Lithographie aus dem Jahre 1924 meinte Käthe KOLLWITZ: »Wenn ich mich mitarbeiten weiß in einer internationalen Gemeinschaft gegen den Krieg, hab' ich ein warmes, durchströmendes und befriedigendes Gefühl... Ich bin einverstanden damit, daß meine Kunst Zwecke hat.«

Ein weiteres Mal wurde die Konferenz zum 2. Februar 1933 zusammengerufen, brachte aber wieder keine Ergebnisse in der Abrüstungsfrage zustande. In seiner Rede am 17. Mai 1933 stimmte HITLER ausdrücklich einem britischen Vorschlag zur Abrüstung zu. Am 15. Juli 1933 schlossen Frankreich, Großbritannien, Italien und das Reich auf MUSSOLINIS Anregung vom März 1933 einen Viererpakt zur Sicherung des Friedens und zur Beschleunigung der Genfer Abrüstungsverhandlungen, der jedoch keine Bedeutung erlangte. Da Frankreich weiterhin Vereinbarungen zur Abrüstung blockierte, verließen am 14. Oktober 1933 die deutschen Vertreter die Genfer Abrüstungskonferenz. Am 19. Oktober 1933 trat das Deutsche Reich nach anderen Ländern wie Japan aus dem Völkerbund aus. Es versuchte dann, zwischenstaatliche Abrüstungsvereinbarungen zu erreichen, wie das deutsch-britische Flottenabkommen aus dem Jahre 1935.

Die Abrüstungskonferenz tagte noch bis 1935, ohne jedoch eine Auswirkung zu haben, da vor allem Frankreich sich gegen jede Abrüstung wandte und inzwischen schon kräftig, wie auch die anderen Alliierten, wieder aufrüstete.

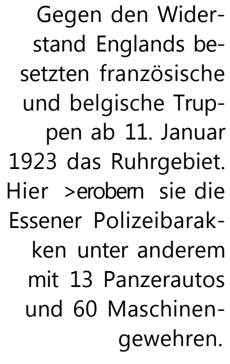
Rolf Kosiek

[3] *Der Große Brockhaus in zwölf Bänden,* Wiesbaden 1952, Bd. 1,S. 28.

Aufruf zur Volksgemeinschaft gegen Ruhrbesetzung 1923

Nach dem Ersten Weltkrieg waren sich alle deutschen Regierungen der Weimarer Zeit in der Ablehnung der Versailler Knebelungen einig, insbesondere gegen den Schuldparagraphen 231 des Versailler Diktats. Gegen die unerfüllbaren Erpressungen und die willkürlichen alliierten Übergriffe wurde von den sozialdemokratischen Regierungen die deutsche Volksgemeinschaft mobilisiert. In dieser nationalen Haltung unterschied sich die Weimarer Demokratie wesentlich von der der Bundesre-





Gegen den Widerstand Englands besetzten französische und belgische Truppen ab 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet. Hier >erobem sie die Essener Polizeibaracken unter anderem mit 13 Panzerautos und 60 Maschinengewehren.

publik nach 1949, die nur allzu schnell den Wünschen der Alliierten und vor allem der Umerziehung durch die Sieger entgegenkam, die angebliche Kriegsschuld Deutschlands anerkannte und ab den sechziger Jahren auch den unnötigen Verzicht auf völkerrechtlich und historisch unbezweifelbar deutsches Land verübte.

Als ein Beispiel für diese heute oft verdrängte nationale Haltung der Weimarer Zeit sei der »Aufruf an das deutsche Volk« vom 26. September 1923 angeführt, als der »Kampf an der Ruhr« gegen die am 11. Januar 1923 einmarschierte französische und belgische Besatzungsmacht aufgegeben werden mußte.

Rolf Kosiek

An das deutsche Volk!

Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrückungen zu erleiden. Ueber 180 000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet.

Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen; Hunderte schmachten noch in den Gefängnissen.

Gegen die Unrechtmäßigkeit des Einbruches erhoben sich Rechtsgefühl und vaterländische Gesinnung. Die Bevölkerung weigerte sich, unter fremden Bajonetten zu arbeiten.

Für diese dem deutschen Reiche in schwerster Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk.

Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichten die Unterstützungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3500 Billionen Mark; in der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die einzige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebiets hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist zerrüttet.

Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß bei Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird.

Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden. Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der **bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen.** Wir wissen, daß wir damit von den Bewohnern der besetzten Gebiete noch größere seelische Opfer als bisher verlangen.

Heroisch war ihr Kampf; beispiellos ihre Selbstbeherrschung.

Wir werden niemals vergessen, was diejenigen erlitten, die im besetzten Gebiet duldeten. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen aufgaben, die lieber die Heimat verließen, als dem Vaterland die Treue zu brechen.

Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Verstoßenen zurückkehren, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung.

Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen steht der Kampf für diese elementaren Menschenrechte.

Deutschland hat sich bereit erklärt, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit der deutschen Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen.

Diese Freiheit ist uns aber kein Objekt für Verhandlungen oder Tauschgeschäfte.

Reichspräsident und Reichsregierung versichern hierdurch feierlichst vor dem deutschen Volke und vor der ganzen Welt, daß sie sich zu keinen Abmachungen verstehen werden, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom Deutschen Reiche loslöst.

In der Hand der Einbruchsmächte und ihrer Verbündeten liegt es, ob sie durch Anerkennung dieser Auffassung Deutschland den **Frieden wiedergeben** oder mit der Verweigerung dieses Friedens alle die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen.

Das deutsche Volk fordern wir auf, in den bevorstehenden Zeiten härtester seelischer Prüfung und materieller Not treu zusammenzustehen. Nur so werden wir alle Absichten auf Zertrümmerung des Reiches zunichte machen; nur so werden wir der Nation Ehre und Leben erhalten; nur so ihr die Freiheit wiedergewinnen, die unser unveräußerliches Recht ist.

Berlin, den 26. September 1923.

Der Reichspräsident:

gez. Ebert.

Die Reichsregierung:

Dr. Stresemann. Schmidt. Dr. Geßler. Dr. Brauns. v. Raumer. Dr. Radbruch.
Oeser. Dr. Luther. Sollmann. Dr. Hilferding. Fuchs. Dr. Hoefle.

Die Thule-Gesellschaft -
das >magische Zentrum< des Nationalsozialismus?

Der Nationalsozialismus gehört heute zweifellos zu den am besten erforschten Epochen der deutschen Geschichte. Schon lange vor dem Sieg des alliierten Bündnisses über das Dritte Reich stellten sich zahlreiche Autoren die Frage, wie sich die HiTLER-Bewegung in Deutschland durchsetzen konnte, welche Ideen und Umstände ihr den Weg zum Erfolg ebneten. Im Nachkriegs-Deutschland rückte die »Vorgeschichte« des Nationalsozialismus — besonders im Zuge der ausufernden »Vergangenheitsbewältigung« - mehr und mehr ins Blickfeld. Damit sich dieses Verhängnis nicht wiederhole, sollten seine Ursachen offengelegt werden. Neben zahlreichen Erklärungsansätzen aus der historischen Sozialforschung, der Mentalitätsgeschichte und der Psychologie wurden zunehmend auch »okkulte« Wurzeln des Nationalsozialismus freigelegt. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Thule-Gesellschaft,[1]

Unter dem Begriff »okkult« sind hier zunächst die im Verborgenen wirkenden Gruppen - also die zahlreichen Geheimbünde und geheimen Gesellschaften — zu verstehen, im weiteren Sinne aber auch geistige Traditionen und Lehren, »Geheimwissen<, bis hin zur Berufung auf übersinnliche Kräfte und Mächte. Hier gibt es Überlappungen mit dem heute gebräuchlicheren, doch ebenso unscharfen Begriff »esoterisch«. Über lange Zeit hinweg waren es fast ausschließlich Autoren außerhalb der Geschichtswissenschaft, die einen okkulten Hintergrund derNS-Bewegung

[1] Das hier nur im Überblick behandelte Thema wird ausführlich dargestellt in: Detlev ROSE, *Die Thule-Gesellschaft. Legende, Mythos, Wirklichkeit, Grabert,* Tübingen ^{2}2000,^{3}2008.



Briefbogen der Thule-Gesellschaft im Jahre 1918 mit dem Wahrzeichen: das Hakenkreuz mit gebogenem Haken und das blanke Schwert.

behaupteten und damit ein Thema besetzten, das die Historiker naserümpfend übergingen. So fiel es ersteren leicht, eine neue Mythologie in die Welt zu setzen und diese als die eigentliche, die wahre Geschichte des Nationalsozialismus zu verkaufen.[2]

In der Darstellung dieser Legendenfabrikanten ist die Thule-Gesellschaft das »magische Zentrum< des Nationalsozialismus, eine Art geheimer Macht- und Schaltzentrale, die HITLER und die NS-Führung von Anfang an beeinflußt und gesteuert hat - von der Entstehungsphase bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches. Diese These tritt freilich in zahlreichen Variationen auf. Zuweilen wird der Einfluß nur für eine bestimmte Phase in der Geschichte der NS-Bewegung festgestellt. Einige Verfasser sehen die Thule-Gesellschaft als die einzig entscheidende Hintergrundmacht des Nationalsozialismus an, bei anderen ist sie nur Teil eines Netzwerkes verschiedener okkulter Gruppen und Verbindungen, deren Ursprünge teilweise in entfernte Zeiten und zu endegenen Orten führen. Sie wirkte angeblich nicht nur als organisatorischer Rahmen der okkult Eingeweihten, sondern diente als unmittelbare Verbindungsstelle zu übernatürlichen Mächten oder zu »geheimen Oberen< und »Meistern<, denen wiederum geheimes Wissen, außergewöhnliche Fähigkeiten und aus dem okkulten Bereich geschöpfte Kräfte zugeschrieben wurden. Einige weniger esoterisch geprägte Darstellungen sehen die Thule-Gesellschaft als eine konspirative Agentur durchaus weltlicher Mächte, wie zum Beispiel der »internationalen Freimaurerei<, an.

Um den NS-Okkult-Mythos glaubwürdig erscheinen zu lassen, wird zumindest ansatzweise versucht, einen »roten Faden< zu konstruieren. Sein Ausgangspunkt ist, daß die Thule-Gesellschaft ein okkulter Orden war, mindestens aber ein Tarngebilde für eine Gruppe von »Eingeweihten<. Zentrale Bedeutung in der Einflußnahme auf HITLER und die NSDAP habe zunächst der Thule-Vorsitzende Rudolf VON SEBOTTENDORFF (ge-

[2] Unter den zahlreichen Veröffentlichungen dieses Genres seien exemplarisch genannt: Louis PAUWELS u. Jacques BERGIER, *Aufbruch ins dritte Jahrtausend. Von der Zukunft der phantastischen Vernunft*, Bern-Stuttgart 1962; Trevor RAVENSCROFT, *Der Speer des Schicksals. Das Symbol für dämonische Kräfte von Christus bis Hitler,* Zug 1974 (spätere Neuauflagen); Jan VAN HELSING (Jan Udo HOLEY), *Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert,* Rhede (Ems) 1993; F. R. CARMIN, *Das Schwarze Reich,* Berlin 2006. (Diese Ausgabe ist laut Verlagsangaben eine aktualisierte Neuauflage des ursprünglich 1994 erschienenen Buches. Tatsächlich sind die Passagen, die sich mit der Okkultgeschichte des NS befassen, sogar weitgehend inhaltsgleich mit einem Frühwerk des Autors, nämlich: *Guru Hitler. Die Geburt des Nationalsozialismus aus dem Geiste von Mystik und Magie,* Zürich 1985. Die während der letzten 20 Jahre zum Thema erschienenen Forschungsergebnisse hat CARMIN überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.)

boren 1875 als Adam Alfred Rudolf GLAUER) gehabt, auf ihn folgte der völkische Dichter Dietrich ECKART, nach dessen Tod 1923 schließlich der Geopolitiker Professor Karl HAUSHOFER. Im Dritten Reich habe sich das Wirken der Thule dann in die SS und insbesondere in das Forschungsamt Ahnenerbe verlagert[1].

Welche Anhaltspunkte gibt nun die belegbare Realgeschichte für den NS-Okkult-Mythos her? Als harmlose Studien- und Forschungsgemeinschaft »Thüle-Gesellschaft« hatten sich 1918/19 die bayerischen Mitglieder des >Germanenordensi getarnt. Dieser Orden war bereits vor dem Ersten Weltkrieg als diskrete >Schwesterorganisation< des Reichshammerbundes gegründet worden, im dem sich die Leserkreise der judenfeindlichen, von Theodor FRJTSCH gegründeten Zeitschrift *Hammer* zusammengefunden hatten. Der Germanenorden lehnte sich organisatorisch an die Freimaurerei an, war aber ohne Wenn und Aber von völkischem Gedankengut erfüllt.



Rudolf VON SEBOTTENDORFF (Adam Alfred Rudolf GLAUER, 1875-1945), der Gründer der Thüle-Gesellschaft, hatte ein bewegtes Leben: Er war unter anderem türkischer Staatsbürger und Mitglied einer türkischen Freimaurerloge. Sein Ausspruch »Thule-Leute waren es, zu denen HITLER zuerst kam, und Thule-Leute waren es, die sich mit HITLER zuerst verbanden« nährte den sogenannten >Thule-Mythos<.

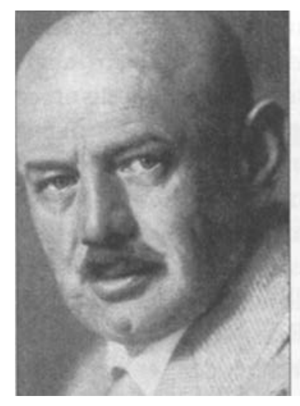
Nachdem der Sozialistenführer Kurt EISNER 1918 in München die Republik verkündet und König LUDWIG III. mit seiner Familie Bayern fluchtartig verlassen hatte, war es der Thule-Vorsitzende Rudolf VON SEBOTTENDORFF, der am Abend des 9. November 1918 im Münchener Hotel >Vier Jahreszeitem die Aktivisten aus den zahlreichen völkisch-nationalen Vereinen und Bünden um sich scharte. Mit einer aufrüttelnden Rede wollte er das Fanal zum Widerstand setzen: »Wir erlebten gestern den Zusammenbruch alles dessen, was uns vertraut, was uns lieb und wert war. An Stelle unserer blutsverwandten Fürsten herrscht unser Todfeind: Juda.« Die mit diesen kraftvollen Worten eingeleitete Ansprache verfehlte ihre Wirkung nicht. Unter dem Dach der Thüle-Gesellschaft machten die gegenrevolutionären Kräfte mobil, bildeten im Münchener Umland bewaffnete Freikorps, und im Mai 1919 war der Spuk von Revolution und Räterepublik« in Bayern zu Ende[4].

In der schillernden Biographie des weitgereisten Abenteurers und >Thuie<-Führers SEBOTTENDORFF[5] finden sich nun tatsächlich zahlreiche Anhaltspunkte, die die okkulten legenden um die Thule-

[3] ROSE, aaO. (Anm. 1), S. 169-180.

[4] ROSE, aaO. (Anm. 1), S. 15-68.

[5] Eine sehr informative biographische Skizze Rudolf VON SEBOTTENDORFFS findet man bei Eduard GUCENBERGER, *Hitlers Visionäre. Die okkulten Wegbereiterdes Dritten Ketches,* Wien 2001, S. 77—91 (Literatur und Anmerkungen S. 198f.), Der erste, der umfassend das Leben des schillernden Herrn VON SF.BOTTENDORFF erforschte, war der britische Autor und Ex-Geheimagent Ellic HOWE.






Gesellschaft oberflächlich stützen. Er schürfte in Australien nach Gold, diente dem türkischen Landbesitzer Hussein PASHA als Verwalter seiner anatolischen Besitztümer, schrieb Werke über Astrologie und die *Praxis der alten türkischen Freimaurerei.* Im Orient entdeckte er seine Neigung zum Spirituellen, und künftig sollte er von Sufi-Mystik über Rosenkreuzertum bis hin zur magischen Bedeutung der Runen nichts auslassen, was heute mit dem Etikett >okkult< belegt wird. Die Juden lehnte er ab, weil sie für ihn das »materialistische Prinzip« verkörperten, Freilich steht diesen Tatsachen auch die gänzlich unspektakuläre Wahrheit gegenüber, daß nur wenige der späteren Anhänger SEBOTTENDORFFS die okkult-esoterischen Neigungen ihres Meisters teilten. Der größte Teil der Thule-Mitglieder bestand aus Adligen und Bürgern, Soldaten und Geschäftsleuten, die deutschnational und völkisch gesonnen waren, den Bolschewismus zutiefst ablehnten, doch mit verschrobenen Okkult-Phantastereien nichts am Hut hatten.



Bekannte Mitglieder der Thule-Gesellschaft. *Von oben links:* Dietrich ECKART, Rudolf HESS, Alfred ROSENBERG, Gottfried FEDER und Hans FRANK.

Für die behauptete Hintergrund-Rolle der Thule-Gesellschaft werden aber noch eine Reihe weiterer Punkte ins Feld geführt. So führte sie als Emblem bereits das Hakenkreuz, wenn auch mit gebogenen Haken. SEBOTTENDORFF war zeitweilig Besitzer des *Münchener Beobachters,* aus dem später die Parteizeitung *Völkischer Beobachter* hervorging. Dietrich ECKART als wichtiger Mentor HITLERS sowie spätere NS-Führungspersonen wie Rudolf HESS, Alfred ROSENBERG, Gottfried FEDER und Hans FRANK gehörten zur Thule-Gesellschaft oder ihrem Umfeld. Und bei der Gründung der >Deutschen Arbeiterpartei* (DAP), aus der HITLER dann die NSDAP machte, stand die Thule-Gesellschaft Pate[6]. Sind diese unbestreitbaren Fakten nicht schlagkräftige Argumente für eine okkulte Steuerung der Hitlerbewegung durch diese Gruppe?

[6] ROSE, aaO. (Anm. 1), S. 69-144.

Bejahen kann dies nur, wer es unterläßt, die Tatsachen im historischen Zusammenhang zu betrachten und zu bewerten. Die Thule-Gesellschaft war eben kein okkulter Orden, sondern eine völkische Vereinigung unter vielen. Belegbar ist lediglich, daß unter ihren Mitgliedern das Gedankengut der von okkulten Strömungen beeinflußten >Ariosophen<[7] (vor allem Guido VON LIST, Jörg LANZ VON LIEBENFELS) eine größere Rolle spielte als bei anderen völkischen Gruppen. Zwar verhielt sich die Thule-Gesellschaft wie ein Geheimbund, jedoch hatte dies in erster Linie mit der politischen Lage zu tun, vor allem mit ihrer selbst gewählten Aufgabe eines militanten Kampfes gegen die sozialistische Revolution und die Räterepublik. Dies brachte konspiratives Vorgehen notgedrungen mit sich. Niemals behauptete sie aber, im Besitz einer >Geheimlehre< zu sein, die den Mitgliedern über ein ausgeklügeltes Stufensystem zugänglich gemacht werde. Auch die Grade des Germanenordens dienten nicht einer Initiation<, sondern der Selektion der Mitstreiter nach zuverlässiger Gesinnung. Ihre feierlichen Rituale waren keine der Erleuchtung dienenden Übungen, sondern sollten zur gefühlsmäßigen Anbindung an die Gemeinschaft beitragen.

[7] Zu den Ariosophen vgl. das Standardwerk: Nicholas GOODRJC;K-CIJ\RKF,, *Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus,* Graz-Stuttgart 1997 (und weitere Auflagen).

Durch die Zeitumstände bedingt, war die Thule-Gesellschaft in die Rolle eines Kristallisations**Zentrums** für die völkisch-nationale >Szene< Münchens und eines Teils von Bayern geraten, insbesondere, weil ihre Räume im Münchener Hotel >Vier Jahreszeiten* die wichtigste Anlaufstelle für diese >Szene< waren. Durch äußeren Druck zusammengeschweißt, war es den nationalgesinnten Kräften zeitweise gelungen, Organisationsegoismen und persönliche Differenzen zu überbrücken, um einen gemein-





Guido VON LIST (1848-1919), der als erster völkische und theosophische Elemente verband. *Rechts:* Das prachtvolle Münchener Hotel >Vier Jahreszeiten: in der Maximilianstraße, wo sich die Mitglieder der Thule-Gesellschaft versammelten. Heutige Ansicht des Hotel mit kaum veränderter Fassade.

samen Gegner zu bekämpfen. Dabei war die Rolle einzelner Persönlichkeiten, der Aktivisten wie SEBOTTENDORFF, ECKART und Julius LEHMANN, von vorrangiger, die jeweiligen organisatorischen Bindungen nur von nachrangiger Bedeutung. Die Zusammenarbeit der einzelnen Aktivisten ermöglichte die gegenrevolutionäre Tätigkeit, und in den Diskussionen dieses Kreises entstand schließlich auch die Idee, völkische Ideen gezielt unter der Arbeiterschaft zu verbreiten.

In der Gründungs- und Aufbauphase der Deutschen Arbeiterpartei (DAP) kam der Thule-Gesellschaft im Rahmen dieses Spektrums die Rolle eines Impulsgebers zu, der jedoch schon kurz nach dem Eintritt Adolf HITLERS in die Partei jeden weiteren praktischen Einfluß auf deren Entwicklung verlor, Thule-Mitghed und Sportjournalist Karl HARRI- R, der gemeinsam mit dem Schlosser Anton DREXLER die DAP gründete, war in den konspirativen Denkmustern von Anfang 1919 steckengeblieben, die mit dem Ende der Räteherrschaft hinfällig geworden waren. Die Vorstellung einer in die (Öffentlichkeit drängenden Massenbewegung war ihm fremd, und die geringe Beteiligung von Thule-Mitgliedern an den frühen DAP- und NSDAP-Aktivitäten spricht dafür, daß dies auch für die Mehrheit der Thüle-Gesellschaft galt. Nach HARRERS Rückzug aus der DAP kann von einem Einfluß der Thule-Gesellschaft auf den Nationalsozialismus keine Rede mehr sein. Es waren lediglich Einzelpersonen, die früher auch die Thule-Gesellschaft als Agitations- und Aktionsplattform genutzt hatten, welche nun HITLER förderten, ihm wichtige Verbindungen vermittelten sowie zu seiner ideologischen und praktisch-politischen Ausbildung beitrugen. Deren Beitrag war aber eben kein Beitrag >der< Thule-Gesellschaft.

Auch die Frage, ob die Anregung, das Hakenkreuz als Symbol der NSDAP zu verwenden, auf direkte Anregung der Thule-Gesellschaft erfolgt ist, ist nicht eindeutig zu beantworten. Immerhin führte nicht nur sie die Swastika als Emblem, sondern zwischen 1911 und 1917 allein zwölf Gruppierungen aus dem völkischen Milieu, von den zahlreichen anderen Verwendern einmal ganz abgesehen*. Belegt ist allerdings, daß der Zahnarzt Friedrich KROHN, Mitglied der Thüle-Gesellschaft und der DAP, bereits im Mai 1919 eine Denkschrift mit dem Titel *Ist das Hakenkreuz als Symbol der nationalsozialistischen Partei geeignet?* vorlegte. Zu diesem Zeitpunkt war HitlER noch gar nicht Parteimitglied. KROHN schlug ein schwarzes Hakenkreuz in weißem Kreis auf rotem Grund vor, allerdings bevorzugte er die linksläufige Variante, und in seinem Entwurf stand das Hakenkreuz noch nicht auf der Spitze. Ein Jahr später veränderte HITLER dann KROHNS Entwurf zur endgültigen parteioffiziellen Fassung'". Ob man dies nun als Einfluß der Thule-Gesellschaft oder eines einzelnen Aktivisten werten will, ist letztlich >Geschmacksfrage<.

[8] Martin WAMKE, »Vom Unheil eines Heilszeichens«, in: *Süddeutsche Zeitung,* 13./14. Januar 2007. Vgl. außerdem die ausführliche Darstellung von Lorenz JAGER, *Das Hakenkreuz Zeichen im Weltbürgerkrieg. Eine Kulturgeschichte,* Wien-Leipzig 2006.

[9] GOODRICK-CIARKE, aaO. (Anm. 7), S. 133f.

Dietrich ECKART, der zweifellos einen bedeutenden Einfluß auf HITLER hatte, war weder ein >Okkultist<, noch hatte er besonders enge Verbindungen zur Thule-Gesellschaft. Der völkische Dichter war eine durchaus zwiespältige Persönlichkeit - Lebemann und polternder Agitator einerseits, andererseits — gestützt auf SCHOPENHAUER und den Mystiker Angelus SilEsius - dem Ideal der Vergeistigung verhaftet. Die Juden waren für ECKART der personifizierte Materialismus und damit den Deutschen >seelisch< unterlegen. Es kann als gesichert gelten, daß der Dichter erheblich dazu beitrug, HITLERS Weltbild mit einer einheitlichen antisemitischen Ausrichtung zu versehen. Für den NSDAP-Führer war der praktische Nutzen der Verbindung zu ECKART, der HITLER wichtige Kontakte in die gehobene Gesellschaft vermittelte und wie eine Art früher PR-Berater wirkte, aber sogar noch wichtiger. Hingegen gibt die gut recherchierte Biographie des Dichters rein gar nichts für die Behauptung her, ECKART habe als >Thule-Eingeweihter< und Nachfolger SEBOTTENDORITS das Werk der okkulten Formung HITLERS fortgesetzt.[1]"

Als ECKART 1923 starb, war die Thule-Gesellschaft schon fast völlig bedeutungslos. Nach ihrem erfolgreichen Kampf gegen die >Roten< war sie tatsächlich »durch die Zeitereignisse überflüssig«" geworden — wie ein Thule-Vorstandsmitglied formulierte. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf Kulturpflege und die jährliche Abhaltung einer Gedenkveranstaltung für die bei den sogenannten »Geiselmorden« von Kommunisten ermordeten Thule-Mitglieder. Doch das Vereinsleben starb einen langsamen Tod, bis die Gesellschaft schließlich sogar aus dem Vereinsregister gelöscht wurde.

[10] ROSE, aaO. (Anm. 1),S. 108-120 mit weiteren LItcrarurhinweisen.

[11] Johannes HERING, *Beiträge zur Geschichte der Thule-Geselischaß,* Maschinenschrift, 6 Blatt (1936), BA NS 26/865, hier S. 4.



HITLER in Begleitung von Alfred ROSENBERG (links) und Friedrich WEBER (rechts) am 4. November 1923 in München. Zu diesem Zeitpunkt hat er sich von der Thule-Gesellschaft völlig abgewendet.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 kehrte SEBOT-TENDORI'T", der überwiegend im Ausland gelebt hatte, nach Deutschland zurück, um die Thule-Gesellschaft wiederzubeleben und sich in Erinnerung zu bringen. Naheliegend ist, daß er dabei auch auf eine Stellung im neuen Machtapparat hoffte. Nach seinen Angaben fanden sich 75 ehemalige Mitglieder zusammen und gründeten die Thule-Gesellschaft neu. Am 9. September 1933 wurde in den alten Räumen des Hotels >Vier jahreszeiten< das 15jährige Weihefest gefeiert, am 31. Oktober eine Toten-Gedächtnisfeier abgehalten. Doch die Neugründung sollte nicht von Dauer sein.



1933 im Münchener Deukula-Verlag erschienen, fand SEBOTTENDORFFS Buch *Bevor Hitler kam* 1938 Aufnahme in die »Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums«.

SEBOTTENDORFFS Anspruch auf eine geistige und praktische Vorläuferschaft des Nationalsozialismus, den er nicht zuletzt in seinem 1933 veröffentlichten Buch *Bevor Hitler kam* verdeutlicht hatte, stieß bei der NS-Führung auf wenig Gegenliebe. Das Buch, dessen Erstauflage von rund 3000 Exemplaren schnell verkauft war, wurde verboten, als im Frühjahr 1934 eine zweite Auflage erschien. Deren 5000 Exemplare wurden fast vollständig von der Gestapo beschlagnahmt. SEBOTTENDORFF war schon im November 1933 verhaftet worden. Nachdem er sich verpflichtet hatte, Deutschland endgültig zu verlassen, wurde er am 24. Februar 1934 abgeschoben und kehrte über die Schweiz wieder in die Türkei zurück, wo er für den deutschen Geheimdienst gearbeitet haben soll. Angeblich soll er sich am 9. Mai 1945 in den Bosporus gestürzt haben, wie der Geheimdienst-Mitarbeiter Herbert RITTUNGER erfahren haben will.'"

Während die Quellenlage ein allmähliches Verschwinden der Thule-Gesellschaft in die Bedeutungslosigkeit belegt, behauptet der NS-Okkult-Mythos das genaue Gegenteil: eine stetige Zunahme von Macht und Einfluß. Doch spätestens mit der Einführung der Person von Karl HAUSHOFER[13] in den Mythos müssen sich die Autoren ganz und gar auf ihre Phantasie verlassen. Wenn zum Beispiel Jan VAN HELSING (Jan Udo HOLEY) behauptet: »Der gesamte theoretische und praktische Aufbau des Dritten Reiches von deutscher Seite wurde durch die Thule-Gesellschaft initiiert und gesteuert«,[14] so kann man dies nur als Geschichtsfälschung in Reinkultur bezeichnen.

Das ist eine Fälschung, die aber viele gläubige Anhänger hat, welche sich von Tatsachen nicht überzeugen lassen. Denn wie stellte schon Carl SCHMITT im ~*Leviathan* fest: »Keine noch so klare Gedankenführung kommt gegen die Kraft echter mythologischer Bilder auf.« Detlev Rose

[12] ROSE, aaO, (Anm. 1), S. 74-77.

[11] Näheres zu HAUSHOFER in dem Beitrag Nr. 547, »Okkulte NS-Verbindungen nach Tibet?«

[14] Jan VAN HELSING, Geheimgesellschaften. . ., aaO. (Anm. 2), Kapitel 28: »Adolf Schicklgruber und die Thule-Gesellschaft«, zit. nach: http://www.vho.org/D/Geheim! /28g. html

Die rätselhafte >Vril-Gesellschaft<

Auf der Suche nach angeblich okkulten Hintergründen des Nationalsozialismus stößt man in der einschlägigen Literatur recht bald neben der Thule-Gesellschaft und mysteriösen NS-Verbindungen nach Tibet auf ein weiteres geheimnisvolles Phänomen: die »Vril-Gesellschaftc Diese Gruppe soll nicht weniger als »der eigentliche innerste Kern der Hintermänner des Dritten Reiches, gleichzeitig auch der innerste Kreis der Thule-Gesellschaft und des Germanenordens« gewesen sein,[1] Wer von der Vril-Gesellschaft bisher noch gar nichts gehört hat und sich nun freut, zum zentralen Mysterium des Nationalsozialismus vorgedrungen zu sein, wird allerdings von demselben Verfasser schon auf der nächsten Seite enttäuscht. »Über die Vril-Loge und deren Mitglieder ist nicht viel zu erfahren, ebensowenig über die eigentliche Tätigkeit,«[2] Wie bedauerlich!



Karl HAUSHOFER soll der Vril-Gesellschaft nicht nur angehört, sondern sie auch gegründet haben. Für die Existenz einer >Vril-Gesellschnftf finden sich keine historischen Belege.

Andere wissen offenbar mehr. So soll der General und Geopolitik-Professor Karl HAUSHOFER der Vril-Gesellschaft angehört haben, die ihre Zentrale in Berlin hatte und auch als >Loge der Brüder vom Licht< firmierte, Es soll sich dabei um eine Filiale der britischen Geheimgesellschaft »Golden Dawn< gehandelt haben, die sich die Ausübung zeremonieller Magie und die Erlangung geheimer Kräfte und Erkenntnisse zum Ziel gesetzt habe.[3] Und wer gab sich solch dubiosen Aktivitäten hin? »In der Hauptniederlassung der Gesellschaft in Berlin saßen tibetische Lamas, japanische Buddhisten und Angehörige anderer orientalischer Sekten Schulter an Schulter zusammen mit früheren Studenten von GLRDJIEFF, Mitgliedern verschiedener obskurer Rosenkreuzerorden, früheren Angehörigen der Pariser Loge der »Golden Dawn< und zweifelhaften Personen von /Meister CROWLEYS »Ordo Templi Orientist«[4]

Das klingt ja höchst spannend, doch fehlt bei den zahlreichen Ausführungen zur Vril-Gesellschaft und ihrer angeblich so tragenden Bedeutung das Wesentliche: Namen, Daten, Tatsachen. Mit welchen NS-Führungs-

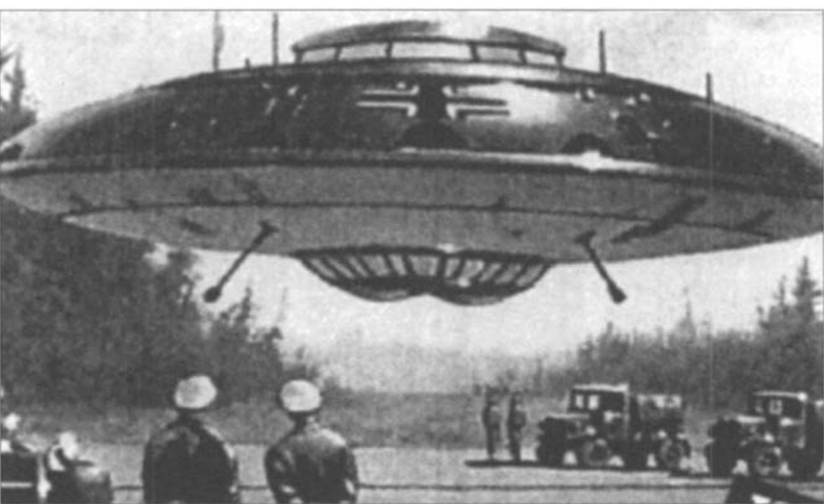
[1] Otto Rudolf BRAUN, *Hinter den Kulissen des Dritten Reiches. Geheime Gesellschaften machen Weltpolitik*, Marke Erlbach 1987, S. 78.

[2] Ebenda, S. 79.

[3] Louis PAUWELS u. Jacques BEKGIBR, *Aufbruch ins dritte Jahrtausend. Von der Zukunft der phantastischen Vernunft,* Bern—Stuttgart 1962, S. 303—309,

[4] Trevor RAVEN SC ROI-T, *Der Speer des Schicksals. Das Symbol für dämonische Kräfte im Christus bis Hitler,* Zug 1974, S. 251, Der dubiose RAVENSCROFT und die Entstehungsgeschichte seines Buches sind mittlerweile gründlich unter die Lupe genommen worden, s. Ken ANDERSON, *Hitler and the Occult,* Amherst 1995.





Links: Willy LEY. Der Physiker wanderte 1937 in die USA aus und war dort als *Science-fiction-* Autor der meistgedruckte Wissenschaftler. *Rechts:* ein sogenanntes iNazi-Ufot.

leuten hatte der Geheimbund Verbindung? Wie hat die Vril-Gesellschuft Einfluß ausgeübt? Was hat sie bewirkt? An Stelle von Antworten auf diese Fragen gab es geradezu abenteuerliche Ausschmückungen der Geschichte. 1992 erschien eine Schrift mit dem Titel *Das Vril-Projekt?* Darin wurde behauptet, in den zwanziger Jahren habe eine außerirdische Zivilisation Verbindung zur Vril-Gesellschaft aufgenommen und ihr Baupläne für Fluggeräte übermittelt, die eine bisher unbekannte Energieform nutzen. So sei die Gesellschaft in der Lage versetzt worden, Flugscheiben zu bauen — eben jene >Nazi-Ufos<, mit denen sich Mitglieder der NS-Führungselite kurz vor Kriegsende dann nach Neuschwabenland in der Antarktis abgesetzt hätten. Die Schrift wurde nie offiziell verlegt und kursiert(e) als »graue Literatur* überwiegend in der Esoterik-Szene. Größere Verbreitung erhielt die Verbindung von Vril-Mythos und >Nazi-Ufos< erst durch Jan VAN HEINING (Jan Udo HOLEY), der sie in seinen Büchern *Geheimgesellschaften* (1993 und 1995) und *UnternehmenAldebaran* (1997) darlegte, ohne seine Quellen deutlich zu machen/'

Daß eine »Vril-Gesellschaft< überhaupt exisderte, dafür gibt es keinen einzigen historischen Beleg. Wie so oft reicht jedoch ein winziger Anhaltspunkt, ein kleiner Anstoß, der die Lawine ins Rollen bringt. Dieser findet sich in einem Aufsatz, den der in die USA emigrierte deutsche Raketeningenieur Willy LEY 1947 in einem amerikanischen *Science-fiäion-*Magazin veröffentlichte und der pseudowissenschaftlichen Strömungen gewidmet war. Er behandelt darin zum Beispiel die Hohlwelt-Theorie so-

[5] Norbert JÜRGEN-RATTHOFER U. Ralf ETTL, *Das Vril-Projekt,* Wien 1992.

[6] Vgl, hierzu auch den Eintrag >Vril-Gesellschaft in der Internet-Enzyklopädie Wikipedia.





Von links: Edward BULWER-LYTTON (1803-1873); Helena P. BLAVATSKY (1831-1891), die Begründerin der modernen Theosophie; Georg Iwanowitsch GURDIIEW (1866-1949), der einen starken Einfluß auf Louis PAUWELS ausübte.

wie die Welteislehre und kommt schließlich auf eine kleine Gruppe in Berlin zu sprechen, die sich seiner Erinnerung nach >Wahrheitsgesellschaft< nannte. Diese Gruppe sei auf der Suche nach der geheimnisvollen Kraft des >Vril< gewesen, die der britische Schriftsteller Edward BULWRR-LYTTON in seinem Roman *The Coming Race* (1871) beschrieben habe. Die Briten hätten mit dieser Kraft überhaupt erst ihr Empire aufbauen können, und schon die Römer hätten Vril gekannt und genutzt. LEY verweist dann noch auf die erste Ausgabe eines Magazins, das die Gruppe herausgebracht habe, welches sich aber nicht mehr in seinem Besitz befinde."

Auf diesen Aufsatz bezogen sich Louis PAUWELS und Jacques BERGIER in *Aufbruch ins dritte Jahrtausend* (1960, deutsch 1962) und schmückten LEYS knappe Angaben zur Ur-Fassung des Vril-Mythos aus. RAVENSCROFT fälschte dann munter weiter und dichtete LEY zahlreiche Aussagen an, die in seinem Aufsatz überhaupt nicht zu finden sind. So setzte sich das ganze fort bis zu VAN HELSING.[9]

Das Konzept >Vril< tauchte tatsächlich erstmals in dem erwähnten Spätwerk des Literaten Edward BULWER-LYTTON (1803-1873) auf - gewiß eine der schillerndsten Persönlichkeiten des 19, Jahrhunderts. Er beschreibt darin die in einem unterirdischen Höhlensystem lebenden Vril-ya, die die geheimnisvolle Kraft des >Vril< besitzen, eine Art Universalkraft, mit der über kurze oder lange Entfernung Heilungen, aber auch Zerstörungen

Deutsch: Edward BULWER-LYTTON, *Das kommende Geschlecht,* München 1999.

" Willy LEY, »Pseudoscience in Naziland«, in: *Astounding Science Fiction,* Nr. 39, Mai 1947, S. 90-98.

[9] Ausführlich dokumentiert ist die Ixgendenbildung bei: Peter BAHN U. Heiner GEHRING, *Der Vril-Mythos. Eine geheimnisvolle Energieform in Esoterik, Technik und Therapie,* Düsseldorf 1997, S. 73—90. Die Ausführungen Peter BAHNS im ersten Teil des Bandes (S. 8—150) sind akribisch recherchiert und können als Standardwerk zum Vril-Mythos gelten.

möglich sind, die aber auch noch zahlreiche weitere Komponenten aufweist. Ob der Roman nun eher als frühes >Fantasy<-Werk, als Gesellschaftssatire oder anderswie aufgefaßt wird, ist in diesem Zusammenhang von untergeordneter Bedeutung. Sicher ist jedoch, daß er von einigen Lesern als eine Art »okkulter Schlüsselromam aufgefaßt wurde, aus dem >Eingeweihte< wichtige esoterische Botschaften erfahren können. So wurde er zum Beispiel von Helena P. BLAVATSKY, der Begründerin der modernen Theosophie, verstanden, die das Vril-Konzept in ihren Büchern verwertete.[10]

Auch in Deutschland fand diese Deutung offenbar ihre Anhänger. Im Jahre 1930 erschien in Berlin eine 60seitige Broschüre unter dem Titel *Vril — Die kosmische Urkraft* im Astrologischen Verlag Wilhelm Becker. /Ms Autor zeichnete »Johannes TÄUFER« - offenbar ein Pseudonym -, und herausgegeben wurde die Schrift von einer Reichsarbeitsgemeinschaft >Das kommende Deutschland*.[11] Jene Gruppierung zeichnete offiziell auch für eine zweite Schrift verantwortlich, die unter dem Titel *Weltdynamismus* ebenfalls 1930 in Berlin erschien, allerdings im Otto Wilhelm Barth-Verlag. Beide Verlage waren damals bekannt und angesehen im Spektrum esoterischer Literatur. Über die mysteriöse >Reichsarbeitsgemeinschaft< — ihre Mitglieder, ihr Wirken - verlieren sich alle Spuren im dunkeln. Zweifelsfrei fest steht nur eins: Es ist diese Gruppe, an die sich Willy LEY erinnert hat und die er in seinem Aufsatz »Wahrheitsgesellschaft« nannte. Dies ergibt der Vergleich seiner Erinnerungen mit dem Inhalt der beiden Schriften, ergänzt um die örtlichen und zeitlichen Parallelen (Berlin Anfang der dreißiger Jahre).[12]



Die von der mysteriösen > Reichsarbeitsgemeinschaft < herausgegebene Schrift *) Vril< - die kosmische Urkraft.*

Die Vril-Gesellschaft als mächtige Geheiminstitution hinter den Kulissen des Dritten Reiches gab es also gar nicht, ihr historischer Kern schmilzt auf eine kleine Gruppe zusammen, die uns bis auf zwei Schriften nichts hinterlassen hat. Diese Schriften belegen jedoch nicht einmal eine Nähe zur nationalsozialistischen Weltanschauung, denn die Schlüsselfrage zum Verständnis der Welt und der Lösung der zentralen Gegenwartsprobleme war für die >Reichsarbeitsgemeinschaft< weder die Rasse, noch die Klasse, noch der Zins, sondern die Energie.[13] Detlev Rose

[10] Zur Person BULWER-LYITONS, seinem Werk und dessen Rezeption vgl. BAHN, ebenda, S. 13-53 u. 69-72.

" Johannes TÄUFER, »Vril<<. *Die kosmische Urkraß. Wiedergeburt von Atlantis,* herausgegeben im Auftrag der Reichsarbeitsgemeinschaft >Das kommende Deutschland«, Berlin 1930.

[12] BAHN, aaO. (siehe Anm. 9), S. 91-111.

[15] Ebenda, S. 111.

Coudenhove-Kalergi





Von oben: Der Hochgradfreimaurer und Karlspreisträger Richard Nikolaus Craf COUDENHOVE-KALERGI (1884-1972); sein *Paneuropäisches Manifest.*

Richard Nikolaus Graf COUDENHOVE-KALERGI, am 16. November 1884 in Tokio geborener Sohn eines Österreichers und einer Japanerin, gründete die > Paneuropa-Union«, trug im Jahre 1923 als Mitglied vor der Wiener Großloge darüber vor, veröffentlichte im selben Jahr die Schrift *Faneuropa* und gab die gleichnamige Zeitschrift heraus. 1925 erschien sein programmatisches Buch *Praktischer Idealismus.* Den Zweiten Weltkrieg verbrachte er ab 1940 in den USA. Als erster bekam er 1950 den Aachener Karlspreis. Er verstarb am 27. Juli 1972 in Schruns/Vorarlberg. Die Paneuropa-Union, heute unter seinem Nachfolger, dem Kaiserenkel Otto VON HABSBURG, tritt angeblich für ein vereintes Europa ein. Eher wirkt sie jedoch für die Globalisierung und die Auflösung der Völker zugunsten einer One World von Mischlingen, wie der Graf schon früh programmatisch erstrebte.

Um die wirklichen Ziele des Paneuropäers beurteilen zu können, sollte man einige Zitate aus seinem Buch *Praktischer Idealismus** kennen. Es heißt dort in dem Kapitel »Inzucht - Kreuzung«: »Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altäyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen. Denn nach den Vererbungsgesetzen wächst mit der Verschiedenheit der Vorfahren die Verschiedenheit, mit der Einförmigkeit der Vorfahren die Einförmigkeit der Nachkommen, , . Inzucht schafft charakteristische Typen - Kreuzung schafft originelle Persönlichkeiten.«[2]

Vorher trifft er Feststellungen zur Erblehre, die reinen Rassismus erkennen lassen: »Meist ist der Rustikalmensch Inzuchtprodukt, der Urbanmensch Mischling. . . Die Wesenszüge, die sich aus dieser Inzucht ergeben, sind: Treue, Pietät, Familiensinn, Kastengeist, Beständigkeit, Starrsinn, Energie, Beschränktheit.«[3] »In der Großstadt begegnen sich Völker, Rassen, Stände. In der Regel ist der Urbanmensch Mischling aus verschiedensten sozialen und nationalen Elementen, In ihm heben sich die entgegengesetzten Charaktereigenschaften, Vorurteile, Hemmungen, Willenstendenzen und Weltanschauungen seiner Ekern und Voreltern

[1] Richard Nikolaus COUDENHOVE-KALERGI, *Praktischer Idealismus. Adel- Technik - Pazifismus,* Paneuropa-Verlag, Wien-Leipzig 1923.

[2] Ebenda, S. 23.

[3] Ebenda, S. 20.

auf oder schwächen einander ab. Die Folge ist, daß Mischlinge vielfach Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit, Willensschwäche, Unbeständigkeit, Pietädosigkeit und Treulosigkeit mit Objektivität, Vielseitigkeit, geistiger Regsamkeit, Freiheit von Vorurteilen und Weite des Horizonts verbinden. ..« »Der Inzuchtmensch ist Einseelenmensch — der Mischling Mehrseelenmensch.«[5]

Noch deutlicher wurde er in einem Zeitschriften-Artikel: »Für Paneuropa wünsche ich mir eine eurasisch-ncgroide Zukunftsrasse. .. Die Führer sollen die Juden stellen, denn eine gütige Vorsehung hat Europa mit den Juden eine neue Adelsrasse von Geistesgnaden geschenkt.«[6]

In einem Leserbrief in der *FAZ* heißt es dazu: »Dem Begründer der Paneuropa-Bewegung schwebe eine >eurasisch-negroide Völkermischung< vor, und er meinte in etwas skurriler Typisierung, daß »solche Mischlinge vielfach Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit und Treulosigkeit mit Objektivität, Vielseitigkeit geistiger Regsamkeit, Freiheit von Vorurteilen und Weite des Horizonts verbinden«. Als »geistige Führerrasse Europas« sah er das Judentum.«" Wahrscheinlich, um von vornherein Angriffe abzuwehren, fügte der Leserbriefschreiber hinzu: »Vorbehalte gegen so ein biologistisches Experiment. . . können durchaus sachlicher Natur sein und sind nicht unbedingt antisemitisch.«[8]

Nicht zufällig sind Helmut KOHL und andere CDU/CSU-Größen in der Europa-Union tätig.

Franz Josef STRAUSS schrieb das Vorwort zu dem letzten Werk des Grafen, *Weltmacht Europa.*



Kaiserenkel Otto VON HABSBURG meint über COUDENHOVE-KALERGI: »Die Mischung seines Blutes - Japan, Niederlande, Deutschland und Böhmen - hat offenbar seine Sehergabe gefördert. Immer wieder - nicht nur in Fragen der europäischen Politik - hat er im Laufe seines Lebens fast unheimlich anmutende Intuition entwickelt.« In: *Damals begann unsere Zukunft,* Herold, München 1971,

Während COUDENHOVE-KALERGI für die Einheit Europas kämpfte, trat er schon 1959 für die Spaltung Deutschlands und deren Anerkennung ein. In einem Deutschland-Memorandum, das er Ende Januar 1959 der Bundesregierung und einzelnen Bundestagsabgeordneten zugestellt hatte, bezeichnete er die Existenz zweier neuer unabhängiger Staaten auf dem Boden des einstigen Deutschen Reiches als eine der Grundtatsachen der damaligen Weltpolitik: »COUDENHOVE-KALERGI wirft den Bürgern der Bundesrepublik vor, in dem Wahn zu leben, es gebe nach wie vor ein Deutschland, dessen Ostzone widerrechtlich von einer kommunistischen Scheinregierung verwaltet werde, und die Bundesregierung sei allgemein

[4] COUDENHOVE-KALERGI, ebenda, S. 20 f.

[5] Ebenda, S.21.

[6] Ders., *Freimaurerzeitung,* Wien Nr. 9/10 1923; zit. in: Conrad C. STEIN, *Die geheime Weltmacht,* Hohenrain, Tübingen, 2001, S. 127.

Dr. Gert KNOBLAUCH, »Weltzentrum des Antisemitismus«, Ixserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 10. 12.1988.

[8] Ebenda.

befugt, im Namen des gesamten deutschen Volkes zu sprechen... Die Bundesrepublik solle statt dessen durch eine unauflösliche Union mit Frankreich den Kern der Vereinigten Staaten von Europa schaffen. Die »Wiedervereinigung des europäischen Reiches KARIS DES GROSSEN* bewege die Jugend heute stärker als die Wiedervereinigung des deutschen Reiches BISMARCKS.«[9] Er schlug für Berlin einen UNO-Status vor.[10]

Ebenso setzte sich der >Paneuropa<-Gründer für eine Aufnahme der Türkei in ein föderales Europa ein.[11] Dazu meinte die *FAZ* zutreffend: »Für manche Föderalisten dürfte das eine Informaüon sein, die nicht eben leicht zu verdauen ist.«[12] Rolf Kosiek

T=> Richard Nikolaus Graf COUDENHOVE-KALERGI meinte außerdem:

»Von der europäischen Quantitätsmenschheit, die nur an die Zahl, die Masse glaubt, heben sich zwei Qualitätsrassen ab: Blutadel und Judentum, Von einander geschieden, halten sie beide fest am Glauben an ihre höhere Mission, an ihr besseres Blut, an menschliche Rangunterschiede.« {*Praktischer Idealismus,* 1925, S. 45)

»Politik ist die Lehre von der Eroberung und dem richtigen Gebrauch der Macht. Der innere Frieden aller Länder wird aufrechterhalten durch Recht und Gewalt: Recht ohne Gewalt müßte sofort zu Chaos und Anarchie führen, also zur schlimmsten Form der Gewalt... Das gleiche Schicksal droht dem internationalen Frieden — wenn sein Recht keine Stütze in einer internationalen Machtorgan!sation findet. Der Pazifismus als politisches Programm darf also keineswegs die Gewalt ablehnen: nur muß er sie gegen den Krieg einsetzen - statt für den Krieg.« {*Praktischer Idealismus,* 1925, S. 163)

»Die Vision eines größeren Europas, eines wahren Paneuropas - von Wladiwostok nach San Francisco - ist das Vermächtnis der alten Paneuropabewegung an die junge Generation.« (*Paneuopa 1922 bis 1966,* S. 103) In der Entschließung Nr. 7 zur politischen Union Europas heißt es übrigens wörtlich: »Die Schaffung eines geeinten Europas muß als wesentlicher Schritt zur Schaffung einer geeinten Welt angesehen werden!«

' AP, »Kleineuropa statt deutscher Einheit?« in: *Schwäbisches Tagblatt,* 18. 2. 1959.
[10] Stichwort >Coudenhove-Kalergi<, in: FZ-Verlag (Hg.), *Prominente ohne Maske neu,* FZ-Verlag, München 2001, S. 250.
[11] Jürgen ELVERT, *Die europäische Integration,* Wissenschaftliche Buchgeseilschaft, Darmstadt 2006.
[12] Wilfried LOTH, »Europa im Schnelldurchgang«, in; *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 6.1. 2007.

Zur Harzburger Front

Am 10. Oktober 1931 hatte Adolf HITLER ein ergebnisloses Gespräch mit Reichspräsident VON HINDENBURG über die politische Lage und die Bildung einer Reichstagsmehrheit geführt. Am folgenden Tage veranstalteten in Bad Harzburg auf Betreiben Alfred HUGENBERGS (DN VP) die NSDAP, die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), der Stahlhelm, der Reichslandbund und der Alldeutsche Verband eine gemeinsame Veranstaltung, an der auch Hjalmar SCHACHT und General Hans VON SEECKT sowie weitere Reichswehrgenerale und Angehörige deutscher Fürstenhäuser teilnahmen. Die Redner forderten den Rücktritt der Regierung BRÜNING, die, von der SPD geduldet, über keine Mehrheit im Reichstag verfügte, die Aufhebung der Notverordnungen sowie Neuwahlen und boten die Bildung einer Koalitionsregierung der Rechten an. Man sprach anschließend von der sogenannten >Harzburger Front< Diese wird oft als folgenreiche Einigung der Rechten zitiert, so etwa vom SPD-Vorsitzenden Björn ENGHOLM bei seiner Kritik an kommunalpolitischer Zusammenarbeit von CDU und Republikanern,[1] und als Schreckgespenst für die Demokratie dargestellt. Am 16. Dezember 1931 wurde von SPD, Gewerkschaften, Arbeitersportverbänden und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold die »Eiserne Front< als Gegengebilde gegründet.

In Wirklichkeit hatte die >Harzburger Front< in der Folgezeit kaum politische Auswirkungen und trat nicht mehr in Erscheinung. Es war auch kein Bündnis beschlossen worden. »Alle Beteiligten erkannten am Tage nach Harzburg, daß es keine gemeinsame Kampffront gab.«[2] Es folgte auch keine einzige gemeinsame Aktion. Eine Woche später Heß HITLER ohne die anderen Verbände die SA mit rund 100000 Mann in Braunschweig demonstrieren. Die DNVP unterstützte im Frühjahr 1932 die Wiederwahl HOHENBURGS, während die NSDAP mit HITLER einen eigenen Kandidaten stellte. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war die >Harzburger Front< zerbrochen, deren Legende weiter gepflegt wurde. In gewisser Hinsicht erlebte die >Harzburger Front< am 30. Januar 1933 eine Neuauflage.

Rolf Kosiek

[1] ENGHOLM in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. 3. 1993.

[2] Prof. Dr. Ernst-August ROLOFF, »Was 1931 in Harzburg geschah«, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. 4. 1993.

HITLER und sein Stab in Bad Harzburg.

Manipulation der preußischen Landtagsgeschäftsordnung 1932

Seit den sechziger Jahren ist es üblich geworden, daß die »demokratischen Parteien< beim Einzug der NPD in deutsche Landtage die Geschäftsordnung des Landtags von Fall zu Fall ändern, um der mißliebigen Partei geringeren Einfluß bei Abstimmungen, bei der Vertretung in Ausschüssen oder bei finanziellen Zuwendungen zukommen zu lassen. Beispiele sind die entsprechenden Maßnahmen in Stuttgart 1968, Dresden 2005 und Schwerin 2006.

Aber auch schon in der Weimarer Republik wurde zu diesem Trick gegriffen. Zu Beginn des Jahres 1932 besaß der Freistaat Preußen eine SPD-geführte Regierung unter Ministerpräsident Otto BRAUN und Innenminister Carl SEVERING (beide SPD), die sich noch im Gegensatz zu den Verhältnissen im Reichstag auf eine Mehrheit im Parlament stützen konnte. Sie verfügte von den 450 Angehörigen des preußischen Landtags über 229 Mandate aus SPD, Zentrum und Staatspartei. Als turnusgemäß am 24. April 1932 ein neuer Landtag gewählt werden sollte, konnte man sich bei den Stimmungsverhältnissen im Lande ausrechnen, daß diese Mehrheit verlorengehen werde und dann die bisherige Koalition nicht fortgesetzt werden könne, sondern daß die NSDAP zusammen mit den Deutschnationalen die Regierungsmacht in Preußen erringen werde. Dazu bedurfte es nach der bestehenden Geschäftsordnung nicht der absoluten Mehrheit im Landtag, sondern die Regierungsmacht konnte schon mit

Die erste Sitzung der preußischen Regierung nach ihrer Bestätigung als geschäftsführendes Kabinett am 26. Oktober 1932 (nach dem Urteil des Staatsgerichthofs in der Sache Preußen gegen Reich), In der ersten Reihe sitzend, von links: Justizminister SCHMIDT, Landwirtschaftsminister STEIGER, Wohlfahrtsminister HIRTSIEFER, Ministerpräsident BRAUN, Handelsminister SCHREIBER und Innenminister SEVERING.



einer zu erwartenden relativen Mehrheit der rechten Parteien erreicht werden. Die lange Jahre gültige Geschäftsordnung sah vor, daß im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit zur Wahl des Regierungschefs genügte, wenn im ersten kein Kandidat die absolute Mehrheit erreichte.

Weil die regierenden linken Parteien die Machtübernahme der NSDAP in Preußen verhindern wollten, wurde der Landtag für den 12. April 1932 noch einmal extra zusammengerufen, um die Geschäftsordnung für den neuen Landtag zu ändern. Die bisherige Regelung, daß eine relative Mehrheit zur Wahl des preußischen Ministerpräsidenten reiche, wurde gestrichen, die absolute Mehrheit war dazu in Zukunft erforderlich.

Wie vorauszusehen, verlor die bisherige Koalition die absolute Mehrheit im Landtag: Sie erhielt nur noch 183 von 423 Abgeordneten. Da aber, wie ebenfalls erwartet, NSDAP und Deutschnationale zusammen auch keine absolute Mehrheit erreichten und beide sich nicht mit einer anderen Partei, insbesondere nicht mit dem Zentrum, auf einen gemeinsamen Regierungschef einigen konnten, kam es zu keiner Neuwahl des Ministerpräsidenten in Preußen. Die alte Regierung unter BRAUN blieb durch diesen >Geschäftsordnungstrick< im Amt und konnte weiter regieren. Diese »unerhörte Schiebung« stieß auf harte Kritik selbst innerhalb der Linken. So sprach der angesehene Sozialdemokrat Julius LEBER von einer »überheblichen Klugheit«, einer »peinlichen Geschäftsordnungsänderung« und von ihrer »Lächerlichkeit«.[1]

Doch auch dieser Trick half der preußischen Regierung nur für kurze Zeit. Schon drei Monate später, am 20. Juli 1932, ließ Reichskanzler Franz VON PAPEN mit seinem »Preußenschlag« von Reichspräsident VON HINDENBURG die Regierung BRAUN-SEVERING durch die mit Artikel 48 der Reichsverfassung begründete »Verordnung betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen« absetzen und die amtierenden Minister, die er morgens empfing, um ihnen ihre Amtsenthebung mitzuteilen, durch Reichskommissare ersetzen, insbesondere durch den kommissarischen Verwalter, den Essener Oberbürgermeister Dr. BRACHT. Das Amt des preußischen Ministerpräsidenten übernahm VOM PAPEN als Reichskanzler selbst. Zwar erklärte SEVF.RING: »Ich werde nur der Gewalt weichen«, doch als diese in Gestalt eines Ixutnants und zehn Mann erschien, gab er auf, ohne die preußische Polizei, die bisher hinter der SPD-Regierung stand, zu alarmieren. Der preußische Polizeipräsident GRCZISINSKI sowie sein Stellvertreter Dr. WEISS und der Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst HEIMANNSBERG, ließen sich ohne Widerstand verhaften und in die Offiziersarrestanstalt Moabit bringen.[2]

Auch dieser Versuch, der dazu dienen sollte, die NSDAP von der Macht fernzuhalten, wirkte auf die Dauer nicht. Eine ausführliche Darstellung der damaligen Vorgänge bringt Ernst Rudolf HUBER.[3] Rolf Kosiek

[1] Zitiert von Fritz RICHTER, »Regieren mittels Geschäftsordnung«, in: *Stuttgarter Zeitung*, 17. 9. 1987.

[3] Kurt HIRSCH, »Der Staatsstreich am 20. Juli 1932«, in: *Die Tat,* 14. 7.1962, S. 12.

[3] Ernst Rudolf HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. VII, *Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik*, Kohlhammer, Stuttgart 1987.

Kommunisten verübten die meisten Überfälle 1932

In den letzten Jahren der Weimarer Republik verschärfte sich der politische Kampf auf den Straßen und führte zu vielen Überfällen und Anschlägen mit zahlreichen Todesopfern. In Nachkriegsdarstellungen



Wahlkampagne 1932 auf der Straße, hier in der Berliner Tauentzienstraße. Angehörige des >Stahlhelms< fahren an einer Kolonne des (Reichsbanners: vorbei. Am 14. Juli 1932 hatte die KPD einen Aufruf veröffentlicht: »Jede Vernachlässigung unseres Kampfes gegen die sozialfaschistischen Führer, jede Verwischung des prinzipiellen Grundsatzes zwischen uns und der SPD gefährdet die Durchführung unserer revolutionären Massenpolitik«.

wird meist behauptet, daß die Nationalsozialisten und ihre SA (Sturmabteilung) für diese Gewalt verantwortlich gewesen seien. Das ist falsch. Verschwiegen und verdrängt wird heute nur zu gern unter einer zunehmenden >antifaschistischen* Optik, die das brutale Auftreten der Kommunisten abschwächt und verschönt, daß im Gegenteil die Kommunisten in Wirklichkeit die weitaus größere Zahl von Gewalttaten bis 1933 verübten und die Auseinandersetzungen auf der Straße und in den Versammlungslokalen auch meist provozierten.

Für einige Wochen im Sommer 1932 gibt ein Bericht des Bevollmächtigten des Reichskommissars für Preußen, Dr, BRACHT, die jeweiligen Anteile an: »Wie Dr. BRACHT weiter mitteilt, hat eine Statistik der Überfälle vom I.Juni bis 20, Juli zu folgendem Ergebnis geführt (die Statistik umfaßt ganz Preußen außer Berlin): Ausgeführt wurden 322 Uberfalle, dabei gab es 72 Tote und 497 Schwerverletzte. In 203 Fällen waren die Angreifer Kommunisten, in 21 Fällen Reichsbannerleute und in 75 Fällen Nationalsozialisten, in 23 Fällen ist die Schuldfrage nicht geklärt.«[1]

[1] *Der Grenzbote (Heidenheimer Zeitung),* 6. 8.1932.

Das bedeutet, daß in rund zwei Drittel der hier aufgeführten Gewalttaten die Kommunisten die Verursacher waren, während der Anteil der NS-Leute weniger als ein Viertel betrug.

Am Tag vorher meldete der *Völkische Beobachter.* »Die furchtbare Blutbilanz des roten Bürgerkrieges: 8186 tote und verletzte Nationalsozialisten vom 1. Januar 1932 bis heute. 59 Tote beklagt die NSDAP allein in diesem Jahr. Im Jahre 1931 betrugen die Verlustziffern der NSDAP 6303 Tote und Verletzte.«[2]

In seinem Buch *Kampf um die Macht,* das die Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten eingehend beschreibt, stellt Christian STRIEFLER fest,[3] »daß zumindest in Berlin die Eskalation der politischen Gewalttaten von der KPD ausging« und »die Zahl der von ihr verübten Morde und Körperverletzungen wesentlich höher lag als die Zahl der von der NSDAP zu verantwortenden Opfer«:[4] Für 1931 gingen 4184 Opfer auf das Konto der Kommunisten, 2589 auf das der NS-Mitglieder.

In seiner Reichstagsrede vom 17. Mai 1933 erwähnte HITLER: »SA und SS hatten zufolge kommunistischer Mordüberfälle und Terrorakte in wenigen Jahren über 350 Tote und gegen 40000 Verletzte zu beklagen.«[5]

Die Statistik in der Literatur ergibt für die Anzahl der in den einzelnen Jahren von 1923 bis 1933 ermordeten Nationalsozialisten die folgenden Zahlen

	a[6]	b[7]
1923	22	21
1924	5	5
1925	3	5
1926	4	4
1927	5	5
1928	5	5
1929	11	10
1930	17	19
1931	43	38
1932	87	82
1933 (bis 22. 6.)	45	36
zusammen	247	230



Studenten nach einer Schlägerei 1932 vor der Berliner Universität.

Dabei sind unter a auch Opfer in Österreich aufgeführt. Hinzu kommen noch die Ermordeten in den folgenden Jahren in Österreich, allein im Jahre 1934 belief sich deren Zahl auf 120.

Rolf Kosiek

[2] *Völkischer Beobachter,* 5. 8. 1932.

[3] Christian STRIEFLER, *Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik,* Propyläen, Berlin 1994.

[4] Karlheinz WEISSMANN, »Zwischen Versailles und Moskau«, in: *Die Welt,* 19, 2. 1994.

[5] Max DOMARUS, *Hitler. Reden 1932 bis 1945,* R. Löwit, Wiesbaden 1973, Bd. 1,S. 275.

[6] Hans VOLZ, *Daten zur Geschichte der NSDAP,* Ploetz, Berlin [5]1934.

[7] Walter M. ESPE, *Das Buch der NSDAP,* 1934.

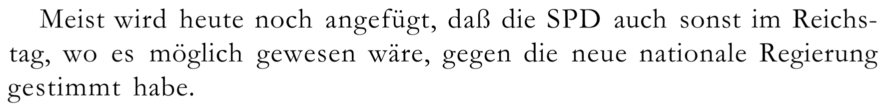
Zum Widerstand der SPD 1933

In zeitgenössischen Betrachtungen zur Machtübernahme HITLERS und zum Jahre 1933 wird allgemein hervorgehoben, daß die SPD als einzige Partei dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 nicht zugestimmt habe, was richtig ist. Verschwiegen wird jedoch meist, daß die SPD an diesem Tag durch ihren Parteivorsitzenden Otto WELS (1873-1939) im Reichstag HITLERS außenpolitischem Programm zustimmte.



Otto WELS, Partei-Vorsitzender der SPD und ehemaliger Stadtkommandant von Berlin.

WELS erklärte zu Beginn seiner Oppositionsrede ausdrücklich: »Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben.« Er fügte unter dem Beifall seiner Fraktion hinzu: »Ich darf mir wohl in diesem Zusammenhang die persönliche Bemerkung gestatten, daß ich als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz am 3. Februar des Jahres 1919, der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten bin,«[1] Max DOMARUS kommentierte diese Zustimmung mit: »Kein einziger Abgeordneter aber hatte etwas an dem außenpolitischen Programm der Regierung HITLER auszusetzen. Alle, auch die Sozialdemokraten, erklärten sich damit einverstanden.«[2]



Meist wird heute noch angefügt, daß die SPD auch sonst im Reichstag, wo es möglich gewesen wäre, gegen die neue nationale Regierung gestimmt habe.

Das ist ebenso falsch. Richtig ist, daß die SPD noch im Mai 1933 im Reichstag der HitlER-Regierung ausdrücklich zugestimmt und damit maßgeblich zu deren Ansehen und Verwurzelung im Volk beigetragen hat. Insbesondere geht es dabei um folgendes:

Nach den ersten Monaten der nationalen Regierung mehrten sich im Ausland sozialistische Stimmen, die Sanktionen gegen Deutschland, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, forderten. Diese Pläne sprach HITLER in seiner Reichstagsrede vom 17. Mai 1933 an.[3] Die SPD hätte hier Gelegenheit gehabt, auch gegen die neue deutsche Regierung aufzutreten und gegen sie zu stimmen, insbesondere, nachdem seit dem 1. Mai die Gewerkschaftshäuser ohne Widerstand enteignet und der Deutschen Arbeitsfront (DAF) übergeben worden waren. Doch die SPD-Retchstags-

[1] Max **DOMARUS,** *Hitler. Reden 1932 bis 1945,* **R. Löwit,** Wiesbaden 1973, Bd. 1,S. 239.

[2] Ebenda, S. 237.

[3] Ebenda, S. 278.

Fraktion stimmte an diesem Tag einstimmig der »Erklärung der Reichsregierung« zu, entwertete damit die ausländischen Stimmen gegen HITLER und verschaffte dessen Regierung das bis dahin noch fehlende Ansehen im Ausland/[4]

Die von NSDAP, DNVP, Zentrum und Bayerischer Volkspartei für den 17. Mai beantragte Entschließung hatte folgenden Wortlaut: »Der Reichstag wolle beschließen: Der Deutsche Reichstag als die Vertretung des deutschen Volkes billigt die Erklärung der Reichsregierung und stellt sich in dieser für das Leben der Nation entschiedenen Schicksalsfrage der Gleichberechtigung des Deutschen Volkes geschlossen hinter die Reichsregierung.« Die Entschließung wurde durch Aufstehen der Abgeordneten von den Plätzen angenommen, wobei sich auch alle SPD-Abgeordneten erhoben und man gemeinsam das Deutschlandlied sang: »Nach der Rede HITLERS billigte der Reichstag diese Regierungserklärungeinstimmig. Auch die Sozialdemokraten stimmten geschlossen dafür. Es war ihr letztes Auftreten vor dem Verbot. Aber sie hatten sich ja schon am 23. März mit HITLERS Außenpolitik einverstanden erklärt.«[5]

Hermann GÖRING; stellte als Reichstagspräsident nach der Abstimmung fest: »Männer und Frauen. Ich habe dem nichts mehr hinzuzusetzen. Die Welt hat gesehen, das deutsche Volk ist einig, wenn es um sein Schicksal geht.« Nach dem gemeinsamen Singen des Deutschlandliedes durch die Abgeordneten erklärte der Reichstagspräsident noch einmal ausdrücklich für das Protokoll: »Ich stehe noch fest, damit es im Protokoll vermerkt wird, daß die Annahme einstimmig durch sämtliche Parteien erfolgt ist.«[6]

Hinzu kommt, daß Hm ER in dieser Regierungserklärung vom 17. Mai 1933 auch eine ausdrückliche Ehrenerklärung für die SA, die SS und den Stahlhelm, den 1918 von Franz SELDTE gegründeten Bund der Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges, abgegeben hatte, indem er erklärte, daß diese Verbände maßgeblich die Niederschlagung des »kommunistischen Terrors« zum Ziel gehabt hätten. Selbst dagegen erhob die SPD keinen Widerspruch, sondern dem stimmten die SPD-Abgeordneten mit ihrem Aufstehen von den Plätzen auch zu. Rolf Kosiek

[4] »Vertrauensvotum der SPD für Hitler«, in: *Deutsche Nachrichten,* 12. 5. 1967.

[5] DOMARÜS, aaO. (Anm. 1), S. 279.

[6] Protokoll der Reichstagssitzung vom 17. 5. 1933.

[7] DoMARus, aaO. (Anm. 1), S. 275.

Wurde Hitler von der Ostküste finanziert?

Seit Anfang der dreißiger Jahre halten sich Gerüchte, daß HITLER und seine Partei mit Hunderten von Millionen Mark aus jüdischen Kreisen der USA finanziert worden seien. 1933 erschien ein Buch von einem Sidney P. WARBURG[1] darüber, wonach der Parteiführer in drei Raten 128 Millionen Reichsmark bekommen habe. Das Buch wurde dann bald vom Markt genommen - anscheinend vom Verlag selbst zurückgezogen -, blieb aber in wenigen Exemplaren erhalten. Das angebliche englische Original ist verschollen.



1999 erschien unter dem Namen Sidney WARBURG das Buch *Hitler's Secret Bakkers.*

Im Jahre 1983 wollte der angesehene Droemer-Verlag in München mit diesem Buch als Sensation herauskommen. Doch der Verlag schreckte dann vor einer Veröffentlichung zurück, denn: »Die Echtheit des Dokuments habe nicht nachgewiesen werden können.«[2]

Die Hamburger Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus bescheinigte, daß es sich um eine bereits 1954 erwiesene Fälschung handele.

Im Jahre 1948 erschien ein Buch .*Spanischer Sommer* von Severin REINHARD[3] mit ähnlichem Inhalt, eine weitere Schrift zu dem Thema von Heinz SCHOLL später, in der von 178 Millionen Reichsmark die Rede ist.[4] Ausländische Zeitungen[5] schrieben ebenso von jüdischen Zahlungen an HITLER, wenn auch in sehr viel geringerer Höhe.

In seinem Buch ***Hexen-Einmal-Eins einer Lüge***[6] widmete Emil ARETZ ein Kapitel »Hitlers ausländischen Geldgebern«. Darin werden viele Zitate

[1] Zuerst in Holland als *De Geldbronnen van hetNationaal-Socialisme. Drie Gesprekken met Hitler door Sidney Warburg vertaald door J.G. Schoup*, Van Holkema &Warendor. Amsterdam 1933, deutsche Übersetzung in der Landesbibliothek in Bern, Schweiz. Nach dem Vorwort hat SCHOUP, der »Übersetzen der Gespräche, von WARBURG das englische Manuskript mit der Bitte um Ubersetzung erhalten. Da es keinen Sidney in der Familie WARBURG gibt, sollte es sich bei diesem um James P. WARBURG handeln.

[2] H. H. (Heinrich HÄRTLE), »Judengeld für Hitler?« in: *Deutsche Monatshefte,* Juni 1983, S. 37.

' Severin REINHARD, *Spanischer Sommer,* Ähren, Zürich 1948; *Prometheus,* Buenos Aires [2]1952.

[4] Heinz SCHOLL, *Von der Wallstreet gekauft,* VHZ, Euskirchen, o. J. Dort wird auch das betreffende Kapitel aus REINHARDS Buch (Anm. 3) wörtlich wiedergegeben (S, 53-141) wie auch Auszüge aus dem sog. Konstantin-Bericht (S. 35-52) zu den Unterlagen im Abegg-Archiv in der Schweiz .

[5] So z. B. die Baseler *National-Zeitung,* 28. 1. 1937, mit 10 Millionen Dollar.

[6] Emil ARETZ, *Hexen-Einmal-Eins einer Lüge,* Hohe Warte, Pähl[4]1972, S. 217-246.

aus Sidney WARBURGS Buch gebracht und die einzelnen Schritte des Vorgehens gegen dieses beschrieben. Der Verfasser hält die Vorwürfe gegen HITLER für berechtigt.

Der in London geborene Antony C. SUTTON brachte 1976 das Buch ***Wall Street and tbe Rise of Hitler*** heraus.[7] Er kam zu dem Ergebnis, daß vor 1933 nur geringe Gelder von US-Firmen und Banken an die NSDAP flössen, nach 1933 über deutsche Tochterfirmen mehr, wobei amerikanische Unternehmen bis weit in den Zweiten Weltkrieg gut verdient hätten. Er widmete das Kapitel 10 seines Buches[8] dem »Mythos von »Sidney Warburg<«. Nach seinen Forschungen gab es einen Sidney WARBURG gar nicht, handelte es sich um ein Pseudonym, war das Buch eine Fälschung. Er brachte auch den Text einer eidesstattlichen Erklärung von James Paul WARBURG, dem Familienoberhaupt der amerikanischen Bankiersfamilie, vom 15. Juli 1949, der sich darin von dem Sidney WARBURG-BUCII distanziert.





Von oben: Antony C. SUTTON (1925-2002) und James Paul WARBURG (1896-1969).

Im Jahre 1983 erschien Sidney WARBURGS Buch von 1933 in einer Neuauflage mit dem Anspruch auf Glaubwürdigkeit.[9] In einer ausführlichen Einleitung schilderte der Herausgeber den historischen Hintergrund, und im Anhang wurde die bisherige Geschichte der Veröffentlichung dargelegt. Zweifel an der Authentizität der Veröffentlichung wurden auszuräumen versucht.

Schon früh sprachen sich führende Zeitzeugen wie der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar SCHACHT gegen die Gerüchte von einer Finanzierung der NSDAP vor 1933 durch Millionen Reichmark von US-Banken aus. Nach Kriegsende nahm der frühere Reichskanzler (1932) und Vizekanzler (1933-1934) unter HITLER, Franz VON PAPEN (1879-1969), in seinen Erinnerungen zu dem Sidney WARBURG-BUCII ausführlich Stellung,[1"] sprach von »schmutzigen Gerüchten« und versicherte insbesondere, daß er im Gegensatz zu den Behauptungen des Buches keinen Pfennig für HITLER oder dessen Bewegung beigesteuert habe »weder aus eigenen noch aus anderer Leute finanziellen Quellen«.[11] Auch nahe Mitarbeiter HITLERS, wie der angesehene Bankier und Hamburger Erste Bür-

Antony C. SUTTON, *Wallstreet and the Rise of Hitler,* '76 Press, Seal Beach (Kalifornien) 1976; deutsch: *Wall Street und der Aufstieg Hitlers,* übersetzt von Helmut HERTTRICH, O. O. 1997.

[8] Ebenda, S. 131—i 46 der deutschen Übersetzung .

[9] Ekkehard FRANKE-GRICKSCH (Hg.), *So wurde Hitler finanziert. Das verschollene Dokument von Sidney Warburg über die internationalen Geldgeber des Dritten Reiches,* Diagnosen, Leonberg 1983.

[10] Franz VON PAPEN, *Der Wahrheit eine Gasse,* Paul List, München 1952, S. 257 ff.

[11] Ebenda, S. 259.

germeister (1933-1945) Carl Vincent KROGMANN, erklärten, daß eine solche finanzielle Hilfe aus den USA — und damit politische Abhängigkeit — nicht stattgefunden habe. Ebenso versicherten Zeitzeugen wie Dr. Hans RIEGELMANN, Saarbrücken, daß dieses Gerücht jeder Wirklichkeit entbehre.

Die Unterstützung HITLERS durch deutsche Unternehmen vor 1933 untersuchte der Würzburger Historiker Rainer F, SCHMIDT, der auch zu dem Ergebnis kam, daß eine solche Hilfe unbedeutend war und sich die Partei vor 1933 vor allem aus kleinen Spenden ihrer Anhänger und aus dem geschickten Verkauf verschiedener Artikel finanziert habe.[12]

[12] Siehe Beitrag Nr. 75, »NS-Finanzierung durch deutsche Großindustrie?«

Rolf Kosiek

Aus der eidesstattlichen Erklärung von James Paul WARBURG, vom 15. Juli 1949:[13]

»... 2. Es gab keine Person mit Namen Sidney Warburg< in New York City im Jahre 1933 und auch sonstwo zu dieser oder zu irgendeiner anderen Zeit, soweit mir bekannt ist,

3. Ich habe niemals ein Manuskript, Tagebuch, Notizen, Telegramme oder irgendwelche anderen Dokumente an irgendeine Person zur Übersetzung und Publikation in Holland gegeben, und besonders habe ich niemals solche Unterlagen an den angeblichen J. G. SHOLJP in Antwerpen gegeben. Nach bestem Wissen und Erinnerung habe ich mich niemals mit einer solchen Person getroffen, ..

7. Ich hatte nirgendwo und zu keiner Zeit eine Diskussion mit HITLER, mit irgendeinem Naziführer oder sonst jemandem wegen Unterstützungsgeldern für die Nazipartei...

8. Im Februar 1933 (siehe Seiten 191 und 192 des Buches *Spanischer Sommer),* als ich angeblich HITLER die letzte Abschlagzahlung des amerikanischen Geldes gebracht habe und ich sowohl von GORING und GOEBBELS als auch HITLER empfangen wurde, kann ich nachweisen, daß ich keineswegs in Deutschland war. Ich habe niemals einen Fuß nach Deutschland gesetzt, nachdem die Nazis im Januar 1933 an die Macht gekommen sind. Im Januar und Februar war ich in New York und Washington, wo ich in meiner Bank arbeitete und mit der Wahl des Präsidenten und der nachfolgenden Bankenkrise beschäftigt war. Nachdem Mr. ROOSEVELT am 3. März 1933 im Amt war, habe ich ununterbrochen mit ihm gearbeitet, indem ich ihm half, die Tagesordnung für die Welt-Wirtschafts-Konferenz aufzustellen, zu welcher ich als Finanzberater Anfang Juni geschickt wurde. Hierüber gibt es eine Anzahl veröffentlichter Berichte.«

[13] Antony C. SUTTON, *Wall Street und der Aufstieg Hitlers,* übersetzt von Helmut HERTTRICH, o. (). 1997, S. 141-144.



Drittes Reich

Berlin - unter den Linden - am 30. Januar 1933. Die Weimarer Republik ist am Ende, und das politische Kalkül eines Kurt VON SCHLEICHER sollte nicht aufgehen: »Wir nehmen den Kerl [HITLER] in die Mitte und hängen ihm zwei Gewichte an. Auf der einen Seite mich, auf der anderen den alten Herrn [Hindenburg] und seine Autorität. Da werden wir den Mann schon kirre kriegen.«

Der >jüdische Krieg< 1933

HITLERS Machtübernahme am 30. Januar 1933 war ein legaler Akt: Der Führer der aus den vorhergehenden demokratischen Wahlen als stärkste hervorgegangenen Partei wurde vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt. Er stellte in kurzer Zeit eine zum ersten Male seit längerer Zeit wieder von einer Mehrheit im Reichstag unterstützte Regierung vor, in der die Zahl der NSDAP-Minister in der Minderheit war. Seit mehr als einem Jahrzehnt war sein Parteiprogramm bekannt, das unter anderem wie auch zahlreiche andere Parteiprogramme und Vereinigungssatzungen im In- und Ausland zu dieser Zeit antisemitische Bestimmungen enthielt.

Sehr schnell begann im Ausland eine heftige Kampagne gegen das Deutsche Reich und seine neue Regierung, die auch vor den größten Lügen nicht zurückschreckte und das internationale Klima vergiftete. Ein wertvolles Zeitzeugnis über diese unberechtigten Anschuldigungen gegen Deutschland ist ein Bericht der angesehenen *Neuen Zürcher Zeitung* vom 1. April 1933[1] über die damaligen Verhältnisse in der ausländischen Presse. Es heißt in dieser ausländischen Zeitung in erfreulicher Klarheit:

»Die Berliner haben zu ihrer größten Überraschung aus englischen, amerikanischen, polnischen und tschechischen Blättern erfahren müssen, daß Berlin seit dem 5, März Zentrum gewalttätigster Judenverfolgungen sei. So vernahm man zum Beispiel, der dieser Tage verstorbene Seniorchef des großen Berliner Ullstein-Verlags sei nicht an den Folgen einer Gallen **Steinoperation** friedlich im Kreis der Seinigen verschieden, sondern wegen seiner jüdischen Herkunft zusammen mit seiner Frau von Nationalsozialisten gefangengenommen, in einen Keller gesperrt, dort gefoltert und hingemordet worden. Der Ullstein-Verlag dementierte sofort in Warschau und New York diesen tollen Schwindel. Das half nichts, er blühte alsbald in Prag munter wieder auf, obgleich von Prag nach Berlin der Weg gar nicht weit ist und reichlich Gelegenheit besteht, sich über Vorkommnisse in Berlin zutreffend zu informieren.«

Das Schweizer Blatt fuhr dann fort: »Ferner erfuhren wir schaudernd, ebenfalls aus englischen und amerikanischen Blättern, daß vor das Portal des großen jüdischen Friedhofs in Berlin-Weißensee fast jede Nacht zerstückelte Leichname von erschlagenen Juden geworfen würden. Allerdings erklärte der jüdische Friedhof-Inspektor alsbald, das sei eine scham-

[1] »Der >jüdische< Krieg«, in: *Neue Zürcher Zeitung,* 1. 4. 1933, S. 2, Morgenausgabe, Nachdruck in: *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 301, 27,12 . 2000, in der Reihe »Das 20. Jahrhundert im Spiegel der NZZ«.

lose Lüge; niemals sei derartiges vorgekommen. Trotzdem nahm auch diese Schauergeschichte weiter ihren Weg durch englische, amerikanische usw. Blatter, die uns des weiteren unterrichteten, daß auf den öffentlichen Plätzen Berlins herdenweise jüdische Mädchen zusammengetrieben würden, um dort mißhandelt zu werden. Auch seien in Genf viele aus Deutschland geflüchtete Juden eingetroffen, deren Kinder, verstümmelt und mit Wunden bedeckt, dort das öffentliche Mitleid erregten.«

Auch auf die Folgen solcher unverantwortlichen Propagandamärchen wies die Schweizer Zeitung hin, wenn sie bemerkte: »Daß von solchen und ähnlichen faustdicken Lügenberichten in der Auslandspresse hier mit wachsender Entrüstung Kenntnis genommen wurde, liegt auf der Hand, ebenso, daß die hier schon vorhandene antisemitische Stimmung dadurch gesteigert wurde. Die Greuelpropaganda beschränkte sich aber nicht bloß darauf, von schweren Judenverfolgungen zu berichten, die schilderte auch die angeblich vorgekommenen grausamen Mißhandlungen und Tötungen in Haft genommener Kommunisten und Sozialdemokraten, besonders wurde THALMANN, der Chef der Kommunistischen Partei, wiederholt grausam totgesagt. Wie bekannt, hat dann die deutsche Regierung Vertrauensleuten der fremden Diplomatie und Vertretern der ausländischen Presse Gelegenheit gegeben, sich mit eigenen Augen von dem leiblichen Wohlsein der angeblich Mißhandelten oder gar Totgesagten zu überzeugen und aus ihrem Munde zu hören, daß ihnen körperlich nichts zu Leide geschah, daß sie ordentlich verpflegt und menschlich behandelt würden.«

Abschließend wies die Schweizer Zeitung darauf hin, daß diese ausländische Lügenpropaganda bei den Juden in Deutschland bereits Besorgnis ausgelöst habe und daß die ***Frankfurter Leitung,*** »der niemand antisemitische Neigungen nachsagen kann«, die erste Zeitung gewesen sei, »welche rundweg erklärte, die antisemitische Strömung in Deutschland sei eine innerdeutsche Angelegenheit, in die sich das ausländische Judentum nicht einzumischen habe«.

Ein Kommentar dazu erscheint eigentlich überflüssig. Man muß eben für ein abgewogenes Urteil über die betreffenden Verhältnisse die ganze Umgebung der damaligen Zeit sachlich betrachten und nicht nur einseitig verzerrte Berichte zugrunde legen. Rolf Kosiek

Erklärung deutscher Juden zum 30. 1. 1933:



»Wir Mitglieder des im Jahre 1921 gegründeten Verbandes nationaldeutscher Juden haben stets im Krieg und Frieden das Wohl des deutschen Volkes und Vaterlandes, dem wir uns unauflöslich verbunden fühlen, über unser eigenes Wohl gestellt. Deshalb haben wir die nationale Erhebung vom Januar 1933 begrüßt, obwohl sie gegen uns selbst Härten brachte, denn wir sahen in ihr das einzige Mittel, den in 14 Unglücksjahren von undeutschen Elementen angerichteten Schaden zu beseitigen.«

in: Peter KLEIST, *Auch Du warst dabei,* Kurt Vowinckel, Heidelberg 1952.

Rabbiner Dr. Leo Baeck, Präsident der >Reichsvereinigung der Juden in Deutschland«, erklärte im Mai 1933:



»Die nationale deutsche Revolution, die wir durchleben, hat zeik ineinandergehende Richtungen: den Kampf zur Überwindung des Bolschewismus und die der Erneuerung Deutschlands. Wie stellt sich das deutsche Judentum zu diesen beiden? Der Bolschewismus ist, zumal in seiner Gottlosenbewegung, der heftigste und erbittertste Feind des Judentums, die Ausrottung der jüdischen Religion ist sein Programm. Ein Jude, der zum Bolschewismus übertritt, ist ein Abtrünniger. Die Erneuerung Deutschlands ist ein Ideal und eine Sehnsucht innerhalb der deutschen Juden.«

in: Heinrich HARTLE, *Deutsche und Juden,* Druffel, Leoni [2]1957.

Am 21. Juni 1933 veröffentlichte die >Zionistsiche Vereinigung für Deutschland< eine Grundsatzerklärung, in der es hieß:



Wir wollen auf dem Boden des neuen Staates, der das Rassenprinzip aufgestellt hat, unsere Gemeinschaft in das Gesamtgefüge so einordnen, daß auch uns, in der uns zugewiesenen Sphäre, eine fruchtbare Betätigung für das Vaterland möglich ist. . . Wir glauben an die Möglichkeit eines ehrlichen Treueverhältnisses zwischen diesem artbewußten Judentum und dem deutschen Volk.«

in: Heinrich HÄRTLH, ebenda.

Der Rabbiner Elic Munk aus Ansbach schrieb Hitler 1934:



»Ich lehne die Lehren des Marxismus vom jüdischen Standpunkt aus ab und bekenne mich zum Nationalsozialismus, natürlich ohne seine antisemitische Komponente. Ohne den Antisemitismus würde der Nationalsozialismus in den überlieferungstreuen Juden seine treuesten Anhänger finden.«

in: Heinrich HARTLE, ebenda.

Zur >Kristallnacht< 1938

Das auf jeden Fall abzulehnende Pogrom gegen deutsche Juden am 9. November 1938, heute meist anklagend >Kristallnacht< oder >Reichskristallnacht< genannt, wird allgemein als das Paradebeispiel für den Antisemitismus der NSDAP und als der Beginn der verschärften Judenverfolgung im Dritten Reich angeführt. Nach herrschender Meinung, wie sie etwa GRAML vertritt,[1] liegen die Verhältnisse klar: Die NS-Führung, insbesondere der Reichspropagandaminister Dr. Joseph GOEBBELS, gab die entsprechenden Befehle, die dann vor allem von der SA ausgeführt wurden. Philipp JENNINGF.R erklärte in seiner Rede zum 50. Jahrestag vor dem Bundestag 1988: »Bei den Ausschreitungen handelte es sich nicht etwa um die Äußerungen eines wie immer motivierten spontanen Volkszorns, sondern um eine von der damaligen Staatsführung erdachte, angestiftete und geförderte Aktion.« Oder es wird behauptet: »Es wurde die völlige Zerstörung des jüdischen Besitzes durch einen von der Partei zu inszenierenden und zu lenkenden Pogrom befohlen.«[2] Manchmal heißt es, daß »sämtliche« Synagogen im Deutschen Reich zerstört worden seien.

Doch das trifft nicht zu. Trotz eifriger Forschung scheint manches noch unklar an den Hintergründen und am Verlauf dieser zu verurtei-

[1] Hermann GRAML, Der *9. November 1939. »Reichskristallnacht«,* Bonn 1958.

[2] Ebenda.



Jüdisches Cafe in Berlin nach dem Pogrom vom 9. November 1939.

lenden Vorgänge zu sein, und viele Widersprüche bestehen. Die allgemein anerkannten Tatsachen, die sich aus verschiedenen Berichten ergeben, sind:

1. Die Zahl der Todesopfer lag zwischen 36 und 91, Es wurden zwischen 10000 und 35 000 Juden verhaftet, von denen die meisten am folgenden Tag wieder freigelassen wurden. Damals lebten noch rund 200 000 Juden im Reich.

2. Es wurden von rund 1420 bestehenden Synagogen 101 durch Brand zerstört und 76 beschädigt, insgesamt also 12 Prozent in Mitleidenschaft gezogen,

3. Es wurden zwischen 840 und 7500 Geschäfte und Warenhäuser von rund 100000 im Reich bestehenden sowie 171 Wohnhäuser zerstört oder beschädigt.

Zur Vorgeschichte

Am 4. Februar 1936 erschoß der in Jugoslawien geborene und in Frankfurt bei seinen jüdischen Eltern aufgewachsene David FRANKFURTER in Davos in Graubünden, wo es keine Todesstrafe bei Mord gab, Wilhelm GUSTLOFF, den Fandesgruppenleiter der Auslandsorganisation der NSDAP in der Schweiz. Er wurde zu 18 Jahren Haft verurteilt, schon 1945 endassen, ging nach Israel und lebte von deutscher Wiedergutmachung. Wahrscheinlich hatte er Hintermänner, in deren Auftrag er gehandelt hat, um zu provozieren

Am Morgen des 7. November 1938 ging der wegen Schwierigkeiten in deutschen Schulen seit zwei Jahren bei einem Onkel in Paris lebende 17jährige Herschel GRYNSZPAN, dessen Eltern als polnische Juden nach Deutschland gekommen und kurz vorher in der deutsch-polnischen >Paßkrise< vom Ende Oktober 1938 wieder an die polnische Grenze abgeschoben worden waren, in die Pariser deutsche Botschaft und schoß auf den ihm dort begegnenden Botschaftssekretär Ernst VOM RATH. Der schwer verwundete Beamte wurde operiert, starb jedoch am Nachmittag des 9. November 1938. Am Ort der Tat wurde der Mörder von französischer Polizei verhaftet. Die französischen Ermittlungen zogen sich bis Kriegsbeginn hin. Nach dem Frankreich feldzug 1940 wurde GRYNSZPAN den Deutschen übergeben und nach Berlin gebracht. Ein Prozeß wurde vorbereitet, fand aber nie statt. Entgegen Nachkriegsberichten wurde GRYNSZPAN von den Deutschen nicht >ermordet<, sondern überlebte und ging unter anderem Namen nach 1945 nach Paris. Seine Familie gelangte mit Hilfe des »American Joint Distribution Committee< vollzählig nach Palästina. GRYNSZPANS Überleben wie die Auswanderung der unbemittelten Familie sind gleicherweise seltsam.





Von oben: Herschel GRYNSZPAN und Ernst VOM RATH.

Die beiden Morde von 1936 und 1938 haben manches gemeinsam. Sie hatten offenbar Hintermänner. So meldete sich in beiden Fälien am Tag nach der Verhaftung als Verteidiger ein Rechtsanwalt Moro GIAFHERI aus Paris für den Mörder, aus freien Stücken, wie er betonte. Die Schweizer Behörden lehnten ihn 1936 ab. Er war ein guter Bekannter von Bernard LECACHE, einem aus Odessa stammenden Zionisten, der in Paris die >Ligue internationale contre Pantisemitisme* (LIGA), eine deutschfeindliche Organisation, leitete. Dieser schrieb im Organ der LICA: »Grünspan, Du bist freigesprochen: Sache der »Jüdischen Weltliga< ist es, die moralische und wirtschaftliche Blockade des Hitler-Deutschlands, den Boykott gegen die Henker zu organisieren, Sache der »Jüdischen Weltliga< ist es, alle GRÜNSPANS der Welt, Juden, Neger, Mohammedaner und Christen zu verteidigen. Unsere Sache ist es, unversöhnliche Feinde Deutschlands und Italiens zu sein,, , Unsere Sache ist es, Deutschland, dem Staatsfeind Nummer 1, erbarmungslos den Krieg zu erklären.«[3] Kurz darauf wiederholte er solche Gedanken im selben Organ: »Es ist unsere Sache, die moralische und wirtschaftliche Blockade Deutschlands zu organisieren und diese Nation zu vierteilen. . . Es ist unsere Sache, endlich einen Krieg ohne Gnade zu erwirken,«[4]



Bernard LECACHE verfaßte unter anderem das Buch *Quand Israel meurt* (Wenn Israel stirbt).

Ablauf des 9. November 1938

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, als die Führer der NSDAP mit HITLER in München wie alljährlich ihr Erinnerungstreffen an den Marsch auf die Feldherrnhalle von 1923 begingen, kam es dann an vielen deutschen Orten, aber nicht überall, zu den Ausschreitungen gegen jüdische Besitzungen und Synagogen, Dabei wurden nach den verschiedenen Angaben 36 bis 91 Juden getötet und an rund 170 der 1420 Synagogen in Deutschland Brandanschläge verübt. In manchen Fällen, so bei der Berliner Hauptsynagoge, konnte die Polizei Zerstörungen verhindern.

Umstritten ist, wer die Befehle dazu ausgegeben hat, die viele örtliche SA-Leitungen erhielten. Meist wird GOEBBELS dafür verantwortlich gemacht. Tatsache ist, daß am späten Nachmittag die Teilnehmer des Münchener Treffens erfuhren, daß VOM RATH seinen Verletzungen erlegen war. HITLER verließ gegen 21 Uhr die Versammlung. Dann soll nach herrschender Lehre GOEBBELS hektische Befehle zu den Ausschreitungen gegeben haben.

Die Benachrichtigung der örtlichen SA-Stellen und deren Mobilisierung ihrer unvorbereiteten Mannschaften zu den Anschlägen dürfte einige Zeit in Anspruch genommen haben.

[3] LI *Droit de Vivre,* 9. 11. 1938.

[4] Ebenda, 18. 11. 1938.

Tatsächlich ereigneten sich die ersten Ausschreitungen bereits am späten Nachmittag. Als diese dann in München bekannt wurden, erfolgte nach einiger Hektik um 2 Uhr 56 in der Nacht ein Fernschreiben vom Stab des Führers »an alle Gauieitungen zur sofortigen Veranlassung«. Darin heißt es: »Auf ausdrücklichen Befehl allerhöchster Stelle (also des Reichskanzlers) dürfen Brandlegungen an jüdischen Geschäften oder dergleichen auf gar keinen Fall und unter gar keinen Umständen erfolgen.«[5]

Ein erstes Fernschreiben ähnlichen Inhalts hatte der Chef des SD, Reinhard HEYDRICH, bereits kurz vorher um 1 Uhr 30 von München aus an alle Polizeistellen in Deutschland versandt. GOEBBELS gab um Mitternacht ebenfalls aus München der Presse folgende Mitteilung durch: »Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen. Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Vergeltungsaktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen.«

Ein erstaunlicher Punkt ist ferner die Tatsache, daß die Feuer an den Synagogen anscheinend nach einem einheitlichen Schema gelegt wurden und kein Fall bekannt wurde, in dem der von außen eindringende Mob den Brand auslöste. Bei den untersuchten Fällen wurde festgestellt, daß ein heimlich gelegter Brandherd in den oberen Etagen der Synagogen langsam vor sich hin zündelte und sich nach und nach mit anderen vorbereiteten Brandherden verband. Der Brand wurde erst bemerkt, als die Flammen aus den Fenstern schlugen. 174 Angehörige nationalsozialistischer Gliederungen wurden anschließend vom Parteigericht der NSDAP wegen Straftaten im Zusammenhang mit den Ausschreitungen verurteilt, jedoch keiner wegen Brandstiftung.

Eigenartig ist der Brand der Münchener Synagoge, die sich in unmittelbarer Nähe des Hotels >Vier Jahreszeiten« befand, in dem die NS-Prominenz abgestiegen war. Dr. Werner BEST, Ministerialdirigent im Innenministerium und juristischer Berater der Staatspolizei, berichtete als Zeuge vor dem Nürnberger Militärtribunal am 31. Juli 1946 über diese Nacht: »Ich weiß aus eigenem Erleben, daß HEYDRICH, der damalige Chef der Sicherheitspolizei, von den Ereignissen völlig überrascht wurde, denn ich war mit ihm zusammen, als wenige Meter von dem Hotel, in dem wir uns befanden, eine Synagoge in Brand hochging, und wir hatten nichts davon gewußt. HEYDRICH eilte daraufhin zu HIMMLER, wurde dort infor-

[5] Nach Bundesarchiv Koblenz, Az.: NS 6/231.

miert und erhielt Befehle, die er dann an die Behörde der Staatspolizei weitergab.«'[1] Dieses Rundschreiben wurde oben bereits erwähnt.

Ist es denkbar, daß Parteistellen diese Synagoge, deren Feuer auf das in der Nähe liegende Hotel mit den NS-Führern überzuspringen drohte, anzündeten? Eine den Brand verursachende Menge wäre auch sicher von der Bewachung des nahen Hotels bemerkt und abgedrängt worden.



Die unmittelbare Reaktion einiger amerikanischer Vereinigungen auf die November-Ereignisse in Deutschland.

Rudolf JORDAN, der damalige Gauleiter des Gaues Magdeburg-Anhalt, schrieb nach dem Krieg ausführlich über diesen Abend und den folgenden Tag in seinen Erinnerungen. Nach HITLERS Weggang hätten GOEBBELS und HEYDRICH - HIMMLER sei nicht mehr da gewesen - über verständliche spontane Ausschreitungen gegen Juden im Reich informiert und erklärt, daß sich die Polizei bei solchen verständlichen Empörungsaktionen reserviert verhalten würde. Von seinem Hotel rief JORDAN dann gleich seinen Gaugeschäftsführer an, der ihm mitteilte, daß »sich zwar einige kleinere antisemitische Rüpeleien ereignet hätten, daß ihm jedoch von Verfügungen an die Polizei noch nichts bekannt geworden sei. Er versprach, mich anzurufen, falls ernstere Vorkommnisse zu berichten seien«. Ein weiterer Anruf aus Dessau an JORDAN erfolgte jedoch nicht.

Am folgenden Morgen las JORDAN in den *Münchener Neuesten Nachrichten,* es sei in seiner Gauhauptstadt Dessau »zu spontanen Demonstrationen gegen die Juden gekommen. Die Bevölkerung machte ihrem Abscheu der feigen Mordtat in Paris gegenüber Luft. Die Polizei wurde zum Schutze der Juden eingesetzt«.[8] Dann »erhielt ich von meinem Stellvertreter im Gau einen telefonischen einstweiligen Bericht über die Vor-

[6] Internationaler Militärgerichtshof (Hg.), *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof,* Nürnberg 1948, Bd. XX, S, 151.

[7] Rudolf JORDAN, *Erlebt und erlitten. Wegeines Gauleiters von München bis Moskau*, Druffel, Leoni 1971, S. 183.

gänge im Gau Magdeburg-Anhalt. Hier hatte es einzelne Schaufensterexzesse und einen Synagogenbrand gegeben. .. Mein Stellvertreter bestätigte mir auf meine Rückfrage nochmals, daß die Aktionen ohne Beteiligung der Gauleitung stattgefunden hätten und daß ihr gleichzeitiger Ablauf auf eine von außerhalb des Gaues erfolgte zentrale Steuerung schließen lasse. In mehreren Fällen waren den Akteuren, die nach dem Klirren der Schaufensterscheiben meist fluchtartig in der Dunkelheit verschwanden, nach kurzer Zeit Gruppen asozialer Elemente, darunter auch Frauen, gefolgt, die Schaufenster plünderten«.[9] JORDAN schloß am nächsten Tage zwei SA-Männer, die sich an jüdischen Personen und Sachwerten vergriffen hatten, aus der Partei aus; zudem wurden sie von ordentlichen Gerichten zu Freiheitsstrafen verurteilt.[10]





Der Gauleiter des Gaues Magdeburg-Anhalt, Rudolf JORDAN, und der Chef der Berliner Polizei, Wolf Heinrich Graf VON HEUDORF.

Zur Frage, ob GOEBBELS an dem Pogrom schuldig sei, hat dessen langjähriger Adjutant Friedrich Christian Prinz zu SCHAUMBURG-LIPPE berichtet, daß er unbemerkt Zeuge eines Gesprächs seines Ministers mit dem Polizeichef HELLDORF von Berlin, wo die meisten Übergriffe stattfanden, wurde. Dabei habe GOEBBELS in bezug auf die kurz vorher erfolgte Kristallnacht sehr aufgebracht unter anderem erklärt: »Das Ganze ist ein grober Unfug. Sooo kann man das Judenproblem auf keinen Fall lösen. So nicht. Man macht sie ja nur zu Märtyrern, Und dann? — Vor der ganzen Welt haben wir uns blamiert, HELLDORF. . . Wir werden unglaubwürdig, wenn wir solche Sachen machen, verstehen Sie mich? Wenn ich jetzt der Welt gegenüber eine anständige Rede halte, komme ich mir nach diesem Malheur wie eine alte Hure vor, die eine Kirche baut! Wer wird mir noch glauben? Wer, frage ich Sie! Niemand! Man hat mir den Boden unter den Füßen weggezogen. .. So paradox es klingt, HELLDORF. . . wir konnten der gegnerischen Propaganda gar keinen größeren Dienst erweisen. Unsere Leute haben ein Duzend Juden totgeschlagen, aber für dieses Dutzend müssen wir vielleicht mal mit einer Million deutscher Soldaten bezahlen! Verstehen Sie, warum ich mich so wahnsinnig darüber aufrege?« HELLDORF habe daraufhin erwähnt, daß sich unter den am 9. November in Berlin Verhafteten auch drei kommunistische Chinesen befanden, die, als SA-Männer verkleidet, die Menge zum Plündern aufgefordert hätten. Dem Prinzen gegenüber habe GOEBBELS anschließend noch erklärt, »daß diejenigen, die sich an den Plünderungen und Mißhandlungen beteiligt hätten, vor Gericht kämen und schwer bestraft würden, insbesondere, wenn sie Parteigenossen seien. Das ist auch in etil-

[8] Ebenda, S. 184 f.

[9] Ebenda, S. 185.

[10] Ebenda, S. 186.

chen Fällen geschehen«. Auch später habe GOEBBELS in kleinem Kreise immer nur in dieser Art von der Kristallnacht gesprochen.[11]

Als weiterer Zeitzeuge hat der Münchner Werner KOEPPEN in seinen persönlichen Erinnerungen niedergeschrieben: »Ich selbst war Zeuge am 9. November in München, des Tages, an dem die NSDAP der Wiederkehr des Tages vom 9. November 1933 in Anwesenheit des Führers und der führenden Spitzen der Reichspolitik gedachte. Wir befanden uns im Alten Rathaus. Der Führer war allerdings bereits um 21.00 Uhr in seine Wohnung zurückgekehrt, als über unsere Fahrer gemeldet wurde, daß draußen die Synagogen in Brand gesteckt worden sind. Ich saß bei der Feier im Alten Rathaus neben Reichsleiter Alfred ROSENBERG und dem Stabschef der SA LUTZE und konnte deutlich deren überraschte Reaktion beobachten. Keiner der Anwesenden hatte eine Ahnung davon, wer das veranlaßt hatte. Auch Reichsminister GOEBBELS, dem sehr viel in die Schuhe geschoben wird, er wäre der Initiator dieses Pogroms, war völlig überrascht und wandte sich sofort an die Anwesenden, alles zu tun, um Ausschreitungen zu verhindern.

Dr. GOEBBELS sprach sich scharf gegen eigenmächtiges wildes Vorgehen einzelner Dienststellen gegen Synagogen und jüdische Privatgeschäfte, besonders in Berlin, aus. Sie würden der Politik der Reichsregierung im Ausland nur schaden. Gegenüber der Einstellung des Nationalsozialismus allgemein zum internationalen Judentum, das Deutschland schon im Februar 1933 offiziell den Krieg erklärt hatte, ließ er allerdings keinen Zweifel aufkommen.

Es erfolgten dann die Telefonate sämtlicher anwesenden Gauleiter, insbesondere der SA-Obergruppenführer und auch des obersten SA-Chefs LUTZE an die einzelnen Dienststellen, sich absolut von diesen Pogromen zurückzuhalten. Auch Adolf HITLER gab von seiner Wohnung aus sofort Gegenbefehle, nachdem ihm gemeldet worden war, daß die Synagogen brennen. Um 02,56 Uhr erging ein offizieller Gegenbefehl über den Stellvertreter des Führers mit Fernschreiben an alle Gauleitungen in Deutschland.«[12]

Daß die anschließend gegen die deutschen Juden verhängten finanziellen Maßnahmen menschlich ungerecht und politisch mindestens ungeschickt und unangebracht waren, bedarf keiner weiteren Erwähnung.

Die historischen Vorgänge und Hintergründe der Kristallnacht erfordern jedoch trotz einschlägiger Werke[13] weitere Aufklärung, insbesondere, nachdem von Udo WALENDY[14] und Ingrid WECKERT[15] weitere Merkwürdigkeiten dazu in den Raum gestellt worden sind. Wolfgang Haekert

[11] Friedrich Christian Prinz ZU **SCHAUMBURG-LIPPE**, Dr. *G. Ein Porträt des Propagandaministers,* Limes, Wiesbaden [2]1964, S. 182 ff.

[12] Werner **KOEPPEN**, »Persönliche Erinnerungen zur Reichskristallnacht und zur Wannseekonferenz«, Kopie des Schreibens des persönlich dem Herausgeber jahrelang gut bekannten Mannes im Archiv des Herausgebers.

[13] Elisabeth DICKMANN, *Die Reichskristallnacht*, Bremen 1978; H.j. DOSCHER, *»Reichskristallnacht« 1938,* 1988; H. METZGER (Hg.), *Kristallnacht,* 1978.

[14] Udo WALENDY, *Historische Tatsachen Nr. 62,* Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho, 1994.

[15] Ingrid WECKERT, *Feuerzeichen. Die Reichskristallnacht,* Graben, Tübingen 1981.

Zum Schicksal von Synagogen in der Kristallnacht

Die während der Kristallnacht 1938 verursachten Schäden an Synagogen in Deutschland sind sehr zu bedauern. Das gibt jedoch keine Berechtigung, sie *zu* übertreiben, wie es in der Öffentlichkeit oft erfolgt.

So schrieb die *Süddeutsche Zeitung* 1985:[1] »Völlig zerstört wurde die Augsburger Synagoge im November 1938 in der Reichskristallnacht. Nun konnten nach zehn Jahren Bauzeit die Renovierungsarbeiten abgeschlossen werden. Der Synagogenkomplex wird ein bayerisches Kultmuseum aufnehmen und soll für Konzerte genutzt werden.«



Die Augsburger Synagoge.

Gut zwei Wochen später veröffentlichte dieselbe Zeitung einen richtigstellenden Leserbrief,[2] in dem es hieß: »Als ich im Jahre 1951 Stadtbaurat von Augsburg wurde, wanderte ich mich, daß in Augsburg die Synagoge, von außen gesehen, unbeschädigt dastand. Daraufhin besichtigte ich sie von innen. In der Mitte des weiten Raumes waren auf dem steinernen Fußboden auf einer verhältnismäßig kleinen Fläche Brandspuren zu entdecken. Die Raumausstattung war durch Hitze, Rauch und Ruß beeinträchtigt worden, jedoch im wesentlichen erhalten geblieben. Die Darstellung in der *S. Z.* vom 2. 9. (in der Bildunterschrift, die Synagoge sei in der Kristallnacht völlig zerstört« worden) trifft nicht zu. Dies der historischen Wahrheit wegen.«

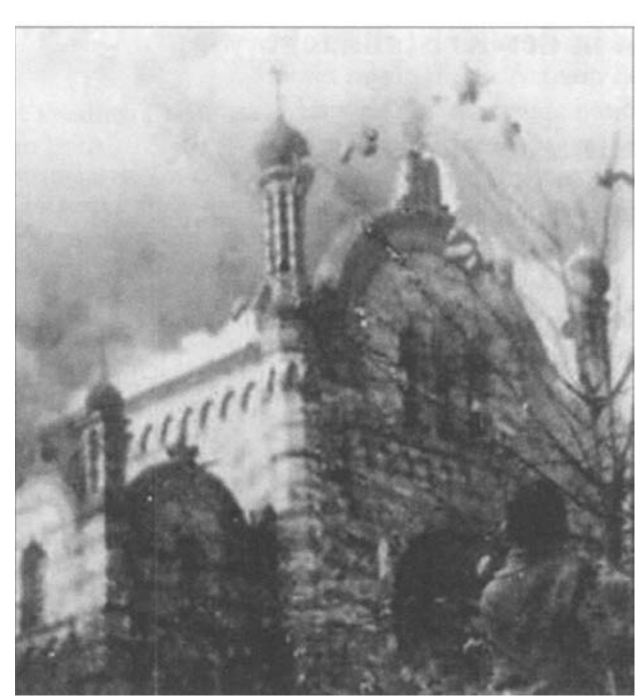
Ebenfalls mußte die Aussage im *Schwäbischen Tagblatt* vom März 1984,[3] in der Kristallnacht seien sämtliche Synagogen in Frankfurt am Main zerstört worden, berichtigt werden:[4] »Das trifft nicht zu. Eine Synagoge, und zwar diejenige im Westend, blieb damals verschont.« Und der Leserbriefschreiber erwähnt dann, wie der gegenüber wohnende damalige Oberbürgermeister Dr. Friedrich KREBS »ein

[1] *Süddeutsche Zeitung,* Nr. 201, 2. 9. 1985.

[2] Dr. Ing. E. H. Walther SCHMIDT, Stadtbaurat a. D., Augsburg, Leserbrief in: *Süddeutsche Zeitung,* Nr. 215,18. 9. 1985.

[3] *Schwäbisches Tagblatt,* 3. 1984.

[4] Lothar MERKELBACH, Tübingen, Leserbrief in: *Schwäbisches Tagblatt,* 24.3.1984.



Brennende Synagoge in der Bonner Tempel Straße.

paar Kerle mit Kanistern... zum Teufel« jagte und so die Synagoge rettete.

Die Zerstörung der Neuen Synagoge an der Oranienburger Straße in Berlin wird in vielen Veröffentlichungen als durch >Nazis< am 9, November 1938 erfolgt behauptet, geschah aber erst durch einen alliierten Bombenangriff im Jahre 1942.[5]

Zum heute gebräuchlichen Begriff >Reichskristallnacht* erscheint ferner erwähnenswert, daß der *Große Brockhaus in zwölf Bänden* von 1956 weder das Stichwort >Kristallnacht< noch >Reichskristallnacht< aufweist, während das *Große Duden-lexikon in acht Bänden* (1964—68) den Begriff >Kristallnacht< bereits angibt.[6]

In der ersten Folge des Fortsetzungsromans *Eine berührbare Frau* von Michael JÜRGS in der EAZ" wird über das November-Pogrom geschrieben, es sei »im menschenverachtenden Jargon der Nazis >Reichskristallnacht<« genannt worden. Dieser dem heutigen Zeitgeist entsprechenden, das Dritte Reich möglichst stark belastenden Aussage wurde kurz darauf zu Recht von Professor Dr. Karl KROESCHELL widersprochen, der als damaliger Zeitzeuge mitteilte: »Das Wort >Reichskristallnacht< gehörte nicht der Sprache der Täter an. Die sarkastische Bezeichnung, die nur unter der Hand verbreitet wurde und wohl dem treffsicheren Berliner Witz zu verdanken ist, hat ja im Gegenteil die angeblich spontanen Äußerungen des Volkszorns als das gekennzeichnet, was sie wirklich waren: als Aktionen von Partei, SA und SS.« Und er führte dann eine Reihe solcher »Spottworte« wie »ReichsWasserleiche« für Kristina SÖDERBAUM oder »Reichsfischermeister« für Hermann GÖRING an, die damals im Volk umliefen.[8]

Rolf Kosiek

[5] Siehe Beitrag Nr. 534, »Alliierte Bomber zerstörten Berliner Hauptsynagoge«.

[6] Bibliographisches Institut (Hg.), *Das Große Dudenlexikon in acht Bänden,* Mannheim 1964-68, Bd. 4, S. 799.

Michael JORGS, »Eine berührbare Frau«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 21. 2. 2007.

[s] Professor Dr. Karl KROESCHELL, Freiburg, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 15. 3. 2007.

Alliierte Bomber zerstörten Berliner Hauptsynagoge

In der Nachkriegspresse erschien oftmals das Bild der brennenden Neuen Synagoge Berlins in der Oranienburger Straße als Symbol für die antisemitischen Ausschreitungen der sogenannten >Kristallnacht< am 9. November 1938. In dem begleitenden Text wurde angegeben, daß dieses Haus, das nach siebenjähriger Bauzeit am 5. September 1866 in Anwesenheit von Fürst BISMARCK eingeweiht wurde und mehr als 3000 Plätze umfaßte,[1] wie viele andere Synagogen in der Pogromnacht am 9. November 1938 von den >Nazis< in Brand gesteckt worden sei.[2] So schrieb die *Bild-Zeitung* zu dem Foto: »Die Flammen waren kilometerweit zu sehen: Originalfoto von der brennenden Synagoge in Berlins Oranienburger Straße. Nazis hatten sie in der Nacht zum 9. November 1938 angesteckt.«[3]

Das ist falsch. Richtig ist, daß dieses Bild im Juni 1943 nach einem Bombenangriff auf Berlin aufgenommen wurde, als die bis dahin noch fast unbeschädigte Synagoge von alliierten Bombern in Brand gesetzt wurde. Nicht die Deutschen, sondern Anglo-Amerikaner zerstörten also diese Synagoge. Am Abend des 9. November 1938 verhinderte die Berliner Polizei unter Leitung des Vorstehers des Polizeireviers am Hackeschen Markt, Wilhelm KRÜTZFELD, eine Brandstiftung an der unter Denkmalschutz stehenden Synagoge.

Am 5. September 1966 brachte die jüdische Gemeinde von Ostberlin in Zusammenarbeit mit kommunistischen Stellen eine Tafel an, deren Text mißverständlich einleitend angab: »Diese Synagoge ist 100 Jahre



Die angeblich am 9. November 1938 brennende Synagoge in Berlins Oranienburger Straße. Aus: Christian ZENTNER, *Chronik Deutschlands,* Otus, St. Gallen 2007.

[1] »Gotteshaus voller Kunst und Phantasie«, in: *Berliner Illustrierte Zeitung,* 1. 9. 1991, S. 5.

[2] So in: *Der Spiegel,* Nr. 8, 28. 5. 1993, S. 129; ebenda, Nr. 30, 24.7.1995, S. 49; *Mitteilungsblatt des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern,* 1990; *The Monthly,* März 2007, S, 29.

[3] *Bild-Zeitung,* 8. 2. 1979, S. 2 b.

alt und wurde am 9. November 1938 in der Kristallnacht von den Nazis in Brand gesteckt.«[4]

In einer jüdischen Veröffentlichung von 1987 heißt es richtigstellend: »Zu den Bildern, die sich dem kollektiven Gedächtnis der Welt von der deutschen Barbarei eingeprägt haben, gehört auch die Aufnahme der brennenden Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße. Es gibt kaum ein Buch über die Nazizeit, das dieses Bild nicht enthielte, welches für den Anfang der Vernichtung steht. Nun hat sich mitlerweile herausgestellt, daß dieses weithin bekannte Bild nicht im November 1938, sondern nach einem Luftangriff im Juni 1943 aufgenommen wurde.«[5] Endgültig wurde diese Synagoge bei einem alliierten Terrorangriff am 24. November 1943 zerstört.' In einer gründlichen Analyse[6] hat Christoph HAMANN nachgewiesen, daß es sich bei der Aufnahme um eine nach 1945 entstandene Fotomontage handelt, bei der Flammen und Rauch in das Foto hineinretuschiert wurden. Es ist schon erstaunlich, daß auch Christian ZENTNER in seiner 2007 herausgegebenen *Chronik Deutschlands* bei der überlieferten Version blieb und keine Berichtigung vornahm,

Ende der neunziger Jahre sollte in der Bundesrepublik eine Briefmarke mit der brennenden Berliner Synagoge als Mittel zur Umerziehung erscheinen. Die ersten Bögen waren schon gedruckt, als die peinliche falsche Zuordnung des Brandtermins (9. 11.1938) herauskam, so daß sie eingestampft werden mußten.

Im Jahre 1990 wurde am Gebäude neben der Synagoge eine Tafel vom Berliner Polizeipräsident angebracht, auf der es heißt: »Der Berliner Polizeibeamte Wilhelm KRÜTZFELD (1880-1953) bewahrte in der Pogromnacht vom 9./10 November 1938 durch muriges und entschlossenes Eingreifen diese Synagoge vor Zerstörung.«"

Rolf Kosiek



Wilhelm KRÜTZFELO (1880-1953).

[4] Weiter hieß es auf der Tafel: »Während des II. Weltkrieges 1939-1945 wurde sie im Jahre 1943 durch Bombenangriff zerstört.«

[5] *Wegweiser durch das türkische Berlin,* mit Geleitwort von Heinz GAIJNSKJ, 1987; zit. in: *National-Zeitung, 18. 1.* 1991.

[6] Christoph HAMANN, *Bilde/weiten - Weltbilder. Fotos, die Geschichtein) mach(t)en,* Berlin 2001.

Adelaide Institute, Online No. 322, April 2007.

Jochen von Lang und die HJ

In der weithin vom Geist der »Bündischen Jugend* besummten Hitlerjugend (HJ)[1] hatten Jahrgänge junger Menschen wichtige Prägungen in bezug auf Volk und Vaterland, Kultur und Natur für ihr Leben erhalten. Daher waren die HJ und der Reichsjugendführer Baidur VON SCHIRACH ein besonderes Ziel für Fälschungen und Herabsetzungen im Rahmen der Umerziehung."

Ein Beispiel fehlerhafter und einseitiger Darstellung der HJ bietet das als »Biographie« ausgegebene Buch *Der Hitler-junge Baldur von Schirach. Der Mann, der Deutschlands Jugend erzog* des langjährigen Ressortleiters für Zeitgeschichte der Hamburger Illustrierten *Stern,* Jochen VON LANG,.[3] Schon kurz nach dem Erscheinen wies Klaus SCHNEIDER in einem Offenen Brief an den Verfasser[4] unter anderen auf folgende Fehler hin:

»Da steht oft Knappschaft (z. B, S. 14) anstelle selten richtig Knappenschaft (z. B. S. 41).

- Da hat SCHIRACH die Erlaubnis, Soldat zu werden, im November 1940 erhalten (S. 251), obwohl der Frankreichfeldzug, an dem er teilgenommen hat, schon vorbei war.
- Da hat SKORZENY den MUSSOLINI 1945 befreit (S. 388), obwohl jeder weiß, daß das 1943 war.
- Da weiß der Autor nicht, wie er HÖss schreiben soll (S. 421): richtig mit ö oder falsch mit oe.
- Da ist der DIETRICH falsch Obergruppenführer (S. 381) und richtig Oberstgruppenführer (S. 382), nämlich seit 1. 8. 44.
- Da wird aus einer Division (S. 381) ein Regiment (S. 382).
- Da wird aus dem nachweislich natürlichen Tod von BÜRCKEL ein bestellter Selbstmord (S. 369, 379).
- Da wird HiMMLER zum Reichsleiter (S. 154, 368); er war nur Reichsführer der SS.
- Da gibt es einen »Lageroffizier in Schaz< (S. 407), einem Ort, den weder die Post in Österreich noch die in Deutschland kennt. Schwaz kann es wohl nicht sein, denn SCHIRACH war ja schon »nach Innsbruck und dann in ein nahes Kriegsgefangenenlagen gebracht worden.
- Da wird DINTER richtig >Gau führen (S. 12) und falsch >Gauleiter< (S. 15) tituliert.
- Da wird die Asche der in Nürnberg Hingerichteten >in die Isar gestreut (S. 44) ohne Angabe dazu, daß andere Quellen anderes behaupten.
- Da steht, daß SCHIRACH vom Rußlandfeldzug »also bereits unterrichtet war< (S. 348), obwohl diese Unterrichtung schon dargestellt war (S. 307), Warum dann >also<?

[1] Matthias VON HELLFELD, *Bündische Jugend und Hitlerjugend,* Wissenschaft und Politik, Köln 1987.

[2] Siehe auch Beiträge Nr. 96 bis 100.

[3] Jochen VON LANG, *Der Hitler-Junge Baldur von Schirach. Der Mann, der Deutschlands Jugend erzog,* Unter Mitarbeit von Claus SIBYLL, Rasch und Röhring, Hamburg 1988; als Knaur-Taschenbuch Nr. 4045 bei Droemer, München.

[4] Offener Brief des Dipl, Volkswirts Klaus SCHNEIDER an Jochen VON LANG vom 2. 1. 1989, Text in: *Askania-Studiensammlung* Nr. 3, Lindhörst 1989, S. 29 ff.

• Da steht im Zusammenhang mit den Ausführungen von US-Ankläger JACKSON in Nürnberg am 26. 7. 46, daß SCHIRACH >für HITLERS Angriffskriege ausgebildet habe< (S. 432). Das Wort »Angriffskriege* ist aber im IMT-Protokoll in diesem Zusammenhang nicht zu finden.«



Gruppe um Albert SPEER (rechts); neben ihm V. SCHÜLLER, Chefredakteur des *Sterns,* links oben mit Brille: Jochen VON LANG, neben ihm Baidur VON SCHIRACHS Sohn, Richard. Aus: Richard SCHIRACH, *Der* Schaffen *meines Vaters,* Hanser, München-Wien 2005.

Da Klaus SCHNEIDER von 1937 bis 1942 selbst Schüler einer Adolf-Hitler-Schule war, kann er aus eigener Erfahrung folgendes in VON LÄNGS Buch richtigstellen:

»Da steht >Die Kenntnisse der Schüler wurden nicht benotet* (S. 196). Richtig ist, daß es Zeugnisse mit Noten gab.

• Da steht »Eine Schule wurde in Feldafing am Starnberger See eingerichtet« (S. 196). Diese Schule, bereits 1934 gegründet, erst NS-Deutsche Oberschule Starnbergersee, später Reichsschule der NSDAP Feldafing genannt, war keine Adolf-Hider-Schule (AHS). So konnte auch der »älteste Sohn des Reichsleiters BORMANN* weder »unter den ersten Schülern* gewesen sein. Und das hätte der Autor, der die Adresse von Martin BORMANN, geb. 1930, kennt, leicht feststehen können,

• Daß »die meisten AHS der Luftangriffe wegen in die Ordensburg Sonthofen verlegt* wurden, ist schlicht falsch (S. 197).

• Alle zehn Schulen waren seit der Gründung im Frühjahr 1937 in der Ordensburg Crössinsee in Pommern und ab Herbst 1937 in Sonthofen untergebracht, mit Ausnahme des Einschulungsjahrgangs 1939, der vom April bis zu den Sommerferien 1939 in Crössinsee und ab Herbst 1939 erst in Sonthofen war. Im Gegenteil zur Luftangriffs-Begründung wurden ab Herbst 1941 verschiedene Schulen in die Gaue verlegt, so z, B. eine nach Königswinter, eine nach Blankenheim bei Weimar, eine nach Pirna.

• Die Aufnahme in die Schulen war in der Regel weder (S. 197) >mit viel Glück« noch >durch Protektion« zu erreichen, denn die Auslese der Schüler erfolgte nach einem strengen, mehrstufigen Verfahren.

• Da steht >in einer Rede (SCHIRACHS) an die Schüler in Sonthofen«, daß diese »Träger des Weltreichs Adolf HITLERS« würden (S. 198). Das müßte am 14. 10. 39 gewesen sein. Ich hätte es gern nachgelesen, konnte die Stelle aber in meinen Unterlagen nicht finden, was an der fehlenden Quellenangabe hegen dürfte.

• Nicht >das Diplom« war >gleichwertig dem Abitur eines Gymnasiums< (S. 197). Die Gleichwertigkeit ergab sich aus einem Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 6. 2. 42, wonach >die Abschlußbeurteilung der Schüler der Adolf-Hitler-Schulen dem Reifezeugnis der Höheren Schulen gleichsteht und zum Studium an allen deutschen Hochschulen berechtigt*. Das Diplom wurde den Schülern ausgestellt, die den Abschluß sozusagen mit Auszeichnung bestanden hatten. Die anderen bekamen eine Urkunde. Und alle eine Abschlußbeurteilung,«

In der abschließenden Bewertung schreibt SCHNEIDER mit Recht: »RAUSCHNING als Quelle zu benutzen (S. 197) ist geradezu grotesk. Er wird von Historikern schon lange nicht mehr ernst genommen, was dem Autor VON LANG schon wegen der Diskussion in den Zeitungen nicht entgangen sein dürfte.«[5]

In einer weiteren Richtigstellung dieses Buches weisen die ehemalige Reichsreferentin für den Bund Deutscher Mädel (BDM), Dr. Jutta RÜDIGER, und der ehemalige Pressereferent des Reichsleiters für die Jugenderziehung, Günter KAUFMANN, unter anderen inhaltlichen auf folgende Fehler hin:[6]

1. Schon der Buchtitel stimmt nicht: SCHIRACH war nie ein »Hitler-Junge«. Er war Studentenführer der NSDAP, als er am 31. Oktober 1931 mit der Führung der HJ beauftragt wurde.

2. Falsch ist, wenn es (S. 113) heißt, HITLER habe »die Weltherrschaft« angestrebt. »Dazu brauchte er die Jugend. Sie mußte zum Kämpfen und zum Sterben erzogen werden. SCHIRACH schien dafür der richtige Mann.« Richtig ist, daß weder HITLER die Weltherrschaft anstrebte, noch SCHIRACH solches vertrat. Dieser sprach einmal am 20. April 1939 vor einem Lehrgang der Akademie für Jugendführung in Braunschweig von dem Reich als künftiger Weltmacht. Es gibt kein Wort von SCHIRACH, daß er die deutsche Jugend zum Sterben erziehen wollte, sie sollte im Gegenteil der Zukunft dienen.

3. Es heißt (S. 466), SCHIRACH habe nach seinem ersten Memoirenband »gut und gern noch einen weiteren Band füllen können, aber ein Versager (wie er sich selbst sah), mochte er sich nicht noch einmal zu Wort melden«. Richtig ist jedoch, daß SCHIRACH in Kröv mit seinem früheren Mitarbeiter ein weiteres Buch über die Jugenderziehung plante. Doch schwere Krankheit, Operation in Traben-Trabach und früher Tod vereitelten das.

4. Eine falsche Beurteilung liegt vor, wenn (S. 285) von »sozialen Verbesserungen« geschrieben wird, »mit denen das NS-Regime schon den deutschen Arbeiter bestochen hatte«. Nach dieser Wertung müßten

[5] Siehe dazu Beitrag Nr. 147, »Die Lügen des Herrn Rauschning«.

[6] Jutta RÜDIGER u. Günter KAUFMANN, »Schirach und sein schludriger Biograph«, in: *Askania-Studiensammlung*, Nr. 2, Lindhorst 1988, S. 21-29.

Während einer Mittagspause in Nürnberg lenkt sich Baldur VON SCHIRACH mit dem Lesen eines Buches ab. Aus: Richard LOBSIEN, *Sieger-Tribunal,* Arndt, Kiel 2005.



alle sozialen Verbesserungen aller Regierungen, auch in Weimar oder Bonn-Berlin, »Bestechungen« sein.

5. Falsch ist, wenn (S. 399) VON LANG über die letzten Tage vor Kriegsende feststellt: »HÖPKEN (der Adjutant) wollte zu Frau und Kind irgendwo im Alpenland.« Richtig ist, daß HÖPKEN zwar verheiratet war, jedoch keine Kinder hatte.

6. Der Autor erwähnt (S. 410) einen »Betreuungsdienst für Großdeutschland«. Einen solchen gab es nicht, nur einen »Kriegsbetreuungsdienst des Reichsleiters VON SCHIRACH«, der Geschenke für HJ-Führer an der Front sammelte und zum Versand bereitstellte.

1. Es ist einseitig, wenn (S. 256) der Juden-Boykott vom 1. April 1933 erwähnt, jedoch sein Grund, die Erklärung vom 24. März 1933 im Londoner *Daily Express,* daß »das jüdische Volk der ganzen Welt dem Deutschen Reich wirtschaftlich und finanziell den Krieg erklärt«, verschwiegen wird.

8. Falsch ist, wenn (S. 327) von einem unter SCHIRACH in der Wiener Hofburg aufgebauten Kalten Büffet geschrieben wird, das Hummer, Kaviar und andere Leckerbissen enthalten habe. Richtig ist, daß SCHIRACHS Mitarbeiter von 1940 bis 1945 bei keiner Veranstaltung derartige Leckerbissen gesehen, geschweige denn verspeist haben.

Bücher von Erlebniszeugen und Beteiligten geben ein anderes, aber wirklichkeitsnäheres Bild der HJ und ihrer Jugendarbeit als die einseitige Darstellung VON LÄNGS.[7]

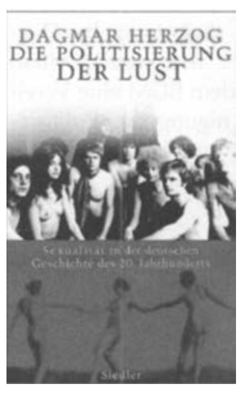
Rolf Kosiek

[7] Herbert TAEGE, *... über die Zeiten fort,* Askania, Lindhorst 1978; Werner KUHNT, *In Pflicht und Freude,* Druffel, Leoni 1988; Jutta RÜDIGER, *Die Hitlerjugend und ihr Selbstverständnis im Spiegel ihrer Aufgabengebiete,* Lindhorst 1983.

Der BDM und vorehelicher Sex

In den meisten Fällen wahrscheinlich bewußt und nur selten wohl unbewußt wird in heutigen Beschreibungen von NS-Einrichtungen diesen Abträgliches angeheftet, was in Wirklichkeit nicht stimmt, aber dennoch — manchmal in mehreren Stufen — noch vergrößert und vervielfältigt wird.

So liest man in der deutschen Übersetzung[1] eines von der US-Historikerin Dagmar **HERZOG** veröffentlichten Buches,[2] daß im Gegensatz zu den bisherigen Vorstellungen die nationalsozialistischen Machthaber die Deutschen zu sexuellem Vergnügen angeregt hätten, und zwar nicht nur zur Zeugung von Kindern und innerhalb der Ehe. Insbesondere hätten 1934 die Führerinnen im Bund Deutscher Mädel (BDM) »streng geheim« von oben die Anweisung erhalten, die ihnen anvertrauten Mädchen »zum vorehelichen Geschlechtsverkehr zu ermutigen«. Natürlich haben viele Besprechungen des Buches gerade diese Stelle hervorgehoben, um den >wirklichen Charakter< des BDM zu zeigen und diesen herabzusetzen.



Dagmar HERZOG, ***Die Politisierung der Lust.*** *Sexualität in der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts.*

Als Rainer **DECKER**[3] diese Angaben mit der US-Originalausgabe verglich, mußte er feststellen, daß die deutschen Übersetzerinnen offensichtlich gefälscht hatten. Denn in der amerikanischen Fassung steht nichts von vorehelichem »Geschlechtsverkehr« (*sexual intercourse),* sondern nur etwas von (premarital) *»love affairs«,* also von »Liebesbeziehungen«, was ja wohl etwas ganz anderes ist. **DECKER** nahm sich dann die in dem US-Buch dafür angegebene Quelle vor, einen in deutscher Sprache erschienenen Artikel des kanadischen Historikers Michael 11. **KATER**.[4] Dort heißt es in einer Fußnote, die jedoch den Text nicht in wörtlichem Zitat bringt: »Beispiel für Ermunterung von BDM-Angehörigen zu vorehelichen Liebesaffairen: Informationsdienst des Reichsjugend-Pressedienstes. Streng vertraulich!, Berlin 1, 6. 1934.« Aus »Streng vertraulich!« machte Frau **HERZOG** also »Streng geheim!« (Top secret).

Damit gab sich - zu Recht mißtrauisch geworden - **DECKER** jedoch noch nicht zufrieden, sondern er besorgte sich in verdienstvoller Weise aus dem Bundesarchiv ein Original des betreffenden, nur hektographierten Pressedienstes, der sich an die Leiter der Hj-Presse richtete. Was er dort fand, schildert er mit den Worten:[3] »>Streng vertraulich« steht in der

[1] Dagmar **HERZOG**, *Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des zwanzjgsten Jahrhunderts,* Siedler, Berlin 2005.

[2] Dagmar **HERZOG**, *Sex and Facism. Memory and Morality in Twentieth Century Germany,* 2005.

[5] Rainer **DECKER**, »Streng vertraulich! Ende einer Legende: Der BDM und der voreheliche Sex«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 20. 10, 2006, S. 40.

[4] Michael **H. KATER**, zitiert in **DECKER**, aaO. (Anm. 3).



Dem Bund Deutscher Mädel haften nach wie vor zahlreiche Vorurteile an, darunter Disziplinierung und Gewöhnung an Selbstaufgabe. Dagmar HERZOC, will in dem BDM eine Vereinigung zur »Politisierung der Lust« sehen.

Tat im Kopf des Blättchens, Aber in der Ausgabe vom 1, Juni 1934 findet sich nichts von einer »Ermunterung von BDM-Angehörigen zu vorehelichen Liebesaffairenc Das einzige, was hier zu nennen wäre, ist die Zusammenfassung, die der Pressedienst von einem Zeitschriften-Artikel der BDM-Führerin Lydia GOTTSCHEWSKI liefert: »Durch den Mädelbund bekommt das Mädel einen ihr bisher verschlossenen, neuen (unterstrichen:) wesenhaft-weiblichen Bereich. Das Liebeserlebnis verliert den Charakter der Ausschließlichkeit, wird dadurch in seinem Wert als Liebe, die Schicksal ist, gesteigert.« DECKER meint zutreffend dazu: »Was immer mit diesem Geraune gemeint ist - auf jeden Fall keine Förderung von >Liebesaffären<, sondern, wie es im darauffolgenden Zitat heißt, gerade eine Abkehr von »jener entsetzlichen Verniedlichung und Verharmtosung der Liebe, die gerade die seelisch kraftvollsten Mädchen immer wieder in die Vereinsamung treibt und daran hindert, ihre Aufgaben zu erfüllen: Ahnfrauen neuer Geschlechter zu seine«

Mit Recht urteilt DECKER abschließend in seinem aufklärenden Artikel: >*Das ist das Gegenteil von dem, was in der heutigen Sekundärliteratur herauskommt, und der forschende Leser fühlt sich an das Spiel von der Stillen Post erinnert.«

Es ist erfreulich, daß solches in der *FAZ* veröffentlicht wird. Auch die *junge Freiheit* brachte diesen Fall als Beispiel unverantwortlicher »zeithistorischer Fälschungen oder gar regelrechter Räuberpistolen«.[5]

Rolf Kosiek

[5] Hans Joachim VON LEESEN, »Stille Post über den Anmerkungsapparat«, in: *Junge Freiheit*, 26. 1. 2007.

Das Dritte Reich und das Rauchen

Der aktuelle Feldzug gegen das Rauchen, unternommen von 171 Staaten, die im März 2003 die Genfer >Anti-Tabak-Konvention< unterzeichnet haben, wird oft als der Beginn wirkungsvoller Maßnahmen gegen den Tabakkonsum betrachtet. Er hat jedoch einen Vorläufer im *Blitzkrieg gegen den Krebs,* der schon in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts in Deutschland entfesselt wurde. Unter diesem Titel wendet sich Robert N. PRoctoR, Professor für Wissenschaftsgeschichte an der kalifornischen Stanford-Universität, gegen den weitverbreiteten Aberglauben, wonach die »Stunde Null< der Tabak- und Gesundheitsforschung erst in den fünfziger Jahren geschlagen habe. Richtig ist nämlich, daß für die deutsche Forschung schon vor dem Zweiten Weltkrieg feststand, daß Tabak süchtig macht und Rauchen Lungenkrebs hervorruft: »Dieser Konsens ging zusammen mit dem NS-Regime unter und wurde erst nach dem Krieg unter der Führung von anglo-amerikanischen Wissenschaftlern wieder aufgenommen.«

Zum Beweis der deutschen Priorität beruft sich PROCTOR nicht allein auf Fritz LICKINT, dessen Standardwerk *Tabak und Organismus* (Stuttgart 1939) auf nahezu 1200 Seiten die »umfassendste wissenschaftliche Anklage gegen das Rauchen darstellt, die je publiziert wurde«. Der Chemnitzer Arzt prägte damals auch den Begriff des »Passivrauchens<, das bekanntlich auch Nichtraucher gefährdet.

Die *Zeitschrift für Krebsforschung* brachte 1939 die bahnbrechende Arbeit des Kölner Mediziners Franz Hermann MÜLLER, der unter dem Titel *Tabakmißbrauch und Lungencarcinom* diesen verhängnisvollen Zusammenhang durch sorgfältige Fallstudien untermauerte.

Pionierarbeiten wie diese schufen die Grundlage für die bisher aggressivste Anti-Nikotin-Kampagne in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, indem man Forschung, Propaganda und praktische Maßnahmen auf professionelle Weise verband. Mit der Inbrunst des Bekehrten und 100000 Mark aus dem Etat der Reichskanzlei förderte der frühere Raucher Adolf HITLER[1] die Einrichtung des universitären Jenenser »Instituts zur Erforschung der Tabakgefahren<, der ersten derartigen Einrichtung auf der ganzen Welt. Der Direktor des Instituts, Professor Karl ASTEL

[1] In seiner Jugend in Wien habe er je Tag zwischen 20 und 40 Zigaretten geraucht, gestand HITIJ-:R. Eines Tages sei ihm aber klar geworden, wieviel Geld er auf diese Weise verschwende: »Alsbald habe ich meine Zigaretten in die Donau geworfen und nie mehr danach gegriffen.« Zitiert in: Henry PICKER, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941—42*, Bonn 1951, S. 327 f.

(1898-1945), verbot als Rektor das Rauchen in allen Räumen der Universität und war dafür bekannt, Studenten die Zigarette aus dem Mund zu reißen, die in seiner Gegenwart das Rauchverbot übertraten, Tabak müsse »Zigarette für Zigarette, Zigarre für Zigarre« bekämpft werden, bekräftigte ASTEI.,





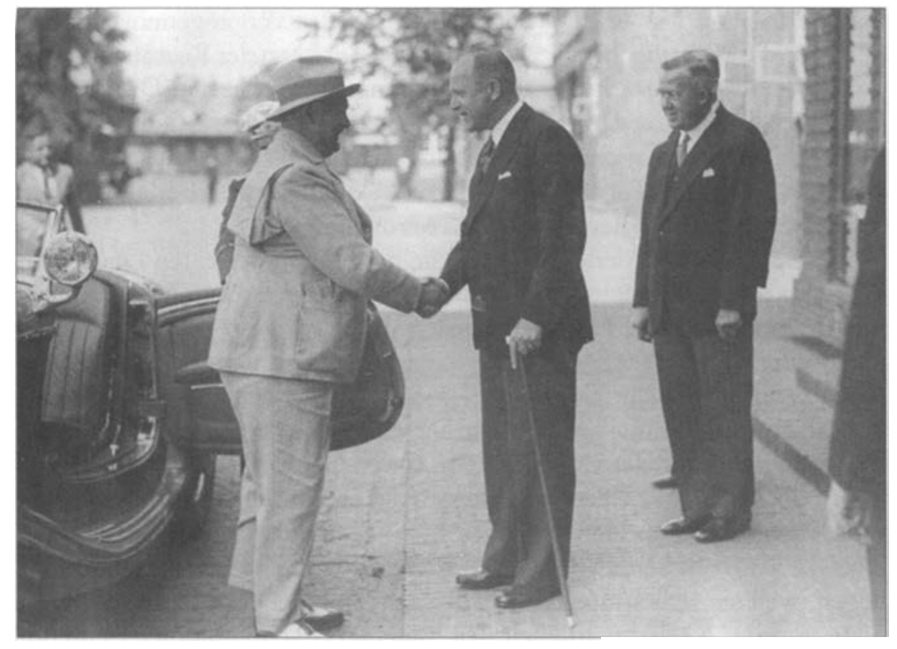
Anti-Tabak-Plakate in der NS-Zeit.

Die deutsche Anti-Tabak-Propaganda stellte damals nicht nur heraus, daß HITLER weder rauchte noch trank. Man hob auch hervor, daß die wichtigsten autoritären Führer Europas - HITLER, MUSSOLINI und FRANCO - nicht rauchten, während auf der Gegenseite CHURCHILL, ROOSEVELT und STALIN dem Nikotin verfallen waren.

Im März 1939 tagte in Frankfurt am Main ein Kongreß, auf dem hochkarätige Referenten den 15 000 Teilnehmern die Gefahren des Rauchens vor Augen führten. In Wort und Schrift warnte man vor dem Gift und machte das Rauchen als Ausdruck charakterlicher Schwäche, fehlender Selbstbeherrschung und mangelnder Willenskraft verächtlich. Nach herrschender Meinung hatten Raucherinnen schlechtere Aussichten, weil sie früher altern und somit ihre Schönheit einbüßen. »Die deutsche Frau raucht nicht«, hieß es auch im Hinblick auf den weiblichen Organismus: Schon 1924 hatte der Wiener Gynäkologe Robert HOFSTATTER *(Die rauchende Frau)* Dutzende von Frauenkrankheiten den Auswirkungen des Rauchens zugeordnet.

Mit einem Bündel von Maßnahmen suchte man der Sucht zuzusetzen: Beratungsstellen wurden eingerichtet. Die NSDAP räumte in ihren Räumen mit dem Rauchen auf. Polizisten mußten während des Dienstes auf den Glimmstengel verzichten. Im Juli 1943 wurde allen Personen unter 18 Jahren das Qualmen in der Öffentlichkeit untersagt. In öffentlichen Verkehrsmitteln durften sich auch Erwachsene keine Zigarette anzünden. Die Nationalsozialisten untersagten das Aufstellen von Automaten und hoben in der Reichsbahn das Nichtraucherabteil aus der Taufe. Der Zigarettenwerbung wurden inhaltliche und mediale Beschränkungen auferlegt.

Dennoch — auf die Dauer war gegen die Macht der Tabak-Mafia kein Kraut gewachsen. Philipp Fürchtegott REEMTSMA stand in dem Geruch, er habe sich seinen Konzern mittels Meineid und Bestechung errafft. Als Reemtsma-Konkurrentin betätigte sich die SA: »Der Eifer, den die SA in dieser Sache entfaltete, wurde dadurch befeuert, daß die Zigarettenfirma Trommler die SA subventionierte. SA-Männer durften nur Trommler-Zigaretten rauchen. Verkäufer von Reemtsma-Zigaretten wurden verprügelt und ihre Eadenfenster eingeschlagen.«



Hermann GÖRING 1936 zu Besuch beim Reemtsma-Werk Bahrenfeld, Der preußische Ministerpräsident wird von Philipp Fürchtegott REEMTSMA empfangen. (Foto: Museum der Arbeit).

tn einer Aussprache zwischen GÖRING und REEMTSMA machte der Zigarettenherstelier dem Nationalsozialisten klar, daß es sinnlos sei, die Henne zu schlachten, die die Eier legen sollte: »GÖRING sträubte sich nicht, das einzusehen, und REEMTSMA zögerte nicht, sich loszukaufen", überlieferte der Gestapo-Führer Rudolf DIEIÄ *(Luciferanteportas,* 1950). Der Partei habe die »I lenne« 7,276 Millionen »Eier« gelegt, gestand GÖRING später in Nürnberg unter Eid. Auf GÖRJNGS Geheiß mußte die SA die Herstellung ihrer Zigaretten stoppen, REEMTSMA aber, von dem am Ende der zwanziger Jahre nur 20 Prozent der im Reich gerauchten Zigaretten stammten, erreichte dadurch 1939 einen Marktanteil von 70 Prozent. In den zwölf NS-Jahren spuckte der REEMTSMA-Konzern insgesamt 400 Milliarden Zigaretten aus, nach PROCTOR genug, um 200000 Todesfalle durch Lungenkrebs hervorzurufen.

Verpufften die Appelle gegen das Paffen auch nicht nutzlos, so reichte dem Dritten Reich für die Verwirklichung der tabaklosen Gesellschaft nicht die Zeit. Wohlweislich vermied man im Krieg, die Tabakverknappung für eine totale Abschaffung zu nutzen. Mit Recht befürchtete die Führung, daß sich Entzugserscheinungen bei Rauchern auf die allgemeine Abwehrkraft nachteilig auswirkten. So wurde der großdeutsche Zigarettenverbrauch »trotz drastischer Verteuerung durch kräftige Kriegszuschläge (RGBl. 1939 I S. 1609; 1941 I S. 666), verbunden mit differenzierter Rationierung der Tabakwaren« auf den Rekord von 80 Milliarden Stück im Jahre 1942 erhöht. Etwa ein Viertel bis ein Drittel der jeweiligen Ta-

bakkontingente war in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts für die Wehrmacht reserviert, deren Andenken der Reemtsma-Erbe Jan Philipp REEMTSMA heute als Ausstellungsmacher in den Dreck zieht.

»Eine Lektion aus der Nazizeit ist, daß sogar ein dermaßen totalitärer Staat nicht in der Lage war, gegen eine mächtige Tabakindustrie zu gewinnen«, bedauert PROCTOR. »ES braucht demokratische Maßnahmen, um gegen diese Händler des Todes vorzugehen.«

Die Besatzer, von denen es heißt, sie hätten den besiegten Deutschen die Demokratie gebracht, ergriffen diese »demokratischen Maßnahmen« nicht. Unter alliierter Diktatur wurden die Zigaretten sogar zum Zahlungsmittel. Für 7000 >Amis< (US-Zigaretten) konnte sich der Gl eine Leica beschaffen. Als Teil des MARSHALL-Planes verschifften die USA 90000 Tonnen Gratis-Tabak nach Deutschland. Prompt wechselte der Tabak-Geschmack der Besiegten von Orient zu Virginia.

Mit der Gier eines Geiers stürzte sich das siegreiche Amerika auf deutsche Patente und anderes geistiges Eigentum Deutscher. Dagegen ließ man die Ergebnisse der deutschen Raucher-Untersuchungen aber links hegen, weil sie sich strategisch nicht verwerten ließen. Als die Erkenntnisse von der Krebsträchtigkeit des Rauchens nach geraumer Zeit endlich aufgegriffen wurden, gab man sie als US-Errungenschaften aus.

Doch bei der Lobby der betroffenen Nikotinindustriellen stoßen selbst Aktionen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf Widerstand: Demagogisch dreschen Tabak-Manager mit der >Holocaust-Keule< auf Nikotingegner ein. Das Imperium Philip Morris (»17000 europäische Beschäftigte im Dienste von 97 Millionen europäischen Rauchern«) schlug mit einem Inserat zu, das Nichtraucher mit Nazis und Raucher mit Juden gleichsetzte: Durch andersfarbige Hervorhebung wurde auf einem Stadtplan der Anne-Frank-Metropole Amsterdam ein dem traditionellen Judenviertel benachbarter Sperrbezirk als fiktives >Raucherviertel< ausgewiesen. Die Frage: »Wo ziehen sie die Grenze?« versuchte zu suggerieren, die demokratischen Bemühungen zur Einschränkung des Rauchens entsprächen den historischen NS-Bestrebungen zur Ausgrenzung der Juden *(Newsweek,* Europäische Ausgabe, 25. 5. 1995/ PROCTOR wiederum erblickt in Deutschlands Widerstand gegen die restriktiven Tabakgesetze der Europäischen Union ein verstecktes Erbe der NS-Vergangenheit: Führte HITLER doch den Aufstieg des Nationalsozialismus darauf zurück, daß er das Rauchen aufgegeben habe: »Vielleicht verdankt dem das deutsche Volk seine Rettung.«[2]

Fred Duswald

Literatur

Robert HOFSTATTER, *Die rauchende Frau, Ene klinische, psychologische und soziale Studie,* Wien 1924.

Fritz LICKINT, »Tabak und Tabakrauch als ätiologischer Factor des Carcinoms«, in: *Zeitschrift für Krebsforschung* 30,1929, S. 345-365.

Ders., »Die Bedeutung des Tabaks für die Krebsentstehung«, in: *Deutscher Tabakgegner* 17,1935.

Ders., »Der Bronchialkrebs der Raucher«, in: *Münchner Medizinische Wochenschrift* 82,1935, S. 1232 ff.

Ders., *Die Krebsfrage im Lichte der modernen Forschung,* Berlin 1935.

Ders., *Tabakgenuß und Gesundheit,* Hannover 1936,

Ders., *Tabak und Organismus: Handbuch der gesamten Tabakkunde,* Stuttgart 1939.

Franz Hermann MÜLLER, »Tabakmißbrauch und Lungencarcinom«, in: *Zeitschrift für Krebsforschung* 49, 1939, S. 57-85.

Ferdinand SAUERBRUCH, Fritz LICKINT U. Emst GABRIEL, *Arzt, Alkohol und Tabak,* Berlin 1940.

Wolfgang KLARNER, *Vom Rauchen. Ene Sucht und ihre Bekämpfung,* Nürnberg 1940.

Eberhard SCHAIRER u. Frich SCHÖNIGER, »Lungenkrebs und Tabakverbrauch«, *in: Zeitschrift für Krebsforschung* 54,1943, S. 261-269.

Paul BERNHARD, *Der Einfluß der Tabakgifte auf die Gesundheit und die Fruchtbarkeit der Frau,* Jena 1943.

Erich SCHÖNIGER, *Lungenkrebs und Tabakverbrauch,* Jena, Med, Diss. 1944.

Paul WEINDUNG, *Health, Race and German Poätics between National Unification and Na^ism 1870-1945,* Cambridge 1989.

Ronald WOITKE, *Zur F.ntwicklungder Krebserfassung, -behandlung und-fürsorge im »Dritten Reich«,* Leipzig, Med. Diss. 1993.

Brigitte JENSEN, ¿Karl Astel. >EIN Kämpfer für Volksgesundheitt« in: Barbara DANKWOKTT (Hg.): *Historische Rassismusforschung. Ideologen, Täter, Opfer,* Hamburg 1995, S. 152-178.

Robert N, PROCTOR, ^Gesundes Brot und Leibesübungen: Hat die ideologisch begründete Krebsprävenrionspoiitik im Nationalsozialismus zu geringeren Krebsraten beigetragen ?«in: *Einblick: Zeitschrift des Deutschen Krebsforschungszentrums* 9, 1995, S. 7-11.

Ders,, »The Anti-Tobacco Campaign of the Nazis: A Little Known Aspect of Public Health in Germanv 1933-1945«, in: *British Medical Journal* 313, 1996, S. 1450-1453.

Ders,, »The Nazi War on Tobacco: Ideology, Evidence, and Possible Cancer Consequences«, in: *Bulletin of the History of Mediane* 71, 1997, S. 435-438.

Christoph M. MERKI, »Die nationalsozialistische Tabakpolitik«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 46, 1998, S. 19-42.

Robert N, PMXTOR, *Blitzkrieg gegen den Krebs. Gesundheit und Propaganda im Dritten Reich,* Stuttgart 2002.

Oliver HOCHADELL, VDIC Lungen des erwählten Volkes* sind rein. Blitzkrieg gegen den Krebs. Gespräch mit dem US-amerikanischen Medizinhistoriker Robert N. Proctor über die >Modernität< der NS-Medizin«, in: *Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung*, 22. 3. 2002.





Kein Verbot von Religionsunterricht

In Artikeln zur Zeitgeschichte wird heute oft der Eindruck erweckt, als ob in der Zeit des Dritten Reiches der Religionsunterricht an den Schulen verboten worden wäre. So heißt es in einem Beitrag in der *FAZ,,* daß »im Nationalsozialismus der Religionsunterricht aus den Schulen verbannt blieb«.[1]

Das ist falsch. Richtig ist, daß durchaus bis zum Ende des Krieges Religionsunterricht an den Schulen in Deutschland angeboten wurde. So heißt es in einem Leserbrief zu der genannten Stelle: »In den Jahren 1935 bis 1943 hatte ich in Hessen an der Volksschule und an einer Oberrealschule, die damals sogar >Adolf-Hitler-Schule< hieß, regelmäßigen evangelischen Religionsunterricht, an dem praktisch alle Schüler teilnahmen. Kein Schüler war deshalb, selbst als Hitler-Jugend-Führer, irgendwelchem Druck ausgesetzt. Gegenteilige Erfahrungen sind mir auch von anderen öffentlichen Schulen nicht bekannt.«[2]

In einem bezeichnenderweise von *Sonntag Aktuell* nicht veröffentlichten Leserbrief zu einem dort erschienenen Gespräch mit dem Regisseur des Films *Napolas,* der vieles falsch und einseitig darstellt, schrieb der dem Verfasser persönlich bekannte früherer Napola-Schüler Karl BASSLER, der von 1937 bis 1942 als Schüler an der württembergischen Napola Backnang war: »Ich trat 1937 in die jüngste Klasse der Schule ein und erbat von unserem Anstaltsleiter Dr. GRÄTER nach ca. vier Wochen die Einrichtung eines Konfirmandenunterrichts, da ich meiner Mutter versprochen hatte, mich konfirmieren zu lassen.

Meiner Bitte wurde sofort entsprochen, und ich wurde beauftragt, in meiner Klasse zu ermitteln, wer noch konfirmiert werden wollte. Insgesamt waren es von *26* acht weitere Schüler. Wie in diesem Falle vertrat ich während meiner Zugehörigkeit zur Napola Backnang, bis zu meiner Einberufung zum Wehrdienst 1942, meine eigene Meinung immer offen und ungehindert, was zu keinerlei Schwierigkeiten führte, im Gegenteil, ich wurde im letzten Jahr meiner Zugehörigkeit zum Gefolgschafts führet (leitender Jungmann der ganzen Anstalt) ernannt. In dieser Eigenschaft hatte ich zahlreiche Gespräche und auch Auseinandersetzungen mit al-

[1] Siegfried STADLER, »Gebetet wird nicht«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 30. 5. 1995.

[2] Dr. Franz ZIGAN, Bad Homburg, »Religionsstunden ehedem«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 21. 6. 1995.

[3] Karl BASSLER, Böblingen, ein nicht veröffentlichter Leserbrief an die Redaktion *Sonntag Aktuell* vom 9. 1. 2005, liegt dem Verfasser in Kopie vor.

Jen Erziehern und natürlich auch mit Dr. GRÄTER und mit ihm zusammen mehrere Gespräche mit dem Inspekteur aller deutschen Napolas, dem SS-Obergruppenführer HEISSMEYER, der vor dieser Aufgabe Ixiter des SS-Hauptamtes, also zweiter Mann nach HIMMLER, gewesen war. Bei all diesen Kontakten war nicht der geringste Hauch des in Ihrem Bericht beschworenen Ungeistes zu spüren. In der Napola Backnang herrschte ein liberaler Geist.«[3]

Ergänzend fügte BASSLER die folgenden Feststellungen über die Nachkriegsbewährung der Napola-I.ehrer hinzu: »Der Anstaltsleiter der zweiten württembergischen Napola Rottweil, Max HGEEMANN, wurde als Oberstudiendirektor der sehr behebte Schulleiter des Gymnasiums in Urach. Der Lehrer, der in der Backnanger Napola die schönsten deutschen Morgenfeiern hielt, Richard HAUFF, wurde Leiter und Oberstudiendirektor des Gymnasiums in Esslingen. Er war der Vater des ehemaügen SPD-Bundesministers Volker HAUFF, den er mir einmal als Säugling auf den Arm gab. Die beiden aktivsten Napola-Erzieher aus Backnang, STAHLECKER und HERRLINGBR, waren als Oberstudiendirektoren langjährige Ixiter der beiden Gymnasien in Tübingen. Unser bester Wehrsport-Lehrer, Leutnant schon im Ersten Weltkrieg, >General< Fritz, wurde Leiter des Gymnasiums in Waiblingen. Die meisten übrigen Lehrer gingen in den 70er Jahren als Studiendirektoren in Pension, Der - positiv - schärfste >Hund< unserer Erzieher, der Sportlehrer Paul KIEFER, wurde Ende der 60er Jahre als Ministerialrat im württembergischen Kultusministerium Leiter des gesamten gymnasialen Schulsports, Echte Qualität setzt sich eben in allen Systemen durch. Die meisten dieser »Verführer kamen aus der freien Jugendbewegung {von vor 1933) und haben uns - Gott sei dank - beigebracht, wie man auf Fahrt geht, Deutschland erwandert, uns Hunderte wunderbare deutsche Volkslieder gelehrt und die vernünftige Ordnung einer lebensbejahenden Gemeinschaft vor Augen gesteht.«

Der Verfasser erinnert sich ebenfalls gut daran, daß er als evangelischer Volksschüler von 1941 bis zur Evakuierung 1944 im vorwiegend katholischen Paderborn regelmäßigen Religionsunterricht besuchte, der gemeinsam mit Schülern anderer Klassen stattfand, während die katholischen Klassenkameraden klassenweise ihren Religionsunterricht hatten.

Auch vor den Vereidigungen in der deutschen Wehrmacht wurde — mindestens bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges - in der Regel ein Gottesdienst abgehalten. Nachfolgend ist die Abfolge eines solchen vor einer Vereidigung im November 1938 wiedergegeben.[4] **Rolf Kosiek**

[4] Original im Archiv des Verfassers.

Dieses Blatt bitte zur Erinnerung zu behalten

Gottesdienst vor der Vereidigung

November 1938

Vorspiel der Blasmusik: Wach auf, wach auf, du deutsches Land.

Eingangswort

Gemeinsamer Gesang:

Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren.
Stimme, du Seele, mit ein zu den himmlischen Chören.
Kommet zu Hauf, Psalter und Harfe, wacht auf,
Lasset den Lobgesang hören.

Lobe den Herren, der künstlich und fein dich bereitet,
Der dir Gesundheit verliehen, dich freundlich geleitet.
In wie viel Not hat nicht der gnädige Gott über dir Flügel gebreitet.

Pfarrer: Schriftwort

Alle singen: Ach bleib mit deiner Gnade bei uns Herr Jesu Christ,
Daß uns hinfort nicht schade des bösen Feindes List.
Ach bleib mit deinem Schutze bei uns, du starker Held,
Daß uns der Feind nicht trutze, auch fäll' die falsche Welt.

Pfarrer: Schriftwort

Alle singen: Allein Gott in der Höh' sei Ehr
Und Dank für seine Gnade,
Darum daß nun und nimmermehr
Uns rühren kann ein Schade,
Gott Wohlgefallen an uns hat.
Nun ist groß Fried ohn' Unterlaß.
All Fehd' hat nun ein Ende.

Pfarrer: Gebet, Lesung

Alle singen: Herr Jesu Christ, dich zu uns wend'
Und deinen heil'gen Geist uns send'.
Mit Fried' und Gnad' er uns regier
Und uns den Weg zur Wahrheit führ'.

Lob sei dem Vater und dem Sohn,
Dem heil'gen Geist im höchsten Thron,
Der heiligen Dreieinigkeit
Sei Lob und Preis in Ewigkeit.

Nach der Ansprache singen alle:

O Gott, du frommer Gott,
Du Brunnquell guter Gaben,
Ohn' den nichts ist, was ist,
Von dem wir alles haben.
Gesunden Leib gib mir
Und daß in solchem Leib
Die Seele unverletzt,
Rein das Gewissen bleib!

Gib, daß ich tu' mit Fleiß,
Was mir zu tun gebühret,
Wozu mich dein Befehl
In meinem Stande führet.
Gib, daß ich's tue bald,
Zu der Zeit, da ich soll,
Und wenn ich's tu', so gib,
Daß es gerate wohl.

(Mit diesem Lied sind die Soldaten Friedrichs des Großen zum Schlachtfeld bei Leuthen marschiert.)

Pfarrer: Gebet. Unser Vater.

Alle singen: Eine feste Burg ist unser Gott.

Pfarrer: Segen

Nachspiel der Blasmusik: Ich hab mich ergeben.

Orgelnachspiel.

Volksempfänger konnte Auslandssender empfangen

Der als Angehöriger der linken Gruppe von Vergangenheitsbewältigern im Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg hervorgetretene Historiker Wolfram WETTE, geboren 1940 und voll von der Umerziehung erfaßt, schrieb in seinem von diesem Institut herausgegebenen Buch *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg* zur Reichweite des in vielen **I** laushalten in der NS-Zeit vorhandenen >Volksempfängers< (einfaches Radio) und als Beweis für die angebliche staatliche rundfunkmäßige Abschottung der Deutschen vom Ausland: »Technisch waren diese Geräte so ausgestattet, daß gerade der nächstgelegene >Reichsender< und der »Deutschlandsenden empfangen werden konnten, der Empfang ausländischer Sender jedoch unmöglich war.«[1]



Der legendäre Volksempfänger VE 301 war bereits auf der Berliner Funkausstellung 1933 zu sehen.

Doch das ist falsch. Richtig ist, was als Zeitzeuge der Historiker Hannsjoachim W. KOCH dazu im Rahmen der Schilderung damaliger Zensur feststellte: »Obwohl die deutsche Presse strenger Zensur unterworfen war, konnten jene, die es sich leisten konnten, bis Kriegsausbruch an den Zeitungskiosken britische, französische, Schweizer und andere ausländische Zeitungen kaufen. Alle jene, die sich innerhalb des NS-Rahmens zu informieren wünschten, konnten dies durch Benutzung des »neuen Mediums« - über den Rundfunk. Selbst ein einfacher und billiger Rundfunkapparat wie der »Volksempfänger konnte ohne Mühe den Schweizer Sender Beromünster, den Londoner, Pariser und Moskauer Rundfunk empfangen, und zwar auf Mittelwelle.«[2]

Und in einer Fußnote schreibt KOCH unter direktem Bezug auf WETTES oben angegebenes Zitat: »Dies ist nur einer von einer Unzahl von sachlichen Fehlern, mit denen die bisher erschienenen vier Bände gespickt sind. Der Verfasser, damals im Zentrums Münchens in einer Parterrewohnung lebend (also nicht der idealste Empfangsort für ausländische Sender), erinnert sich noch genau, daß Eltern wie älterer Bruder schon während der Sudetenkrise mit dem Volksempfänger den Schweizer, französischen und britischen Rundfunk abhörten, dies auch während der Kriegsjahre, als der Moskauer Rundfunk dazukam, wie auch gegen Ende 1944 der »Soldatensender Calais<, den aber die Mutter wegen seiner Obszönitäten abschaltete.«[3]

Dem Verfasser haben darüber hinaus mehrere weitere Zeitzeugen bestätigt, daß man in der Zeit des Dritten Reiches mit dem damaligen Volksempfänger auch Auslandssender empfangen konnte. WETTES oben genannte Feststellung trifft also nicht zu und ist offensichtlich aus dem Bestreben entstanden, möglichst viel Negatives aus heutiger Sicht der damaligen Regierung anzulasten.

Rolf Kosiek

[1] Wolfram WETTE, *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 1, Stuttgart 1979, S. 109.

[2] Hannsjoachim W KOCIH, *Volksgerichtshof. Politische Justiz im 3. Reich*, Universitas, München 1988, S. 131.

[3] Ebenda in Anmerkung 181, S. 593.

Hits unter Hitler

Entgegen heutiger landläufiger Meinung gab es auch im Dritten Reich moderne Musik, wenn sie auch von Regierung und Partei nicht gern gehört wurde. Das galt auch für Jazz-Musik.

Wie für alliierte Propagandisten war die Musik ebenso für Reichspropagandaminister Joseph GOEBBELS »genau so wichtig wie Kanonen und Gewehre«. Sie wurde auch auf deutscher Seite im Zweiten Weltkrieg als Ablenkungs- und Entspannungsmittel eingesetzt. Eine akustische Brücke zwischen Front und Heimat schlug das >Wunschkonzert<. Damit die Musik die Massen erreichen konnte, bedurfte es des Rundfunks. Zu Beginn des Dritten Reiches hatte nur jeder vierte Haushalt ein eigenes Rundfunkgerät. Radioapparate waren teuer und kosteten zwischen 200 und 400 Mark. Auf der Berliner Funkausstellung im August 1933 stellte GOEBBELS jedoch den >Volksempfänger< vor, der auf Wunsch des Ministers von 28 Herstellern gemeinschaftlich entwickelt worden war und samt Antenne 76 Mark kostete. Noch billiger war der »Deutsche Kleinempfängen, der im Volksmund >Goebbels-Schnauze< genannt wurde und ab 1938 für 35 Mark zu haben war. Dank des Absatzes von 3,5 Millionen Stück dieser preiswerten Apparate hatte sich die Zahl der reichsdeutschen Rundfunkteilnehmer bis 1938 verdoppelt.





Von oben:
Rosita SERRANO und Marika RÖKK.

So wirkte der Funk als Verbreiter für die Musik, die aus den Filmen kam. Diese brachten viele Schlager, von denen sich nicht wenige als >Evergreens< bis heute gehalten haben. Die bekanntesten und erfolgreichsten Stars unter dem - zu Unrecht - im Ruf der Ausländerfeindlichkeit stehenden Regime waren Ausländerinnen: Zarah LEANDER (»Yes, Sir«) war gebürtige Schwedin, Marika RÖKK (»Die Juliska aus Budapest«) stammte aus Ungarn, Rosita SKRRANO (»Roter Mohn«) kam gar aus Übersee. Wie ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen wirkte auch die »chilenische Nachtigall« während des Krieges am Wunschkonzert und an der Truppenbetreuung mit.

Bis zum Ausbruch des Krieges war das Abhören auswärtiger Sender zwar unerwünscht, doch nicht verboten. Vielmehr warben alle Rundfunkzeitschriften mit einem umfassenden Europaprogramm. Erst mit der Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939 (***Reichsgesetzblatt*** I, S. 1683) wurde das Abhören ausländischer Sender bei Strafe untersagt. Auf Zuwiderhandlung stand Zuchthaus, in leichteren Fällen konnte auf Gefängnis erkannt werden. Das Abhörverbot erstreckte sich auch auf Musikdarbietungen ausländischer Stationen.

Im großdeutschen Rundfunk durfte »Musik mit verzerrten Rhythmen und atonaler Melodieführung« ursprünglich nicht gesendet werden. Der

offizielle Jazzboykott hatte zur Folge, daß man in der Wehrmacht, vor allem bei der Luftwaffe, auf britische Sender umstieg, und zwar nicht wegen der Wortsendungen, sondern wegen der schmissigen Musik, die insbesondere Sefton DELMERS >Soldatensender Calais< allabendlich nach 20 Uhr 15 auszustrahlen pflegte.

Nachdem der Glenn-**MlLLER**-Fan und Ritterkreuzträger Werner **Möi.-DERS**, erfolgreicher Oberst und Inspekteur der Jagdflieger, an höchster





Eingeleitet wurden die Konzerte mit einer Fanfare als Erkennungsmelodie und einem Begrüßungstext. Die Front hörte mit. Beide Abbildungen aus: Hans-Jörg KOCH, *Wunschkonzert,* Ares, Graz 2006.

Stelle seinem Wunsch Nachdruck verliehen hatte, die deutschen Sender sollten doch endlich »anständige* Musik nach amerikanischem Vorbild bringen, damit deutsche Luftwaffenpiloten nicht mehr BBC zu hören brauchten, gab der gegen Jazz eingestellte GOEBBELS nach. Die beiden bekannten Komponisten Franz GROTHE und Georg HAENTZSCHEL stellten eine »Big Band< auf die Beine. Dieses »Deutsche Tanz- und Unterhaltungsorchester« mit hochqualifizierten Jazzern hatte die Aufgabe, »die Wehrmacht, insbesondere die Piloten, durch eine akzeptable rhythmische Musik zufriedenzustellen.«


Der Sprecher der Sendung »Wunschkonzert« war Heinz GOE DECKE.

Vertieft wurde die Verbindung zwischen Front und Heimat vor allem durch das »Wunschkonzert für die Wehrmacht«, das aus dem Großen Sendesaal des »Hauses des Rundfunks« in der Berliner Masurenallee direkt übertragen wurde. Die an der Front stehenden Soldaten konnten über Ätherwellen Grüße in die Heimat senden, Angehörige durften den für Deutschland kämpfenden Ehemännern, Vätern und Söhnen Nachrichten wie auch Wünsche übermitteln. Allein für die Premiere am 1. Oktober 1939 waren 23 117 Feldpostbriefe mit Musikwünschen eingegangen.

Eingeleitet wurden die Konzerte mit einer Fanfare als Erkennungsmelodie und einem Begrüßungstext. Bis 19 Uhr war dann eine bunte Abfolge von Märschen, Kammermusik und Chorsätzen, Ouvertüren, Opernarien, Volksweisen, Soldatenliedern und einigen wenigen Tanzschlagern zu hören, wobei der populär-klassische Anteil, vor allem mit Werken von WAGNER, BEETHOVEN, MOZART, BRUCKNER und HÄNDEL, vorherrschte. Nach den 19 Uhr-Nachrichten begann der zweite Teil, der etwa 45 Minuten lang von leichter Musik — meist Schlagern und Tanzmelodien auf Schallplatte oder von namhaften Künstlern mit Live-Interpretation - geprägt war. Im dritten Teil, von 20 bis 22 Uhr, wurden Walzer, Chorsätze, Märsche und ernste Musik gespielt. Erfüllt wurden die Musikwünsche, die am meisten genannt worden waren. Aufgelockert wurde das musikalische Programm mit gesprochenen Einlagen, Gedichten, Sketchen, Ansagen militärischer und privater Natur.

Ein beliebter Teil des Wunschkonzertes war die Bekanntgabe der neugeborenen Soldatenkinder. Oft erfuhren die Landser über das Wunschkonzert von dem freudigen Ereignis, lange bevor dasselbe dem Vater durch die Feldpost zur Kenntnis gelangte. Untermalt wurde die Liste der Neugeborenen von Säuglingsgeschrei. Den Abschluß der Sendung bildeten die sentimentalen Sätze: »»Das Wunschkonzert der Wehrmacht geht zu Ende / Die Front reicht ihrer Heimat jetzt die Hände / Die Heimat aber reicht der Front die Hand / Wir sagen gute Nacht, auf Wiederhören / Wenn wir beim andern Male wiederkehren / Auf Wiedersehen sagt das Vaterland.«

Fred Duswald

Literatur
Hans-Jörg KOCH, *Wunschkonzert. Unterhaltungsmusik und Propaganda im Rundfunk des Dritten* Reiches, Ares, Graz **2006.**

Gustav Fröhlich ohrfeigte nicht Goebbels

Bei Ausführungen über den deutschen Film in der Zeit des Dritten Reiches wird immer wieder versucht, ihn mit Legenden herabzusetzen und möglichst Nachteiliges über diese Jahre unterzubringen. Ein bezeichnendes Beispiel bietet der dreispaltige Artikel »Wo Gustav Fröhlich Goebbels ohrfeigte« von Roland MISCHKE. in der angesehenen ***FAZ,*** der sich mit dem Schicksal von Villen in der früheren Filmhochburg Babelsberg befaßt.[1] Dort wird, wie schon die Überschrift ausdrückt, einmal ausgeführt, daß Gustav FRÖHLICH im Haus Karl-Marx-Str. 8 im Jahre 1941 den Propagandaminister Joseph GOEBBELS geohrfeigt habe, weil dieser FRÖHLICHS Filmpartnerin Lida BAAROVA Avancen machte, und daß der Künstler anschließend nicht mehr spielen durfte, zum anderen, daß die Schauspielerin Sybille SCHMITZ 1937 von GOEBBELS Spielverbot bekommen habe, damit ihre Karriere zerstört worden sei und sie deswegen 1955 Selbstmord begangen habe, und schließlich, daß der Nationalsozialismus »Babelsbergs Aura von Glanz und Glamour« zerstört habe.

Diese Aussägen sind falsch. Richtig ist, worauf Landgerichtsdirektor Erwin PETRICH aus Kiel in einem Leserbrief hinwies,[2] »daß die Sache mit der Ohrfeige nichts als liegende ist. Sie hat sich nie ereignet. Unwahr ist auch, daß Gustav FRÖHLICH nach 1941 nicht mehr spielen durfte. Noch 1944 wirkte er zum Beispiel in den Filmen *Familie Muchholz* *Neigungs-* ***ehe*** mit. Dasselbe gilt für Sybille SCHMITZ, die bis 1945 zu den meistbeschäfdgten FiIm schau spiele rinnen gehörte und keineswegs ihre Karriere auf GOEBBELS* Geheiß 1937 beenden mußte. Als Beispiele nenne ich folgende Filme: 1939 *Frau ohne Vergangenheit*, 1940 *Trenck der Pandur,* 1941 *Wetterleuchten um Barbara,* 1942 *Vom Schicksal verweht*, 1944 *Das lieben ruft.* Es sollte doch auch stutzig machen, ihren Selbstmord 1955 mit einem Berufsverbot 1937 in Verbindung zu bringen. Reichlich merkwürdig ist schließlich, daß MISCHKE behauptet, der Nationalsozialismus habe Babelsbergs Aura von Glanz und Glamour zerstört. Es mag vielleicht sein, daß Glanz und Glamour - was soll das konkret sein? - nach 1933 endeten, doch Tatsache ist, daß Babelsberg als wichtigstes Zentrum der deut-

[1] Roland MISCHKE, »Wo Gustav Fröhlich Goebbels ohrfeigte«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 29. 6. 1994.

[2] Erwin PETRICH, Kiel, »Aus Babelsbergs Blütezeit«, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 8. 7. 1994.

[3] Curt RIESS, *Das gab's nur einmal. Die große Zeit des deutschen Films,* Molden, Wien-München 1977.

schen Filmindustrie bis zum Kriegsende eine unverminderte Blütezeit hatte.«

Der deutsche Film war in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts im Ausland sehr gefragt und bildete einen wesentlichen Exportartikel.

Nicht von ungefähr hat die ausführliche Darstellung des deutschen Films[3] der Zwischenkriegszeit von Curt RIESS, die dann noch dreibändig als Taschenbuch herauskam,[4] den Titel *Das gab's nur einmal. Die große Zeit des deutschen Films.* Insbesondere Band 3 behandelt die **H**öhepunkte deutscher Film her**Stellung** nach 1933,

MISCHKE spricht in seinem Artikel ja selbst davon, daß in Babelsberg noch 1941 FRÖHLICH und BAAROVA »rauschende Feste« feierten. Dort wohnten unter anderen noch Heinz RÜHMANN, Brigitte HORNEY und Erich KÄSTNER. ZU erwähnen ist auch, daß Gustav FRÖHLICH nach 1933 mit seiner Frau, der Sängerin Gitta ALPAR, ausgewandert war, dann aber 1935 nach Trennung und Scheidung von ihr nach dem nationalsozialistischen Deutschland zurückkehrte.[1*] Das führt MISCHKE bezeichnenderweise jedoch nicht an.

Schon fast ein Jahrzehnt vor dem oben genannten FAZ-Artikel hatte FRÖHLICH anläßlich seines 80. Geburtstages selbst öffentlich erklärt, die legendäre Ohrfeige sei dazugedichtet worden: »Das war wohl mehr ein Wunschtraum des besseren Teils unseres Volkes.«[6] »In Wirklichkeit sei es nur eine laute Auseinandersetzung gewesen«, heißt es in einem Artikel zu seinem 80. Wiegenfest im Jahre 1982."

Der Regisseur Arthur Maria RABENALT, der sich in der deutschen Schauspielwelt der dreißiger und vierziger Jahre bestens auskannte, meinte 1985 zur >Affäre<: »Man gönnte Jupp den Eklat und die Backpfeife: In diesem Fall wurde kein Skandal unterdrückt, nichts geleugnet, kein peinlicher Fall heruntergespielt. Das ist das einzig Interessante an dieser Affare. Eine Ohrfeige hat es dabei nie gegeben, es sei denn die BAARÖVA mußte sie einstekken. . .«[8]

Rolf Kosiek





Lida BAAROVA und Gustav FRÖHLICH.

[4] Dasselbe, Bd. 1-3, Ullstein Sachbuch, Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1985.

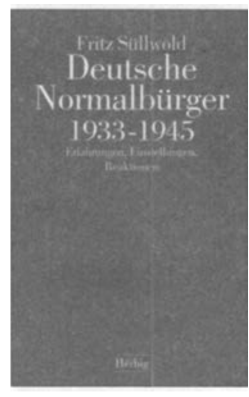
[s] Ebenda, Bd. 3, S. 57 f.

" me/pö, »Vor dem Krach mit Goebbels 120 Filme«, in: *Schwäbisches Tagblatt,* 20. 3.1982.

[7] Ebenda.

8 Arthur Maria RABEN ALT, *Joseph Goebbels und der >Großdeutsche< Film,* Herbig, München 1985, S. 118 f.

Wie dachten Normalbürger unter dem Nationalsozialismus?



Fritz SÜLLWOLD, *Deutsche Normalbürger 1933-1945. Erfahrungen, Einstellungen, Reaktionen. Eine geschichtspsychologische Untersuchung,* Herbig, München 2001.

Ob bei vielen Normalbürgern in der Vorkriegszeit der Eindruck bestand, einer Schreckensherrschaft ausgesetzt zu sein, läßt sich nicht aus der historisch dokumentierten Anzahl der Konzentrationslager und der darin inhaftierten Personen erschließen.« Mit diesem Urteil widerlegt der Frankfurter Soziopsychologe Fritz SÜLLWOLD einen verbreiteten Trugschluß unserer Gegenwart und stellt manches zu den Vorstellungen der Deutschen in der NS-Zeit richtig.

Er untersucht sorgfältig, was die deutschen Normalbürger während der Zeit des Nationalsozialismus auf den verschiedensten Bereichen dachten, Um ihre Einstellungen und Reaktionen zu ergründen, wurden qualifizierte Personen der Erlebnisgeneration befragt. Diese sollten aber nicht ihre eigenen Empfindungen zum besten geben, sondern aus distanzierter Sicht des >Zeitbeobachters< die subjektiven Eindrücke ihres persönlichen Umfeldes dokumentieren. So wurde ein wirklichkeitsnahes Meinungsbild gewonnen.

Danach waren in der Vorkriegszeit >fast alle< davon überzeugt, daß die Verminderung der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftliche Aufschwung ab 1933 der Beschäftigungspolitik der Regierung zu verdanken waren. Das Vertrauen in den Wert der Reichsmark wurde nur von 2 Prozent der Zeitbeobachter als gering wahrgenommen. Löhne und Preise, Sozialabgaben und Altersversorgung schienen angemessen. Die Fürsorge für Arme und Schwache wurde als zufriedenstellend gewertet.

»Über die staatliche und kommunale Verwaltung sowie über Justiz und Polizei in der Vorkriegszeit der NS-Epoche existieren heute bei vielen Nachgeborenen Vorstellungen, die mit den Erinnerungen der Zeitgenossen jener Epoche nicht übereinstimmen«, stellt SÜLLWOLD fest. In Wirklichkeit hielt man die Beamten für korrekt und hilfsbereit. Der Eindruck, einer Schreckensherrschaft ausgesetzt zu sein, herrschte im allgemeinen nicht. Die meisten Bürger fühlten sich durch die Exekutive {»Die Polizei — dein Freund und Helfer«) ausreichend geschützt. Daß man auch bei Nacht sicher und ungefährdet durch die Straßen gehen konnte, wurde der Regierung hoch angerechnet. Die Justiz galt als korrekt und unabhängig, bei Verfahren mit politischem Hintergrund allerdings als opportunistisch — woran sich wohl bis heute nichts geändert hat.

Die Idee der Volksgemeinschaft war weitgehend Richtschnur, »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« kein leeres Wort, sondern praktiziertes Prinzip. Den sozialen Umgang prägten Rücksicht und Respekt. Der Jugendkult der Nationalsozialisten ging nicht mit einer Geringschätzung

der Senioren einher. Die Beziehungen zwischen den Geschlechtern unterlagen verhältnismäßig strengen Moralvorstellungen: Beim Eintreten von Folgen vorehelichen Verkehrs wurde rechtzeitige Eheschließung erwartet. Die verhalten steuernde Hierarchie dieser Werte und Tugenden war aber nicht spezifisch nationalsozialistisch, sondern beruhte auf althergebrachten Traditionen. Das galt besonders für das deutsche Offizierskorps.

Das religiöse Leben und die Kirchen spielten im NS-All tag eine größere Rolle, als heute angenommen. Nach dem Empfinden der Zeitzeugen waren zwar viele, aber keineswegs alle Parteifunktionäre antikirchlich eingestellt. Tiefgreifende Differenzen und Konflikte zwischen Kirchen und Partei wurden in der Bevölkerung sehr oft wahrgenommen. Dennoch galt regelmäßige Teilnahme am Gottesdienst nicht als Opposition gegen das Regime.

Politisch wurde das Versailler Diktat von 1919 als schreiendes Unrecht empfunden. Die Revisionspolitik **HITLERS** wurde begrüßt. Das Bemühen um Rückgewinnung verlorener deutscher Gebiete wurde von vielen als gerechtfertigt angesehen. Auf den Österreich-Anschluß und auf die Befreiung des Sudetenlandes reagierte man mehrheitlich »mit Freude und Stolz«. Die Drangsalicrung und Unterdrückung der Volksdeutschen in. der Tschechoslowakei und in Polen lösten »Empörung und Zorn« aus.

Bei Kriegsausbruch 1939 herrschte kein Hurrapatriotismus, sondern Niedergeschlagenheit und Bedrücktheit überwogen. Nur eine Minderheit hatte Siegeszuversicht. Der offiziellen These, wonach der Krieg Deutschland aufgezwungen worden sei, wurde nur begrenzt Glauben geschenkt, doch waren nur ganz wenige der Meinung, der Krieg sei von der Reichsregierung planmäßig herbeigeführt worden. Der Wehrmachtbericht erschien im allgemeinen glaubwürdig, in der zweiten Kriegshälfte zunehmend weniger. Trotz strenger Strafen wurden die britischen Deutschland-Sendun-



Der Österreich-Anschluß 1938 bedeutete zweifellos den Höhepunkt der Popularität HITLERS. Hier betritt der Reichskanzler das Schloß Kleßheim bei Salzburg. (Foto: Walter FRENZ)

gen von vielen abgehört, doch geschah dies nicht selten im Bewußtsein, daß es sich um Propaganda zur Irreführung und Demoralisierung der Deutschen handle.



Berlin im Frühjahr 1945. Gefaßtheit und die Überzeugung, daß die alliierten Bombenangriffe reine Terrorakte zur Schwächung der Moral der Zivilbevölkerung sind, herrschen hier wie in allen größeren Städten vor.

Für größte Überraschung sorgten die schnellen Siege im Polen-, im Frankreich- und im Balkanfeldzug: »Wenn eine Bevölkerung durch den Kriegsverlauf überrascht ist, weil sie zumindest nicht mit schnellen Erfolgen rechnete, kann die ursprüngliche Neigung zum Führen des Krieges nicht groß gewesen sein«, folgert SOLLWOLD. »Kriegswilligkeit setzt meistens die Erwartung schneller und ungefährdeter militärischer Erfolge voraus.« Die Besetzung Dänemarks und Norwegens wurde von 39 Prozent als Verteidigungsmaßnahme angesehen, um einem Angriff der Alliierten zuvorzukommen. Die Einbeziehung Hollands und Belgiens in den Westfeldzug wurde weniger als Teil eines Eroberungskrieges, sondern überwiegend als unvermeidlich betrachtet.

Auf den Beginn des Rußland-Feldzuges reagierte man mit Sorge wegen der unerwünschten Ausweitung des Krieges. Die Vernichtung der 6. Armee in Stalingrad 1942 wurde als verheerende Katastrophe, nicht selten als Wendepunkt gewertet. Die Rückzugsbewegungen an der Ostfront deutete man als »Ende der deutschen Überlegenheit«, nicht wenige sahen darin den »sich abzeichnenden Weg in die allgemeine Niederlage«. Zwei Drittel der Bevölkerung waren der Überzeugung, »daß der Partisanenkrieg zu gnadenloser Härte zwang«. Für möglich hielt man, »daß durch falsche Behandlung der Zivilbevölkerung Feindseligkeit und Widerstand provoziert wurden«.

Der Kriegseintritt der USA wurde von zwei Dritteln als »schwerwiegend« beurteilt. Für eine informierte Minderheit war er die Bekennung eines bereits bestehenden Zustandes. Die sensationellen militärischen Erfolge der Japaner riefen vorübergehende Freude hervor. Die spätere Landung der Alliierten in Süditalien wurde nicht nur »als Ergebnis italienischer Unfähigkeit«, sondern auch »als ernsthafte Bedrohung Deutsch-

lands« gedeutet. Der Abfall des Achsenpartners Italien war »erwartetes Verhalten eines unfähigen und unzuverlässigen Verbündeten«.

Einen bedeutenden Teil der Erlebniswelt nahm der anglo-amerikanische Luftkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung in Anspruch, Oberwiegend war man der Meinung, daß es sich um gezielte Terror angriffe handele, um die Moral der Bevölkerung zu brechen. Vielen war bewußt, daß sich die Bombenangriffe hauptsächlich gegen die Wohnviertel richteten, Nach den Beobachtungen von zwei Dritteln der Zeitzeugen rief der Bombenkrieg nur bei einigen Bürgern oder gar nicht den Wunsch nach »baldiger Kriegsbeendigung um jeden Preis« hervor, Haß- und Rachegefühle gegenüber Briten und Amerikanern hegten meist nur die unmittelbar Betroffenen, also die Ausgebombten.

Die Landung der Alliierten in der Normandie wurde in der Bevölkerung als »kriegsentscheidend« und als »Anfang vom Ende« eingestuft. Die Ardennenoffensive im Dezember 1944 war für einige die »Chance für einen separaten Waffenstillstand im Westen«. Vielen erschien sie als »Schwächung der Abwehrkraft im Osten«, und nicht wenige hielten sie für sinnlos. Die Ankündigung des Einsatzes von Geheimwaffen erweckte eine gewisse Hoffnung, galt aber auch häufig als bloße Propaganda. Der dann erfolgende Einsatz der V1 und V 2 wurde als Beginn der Anwendung der angekündigten Wunderwaffen aufgefaßt. Man glaubte zwar nicht mehr an einen Sieg, hoffte aber, mit dieser neuen Waffe erträgliche Bedingungen für einen Waffenstillstand zu schaffen.

Das Attentat am 20. Juli 1944 erschien überwiegend als Versuch, durch Ausschaltung Hittlers den Krieg zu beenden. Die öffentlichen Friedensangebote der deutschen Seite nach dem Polen- und nach dem Frankreich-Feldzug waren der deutschen Bevölkerung nicht entgangen. Daß die Gegner darauf nicht eingingen, war für die meisten der »Beweis für den Kriegswillen der Alliierten«. Mit der Möglichkeit, daß Deutschland den Krieg verliere, rechneten größere Bevölkerungsteile schon seit dem Kriegs eintritt der USA und besonders seit Beginn der Rückzüge in Rußland. Endgültig verloren schien der Krieg nach der alliierten Landung in der Normandie, Diese Überzeugung steigerte sich nach dem feindlichen Überschreiten der Reichsgrenzen. Letzte Zweifel an der bevorstehenden Niederlage schwanden nach dem alliierten Überschreiten von Rhein und Oder.

Die Frage nach erwägenswerten Möglichkeiten, den Krieg zu beenden, nachdem dieser offenbar nicht mehr zu gewinnen war, beantworteten 52 Prozent der Zeitzeugen mit »Nein«. Haupthindernis war »die Kenntnis der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation und die Angst, einem rücksichtslosen Gegner, insbesondere den Sowjets, völlig ausgeliefert zu sein«. Verbreitet war auch die Meinung, »daß es nach Ende der

Kampfhandlungen nur noch schlimmer kommen könne, als es ohnehin schon war«. »Angst vor Rache für begangene Untaten« spielte kaum eine Rolle. Nicht nur von der Propaganda war die Hoffnung genährt, daß sich »der Gegensatz zwischen den Sowjets und den westlichen Alliierten sehr verschärfen würde, so daß die Deutschen, wenn sie lange genug aushielten, davon profitieren könnten«.



(Conrad Löw, *»Das Volk ist ein Trost«.* Deutsche *und Juden 1933-1945 im Urteil der jüdischen Zeitzeugen,* Olzog, München 2006.

Im Unterschied zur Betrachtungsweise von heute standen die Juden nicht im Mittelpunkt normalbürgerlichen Interesses. Die jüdischen Mitbürger bildeten nur eine Minderheit von nicht einmal einem Prozent der Gesamtbevölkerung und waren außerdem ungleichmäßig über das Reichsgebiet verteilt. Nur wenige Normalbürger hatten persönliche Bekanntschaften und Beziehungen. Juden und jüdische Angelegenheiten wurden daher nur am Rande und bruchstückhaft wahrgenommen. Lediglich bei außergewöhnlichen Anlässen wie zum Beispiel nach den Ausschreitungen der berüchtigten Kristallnacht 1938, auf die man »mit Befremden, bedrückt und mit Sorge« reagierte, waren Juden Gegenstand von Gesprächen. Der amtliche Antisemitismus wurde allgemein abgelehnt, die judenfeindliche STREICHER-Zeitung *Der Stürmer* galt als »primitiv« (67 Prozent) und wurde von den meisten nicht einmal beachtet. Mit einem heute immer wieder beschworenen »Wegsehen« und einem moralischen Mangel der Deutschen hat dies nicht das geringste zu tun.

»In der zweiten Hälfte der Kriegszeit, in der, wie man heute weiß, die Drangsalierung und Verfolgung der Juden lebensgefährliche Ausmaße annahm, waren viele deutsche Normalbürger von existentiellen Problemen betroffen, die ihre volle Aufmerksamkeit erforderten und sie geistig und emotional in höchstem Grad in Anspruch nahmen. Dazu gehörte die ständige Sorge und die Angst um Ehemänner, Söhne, Väter, Brüder und Freunde, die als Soldaten im militärischen Einsatz standen.« Damit rückt SÜLLWOLD die subjektiven Verhältnisse zurecht. »Hinzu kamen vielfältige schwere Aufgaben, die an Stelle der zum Kriegsdienst eingezogenen Männer bewältigt werden mußten. In besonderem Maße belastend waren, .. die immer zahlreicher werdenden Bombenangriffe, bei denen stets nicht nur mit dem Verlust von Haus oder Wohnung. . . gerechnet werden mußte, sondern auch mit schweren Verwundungen und dem Verlust des Lebens. Etliche Normalbürger lebten damals mühselig in Trümmerlandschaften. Derartige Rahmenbedingungen der Wahrnehmung von Juden und jüdischen Angelegenheiten in der Kriegszeit werden bei ahistorischer Betrachtungsweise immer wieder übersehen oder ausgeblendet.«

Fred Duswald

Literatur

Fritz SÜLLWOLD, *Deutsche Kormalbürger 1933-1945. Erfahrungen, Einstellungen, Reaktionen. Eine geschichtspsychologische Untersuchung,* Herbig, München 2001.

Hitler war kein »lausiger Maler«

Das heute verbreitete Urteil ist, daß HITLERS Gemälde und Studien keiner kunstkritischen Überprüfung standhalten. Das gelte, weil sie von HitleR stammten, weil ein Kunstwerk etwas von der Persönlichkeit seines Schöpfers bewahre sowie ausstrahle und daher von ihr nicht zu trennen sei.

Vor dem Hintergrund der juristischen Auseinandersetzung um Aquarelle von Adolf HITLER, die nach dem Krieg in die USA gelangt waren, brachte die *Süddeutsche Zeitung* in ihrem Feuilleton vom 26. Mai 2001 einen bemerkenswerten Artikel des US-Publizisten Doug HARVF.Y, der die Ablehnung einer kritischen Würdigung von HITLERS künstlerischem Werk auf den Punkt brachte: »Immer, wenn die Auguren über die Bilder Adolf HITLERS sprechen, tun sie es in wegwerfendem Ton — so, als sei die Anerkennung einer visuellen Begabung des Führers gleichbedeutend mit der Sanktionierung des **H**olocaust.«[1]

Offenkundig ist das Bestreben, HITLERS künstlerisches Schaffen als reine lausige Postkarten malerei zu schmähen und sein späteres politisches Wirken als vergleichbaren Dilettantismus hinzustellen. Das deutsche Volk soll sich fragen, wie der »österreichische Gelegenheitsarbeiter« und »gescheiterte Postkartenmaler« Adolf HitlER zum charismatischen Führer einer ganzen Nation werden konnte und Schuld auf sich lud.

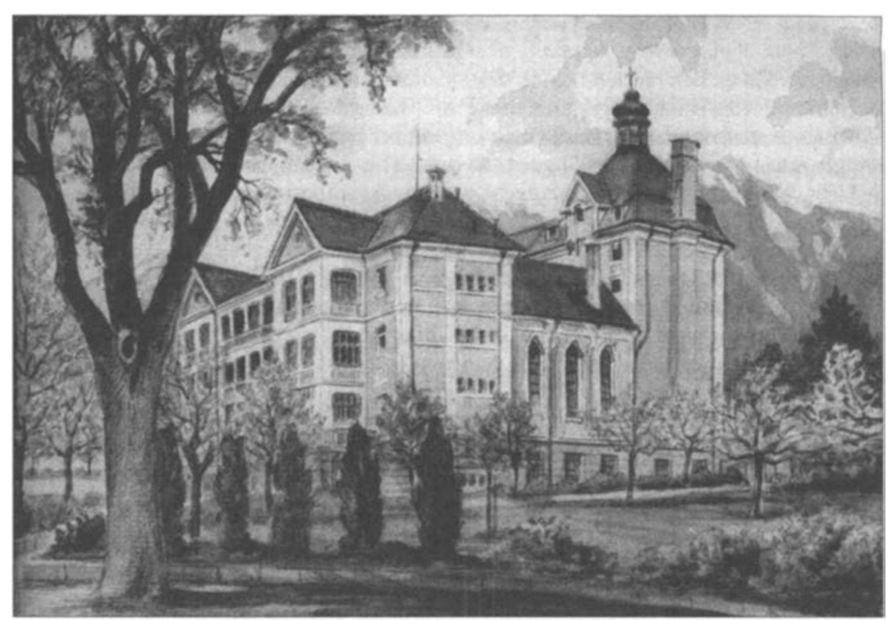
Nichts anderes bezweckte Bertold BRECHT mit seinem im September 1933 entstandenen *Lied vom Anstreicher Hitler.* In der vierten Strophe heißt es: »Der Anstreicher HITLER/ Hatte bis auf Farbe nichts studiert / Und als man ihn nun eben ran ließ / Da hat er alles angeschmiert. / Ganz Deutschland hat er angeschmiert.«[2]

Die beliebte Polarisierung: PICASSO - der Maler, HITLER - der Anstreicher, ist nicht stichhaltig. Da gilt es, einiges richtigzustellen.

1. Am 2. Oktober 1907 unterzog sich Adolf HITLER als einer von 112 Kandidaten der Aufnahmeprüfung in der Wiener Akademie der Bildenden Künste. In HITLERS Gruppe hießen die Themen der Aufnahmeprüfung: 1. Vertreibung aus dem Paradiese, 2. Jagd, 3. Frühling, 4. Bauarbeiter, 5. Tod, 6. Regen. Von den 112 Kandidaten wurden 79, darunter HITLER, zum >Probezeichnen< zugelassen, von diesen lediglich 28 zum Studium ausgewählt. HitlER fiel durch. Ein Durchfallen war aufgrund der sehr strengen Prüfungskriterien allerdings kein Beweis für Unfähigkeit. Robin Christian ANDERSEN, der mit HITLER durchfiel, war von 1945 bis 1948 Rektor der Akademie der Bildenden Künste und von 1945 bis 1965 Leiter der Meisterschule für Malerei an derselben Akademie.

[1] Doug HARVEY, »Hübsche Ansichten. Hitler, Churchill und Eisenhower als Maler«, in: *Süddeutsche Zeitung,* 26. 5. 2001.

[2] Bertold BRECHT, in: *Gesammelte Werke,* Suhrkamp, Frankfurt/M. 1967, Bd. 9, S. 441.



Eines der Aquarelle, die HITLER für die Aufnahmeprüfung 1907 malte. Es befand sich im Nachlaß von Gerdy TROOST und wurde erstmals in Werner MASERS Buch *Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin* (Olzog, München 2004, 5. 67) abgebildet.

Der österreichische Maler und Graphiker Oskar KOKOSCHKA, der im selben Zeitraum Kunst an der Wiener Kunstgewerbeschule studierte, meinte bezeichnenderweise über die Akademie seiner Heimatstadt: »Die Akademie war ein Hort der Konservativen, den man besuchte, um ein Künstler in Samtrock und Barett zu werden.«[3] Damit ließ er anklingen, daß die Kandidaten nicht nur künstlerische Begabung, sondern auch gute Beziehungen mitbringen mußten, die HITLER wohl nicht gehabt haben wird.

2. HitleR hat schätzungsweise 2000 bis 3000 Zeichnungen, Aquarelle und Ölbilder in seinem Leben geschaffen,[4] die meisten bis zum Jahre 1919. HITLER, der an der Darstellung von Menschen nicht sonderlich interessiert war, war selbstkritisch genug, um einzusehen, daß seine menschlichen Figuren hölzern und ungelenk wirkten.[3] Auch seine Porträtmalerei erwies sich als etwas unwirklich. Seine Stärke lag eindeutig im Architektonischen (siehe Punkte 4): In den frühen Jahren kopierte er zahlreiche bekannte Stadtansichten und berühmte Gebäude.

HITLER war nicht offen für die aufkommenden neuen Kunstrichtungen wie Expressionismus, Kubismus und Dadaismus, die er als »schreckliche Verirrungen« bezeichnete, und selbst der Jugendstil, der im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in Wien für Furore sorgte, ließ ihn unbeeindruckt. Vertreter des Realismus, darunter der Vedutenmaler Rudolf VON ALT (1812-1905), waren seine Vorbilder. Der junge HITLER malte im alten, traditionellen Stil traditionelle Motive, was den Geschmack seiner Kunden aus der unteren Mittelschicht traf.

[3] Zitiert unter: http://www.br-online.de/wissen-bildung/College radío/medien/geschichte/hitler/hintergrund/

[4] Billy F. PRICE (Hg.), *Adolf Hitler als Maler und Zeichner. Ein Werkkatalog der Ölgemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Architekturskizzen,* Gallant, Zug 1985.

[5] Ebenda.

Gewiß hat er wie viele andere Künstler ebenso, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen und seine Studien zu finanzieren, mitunter auch künstlerisch nicht hochwertige Postkarten gemalt. Man denke beispielsweise an die schnell angefertigten Bilder vom Standesamt Petersbergl, die er an die Neuvermählten gleich verkaufte. In seiner Einführung zum *Werkkatalog Hitlers* erwähnt Billy F. PRICE jedoch, daß dank seiner Kontakte HITLER Auftragsarbeiten erhielt, »für die er relativ hohe Summen gezahlt bekam«,[6] Zu diesen Auftraggebern gehörte immerhin der höchste Richter des Obersten Gerichtshofes, Dr. Ernst VON DÖBNER.

Werner MASER berichtet seinerseits, daß nach HITLERs Umsiedlung nach München der Radierer Reinhold HANISCH, den er 1909 in einem Wiener Männerheim kennengelernt hatte, Bilder von HITLER fälschte und sie als Bilder von HITLERS Hand verkaufte. Das läßt den Schluß zu, daß der junge HITLER bei einigen Wiener Kunsthändlern bereits einen verkaufsträchtigen Namen gehabt haben dürfte/

[6] Ebenda, S, 8.

[7] Werner MASER, *Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin,* Ol zog, München 2004, S. 85.

Marterl mit Regendach, Öl/Blech, entstanden 1914.



3. Es wird allgemein angenommen, daß HITLERS Kunst eine rein reproduzierende und daher starre gewesen sei, die keine Erfindungskraft erkennen lasse. Das ist nicht richtig. In den Wiener Jahren sind unter anderem zahlreiche Reklameentwürfe entstanden. Wer sich mit HITLERS künstlerischem Werdegang befaßt hat, weiß außerdem, daß die Fronterfahrungen im Ersten Weltkrieg nicht nur eine größere Breite der Motive, sondern auch eine größere Spontaneität in der Darstellung erzeugten, da er nun ausschließlich nach der Natur malte oder zeichnete, und nicht mehr nach bestimmten Vorlagen, um in erster Linie den Wünschen seiner Kunden zu entsprechen (»Ich male das, was die Leute kaufen wollen«, soll er in München gesagt haben). Sogar religiöse Motive standen auf einmal im Mittelpunkt seines Interesses, möglicherweise durch die belastenden Erlebnisse des mörderischen Grabenkrieges im Ersten Weltkrieg bedingt.

4. Nach der Aufnahmeprüfung 1907 hatte der Rektor der Wiener Akademie, Siegmund L'ALLEMAND, Adolf HITLER





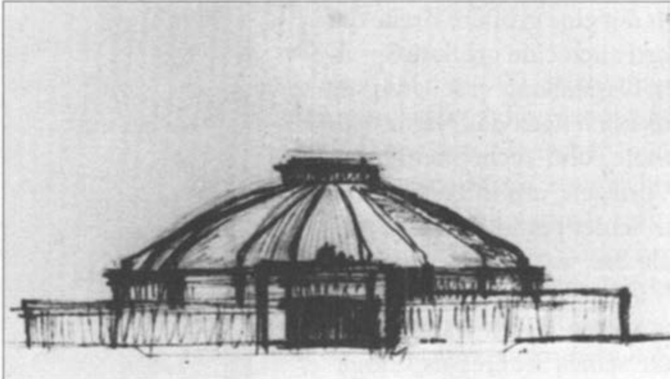
bekräftigt, daß die mitgebrachten Zeichnungen keine Eignung zum Maler erkennen ließen, daß seine Fähigkeit vielmehr im Bereich der Architektur liege.* Damit hatte er recht. HITLERS beliebtestes und häufigstes Thema waren tatsächlich Architekturstudien. Sein Skizzenheft aus den Jahren 1925 und 1926 ist bezeichnenderweise fast ausschließlich der Architektur gewidmet.

»HITLER beherrschte ausgezeichnet die Perspektive«, befindet HARVEY. Seine aquarellierten Architekturstudien stechen außerdem durch saubere und sichere Linienführung, architektonisch einwandfreie Komposition und vor allem durch sehr genaue Wiedergabe hervor. Letztere ist auf eingehende, umfassende Studien zurückzuführen. Er kannte alle bedeutenden Gebäude Wiens bis ins letzte Detail. Der Bildhauer Arno BREKER war bei seinem Spazierganz mit HITLER, SPEER und GIESLER am frühen Morgen des 23. Juni 1940 durch die französische Hauptstadt von den Detailkenntnissen des Reichskanzlers über die Pariser historischen Bauten stark beeindruckt.[9]

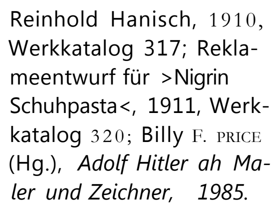
Doug HARVEYS Gesamturteil fällt nicht gerade politisch korrekt aus: HITLERS Aquarelle »haben einen stillen Reiz.., und sind mit einem Geschick und einer Energie gemalt, die unter anderen Auspizien für eine erfolgreiche Kunstkarriere gut gewesen wären«.[10] In seinem ***Lexikon der Geschichtsirrtümer*** schließt sich der Münchener Historiker Jörg MEIDEN BAU ER übrigens dieser Wertung an.[11]

Michael Klotz





Der neue Hauptbahnhof München-Pasing, gezeichnet Ende 1938. Höhe der Kuppe!: 100 m, Durchmesser 270 m.



Reinhold Hanisch, 1910, Werkkatalog 317; Reklameentwurf für >Nigrin Schuhpasta<, 1911, Werkkatalog 320; Billy F. PRICE (Hg.), *Adolf Hitler ah Maler und Zeichner,* *1985.*

[8] Adolf HITLER, Mein *Kampf,* Zentralverlag der NSDAP, Eher Nachf., München 1S1942, S. 19. Zitiert auch bei: Werner MASER, ebenda S. 66.

[9] Arno BREKER, *Im Strahlungsfeld der Ereignisse 1925-1965,* K VE, Schütz, Preußisch Oldendorf 1972, s/153-165.

[10] HARVEY,aaO. (Anm. 1).

[11] J. MEIDENBAUER, *Lexikon der Geschichtsirrtümer,* Piper, München 2(X)6, S. 152 f.

>Entartete Kunst< kein >Nazi-Jargon<

Am 14. September 2007 hielt der Kölner Kardinal Joachim MEISNER eine Predigt zur Einweihung des Diözesanmuseums Kolumba und sagte gegen Ende seiner Ausführungen: »Dort, wo die Kultur vom Kultus, von der Gottesverehrung abgekoppelt wird, erstarrt der Kult im Ritualismus, und die Kultur entartet.« Damit zog er sich sofort den Vorwurf zu, daß dadurch »der braune Ungeist in Deutschland wieder salonfähig« werde[1] oder daß er den »Nazi-Jargon« benutzt und »ein Wort aus dem Propagandaarsenal der Nazis in seine Predigt eingebaut« habe.[2] Der Bischof von Rottenburg warf seinem Amtskollegen sogar eine »durch die Nationalsozialisten geprägte Begrifflichkeit« vor.[3]





Von oben: Plakat zur Ausstellung »Entartete Kunst«; Max NORDAU (1849–1923),

Doch das ist nicht richtig. Schon Friedrich SCHLEGEL schrieb in seinem Aufsatz »Über das Studium der griechischen Poesie« von »entarteter Kunst«: »Die Rückkehr von entarteter Kunst zur echten, von verderbtem Geschmack zum richtigen scheint nur ein plötzlicher Sprung sein zu können, der sich mit dem stetigen Fortschreiten, durch welches sich jede Fertigkeit zu entwickeln pflegt, nicht wohl vereinigen läßt.«[4]

Es wirkt beinahe makaber, wenn auf die Tatsache hingewiesen werden muß, daß der Begriff >entartet< von dem Kunstkritiker und Schriftsteller Max NORDAU in die Kunstszene eingeführt wurde. Dieser wurde am 29. Juli 1849 als Sohn des Rabbiners SÜDFELD in Budapest geboren wurde, nannte sich später NORDAU und lebte ab 1889 bis zu seinem Tod am 22. Januar 1923 in Paris. NORDAU war ein enger Freund des Zionistenführers Theodor HERZL, mit dem er den Zionismus begründete, und nahm **1903** an dem Zionistenkongreß in Basel wie an der Zionistenversammlung in Paris teil. Er wandte sich 1892/93 in seinem zweibändigen Werk mit dem Titel ***Entartung***[5] scharf gegen die entartete Kunst, vor allem in der Malerei, und warnte vor dieser Entwicklung — als HITLER drei Jahre alt war. Anschließend wurde zu Beginn des **20.** Jahrhunderts leidenschaftlich über die »entartete Kunst« diskutiert - lange vor Gründung der NSDAP.

[1] So der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan KRAMER, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* , 17. 9. 2007, S. 4

[2] Jürgen HEIN, »Der Kardinal und der Nazi-Jargon«, in: *Stuttgarter Nachrichten,* 17. 9. 2007, S. 2.

[3] Zitiert in: *Stuttgarter Nachrichten,* 18. 9. 2007, S. 2.

[4] Zitiert von Karlheinz STIERLE, »Sorge um die rechte Kunst«, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 22, 9. 2007, S. 8.

[5] Max NORDAU, *Entartung,* 2 Bde., Carl Duncker, Berlin 1892/93.

In seinem »Statt eines Vorwortes« seinem Buch vorangestellten Brief an den Mediziner und Kriminologen Cesare LOMBROSO in Turin schreibt NORDAU, daß er »den durch Sie genial ausgestalteten Begriff der Entartung« in das Gebiet »der Kunst und des Schrifttums« einführen wolle: »Ich habe es nun unternommen, die Moderichtungen in Kunst und Schrifttum möglichst nach Ihrer Methode zu untersuchen und den Nachweis zu führen, daß sie ihren Ursprung in der Entartung ihrer Urheber haben und daß ihre Bewunderer für Kundgebungen des stärker oder schwächer ausgesprochenen moralischen Irrsinns, des Schwachsinns und der Verrücktheit schwärmen.« NORDAUS Urteil ist: »Die Entarteten sind nicht immer Verbrecher, Prostituierte, Anarchisten und erklärte Wahnsinnige. Sie sind manchmal Schriftsteller und Künstler.. . Einige dieser Entarteten des Schrifttums, der Musik und Malerei sind in den letzten Jahren außerordentlich in Schwung gekommen und werden von zahlreichen Verehrern als Schöpfer einer neuen Kunst, als Herolde der kommenden Jahrhunderte gepriesen,«[6]

[6] Ebenda, S. VII f.

NORDAU führte die Entartung in der Kunst auf seelische Störungen bei einigen der Künstler zurück, auf Selbstsucht des Bildners, auf krankhafte Gemütserregungen, auf fehlendes Rechts- und Sittlichkeitsempfinden, auf Ausweichen ins Unverbindliche, auf Vorliebe für Unzulängliches und auf Mystizismus.

Ähnlich urteilte schon Friedrich VON SCHILLER in der Vorrede zu seiner ***Braut von Messina-.*** »Es ist nicht wahr, was man gewöhnlich behaupten hört, daß das Publikum die Kunst herabzieht, sondern der Künstler zieht das Publikum herab, und zu allen Zeiten, wo die Kunst verfiel, ist sie durch die Künstler gefallen.« Und der indische Kulturphilosoph Sarvepalli RADHAKRISCHNAN (1888-1975), der 1961 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, erklärte wohl mit Recht: »Die Kulturen sind nicht der blinden Notwendigkeit des biologischen Alterns und Sterbens unterworfen. Wenn unsere Bemühungen nachlassen, wenn die Disziplin erlahmt, wenn unser innerer Geist entartet, werden wir dahingehen. Das Urteil wird lauten: »Selbstmord durch Geisteszerrüttung!«

[7] Vgl. auch Richard W EICHLER, *Die Wiederkehr des Schönen,* Grabert, Tübingen 1984, S. 204 f.

Folgende Beobachtung von NORDAU hat sicher auch schon jeder gemacht: »Wer im Kielwasser der guten Gesellschaft durch eine Gemäldeausstellung steuert, wird unwandelbar feststellen, daß sie vor Bildern die Augen verdreht und die Hände faltet, vor welchen die gewöhnlichen Leute in ein Gelächter ausbrechen oder die Ärgermiene eines Menschen zeigen, der sich gefoppt glaubt, und daß sie achselzuckend oder mit höhnischem Blickausdruck dort vorbeieilt, wo die anderen dankbar genießend stillhalten.«[8]

Rolf Kosiek

[8] NORDAU, aaO. (Anm. 5), S. 207.

Wie fromm war Hitler?

Entgegen anderen Darstellungen ist Adolf HITLER nie aus der katholischen Kirche ausgetreten. Er zahlte Kirchensteuern bis an sein Lebensende. Die Erlebnisse seiner Kindheit als Ministrant und Sängerknabe konnte er nicht vergessen. Dies läßt sich an seinem Wortschatz nachweisen. Es sei an der Zeit, die österreichischen und römisch-katholischen Elemente in der Person Adolf HITLERS namhaft zu machen, fand schon der katholische Historiker Friedrich HEER,[1] In Form des *Psychogramms einer katholischen Kindheit* (Untertitel) hat der emeritierte Salz burger Theologe Alfred LÄPPLE,[2] der sich intensiv mit der Vorbildfunktion der katholischen Kirche für den damaligen Führer und Reichskanzler auseinandersetzt, wenn auch nicht mehr zu Lebzeiten HEERS, diesem Anliegen entsprochen.



Alfred LÄPPLE, Verfasser von *Adolf Hitler. Psychogramm einer katholischen Kindheit,* Stein a. Rhein 2001; und *Paula Hitler - die Schwester. Ein Leben in der Zeitenwende,* Stegen a. Ammersee ²2005.

Am 20. April 1889 in Braunau am Inn geboren, wurde Adolf HITLER als Sohn katholischer Eltern am 22. April in der Ursula-Kapelle der Braunauer Stadtpfarrkirche durch den damaligen Pfarrer Ignaz PROBST getauft und war von da an bis ans Lebensende Angehöriger der römisch-katholischen Kirche,

Adolfs Vater, der kaiserlich-königliche Zollamtsoffizial Alois Hm.FR, pflegte als Freisinniger, Deutschnationaler, großdeutsch Denkender das Traditionschristentum einer religiös ausklingenden Epoche und demonstrierte als Beamter durch den Besuch des alljährlichen Festgottesdienstes am Kaisergeburtstag, dem 18, August, seine Treue zum katholischen Monarchen, Mutter Klara wiederum fand in ihren familiären Sorgen Trost im traditionellen Glauben: »Sie hat ihre Kinder die Muttersprache der ersten Kindergebete, das Kreuzzeichen und das Weihwassernehmen gelehrt.«



In der Familie wurden die Namenstage besonders gefeiert: »Den Namenstag der Mutter am 12, August, an dem in der Liturgie der katholischen Kirche das Fest der heiligen KLARA VON ASSISI (1182-1253) begangen wird, hat Adolf HITLER nie vergessen. Während der Festungshaft in Landsberg hat er selbst seinen Namenstag am 17, Juni 1924, an dem das

[1] Friedrich HEER (1916-1983), Schriftsteller, Historiker, Religions- und Kulturphilosoph, Chefdramaturg am Wiener Burgtheater,

[2] Alfred LÄPI'LE, emeritierter Professor der Theologie, Salzburg, geb. 1915 in Tutzing, Wehrdienst bei der Luftwaffe, Priesterweihe 1947 in Freising, Promotion in München, Dozent am Priesterseminar Freising, wo Joseph RATZINGER, der jetzige Papst BENEDIKT XVI., zu seinen Studenten zählte, nach dessen Aussage »einer der fruchtbarsten religiösen Schriftsteller unserer Zeit«.

kirchliche Fest des heiligen Adolf, des Bischofs von Utrecht (gest. 780), begangen wird, mit seinen Mithäftiingen festlich gefeiert.«

Adolf war drei Jahre alt, da wurde sein Vater zum österreichischen Zoll nach Passau versetzt. »Die herrüche, wunderschöne Stadt verkörpert heute noch in ihrem Stadtbild die tausendjährige Tradition eines geistlichen Fürstentums des Heiligen Römischen Reiches«, schwärmt HEER,[3] »Dieser bayerische Katholizismus, diese reiche, traditionsreiche, volkhaft vitale bayerische Kirche mußte auf den Knaben Adolf HITLER den stärksten Eindruck machen.« Der vorhandene, wenn auch differenzierte Respekt des späteren Adolf HITLER vor dem Katholizismus beruhte wohl auf dem frühen Erlebnis fundament in Passau, dem gewaltigen Dom und den prunkvollen kirchlichen Festen und Prozessionen einer heilen Welt, bekräftigt LÄPPLE.

[5] Friedrich HEER, *Der Glaube des Adolf Hit/er. Anatomie einer politischen Religiosität,* Wien 1968.
[4] Adolf HITLER, *Mein Kampf,* S. 3 f.

Nach der Pensionierung 1895 kaufte sich Alois Hitler in Oberösterreich an. »Da ich in meiner freien Zeit im Chorherrenstift Lambach Gesangsunterricht erhielt, hatte ich beste Gelegenheit, mich oft am feierlichen Prunk der äußerst glanzvollen kirchlichen Feste zu berauschen«, erinnert sich der einstige Ministrant Adolf Hitler in seinem Bekenntnisbuch *Mein Kampf* über seine Klosterschulzeit. »Was war natürlicher, als daß genau so wie einst dem Vater der kleine Herr Dorfpfarrer nun mir der Herr Abt als höchst erstrebenswertes Ideal erschien?«[4]



Wappen mit stilisiertem Hakenkreuz zur Erinnerung an Theoderich HAGN, in der Sakristei der Schloßkirche Lambach.

Theoderich HAC;N (1816-1872), einer der Vorgänger des damaligen Abtes, wollte seinen Namen im persönlichen Wappen symbolisiert sehen. I leraldiker verwirklichten den Wunsch, indem sie an ein Kreuz mit gleichen Längs- und Querbalken kleine, schräg gespitzte Haken anbrachten. Im HAC-Nsehen Abtwappen, das an sichtbarer Stelle des Stiftes prangte, sah Adolf, wenn auch ahnungslos in bezug auf die Zukunft, zum ersten Mal das Hakenkreuz.

»Nie und nimmer hätte es einen Adolf HITLER auf der Bühne der Selbstpräsentation mit solchen Show-Effekten gegeben, wäre er ein gläubiger Calvinist gewesen«, überzeugt LÄPFLE. »Im Gegensatz zum calvinisch-nüchternen und auch pessimistischen Ixbens- und Glaubensmodell erlebte Adolf HITLER in seiner katholischen Kindheit den Herbst eines österreichisch-barocken Glaubensmilieus, Stein und Farbe, Musik und Architektur gewordene Lebensfreude des 17. und des 18. Jahrhunderts. . . Hörbar und deutlich schlug in ihm das Herz eines barocken Österreichers, der die wie Gralsburgen in die österreichische Landschaft hinein gebauten Abteien und Stifte bewunderte: Österreich — Klösterreich, Sein jugendlich empfängliches Herz erlebte die Fröhlichkeit des Barocks und berauschte sich an barocker Liturgie.«

So lebte und dachte HITLER aus einer emotional-barocken Frömmigkeit: »Sie ist ein Stück seiner Biographie, seines Österreichisch-katholi-

schen Lebens- und Kunstempfindens gewesen und geblieben.« Kein zeitgenössischer Politiker verwandte in seinen Reden so viele religiöse Floskeln. Durch die Wörter aus der Religion erhielten seine Reden einen gehobenen, predigtartigen und beschwörenden Charakter. Aus der katholischen Herkunft des Österreichers ergab sich insbesondere auch die liturgoide Form der Parteifeierlichkeiten.

Der Herrgott besaß bei HITLER einen wortstatistisch hohen Wert. Der Terminus »Gottes Segen« taucht in den Reden häufig auf. Im allerersten Aufruf als Reichskanzler bittet HITLER: »Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen des Volkes beglücken.«

Auch dem geistlichen Zeitgeschichtler Georg MAY[5] fiel auf, in welch großem Umfang der Redner HITLER Worte und Ausdrücke aus dem religiösen Bereich verwandte. Spuren seiner katholischen Kindheit finden sich nicht nur im Vokabular als solchem, sondern auch in den zahlreichen Hinweisen auf die Liturgie, die Heiligenfeste und das Kirchenjahr. »In seinen Reden und Gesprächen verwandte HITLER häufig Begriffe oder Texte, die aus der heiligen Schrift stammen«, äußert MAY in seinem ausführlichen Beitrag zum gegenseitigen Verhältnis von Nationalsozialismus und den christlichen Bekenntnissen. »Die Bibelzitate waren für einen Politiker unverhältnismäßig zahlreich. Auch in seinen schriftlichen Darlegungen waren Ausdrücke aus dem kirchlichen Vokabular nicht selten. Auffallend häufig verwandte er das Wort >ewig<, den Toten gab er ihre >ewige Ruhe< Den Teufel nahm er mehr als einmal in den Mund. Meist freilich waren ihm verhaßte Feinde >Teufel<, und ihr Tun war >Teufelswerke Der 1. Mai war ihm der glanzvolle Feiertag der »Auferstehung des deutschen Volkes«. Die Übernahme der Macht durch ihn war die deutsche >Wiederauferstehung<.«

[5] Georg MAY, *Kirchenkampf oder Katholikenverfolgung? Ein Beitrag zu dem gegenseitigen Verhältnis von Nationalsozialismus und christlichen Bekenntnissen,* Stein a. Rhein 1991, S. 1-155.

Darüber hinaus ließ Adolf HITLER in seine Reden und Gespräche Begriffe aus dem gottesdienstlichen Tun einfließen, das er insbesondere als Meßdiener selbst erlebt hatte: »Er kannte die Besprengung mit Weihwasser. Er wußte um den Aschermittwoch und seine Bedeutung, Am 20. März 1936 gebrauchte er einen Satz, der an die Spendeformel bei der Austeilung des Aschenkreuzes erinnert. Einmal fand er Formulierungen, die an die katholische Liturgie des Aschermittwochs anklingen. Immer wieder tauchte der >Altar< in seinen Reden auf. Schon früh begann HITLER damit, in seine Reden Gebetsrufe aufzunehmen. Nicht zuletzt daher kam das Pathos seiner Reden, die streckenweise wie Predigten wirkten. Am 10. Juni 1923 beendete er seine Rede bei der Versammlung der vaterländischen Verbände mit einem Gebet an den >Herrgott<, dem er versprach, sich für die Freiheit zu >opfern<, und den er bat, ihm dazu den >Segen< zu geben.«

Auch in seiner Regierungszeit schloß er Reden immer wieder mit Gebeten, so am 1. Februar 1933, am 21. März 1933, am 1. Mai 1933 und am L Mai 1934, stellt MAY fest: »Am 1. Mai 1937 formulierte er den Schluß seiner Rede im Anklang an die Schlußformel der Gradonen der katholischen Messe. Die Rede in Wien am 9, April 1938 klang aus mit einer Reihe von religiösen Sentenzen.« Am 1. Mai 1939 nahm er eine Anleihe bei der Lauretanischen Litanei. »Die Rede vom 10. Mai 1940 enthielt mehrere predigtartige Passagen. Da wurde von dem »Angesicht des Allmächtigem und dem »Gottesgericht des Allmächtigen« gesprochen. Am Schluß stand wieder die »demutsvolle Bitte« an die Vorsehung, ihm den Sieg zu schenken. Am 30. Januar 1942 beendete er seine Rede mit einem Gebet an den »Herrgott«. Am 15. März 1942 dankte er dem, »ohne dessen Schutz und Schirm alle menschliche Kraft, aller Fleiß und alle Mühe vergeblich sein würde«.«

Der Beginn eines neuen Jahres war nach HITLERS Meinung besonders geeignet für fromme Anmutungen: »Zum Jahresbeginn 1935 drückte er seine Wünsche in Form einer Bitte an Gott aus. Am 1, Januar 1943 richtete er erneut die Bitte an den »Herrgott« um seinen »Beistand«. In der Rede vom 10. September 1943 kam der Dank an den Herrgott, die Prüfungen der Vorsehung und der Lohn des Allmächtigen vor. Die Rede vom 8. November 1943 war durchsetzt von religiösen Einschüben. In dem Neujahrsaufruf vom L Januar 1944 fehlte nicht das »Gebet an den Herrgott«. Am 1. Januar 1945 sprach er dem »Herrgott Dank und Gelöbnis aus.«

Bei seiner engen Beziehung zu Gott gab es für HITLER auch keine Berührungsängste gegenüber Geistlichen, Der Diktator beherrsche die diplomatischen und gesellschaftlichen Formen mehr als ein geborener Souverän sie beherrschte, staunte Kardinal FAULHABER nach seinem Besuch auf dem Obersalzberg am *4.* November 1936: »»Der Reichskanzler lebt ohne Zweifei im Glauben an Gott. Er anerkennt das Christentum als den Baumeister der abendländischen Kultur.«[6]

Dem Münchner Männerapostel Pater Rupert **MAYER** SJ (1876-1945, seliggesprochen 1987), einem schwerkriegsversehrten Frontkämpferund Divisionspfarrer des Ersten Weltkriegs, hatte HITLER, wissend um die Bedeutung eines Priester- oder Ordensjubiläums, am 2. Mai 1924 zum 25. Jahrestag seiner Priesterweihe gratuliert. Dem Benediktinerabt Alban **SCHACHLEITNER**, wegen seiner deutschnationalen Gesinnung von den tschechischen Machthabern aus der Prager Abtei Emmaus vertrieben, bereitete er nach dessen Tod 1937 ein würdiges Staatsbegräbnis. Das Priestergrab auf dem Münchner Waldfriedhof wurde 1987 aufgelassen.

Eine positive Einstellung zur Kirche vermittelt insbesondere auch HITLERS Buch ***Mein Kampf,*** das in der Landsberger Festungshaft entstand.

[6] Ludwig VOLK (Bearb.), *Akten Kardina! Michael von Faulhabers 1917—1945,* Bd. 2,1935-1945, Mainz [2]1984 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 36), Dok. 572.

[7] Adolf HITI.HR, *Mein Kampf,* S. 293 f, 379 f. u. 630 f.



HITLER begrüßt den später suspendierten Abt Alban SCHACHLEITNER, der >Nazi-Abt(genannt wurde, besonders herzlich. Rechts: Reichsbischof MÜLLER.

Es überrascht daher, daß sich trotz des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 ***(Reichsgesetzblatt*** II S. 679) die Beziehungen zwischen geistlicher und weltlicher Obrigkeit nach der Machtübernahme dennoch nicht zur Zufriedenheit entwickelten, sondern im Gegenteil Vatikan und Episkopat ***mit brennender Sorge***[8] erfüllten.

Der Erzbischof von Breslau und langjährige Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Adolf Kardinal BERTRAM,[9] machte dem Nationalsozialismus keine Konzessionen, respektierte aber im Sinne von *Römer 13*[10] Adolf HitleR als rechtmäßiges Oberhaupt des Staates. Politisch korrekt im Geist seiner Zeit gratulierte der Kirchenfürst dem Führer alljährlich zum Geburtstag, versäumte aber nicht die Gelegenheit, den Diktator um Verständnis für das pflichtmäßige Bemühen der Bischöfe zu bitten, »den christlichen Charakter im vollsten Sinne unserem Volke zu erhalten«.

Man habe gemeint, dies sei ein im Grunde verzweifelter Versuch gewesen, »die Klagen des katholischen Volksteils dem obersten Machthaber vor Augen zu rücken«, kommentiert SCHOLDER:[11] »Aber diese Erklä-

[8] PLLS XI., *Mit brennender Sorge, Apostolisches Kundschreiben über die Lage der Kirche im Deutschen Reich,* 14. 3. 1937.

' Adolf Kardinal BERTRAM, geb. 1859 in Hildesheim (1859-1945), 1906 Bischof von Hildesheim, 1914 Fürstbischof von Breslau, 1916 Kardinal, ab 1919 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda.

[10] Der Apostel Paulus an die Römer: »Jedermann sei **Untertan** der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit, ohne von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet.« (13,1)

" Klaus SCHOLDER, »Ein Requiem für Hitler. Kardinal Bertram, Hitler und der deutsche Episkopat im Dritten Reich«, in: ders,, *Die Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft,* Berlin 1988, S. 228-238.

rung verkennt den Ernst und die Tiefe der Loyalität, die der deutsche Kardinal dem katholischen deutschen Staatsoberhaupt gerade im Kriege schuldig zu sein glaubte.« In die Wünsche zum 20. April 1942 packte BERTRAM die Bitte, »ein offenes Auge den schweren Heimsuchungen zuzuwenden, die von einflußreichen Kreisen und selbst staatlichen Einrichtungen der katholischen Kirche bereitet werden«, wobei er offensichtlich zwischen HITLER und weniger hohen Hierarchen unterschied.



Adolf Kardinal BERTRAM (1859-1945).

Deshalb lautete im Jahr darauf die Bitte, »inmitten aller im Führerhauptquartier zusammenkommenden Aufgaben doch die Augen nicht zu verschließen vor den im Innern Großdeutschlands von maßgebenden Stellen der Partei und des Staates unterstützten Bestrebungen, das heilige Band zu zersetzen, das in der katholischen Kirche Hirten und **H**erde verbindet«.

So konnte nur schreiben, wer davon ausging, daß die Kirchenverfolgung in Deutschland im Grunde wider Wissen und Wollen HITLERS geschah, deutet SCHOLDER das sichtliche Einverständnis zwischen Kardinal und Staatsoberhaupt.

Zur Überraschung des Historikers bemühte sich auch der Führer von Jahr zu Jahr mehr, dem Kardinal auch seinerseits Vertrauen und Verständnis zu vermitteln. 1942 betonte der Diktator, »daß die vermeindlichen Eingriffe in die kirchlichen Verhältnisse, soweit sie nicht durch das Verhalten einzelner Persönlichkeiten veranlaßt sind, unvermeidlich in Verbindung stehen mit der Not der Kriegszeit.. . Ich habe kein anderes Interesse, als daß Staat und Kirche im besten Einvernehmen alles das tun, was zur Überwindung der Schwierigkeiten der Kriegszeit und damit dem Endsieg dient«, 1943 beschwichtigte HITLER: »Sie können sicher sein. Herr Kardinal, daß Ihre Anliegen immer mit besonderer Eindringlichkeit geprüft werden.« Der letzte Brief vom 13. Juli 1944 schloß mit den Worten: »Seien Sie dabei überzeugt, Herr Kardinal, daß ich von der Geradheit und Integrität Ihrer Absichten weiß und sie voll annehme.« Und handschriftlich fügte der Verfasser hinzu: »In aufrichtiger Verehrung, Ihr Adolf HITLER.«

Wenn auch nicht auszuschließen ist, daß der Diktator der direkten Konfrontation mit der katholischen Kirche wenigstens während des Krieges ausweichen wollte, so ist es andererseits kaum vorstellbar, daß HITLER in dieser Zeit einen ähnlichen Brief - ja überhaupt noch einen Brief - an einen evangelischen Kirchenführer gerichtet hätte. SCHOLDER sieht darin das Indiz für einen aus fernen Erinnerungen an eine katholische Kindheit resultierenden Rest von Respekt vor der Kirche und ihrer Hierarchie.

Die Nachricht vom Tod Adolf HITLERS ereilte BERTRAM auf Schloß Johannesburg, dem erzbischöflichen Sommersitz bei Jauernig im sude-

tendeutschen Teil der Diözese, wohin sich auf ärztliches Anraten der 86jährige Würdenträger am 21. Januar 1945 vor der Einschließung Breslaus durch russische Truppen zurückgezogen hatte.

Am 1. Mai 1945 verbreitete der Rundfunk die offizielle Meldung, wonach HITLER »in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei, bis zum letzten Atemzug gegen den Bolschewismus kämpfend für Deutschland gefallen ist«.

Unter dem Eindruck der Nachricht, die unter den gegebenen Umständen nicht im einzelnen überprüft werden konnte, entstand BERTRAMS Entwurf einer Anweisung an alle Pfarrämter der Erzdiözese, »ein feierliches Requiem zu halten im Gedenken an den Führer und alle im Kampf für das deutsche Vaterland gefallenen Angehörigen der Wehrmacht, zugleich verbunden mit innigstem Gebet für Volk und Vaterland und für die Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland«. Ein feierliches Requiem darf nach katholischem Kirchenrecht nur aus einem wichtigen Anlaß und für ein öffentliches Anliegen {*»pro regrave et publica simul causa«)* zelebriert werden.

Das undatierte und unsignierte Blatt ist in einem Aktenstück des Titels »Zur Zeitlage 1942/43" aufbewahrt, das im Erzbischöflichen Archiv in Breslau auch den erwähnten Briefwechsel mit HITLER birgt (Signatur 1 A 25). Die Handschrift ist als die des Kardinals identifiziert, das Konzept wurde von fremder Hand durchgestrichen. Ob die Anweisung noch irgendwo befolgt oder ob sie überhaupt weitergegeben wurde, ist nicht wesentlich. Zum Ausdruck kommt jedenfalls darin, daß der Kardinal in all den Jahren nicht aus taktischen Überlegungen handelte, sondern Adolf HITLER trotz kirchlich-staatlicher Konflikte als katholisches Staatsoberhaupt des Reiches respektierte.

Am 8. Mai 1945 wurde BERTRAMS Aufenthaltsort von der Roten Armee erreicht. Bevor er zum Opfer der Vertreibung werden konnte, starb der Kardinal am 6. Juli 1945 und wurde im Grab des Fürstbischofs Christian Franz Prinz ZU HOHENLOHE (1740-1817) auf dem Friedhof in Jauernig bestattet. Am 6. November 1991 wurden die sterblichen Überreste exhumiert und nach Breslau überführt. Die feierliche Beisetzung von Adolf Kardinal BERTRAM im Dom der schlesischen Hauptstadt erfolgte am 9. November 1991." Fred Duswald

* *Veritäť! et caritati. Dokumentensammlung anläßlich der feierlichen Uberführung Kardinal Adolf Bertrams von Jauernig nach Breslau. 7. November 1991* (Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Arbeitshilfen 97).

Kirchenbau und Kirchenliquidierung vor siebzig Jahren und heute

Von politisch korrekter Seite wird oft auf die »Notzeit* der katholischen Kirche unter dem Dritten Reich hingewiesen. Ein interessanter und manches richtigstellender Gesichtspunkt ergibt sich dazu, wenn man den Kirchenbau und die Kirchenverwendung von damals mit der von heute vergleicht. Dazu seien einige Tatsachen angeführt.

Als Clemens August Graf VON GALEN (1878-1946) im Jahre 1906 nach Berlin kam, baute er am Anhalter Bahnhof von seinem väterlichen Erbe die Kirche St. Clemens Maria Hofbauer, woselbst er ab 1911 als Kaplan wirkte. Der Stifter des Gotteshauses, spätere Bischof von Münster und Kardinal, wurde im September 2005 seliggesprochen, das von ihm gestiftete, dem Heiligen der Stadt Wien geweihte Gotteshaus aber wurde jüngst vom Erzbistum Berlin pietätlos an einen »britischen Investor« verkauft. Dieser will das entweihte Heiligtum zum »Kulturzentrum St. Clemens-Höfe< umwidmen. Für den wohlinformierten katholischen Nachrichtendienst kreuz.net indessen ist es offenes Geheimnis, daß der obskure Käufer Strohmann für Moslems ist. Von der Backsteinkirche des seligen VON GAIJ;N dürfte daher bald der Ruf eines Muezzins erschallen. Zwar enthält der Kaufvertrag die salvatorische« Klausel, daß aus der Ex-Kirche keine Moschee gemacht werden dürfe, doch kann der nur scheinbar solches verhindernde Passus durch juristische Tricks etwa unter dem Titel der Sittenwidrigkeit »religiöser Diskriminierung«« spielend unterlaufen werden.



Im Dritten Reich wurden Kirchen gebaut - und nicht wenige. Hier: Benediktinerabteikirche St. Salvator in Münsterschwarzach (1938). Architekt: Albert BOSSLET. Aus: Holger BRÜLLS, Neue *Dome,* Verlag für Bauwesen, Berlin-München 1994.

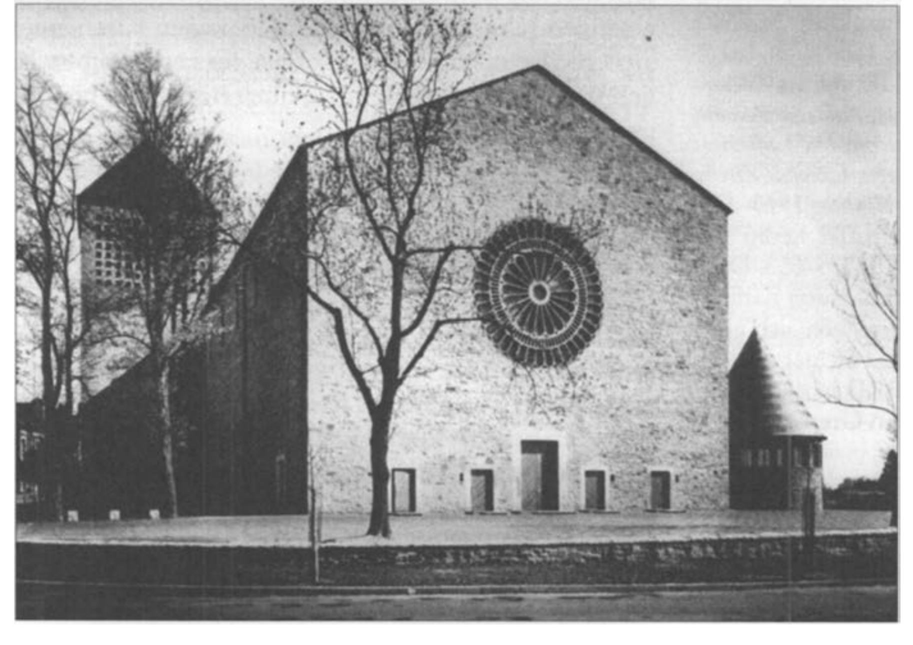
German BESTELMEYER,
Erlöserkirche in Bamberg (1934).

Gottfried DAUNER,
Reformations-Gedächtnskirche
in Nürnberg-Maxfeld (1938).





Dominikus BÖHM,
Heilig-Kreuz-Kirche
in Dülmen (1939).



Die Berliner Erzdiözese hat Schulden in Höhe von 148 Millionen Euro, so daß noch weitere Berliner Kirchen abgestoßen oder vernichtet werden müssen. Mangels Käufern wurde in Tempelhof die Kirche St.-Johannes Capistran samt Franziskanerkloster abgerissen. Auf dem Gelände in der Götzstraße entsteht ein Senioren heim. In Berlin-Waidmannslust wird die katholische Kirche Regina Mundi feilgeboten. In der Türkenhochburg Kreuzberg ist die katholische Kirche St. Agnes an die freikirchliche >Cross Continental Mission* vermietet worden. In Friedrichshain steht die katholische Kirche St. Nikolaus leer. Im Westend gehört die ursprünglich katholische Kirche St. Georg nunmehr der anglikanischen Gemeinde. In Charlottenburg wurde die katholische Kirche Maria Himmelfahrt der syrisch-orthodoxen Kirche überlassen. In Berlin-Lichterfelde wurde das katholische Gotteshaus Maria Mutter vom guten Rat an die >Landeskirchliche Gemeinschaft Eben Ezer< verkauft. Die katholische Kirche St. Judas Thaddäus in Hohen Neuendorf im Landkreis Oberhavel wurde entwidmet und das gesamte Objekt verkauft. In Gatow mußte die katholische Kirche St. Raphael einem Supermarkt weichen, Das katholische Gotteshaus >Zu den Heiligen Märtyrern von Afrika« in Lichtenrade wird noch in diesem Jahr verkauft oder geschleift.

Demgegenüber konnte der regimegegnerische Berliner Oberhirte Konrad Graf VON PREYSING (1880-1950) unter dem kirchengegnerischen NS-Regime neben der Errichtung zahlreicher neuer Seelsorgestellen zwischen Einsetzung 1935 und Kriegsausbruch 1939 sechsunddreißig neue Kirchen auf dem Boden seines Bistums errichten.[1] Der fatale Saldo aus einstigen Kirchenneubauten und jetzigen Kirchenliquidierungen provoziert die berechtigte Frage, ob es der katholischen Kirche in der öffentlich so verdammten Vergangenheit nach 1933 nicht besser ging als in der gesegneten Gegenwart.

Während des Dritten Reiches seien viele Kirchenbauten errichtet worden, bestätigt der Münchner Architekturhistoriker Winfried NERDINGER: »Man hat immer gesagt, daß es in den dreißiger Jahren fast keinen neuen Sakralbau gegeben habe. Aber das genaue Gegenteil ist der Fall: Es ist im Sakralbau unglaublich viel, viel mehr als in den zwanziger Jahren passiert.« So gab es im Bereich des Sakralbaus »diese schweren, romanisierenden Formen«.[2]

Während des Dritten Reiches wurden aber auch 1200 Kirchen und Kapellen beider Konfessionen zerstört.[3] Dies jedoch ausschließlich durch anglo-amerikanische Bomben. Schwer beschädigt wurden damals 2300, leicht beschädigt 8500 Gotteshäuser. Hinzu kamen noch die Zerstörungen verschiedenen Grades von einer Vielzahl kirchlicher Krankenhäuser, Friedhofsgebäude, Kindergärten und sonstiger karitativer Einrichtungen.

Fred Duswald

[1] Manfred WEITLAUFF, »Preysing«, in: *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon* Bd. VII (1994), Sp. 941-948.

[2] Prof. Dr. Winfried NERDINGER, Direktor des Architekturmuseums der Technischen Universität München im Gespräch mit Dr. Michael SCHRAMM, Bayerischer Rundfunk, 28. 11.2005.

[3] Erich HAMPE, *Der Zivile Luftschutz im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation und Erfahrungsberichte über Aufbau und Einsatz* Frankfurt/M. 1963, S. 188 ff., zit. bei Maximilian CZESANY, *Alliierter Bombenterror. Der Luftkrieg gegen Europas Zivilbevölkerung 1940-1945,* Druffel, Leoni ^{2}1987, S. 653. Die genannten Zahlen beziehen sich auf das Gebiet der BRD in den aktuellen Grenzen.

Okkulte NS-Verbindungen nach Tibet?

Die Dämonisierung des Nationalsozialismus begann schon vor der eigentlichen Geburtsstunde des Dritten Reiches. Adolf HITLER war noch nicht einmal Reichskanzler, als Dr. Karl STRÜNKMANN unter dem Pseudonym >Kurt VAN EMSEN< die »mediale« Natur des »Führers« betonte und damit als Vorläufer all jener gelten kann, die im Nationalsozialismus das Wirken okkulter, magischer oder mystischer Kräfte zu erkennen glaubten. In seiner Schrift *Adolf Hitler und die Kommenden* formulierte er 1932: »HITLER geht seinen Weg in radikaler Traumsicherheit. Er ist eine ausgesprochen dämonische Persönlichkeit, die restlos vom Weltgeist sich führen läßt.«[1]

In dieselbe Kerbe schlug im Juni 1934 der christlich-esoterische Autor René KOPP in der französischen Zeitschrift *Le Chariot*. Bei seinem Versuch, das Erfolgsgeheimnis von NAPOLEON, MUSSOLINI und HITLER zu ergründen, führte er auch »außermenschliche Kräfte« ins Feld. Fünf Jahre später spekulierte er dann über das »Rätsel HITLER« und die »Möglichkeit eines Kontaktes mit einem besessenmachenden Geist unbekannter Herkunft«.[2]

Einen bedeutenden Anteil an der Deutung des Nationalsozialismus als »magischen Sozialismus« hatten dann die *Gespräche, mit Hitler* des Hermann RAUSCHNING, der 1933/34 Senatspräsident in Danzig war, sich aber dann mit den Nationalsozialisten überwarf. Diese unter dem Eindruck des Kriegsausbruchs mit heißer Nadel im Ausland gestrickte Propaganda-Schrift, die 1939 zuerst in französischer Sprache erschien, später auf deutsch und englisch, fand bei den Kriegsgegnern Deutschlands weite Verbreitung und dürfte das Bild des Nationalsozialismus dort wesentlich mitgeprägt haben. Während die offiziöse deutsche Historikerzunft die *Gespräche* lange Zeit als authentische Geschichtsquelle behandelte, wurde RAUSCHNING mitsamt seinem Buch dann 1984 und 1990 von »Außenseitern< so restlos wie hieb- und stichfest entzaubert und das Buch als Fälschung entlarvt.[1]

[1] Kurt VAN EMSEN, *Adolf Hitler und die Kommenden,* Leipzig 1932, S. 123.
[2] Hans Thomas H AKL, »Nationalsozialismus und Okkultismus«, in: Nicholas GOODRICK-CLARKE, *Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus,* Graz—Stuttgart 1997, S. 194-217, hier S. 210. HAKLS höchst verdienstvoller Aufsatz geht dem >NS-Okkult-Mythos< nach und informiert über frühe, insbesondere ausländische Quellen der esoterischen NS-Deutungen.
[3] Zu RAUSCHNING siehe den Überblick in: Detlev ROSE, *Die Thule-Gesellschaft. Legende, Mythos, Wirklichkeit,* Grabert, Tübingen [2]2000, S. 181-188 mit weiteren Literaturhinweisen.

Auf diesen frühen Grundlagen aufbauend, bastelte dann nach 1945 eine Reihe von Autoren im In- und Ausland an einer >Okkultgeschichte des Nationalsozialismus«. Viele Leser fanden insbesondere die Bücher *Aufbruch ins dritte Jahrtausend* von Louis PAUWELS und Jacques BERGIER (deutsch 1962), *Der Speer des Schicksals* von Trevor RAVENSCROFT (deutsch 1974), *Das Schwarze Reich* von E. R. CARMJN (1994, neu: 2006) sowie die zahlreichen Traktate des Jan VAN HELSING (eigentlich Jan Udo HOLEY) ab 1993. Ein zentraler Bestandteil des in diesen und verschiedenen anderen Schriften sowie über das Internet verbreiteten NS-Okkult-Mythos ist die geheimnisvolle >Tibet-Connection<,

Und diese soll in etwa so ausgesehen haben: Professor Karl HAUSHOHER, in den zwanziger Jahren bekannter Vertreter der Geopolitik und väterlicher Freund und Mentor von Rudolf HESS, gehörte angeblich zum Kreis des Georg Iwanowitsch GURDJEW, eines frühen >Gurus<, der aus >okkulten< Elementen und Versatzstücken der verschiedensten Philosophien und Weltreligionen eine eigene >Lehre< fabriziert hatte. HAUSHOFER soll an der Seite GURDJEWS, der auch Lehrer des Dalai Lama gewesen sein soll, 1903, 1905,1906,1907 und 1908 in Tibet gewesen und von ihm in okkulte Geheimlehren eingeweiht worden sein. Der mysteriöse Magier habe HAUSHOFF.R dann die Verwendung des Hakenkreuzes als NS-Emblem geraten. 1923 soll HAUSHOHER eine esoterische Gruppe tibetanischer Inspiration gegründet haben, gerade zur selben Zeit, als GURDJEW sich in Frankreich niederließ und das >Institut zur harmonischen Entwicklung des Menschen< gründete. Über die tibetanische Kolonie in Berlin, mit der HAUSHOHER angeblich regelmäßige Verbindung hielt, soll der Münchner Geopolitik-Professor 1928 einen engen Kontakt zu mönchischen Geheimgesellschaften in Tibet hergestellt haben. Kommuniziert



Ende April 1938 auf der >Gneisenau<, die Mitglieder der sogenannten iTibet-Expeditioni. *Von links:* Edmund GEER, Ernst SCHÄFER, Bruno BEGER, Kapitän HENGSTENBERGER, der Erste Offizier Karl WIENERT und Ernst KRAUSE.

wurde — dem Okkultmythos zufolge — über eine Funkverbindung sowie auf spirituellem Wege mit Hilfe eines »tibetanischen Tarót< Während der Zeit des Dritten Reiches sollen die Verbindungen nach Tibet überwiegend über das >Forschungsamt Ahnenerbe< gelaufen sein. Als Höhepunkt der >Tibet-Connection< wird dann die »Deutsche Tibet-Expedition Ernst SCHAFER< 1938/39 gehandelt, die zumeist als SS-Tibetexpedition firmiert. Ziel der Tibet-Kontakte, insbesondere aber der Expedition, sei es gewesen, von »geheimen Meistern« oder anderen Eingeweihten die Methoden »okkulter« Menschenbeherrschung zu erlernen, sich übersinnliche Kräfte nutzbar zu machen oder die Nachkommen der »Ur-Arier« von Atlantis ausfindig zu machen, denen ebenfalls übermenschliche Fähigkeiten zugeschrieben wurden. »HITLER hatte ständigen Kontakt mit einem tibetanischen Mönch mit grünen Handschuhen, der als der >Hüter des Schlüssels< bezeichnet wurde«, schreibt Jan VAN HELSING (Jan Udo HOLEY) in seinem Erstling ***Geheimgesellschaften.**** Das klingt nach Edgar WALLACE und >Ghostbusters<, wird aber mit einem feierlichen Ernst vorgestellt, der unfreiwillig komisch wirkt. Nachdem Berlin 1945 von sowjetischen Truppen erobert worden war, sollen in den Trümmern der Reichshauptstadt die Leichen von mehr als 1000 Tibetern aufgefunden worden sein - »in deutschen Uniformen« (VAN HELSJNG/HOLEY).

[4] Jan VAN HEISING, *C eheimgesellschajten und ihre Macht im 20. Jahrhundert,* Rhede (Ems) 1993, Kapitel 28: »Adolf Schickig ruber und die Thüle-Gesellschaft«, zit. nach: http:// www. vh o.org/ D / Geheiml /28g.html

Diese — zugegebenermaßen geraffte — Darstellung der >Tibet-Connection< verblüfft durch ihre Brüche, ihre Lücken, ihren Charakter als Abfolge von Andeutungen. Geht man dem Tatsachengehalt auf den Grund, so bricht das ohnehin schon nebulöse Konstrukt mit lautem Getöse in sich zusammen. Dies betrifft zunächst den posthum bedauernswerten Professor Karl HAUSHOFER, dessen >nichtarische< Ehefrau ihm in der NS-Beliebtheitsskala gewisse Punktabzüge brachte. Solange sein Freund und ehemaliger Schüler Rudolf HESS noch nicht in britischer Gefangenschaft saß, mochte ihn dies nicht so sehr beunruhigen. Spätestens jedoch, als sein Sohn Albrecht, der seiner Gegnerschaft zum NS-Regime noch in der Gefängniszelle mit den später viel zitierten *Moabiter Sonetten* Ausdruck verlieh, in den letzten Kriegstagen von der SS ermordet wurde, konnte HAUSHOFER senior wohl nicht mehr zu den Advokaten der NS-Herrschaft gerechnet werden. Um so skurriler ist es, daß er vom NS-Okkult-Mythos zu einem der wichtigsten geheimen Magien des Dritten Reiches stilisiert wird.

Historisch gesichert ist Karl HAUSHOFERS Japan-Kommando, zu dem er am 22. Oktober 1908 von Genua aufbrach und über Indien, Burma, Singapur, Hongkong und Shanghai schließlich am 19. Februar 1909 in Nagasaki eintraf. Am 15. Juni 1910 trat er von Kyoto die Rückreise an und fuhr mit der transsibirischen Eisenbahn in die Heimat zurück. Für einen Tibet-Aufenthalt ergeben sich in dieser Zeit keine Hinweise. Und

selbst die Verbindung von GURDJEW nach Tibet ist äußerst zweifelhaft. Entsprechende Angaben beruhen offensichtlich auf einer Namensverwechslung. GURDJEW, auch daran gibt es mitderweile keinen Zweifel, hatte weder zu HAUSHOFER Verbindung, noch gibt es irgendwelche Anzeichen dafür, daß er während seines Deutschland-Aufenthalts 1921/22 Verbindung zu prominenten Nationalsozialisten hatte. All dies haben akribische biographische Studien sowohl über HAUSHOFER als auch über GURDJEW erw'iesen.[5]

Als Erfinder der Legende von Karl HAUSHOFER als geheimer okkulter Instanz hinter den Mächtigen des Dritten Reiches kann Gurdjew-Schüler Louis PAUWELS gelten, der seinem »Meisten damit offenbar zu welthistorischer Bedeutung verhelfen wollte. In seinem 1954 erschienenen Buch über GURDJF.W findet sich gewissermaßen ihre »Ur-Fassung«.[6] jene ist dort allerdings mit einer Anmerkung des Herausgebers versehen, aus der hervorgeht, daß Jacques BERGIER die einzige Quelle für die These einer Verbindung zwischen GURDJEW und HAUSHOFER ist. BERGIER beruft sich wiederum auf »ausgiebige Lektüre« und »persönliche vertrauliche Mitteilungen«, die zum Teil von deutschen Offizieren gekommen sein sollen, die wegen Beteiligung an einem Komplott gegen HITLER im Konzentrationslager Mauthausen inhaftiert waren, wo BERGIER ebenfalls einsaß. Der Herausgeber verweist darauf, daß BERGIER keine beweiskräftigen Dokumente zur Stützung seiner These vorlegen konnte. In ihrem Bestseller ***Aufbruch ins dritte Jahrtausend*** verschafften PAUWELS und BERGIER der Legende dann ihre verheerende Breitenwirkung. Im deutschen Sprachraum hat Dietrich BRONDER 1964 erstmals ausführlich »okkulte Wurzeln« zur Erklärung des Nationalsozialismus herangezogen und dabei auch die »Tibet-Connection< beschrieben. Zwar vergaß er dabei, die quellenkritischen Anmerkungen des Herausgebers von PAUWELS' GURDJEW-Buch zu erwähnen, betonte jedoch immerhin mehrmals den hochspekulativen Charakter der okkulten NS-Deutung,* Zeitgenössische Autoren wie CARMIN und VAN HELSING/HOLEY halten sich mit solchen Kleinigkeiten nicht mehr auf.

Bleibt noch die >SS-Tibetexpedition<, die nun zweifelsfrei stattfand, deren Deutungen - bis in Veröffentlichungen mit wissenschaftlichem

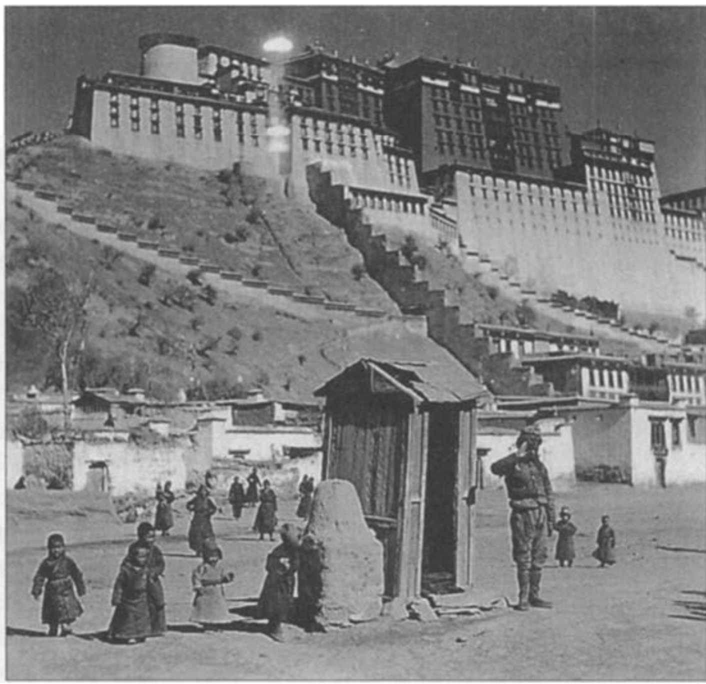
[5] Hans-Adolf JACOBSEN, *Karl Haushofer. Leben und Werk,* 2 Bde., Boppard 1979 (Schriften des Bundesarchivs 24), S. 86-89, sowie James WEBB, *The barmonious circle. The lifes and work of G.I. Gurdjieff P.D. Ouspensk)', and theirfollowers,* London 1980, S. 45, 49 ff. u. 185 ff.

[6] Louis PAUWELS, *Monsieur Gurdjieff,* Paris 1954, S. 47-50.

[7] Louis PAUWELS U. Jacques BERGIER, *Aujbruch ins dritte Jahrtausend. Von der Zukunft derphantastischen Vernunft,* Bern—Stuttgart 1962, S. 372—378.

[8] Dietrich BRONDER, *Bevor Hitler kam,* Hannover 1964, S. 220 u. 240-244.





Aufnahmen von der Tibet-Expedition. *Links:* Tempelkunst in Lhasa. *Rechts:* Schilderhaus mit Wachposten vor dem Potala (Palast des Dalai Lama) in Lhasa.

Anspruch hinein — jedoch zahlreiche Zweifel hervorrufen. Fünf deutsche Wissenschaftler unter der Leitung von Ernst SCHÄFER brachen am 20. April 1938 mit dem Ziel >Tibet< zu einer abenteuerlichen Expedition auf. Über Sikkim, das damals zu Britisch-Indien gehörte, erreichten sie tatsächlich das >Dach der Welt< und konnten als erste Deutsche die heilige Stadt Lhasa betreten und dort rund zwei Monate verbringen. Kurz vor Ausbruch des Krieges mit Polen kehrten sie im August 1939 in die Heimat zurück.

Doch was wollten die Deutschen, die tatsächlich alle SS-Mitglieder waren, im fernen Tibet?[9] Expeditionsleiter Ernst SCHÄFER berichtet in seinen unveröffentlichten Memoiren von einem Gespräch in HIMMLERS engstem Kreis, das im Vorfeld der Expedition stattfand. »Ob ich in Tibet Menschen mit blonden Haaren und blauen Augen begegnet sei«, soll HIMMLER bei diesem Treffen gefragt haben. SCHÄFER, der bereits 1931/32 und 1934 bis 1936 an Tibet-Expeditionen des US-Amerikaners Brooke DOLÄN teilgenommen hatte, verneinte dies und legte seinen Wissensstand über die stammesgeschichtliche Entwicklung der Menschen dar. HIMMLER gab darauf seiner Vermutung Ausdruck, in Tibet seien Reste

[9] Siehe zu dieser Frage auch: Detlev ROSF„ »Die deutsche Tibetexpedition 1938/39, Forschungsreise oder ideologisch motivierte Spurensuche?« in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 3, 2006, S. 27—31.

der Hochkultur des versunkenen Atlantis zu finden.[10] Ernst SCHÄFER beharrte jedoch auf dem rein wissenschaftlichen Charakter der Expedition. Sowohl HIMMLERS Forderung, je einen Runenforscher, einen Urgeschichtler und einen Religionswissenschafticr in die Expeditionsmannschaft aufzunehmen, als auch der Versuch, den Forscher durch eine Zusammenkunft mit HIMMLERS greisem >Berater< Karl Maria WIUGUT für seine Theorien zu vereinnahmen, scheiterten.[11]



Bruno BECER beim Vermessen eines Dieners des Königs von Tharing in Gayokang.

Daß die deutsche Tibetexpedition einen ideologischen Hintergrund gehabt habe, behauptete dennoch der 2004 produzierte Dokumentarfilm *Die Expeditionen der Nazis. Abenteuer und Rassenwahn,*[u] »Kronzeuge« in der Film-Dokumentation ist Christopher HALE, ein britischer Journalist, der sich offenbar durch eine aktuelle Buchveröffentlichung[11] als >Experte< empfohlen hatte. Bereits in der Einleitung behauptet der Sprecher: »Schon seit Mitte der 30er Jahre suchen SS-Forscher weltweit nach den Spuren einer versunkenen Herrenrasse.« Diese Suche sei beeinflußt von der >Welteislehre< des Österreichers Hanns HÖRBIGFR. HALF, führt dann später aus, es erscheine zunächst absurd, daß man nach Verwandten dieser >Arier< in Asien, auch auf dem >Dach der Welt«, suche. Doch genau das habe die Tibetexpedition gewollt. Hintergrund dafür sei die Theorie, daß vor langer Zeit eine überlegene arische oder nordische Zivilisation herrschte, die ein riesiges Reich von Europa bis nach Japan bildete. Dieses Reich sei dann aufgrund der Vermischung mit »minderwertigen Rassen« zusammengebrochen, habe aber Spuren selbst in entlegenen Winkeln der Erde hinterlassen. In Tibet seien solche Spuren vor allem innerhalb der Aristokratie zu finden.

M Ernst SCHÄFER, *AUS meinem Forscherleben* (unveröffentlichte Autobiographie), 1994, S. 168 ff. Siehe Peter MIERAU, *Nationalsozialistische Expeditionspolitik. Deutsche Asien-Expeditionen 1933-1945,* München 2006 (zugleich Diss. Univ. München 2003), S. 334 f., und Rüdiger SüNNER, *Schwarbe Sonne. Entfesselung und Mißbrauch der Mythen in Nationalsozialismus und rechter Esoterik,* Freiburg 1999, S, 48,

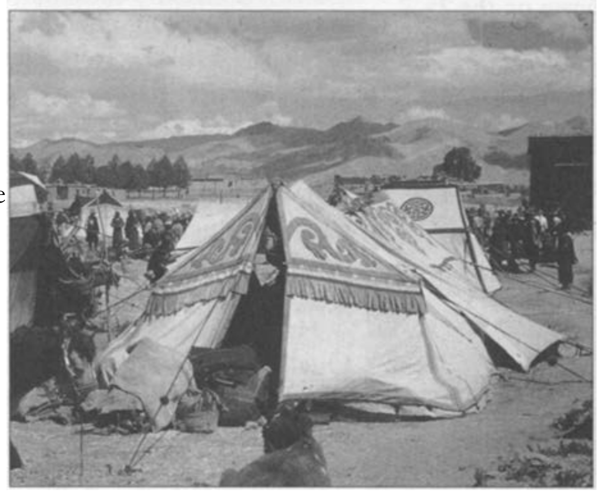
11 SÜNNER, ebenda, S. 49—53. MIERAU, ebenda, S. 335—342, ausführlich zu HIMMLERS Tibet-Vorstellungen und deren Quellen.

12 DVD-Dokumentation *Die Expeditionen der Nazis. Abenteuer und Rassenwahn,* MDR, ZDF Enterprises und Polarfilm 2004.

13 Christopher H ALE, *Himmler's Crusade. The True Story of the 1938 Nazi Expedition into Tibet,* London 2003,

Eine solche Deutung der Hintergründe konnte unmittelbar an die okkulten Theorien des Reichsführers-SS anknüpfen, wie sie Ernst SCHÄFER schilderte. Die Welteislehre, Helena P. BLAVATSKYS ***Geheimlehre*** und das 1923 erschienene Buch ***Tiere, Menschen und Götter*** des Okkuldsten Ferdinand OSSENDOWSKI waren dabei die wichtigsten Inspirationsquellen für HIMMLER. Der Film ***Die Expeditionen der Nazis*** suggeriert nun, aus den seltsamen Ansichten HIMMLERS, die zweifelsfrei belegt sind, seien - sozusagen eins zu eins — die Zielvorgaben für die Tibetexpedition abgeleitet worden. Für diese These finden sich aber in den Quellen keinerlei Belege.[14] HIMMLER hätte SCHÄFER nur zu gern davon überzeugt, in Tibet nach den Spuren einer versunkenen arischen Hochkultur zu suchen. Doch der mächtige Reichsführer-SS konnte den selbstbewußten jungen Wissenschaftler und seine Expeditionskameraden nicht von seinen Ideen überzeugen und biß sozusagen auf Granit.

In der Zeitschrift ***Asienberichte*** erläuterte Ernst SCHÄFER unter dem Titel »Forschungsraum Innerasien«[15] seine Motive für die Expedition. Nach der Pionierarbeit während der ersten Expeditionen sei es nunmehr um die systematische Forschung in Teilsparten gegangen und vor allem um die Synthese von Ergebnissen verschiedener Disziplinen. »So war es schon die Aufgäbe meiner letzten Expedition 1938/39,. . .eine Gesamtschau anzustreben, bei der engste Berührung der verschiedensten Wissensge-



Aufnahmen von der Tibet-Expedition. *Oben:* Klostertempel und Tschorten in Gyantse. *Unten:* Zeltlager des Frühlingsfestes in Gyantse.

[14] MIERAU, aaO, (Anm. 10), S. 342 (Fußnote 1120).

[15] Ernst SCHAFER, »Forschungsraum Innerasien«, in: *Asienberichte. Vierteljahresschrift für asiatische Geschichte und Kultur,* Nr. 21, 1944, S. 3-6.

biete ebenso Voraussetzung ist, wie die gemeinverständliche Tatsache, daß die einzelnen Spezialisten Hand in Hand arbeiten, um sich den Stoff gegenseitig zu erklären und sich in ihren Erkenntnissen zu ergänzen; immer mit dem Ziel, die großen Zusammenhänge klarer erkenntlich werden zu lassen.« Die Hauptaufgabe war es, »den zu erforschenden Lebensraum ganzheidich zu erfassen«, daher seien »Erde, Pflanze, Tier und Mensch Gegenstand unserer Forschungen«,[16]

Eine wissenschaftliche Gesamtbetrachtung Tibets war also das Ziel der deutschen Tibetexpedition 1938/39, Hinweise auf andere oder darüber hinaus gehende Motive und Zielsetzungen finden sich auch in den Berichten der Teilnehmer nicht, die den Verlauf der Forschungsreise ausfuhrlich und detailgenau beschreiben.'" Mit Recht könnte auch hier gefragt werden, ob die Teilnehmer womöglich eine Verklärung in eigener Sache betreiben. Doch die Forschungsergebnisse sowie die detaillierte Auflistung der Tätigkeiten und des gesammelten Expeditionsgutes, die in einem Vortrag SCHÄFERS in Kalkutta noch vor der Rückreise aufgeführt werden, sprechen klar dagegen. Zu den Interessengebieten der Expedition gehörten Erdmagnetismus, Temperaturmessungen, Feststellung des Salzgehalts von Seen, Erstellung von Gebäude-Grundrissen, Landkarten der geologischen Strukturen, die Sammlung von Steinen und Mineralien, Fossilien, Tierskeletten, Reptilien, Schmetterlingen und Vögeln, getrockneten Pflanzen, Samen von Blumen, Getreide und Früchten, dazu verschiedenen völkerkundlichen Gegenständen, Werkzeugen und Textilien, Außerdem wurden 20000 Schwarz-Weiß-Fotos und 2000 Farbaufnahmen gemacht und rund 18000 Meter Filmaufnahmen,[1s] aus denen nach der Rückkehr ein »offiziellen Dokumentationsfilm hergestellt wurde. >Okkult< klingt das alles nicht, und für eine Suche nach medial begabten Nachkommen der >Ur-Arier< von Atlantis gibt es auch nichts her.

Halbseriöse Darstellungen wie jene Christopher HAI.ES halten, wie die Quellenlage überzeugend darlegt, einer kritischen Überprüfung nicht stand. Noch viel weniger geben die Quellen irgend etwas für abenteuerliche Okkult-Thesen der Tibet-Expedition her, die dank PAUWEES und seinen Epigonen bis heute in vielen Köpfen herum spuken. »Alle Forschungsziele und -aufgaben setzten sich die Teilnehmer unter der Führung SCHÄFERS selbst. Sie hatten rein wissenschaftlichen Charakter auf dem Stand der dreißiger Jahre«, beschließt der Wissenschaftler Bruno BEGER seine Erinnerungen an die Expedition.[19] Daß die SS auf Ergebnisse hoffte, die sich ideologisch verwerten lassen, steht genauso auf einem anderen Blatt wie HIMMLERS etwaige Erwartungen, für seine seltsamen Theorien würden sich in Tibet Beweise finden lassen. Die Geschichte von Wünschen und Erwartungen und die Realgeschichte sind eben zwei ganz verschiedene Paar Schuhe.

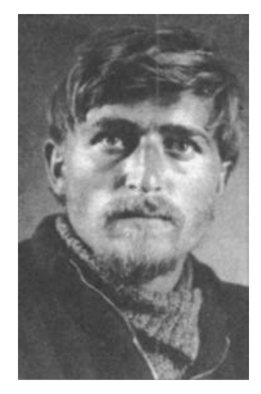
Detlev Rose

[16] Ebenda, S. 4.

[17] Ernst SCHAFER, *Geheimnis Tibet. Erster Bericht der Deutschen Tibet-Expedition Ernst Schafer 1938/39,* Schirmherr: Reichsführer-SS, München 1943, und Bruno BEGER, *Mit der deutschen Tibetexpedition Ernst Schäfer 1938/39 nach Lhasa,* Wiesbaden 1998.

[18] »Ivecture to be given on the 25. 7. 39 by Dr. Ernst Schäfer at the Himalaya Club«, S. 4 (Bundesarchiv R 135/30,12), S. 6 ff.

[19] BEGER, aaO. (Anm. 17), S. 278.



Bruno BEGER, der das Bildmaterial zu diesem Artikel zur Verfügung stellte. Das Foto entstand in Makotang.

Statt 11000 höchstens 250 Tote in Guernica

Am 28. November 1995 brachte die zu der *Südwestpresse* in Ulm gehörende *Filder Zeitung* eine Abbildung des berühmten **PiCASSoBildes** mit der Unterschrift »Guernica ohne Panzerglas«. Im zweispaltigen Text hieß es nach Erwähnung des deutschen Fliegerangriffs vom 26. April 1937 unter anderem bei Bezugnahme auf diesen: »Bei dem Luftangriff während des spanischen Bürgerkrieges kamen nach Augenzeugenberichten rund 11000 Menschen ums Leben.« Unter der Legende war vermerkt: »Text/Foto: **dpa«.**

Diese Aussage über die Zahl der Opfer ist falsch. Richtig ist, daß bei dem Bombenangriff, der einer strategisch wichtigen Brücke bei Guernica galt, rund 120 Tote,[1] maximal 300 Opfer,[3] zu beklagen waren.

Daraufhin schrieb der Leser Dr, Gustav Adolf THUMM aus Steinheim an die *Südwestpresse* in Ulm und stellte die in der Bildunterschrift angegebene viel zu hohe Zahl der bei dem Angriff angeblich ums Leben Gekommenen richtig. Der Chefredakteur WILDERMUTH antwortete und gab an, daß er nicht sagen könne, wie viele Menschen in Guernica wirklich getötet worden seien. Bild und Text seien durch seine Zeitung von der dpa Hamburg übernommen worden. Im übrigen sei der deutsche Angriff auf die nordspanische Stadt die Ursache für die späteren Bombenangriffe der Alliierten auf deutsche Städte gewesen.[3] Das letztere stimmt im übrigen auch nicht.

Als der Leser dann an dpa nach Hamburg schrieb, bekam er zur Antwort, das Bild sei von der dpa, der Text unter dem Bild stamme jedoch von der Zeitung, Dazu bemerkte dpa, daß »nach sämtlichen vorhandenen Unterlagen in Guernica bis zu 250 Menschen umgekommen seien«. Das angesehene Hamburger Nachrichtenbüro gab also dem kritischen Leser Recht.

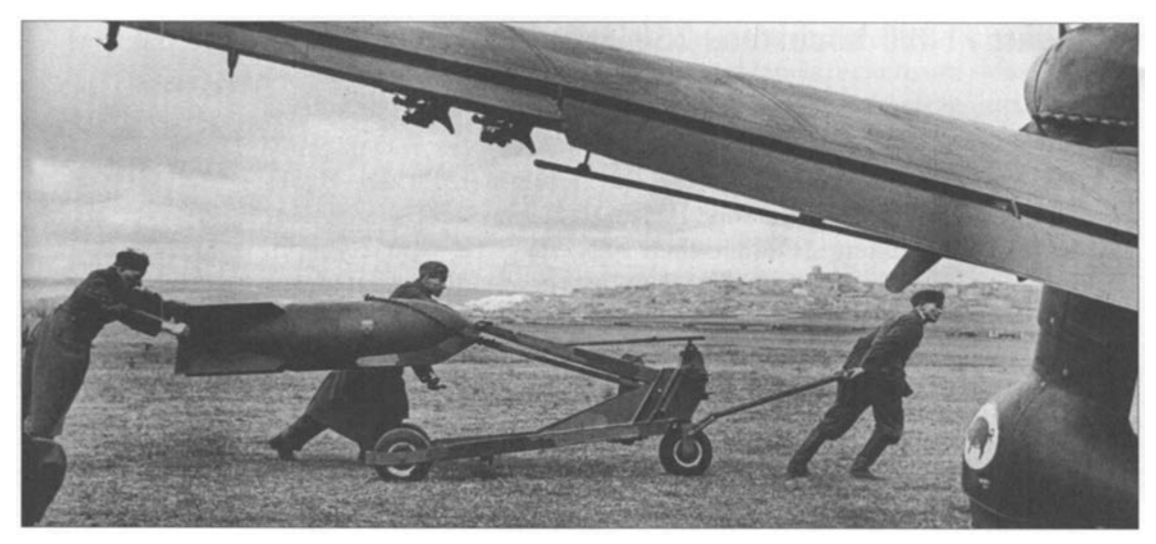
Als Dr. THUMM das dem bereits genannten Chefredakteur sowie der *Filder Zeitung* mitteilte, gab der stellvertretende Chefredakteur - offensichtlich ziemlich widerwillig - »den Irrtum« in der Bildunterschrift zu, der von einem »noch sehr jungen Redakteur« zu verantworten sei, den man deswegen zurechtgewiesen habe.

Eine Berichtigung oder Richtigstellung der in der liegende weit überhöhten Zahl der Opfer erfolgte jedoch in der Zeitung nicht. Die Leser

[1] Beitrag Nr. 107, »Propagandalügen über Guernica«.

[2] Beitrag Nr. 106, »Bombenschwindel um Guernica«.

[3] Beitrag Nr. 207, »Zur Vorgeschichte des Bombenkrieges«, und Nr. 208, »Alliierte begannen Bombenterror«.



Ein Sturzkampfbomber der ¡Legion Condor< wird mit Bomben beladen. Der Angriff der Deutschen galt der in der Nähe von Cuernica befindlichen kleinen Brücke Renteria über den Rio Oca.

erfuhren damit die geschichtliche Wahrheit nicht, sondern bekamen allein die rund auf das Hundertfache erhöhte Zahl mitgeteilt, die offensichtlich dazu dienen sollte, das Schuldkonto der Deutschen in der Öffentlichkeit zu erhöhen - leider eine immer wieder und immer noch zu beobachtende Neigung der Presse in Deutschland.

Eine weitere falsche Behauptung zu Guernica bringt ein neues *Großes Volkslexikon* über Kunst. Darin heißt es als Legende zu PICASSOS Bild unter anderem:[4] »Am 24. April 1937 zerstörte die deutsche Legion Condor, die HITLER zur Unterstützung FRANCOS nach Spanien schicken ließ, die älteste Stadt des Baskenlandes mit über 3000 Brandbomben und metzelte anschließend die Einwohner mit Maschinengewehren nieder.« Zu den früheren Lügen - nicht die Stadt, sondern eine strategisch wichtige Brücke wurde angegriffen - trat hier die falsche Behauptung, deutsche Flieger hätten in Guernica mit Maschinengewehren auf Zivilisten geschossen, so, wie es in den letzten Kriegsjahren im Zweiten Weltkrieg wirklich die alliierten Jagdbomber gegenüber deutschen Zivilisten nicht nur bei den Terrorangriffen auf Dresden, sondern auch auf einzelne auf dem Felde ackernde Bauern verübten.

Mit einer massiven Verbiegung der historischen Wirklichkeit soll das falsche Geschichtsbild der Umerziehung weiterhin indoktriniert werden, während auf der anderen Seite eine - auch begründete - Herabsetzung der Zahl der durch Deutsche verursachten Opfer als >Verharmlosung< angeprangert und mit Sonder-Strafgesetzen verfolgt wird. Rolf Kosick

[4] Hellmuth KARASEK u. Ulf MERBOLD (Hg.), *Kunst und Architektur. Das Große Volks-Lexikon. 1000 Fragen und Antworten. Kunst und Architektur,* Bertelsmann Lexikon Institut Wissen Media, Gütersloh—München 2006, S. 254.

Deutsche Marine im internationalen Auftrag 1937 und 2007

Marinekontrollfahrzeuge der UNIFIL (United Nations Interim Force in Libanon) patrouillieren seit Ende des israelischen Libanonkrieges 2006 in den syrischen Gewässern, um illegale Waffenlieferungen an Beirut zu unterbinden. Mit acht Schiffen und zweieinhalbtausend Mann beteiligt sich die Bundesmarine an dieser UNO-Mission, die Berlin seitdem mit Sorge betrachtet. Tatsächlich ist es gleich nach Eintreffen der Kontrollflotte im Herbst 2006 zu Vorfällen gekommen, die leicht zu Verwicklungen hätten führen können. Dabei spielten israelische F-16 Kampfflugzeuge eine provokante Rolle gegen deutsche und französische Schiffe. Doch dabei handelte es sich nicht um den ersten Auftrag internationaler Organisationen für die deutsche Marine.

Wer weiß heute noch, daß Deutschland vor 70 Jahren schon einmal an einer internationalen Kontrollmission beteiligt war? Es war zur Zeit des Spanischen Bürgerkrieges. Das Deutsche Reich hatte am 16. Marz 1936 seine Wehrhoheit wiedererlangt und besaß nur die kleine Marine, die ihr die Siegermächte in Versailles gelassen hatten. Deren Dienste nahm der Völkerbund nun in Anspruch. Zwar war die Reichsregierung, die dem Völkerbund mehrere Jahre lang angehört hatte, im Oktober 1933 aus diesem ausgetreten, weil sie den mangelnden Abrüstungswillen der Signatarmächte mißbilligte, jedoch bestand noch eine Übergangsfrist, bis die Kündigung wirksam wurde. So war Deutschland noch Mitglied in der Kontrollkommission des Völkerbundes, die mit den Vorgängen in Spanien befaßt war.

Worum ging es?

Am 14. April 1931 war in Madrid der König von einer Linkskoalition überraschend gestürzt, die Monarchie abgeschafft und die Republik ausgerufen worden, was mit Unruhen verbunden war. Anschließende Wahlen verkehrten jedoch die politischen Verhältnisse wieder ins Gegenteil, da die Anarchisten nicht die Mehrheit erringen konnten. Konservative, Königstreue und das katholische Zentrum obsiegten mit 377 zu 93 Stimmen, womit zunächst die Ordnung wiederhergestellt worden war. Doch trieben die Wirtschaftskrise und zunehmende Verarmung die ländliche Bevölkerung ins Lager der Sozialisten, weshalb 1936 das Bild abermals wechselte. Jetzt erhielten die Linken die Mehrheit, was in der Folge erneut zu Unruhen führte, die diesmal schwerwiegenderer Natur waren. Als das Land, in dem jetzt die Kommunisten unter dem Einfluß des sowjetrussischen Botschafters den Ton angaben, immer rascher der Anarchie verfiel und der blanke Terror an die Stelle des Rechts trat, erhoben

sich die Konservativen zum Gegenschlag. General Francisco FRANCO, Militärbefehlshaber in Spanisch-Marokko, sah sich im nationalen Interesse veranlaßt, die rote Regierung zu stürzen. Auf ein Hilfeersuchen des Generals an Berlin wurde dieser in einer für die damalige Zeit spektakulären deutschen Luftbrücke mit dem Kern seiner Truppen aufs Fesdand übergesetzt, worauf er in einer Serie von Erfolgen die Rote Regierung zum Rückzug auf Valencia zwang. Umfangreiche Waffenhilfe aus marxistischen Ländern versetzte diese jedoch rasch in die Lage, eine leistungsfähige Kampftruppe aufzubauen. Der fortan mit großer Härte geführte Bürgerkrieg erwies sich als langwierig, äußerst brutal und blutig mit vielen Opfern auf beiden Seiten.

Obwohl die französische Volks front-Regierung unter Leon BLUM und der Moskauer Sowjetstaat das rotspanische Regime insgeheim unterstützten, entschloß sich Paris, nach außen hin zu einer betont überparteiischen Haltung und sah sich in Absprache mit London dazu ermutigt, die Lösung des Konfliktes dem Völkerbund anzutragen. Im August 1936 wurden die europäischen Regierungen gebeten, in der spanischen Frage einen neutralen Standpunkt einzunehmen. Und mit Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder fand am 9. September 1936 ein Treffen in London statt, wo ein Ausschuß des Völkerbundes zur Beratung zusammentrat, dem Deutschland trotz seines Austritts in gewissen Fragen noch immer verpflichtet war. In Wirklichkeit aber ging es Paris darum, die Hilfeleistungen zu verhindern, die FRANCO von Berlin und Rom erbeten hatte.[1]

[1] *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik,* Serien C und D, Baden-Baden 1956/57.



Spanischer Bürgerkrieg: Kämpfer auf republikanischer Seite, darunter bemerkenswert viele Frauen.

Doch erst am 16. Februar 1937 fand sich der Londoner Ausschuß dazu bereit, an Spaniens Grenzen und Küsten Kontrollen einzurichten, um den dortigen Brandherd auszutrocknen. Deutschland, Frankreich, England und Italien wurden mit der Ausübung der Kontrolle zur See beauftragt und ersucht, Marineeinheiten zur Überwachung der spanischen Küsten zu entsenden, was auch geschah. Allerdings wurde ihnen nicht auferlegt, gemeinsam zu operieren, weshalb genügend Schlupflöcher zum Nachteil FRANCOS offen blieben. Das aber wirkte sich nachteilig für Madrid aus, weshalb die rote Regierung in Valencia Boden zurückgewann. Immerhin galt damit die Entsendung von Kriegsmaterial und Freiwilligen als VÖlkerrechtsbruch. Zugleich wurde den Kämpfern der Bürgerkriegsparteien der Kombattantenstatus aberkannt. Da aber die geheime Waffenhilfe für Valencia, die vor allem durch Moskau erfolgte, nicht gänzlich verhindert werden konnte, stand zu erwarten, daß es zu Zwischenfällen kommen werde.



Das Panzerschiff >Deutschlands Es lief am 19. Mai 1931 in Kiel vom Stapel. Am 15. November 1939 erhielt die >Deutschlandt auf Führerbefehl den neuen Namen ¡Lützowi. Sie sank am 16. April 1945 bei Swinemünde nach einem Angriff von britischen >Lancaster'Bombern.

Am 29. Mai 1937 lag das Panzerschiff »Deutschland<, das zur internationalen Kontrollgruppe gehörte, auf der Reede vor Ibiza. Zwischen 18 und 19 Uhr wurde es plötzlich von rotspanischen Kampfflugzeugen angegriffen, Eine Bombe schlug in die Mannschaftsmesse, tötete 23 Seeleute und verletzte 83 weitere, von denen 19 ihren Verletzungen erlagen. Während die »Deutschland* ihre Toten und Verletzten nach Gibraltar überführte, erhielt ihr Schwesterschiff »Admiral Scheer< den Auftrag, demonstrativ vor dem von den Roten gehaltenen Kriegshafen Almeria aufzukreuzen, wo die Masse der illegalen Hilfsgüter für Valencia umgesetzt wurde. Nachdem sie die Küstenbatterien zum Schweigen gebracht hatte, beschoß die »Admiral Scheer< die Hafenanlagen und zerstörte zahlreiches Kriegsmaterial, wobei einige Arbeiter den Tod fanden. Obwohl Berlin alles Recht auf seiner Seite wußte, das Vorgehen der >Scheer< als kriegsvölkerrechtlich korrekte Strafmaßnahme zu erklären, machte die rotspanische Regierung daraus »einen brutalen Akt der Piraterie«, der als Eilmeldung um die Welt ging,[2]

Zwar mißbilligte der Völkerbund den Angriff auf die »Deutschland*, jedoch ohne zur Bewertung des Vorganges eindeutig Stellung zu nehmen, als sich am 26. Juni 1937 ein weiterer Vorfall ereignete. Dieses Mal war es ein italienisches Kontrollschiff, das auf der Reede von Palma de Mallorca mit Bomben angegriffen wurde, wobei sechs Seekadetten in der Offiziersmesse getötet und acht weitere verletzt wurden.

[2] Axel Freiherr VON FREYTAGH-Lo RINGHOVEN, *Deutschlands Außenpolitik 1933-1939,* Stollberg, Berlin 1939, S. 129 ff.

Um diese Vorgänge entspannte sich ein lebhafter Streit, in dem Valencia behauptete, seine Flugzeuge seien zuerst beschossen worden, die deutsch-italienische Seite dagegen zu belegen verstand, daß ihre Schiffe vor Anker lagen. Letzteres sei schon dadurch bewiesen, daß Offiziere und Mannschaften sich in der Messe aufhielten. Daraufhin machte Valencia eine Verwechslung mit Einheiten der FRANCO-Flotte geltend, was schon deshalb nicht zutraf, da sich kein FRANCO-Schiff im dortigen Seegebiet aufgehalten hatte.



Sonderheft der Zeitschrift *Der Adler* zum Einsatz der »Legion Condor< im Spanischen Bürgerkrieg 1936-39.

Bald darauf kam es zu einem dritten Zwischenfall, als der Kreuzer »Leipzig< in spanischen Gewässern durch ein unbekanntes U-Boot angegriffen wurde. Zwar traf von vier abgefeuerten Torpedos nur einer. Doch da er nicht explodierte, ließ sich die sowjetische Herkunft eindeutig feststellen. Jetzt machte Berlin die rotspanische Regierung für die Vorfälle verantwortlich und forderte den Völkerbund zur Verurteilung auf. Da aber im Kontrollausschuß keine Einigung über die Behandlung der Vorfalle erzielt werden konnte, schied Berlin aus dem Kontrollgremium aus und schickte seine Schiffe nach Hause. Italien schloß sich dem deutschen Vorgehen an.

Das etwa war der Zeitpunkt, als sich die Reichsregierung entschloß, FRANCO durch die Entsendung eines größeren Kontingents an Freiwilligen, der später so genannten >Legion Condor<, nach Kräften zu unterstützen.[1] Aus Gründen, denen Berlin im londoner Ausschuß zugestimmt hatte, konnte die Waffenhilfe jedoch nicht auf legalem Wege erfolgen. So blieb die deutsche Legion, der FRANCO den Endsieg verdankte, nach außen eine illegale Truppe, deren Angehörige - so tapfer sie auch kämpfen mochten - sich nicht als Soldaten des Deutschen Reiches ausweisen durften.'[1]

Daß Berlin und Rom mit der Unterstützung FRANCOS vor allem die Absicht verbanden, Spanien nicht in die Hände Moskaus fallen zu lassen, blieb für die Westmächte unerheblich, obwohl alle Welt damals wußte, was STALINS Ziele waren. Der Völkerbund vermochte in dieser Sache eine klare Linie nicht einzunehmen, sondern verfing sich statt dessen in verfahrenstechnischen Fragen, während Paris aus seiner Sympathie für die Roten in Valencia kein Hehl mehr machte. Sowohl Frankreich als auch Moskau verstärkten daraufhin ihre illegalen Hilfeleistungen an die rotspanische Regierung, was FRANCOS Sieg bis ins Frühjahr 1939 hinauszögerte und neben Millionen Bürgerkriegstoten auch zahlreichen Angehörigen der »Legion Condor< das Leben kostete.[5]

Zwar ist es zu einem europäischen Großkrieg damals nicht gekommen, weil keine der europäischen Regierungen in die Kämpfe verstrickt werden wollte, doch laßt sich dem Vorgang unschwer entnehmen, daß Kontrollmissionen zur Eingrenzung bewaffneter Konflikte leicht zu internationalen Verwicklungen führen können. Andreas Naumann

[3] Peter ELSTOB, *Legion Condor,* Moewig, München 1981.

[4] Hans-Chrisuan KIRSCH (Hg,), *Der Spanische Bürgerkrieg in Augenzeugenberichten,* dtv, München 1971.

[5] Wilfred VON OVEN, *Hitler und der Spanische Bürgerkrieg, Mission und Schicksal der Legion Condor,* Grabert, Tübingen 1978.

Keine Blutorgie nach Österreich-Anschluß 1938

In dem Bemühen, den Deutschen aus durchsichtigen politischen Gründen möglichst große Verbrechen in der jüngeren Vergangenheit anzudichten, wurden und werden oft von Kreisen der Umerziehung die unsinnigsten Geschichten erfunden und dann in der Öffentlichkeit berichtet. Man hofft, daß trotz Richtigstellung dann doch etwas von den unberechtigten Vorwürfen hängenbleibt und viele Leute die Berichtigung nicht lesen, zumal diese manchmal auch von dem berichtenden Blatt gar nicht gebracht wird. Ein hierfür bezeichnendes Beispiel ist folgender Vorgang im Zusammenhang mit dem Österreich-Anschluß im Jahre 1938.

In ihrer Ausgabe vom September 1985 behauptet die *World Peace Press* in Linz, Oberösterreich, daß in den ersten drei Nächten nach dem Österreich-Anschluß 1938 »nicht weniger als 300 österreichische Offiziere tierisch hingemordet worden sind«, natürlich von den einmarschierenden >Nazis<, nachdem sie aufgrund des letzten Befehls des abtretenden Bundeskanzlers Kurt von SCHUSCHNIGG die Waffen niedergelegt hatten. Es werden dann als Opfer dieser Nächte insbesondere die Namen der führenden Militärs ZEHNER, JANSA, SCHILHAWSKY, RONGE und SZENTE angeführt.[1]

[1] »Blutorgie nach Österreich-Anschluß«, in: *National-Zeitung, 15. 11.* 1985.

Auf Nachfrage nach diesem behaupteten Vorgang beim Österreichischen Staatsarchiv-Kriegsarchiv in Wien antwortete für dieses mit Schreiben vom 9. Oktober 1985 der Direktor des Kriegsarchivs, Hofrat Dr. WAGNER, unter anderem: »Auf Ihr Schreiben vom 30. September 1985 teilt das Kriegsarchiv Wien mit, daß über eine Ermordung von 300 österreichischen Offizieren in den drei ersten Nächten nach der Machtergreifung nichts bekannt ist.« Insbesondere sei FmLt. Alfred JANSA am 20. Dezember 1963 in Wien verstorben, General der Infanterie Sigismund SCHILHAWSKY sei am 11. August 1957 in Salzburg gestorben, Generalmajor Max RONGE sei am 10. September 1953 in Wien verschieden und Generalmajor Adalbert SZENTE am 9. August 1967. Nicht ganz geklärt sei das Schicksal von General Wilhelm ZEHNER, in den offiziellen Unterlagen sei Selbstmord am 10. April 1938 angegeben, »doch dürfte er von Anhängern des NS-Regimes ermordet worden sein«.

Nach dieser Klarstellung des amtlichen Archivs bleibt von dem berichteten »Massenmord< an österreichischen Offizieren nach dem Österreich-Anschluß höchstens ein einziger Fall als möglich übrig, der zudem nicht aufgeklärt werden konnte und deshalb auch fraglich erscheint.

Rolf Kosiek

Die BIomberg-Fritsch-Affäre

Im Februar 1938 erschütterte die sogenannte BLOMBERG-FRITSCH-Krise das Deutsche Reich. Der amtierende Kriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, der hochangesehene Generalfeldmarschall Werner VON BLOMBERG, hatte geheiratet und dabei die Herkunft seiner jungen, aus dem Rotlichtmilieu stammenden neuen Frau verheimlicht, die von der Berliner Poüzei wenige Jahre vorher als Prostituierte geführt gewesen war. Als das um den 24. Januar 1938 der Reichsregierung bekannt wurde, brachte es HITLER und GÖRING, die als Trauzeugen bei der standesamtlichen Trauung im kleinsten Kreis im Kriegsministerium am 12. Januar 1938 gewirkt hatten, in eine unangenehme Lage. Der Feldmarschall mußte zurücktreten. Gegen seinen vorgesehenen und geeigneten Nachfolger, den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Werner Freiherr VON FRJTSCH, erhoben sich - wie es sich später herausstellte, unberechtigte — Vorwürfe wegen homosexuellen Verhaltens. Nachdem sich andere Kandidaten, etwa Admiral RAEDER, verweigert hatten, löste HitLER die Krise, indem er sich selbst zum Oberbefehlshaber der Wehrmacht machte, VON FRITSCH durch General Walther VON BRAUCHITSCH ablöste und weitere Generale in den Ruhestand versetzte.





Von oben: Generalfeldmarschall Werner VON BLOMBERG und Generaloberst Werner Freiherr VON FRITSCH.

Rund ein halbes Jahrhundert nach 1945 lang »waren sich die Historiker durchweg einig, daß es bei diesem Revirement um einen Schlag HITLERS gegen die Kräfte in der Wehrmacht und im Diplomatischen Corps gegangen sei, die sich wegen ihrer Bedenken gegen den außenpolitischen Kurs des »Dritten Reiches* als Bremsklötze einer offensiven bzw. expansiven Politik erwiesen hätten«.[1] HITLER und Kreise um GÖRING sowie HIMMLER und HEYDRICH hätten die Krise bewußt herbeigeführt, um stärkeren Einfluß HITLERS und der Partei auch auf die Wehrmacht und die noch im preußischen Geist erzogene Generalität zu bekommen, »Bisher galten die beiden damaligen Spitzenmilitärs — BLOMBERG und FRITSCH — als Opfer eines Komplotts der NS-Führung. Die habe sich.. . mittels einer Affäre die Wehrmacht gefügig machen wollen.«[2] Dadurch sei es zu dem »großen Wendepunkt« in der Geschichte des Dritten Reiches und zur weiteren Machtsteigerung HITLERS gekommen.

[1] Gregor SCHÖLLGEN, »Eine triviale Sittenaffäre«, in: *Süddeutsche Zeitung,* 5. 4.1994; beispielhaft für die ältere Anschauung der NS-Intrige: Marion Gräfin DÖNHOFF, »Die Fritsch-Krise war ganz anders«, in: *Die Zeit,* 27.1. 1984.

[3] Günter KIESSLING, »Sonderling und Frauenfeind«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 8. 4. 1994.

Das trifft jedoch nicht zu. Richtig ist, daß es sich bei dem »Sturz der Generale« um eine »triviale Sittenaffare«[1] handelte, wie Karl Heinz JANSSEN und Fritz TOBIAS in einer überzeugenden Untersuchung darlegten.[3] Sie wiesen nach, daß VON BLOMBERG »sein Fiasko von Anfang bis zu Ende ganz allein selber verursacht« hat, daß er »ungewollt, aber nicht schuldlos«[2] eine Entwicklung ausgelöst hatte, die sich zu einer echten Krise um die Spitze des Heeres und der Wehrmacht aufschaukelte.



HITLER im Gespräch mit Werner VON BLOMBERG und Werner VON FRITSCH vor der Affäre.

Der durch VON BLOMBERGS Verhalten aus allen Wolken gefallene und schockierte HITLER, der bis dahin große Achtung vor den preußischen Generalen und ihrem Generalstab gehabt sowie VON BLOMBERG sehr verehrt hatte, war nun völlig verunsichert, glaubte deswegen dem seine Unschuld versichernden, sich aber ungeschickt verhaltenden und für seine Sprödigkeit bekannten Generaloberst VON FRITSCH zunächst nicht und ließ eine gerichtliche Untersuchung gegen diesen zu, denn er wollte keinen neuen >Fall< im Offizierskorps haben. Das Reichskriegsgericht erwies dann am 18. März 1938 eindeutig, daß alle Vorwürfe gegen VON FRITSCH unberechtigt waren, und dieser wurde am 11. August 1938 auf dem Truppenübungsplatz Groß-Born Öffentlich voll rehabilitiert. Doch inzwischen war schon zu viel Porzellan zerschlagen, als daß VON FRITSCH noch die Führung der Wehrmacht übernehmen konnte. Eine andere Lösung mußte erfolgen.

Dafür, daß HITLER zunächst keine große Umstrukturierung der Wehrmachtspitze wollte, spricht auch die Tatsache, daß er erst nach einer anderen als der später vorgenommenen Lösung suchte. So sprach er bei seinem Bemühen, einen Nachfolger für VON BLOMBERG zu finden, auch den angesehenen Admiral Erich RAEDER (1876-1960) an, der seit 1. Januar 1935 Oberbefehlshaber der Kriegsmarine war (bis 1943) und 1939 Großadmiral wurde. Doch dieser lehnte ab, »da ich die in erster Linie in

[1] Karl Heinz JANSSEN u. Fritz TOBIAS, *Der Sturz der Generäle. Hitler und die Blomberg-Fritsch-Krise 1938,* C. H. Beck, München 1994.

Werner VON BLOMBERG und seine junge Frau



bei einem Spaziergang im Leipziger Zoo. Auf einem harmlosen Pressefoto von der Hochzeitsreise erkannte ein Berliner Polizist in Frau VON BLOMBERG ein Mädchen, das früher in seiner Kartei als Prostituierte geführt wurde.

Betracht kommenden Armeeverhältnisse nicht übersehen könnte; außerdem trug ich mich schon damals mit dem Gedanken meines Abganges« aus Alters- und Gesundheitsgründen.[4]

Ein wohl zutreffendes Urteil über die frühere, HITLER für die Krise verantwortlich machende historische Literatur lautet: »Es ist schon verblüffend zu sehen, wie diese (u. a. Hans Bernd GLSEVIUS,[5] Harold C DEUTSCH,[6] R. K.) und andere Autoren, gewollt oder ungewollt, eine langlebige Legende in die Welt gesetzt haben. Denn eigentlich handelt es sich bei der BLOMBERG/FRITSCH-Krise in ihren Ursprüngen um eine jener banalen Geschichten, die das Leben halt so schreibt.«[1]

Indem Buch von JANSSEN und TOBIAS wird auch der dann als Nachfolger VON FRITSCHS zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannte und am 4. Februar 1938 zum Generaloberst beförderte Walther VON BRAUCHITSCH (1881-1948) rehabilitiert. Ihm war unter anderem vorgeworfen worden, daß er sich von HITLER habe kaufen lassen, um dann als gefügiger Untergebener zu wirken.

In einer neueren Untersuchung," der ersten wirklichen Biographie VON BLOMBERGS, kommt Kirstin A, SCHÄEER zum gleichen Ergebnis. Seit 1933 Reichswehrminister und ab 1935 Kriegsminister, hatte VON BLOMBERG wesentlichen Anteil an der Wiederaufrüstung Deutschlands und am Übergang der Reichswehr zur Wehrmacht gehabt. Er hatte »ohne HITLERS Zutun«" nach HODENBURGS Tod den neuen Soldateneid entwerfen und die Wehrmacht sofort auf HITLER vereidigen lassen. Am 20. April 1936 wurde er »HITLERS erster Feldmarschall«. Dieser vertraute ihm voll und war ihm für seine Leistungen dankbar. Um so größer war dann seine Enttäuschung über VON BLOMBERGS private Entscheidung. 1932 war dessen Frau gestorben, die fünf Kinder waren bis 1938 aus dem Hause gegangen. Der

[4] Erich RAEDER, *Mein Leben. Von 1935 bis Spandan 1955*, Fritz Schlichtenmayer, Tübingen, 1957, S. 125.

[5] Hans Bernd GISEVIUS, *Wo ist Nebe? Erinnerungen an Hitlers Reichskriminaldirektor,* Droemer, Zürich 1966.

[6] Harold C. DEUTSCH, *Das Komplott oder die Entmachtung der Generäle. Blomberg- und Eritsch-Krise,* Neue Diana Press, München 1974.

[7] Kirstin A. SCHÄFER, *Werner von Blomberg - Hitlers erster Feldmarschall,* Ferdinand Schöningh, Paderborn 2006.

einsame Witwer lernte seine neue Frau kennen und beschloß schnell die Heirat. Mit der Wahl seiner Frau verstieß er schärfstens gegen den Ehrenkodex des deutschen Offizierskorps. HITLER mußte sich als Trauzeuge persönlich getäuscht fühlen. Sein Minister war in seinem Amt nicht mehr zu halten. Unter möglichster Geheimhaltung der wahren Umstände wurde VON BLOMBERG, der eine sofortige Ehescheidung ablehnte, der ehrenvolle Abschied gewährt und ihm eine längere Auslandsreise nahegelegt, was dieser annahm. HITLERS Versprechen, ihn später wieder zu verwenden, wurde dann auch im Krieg nicht mehr eingelöst.

Am 4. Juni 1945 wurde VON BLOMBERG von Amerikanern, die ihn vorher schon unter Hausarrest gestellt hatten, verhaftet. Nach demütigenden Aufenthalten in alliierter Gefangenschaft verstarb er als US-Häftling am 14. März 1946 in Nürnberg

SCHÄFER stellt fest: »So unerwartet und unwillkommen BLOMBERGS Mesalliance für HITLER auch war - sein Getreuer gab ihm damit die Chance, die Wehrmacht von einem Tag auf den anderen komplett zu entmachten. Diese simple Version erschien vielen so unglaubwürdig, daß sie ihr den Mythos vom Komplott gegen die Generäle, den Mythos von einer von HITLER geduldeten SS-Intrige gegen BLOMBERG vorzogen, der lange den Blick auf den General bestimmte. Wie weit verbreitet der Topos vom Komplott ist, zeigt sich daran, daß in vielen Handbüchern diese These noch heute als historisch gesichert dargestellt wird.«'3 Und die Historikerin verweist dazu auf das *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte,* Band 7: *Wehrmacht und Nationalsozialismus.*

Um so wichtiger ist eine Richtigstellung.

Freiherr VON FRITSCH sah seine Rehabilitierung als ungenügend an und schrieb in seinem Brief an HITLER vom 7. April 1938 unter anderem: »Die kriminelle Beschuldigung ist restlos zusammengebrochen. Nicht aber beseitigt sind die mich tief verletzenden Begleitumstände meiner Entfernung aus dem Heere, die um so schwerer wiegen, als der wahre Anlaß meiner Verabschiedung sowohl in weiten Kreisen der Wehrmacht wie des Volkes nicht unbekannt geblieben ist. . . Das Kriegsgericht hat meine volle Unschuld festgestellt.«1" Seine Ernennung zum Chef des Artillerieregiments 12 empfand er als nicht ausreichend. Rolf Kosiek

[8] SCHÄFER, ebenda, S. 152.

Ebenda, S. 183.

[10] Hermann GRAML, »Fritsch' Rehabilitierung«, Leserbrief in: *Süddeutsche Zeitung,* 9. 6. 1966.

Werner VON FRITSCH (1880-1939) und sein Grab in Berlin.



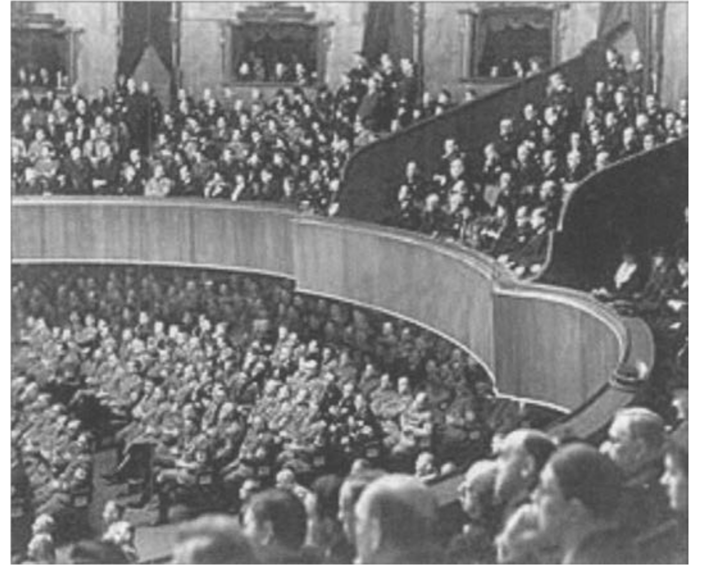


Falsche Deutung der Hitler-Rede 1939

Am 30. Januar 1939, dem 6. Jahrestag seiner Machtübernahme, hielt Adolf HITLER vor dem Großdeutschen Reichstag in der Krolloper seine traditionelle Rede.[1] Daraus werden häufig in den Medien wenige Sätze zitiert, wobei der folgende Teil weggelassen wird, ohne den aber die angeführte Aussage einen anderen Sinn ergibt. Daher seien zur objektiven Beurteilung nach dem im Rahmen der Umerziehung oft benutzten Zitat auch die folgenden Sätze der Rede angeführt.

Zunächst sagte HitleR, und das wird meist nur zitiert:- »Und eines möchte ich an diesem vielleicht nicht nur für uns Deutsche denkwürdigen Tag nun aussprechen: Ich bin in meinem Leben sehr oft Prophet gewesen und wurde meistens ausgelacht... Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.« Diese Worte werden allgemein als die erste Aussage HITLERS zum geplanten Massenmord an den Juden gedeutet.

Die Kroll-Oper am 30.)anuar 1939.



Unmittelbar danach führte HITLER zur näheren Erklärung aus, was dann in den Medien verschwiegen wird: »Denn die Zeit der propagandistischen Wehrlosigkeit der nichtjüdischen Völker ist zu Ende. Das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien besitzen jene Einrichtungen, die es gestatten, wenn notwendig die Welt über das Wesen einer Frage aufzuklären, die vielen Völkern instinktiv bewußt und nur wissenschaftlich unklar ist.

Augenblicklich mag das Judentum in gewissen Staaten seine Hetze betreiben unter dem Schutz einer dort in seinen Händen befindlichen

[1] "30. Januar 1939«, *Archiv der Gegenwart,* Max DOMARUS, *Hitler. Reden 1932 bis 1945,* Bd. II 3, R. LÖwit, Wiesbaden 1973, S. 1048-1067.

[1] L. J. HARTOG, »Als Hitler den Massenmord prophezeite«, in: *Die Zeit,* Nr. 5,27. 1. 1989, S. 41 f.

Presse, des Films, der Rundfunkpropaganda, der Theater, der Literatur usw. Wenn es diesem Volke aber noch einmal gelingen sollte, die Millionenmassen der Völker in einen für diese gänzlich sinnlosen und nur jüdischen Interessen dienenden Kampf zu hetzen, dann wird sich die Wirksamkeit einer Aufklärung äußern, der in Deutschland allein schon in wenigen Jahren das Judentum resdos erlegen ist.

Die Völker wollen nicht mehr auf den Schlachtfeldern sterben, damit diese wurzellose internationale Rasse an den Geschäften des Krieges verdient und ihre alttestamentarische Rachsucht befriedigt. Über die jüdische Parole Proletarier aller Länder vereinigt euch< wird eine höhere Erkenntnis siegen, nämlich: »Schaffende Angehörige aller Nationen, erkennt euren gemeinsamen Feind!<«[3]

Danach ging HITLER ZU einem anderen Thema über, den Vorwürfen, das NS-Deutschland sei ein religions feindlicher Staat.

Wie aus obigem ersichtlich, wurden in dem umstrittenen Teil der Rede Methoden der Propaganda und der Massenmedien angesprochen. Damit war aber wohl nicht die heute meist in die ersten Sätze hinein gedeutete physische Vernichtung der Juden, der Massenmord, gemeint.

Rolf Kosiek

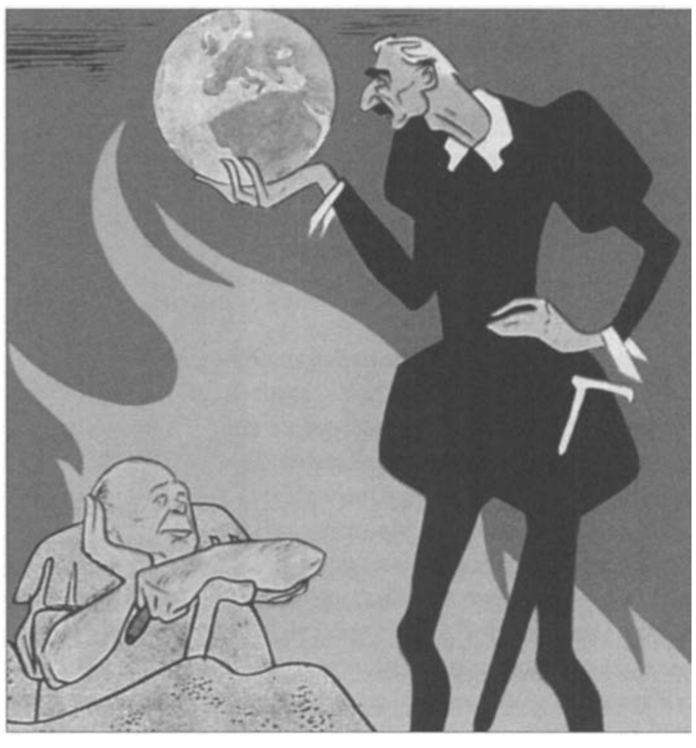
Unmittelbar vor dem eben Zitierten erklärte HITLER, nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß andere Völker die Juden trotz genügend Platz nicht aufnehmen wollten:

»Denn Europa kann nicht mehr zur Ruhe kommen, bevor nicht die jüdische Frage ausgeräumt ist. Es kann sehr wohl möglich sein, daß über diesem Problem früher oder später eine Einigung in Europa selbst zwichen solchen Nationen stattfindet, die sonst nicht so leicht den Weg zueinander finden würden. Die Welt hat Siedlungsraum genügend, es muß aber endgültig mit der Meinung gebrochen werden, als sei das jüdische Volk vom lieben Gott eben dazu bestimmt, in einem gewissen Prozentsatz Nutznießer am Körper und an der produktiven Arbeit anderer Völker zu sein. Das Judentum wird sich genauso einer soliden aufbauenden Tätigkeit anpassen müssen, wie es andere Völker auch tun, oder es wird früher oder später einer Krise von unvorstellbarem Ausmaß erliegen.«[4]

[3] DOMARUS, aaO, (Anm. 1), S. 1058.
[4] Ebenda, S. 1057.

Geheimer Teil der britischen Polengarantie von 1939

Den Deutschen werden die geheimen Zusätze zu den deutsch-sowjetischen Verträgen vom 23. August und 28. September 1939 als unmoralisch vorgeworfen. Dazu ist einmal richtigzustellen, daß auch die Sowjets an den Verträgen beteiligt waren, ihnen also dieselben Vorwürfe gemacht werden könnten. Zum anderen enthielt der um dieselbe Zeit, am 25. August 1939, vom britischen Außenminister HALIFAX und dem polnischen Botschafter Edward RACZYNSKI in London unterzeichnete polnisch-britische Beistandspakt, der aus der britischen Garantieerklärung für Polen vom 31. März 1939 entsprang[1] und bereits am 4. April 1939



Eine Karikatur aus den Berliner *Lustigen Blättern,* die den Machtkampf in England zwischen CHAMBERLAIN und CHURCHILL 1939 treffend schildert. CHURCHILL wird in bester SHAKESPEAREscher Manier als Totengräber dargestellt und schaut CHAMBERLAIN in der Rolle des Hamlet zu, wie er mit der Weltkugel jongliert: Sein oder Nichtsein,

[1] Am 31. März 1939 erklärte Premierminister CHAMBEREAIN im Unterhaus, daß Großbritannien Polen das Garantieversprechen gebe, »für den Fall, daß irgendeine Handlung die polnische Unabhängigkeit deutlich in Gefahr bringen sollte und die polnische Regierung es als in ihrem Lebensinteresse liegend erachten sollte, mit ihren nationalen Kräften Widerstand zu leisten, die Regierung Seiner Majestät sich sofort als verpflichtet betrachten würde, Polen mit allen Mitteln zu unterstützen«.

von Polens Staatschef Josef BECK in London vereinbart war, ebenso einen geheimgehaltenen Zusatz, der erst vor dem Nürnberger Siegertribunal bekannt wurde. Er ist in gleicher Weise politisch höchst bedeutsam.

In diesem von Warschau und London geheimgehaltenen Artikel heißt es: »The expression an European power, employed in the agreement, is to be understood as Germany.«[2] (Unter dem Ausdruck eine europäische Macht, der im Vertrag gebraucht wird, ist Deutschland zu verstehen). Ferner wird erklärt, daß eine Änderung der bestehenden Lage in Danzig (Freie Stadt) Polens Lebensinteressen berühre.

Damit war ausdrücklich die britische Unterstützung für Polen nur für den Fall eines deutschen Angriffs abgeschlossen, sie galt nicht für einen Einfall der Sowjets, der dann ja auch am 17. September 1939 erfolgte und gegen den die Westmächte auch nichts unternahmen,

Willi SEIBERT, Babenhausen, wies in einem Leserbrief darauf hin, stellte einen früheren Leserbrief[4] richtig und fügte hinzu: »Am 19. Oktober 1939, als ganz Polen schon von deutschen und sowjetischen Truppen besetzt war, forderte der Unterhausabgeordnete HARVEY von der britischen Regierung Auskunft darüber, ob der Beistandsvertrag zwischen England und Polen Angriffshandlungen der Sowjetunion oder anderer nichtdeutscher Mächte Polen gegenüber nicht einbegriffe. Der Unterstaatssekretär im britischen Auswärtigen Amt, BUTLER, gab ihm die folgende schriftliche Antwort: »Mein Herr! Während der Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des Bündnisses führten, wurde zwischen der polnischen Regierung und S. M. Regierung vereinbart, daß der Pakt sich nur auf den Fall einer Angriffshandlung durch Deutschland beziehe, und S. M. Regierung bestätigt dies hiermit.<« Das Bestehen einer solchen Geheimklausel wurde also noch verschwiegen.

SEIBERT gibt dazu die zutreffende Beurteilung: »Also war die von Großbritannien Polen gegebene Garantie von gänzlich einseitigem Charakter. Während die Kriegserklärung an Deutschland im Falle eines Falles gewissermaßen schon programmiert war, blieb die Sowjetunion davon verschont.«[3] Großbritannien hatte also nur eine Teilgarantie gegeben, an die es sich dann nach Kriegsbeginn nicht hielt, indem es Warschau keinerlei militärische Unterstützung gewährte. Polen wurde von London 1939 eben nur als Kriegsgrund gegen Deutschland benutzt. Rolf Kosiek

[2] Text nach R. F. KEELING, *Gruesome Harvest,* 1947, Chicago 1947.

[3] Willi SEIBERT, Leserbrief »Nur Teilgarantie für Polen 1939«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18. 1. 1996.

[4] Friedrich SCHMITT, Leserbrief »Garantie für ganz Polen 1939«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 6. 1. 1996.

Zur Rückkehr des Memellandes 1939

Die Stadt Memel wurde 1253 unter der Burg des Deutschen Ritterordens gegründet und erhielt 1254 Lübecker Recht. Sie gehörte wie das umhegende Memelland, dem sie den Namen gab, seitdem dem deutschen Ritterorden, später zu Preußen-Deutschland als nördlichster Kreis Ostpreußens, dessen älteste Stadt sie war. Das 2829 qkm große Gebiet mit 1919 rund 140000 vorwiegend deutschen Bewohnern kam nach Artikel 99 des Versailler Diktats 1919 gegen den erklärten Willen der Einwohner unter alliierte Verwaltung, die ab 16. Februar 1920 französische Truppen unter einem General und einem französischen Oberkommissar ausübten. Diese verhinderten nicht, daß am 10. Januar 1923 - gleichzeitig mit dem französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet - litauische Truppen das Memelland besetzten. Die Alliierten protestierten zwar gegen diesen Einmarsch, Aber am 15. Februar 1923 erkannte die alliierte Botschafterkonferenz in Paris die litauische Annexion an, obwohl ihre Kommission nach Besichtigung des Memellandes festgestellt hatte: »Memel, die älteste deutsche Stadt Ostpreußens, hat niemals zu Litauen gehört. In der Stadt wohnen fast nur Deutsche. .. Die Ostgrenze des Memellandes, die frühere russisch-deutsche Grenze, stellt eine wirkliche Scheidewand zwischen zwei besonderen Zivilisationen dar.«[1] Diese Grenze hatte als eine der ältesten europäischen Grenzen rund 500 Jahre bis 1919 gegolten.

[1] Zitiert in: Rolf Kosi EK, *Jenseits der Grenzen,* Grabert, Tübingen 1987, S. 179.



Nach dem Ersten Weltkrieg waren Memel und das Memelland Gegenstand eines zähen Ringens zwischen Polen, Litauen, Frankreich und Deutschland. 1923 annektierte Litauen das Memelland. Somit wurde das alte Ordensgebiet politisch zu einem Teil Osteuropas.

Am 14. März 1924 übertrugen die Alliierten ihre Gewalt im Memelabkommen auf Litauen, und sie vereinbarten mit Litauen am 8. Mai 1924 das Memelstatut, das jedoch von Litauen in den folgenden Jahren nicht verwirklicht wurde. Bei der Wahl vom 19. Oktober 1925 errang die Deutsche Einheitsfront 91 Prozent der Stimmen. Daraufhin wurde 1926 für zwölf Jahre der Belagerungszustand von Litauen über das Memelland verhängt. Erst nach einem großen deutschen Wahlsieg vom Dezember 1938 unter Dr. Ernst NEUMANN wurde die im Memelstatut festgelegte Selbstregierung gewährt und Deutsch wieder Amts- und Schulsprache.



Litauens Außenminister Juozas URSSVS.

Der neue memelländische Landtag bestand aus 25 deutschen und vier litauischen Abgeordneten. Er wollte in seiner Sitzung Ende März 1939 die Lostrennung des Memellandes von Litauen und die Rückkehr zum Deutschen Reich erklären. Diese beabsichtigte Einforderung des Selbstbestimmungsrechts wird in heutigen Darstellungen meist unterschlagen, und es wird zudem erklärt, daß die Rückkehr des Memellandes 1939 von der Reichregierung »ultimativ« und unter Androhung militärischer Gewalt Litauen »aufgezwungen« worden sei.[2]

Das ist falsch. Richtig ist, daß zur Entspannung der brisant gewordenen Lage Vorverhandlungen am 20. März 1939 zwischen dem deutschen Außenminister VON RIBBENTROP und seinem litauischen Kollegen Juozas URBSYS stattfanden. Dabei wurde dieser darauf hingewiesen, »daß das Memelgebiet zu Deutschland zurückwolle« und Deutschland »nicht ruhig zusehen könne, falls es im Memelgebiet zu Aufständen und Schießereien käme«. Zur Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen strebte RIBBENTROP eine »friedliche und für Litauen akzeptable Lösung« an, die Litauens wirtschaftliche Lage berücksichtige. Auf URBSYS' Frage nach einer Frist nannte RIBBENTROP kein Datum, sondern regte an, »möglichst schnell« Bevollmächtigte nach Berlin zu schicken. Es lag also insbesondere kein Ultimatum vor.[3]

Noch vor Abflug der Litauischen Abordnung nach Berlin am 22. März um 14 Uhr hatte das litauische Militär mit dem Rückzug aus dem Memelgebiet begonnen. Ebenso wurden die litauische Grenzpolizei und die litauischen Zöllner am 22. März vormittags hinter die alte litauische Grenze zurückverlegt. »Der litauische Gouverneur GAILUS teilte in den Vormittagsstunden des 22. März 1939 dem Präsidenten (seit 13. 1. 1939) des Direktoriums des Memelgebietes, (Willy) BFRTULF.IT, die Einstellung seiner Amtsgeschäfte mit. Die deutschen Soldaten rückten erst am 23. März 1939, also nach der Unterzeichnung des deutsch-litauischen Staatsvertrags, zum Paradieren ein. Nur eine kleine Einheit blieb in Memel, während die übrigen Soldaten in ihre Standorte zurückkehrten. Die Grenze nach Litauen wurde nicht durch deutsches Militär gesichert, sondern der zivilen Zollverwaltung übertragen. Etwa 24 Stunden lang stand das Me-

[2] *Chronik des 20. Jahrhunderts,* Chronik, Gütersloh 1999, S. 240; Christian ZENTNER U. Friedemann BEDÜRFTIG (Hg.), *Das große Lexikon des Dritten Reiches,* Südwest, München 1985, S. 381; Dr. LOEFFKE, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 21. 8. 1991.

[3] *Akten zur deutschen auswärtigen Politik* S. 435f., zitiert von Martina LAPINS in Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 13. 9. 1991.



Nach erfolgreichen Vorverhandlungen zwischen dem deutschen Außenminister VON RIBBENTROP und seinem litauischen Kollegen Juozas URBSY wurde das Memelgebiet am 23. März 1939 mit dem Deutschen Reich wieder vereinigt.

melgebiet weder unter litauischer noch unter deutscher Souveränität, sondern war während dieser Zeit als politisches Kleingebilde unter der Führung der autonomen Behörden selbständig.«[4]

In Artikel 1 des deutsch-litauischen Vertrages vom 22. März 1939 heißt es: »Das durch den Vertrag von Versailles von Deutschland abgetrennte Memelland wird mit Wirkung vom heutigen Tage wieder mit dem Deutschen Reich vereinigt.« Ferner wurde, »um den Wirtschaftsbedürfnissen Litauens Rechnung zu tragen, in Memel für Litauen eine Freihafenzone eingerichtet«.

Es lag also auch keine Drohung mit Gewalt von **Seiten** Berlins vor, sondern die gemeinsam am 22. März 1939 getroffene Regelung stand auch im Interesse Litauens und wurde von dessen Vertretern anerkannt. Bezeichnend ist auch, daß keiner der Alliierten gegen diese ohne sie getroffene und dem Versailler Diktat wie dem Memelstatut widersprechende Vereinbarung über das Memelland protestierte.[5] Großbritannien erkannte die Rückkehr des Memellandes zum Reich im Mai 1939 ausdrücklich an, und »der britische Botschafter bezeichnete die Bedingungen der Rückgabe in seinen Erinnerungen später als >ziemlich vernünftig«/[6] Im Nürnberger Militärtribunal wurde 1946 dann festgestellt, daß das Memelabkommen von 1939 ein Verstoß gegen das Versailler Diktat dargestellt habe. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges behandelte die Sowjetunion das von ihren Truppen Anfang 1945 besetzte Memelgebiet als Teil des von **ihr** einverleibten Litauens und bezeichnete es im Dekret von 1950 wie in der Verfassung von 1951 als einen der vier Teile Litauens, der bei der Selb ständigkeit serklärung Litauens im März 1991 bei diesem bis zur Gegenwart verblieb.

Rolf Kosiek

[4] LAPINS, ebenda.

[5] Ernst-Albert Plieg, *Das Memelland 1920-1939,* Holzner, Würzburg 1962; Friedrich VON WILPF.RT, *Deutsches Land zwischen Oder undMemel,* Rautenberg, Leer 1962.

[6] Der Völkerrechtler Rudolf **DoLZER,** »Gilt die Memelkonvention noch?« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 10. 10. 1991.

Der gescheiterte britisch-französische Militärpakt mit Stalin 1939

Mehr als 60Jahre hat man Deutschland vorgehalten, daß es mit Hilfe des deutsch-sowjetischen Paktes vom 23. August 1939 den Zweiten Weltkrieg ausgelöst habe. Dabei waren es in Wirklichkeit England und Frankreich, die alles daran setzten, mit STALINS Sowjetunion einen Pakt zur Einkreisung Deutschlands abzuschließen, um für einen kommenden Krieg eine günstige Ausgangslage zu haben. Bereits im Frühjahr 1939 streckten sie ihre Fühler nach Moskau aus.[1]

Sir William STRANG, Leiter der Zentralabteilung im Londoner Foreign Office, traf am 14. Juni 1939 in Moskau ein. Er war angewiesen, den britischen Botschafter William SEEDS in den Verhandlungen mit den Sowjets zu unterstützen.[2] Es ging darum, die Einkreisungs front um das Reich durch Eingliederung der UdSSR zu vollenden, ein Plan, den der bridschen Außenminister Lord HALIFAX ersonnen hatte. Der Lord, der nach dem Scheitern der Appeasement-Politik seines Premiers, Sir Neville CHAMBEHLAIN, seit August 1938 die Außenpolitik Großbritanniens leitete, hatte sich zuvor der wohlwollenden Aufmerksamkeit ROOSEVELTS versichert, in dessen Interesse es lag, das Dritte Reich weltpolitisch zu isolieren. Für den Mann im Weißen Hause galt Deutschland als der gefährlichste unter den drei »Aggressorstaaten«, die er in seiner >Quarantänerede< am 5. Oktober 1937 und danach wiederholt gebrandmarkt hatte.[3] Wie Frankreichs Botschafter beim Kreml, Paul-Emil NAGGIAR, war STRANG bereit, den begonnenen Verhandlungen unter praktisch nahezu jeder Bedingung zum Erfolg zu verhelfen. Für London kam alles darauf an, die Sowjets so rasch wie möglich auf die Seite der Westmächte zu ziehen.

[1] David L. HOGGAN, *Der erzwungene Krieg. Ursachen und Urheber des Zweiten Weltkriegs,* Graben, Tübingen, ^{15}2000, S. 574 ff.; Axell Freiherr VON FREYTAGH-LORJNGHOVEN, *Deutschlands Außenpolitik 1933-1939,* Stollberg, Berlind 940, S, 228 ff.; Andreas NAUMANN, *Freispruch für die deutsche Wehrmacht. Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüfstand,* Grabert, Tübingen 2005, S. 213 ff.; Dirk KUNF.RT, *Ein Weitkrieg wird programmiert. Hitler, Roosevelt, Stalin, die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges nach Primärquellen,* Arndt, Kiel 1984, S. 271 ff.

[2] HOGGAN, ebenda, S. 570 ff.

[3] Dirk BAVENDAMM, *Roosevelts Weg zum Krieg. Amerikanische Politik 1914-1939,* Herbig, München 1983, S. 493 ff.; Charles Callan TANSILL, *Die Hintertür zum Kriege,* Pour le Mérite, Scient 2000, S. 340 ff.; Stefan SCHEIE, *Fünf plus Zwei Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die vereinte Entfesselung des Zweiten Weltkrieges,* Duncker u. Humblot, Berlin =2004, S. 225 ff.

MOLOTOW aber, seit Mai 1939 neuer sowjetischer Außenminister, legte im Verkehr mit den Abordnungen der Franzosen und Briten ein für diese bestürzend verzögerndes Benehmen an den Tag. Dabei war nicht zu übersehen, daß er die Stellung der Westmächte als unterlegen betrachtete. London hatte sich durch die Garantie für Polen und Rumänien leichtfertig an Warschau und Bukarest gekettet und suchte jetzt nach Bundesgenossen, die bereit wären, ihm die Last seiner Ketten nachzutragen. Um die Briten das spüren zu lassen, behandelte MOLOTOW sie wie Bittsteller, die sie in Wahrheit auch waren. Sie hatten Moskau seit Jahren links liegengelassen, jetzt plötzlich verlangten sie seine Teilnahme an der Koalition gegen Berlin, koste es, was es wolle. Das aber war mit dem Kreml so leicht nicht zu machen.

" HOGGAN, aaO. (Anm. t), S. 564; NAUMANN, aaO. (Anm. 1},S, 214,

Am 23. Juli 1939 beklagte sich STRANG bei seinem Minister HALIFAX über die schleppende Verhandlungsführung der Russen und ließ ihn wissen, daß die Besprechungen auf der Stelle traten. Schließlich kam man überein, den Abschluß eines Abkommens von den Generalstabsbesprechungen abhängig zu machen, die unmittelbar folgen sollten und nun vorgezogen wurden.[4] Sie standen unter keinem guten Stern.

Eine böse Überraschung

Konnte es London und Paris zuerst nicht schnell genug gehen, ließen sie sich jetzt unbegreiflicherweise viel Zeit. In gemächlicher Fahrt erreichten die Mitglieder der britisch-französischen Militärmissionen unter Führung von Admiral DRAX und General DOUMENC am 10. August 1939 Leningrad auf dem Seewege. Ihr Empfang in Moskau gestaltete sich,

Eintreffen der britisch-französischen Militärdelegation in Moskau arn 12. August 1939 - wohlgemerkt per Schiff bis Leningrad, als ob es sich um eine Vergnügungsfahrt gehandelt hätte. *Links:* General Joseph DOUMENC, rechts: Admiral Sir Reginald PU NKETT- ERNE - ERL E-DRAX.



gemessen an den üblichen russischen Maßstäben, ungewöhnlich zurückhaltend, was den Teilnehmern schon zu denken gab. Die Sowjets gaben sich enttäuscht darüber, daß der Westen nur zweitrangige Vertreter mit beschränkter Vollmacht entsandt hatte, während die russische Delegation von MarschaO WOROSCHILOW in seiner Funktion als Volkskommissar für Verteidigung (Ministerrang) geleitet wurde.





Von oben: William STRANG, der Leiter der mitteleuropäischen Abteilung im Foreign Office; Marschall Kliment Jefremowitsch WOROSCHILOW, der die Verhandlungen mit der britisch-französischen Mission führte.

Bereits im ersten Gespräch am 12. August 1939 machte WOROSCHILOW den westlichen Vertretern Vorwürfe, indem er darüber spöttelte, daß London nur ein kleines Kontingent an Truppen zu stellen bereit sei. Lag damit nicht der Verdacht nahe, man wollte wie schon im Ersten Weltkrieg Rußland als Minenhund vorschicken? Bundesgenossen dürfe man nicht vor den Kopf stoßen. Stolz zählte WOROSCHILOW auf, was die Sowjetunion ins Feld stellen könne. Den Westalliierten klangen die Ohren, so schwelgte er in Zahlen: 120 Infanterie-, 16 Kavalleriedivisionen, 10000 Panzer, 5500 Kampfflugzeuge und 5000 schwere Geschütze würden es sein! Doch es kam noch besser: Im Falle eines deutschen Angriffs versprach er, Truppen im Umfang von 70 Prozent der westalliierten Streitkräfte aufzubieten. Das war mehr, als man hoffen konnte.[5]

Der Leiter der Briten, Admiral DRAX, war beeindruckt, doch fand er sein Gegenüber anmaßend und provokant. Dem nüchternen Seelord lag die auftrumpfende Art des Russen nicht. So erlaubte er sich die Bemerkung, daß manchmal weniger die Zahl den Ausschlag gebe als die Qualität einer Truppe. Am Abend des 16. August ließ er die Admiralität in London wissen, man habe nach fünftägigen Gesprächen keine Übereinstimmung erzielt. Als WOROSCHILOW sich auf der nächsten Sitzung erkundigte, welche polnischen Häfen die alliierten Flotten als Ausschiffungshäfen vorgesehen hätten, war die Verlegenheit groß. Tatsächlich dachte in London und Paris niemand daran, alliierte Flotten in die Ostsee zu beordern. »Aha«, meinte WOROSCHILOW erheitert, »ich verstehe, Sie wollen mit Ihren Armeen unter Wasser marschieren!« Dann erkundigte er sich, ob Warschau den Westalliierten den Einmarsch nach Polen gestatte. Das wurde zwar bejaht, doch ohne Erklärung, wie dies mangels gemeinsamer Grenzen möglich sei. Dann aber kam man zum heikelsten Punkt: Der sowjetische Minister wünschte zu wissen, ob Warschau der Roten Armee ein Durchmarschrecht zuerkenne. Schließlich kenne Moskau die Polen und wisse, daß sie die Nase hoch trügen. Die Delegationen waren verschnupft und meldeten Fehlanzeige.

[5] NAUMANN, ebenda, S. 214; HOGGAN, ebenda, S. 574.

Die Polen wollen nicht

Botschafter SEEDS berichtete nach London: »Die Russen haben jetzt die entscheidende Frage angeschnitten, von der das Gelingen der Gesprä-

che abhängt.« Dem ging voraus, daß WOROSCHILOW seinen Gästen erklärt hatte, Polen und Rumänien würden in kürzester Zeit von Deutschland geschlagen, wenn sie nicht mit der Sowjetunion zusammenwirkten. Um diese Niederlagen zu verhindern, müsse Moskau nicht allein die betreffenden Länder betreten, sondern auch die gemeinsame Verteidigung organisieren. Dazu verlange er eine klare Auskunft. Vor allem wünsche er zu wissen, wie Warschau sich zu den von den Abordnungen vorgetragenen britisch-französischen Überlegungen stelle; er sehe hier keinen einzigen Polen am Tisch.

Jetzt waren die Gespräche am kridschen Punkt festgefahren/' General DouMENC, der Leiter der französischen Abordnung, der wußte, daß Polen der russischen Forderung niemals zustimmen werde, gab zu bedenken, eine solche Frage stelle sich erst, wenn der Kriegsfall eingetreten sei. Das aber erregte WOROSCHILOWS Verblüffung. Fr erkundigte sich, ob die wesdichen Generalstäbe nicht die Gepflogenheit hätten, *vor* einem Kriege über das nötige Danach nachzudenken. Natürlich war der Marschall darüber unterrichtet, daß die Polen lieber den Teufel persönlich ins Land lassen würden als die Rote Armee. Vergeblich versuchte DOUMENC, die Frage damit abzuwiegeln, daß Polen im Falle eines deutschen Angnffs ohnehin sowjetische Hilfe erbitten müsse. Darauf meinte WOROSCHILOW seelenruhig, dann sei es zu spät. Gemeinsame Aufgaben erforderten gemeinsame Vorsorge, darum müsse er voll und ganz auf dem Einmarschrecht für Heer, Flotte und Luftstreitkräfte der Sowjetunion nach Polen beharren.

Zwar zeigten sich die Abordnungen nach Rückfragen in London und Paris gewillt, die Forderung WOROSCHILOWS für ihre Länder anzunehmen; doch was die Polen betraf, blieben sie die Antwort schuldig. Weder Briten noch Franzosen sahen sich im Besitz auch nur der leisesten Andeutung einer Zusicherung Warschaus, daß die Rote Armee auf polnischem Territorium operieren dürfe[7] WOROSCHILOW faßte sich an den Kopf und fragte entsetzt, wieso sie dann Warschau die Garantie hätten geben können, Polen notfalls Beistand zu leisten. Diese Frage ließen die Abordnungen unbeantwortet. Daraufhin forderte WOROSCHILOW die Vertreter der Westmächte auf, umgehend in Warschau vorstellig zu werden, um Klarheit zu schaffen. Bis dahin sollten die Gespräche vertagt werden[8]

Eigentlich hätte man in Paris wissen können, daß man spätestens an diesem Punkt in die Sackgasse geraten werde, denn Außenminister BONNET war die polnische Weigerung nicht unbekannt, hatte er das Verteidigungsdepartement doch gebeten, diese Frage vorab zu klären. Daraufhin war General MÜSSE, Militärattache in Warschau, angewiesen worden, die entsprechenden Fragen zwischen Polen und Sowjets zu erörtern. Dabei

[6] HOGGAN, ebenda, S. 575.

HOGGAN, ebenda, S. 576.

[H] HOGGAN, ebenda, S. 580.

hatte sich ergeben, daß jeder Versuch, mit dem polnischen Verteidigungsminister, Marschall RYDZ-SMIGLY, darüber zu verhandeln, ergebnislos blieb. Die Sache war einfach die, daß der polnische Marschall befürchtete, Moskau werde sich bei dieser Gelegenheit Weißrußland und die Westukraiine zurückholen, die sein Vorgänger, Marschall PILSUDSKI, im polnisch-russischen Konflikt von 1920 den Sowjets abgewonnen hatte.

Druck auf Warschau

Botschafter SEEDS vertrat die Ansicht, die Russen dürften erwarten, daß die Westalliierten dafür Sorgen trügen, Polen werde sich zur Zusammenarbeit mit den Sowjets bereit erklären. Er schlug daher vor, Paris solle aufgrund seiner engen Beziehungen zu Warschau den polnischen Generalstab unter Druck setzen, und empfahl, General VALIN, den französischen Militärattache in Moskau, zu diesem Zweck nach Wärschau zu entsenden. Dieser Vorschlag, der die französischen Kollegen in Zugzwang brachte, wurde von HALIFAX aufgegriffen und unterstützt, den die Furcht der Polen vor Moskau gänzlich unberührt ließ. Für ihn zählte allein, daß die Koalition endlich zustande kam. So wies er seinen Warschauer Botschafter KENNARD an, in Warschau schärfstens auf das Einverständnis zu drängen, David L. HOGGAN, US-Historiker, auf den wir uns hier berufen, bemerkt dazu: »Es war eine Tragödie, daß seine Rücksichtslosigkeit mit den Polen seinen Scharfsinn weit in den Schatten stellte. Denn HAUFAX übersah, daß er damit keineswegs der gemeinsamen Sache diente, sondern letztlich nur STAUN in die Hände spielte.«'[1]

Doch Botschafter KENNARD vermochte seinem Auftrag ebenso wenig gerecht zu werden wie die Generale MÜSSE und VAUN den ihren. Seinem Gespräch mit dem polnischen Außenminister BECK am 19. August 1939 entnahm KENNARD, daß jener die Annahme der russischen Bedingungen seinen Landsleuten nicht zumuten könne. Er lehnte daher jede Erörterung darüber kategorisch ab,

[9] HOGGAN, ebenda, S. 581.

Roosevelt greift ein

Jetzt beschloß US-Präsident ROOSEVELT, in die Verhandlungen einzugreifen. Lawrence STEINHARDT, seinen Botschafter im Kreml, wies er an, MOLOTOW mitzuteilen, die Vereinigten Staaten seien ebenso wie die Sowjetunion daran interessiert, der Aggressionslust Deutschlands Schranken zu setzen. Er drängte die Sowjets, ein Militärbündnis mit Großbritannien und Frankreich zu vereinbaren, und ließ nicht unangedeutet, daß die Vereinigten Staaten eines Tages einer Anti-HITLER-Koalition beitreten könnten.[10]

[10] HOGGAN, **ebenda,** S. 583.

STALIN war über diese Botschaft hocherfreut, stärkte sie doch seine Verhandlungs**Stellung** sowohl gegenüber den Westmächten als auch gegenüber den Deutschen. Letzteren gab er jedoch insgeheim längst den Vorzug, nachdem sich die seit Mai 1939 angebahnten Verbindungen mit Berlin zu verstärken begonnen hatten. Darum dachte STALIN auch gar nicht daran, den Inhalt dieser vertraulichen Botschaft ROOSEVELTS geheimzuhalten, und so konnten die verdutzten Europäer wenige Tage darauf ROOSEVELTS Eingriffsversuch in den Zeitungen lesen. Wenn ROOSEVELT kalkuliert hatte, die sowjetische Politik zugunsten der Westmächte beeinflussen zu können, so nutzte MOLOTOW die Botschaft jetzt für seine Zwecke. Er ließ US-Botschafter STEINHARDT wissen, die westlichen Militärmissionen wären offenbar nicht in der Lage, mit ihrem Auftrag fertigzuwerden. Als sich Mitte August 1939 die Lage zuspitzte und Moskaus Schlüsselstellung im Machtpoker um Europa immer klarer hervortrat, fielen im Kreml die Würfel. STALIN war jetzt entschlossen, und seine Entscheidung fiel am 19. August 1939 für - Berlin. Erstaunlicherweise war die deutsch-sowjetische Annäherung den Westmächten völlig verborgen geblieben.

So drahtete STEINHARDT dem US-Präsidenten am 16. August 1939 ins Weiße Haus, er sei überzeugt, die Sowjetunion werde es vermeiden, bereits im Anfangs**Stadium** eines möglichen europäischen Konflikts ihre Karten auszuspielen. Und aus Paris erfuhr ROOSEVELT, daß Ministerpräsident DALADIER lauthals auf die Polen schimpfte, nachdem ein letzter Versuch seines Botschafters NOEL am 19. August von Außenminister BECK mit den Worten beschieden worden war: »Es ist für uns eine Frage des Prinzips; wir haben kein militärisches Einvernehmen mit den Sowjets, und wir wünschen auch keines zu haben.« Dem hatte Polens Marschall RYDZ-SMIGLY hinzugefügt: »Mit den Deutschen riskieren wir den Verlust unserer Freiheit, mit den Russen würden wir unsere Seele verlieren.«

Der Chef der französischen Abwehr, General GAUCHE, für den die Arroganz der Polen schon längst eine Quelle der Verärgerung war, gab daraufhin der allgemeinen Enttäuschung Ausdruck. Sein Rat war, alle Kriegspläne für das Jahr 1939 aufzugeben.

Über die Köpfe der Polen hinweg

So stand es um die Chancen der Anti-HITLER-Koalition alles andere als gut, als der Mann im Weißen Hause nochmals einen Anlauf nahm. Denn ROOSEVELT befürchtete jetzt, HALIFAX werde ebenso wie BONNET die Hände in den Schoß legen. Deshalb versprach er Paris und London wiederholt telefonisch die volle Unterstützung der USA.[11] Das hatte zur Folge,

[11] TANSILL, aaO. (Anm. 3), S. 356 ff.; Hamilton FISH, *Der zerbrochene Mythos. F. D. Roosevelts Kriegspolitik 1933-1945,* Grabert, Tübingen 1982, S. 136.

daß die führenden alliierten Politiker in letzter Minute nochmals Tritt faßten. Schließlich war es mehr als unerfreulich, wenn ein so endegener Staat wie Polen sich dem Drängen zweier verbündeter Großmächte widersetzte und damit die Politik blockierte. In Absprache mit den Briten riet die französische Delegation daher ihrem Außenminister BONNET in Paris, über BECKS Kopf hinweg ein Abkommen mit den Russen zu schließen. Daraufhin entschieden sich Frankreichs Premier DALADIER und sein Außenminister BONNET mit Zustimmung Londons am 21. August — trotz Polens Weigerung Moskau grünes Licht zur Fortsetzung der Gespräche zu geben.[12] So wurden die alliierten Militärverhandlungen im Kreml am selben Tag wiederaufgenommen, als RibBENTROP und MOLOTOW den Termin für das schicksalhafte deutsch-russische Vertragsabkommen festlegten. General DOUMENC wurde vom Quai d'Orsay telefonisch ermächtigt, die Sowjets wissen zu lassen, Paris und London seien bereit, das polnische Wohlverhalten in dieser Frage zu garantieren. Das Beglaubigungsschreiben traf allerdings erst ein, nachdem die Sitzung, kaum daß sie begonnen hatte, von WOROSCHILOW überraschend aufgehoben wurde. Der Marschall teilte am 24. August unter Bedauern mit, er werde leider anderweitig gebraucht und stehe nicht länger zur Verfügung, Unmittelbar danach erfuhren die Delegationsteilnehmer aus der Tagespresse von dem bevorstehenden deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, der am Abend zuvor zustande gekommen war. Damit aber war Polens Schicksal so gut wie besiegelt.

Andreas Naumann

[12] HOGGAN, aaO. (Anm. 1), S. 576 ff.



Eine seltene Aufnahme: GOEBBELS, HITLER und BORMANN warten am 24. August 1939 in Berlin gespannt auf den Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes,

Deutschland unterstützte Selbständigkeit der Balten

Nachdem die baltischen Staaten um 1991 durch den Zusammenbruch des Sowjetimperiums im Osten ihre Selbständigkeit zurückerhalten hatten, wurde ihr Schicksal in vielen Berichten auch in Deutschland behandelt. Diese Gelegenheit benutzten manche deutsche Umerzieher, in Verkehrung der Wirklichkeit zu betonen, daß das Reich das Baltikum in den geheimen Zusätzen zu den deutsch-sowjetischen Verträgen vom 23. August und 28. September 1939 den Sowjets überlassen, die Balten also an die Bolschewisten verraten habe[1] und daß auch früher schon deutsche »Herrenmenschen/ dort die einheimische Bevölkerung unterdrückt hätten. *Der Spiegel* schrieb gar über »Die verhängnisvolle Rolle der Deutschen in Estland, Lettland und Litauen«[2] und warf ihnen vor: »Sie hatten sich an den östlichen Gestaden der Ostsee als Herrenvolk über die einheimischen Stämme eingerichtet.«[3]

Diese Beurteilung ist falsch, zumindest sehr einseitig und verzerrend. Denn die Reichsregierung hat in den genannten geheimen Zusätzen zu den beiden Verträgen mit der Sowjetunion 1939 nicht einer Annexion dieser Gebiete durch Moskau zugestimmt, sondern nur »Interessensphären« abgegrenzt, wie es auch Frankreich und Großbritannien früher und später in aller Welt vorgenommen haben. Das war kein Freibrief zum Einmarsch der Sowjets ins Baltikum. Daß die Sowjets schon 1940 die baltischen Länder besetzten und in ihren Staat eingliederten, konnte nicht vorhergesehen werden und war nicht Deutschlands Schuld. Die Westmächte haben nichts gegen Moskaus Annexionen unternommen.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen bleibt heute zum einen meist unerwähnt, daß Briten und Franzosen bei ihren Verhandlungen mit der Sowjetunion im Sommer 1939 zeitlich vor dem dann überraschend abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Vertrag vom 23. August 1939 Moskau das Baltikum als Einflußsphäre bereits überlassen und zudem sogar noch weitere Zugeständnisse, Finnland betreffend, den Sowjets gemacht hatten. Sie hatten also demselben und sogar weiterem zugestimmt, was sie später HITLER vorwarfen. Nicht die Deutschen haben also — und das nur unter der todernsten Bedrohung eines Zweifrontenkrieges und als einziges Mittel zur Vermeidung desselben - das Baltikum dem Bolschewismus zugespielt, sondern die Westalliierten haben ohne Not und Zwang bereits vorher die baltischen Länder und Finnland den Russen angeboten, die dadurch pokern und sich das beste Angebot aussuchen konnten.

Zum anderen wird gegenwärtig meist der große deutsche Beitrag zur Gewinnung der Freiheit in den baltischen Ländern in und nach dem Ersten Weltkrieg verschwiegen. Die heute freien Staaten des Baltikums

[1] Allerdings ohne Litauen, das erst im geheimen Zusatz zum deutsch-sowjetischen Vertrag vom 28. September 1939 der sowjetischen Interessensphäre zugeschlagen wurde.

[2] »Freude am schönen Titel«, in: *Der Spiegel* Nr. 38, 16. 9. 1991, S. 212-222, mit dem zitierten Untertitel.

[1] Ebenda, S. 212.



Estnische, lettische und litauische Delegationen, die aus gelenkten Wahlen hervorgegangen sind, müssen 1940 im Kreml um die Eingliederung ihrer Republiken bitten. Auf der Tribüne: STALIN, CHRUSCHTSCHOW, KALININ, TIMOSCHENKO. Aus: Günther DAHMS, *Der Zweite Weltkrieg in Text und Bild,* Herbig, München [4]1995.

einschließlich Finnlands haben ihre Souveränität weitgehend den Deutschen zu verdanken. Die geschichtlichen Tatsachen sind im einzelnen:

Das Baltikum und auch Finnland standen seit dem 18. und 19. Jahrhundert unter zaristisch-russischer Herrschaft bis gegen Ende des Ersten Weltkrieges. Im deutsch-sowjetischen Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 hatten die Deutschen erreicht, daß die Sowjetunion auf die drei baltischen Staaten und Finnland verzichtete und diese selbständig wurden. Nachdem dieser Frieden durch den deutschen Zusammenbruch im November 1918 hinfällig geworden war, versuchten die Sowjets 1919 erneut, das Baltikum zu besetzen, was besonders an deutscher Waffenhilfe scheiterte. Zwischen Februar und August 1920 erreichten die baltischen Staaten in getrennten Friedensverträgen die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit von Moskau. Die drei baltischen Länder kamen von Juni/Juli 1940 bis zum Einmarsch der Deutschen im Sommer 1941 und ab 1944/45 wieder unter sowjetisch-russische Gewalt.

Die Geschichte der Baltendeutschen mit ihrer Kolonisation des Baltikums, ihren Städtegründungen und ihren Beiträgen zur hohen Kultur des Landes darzustellen, übersteigt den Umfang eines Beitrages. So soll nur auf die deutschen Leistungen im 20. Jahrhundert für die Selbständigkeitsbewegungen der einzelnen Länder kurz hingewiesen werden.

I. Finnland

Bei Hamburg waren im Ersten Weltkrieg finnische Soldaten als Freiheitskämpfer ausgebildet worden (Finnisches Jägerbataillon), die 1918 in ihre Heimat zurückkehrten. Das seit 1809 zu Rußland gehörende, aber unter den scharfen Russifizierungsbemühungen im zweiten Teil des 19. Jahr-

hunderts Unabhängigkeit erstrebende Finnland erklärte nach der russischen Revolution sich am 6. Dezember 1917 mit der entsprechenden Proklamation des finnischen Landtags für selbständig. Bolschewistisches Militär und Kommunisten wollte das verhindern, und es kam ab Januar 1918, insbesondere nachdem die sowjetische Rote Armee mit finnischen Kommunisten Helsinki (Helsingfors) am 28. Januar 1918 besetzt hatte, zu einem blutigen Krieg im Lande. Den Ausschlag gaben deutsche Truppen, die am 4. April 1918 auf Ersuchen der nach Wasa ausgewichenen finnischen Regierung bei Hangö landeten, unter General Rüdiger Graf VON DER GOLTZ (1865-1946), der anschließend als »deutscher General in Finnland< den Aufbau der finnischen Streitkräfte leitete. Im Zusammenwirken mit finnischen Freiwilligen konnten rund 70000 Sowjetsoldaten gefangengenommen werden. Schweden hatte eine Hilfe für Finnland abgelehnt. Danach konnte am 16. Mai 1918 die Unabhängigkeit Finnlands besiegelt werden, die am 14. Oktober 1920 im Frieden zu Dorpat von der Sowjetunion anerkannt wurde. Ostkarelien blieb bei Rußland, Petsamo kam an Finnland. Im Oktober 1918 wurde Prinz FRIEDRICH KARL von Hessen zum König von Finnland gewählt, der aber bald darauf wegen des deutschen Zusammenbruchs ablehnte.[4] Daraufhin wurde Finnland Freistaat. Als Moskau Ende November 1939 Finnland überfiel, konnte das Land nach dem mehrmonatigen >Winterkrieg< im Frieden von Moskau am 12. März 1940 sein Gebiet bis auf ostkarelische Teile mit Wiborg behaupten. Im Zweiten Weltkrieg nahm Finnland an deutscher Seite am Ostfeldzug teil, bis es am 19. September 1944 zum Waffenstillstand mit der Sowjetunion gezwungen wurde. Es konnte im Frieden von Paris am 10. Februar 1947 seine Unabhängigkeit behaupten, mußte aber weiteren Gebietsabtretungen - wie zum Beispiel Petsamo - zustimmen.

[4] Das wird bezeichnenderweise auch in großen Nachkriegs-Lexika unter finnischer Geschichte nicht erwähnt *(Dergroße Brockbaus in 12 Bänden,* Wiesbaden 1953).

2. Estland

Das ab 1721 russische Estland wurde im Ersten Weltkrieg selbständig. Es rief am 24. Februar 1918 in Reval nach Abzug der vor den Deutschen zurückweichenden sowjetischen Truppen die unabhängige Republik aus. Die vom estnischen Landtag gewählte provisorische Regierung unter K. PATS ging während der anschließend vom Februar bis November 1918 dauernden deutschen Besatzung in den Untergrund. Ihr wurde am 12. 11. 1918 von den Deutschen die Verwaltung wieder übergeben. Am 2. Februar 1920 schloß Estland in Dorpat Frieden mit Rußland. Am 28. September 1939 mußte das Land Moskau Stützpunkte wie die Inseln Ösel und Dago einräumen. Nach dem deutsch-estnischen Vertrag vom 15. Oktober 1939 wurden die in Esdand lebenden Deutschen, sofern sie das wollten, ins Reich umgesiedelt. Am 26. Juni 1940 marschierten nach einem Ultimatum sowjetische Einheiten in Estland ein, das am 6. August

1940 der Sowjetunion einverleibt wurde. Diese herrschte mit großen Massenliquidierungen und -deportationen bis zur zweiten Befreiung durch die Deutschen, die ab 8. Juli 1941 einrückten und das Land mit Hilfe Aufständischer bis zum 21. Oktober 1941 von Sowjets räumten. Am 19. März 1942 erhielt Esdand eine landeseigene Verwaltung, Die Sowjets rückten nach Zurückdrängung der deutschen Front ab Ende Juli 1944 wieder in Estland ein und herrschten dort bis 1991, Nach Angaben von Olaf MERTELSMANN[5] von der Forschungsstelle für sowjetische Geschichte der estnischen Universität Tartu kamen während der dreijährigen deutschen Besetzung von 1941 bis 1944 rund 8000 estnische Bürger aus politischen Gründen um. Darunter befanden sich fast alle in Estland verbliebenen Juden, die teilweise auch von Einheimischen als Vergeltung für deren Haltung unter der bolschewistischen Herrschaft ermordet wurden. Etwa 20 000 Verhaftungen erfolgten aus denselben Gründen. »Der Stalinismus forderte etwa 40000 Opfer unter den Bürgern Estlands. .. Insgesamt wurden mehr als 100000 estnische Bürger während STALINS Herrschaft in Lagern inhaftiert oder deportiert«, fast 10 Prozent der 1,1 Millionen Einwohner.

[5] Olaf MERTMJMANN, »Zweifacher Terror«, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 12. 6. 2007, S. 10.

3. Lettland

Seit dem 18. Jahrhundert war Lettland wie seine Nachbarstaaten ein Teil des Zarenreiches. Im Ersten Weltkrieg besetzten deutsche Truppen 1915 Kurland, im September 1917 Riga und im Februar 1918 das übrige Livland. Nachdem Rußland im deutsch-sowjetischen Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 auf die baltischen Länder verzichtet hatte, wurde am 18. November 1918 der unabhängige Freistaat Lettland, bestehend aus Kurland, Südlivland und Lettgallen, ausgerufen. Die eingefallenen Bolschewisten wurden im Frühjahr 1919 von der im wesentlichen deutschen Baltischen Landwehr, den reichsdeutschen Baltikumtruppen unter Graf Rüdiger VON DER GOLTZ, Freikorpskämpfern und lettischen Einheiten vertrieben, am 22. Mai 1919 wurde Riga von diesen erobert. Später kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Letten und deutschen Einheiten, Britische Marineeinheiten unterstützten erst die Deutschen, erzwangen später deren Abzug. Im Frieden von Riga vom 11. August 1920 erkannte Rußland das freie Letdand an. Die rund 62000 Deutschbalten des Landes wurden 1939/40 ins Reich umgesiedelt. Im Beistandspakt vom 5, Oktober 1939 mußte das Land den Sowjets militärische Stützpunkte einräumen, wurde am 17,Juni 1940ganz besetzt, mußte eine große blutige Säuberung über sich ergehen lassen und wurde am 5. August 1940 als 15. Bundesrepublik der Sowjetunion eingegliedert. Ab Juli 1941 wurde es von deutschen Truppen befreit, ab Herbst 1944 wieder von der Sowjetunion besetzt und angeschlossen. 1991 wurde es wieder frei.



MOLOTOWS ultimative Forderung vom 14, Juni 1940 an den litauischen Minister: s,,. das Einverständnis zum unverzüglichen Einmarsch sowjetischer Truppen zur Besetzung der wichtigsten Zentren Litauens, um die Durchführung des Beistandspakts zu gewährleisten und allen Zwischenfällen vorzubeugen.« Lettische Soldaten ziehen nach der Eidesleistung auf die (Arbeiter- und Bauernregierung< mit Bildern von WOROSCHILOW und MOLOTOW durch die Straßen von Riga.

4. Litauen

Seit den polnischen Teilungen von 1772 bis 1795 gehörte das früher mit Polen in Personalunion vereinte Litauen bis zum Ersten Weltkrieg zum russischen Zarenreich, Unter dem Schutz des Deutschen Reiches erklärte am 11. Dezember 1917 sein Landesrat in Wilna die Unabhängigkeit. Im Juni 1918 soll ein deutscher Prinz zum König von Litauen gewählt worden sein[6] am 2. November 1918 wurde die Republik Litauen ausgerufen. Nach einem von deutschen Freiwilligen, Freikorpskämpfern und Litauern 1919 zurückgeschlagenen Angriff sowjetischer Truppen erkannte die Sowjetunion im litauisch-sowjetrussischen Vertrag am 12. Juli 1920 die Unabhängigkeit Litauens an. Bei einem Angriff Polens nach dem Zusammenbruch der deutschen Front im Baltikum besetzte Warschau am 9. Oktober 1920 handstreichartig das Wilnaer Gebiet gegen Litauens Protest und behielt es bis zum Zweiten Weltkrieg. Im Herbst 1939 erhielt Litauen von Polen das Wilnaer Gebiet zurück, mußte jedoch den Sowjets Stützpunkte einräumen. Am 21. Juli 1940 wurde die Sowjetrepublik Litauen ausgerufen, die am 3. August 1940 der Sowjetunion angegliedert wurde. Von Juni 1941 bis 1944 war Litauen von deutschen Truppen besetzt und ab 1944 bis 1991 wieder unter sowjetischer Herrschaft.

In dem Zusammenhang sollte ergänzt werden, daß es das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn waren, die nach Eroberung auch des größten Teils von Russisch-Polen am 5. November 1916 den unabhängigen Staat Polen ausriefen, den es seit 1795 nicht mehr gegeben hatte. Auch die Polen haben also ihren Staat und ihre Unabhängigkeit nicht zuletzt den Deutschen zu verdanken.

Rolf Kosiek

[6] Nach Dr. Menno ADEN, Essen, Leserbrief »Wo deutsche Hilfe von Fremdherrschaft befreite«, in: *Frankfurter A ¡¡gemeine Zeitung,* 3. 9.1991.



Zweiter Weltkrieg

In den baltischen Republiken und in der Westukraine wurden die Deutschen vielfach als Befreier willkommen geheißen, Die einjährige sowjetische Gewaltherrschaft hatte im Baltikum deutliche Spuren hinterlassen. Nach der Einnahme der besetzten Gebiete im Osten konnte das Heer allerdings »nicht allein entscheiden und somit weder das Land befrieden noch die Bevölkerung für sich gewinnen«. (Andreas NAUMANN)

Britische Kriegsziele

In der deutschen Öffentlichkeit wird, besonders an geschichtlichen Gedenktagen, weiterhin die Meinung vertreten, daß die Alliierten wegen hehrer Ziele in den Zweiten Weltkrieg gezogen seien: zur Rettung der Demokratie, zur Beseitigung der >HITLER-Diktatur<, zur Befreiung Europas, zur Beendigung der Judenverfolgung oder zur Erhaltung der abendländischen Kultur.

Das ist falsch. Die Alliierten erklärten zum einen selbst 1945, daß sie nicht »zum Zwecke der Befreiung«, sondern »zur Besetzung« Deutschlands gekommen seien.[1] Erst nach Jahren ließen sie zum anderen stark von ihnen abhängige deutsche Regierungen zu und sorgten durch die Umerziehung für die Durchsetzung ihres dauerhaften Einflusses. Auch die historische Forschung, insbesondere die des Auslands, erkennt allmählich die wahren Kriegsziele der Sieger und nennt die Gründe, warum die Alliierten alle deutschen Friedensbemühungen strikt ablehnten und auf der bedingungslosen Kapitulation bestanden, die den Krieg um Jahre mit Millionen weiterer unnötiger Opfer verlängerte.

Ein Geschichtswerk, das sich um verhältnismäßig sachliche Aussagen zu den britischen Kriegszielen bemüht, hat Lothar KETTENACKER vorgelegt.[2] Diese Habilitationsschrift erschien in den Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts in London und dürfte deswegen über den Vorwurf der Rechtslastigkeit erhaben sein.

Die Aussage des Titels, daß es London um »Friedenssicherung« gegangen sei, ist wohl eine Verbeugung vor dem Zeitgeist und wird dem Inhalt nicht gerecht. Denn im Buch wird sachlich dargestellt, daß es den Briten eben nicht um die Erhaltung des Friedens in Europa ging, den die Deutschen 1939 durchaus wollten und den die Reichsregierung mit vielen Friedensbemühungen zu erhalten versuchte. London ging es in Wirklichkeit darum — auch mit Krieg —, einen Wirtschaftskonkurrenten zu beseitigen, Deutschland entscheidend zu schwächen, dessen in den wenigen Jahren des Dritten Reiches erzielten rasanten Fortschritt abzustoppen und seine auch für die Zukunft abzusehende Dynamik auszuschalten. Daß ein HitlER an der Macht war oder daß Judenverfolgungen zu befürchten waren, spielte dagegen in den Überlegungen an der Themse keine wesentliche Rolle. Auch ein demokratischer deutscher Staatschef wäre bei einem deutschen Wirtschaftswunder mit Krieg überzogen worden.

Der eigentliche Grund, warum England am 3. September 1939 Deutschland den Krieg erklärte, nachdem es ihn durch die einzigartige Garantieerklärung für Polen vom 31. März und den britisch-polnischen

[1] Beitrag Nr. 363, »Keine Befreiung Deutschlands 1945«.

[2] Lothar KETTENACKER, *Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1989.



HALIFAX begrüßt Josef BECK nach dem Abschluß der britisch-polnischen Beistandsverpflichtungen im August 1939 in London.

Beistandspakt vom 25. August 1939 über Polen endlich herbeigeführt hatte, war, wie es in einem Memorandum des Foreign Office für das Kabinett vom Juli 1943 ausgeführt wurde, daß Deutschland wegen seiner starken zentralen Stellung mit seiner großen Bevölkerung, mit natürlichen Rohstoffquellen (Ressourcen) und hoch entwickelter, leistungsfähiger Industrie die Hauptgefahr für Europa geworden sei.

Diesen Grund führte auch der ***Sunday C.orrespondent*** 1989 in klarer und unmißverständlicher Eindeutigkeit an: »Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor HITLER oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.«[3] Aber Europa hat natürlich die britische Vorherrschaft zu ertragen!

Nur aus diesem britischen Ziel der starken Schwächung der deutschen Volkskraft werden die folgenden Handlungsweisen der Engländer verständlich.

> London bemühte sich, durch die Garantieerklärung an Polen vom 31. März 1939 deutsch-polnische Gegensätze zu einem Krieg auszuweiten.

> Großbritannien schloß in den kritischen Sommertagen 1939 am 25. August den britisch-polnischen Beistandspakt ab, um Warschau unnachgiebig gegenüber berechtigten und durchaus maßvollen deutschen Forderungen werden und einen Krieg riskieren zu lassen.

> Die Briten lehnten die zahlreichen deutschen und aus dem Ausland eingeleiteten Friedensbemühungen während des Krieges grundsätzlich ab.

Die britische Regierung gab deutschen Widerstandskreisen gegen HITLER keine Unterstützung und bewertete das Attentat vom 20. Juli 1944 mit Häme.

' *Sunday Correspondent,* 17. 9.1989; deutsch in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18. 9. 1989, S. 2; Beitrag Nr. 149, »Worte zur Kriegs schuld - frage«.

i» Die außenpolitische Zeitschrift *The National Review* forderte im September 1939 als ein Kriegziel »die Zerreißung Deutschlands«. Insbesondere sollten Ostpreußen und die ostdeutschen Provinzen östlich der Oder an Polen abgetreten werden. Die damit verbundene Vertreibung und Vernichtung vieler Deutscher war ein Teil der gewünschten Schwächung des deutschen Volkes. Sir Orme SARGENT vom Londoner Außenministerium meinte am 30. Mai 1944 dazu: »Ich vermute, daß der Bevölkerungstransfer nur dann durchführbar ist, wenn er 1. durch die Russen durchgeführt wird, die bereit sind, rücksichtslos zu handeln, und die nicht durch irgendwelche Regeln oder Gesetze gebunden sind, und wenn 2. die Deutschen nach Sibirien gebracht werden, wo man sie vergessen wird.«[4] Um die aus dem Osten vertriebenen Deutschen nicht im Rumpfdeutschland zu dessen Aufbau wirken zu lassen, wurden Deportationen aus dem Osten vertriebener Deutscher unter anderen nach Südamerika erwogen.'1

[4] KETTENACKER, aaO. (Anm. 2), S. 456.

[5] Ebenda, S. 453.

> Lord VANSITTART sprach sich schon 1940 für die Vertreibung der Sudetendeutschen aus.

> CHURCHILL befahl noch in den letzten Kriegsmonaten, verstärkten Bombenterror gegen deutsche Städte, etwa gegen Dresden, Pforzheim oder Hildesheim, zu verüben, damit möglichst viele Deutsche getötet wurden. Dabei wurde sogar Menschenjagd von Jagdflugzeugen aus ausgeübt.

> Die Briten unterstützten die Pläne ihrer Verbündeten zur Teilung und Zerstückelung Deutschlands.

> Nach Kriegsende wurde jahrelang die deutsche Industrie von Briten demontiert, auch als andere Alliierte schon damit aufgehört hatten.

Die Briten fanden in ihrem Egoismus auch nichts dabei, daß ihre angestrebten Ziele wahrscheinlich nur mit einem großen Machtgewinn der Bolschewisten in Europa zu erreichen waren. So äußerte Sir William STRANG als Unterstaatssekretär im Londoner Außenministerium im Mai 1943 unumwunden: »Es ist besser, die Sowjetunion dominiert Osteuropa, als daß Deutschland Westeuropa dominiert. .. Und gleichgültig, wie stark die Sowjetunion auch wird, es ist unwahrscheinlich, daß sie je für uns eine so schreckliche Plage wird wie Deutschland innerhalb von wenigen Jahren.«[6]

[6] Ebenda, S. 212.

Für diese britischen Kriegsziele, die sich mit denen der USA und STALINS trafen, mußten dann zig Millionen Menschen sterben und geriet die Welt bis in unsere Tage aus den Fugen. Es wird Zeit, daß auch in der Öffentlichkeit die wahren Schuldigen benannt werden und der oft zitierte Satz, daß von deutschem Boden der Zweite Weltkrieg ausging, als falsch und einseitige psychologische Kriegführung gegen das Reich erkannt wird.

Rolf Kosiek

Hitler unterstellte Worte

Schon während des Zweiten Weltkriegs arbeitete die britische Kriegspropaganda mit dem Mittel der Unterstellung falscher Aussagen. Insbesondere wurden dem Reichskanzler Adolf HITLER Worte untergeschoben, die dieser gar nicht geäußert hatte, die ihm dann später von der Umerziehung zur Last gelegt wurden und ihn beim deutschen Volk herabsetzen sollten. Obwohl als klare Fälschungen bewiesen, werden diese belastenden Behauptungen doch immer wieder in der Öffentlichkeit und von der Presse verbreitet. Aus der Menge dieser Fälschungen seien einige nachfolgend herausgegriffen,

1. Als angeblich vom Zentralverlag der NSDAP, München, herausgegebene »Parole der Woche Nr. 48,1943« wurde unberechtigt HITLER von dem Büro des britischen Chefpropagandisten Sefton DELMER der Ausspruch zugeschrieben und auf Flugblättern im Reichsgebiet verbreitet:[1] >»Wenn das deutsche Volk unter der augenblicklichen Last zusammenbrechen sollte, würde ich ihm keine Träne nachweinen — es würde sein Schicksal verdienen./Adolf HITLER, 8. November 1943.« Der Spruch sollte die Brutalität und Rücksichtslosigkeit HITLERS dokumentieren.

2. In Hermann RAUSCHNINGs als Fälschung entlarvter Schrift *Gespräche mit Hitler* werden diesem schon für das Jahr 1934 viele Aussprüche unterstellt, die er in Wirklichkeit nie tat, die aber zum Beweis seiner angeblichen Kriegsabsichten schon kurz nach seinem Regierungsantritt immer wieder herangezogen werden. Beispiele sind:' S. 17: »Ich will den Krieg.« »Den Krieg führe ich.« S. 22: »Wir müssen grausam sein.« »Wir müssen das gute Gewissen zur Grausamkeit wiedergewinnen.« S. 33: »Die Chancen eines isolierten Krieges gegen Polen beurteilte HITLER schon damals günstig.« S. 61: »In Brasilien werden wir ein neues Deutschland schaffen.« S. 66: HITLER wolle angeblich nach Mexiko. S. 69: »Wir werden in den Vereinigten Staaten bald eine SA haben.«

3. In seiner Rede am 22. August 1939 vor hohen Militärs auf dem Obersalzberg, in der HITLER seine Kriegs ab sichten dargelegt haben soll, soll er nach als Fälschungen bewiesenen, beim Nürnberger Prozeß vorgelegten »Dokumenten/,[4] insbesondere dem Dokument Nr. 798-PS, unter anderem gesagt haben: »Es war mir klar, daß es früher oder später zu einer Auseinandersetzung mit Polen kommen müßte. Ich faßte den Entschluß bereits im Frühjahr,. , Dachte aber, daß ich mich in einigen Jahren zunächst gegen den Westen wenden würde und dann erst gegen den Osten. .. Unsere Gegner haben Führer, die unter dem Durchschnitt stehen. Keine Persönlichkeiten. Keine Herren, keine Tatmenschen. .. Wir

[1] Ortwin BUCHBENDER u. Horst SCHUH (Hg.), *Heil Beil! Flugblattpropaganda im II. Weltkrieg. Dokumentation und Analyse,* Seewaid, Stuttgart 1974, S. 152.

[2] Siehe Beitrag Nr. 147, »Die Lügen des Herrn Rauschning«.

[3] Hermann RAUSCHNING, *Gespräche mit Hitler,* Europa, Zürich 1973.

[4] Siehe Beitrag Nr. 140, »Die Schlüsseldokumente und die Kriegsschuldfrage«; Beitrag Nr. 144, »Hiders Rede vom 22. August 1939«.

müssen mit rücksichtsloser Entschlossenheit das Wagnis auf uns nehmen, , , Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.« Alle Teilnehmer an dieser Besprechung, der angeblichen >Schweinehund-Rede<, versicherten später, daß solche Worte dort nicht gefallen seien,

4. In einer zweiten Rede an diesem 22. August 1939 soll HITLER nach dem ebenfalls in Nürnberg vorgelegten Dokument Nr. 1014-PS zum angeblich geplanten Krieg gegen Polen gesagt haben: »Kampf auf Leben oder Tod.. . Eine lange Friedenszeit würde uns nicht gut tun.. . Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist die Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie. .. Herz verschließen gegen Mitlied. Brutales Vorgehen... Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte.« Auch diese Aussagen sind eine Fälschung.^

5. Der damalige Völkerbunds-Hochkommissar in Danzig, Carl Jacob BURCKHARDT, schreibt später in seinem Buch *Meine Danziger Mission,*[6] daß HITLER ihm am 11. August 1939 auf dem Obersalzberg unter vier Augen gesagt habe: »Alles, was ich unternehme, ist gegen Rußland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen und dann nach der Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden. Ich brauche die Ukraine, damit man uns nicht wieder wie im letzten Krieg aushungern kann.« Der Schweizer meint dazu, dies sei der »vielleicht allermerkwürdigste Ausspruch des Kanzlers«. Dies ist der einzige Beleg aus der Vorkriegszeit für HITLERS angebliche Absicht, das kurz danach abgeschlossene deutsch-sowjetische Abkommen vom 23. August 1939 schon bald wieder zu brechen. Es ist aber mit Sicherheit eine Fälschung, wie der Schweizer Diplomat Paul STAUFER[7] bewiesen hat. Rolf Kosiek



Carl Jacob BURCKHARDT. Der Schweizer Diplomat sagte bezüglich von HITLERS angeblicher Kriegsabsicht nicht die Wahrheit.

[5] Ebenda, S. 597.

[6] Carl.J. BURCKHARDT, *Meine Dan^gerMission, 1937-1939,* Georg D.W. Callwey, München 1960, S. 348.

[7] Paul STAUFER, *Carl J. Burckhardt. Zwischen Hofmannsthai und Hitler. Facetten einer außergewöhnlichen Existenz,* Neue Zürcher Zeitung, Zürich 1991, Bd. 1, S, 594 f.

Fälschung der NS->Parole der Woche<

Während des Zweiten Weltkrieges betrieb Großbritannien eine erfolgreiche Kriegspropaganda gegen Deutschland.[1] Dabei wurden auch gefälschte Aussagen ausgewählten Deutschen, insbesondere Adolf HITLER, in den Mund gelegt.[2] Diese Fälschungen wurden nach Kriegsende als angeblich authentische Erklärungen in der Umerziehungsarbelt weiter verwendet Als eines der wirksamsten Beispiele, das bis in die Gegenwart in der Öffentlichkeit als Beispiel für die HITLER angedichtete Verachtung des deutschen Volkes herangezogen wird, trat und tritt dabei ein angeblicher Ausspruch HITLERS in der ihm unterschobenen »Parole der Woche« von 1943 auf.

Im Reichstagswahlkampf im März 1936 brachte die um moderne Massenpropaganda nicht verlegene Reichspropagandaleitung der NSDAP eine »Wahlkampfwandzeitung« heraus. Deren Wirksamkeit wurde für so groß gehalten, daß man diese neue Form in der Folgezeit beibehielt und sie unter der Bezeichnung »Parole der Woche« vom 1. April 1936 bis zum 25. Februar 1943 wöchentlich erscheinen ließ. Dieses breitformatige, mit eingehenden Texten und farbigen Graphiken ausgestaltete Blatt wurde in den Mitteilungskästen der NS-Dienststellen und der NSV ausgehängt, aber auch in Behörden, auf Postämtern und an öffendichen Plätzen gezeigt. Es lag dem *Völkischen Beobachter* wie dem *Stürmer* bei. Als eine Art »Zeitung fürs Volk< diente diese »neue Waffe der Propaganda* der Übermüdung der NS-Anschauung an den Volksgenossen. Es erschienen im Laufe der Zeit insgesamt über 400 Ausgaben.[3]

Unter der Bezeichnung »Parole der Woche Nr. 48/1943/ Zentralverlag der NSDAP, München* brachte der britische Chef-Propagandist Sefton DELMER im Winter 1943/44 eine gefälschte »Parole der Woche« heraus. Darauf stand ein erfundenes Zitat, von dem vorgegeben wurde, daß Adolf HITLER es am 8. November 1943 in München geäußert habe: »>Wenn das deutsche Volk unter der augenblicklichen Last zusammenbrechen sollte, würde ich ihm keine Träne nachweinen - es würde sein Schicksal verdienen.« Adolf HITLER 8. November 1943.« Eine farbige Abbildung dieser Fälschung befindet sich in einem Buch über Flugblattpropaganda.[4]

Die Zielrichtung dieser Fälschung ist klar: HITLER sollte bei seinen gutgläubigen Anhängern durch solch einen das Volk verachtenden und niederträchtigen Ausspruch herabgesetzt werden. Und viele fielen auf diese dann auch in die Nachkriegspropaganda übernommene Fälschung herein und hielten sie für authentisch.

Rolf Kosiek

[1] Beitrag Nr. 329, »BBC betrieb Kriegspropaganda«.

[2] Das wohl bekannteste Beispiel ist der sogenannte >Moiders-Brief<, der ebenfalls von Sefton DELMER gefälscht wurde; Beitrag Nr. 189, »Der gefälschte Moiders- Brief«.

[3] Franz-Josef HEYEN (Hg.), *»Parole der Woche«,* Deutscher Taschenbuch-Verlag, dtv-Dokumente, München 1983.

[4] Ortwin BUCHBENDER u. Horst SCHUH, *Heil Beil! Flugblattpropaganda im Zweiten Weltkrieg,* Seewald, Stuttgart 1974, S. 152.

Gab es zu Hitlers Kriegführung einen Generalplan?

Als die Siegermächte in Nürnberg das Internationale Militärtribunal errichteten, gingen sie davon aus, daß die Machteliten des Dritten Reiches Europa mittels einer Verschwörung und aufgrund eines gemeinsamen Planes in ihre Gewalt gebracht hätten.[1] Obwohl die Ankläger dem Vorwurf in jahrelangen Untersuchungen nachgingen, ließ sich der Beweis nicht erbringen. Dennoch beharrt die Zeitgeschichte weiterhin auf dem Standpunkt, daß der deutschen Kriegspolitik ein mehr oder weniger fest umrissenes Programm vorgelegen habe. So spricht Andreas HILLGRUBER, dem ein Großteil der Zeithistorie darin gefolgt ist, von einem Stufenplan, dessen Schritte »weit über die Eroberung von >Lebensraum< im Osten und Ausrottung der Juden in Europa hinausgegangen seien«.[2] Ausgehend von seinem Programm der zwanziger Jahre,' habe der Führer in stufenweisem Vorgehen »ein europäisches Kontinentalimperium« errichten wollen, das »in der auf ihn folgenden Generation die Basis für einen Entscheidungskampf zwischen der >Weltmacht Deutschland< und der »Weltmacht« USA abgeben sollte«.[4] Danach sei der Krieg in Europa langfristig geplant und vorbereitet worden.

Das ist eine Theorie, die mit Recht auch im Ausland auf Widerspruch gestoßen ist und die sich bei näherer Betrachtung als unhaltbar erweist, denn sie fußt auf der Annahme, daß HITLERS Vorgehen primär weltanschaulich-dogmatisch ausgerichtet gewesen sei, was für seine Kriegführung so nicht zutrifft.[5]

Hätte HITLER den Nichtangriffs-Pakt vom 23. August 1939 mit seinem ideologischen Erzfeind STALIN überhaupt abschließen können, wäre dies der Fall gewesen? Es war ein Pakt, der alles über den Haufen warf, was HitLER bisher vertreten hatte. Wieso konnte er sich dazu bereit finden, der den Bolschewismus haßte wie der Teufel das Weihwasser? Dieses Bündnis war doch nur aus dem einen Grund eingegangen worden, im heraufziehenden Konflikt mit Polen nicht in einen »Krieg mit ver-

[1] *Der Nürnberger Prozeß,* Bd. 1, Anhang A, Anklagepunkte 1 bis 4, S. 83; Bd. 2, S. 96 f., Anklagepunkt 1: »Gemeinsamer Plan oder Verschwörung«.

[2] Andreas HIIXGRUBER, *Hitlers Strategie, Politik und Kriegführung 1940—1941*, Bernard u. Gracfc, München [2]1982, S. 717.

[3] Adolf HITLER, *Mein Kampf,* Franz. Eher Nachf., München "1933.

[4] HillGRUBer, aaO. (Anm, 2), S, 717.

[5] Siehe dazu Hartmut SCHUSTERBIT, *Vabanque. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion 1941 als Versuch, durch den Sieg im Osten den Westen bedingen,* Pour le Mérite, Selent [2]2000, S. 92, Vorwort, S. 12.

kehrten Fronten« zu geraten. Denn der Krieg mit den Westmächten war es, den er unter allen Umständen vermeiden wollte und den er damit zu vermeiden hoffte.' Denn so töricht, sich gegen die vereinigte Macht von Deutschland und Rußland zu stellen, konnten die Westmächte nach seinem Dafürhalten nicht sein. Schon im Jahre 1914 wären sie ohne Rußlands Waffenhilfe verloren gewesen. Um den Krieg mit Westeuropa zu vermeiden, war er sogar bereit, sich mit dem »bolschewistischen Weltfeind Nummer 1« in ein Boot zu begeben. Kurzfristig sollte das geschehen, versteht sich, denn danach würde man weitersehen. Aber schon das, schon diese Wendung, die alle Welt überraschte, stand der These vom Dogmatismus HITLERS deutlich entgegen.

HITLER mit dem jugoslawischen Prinzregenten, Prinz Paul KARAGEORGEVIC, bei einer Parade 1939. Zu diesem Zeitpunkt verfolgte HITLER keine imperialistischen Ziele. Er wollte einzig die Machtposition Deutschlands in Europa verbessern, und das hieß in erster Linie, die Bestimmungen des >Schanddiktats* von Versailles rückgängig zu machen. Nur noch die Korridor- und die Danzig-Frage standen offen.

Es war eben nicht die langfristige Planung, die HITLERS Vorgehen auszeichnete. Viel eher war es seine durchtriebene Wendigkeit, gepaart mit Bluff und Drohung, die ihn befähigte, den jeweils günstigsten Augenblick zu erfassen, um nach Art eines Spielers den aus der jeweiligen Lage zu ziehenden Vorteil zu erlangen. Sein Handeln war hektisch und aufgeregt, alles andere als kaltblütig und von langer Hand geplant. Es ist nicht HITLER gewesen, der über viele Jahre hinweg im stillen den Plan verfolgt hat, die Unterwerfung Europas, ja der ganzen Welt zu betreiben. Das lag weder in seiner Absicht, noch paßte es zu den von ihm meist kurzfristig verfolgten Zielen. Viel eher dagegen reimte es sich mit dem Täterprofil eines Diktators vom Format STALINS zusammen. Der HITLER des Jahres 1939 jedenfalls wollte nicht zum Imperator werden, nach dessen Pfeife die europäischen Völker tanzen sollten. »Ein neuer großer Krieg war das letzte, was HITLER wollte.«[8] Er wollte weder Frankreich besiegen, noch England den Platz in der Welt streitig machen, vorausgesetzt diese waren bereit, auf Nimbus und Siegerpose



[6] Andreas NAUMANN, *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht. Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüf stand,* Graben, Tübingen 2005, S. 18.

[7] So jedenfalls das Politikverständnis neuerer Revisionisten wie SCHEIL, SCHULTZE-RHONHOF, POST, SCHUSTEREIT, MASER, NAUMANN USW.

[8] Basil LIDDELL HART, *Geschichte des Zweiten Weltkrieges,* Fourier, Wiesbaden 1970, S. 18. »Ein neuer großer Krieg war das Letzte, was HITLER wollte. Sein Volk und zumal seine Generale schreckten vor jedem derartigen Risiko zurück.«

von Versailles endgültig zu verzichten und sein Drittes Reich als gleichberechtigten Partner anzuerkennen. HITLER war sich bewußt, daß die Westmächte mit all ihren Ressourcen dem Reich überlegen waren. Ihnen die Gleichberechtigung abzutrotzen galt ihm als vordringliches, aber lohnendes Geschäft, um das Reich endgültig in Europa zu festigen und am Ende sogar die Kolonien zurückzuerhalten. Das war ein Geschäft, bei dem es darauf ankam, in Einzelfragen die Oberhand zu gewinnen, ohne die Dinge auf die Spitze zu treiben. So war es ihm bisher immer gelungen, durch Fixigkeit, Übertölpelung und Einschüchterung jedes einzelnen seiner Gegner kurzfristig Vorteile zu erringen, um langfristig die Position des Reiches Schritt für Schritt zu verbessern. »Hitlers Zuversicht, daß sich die Serie müheloser Erfolge fortsetzen ließ«, wuchs von Mal zu Mal. »Und wenn er je Zweifel hatte, dann wurden sie jedenfalls von der kumulativen Wirkung seiner berauschenden Erfolge erstickt. Selbst als ihm klar wurde, daß weitere Abenteuer zum Krieg führen konnten, dachte er nur an einen kurzen und begrenzten Konflikt.«[9]

Oberbefehlshaber der polnischen Armee war Marschall RYDZ-SMIGLY (hier mit Staatspräsident Ignacy MOSCICKI). Seit dem britischen Blankoscheck von März 1939 war das deutsch-polnische Verhältnis festgefahren. Im August 1939 meinte RYDZ-SMIGLY in Krakau vor einer Offiziersversammlung: »Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird es nicht verhindern können, selbst wenn es das wollte.«



Nein, der HITLER von 1939 wollte die Westmächte nicht schlagen. Was hätte denn an ihre Stelle treten sollen? Er wollte im Gegenteil das britische Empire erhalten, ebenso wie er sich ein Frankreich wünschte, dem man vertrauen konnte. Der HITLER von 1939 dachte noch in Perspektiven, nach denen jede der klassischen Mächte Europas ihren Platz behaupten durfte.[111] Erst der HITLER, der in Rußland von einem Schlachtfeld aufs andere eilte, dem die Zeit weglief und dessen Gegner ihm über den Kopf wuchsen, erst der HitlER, dem die Städte zerbombt wurden und der den Krieg ohne bedingungslose Kapitulation nicht beenden konnte, wurde zum Verzweifelten, der die Katastrophe nicht abwenden konnte.

Was der HITLER von 1939 dagegen im Sinn hatte, war, daß Paris und London ihm das Recht zubilligten, das ganze Gewicht des deutschen Reiches dort in die Waagschale zu werfen, wo es in Osteuropa jetzt darum ging, klare Verhältnisse zu schaffen, mit denen man leben konnte. Die österreichische, die sudetendeutsche und die tschechoslowakische Frage waren 1938/39 gelöst worden, selbst das Memelland war an das Reich zurückgefallen. Allein die Korridor- und

[9] LIDDELL HART, aaO. (Anm. 8), S. 19.
[10] Ebenda.

Legationsrat Fritz HESSE, der HITLERS Sofort-Angebot am 2. September (939 in London vortrug, hielt das abschließende Gespräch mit Horace WILSON fest. Der Brite meinte unter anderem: »England kann die Hegemonie einer anderen Macht auf dem Kontinent nicht zulassen, ohne zugrunde zu gehen oder die Grundlagen zu beseitigen, auf denen sein Weltreich und sein Weltprestige beruhen. Wir haben 23 Jahre gegen NAPOLEON gekämpft, wir werden 100 Jahre gegen HITLER und Deutschland kämpfen, wenn es erforderlich sein sollte. .. Kein Engländer könnte in dieser Lage dem unvemeidlichen Krieg ausweichen.« Fritz HESSE, *Das Vorspiel zum Kriege,* Leoni 1979, S. 183 f.

die Danzigfrage harrten noch der Lösung und standen als letzte im Raum. Auch sie waren ein Relikt des >Schanddiktats von Versailles«, wie es damals hieß, und viele Deutsche empfanden es so.

Warum es darüber zum deutsch-polnischen Konflikt gekommen ist, war kürzlich erneut Gegenstand von Untersuchungen und bedarf hier nicht der Erörterung im einzelnen. Neuere Analysen kommen zu dem Ergebnis, daß die Ursachen nicht in den von der Zeithistone behaupteten langfristigen Kriegsplänen HITLERS ZU suchen sind, sondern in dem schiechten deutsch-polnischen Verhältnis, das andere Mächte zum Anlaß nahmen, von außen einzuwirkten.[11] Diesen Konflikt galt es zu lösen, ihm widmete HITLER alle Energie. Erst als jener drohte, zum europäischen Krieg auszuufern, erst als London und Paris am Abend des 1. September 1939 Berlin aufforderten, seine Truppen hinter die Demarkationslinie zurückzuziehen, war HITLER zum Einlenken bereit. Denn »er hielt die Briten für nüchterne und rational denkende Menschen, die ihre Emotionen mit dem Verstand kontrollieren, und glaubte daher, sie würden nicht im Ernst daran denken, wegen Polen einen Krieg zu führen, wenn sie nicht die russische Unterstützung hatten«.[12]

Die heutige Zeitgeschichte unterschlägt HITLERS Einlenken in letzter Minute mit Bedacht. Nur wenige wissen, daß der Mann, von dem die Zeitgeschichte berichtet, sein ganzes Bestreben sei es gewesen, den Zweiten Weltkrieg anzuzetteln, noch im letzten Augenblick den verzweifelten Versuch unternahm, den Kriegsausbruch zu verhindern, und daß er dazu in der Nacht zum 2. September 1939 den Presseattache an der Deutschen Botschaft in London zu einem Sofort-Angebot an die Westmächte bevollmächtigte, seine Wehrmacht hinter die deutsche Staatsgrenze zurückzuziehen und darüber hinaus vollen Schadenersatz an Polen zu leisten. Also genau das wollte er tun, was London und Paris in gleichlautenden Noten von ihm forderten.[13]

[11] Stefan SCHEIL, *Logik der Mächte. Europas Problem mit der Globalisierung der Politik. Überlegungen zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges,* Duncker u. Mumblot, Berlin 1999, S. 164 ff.;ders.,*Fünfplus Zwei. Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges,* Duncker u. Humblot, Berlin 2004, S. 110 ff.; Walter POST, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, Graben, Tübingen 2003, S. 324 ff.; Gerd SCHULTZE-RHONHOF, *1939. Der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg,* Olzog, München '2003, S. 335 ff.; Andreas NAUMANN, *Das Reich im Kreuzfeuer der Weltmächte, Stationen der Einkreisung,* Grabert, Tübingen 2006, S. 255 ff.

[11] LIDDELL HART, aaO. (Anm. 8), S. 16 ff.

[13] Fritz HESSE, *Das Vorspiel zum Kriege,* Leoni 1979, S. 22 ff. HESSES Sondermission am *2.* 9. 1939: »Sehen Sie, Herr HITLER will Deutschland zur ersten Macht in Europa machen. . . Sehen Sie, und das werden wir nicht erlauben können.«

Als Voraussetzung verlangte er lediglich, daß die Westmächte sich zu Verhandlungen bereit erklärten. Das war nicht zuviel verlangt, denn noch war dafür Zeit. Noch war das britische Ultimatum nicht ausgesprochen,[14] Noch wurde in der französischen Volkskammer darum gerungen, ob man der britischen Aufforderung zum Ultimatum an Berlin folgen solle, denn der Widerstand dagegen war groß. London aber hatte ein für allemal entschieden, den Konflikt durchzustehen, das britische Kabinett beharrte auf dem Ultimatum, Und London ist es gewesen, das zum Einlenken nicht mehr bereit war. Deshalb lehnte es HITLERS Entgegenkommen ebenso ab wie den Vermittlungsvorschlag dessen Achsenpartners MUSSOLINI. Und als Paris bis zuletzt zögerte, wurde Außenminister HALIFAX energisch und setzte sich schließlich am Quay d'Orsay damit durch.[15]

,4 Hans MEISER, *Gescheiterte Friedensinitiativen 1939—1945,* Graben, Tübingen 2004, »Hitlers letzter Versuch«, S. 42 ff.

1S Stefan SCHKIL, *Fünf plus Zwei,* aaO. (Anm. 11), S. 188 ff.

Warum HITLER diesen Schritt getan tat, darüber ist lange gerätselt worden. Beschäftigt man sich einmal näher mit der Studie von Hartmut SCHLISTERF.IT, dann liegt zumindest einer der Gründe dafür auf der Hand: die völlig unzureichende Rohstoff- und Rüstungslage des Dritten Reiches. HitleR war sich der Tatsache bewußt, daß ein europäischer Großkonflikt von dem zu erwartenden Ausmaß die Kräfte Deutschlands bei weitem überfordern werde. Ein Feldzug gegen Warschau mochte noch angehen, ein Zweifrontenkrieg gegen Polen und die Westmächte dagegen nicht. HITLER sah plötzlich ein, daß er diesmal zu hoch gepokert hatte. Sein Vabanque-Spiel um Danzig und den Korridor war gescheitert.

Nicht umsonst hatte der Chef des Wehrwirtschaftsstabes im Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Generalmajor THOMAS, seinen Oberbefehlshaber HITLER in wiederholten Eingaben und Vorträgen darauf hingewiesen, daß ohne die Grundvoraussetzung der Erstellung eines umfassenden Rüstungsplanes an eine zielgerichtete Kriegführung nicht zu denken sei.[16] Denn noch lag die Mobilisierung des deutschen Staatswesens für den Kriegsfall, zumindest was den zivilen Sektor betraf, völlig im argen, ein Punkt, über den sich HITI.FR keine Illusionen machte. Wäre er THOMAS gefolgt und hätte er alle Ressorts der Reichsregierung mit der Erstellung eines solchen Planes beauftragt, wäre die Arbeit über die ersten Anfänge wohl kaum hinaus gediehen. Denn dazu fehlte es an nahezu allen Voraussetzungen. Schließlich erfordert ein solcher Kriegsplan zahlreiche Einzelplanungen auf Gebieten, die dem Kriegführen zu-, beioder nachgeordnet sind. Das betrifft vor allem die Wirtschafts- und Rohstoffplanung, die Finanz-, Rüstungs-, Arbeitskräfte- und Fertigungsplanung sowie das Transportwesen, die alle eng mit dem Streitkräfteauftrag verbunden sind. Erst durch ihr Zusammenwirken läßt sich so etwas wie ein militärstrategisches Kriegführungskonzept erstellen.

[16] SCHUSTEREIT, aaO. (Anm. 5), S. 27 ff.

Auf allen diesen Gebieten aber war die Lage höchst unbefriedigend und SCHUSTEREIT zufolge »desolat«.[17] HITLER hat vor der Wehrmachtfüh-

[17] Ebenda, S. 37 ff.



Serienbau deutscher Panzerkampfwagen in Kassel. Es fehlte vor allem an Rohstoffen.

rung selbst zugegeben, der deutschen Wirtschaft fehle es an Kapital und Absatzmärkten, die Gefahr zu kollabieren stehe im Raum. Tatsächlich kam es schon im Verlauf des Polen-Feldzuges zu ernsthaften Schwierigkeiten. So war der durch die Kämpfe eingetretene Munitionsmangel kurzfristig nicht zu beheben und bereitete der Wehrmachtführung schwere Sorgen, »Denn die Munitionslage war katastrophal und die Gesamtrüstung unzureichend.«[10] Darüber hinaus aber stellte sich auch noch heraus, daß die Anlaufzeit für eine erhöhte Waffen- und Munitionsproduktion länger dauern werde. Daraus erhellt, daß HITLER nach Ablehnung seines Friedenangebots vom 6. Oktober 1939 durch die Wcstmächte den Krieg im Westen gar nicht hätte führen können, selbst wenn er gewollt hätte, ja, es ist anzunehmen, daß den Westmächten die deutsche Malaise auf dem Munitionssektor nicht unbekannt geblieben ist und sie sein Friedensangebot nicht zuletzt aus diesem Grund abgelehnt haben.

Wenn unsere Zeithistorie mit dem behaupteten langfristigen Kriegsplan HITLERS glaubt, das eine oder andere Gebiet mit Bedacht ausklammern zu können, riskiert sie, Theorien ins Blaue hinein ohne Bezug zur Wirklichkeit zu entwickeln, wie sie der oben besagte Stufenplan darstellt. Obwohl weithin bekannt ist, daß Deutschland 1939 ernsthafte Rohstoffprobleme hatte, geht die Zeitgeschichte in der Frage der Wehrmachtrüstung seit Jahren von falschen Voraussetzungen aus. Die oft gehörte Vermutung, die Wehrmacht, die in knapp vier Jahren eilig auf den Stand ihrer Gegner aufgerüstet worden war, sei 1939 bis an die Zähne bewaffnet in den Krieg gezogen, erweist sich bei näherem Hinsehen als unzutreffend.

Hartmut SCHUSTEREIT, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr in Freiburg (jetzt: Potsdam), hat damit aufgeräumt. In seiner Studie *Vabanque* legt er dar, daß die Geschichtsschreibung es in unentschuldbarer Weise unterlassen hat, Forschungsergebnisse zu berücksichtigen, wie sie sich aus dem Rüstungs-

[18] SCHUSTEREIT, ebenda, S. 38 ff.

aufkommen der späten dreißiger Jahre ergaben. Die Gründe dafür seien vielfältig und reichten vermutlich vom Verkennen der grundlegenden Bedeutung des Themas bis zum mangelnden Verständnis der komplizierten Gegebenheiten auf dem Rüstungssektor.

Dabei ließ er durchblicken, daß nicht zuletzt politische Gründe dafür ausschlaggebend sind. Denn die Ergebnisse der deutschen Forschung auf diesem Gebiet lassen sich mit gewissen Vorstellungen und Theorien über die exemplarische Hochrüstung und Bewaffnung der Wehrmacht schwerlich in Einklang bringen. So werden Themen, die »wegen einer gewissen politischen Brisanz über Fachgrenzen hinaus öffentliches Interesse finden«, oft nur von ausländischen Historikern abgehandelt. Dabei wird kritisiert, daß deutsche Fachkräfte zu solchen Themen meist schweigen." Offenbar seien sie der öffentlichen Debatte unwillkommen. Wäre dem nicht so, würden Theorien wie diejenige HILLGRUBERS gar nicht erst aufkommen — jedenfalls nicht ohne angemessene Überprüfung. Denn daß die zu Lasten der Reichsregierung behauptete langfristige Kriegsplanung wirklich existiert hätte, auch wenn das von interessierter Seite gern ins Feld geführt wird, läßt sich daraus nicht ableiten.

Was den Krieg gegen die Sowjetunion angeht, ist gerade die mangelhafte Rüstung der Wehrmacht einer der ausschlaggebenden Gründe für das Mißlingen des >Unternehmens Barbarossa< als Blitzkrieg, dann des Ostkrieges als Ganzem und letztlich des Weltkrieges überhaupt. SCHUSTERETT kommt zu dem Schluß, den auch wir vertreten: Der Ostfeldzug ist »im Gegenteil kurzfristig geplant und nicht ausreichend vorbereitet worden, da HITLER bis zur Jahresmitte 1940 über keine konkreten Pläne für einen Angriff auf die Sowjetunion verfügte«.[20]

Die SCHUSTEREITS Studie beiliegenden Aufstellungen und Übersichten zur Bewaffnung und Ausrüstung der Wehrmacht, insbesondere zur Bewaffnung und Munitionierung des Ostheeres, sprechen eine unmißverständliche Sprache. Man muß sich fragen, wie es möglich gewesen ist, 50 Jahre lang von »gigantischen Rüstungsanstrengungen des Dritten Reiches« als Vorbereitung zum Zweiten Weltkrieg zu sprechen. Mit Mächten, die wie der Sowjetstaat im Krieg über 100000 Panzer oder die USA 250000 Flugzeuge produziert haben, läßt sich das Deutsche Reich nicht vergleichen. Angesichts solcher Zahlen begreift man überhaupt erst die verzweifelte Situation der Reichsführung, die angesichts der Lage des Reiches glaubte, ein solches Vabanquespiel eingehen zu müssen. Und »Vabanque« ist zu Recht der Titel von SCHUSTEREITS Studie.

Eine weitere Studie zu dem Thema hat 2006 Heinz MAGENHEIMER vorgelegt,[21] der auch HILLGRUBERS »Stufenplan« ablehnt, dessen Buch *Hitlers Strategie* scharf kritisiert und aufweist, daß HITLER ein von den jeweiligen Umständen Getriebener war, Andreas Naumann

,!> Sc HUSTE REIT, ebenda, Vorwort, S. 7.

[20] Ebenda, S. 38 ff.

[21] Heinz MAGENHEIMER, *Kriegsziele und Strategie der großen Mächte 1939-45*, Osning, Bielefeld 2006.





Oben: Hartmut SCHUSTEREITS Studie ***Vabanque,*** Pour le Mérite, Selent [2]2000. ***Unten:*** Georg THOMAS (1890-1946). Er erkannte sehr früh die begrenzten Möglichkeiten der deutschen Wirtschaft, einen langen Krieg zu führen.

Überfiel die Wehrmacht Dänemark?

In der deutschen wie in der dänischen Öffentlichkeit wird immer noch die Meinung vertreten, daß die deutsche Wehrmacht am 9. April 1940 — zeitgleich mit der Besetzung Norwegens — Dänemark überraschend überfallen habe. So heißt es im Vorwort des Berichts des Reichsbevollmächtigten Werner BEST über seine Besatzungspolidk in Dänemark: »Am 9. April überfiel Deutschland das neutrale Dänemark.«[1]

Doch das ist offenbar falsch. Richtig ist wohl, daß vorherige Absprachen zwischen beiden Regierungen stattfanden und so beim deutschen Einmarsch jedes Blutvergießen - bis auf das bei einem geringen, »symbolischen Widerstand* - vermieden werden konnte.

Hinweise auf Besonderheiten dieses Vorgangs ergeben sich schon aus offiziellen dänischen Feststellungen, Eine dänische Note vom 30. April 1940 sprach von einer »Quasi-Übereinkunft«; der dänische spätere Staatsminister Erik SCAVENIUS nannte die Regelung »quasi-vertraglich«; der dänische Historiker Ditlev TuMM unterstrich, daß »kein Kriegszustand vorlag«; und die deutsche Besatzungsmacht behauptete stets, daß die Besetzung auf einer vertraglichen Grundlage erfolgt sei.[2]

Jahrzehnte nach Kriegsende wurden weitere Tatsachen bekannt, die jedoch verdrängt oder in der Öffentlichkeit möglichst verschwiegen wurden, Der dänische Journalist Aage WAD gab bereits 1975 in der linksstehenden dänischen Morgenzeitung *Ekstrabladet* eine Reihe interessanter Tatsachen an, die nach seiner Aussage in der dänischen Öffentlichkeit verschwiegen und unterdrückt wurden, jedoch die damalige Lage in einem anderen als dem üblichen Licht erscheinen lassen.'[1]

^ Die ersten Deutschen, ein ganzes Regiment, setzten am 9, April 1940 um 0 Uhr 30 mit der letzten normalen Nacht fähre von Warnemünde nach Gedser über. Als ein darüber verwunderter Funktionär der Fähre im Justizministerium in Kopenhagen anrief, ob nicht der Polizeichef Thune JACOBSON unterrichtet werden müsse, erhielt er als Antwort: »Er wreiß es schon, er dürfe aber nicht gestört werden, da ihn morgen ein sehr arbeitsreicher Tag erwarte.« Auf die weitere Frage, ob nicht wenigstens der Chef des Militärdistriktes Südseeland, Oberst V. HARREL, alarmiert werden müsse, kam die kurze Antwort: »Nein.«

> Andere deutsche Truppen kamen nicht auf einem getarnten Kohlendampfer, wie es in dänischen Schulbüchern heißt, sondern auf einem den Dänen bekannten Truppentransporter, der mit der deutschen Kriegsflagge geschmückt war,

> Das dänische Verteidigungsministerium hatte mit Befehl vom 5. April 1940, 21 Uhr, angeordnet, daß alle Straßenreparaturen zwischen

[1] Siegfried MATLOK, *Dänemark in Hitlers Hand. Der Bericht des Reichsbevollmächtigten Werner Best über seine Besatzungspolitik in Dänemark,* Husum, Husum 1988, S. 5.

[2] Ebenda, S. 5 f. Im Anhang (S. 214-220) werden die betreffenden deutschen und dänischen Erklärungen vom 9, April 1940 wiedergegeben. Insbesondere erklärte der dänische Außenminister MÜNCH am 9. April 1940, »daß das Betreten des dänischen Bodens von deutschen Truppen nicht in feindseliger Gesinnung erfolgt ist«. (S. 220)

[3] Aage WAD, in: *Ekstrabladet,* 31.1. 1975.

[4] Deutsche Ubersetzung von Robert Lux, »Die dänische Öffentlichkeit fordert die Wahrheit«, in: *Der Freiwillige,* Nr. 3, 1975, S. 14.

Gedser und der Strostroemsb rücke so einzustellen seien, daß alle Löcher zuzuschütten seien, wobei keine Rücksicht darauf genommen werden solle, ob die betreffende Arbeit beendet sei oder nicht.

> Die zum Schutz des Landes ausgelegten Seeminen waren am 9. April nicht in Tätigkeit.

> Ausgerechnet am 8. April 1940 erhielten die Artilleristen Urlaub, so daß die zur Verteidigung bestimmten Kanonen am Hafen am 9. April nicht schießen konnten.

> Mehrere Meldungen von Zivilisten wie von der Abwehr, daß sich in den Tagen vor dem 9. April zwei deutsche Divisionen nahe der dänischen Grenze mit Marschrichtung Nord aufstellten, gingen den verantwortlichen dänischen Stellen zu, ohne daß daraufhin Maßnahmen ergriffen wurden.

> Dänemarks Außenminister Dr. Peter MÜNCH wurde am 17. März 1940 von mindestens zwei vertrauenswürdigen Dänen im deutschen Rostock gesehen, wo er mit dem Reichsführer SS Heinrich HJMMLER gesprochen haben soll. Die Tagebücher des dänischen Außenministers wurden wohl nicht von ungefähr 1975 noch geheimgehalten.



Dänemarks Außenminister Peter MUNCH.

Der oben genannte dänische Journalist weist ferner in seinem Artikel darauf hin, daß der damalige dänische König CHRISTIAN X. am 1. Oktober 1941 das Großkreuz in Gold mit Bruststern aus Diamantendes Danebrogordens dem deutschen Außenminister VON RIBBENTROP an die Brust heftete und daß der dänische Heereschef Ebbe GOERTZ das im Rahmen der Waffen-SS an deutscher Seite kämpfende Freikorps >Danmark< persönlich auf dem Hauptbahnhof in Kopenhagen verabschiedete, dabei einen Nagel in die Fahnenstange des Freikorps schlug, die persönlichen Grüße des Königs überbrachte und erklärte: »Soldaten, die Augen Dänemarks sind auf Euch gerichtet. Tut Eure Pflicht!«

Das Treffen MÜNCHS mit HIMMLER in Rostock wird von der offiziellen Geschichtsschreibung noch immer verschwiegen oder angezweifelt. So schrieb Professor Tage KAARSTED in seinem Standardwerk:[5] »Es ist angeführt worden, daß P. MÜNCH von der bevorstehenden Besetzung Dänemarks Kenntnis hatte und daß er sie sogar mit dem deutschen SS-Führer Heinrich HIMMLER angesprochen haben soll. Aber darüber liegt nichts vor, und alles spricht dagegen, auch die Geheimhaltung, die eine absolute Voraussetzung für das Gelingen der Aktion gegen Norwegen war, wegen der Notwendigkeit des Überraschungsmoments.«

[5] Tage KAARSTED, *Danmarkshistorie,* 1991, S. 203.

Doch das trifft nicht zu. Unmittelbarer Anlaß für Dänemarks Außenminister zu einem Gespräch mit dem obersten deutschen Polizeichef HIMMLELR war, daß sein Sohn Ebbe MÜNCH, der im Januar/Februar 1940 als Journalist in Hamburg weilte, dort wegen der damals streng bestraf-

ten Homosexualität verhaftet war und im Gefängnis saß. Der junge Mann wurde auf Befehl Berlins bevorzugt behandelt und später aufgrund der Aussprache freigelassen.

Auf das streng geheim gehaltene Treffen des Dänen mit HIMMLER in Rostock am 17. März 1940 - am 1. März 1940 war HITLERS Anweisung >Weserübung< für die Vorbereitung der Besetzung Norwegens und Dänemarks erfolgt - ist von mehreren dänischen Autoren hingewiesen worden, die sich auf entsprechende Quellen stützten. So gibt es weitere dänische Veröffentlichungen von A. OLESEN *(Fra utrykte kilder,* 1951), Jörgen SEHESTED (*broholm-Mödet*, Das Broholm-Treffen), Hans JENSEN (A*lasker-ne Faider,* Die Masken fallen, 1993).[6]

Die ausführlichste Darstellung stammt von Jon GALSTER, geboren 1915, von 1990.[7] Über das Treffen, seine Vorgeschichte und seine Auswirkungen bringt er auch Zeugenaussagen von mehreren Männern aus HIMMLERS Umgebung vor, so von dem SS-Chauffeur Ernst MOMME (S. 111, 194 f.), von Sturmbannführer Dr. Rudolf JACOBSI-N (S. 189 ff.), dem Adjutanten HIMMLERS, von Obersturmbannführer Jochen PEIPER (S. 281-284) aus HIMMLERS Stab und von Hauptsturmbannführer Heinz ALTDORF (S. 195). Mehrere andere Zeitgenossen haben bekundet, daß diese Zeugen an dem betreffenden Tag wirklich in Rostock waren. HIMMLER hat sich später gegenüber Professor Dr. Johann VON LEERS, SS-Sturmbannführer und Universitätslehrer, nach dessen Erklärung vom 16. August 1952 (S. 113 ff.) und zu Medizinalrat E KERSTEN über das Treffen geäußert. Zu letzterem sagte HIMMLER im Februar 1942: »Dänemark tat uns einen großen Dienst, als es uns ohne Kampf durchkommen ließ. Dadurch konnten wir rechtzeitig in Norwegen einfallen, und wir konnten den Engländern zuvorkommen. Das hat uns der dänische Verteidigungsminister (sic!) ermöglicht aufgrund einer Absprache, die ich mit

[6] Christian LINDTNER in: *Journalen Frederiksberg,* Nr. 3,1994; deutsche Übersetzung in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 1, 1999, S. 18 f.

[7] Jon GALSTER, *Den 9. april— En sand mjte!,* Dansk Historisk Handbogsforlag, Lyngby 1990. Das hochinteressante Buch liegt noch nicht in deutscher Übersetzung vor.



Kopenhagen am 9. April 1940: Die deutsche Infanterie zeigt der Luftwaffe ihr Vorrücken an.



Zum großen Erstaunen der Alliierten dringen deutsche Truppen in den Morgenstunden des 9. April 1940 in Dänemark ein. Hier werden deutsche Truppentransporter an der Langelinie im Hafen von Kopenhagen entladen. Um 14 Uhr ist alles vorbei.

ihm getroffen habe. Deshalb habe ich gewisse Sympathien für Dänemark.«[8] Der dänische Fregattenkapitän Thorkel BIERE war Zeuge, daß MÜNCH am Morgen des 17. März vom Flughafen Kastrup nach Deutschland abflog. »In Dänemark äußerte sich P. MÜNCH angeblich über das Treffen unter anderem zu justizminister K. K. STFINKE, der laut dem verstorbenen Gutsbesitzer C. TEISEN sein Wissen an Dr. jur. Carl POPP-MADSEN weitergab.«'1

Im Kopenhagener Rigsarkiv (Reichsarchiv) liegt eine verschlossen gehaltene Aussage[10] von Jochen PEIPER, der auf Befehl HIMMLERS mit diesem im PKW nach Rostock fuhr, das Gespräch mit MÜNCH auf HIMMLERS Geheiß vom Nachbarzimmer aus mit anhörte und Aufzeichnungen machte. Fr hielt den wesentlichen Inhalt der Unterredung zwischen MÜNCH und HIMMLER fest, die GALSTER wiedergibt. Schon auf der Hinfahrt im Auto erzählte der Reichsführer SS PEIPER, daß er sich mit einem ausländischen Minister heimlich treffe, um über die kommende friedliche Besetzung des betreffenden Landes zu sprechen. HITLER wie HIMMLER wollten dabei Krieg und Opfer vermeiden. Bei dem Treffen erklärte der Däne, der nicht bevollmächtigt war, eine Vereinbarung abzuschließen, und nicht gegen den Kopenhagener Reichstagsbeschluß[11] vom 12. Januar 1940 verstoßen durfte, nach Erledigung seiner familiären Angelegenheit und nach HIMMLERS Eröffnung des deutschen Vorhabens der notwendig werdenden friedlichen Besetzung des Landes im Rahmen des gegenüber England unvermeidlichen Skandinavien-Feldzuges, daß er für eine friedliche Lösung eintreten wolle und hoffe, auch den sozialdemokratischen Regierungschef Thorvald STAUNING für den Plan zu gewinnen. Man

[8] LINDTNER, aaO. (Anm. 4), S. 19.

[9] Ebenda.

[10] Zuerst in dänischer Übersetzung veröffentlicht von Jon GALSTER, aaO. (Anm. 5), S. 281 ff.

[11] Das Folkeüng hatte am 12. 1. 1940 beschlossen, »daß die Neutralität des Landes aufrechterhalten werden soll und daß die Mittel, über die es verfügt, wenn nötig angewandt werden sollen, um den Frieden und die Unabhängigkeit des Reiches zu behaupten und zu schützen«.

vereinbarte, über Mittelsmänner Verbindung zu halten und höchstens »symbolischen Widerstand« beim deutschen Einmarsch zu leisten.

Diese Voraus-Absprache über die deutsche Besetzung Dänemarks klappte wie auch weitere Vereinbarungen. Die Verantwortlichen in Kopenhagen >überhörten< Anfang April 1940 mehrere Warnungen vor einem bevorstehenden Einmarsch der Deutschen. Es erfolgte keine Mobilisierung kurz vor dem 9. April in Dänemark trotz in Kopenhagen bekannt gewordener deutscher Truppenzusammenziehungen in den Ostseehäfen wie Stettin und Swinemünde. Es wurde an diesem Tag nur symbolischer Widerstand geleistet, bei dem 17 Dänen ihr Leben lassen mußten, »In den Seefestungen um Kopenhagen bekam die Mannschaft am 8. April Urlaub.«[12]

[12] LINDTNER, aaO. (Anm. 4), S. 19.

In diesem Zusammenhang ist auch die Reaktion der dänischen Königsfamilie interessant. Am 9. April 1940 um 14 Uhr empfing König CHRISTIAN in Anwesenheit des Ministerpräsidenten STAUNING den deutschen Gesandten in Dänemark VON RENTHE-FINK und den deutschen Militärbevollmächtigten Generalmajor HIMER. Nach einem Telegramm des Gesandten ins Reich gab der König »der Hoffnung Ausdruck, daß ein gutes Verhältnis zwischen der dänischen Bevölkerung und den deutschen Soldaten zustande kommen werde. Ferner sagte der König, daß er hoffe, sein Bataillon Garde behalten zu dürfen. Über die ungeheure Schnelligkeit und Präzision der deutschen Truppen sprach der König trotz seiner schmerzlichen Gefühle seine offene Bewunderung aus. Nach der Audienz empfing uns die Königin, die ebenfalls ihrer Hoffnung auf ein gutes Verhältnis zwischen der dänischen Bevölkerung und den Soldaten Ausdruck gab. In der Audienz bestärkte sich der Eindruck, daß es das Bestreben des Königs und der Regierung war, den Willen zu einer freundlichen und korrekten Haltung zu unterstreichen.«[13]

[13] MATLOK, aaO. (Anm. 1), S. 217.

Nach 1945 sollte dann alles ganz anders gewesen sein, und die geheimen Absprachen wurden verdrängt und verschwiegen. Am 1. Juni 1945 verabschiedete der dänische Reichstag das Gesetz Nr. 259, das rückwirkend rund 50000 Dänen, die mit der deutschen Besatzung zusammengearbeitet hatten, zu Landesverrätern erklärte und zugleich in der Besatzungszeit verantwortliche Politiker und Beamte entlastete. Daß alles hinter den Kulissen abgesprochen war, die Regierung also praktisch Landesverrat begangen hatte und die Dänen deswegen dann ziemlich gut durch den Krieg kamen, wird aber heute verdrängt. Noch immer wird in Dänemark versucht, ein falsches Bild von den damaligen Vorgängen aufrechtzuerhalten.

Gegen den Dänen Jon GALSTER, der sich jahrelang um die Aufklärung dieser Vorgänge bemühte, mehrere Zeugen ausfindig machte und selbst aufsuchte, wurden sogar die Gerichte bemüht, die parteiisch die Bestrebungen nach Unterdrückung der historischen Wahrheit unterstützten. In seinem Buch schildert er auch diese Verfolgungen. Rolf Kosiek

Pétain wendet sich gegen Verräter

Der französische Admirai François DARLAN (1881-1942), der seit Juni 1939 Oberbefehlshaber der französischen Kriegsflotte war, förderte zunächst unter der Vichy-Regierung die Zusammenarbeit mit Deutschland. Er weigerte sich nach der französischen Kapitulation, die französische Kriegsflotte in britische Häfen zu überfuhren, woraufhin der Überfall der Briten auf die französische Flotte in Mers-el-Kebir am 3. Juli 1940 erfolgte.[1] Er wurde im Februar 1941 als designierter Nachfolger des greisen französischen Staatspräsidenten Marschall Philippe PÉTAIN Innen-, Außen- und Verteidigungsminister in Vichy und besuchte am 12. Mai 1941 HITLER in Berchtesgaden. Ab April 1942, als er durch Rückberufung LAVALS seine politischen Amter verlor, war er Oberbefehlshaber der gesamten bewaffneten Macht Frankreichs. Als die Anglo-Amerikaner am 8. November 1942 bei Oran und Algier in Nordafrika landeten, war er in Oran, Nach zunächst tagelangen Kämpfen zwischen Franzosen und den Invasoren, wobei die Briten wieder zahlreiche französische Schiffe zerstörten, ging DARLAN am 19. November mit den französischen Streitkräften in Nordafrika nach Aushandlung eines Waffenstillstandes in Algier zu den Westmächten über und liefer-



Oben: Marschall PETAIN und Admiral DARLAN im Gespräch mit französischen Arbeitern bei einer Reise in Südwestfrankreich im September 1941. *Unten:* DARLAN bei einem alliierten Festakt am 22. November 1942 in Algier. Zu seiner Rechten steht General EISENHOWER, zu seiner Linken Admiral CUNNINGHAM.

[1] Beitrag Nr. 204, »Der englische Überfall auf Mers-el-Kebir«.

te diesen Nordafrika aus. Dabei behauptete er, daß er im (geheimen) Auftrag **PeTAINs** gehandelt habe.[2] Doch das ist offenbar nicht richtig. Das Informadonsministerium in Vichy und Marschall PeTAIN dementierten sofort DARJANS Behauptung, der mit seinen großen Vollmachten viele gutgläubige Franzosen getäuscht habe, bis er am 24. Dezember 1942 in Algier einem Attentat zum Opfer fiel.



General Henri GIRAUO,

Um jeden Zweifel auszuräumen, veröffentlichte PETAIN nach DARLÄNS Ermordung noch einmal eine entsprechende Erklärung, in der es hieß: »Alle ehrlosen Chefs, die Französisch-Afrika (übergeben) haben, haben behauptet und fahren fort zu behaupten, daß sie in voller Übereinstimmung mit mir, ja sogar auf meine Anordnung hin handelten. Sie wagen zu versichern, daß sie meine geheimsten Gedanken ausführten. Ihnen setze ich das schärfste Dementi entgegen. Ich habe ihnen Befehl gegeben, jedem Angriff Widerstand zu leisten. Sie mußten kämpfen, und sie hatten die Mittel dazu. Sie haben es nicht getan, und sie haben unter Bruch ihres Wortes die Interessen Frankreichs geopfert. Mit Rücksicht auf seine alten Regierungsämter hat Admiral DARLAN trotz meines wiederholten Bestreitens den Eindruck zu erwecken versucht, als übe er ein legales Amt aus.

Bei General GIRAUD ist kein Zweifel möglich; er behauptet nicht und kann es auch nicht behaupten, irgendeine legale Macht zu haben. Ich verweigere ihm und allen, die unter seinem Befehl stehen, das Recht, in meinem Namen zu sprechen und zu handeln.«[1]

Um dieselbe Zeit marschierten englische Truppen, die im Mai 1942 schon das französische Madagaskar erobert hatten, am 27. Dezember 1942 in Französisch-Somalia ein und besetzten damit einen weiteren Teil des französischen Kolonialreiches, das noch zur Vichy-Regierung gehörte. Über das Schicksal dieses Landes war vorher zwischen General HOPKINSON, dem britischen Kommandierenden in Äthiopien, und dem stellvertretenden französischen Gouverneur von Somaliland verhandelt worden. Bevor es zu einem Ergebnis gekommen war, erfolgte der englische Einmarsch in das schon vorher blockierte Land. Anscheinend wollten die Briten damit einer bevorstehenden Invasion durch die USA und deren Eroberung der französischen Kolonie Somalia zuvorkommen.[4]

Rolf Kosiek

[2] Christian ZENTNF.R U. Friedemann BEDÜRFTIG, *Das große Lexikon des Zweiten Weltkriegs,* Südwest, München 1988, S. 136.

[3] »Neue Erklärung Petains«, in: *Stuttgarter Neues Tagblatt,* 29, 12, 1942.

[4] »Engländer besetzen Dschibuti«, in: ebenda.

Der >Greer<-Zwischenfall 1941 - >Akt deutscher Piraterie<?

Als es zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und dem Deutschen Reich im Dezember 1941 zum Krieg kam, befanden sich die Marinen beider Staaten bereits seit Monaten im Kriegszustand miteinander, Die Schuld dafür gab US-Präsident **ROOSEVELT** einseitig der deutschen U-Boot-Führung, obwohl er selbst in Wirklichkeit prägende Voraussetzungen dafür geschaffen hatte, daß der Konflikt unausweichlich wurde.[1] Doch **ROOSEVELTS** Zuweisung war unbegründet, eher traf das Gegenteil zu: US-Einheiten hatten zu schießen begonnen.

[1] **Franklin Delano ROOSEVELT, »Kamingesprache 1940/41«, in:** *The public papers and addresses,* **Vol. 1-13, New York 1938-1950.**

Trotz der vom amerikanischen Kongreß beschlossenen Neutralitätspolitik hatte US-Präsident Franklin Delano **ROOSEVELT** nie einen Zweifel daran gelassen, daß Amerika an die Seite Englands gehöre. Bereits im Herbst 1939 hatte er das Waffenembargo aufgehoben, um Fondon mit Munition und Kriegsgerät versorgen zu können. Im Sommer 1940 Überheß er London 50 US-Zerstörer, damit die Briten ihre Versorgungskonvois sichern konnten. Im Frühjahr 1941 ermöglichte er England durch das Pacht- und Leihgesetz Waffenkäufe ohne Bezahlung. Und im Sommer darauf verschob er die »panamerikanische Sicherheitszone< zunächst um 300 Seemeilen, bald darauf um weitere 700 Seemeilen bis zum 30. Grad westlicher Länge nach Osten.

Die deutsche Seekriegsleitung (SKL) beobachtete diese Entwicklung mit großer Sorge, wurde doch damit ihren U-Booten und Überwasser-Blockadebrechern der Zugang zum wesdichen Adantik verwehrt. Darüber hinaus mußte sie hinnehmen, daß ihre Schiffe von Fahrzeugen der US-Navy so lange beschattet wurden, bis sie durch von diesen herbeigerufene britische Einheiten aufgebracht oder bekämpft werden konnten. Das alles war von Neutralitätspolitik weit entfernt und wäre mithin schon lange ein Kriegsgrund gewesen, wenn Berlin nicht alles daran gesetzt hätte, um genau diesen Fall eines Kriegsgrundes mit den USA nicht eintreten zu lassen.

Ab Frühjahr 1941 nahm auch die militärische Planung und Zusammenarbeit zwischen der US-Marine und der britischen Royal Navy immer engere Gestalt an. In der »westlichen Hemisphäre* begannen jetzt US-Geleitschiffe die britischen Konvois zu sichern und die Seegebiete gegen deutsche Handelsstörer zu überwachen. Zwar war den US-Kriegsschiffen die Bekämpfung deutscher Blockadebrecher noch immer nicht freigegeben, doch wurde ihnen im Falle, daß sie sich angegriffen fühlten, ein sehr weit gehendes Selbstverteidigungsrecht eingeräumt.

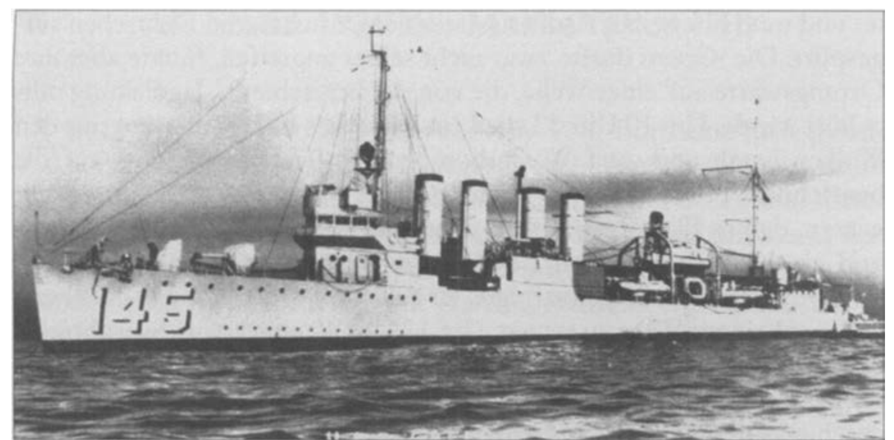
Am 7. Juli 1941 übernahmen amerikanische Truppen das von den Engländern vorher besetzte, seestrategisch wichtige Island und dehnten ihre >Sicherheitszone< bis ins Nordmeer aus, um auch dort den deutschen Blokkadebrechern den Zugang zum Atlantik zu verwehren. Gegenüber dieser in Amerika >*short of war*< genannten Politik ROOSEVELTS hielt sich die deutsche Marine mit großer Selbstbeherrschung zurück, obgleich ihr die Bekämpfung britischer Geleitzüge erschwert und ihr eigenes Risiko beträchtlich erhöht wurde.

Jetzt konnten kaum noch Zweifel daran bestehen, daß alle marinetechnischen Maßnahmen Washingtons darauf angelegt waren, zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit dem Deutschen Reich in Konflikt zu geraten. Ein Beinahe-Zwischenfall, der direkt darauf hinwies, wurde bereits am 10. April 1941 gemeldet, als der US-Zerstörer >Niblack< unter dem Kommandanten Lieutenant-Commander E. R. DURGIN ein Unterwasserziel jagte, das er irrtümlich für ein deutsches U-Boot hielt und mit Wasserbomben angriff.

Dennoch verschärfte die deutsche Seekriegsleitung ihre Einschränkungen für die U-Boote, und mit Befehl vom 21. Juni 1941 durften sie nicht einmal mehr ihre ärgsten Feinde, die britischen Zerstörer, angreifen, wenn diese in Konvoikämpfe verwickelt waren, hatte sich doch gezeigt, daß es bei schlechter Sicht fast unmöglich war, britische und amerikanische Zerstörer auseinan-



Das Zusammentreffen ROOSEWLT-CHURCHILL an Bord der iAugusta< am 8. August 1941 und die dort drei Tage später unterzeichnete »Atlantik-Charta« bedeuteten den inoffiziellen Einstieg der US-Amerikaner in die Atlantik-Schlacht. Hier überreicht CHURCHILL ROOSEEVELT einen Brief König GEORGES VI.



Der US-Zerstörer >Greer<,

derzuhalten, wenn sie gemeinsam zum Schutz von Geleitzügen eingesetzt waren.

Doch nicht nur auf den Konvoikampf wirkte sich das Eingreifen der Amerikaner aus. Die Dänemarkstraße zwischen Island und Grönland, schon im Ersten Weltkrieg das Ausfalltor der deutschen Uberwasser-Blockadebrecher in den freien Atlantik, wurde auf Befehl der US-Atlantik-Flotte vom 1. September 1941 von amerikanischen Schlachtschiffen, Kreuzern und Zerstörern bewacht. Von jetzt an war damit zu rechnen, daß ihre Seestreitkräfte auch schießen würden, wenn ihnen ein deutsches Schiff vor die Rohre kam. Im Verständnis der deutschen Seekriegsleitung bedeutete diese US-Maßnahme »eine so starke Beeinträchtigung des atlantischen Zufuhrkrieges, daß unsere U-Boote entweder die Genehmigung zum Angriff erhalten oder vom Atlantik abgezogen werden müssen«. Doch eine Entscheidung des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht, HITLER, an den die Aufforderung der Seekriegsleitung gerichtet war, blieb bis auf weiteres aus.[2] So grenzte es fast an ein Wunder, daß ernste Zwischenfälle bis zum Zeitpunkt des offiziellen Ausbruchs der Feindseligkeiten am 11. Dezember 1941 vermieden werden konnten — allerdings mit der folgenden Ausnahme:

Am frühen Morgen des 4. September 1941 stand ein deutsches U-Boot-Rudel im Seegebiet südwestlich von Island bereit, um auf einen britischen Konvoi angesetzt zu werden. Ein Boot davon war >U 652< unter dem Kommandanten Oberleutnant zur See Georg W. FRAATZ. Um 8 Uhr 40 mußte U-652 vor einem feindlichen U-Jagdflugzeug wegtauchen. Eine Stunde später wurde es von einem Zerstörer unter Wasser geortet und verfolgt, Verfolger war der US-Zerstörer >Greer< unter dem Kommando von Lieutenant-Commander FROST, der sich auf dem Marsch nach Island befand. FROST hatte die U-Boot-Ortung des britischen Fliegers aufgenommen, seinen Kurs auf die angegebene Position ausgerich-

[2] Cajus BEKKER, *Verdammte See,* Stalling, Oldenburg 1971, S. 297 ff.

tet und mit Hilfe seines Asdik-Gerätes den unsichtbaren Deutschen aufgespürt. Die >Greer< durfte zwar nicht selber angreifen, funkte aber ihre Ortungswerte auf einer Welle, die von der bridschen U-Jagdleitung mitgehört wurde. Um 10 Uhr 32 stieß ein britisches U-Jagdflugzeug aus den Wolken herab und warf Wasserbomben mit Tiefeneinstellung auf die bezeichnete Position des U-Bootes. Oberleutnant FRAATZ konnte nicht wissen, daß es Flugzeugbomben waren, die sein Boot durchschüttelten, und glaubte sich von dem US-Zerstörer angegriffen, der ihn seit fast zwei Stunden hartnäckig verfolgte. Er beschloß daher, sich bei der ersten Gelegenheit zur Wehr zu setzen. Um 12 Uhr 40 ging er auf Seerohrtiefe, erblickte den Zerstörer in Schußposition und feuerte einen Torpedo-Zweierfächer auf ihn ab. US-Lieutenant-Commander FROST wußte dem geschickt auszuweichen und griff nun seinerseits den unsichtbaren Feind mit Wasserbomben an. Zwar blieb der Waffeneinsatz beider Kommandanten ohne Wirkung und gelang es >U 652<, sich der Verfolgung durch die >Greer< zu entziehen, doch da beide Seiten ihre Feindberührung meldeten, ging die Kunde von diesem Zwischenfall um die Welt.[3]

Eine Woche darauf, am 11. September 1941, verurteilte Präsident ROOSRVFJ.T in einer öffentlichen Rede die Handlungsweise der deutschen U-Boot-Führung »rechtlich und moralisch als Piraterie« und verlangte eine »aktive Abwehr«. Marineminister KNOX gab daraufhin der US-Navy den Befehl, die »Überwasser- und Unterwasserpiraten mit allen verfügbaren Mitteln aufzubringen oder zu zerstören«. - »Seit dem 4. September 1941«, so lautet die Feststellung des US-Historikers Samuel E. MORISON, »bestand im Atlantik de facto zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland der Kriegszustand«, und damit mehr als ein Vierteljahr vor der eigentlichen Kriegserklärung.[4]

ROOSEVELTS Eintreten für London beendete eine lange Zitterpartie für Winston CHURCHILL, dessen größtes Bestreben es war, die USA auf seiner Seite in den Krieg zu ziehen. Nach seinem Urteil hat das Verhalten ROOSEVELTS den Wendepunkt des Seekrieges und darüber hinaus des gesamten Krieges herbeigeführt. Jetzt war vor aller Welt erwiesen, daß Amerika mit seinem riesigen Finanz- und Wirtschaftspotential, seiner Luftwaffe, seiner Armee und vor allem mit seiner Marine hinter Großbritannien stand und auch in Zukunft stehen würde, einem Britannien, das — wie CHURCHILL zweifellos wußte — nicht in der Lage war, den Krieg gegen Deutschland allein durchzustehen." Andreas Naumann

[3] Michael SALEWSÖ, *Die Deutsche Seekriegsleitung 1935-1945,* Bernard u. Graefc, Frankfurt/M.-München 1970, S. 245 ff.

[4] Samuel E. MORISON, *History of the United States Naval Operations in World War II,* University of Illinois Press, 15 Bde., 1947-1962, hier: Bd. 1.

Als Stalin 1939 die Maske fallen ließ

Am 19. August 1939 hat STAUN vor dem Polit-Büro eine Rede gehalten, die seine Kriegsabsicht schlagarüg enthüllt und geradewegs zum ST AI,IN - HitleR - Pak t geführt hat, der den Konflikt mit Polen und damit den Zweiten Weltkrieg auslöste. Noch heute leugnet die Zeithistorie, daß dieser Wordaut dem Text entsprach, der im September 1939 von der französischen Nachrichtenagentur *Havas* abgedruckt und bald darauf in dem bekannten *Prawda*-Interview vom 30. November 1939 unter dem Titel »Das sind die Fakten« von STALIN selbst dementiert worden war. In der Sowjetunion verschwand die Rede als Geheimpapier in den Archiven und wurde erst nach dem Zerfall der UdSSR von der Historikerin T. S. BUSCHUJEWA in einem Sonderarchiv der UdSSR wiederentdeckt.[1] Der sensationelle Fund wurde in dem Moskauer Magazin *Nowij Mir* im Dezember 1994 veröffentlicht.[2] Deutsche Historiker, darunter Eberhard JACKEL, glaubten an eine »billige antikommunistische Fälschung«,[1] und lange hat man nicht nur die Echtheit der Rede bestritten, sondern auch in Frage gesteht, ob die Politbürositzung, auf der sie gehalten wurde, tatsächlich stattgefunden habe. Das galt, bis STALIN-Biograph Dimitrij VOLKOGONOW beides, die Sitzung vom 19. August 1939 ebenso wie die STALIN-Rede, zu bestätigen vermochte, wie Wolfgang STRAUSS und Viktor SUWOROW uns mitteilen."[1] Neben russischen Militärhistorikern wie SUWORÖW bezweifelt neuerdings auch der Historiker Stefan SCHEIL, daß es sich bei der Rede um eine Fälschung handelt.[5]



STALIN-Biograph Dimitrij VOLKOGONOW,

Alle Mitglieder des Politbüros waren versammelt, als STALIN am 19. August 1939 zur polnischen Krise Stellung nahm: »Frieden oder Krieg? Diese Frage ist in ihre kritische Phase getreten. Ihre Lösung hangt von der Position ab, welche die Sowjetunion einnehmen wird. Wir sind absolut überzeugt, daß, wenn wir ein Beistandsabkommen mit Frankreich

[1] jetzt >Aufbewahrungszentrum der historisch-dokumentarischen Sammlungen«, Moskau, Registr.Nr. 7/1/1223.

- Magazin *NowijMir,* Nr. 12, Jahrgang 1994, S. 232 ff.

[3] Eberhard JACKEL, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* Oktober 1958, Nr. 4, S. 381 ff., unter Bezugnahme auf die in Genf erschienene *Revue de droit international,* Nr. 3, Juli/Sept. 1939, S. 247 ff.; *Die Welt,* 31. 8. 1996.

[4] Wolfgang STRAUSS, *Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit*, Herbig, München 1998, S. 92 ff.; siehe auch *Staatsbriefe,* 2. 3. 1995.

[5] Stefan SCHEIL, *Fünf plus Zwei, Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges,* Duncker u. Humblot, Berlin [2]2004, S. 141; Viktor SUWOROW, *Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül,* Klett-Cotta, Stuttgart [2]1989, S. 62 f.

und England schließen, Deutschland sich gezwungen sehen wird, Polen gegenüber zurückzuweichen und einen *modus vivendi* mit den Westmächten zu suchen. Auf diese Weise könnte ein Krieg vermieden werden. ..

Andererseits, wenn wir die Vorschläge Deutschlands annehmen und einen Nichtangriffspakt abschließen, dann wird Deutschland sicherlich Polen angreifen, und eine Intervention in diesem Krieg von Seiten Englands und Frankreichs wird unausweichlich. Unter diesen Umständen haben wir große Chancen, uns aus dem Konflikt herauszuhalten, und können gespannt unseren Zeitpunkt abwarten. Das ist genau das, was in unserem Interesse liegt.

Es ist nicht schwierig, die Entwicklung vorherzusagen, wenn wir uns in dieser Weise verhalten. Für uns ist klar, daß Polen ausgelöscht sein wird, ehe England und Frankreich Maßnahmen treffen können, um Polen zu Hilfe zu kommen. In diesem Fall übergibt Deutschland uns einen Teil Polens, bis in die Gegend von Warschau und auch das ukrainische Galizien. . . Daher müssen wir die Möglichkeiten abschätzen, die sich aus einer Niederlage oder einem Sieg Deutschlands ergeben können.

Prüfen wir den Fall einer deutschen Niederlage: England und Frankreich sind stark genug, um Berlin zu erobern und Deutschland zu zerstören, und wir sind nicht in der Lage, in diesem Fall wirksam einzugreifen. Jedoch unser Ziel muß sein, daß Deutschland den Krieg so lange wie möglich führen kann, bis England und Frankreich ermüdet und so weit geschwächt sind, daß sie nicht mehr in der Lage sind, Deutschland allein zu schlagen.

Was unsere Lage betrifft: Indem wir neutral bleiben, unterstützen wir Deutschland wirtschaftlich durch die Lieferung von Rohstoffen und Nah-

Kesselwagen auf dem Verschiebebahnhof in Przemysl. Tatsächlich kam es nach der Unterzeichnung des MOLOTOW-RIBBENTROP-Paktes zu der von STALIN angedachten wirtschaftlichen Unterstützung Deutschlands vor allem in Form von Rohstofflieferungen. Deutschland bezog die zur Fortsetzung des Krieges benötigten Güter sowohl aus der UdSSR als auch aus dem Fernen Osten (durch Transit). Aus: Helmuth Günther DAHMS, *DerZweite Weltkrieg in Text und Bild,* Herbig, München [5]1999.

rungsmitteln; aber wir werden dafür Sorge tragen, daß die Hilfe nicht eine bestimmte Grenze überschreitet, sie darf also nicht unsere eigene wirtschaftliche Situation erschweren und die Schlagkraft unserer Armee schwächen.. .

Prüfen wir nun die zweite Hypothese, nämlich einen Sieg Deutschlands: Einige sind der Ansicht, daß diese Möglichkeit für uns die größte Gefahr bedeuten würde. Es ist klar, daß darin viel Wahrheit steckt. Aber es ist ein Irrtum anzunehmen, daß diese Gefahr schon so nahe und groß wäre, wie manche glauben. Wenn Deutschland siegt, dann wird es so geschwächt sein, daß es während der nächsten zehn Jahre keinen Krieg gegen uns führen kann. Sein Bestreben wird sein, England und Frankreich so zu entkräften, daß sie sich nicht mehr erheben können. Andererseits wird ein siegreiches Deutschland über Kolonien verfügen, deren Anpassung mit germanischen Methoden Deutschland für Jahrzehnte beschäftigen wird. Es ist offenkundig, daß Deutschland zu stark in Anspruch genommen sein wird, um sich gegen uns zu wenden.

Es gibt darüber hinaus einen Faktor, der unsere Sicherheit garantiert. In einem besiegten Frankreich wird die kommunistische Partei zu einer starken Kraft anwachsen, unausweichlich vollzieht sich dann die kommunistische Revolution. Diesen Umstand können wir ausnutzen, indem wir Frankreich zu Hilfe kommen und es zu unserem Verbündeten machen. Später werden alle Völker, die unter den >Schutz< des siegreichen Deutschlands fielen, unsere Verbündeten.

Genossen, im Interesse der Sowjetunion, des Vaterlandes der Werktätigen, hegt es, daß der Krieg zwischen dem Deutschen Reich und dem kapitalistischen anglo-französischen Block ausbricht. Es ist entscheidend für uns, daß dieser Krieg so lange wie möglich andauert, bis zur Erschöpfung beider Seiten. Das sind die Gründe, weshalb wir den von Deutschland vorgeschlagenen Vertrag annehmen und alles dafür tun müssen, daß dieser Krieg, ist er erst einmal erklärt, so lange wie möglich dauert. Wir müssen unsererseits unsere Wirtschaft verstärken, so daß wir am Ende des Krieges gut vorbereitet sind.«[6]

Nach Viktor SUWORDW erließ STALIN noch am selben Tag die Befehle für die Aufstellung »Dutzender neuer Divisionen und Korps«." SUWORÖW übermittelt uns auch den *Havas-Text,* den STALIN am 30. November 1939 mit folgenden Worten ins Reich der Lügenmärchen verbannt hat:

[6] SUWOROW, ebenda, S. 62 ff.; dazu auch Andreas NAUMANN, *Freispruchfür die Deutsche Wehrmacht. Unternehmen Barbarossa* erneut auf dem Prüfstand,* Grabert, Tübingen 2005, S. 213 ff., und ders., *Das Reich im Kreuzfeuer der Weltmächte*, Grabert, Tübingen 2006, S. 197 ff.

[1] Viktor SUWOROV, aaO. (Anm, 5); ders., *Der Tag M,* Klett-Cotta, Stuttgart 1995.

»Diese Meldung der Agentur *Havas* ist wie viele andere ein Lügengeschwätz. . . Aber wie sehr diese Herrschaften auch lügen mögen, so können sie doch nicht in Abrede stehen,

a. daß nicht Deutschland Frankreich und England angegriffen hat. ..

b. daß Deutschland... Frankreich und England Friedensvorschläge unterbreitet hat. . .

c. daß die herrschenden Kreise Englands und Frankreichs in brüsker Form sowohl die Friedensvorschläge Deutschlands wie auch die Versuche der Sowjetunion, eine schnellstmögliche Beendigung des Krieges zu erreichen, abgelehnt haben. Das sind Tatsachen. I. STAUN.«

Viktor SUWOROW meint dazu: »Es ist ungemein wichtig zu wissen, was STAUN auf der Sitzung des Politbüros am 19. August 1939 gesagt hat. Aber selbst wenn wir dies nicht durch die Havas-Meldung erfahren hätten, sehen wir doch seine Taten. Bereits vier Tage nach der Sitzung des Politbüros im Kreml erfolgt die Unterzeichnung des MoLoTOW-RibbENTROP-Paktes. .. Nikita CHRUSCHTSCHOW berichtet in seinen Memoiren von STALINS Freudenschrei nach der Unterzeichnung des Vertrages: »>Ich habe I HITLER hinters Licht geführt!«.. . Schon zwei Wochen danach hatte HrrLER den Zweifrontenkrieg. . . (gemeint ist der Krieg mit Polen und der von Hm ER gefürchtete Konflikt mit den Westmächten, A. N.) Mit anderen Worten: Am 23. August 1939 hatte STALIN den Zweiten Weltkrieg gewonnen, noch ehe HITLER ihn begann.«[8]

Auf der Grundlage der Veröffentlichung von STALINS Rede im *Nowij Mir* eröffneten Historiker der Universität Nowosibirsk eine Untersuchung der gesamten Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, ihre Forschungsergebnisse erschienen am 16. April 1995 unter der Überschrift »Erster September 1939 bis neunter Mai 1945«[9] aus Anlaß des 50. Jahrestages der Vernichtung des »faschistischen Deutschlands«. W L. DOROSCHENKO, einer der Verfasser der Nowosibirsker Publikation, bemerkt dazu: »Das Wichtigste an unserer Arbeit ist die Anerkennung der Tatsache, daß STALIN selbst auf die Anklagebank in Nürnberg gehört hätte, er, sein kommunistisches Regime und sein Staat, die UdSSR. Denn der Hauptschuldige an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges heißt STAUN.«

Viktor SUWOROW weist übrigens darauf hin, daß in STALINS Werken auch seine Geheimreden, darunter die oben zitierte, enthalten sind, herausgegeben 1949—1951.

Andreas Naumann

[8] SUWOROW, aaO. (Anm. 5), S. 63 ff.; Nikita CHRUSCHTSCHOW, *Erinnerungen,* Bd. 2, New York 1981, S. 69.

[9] *Erster September 1939 bis 9. Mai 1945, Untersuchungen der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges*, Materialien des Wissenschaftlichen Seminars Nowosibirsk.

Was führte Stalin 1939-1941 wirklich im Schilde?

Wollte STALIN Deutschland und Westeuropa 1941 mit einem Angriffskrieg überziehen? Das Beweismaterial dafür ist erdrückend. Während eine ständig wachsende Anzahl von Revisionisten sich der Wahrheit nicht mehr verschließt, beharrt die etablierte Wissenschaft weiterhin auf dem Bild der >friedliebenden Sowjetunion< die von HITLER überfallen worden sei. Ihre Vertreter meinen, STALINS Angriffsabsicht sei nicht nur unbeweisbar, sondern nach damaliger Lage der Dinge auch unwahrscheinlich. Der Diktator habe im Jahre 1941 nicht wie HITLER mit dem Rücken zur Wand gestanden, sondern genügend Alternativen zur Auswahl gehabt.[1] Da Zeitzeugen heute nicht mehr leben und auch beweiskräftige Dokumente unauffindbar sind, bleibt dem Historiker nur die Beweisführung aufgrund einschlägiger Indizien. Indizien aber sind für die Justiz ein durchaus anerkanntes Hilfsmittel, wenn daraus ein Sachverhalt hervorgeht, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als zutreffend angenommen werden kann.

Daß Zeitzeugen nicht mehr am Leben sind, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Das jüngste damalige Politbüromitglied, Lawrend Pawlowitsch BERIJA, war 1939 bereits 40 Jahre alt. Seitdem sind 68 Jahre ins



Was führte STALIN wirklich im Schilde? Hier steht er am 1. Mai 1941, also genau vier Tage vor seiner geheimen Ansprache vor Absolventen der Militärakademie auf der Tribüne des LENIN-Mausoleums. Neben ihm, von links: Ceorgi DIMITROEF, Kliment WOROSCHILOW, Andrej ANDREIEW und Wjatscheslaw MOLOTOW.

[1] Sally W. STOKCKER, »Tönerner Koloß ohne Kopf; Stalinismus und Rote Armee«, in: Bianka PIETROW-ENNKER (Hg.), *Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion,* Fischer, Frankfurt/M. 2000; ferner Juri GORKOW dortselbst, »22. Juni 1941: Verteidigung oder Angriff? Recherchen aus russischen Zentralarchiven«; sowie die weiteren Artikel von Jürgen FÖRSTER, Lew A. BESYMENSKI, Bernd BONWEISCH und Benno ENNKER dortselbst.

Land gegangen. Daß aber STALIN nach dem Krieg alle verdächtigen Dokumente verschwinden ließ, wissen wir von Viktor SUWOROW und seinen russischen Historikerkollegen.[2]

Die Indizien

1. Stalins Ansprachen: Auf der Suche nach Indizien liegt es nahe, STALINS Reden auf einschlägige Aussagen zu überprüfen. Doch Diktatoren werden ihre Absichten kaum öffentlich kundtun, weshalb Vorsicht geboten ist. Dennoch gibt es eindeutige Fundstellen:

> STALINS Geheimrede vor den Mitgliedern des Politbüros am 19. August 1939,

^ die Rede STALINS vor den Akademie-Absolventen im Georgs-Saal des Kreml vom 5. Mai 1941,

> ebenso die Rede selbigen Datums vor einem Kreis ausgesuchter höherer Offiziere bei einem Kreml-Bankett.

Die erstgenannte Rede wurde kurz nach Kriegsbeginn 1939 von der französischen *Havas*-Agentur veröffentlicht und bald darauf mit STALINS berühmtem Interview vom 30. November 1939 von diesem selbst dementiert. Während die etablierte Wissenschaft dem Dementi heute noch Glauben schenkt, wird dies von zahlreichen Historikern bezweifelt, so unter anderen von Viktor SUWOROW, David IRVING, Joachim HOLTMANN, Stefan SCHEIL und Walter POST.[3]

Zu den beiden letztgenannten Ansprachen bringt unter anderen David IRVING eine Wiedergabe von STALINS Ausführungen: »Sehr ausführlich erklärte er die Vorbereitungen auf den kommenden Krieg gegen Deutschland.« Zur Bewaffnung kämen die neuen Panzer typ en KW I und KW II hinzu. »Das sind ausgezeichnete Panzer, deren Panzerung 76 mm-Geschossen standhält.. . Heute haben wir bis zu hundert Panzer- und motorisierte Divisionen.. . Der Plan des Krieges ist bei uns fertig, die Flugplätze sind gebaut. . . Flugzeuge der 1. Linie befinden sich bereits dort. . . Im Laufe der nächsten zwei Monate können wir den Kampf mit Deutschland beginnen.«[4] Diese Angaben decken sich mit zahlreichen Aus-

[2] Viktor SUWOROW, *Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül*, Klett-Cotta, Stuttgart [3]1989, S. 422; ders., *Stalins verhinderter Erstschlag. Hitler erstickt die Weltrevolution,* Pour le Mérite, Selent 2000, S. 211.

[3] SUWOROW, *Der Eisbrecher,* ebenda, S. 63 ff.; Nikita CHRUSCHTSCHOW, *Erinnerungen,* Bd. 2, New York 1981, S. 69.

[4] Vielfach veröffentlicht, so u. a. bei David IRVING, *Hitlers Krieg,* S. 293; Joachim HOFFMANN, *Stalins Vernichtungskrieg,* Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995, S. 28 ff.; Viktor SUWOROW, *Stalins verhinderter Erstschlag,* aaO. (Anm. 2), S. 325; sowie Wehrmachtakten beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Potsdam.

sagen von den Deutschen gefangener Sowjetoffiziere, die die Reden selbst gehört haben.[5]

2. Der Aufmarschplan der Roten Armee: Überlegungen, STALIN könne Vorbereitungen für einen Präventivschlag getroffen haben, erfuhren neue Brisanz, als Oberst Wladimir KARPOW in der Zeitschrift des russischen Generalstabs eine aufsehenerregende Veröffentlichung machte. Es ging um eines der geheimsten Papiere der Sowjetunion. Werner MASER berichtet in seinem Buch *Der Wortbrucb* ausführlich darüber. Die Rede ist von dem strategischen Aufmarschplan der Roten Armee für einen Krieg gegen Deutschland und seine Verbündeten vom 15. Mai 1941. Hier handelt es sich um ein alljährlich fortgeschriebenes Organisationspapier des sowjetischen Generalstabs zum Truppenaufmarsch im Kriegsfall, das aber durch bestimmte hochaktuelle Formulierungen speziell auf das fahr 1941 Bezug nimmt und daher als ein ernst zu nehmender Indikator für sowjetische Angriffabsichten im Sommer oder Herbst 194Î anzusehen ist.[6]

3. **Der Wechsel Stalins ins Lager der Alliierten:** Im Frühsommer 1941 gab es erste Hinweise für einen bevorstehenden Lagerwechsel STALINS im Zusammenhang mit der Entsendung des britischen Sonderbotschafters Sir Stafford GRIPPS nach Moskau, die sich bald darauf bestätigten. Bereits der Offiziersputsch in Belgrad zu Beginn der jugoslawisch-griechischen Balkankrise vom 27, März 1941, die zum deutschen Einmarsch auf dem Balkan führte, geschah im Zeichen der britisch-sowjetischen Geheimdiplomatie."

4. Die **Annexion der baltischen Staaten:** MOLOTOWS ultimative Forderungen an die Regierungen der baltischen Staaten hatten am 28. September mit Estland, am 5. Oktober mit Lettland und am 10. Oktober 1939 mit Litauen zu weitgehenden Eingriffen in die Souveränität dieser Staaten geführt, die im Juni 1940 zum Einmarsch sowjetischer Truppen,

s HOFFMANN, ebenda, S. 27.

6 Werner MASER, *Der Wortbruch. Hitler, Stalin und der Zweite Weltkrieg,* Olzog, München 1994. Näheres dazu bei Andreas NAUMANN, *Das Reich im Kreuzfeuer der Weltmächte, Stationen der Einkreisung,* Grabert, Tübingen 2006, S. 309 ff.; ebenso in: ders., *Ereispruch für die Deutsche Wehrmacht. >Unternehmen Barbarossa< erneutauf dem Prüfstand,* Grabert, Tübingen 2005, S. 170 ff.; Viktor SUWOROW, *Marschall Schukow,* Pour le Mérite, Selent 2002, S. 73 ff.; Viktor SUWOROW, *Erstschlag,* aaO. (Anm. 2), Anhang 1,S. 315 ff.

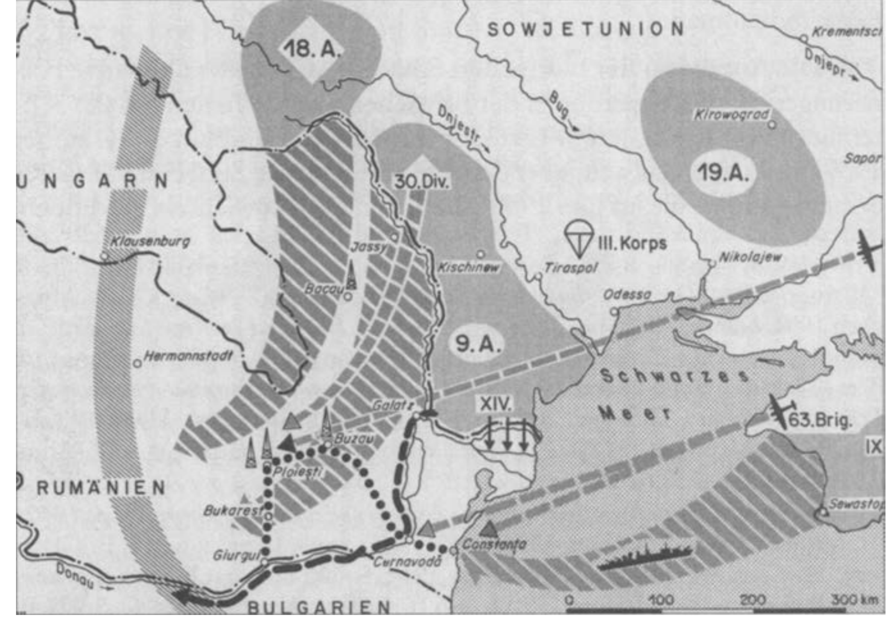
Walter POST, *>Unternehmen Barbarossa<— deutsche undsonjetische Angriffspläne 1940/41,* Mittler u. Sohn, Hamburg 1996, S. 151; siehe auch: LANGER und S. E. GLEASON, *The Challange to Isolation,* New York 1952, S. 639 f.; Ernst TOPITSCH, *Stalins Krieg,* Busse-Seewald, Herford 1990, S. 146 ff.; NAUMANN, aaO. (Anm. 6), S. 227 ff.

zur Besetzung der vorgenannten Länder und damit zum unbehinderten Zugang der Sowjets an die Ostsee führten. Die baltischen Häfen waren jetzt im Besitz der Rotbanner-Flotte. Mit diesem Vorgehen wurden wichtige deutsche Sicherheitsinteressen verletzt, unter anderem auch durch die sowjetische Besetzung des litauischen Erdöl-Gebietes um Mariampol, das dem Reich zugesprochen war."

[8] Walter POST, ebenda, S. 146 ff.

5. **Die Erpressung Rumäniens durch die Sowjets:** Um HITLERS Möglichkeiten einzuschränken, gab es für STAUN ein vorzügliches Mittel, denn der neuralgische Punkt des Reiches war die Rohstoffversorgung. Berlin war dringend auf rumänisches Erdöl angewiesen. Durch Druck auf Bukarest versuchte STAUN, das Reich von den Rohstoffquellen abzuschneiden, So ließ er am 23. Juni 1940 seinen Außenminister MOLOTOW erklären, die Bcssarabienfrage sei Teil der geheimen Abmachungen vom 23. August 1939 und ihr Aufschub dulde keine Lösung.[1'] Jetzt setzte sich in Berlin die Erkenntnis durch, daß Moskaus Ziele weiter gesteckt waren, als man bisher vermutet hatte. Und am 26. Juni 1940 übergab MOLOTOW dem rumänischen Botschafter ein Ultimatum, in dem die Abtretung Bessarabiens innerhalb von zwei Tagen gefordert wurde. Auf Anraten HITLERS, der sich zur Abhilfe nicht in der Lage sah, nahm König CAROL von Rumänien das Ultimatum an, und die Rote Armee rückte in Bessarabien ein. Damit befand sie sich nur noch rund 120 Kilometer vor den rumänischen Erdölquellen, was Berlin als konkrete Bedrohung empfinden mußte.[9]

" *Akten zur deutschen Außenpolitik (ADA?)* DX, Nr. 20; Viktor SUWOROW, *Marschall Schukow,* aaO. (Anm. 6), S. 53 ff.; NAUMANN, *Freisprach,* aaO. (Anm. 6), S. 224.



Die Karte (aus SUWOROWS *Eisbrecher)* zeigt - Stand Juni 1941 daß die rumänischen Ölfelder einer der neuralgischen Punkte des Dritten Reichs waren. Viktor SUWOROW zufolge war die Sowjetunion aus diesem Grund darauf vorbereitet, ihren Hauptschlag gegen Rumänien zu führen.

6. Der Offiziersputsch in Belgrad: Beim Belgrader Offiziersputsch zu Beginn der jugoslawisch-griechischen Balkankrise am 27. März 1941 zeigten sich die ersten Früchte der britisch-sowjetischen Geheimdiplomatie. HITLER, der das sowjetische Doppelspiel durchschaute, begann jetzt die Karten auf dem Balkan neu zu mischen. So hatte er sich am 28. November 1940 in einem Treffen mit dem jugoslawischen Außenminister bemüht, das Land für den Beitritt zum Drei-Mächte-Pakt zu gewinnen. Das führte dazu, daß der Kronrat am 18, März 1941 den Beitritt beschloß, der sechs Tage darauf unterzeichnet wurde. STALIN, dem jetzt alles daran lag, HITLER Knüppel zwischen die Beine zu werfen, hatte inzwischen Marschall SCHUKOW beauftragt, zusammen mit dem jugoslawischen General SIMOVK: einen Offiziersputsch zu organisieren, der am 27. März 1941 in Belgrad in Szene ging und zur Verhaftung der Regierung führte. CHURCHILL von Moskau im voraus unterrichtet, beeilte sich, die förmliche Anerkennung der neuen Regierung anzukündigen und SIMOVICS Ernennung zum Ministerpräsidenten zu bestätigen. Damit trat das sowjetisch-britische Zusammenspiel offen zutage. Hier handelte es sich um einen Akt des Kremls gegenüber Berlin, der nicht anders als feindlich bezeichnet werden konnte. Er diente als Vorspiel für eine Flankenoperation zur geplanten sowjetischen Offensive gegen Rumänien, bei der London und Moskau erstmals zusammenarbeiteten, weshalb HITLER nicht anstand, den deutschen Angriff auf Jugoslawien und Griechenland zu befehlen. Doch der Balkankrieg, der am 6. April 1941 begann, von dem STALIN erwartet hatte, daß er die Wehrmacht für den Rest des Jahres beschäftigen würde, dauerte gerade einmal zehn Tage, dann beschloß die jugoslawische Regierung die Kapitulation.[10]



Kaum war Jugoslawien dem Dreimachtepakt am 25. März 1941 beigetreten, wurde die Regierung in Belgrad - vermutlich durch einen von Moskau aus gesteuerten Vorgang - zwei Tage später gestürzt.

[10] POST, aaO. (Anm. 7), S. 187 u. 363 (Vernehmung von Reichsmarsch all Hermann GÖRINc, in Nürnberg); Winston CHURCHILL, *Der Zweite Weltkrieg,* Bd. III, 1, S. 46 f.

Jugendliche Fallschirmspringer bei der Ausbildung in einem der vielen Fallschirmspringer-Vereine. STAUN ließ über eine Million Fallschirmspringer ausbilden. Außerdem ließ er ein zweisitziges Flugzeug (R-5) zum Transport von je 16 Fallschirmjägern entwickeln, was in einem Verteidigungskrieg wenig Sinn macht. Aus: Viktor SUWOROW, *Der Eisbrecher,* Stuttgart⁵1990.



7. **Die doppelspurigen sowjetischen Eisenbahnen:** Walter POST berichtet von einem im Westen bislang unbekannten Kapitel sowjetischer Kriegsvorbereitungen. Der Kreml hatte befohlen, den Eisenbahnpark so auszurichten, daß er bei Bedarf auf europäische Spurweite umgestellt werden konnte. Der Zweck dieser Technik lag ausschließlich im militärischen Bereich, nämlich, um im Fall eines Angriffskrieges in Europa beweglich zu sein. [11]

8. Schwerpunkt der Ausbildung der Roten Armee war der Angriff: Die sowjetische Militärtheorie betrachtete den Angriff als die Hauptform militärischer Operationen. Nicht Verteidigungs-, sondern Angriffsoperationen standen im Vordergrund der militärischen Überlegungen in den Akademien und Waffenschulen. Und nur darüber sprachen die führenden Generale in ihren Ausführungen.[12]

9. Die Rote Armee richtete mobile Gefechtsstände ein: Entsprechend der aggressiven Militärdoktrin richtete man mobile Gefechtsstände ein, die auf Schienenfahrzeugen die Truppe während der Vorwärtsbewegung begleiten sollten.[13]

10. Die Rolle der sowjetischen Luftlandetruppe: Jahre, bevor andere Länder überhaupt daran dachten, verfügte die Sowjetunion über eine ausgebildete Luftlandetruppe, die sie ständig erweiterte. 1941 verfügte sie über fünf Luftlandekorps mit insgesamt 16 Brigaden, sowie über eine Reserve von mehr als einer Million ausgebildeter Fallschirmspringer. Fünf weitere Korps waren in der Aufstellung, insgesamt das

[11] NAUMANN, *Freispruch,* aaO. (Anm. 6), S. 241; POST, ebenda, S. 366 ff.

[12] M. TUCHATSCHEWSKI, *Die Rote Armee und die Miliz,* Frankes, Leipzig 1921, S. 5; S. I. GUSJEW, *Der Bürgerkrieg und die Rote Armee,* Moskau 1925, S. 129; M. W FRUNSE, *Die einheitliche Militärdoktrin und die Rote Armee,* Berlin 1956, S. 154; HOFFMANN, aaO. (Anm.4), S. 18 ff.; NAUMANN, *Freispruch,* ebenda, S. 202.

[13] NAUMANN, *Freispruch,* ebenda, S. 244; SUWOROW, *Marschall Schukow,* aaO. (Anm. 6), S. 142.



Durch die Entwicklung des T-34, der mit 60 cm breiten Ketten auch in unwegsamem, weichen Gelände, in den Sümpfen und auf den Eisflächen Rußlands einsetzbar war, sollte sich die Lage an der russischen Front verändern.

Vielhundertfache dessen, was die übrige Welt besaß. Nicht nur der Fachmann weiß, welchem Zweck diese Truppe dient: nur dem Angriff,[14]

11. Bereits 1939 besaß die Sowjetunion die größte Panzertruppe der Welt: Im Jahre 1941 bestand nach STALINS eigenen Angaben ihr Umfang aus 62 Panzerdivisionen und 34 mechanisierten Großverbänden mit über 24000 Panzerkampfwagen,[15] das Mehrfache dessen, was die übrige Welt besaß. Da unbestritten ist, daß der Panzer in allen Armeen der Welt als die klassische Angriffswaffe gilt, steht kaum zu erwarten, daß STALIN seine Panzer ausschließlich zur Verteidigung der Sowjetunion einsetzen wollte. Sie waren für den Angriff gedacht.

12. Wteso besaß die Rote Armee kein Kartenmaterial der Sowjetunion? Sowjetische Historiker berichten, daß die Rote Armee zu Anfang der Kampfhandlungen im Juni 1941 so gut wie kein Kartenmaterial besaß, mit dem die Truppe hätte arbeiten können. Gleichzeitig wurden von den deutschen Einheiten zahlreiche Güterwagen in den russischen Grenzregionen aufgefunden, die viele Millionen Generalstabskarten geladen hatten. Leider konnten die sowjetischen Soldaten damit nichts anfangen, da es sich ausschließlich um deutsche und polnische Landkarten handelte. Übrigens fand man dabei auch deutsche und polnische Sprach- und Reiseführer, damit die vorrückenden Rotarmisten die Ortsschilder lesen oder nach dem Weg fragen konnten.[16]

13. Die Rote Luftarmee war größer als alle europäischen Luftwaffen zusammen genommen. Das galt übrigens einschließlich auch

[14] SUWOROW, *Eisbrecher,* aaO. (Anm. 2), S. 129; NAUMANN, *Freispruch,* ebenda, S. 231.

[15] HOLTMANN, aaO. (Anm. 4), S. 22 ff.

" NAUMANN, *Freispruch,* aaO. (Anm. 6), S. 234; SUWOROW, *Stalins verhinderter Erstschlag,* aaO. (Anm. 4), S. 204 f. u. 215 f.; POST, aaO. (Anm. 7), S. 365, Vernehmung von Generalfcldmarschali VON RUNÜSTEDT in Nürnberg.

derjenigen der USA und Japans, denn die sowjetische Zahl lag bei über 23245 Front-Flugzeugen, darunter viele neuer und neuester Bauart.[1']

[17] HOFFMANN, aaO. (Anm. 4), S. 23.

[18] Ebenda, S. 21.

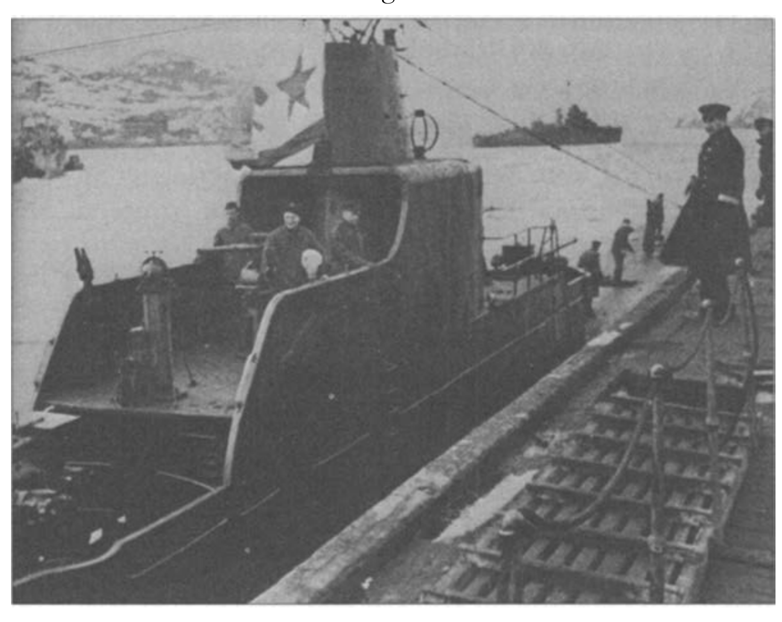
14. Auch die sowjetische Artillerie konnte sich sehen lassen, Sie besaß 1941 nach eigenen Angaben über 145000 Geschütze und Granatwerfer aller Kaliber und war damit zahlenmäßig größer als die Artillerie der gesamten übrigen Welt.[18]

15. Wozu diente dem Kreml die riesige U-Bootflotte? Während Deutschland bei Kriegsbeginn über knapp 30 hochseetaugliche U-Boote verfügte, mit denen es den Seekrieg gegen Großbritannien aufzunehmen gezwungen war, verfügten die Sowjets - einschließlich noch im Bau befindlicher Typen - über 345 U-Boote. Der Gedanke liegt nahe, daß STAUN damit nicht nur die deutschen Ostseehäfen zu blockieren gedachte.[15]

[19] NAUMANN, *Freispruch,* aaO. (Anm. 6), S. 251 ff.

16. Die Landesverteidigung war in der Roten Armee kein Thema: In der gesamten Roten Armee gab es keinen Plan, der auf die Landesverteidigung Bezug hatte. Es gab dafür kein Konzept, denn STAUN hatte die Vorwärtsstrategie befohlen. Zu diesem Zweck gab es die sogenannten >Roten Pakete«, die jeder Kommandeur auf Stichwort zu öffnen hatte. Darin standen die nächsten Aufgaben der jeweiligen Truppe im Detail. »Das Übel lag nicht daran, daß uns operative Pläne gefehlt hätten. Natürlich gab es operative Pläne, sogar sehr detailliert ausgearbeitete,.. das Übel lag in der Unmöglichkeit ihrer Ausführung in der eingetretenen Situation.«[20] Gemeint war die plötzlich eingetretene Verteidigungslage nach dem überraschenden Angriff der deutschen Wehrmacht.

[20] Ebenda, S. 20; SUWOROW, *Stalins verhinderter Erstschlag,* aaO. (Anm. 4), S. 144 u. 148 ff.; SUWOROW, *Eisbrecher,* aaO. (Anm. 2), S. 409, 419 ff., 422 u. 425 ff.



Eines der zahlreichen sowjetischen U-Boote verläßt die U-Boot-Basis. Benötigte STALIN über 300 U-Boote, nur um die westlichen Lieferungen aus Großbritannien und den USA vor den Deutschen zu schützen? Bestimmt nicht.

17. Was geschah mit der Stalin-Linie? Diese Linie war ein stark befestigtes Stützpunktsystem, das sich vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer erstreckte. Mit ihrer Errichtung war in den zwanziger Jahren begonnen worden. Seit 1939 aber hatte sich die sowjetische Westgrenze um rund 300 km nach Westen verschoben, und die STALIN-Linie wurde weitgehend entwaffnet. Matte man sie an der neuen Grenzlinie wieder aufgezogen? Teilweise, aber man ließ sich Zeit. SCHUKOW hatte nämlich erkannt, daß die Deutschen meinten, solange an der neuen Linie gebaut werde, sei die Rote Armee nicht kriegsbereit. Dem entsprechend wurde der Fortgang der Bauten von deutschen Offiziersstreifen laufend beobachtet. Ähnlich war SCHUKOW im August 1939 in Chalkin-Gol mit den Japanern verfahren. Auch diese hatten angenommen, solange an den Grenzbefestigungen gebaut werde, sei die Rote Armee nicht kriegsbereit. Dann aber griff SCHUKOW plötzlich an und vernichtete die gesamte Kwan tung-Armee.[21]



Eine der wenigen verbliebenen Befestigungen der **STALIN**-Linie, welche gleich zu Beginn des lUnternehmens Barbarossa* zerstört wurde.

[21] NAUMANN, ebenda, S. 208.

18. Warum brach der deutsche Angriff am 22. Juni 1941 mühelos durch? Wichtige Flußbrücken, Wegespinnen, Verkehrsknotenpunkte und natürliche Hindernisse wurden 1941 von den Sowjets kaum verteidigt. Wie war das möglich? General K. A. MEREZKOW, der neue Oberbefehlshaber, hatte im Auftrag STALINS befohlen:

> Die an der Westgrenze angelegten Sicherungsstreifen sind zu beseitigen, die Minen und Sprengladungen zu entschärfen, Sperranlagen sind einzuebnen.

> Die Hauptkräfte der Roten Armee sind grenznah zu verlegen
tegische Reserven heranzuführen.

> Mit dem Ausbau von Feldflugplätzen ist zu beginnen, das Ve
netz im Westen ist auszubauen.

Wie ist das zu verstehen? Nun, STAUN hatte der Roten Armee befohlen, sich auf den Angriff vorzubereiten. Der Vormarsch sollte zügig rollen. Dafür durften auf eigenem Territorium keine Hindernisse im Weg liegen. Also wurden sie abgebaut, planmäßig: Minenfelder wurden geräumt, Gräben zugeschüttet, Sperranlagen beseitigt. Das Risiko erhöhter Gefahrdung durch Feindangriffe wurde in Kauf genommen. Die Wehrmacht war den Sowjets am 22. Juni 1941 dafür dankbar. So gelang der Heeresgruppe Nord innerhalb weniger Tage der Sprung auf Dünaburg und der Heeresgruppe Mitte der rasche Vormarsch auf Minsk. Nur im Süden, wo General KIRPONOW dem Befehl nur zögernd nachgekommen war, gestaltete sich der deutsche Vormarsch schwierig."[2]

[22] NAUMANN, ebenda, S. 205.



Nach der Schiacht um Moskau gewann die Partisanenbewegung erheblich an Stärke und Wirksamkeit. Im Jahre 1942 kontrollierten die Untergrundkämpfer ganze Regionen.

19, Warum löste Stalin die Partisanenorganisation auf? Die Sowjetunion verfügte in den zwanziger Jahren über eine wohlorganisierte Partisanenorganisarion. In allen westlichen Militärbezirken gab es Partisanenabteilungen, deren aktive Kader im Mobilisierungsfall auf Kriegsstärke gebracht werden konnten. Inmitten von undurchdringlichen Wäldern bildeten sie befestigte Stützpunkte, aus denen sie operieren und versorgt werden konnten. Damals rechnete man mit der Möglichkeit, das Land verteidigen zu müssen. Ende der dreißiger Jahre erfolgte der Strategiewechsel, STALIN befahl der Roten Armee den Übergang von der

Verteidigung zum Angriff. Deshalb wurde die Partisanenorganisation mit einem Federstrich aufgelöst. Sie wurde nicht mehr gebraucht. Ihre vom NKWD (politische Polizei) organisierten Verbände wurden jetzt an der Staatsgrenze eingesetzt. Ihre Aufgabe war, im Vorgriff auf Angriffsoperationen der Roten Armee feindliche Grenzposten und Nachrichtenverbindungen auszuschalten, Brücken, Straßenkreuzungen und Eisenbahnknotenpunkte zu nehmen und die besetzten Gebiete von >Staatsfeinden< zu säubern. So geschah es in den baltischen Staaten, in Ostpolen, in der Bukowina und in Bessarabien — sowie im Sommer 1944 in Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien, wo neben den Hunderttausenden Ermordeter über 500000 Ostdeutsche verschleppt wurden. Erst als STALIN am 3. Juli 1941 den Volkskrieg verkündete, wurde die Partisanenarmee wieder aufgebaut und erreichte nach sowjetischen Angäben 1945 eine Stärke von über zwei Millionen Mann.[23]

[23] NAUMANN, ebenda, S. 229; SUWOROW, *Eisbrecher,* aaO. (Anm. 2), S. 121 ff.

20. Stalin stampft Sowjet-Armeen aus dem Boden: Die Zeithistorie wird nicht müde, uns zu erzählen, die Sowjetunion sei unvorbereitet und nur infolge des deutschen Angriffs in den Krieg hineingezogen worden. In Wahrheit hatte STALIN ein so riesiges Heer aus dem Boden gestampft, wie es die Welt noch nicht gesehen hatte.

Von Viktor SUWOROW, dem bekannten russischen Militärhistoriker, wissen wir, was in der Zeit vor dem 22. Juni 1941 in Sowjetrußland vor sich ging. Die Befehlsstruktur der Roten Armee lag im Frieden beim Volkskommissariat der Verteidigung, dem neben dem Generalstab und den ministeriellen Hauptabteilungen die Militärdistrikte unterstellt waren, innerhalb derer sich die Garnisonen der Roten Armee befanden, Sie verfügten über Armee-Korps, denen die Divisionen der jeweiligen Truppengattungen unterstellt waren.

Im europäischen Teil des Landes gab es fünf Militärbezirke, die im Kriegsfall in Armeen umgewandelt wurden, deren Truppen im Westen die Erste Strategische Staffel bildeten. Im Frieden allerdings gab es keine Armeen, denn, so belehrt uns SUWOROW, »Armeen sind zu große Verbände, um sie in Friedenzeiten unterhalten zu können«,[24] Deshalb war die Aufstellung von Armeen ein untrügliches Zeichen dafür, daß der Kreml etwas im Schilde führte: »1939 begann die Sowjetunion mit der Aufstellung von Armeen im europäischen Teil ihres Landes.«[23] Zwar schließt die Sowjetdiplomatie »zur Erhaltung des Friedens« Verträge mit Berlin, Warschau und Helsinki, »aber an den Westgrenzen tauchen heimlich Armeen auf, plötzlich und serienweise: die 3. und 4, Armee in Belorußland, die 5. und 6. in der Ukraine, die 7., 8. und 9. Armee an der finnischen Grenze. . . und unterdessen kommen neu hinzu: die 1. und die 11. in Belorußland, die 12. Armee in der Ukraine. . . Jede dieser Armeen ist kurz nach der Aufstellung in Aktion: Sämtliche sieben an der polnischen Grenze

[24] SUWOROW, ebenda, S. 161.

[25] Ebenda, S. 162.

>befreien< Polen, und die drei Armeen an der finnischen Grenze »helfen dem finnischen Volk, das Joch der Unterdrücker abzuwerfen«. Drei Armeen reichen hier allerdings nicht aus, deshalb die neu geschaffenen Armeen: die 13., 14. und 15.«

Nach Beendigung der Kämpfe in Finnland wird keine einzige Armee aufgelöst, obgleich mit Berlin Frieden herrscht und ein Freundschaftsverträg besteht. Statt dessen kommen hinzu die 16. und die 17. Armee, die in Transbaikalien aufgestellt werden. Mit der 17. Armee aber wird der Bogen überspannt: »Jetzt hatte man Armeen in einer Anzahl aufgestellt wie niemals zuvor, selbst nicht im Bürgerkrieg, d.h. unter den Bedingungen einer allgemeinen totalen Mobilisierung der gesamten Bevölkerung, unter völliger Ausschöpfung des sowjetischen Potentials des Landes, unter Einsatz der gesamten geistigen und physischen Kräfte der Gesellschaft. Die Sowjetunion hatte damit die kritische Grenze militärischer Macht überschritten,«[26] Dennoch faßt die Sowjetregierung im Sommer 1940 den Beschluß zur Aufstellung weiterer elf Armeen. Am 13. Juni 1941 treten ans Licht: die 18., 19., 20., 21., 22., 24., 25., 26., 27. und die 28. Armee, deren Formierung in der ersten Hälfte des Jahres 1941 abgeschlossen wird. Gleichzeitig wird die 9. Armee von Finnland abgezogen und erscheint vor der rumänischen Grenze mit Stoßrichtung Ploesti. Diese Armee, die Deutschlands Erdölzufuhr bedroht, stellt nach SUWOROWS Angaben kräftemäßig eine Superarmee dar, verfügt sie doch mit ihren 14 Schützen- und 6 Panzerdivisionen über einen Bestand von 3341 Panzerfahrzeugen, darunter die neuesten T- 34 und KW 1, und übertrifft damit an Zahl die gesamten Panzerkräfte des deutschen Ostheeres.[27]

[26] SUWORÖW, ebenda, S. 165.

[21] Ebenda, S. 180.

21. Letzte und alles andere als zu vernachlässigende Indizien sind die Verhöre der wichtigsten deutschen Heeresgenerale in Nürnberg, Auszug aus der Vernehmung des Generalobersten Franz HALDILR vor der Kommission I. des Militärgerichtshofes IV am 9. September 1948: (F: steht für die Person des Verteidigers im Kreuzverhör nach US-Muster)

F: Wie war denn die Größe des russischen Aufmarsches.. . militärisch zu beurteilen?

HALDER (H): Rein zahlenmäßig und rein militärisch betrachtet, kann über die Bedrohlichkeit dieses russischen Truppenaufgebotes an unserer Ostgrenze kein Zweifel sein,

F: Konnten die Russen jederzeit angreifen?

H: Ja,

F: Darf ich daraus entnehmen, daß Sie auch persönlich den Aufmarsch für bedrohlich gehalten haben?

H: Ich habe das Kräfteverhältnis geschildert. Es stellte dauernd eine latente Bedrohung dar. ,.

F: Wie sah die russische Bedrohung im Mai denn aus?

H: Die Masse der uns. . . bekannten Verbände. .. befand sich in einem anscheinend vollendeten oder doch nahezu vollendeten Aufmarsch an unserer Ostgrenze, und zwar in unmittelbarer Nähe.. .

F: Und nun zum Charakter des Aufmarsches selber als Offensiv- oder Defensivaufmarsch? (Beide Männer stehen vor der ausgebreiteten Generalstabskarte des russischen Aufmarsches vom 22. Mai 1945)

H: Ich glaube, daß ***kein*** Soldat diesen Aufmarsch als Defensivaufmarsch nach dieser Gliederung charakterisieren kann. Es ist - operativ gesehen - die typische Gliederung eines ***Ojfensivaufmarsches.*** Ich darf das vielleicht kurz begründen: Die deutsch-russische Demarkationslinie verläuft so, daß starke Ausbuchtungen des russisch besetzten Gebietes in das deutsche Gebiet hineinreichen, balkonartig, etwa bei Bialystok, bei Lemberg - als besonders charakteristisch; es sind auch noch andere Stellen. Die Skizze zeigt eine ausgesprochen starke Massierung der russischen Kräfte in diesen nach Westen vorspringenden Bereichen. Keine zur Verteidigung gegliederte Truppe wird sich derartig in einem in den Feind hineinreichenden Bereich massieren, wo die Gefahr, umfaßt und abgeschnitten zu werden, ganz besonders groß ist. Ich möchte hier bemerken, daß die russischen Führungsauffassungen, die wir ja aus den russischen Vorschriften kennen, mit den deutschen völlig übereingehen. Ferner ist charakteristisch, daß gerade in diesen nach Westen ausladenden Bereichen die Masse der russischen Kavallerieverbände ist. Das ist nur erklärbar aus der Absicht, aus diesem Balkon abzuspringen nach Westen und die Kavallerie sofort nach vorne in Bewegung zu setzen. Zur Verteidigung wird kein Mensch Kavallerieverbände in dieser Masse in die vorderste Linie legen. In der Verteidigung hält man die beweglichen Verbände weit zurück, um sie an der Stelle einzusetzen, wo Krisen entstehen.. . (zur fraglichen Zeit war die Masse der Kavallerieverbände deutscherseits noch nicht als Panzerverbände erkannt.)

F: Ich darf noch einmal zurückfragen: War es nicht vielleicht doch möglich, daß der Aufmarsch der Russen nicht für einen Angriff, sondern für eine beweglich geführte Verteidigung bestimmt war?

H: Ich glaube ausgeführt zu haben, daß der russische Aufmarsch, wenn er für eine bewegliche Verteidigung gedacht gewesen wäre, ganz anders hätte gegliedert sein müssen. ..

Die Aussagen von Generaloberst HALDER decken sich mit denen des Generalfeldmarschalls VON RUNDSTEDT, der Generalobersten JODI. und HOTH sowie des Generals WARLIMONT. (AUS den Nürnberger Akten des Militärgerichtshofes IV),[28] Andreas Naumann

[28] Nürnberg-Akten, Fall 11,8. 20526 ff,, zitiert bei POST, aaO. (Anm. 7), S. 354 ff.

Was bezweckte Schukows Aufmarschplan von 1941?

Die Mär von der friedliebenden Sowjetunion STALINS, die von den ruchlosen Nazis unvorbereitet überfallen wurde, haben wir jahrzehntelang gehört. Sie hat sich, obwohl völlig falsch, im Gemüt der Deutschen eingebrannt. Um so größer war die Überraschung, als plötzlich ein Dokument auftauchte, das eine andere, vollkommen neue Ansicht der Dinge vermittelte, die geradezu das Gegenteil besagte. Doch kaum hatte die Presse das Dokument veröffentlicht, waren auch schon diejenigen zur Stelle, die es als grobe Fälschung denunzierten. Den Beleg dafür sind sie bis heute schuldig geblieben. Dagegen hat das betreffende Dokument vielerorts Eingang in diejenige Fachliteratur gefunden, die sich mit dem einseitigen Geschichtsbild nicht zufrieden gibt, das die politisch korrekte Zeithistorie immer noch vorschreibt.[1]

Dazu gehören u, a. Werner MASER, Walter POST, Hartmut SCHUSTEREIT, Joachim HOFFMANN, Fritz BECKER, Hans Henning BIEG, Andreas NAUMANN.

Die Vermutung einiger Militärhistoriker, die Sowjetunion habe lange vor dem deutschen Angriff vom 22. Juni 1941 Vorbereitungen für einen Präventivangriff getroffen, erfuhr im Westen neue Brisanz, als Oberst Wladimir KARPOW in der Zeitschrift des russischen Generalstabs nach dem Umschwung 1990 eine Aufsehen erregende Veröffentlichung machte. Es handelt sich um ein Dokument, das nach dem sowjetischen Zusammenbruch plötzlich auftauchte und sich als das originale Konzept eines Aufmarschplanes der Roten Armee vom 15. Mai 1941 erwies. Der russische Historiker Oberst Valerij DANILOW hat es unter Mitwirkung von Heinz MAGENHEIMER in der angesehenen ***Österreichischen Militärischen Zei schrift*** veröffentlicht.[2] Die Rede ist von den »Erwägungen für den strategischen Aufmarschplan der Streitkräfte der Sowjetunion für den Fall eines Krieges mit Deutschland und seinen Verbündeten«, Mit Datum vom 15. Mai 1941 hatte sie General Alexander Michailowitsch WASSILEWSKI eigenhändig nach Weisung des Volkskommissars für Verteidigung (Kriegsminister) und des Generalstabschefs der Roten Armee handschriftlich erstellt, Sie umfassen 15 Seiten, wurden STALIN am selben Tag persönlich ausgehändigt und sind so geheim, daß Kopien nicht gemacht werden durften. TIMOSCHENKO und SCHUKOW, also Kriegsminister und Generalstabschef, haben unterzeichnet, STALIN hat paraphiert. Das Dokument befand sich bis 1948 im Privatsafe von WASSILEWSKI und wanderte sodann, wie die Stempel ausweisen, in die Hauptverwaltung des Generalstabs, wo Oberst KARPOW es aufspürte. Es besteht kein Zweifel, daß es sich dabei um den Entwurf des Aufmarschplans der Roten Armee handelt, der im einzelnen mit der Truppenaufsteilung, wie sie am 22. Juni 1941 erkennbar wurde, übereinstimmt. Damit erhält die Wissenschaft

[1] *Österreichische Militärische Zeitschrift,* 1993, Nr. 1, S. 41-51.

erstmalig einen authentischen Beweis in Händen, der kaum geeignet sein dürfte, STALINS friedliche Absichten zu unterstreichen. Gleichzeitig gibt das Dokument einen Überblick über Anzahl, Aufstellung, Schwerpunktbildung, Auftrag und vorgesehene Stoßrichtung der am Aufmarsch beteiligten sowjetischen Armeen.[3] Hier sei ein Auszug gegeben.

[1] In Deutschland erstmals veröffentlicht, Werner MASER, *Der Wortbruch, Hitler, Stalin und der Zweite Weltkrieg*, Olzog, München 1994, S. 324 ff.

Erwägungen für den strategischen Aufmarschplan der Streitkräfte der Sowjetunion für den Fall eines Krieges mit Deutschland und seinen Verbündeten

(Mai 1941)

An den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, den Genossen Stalin	Streng geheim Besonders wichtig Nur persönlich Einziges Exemplar

Ich trage Ihnen zur Begutachtung die Erwägungen für den strategischen Aufmarschplan der Streitkräfte der Sowjetunion für den Fall eines Krieges mit Deutschland und seinen Verbündeten vor:

L Zur Zeit hat Deutschland ungefähr 230 InfDiv, 22 PzDiv, 20 motDiv, 10 FlgDiv und 4 KavDiv - im gesamten ca. 286 Div - mobil gemacht. Davon sind mit Stand 15. 5.1941 94 InfDiv, 13 PzDiv, 12 motDiv und 1 KvDiv — im gesamten 120 Div — an den Grenzen zur Sowjetunion aufgestellt.

Es ist anzunehmen, daß Deutschland angesichts der derzeitigen politischen Lage im Falle eines Überfalls auf die ÜdSSR gegen uns 137 InfDiv, 19 PzDiv, 15 motDiv, 4 KavDiv und 5 LLDiv - im gesamten 180 Divisionen - aufstellen kann. Die übrigen 104 Div werden sich im Landesinnern, an der Westgrenze, in Norwegen, in Afrika, in Griechenland und in Italien befinden.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Hauptkräfte des deutschen Heeres in einer Stärke von 76 InfDiv, 11 PzDiv, 8 motDiv und 5 FlgDiv - im gesamten 100 Div - südlich von Demblin aufmarschieren, um in Richtung Kovel, Rovno und Kiew einen Stoß zu führen.

Mit diesem Stoß werden gleichzeitig aus Ostpreußen ein Stoß nach Norden, nach Wilnius und Riga sowie konzentrisch geführte Angriffe aus dem Raum Suwalki und Brest in den Raum Volkovyk und Baranowici geführt werden.

Im Süden ist zu erwarten, daß die rumänische Armee, die durch deutsche Divisionen unterstützt wird, mit dem deutschen Heer in der allgemeinen Richtung Schmerinka zum Angriff übergehen wird (zum Großteil durchgestrichen). . .

[4] Zu diesem Zeitpunkt war das deutsche Heer noch im Jugoslawien-Feldzug begriffen.

Unten links: Neben Alexander WASSILEWSKI legten Semjon TIMOSCHENKO und Georgij SCHUKOW (hier 1940 bei einem Manöver) die Grundlinien der sowjetrussischen Strategie fest. *Rechts:* Faksimile des SCHUKOW-Plans, erste Seite.

Auch ein Nebenschlag der Deutschen aus dem Raum des Flußes San in Richtung Lwow ist nicht ausgeschlossen (durchgestrichen).

Die wahrscheinlichen Verbündeten Deutschlands können gegen die UdSSR folgende Verbände aufstellen: Finnland 20 InfDiv, Ungarn 15 InfDiv und Rumänien 25 InfDiv.

Im gesamten kann Deutschland mit seinen Verbündeten gegen die Sowjetunion 240 Divisionen aufmarschieren lassen. Wenn man in Betracht zieht, daß Deutschland sein Heer mit eingerichteten Rückwärtigen Diensten mobil gemacht hält, so kann es uns beim Aufmarsch zuvorkommen und einen Überraschungsschlag führen.

Um dies zu verhindern und die deutsche Armee zu zerschlagen (letzteres durchgestrichen), erachte ich es für notwendig, dem deutschen Kommando unter keinen Umständen die Initiative zu überlassen, dem Gegner beim Aufmarsch zuvorzukommen und das deutsche Heer dann anzugreifen, wenn es sich im Aufmarschstadium befindet, noch keine Front aufbauen und das Gefecht der verbundenen Waffen noch nicht organisieren kann.«[4]





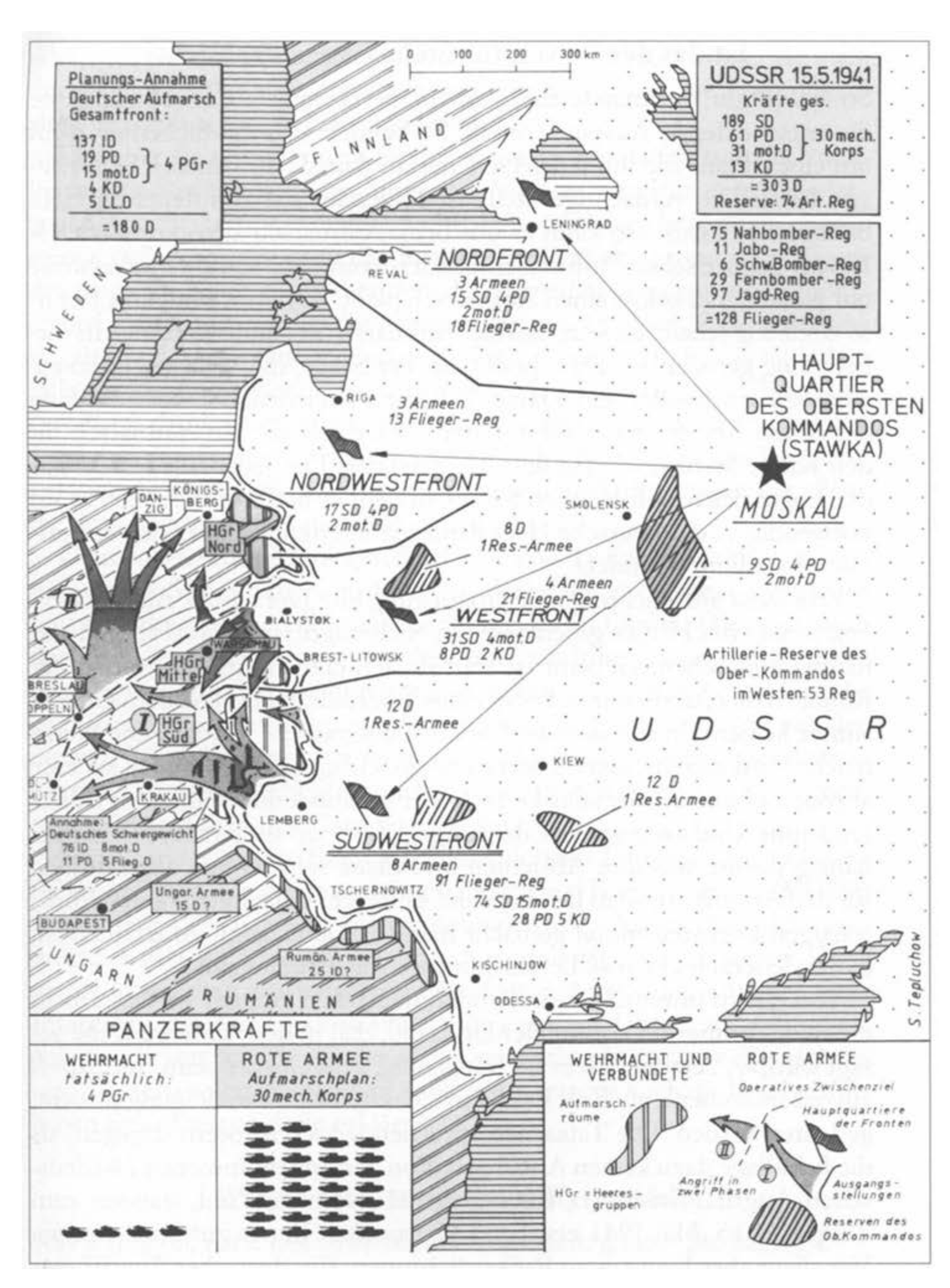
...Й КОМИССАР
... СОЮЗА ССР

Председателю Совета
Народных Комиссаров СССР
тов. Сталину

Докладываю на Ваше рассмотрение соображения по плану стратегического развертывания вооруженных сил Советского Союза на случай войны с Германией и ее союзниками.

I. В настоящее время Германия имеет развернутыми около 230 пехотных, 22 танковых, 20 моторизованных, 10 воздушных и 4 кавалерийских дивизий, а всего около [illegible] дивизий.

Из них на границах Советского Союза, по состоянию на 15.5.41 г., сосредоточено до [illegible] пехотных, 13 танковых, 12 моторизованных и 1 кавалерий-



Der von SCHUKOW und TIMOSCHENKO im Mai 1941 vorgelegte Operationsplan.
Aus: Walter POST, Unternehmen *Barbarossa,* Mittler, Hamburg-Berlin-Bonn [2]1996.

Ist das der Beweis für Stalins Angriffsabsicht?

So viel so gut, das mag reichen, um an dieser Stelle abzubrechen, da sie die entscheidende Aussage enthält. Es handelt sich mit Sicherheit nicht um einen Plan, wie ihn jeder Generalstab damals im Panzerschrank liegen hatte. Die verdächtige Stelle ist folgender auf das deutsche I leer bezogener Passus: »so kann es uns beim Aufmarsch zuvorkommen. ..« Einem gegnerischen Aufmarsch zuvorzukommen, kann logischerweise nur jemand, der selbst einen Aufmarsch plant. Soviel ist eindeutig. Ebenso eindeutig scheint zu sein, daß hier Aufmarsch im Sinne von Angriffsvorbereitung gemeint ist. Das spricht aus der Sorge, die Wehrmacht könne womöglich schneller sein. Daraus ließe sich schließen: Die Versammlung der Roten Armee an der Westgrenze der UdSSR war ein Aufmarsch für den Krieg Mehr noch: für den Angriffskrieg. Das jedenfalls spricht aus der Logik des nachfolgenden Satzes, in dem es heißt: »erachte ich es für notwendig. .. das deutsche Heer dann anzugreifen, wenn es sich im Aufmarschstadium befindet«.

Das weist auf nachfolgende Überlegung hin: Der am 23. August 1939 von STALIN mit HITLER geschlossenen Nichtangriffspakt wird als null und nichtig angesehen. Geplant ist statt dessen eine Angriffsoperation der Roten Armee, und zwar in Form eines Überfalls. Dabei soll dem Gegner »unter keinen Umständen die Initiative überlassen« werden. Die Wehrmacht wird durch einen Überraschungsschlag gelähmt, bevor sie eine »Front aufbauen« oder »das Gefecht der verbundenen Waffen organisieren kann«. Und zwar wird sie dort angegriffen, wo sie gerade steht, unabhängig davon, was ihre Absichten und Pläne sein mögen. Begründung für den Angriff ist, »daß Deutschland sein Heer mit eingerichteten Rückwärtigen Diensten mobil gemacht hält«, daß also damit zu rechnen ist, daß es jederzeit einen »Überraschungsschlag führen kann«.

Von einem unmittelbar drohenden deutschen Angriff ist darin nicht die Rede. Immerhin könnte der Umstand, daß in den »Erwägungen« gesagt wird,», , , erachte ich es für notwendig, dem Gegner beim Aufmarsch zuvorzukommen«, auch als Präventiv-, das heißt als Verteidigungsabsicht, gedeutet werden. Die Tatsachen sprechen jedoch insofern dagegen, als die Feindlage dazu keinen Anlaß gab. Von den angenommenen 240 deutschen Angriffsdivisionen, einer übertrieben hohen Zahl, standen zum Zeitpunkt 15. Mai 1941 erst rund 120 an der Grenze zur Sowjetunion. Vor allem aber fehlte es an Panzerdivisionen, Ein deutscher Angriff war damit nicht zu befürchten.

Auch heißt es in der Erörterung über mögliche deutsche Stoßrichtungen: ». . . werden die Hauptkräfte des deutschen Heeres in einer Stärke von 76 InfDiv, 11 PzDiv, 8 motDiv und 5 FlgDiv- im gesamten 100 Div

- südlich von Demblin aufmarschieren, um. . .« Mithin stehen sie nicht dort, stellen daher keine unmittelbare Bedrohung dar. Eine Präventivabsicht ist somit schwerlich auszumachen.

Daß aber die »Erwägungen für den strategischen Aufmarsch der Streitkräfte der Sowjetunion« im Sinne der Vorbereitung für einen sowjetischen Angriffskrieg zu verstehen sind, läßt sich kaum bestreiten, ebenso wenig, daß der Aufmarsch der Roten Armee überwiegend dem Zweck des Angriffs diente, nicht aber dem der Verteidigung gegen einen möglichen Überfall. Denn die Wehrmacht war am 15. Mai 1941, wie oben erwähnt, mit nur unzureichenden Kräften versammelt. Soviel ist jedenfalls der Logik des Planes zu entnehmen. Der Aufmarsch der Roten Armee kann damit kaum noch, wie Feldmarschall VON MANSTEIN im Jahre 1955 meinte, als »ein Aufmarsch für alle Fälle« bezeichnet werden,[71] worauf sich die Mehrzahl der Historiker heute beruft, derjenigen vor allem, die dem Revisionismus die Stirn bieten.

[5] Erich VON MANSTEIN, *Verlorene Siege,* Athenäum, Bonn 1955, S. 172 ff.

Dem entsprechend schlagen SCHUKÖW und TIMOSCHENKO in den »Erwägungen« STAUN vor, vom Konzept des »Gegenschlages« abzugehen und statt dessen einen Überraschungsangriff zu führen. Dies soll unter der Vorgabe von Übungen durchgeführt, und die grenznahe Konzentrierung der Truppen soll unter dem Anschein, daß sie in Ausbildungslager einzurücken, befohlen werden. Starke Fliegerkräfte sollen aus den inneren Militärbezirken auf frontnahe Feldflugplätze verlegt und rückwärtige Dienste eingerichtet werden. (Dies ist den hier nicht abgedruckten weiteren Teilen des Plans zu entnehmen.)

Zwar hat der STALIN-Biograph Generaloberst Dimitrij VOLKOGONOW bei einem Vortrag vor dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Freiburg 1990 beteuert, STALIN habe den vorgelegten Plan nicht ausdrücklich gebilligt, sondern nur als zur Kenntnis genommen signiert. Doch wurde inzwischen im russischen Präsidenten-Archiv der Entwurf eines Interviews mit Marschall WASSILEWSKI aus dem Jahre 1967 gefünden, auf dem SCHUKOW mit eigener Hand vermerkt, daß STAUN die wichtigsten Thesen »vollends« gebilligt habe, was übrigens auch die handschriftlichen Streichungen darin erklärt/'

Was war das sowjetische Kriegsziel?

Was waren die Ziele des sowjetischen Aufmarschplans? Sie lauteten:
»Als erstes strategisches Ziel haben die Truppen der Roten Armee die Hauptkräfte des deutschen Heeres südlich von Demblin zu vernichten und bis zum 30. Tag der Operationen die aligemeine Frondinie Ostrolenka, Fluß Narew, Lodz, Kreuzburg, Oppeln und Olmütz zu erreichen, um:

[6] Dazu Günther GILLESSEN, *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 10.10.1995.

a) den Hauptschlag mit den Kräften der Südwestfront in Richtung Krakau, Kattowitz zu führen und somit Deutschland von seinen südlichen Verbündeten abzuschneiden;

b) den Nebenschlag mit dem linken Flügel der Westfront in Richtung Siedlec, Demblin zu führen, um die Kräftegruppierung um Warschau zu binden und die Südwestfront bei der Vernichtung der feindlichen Kräftegruppierung zu unterstützen;

c) gegen Finnland, Ostpreußen, Ungarn und Rumänien eine beweglich geführte Verteidigung zu führen, um bei günstiger Lage für den Schlag gegen Rumänien bereit zu sein.«

Dank der im Februar 1941 befohlenen verdeckten Teilmobilisierung der Roten Armee konnten SCHUKOW und TIMOSCHENKO die angesetzten Kräfte verstärken. So waren für den Hauptstoß der Südwestfront nicht weniger als 122 Divisionen vorgesehen, doch STALIN verlangte mehr. General WATUTIN fügte handschriftlich in die »Erwägungen« ein, daß die Rote Armee den Angriff zwischen Tschischew und Ljutowisk (also Südwestfront und Westfront zusammen) mit einer Stärke von 152 Divisionen führen werde. Dazu sollte die Südwestfront über mehr als die Hälfte aller Panzer- und motorisierten Divisionen verfügen. Das waren über 7000 Panzer, doppelt so viele, wie die Wehrmacht für das ganze »Unternehmen Barbarossa« einsetzen konnte. Vorrangig seien die fünf Armeen für die Reserve des Oberkommandos mit der Masse ihrer 63 Divisionen zusammenzuziehen. Die entsprechenden Planungen sollten bis zum 1. Juni 1941 abgeschlossen sein.

Für die Entscheidung, den Hauptschlag in südwestlicher Richtung zu führen, sprachen nachfolgende Überlegungen:

> Die Wehrmacht würde damit von den Verbündeten in Südwesteuropa abgeschnitten;

> die Verbindung des Deutschen Reiches zu den lebenswichtigen Erdölvorkommen und den Lebensmittelproduzenten im Südosten würden durch trennt;

> die Wehrmacht wäre damit außerstande, die reichen Industrie-, Rohstoff- und Agrargebiete der Ukraine zu besetzen.

Gelang die sowjetische Offensive, dann mußte Deutschland in eine verzweifelte Lage geraten. War die Wehrmacht erst vom rumänischen Erdöl und dem Großteil ihrer Truppen und schweren Waffen in Polen und Ostpreußen abgeschnitten, würde sie den Krieg kaum fortsetzen können. Deutschland wäre so gut wie geschlagen.

Am 15. Mai 1941 brachte Generalmajor WASSILEWSKI obige »Erwägungen« persönlich zum Kreml in STALINS Empfangssalon. Dort übergab er sie SCHUKOW, der sie zusammen mit TIMOSCHENKO STAUN vortrug.

Im Verlauf der Sitzung schlug STALIN seinerseits Änderungen vor und billigte die wichtigsten Punkte, Die Grundzüge der sowjetischen Angriffsplanung waren damit festgelegt, jetzt konnte es sich nur noch darum handeln, den Zeitpunkt zum Losschlagen zu bestimmen.

Gibt es die letzte Klarheit?

Ja und nein. Denn noch immer vermißt man den Angriffsbefehl, der allein den Aufmarsch zur Kriegshandlung macht. Erst wenn der vorläge, wären die letzten Zweifel zerstreut. Doch dazu ist es nicht mehr gekommen, der deutsche Angriff kam dem zuvor. Man mag daher suchen, soviel man will, man wird ihn nicht finden. Und das ist nicht einmal verwunderlich, denn auch HITLER erließ seinen Angriffsbefehl erst am 17. Juni 1941, knapp 5 Tage vor Angriffsbeginn. Aus Sicherheitsgründen! Lag doch unter anderem auch der Text von HITLERS Weisung Nr. 21 vom 18. Dezember 1940 für den Aufmarsch bereits acht Tage später auf STALINS Schreibtisch. So arbeitete die Sowjetspionage.

Man kommt kaum umhin, den oben behandelten sowjetischen Plan als Beweismittel ernst zu nehmen. Daß er kein Plan für alle Fälle war, ergibt sich aus der Absicht, der Wehrmacht zuvorzukommen. Bezog er sich damit doch auf einen genau bestimmbaren Zeitraum, nämlich die Tage zwischen dem 15. Mai 1941 und dem Datum des angenommenen deutschen Angriffs. Tatsächlich lag das deutsche Angriffsdatum vom 22. Juni 1941 durch Agentenmeldung spätestens seit dem 20. Juni, höchstwahrscheinlich schon früher, im Kreml vor. Ob STALIN ihm traute oder nicht, steht dahin. Man muß davon ausgehen, daß die sowjetischen Militärs HITLERS Absicht erkannt hatten, wenn auch STALIN noch zögerte. Bekanntlich vermochte er nicht zu glauben, HITLER werde so leichtsinnig sein und den Zweifrontenkrieg wagen. Dafür gibt es genügend Zeugen. Doch es fiel dem sowjetischen Generalstab tagtäglich leichter, gegenteilige Beweise herbeizuschaffen, die sich nicht von der Hand weisen ließen. Man denke bloß an die deutsche Luftaufklärung, die unter Verletzung sowjetischen Hoheitsraums pausenlos Aufnahmen machte, was von der sowjetischen Luftverteidigung beobachtet, aber kaum beanstandet wurde.

Warum, mag mancher sich fragen, ist es so schwer, sich letzte Klarheit zu verschaffen? Gibt es nicht tausend Dokumente, die STAIJNS wahre Absicht entlarven? Nun, der russische Historiker Viktor SUWOROW hat es uns erklärt: »STALIN war schlau, er wollte in den Augen der Welt untadelig dastehen. Deshalb hat er alles Beweismaterial vernichten lassen. Zeit dafür hatte er genug!«[7] Die neuere russische Zeithistorie bestätigt den Befund,

Andreas Naumann

[7] Viktor SUWOROW, *Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkülj* Klett-Cotta, Stuttgart -1989, S. 422.

Stalins Reaktion auf den 22. Juni 1941

Wissen wir aus authentischer Quelle, wie Moskau auf den deutschen Angriff vom 22. Juni 1941 reagierte? Meist erfahren wir nur: Der Überfall erfolgte in der Morgenfrühe, die Rote Armee war völlig überrascht. Niemand hatte mit dem deutschen >Überfall< gerechnet. **STALIN** war wie vor den Kopf geschlagen. Er hatte felsenfest darauf gebaut, daß **HITLER** keinen Zweifrontenkrieg führen und daher nicht die Sowjetunion angreifen werde. Als der deutsche Botschafter in Moskau dem sowjetischen Außenminister **MOLOTOW** die Kriegserklärung überreichte, sei dieser erbleicht und habe gesagt: »Das haben wir nicht verdient.«

Schukow: Nur Grenzkonflikt - nicht provozieren lassen!

Von Marschall **SCHUKOW** erhalten wir ein Bild, wie der Kreml den Vorabend des Ausbruchs des Krieges erlebte.[1] Am 21. Juni 1941 ist um 19 Uhr mit **MOLOTOW, BERIJA, MALENKO** und Marschall **TIMÖSCHENKO** der Oberste Kriegsrat um **STALIN** versammelt. Da wird vom Stabschef des Militärbezirks Kiew, General **PUKAJEW**, gemeldet, ein deutscher Überläufer habe berichtet, die Wehrmacht greife morgen in aller Frühe an. **SCHUKOW** hält auf Befragen **STALINS** die Meldung für authentisch. So wird er beauftragt, mit **TIMOSCHENKO** eine Direktive an die westlichen Militärbezirke aufzusetzen, die berühmte Direktive Nr. 1. Darin wird die Truppe angehalten, Feuerstellungen zu beziehen, sich zu tarnen und weitere Befehle abzuwarten.[2] Letzteres erweist sich als verhängnisvoll, da viele Verbände wegen unterbrochener Nachrichtenverbindungen keine weiteren Befehle erhalten. Als **STALIN** gemeldet wird, daß es sich nicht nur um Grenzscharmützel handele, ist seine Reaktion zunächst Unglaube, dann Verzweifelung, Er kann es nicht glauben, daß die Deutschen schneller gehandelt haben als die Sowjets, und muß es doch nun befürchten. So bangt er um die Zerschlagung seines von langer Hand vorbereiteten Überraschungsangriffs, denn er weiß, daß die Rote Armee noch nicht angriffsbereit ist. Deshalb verbietet er jedes Handeln, daß seine Absichten entschleiern könnte. Auf seinen Befehl hin überschüttet **SCHUKOW** die

[1] Marschall SCHUKOW, *Erinnerungen und Gedanken*, DVA, Stuttgart 1969, S. 230 ff.

[2] Vgl dazu auch Walter POST, *Unternehmen Barbarossa. Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41,* Mitder u. Sohn, Hamburg "1996, S. 304; sowie Ernst TOPITSCH, *Stalins Krieg. Die sowjetische LangzeitStrategie gegen den Westen ah rationale Machtpolitik,* Busse-Seewald, Herford 1990, S. 216; Andreas NAUMANN, *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht. >Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüfstand,* Graben, Tübingen 2005, S. 181 ff.



SCHUKOW kann in den ersten Tagen des deutschen Angriffs kein klares Lagebild gewinnen.

Truppen mit Verboten des Waffengebrauchs. Inzwischen ist der Morgen des 22. Juni 1941 angebrochen. Die Deutschen schlagen los: Nur wenige Minuten hämmert die Artillerie auf die sowjetischen Stellungen, dann brechen Infanterie und Panzer durch. Bei den Sowjets entsteht Verwirrung. Die Grenztruppe ist zwar abwehrbereit, aber durch SCHUKOWS Befehl gehemmt. Die erst kürzlich eingetroffenen sowjetischen Divisionen der Ersten Welle sind noch ohne Stäbe, die Artillerieverbände ohne Zugang zur verbunkerten Munition, die Panzerregimenter zum Teil noch auf dem Bahntransport. Wie ein Sturmwind fegt der deutsche Angriff da mitten hinein.

Die berühmten drei Direktiven des Kremls

Für den russischen Autor Viktor SUWORÖW, der sich nicht scheut, den Finger in die Wunde zu legen, handelt es sich bei der Direktive Nr. 1 um den verhängnisvollsten Befehl seit Bestehen der Roten Armee. In der Nacht vom 21. zum 22. Juni 1941, fast zeitgleich mit dem deutschen Angriff, erhalten die Grenztruppen und Sowjetverbände der Ersten Welle mit der Direktive Nr. 1 den Befehl: »Aufgabe unserer Truppen ist es, sich in keiner Weise provozieren zu lassen.«

Die Direktive ist unterzeichnet von Marschall TIMOSCHÜNKO und Armeegeneral SCHUKOW. Sie schließt mit der kategorischen Forderung: »Es sind keinerlei andere Maßnahmen ohne besondere Anordnung durchzuführen.« Die Direktive Nr. 1 geht an die Fronten und Armeen, wird chiffriert und dechiffriert, gelesen und weitergegeben bis zur letzten Ebene,

Derweil ist heller Morgen, die deutschen Angriffsspitzen stehen bereits kilometerweit im Lande, schon brennen die sowjetischen Heeresdepots, explodieren die russischen Munitionslager, gehen im Grenzgebiet die Erdölvorräte in Flammen auf und werden die Frontflugplätze der roten Luftwaffe samt allen darauf gestapelten Fliegern und Bomben vernichtet. Die Direktive Nr. 1, man kann es nicht anders sagen, bedeutet das Todesurteil für große Teile der Roten Armee.

Georgij SCHUKOW' weiß inzwischen, daß der »Aufmarschplan der Roten Armee« für jede Verwendung taugt, nur nicht für den Fall der Landesverteidigung. Darum versucht er erst gar nicht, ihn in Kraft zu setzen. Ihm ist klar, daß im Fall der Verteidigung nicht zum Angriff geblasen werden kann. Der General muß Qualen ausstehen, er schildert es unverhohlen: »Verstehen Sie doch, in welchem Zustand TLMOSCHENKO und ich waren. Einerseits zerriß uns die Sorge, weil wir anhand der Meldungen aus den Militärbezirken wußten, daß der Gegner Ausgangspositionen bezog für eine Invasion. Andererseits waren unsere Truppen wegen STALINS Starrsinn nicht in Bereitschaft versetzt.«[3] Und STALIN kann es immer noch nicht fassen.

Von SCHUKOW wissen wir, was in jenen ersten Stunden des Krieges im Kreml geschah: MOLOTOW eilt verstört in STALINS Arbeitszimmer und erklärt, er habe soeben ein Gespräch mit dem deutschen Botschafter geführt, der ihm die offizielle deutsche Kriegserklärung übergeben habe, worauf alles erstarrt sei, SUWOROW bemerkt dazu: »Jetzt hätte es nach MOLOTOWS Erklärung für SCHUKOW nur eine blitzschnelle unmißverständliche Reaktion geben dürfen: Er hätte den Hörer von der Gabel reißen und in alle Richtungen schreien müssen: Krieg! Krieg! Krieg!« Jede Sekunde des Zögerns bedeutet Brücken, die der Feind in seine Gewalt bringt, zerstörte Waffenlager und Munitionsdepots, jede Minute weitere Kilometer unter den Ketten der Panzer der deutschen Heeresführer HOTH, GUDERIAN und VON MANSTEIN, jede Stunde den Verlust Hunderter Flugzeuge, die in Flammen aufgehen, Hunderte Tonnen sinnlos vergossenen Blutes. Aber SCHUKOW steht vor dem versteinerten Diktator wie ein verschüchterter Schuljunge, während TLMOSCHENKO erregt im Arbeitszimmer auf und ab rennt. Doch die Truppen, die keinerlei Weisungen haben, bleiben ununterrichtet.[4] Hätte SCHUKOW jetzt nicht den Schießbefehl erteilen müssen, auch wenn er damit seine Vollmacht überschritten hätte, oder wenigstens die Mobilmachung ausrufen sollen, falls STALINS Eigensinn jede weitere Initiative hemmt? Laut SUWOROW wurde die Mobilmachung erst am 23, Juni 1941 ausgerufen, anderthalb Tage nach Kriegsausbruch!

Nichts dergleichen geschieht. SCHUKOW verfaßt statt dessen eine zweite Direktive. Dabei hätte laut SUWOROW ein einziges Losungswort genügt.

[3] Viktor SUWOROW, *Marschall Schukow,* Pour le Mérite, Selent 2002, S. 145; Andreas NAUMANN, ebenda, S. 184 ff.; POST, ebenda, S. 306; Jörg FRIEORICH, *Das Gesetz des Krieges,* Piper, München 1993, S. 489; Ernst TOPITSCH, ebenda, S. 173.

[4] Viktor SUWOROW, aaO. (Anm, 3), S.153.

Und dies Losungswort gab es! Es lag bei den Alarmunterlagen in den berüchtigten »Roten Paketen< für den Kriegsfall. Und der Krieg war da! jetzt, in dieser Minute, mußte das Losungswort übermittelt werden! Alles andere ging von selbst, jeder Truppenführer hielt schon sein >Rotes Paket< in der Hand.

Aber das Dilemma war: Das Losungswort paßte nicht auf die Lage, die eingetreten war. Es betraf eine andere. Und die hatte mit bloßer Landesverteidigung nichts gemein. Darum ging **ScHUKOW** hin und verfaßte die zweite Direktive. In seinem Buch laßt er uns wissen: »Um 7 Uhr 15 Minuten des 22. Juni wurde die Direktive Nr. 2 des Verteidigungsministeriums an die Militärbezirke geleitet. Doch im Hinblick auf das Kräfteverhältnis und die eingetretene Lage war sie offenkundig irreal und wurde deshalb nicht umgesetzt.« Es ist seltsam, daß SCHUKOW uns den Text dieses allerersten Kriegsdokumentes, den er zudem noch eigenhändig verfaßt hat, gekritzelt auf ein schmuddeliges Stück Papier, in seinen Memoiren nicht mitteilt. Er bekennt lediglich: »Im Hinblick auf das Kräfteverhältnis und die eingetretene Lage war sie offenkundig irreal und wurde deshalb nicht umgesetzt.«[5]

Den ganzen Tag über ist am 22. Juni 1941 im Kreml nur von Grenzgefechten die Rede. Ein klares Lagebild ist nicht zu gewinnen.[6] Als sich bis zum Abend kein Gesamtüberblick einstellt, kommt es zu einer Fehlentscheidung von verheerender Tragweite: In der Spätlage drängt STAUN im Kriegsrat (in der >Stawka<) darauf, eine Direktive zu erlassen, die von weltpolitischer Bedeutung sein wird: Ohne Kenntnis der Gesamtlage und bar jeder sicheren Information zum Geschehen an den Fronten fordert STALIN die >Stawka< auf, den Gegenangriff der Roten Armee zu befehlen.

[5] SCHUKOW, aaO. (Anm. 1), S. 234 ff.
[6] Ebenda.

Ist es der Startschuß zur Weltrevolution?

Mehr noch: Zur Bestürzung aller Versammelten verlangt er den Generalangriff auf breiter Front. In äußerster Erregung und ungeachtet der Versteinerung auf den Mienen aller Stawkamitglieder fordert STALIN den sofortigen Erlaß einer weiteren Maßnahme, der berühmt gewordenen Direktive Nr. 3.

Über die tatsächlichen Vorgänge in STALINS Arbeitszimmer schweigt sich Marschall SCHUKOW in seinen Memoiren aus. Doch es besteht kein Zweifel, daß es sich um den Angriffsbefehl für die Rote Armee handelt. Mit einem Schlag wirft der Diktator plötzlich jede Hemmung beiseite und löst die Vorgänge aus, die für den von langer Hand vorbereiteten großen Augenblick vorgesehen sind: den glorreichen Marsch auf Berlin, Denn der ist in STALINS Augen jetzt gekommen. Mögen auch deutsche Störangriffe losbrechen, die Rote Armee wird sie allerorts abschlagen!

Sie wird die Invasionstruppen auf der Stelle vernichten, indem sie selbst zum Angriff übergeht. Jetzt geht es darum, zu erfüllen, was sein Denken und Planen seit Jahren beherrscht: Es geht um den raumgreifenden Generalangriff nach Westen! Jetzt tritt STALIN vor die Front seiner Truppen,



Die ersten Kriegswochen des Ostfeldzugs sehen für die deutschen Truppen wie ein Durchmarsch aus. Schon am 10, Juli 1941 drangen sie in die brennende weißrussische Stadt Witebsk ein und rückten weiter in Richtung Moskau vor.

in dieser Stunde setzt er die Rote Armee in Marsch, Tatsächlich war STAUN, der bisher nur den bescheidenen Rang des Generalsekretärs der KPdSU inne hatte, vom Obersten Sowjet nur wenige Tage zuvor zum Staatspräsidenten und Oberbefehlshaber der Roten Armee ernannt worden. Doch die Rote Armee war nicht angriffsbereit.

Damit beginnt ein neuer Abschnitt in der »Geschichte der ruhmreichen Sowjetunion«. In diesem Augenblick erfüllt der Diktator LENINS Vermächtnis und Auftrag: die bolschewistische Weltrevolution. Die Rote Armee erhält den Befehl, »die Kampfhandlungen auf das Territorium des Feindes zu tragen«, das Deutsche Reich und »seine Wehrmacht zu zerschmettern«.[H] Jetzt wird WASSILEWSKIS Plan vom 15. Mai 1941 Wirklichkeit. Verteidigungskommissar TIMOSCHENKO und Generalstabschef SCHUKOW haben ihn ausarbeiten lassen und dafür gesorgt, daß er weisungsgemäß umgesetzt wurde. Mag auch nicht alles ausgeführt sein, was angeordnet wurde, jetzt, in dieser Minute, um 21 Uhr 15 des 22. Juni 1941, ist der große Augenblick da. Auf ihn hat Moskau, haben Zentralkomitee, Präsidium des Obersten Sowjets und Partei, haben 130 Millio-

[7] Viktor SUWOROW, *Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül,* Klctt-Cotta, Stuttgart [2]1989, S. 206.

nen Sowjetbürger gewartet! Diesem Augenblick galten alle Vorbereitungen, Mühen und Pläne. Jetzt setzt STALIN sich an die Spitze von Armee, Staat und Regierung, getreu dem tausendmal verkündeten Schlachtruf: »Genosse STALIN führt uns zum Sieg!« lindlich gibt der große Führer das Signal. Endlich übernimmt er die Führung zum Aufbruch in die Befreiung Europas und der Welt. LENINS Verheißung wird sich erfüllen, Völker hört die Signale! Jetzt hebt STAUN die Hand, und das blutige Rädemerk der Weltrevolution setzt sich in Gang.K

[8] NAUMANN, aaO. (Anm. 2), S. 184 ff.

Ja, wir denken: Das ist er, das ist der fehlende letzte Beweis, von dem wir gesprochen haben. Die Zeit ist reif, daß wir ihn erkennen. Jetzt setzt STAUN alles auf eine Karte. Jetzt will er es zwingen, will es in einem Aufwall des Trotzes gegen den andern Diktator durchsetzen. Denn er ist überzeugt, daß die Rote Armee die Lage meistern wird. Sie wird die Wehrmacht gegen einen Wall von Feuer und Stahl anbranden lassen, um sie dann mit der Masse ihrer Panzer und Kampfgeschwader niederzuwalzen und den Siegeszug nach Berlin und Paris anzutreten. Dies ist, wie gesagt, unsere Auslegung der Tatsachen, die in wesentlichen Zügen nicht allein von Viktor SUWORC ra; sondern darüber hinaus von einer wachsenden Zahl russischer Historiker geteilt wird.

Walter POST: »Die Direktive 3 entsprach in keiner Weise der realen Lage und sollte das Desaster wesentlich verschlimmern, da die nur halbfertigen mechanisierten Korps nun in die sich bildenden Kessel hineinstießen und dadurch ihre eigene Einschließung und Vernichtung beschleunigten.« In: POST, *Unternehmen Barbarossa,* Mittler, Hamburg 1996, S. 306.

SUWOROW führt dazu aus: »Kein einziger Feldherr in der ganzen Welt hat je eine derart verheerende und schmachvolle Niederlage hinnehmen müssen.. . Niemals hat eine Armee eine solche Katastrophe durchlebt. Die großartig vorbereitete und ausgebildete Rote Armee wurde in den ersten Kriegsmonaten vernichtet oder gefangengenommen, 1941 verlor sie 5,3 Millionen Soldaten und Offiziere — gefallen, in Gefangenschaft geraten oder vermißt. Dabei sind die Schwer- oder Schwerstverwundeten noch nicht einmal eingerechnet. Die gesamte Vorkriegs-Kaderarmee der Sowjetunion war zerschlagen. Wegen des eiligen Rückzugs verbheb in den vom Gegner besetzten Gebieten eine weitere Armeereserve von 5,36 Millionen Wehrpflichtigen, die nicht mehr einberufen werden konnten. Im selben Jahr verlor die Rote Armee 6290000 Stück Schützenwaffen. Damit hätte man die gesamte Wehrmacht zweimal ausrüsten können. Im gleichen Zeitraum büßte sie 20 500 Panzer ein, genug, um fünf Armeen von der Größe der Wehrmacht damit auszustatten. 1941 verlor die Rote Armee 10300 Flugzeuge. Damit hätte man die gesamte Luftwaffe vollkommen neu ausrüsten können, und auch das wieder mehrfach. Die Verluste der sowjetischen Artillerie in den ersten sechs Kriegsmonaten beliefen sich auf 101 100 Geschütze und Minenwerfer. Auch das genug, um alle Armeen der Welt zusammengenommen damit zu bewaffnen, und wiederum nicht nur einmal, sondern mehrfach. Und an den Grenzen wurden mehr als eine Million Tonnen Munition zurückgelassen.«[9]

Andreas Naumann

[9] NAUMANN, ebenda, S. 184; SUWOROW, aaO. (Anm. 4), S. 127 ff.

Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion

Daß der deutsche Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 so mühelos die sowjetische Front durchbrach, hat die Zeitgeschichte stets damit begründet, die Rote Armee sei völlig überrascht worden. STALIN, so oft er auch gewarnt worden sei, habe nie mit einem deutschen Überfall gerechnet, er habe diesen Krieg nicht gewollt, denn er habe gewußt, daß seine Armee dafür nicht stark genug gewesen sei. Und keinem der verehrten Herrn Professoren ist aufgefallen, daß, wenn es sich wirklich so verhalten hätte, die russischen Westbezirke 1941 wohl ein wenig anders ausgesehen hätten.

Denn als die drei deutschen Heeresgruppen sich zum Angriff erhoben und alsbald darauf ihren Vormarsch begannen, zeigte sich die deutsche Heeresführung aufs höchste darüber verwundert, daß sich den vorpreschenden Panzerverbänden kaum Hindernisse in den Weg stellten, Flußbrücken, Wegespinnen, Verkehrsknotenpunkte usw. konnten im Handstreich genommen werden.

Wie war das möglich? Schließlich bietet die Kriegstechnik zahlreiche Möglichkeiten, dem vorrückenden Feind Hindernisse in den Weg zu legen. Dazu gehören ausgedehnte Minenfelder, Panzerhöcker, Panzergräben, Fallen, Sperranlagen, Schützengräben, Infanterie-, Artilleriestellungen und sonstige Hindernisse aller Art. Dazu zählen ferner vor allem beschußfeste Bunkersysteme in der Hauptkampflinie, die einander mit Kreuzfeuer zu decken imstande sind. Im Vorfeld dieser Linie befinden sich zusätzlich Verteidigungszonen, die man mit allen Mitteln moderner Abwehrtechnik bestückt. Innerhalb dieser Zonen, die nicht selten eine beträchtliche Tiefe haben, operieren speziell geschulte Verbände, deren Aufgabe es ist, dem vordringenden Feind alle erdenkbaren Schwierigkeiten zu bereiten. Sie sprengen Zugänge und Verkehrseinrichtungen jeder Art wie die oben erwähnten Brücken, Straßen oder Schienenstränge, auf denen Marschbewegungen des Feindes stattfinden oder gemeldet werden.[1]

[1] Andreas NAUMANN, *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht. Unternehmen Barbarossa' erneut auf dem Prüf stand,* Grabert, Tübingen 2005, S. 205 ff.

Hatte nicht bereits der Erste Weltkrieg gezeigt, daß tiefgestaffelte Verteidigungslandschaften, wenn sie von einer entschlossenen Truppe gehalten werden, nahezu undurchdringlich sind? Damals beim Stellungskrieg im Westen war man vier Jahre lang nahezu auf der Stelle getreten. Auf dieser Erfahrung beruhte der Bau der französischen Maginot-Linie und des deutschen Westwalls. Man gab dem Bewegungskrieg keine Chance und setzte statt dessen auf Feldbefestigungen, denn das Zusammenspiel zwischen Panzer und Flugzeug war damals noch unbekannt. Ein Land, das friedfertige Absichten hegte, hätte die Masse seiner Truppen daher

nicht vorn an der Grenze aufgestellt, sondern rückwärts gestaffelt in der Tiefe seines Gebietes verteilt. Es hätte jedoch nicht, wie die Rote Armee es tat, die Truppen dicht vorn an der Staatsgrenze zusammengezogen.[2]

Klug angelegte Sicherungsstreifen, die der verbunkerten Hauptkampflinie vorgelagert sind, gelten selbst heute noch als eine Art Lebensversicherung für friedensbereite Länder. Sie versichern dem Nachbarn, daß keine aggressiven Absichten gehegt werden, erheischen Respekt vor der eigenen Staatsgrenze, schützen vor Grenzstreitigkeiten und verhindern gegnerische Kleinkriegführung ebenso wie den großen Überraschungsschlag. Und sie unterstützen die eigenen Grenztruppen bei der Abwehr. Beabsichtigt der Gegner dennoch anzugreifen, muß er sich solcher Mittel bedienen, die seine Absicht bald erkennen lassen. Er ist gezwungen, Artillerie, Mörser und Sturmpioniere einzusetzen sowie vor allem Luftstreitkräfte, womit er des Überraschungsmomentes verlustig geht. Beim Angriff kann er sich nur schrittweise vorarbeiten, weil Hindernisse wie Minen zu räumen und Panzersperren zu beseitigen sind. Er kann also höchstens örtliche Fortschritte erzielen, was dem Verteidiger Zeit zur Abwehr läßt. Bis dem Gegner der Durchbruch gelingt, hat er bereits empfindliche Verluste und einen Teil seiner Stoßkraft verbraucht. Und das geschieht wohlgemerkt, bevor er auf die Hauptkampflinie stoßt und sich gegen das Gros der feindlichen Truppen durchsetzen muß. Es versteht sich von selbst, daß der Abnutzungsprozeß um so größer ist, je tiefer der Sicherungsstreifen reicht.[1]

Als am 30. November 1939 der finnisch-russische Konflikt ausbrach, hatte Finnland im Süden auf der Karelischen Landenge, die von der stark befestigten Mannerheim-Bunkerlinie geschützt wurde, einen solchen Sicherungsstreifen angelegt mit allen Tricks und Schikanen und einerTiefe bis zu 50 Kilometern. Er bewirkte, daß die dort eingesetzte 7. Sowjet-Armee keinen Durchbruch erzielen konnte. Wiederholte Sturmangriffe im Dezember endeten mit völligen Fehlschlägen. Schließlich befahl Moskau die Einstellung der Angriffe und bereitete eine neue Sturmphase vor, verstärkte die Anzahl der Schützendivisionen und arbeitete einen detaillierten Operationsplan aus. Erst am 11. Februar 1940 erfolgte der nächste Angriff, und selbst jetzt konnte die Rote Armee innerhalb dreier Tage nur einen Einbruch von fünf bis sechs Kilometern Tiefe erzielen. Erst am 1. März 1940 war die Verteidigungslinie durchbrochen, und die Rote Armee stand vor Wyborg, Die Verluste der Sowjets waren gewaltig, sie betrugen nach Sowjetangäben rund 70000 Gefallene und 176000 Verwundete, das Vierfache der finnischen Opfer. In Wirklichkeit sollen sie weit höher gewesen sein, und der Nimbus der Roten Armee war dahin, STALINS Kriegsziel, Finnland der UdSSR einzuverleiben, mußte aufgegeben werden.[4]

[2] NAUMANN, ebenda, S. 205 ff.

Ebenda.

[4] Viktor SUWOROW, *Der Eisbrecher, Hit/er in Stalin Kalkül.*\ Klett-Cotta, Stuttgart, [2]1989, S. 90 ff.

Der russische Militärhistoriker Viktor SÜWOROW berichtet, die russischen Kommandeure seien voll der Bewunderung für die finnische Verteidigung gewesen, allen voran General K. A. MEREZKOW, der kommandierende Sowjetgeneral der Angriffsarmeen. Er hatte den Einsatz mit viel Blut seiner Soldaten bezahlen müssen. Dennoch ernannte ihn STALIN bald darauf zum Chef des Generalstabs. Offenbar sollte MEREZKOW seine Erfahrung im Krieg mit den Finnen für die eigene Landesverteidigung nutzbar machen. Wie kam es dann, daß MEREZKOW statt dessen folgenden Befehl erließ?



Im Kessel von Bialystok und Minsk wurden mehrere sowjetische Armeen eingeschlossen, vernichtet oder gefangengenommen.

»Die an der Westgrenze angelegten Sicherungsstreifen sind zu beseitigen, die Minen und Sprengladungen zu entschärfen, Sperraniagen einzuebnen. Die Hauptkräfte der Roten Armee sind grenznah zu verlegen, strategische Reserven heranzuführen. Mit dem Ausbau von Feldflugplätzen ist zu beginnen, das Verkehrsnetz im Westen ist auszubauen.«

War das zu begreifen? Was war der Sinn dieses Befehls? Lediglich SUWOROW weiß Auskunft: STALIN hatte der Roten Armee befohlen, sich auf den Angriff nach Westen vorzubereiten. Der Vormarsch sollte zügig rollen können, dafür durften auf eigenem Gebiet keine Hindernisse im Weg liegen. Also wurden sie abgebaut, planmäßig, Minenfelder wurden geräumt, Schützengräben zugeschüttet, Sperranlagen beseitigt. Das Risiko erhöhter Gefährdung bei Feindangriffen wurde bewußt in Kauf genommen. Die Wehrmacht war ja in Frankreich beschäftigt und würde bald zur Invasion in England antreten.

Ein Jahr später war die Wehrmacht den Sowjets dafür dankbar. So gelang der Heeresgruppe Nord innerhalb weniger Tage der Sprung nach Dünaburg mit der Wegnahme der wichtigen Flußbrücken; und ebenso der Heeresgruppe Mitte der schelle Vormarsch auf Minsk, wo drei Sowjetarmeen eingekesselt wurden. Nur im Süden, wo General KIRPONOW dem Befehl MEREZKOWS nur zögernd nachgekommen war, erwies sich das Vorgehen der Wehrmacht als schwierig, denn hier gab es noch zahlreiche solcher Hindernisse.[5]

Andreas Naumann

[5] NAUMANN, aaO. (Anm. 1), S. 205 ff.

Der deutsche Angriff stürzte 1941 die Rote Armee ins Chaos

Wenn ein Land angegriffen wird, übernimmt seine Armeeführung die Landesverteidigung und veranlaßt diejenigen Schritte, die im Verteidigungsfall vorgesehen sind. Als die Sowjetunion am 22. Juni 1941 von der deutschen Wehrmacht angegriffen wurde, tat sie das nicht und fiel ins Chaos. Was war der Grund? Nach dem Zerfall des Sowjetstaates, als Nachforschungen möglich wurden, haben Militärfachleute diese Frage untersucht. Das Ergebnis war selbst für sie überraschend: Die Sowjetunion befand sich 1941 im Status der Verteidigungsunfähigkeit. Wie das? War sie etwa für den Konfliktfall nicht gerüstet? Oder waren ihre Grenzen ungesichert? Nein, die VerteidigungsUnfähigkeit der Sowjetunion hatte einen ganz anderen Grund: Die Rote Armee bereitete sich für den Angriff auf das Reich und Mitteleuropa vor. Aber das verschweigt unsere Zeithistorie bis auf den heutigen Tag. Deshalb muß darauf hingewiesen werden.

In der Sowjetunion war vorgesehen, daß im Spannungsfall die grenznahen Militärbezirke zu Fronten umgewandelt wurden. Das heißt, die gesamte Militärorganisation des Bezirks verhielt sich von da ab kriegsmäßig. jede Front umfaßte eine Gruppe von Armeen, die von Stund an ihre Aufstellungen vorbereiteten und sicherten. Für jede Front, jede Armee, jeden unterstellten Verband hatte der Moskauer Generalstab detaillierte Kampfaufgaben erarbeitet. Sie waren in den sogenannten >Roten Paketen< bei der Truppe enthalten, die jeder Kommandeur vom Regiment aufwärts in seinem Safe hatte. Doch wehe, wenn er es vorzeitig öffnete! Erst wenn der Befehl dazu von Moskau einging, waren die Pakete zu öffnen. Dann mußte entsprechend den darin enthaltenen Weisungen gehandelt werden.

Wir fragen uns, warum das am 22. Juni 1941 nicht geschehen ist. Hatte man das in der Aufregung vergessen? Waren die Pakettaschen etwa leer und ihr Inhalt zur Überarbeitung im Hauptquartier? Oder hatte die Rote Armee etwa keine Pläne? Nichts dergleichen trifft zu. Marschall A. M. WASSILEWSKI erklärt dazu: »Natürlich gab es operative Pläne, sogar sehr detailliert ausgearbeitete. Das Übel lag nicht darin, daß uns operative Pläne gefehlt hätten, sondern es lag in der Unmöglichkeit ihrer Ausführung in der eingetretenen Situation.«[1]

Viktor SUWOROW, russischer Historiker, hat in seinem Buch *Der Eisbrecher, Hit/er in Stalins Kalkül* die erstaunliche Tatsache offengelegt, daß es in der ganzen Sowjetunion seit Ende der dreißiger Jahre keine Pläne mehr für die Landesverteidigung gab. STALIN hatte das untersagt. Dagegen gab

[1] Viktor SUWOROW, *Marschall Schukow*, Pour le Merite, Selent 2002, S. 144,

2 SUWOROW, ebenda, S. 145,

3 Ebenda, S. 147.

4 Ebenda.

es Pläne für ein ganz anderes Unternehmen, das niemand laut auszusprechen wagte, denn es war absolutes Staatsgeheimnis. Der Codename dieser Operation lautete >Grosa< (Gewitter). Der Plan war perfekt und sollte in Kraft treten, sobald der Codename den Fronten zuging.[2]

Laut SUWOROW kann das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation die Existenz des Codeworts >Grosa< bis heute nicht abstreiten, jedoch hat man eine ganz neue Erklärung dafür bereit: »Das Codewort >Grosa< hat es tatsächlich gegeben, aber es bedeutete etwas ganz anderes: Auf dieses Signal hin sollten die Kommandeure die >Roten Pakete< Öffnen. Letztere enthielten Befehle bezüglich der Maßnahmen zur Einnahme der Gefechtspositionen zwecks Abwehr gegnerischer Attacken im Falle einer Aggression.«[3]

»Diese Erklärung«, so SUWOROW, »führt in die Sackgasse. Nun wird es nämlich ganz mysteriös. Jeder Kommandeur hatte ein >Rotes Paket<, und es gab das Codewort >Grosa<, das den Kommandeuren befahl, das Paket bei Eingang des Codeworts zu öffnen. Und wann, bleibt da zu fragen, erging das Codewort an die Truppen? Etwa als die Deutschen am 22. Juni 1941 angriffen? Nein, keineswegs. Die »Roten Pakete* blieben in den Safes, und jeder Kommandeur war gezwungen, nach eigenem Gutdünken zu handeln.«[4] Es wundert also nicht, daß daraus ein einziges Chaos entstand. Hatte der Moskauer Generalstab das Codewort vielleicht übersehen oder etwa vergessen? Jedenfalls ist es nie mehr aufgetaucht. Das ist um so verwunderlicher, als SUWOROW gerade vom Verteidigungsministerium bestätigt erhalten hat, daß auf das Codewort hin die >Roten Pakete* von den Kommandeuren zu öffnen waren. »Denn sie enthielten Befehle bezüglich der Maßnahmen zur Einnahme der Gefechtspositionen zwecks Abwehr gegnerischer Attacken im Falle eine Aggression«, falls wir obige Antwort korrekt wiedergeben. Das wäre also genau das, was am 22. Juni 1941 allein erforderlich war! Also, warum wurde das Codewort nicht gegeben?



Deutsche Artilleristen in den ersten Tagen des Unternehmens Barbarossa'. Gegen das massive Bombardement der Deutschen hatten die sowjetischen Verteidigungsstellungen schon deshalb keine Chance, weil es sie nicht gab oder weil sie angesichts der Schnelligkeit des deutschen Angriffs hastig errichtet worden waren.

Dazu SUWOROWS Antwort: »Nun, wenn es uns keiner sagen will, müssen wir es selbst tun: Weil es einzig und allein für eins vorgesehen war, für den Überfall auf Deutschland und die Eroberung Europas!«[5]

Wie man die Sachlage auch dreht und wendet, man kommt immer wieder auf denselben Punkt zurück, die militärische Führung der Roten Armee hatte sich hoffnungslos verrannt, indem sie das militärische Erfordernis der Kriegführung an den politischen Vorgaben STALINS ausrichtete, ohne ihre Position ausreichend abzusichern. Die verheißungsvolle Chimäre LENINS vom großen Start in die Weltrevolution hatte in Moskau offenbar alle Köpfe vernebelt. Das erklärt auch das unsinnige Maß an Geheimhaltung, dem das ganze russsiche Vorhaben unterlag. Das alles war so geheim und mit so drakonischen Strafen im Falle der vorzeitigen Aufdeckung belegt, daß kein Kommandeur es gewagt hätte, nachzufragen oder gar einen Bück in sein »Rotes Paket< zu werfen — etwas, was schließlich für einen höheren Offizier, der sich auf den Eventualfall vorbereitet, das Normalste vom Normalen sein sollte. Statt dessen war es bei Todesstrafe verboten, auch nur den kleinsten Blick in die »Roten Pakete< zu werfen, und darüber hinaus war es allen Kommandeuren und Stäben verboten, eigene Pläne für den Ernstfall vorzubereiten.

Bei dem deutschen Luftangriff auf Kiew und andere Großstädte wurden gleich am ersten Kriegstag über 1300 sowjetische Flugzeuge abgeschossen oder am Boden zerstört.

Versetzen wir uns einmal in die Lage der unglücklichen sowjetischen Kommandeure bei Kriegsbeginn: Ihnen war bei Todesstrafe verboten, Pläne für den Verteidigungsfall auszuarbeiten. Alle einschlägigen Planungen wurden allein im Generalstab erstellt und, in versiegelte Umschläge verpackt, an die Truppe gesandt mit dem Auftrag, sie dort bis zum Tage »M<, dem ersten Kriegstag, im Safe aufzubewahren. Sie galten als absolutes Staatsgeheimnis. Was Generalstabschef SCHUKOW ausgeheckt hatte, durften die Offiziere nicht wissen, bevor der Krieg losging. Und dann kam er, dieser Krieg, aber sie erhielten keine Befehle und besaßen keinen

[5] SUWOROW, ebenda.

eigenen Plan, was nicht ihre Schuld war. Um aber das >Rote Paket< zu öffnen, brauchten sie SCHUKOWs Erlaubnis, die nicht eintraf. Das Paket eigenmächtig zu öffnen kostete sie den Kopf. Also was tun? »So sah es«, laut SUWOROW, »damals in der gesamten Roten Armee aus.«[6]





Von oben: Semjon TIMOSCHENKO und Georgij SCHUKOW.

Am Abend des 22. Juni 1941 um 2t Uhr 15, fünfzehn Stunden nach Kriegsbeginn, gab STAUN den Befehl zum Generalangriff an allen Fronten. Und damit, wie wir meinen, das Zeichen für den Auftakt zur Weltrevolution. Genau dafür war das Codewort gedacht. Ist also unsere Vermutung unzutreffend? Im Gegenteil: Unsere Vermutung trifft sogar haarklein ins Schwarze. Denn es gibt nur einen Grund, warum das Codewort >Grosa< nicht an die Verbände der Roten Armee durchgegeben wurde: weil im Arbeitszimmer STALINs offenbar ein erbitterter Kampf entbrannt war, Ein Kampf zwischen Josef STALIN, seinen Genossen vom Zentralkomitee und den verantwortlichen Militärs Semjon TIMOSCHF.NKO und Georgij SCHUKOW. Denn letztere hatten längst erkannt, daß der große Aufmarschplan, den STAUN insgeheim verfolgte, nicht zu verwirklichen war. Deshalb rangen sie mit dem Kremlherrn darum, den Truppen anstatt des Generalangriffs begrenzte Angriffsziele zuzuweisen; Angriffsziele, die räumlich nicht zu weit ausgedehnt und zeitlich knapp terminiert waren — in der Hoffnung, bis dahin ein klares Bild der Gesamtlage zu gewinnen.

SCHUKOW befahl der Roten Armee in der Direktive Nr. 3, binnen 48 Stunden die polnischen Städte Suwalki und Lublin einzunehmen. Das war nicht weit. Würde das gelingen, konnte man weitersehen. Gelänge es nicht, könnte man STALIN vielleicht von seinem Wahnsinnsvorhaben abbringen. Wir müssen uns vorstellen, daß der Umgang mit dem Diktator wahrscheinlich zum Schwersten gehörte, was einem hohen sowjetischen Militär abverlangt werden konnte Es war wie der Kampf mit der Hydra: Kaum hatte man eines seiner Argumente erledigt, schob er das nächste nach. Alle Verantwortung für das Chaos der ersten Stunden nach dem deutschen Angriff allein auf TIMOSCHENKO und SCHUKOW abzuschieben wäre zu billig. Männer, die sich über vier Kriegsjahre hinweg an STALIN s Seite gehalten haben, müssen ihre Qualitäten gehabt haben. Was auch immer geschah, bloße Jasager können sie nicht gewesen sein. Welche Fehler man ihnen auch anlasten mag, wir dürfen nicht vergessen, daß allein STALIN der Verantwortliche war. Und nur er trug ein gerüttelt Maß an Schuld daran. Denn was auch immer militärisch durchgesetzt werden mußte, es galt zunächst, STALIN davon zu überzeugen. Und mehr noch: Man mußte es ihm so auftischen, daß er am Ende glaubte, es komme von ihm. Selbst Männer wie TIMOSCHENKO und SCHUKOW mußten erst lernen, damit fertig zu werden." **Andreas Naumann**

[7] Andreas NAUMANN, *Frei Spruch für die Deutsche Wehrmacht. Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüfstand,* Grabert, Tübingen 2005, S. 196.

Stalin verliert die Nerven und flüchtet aufs Land?

Die Zeitgeschichte berichtet heute noch, daß der deutsche Angriff am 22. Juni 1941 STALIN und die »friedliebende Sowjetunion völlig unvorbereitet traf. Anderen Berichten zufolge verlor er die Nerven, verließ den Kreml und floh in die Einsamkeit seiner Vorstadt-Datscha. Viele Historiker verbinden das mit der Behauptung: Die Sowjetunion war für einen Krieg nicht gerüstet, STALIN habe ihn nicht gewollt, was jedoch wenig glaubhaft erscheint. Der russische Autor Viktor SUWOROW gibt uns eine plausible Erklärung. Der ehemalige Stabsoffizier in der Roten Armee verrät sie uns: »Diese Legende hat CHRUSCHTSCHOW erzählt! Historiker haben sie aufgegriffen und millionenfach wiederholt.« Sie sollte beweisen, daß STALIN auf den Krieg nicht vorbereitet war: Als er vom deutschen Angriff erfuhr, bekam er einen furchtbaren Schrecken, fuhr auf seine Datscha, zog sich von allen Regierungsgeschäften zurück, traf niemanden, empfing niemanden, nahm nicht einmal Telefonanrufe an.

Die westlichen Historiker ließen sich reihenweise täuschen. So liest man bei der Amerikanerin Sally W. STOECKER: »Die Sowjetführer in Moskau wraren unfähig, die Armee kopflos, STALIN wußte das besser als jeder andere, deshalb gab er auf und verkroch sich in seine Datscha.« Viele ihrer Kollegen teilen das Urteil. Selbst der vorzügliche britische Militärhistoriker Albert SEATON meinte, STALIN habe im Hinblick auf den Zustand seiner Armee den Konflikt mit Berlin um jeden Preis vermeiden wollen, »denn er wußte, sie taugte nichts«.[1]

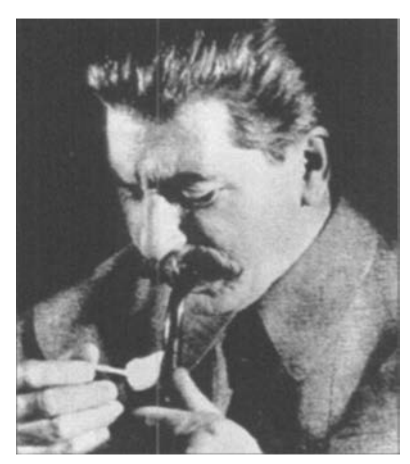
»Aus Angst«, sagt SUWOROW, »benimmt sich niemand so«, und er versichert uns: Die liegende ist nur zum kleinsten Teil wahr. Eher das Gegenteil ist richtig: »STAUN hat in den ersten Kriegstagen gearbeitet wie kaum ein anderer auf diesem Planeten. Er empfing am 22. Juni ab 5.45 reihenweise Besucher, den letzten um 23.00 Uhr. Danach folgten ein paar Stunden Ruhe, sodann eine volle Arbeitswoche, egal ob Tag oder Nacht.«[2] So ging es über acht Tage, in denen die Termine einander jagten, bis er erfuhr, die Westfront war in Auflösung, seine besten Truppen vernichtet oder gefangen - und dann:

»Es ist heißer Sommer, irgendwo in der Ferne ist Krieg, STAUN sitzt, den Kopf auf die Hand gestützt, in seinem einfachen Zimmer auf einem Soldatenbett, Er hat die Zeit vergessen, eine stille Verzweiflung hat ihn gepackt. Sein ganzes Leben hat er der Idee hingegeben. Er hat alle seine Feinde vernichtet, um das große Rußland zu unterwerfen. Um es für die Sache der Weltrevolution reif zu machen. Er hat Millionen von Menschen verschleppen lassen, um die übrigen zu zwingen, seinen Befehlen zu gehorchen, er hat Staat und Armee von Volksfeinden gesäu-

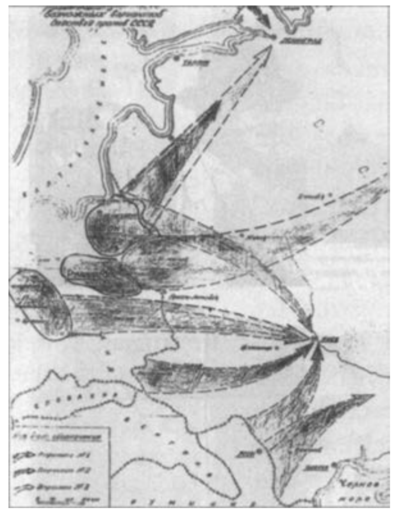
[1] Albert **SEATON,** *Der russisch-deutsche Krieg 1941-1945, hg.* von Andreas **HLLLGRUBER,** Bernard u. Graefe, Frankfürt/M. 1973, **S. 28.**

[2] Im Besucherbuch **STALINS** ist die Bestätigung dessen nachzulesen.

bert und alles, was das Land besaß, der Rüstungsindustrie geopfert. Er hat Tausende von Panzern und Flugzeugen bauen lassen, hat an der Grenze gigantische Vorräte an Munition, Treibstoff und allem, was für einen Krieg auf fremdem Territorium nötig ist, konzentriert. .. Und wie alles fertig ist - zerschlägt HITLER seine Offensive. Da begreift er, daß das Unternehmen >die Befreiung Europas< endgültig gescheitert ist. Jetzt ist alles verspielt, alles verloren.«[3]



STALIN konnte sich einfach nicht vorstellen, daß HITLER einen Zweifrontenkrieg wagen würde - obwohl führende sowjetische Militärs die Absicht der Deutschen erkannt hatten, wie die untenstehende, 1941 von der CPU entworfene Skizze über mögliche Stoßrichtungen einer deutschen Offensive zeigt. Mit der Hauptrichtung Kiew/Ukraine wurde gerechnet. Aus: Lew BEYMENSKI, *Stalin und Hitler,* Berlin 2002.



Von anderen russischen Historikern wie Nikolaj PAVLENKO weiß man, daß die Erkenntnis von der Niederlage an der Westfront tatsächlich schockartig über STALIN kam. Das hing damit zusammen, daß Frontbefehlshaber wie Generaloberst KIRPONOS und Armeegeneral Dmitrij PAVLOV aus Sorge vor Repressionen nicht wagten, den Zusammenbruch der Armeen nach Moskau zu melden, daß sie weiterhin Angriffsbefehle an Truppenkörper gaben, die längst nicht mehr existierten oder bereits in die Gefangenschaft marschierten — nur um den Makel der Untätigkeit von sich abzuwenden. Es nützte nichts, STALIN werde sie bestrafen. Doch noch trieb ihn die Angst um, die eigenen Leute könnten ihn für die Niederlage verantwortlich machen, ihn vor Gericht stellen oder auf der Stelle erschießen.

Plötzlich standen BERIJA und MOLOTOW vor der Tür, doch nicht mit der Pistole im Anschlag, wie er wohl befürchtete, sondern mit der Bitte um Hilfe. Langsam erholte er sich von seinem Schrecken und kehrte auf Ersuchen des Politbüros in den Kreml zurück, wo er sofort die Zügel übernahm. Als erstes ordnete er die Verhaftung PAVLOVs und zahlreicher Offiziere seines Frontstabes an und ließ ihn erschießen. Zusammen mit den Generalmajoren KLIMOVSKICH, GRIGORJEY und KJ.YCS sowie dem Befehlshaber der 4. Armee, General KOROBKOV. KIRPONOS, der inzwischen gefallen war, wurde nachträglich als Feigling degradiert und seine Familie in die Verbannung geschickt. Zahlreiche weitere Befehlshaber und Kommandeure erlitten das gleiche Schicksal. Es half ihnen wenig, daß sie zur Entschuldigung anführten, sie seien vor eine Lage gestellt worden, für die ihre Truppe nicht ausgebildet gewesen sei. Man hielt ihnen vor, jeder Kommandeur habe sein >Rotes Paket M< gehabt, in dem die Angriffsbefehle festgelegt seien. Dieser Vorgang ist im Beitrag 567 behandelt.

Tatsache ist, daß vom Oberbefehlshaber bis zum Regimentskommandeur jeder dieses >Rote Paket* besaß, das auf

[3] Viktor SUWOROW, *Stalins verhinderter Erstschlag,* Pour le Mérite, Selent 2000, S, 308 ff.

ein Codewort hin zu öffnen war. Wer es aber am 22. Juni 1941 öffnete, mußte feststellen: Alles war darin enthalten, nur der Verteidigungsfall war nicht vorgesehen. Doch als nach 1945 einzelne Generale die Öffentlichkeit darüber unterrichten wollten, hat man sie verlacht. »Alle diese Pläne hat es gegeben«, schrieb Generalmajor GREZÖW, »aber leider war nichts darüber gesagt, was zu geschehen hatte, wenn plötzlich der Gegner zum Angriff übergehen sollte.«[4] Und der bekannte Militärhistoriker B. PETROW meinte in der *Prawda,* damals noch das Zentralorgan der KPdSU: »Infolge der Überschätzung eigener Möglichkeiten und Unterschätzung des Gegners schuf man vor dem Krieg unrealistische Pläne offensiven Charakters. Möglich, daß sie auf dem Papier geblieben wären und es heute keinen Zweck mehr hätte, darüber zu reden. Doch in ihrem Sinn begann man die Gruppierung der sowjetischen Streitkräfte an der Westgrenze zu formieren. Aber der Gegner kam uns zuvor.«[5]



»Die Heimat ruft« - STALIN appellierte mit viel Geschick und Erfolg an die Heimatgefühle seiner Landsleute, die ihm dann auch folgten. Aus: Hellmuth Günther DAHMS, Deutsche *Geschichte in Text und Bild,* Herbig, München [5]1999.

TIMOSCHENKO, SCHUKOW und ihre Generalstäbler wußten das besser als jeder andere, darum gaben sie den Befehl zum Öffnen der >Roten Pakete< nicht, sondern waren vollauf damit beschäftigt, neue Befehle niederzulegen. Diesmal aber nicht für den Angriff, sondern zur Verteidigung. Dabei erließen sie unentwegt Direktiven für Truppenteile, die längst überrollt, eingekesselt, gefangen oder vernichtet waren.

Erst am 3. Juli 1941 findet STALIN eine Stunde Zeit, um das Sowjetvolk in einer Rundfunkansprache zu unterrichten. Er erklärt, der Krieg habe unter Bedingungen begonnen, »die für die Deutschen günstig, für die Sowjettruppen ungünstig sind«. Deutschland sei als kriegführendes Land schon seit Jahren mobilisiert, und die Wehrmacht sei der Sowjetunion, die erst mit der Mobilisierung begonnen habe, voraus. Er beschuldigt die Reichsregierung des Vertragsbruchs und rechtfertigt den Vertragsschluß vom 23. August 1939 mit ihr damit, daß er Zeit gewinnen mußte, um sich auf die Verteidigung vorzubereiten.

Dann ruft er zu einer Kampfführung auf, die den Gebräuchen zivilisierter Kriegführung brutal ins Gesicht schlägt. Er fordert den totalen Krieg, den Partisanenkampf und die Strategie der verbrannten Erde. »Das gesamte rollende Material«, befiehlt er, »ist nach Osten zu schaffen, das Vieh wegzutreiben, das Getreide zu verbrennen. Alles wertvolle Gut, das nicht abtransportiert werden kann, ist zu vernichten. In den

[4] In der *Militärhistorischen Zeitschrift,* Nr. 9,1965, S. 87.

[5] *Prawda,* 8. 5.1991, S. 9.

vom Feind besetzten Gebieten sind alle Brücken und Straßen zu sprengen, Telefonverbindungen, Materiallager, Waffen- und Verpflegungsdepots zu zerstören, Ortschaften und Wälder niederzubrennen«, kurz: Für den Feind sind unerträgliche Verhältnisse zu schaffen, »Denn der Krieg gegen Nazideutschland ist kein gewöhnlicher Krieg, kein Kampf zwischen zwei Armeen, sondern der Kampf des Sowjetvolkes gegen den kapitalistischen Faschismus.« Dann spielt er seinen letzten Trumpf aus, den Appell an die Vaterlandsliebe aller Russen: Er ruft sie zum großen vaterländischen Volkskrieg auf, der zum Ziel hat, die faschistischen Unterdrücker aus dem Lande zu jagen und darüber hinaus »alle Völker zu befreien, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen«/'

[6] Andreas NAUMANN, *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht. Unternehmen Barbarossa* erneut auf dem Prüfstand,* Grabert, Tübingen 2005, S. 199.

Eine bislang unerwähnte Tatsache ist, daß viele der führenden sowjetischen Militärs die Katastrophe kommen sahen. Sie waren ja nicht blind, sondern sahen den ausschließlich auf Angriff gerichteten Aufmarsch der Roten Armee als Gefährdung der Sicherheit ihres Landes an. Sie teilten durchaus nicht STALINS Zuversicht, daß ein deutscher Angriff durch einen Generalangriff zerschlagen werden könne. Doch wegen der jahrelangen Repressionen und großen Säuberungen hielten sie sich zurück und wagten es nicht, ihre Meinung zu sagen.

Noch heute reden russische Militärschriftsteller nur andeutungsweise darüber. So erwähnt Armeegeneral STEMENKO, daß es ein großes Unglück für die Rote Armee gewesen sei, »am Vorabend des Krieges viele erfahrene Heerführer eingebüßt zu haben«, und erinnert an die große Säuberung, der über 50000 Offiziere zum Opfer fielen. Die Ursache und Umstände dieser »Einbuße« bleiben allerdings ungenannt. Die zwölfbändige ***Geschichte des ^weiten Weltkrieges*** bringt es immer noch fertig, die Vernichtung des sowjetischen Führerbestandes durch die Säuberungen in den Jahren 1937/38 überhaupt nicht zu erwähnen. Die einschlägigen militärfachlichen und allgemeinen Lexika verhalten sich nicht anders. In einer Studie zitiert Bernd BONWETSCH den russischen Historiker Konstantin SIMONOW, der dies erstmals in Rußland offen angesprochen hat. SIMONOW beschreibt die psychologischen Folgen der Säuberungen so: »Es mußten nämlich nicht nur zahlreiche liquidierte Militärs durch weniger erfahrene ersetzt werden, sondern alle litten unter der Atmosphäre der Einschüchterung und des Schreckens.« SIMONOW betont, »daß von derartigen Schäden auch diejenigen nicht verschont blieben, die nicht verhaftet worden waren«. Und er verweist auf den damit verbundenen Verlust an Urteilskraft und Selbstvertrauen, insbesondere, da die politische Führung hinter jedem Einwand der Militärs Feigheit und Verrat witterte und mit der Androhung von Verhaftung oder Erschießen reagierte,

[7] Bernd BONWETSCH, »Die Repression des Militärs und die Einsatz fähigkeit der Roten Armee im Großen vaterländischen Krieg«« in: Bernd WEGNER (Hg), *Zwei Wege nach Moskau, vom Hitler-Staiin-Pakt Zum »Unternehmen Barbarossa«,* Piper, München 1991, S. 404 ff.

Andreas Naumann

Die Befehlslage bei Planung und Durchführung vom Unternehmen Barbarossac

Es ist allgemein bekannt, daß Zeithistorie und Medien der deutschen Wehrmacht vorwerfen, im Zweiten Weltkrieg an Ausschreitungen beteiligt gewesen zu sein, die in Polen und in der Sowjetunion begangen worden sind. Dabei wird in der Regel versäumt, die für die Truppe maßgebende Befehlslage zu hinterfragen, die allein Auskunft darüber geben kann, was erlaubt und was verboten war. Eine ausführliche Antwort darauf gibt die Studie von Andreas NAUMANN ***Freispruch für die Deutsche Wehrmacht. Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüfstand***Nachfolgend sei daraus ein Auszug in Kurzfassung gebracht.

Im Oberkommando des Heeres (OKH) war man bei der Planung des Ostfeldzuges davon ausgegangen, im Operationsgebiet >Barbarossa< eine Militärverwaltung als unpolitisches Instrument der vollziehenden Gewalt einzurichten, wie dies seit Kriegsbeginn am 1. September 1939 in den besetzten Gebieten allgemein üblich war. Das stieß aber bei Adolf HITLER in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Wehrmacht (ObdW) auf entschiedenen Widerspruch. So verwarf er am 3. März 1941 den Entwurf des OKH und diktierte statt dessen seine »Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung 21 Barbarossa« dem Chef des Wehrmachtführungsstabes beim Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Generaloberst JODL, in die Feder. Sie begannen mit den Worten: »Dieser kommende Feldzug ist mehr als nur ein Kampf mit den Waffen; er führt auch zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen.«[2]

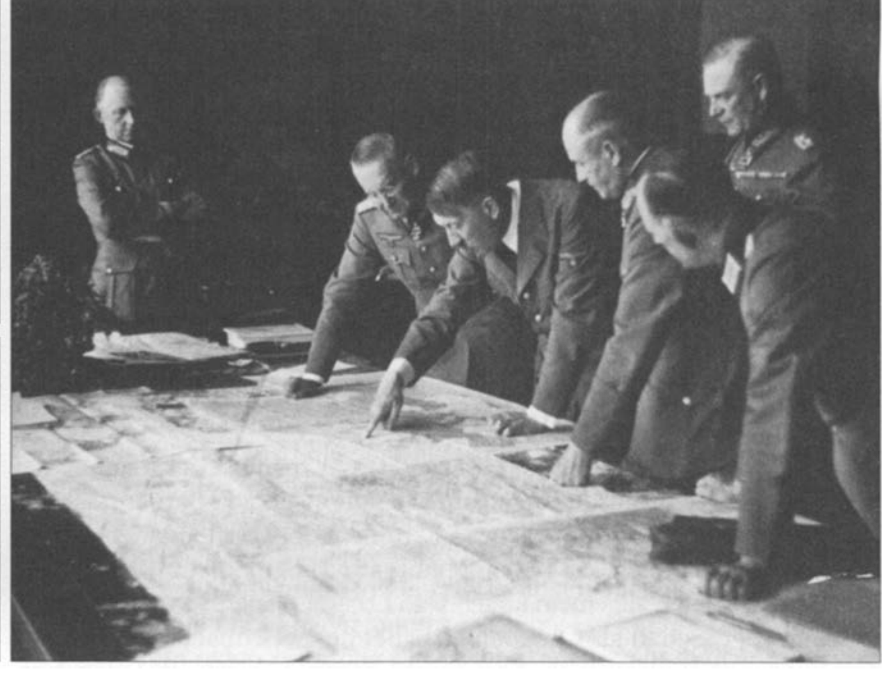
HITLERS Generalstabschef im OKW, Feldmarschall KEITEL, führte am 4. April 1946 in Nürnberg dazu folgendes aus: Damit war klar, »daß an die Führung in diesem Krieg die Methoden, wie wir Soldaten sie kannten und wie wir sie allein für völkerrechtlich hielten, ein völlig neuer Maßstab gelegt werden müsse. .. Mit diesen Ausführungen (gemeint sind HITLERS Richtlinien, A. N.) wurden dann die verschiedenen Anordnungen gege-

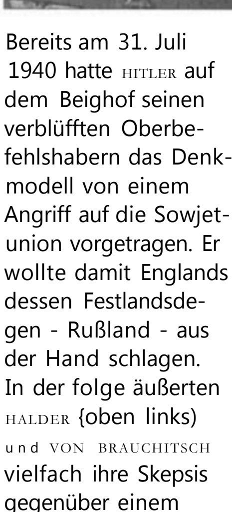
[1] Andreas NAUMANN, *Freispruch für die Wehrmacht. Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüfstand,* Grabert, Tübingen 2005; siehe auch: Walter POST: *Die verleumdete Armee. Wehrmacht und Anti-Wehrmacht Propaganda,* Pour le Mérite, Selent 1999; Joachim HOFFMANN, *Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,* Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995; *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg,* Bd. 4: *Der Angriff auf die Sowjetunion,* DVA, Stuttgart 1983.

[2] Jürgen FÖRSTER, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg-Potsdam (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg,* Bd. 4 VII: *Das Unternehmen »Barbarossa« als Eroberungs- und Vernichtungskrieg,* S. 413 ff.









Bereits am 31. Juli 1940 hatte HITLER auf dem Beighof seinen verblüfften Oberbefehlshabern das Denkmodell von einem Angriff auf die Sowjetunion vorgetragen. Er wollte damit Englands dessen Festlandsdegen - Rußland - aus der Hand schlagen. In der folge äußerten HALDER {oben links) und VON BRAUCHITSCH vielfach ihre Skepsis gegenüber einem Ostfeldzug.

ben, in den unbefriedeten Gebieten die Gerichtsbarkeit auszuschalten, Widerstände mit brutalen Mitteln niederzukämpfen, in jedem staatlichen Widerstand den Ausdruck der tiefen Gegensätze zwischen den beiden Weltanschauungen zu sehen«.[3]

Am 30. März 1941 versammelte HITLER die mit dem Ostfeldzug befaßten Befehlshaber und sprach zu ihnen über den »besonderen Charakter« des Feldzuges. Generalstabschef HALDER im OKW notierte dazu in sein Kriegstagebuch: »Vernichtendes Urteil über den Bolschewismus, Kommunismus ungeheure Gefahr für die Zukunft. Wir müssen vom Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken.«[4] Entgegen den Behauptungen der Zeithistoriker regte sich anschließend heftiger Widerspruch in der Generalität, was aus den Kriegstagebüchern von Anwesenden klar hervorgeht.[1] Da ein gemeinsames Auftreten wegen des Meutereiparagraphen im Militärstrafgesetz nicht in Frage kam, verlangten die Oberbefehlshaber (Ob) der Heeresgruppen von Gcneralfeldmarschall VON BRAUCHITSCH als dem Oberbefehlshaber des Heeres (ObdH), Hrr-

[3] Internationales Militärtribunal (Hg.), *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945-1946,* Bd. X, Nürnberg 1947, S. 597 ff.; Hans Jochen KEITEL, *Keitel in Nürnberg,* Bublies, Schnellbach 2002, »Die Vorgeschichte >Barbarossa<« S. 235 ff.

[4] *Aufzeichnungen des Chefs OKW,* Bd. 2, 1963, S. 336 f.

[5] So z. B der Generalfeld marsch alle VON LEEB, VON KLUGE und VON BOCK BA/ MA N 22/9, S. 22.

LER ihre Kritik vorzutragen. BRAUCHITSCH, der zu wiederholten Malen HITLER vor dem Ostfeldzug und allen damit verbundenen Konsequenzen gewarnt hatte, entgegnete aufgrund eigener Erfahrung: »Das ist beim Führer so nicht durchzusetzen!« Man müsse ihm die richtige Erkenntnis häppchenweise abtrotzen.

Da HITLER sich darüber im klaren war, daß seine Richtlinien der Tradition der Wehrmacht widersprachen und auf Widerstand stoßen würden, entschied er, das Heer bei der Erfüllung der geforderten Aufgaben »außen vor« zu lassen. Zur politischen Aufgabe der Zerschlagung des gesamten Sowjetsystems sagte er am 3. März 1941 zu JODL: **»Diese** Aufgabe ist so schwierig, daß man sie dem Heer nicht zumuten kann.«[6] Den Generalen, die seinen Ideologiekrieg nicht führen mochten, konnte das nur recht sein.

[6] Vielerorts zitiert, so auch bei Walter Pos'l" in: *Die verleumdete Armee,* aaO. (Anm. 1), S. 42 ff.

War das Heer damit außer Verantwortung?

Wie sich zeigten sollte, war das nicht der Fall. Das erwies sich nicht nur bei der Frage der Behandlung von HITLERS >Kommissarbefehl<. Es erwies sich sowohl bei der Frage des Vorgehens gegen renitente oder fanatische Bevölkerungsteile als auch bei der Behandlung von einzelnen Freischärlern und Partisanengruppen. Und es zeigte sich in Fragen der Gerichtsbarkeit sowohl bei Verbrechen von Wehrmachtangehörigen als auch bei solchen von seiten der Roten Armee oder der russischen Zivilbevölkerung.

Befehle, die rein ideologischen Charakter hatten, stießen bei den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen und Armeen auf Unverständnis und Widerspruch und führten zu heftigen Kontroversen innerhalb der Wehrmacht. Ein Beispiel dafür ist vor allem der »Kommissarbefehk, wonach politische Funktionäre der Roten Armee, »wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen« waren. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß damit der Widerstand der Sowjets eher zu- als abnahm, wurde der Befehl am 7. März 1942 vom OKW aufgehoben.



Auch in der Bekämpfung des sowjetrussischen Partisanentums zeigten viele Heerführer Unverständnis gegenüber der Verschärfung der Wehrmachtbestimmungen.

Auch das Vorgehen gegen Freischärler und

Partisanengruppen, das gegenüber den früheren Wehrmachtbestimmungen verschärft worden war, wurde von vielen Befehlshabern mißbilligt. Diesem Personenkreis war, wenn »mit der Waffe angetroffen, ohne erkennbare Abzeichen oder bei Nichtbeachtung der Gesetze und Gebräuche des Kriegs«, ohne Nachsicht zu begegnen, was übrigens im Einklang mit dem damals sehr rigorosen Völkerrecht stand. Auch hier wurden die Regeln nach dauerndem Protest der Truppe ab Herbst 1943 gemildert, insofern den Aufgegriffenen unter bestimmten Voraussetzungen der Kombattantenstatus zuerkannt werden konnte, was mit den Rechten von Kriegsgefangenen verbunden war.

Auch bei der Bestrafung von Übergriffen Wehrmachtangehöriger, die HITLER laut Gerichtsbarkeitserlaß (GbE) gemildert oder ausgesetzt wissen wollte, handelte das Heer eigenständig. Dazu erließ der ObdH am 24. Mai 1941 einen Zusatzbe fehl, worin die Truppe angewiesen wurde, das Militärstraf- und Disziplinarrecht des GbE vorzuziehen." Dazu führte er folgendes aus: »Unter allen Umständen bleibt es Aufgabe aller Vorgesetzten, willkürliche Ausschreitungen einzelner Heeresangehöriger zu verhindern und einer Verwilderung der Truppe vorzubeugen. Der einzelne Soldat darf nicht dahin kommen, daß er gegenüber den Landeseinwohnern tut und läßt, was ihm gut dünkt, sondern er ist in jedem Fall gebunden an die Befehle seiner Offiziere.« Dieser Befehl galt vom ersten bis zum letzten Tage und sicherte über die Kriegsjahre hinweg die Manneszucht und Disziplin in der Truppe. Damit war HITLERS »Barbarossa-Richtlinie« die Spitze genommen.

[7] Gerichtsbarkeitserlaß (GbE v. 13. 6. 1941).

Keine Teilnahme des Heeres an politischen Massenexekutionen

Hinsichdich der Frage der Teilnahme von Heeresangehörigen an Exzessen gegen die Bevölkerung hatte der Obd H, Generalfeldmarschall (GFM) VON BRAUCHITSCH, bereits während des Polenfeldzuges am 5. September 1939 einen Grundsatzbefehl erlassen, der bis zum letzten Kriegstag galt. Darin hieß es: »Die Teilnahme von Angehörigen des I leeres an politischen Exekutionen ist verboten.«[8]

Entsprechende Befehle wurden daraufhin von den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen erlassen, die nicht nur nach unten weiterzuleiten, sondern von den Befehlshabern in eigener Fassung zu erläutern und umzusetzen waren.

[s] ObdH Nr. 362/39, g. Kdos; 24. 9. 1939 an die Herrn Oberbefehlshaber — BA-MA - W 6969/5.

Dazu als Beispiel der Befehl des Divisionskommandeurs der 207. Sicherungs-Division, General VON TIEDEMANN. Unter Bezugnahme auf einen Sonderbefehl des Oberbefehlshabers der 4. Armee, Generalfeldmarschall VON KLUGE, vom 22. Juli 1941 befahl er: »Ich verbiete nochmals ausdrücklich, daß sich Angehörige der Division an Aufgaben der Sicherheitspolizei (SP) beteiligen, bzw. Vorgesetzte die Genehmigung hierzu

erteilen oder ihre Truppe zu Aufgaben des Sicherheitsdienstes (SD einsetzen. In Zukunft werde ich jeden Einheitsführer sowie jeden einzelnen Angehörigen der Division, der gegen diesen Befehl verstößt, zur Rechenschaft ziehen.«[9] TIEDEMANN erklärte dazu: Durch OKH-Befehl sei »eindeutig festgelegt, daß die Aufgaben der SP und des SD von denen der Truppe völlig getrennt« seien und »auf verschiedenen Gebieten« lägen.

Und Generalfeldmarschall VON REICHENAU drohte den Angehörigen seiner Armee am 10. August 1941 harte Strafen an, wenn »dienstfreie Soldaten sich dem SD zur Mithilfe bei Durchführung von Exekutionen« anbieten oder »als Zuschauer derartigen Maßnahmen beiwohnen und dabei photographische Aufnahmen machen«. Er verbot »jede Teilnahme von Soldaten als Zuschauer oder Ausführende bei Exekutionen. . . und verfügte die Bestrafung von Zuwiderhandelnden wegen Disziplinlosigkeit*«.[10]

Generalfeldmarschall VON KLUGE, Oberbefehlshaber der 4. Armee, erließ im September 1941 einen Sonderbefehl zur Aufrechterhaltung der Manneszucht. Darin wurde jede Art von Disziplinlosigkeit, insbesondere wurden Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung, Plünderung und unberechtigtes Requirieren von Privateigentum, unter strengste Strafe gestellt. Ähnliche Befehle sind von anderen Armeeführern bekannt." General VON SALMUTH, Oberbefehlshaber des 30. Armeekorps (AK), erließ Anfangjuli 1941 einen Befehl in Sachen Kodyma, um jede Amtshilfe bei der Durchführung von Repressalien der Einsatzgruppen HIMMLERS ZU verweigern.

Noch deutlicher wurde General Max VON SCHENCKENDORFF, Befehlshaber im Rückwärtigen Heeresgebiet (Berück) der Heeresgruppe (HGrp) Mitte. Er befahl mit Merkblatt vom September 1941 allen Ortskommandanten unter Punkt Nr. 9: »Lynchjustiz gegenüber der Zivilbevölkerung, insbesondere gegenüber Juden, ist mit allen Mitteln zu verhindern. Die Wehrmacht duldet nicht die Ablösung des einen Terrors durch einen anderen!« Dies richtete sich vor allem gegen die SS-Einsatzgruppen HIMMLERS.

Und ein Befehl des Berück Süd vom 29. Juli 1941 lautete: »Der Führer hat in seinem diesbezüglichen Erlaß (GbE) der Truppe ausdrücklich das Recht eingeräumt, im Verlauf von Kampfhandlungen im Interesse der Erhaltung der Sicherheit der Wehrmacht feindlich gesinnter Zivilbevölkerung gegenüber mit schärfsten Mitteln durchzugreifen. Dagegen bedeuten eigenmächtige Gewaltakte gegen die Zivilbevölkerung im befriedeten Gebiet reine Willkürakte. Deshalb bleibt die Strafverfolgung in diesen Gebieten in *vollem* Umfang aufrechterhalten, wenn Soldaten sich gegen lieben und Eigentum wehrloser Einwohner vergehen! Vorgesetzte, die das nicht verhindern können, sind für ihren Posten ungeeignet.«[12]

[9] Zitiert bei Helmut KRAUSNICK, *Hitlers Einsatz-Gruppen,* Fischer, Frankfurt/M. 1998, S. 202.

Ebenda, S. 203.

[11] Nürnberger Akten - NOKW 542.

[12] Erich HESSE, *Per sowjetrussische Partisanenkrieg 1941—1944 im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle,* Musterschmidt, Güttingen-Zürich 1993, S. 79 f. sowie Dok.NOKW-16209.

Am 21. März 1942 befahl der Berück Mitte VON SCHENCKENDORFF wiederholt: »Ich wiederhole hiermit, daß allen Angehörigen meines Befehlsbereichs die dienstliche und nichtdienstliche Teilnahme an irgendwelchen durch die Ordnungspolizei (OP) oder den SD mit unterstellten Formationen durchgeführten Sondermaßnahmen oder Erschießungen verboten ist.«[13]

[13] Zitiert in der Anklageschrift des Landgerichts Bonn gegen einen ehem. SS-Angehörigen am 14.1.1964, Az. 8 Js 250/63 IfZ., Gb 09.08, S. 28; sowie bei KRAUSNICK aaO. (Anm. 9), S. 340, Anm. 448.

Die Tötung von Zigeunern und Juden fand beim Heer nicht statt

Auch hierzu sind hinreichende Zeugnisse aus der Truppe erhalten geblieben. So lautet die Stellungnahme der 281. Sicherungsdivision auf eine Anfrage des SD bei der Feldkommandantur 822 vom 24. März 1943: »Eine Mitwirkung militärischer Dienststellen bei etwa durch den SD vorzunehmenden Liquidierungen von Zigeunern und Juden als politische Maßnahme ist nirgendwo vorgesehen und wird abgelehnt.« (Schriftverkehr der 281. Sicherungsdivision mit der Feldkommandantur 822 vom März 1943) Der Vorgang ist korrekt wiedergegeben und spiegelt die einschlägige Praxis in der Truppe wider.[14]

[14] Sich.Div. Abr. Vll/la, Tgb. Nr. 457/43, geh., Ostrow, 24. 3.1943 an Feldkdtur. 822, zitiert bei KRAUSNICK, aaO. (Anm. 9), S. 244.

Verhalten der rückwärtigen Befehlshaber (Berück) angesichts der Pogrome

Generalfeldmarschall Ritter VON LEBB, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, erklärte auf Rückfrage beim OKH, er werde schießen lassen, wenn die Morde (gemeint waren Pogrome der Bevölkerung gegen Juden im juni/juli 1941) in seinem Bereich nicht aufhörten.[15] Daraufhin setzte sich Generalstabschef HALDER mit dem OKW in Verbindung, wo er von Chef zu Chef mit Generalfeldmarschall KEITEI. ein erregtes Gespräch führe. KEITEI.S eindeutige Antwort war: HITLER ***verbiete*** den Oberbefehlshabern, sich hier einzumischen. Es handele sich um politische Bereinigungsaktionen innerhalb der von den Sowjets befreiten Völker, welche die Herren Oberbefehlshaber der Heeresgruppen ***nichts*** angingen. Das war der klare und eindeutige Bescheid vom OKW, er enthielt das unmißverständliche Verbot, in solchem Fall einzuschreiten. Erwiesenermaßen hielten sich die Oberbefehlshaber der **I** leeresgruppen nicht daran. Dazu nachfolgendes Beispiel:

[15] Vgl. KRAUSNICK, aaO. (Anm. 9), S. 182.

Als Generalfeldmarschall VON RUNDSTEDT, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, vernahm, daß es in seinem Bereich zu Übergriffen gekommen war, ließ er über seinen Befehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet (Berück), General Karl VON ROQUES, befehlen: »Die Beteiligung von Wehrmachtangehörigen an Exzessen der ukrainischen Bevölkerung gegen Juden ist verboten. Ebenso das Zuschauen oder Fotografieren.« (Siehe





Von links: Karl VON ROQUES, Wilhelm Ritter VON LEEB und Gerd VON RUNDSTEOT u.a. bezogen in Sachen Pogrome an Juden einen eindeutigen Standpunkt.

auch die Prozeßakten Nürnberg, zum Beispiel NOKW 541.) Entsprechend handelten die Oberbefehlshaber der anderen Heeresgruppen, die vom OKH in Kenntnis gesetzt worden waren, es handele sich um eine Angelegenheit, die nach Auffassung der deutschen Reichsregierung die jeweils betroffenen Staaten mit sich selbst abmachen sollten. Die Truppe habe sich da herauszuhalten.

Hierzu sei auch der Befehl des durch Generalfeldmarschall VON KLUGE beauftragten Generals VON ROQUES vom 25. Juli 1941 angeführt, worin dieser klarmacht, daß »der deutsche Soldat, der sich an Judenpogromen beteiligt, aufs schwerste das Ansehen der Wehrmacht schädigt und eine unsoldatische Haltung an den Tag legt. Eigenmächtige Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung im befriedeten Gebiet sind Willkürakte, denen gegenüber die Strafverfolgung in vollem Umfang erhalten bleibt«.[16]

[16] KRAUSNICK, ebenda, S. 245 ff.

Noch schärfer im Ton ist ein weiterer Befehl des Generals VON ROQUES vom 1. September 1941, in dem es heißt: »Es mehren sich die Fälle von Übergriffen gegenüber der Zivilbevölkerung, Auch soll es vorgekommen sein, daß Soldaten selbständig Erschießungen von Juden vorgenommen oder sich daran beteiligt haben. Schreiten die Vorgesetzten hier nicht nachdrücklich ein, so wird ihnen die Führung der Truppe entgleiten und diese zu einer Horde werden. Exekutivmaßnahmen (nicht zu verwechseln mit Exekutionen, A, N.) gegen bestimmte Bevölkerungsteile sind ausschließlich den Kräften des Höheren SS- und Polizeiführers vorbehalten.« Die Truppe, heißt es weiter in dem Befehl, erledige »nur solche Landeseinwohner in eigener Machtvollkommenheit, die feindseliger Handlungen überführt oder verdächtigt sind und auch dies nur auf Befehl von Offizieren.. .Jedes eigenmächtige Erschießen von Landeseinwohnern, ***auch*** von Juden, durch einzelne Soldaten sowie jede Beteiligung an Exekutivmaßnahmen der SS- und Polizeikräfte sind daher als Ungehorsam zu ahnden, sofern nicht gerichtliches Einschreiten notwendig ist.«[17]

[17] Ebenda, S. 201.

In Lemberg[1"] zogen ukrainische Separatisten nach dem Abzug der Roten Armee rund 1000 Juden aus ihren Wohnungen und verprügelten sie auf offener Straße. Dann trieben sie diese unter Mißhandlungen auf dem Marktplatz zusammen, um sie anschließend in den Hof des ehemaligen NKWD-Gefängnisses zu jagen. Dort hatte man kurz zuvor etwa 4000 gräßlich zugerichtete Leichen entdeckt, die auf das Konto der Roten Armee kamen. Sie hatte vor ihrer Flucht alle Häftlinge, darunter Pfarrer, Arzte, Lehrer sowie Volksdeutsche und Juden, ermordet. So war es kein Wunder, daß der Volkszorn hohe Wellen schlug. Der Divisionskommandeur, Generalmajor Max WINKLER, der soeben noch mit Blumen empfangen worden war, ließ sich davon nicht abhalten, der Lynchjustiz entschlossen entgegenzutreten, indem er das Pogrom mit Waffengewalt abbrach. Das ist nur ein Beispiel von vielen, die angeführt werden könnten. Jedoch hatte WINKLER gegen das Führergebot verstoßen und sich damit strafbar gemacht.

Amtliche Kenntnis von den Massenmorden des SD hatte die Wehrmacht nicht

Daß viele Befehlshaber *keine* Vorstellung davon hatten, daß politische Massenmorde stattfanden und welches Ausmaß sie hatten, wird sogar von dem Historiker Helmut KRAUSNICK bestätigt,[19] einem der schärfsten Kritiker der Wehrmacht. Das aber ist für die Beurteilung des Wehrmachthandelns *ausschlaggebend.* Denn es steht fest, daß den Wehrmachtbefehlshabern *keinerlei* amtliche Weisung zugegangen ist, die von ihnen etwas verlangt hätte, wozu sie sich entsprechend ihren Ehrbegriffen nicht in der Lage gesehen hätten. Die Wehrmacht, das ist zweifelsfrei erwiesen, wurde über das Genozid an den Juden auf dem Dienstwege *nicht* unterrichtet.

Selbst die Nürnberger Richter haben das bestätigt. »Amtliche Kenntnis lag auf seiten der Heeresbefehlshaber *nicht* vor,«[20] Mithin war das Maß an Wissen, das sie sich verschaffen konnten oder das sie durch die Umstände vermittelt bekamen, individuell höchst unterschiedlich. Beim einen brauchte die Erkenntnis Monate und Jahre, beim anderen mag sie früher gekommen sein. Viele haben bis zum Schluß nichts gewußt. Von denen aber, die Kenntnis erlangten, haben etliche versucht, die Auswüchse zu mindern, selbst dann, wenn es ihnen persönlich zum Schaden gereichte.

Andreas Naumann

18 Siehe Beitrag Nr. 578, »Die Lemberger Judenmassaker«,

w Zitiert bei NAUMANN, aaO. (Anm. 1), S. 428.

30 Zitiert u. a. bei Jörg FRIEDRICH, *Gesetz des Krieges,* Piper, München 1993, S. 919.

Machte die Wehrmacht 1941 Rußland dem Erdboden gleich?

Entgegen der Ansicht, die vor allem durch Jan Philipp REEMTSMAS Wehrmachtausstellung verbreitet wurde, das deutsche Feldheer habe im Zweiten Weltkrieg auf dem Feldzug in die Sowjetunion weite Teile Rußlands dem Erdboden gleichgemacht, sprechen die Tatsachen eine andere Sprache. Dergleichen dürfte auch mit den Zielvorstellungen einer Besatzungsmacht kaum in Einklang zu bringen sein und lag dementsprechend außerhalb jeder Absicht der deutschen Wehrmacht. Ebenso wurde den Deutschen vorgehalten, Stätten und Denkmale russischer Kultur achtlos vernichtet zu haben. Doch das Gegenteil ist wahr: Es wurde von den Deutschen vielmehr alles getan, um dieselben vor der Zerstörung zu bewahren.[1]

Am 3. Juli 1941 befahl Stalin die Strategie der verbrannten Erde

Von Anfang an trachtete die Moskauer Führung, dem Vormarsch der Wehrmacht und deren Besetzung sowjetischen Gebietes durch Anwendung des »Prinzips der verbrannten Erde< Einhalt zu gebieten. Dieser Einstellung blieb sie während der gesamten Dauer des Krieges treu. Gemeint ist die systematische Vernichtung aller Lebensmittelbestände, Lager und Verteilerketten, der Getreidevorräte einschließlich der Ernte auf dem Halm in den Kolchosen, der Trinkwasserreservoire, der Verkehrswege und -mittel, der Fabriken und Kraftanlagen sowie großer Teile der Infrastruktur bis hinab zur letzten Bauernkate bei Aufgabe des betreffenden Gebietes.[2] Vergessen ist heute bei uns, daß die Wehrmacht 1941

[1] Siehe die sich im Trend der Zeit bewegenden Anwürfe seitens des Hamburger Instituts für Sozialforschung von Jan Philipp REEMTSMA sowie die von demselben inszenierten Wehrmachtausstellungen samt einschlägiger polemischer Literatur. Vgl auch Hannes HEER U. Klaus MANOSCHEK (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44,* Hamburg 1996, und ähnliche Publikationen.

[2] Dazu auch: Andreas NAUMANN, *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht. Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüfstand,* Grabert, Tübingen 2005, S. 636; Walter POST, *Die verleumdete Armee. Wehrmacht und Wehrmacht-Propaganda,* Pour le Mérite, Scient 1999, S. 5 ff.; Stefan SCHEIL., *hegenden, Geruchte, Fehlurteile. Ein Kommentar zur 2. Auflage der Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts fur Sozialforschung,* Leopold Stocker, Graz 2003, S. 31 ff.; sowie Rüdiger PROS KP, *Vom Marsch durch die Institutionen zum Krieg gegen die Wehrmacht*, v. Hase u. Koehler, Mainz [2]1997, S. 24 ff.



Das bereits von LENIN angeregte Prinzip der >verbrannten Erde< kam schon in der ersten Juli-Woche des Jahres 1941 zur Anwendung. Alles, was die Deutschen bei ihrem Einzug für sich nutzen konnten, wurde von den weichenden Sowjets zerstört. Aus: Reinhard OLTMANN, *Sturm auf Moskau,* Bd. 1, Pour le Mérite, Selent **2002.**



Tausende von Fabriken wurden während der ersten Kriegswochen in die Regionen Östlich des Urals evakuiert. In vielen Fällen mußten die Belegschaften ihre Arbeit im Freien fortsetzen. Aus: Wladimir KARPOW, *Rußland im Krieg 1941-1945,* SV international, Zürich 1988.

im Osten vielerorts in ein verwüstetes Land vordrang, dessen Städte brannten, dessen Ressourcen und Produktionsmittel von den Sowjets gesprengt oder abtranspordert und dessen Dörfer und Siedlungen in Trümmerhaufen verwandelt worden waren. In Deutschland aber wird vielfach geglaubt, die gewaltigen Schäden sowie die Verluste an Zivilpersonen seien allein der Wehrmacht anzulasten.

Die mit dem harten Vorgehen der Roten Armee verbundenen Leiden der Bevölkerung lassen sich kaum ermessen. Hunderttausende, ja Millio-

nen Menschen wurden Opfer von Hunger, Krankheit und Winterkälte. Dagegen fallen die zahlreichen Beispiele einer guten Zusammenarbeit zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung, wie sie über Jahre hinweg stattfand, heute in der Offentlichkeit vollkommen unter den Tisch. Das geschah nicht zuletzt deshalb, weil diese Tatsachen von Moskau nach Kräften unterdrückt und ihre Verbreitungen mit drakonischen Strafen belegt waren. So wurden nicht nur eigene Soldaten mit dem Tod bestraft, derer man, nachdem sie dem Feind in die Hand gefallen waren, habhaft wurde, sondern auch die Zivilbevölkerung, wo immer sie der Kollaboration mit den Deutschen überführt oder auch nur verdächtigt wurde.[3]

[3] NAUMANN, ebenda, S. 328 ff., 334 ff. u. 588 ff.

Auf dem deutschen Teilrückzug im Winter 1941 /42 sowie bei den späteren Rückzügen der Jahre 1943/44 war es gelegentlich unumgänglich, daß die eigene Truppe aus Abwehrgründen in manchen Frontabschnitten Zerstörungen vornahm, um ein besseres Schußfeld zu gewinnen. Die Bevölkerung wurde in diesen Fällen aufgefordert, sich hinter die eigenen Linien zu begehen. Die außerordentlich schwierigen Bedingungen, unter denen die Absetzbewegungen ablaufen mußten, machten es für die deutsche Führung unerläßlich, alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet waren, das Nachdrängen des übermächtigen Gegners zu erschweren. Aus diesen Gründen mußte auch deutscherseits wiederholt zum Mittel der »verbrannten Erde< gegriffen werden, das die Sowjets in den vergangenen Jahren bei ihrem Rückzug angewandet hatten. In einer Linie von 20 bis 30 Kilometern vor der eigenen Front wurde alles, was dem Gegner die Fortführung seiner Offensive erleichtern konnte, zerstört oder zurückgeführt. Nichts, was dem Gegner im Aufmarschgebiet Deckung und Unterkunft hätte bieten können, blieb zurück, nichts, was seinen Nachschub, insbesondere die Verpflegung seiner Truppe, hätte erleichtern können,[4] Es konnte nicht ausbleiben, daß die Sowjetpropaganda daraus ihren Nutzen zog, indem sie vor aller Welt und den eigenen Rotarmisten verkündete, die »Naziarmeen haben unser Land in Schutt und Asche gelegt«.

[4] Erich VON MANSTEIN, *Verlorene Siege,* Athenäum, Bonn 1955, S. 507 ff.

Die deutschen Aufbauleistungen in Rußland waren beträchtlich

Walter POST weist darauf hin, welche Anstrengungen von den Deutschen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion gemacht wurden, Verkehrswege, Kraftwerke und Fabriken in Stand zu setzen, um Industrie und Landwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Galt es doch einmal, der einheimischen Bevölkerung Arbeit und Brot zu verschaffen, zum andern aber auch, der deutschen Ernährungs- und Volkswirtschaft in die Hände zu arbeiten. Das erfolgte allerdings in einem mit den Besatzungsinteressen verträglichen Rahmen, in dem das Überleben der Bevölkerung sichergestellt sein mußte. Der von der Zeithistorie erhobene Vorwurf, man habe die Einwohner von Großstädten wie Smolensk, Kiew und Char-

kow absichtlich dem Hunger ausgesetzt, geht fehl.'" Trotz aller Anstrengungen aber kam man auf diesem Wege nur ungenügend voran. Der Aufwand, der erforderlich war, um die verheerenden Zerstörungen in weiten Teilen des Landes auch nur halbwegs zu beheben, überstieg Kräfte und Mittel der deutschen Besatzungstruppen. Die schlechte Versorgungslage in den besetzten Ostgebieten war eben zu großen Teilen auf die von STALIN befohlenen und dann durchgeführten Zerstörungen zurückzuführen. Der Vorwurf, die Wehrmacht habe das Land gezielt ausgeplündert, geht an den Tatsachen vorbei.

s Siehe Katalog Wehrmachtausste1lung, S. 56 ff. Auf S. 63 meinen die Bearbeiter Bernd Bon. und Hans SAFRIAN: »Die Ausplünderung der Ukraine gab große Teile der Zivilbevölkerung in den besetzten Giebicten dem Hungertod preis.«

Im Winter 1941/42, als die Wehrmacht tief ins 1 .andesinnere vorgestoßen war, erreichte die Versorgungskrise ihren Höhepunkt. Die Schäden, welche die abziehenden Sowjets verursacht hatten, schlossen auch das Straßen- und Schienensystem mit ein, was nicht allein die Nachschub- und Verkehrslage der Wehrmacht behinderte, sondern ebenso die Versorgung der Landeseinwohner erschwerte. Deutsche Pioniere und Bahnarbeiter mußten die Verkehrswege mühsam erneuern, was bis zum Jahreswechsel nur in Teilen gelang. Als die gefürchtete Schlamm- und Schneeperiode einsetzte, brach das Verkehrssystem, das hauptsächlich auf Lastwagen ausgelegt war, weitgehend zusammen. Das aber hatte Rückwirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung.

Die heutige Zeitgeschichte verschweigt die Anstrengungen, die von den Deutschen gemacht wurden, um die Wirtschafts- und Versorgungskrise in den besetzten Gebieten zu überwinden. Allein in den Jahren zwischen 1941 und 1943 gewährte das Deutsche Reich eine Wirtschaftshilfe in Hohe von über 100 Milliarden Reichsmark. Mehr als 70000 Trakto-



Schlechte Wege und starke Regengüsse verlangsamten nicht nur die Bewegungen der deutschen motorisierten Truppen, sie verschlechterten auch die Versorgungslage der Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten, Aus: Hellmuth Günther DAHMS, *Der Zweite Weltkrieg in Text und Bild,* Herbig, München M999.

ren, über 100000 landwirtschaftliche Geräte und riesige Mengen Zuchtvieh wurden aus dem Reich in den Osten geliefert, um die Landwirtschaft aufrechtzuerhalten. Große Anstrengungen wurden unternommen, um die Brandbekämpfung der Wälder im Pripjetgebiet sowie die Bewässerung der endlosen Getreidefelder in der Ukraine sicherzustellen. Flußbrücken, Staudämme, Schleusen und Kanalsysteme wurden repariert, die zerstörten Kraftwerks-, Elektrizitäts- und Trinkwasseranlagen in den Städten erneuert.[6]

Ä Walter POST, in: *Deutsche Militär-Zeitung,* Nr. 29, S. 19.

Zerstörte die Wehrmacht systematisch Stätten der russischen Kultur?

Vor dem Internationalen Militärtribunal wurden die deutschen Truppen beschuldigt, das Tschajkowskij-Museum in Klin verwüstet zu haben, ein Vorwurf, der vom Verteidiger Dr. LATERNSER durch Vorlage entsprechender Dokumente entkräftet wurde." Das gleiche galt für die Gedenkstätte für den National-Dichter Leo TOLSTOJ, Jasnaja Poljana, die angeblich geplündert worden sein sollte, was jedoch im Widerspruch zu sowjetischen Film- und Pressemitteilungen stand. Generaloberst GUDERJAN, Oberbefehlshaber der 2, Panzerarmee, der dort seinen Gefechtsstand aufgeschlagen hatte, betont in seinen Erinnerungen mit Entschiedenheit, daß seine Truppen die Gedenkstätte beim Rückzug unversehrt verlassen hätten.[s] Zwar soll anderen Aussagen zufolge der Ort Jasnaja Poljana bei den Kämpfen zerstört worden sein, nicht jedoch TOLSTOJS Haus, dessen wertvolle Bibliothek unversehrt gebheben ist.'[5] Was dagegen die Zerstörung des 1654 gegründeten Klosters Novo-Jerusalimskij in Istra angeht, kann die Verantwortung der deutschen Truppen weder bestätigt, noch in Abrede gestellt werden.

Internationales Militärtribunal Nürnberg (Hg.), *Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945-1946,* , Nürnberg 1946, Bd. 21. S. 441.

[8] Heinz GUDERIAN, *Erinnerungen eines Soldaten,* Stuttgart 1979, S. 233; siehe auch Beitrag Nr. 275, »Deutsche schändeten nicht Tolstojs Grab«.

[9] NAUMANN, aaO. (Anm. 2), S. 639.

Während die Sowjetliteratur nicht müde wurde zu betonen, die Sowjetmacht habe im Gegensatz zu dem barbarischen Verhalten der Wehrmacht den architektonischen Denkmälern der russischen Vergangenheit seit jeher ihre besondere Fürsorge angedeihen lassen, sie restauriert und sorgsam bewahrt, stieß das im eigenen Lande auf lebhaften Widerspruch. So schreibt zum Beispiel der Journalist Ricos MTNASJAN: »Diejenigen, die den deutschen Truppen einen systematisch betriebenen >national-kulturellen Völkermord< vorwerfen, sollten sich daran erinnern, in welchem Umfang gerade Kloster- und Kirchenbauten, die einst den künstlerischen Reichtum Rußlands ausgemacht hatten, in sowjetischer Ära entweiht und zerstört worden sind.«[10] Von einem anderen Autor ist zu lesen: »Ein Beispiel hierfür bietet das im Jahre 1370 gegründete und nach der Beschädigung durch den Brand im Jahre 1812 restaurierte Moskauer Simonow-Kloster, das am 22. Januar 1930 von einer Einheit der Roten Armee bis

[10] In: *Mezdunarodnye prestuplenija,* S, 313 ff.

auf den letzten Rest vernichtet worden ist.«[11] Wie sachverständige Beobachter meinen, dürfte es in Rußland einschließlich Sibiriens kaum eine Stadt gegeben haben, in der nicht unzählige künstlerische oder historisch bedeutsame Bauten dem ideologisch motivierten Zerstörungswahn der Bolschewisten zum Opfer fielen.[12]

Hat die Wehrmacht der Sowjetbevölkerung die gesamte Nahrung entzogen?

Es trifft nicht zu, daß die Deutschen die wenige Nahrung, die der Sowjetunion im Krieg verblieb, ins Reich transportiert hätten, obwohl wegen der allgemeinen Mangellage in Europa Abgaben geleistet werden mußten. Jürgen FÖRSTERS Nachforschungen zufolge betrug der Abschub von Brotgetreide in der Regel weniger als ein Zehntel,[11] was als vertretbar anzusehen ist. Und bei Walter POST steht zu lesen: »Hatte in den besetzten Gebieten die Getreideernte vor dem Krieg 24,3 Millionen Tonnen betragen, so fiel sie 1941/42 wegen Mangels an Arbeitskräften, Maschinen, Treibstoff, Zugpferden und Dünger auf knapp 13 Millionen Tonnen, im Jahr 1942/43 wegen der Partisanentätigkeit auf 11,7 Millionen Tonnen zurück. Davon beschlagnahmten die deutschen Behörden 1941/42 rund zwei Millionen Tonnen und 1942/43 zweikommasieben Millionen Tonnen für die Wehrmacht und das Deutsche Reich. Die Entnahmen für den Eigenbedarf betrugen also 1941/42 15,4 Prozent und ein Jahr später 23,1 Prozent der Getreideernte. Bei diesen Angaben handelt es sich nicht um Brotgetreide allein, sondern um die gesamte Getreideernte. Die Zahlen belegen, daß die Ernährungsprobleme in den besetzten Ostgebieten zum überwiegenden Teil auf die sowjetische Strategie der >verbrannten< Erde zurückzuführen sind. Die deutschen Beschlagnahmungen halten sich dabei durchaus in Grenzen.«[14] Der Vorwurf, die Wehrmacht habe das Fand rücksichtslos ausgeplündert und damit eine Hungerkatastrophe unter der Zivilbevölkerung verursacht, geht somit an den Tatsachen vorbei.

Im Winter 1941/42, als die Wehrmacht tief im Landesinneren stand, erreichte die Versorgungskrise ihren Höhepunkt. Die Sowjets hatten einen Großteil der Lebensmittelvorräte vernichtet oder abtransportiert, auch waren große Getreidemengen nach der Ernte verkommen oder nicht eingebracht worden. Ebenso ließ das ruinierte Verteilersystem im Zusammenspiel mit dem zerstörten Schienennetz die Versorgung der Städte durch die noch arbeitenden Kolchosbetriebe nicht zu. Besonders schlimm war die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen, deren Zahl im ersten Kriegsjahr den Höchststand erreicht hatte. Die Masse der Gefangenen war nach den großen Kesselschlachten vielfach erschöpft und bereits völlig unterernährt in Gefangenschaft geraten, **Andreas Naumann**

[11] Piotr GRIGORENKO, *Erinnerungen,* Bertelsmann, München 1981, S. 136 ff.

[12] DUDIN u, MILLER, *The Russians,* S. 122; **sowie Joachim HOFFMANN, in:** M i Ii tärge s ch i ch dich es Forschungsamt (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg,* Deutsche, Verlags-Anstalt, Stuttgart 1983, Bd. 4, S. 122.

[13] Jürgen FÖRSTER in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg,* Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1983, Bd. 4.,' S. 1030 ff.

[14] Walter POST, aaO. (Anm. 2), S. 168.

Wehrmacht und Hungerwaffe

Im Rahmen der Vorwürfe gegen die Deutsche Wehrmacht des Zweiten Weltkrieges wird auch die Behauptung aufgestellt, die Deutschen und insbesondere die Wehrmacht hätten beim Rußlandkrieg bewußt und systematisch die sogenannte >Hungerwaffe< gegen die russische Bevölkerung und gegen sowjetische Kriegsgefangene eingesetzt, also diese vorsätzlich in dem besetzten Gebiet dem Hungertod ausgesetzt. Ein solcher Völkermord sei zum Beispiel auf der Staatssekretärkonferenz am 2. Mai 1941 beschlossen worden, behauptet neuerdings der amerikanische Historiker Alex J. **KAY**.[1] Auch im Rahmen der Diskussion um die Wehrmacht-AusStellung war ein solcher Vorwurf vorgetragen worden.



Stefan SCHEIL.

Doch das ist falsch, worauf der deutsche Historiker Stefan SCHEIL in einem FAZ-Artikel überzeugend hinwies.[2] Er bezog sich dabei unter anderem auf die Dissertation von Klaus-Jochen ARNOLD, der herausarbeitete, daß bei den Planungen vor dem Ostfeldzug kein entsprechender Vernichtungsbefehl am Ende stand. »Wie die russische Bevölkerung zu ernähren sei, wurde während des Feldzugs letztlich nach den Möglichkeiten an Ort und Stelle entschieden, zentrale Vorgaben gab es nicht. Da es keine solchen Vorschriften gegeben hat, könne auch von einem zentral gelenkten und gewollten Hungerplan nicht wie bisher gesprochen werden.«[3]

Die Tatsache solch einer Staatssekretärkonferenz wurde beim Nürnberger Tribunal allein durch eine Gesprächsnotiz belegt, wonach namentlich nicht benannte und bisher nicht bekannte deutsche Staatssekretäre festgestellt haben sollen, daß in Rußland »zig Millionen Menschen« verhungern würden, »wenn das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird«.[4] Eine Parallele zur meist auch falsch gedeuteten Wannsee-Konferenz und zu deren angeblichem Völkermord-Beschluß wird dabei deutlich.

Nach SCHEIL lassen sich aber weder der Ort noch der genaue Teilnehmerkreis dieser Besprechung vom 2. Mai 1941 ermitteln. Dennoch unterstellt der **US**-Historiker **KAY** der deutschen Armee, daß sie einen eigenen Willen zu solchen Mordplänen hatte und diesen Vorsatz durchführte.

[1] Alex J. KAY, »Germany's Staatssekretäre, Mass Starvation and the Meeting of 2 May 1941«, in: *Journal of Contemporary History,* 41. Jg, Nr. 4, 2006.

[2] Stefan SCHEIL, »Staatssekretäre und Hungerwaffe«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 13. 12. 2006.

[3] Ebenda.

[4] Zitiert ebenda.

Die Wirklichkeit im Osten sah jedoch anders aus, und eher das Gegenteil ist richtig. SCHEIL führt an, daß die russische Bevölkerung dafür den besten Beweis selbst lieferte: »Als die deutsche Armee im Spätsommer 1942 in Richtung Stalingrad marschierte, strömten ihr aus der Stadt fast einhunderttausend Flüchtlinge entgegen, die es vorzogen, im deutschen Besatzungsgebiet ein Überleben zu versuchen, statt unter den ihnen bekannten Umständen weiter in der Sowjetunion ihr Dasein zu fristen.«[5] Er verweist dabei auf die ausführliche Arbeit von Gert C. LÜBBERS,[6] der unter anderem gut belegt an folgende Tatsachen erinnert: »Doch eine Zwangsevakuierung der Stadt (von Seiten der Deutschen, R.K.) erwies sich sehr bald als überflüssig, denn die Bevölkerung Stalingrads flüchtete von sich aus ins Hinterland der 6. Armee«, nicht etwa nach Osten zu den Sowjets. Bei dieser die deutsche Wehrmacht überraschenden Massenflucht lag die Sorge für die Ernährung der Menschen beim Wirtschaftsstab Ost, der nach Möglichkeit einsprang. »Dennoch half die Wehrmacht häufig aus eigenen Beständen aus, wie in zahlreichen Schreiben des Generalquartiermeisters an die Wirtschaftsorganisation deutlich wird.«" Insbesondere wurde die 6. Armee um die »Bereitstellung von Verpflegung« gebeten, »die auch gewährt wurde. Obwohl dies nicht vorgesehen war, wurden die Flüchtlinge aus Stalingrad so spätestens Ende September »aus Armeebeständen« versorgt«.[9]

Diese vielen Flüchtlinge wurden dann trotz Engpässen weitgehend unterhalten und von Wehrmachtstellen über verschiedene Auffangs- und Durchgangslager[1]" ins Hinterland befördert und so größtenteils gerettet.

In seiner Erwiderung auf den **SCHEILschen** Artikel räumte KAY dann allerdings ein, daß das deutsche Militär und die Ministerialbürokratie vor

[5] SCHF.IL, ebenda.

[6] Gert C. LÜBBERS, »Die 6. Armee und die Zivilbevölkerung von Stalingrad«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* 54. Jg., Nr. 1, 2006, S. 87-123.

[7] Ebenda, S. 97.

[8] Ebenda, S. 105 f.

[9] Ebenda, S. 109.

[10] Ebenda, S. 109 f.



Landwirtschaftliche produkte aus Weißrußland werden auf einen Zug nach Deutschland verladen. Walter POST hat nachgewiesen, daß sich die Beschlagnahmungen in Grenzen hielten und die Ernährungsprobleme auf die sowjetische Strategie der >verbrannten< Erde zurückzuführen sind. Aus: Wladimir KARPOW, *Rußland im Krieg 1941-1945,* SV international, Zürich 1988.

dem Angriff auf die Sowjetunion keinen solchen »Hungerplan« gegen die russische Zivilbevölkerung gehabt hätten, womit der eigentliche unberechtigte Vorwurf schon vom Tisch ist." Es habe aber dennoch einen »Beschluß« gegeben, Millionen von Menschen verhungern zu lassen. Es sei dann jedoch nicht zu solch einem »Plan« gekommen, weil die Verantwortlichen zu solch einer Planung »nicht in der Lage gewesen« seien.

In seiner darauf ergangenen Antwort weist SchEIL darauf hin,[12] daß KAYS Argumentation verwunderlich sei, da sich kaum vorstellen lasse, daß die deutschen Entscheidungsträger nicht zur Erarbeitung eines solchen Planes fähig gewesen wären, wenn sie ihn gewollt hätten. Doch: »Nichts in den Quellen deutet jedoch darauf hin, daß ein ähnlicher Mordplan von der deutschen Staats- und Militärführung beschlossen worden war. Es wird in den von Alex KAY selbst zitierten Dokumenten, es sind die einzigen dieser Art, an einigen Stellen die - sachlich unrichtige - Ansicht vertreten, ein Verhungern von Teilen der russischen Zivilbevölkerung sei im Kriegsfall unvermeidlich.« An keiner Stelle werde ferner behauptet, daß der Hungertod der russischen Zivilisten vom Verfasser des betreffenden Textes oder von sonst jemandem in Staat oder Wehrmacht erwünscht sei oder bewirkt werden solle. So lasse nichts einen >Hungerplan< erkennen.

SCHEIL hebt dann noch hervor, daß es im Gegensatz zu KAYS Behauptungen für die sowjetischen Kriegsgefangenen einen deutschen Plan gab mit täglichen 1900 bis 2200 Kalorien an Nahrung je Mann. Das bedeutete zwar rund 20 Prozent weniger an Kalorien als für die deutsche Bevölkerung im Krieg, aber »das Zwei- bis Dreifache dessen, was später die alliierte Militärverwaltung 1945 in Deutschland ausgeben sollte«. Es sollte also nach nachweisbaren deutschen Vorstellungen kein russischer Kriegsgefangener verhungern, zumal die Deutschen Arbeitskräfte benötigten und im Spätsommer 1941 russische Gefangene zur Arbeit in der Ernte in deren Heimat schickten.

Als sich später aus logistischen Gründen in dem harten Winter 1941/42 Nahrungsnot ergab, auch für die deutschen Osttruppen, »sprachen die Armeeführer persönlich bei HITLER vor« zugunsten der Gefangenen. »Sie forderten eine höhere Priorität der Ernährung der Kriegsgefangenen und erhielten dies vom Diktator auch zugesagt. Jeder Gefangene solle demnach ausreichend ernährt werden.« In einigen Gebieten, so etwa auf der Krim, sei das auch gelungen."[5]

SCHEIL schließt seine Darlegungen mit dem für unsere Zeit und deren politische Korrektheit anscheinend erforderlichen Zusatz: »Auf diesen Forschungsstand und die Quellenlage hinzuweisen bedeutet keine >Verharmlosung< Es ist die selbstverständliche Aufgabe historischer Forschung und nüchterner Berichterstattung über deren Ergebnisse.«

[11] Alex KAY, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 14. 2. 2007.

n Stefan SCHEIE, »Die Armeeführer sprachen bei Hitler vor«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* Nr. 113, 16. 5. 2007, S. N 3.

[13] Ebenda.

In seiner Stellungnahme dazu[14] versucht KAY zwar, erneut deutsche Aussagen über Möglichkeiten von Hungersnot in Rußland in bewußte Pläne dazu umzudeuten und ein »Massenverhungern als Staatspolitik« hinzustellen, vermag aber durch seine Zitate nicht zu überzeugen. Ebenso trifft seine Ansicht, die deutsche Heeresführung habe vorher gewußt, daß sie Millionen von Gefangenen in den ersten Wochen des Ostfeldzuges machen werde, und deswegen dafür Sorge für deren Verpflegung zu tragen gehabt, nicht zu.

Auch Andreas NAUMANN kommt in seinem gründlichen Werk über die Wehrmacht im Ostfeldzug[15] zu dem Ergebnis, daß die deutsche Führung nicht nur keinen >Hungerplan< hatte, sondern unter schwierigsten Umständen möglichst der Bevölkerung und den Gefangenen zu helfen versuchte. Er weist darauf hin, »daß es STAUN war, der durch die Vernichtung aller Reserven die allgemeine Mangellage herbeigeführt hatte«. Die Deutschen hatten gehofft, vor dem Winter 1941/42 den Ostfeldzug beendigen zu können, und deswegen keine weiteren Planungen vorgenommen. Mit Erlassen vom 21. Oktober und 2. Dezember 1941 wurden die Rationen der Gefangenenverpflegung noch heraufgesetzt, aber die vorhandene Menge an Nahrungsmitteln reichte einfach nicht überall. Sogar die deutschen Truppen hatten Versorgungsschwierigkeiten, Die Befehlshaber der rückwärtigen Gebiete versuchten alles Mögliche, um die Not zu beheben, und setzten auch die Bevölkerung für die Ernährung der Gefangenen ein.

[14] AlexJ. KAY, »»Viele zehn Millionen Menschen werden überflüssig«* in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 13. 6. 2007.

[15] Andreas NAUMANN, *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht. >Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüf stand,* Grabe rt, Tübingen 2005, S. 624-629.



Bei der katastrophalen Ernährungslage im Kriegswinter 1941/42, nicht zuletzt durch STALINS Aufruf zur >verbrannten Erde< verursacht, starben russische Kriegsgefangene in den Sammellagern scharenweise an Abmagerung, Typhus und Fleckfieber. Dabei ist auch zu beachten, daß die meisten Rotarmisten bereits während der Kesselschlachten völlig unzureichend verpflegt worden waren.

Wehrmacht und Hungerwaffe

Als überzeugendes Beispiel sei das der 11. Armee auf der Krim angeführt, über die Generalfeldmarschall Erich VON MANSTEIN, der diese ab 2. September 1941 kommandierte, schrieb: »Trotz aller Nachschub-Schwierigkeiten hat die Armee alles daran gesetzt - z. T unter Kürzung der eigenen Verpflegung -, um die zahlreichen Gefangenen, die mangels Transportraum noch nicht hatten abbefördert werden können, wenigstens einigermaßen zu ernähren. Der Erfolg ist gewesen, daß die Sterblichkeit im Jahresdurchschnitt nicht einmal 2 Prozent erreicht hat, eine Ziffer, die außerordentlich gering erscheint, wenn man bedenkt, daß ein erheblicher Teil der Gefangenen schwer verwundet oder total erschöpft in unsere Hände fiel. Einen Beweis dafür, daß wir unsere Gefangenen gut behandelten, lieferten diese selbst anläßlich der sowjetischen Landung bei Feodosia. Dort befand sich ein Lager mit 8000 Gefangenen, deren Bewachung geflohen war. Diese 8000 Mann fielen jedoch keineswegs ihren >Befreiern< in die Arme, sondern marschierten — ohne Bewachung - in Richtung Simferopol, also zu uns, ab.«[10]

Die Deutsche Wehrmacht hat also im Zweiten Weltkrieg in den besetzten Gebieten nicht nur nicht die »Hungerwaffe« - wie im Gegensatz dazu etwa STAUN vor dem Krieg in der Ukraine oder nach dem Krieg alle Alliierten gegen Deutsche - angewendet, sondern im Gegenteil große Flüchtlings- und Gefangenenmassen im Osten nach Möglichkeit versorgt und vor dem Hungertod bewahrt. Der unberechtigte Vorwurf ist besonders schändlich, wenn er von einem Angehörigen des Staates erhoben wird, der sich dieses Verbrechens nachweislich selbst schuldig machte, zum Beispiel auf den berüchtigten >Rheinwiesen< im Sommer 1945 gegenüber deutschen Gefangenen, als Lebensmitteltransporte des Internationalen Roten Kreuzes auf Anweisung General EISENHOWERS wieder zurückgeschickt wurden, während Zigtausende von deutschen Gefangenen in den US-Lagern verhungerten,

Rolf Kosiek

[16] Erich VON MANSTEIN, *Verlorene Siege,* Athenäum, Bonn 1987, S. 206 (Erstauflage 1955).

Zur angeblichen Brutalität des deutschen Heeres

Während die alliierten Ankläger in Nürnberg nach 1945 die deutsche Wehrmacht beschuldigten, für die Greueltaten in den Grenzregionen der UdSSR verantwortlich zu sein, ein Vorwurf, dem die Zeithistorie willig gefolgt ist, stellt sich die Sachlage heute anders dar. Als Jahrzehnte nach Kriegsende die Wissenschaft endlich daran ging, das Zeitgeschehen der Kriegsjahre 1939 bis 1945 aufzuarbeiten, kam sie zu überraschenden Ergebnissen, insbesondere, was das Verhalten von Wehrmachtverbänden anging Schritt für Schritt mußten Fehler und Mißgriffe korrigiert werden, die der Geschichtsschreibung bei der Tatzuordnung von Übergriffen unterlaufen waren, die sich während der deutschen Besatzungszeit ereignet hatten.[1]

Dank einschlägiger Analysen der polnischen und ungarischen Institute, insbesondere der Historiker Bogdan MusiAL und Kriszdän UNGVARY sowie des Franzosen Stephane COURTOIS, des Verfassers des *Schwarzbuches des Kommunismus*, konnten zahlreiche Verbrechen aufgeklärt werden, derer das deutsche Heer bezichtigt worden war und für die es nun freigesprochen werden mußte.[2] Ebenso haben die Studien des US-Historikers Arno J. MAYER[3] und des Mitarbeiters am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg Joachim HOFFMANN[4] geholfen, Klarheit zu schaffen. Schon 1946 konnte der Verteidiger der deutschen militärischen Hauptangeklagten in Nürnberg, Dr. LATERNSER, beweisen, daß die massiven Anschuldigungen der Anklagebehörde nicht zutrafen.[5] Dasselbe gelang dem britischen Anwalt PAGET, der im Hamburger MANSTE7,IN-Prozeß die Verteidigung führte.[6] Doch die Vorwürfe wurden weiter erhoben.

[1] **Andreas NAUMANN,** *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht. Unternehmen Barbarossa' erneut auf dem Prüfstand,* **Graben, Tübingen 2005, S. 391 ff.**

[2] **Bogdan MUSIAL, »Bilder einer Ausstellung«, in:** *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* **Nr. 4, 1999, S. 563-591; Krisztiän UNGVARY, »Echte Bilder - problematische Aussagen«, in:** *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, **Nr. 10, 1999, S. 584-595; Stefane COURTOIS,** *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror,* **Piper, München 1998.**

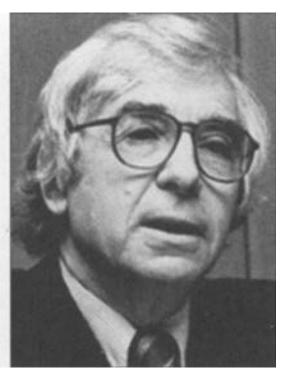
[1] **Arno J. MAYER,** *Der Krieg als Kreuzgug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die »Endlösung«,* **Rowohlt, Hamburg 1989,**

[4] **Joachim HOFFMANN,** *Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,* **Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995.**

[5] **Dr. LATERNSER im OKW-Prozeß vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg, vgl. NAUMANN, aaO. (Anm.l), S. 392.**

[6] **Dr. PAGET, Generalfeldmarschall VON MANSTEINS britischer Anwalt im Hamburger Kriegs Verbrecherprozeß 1948.**





Von *links:* Die Tatzuordnung von Übergriffen in der ersten Phase des •Unternehmens Barbarossai wurde durch die Studien von Bogdan MUSIAL, Krisztiän UNC.VÄRY und Arno J. MAYER entscheidend korrigiert.

MUSIAL und UNGVARY sind es gewesen, die gegen den Widerstand von Philipp REEMTSMA, Hannes HF.ER und deren Sympathisanten die grundlegende Debatte um die von diesen durchgeführte Wehrmachtausstellung neu auf den Weg gebracht haben, die bis dahin das deutsche Heer in ungerechtfertigter Weise belastet hatte. Ihnen gelang der Nachweis, daß große Teile des dort verwendeten Fotomaterials nicht nur falsch zugeordnet waren, sondern statt angeblicher deutscher Verbrechen solche des sowjetischen Geheimdienstes (NKWD) offenbarten. Überhaupt stammten die meisten der in der Wanderausstellung gezeigten Fotographien aus den Fälscherwerkstätten STALINS. Das führte dazu, daß die Ausstellung 1999 zurückgezogen werden mußte. Walter POST und Rüdiger PROSKE hatten zuvor bereits klargestellt, daß hier nicht nur grob fahrlässig, sondern bewußt verleumderisch vorgegangen worden war, um die unbewiesene und falsche Behauptung abzustützen, die Wehrmacht habe am Völkermord mitgewirkt.[8]

Ihnen sowie den oben genannten Historikern ist es zu verdanken, daß wir heute unzweifelhaft wissen: Eine Tatbeteiligung der Wehrmacht an den Ausschreitungen 1941 in Kaunas, Lemberg und Tarnopol hat es ebenso wenig gegeben wie an den Massakern in Lubny, Minsk, Bialystok, Shitomir, Kiew, Charkow, Kamenez-Podolsk und Krivoj Rog. Gleiches trifft zu für die Städte Dubno, Luzk, Dobromil, Zolkiew, Brzeznay, Rudki, Komarno, Pasichna, Ivano-Frankivsk, Cortkow, Rowno, Sarny, Drogobych, Sambor, Stalino und zahlreiche andere Orte der ehemaligen UdSSR."

Als die Ausstellungs-Dokumentation des Hamburger Instituts für Sozialforschung *Vernichtungskrieg,* ***Verbrechen** der **Wehrmacht** 1941 **bis** 1944,* die erstmals am 5. März 1995 gezeigt worden war, nach 32 Stationen mit über 800000 Besuchern im Herbst 1999 nach Hamburg zurückkehrte, von wo sie ihren Ausgang genommen hatte, schien ihr der Erfolg sicher. Bisher hatte kein anderer geschichtspolitischer Vorgang die Bürger der Bundesrepublik so stark aufgewühlt. Die Ausstellung, der es darum ging, »den Mythos von der sauberen Wehrmacht« zu zerstören, war von politi-

[7] NAUMANN, a a O (Anm. 1), S. 392 ff.

[8] Walter POST, *Die verleumdete Armee. Wehrmacht und Anti-Wehrmacht-Propaganda,* Pour le Mérite, Selent 1999; Rüdiger PROSKE, *Vom Marsch durch die Institutionen zum Krieg gegen die Wehrmacht, v,* Hase u. Koehler, Mainz [2]1997.

[9] Siehe dazu auch: Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA) (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg,* Bd. 4, S. 778 ff.

schen Auseinandersetzungen und gewaltsamen Demonstrationen begleitet gewesen. Selbst einen Sprengstoffanschlag hatte es gegeben. Die scheinbar gut dokumentierte Geschichtsrecherche schien sich weitgehend durchgesetzt zu haben, als plötzlich neuer Streit aufflammte. Auslöser waren drei Aufsätze, die in den Oktoberausgaben zweier geschichtswissenschaftlicher fach zeit Schriften im Jahre 1999 erschienen, in denen den Ausstellungsmachern fahrlässiger Umgang mit Bildquellen sowie Fälschung zum Vorwurf gemacht wurde.



Der Mythos von der >deutschen Brutalität< wurde auch von der US-Propaganda-Behörde »Office of War Information" genährt, deren in England stationierter Mitarbeiterstab allein für Deutschland über 180 Millionen Flugblätter und Plakate herstellte, für die Künstler wie Norman ROCKWEL und Ben S MAHN verpflichtet wurden. Die in Nürnberg vorgetragenen massiven Anschuldigungen gegen die deutsche Wehrmacht konnten jedenfalls nicht aufrechterhalten werden. Aus: *Deutsche Geschichte in Bildern,* Koehler & Amelang, München 1997,

So konnte der polnische Historiker Bogdan MUSLAL in den ***Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte*** an vielen Fotos, die in der Ausstellung gezeigt wurden, nachweisen, daß sie den Archiven des NKWD entstammten und sowjetische Greueltaten dokumentierten. Bei weiteren entdeckte er falsche Zuordnungen des Bildmaterials zu den zugrunde gelegten Texten.[10]

Darüber hinaus gelang dem ungarischen Historiker Krisztiän UNC,VARY der Nachweis, daß nur 10 Prozent des Bildmaterials Vorgänge zeigten, die überhaupt mit der deutschen Wehrmacht zu tun hatten, neunzig Prozent dagegen im Zusammenhang mit der angestrebten Beweisführung gegenstandslos waren. UNGVÄRY war aufgrund seiner in der Zeitschrift ***Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*** veröffentlichten »quantitativen und qualitativen Analyse« des Fotomaterials zu diesem Ergebnis gekommen. Im selben Heft bestätigte Dieter SCHMIDT-NEUHAUS den Befund MÜSIALS, daß es sich bei den Tarnopol-Fotos der Ausstellung eindeutig um NKWD-Mord opfer, nicht aber um solche der Wehrmacht gehandelt hat.[11]

Es zeigte sich, daß die Hersteller der Ausstellung ebenso wie mancher Autor der neueren Zeitgeschichte die Ergebnisse der grundlegenden Studie des bekannten US-Holocaust-Forschers Arno J, MAYER ***Der Krieg als Kreuzzug***[11] offenbar ebenso wenig zur Kenntnis genommen hatten wie das ***Schwarzbuch des Kommunismus*** von Stephane COURTOIS.

Damit erscheinen nun die Vorgänge des Jahres 1941 im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Wehrmacht in die Sowjet-

[10] Bogdan MUSIAL, »Konterrevolutionäre sind zu erschießen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 30. 10. 1999, S. 11.

[11] Dieter SCHMIDT-NEUHAUS, in: *Die Zeit,* Nr. 44,1999.

[12] MAYER, aaO. (Anm. 3), in englischer Originalfassung: *Why Did The Heavens Not Darken? The Final Solution, in History,* Pantheon Books, a Division of Random House Inc., New York 1988.



Die Exekution von hundert Partisanen in Kodyma im Raum Nikolajew ist ein Beispiel für konsequentes Verhalten des Angegriffenen. Diese Partisanen waren in Kodyma eingedrungen, um das Hauptquartier der deutschen Infanteriedivision zu liquidieren. Sie wurden ertappt, gefangen und alle, die eine Waife trugen, in der Abenddämmerung erschossen. Die Hinrichtungsszene wurde von einem Wehrmachtangehörigen heimlich fotographiert. Aus: Paul CARELL, *Der Rußlandkrieg,* Frankfurt/M.-Berlin 1967.

union erstmals in neuem Licht. Nahezu fünfzigjahre nach den bedrükkenden Ereignissen jener Tage weist MAYER aufgrund neuer Quellen nach, wie es zu den Massakern und Greueln während der ersten Wochen des >Barbarossa<-Feldzuges kommen konnte. Daraus ergibt sich, daß weder die Wehrmacht noch die deutschen Einsatzgruppen »maßgeblich an ihrer Ausführung beteiligt« gewesen sind. »Die Haupttäter waren fanatische antisowjetische Ivetten, Litauer, Esten, Ukrainer und Rumänen, denen einerseits der Kreuzzugs-Feldzug gegen die Sowjetunion und andererseits die beträchtlichen Restbestände einer alt eingewurzelten Judenfeindlichkeit für ihre eigenen ultranationalistischen politischen Ziele gerade recht kamen.«[11] Das ist ein nun zweifels freies Ergebnis, das vor allem die deutsche Wehrmacht endastet, die aufgrund fortgesetzter sowjetrussischer Verleumdungen nach Kriegsende, insbesondere bei den Kriegsverbrecher-Prozessen in Nürnberg, für die Greuel verantwortlich gemacht wurde und noch heute oft unberechtigt vor der Weltöffentlichkeit damit belastet wird.

Andreas Naumann

[N] MAYER, aaO (Anm. 3), S. 401 ff.

Die Juden-Massaker von Kaunas (Kowno) in Litauen

Entgegen den Tatsachen werden seit Kriegsende die Ausschreitungen in Litauen 1941 gegen dort lebende Juden der deutschen Wehrmacht in die Schuhe geschoben. Der US-Historiker und Deutschjude Arno J, MAYER ist es gewesen, der in seinem Buch *Der Krieg ah Kreuzug*[1] nachweisen konnte, daß diese Anschuldigungen nicht zutreffen. Nachfolgend ein Auszug daraus:

»Der erste Ausbruch geballter Gewalt gegen Juden ereignete sich in Kaunas, das seit 1920, als Polen sich Wilna einverleibt hatte, Hauptstadt von Litauen war. Von den rund 110000 Einwohnern, die Kaunas 1941 hatte, waren etwas mehr als 25 Prozent Juden. Als sowjetische Armee-Einheiten und Politkader sich am 24. Juni 1941 aus der Stadt zurückzogen, wurden sie von örtlichen Partisanen, die zugleich Ultranationalisten waren, attackiert. Diese von einem Mann namens KIIMEITIs angeführten Freischärler nutzten das nun entstehende politische Vakuum, um in Kaunas die Kontrolle zu übernehmen und an Moskau Rache für die Wiederannektierung dieses Landes zu nehmen - sie taten dies, indem sie sich auf stadtbekannte Kommunisten und Juden stürzten. Die Übergriffe gegen die Juden begannen am Abend des 25. und hielten bis zum Abend des 29. Juni an. Im Verlauf dieser vier Tage und Nächte wurden rund 3800 Juden ermordet und zahlreiche Synagogen und jüdische Wohnhäuser in Brand gesteckt. Hunderte von Juden wurden auf offener Straße zu Tode geprügelt, aber die meisten Opfer wurden zur Erschießung in die außerhalb von Kaunas gelegene Festung verschleppt. Weitere 1200Juden wurden zur gleichen Zeit in benachbarten Ortschaften umgebracht.«

Das war aber noch nicht alles. MAYER stellt ferner fest: »Eine Woche später, zwischen dem 4. und 6. Juli, metzelten litauische Mörderbanden weitere 2930Juden und 47Jüdin-



Die Massentötung von Kaunas Ende Juni 1941. Aus: Hellmuth Günther DAHMS, *Der Zweite Weltkrieg in Text und Bild,* Herbig, München M999.

[1] Arno J. MAYER: *Der Krieg als Kreu %ug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die »Endlosung«,* Rowohlt, Hamburg 1989.

[2] Ebenda, S. 394.

nen nieder.«' MAYER bezeugt: An keiner dieser Aktionen waren Deutsche beteiligt, weder in Gestalt der Wehrmacht noch in der der SS-Einsatzgruppen, wiewohl letztere sich dieselben zugute hielten. Vielmehr handelte es sich um sogenannte »wilde« Pogrome, begangen von selbsternannten Iitauischen »Freiheitskämpfern«, die Antisemiten »traditioneller, nicht rassistischer Provenienz« waren und nicht in Verfolgung einer systematischen Ausrottungspolitik handelten, sondern aus Rachegefühlen heraus. »Als Opfer wählten sie sich offenkundig in erster Linie erwachsene männliche Juden. Nach einem weiteren tödlichen Pogrom, der noch einmal mehrere hundert männliche Juden das Leben kostete, trieben deutsche Sicherheitskräfte die Juden von Kaunas in ein Ghetto im Vorort Viliampol,... allem Anschein nach ohne jeden Gedanken daran, sie nach dem Krieg, den man in Kürze gewonnen sah, allesamt umzubringen.«[4]

MAYER ist es, der als erster erkannte, daß diese von den Deutschen improvisierten Ghettoisierungen der Juden reine Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz für diese waren und vielen das Leben retteten. Galt es doch, den jüdischen Bevölkerungsanteil vor den fortgesetzten brutalen Ubergriffen selbsternannter einheimischer »Freiheitskämpfen in Schutz zu nehmen. Genau in diesem Sinne wurde die Maßnahme übrigens auch von den eilig eingerichteten Heeres-Ortskommandanturen verstanden. Denn, wie MAYER ausdrücklich feststellt, war an eine systematische Beseitigung der Juden von Seiten der Deutschen zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht gedacht. Wohl aber sorgten sich die eilig eingerichteten örtlichen Befehlsstellen angesichts der immer neu aufflackernden Pogrome um die Sicherheit der Juden. Da die durchziehenden Heeres verbände einen nachhaltigen Schutz nicht gewährleisten konnten, war es geboten, gefährdete Bevölkerungsteile in bestimmten Stadtvierteln zusammenzufassen, wo sie einen Selbstschutz bilden und besser unterstützt werden konnten.[5]

Ahnlich wie in Kaunas erging es den Juden auch in anderen litauischen Städten, wo sie blutigen Exzessen durch ansässige Bevölkerungsteile ausgesetzt w'aren. Auch in Schaulen und Wilna sowie in zahlreichen weiteren Ortschaften Litauens wurden Übergriffe beobachtet. Ebenso wenig blieben die Juden in Lettland und Estland von der Verfolgung durch Einheimische verschont. Libau, Mitau, Riga und Dünaburg waren Schauplätze »wilder« Pogrome, ebenso Dorpat, Pernau und Reval. Fast das gesamte Baltikum war betroffen. **Andreas Naumann**



Ein mit einem Holzknüppel bewaffneter litauischer Nationalist präsentiert sich vor einer Reihe erschlagener jüdischer Einwohner der Stadt Kaunas, vermutlich zwischen dem 24. und 27. Juni 1941. Ausstellung BA Ludwigsburg, Raum 6.

[3] Ebenda, S. 394 ff.
[4] Ebenda, S. 396.
[5] Andreas NAUMANN, *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht. >Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüfstand*, Grabert, Tübingen 2005, S. 498 ff.

Das Juden-Massaker 1941 in Tarnopol in der Ukraine

Wie der polnische Historiker Bogdan **MUSIAL** darlegt, haben sich auch in Tarnopol die Ereignisse bei den Massakern anders abgespielt, als die Schöpfer der Wehrmachtaussteilung, **HEER** und **REEMTSMA**, behaupteten: »Am 22. Juni 1941 befanden sich im Gefängnis von Tarnopol 1790 Häftlinge. Ende Juni führte der NKWD eine Kolonne von 1200 Häftlingen aus der Stadt; ihr Schicksal ist bis heute unbekannt. Am 2. Juli abends flüchteten die letzten sowjetischen Truppen aus Tarnopol. Am frühen Morgen des nächsten Tages brachen die Tarnopoler in das Gefängnis ein, um nach den Angehörigen zu suchen. Im Keller fanden sie ein Massengrab und einen Raum, beide voller Leichen. Im Innenhof entdeckte man ein weiteres Massengrab, mit Rasen getarnt. Viele Leichen waren verstümmelt, sie befanden sich teilweise in fortgeschrittenem Verwesungsstadium. Unter den Leichen im Keller befanden sich 10 deutsche Soldaten, die ebenfalls stark verstümmelt waren. Nach NKWD-Angaben wurden in Tarnopol 574 Gefangene getötet, die übrigen waren abtransportiert worden. Augenzeugen nennen die Zahl von einigen hundert bis tausend.«[1]

Die in der REEMTSMASchen Wehrmachtausstellung gezeigten Fotos auf Seite 69 des Katalogs entstanden am Nachmittag des 3, oder 4. |uli 1941. Bei den darauf abgebildeten Uniformierten, die vor den Leichen stehend zu sehen sind, handelt es sich zwar um deutsche Soldaten, doch sie stehen dort nicht als Mörder, sondern als zu spät gekommene Befreier, die erschüttert das makabre Bild betrachten.[2]

Fotos zum Komplex ¡Pogrom in Tarnopol< aus dem Ausstellungskatalog: »In Tarnopol stiftete das Sonderkommando 4b Anfang Juli 1941 antijüdische Pogrome gezielt an«, heißt es wahrheitswidrig auf Seite 68.





[1] Bogdan **MUSIAL**, »Konterrevolutionäre sind zu erschießen«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 30. 10. **1999,** S. 11.

[2] Siehe auch **NAUMANN,** *Freispruch fürdie Deutsche Wehrmacht. Unternehmen Barbarossa•< erneut auf dem Prüfstand,* Grabert, Tübingen 2005, S. 396; **POST,** *Die verleumdete Armee. Wehrmacht und Wehrmacht-Propaganda,* Pour le Mérite, Selent **1999,** S. 254.



Ausstellungsfoto zum Komplex >Pogrom in Tarnopol'. Die Aussteller führten als »Beleg« die Ereignismeldung UdSSR Nr. 28 des SS-Sonder-Kommandos 4b an, die schon in Nürnberg als Falschmeldung des Sonder-Kommandos gewertet wurde.

Inzwischen ist es gelungen, die Entstehung der Fotos mit Hilfe von Zeit- und Augenzeugen zu klären. Die deutsche Wehrmacht war, entgegen den Behauptungen der Aussteller, an den Tarnopol-Morden nicht beteiligt, Sie hat vielmehr, wie Walter POST nachweist, anschließende Racheakte der Einheimischen nach Kräften unterdrückt. Angesichts der Unruhen hatte der kommandierende General des XIV. Armeekorps, General VON WIETERSHEIM, den Artilleriekommandeur der 9. Panzerdivision, Oberst SANDER, mit der Einrichtung einer Stadtkommandantur beauftragt, um in Tarnopol umgehend Ordnung zu schaffen. Bevor die Truppe weitermarschierte, war der Stadtkommandant vollauf mit dieser Aufgäbe beschäftigt. Der damalige Adjutant in der 9. Panzerdivision, Oberleutnant Carl-Hans HERMANN, berichtete nach dem Krieg, »es bedurfte einer straffen Führung, um die empörte Stadtbevölkerung von Ausschreitungen zurückzuhalten«, Ixider gelang es dem Kommandanten nicht, die Racheakte gänzlich zu unterbinden, weshalb es dennoch zu rund 600 Opfern gekommen ist, worunter auch Juden waren. POST fügt hinzu: »Das Sonderkommando 4b der SS-Einsatzgruppe C trieb in Tarnopol seine eigene Politik und erschoß etwa 50 Personen, die der Teilnahme an den NKWD-Verbrechen beschuldigt wurden,«[3]

[3] POST, ebenda, S. 247 ff.

Interessant ist dabei folgendes: In der Ereignismeldung UdSSR Nr. 28 des SS-Sonder-Kommandos 4b steht zu lesen: »Die durchziehenden Truppen, die Gelegenheit hatten, diese Scheußlichkeiten und vor allem auch die Leichen der ermordeten deutschen Soldaten zu sehen, erschlugen insgesamt 600 Juden und steckten ihre Häuser an.«

Damit sollte dem Empfänger der Meldung, dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA), vorgetäuscht werden, die Wehrmacht sei für die Tarnopol-Morde verantwortlich. In Nürnberg konnte jedoch nachgewiesen werden, daß es sich dabei um eine bewußte Falschmeldung des SS-Kommandos gehandelt hat. Das konnte zugunsten des deutschen Feldheeres gerichtlich geklärt werden. So stellte der US-Militärgerichtshof II in seinem Urteil im SS-Einsatzgruppenprozeß fest, »daß Ausschreitungen in Tarnopol stattgefunden hatten, daß 600 Juden ermordet worden waren. ,. getötet durch die Bevölkerung«.[4]

Der Fall Tarnopol war also bereits seit Ende der vierziger Jahre gerichtsbekannt, und es stand fest, daß die Deutschen daran nicht schuldig waren. Die von Seiten des Hamburger Instituts für Sozialforschung im Rahmen der Wehrmachtausstellung erhobene Anschuldigung gegen die Wehrmacht kann mithin nicht anders als grob fahrlässig, wenn nicht schärfer, beurteilt werden. Ihr hätte das Urteil bekannt sein müssen.

Helmut KRAUSNICK hat in seiner Studie ***Hitlers Einsatzgruppen*** bereits die Vermutung ausgesprochen, den Ereignismeldungen UdSSR der SS-Einsatzgruppen käme nur ein begrenzter Wahrheitsgehalt zu. Bei der E-Meldung UdSSR Nr. 28 des Sonderkommandos 4b erweist sich das als zutreffend. Offenbar wurden mit derartigen Falschmeldungen bestimmte SS-spezifische Zielsetzungen verfolgt, die das Heer als Tätergruppe belasten sollten, um möglicherweise später einmal die alleinige Täterschaft ableugnen zu können. Auch Alfred STREIM bestätigt in seiner Studie zur Kriegsgefangenen frage diese Feststellung,[5] ebenso Arno J. MAYER in seinem Buch ***Der Krieg als Kreuzung!'*** **Andreas Naumann**

[4] Ebenda, S. 249; *Die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen im Fall Barbarossa,* C, F. Müller, Karlsruhe 1981, S. 153 ff.

[5] Alfred STREIM, *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im Fall »Barbarossa«,* C. F. Müller, Karlsruhe 1981.

[6] Arno J. MAYER, *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die »Endlösungen,* Rowohlt, Hamburg 1989, S. 417 ff.

⇨ Außer den umseitig abgebildeten Fotos haben die Verantwortlichen der AntiAVehrmachtausstellung einen Feldpostbrief (den sogenannten >Franzl-Brieft) als vermeintliches Schlüsseldokument angeführt. Dieter SCHMIDT-NEUHAUS, der sich mit dem Tarnopol-Komplex eingehend befaßt hat (»Die Tarnopol-Stellwand der Wanderausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, in: ***Geschichtein Wissenschaft und Unterricht,*** Nr 10,1999, S. 596—603), kommt in seiner Analyse zu dem Schluß, daß der >Franzl-Brief »kein authentischer Feldpostbrief« ist. »Fr ist nur die authentische Abschrift von einem nicht mehr vorhandenen

- A b s c h r i f t -

Tarnopol, 6.7.1941.

Liebste Eltern !

Soeben komme ich von der Aufbahrung unserer von den Russen gefangenen Kameraden der Luft-und Gebirgstruppen. Ich finde keine Worte um so etwas zu schildern. Die Kameraden sind gefesselt, Ohren, Zungen, Nase und Geschlechtsteile sind abgeschnitten, so haben wir sie im Keller des Gerichtsgebäudes von Tarnopol gefunden und außerdem haben wir 2.000 Ukrainer und Volksdeutsche auch so zugerichtet gefunden. Das ist Rußland und das Judentum das Paradies der Arbeiter. Wenn es heute noch einen Kommunisten in Wien gibt, der gehört sofort erschlagen aber nicht erschossen. Die Rache folgte sofort auf dem Fuße. Gestern waren wir mit der SS gnädig, denn jeder Jude, den wir erwischten, wurde sofort erschossen. Heute ist es anders, denn es wurden wieder 60 Kameraden verstümmelt gefunden. Jetzt müssen die Juden die Toten aus dem Keller herauftragen schön hinlegen und dann werden ihnen die Schandtaten gezeigt. Hierauf werden sie nach Besichtigung der Opfer erschlagen mit Knüppel und Spaten. Bis jetzt haben wir zirka 1.000 Juden ins Jenseits befördert aber das ist viel zu wenig für das, was die gemacht haben. Die Ukrainer haben gesagt, daß die Juden alle die führenden Stellen hatten und ein richtiges Volksfest mit den Sowjets hatten bei der Hinrichtung der Deutschen und Ukrainer. Ich bitte Euch liebe Eltern macht das bekannt, auch der Vater in der Ortsgruppe. Sollten Zweifel bestehen, wir bringen Fotos mit. Da gibt es kein Zweifeln.

Viele Grüße

Euer Sohn

Franzl.

antijüdischen Propagandaaushang untergeordneter Wiener NPD-Funktionäre«, dessen Entstehung im einzelnen nicht bekannt sei, und somit ist der >Franzl-Brief< kein Beweisdokument.

Tarnopol - Juli 1941 und die >Gewissens-erforschung< des Grafen Kageneck 1996

Von August Graf VON KAGENECK, einem Journalisten, der in Paris lebte und fast dreißig Jahre lang Korrespondent deutscher Zeitungen war, erschien 1996 ein Buch *Examen de Conscience - Gewissenserforschung* - und fand große Beachtung, Die bekannte französische Tageszeitung *Le Figaro* hat das Buch in einer ausführlichen Besprechung als herausragenden Beitrag zur Zeitgeschichte gewürdigt mit der Balkenüberschrift: »Von Kageneck, ein deutscher Aristokrat in seiner Qual«. Obwohl das Buch nur in französischer Sprache erschienen war, wurde es damals in der deutschen Presse ebenfalls ausführlich besprochen, so auch in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 4. November 1996, Der Verfasser Adalbert WEINSTEIN schließt mit den Wörtern »Bis zur letzten Zeile ein merkwürdiges Buch — voller Widersprüche und voller Anregungen. Es mußte wohl geschrieben werden.«



August Graf VON KAGENECK (1922-2004). In seinem Buch *Examen de Conscience* führt er den >Franzl-Briefi an als zusätzlichen Beleg für seine These von der Ermordung aller Tarnopoler Juden durch die ;Wiking<-Division.

Diese Rezension erregte die Aufmerksamkeit ehemaliger deutscher Soldaten, die, ebenfalls wie Herr VON KAGENECK, den Einmarsch der deutschen Wehrmacht 1941 in die Sowjetunion und die Kriegsjahre dort erlebt hatten. KAGENECK war damals junger Leutnant in der Aufklärungsabteilung der 9. Panzerdivision, die bei dem schnellen Vormarsch Anfang Juli 1941 die Stadt Tarnopol in Galizien eingenommen hatte. Im Jahre 1996 berichtet nun Herr VON KAGENECK, damals neunzehnjähriger Führer eines Panzerspähzuges, in seinem Buch wörtlich, was ihm einer seiner Soldaten, den er sogar beim Namen nennt, als angeblicher Augenzeuge vom Geschehen in Tarnopol erzählt haben soll. So ist zu lesen:

». . . Was für ein Tag! Wir fallen todmüde um. Bei meinen Männern gibt es keine Verluste, aber einem Spähwagen ist von einer Pak (Panzerabwehrkanone) das rechte Rad abgerissen worden. Wir müssen ihn bei den Kameraden des Werkstattzuges vom Bataillon unter guter Obhut des Gefreiten REIFF zurücklassen. .. Herr Leutnant, kommen Sie mit zu REIFF, der merkwürdige Geschichten erzählt, nachdem er aus Tarnopol zurückgekommen ist, sagt zu mir: A. REIFF hat seinen reparierten Spähwagen vor kaum einer Stunde zurückgebracht und erzählt seinen Kameraden, was er in der kleinen Stadt während der durch die Reparatur erzwungenen Wartezeit gesehen hat. Was er erzählt, ist unglaublich.

Am Tag nach der Einnahme der Stadt durch unsere Truppen sind die ersten Einheiten der SS-Division >Wiking< in Tarnopol eingetroffen. Eine motorisierte Division, verstärkt durch einige Panzereinheiten.

Die Leute der >Wiking< sind tolle, furchterregende Kerle. Typen, auf

die man zählen kann, zäh wie Leder und gute Kameraden, fröhlich, selbstbewußt und zuverlässig. ..

Also, sagt REIFF, sie sind zwei Tage gebheben und haben die Gelegenheit benutzt, alle Juden der Stadt umzubringen. .. Alle Juden? - Ja, alle Juden. .. Wie weißt Du, daß es Juden waren? ... Das sieht man doch, die Nase, der Bart, die komische Kleidung. Und es gab viele, sehr viele. .. >Wieviele Tote hat es gegeben?* >Ich weiß es nicht, aber es lagen überall Leichen herum, in Massen, an der Mauer auf einem Platz, an einer Brükke endang, von wo aus sie auch in den Fluß geworfen wurden. Es waren da Zivilisten, Polen und Ukrainer, die bei der Jagd mitmachten. Das ist über einen Tag gegangen, und am nächsten haben sie weitergemacht. Ein Offizier hat ihnen zu verstehen gegeben, sie sollten Munition sparen und Spaten und Kreuzhacken nehmen. Einer hat mich dabei erwischt, wie ich Aufnahmen machte, und mir die Kamera weggerissen.* Der dies bezeugende Soldat lebt immer noch in seinem schönen Städtchen Kehl. Er hat nie in der Öffentlichkeit darüber sprechen wollen, bleibt aber bei seiner Aussage vom 4. oder 5. Juli 1941. ,. Also? Die fünfzehn- oder zwanzigtausend Juden von Tarnopol, was bedeuteten sie an jenem 6. oder 7. Juli 1941 dem armen kleinen Panzerleutnant, der bereits unbemerkbar ein Werkzeug des großen Apparats geworden war, der Europa seit drei Jahren zermalmte?**

Soweit wörtlich die Zitate aus dem 1996 erschienenen Buch zum Kapitel Tarnopol.

Die Truppenteile der Division >Wiking* waren Anfang Juli 1941 auf dem Eilmarsch zur Front nach Osten, Wer bei stockendem Verkehr in den Straßen der Stadt von den schrecklichen Ereignissen der Tage zuvor überhaupt etwa zu sehen bekommen hat, konnte von den tatsächlichen Vorgängen nur erfahren, wenn polnisch sprechende Kameraden während kurzer Aufenthalte die einheimische Bevölkerung befragten. Nach den Schilderungen der Zivilisten in Tarnopol, denen das Grauen noch im Gesicht stand, hatte die Rote Armee, besonders Truppen des NKWD, vor ihrem Abzug ein grauenvolles Blutbad unter den zumeist ukrainischen Einwohnern angerichtet und alle Gefängnisinsassen ermordet, ebenso auch in Lemberg und vielen anderen Orten, wie später bekannt wurde. Auch die ersten deutschen Soldaten, die in russische Gefangenschaft geraten waren, wurden Opfer unvorstellbarer Grausamkeiten. Als sie unter den im Gefängnis aufgestapelten Leichen gefunden wurden, zeigte es sich, daß sie ebenso wie die gefangenen Ukrainer schwerste Foltermerkmale aufwiesen.

Es ist bekannt, daß die einheimische Bevölkerung nach dem Abzug der Bolschewiken Rache nahm und viele Juden von ihr getötet wurden, weil man sie als mitverantwortlich für die Ermordung ihrer Angehörigen

ansah. Diese für beide Seiten schrecklichen Geschehnisse sind nur aus der Gesamtlage des Sommers 1941 zu begreifen.

Herr VON KAGENECK hat in seinem 55 Jahre später veröffentlichten Buch nicht die Ursachen dieser Vorfalle erforscht und nicht die wahren Zusammenhänge genannt, sondern die verleumderische Behauptung aufgestellt, daß die SS-Division >Wiking< Tausende von Juden ermordet hat.

Ein Angehöriger dieser Truppe, der zur gleichen Zeit durch Tarnopol kam und aus eigenem Erleben wußte, daß diese Beschuldigungen nicht zutrafen, stellte nunmehr eigene Nachforschungen an. Er suchte den im Buch als Berichterstatter und Zeugen genannten ehemaligen Gefreiten Karl REIFE in seinem Heimatort Kehl auf und legte ihm die betreffenden Buchauszüge in Übersetzung vor, in denen seine angeblichen Aussagen wördich zitiert wurden. Der alte Kamerad war äußerst befremdet und bestritt energisch, jemals einen solchen Bericht abgegeben zu haben. Da er selber gar nicht in Tarnopol gewesen sei und keinen Fotoapparat besessen habe, so erklärte er, habe er die entsprechenden Aussagen gar nicht machen können.

Daraufhin wurde Graf VON KAGENECK um eine Stellungnahme gebeten und ihm von mehreren Seiten mitgeteilt, daß die von ihm behaupteten Judenmorde durch die Division >Wiking< keinesfalls auf Wahrheit beruhen. Es ergab sich nun ein Schriftwechsel, in dem er seine Beschuldigungen hinsichtlich dieser Division als Irrtum bezeichnete und darauf hinwies, daß er diesen in Leserbriefen an *FAZ, Welt, Le Figaro* und *Le Monde* berichtigt habe. Hinsichtlich des Geschehens in Tarnopol beharrte er aber auf seiner Version und schrieb, daß es dann eben andere SS-Einheiten waren! Von seinem als Zeugen genannten ehemaligen Gefreiten REIFF wünschte er eine schriftliche Bestätigung, daß er ihm damals über die im Buch geschilderten Vorgänge in der zitierten Weise berichtet habe. Obwohl heute noch die Autorität des adligen Offiziers für einen Soldaten von Bedeutung sein dürfte, und es sicher nicht leicht war, einem gewandten Journalisten entgegenzutreten, hat Karl REIFF als Ehrenmann gehandelt und Herrn VON KAGENECK so geantwortet, wie es ihm sein Gewissen vorschrieb:

»Karl REIFF, Gerbereistraße 6, 77694 Kehl-Kork - Kehl, 22. 10. 1997
Mein alter Kriegskamerad August Graf VON KAGENECK.

Was haben Sie mir angetan. Sie haben ein Buch geschrieben über Tarnopol. in französischer Sprache. Dies wurde mir vor einigen Wochen von zwei mir fremden Männern mitgeteilt. Bei den mit ihnen geführten Gesprächen legten sie mir Fotokopien von dem ins Deutsche übersetzten Buche vor. Sie fragten, ob ich wüßte, daß ich darin mit meinem Namen genannt bin. Mir war natürlich weder etwas von einem Buch über

Tarnopol noch von der Nennung meines Namens bekannt. Und beim Durchlesen der einzelnen Seiten mußte ich feststellen, daß mein Name mehrmals genannt wurde. Hierzu möchte ich folgendes sagen und auf Ihr Schreiben vom 20. 5. 97 Bezug nehmen.

Ich war nicht in Tarnopol. Ich stand mit meinem Spähwagen am Ende unserer Kolonne vor Tarnopol und hatte die rechte Seite zu sichern. Zu Kampfhandlungen kam es nicht. Mir wurde kein Vorderrad am Spähwagen weggeschossen und mußte somit nicht zurück in die Werkstatt. Somit konnte ich meinen Kameraden auch nichts erzählen, wovon man in der Werkstatt sprach. Ich kam nicht in die Stadt Tarnopol und habe nichts von den Morden an der Zivilbevölkerung gesehen. Mir hat kein SS-Mann einen Fotoapparat aus den Händen gerissen, da ich keinen besessen habe. Was wir bei einem Treffen in Wien besprochen haben, ist mir nicht mehr bekannt. Jedenfalls nichts von Tarnopol.«

Trotz dieser eindeutigen Erklärung betonte Herr von Kageneck in einem Brief, daß er an seiner Darstellung der Vorgänge nicht den geringsten Zweifel habe. Tatsache aber bleibt, daß der von ihm ohne sein Wissen, und ohne vorher sein Einverständnis einzuholen, als Zeuge dafür benannte ehemalige Soldat seines Zuges diese Schilderung nicht bestätigt, nicht bestätigen kann, weil er derartige Geschehnisse nicht erlebt hat. Diese Richtigstellung hielt den Grafen von Kageneck aber nicht davon ab, in seinem 1998, ein Jahr später, erschienenen Buch ***In Zorn und Scham*** (v. Hase & Koehler Verlag, Mainz) die gleichen unwahren Behauptungen zu wiederholen. Er belastete nun nicht mehr die SS-Division >Wiking< mit den angeblich gesehenen Judenmorden, sondern einfach andere SS-Einheiten, wie schon bei seinen Leserbriefen an die Presse. Einen Zeugen hat er nach wie vor nicht, denn die schriftliche Erklärung des von ihm genannten ehemaligen Gefreiten Reiff ist völlig glaubwürdig, auch wenn Herr von Kageneck an seiner Darstellung festhält.

Die Bücher von K\genecks sind demnach eher bezeichnende Beispiele für opportunistische Journalistik in der Nachkriegszeit und einseitige, die deutschen Soldaten unberechtigt diffamierende Geschichtsschreibung als Tatsachenberichte. **Günter Stübiger**

Die Lemberger Juden-Massaker 1941

Jahrzehntelang wurde nach 1945 die deutsche Wehrmacht für die Anfangjuli 1941 in Lemberg geschehenen Massaker verantwortlich geacht, die an den dort lebenden Juden beim Einmarsch der Deutschen stattfanden. Die erst spät anerkannte historische Wirklichkeit ist jedoch gerade das Gegenteil: Diese Pogrome begannen sofort nach dem Abzug der Sowjets schon vor dem Eintreffen der Deutschen, als die Einheimischen, vor allem ukrainische und polnische Nationalisten, sich für die vom sowjetischen Geheimdienst in den Tagen zuvor verübten tausendfachen grausamen Morde und Deportationen rächen wollten. Als die deutschen Truppen dann einrückten, haben sie an den Pogromen nicht nur nicht teilgenommen, sondern diese unterbunden. Ein jüdischer US-Historiker schreibt darüber:

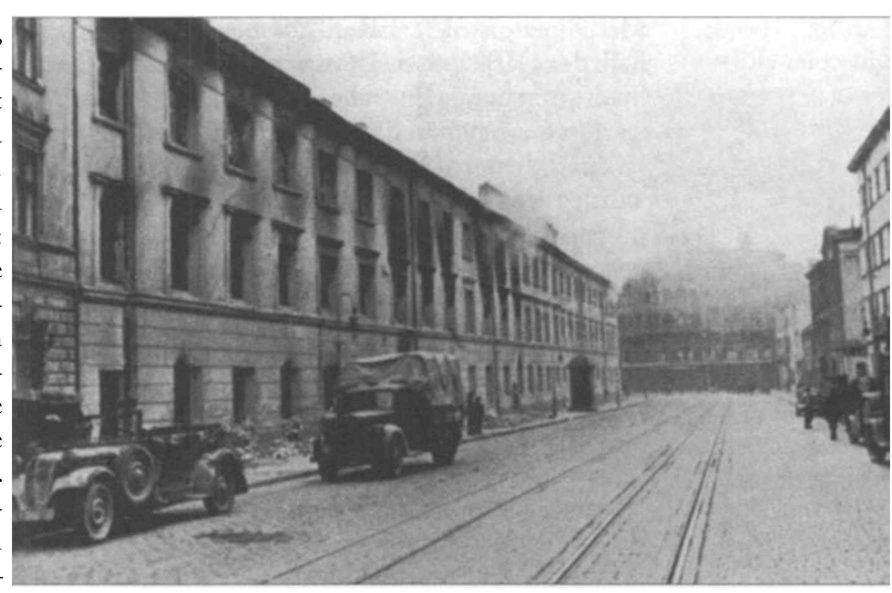
»Ahnlich wie den Juden im Baltikum erging es auch ihren Glaubensgenossen im östlichen Galizien. Lemberg war die Hauptstadt dieser ehemals polnischen Provinz. Unter seinen mehr als 300000 Einwohnern waren über 100000 Juden, die drittgrößte jüdische Gemeinde im Polen der Zwischenkriegsperiode nach Warschau und Lodz. Die Wehrmacht besetzte die Stadt Ende Juni, so daß wenig Zeit zur Flucht blieb. In Lemberg gab es auch eine beträchtliche ukrainische Minderheit, innerhalb deren sich, wie auch in den Reihen der polnischen Mehrheit, eine Widerstandsbewegung gegen die sowjetischen Besatzer entwickelt hatte; letztere hatten Aktivisten dieser Bewegung gefangen gesetzt oder deportiert. Unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch organisierten einheimische Ukrainer eine Miliz für den Kampf gegen den »gemeinsamen Feind<. Wie in Kaunas, Wilna und Riga wurden auch in Lemberg die Juden pauschal beschuldigt, Hauptträger des Kommunismus und Kollaborateure der Sowjetunion zu sein. In einer blutigen Aktion, die halb organisierte Lynchjustiz, halb Pogrom war und in der Stadt offenbar auf breite Zustimmung stieß, folterten und ermordeten die ukrainischen Freischärler am 2. und 3. Juli mindestens 7000 Juden. Die deutschen Sicherheitskräfte waren vermutlich nicht die Anstifter dieses Massakers - die Kommandoeinheiten der SS-Einsatzgruppe C waren noch nicht eingetroffen. Ähnlich geartete Pogrome ereigneten sich in Drogabytsch, Kremenec und Tarnopol, drei kleineren ostgalizi sehen Städten.«[1]

Auch den polnischen Historikern ist der Fall Lemberg bestens bekannt. Bogdan MUSIAI, schreibt zur Vorgeschichte der von MAYER geschilderten Vorgänge: »Eines der größten Massaker verübten NKWD-Truppen in den drei Lemberger Gefangnissen.«[2] Ursprünglich war aufgrund eines Befehls des Sowjet-Kommissariates für das Innere, das NKWD-Chef

[1] Arno J. MAYF.R, *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die »Endlösung«,* Rowohlt, Hamburg 1989, S. 369 f.

[2] Bogdan MUSIAL, »Ko nterre volu ti onäre Elemente sind zu erschießen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 30. 10. 1999.

BI;R[|A unterstand, beabsichtigt gewesen, die insgesamt 5000 Gefangenen ins Hinterland zu bringen. Doch dazu kam es nicht mehr: »Die Stadt wurde ständig bombardiert, außerdem versuchten ukrainische Aufständische am 24, Juni, die Stadt zu besetzen. Es kam zu Straßenkämpfen. Dabei schossen sowjetische Soldaten auf jeden Zivilisten, der sich auf den Straßen oder in den Fenstern erblicken ließ, und warfen Handgranaten in die Keller, Die Gefangnisverwaltung und das Wachpersonal gerieten in Panik und verließen die Stadt. Vor der Flucht massakrierten sie jedoch noch einige hundert Häftlinge in den Zellen, Überlebende Häftlinge sahen ihre Bewacher fliehen und versuchten, sich selbst zu befreien. Das gelang aber nur wenigen. Denn inzwischen hatten die Sowjets die Kontrolle über die Stadt zurückgewonnen. Die NKWD-Truppen besetzten die Gefangnisse wieder und trieben die Gefangenen mit Maschinenpistolen in die Zellen zurück; auch dabei wurden viele getötet. Die Gefangnisse waren jetzt überfüllt mit alten und neuen Gefangenen, deren Zahl unbekannt ist - für eine Registrierung gab es keine Zeit. BERIJAS Befehl vom 24. Juni war klar: Kein »Todfeind des Kommunismus< sollte von den Deutschen befreit werden. In Lemberg begann nun ein Massaker. Die Täter wateten wortwörtlich im Blut. Die Morde dauerten mehrere Tage, vom 24. bis zum 28. Juni 1941.«[3]



Das NKWD-Gefangnis in Lemberg am 30. Juni 1941. (Bundesarchiv}

J MUSIAL, ebenda, s.u.

Nach den Ermittlungen der »Hauptkommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk<, die diese Massenmorde zu Anfang der neunziger Jahre untersuchte, spielte sich der letzte Akt der Tragödie folgendermaßen ab: Die NKWD-Funktionäre riefen die Häftlinge einzeln aus den Zellen und führten sie in die Keller: »Dort tötete man sie mit Genickschüssen oder mit einem »schweren Gegenstand aus Metall«, wahrscheinlich einem Vorschlaghammer. Viele Opfer hatten zertrümmerte Schädel. Andere führte man einzeln auf den Hof des Gefängnisses und tötete sie dort durch Genickschuß oder erschoß sie gruppenweise mit

[4] MUSIAL, ebenda.
[5] Joachim HOFFMANN, *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Deutsche Verlags an st alt, Stuttgart 1983, Bd. 4, S. 782.

Maschinenpistolen. Einen Teil der Gefangenen ermordete man außerhalb der Gefängnisse. Zum Schluß, als sich die Deutschen schon vor den Stadttoren befanden, schossen die Mörder mit Maschinengewehren und warfen Granaten in die überfüllten Zellen.«[4]

Zuvor hätten sich die Täter noch bemüht, die Spuren zu beseitigen. Es wurden Gruben ausgehoben, in die man die Ermordeten warf und notdürftig mit Erde bedeckte. Viele Leichen ließ man jedoch in den kellern liegen, die man an den Ausgängen zumauerte. Vor der Flucht setzten die NKWD-Leute noch die größte der drei Anstalten, das Brygidki-Gefängnis, in dem die Masse der Häftlinge ermordet worden war, in Brand, um dadurch die Spuren des Massenmordes zu beseitigen. Die genaue Zahl der Ermordeten war nicht mehr zu ermitteln. Sowjedsche Quellen nennen die Zahl 2000, was mit Sicherheit zu niedrig ist. Bei HOFFMANN wird sie mit 4000 bis 7000 angegeben.[5] Die Opfer waren Ukrainer, Polen, Juden, Russen und gefangene deutsche Flugzeug-Besatzungen.

MUSIAL fährt in seinem Bericht fort: »Nach dem endgültigen Rückzug der sowjetischen Feinheiten am 29. Juni suchten viele Lemberger in den Gefängnissen nach ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten, andere gingen aus Neugier mit. Was dort geschehen war, hatte sich herumgesprochen. Den Augenzeugen bot sich ein grausiger Anblick: In den Kellern der Gefängnisse lagen Leichen aufgeschichtet, die teilweise nur noch eine breiige Masse darstellten. Im Brygidki-Gefängnis lagen die Toten in vier bis fünf Schichten übereinander im Keller. Im Hof der Gefängnisse in der Lackiego-Straße fand man zwei Massengräber, die freigelegt wurden. Die Leichen wurden herausgehoben und in Reihen niedergelegt, um den Angehörigen die Identifizierung zu ermöglichen. Das war aber nur in Einzelfällen möglich, denn die Toten waren entsetzlich verstümmelt. Viele Opfer wiesen Folterspuren auf. Mütter und Väter, Ehefrauen, Geschwister und Freunde versuchten, in den Toten



Eine Mauer im Hof des NKWD-Gefangnisses, an der Erschießungen von Ukrainern durch NKWD-Truppen stattfanden. Bundesarchiv sowie Alfred DE ZAYAS, *Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle*, Herbig, München [7]2001.

ihre Angehörigen zu erkennen. Über den Mordstätten verbreitete sich starker Verwesungsgeruch, so daß sie Taschentücher vor die Nase halten mußten. Wenn das nicht half, zog man Gasmasken an.«[6]



Identifizierung der Leichen in Lembergs Gefängnissen (Bundesarchiv),

MUSIAL weiter: »Die Menschen sannen auf Rache. Die Täter waren jedoch geflüchtet. Schnell fand man Sündenböcke — die Juden. Tatsächlich waren in den unteren Organen der sowjetischen Verwaltung Juden überrepräsentiert, auch in den Reihen der Milizen, die Helfershelfer und Zuträger des NKWD waren. Ukrainische wie polnische Zeugen nennen auch Namen derer, die sich an den Massenmorden in Lemberg und in anderen Ortschaften beteiligt haben sollen. Die am stärksten Belasteten waren aber mit den sowjetischen Truppen geflüchtet. Am Ort blieben ihre Angehörigen und ebenso diejenigen, die mit der sowjetischen Gewaltherrschaft wenig oder gar nichts zu tun hatten. Auf sie richteten sich nun die ganze Wut und der Haß vieler ukrainischer Einwohner. Von der schnell formierten ukrainischen Miliz wurden Juden aus der ganzen Stadt zusammengetrieben und mit Prügeln zu den Gefängnissen gejagt. Dort wurden sie gezwungen, Massengräber freizulegen und in die leichengefüllten Keller hinabzusteigen, um die Opfer zu bergen. Daraus wurde ein Pogrom. Der Pöbel nutzte die Gelegenheit, um jüdische Wohnungen und Häuser zu plündern. Juden wurden geschlagen, getreten und getötet. Die Zahl der jüdischen Opfer ging in die Tausende, - Es gibt kaum Anhaltspunkte dafür, daß dieses Pogrom von den Deutschen angezettelt wurde. Die ukrainisch-jüdischen wie auch die polnisch-jüdischen Spannungen erreichten in den Jahren 1939-1941 ihren Höhepunkt. Die alten antisemitischen Vorurteile vermengten sich mit dem Trauma der sowjetischen Gewaltherrschaft zu einer explosiven Stimmung. Die sowjetischen Massaker an Gefangenen waren mehr als ein Funke,«[7]

Letztere Bemerkung des Polen MUSIAI. verdient, festgehalten zu werden: »Es gibt kaum Anhaltspunkte dafür, daß dieses Pogrom von den Deutschen angezettelt wurde.« Auch MAYERS Untersuchung bestätigt das,

[6] MUSIAL, aaO. (Anm. 2), S. 11.
Ebenda.

ebenso wie die polnische Hauptkommission, Allerdings wird berichtet, daß »einige deutsche Soldaten sich an den antijüdischen Pogromen beteiligt« hätten. »Besonders dort, wo unter den Leichenbergen auch ihre zuvor gefangengenommenen Kameraden gefunden worden waren, wie beispielsweise in Lemberg«, schreibt MUSIAL. Tatsächlich hat sich nur ein Teil der Ausschreitungen vor Ankunft der Deutschen abgespielt, weshalb Wehr mach lange hörige Zeugen der Ubergriffe geworden sind. Da zu diesem Zeitpunkt noch kein ausdrückliches Verbot bestand, sich in solchen Fällen zurückzuhalten, ist es höchstwahrscheinlich zu der Teilnahme gekommen, die MUSIAL anführt. Dabei wurden auch Fotos gemacht, die auf Umwegen in sowjetische Hand gekommen sein dürften. So wird verständlich, daß sowjetischerseits gerade in Lemberg nach dem Krieg alles versucht wurde, die Morde den Deutschen in die Schuhe zu schieben. Hunderte unschuldiger deutscher Soldaten in russischer Gefangenschaft mußten in »sogenannten Kriegsverbrecherprozessen« später dafür büßen, indem man ihnen die in Wirklichkeit von den Sowjets verübten Verbrechen zur Last legte. Dabei ist Lemberg kein Einzelfall. Ähnliches geschah in zahlreichen weiteren ukrainischen Grenzstädten.

MUSIAL stellt dazu fest: »So wird beispielsweise behauptet, daß die Wehrmacht nichts gegen das Lemberger Pogrom im Sommer 1941 unternommen hätte. Allerdings belegen Dokumente genau das Gegenteil.«[8] Jörg FRIEDRICH steuert dazu folgendes bei: »In Ilmberg, heißt es im Einsatzgruppenbericht C vom 16. Juli, »trieb die Bevölkerung etwa 1000 Juden unter Mißhandlungen zusammen und lieferte sie in das von der Wehrmacht besetzte GPU-Gefängnis eine Die Wehrmacht, die nach dem Zeugnis des Generalmajors VON WINKLER Anfang juli »mit Begeisterung und Blumen empfangen< worden war, wußte mit dem Mordansinnen nichts anzufangen. Zudem mißfiel ihr die Anarchie der Stadt. . . Daraufhin verbot der Stadtkommandant das Pogrom,«[9] In diesem Zusammenhang erwähnt FRIEDRICH: »Die Geheimpolizei der gewichenen Sowjetmacht hatte nämlich in letzter Stunde über 80 000 ukrainische Oppositionelle eingekerkert, getötet und verstümmelt. In Lemberg stapelten sich 3000 gräßlich zugerichtete Leichen in den Gefängniskellern.«[lu] FRIEDRICHS Bericht stützt sich auf eine Untersuchungs-Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses kurz nach dem Krieg.

[8] Siehe *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 1. 12. 2001.

' Jörg FRIEDRICH, *Das Geset^ des Krieges. Das deutsche Heer 1941-1945,* Piper, München '2003, S. 776.

[10] Ebenda, S. 777.

Zum Fall Lemberg bemerkt Stefan SCHEIE, dem es mit seiner Studie ***Legenden, Gerüchte, Fehlurteile*** gelungen ist, die inzwischen neu aufgelegte Wehrmachtausstellung von Jan Philipp REEMTSMA als Quelle wiederholt falscher Anschuldigungen zu endarven: »Die Stadt gehört neben Katyn sozusagen zu den Klassikern unter jenen Orten, an denen die sowjedsche Propaganda versucht hat, eigene Morde den deutschen Truppen in die Schuhe zu schieben., . Die Kampagne erhielt neue Nahrung, als der

sowjetische Präsident seit 1958 den Namen Nikita CHRUSCHTSCHOW trug. Denn CHRUSCHTSCHOW selbst hatte als regional verantwortlicher KP-Chef Ende Juni 1941 die Erschießungen ukrainischer Nationalisten (die FRIEDRICH oben anführt, A. N.) in den Lemberger Gefängnissen befohlen, bevor die Deutschen in Lemberg einmarschierten.« (vgl. auch Philipp Christian WACHS, ***Die Inszenierung eines Schauprozesses***, S. 38) In dem Zusammenhang verweist SCHEU, auf den Fall des Bundesministers Theodor OBERLÄNDER aus ADENAUERS Kabinett. Die Sowjets hatten ihn 1960 mittels gefälschter Dokumente in Abwesenheit zum Hauptverantwortlichen für die Lemberger Morde erklärt. Damit wurde er Opfer eines absurden Schauprozesses, dessen Beweisführung kläglich in sich zusammenbrach. Dem Minister aber hat der Prozeß, der sich in 113 Einzelverfahren aufsplitterte, über Jahre hin seelisch schwer zu schaffen gemacht."



Theodor OBERLÄNDER.

SCHEIL, der sich ausführlich mit dem Lemberger Massaker auseinandergesetzt hat, legt dar, daß auch hier die Wehrmachtausstellung nichts unversucht ließ, dem Betrachter die Mittäterschaft der Wehrmacht glaubhaft zu machen, indem sie auf Seite 94 des Kataloges ausfuhrt: »Ukrainische Zivilisten, der Wehrmacht unterstellte Ukrainer, Angehörige der Einsatzgruppen sowie Wehrmachtsoldaten beteiligten sich an den mehrere Tage anhaltenden Pogromen.« Der »Wehrmacht unterstellte Ukrainer« gab es zu der Zeit gar nicht, es handelte sich um ukrainische Freiheitskämpfer, auf welche die Deutschen keinen Einfluß hatten. Die Einsatzgruppen waren zum fraglichen Zeitpunkt noch gar nicht am Ort. Ob einzelne deutsche Soldaten dem Pogrom zugeschaut haben, ist nicht mehr festzustellen. Da es entsprechende Befehle, sich fernzuhalten, noch nicht gab, wäre darin kein verbotswidriges Verhalten zu erkennen. Tatsache ist jedoch, und das allein zählt, daß keine deutsche Einheit oder Dienststelle an dem Pogrom beteiligt war. Dabei fällt auf, daß die Aussteller lediglich von »mehreren hundert NKWD-Opfern« sprechen, ohne die entsetzlichen Umstände des Todes dieser Menschen mit einem Wort zu erwähnen. SCHEIL hält »diesen Unterschied in der Wortwahl, der in der Ausstellung generell gemacht wird«, für bezeichnend. Denn kaum ist in der Ausstellung und im Katalog von den Opfern der Pogrome die Rede, wird ausdrücklich vermerkt, sie seien »gequält, mißhandelt und erschlagen worden«.[12] »Dieses sorgfältig differenzierte Erzeugen von Stimmungen zeigt die unwissenschaftlichen Methoden der Ausstellung.«[11] Dem kann man nur zustimmen. Falsch ist überdies die von den Ausstellern genannte Zahl von »einigen Hundert«, da es sich nachweislich um eine viel höhere Anzahl gehandelt hat. Selbst die russischen Quellen gehen heute von 2464 Opfern aus, eine Zahl, die nach MUSIALS Schätzung und zeitgenössischen Berichten zufolge eher bei 3500 liegen dürfte, also gleichfalls zu niedrig angesetzt wurde.

Andreas Naumann

[11] Stefan SCHEIL, *Legenden, Gerüchte, Fehlurteile. Ein Kommentar zur 2. Auflage der Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung*, Leopold Stocker, Graz 2003, S. 117 ff.

[12] Katalog zur 2. Auflage der Wehrmachtausstellung, S. 327.

[13] SCHEIL, AAO. (Anm. 11), S. 123.

Massaker 1941 in Sambor und Dubno, Drohobycz, Czortków und Zloczów

Anfang Juni 1941 saßen im europäischen Teil der UdSSR in sowjetischen Gefängnissen über 500000 politische Gefangene ein, etwa 200000 davon in den westlichen Grenzbezirken. Die Gefängnisse unterstanden zu dieser Zeit dem Innenministerium unter **BERIJA** und wurden vom Volkskommissariat für Inneres< (NKWD) verwaltet. Die Haftbedingungen waren katastrophal, Häftlinge hatten nicht nur Hunger, überfüllte Zellen, Schmutz und Ungeziefer zu ertragen, sondern auch Schläge und Folter. Die Folge waren Krankheiten und hohe Todesraten.

»Die wahre Hölle aber begann am 22. Juni 1941«, berichtet **MUSIAI**., als um 3 Uhr morgens die Wehrmacht die Grenze zur Sowjetunion überschritt: »Die deutsche Front rückte schnell vor. An der sowjetischen Front und im rückwärtigen Gebiet herrschte Chaos. Ein geordneter Rückzug und planvolle Evakuierung waren unmöglich. — Nach geltenden Richtlinien sollten im Fall eines Krieges alle Häftlinge aus den gefährdeten Gebieten ins Landesinnere gebracht werden. Im Chaos der ersten Kriegstage erwies sich das als unmöglich. So wurden Gefangnisse in unmittelbarer Grenznähe überraschend von den Deutschen besetzt und ihre Insassen befreit. Es handelte sich dabei um Gefangnisse in Lomza, Bialystok, Brest, Grodno und Baranowicze. Lediglich in Przemysl war ein Teil der Häftlinge bereits fortgeschafft worden. Insgesamt wurden 13000 Häftlinge von den Deutschen befreit. Nach der sowjetischen Lesart handelte es sich dabei meist um Klassenfeinde«. Am 24, Juni 1941 erteilte **BERJJA** einen Geheimbefehl, alle >konterrevolutionären Elemente* unter den Gefangenen zu erschießen. Es war das Todesurteil für Abertausende. In den meisten Gefängnissen im Baltikum, Weißrußland, in der Ukraine und in Bessarabien (Moldawien) kam es in diesen Tagen zu Massakern an wehrlosen Gefängnisinsassen.«[1] Sowjets waren die Täter,

Im Stadtgefängnis in Sambor wurden **MUSIAI**. zufolge »etwa 600 Personen ermordet. In Dubno hielt man am Vorabend des Krieges ungefähr dieselbe Anzahl Gefangener fest, vor allem Polen und Ukrainer. NKWD-Männer begannen die Gefängnisinsassen in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1941 zu liquidieren. Sie gingen von Zelle zu Zelle und schossen mit automatischen Waffen auf die Häftlinge, manchmal warfen sie Handgranaten in die Zellen. Die Überlebenden töteten sie mit Fangschüssen oder erstachen sie mit dem Bajonett. Auf diese Weise wurden etwa 550 Menschen (Männer, Frauen und auch Kinder) massakriert. Nur einzelne Häftlinge haben wie durch ein Wunder überlebt, etwa die junge Ukrainerin W. **PETRENKO**, mit sechs Schußwunden und zwei Bajonettsti-

[1] **Bogdan** MUSIAL, **»Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen«, in:** *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 30. 10. 1999, S. 11.

chen. - Die Täter hatten keine Zeit, ihre Spuren zu beseitigen. Einheimischen wie deutschen Soldaten bot sich ein grauenvolles Bild. Ein deutscher Soldat schrieb in einem Brief: >Wie Ihr durchs Radio gehört habt, haben die Banden im Dubnoer GPU-Gefängnis viehisch gehaust. Ich bin dort gewesen und werde es später berichten, wenn ich mal zu Hause bin. Worte kann man für so etwas nicht finden. Berge von ukrainischen Frauen und Kindern liegen dort.«<[2]

[2] MUSIAL, ebenda.

»In Gefängnissen, die von der Grenze weiter entfernt lagen, wie in Tarnopol, Zloczöw, Czortköw und Drohobycz hatten die Täter mehr Zeit«, berichtet MUSIAL. »In Drohobycz fanden die Angehörigen der Verhafteten nach der Flucht der sowjetischen Einheiten im Gefängnis nur vier Überlebende. An die 200 Leichen befanden sich im Keller. Im Innenhof entdeckte man ein Massengrab mit etwa 200 Leichen, das mit Kohlenhaufen getarnt war. Einige Tage später fand man ein weiteres Massengrab auf dem jüdischen Friedhof mit etwa 300 Toten, darunter zwei deutschen Fliegern. Später entdeckte man noch weitere Massengräber in den umliegenden Wäldern. Eines wurde erst 1990 gefunden.

Ahnliches ereignete sich in Czortköw, wo Anfang Juni 1941 etwa 1300 Gefangene einsaßen. Nach der Flucht der sowjetischen Einheiten eilten die Einwohner in das Gefängnis, um nach Angehörigen zu suchen. Das Gefängnis war anscheinend leer. Im Keller fand man die ersten Leichen. Auch im Innenhof entdeckte man Massengräber, die mit frischen Blumenrabatten getarnt waren. Nach NKWD-Angaben wurden in Czortköw 890 Häftlinge getötet, 64 Kriminelle aber freigelassen und der Rest fortgeschafft.«[1]

[3] Ebenda.

»Als die sowjetischen Einheiten Zloczöw verlassen hatten, liefen die Einwohner zur Zitadelle, wo sich das NKWD-Gefängnis befand. In den letzten Tagen vor der Flucht hatte man hier, wie auch anderswo, laut arbeitende LKW- oder Traktor-Motoren gehört, aber auch Schüsse und Schreie, die sie eigentlich übertönen sollten. In dem Gefängnis fand man jedoch keine Häftlinge mehr. Bald entdeckte man jedoch im Innenhof und im Obstgarten, die zum Gefängniskomplex gehörten, drei notdürftig mit Rasen getarnte Massengräber. Die Zahl der Opfer belief sich hier etwa auf 700; die Leichen waren zum Teil stark verstümmelt. - Im Gefängnis in Gleboki wurden mindestens 1000 Häftlinge getötet.«[4]

[4] Ebenda.

Ähnliches ereignete sich in zahlreichen Städten und Ortschaften der weißrussischen, ukrainischen und galizischen Grenzgebiete. Die Zahl der Opfer blieb weitgehend unbekannt. Für diese Massaker rächte sich die einheimische Bevölkerung nach Abzug des NKWD vielerorts an den Juden, denen die Zusammenarbeit mit den Sowjets angelastet wurde.

Diese Ausschreitungen wurden nach Kriegsende unberechtigt der deutschen Wehrmacht zugeschrieben. **Andreas Naumann**

Die Massaker von Jassy, Czernowitsch, Belcy und Kischinjow 1941

Auch im Süden der Ostfront, wo vor allem mit den Deutschen verbündete rumänische Truppen im Juni 1941 in die Sowjetunion eindrangen, ereigneten sich Massaker an den Juden, die unberechtigterweise lange Zeit der deutschen Wehrmacht angelastet wurden. Der jüdische US-Historiker Arno J. MAYER berichtet in seiner Studie *Der Krieg als Kreuz-*

darüber und stellt richtig »Im tiefen Süden der >Barbarossa<-Front verübten rumänische Soldaten und paramilitärische Faschisten ohne NS-deutsche Ermunterung oder Nachhilfe Massaker an Juden.«[1] »Von allen deutschen Satelliten leistete Rumänien den bei weitem größten militärischen Beitrag zur /Operation Barbarossa*. Da die Rumänen jedoch keinen Wert darauf legten, sich mit den begehrten Territorien auch 400000 Juden zusätzlich ins Haus zu holen, liebäugelte man in Bukarest mit dem Gedanken, diese Juden gewaltsam in andere, den Sowjets noch abzunehmende Gebiete zu deportieren. Das Massaker an den Juden von Jassy, das sich zeitgleich mit dem von Kaunas ereignete, war auf das engste mit dem Einfall in die Sowjetunion verknüpft. Jassy, Hauptstadt der Provinz Moldau, lag nur 20 Kilometer jenseits der Grenze des rumänischen Kernlandes. Von seinen 80000 Einwohnern waren mehr als die Hälfte Juden, Schon zwischen dem 22. und dem 29. Juni, als rumänische Truppen sich den Übergang über den Pruth erkämpften und nach Bessarabien eindrangen, mußte Jassy mehrere Luftangriffe hinnehmen. Einheimische Aktivisten und Symphatisanten der Eisernen Garde verloren keine Zeit, die Juden von Jassy als aktive >Fünfte Kolonne* der Roten Armee hinzustellen. Die Spannungen eskalierten, und am 29. Juni schwärmten rumänische Soldaten und Polizeitruppen aus, trieben alle Juden, die sie finden konnten, zusammen und ließen sie zu Sammelpunkten marschieren, wo sie in Eisenbahnzüge geladen wurden.. . Abgesehen davon, daß schon bei der Treibjagd in den Straßen von Jassy Dutzende von Juden mißhandelt und umgebracht wurden, starben nach Schätzungen zwischen 2000 bis 4000 der Deportierten - es waren ausschließlich erwachsene männliche Juden - auf ihrem qualvollen Transport den Erstickungstod.«[2]

MAYER berichtet, daß mit dem Überschreiten der sowjetischen Grenzen die Pogrome sich zu häufen begannen. »In der ersten Juliwoche kam es in mehreren größeren und kleineren Städten der Bukowina zu Pogro-

[1] **Arno J.** MAYER, *Der Krieg als Kreusgttg. Das Deutsche* R*eich, Hitlers Wehrmacht und die »Bndlösung«,* Rowohlt, Hamburg 1989, S. 397 **f.**

[2] Ebenda, S. 398.

men, bei denen Hunderte von Juden den Tod fanden. Am 5. Juli war Czernowitsch an der Reihe, die Hauptstadt der Bukowina, von deren 100000 Einwohnern die Hälfte Juden waren. Innerhalb weniger Tage wurden ungefähr 2000 Juden umgebracht. Hunderte weitere starben in den Wochen danach. , . An den Schwerpunkten der rumänisch-sowjetischen Front, östlich des Pruth-Flußes in Bessarabien, blühte den jüdischen Gemeinden das gleiche Schicksal. In der Stadt und im Bezirk Belcy führten die Rumänen sich so brutal und barbarisch auf, daß etliche deutsche Offiziere sich entsetzt zeigten (sic!) und um die Moral ihrer Truppe fürchteten. Am 17. Juli eroberten rumänische und deutsche Truppen gemeinsam die bessarabische I lauptstadt Kischinjow, die 130000 Einwohner und einen jüdischen Bevölkerungsanteil von 60 Prozent hatte. Es ist nicht klar, wie viele Juden mit den abziehenden sowjetischen Truppen die Stadt verließen und wie viele von ihnen später doch noch in rumänische Hände fielen. Auf jeden Fall fürchteten die Juden. .. das Schlimmste. Und in der Tat ermordeten die Rumänen in den Wochen nach der Besetzung der Stadt Tausende von Juden.«* MAYER nimmt an, dies könne in Absprache oder gar in Zusammenarbeit mit der SS-Einsatzgruppe D geschehen sein, was jedoch unwahrscheinlich ist, da die 11. Armee, der die Gruppe versorgungsmäßig unterstellt war, dieselbe schon vom ersten Tage an am >kurzen Zügel< führte.

Interessant ist immerhin, daß weder MUSIAI, noch MAYER auch nur in einem dieser Fälle die direkte und beweisbare Mitwirkung der Deutschen, in dem Fall der SS-Einsatzkommandos, erwähnen, die ihren eigenen E-Meldungen-UdSSR zufolge die Einwohner zu Racheakten und Pogromen aufgestachelt haben wollen. Die Masse der Ausschreitungen hatte offenbar bereits stattgefunden, bevor die SS eintraf. Im baltischen, weißrussischen und ukrainischen Frontbereich erhob sie nach ihrer Ankunft allerdings ausgedehnte Nachforschungen mittels Verhören und Protokollen, um anschließend ihrerseits die Verdächtigen auszuschalten. Waren es erst die Roten, die aus politischen Gründen getötet hatten, so griffen dann die SS-Einsatzgruppen mehr oder minder unter dem Anschein des Justizvollzuges Verdächtige sowie Juden auf. Die Wehrmacht aber - und das ist hervorzuheben - blieb bei aUedem unbeteiligt.

Weder von Mitwirkung noch von Billigung der Wehrmacht im Zusammenhang mit den Pogromen ist bei oben genannten Historikern die Rede - sehr zum Unterschied anderer, oft deutscher Quellen, die sich zumeist auf fragwürdige und unbewiesene Behauptungen abstützen. Man sollte endlich aufhören, die damaligen Interessen der Wehrmacht mit denen der politischen Polizei HIMMLERS ZU verwechseln, denn erstere hatte

[3] MAYER, ebenda, S. 399 ff.

damals anderes zu tun. Doch soll nicht unerwähnt bleiben, unter welch schweren seelischen Belastungen die deutschen Truppen gestanden haben, als sie allenthalben auf Spuren des Wütens der Sowjets stießen und meistens zu spät kamen, um die gefangenen Opfer, darunter oft auch Wehrmachtangehörige, insbesondere Flieger, zu retten.

Bei Erwähnung letzteren Umstands wird verständlich, daß das deutsche Heer in Fällen, bei denen die SS-Einsatzgruppen aufgrund ihrer Untersuchungen zu Strafaktionen schritten, keine Einwände erhob, jedem Befehlshaber schien einleuchtend, daß die vorgefundenen Über-



Wiederkehrende Bilder in den ersten Wochen des (Unternehmens Barbarossa'. In vielen Ortschaften haben einheimische Nationalisten bereits Racheaktionen an Juden vollzogen, als die deutsche Wehrmacht eintrifft. Das Foto (Bundesarchiv Koblenz) zeigt litauische Nationalisten mit gefangenen Juden.

griffe und Massaker sicherheitspolizeilich aufgearbeitet und mit Strafe belegt werden mußten."[1]

MAYERS Ergebnis ist dann: »Es war ein ebenso zweifelsfreies wie ominöses Faktum, daß während der ersten fünf Wochen der »Operation Barbarossa* mehr Juden umgebracht oder in den Tod geschickt wurden als in den vorausgegangenen 22 Monaten seit Kriegsausbruch im September 1939. Aber obwohl, wie wir gesehen haben, die Wehrmacht und die Einsatzgruppen die Bedingungen für eine solche Mordorgie schufen, waren sie weder ihre Hauptinitiatoren noch maßgeblich an ihrer Ausführung beteiligt. In der ersten, siegüberzeugten Phase der »Operation Barbarossa* kam es zu Massakern an den Juden eher aus spontanen Pogromen heraus als aufgrund amtlicher Weisungen oder Planungen für die

[4] Andreas NAUMANN, *Freisprach für die Deutsche Wehrmacht. Unternehmen Barbarossas erneut auf dem Prüfstand,* Grabert, Tübingen 2005, S. 409,

systematische Ausrottung einer ganzen Bevölkerungsgruppe. Die Haupttäter waren fanatische antisowjetische Letten, Litauer, Esten, Ukrainer und Rumänen, denen einerseits der Kreuzzugs-Feldzug gegen die Sowjetunion und andererseits die beträchtlichen Restbestände einer aiteingewurzelten Judenfeindlichkeit für ihre eigenen ultranationalistischen politischen Ziele gerade recht kamen. Ihr Hauptziel bestand nicht darin, Juden umzubringen; es war vielleicht nicht einmal eines ihrer vordringlichsten Anliegen,«[5]

Mit diesen Feststellungen steht MAYER allerdings im Widerspruch zu früheren Behauptungen Raul Hilber**Gs,** der ebenso wie Helmut KRAUSNICK; und andere für die oben dargelegten Übergriffe an den Juden vor allem die SS-Einsatzgruppen verantwortlich macht. Verständlicherweise stößt MAYER damit auf breite Kritik. Peter LONGERICH führt dazu aus: Das Buch von Arno J. MAYF.R habe »bereits bei Erscheinen der englischen Ausgabe außerordentlich scharfe, ja wütende Rezensionen hervorgerufen. Zum einen werden bestimmte Behauptungen MAYF.RS, SO seine Darstellung der Pogrome und die behauptete Zurückhaltung der Einsatzgruppen in der Anfangsphase, zurückgewiesen. .. Zum andern wird sein Versuch der Historisierung und die ihm zugrunde liegende Analyse der Grundintensionen nationalsozialistischer Politik als falsch und irreführend abgelehnt«.[6] Wir fügen dem jedoch hinzu, daß nahezu alle Ergebnisse der **MAYERschen** Analyse, die im Jahre 1988 erschien, später von den polnischen und ungarischen Untersuchungsausschüssen sowie von der **Wissenschaft** bestätigt wurden."

Das bedeutet, daß die deutsche Wehrmacht für diese Judenpogrome nicht verantwortlich war, sondern daß sie von einheimischer Bevölkerung verübt wurden. **Andreas Naumann**

[5] MAYER, aaO. (Anm. 1), S. 400 f.

[6] Peter LONGERICH, »Vom Massenmord zur >Endlösung<« in: *Zwei Wege nach Moskau — Die Erschießung von jüdischen Zivilisten in den ersten Monaten des Ostfeldzuges im Kontext des nationalsozialistischen Judenmords,* Piper, München 1991, S. 252 f.

Siehe auch Stephane COURTOIS, *Schwarzbuch des Kommunismus,* Piper, München 1998, S, 402 ff.

Pogrome in Luzk oder anderswo in Polen und in der Ukraine

Das von dem polnischen Historiker Bogdan MUSIAI . geschilderte Massaker in Lemberg (s. Beitrag Nr. 578, »Die Lemberger Juden-Massaker 1941«) war keine Ausnahme:

»Ähnliche Bilder boten sich den Angehörigen des deutschen Heeres in zahlreichen Städten und Ortschaften, die sie Ende Juni 1941 kämpfend erstürmten. In Luzk hielten die Sowjets über 2000 Gefangene im örtlichen GPU-Gefängnis fest, vor allem Polen und Ukrainer. Am 22. Juni wurde die Stadt und damit auch das Gefängnis beschädigt. Die Gefangenen versuchten, sich zu befreien. Das Bewachungspersonal trieb sie mit Maschinengewehrfeuer in die Zellen zurück, viele wurden dabei getötet. Am 23. Juni befahlen ihnen die Aufseher, die Zellen mit persönlichem Gepäck zu verlassen. Die Ukrainer hatten sich auf einem Hof, die Polen auf einem anderen zu versammeln. Nachdem sie in Reihen aufgestellt waren, wurden sie mit Maschinengewehrfeuer und Handgranaten getötet. Ein Überlebender berichtet: >Blut floß in Strömen. Leichenfetzen flogen durch die Luft.< Nach etwa einer Stunde stellten die NKWD-Täter das Feuer ein und befahlen den Überlebenden, sich in das Gefängnisgebäude zurückzubegeben; die Verletzten töteten sie mit Pistolen, Auf dem »ukrainischem Hof überlebten wahrscheinlich nur 11, auf dem >polnischen< Hof zwischen 50 und 70 Gefangene. Am nächsten Tag mußten die Uberlebenden die Leichen vergraben. —

Das war aber nicht das Ende des Schreckens. Wie sich der Zeitzeuge Mieczyslaw OGRODÖWCZYK erinnert, erschienen die sowjetischen Täter bald wieder und forderten die Überlebenden auf, die Zellen zu verlassen: >Halb betrunken fuchtelten sie mit den Pistolen und brüllten *>bystrej, bystrej<* (schneller, schneller). Ich begriff: Sie hatten einige am Leben gelassen, damit sie die Leichen beseitigten. Nach getaner Arbeit sollten nun auch wir getötet werden. Das ist das Ende. . . Plötzlich hören wir Schüsse automatischer Waffen von draußen, wo die Ukrainer gestern hingemetzelt wurden; dort ist der Haupteingang. , . Der NKWD- Mann, der in der Zellentür steht, wirft die Pistole auf den Korridorboden und läuft weg. . . Zwei Kameraden heben mich zum Fenster hoch, ich klammere mich an die Gitter. . . ziehe mich hoch, um zu sehen, was los ist. Ich schreie: >Die Deutschen!* Meine Kameraden lassen mich los, ich stürze zu Boden. Ich stehe auf, versuche zu sprechen, ich kann nicht. Tränen stehen mir in den Augen. Endlich schreie ich unter Tränen: >Wir leben!* Die Überlebenden stürzen aus dem Gefängnis auf den >ukrainischen* Hof, wo sich die Deutschen befinden. Wir sind wahnsinnig vor Freude.

Sie ist so groß, daß wir >Heil Hitler!< schreien. . . Am nächsten Tag wurde ich freigelassen.««[1]

Hierzu weiß KRAUSNICK ZU berichten, daß unter den Ermordeten auch die Leichen von zehn deutschen Soldaten gewesen seien. Zur Vergeltung für die Ermordung der deutschen Soldaten habe das Sonderkommando 4a der SS-Einsatzgruppe C eine Anzahl Juden erschossen, die er mit 1160 beziffert. Dabei beruft er sich auf die Ereignismeldung UdSSR Nr. 24 vom 16, Juli 1941, die angibt, vor Ort sei ein Zug Ordnungspolizei und ein Zug Infanterie behilflich gewesen. Die Meldung ist insofern fragwürdig, als weder über die Art der Behilflichkeit noch sonstwie nähere Angaben gemacht werden. Auch verlautet nichts über die Regimentsnummer der Infanterie-Einheit oder über Zugehörigkeit der Ordnungspolizei." Unter >Ordnungspolizei< verstand man SS-Polizeieinheiten, während für die Heerespolizei die Bezeichnung >Geheime Feldpolizei verwendet wurde. Auch widerspricht die Anzahl der NKWD-Mord opfer derjenigen, die MUSIAL angibt, der uns versichert, daß die Rachemorde der Einheimischen in diesem Raum nicht der Anzettelung durch die SS-Kommandos bedurften. Offenbar hat auch hier — wie an etlichen anderen Orten — die SS-Einsatzgruppe C alle Pogromopfer und Rachemorde unberechtigt auf ihr Erfolgskonto verbucht. Entsprechende Eintragungen im Kriegstagebuch der Heeresgruppe liegen jedenfalls nicht vor.' **Andreas Naumann**

[1] Bogdan MUSIAL, »Konterrevolutionäre Riemente sind zu erschießen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 30.10. 1999.

[2] Siehe Helmut KRAUSNICK, *Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppe des Weltanschauungskrieges 1938-1942,* Fischer, Frankfurt/M. 1998, S. 206.

[3] Siehe auch Andreas NAUMANN, *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht. Unternehmen harbarossa< erneut auf dem Prüfstand,* Grabert, Tübingen 2005, S. 404 ff.

Babij Jar - Ort des Grauens oder ein Mythos?

Im Internet-Wikipedia wird unter dem Stichwort >Babyn Jar< (ukrain.) oder >Babij Jar< (russ.) der deutschen Wehrmacht (pauschal) ein Massenverbrechen angelastet. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, nachzuprüfen, ob

a) tatsächlich ein solches Verbrechen bei Babij jar stattgefunden hat und, wenn ja, wie,

b) die Wehrmacht offiziell daran beteiligt war und

c) die angegebene Zahl der Opfer stimmt und wie sie belegt ist.

Im Wikipedia-Beitrag heißt es zu >Babyn Jan: »Kriegsverbrechen. Hier wurde ein Massenmord an der jüdischen Bevölkerung durch deutsches Militär während des Zweiten Weltkriegs verübt, nachdem die Wehrmacht und die SS in Kiew einmarschiert waren. Beteiligt waren Wehrmacht, Angehörige des SD, der Polizei, der Geheimen Feldpolizei und des Sonderkommandos 4a (befehligt von SS-Standartenführer Paul BLOBEL) der Einsatzgruppe C (angeführt von SS-Brigadeführer Otto RASCH), die für die sogenannten Exekutivmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung zuständigwar. Entsprechend dem Einsatzbefehl der Einsatzgruppe Nr. 101 wurden 33771 Juden bei Babynjar am 29. September und 30. September 1941 systematisch durch Maschinengewehrfeuer ermordet. Die Wehrmacht leistete hier nicht nur logistische Beihilfe, indem sie die Stadt und die SS absicherte und nach dem Massaker Teile der Schluchtwände sprengte, um mit dem abgesprengten Schutt die Leichenberge zu verstecken. Bis zum 12. Oktober wurden insgesamt 51 000Juden ermordet. Die Habseligkeiten der ermordeten Menschen wurden in einem Lagerhaus aufbewahrt und an Wehrmachtssoldaten verteilt.. .«

Auf der Web-Seite der ukrainischen Botschaft (www.botschaft-ukraine.de) heißt es sogar: »Im Sommer 1943 haben die Nazis alles getan, um die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen. Leichen wurden ausgegraben und verbrannt, Knochen zersplittert und die Asche im Winde verweht. Daher fallt es heute schwer, genaue Opferzahlen festzustellen. Die Forscher vermuten, daß in Babynjar ca. 260000 Menschen das lieben genommen wurde.«

Verhalten der Wehrmacht in der Ukraine

In einem Befehl des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebiets Süd vom 1. September 1941, NOKW-2594, heißt es: »Es mehren sich die Fälle von Übergriffen gegenüber der Zivilbevölkerung durch Wehrmacht-

angehörige... In letzter Zeit sind auch Fälle vorgekommen, daß Soldaten und auch Offiziere selbständig Erschießungen von Juden vorgenommen oder sich daran beteiligt haben.«

Nach dem Hinweis, daß »Exekutivmaßnahmen« allein unter die Zuständigkeit von SS und Polizei fallen, heißt es in dem Befehl weiter:

»Die Truppe selbst erledigt auf der Stelle nur solche Landeseinwohner, die feindseliger Handlungen überführt oder verdächtigt sind, und dies nur auf Befehl von Offizieren; dabei sind Kollektivmaßnahmen an die Dienststellung mindestens eines Btls. Kdrs. [Bataillonskommandeurs, H. M.] gebunden. Irgendwelche Zweifel hierüber können nicht bestehen, Jedes eigenmächtige Erschießen von Landeseinwohnern, auch von Juden, durch einzelne Soldaten sowie jede Beteiligung an Exekutivmaßnahmen der SS- und Polizeikräfte sind daher als Ungehorsam mindestens disziplinarisch zu ahnden, sofern nicht gerichtliches Einschreiten notwendig ist.«[1]

Aus diesem Befehl ergibt sich dreierlei:

1. Es hat Übergriffe und Verbrechen einzelner Wehrmachtangehöriger gegeben. Soldaten waren passive Zeugen von Ermordungen.
2. Die Wehrmachtführung distanzierte sich ausdrücklich von Tötungsaktionen und verbot sie allen Soldaten ausdrücklich.
3. Es fanden Exekutivmaßnahmen durch die SS {nicht Waffen-SS!) und HF.YDRICHS Polizeieinheiten statt.

In diesem Zusammenhang sind auch die Vorgänge von Kiew zu beurteilen.

[1] Raul HILBERG, *Die Vernichtung der europäischen Juden,* dt. Olle u. Wolter, Berlin 1982, S. 341 f.

Der Fall Kiew

Am 19. September 1941, als Kiew von deutschen Truppen eingenommen wurde, traf das Kommando 4a der Einsatzgruppe C unter dem Kommando von Paul BLOBEL dort ein.- Am 24. September gelang es Partisanen, im historischen Zentrum Kiews durch Sprengminen eine Feuersbrunst zu entfachen, durch die der Stadtteil vollkommen niederbrannte. Dabei sprengten die Partisanen auch das >Hotel Continentak, in dem sich das Etappenkommando der 6. Armee befand. Die Sprengfallen waren von den Sowjets vor ihrem Abzug angelegt worden.

Hauptmann Dr. Erich KOCH berichtete nach Berlin: >Der Brand von Kiew (24.-29. Sept. 1941) hat genau die Mitte, d. h. den schönsten und repräsentativsten Teil der Stadt mit den beiden größten Hotels, der Hauptpost, dem Funkhaus, dem Telegraphenamt und einigen Warenhäusern zerstört. Betroffen ist ein Areal von rund 2 qkm. Obdachlos sind etwa 50000 Menschen. Sie wurden notdürftig in verlassenen Quartieren untergebracht. . . Die Minengefahr ist noch immer nicht behoben. Nach

[2] RSHA-A-1, E reignism eld u ng USSR Nr. 97, 28. 9. 1941, NO-3145.

Meldungen der Pionieroffiziere wurden mindestens 10000 Minen bisher entschärft, darunter eine große Zahl in den Außenbezirken der Stadt wie Hauptbahnhof, Zivil flughafen usw. und im taktischen Vorgelände. In einzelnen Gebäuden (auch in Museen) wurden 3 1/2 Tonnen Sprengstoff in technisch vorbereiteten Minenkammern vorgefunden... Die Explosionen und der Brand hatten hohe Verluste an Offizieren, Mannschaften und Material zur Folge.«



Die Kiewer Kreshschatik-Straße am 24. September 1941, iri der sich das Hotel iContinental, das deutsche Hauptquartier, befand.

Die Folgen des Attentats waren verheerend. Der alte Stadtkern war zerstört, der Schaden und die Menschenverluste, auch unter der ukrainischen Bevölkerung, übertrafen zum damaligen Zeitpunkt jede Vorstellung: über 3000 Tote. Um das Ausmaß des Verbrechens zu ermessen, muß man sich vor Augen halten, daß das zerstörte Areal etwa 1000x2000 Meter maß. Damit wird der Fall vergleichbar mit dem Anschlag vom 11. September 2001 in New York. Die Empörung war so allgemein und der Ruf nach Bestrafung der Schuldigen so drängend, daß es kaum einen Zweifel gab, hier müsse ein Exempel statuiert werden. Die beklagenswerte Folge gipfelte in einer Repressalie, deren Verhältnismäßigkeit alles bislang Dagewesene übertraf.

Auf Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) der Heeresgruppe Süd, des Obergruppenführers JECKELN, kam es zu »Vergeltungsmaßnahmen«, zu Geiselerschießungen. Diese wurden durch das Sonderkommando 4a der Einsatzgruppe C sowie zwei Kommandos des Polizeiregiments Süd ausgeführt. Es soll sich um 33771[3] zumeist unbeteiligte jüdische Zivilpersonen gehandelt haben, eine Maßnahme, die, wenn sie in diesem Ausmaß erfolgt sein sollte, das Recht der Repressalie ins Maßlose überdehnt hat.

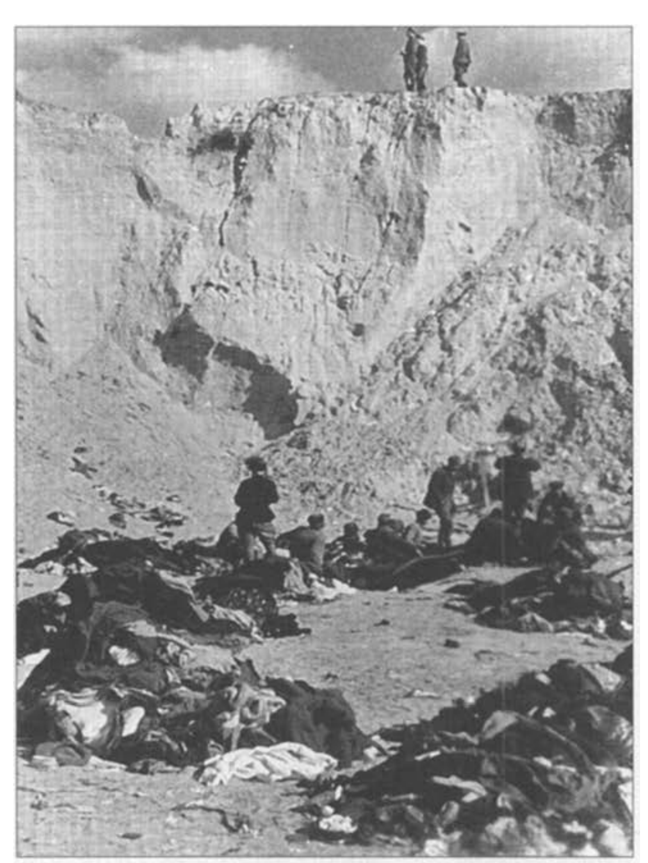
[3] Ereignismeldung Nr. 101 vom 2. 10. 19-11.

Nach der damaligen, völkerrechtlich gedeckten Maßnahme der Geiselerschießungen nach Anschlägen auf die Truppe lautete das Verhältnis 1:10. Da über 3000 Tote nach dem Attentat gezählt wurden, hätte das über 30000 Geiselerschießungen bedeutet. In diesem Sinne hat die Einsatzgruppe die Zahl 33771 gemeldet. Doch es gibt keinen Beleg dafür,

daß so viele Geiseln tatsächlich erschossen wurden - schon gar nicht in Babij Jar in der Nähe Kiews, Insofern muß geklärt werden, ob die Berichte und Behauptungen über Babij Jar zutreffen - zumal dieser Ort in dem umfangreichen Buch von Raul HILBERG überhaupt nicht vorkommt. Der symbolträchtige Name >Babij Jan wird in den wenigsten Enzyklopädien erwähnt, auch nicht in der *Brockhaus-Enzyklopädie* von 1970. Eine Auswertung der zahlreichen Luftaufnahmen, besonders die von John C. BALL, *Air photo evidence,* hat ergeben, daß das Gelände der Schlucht von Babij Jar im Zweiten Weltkrieg unversehrt geblieben ist. Weder das Gelände noch die Vegetation zeigen Spuren menschlicher Eingriffe, Im Gegensatz dazu sind die Massengräber von Katyn auf Luftaufnahmen immer noch deutlich zu erkennen.

Trotzdem schrieb Elie WIESEL in seinem Buch *Paroles d'étranger*, ein Augenzeuge[4] habe ihm berichtet, daß in Babij Jar der Boden über den Tausenden zugeschütteten Leichen »monatelang bebte« und »von Zeit zu Zeit Blutfontänen hervorschossen«, was schon wegen der Blutgerinnung und auch aus physikalischen Gründen völlig unmöglich ist. Dazu schrieb Joachim HOFFMANN: »Babij Jar mußte in der Sowjetunion dazu herhalten, um Katyn, und Katyn mußte dazu herhalten, um Babij Jar glaubwürdig zu machen.«

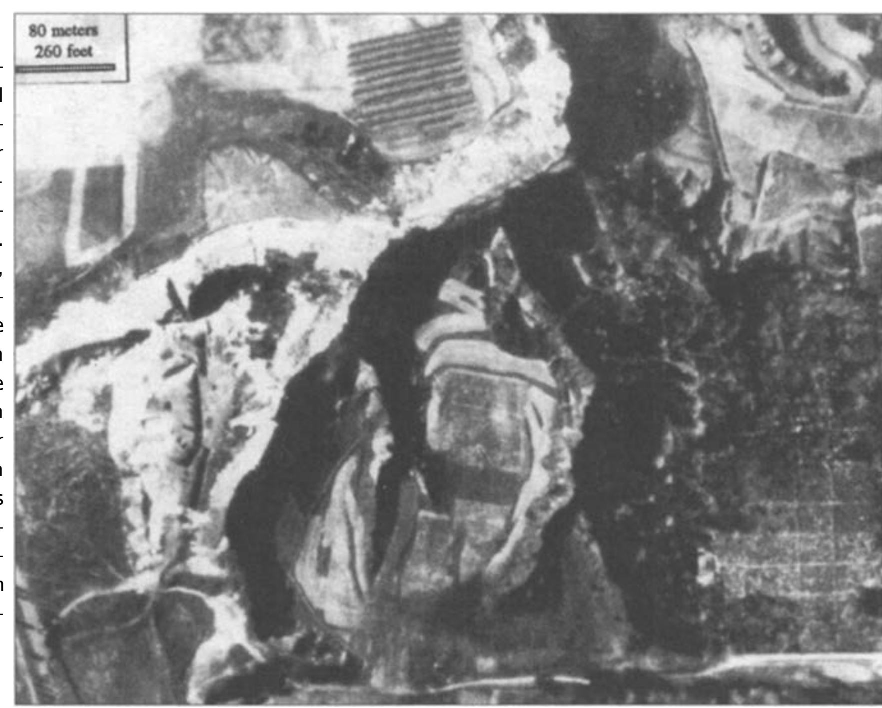
Was die Praxis der Ereignismeidungen betrifft, so hatten die Einsatzgruppen die ehrgeizige Praxis entwickelt, nach oben





So wurde die Mordstätte Babij Jar in der Anti-Wehrmacht ausstellung vorgestellt. Das untere Foto zeigt, wie das Massengrab planiert wurde,

[4] Viele »Augenzeugen*, die bei Nürnberger Prozessen Verbrechen Deutscher beeideten und diese an den Galgen brachten, erwiesen sich später als Lügner und Meineidige.



Anhand dieser Luftaufnahme vom Tal von Babij Jar, entstanden am 26. September 1943, hat der kanadische Luftbildarchäologe John C. BALL nachgewiesen, daß weder die Topographie noch die Vegetation durch menschliche Eingriffe gestört wurde. Kein Teil des Tales Babij Jar wurde anscheinend in den Kriegsjahren bis zur sowjetischen Wiederbesetzung größeren topographischen Veränderungen unterworfen.

möglichst hohe Zahlen über getötete Gegner zu melden und den Anschein zu erwecken, daß es sich um eigene Erfolge handele. Doch bis Mitte August blieb ihnen meist nur die legale Polizeiarbeit und die Partisanenbekämpfung. Denn sowohl im Baltikum als auch in der Ukraine hatten Nationalisten und der Volkszorn ganze Arbeit geleistet. Sie nahmen Rache an sowjetischen Funktionären, meist Juden, für die bestialischen Verbrechen der Sowjets vor deren Abzug. So konnten die Einsatzgruppen hohe Zahlen Getöteter melden, wobei sie verschwiegen, auf wessen Konto sie gingen. Nach dem Krieg wurden mit diesen Opfern das deutsche Schuldkonto belastet, wozu man auch die im Partisanenkampf umgekommenen Juden zählte.

Wie für die Opfer von Auschwitz, existieren weit auseinanderliegende Schätzungen über die tatsächliche Anzahl der hingerichteten Geiseln. Der inzwischen verstorbene Dr. Joachim HOFFMANN[5] berichtete, daß der polnische Wissenschaftler Marek WOLSKI in einer von der >Société d'histoire polonaiser in Stanford (Cf) herausgegebenen Studie *Le massacre de Baby Jar* die verschiedensten Opferzahlen miteinander verglichen und festgestellt hat, daß sie zwischen 3000 und 300000 schwanken:

300000 Opfer nannte Vitalis KOROTYCH, sowjet-ukrainischer Herausgeber des Magazins *Ogonyok,* Angehöriger des KGB, am 23. April 1990 vor dem kanadischen »Institute of International Affairs< in Toronto.

"Joachim HOFFMANN, *Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,* Wehrwissenschaften, München 1995. Dr. HOFFMANN, wissenschaftlicher Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr, hatte die Fakten an Hand sowjetischer Unterlagen ermittelt, die im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg/Br,-Potsdam aufliegen, und in seinem Buch veröffentlicht.

100000 behauptet die *EncyclopediaJudaica* (Ausgabe Jerusalem 1971).

50000 (bis 70000) nennt die *Bolsaja sovetskaja encyclopedija* (Ausgabe Moskau 1970).

10000 Todesopfer verzeichnet das *Grand dictionnaire encyclopédique Larousse* (Ausgabe Paris 1982), und >nur< noch

3000 hat die *Encyclopedia of Ukraine* (Ausgabe Toronto 1988) gezählt.

Die letzte Zahl kommt wahrscheinlich der Wirklichkeit am nächsten. Aber wie dem auch sei, es handelt sich hier nicht um eine Judenvernichtungsaktion, sondern um eine legale Repressalie der Besatzungsmacht. Hier sei noch einmal an den 11. September 2001 erinnert. Die seitdem von den USA ergriffenen Repressalien im Irak und in Afghanistan haben inzwischen Zehntausende mit dem Leben bezahlen müssen, darunter viele unschuldige Zivilisten.

Unabhängig davon, daß in vielen Fällen von Verbrechen, die Deutschen zur Last gelegt wurden und noch werden, die Sowjets mit Billigung STALINS die Verantwortlichen waren, muß andererseits ganz klar festgehalten werden, daß es im rückwärtigen Gebiet der Ostfront[6] seit Mitte August 1941 zu Massenexekurionen von Juden durch SS-Einsatzgruppen kam. Allerdings schwanken auch hier die geschätzten Zahlen beträchtlich. Außerdem ist zwischen gezielter Judenvernichtung und völkerrechdich gedeckter Bekämpfung der Partisanen zu unterscheiden, da Juden am völkerrechtswidrigen Partisanenkampf wesentlich beteiligt waren. Dies wird auch von Raul HILBERG und anderen bestätigt und als Ausdruck jüdischen Widerstandes und Kampfgeistes gegen den Feind gewertet. Der jüdische Historiker Arno LUSTIGER, Überlebender von Auschwitz und Buchenwald, schrieb in seinem 1990 erschienenen Buch *Vom Widerstand der Juden 1933-1945*-. »Die Juden waren die Pioniere des Partisanenkampfes.«

[6] Ab etwa 30 Kilometer hinter der Frontlinie

Die sowjetischen Partisanen brüsteten sich damit, rund 500000 Deutsche umgebracht zu haben. Umgekehrt sind viele jüdische Partisanen bei ihrer Bekämpfung Opfer ihrer heimtückischen Kampfesweise geworden.

Obwohl der Mythos Babij Jar bis heute wissenschaftlich ungeklärt blieb, beteiligte sich die ehemalige Präsidentin des Deutschen Bundestages Rita SÜSSMUTH anläßlich der Fünfzig-Jahr-Gedenkfeier am 5. Oktober 1991 mit einer Rede. Dabei sagte sie unter anderem: »Baby Jar ist eine Städte schrecklicher Erinnerung, ein Ort des Grauens und - für uns Deutsche - der Scham und nicht tilgbarer Schuld.«

Über die alles auslösende Schuld der Attentäter von Kiew und deren deutsche Opfer verlor sie kein Wort, ebenso wenig darüber, daß hier kein Verbrechen vorlag, sondern das grausame Gesetz des Krieges waltete, nachdem die Partisanen die Büchse der Pandora geöffnet hatten.

Hans Meiser

Meutereien und Aufstände der Ost-Legionen in der Wehrmacht



Andrej WLASSOW,

In der deutschen Wehrmacht haben im Zweiten Weltkrieg rund anderthalb Millionen russischer Freiwilliger gedient.[1] HITLER hatte zunächst die Aufstellung dieser Osttruppen mißtrauisch beobachtet, da ihr Oberkommandierender General Andrej WLASSOW die Bildung einer russischen Regierung und die Formierung einer ihr unterstehenden russischen Armee anstrebte.[2] Offiziell verwendete WLASSOW den Begriff »Russische Befreiungsarmee< (ROA) als Sammelbezeichnung für alle auf deutscher Seite in irgendeiner Form organisierten Soldaten russischer Volkszugehörigkeit im Unterschied zu den nationalen Legionen der Minderheitenvölker. Gemeinsam war allen diesen Verbänden der Haß auf STALINS Terrordiktatur. Getrennt waren sie durch interethnische Spannungen, etwa die zwischen Russen und Tschetschenen.

Oft wurde HITLER der Vorwurf gemacht, den Einsatz der Osttruppen, insbesondere der Kosaken, lange verzögert zu haben. Nachfolgend soll aufgezeigt werden, in welchem Maße seine Bedenken doch berechtigt waren und durch die späteren Ereignisse bestätigt wurden. Insofern ist eine Richtigstellung vorzunehmen,[3] Das gilt nicht für die Kosakenverbände.

Ab 1943 häuften sich Desertionen der russischen Freiwilligen, oft verbunden mit Überfallen auf ihre deutschen Waffenbrüder. Sie verrieten dann zudem dem Feind die Lage der deutschen Stellungen, den Standort der Geschütze, Gefechtsstände, Fernsprecher und Funker.[4]

HITLERS Verbot des Ausbaus der freiwilligen russischen Truppen wurde an der Front weitgehend übergangen. Als immer mehr ROA-Soldaten zu den Partisanen desertierten, beschloß die deutsche Führung, alle zuverlässigen russischen Einheiten nach Frankreich, Holland, Italien oder auf den Balkan zu verlegen und sie dort gegen lokale Widerstandsbewegungen einzusetzen. Die unzuverlässigen Einheiten wurden aufgelöst.[5]

[1] Joachim HOFFMANN, *Die Wlassow-Armee,* Freiburg 1984, S. 421 ; Franz W. SEIDLER, *Die Wehrmacht im Partisanenkrieg,* Pour-le-Mérite, Selent 1999, S. 118; Oskar REILE, *Der deutsche Geheimdienst im 2. Weltkrieg. Ostfront,* München 1990, S. 409.

[2] HOFFMANN, ebenda, S. 15.

[3] Herbert KALTEN BAC HER, in: *Nation <& Europa,* Nr. 3, 2003, S. 73 f.

[4] Léon DEGRELLE, *Die verlorene légion,* K. W Schütz, Preußisch Oldendorf 1972, S. 230 f.

[5] Allan BULLOCK, *Hitler und Stalin,* Goldmann, München o, J,, S. 1078; Franz W. SEIDLER, *Die Kollaboration,* Herbig, München 1995, S. 118.



Der Uffz.
(Dienstgrad)
Asenow, Patschi
(Name, Vorname)
von der Einheit Turk.Inf.Btl.791
ist gemäß Verfügung: OKH/Gen StdH/
Gen.Qu/IVa/Gen d.Freiw.Verb.b.Chef
Gen StdH/Gen StdH/Org.Abt.Nr. II/
32003/44 geh. vom 18.3.44
Berechtigt, deutsche Dienstgradab-
zeichen zu tragen.
(Unterschrift)
Hptm.u.Batl.Kommandeur.
Siegel

Das Soldbuch eines Unteroffiziers der Turkestanischen Legion. Angehörige der >Ostbataillone‹ erhielten Dienstgrade der Wehrmacht. Abbildung aus: Kriegsgefangene, Droste, Düsseldorf 1995.



Rumänische Soldaten, die die Seiten gewechselt haben, bei den Straßenkämpfen um Budapest im Januar 1945.

Alfred FRAUENFELD war Reichskommissar auf der Krim, wo die Zusammenarbeit der Besatzungmacht mit den Krimtartaren ausgezeichnet war. Die Einheimischen wurden mit Waffen versehen, um die Partisanenangriffe abzuwehren. Diese Freiwilligen hatte man unklugerweise auf HITLER vereidigt, woraufhin die Sowjetpropaganda sie als Hochverräter beschimpfte und bedrohte.

Es passierte da und dort, daß eine solche Einheit ihre deutsche Rahmenmannschaft niedermachte und zu den Sowjets überlief/'

Nach der Kriegswende Mitte 1943 wuchs HITLERS Skepsis.™ Ein ehemaliger Angehöriger des Wolga-Tatarischen-Bataillons 828 erinnert sich:

[6] Alfred FRAUENFELD, *Und trage keine Reu',* Druffel, Leoni 1978, S. 228.

[7] Fritz BECKER, *Stalins Blutspur durch Europa,* Arndt, Kiel 1995, S. 238; Franz W. SEIDLER, *Die Kollaboration,* aaO, (Anm. 5), S. 118.



Russischer Freiwilliger von der Kosakendivision der deutschen Wehrmacht, Gemälde von Olaf JORDAN, aus: Mortimer DAVIDSON, *Kunst in Deutschland 1933-1945,* Bd.2/1, Grabert, Tübingen 1991.

»Das deutsche Rahmenpersonal (rund 10 Prozent der Truppenstärke) bestand zwar überwiegend aus frontbewährten Soldaten, war aber auf den ständigen Umgang mit ganz andersartigen Menschen, die damals der Roten Armee angehört hatten und aus denen niemals preußische Grenadiere zu machen waren, nicht hinreichend vorbereitet und auch nicht auf besondere Eignung dafür ausgewählt worden.

Die Ostlegionen konnten die Erwartungen ihrer Befürworter und Förderer nicht erfüllen, weil bei den Legionären die Freiwilligkeit nur bedingt gegeben war. Die Bewaffnung und Ausrüstung entsprachen nicht dem neuesten deutschen Stand und bestanden weitgehend aus Beutematerial.

Die Zuverlässigkeit ließ nach, je länger der Krieg dauerte und je mehr sich die Gewichte zugunsten der Sowjetunion verschoben. Das führte unter anderem dazu, daß eines Tages der Chef der Stabskompanie die mit seinen Legionären besetzten Stützpunkte auflöste, die dabei befindlichen deutscben Gefreiten entwaffnen, ausziehen und fesseln ließ und in Richtung Rote Armee verschwand.«[8]

Auch in der SS-Division >Dirlewanger< gab es neben Kriminellen fremdvölkische Kompanien, von denen einige desertierten. Besonders die >Ostmuselmanen< waren sehr anfällig für die Überlaufpropaganda der Sowjets. Ein SD-Bericht erläuterte die Lage an einem Beispiel: »Das unter der Führung des SS-Obersturmführers ALIMOV stehende turkestanische Regiment No. 1 des W-SS-Verbandes Myjava hat am 25. 12. 1944 gemeutert und ist mit Teilen zu dem russischen Bandenführer >Iwan< übergelaufen. Die Meuterei ist auf persönliche Differenzen des ALIMOV mit seinem Standartenführer Harun ALRASCHID zurückzuführen.«[9]

Im September 1944 brachten einige unter deutschem Befehl in Jugoslawien stadonierte Kaukasier ihre Offiziere um und liefen zu den Partisanen über,[10]

Der deutsche Abwehrchef Oskar REILE beschrieb, wie es dem sowjetischen Geheimdienst ohne Mühe gelang, unzählige Soldaten der Roten Armee und Agenten in die deutschen Dienststellen einzuschleusen, um insgeheim Ausspähung zu betreiben - wie es HITLER befürchtet hatte.[11]

Den folgenschwersten Verrat beging jedoch WLASSOWS General Sergej Kusmitsch BUNJATSCHENKO in den letzten Kriegswochen. Schon an der Oder-Front weigerte sich BUNJATSCHENKO am 2. März 1945 angesichts der hohen Verluste, weitere Befehle von dem deutschen General BUSSE, dem Oberbefehlshaber der 9. Armee, anzunehmen, und zog sich mit seiner Division eigenmächtig nach Böhmen zurück. Er war auch nicht bereit, sich der Heeresgruppe Mitte zu unterstellen, die Generalfeldmarschall SCHORNER befehligte. Vielmehr wich er dem Feind aus und zog sich nach Süden zurück. SCHÖRNER wollte daraufhin BUNJATSCHENKOS Ver-

[8] Rolf MICHAFJJS, *Die Tapferkeits- und [A'erdienstaus^eichnungen* für *Angehörige der Ostvölker*, Michaelis, 1997, S. 10.

[9] Hans-Peter KLAUSCH, *Antifaschisten in SS-Uniform,* Edidon Temmen, Bremen 1993, S. 432.

[10] Nicolai TOLSTOY, *Die Verratenen von Jalta,* Langen Müller, München 1977, S. 618.

[11] Oskar REILE, aaO. (Anm. 1), S. 409; Hans-Peter KlAUSCH, aaO. (Anm. 9), S. 932.



Am 4. Mai auf dem Weg nach Prag, von rechts; General Andrej WLASSOW, Generalmajor Sergej K. BUNJATSCHENKO und Oberst Igor K. SACHAROW.

band entwaffnen, was aber zu kriegerischen Auseinandersetzungen geführt hätte. Nur wegen fehlender Luftunterstützung gab SCHÖRNER seinen Plan auf.

Am 6. Mai 1945 griff BUNJATSCHENKO auf **Seiten der** Tschechen **in** den Prager Aufstand gegen die deutschen Besatzer ein und bekämpfte somit seine deutschen Waffenbrüder. Der Aufstand war unnötig, da die Deutschen Prag bereits räumten.[12] Die tschechischen Führer des Aufstands hatten BUNJÄTSCHENKOS Männern Asyl in der Tschechoslowakei versprochen, während die westlichen Alliierten jegliche Verhandlung mit **der** ROA ablehnten. WLASSOW war gegen diesen Verrat an Deutschland, doch ließ er BUNJATSCHENKO gewähren, ohne diesem seine Zustimmung zu geben.[11]

F.tne tschechische Jüdin legte Zeugnis über das Schicksal der ROA-Soldaten ab, die den Sowjets in die Hände fielen: »In den ersten Tagen nach dem 2. Weltkrieg arbeitete sie im Krankenhaus in der Prager Vorstadt Motol. In dem Krankenhaus in Motol waren an die 200 verwundete WLASSOW-Soldaten hospitalisiert. Eines Tages kamen in das Krankenhaus sowjetische Soldaten. Sie waren mit Maschinenpistolen bewaffnet. Sie trieben die Ärzte und das Sanitätspersonal aus dem Gebäude heraus, betraten die Krankenzimmer, in denen nur schwerverwundete WLASSGW-Soldaten lagen, es ertönten knatternde, langandauernde Salven. Alle verwundeten Wuvssow-Soldaten wurden auf ihren Krankenbetten von sowjetischen Schützen niedergemacht.«[1"]

So wie in Motol wurde auch an anderen Stellen mit den ROA-Soldaten verfahren: Weit über 600 wurden in und um Prag grausam ermordet.

[12] Hugo PORTISCH, *Hört die Signale,* Deutscher Taschenbuch-Verlag (dtv), München 1993, S. 300; *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa*, Bd. IV, 1, Bundesministerium für Vertriebene, 1957, S. 57; vgl, dazu Beiheft, S. 11.

[13] HOFFMANN, aaO. (Anm. t),S. 211.

[14] HOFFMANN, ebenda, S. 244; darin: Bericht des Dr. STEPANEK-STEMR: »Russen kommen nach Prag«.

Militärisch war der Verrat BUNJATSCHENKOS verhängnisvoll, weil seine Division den gesamten Westteil der Stadt Prag und eine breite Zone auf dem Ostufer der Moldau unter ihre Kontrolle gebracht hatte. Indem sie die Stadt in zwei Teile spaltete, verhinderte sie die Vereinigung der von Norden und Süden her angreifenden deutschen Entsatztruppen, Ohne das Eingreifen der 1. Division der ROA wäre es den Deutschen schon am 6, Mai 1945 gelungen, die westlichen Teile von Prag zu besetzen und den Aufstand am 7. Mai 1945 vollends zu unterdrücken. So ermöglichte BUNJATSCHF.NKOS Treuebruch es den Tschechen, die bekannten grausamen Massaker an deutschen Zivilisten und Kriegsgefangenen in Prag zu verüben. Der zweimalige Verräter BUNJATSCHENKO wurde dennoch später mit WLASSOW in Moskau gehängt.

Aber auch bei den als zuverlässig geltenden Osttruppen, die an die Westfront geschickt worden waren, kam es zu Deserdonen und zu Meutereien.

In Italien holte das 1. Bataillon des 314. Regiments, von seinen russischen Offizieren ermuntert und angeführt, weiße Flaggen hervor und ging mit Waffen auf seine deutschen Befehlshaber los. Ein Turkmene namens TINIO tat sich im Appenin als ausgezeichneter Guerilla-Kämpfer gegen die deutsche Wehrmacht so sehr hervor, daß er von einem amerikanischen Divisionskommandeur einen Ehrenausweis erhielt. Photographien im Imperial War Museum zeigen entkommene Russen, die im November 1944 auf Seiten der Alliierten in Italien und Kreta kämpften. In Frankreich hörte der alliierte Nachrichtendienst bereits 1943, daß die armenischen Truppen »ihre Waffen gegen die deutschen Unterdrücker« zu wenden planten, sobald die Zeit hierfür reif w^r^erde. Nach der Landung in der Normandie lief ein hoher Prozentsatz der 115000 in Frankreich liegenden Russen, sobald es ging, zu EISENHOWERS Streitkräften über.[15]

Bei den Kämpfen um das italienische Marzabotto stießen die Soldaten von Sturmbannführer REDER auf Mongolen und Deserteure der 162. turkestanischen Division.[16]

In Südfrankreich liefen ROA-Soldaten oft geschlossen zu der kommunistischen Résistance über.[1] Der Historiker CouDRY weist in *Die sowjetischen Lager in Frankreich* nach, daß es unter den Maquisards mehr Ostlegionäre als Franzosen gab. Der Seitenwechsel bewahrte jedoch keinen von ihnen vor der späteren Auslieferung an die Sowjets. Am 13. Dezember 1944 schloß sich der französische General DE GAULLE der angloamerikanischen Haltung an, die die Auslieferung aller sowjetischen Kriegsgefangenen an STALIN vorsah.[1"]

Deren >Repatriierung< (150000 Gefangene) besorgten 300 NKWD-Offiziere. Charles DE GAULLE machte sich so eines schweren Verbrechens schuldig, da er wußte, daß diesen Überläufern nach schwerer Folter der

[15] Nicolai TOLSTOY, aaO. (Anm. 10), S. 618.

[16] F. GÜNTHER, »Kampfraum Marzabotto«, in: *Der Freiwillige,* NR. 7, 2002; Rudolf ASCHENAUER, *Der Fall Reder,* Vowinckel, Neckargemünd 1978, S. 92 u. 153; Lothar GREIL, *Faustpfand Reder,* München 1977, S. 38; Beitrag Nr. 233, »Der Fall Marzabotto«, Beitrag Nr. 659, »Das Massaker von Marzabotto«,

! »L'Epuration«, in: *Historia,* Nr. 41, hors série; Udo WALENDY, *Europa in Flammen*, Bd. I, Vlotho 1966, S. 275; Hans GRIMM, *Warum - woher — wohin,* Klosterhaus, Lippoldsberg 1954, S. 445.

[18] *Nation & Europa,* Nr. 10,1977, S. 46 f.

Tod durch Erhangen, Erschießen oder in den GULAG-Konzentrationslagern bevorstand.

Im südfranzösischen Villefranche-de-Rouergue kam es unter der Führung von zwei kroatischen und zwei bosnischen Offizieren der 13. Waffen-SS-Gebirgsdivision >Handschar< in der Nacht vom 16. zum 17. September 1944 zu einer Meuterei, wobei es den Meuterern gelang, fünf ihrer Offiziere zu erschießen. Der Aufstand ging von eingeschleusten kommunistischen Partisanen aus. Nach kurzem Feuergefecht wurde die Meuterei dank der entschlossenen Haltung des BataiOons-Imans Halim MALKOC niedergeschlagen. 34 Schuldige wurden erschossen, der Iman nach Auslieferung 1947 als Kriegsverbrecher von TITO verurteilt und erschossen.

Ende 1944 zeigten sich bei den Bosniern die ersten Auflösungserscheinungen: 1400 Männer wurden fahnenflüchtig, liefen aber nicht zum Feind über.[19]

[19] Zvonimir BF.RNWALO, »Muslime als Freiwillige in der W-SS«, in: *National-Zeitung,* 14. 10. 2005, S, 8; Zvonimir BERNWAI.D, »13. Waffe n-Gebirgsdivision der SS >Handscharw, in: *Der Freiwillige,* Nr. 6, 2000, S. 14 ff.

Auf der holländischen Insel Texel lag das georgische Infanterie-Bataillon 822, das aus 800 Georgiern und 400 Deutschen bestand. In der Nacht vom 5. zum 6. April 1945 kam es zum Aufstand. Mit Messern und Bajonetten töteten die Georgier rund 400 schlafende Deutsche innerhalb weniger Stunden. Monatelang hatten sie mit den Deutschen Dienst getan und gefeiert. Ein ehemaliger sowjetischer Fliegeroffizier führte den Aufstand, mit dem sich die Georgier im Schatten der deutschen Niederlage vor den Westmächten zu rehabilitieren versuchten. Mit holländischen Widerständlern hatten sie in einem gewissen Bereich Minen geräumt, was sich später bei der Landung der kanadischen Truppen als äußerst wertvoll erwies.[20] Aus Berlin kam der Befehl: »Alle Georgier sofort liquidieren«. Die zur Hilfe geeilten deutschen Truppen mußten Artillerie einsetzen. Der verbissene Kampf, in dem auf beiden Seiten kein Pardon gegeben wurde, dauerte zwei Wochen. Nach Abschluß des Waffenstillstands in Gegenwart von General TOULKEN, Befehlshaber des kanadischen Korps, änderte sich nichts an der Situation auf der Insel. Die deutschen Soldaten weigerten sich, ihre Waffen abzugeben, weil sie sich vor den Georgiern nicht sicher fühlten. Von den 800 Georgiern überlebten nur 228,117 holländische Widerständler und 400 Deutsche kamen um.[21]

[20] Nicolai TOLSTOY, aaO. (Anm. 10), S. 619.

[21] »Die Blutnacht von Texel, in: *Deutsche Wochenzeitung, 9.* 6. 1995; Erwin HECK, »Vorfall auf der holländischen Insel Texel«, in: *Der Freiwillige,* Nr. 2, 1994, S. 17.

Der Gerechtigkeit halber muß erwähnt werden, daß sich die unter General Helmut VON PANNWITZ auf dem Balkan kämpfende Kosakendivision als äußerst zuverlässig erwies. Die Kosaken hatten im russischen Bürgerkrieg nach 1917 bereits mutig den Bolschewisten Widerstand geleistet. Ebenso loyal gegenüber der deutschen Wehrmacht verhielten sich die Waffen-SS-Divisionen der Esten, Letten und Litauer, deren Völker zweimal in der Geschichte Opfer von bolschewistischen Massakern und Deportationen geworden waren.

Friedrich Karl Pohl

Der Untergang der >Struma<

Am 24. Februar 1942 wurde der bulgarische Donau-Dampfer >Struma< im Schwarzen Meer vor der Bosporus-Hinfahrt (41 Grad 26 Minuten Nord/29 Grad 10 Minuten Ost) von einem Torpedo getroffen und sank. An Bord befanden sich 763 Juden, die sich im rumänischen Hafen Konstanza als Auswanderer in den Nahen Osten eingeschifft hatten. Nur vier Schiffbrüchige überlebten. Die Versenkung wurde den Deutschen angelastet, insbesondere, als 1959 der sowjetzonale >Ausschuß für Deutsche Einheit« behauptete, »HITLERS Gesandtschaftsrat in Ankara, Dr. Manfred KLAIBF.R - jetzt Bonns Botschafter in Paris - habe den Überfall am Bosporus inszeniert und ein deutsches Schnellboot an den Tatort dirigiert, das den Ausrottungsbefehl vollstreckte. Ähnlich schrieb die ungarische Zeitung *Uj Kelet* am 1. November 1960: >Sobald das Schiff vor Istanbul auftauchte, begann eine fieberhafte Tätigkeit in der deutschen Gesandtschaft. Der Botschafter VON PAPEN in Ankara betraute den Herrn Rat KELBER (gemeint war KLAIBER) mit der Abwicklung der Manipulation um die >Struma<... Sobald das Flüchdingsschiff vom 1 Iafen weit genug weg war, wurde es von einem deutschen Schlachtschiff mit ein paar gut gezielten Kanonenschüssen versenkte«[1]

Doch das ist falsch, wie auch der *Spiegeß* dann berichtete. Denn kurz vorher hatte der Historiker und damalige Leiter der Stuttgarter Bibliothek für Zeitgeschichte, Dr. Jürgen ROHWER, in einem Buch[3] bewiesen, daß die >Struma< nicht von einem deutschen, sondern von einem sowjetischen Kriegsschiff versenkt worden war, also die Anschuldigungen aus dem Ostblock unzutreffend waren. Bei der Untersuchung wurde auch festgestellt, daß das Berliner Auswärtige Amt wie der Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine die Auswanderung von Juden aus Rumänien aus Rücksicht auf diesen Verbündeten kaum behinderten.

Die Tatsachen sind: Das alte, 1880 in Newcastle gebaute rund 57 m lange Motorschiff war am 12. Dezember 1941 unter Führung des bulgarischen Kapitäns GORBATENKO unter panamesischer Flagge aus Konstanza nach Istanbul ausgelaufen. ' Die vor allem aus der Bukowina und Bessarabien stammenden jüdischen Auswanderer wollten nach Palästina.

Weil sie keine Einreiseerlaubnis für das damalige britische Mandatsgebiet Palästina hatten und London jüdische Einreisen in dieses Land zu

[1] »judenflucht. Schatten achteraus«, in: *Der Spiegel,* Nr. 20, 12. 5. 1965, S. 68.

[2] Ebenda, S. 69 u, 71,

[3] Christian ZENTNER U, Friedemann BEDÜRFTIG, *Das große Lexikon des Zweiten Weltkriegs,* Südwest, München 1988, S. 542.



Karte aus: *Der Spiegel,* Nr. 20, 12. 5. 1965, S. 68.

verhindern suchte, verweigerte die Türkei auf britischen Druck die Landung in Istanbul und die geplante Weiterfahrt durch den Bosporus. Mehrere Wochen lag das Schiff vor der Stadt, während jüdische Vereinigungen sich um die britische Erlaubnis zur Einreise bemühten. Einige wenige Juden durften das Schiff verlassen. Wegen der bis dahin ergebnislosen Verhandlungen ließen am 24. Februar türkische Behörden das Schiff ins Schwarze Meer zurückschleppen, wo es noch am selben Tag von dem sowjetischen U-Boot >SC-213< unter Kapitänleutnant DENESCHKO torpediert wurde und in wenigen Minuten versank. Aus Moskauer Dokumenten über die Kriegführung im Schwarzen Meer konnte ROHWER das eindeutig rekonstruieren: Der Chef der kriegsgeschichtlichen Abteilung der sowjetischen Marine, Kapitän 1. Ranges W J. ACKSASOW, teilte ihm auf Anfrage mit, daß das sowjetische U-Boot an diesem Tage an diesem Ort einen Transporter versenkt habe, »dessen Name nicht festgestellt wurde«.[4] Ebenso konnte ROHWER nachweisen, daß sich zum damaligen Zeitpunkt kein einziges deutsches U-Boot im Schwarzen Meer befand, das den Angriff hätte ausführen können.

Für den Tod dieser Hunderte von Juden waren also nicht die Deutschen schuld, sondern die Sowjets und teilweise die Briten wegen ihrer strengen Einwanderungsbeschränkungen für Palästina. Dasselbe gilt für das ähnliche Schicksal des Flüchtlingsschiffs >Mefkure< im Jahre 1944.[5] R. Kosiek

[4] Jürgen ROHWER, *Die Versenkung der jüdischen Flüchtlingstransporter Struma und Mefkure im Schwarzen Meer,* Bernard u. Graefe, Frankfurt 1965.
[5] Siehe Beitrag Nr. 595, »Die Versenkung der >Mefkure<«.

Russische Opferzahlen für Zweiten Weltkrieg

Nicht zuletzt um die angebliche »deutsche Schuld* an den Opfern des Zweiten Weltkrieges möglichst zu vergrößern, wurde die Zahl der sowjetischen Kriegstoten in den letzten Jahrzehnten stark erhöht. *Der Große Brockhaus* von 1957 berichtet von »etwa 6 Millionen« in Kampfhandlungen und in Gefangenschaft umgekommenen Sowjets bei weltweit 16 Millionen Kriegstoten.[1] Im Jahre 1973 heißt es in der *Brockhaus Enzyklopädie'.* »Der Zweite Weltkrieg forderte über 55 Millionen Tote, davon entfielen allein auf die Sowjetunion etwa 20 Millionen Menschen,. . die Zahl der getöteten Zivilisten betrug im Fall der Sowjetunion 7 Millionen Tote«,[2] also bleiben 13 Millionen getötete Sowjetsoldaten. Die kommunistische *Junge* Welt gab 1991 mehr als das Doppelte dieser schon zu hohen Zahl an: »Die UdSSR zahlte mit 54 Millionen Kriegstoten.«[1] Ein Jahr später meldete *Bild:* »Russische Militärbehörden veröffentlichten zum 1. Mal Zahlen ihrer Toten im 2. Weltkrieg: 8,668 Millionen Soldaten, 19 Millionen Zivilisten,«[4] Als Gesamtzahl ergeben sich daraus rund 27,7 Millionen Tote für die Sowjetunion

Diese Inflation der russischen Opferzahlen spiegelt allerdings nicht die Fortschritte in der Erforschung der historische Wirklichkeit wider, sondern gibt eher den jeweiligen Zeitgeist mit seinen politischen Ideologien an. Bei sicher auch in Zukunft bestehenden Unsicherheiten lassen die nachfolgend angeführten Quellen eine bessere Abschätzung zu.

Aus der Luft getötete russische Infanteristen zu Beginn des Ostfeldzuges. Die russischen Opferzahlen für den Zweiten Weltkrieg sind umstritten.

Josef Stalin hielt am 13. März 1946 eine Grundsatzrede vor dem Obersten Sowjet, in der er nach der *Prawda* ausführte: »Als Ergebnis der deutschen Invasion verlor die Sowjetunion in den Kämpfen mit den Deut-

[1] *Der Große Brockhaus in 12 Bänden,* Brockhaus, Wiesbaden 1957, Bd. 12, S. 447.
[2] *Brockhaus Enzyklopädie,* 20 Bde., Brockhaus, Wiesbaden 1973, Bd. 20, S. 206.
[3] *Junge Weit,* 21. 6. 1991.
[4] *Bild-Zeitung,* 30. 12. 1992.

schen und durch deutsche Okkupation und Verschleppung sowjetischer Menschen in deutsche Arbeitslager ungefähr 7 Millionen Menschen.«[5]

Der jüdisch-deutsch-russische Statistiker Professor Eugen KuliSCHER, Verfasser mehrerer demographischer Werke im Auftrag des amerikanischen >Bureau of the Census*, der obersten Behörde für Bevölkerungsstatistik in den USA, benutzt in einem seiner Bücher 1948 fast denselben Wordaut: »As a result of the German invasion, the Soviet Union has irrevocable lost in battles with the Germans and, also during the German occupation und through the deportation of Soviet citizens to German slave labor camps, about 7 Million people.«[6] Er kommt auf 1,5 Millionen durch Kriegseinwirkungen und sowjetische Folgemaßnahmen umgekommene sowjetische Zivilpersonen." Damit bleiben rund 5,5 Millionen getötete Rotarmisten übrig.

Die New Yorker Versicherungsgesellschaft Metropolitan Life Insurance Company erhielt unmittelbar nach Kriegsende von der US-Regierung den Auftrag, die Bevölkerungsverluste aller am Kriege beteiligten Staaten unter besonderer Berücksichtigung ihres militärischen Personals zu berechnen, Nach Angaben in deren *Statistical bulletin* vom Januar 1946 liegt die Zahl der gesamten sowjetischen Bevölkerungsverluste im Zweiten Weltkrieg bei 7,5 Millionen Menschen.

Die Zahl der gefallenen Rotarmisten wird auf ungefähr 5 Millionen geschätzt. STALIN gab am zweiten Jahrestag des Beginns des Ostfeldzuges die Zahl der bis dahin gefallenen und vermißten Sowjetsoldaten mit 4,2 Millionen an.[8]

Der amerikanische Bevölkerungswissenschaftler Professor Franc LORIMER hat 1946 im Auftrag des Völkerbundes eine Studie veröffentlicht" und kommt darin zu dem Ergebnis, daß ungefähr 5 Millionen Rotarmisten im Kampf gefallen oder in Gefangenschaft umgekommen sind.

Damit dürfte mit ziemlicher Sicherheit die Zahl der im Zweiten Weltkrieg getöteten Sowjetsoldaten zwischen 5 und 5,5 Millionen liegen, höhere Werte sind Phantasiezahlen. Von dieser Gesamtzahl sollen etwa 1 bis 1,5 Millionen Rotarmisten in deutscher Gefangenschaft umgekommen sein.

Wolfgang Hackert

[5] *Prawda,* 14. 3. 1946.

[6] Eugen KuLIST:HER, *Europe on the Move*, New York 1948, S. 276.

[7] Ebenda.

[8] Joseph STAUN, in: *Prawda,* 22. 6.1943.

[9] Franc LORIMER, *The Population of the Soviet Union,* University Press, Princeton 1946, S. 181.

Unternehmen Barbarossa<
im Spiegel der Zeitkritik

Die Zeitgeschichte beschuldigt die deutsche Heeres führung, sie hätte Hitlers Anweisungen zum »Unternehmen Barbarossa« ohne Widerspruch hingenommen und sich bedenkenlos für seine ideologischen Ziele einspannen lassen. Erst kürzlich hat der Historiker Johannes HÜRTER in seinem Buch *Hitlers Heerführer* die Beschuldigung erneut aufgegriffen und das Handeln von 25 (Oberbefehlshabern des Heeres nicht ohne Anklänge an die seit Jahren geübte Voreingenommenheit untersucht.[1] Da sein Ergebnis der historischen Wahrheit nicht entspricht, wird nachfolgend richtigstellend zu den wesentlichsten Anwürfen HÜRTERS Stellung genommen.

[1] Johannes HÜRTF.R, *Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42,* Oldenbourg, München 2006.

In der Antike verurteilten besiegte Völker häufig ihre Feldherren zum Tode oder überließen sie der Willkür der Sieger, Vor dieser Alternative standen die Deutschen im Mai 1945 nicht, denn mit der Begründung, daß die Generalfeldmarschälle HITLER gedient hätten, erhoben die Sieger selber Anklage. Dabei wurde bewußt außer acht gelassen, daß HITLER nicht nur Reichspräsident und Reichskanzler, sondern auch seit 1938 Oberster Befehlshaber der Wehrmacht gewesen war. Ihm haben alle gedient, nicht allein die Generale. Davon ist auszugehen, will man deren Handeln beurteilen, ebenso wie von der Tatsache, daß dieser Krieg außer durch »bedingungslose Kapitulation* für Berlin nicht zu beenden war. Und vor allem ging es im Ostkrieg um einen Gegner besonderer Art, wie jeder hätte wissen können: nämlich um einen Feind der gesamten zivilisierten Menschheit, der sich durch seine Unterdrückungsideologie und den millionenfachen Mord an der eigenen Bevölkerung schon vorher disqualifiziert hatte. Das wäre auch heute ein Kriterium zum Eingreifen, wie wir erst kürzlich wieder von den USA gelernt haben. Soviel zur Ausgangslage.

Manches von dem, was Johannes HÜRTF.R in seinem Buch *Hitlers Heerführer* anführt, mag durchaus zutreffen, insbesondere für den Ostkrieg. So trifft zum Beispiel zu, daß sich unsere I leerführer bereit fanden, »HITLERS riskanten Weg in den Krieg zu unterstützen«, ebenso, daß sie auch nicht vor »rücksichtsloser Anwendung jeder Gewalt« zurückschreckten. Wie sollten sie denn auch? Schließlich war Krieg! Desgleichen gilt, daß sie zuletzt einer beispielhaften »Radikalisierung« unterlagen. Auch mag richtig sein, daß sie damit in den Augen mancher zu »Komplizen nationalsozialistischer Politik wurden«. Nichts daran ist falsch, wenn man es unbedingt negativ ausdrücken will. Es bleibt aber die Frage offen, welche andere Wahl die Heerführer denn hatten. Sollten sie sich krank mel-

den, den Hut an den Nagei hängen oder sich erschießen? Mit Attentaten, die meistens fehlschlugen, war gegen HITLER wenig auszurichten. Denn das Volk machte nicht mit, es klebte an ihm, um es einmal banal auszudrücken. Hier lag der Kern des Problems. Schon in einer vom Volk verhaßten Diktatur kann eine Opposition wenig ausrichten. Noch schwerer aber wird es, wenn das Volk seinen Herrscher wie einen Halbgott verehrt. Ohne das Risiko eines Bürgerkrieges war in den Jahren 1940/41 gegen den siegreichen Diktator nichts auszurichten. Danach aber, bis zum bitteren Ende im Mai 1945, war die Heeresführung in ein Ringen um Leben und Tod Deutschlands mit der Sowjetunion verwickelt, aus dem es kein Entrinnen gab.

Sicherlich hat HÜRTER recht, wenn er sagt, daß sich den Feldmarschallen die »politisch-moralischen Maßstäbe verschoben haben«. Wie hätte es anders sein sollen in einem derart blutigen Ringen? Aber reichten sie wirklich von der »selektiven Mordpolitik zum systematischen Massenmord«, wie er meint? Bei einer so schweren Anschuldigung muß man zuerst einmal nach der damals bestehenden Rechts- und Befehlslage fragen? Die Richter in Nürnberg taten das jedenfalls, und sie sprachen daraufhin die Wehrmacht vom Vorwurf frei, eine verbrecherische Organisation gewesen zu sein[2] — und zwar mit allem Recht der Welt, denn eine solche Organisation war sie nicht gewesen.

Die Befehlslage war nämlich glasklar: Der Oberbefehlshaber des Heeres (ObdH), Feldmarschall VON BRAUCHITSCH, hatte befohlen: »Die Teilnahme von Angehörigen des Heeres an politischen Exekutionen ist verboten.«[3] Dieser Grundsatzbefehl blieb während des gesamten Krieges gültig. Dazu gab es eine Reihe von Zusatzbefehlen wie den des Oberkommandos des Heeres (OKH) vom 24. Mai 1941: »Unter allen Umständen bleibt es Aufgabe aller Vorgesetzten, willkürliche Ausschreitungen einzelner Heeresangehöriger zu verhindern und einer Verwilderung der Truppe vorzubeugen. Der einzelne Soldat darf nicht dahin kommen, daß er gegenüber den Landeseinwohnern tut und läßt, was ihm gut dünkt, sondern er ist in jedem Fall gebunden an die Befehle seiner Offiziere.« Und für die Truppenführer galt: »Ich verbiete ausdrücklich, daß sich Wehrmachtangehörige an Aufgaben der Sicherheitspolizei (SP) beteiligen bzw. Vorgesetzte die Genehmigung hierzu erteilen oder ihre Truppe zu Aufgaben des Sicherheitsdienstes (SD) einsetzen. Ich werde jeden Einheitsführer, der gegen diesen Befehl verstößt, zur Rechenschaft ziehen.«[4]

Daß wiederholt gegen die Befehle verstoßen wurde, trifft leider zu und steht außer Frage. Was aber zählt, ist, daß entsprechende Verbote und Strafandrohungen bestanden und daß sie erlassen wurden, Verbote, die Geltung und Bestand hatten. Niemand käme auf die Idee, den Gesetzgeber zu tadeln, wenn Verbrecher seine Gesetze mißachten. Das ist al-

[2] Walter POST, *Die verleumdete Armee, Wehrmacht und Wehrmachtpropaganda,* Pour le Mérite, Selent 1999, S. 5 ff.

[3] ObdH Nr. 362/39, g.Kdos, 24. 9. 1939.

[4] Zu lesen bei: Helmut KRAUSNICK, *Hitlers Einsatzgruppen 1938-1942,* S. Fischer, Frankfurt/M. 1998, S. 202.

lein Sache der Gerichte, ebenso, wie es damals Sache der Militärjustiz war. Daß aber die Befehlslage so war, daß *klare* Verbote existierten und mit *aller Härte* durchgesetzt wurden, steht unverrückbar fest. Ebenso steht fest, daß sie funktionierten. Das beweist schon die eiserne Disziplin, die bis zuletzt in der Truppe vorherrschte. Dagegen gerät eine willkürlich mordende Truppe bekanntlich sehr schnell aus der Hand der Führung.

Das Vorgehen der politischen Sicherheitspolizei HIMMLERS steht auf einem anderen Blatt, doch hatte das Heer damit nichts zu tun. Er konnte ihm nicht befehlen, denn es war ihm truppendienstlich disziplinär *nicht* unterstellt. Man fragt sich daher, wie unsere Heerführer mit ihr hätten verfahren sollen, besonders, da sie ihre Untaten oft im Verborgenen oder kaschiert ausübte, was belegt ist.[5] Sollte das Heer sie inmitten der Feindhandlungen verhaften oder niederschießen? Tatsächlich war Feldmarschall

[5] Andreas NAUMANN, *Freispruch für die Wehrmacht. >Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüfstand*, Grabert, Tübingen 2005.

Merkblatt

Sieh' Dich vor!

Nach Bekanntgabe an die Truppe zu vernichten.

Der Sowjetfeind, den wir schlagen, hat in allen Kriegen, die er geführt hat, heimtückische und unvorstellbar grausame Methoden angewandt, wie sie dem Charakter des Bolschewismus entsprechen. Die Methoden kennen, heisst gegen sie gewappnet sein. Höchstes Misstrauen ist überall am Platze. Stelle Dich u. a. auf folgende Arten der sowjetischen Kampfführung ein, die Dich nicht überraschen dürfen, und Du wirst dann die Mittel und Wege finden, sie unschädlich zu machen:

1. Gaskrieg in jeder Form. Verseuchung von Rückzugstrassen auf langer Strecke. — Die Gasmaske schützt gegen alle Kampfstoffe. Die Vergeltung ist vorbereitet.
2. Vergiftung von Brunnen, zurückgelassenen Lebensmitteln und Viehbeständen. — Trinke nicht aus Brunnen, sei vorsichtig im Gebrauch von Lebensmitteln, ehe ein Arzt sie geprüft hat.
3. Vermischung von Saatkorn und Gift. Bakterienkrieg (Pest, Cholera, Typhus). Die vorbereiteten sanitätsdienstlichen Massnahmen (Impfen) schützen Dich dagegen. Aber nimm auch Du nichts Essbares von Landeseinwohnern an.
4. Fallschirmabsprung von Saboteuren in Zivil. — Gerade im rückwärtigen Kampfgebiet gilt es, solche Verbrecher sofort unschädlich zu machen, ehe sie unabsehbaren Schaden (Vernichtung von Betriebsstofflagern, Brücken usw.) anrichten.
5. Totstellen und Händehochheben roter Soldaten, dann Wiederaufnahme des Kampfes von rückwärts. — Sofortige Erledigung solcher Gegner ist Dein gutes Recht.
6. Hinterhältiges Anschiessen kleiner Abteilungen und einzelner Leute. Nächtliche Überfälle auf Posten und rückwärtige Kolonnen. — Sei stets bei Tag und Nacht abwehrbereit zum Niederkämpfen solchen Gegners.
7. Verwendung von Viehherden und Einwohnern als Deckung von roten Truppen und Freischärlern. — Betritt nicht vertrauensselig harmlos scheinende Dörfer, ehe sie nicht als feindfrei erkundet sind.
8. Beschiessen erleuchteter Fenster. — Verdunkele sofort, wenn Du Licht anmachen musst.
9. Kraftfahrzeugfallen. — Sorgfältige Erkundung und vorsichtiges Fahren werden Dich vor Überraschungen schützen und die Hindernisse überwinden helfen.
10. Sadistische Behandlung Gefangener. — **Jeder deutsche Soldat muss wissen, dass Gefangenschaft in den Händen der roten Armee gleichbedeutend ist mit grausamen Quälereien und Tod!**

Wegen der zu erwartenden besonders brutalen Kampfführung der Roten Armee wurden unter anderem Richtlinien für das Verhalten der Truppen in Rußland verfaßt, darunter dieses Merkblatt.

LEEB fast so weit, als er dem Führerhauptquartier meldete, er lasse schießen, wenn das Morden in seinem Befehlsbereich nicht aufhöre/[6] Dabei ging es noch keineswegs um HIMMLERS Massaker an Juden, sondern um Zivil-Pogrome und um die Füsilierung von Saboteuren und Freischärlern. HITLER verbot ihm bei Strafe und stellvertretend für alle anderen Heerführer jede Einmischung.

Man fragt sich ebenfalls, wie der »schrittweise Übergang« in die »Radikalisierung« vermieden werden konnte in einem fünfeinhalb Jahre dauernden Großkrieg mit Millionen von Gegnern, die das Kriegs recht mißachteten, ihre Gefangenen ermordeten und einen gnadenlosen Parüsanenkampf führten.[8]

Es trifft auch nur bedingt zu, wie HÜRTER meint, daß gewisse vorbereitende Planungen zum »Unternehmen Barbarossa* nicht im Sinne der Wehrmacht verlaufen sind. Denn es ging gar nicht um militärische, sondern allein um politische Planungen. Und dagegen vorzugehen fruchtete nichts, weil sie von HITLER kamen. Völlig unzutreffend ist hingegen, wenn festgestellt wird, daß die Feldmarschälle »die traditionelle Kompetenz für die Sicherung der besetzten Gebiete an die SS delegierten«, denn HITLER allein bestimmte die Spielregeln." Und wer nicht weiß, was ein »Führerbefehl« damals galt, der mag sich heute zwar klüger dünken, damals hätte er aber die Verweigerung nicht überlebt. In den Krieg mit STALIN ließ HITLER sich nicht hineinreden, darin sah er seine »weltanschauliche Sendung«.

Und damit kommen wir zur schwerwiegendsten Beanstandung HÜRTERS: »Selbst im Bereich der militärisch-operativen Führung gaben die Oberbefehlshaber in einem Akt der Selbstentmündigung ihre Selbständigkeit auf.« Der Vorwurf ist berechtigt, denn dahin ist es am Ende tatsächlich gekommen. Und hier liegt die wirkliche Tragik im Ostkrieg. Indem HitleR als Oberbefehlshaber sich nicht wie ehemals Kaiser WILHELM II. im Ersten Weltkrieg aus den militärischen Führungsgeschäften zurückzog, sondern den Heerführern kraft seines Vorgesetztenstatus das Heft aus der Hand wand, hat sich der Krieg schließlich verselbständigt. Da blieb den Militärs als einzige Antwort nur der Widerstand.[10]

Als die Sieger daran gingen, die deutschen Heerführer zur Rechenschaft zu ziehen — das deutsche Volk wurde 1945 nicht weiter gefragt —, zeigte es sich, daß kaum noch welche übrig waren. Von 55 Feldmarschällen und Generalobersten des Heeres waren 32 fortgejagt, 8 gefallen, 5 in Haft oder bereits hingerichtet und 2 in russischer Gefangenschaft. Vielleicht ist das die Antwort auf die weitgehend zutreffenden Vorhaltungen von Herrn HÜRTER. Näheres dazu ist ausführlich in der Studie *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht. >Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüfstand* abgehandelt worden.[11]

Andreas Naumann

[6] NAUMANN, ebenda, S. 435 f. u. 539.

[7] Ebenda, S. 436.

[8] Joachim HOFFMANN, *Stalins [Vernichtungsk rieg, 1941/45,* Wehrwissenschaften, München 1995, S. 215 ff.

[9] NAUMANN, aaO. (Anm. 5), S. 43 ff.; sowie in: Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg-Potsdam (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg,* Bd. 4: *Der Angriff auf die Sowjetunion;* Jürgen FÖRSTER, *Planungen und Vorbereitungen für die Sicherung des Lebensraumes,* S, 413; Walter POST, aaO. (Anm. 2), S. 41 ff.

[10] NAUMANN, ebenda, S. 681 ff.

[11] Ebenda, S. 697 ff.

Zur Kriegsgefangenenpost aus Rußland

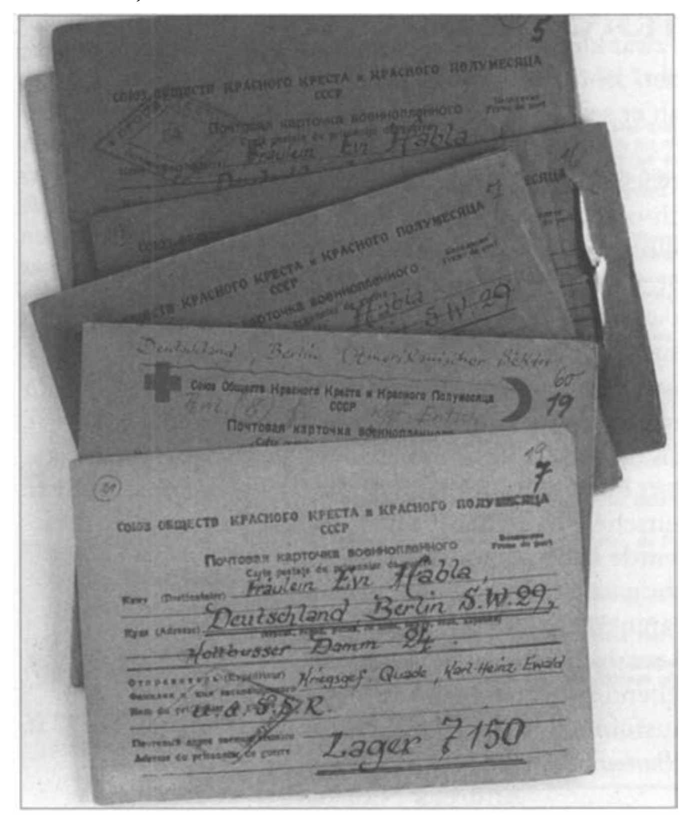
Über die Möglichkeit der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, während des Zweiten Weltkrieges oder danach in die Heimat zu schreiben, bestehen weithin falsche Ansichten, Anderenorts[1] wurde schon über den naiven oder bewußten Mißbrauch berichtet, nach dem Krieg aus Rußland gesandte Gefangenenpost und darin unter der Folter gemachte Geständnisse über deutsche Verbrechen als angeblich zutreffende Dokumente zur deutschen Schuld anzusehen.

Da die Sowjetunion das Genfer Protokoll von 1929, das den postalischen Verkehr von Gefangenen mit der Heimat über das Internationale Rote Kreuz regelte, nicht unterschrieben hatte, gab es in den ersten Kriegs - jahren keine Gefangenenpost aus dem Osten. Hinzu kam, daß in dieser Zeit auch kaum Gefangene von der Roten Armee gemacht wurden, die schreiben hätten können.

Ks gab Fälle, daß frisch Gefangene zum Schreiben - auch unter Folter - angeleitet wurden, daß deren Briefe dann über deutschem Gebiet abgeworfen wurden, die Gefangenen daraufhin aber bald liquidiert wurden. Dazu schreibt ein Zeitzeuge:[2] »Unter Kriegsgefangenenpost verstand das NKWD selber grundsätzlich nur in Flugblättern und sonstigem Propagandawerk eingepackte Mitteilungen, Aufrufe etc. von Kriegsgefangenen. Ich erlebte das gleich in den allerersten Tagen des Rußlandfeldzuges beim Generalkommando des IV. Armeekorps. Nördlich von Rawa-Ruska war bei der 24. Infanterie-Division ein Bataillon in einen Hinterhalt geraten und hatte derbe Verluste erlitten. Am nächsten Tag warf ein sowjetisches Flugzeug Säcke mit Propagandamaterial und mit Zetteln ab, auf de-

[1] Beitrag Nr. 276, »Gesc hic h ts fälschung in Gefangene npo st«.

[2] Gerhard Philipp HUMBERT, »Kriegsgefangenenpost in der UdSSR — eine Legende und Musterbeispiel sowjetischer D es inform atia-Politik«, in: *Der Eisbär,* **Nt 118**, März 1985, S. 15.



Viele Kriegsgefangene in Rußland konnten erst nach dem Krieg ein Lebenszeichen nach Deutschland schicken. Abbildung aus: Kriegsgefangene, Droste, Düsseldorf 1995.

nen eine Reihe von Soldaten dieses Bataillons geschrieben hatten, daß sie lebten und es ihnen gut gehe — sie würden als Kriegsgefangene gut behandelt. .. Wenige Tage später nahm die Division Rawa-Ruska ein und fand dort die Leichen der Gefangenen. Nachdem sie die Benachrichtigung an ihre Angehörigen geschrieben hatten, waren sie durch Genickschuß meuchlings ermordet worden.«[1]

Erst nach Stalingrad 1943 und den dann anfallenden großen Zahlen von deutschen Kriegsgefangenen änderten sich die postalischen Verhältnisse. Hinzu kamen die Bestrebungen des NKWD, für das >Nationalkomitee Freies Deutschland« Gefügige zu bekommen. Nun durfte geschrieben werden, doch die Post wurde von den Sowjets zurückgehalten, die dazu erklärten: »Kriegsgefangenenpost im Prinzip ja — aber Herr HITLER hat die Annahme der Post verboten! - Leider, er ist eben ein Verbrecher,«[3] Das ging dann häufig auch kritiklos in die westliche Literatur und Geschichtsschreibung ein, selbst ein Bundestagsabgeordneter soll das vertreten haben.[4]

Aber in den neutralen Ländern der Schweiz oder Schweden kamen diese Postsäcke nie an, das Internationale wie das Nationale Rote Kreuz bekamen die Postsachen nie. Im Gegenteil: Das IKRK stellte in seinem Bericht über seine Tätigkeiten während des Zweiten Weltkrieges fest: »Die Sowjetunion, die nicht Vertragspartei des Abkommens von 1929 war, gestattete den in ihre Hände gefallenen Militärpersonen nicht, auf normalem Wege mit ihrem Ursprungsland zu korrespondieren.«[5] Auch die Briefe in Rußland gefangener Rumänen, Italiener, Ungarn, Finnen, Kroaten oder Polen kamen während des Krieges nie in deren Heimat an. Nicht einmal Listen der Gefangenen wurden von Moskau an das Internationale Rote Kreuz geliefert, das dazu erklärte:[6] »Sowohl Deutschland als auch seine Verbündeten haben solche Listen geliefert und weitere angeboten, ihre Weitergabe aber von der selbstverständlichen Gegenseitigkeit abhängig gemacht. Die Sowjetunion hat nie auch nur eine einzige solche Liste den Vertretern des Komitees ausgehändigt und alle diesbezüglichen Anfragen des Komitees unbeantwortet gelassen.«

Der Zeitzeuge HUMBERT teilte ergänzend mit, daß er erst 1947 aus der sowjetischen Gefangenschaft nach Hause schreiben und damit das erste Lebenszeichen seinen Angehörigen senden konnte, nun direkt von Land zu Land ohne Vermittlung des Roten Kreuzes. Später konnten auch Pakete an die in der Sowjetunion festgehaltenen Gefangenen geschickt werden.

Der Verfasser erinnert sich, Anfang der fünfziger Jahre mit seiner Gymnasialklasse Pakete an einen in Rußland festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen bis zu dessen Endlassung gesandt zu haben.

Rolf Kosiek

[3] HUMBERT, ebenda, S. 16.

[4] Ebenda, S. 17.

[5] *Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) über seine Tätigheiten im Zweiten Weltkrieg,* Genf, Bd. 1, S. 35; zitiert in: HUMBERT, aaO. (Anm. 2), S. 17.

[6] Ebenda, Bd. 2, S. 275; zitiert in: HUMBERT, aaO. (Anm. 2), S. 17.

Kein Freudentanz Hitlers bei Frankreichs Zusammenbruch

In in- und ausländischen Medien[1] wurde berichtet und im Fernsehen in >Dokumentarfilmen< gezeigt, daß Adolf HITLER am 17. Juni 1940 in seinem Hauptquartier in Bruly-de-Pesche einen Freudentanz aufgeführt habe, als dort die Nachricht von dem Ersuchen auf Waffenstillstand mit Frankreich von seilen der neuen französischen Regierung unter Marschall Philippe PF.TAIN eintraf und damit das siegreiche Ende des deutschen Westfeldzuges feststand.

Doch das ist nicht wahr. Richtig ist, daß HITLER keinen solchen »Freudentanz« aufführte, sondern sich ganz normal benahm, wenn er auch über den glücklichen Ausgang dieses Blitzfeldzuges sehr erfreut war. Dieser Vorgang wurde von Walter FRENTZ in einem Film festgehalten.

Nach Kriegsende haben dann kanadische Filmexperten diese von Walter FRENTZ aufgenommenen Bilder zusammengeschnitten und durch Auslassen von Aufnahmen erreicht, daß aus dem gewöhnlichen Gehen eine ruckartige Bewegung wie bei einem Herumhopsen entstand und für den Betrachter des neuen Streifens der Eindruck erweckt wurde, HITLER habe vor Freude herumgetanzt.[2] Damit sollte ähnlich wie bei den frühen bekannten Karikatur-Darstellungen durch Charlie CHAPIJN im Rahmen der amerikanischen antideutschen Propaganda der deutsche Reichskanzler lächerlich gemacht werden: eine offensichtliche und bewußte Manipulation und Geschichtsfälschung.



Rolf Kosiek

[1] Zum Beispiel in: *Der Spiegel,* Nr. 14, 3. 4. 1995.

[2] Torsten LEWERENZ in Leserbrief in: *Der Spiegel* Nr. 17, 24. 4. 1995, S. 8.

Die >Befreiung< von Paris

Am 10. Januar 2007 strahlte der Fernsehsender *ARTE* um 20 Uhr40 die Sendung »Wird Paris vernichtet?« aus, in der behauptet wurde, daß die französische Résistance Paris 1944 von den deutschen Besatzern »befreit« habe. Diese seit Jahrzehnten verbreitete Legende hält jedoch einer kritischer Überprüfung nicht stand.

Die historischen Tatsachen sind:

Pierre TAITTTNGER war im Sommer 1944, als die alliierten Invasionstruppen sich Paris näherten, der Bürgermeister der Stadt, dessen Titel damals Président du Conseil de Paris* war. General Dietrich VON CHOLTITZ (1894-1966), seit 2. April 1944 der damalige deutsche Stadtkommandant von Groß-Paris, hatte in den Zeitungen veröffentlichen lassen, daß im Falle von neuen Sabotageakten, Attentaten und Ordnungsstörungen die strengsten Repressalien durchgeführt würden, TAITTINGER ging es nun darum, Zerstörungen, Kampfhandlungen und Blutvergießen bei der bevorstehenden alliierten Einnahme der Stadt zu vermeiden.



Pierre TAITTINGER,

Am 17. August 1944 traf er daher mit VON CHOLTITZ und dem deutschen Botschafter in Paris, Otto ABETZ, ein Abkommen: Die deutschen Verbände sollten aus der Stadt abziehen, und im Gegenzug garantierte TAITTINGER, daß die Résistance ihrerseits auf Angriffe verzichten werde.[1]

Dietrich VON CHOLTITZ hielt sich an diesen Vertrag und sah von der Zerstörung der Stadt und der Seine-Brücken ab. Er erklärte am 18. August 1944 Paris zur offenen Stadt und ließ alle politischen Gefangenen frei." Während in Paris völlige Ruhe herrschte, brachen die FFI (Forces Françaises de l'Intérieur) mit ihren Partisaneneinheiten den Vertrag und beschossen aus dem I linterhalt die abziehenden deutschen Kolonnen,



Dietrich VON CHOLTITZ 0894-1966).

Um den Frieden in der Stadt zu bewahren, ließ TAITTINGER ein Plakat drucken und am 19, August 1944 in der Stadt aufhängen, in dem er die Bevölkerung über das Abkommen mit VON CHOLTITZ informierte und zu Besonnenheit ermahnte. Die Résistance billigte diesen Text aber nicht und änderte ihn in einem zweiten Plakat ab. Nun wurde TAITTINGERS Verhandlungserfolg verschwiegen, und die deutschen Besatzer wurden fälschlicherweise als Bedrohung dargestellt, um auf diese Weise Ängste zu erzeugen.

Die FFI wollten den Eindruck erwecken, daß sie es waren, die die entscheidende Rolle in diesem historischen Moment für die Befreiung von Paris gespielt hatten. So verlangten sie jetzt ihrerseits, einen Vertrag mit VON CHOLTITZ abzuschließen. Zwei Partisanenführer, VON CHOLTITZ, TAITTINGER und der vermittelnde schwedische Generalkonsul NORDLING trafen sich am 20. August 1944 im Hotel Meurice. Dieses Abkommen

[1] Pierre TAITTINGER, *Et Paris ne fut pas détruit. Témoignages contemporains*, L'Elan, Pans 1948, S. 181 ff.

[2] Udo WALENDY, *Historische Tatsachen*, Nr. 8, Vlotho o.j., S. 22.

war in Wirklichkeit nur eine Wiederholung der vorigen Übereinkunft zwischen TAITTINGER und VON CHOETITZ.[3] Den Deutschen wurden darin symbolische Befehlsstellen eingeräumt (Senat, Hotel Meurice, Avenue Foch).

Die FFI brachen am 21. August 1944 auch dieses Abkommen, indem sie das nicht verteidigte Rathaus >erstürmten< und Barrikaden von nur symbolischem Wert errichteten. Die Partisanen stellten keine kampfstarke Einheit dar: Am 20. August 1944 bestand sie aus höchstens 6 Bataillonen ohne einheitliche Führung.[4] Die Bewaffnung war kläglich: Die FFI schoß mit Revolvern und Gewehren auf die deutschen Panzer, Die Maquisards veranstalteten auch wilde Schießereien, bei denen sie Zivilisten und eigene Kameraden töteten. Die Deutschen beachteten das Abkommen ihres Generals und verteidigten sich nur gelegentlich bei Angriffen. Oft zogen harmlos wirkende französische Jungen unter der Jacke Molotow-Cocktails hervor und warfen sie auf die deutschen LKW. Die herausspringenden Soldaten wurden alle erschossen.

Mit diesen sinnlosen Überfällen wollten die FFI den Eindruck von einem heroischen Einsatz bei der Befreiung der Stadt erwecken. Zu diesem Zweck mußten sie Unruhe und Chaos erzeugen, die Deutschen zu Repressalien provozieren und die Bevölkerung zum Aufstand aufputschend Der kommunistische Partisanen->Oberst< Henri ROL-TANGUY erhoffte sich nicht weniger als 10000 erschossene Geiseln. Er erklärte gegenüber TAITIINGER: »Die Eroberung von Paris ist 2000 Tote wert.«[6]

Der Partisanenanführer Jo GOEDENBERG (alias Leo HAMON) berichtete, daß auf den geheimen kommunistischen Versammlungen gesagt wurde: »Was macht es, ob es 200 oder 300000 Tote in Paris gibt?«



Den FFI, hier in der Pariser rue de Rivoli, ging es vordergründig darum, Unruhe und Chaos zu erzeugen.

[3] TAITTINGRR, aaO. (Anm. 1), S. 192.

[4] Ebenda, S. 198 u. 211 ff.; Raoul CASQUÉ, »Die Befreiung von Paris: ein Märchen«, in: Udo Walendy, *Europa in Flammen,* Bd. 1, Vlotho 1966, S. 279; Otto ABETZ, *Das offene Problem*, Greven, Köln 1951, S. 295; Jean-Pierre ABS;;., *Lage du Cain,* Editions Nouvelles, Paris 1947, S. 18; Jean GALTIÉR-BOISSIÈRE, »La Libération sans bobards«, in: *Le Crapouiliot,* Nouvelle Série No. 32,1974, S. 48 u 51.

[5] TAITTINGER, aaO. (Anm. 1), S. 216,

[6] CASQUÉ, aaO. (Anm. 4), S. 276; GALTIER-BOISSIÈRE, aaO. (Anm. 4), S. 46; Paul RASSINIER, »Paris brûle-t-il et la vérité historique«, in: *Ecrits de Paris,* Nr. 12,1966, S. 27.

Der von den Kommunisten beherrschten Résistance ging es im Grunde überhaupt nicht um die Befreiung, sondern um die Machtübernahme, wie der Parteichef Jacques DUCLOS offen erklärte." Mit ihrem Ansehen, das auf der angeblichen Vernichtung der >faschistischen* Besatzer beruhte, erwarben sie später den Anspruch, die politischen Schlüsselstellen besetzen zu dürfen und die Geschichtsschreibung zu bestimmen." Da die Résistance sich sofort der Presse bemächtigte, stand der anschließenden Verbreitung der Befreiungslüge nichts mehr im Wege. TAITTINGER entlarvte jedoch diese Fälschung, die er als »liegende« bezeichnete. Der Historiker Jean GALTIER-BOISSIÈRE, der die Ereignisse persönlich mit erlebte, sprach von »einer der größten kollektiven Betrügereien der offiziellen Geschichte«.<J Am 28. August 1944 übergab VON CHOI.TITZ die unzerstörte Stadt den Westalliierten. Er blieb bis 1947 in Gefangenschaft.

Auch die Befreiung von Paris durch General Philippe François Marie LECLERCS 2. Panzerdivision ist ein Mythos, da seine Truppen auf eine so gut wie schon von Deutschen geräumte Stadt stießen. Die Befreiung Frankreichs war einzig und allein durch den alliierten Sieg in der Normandie erreicht worden. LECLERC ging es um die Verhinderung des kommunistischen Aufstandes und um die Beseitigung des durch die FFI



Oben: Eine der Kolonnen waffenloser deutscher Kriegsgefangener, die angepöbelt, mißhandelt und mancherorts gar erschossen wurden. *Unten:* Die drei Generale DE GAULLE, LECLERC und)UIN treffen am Pariser Gare de Montparnasse zusammen und lassen sich als Retter Frankreichs feiern.



[7] ABETZ, aaO. (Anm. 4), S. 203.

[8] Frédéric J F.ANN IN, »25 août 1944: comment von Choltitz sauva Paris«, in: *Rivarol,* 23. 8. 1985, S. 6 ff.; ABEL, aaO. (Anm. 4), S. 18; GALTIER-BOISSIF.RE, aaO. (Anm. 4), S. 49 u. 56.

[9] JEANNIN, ebenda, S. 206; GALTIER-BOISSIÈRE, ebenda, S. 4u. 57 ff.

angerichteten Chaos."[10] Die Amerikaner ließen ihm den Vortritt beim Einzug in die Stadt, damit er und DE GAULLE zum Befreier von Paris werden konnten. Wie gering LECLERC den militärischen Beitrag der FFI einschätzte, sah man bei seiner Waffenstillstandsverhandlung mit VON CHOLTIT/: Fr wollte den kommunisdschen Partisanen->Colonel< ROL-TANGUY nicht bei der Unterzeichnung zulassen. Voller Verachtung empfing General KÖNIG den >Colonel< mit den Worten: »Sieh da! Sie! Wo kommen Sie denn her? Seit 14 Tagen hat man Sie überhaupt nicht gesehen.«[11]

Unter dem Deckmantel der »Befreiung« geschahen nach Ende der deutschen Besatzungszeit in Frankreich ungeheure Grausamkeiten. Viele deutsche Kriegsgefangene wurden auf offener Straße mißhandelt und ermordet. Die Fotos der Greueltaten gingen um die Welt. VON CHOLTITZ entging nur mit Mühe dem Lynchmord. Die Soldaten LECLERCS beteiligten sich genauso wie die FFI an den Massakern. In der Rue de Rivoli wurde eine ganze Kolonne von waffenlosen deutschen Gefangenen unter dem Beifallsgeschrei des Pöbels mit Maschinengewehren erschossen. Die deutschen Opfer all dieser Greueltaten beliefen sich auf etwa 30ÜÜ Mann.

Die Besatzung der dortigen Kaserne »Prinz Eugen« wurde, sobald sie die Waffen niedergelegt hatte, am 23. August 1944 vom Pöbel niedergemetzelt. Mehrere Offiziere des Stabes CHOLTITZ wurden zwischen der Rue de Rivoli und dem Place de l'Opéra den Zivilisten zur Abschlachtung ausgeliefert. In der Ecole Militaire wurden die deutschen Gefangenen Mann für Mann systemarisch erschlagen. Viele Verwundete stieß der johlende Mob unter die Ketten der amerikanischen Panzer.[12] Ähnliches ereignete sich auch anderenorts in Frankreich.[11]

Aber auch Tausende von meist unschuldigen Franzosen verloren in der nun sofort beginnenden kommunisdschen >Epuradon< (Säuberung) ihr Leben. TAITTINGER, der Retter der Stadt, wurde selber von den FFI mißhandelt und erlebte, wie in den Gefängniskellern Frauen und Männer bestialisch gefoltert und ermordet wurden,[14] General VON CHOLTITZ schrieb 1949 sein Buch . . . *brennt Paris?*[15]

Friedrich Karl Pohl

[10] CASQUÉ, aaO. (Anm. 4), S. 276; GALTIER-BOISSIÉRE, ebenda, S. 49.

[11] Andre FLGUERAS, *Dictionnaire analytique et critique de la Resistance*, Andre Figueras, Paris 1994, S. 205 f.

[12] CASQUÉ, aaO. (Anm. 4), S. 281; ERASMUS, »Sollte Paris wirklich brennen? Das 2. Deutsche Fernsehen kolportiert weitere Bewältigungslügen«, in: *Der Sudetendeutsche,* 23. 4. 1965; »Paris-Rettung«, in: *Der Spitzel,* Nr. 36, 1964, S. 85. Siehe Beitrag Nr, 301, »Massenmorde an Gefangenen in Paris«,

[13] Siehe Beitrag Nr. 302, »Das Massaker von Andelot«.

[14] ABETZ, aaO. (Anm. 4), S. 305; GALTIER-BOISSIÉRE, aaO, (Anm. 4), S. 73 ff.; *Der Spiegel,* aaO. (Anm. 12), S, 85; siehe Beitrag Nr. 591, »Säuberung in Frankreich«.

[15] Dietrich VON CHOLTIT/., , , .*brennt Paris?,* Una Weltbücherei, Mannheim 1950.

Statt 75000 nur 4000 erschossene Franzosen

Die in Deutschland nach 1945 zu beobachtende Neigung, Zahlen von Opfern rechter Gewalt stark zu vergrößern und solcher der Kommunisten oder Sozialisten möglichst zu verringern, gilt auch für Teile des Auslandes. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel liefert das Nachkriegsfrankreich. Nach 1945 nannte sich die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) gern »die Partei der 75000 Erschossenen« und behauptete, daß während der deutschen Besetzung von 1940 bis 1944 im ganzen Lande rund 75000 Franzosen von der Besatzungsmacht erschossen worden seien. Wer dagegen Zweifel anmeldete, wurde in den ersten Jahren mundtot gemacht.

Doch diese Behauptung der KPF ist falsch. Richtig ist, daß nach neueren und gewissenhaften Forschungen zweier nicht als rechts zu verdächtigender Franzosen[1] in den betreffenden Jahren nur ungefähr 4000 Personen als Geiseln oder nach einem gerichtlichen Todesurteil, meist wegen Attentate auf Angehörige oder Einrichtungen der Wehrmacht oder wegen Sabotage, hingerichtet wurden. Mit einer Karikatur machte das Pariser Blatt *Rivarol* nach Erscheinen des Buches auf diesen Tatbestand aufmerksam,[2] Bezeichnend ist, daß die Opfer auf Seiten der KPF um mehr als eine Größenordnung zu hoch angesetzt, die der durch die KPF Ermordeten in der Öffentlichkeit möglichst herabgesetzt wurden.

Demgegenüber wurden nach 1944 bei der sogenannten Säuberung (Epuradon), die meist mit spontaner Lynchjustiz verbunden war, in Frankreich zigtausende von Menschen ermordet, denen Zusammenarbeit (Kollaboration) mit den Deutschen vorgeworfen wurde. Die Opferzahlen variieren von 10000, so Charles DE GAULLE, bis zu 100000, so der französische Christdemokrat Pierre-Henri TEITGEN am 6. August 1946.[3]

In seiner materialreichen Monographie über *Die Politischen Säuberungen in Westeuropa* bringt der Franzose Paul SÉRANT[4] eine ganze Reihe von Zahlenangaben für die Opfer im befreiten Frankreich: Eine Untersuchung einzelner Präfekturen ergab 1948 die Zahl von 9673 Hinrichtungen, davon 6348 ohne Urteil,[1] Der Journalist Robert ARON kommt auf

[1] Jean-Pierre BESSE U, Thomas POUTY, *Les Fusillés. Répression et Exécutions pendant l'Occupation (1940-1944),* 2006.

[2] *Rivarol,* 22. 12. 2006.

[3] *National-Zeitung,* 12. 1. 2007, die auch die erwähnte Karikatur bringt.

[4] Paul SÉRANT, *Die politischen Säuberungen in Westeuropa,* Stalling, O Idenburg-Hamburg o.J. (ca. 1966).

[5] Ebenda, S. 153.

Die kommunistisch geprägte Résistance urteilte die ¡Kollaborateure' auf ihre Weise ab.



3000 bis 40000 spontane Hinrichtungen.[6] »Viele behaupten sogar, die Zahl der Hinrichtungen überschreite in Wirklichkeit 100000. Sie berufen sich dabei auf mehrere Dokumente«, die dann im einzelnen besprochen werden. Und der Autor hält diese Angabe für die der Wahrheit am nächsten liegende. Schon im November 1944 gab Innenminister Adrien THIER die Opferzahl der Säuberung mit 105000 an, welche Zahl unwidersprochen in Zeitschriften wie *Ecritsde Paris* oder *Rivaroi* veröffentlicht wurde.[8] Sr.RANT urteilt allgemein: »Damit ist erwiesen, daß Frankriech in wenigen Monaten eine der blutigsten Säuberungsaktionen seiner Geschichte erlebte.«[9]

Führend bei diesen unverhältnismäßig grausamen Racheakten ab 1944 war die KPF, die sich die Verdienste des Widerstandes gegen die Wehrmacht zuschrieb und nach dem verspäteten Aufstand ab Juni 1944 nach Ende der Besetzung ihre Aktivität unter Beweis stellen wollte. Es ist eine der dunklen Seiten Nachknegsfrankreichs und persönlich de GAUU.ES, diesen Massenmord nicht unterbunden und dem rechtlosen Treiben der Kommunisten lange Zeit nicht gewehrt zu haben. Durch die stark überhöhte eigene Opferzahl wollte die KPF offensichtlich von ihren Grausamkeiten gegen die eigenen Landsleute ablenken. Über die deutsche Kriegsgerichtsbarkeit in Paris liegt eine zuverlässige Beschreibung von einem Zeitzeugen und daran Beteiligten vor.[10]

Rolf Kosiek

[6] **SéRANT, ebenda,** S. 154.

[7] **Ebenda.**

B Ebenda, S. 155.

[5] **Ebenda.**

[10] Ernst ROSKOTHEN, *Groß-Paris 1941-1944. Ein Wehrmachtsrichter erinnert sich,* Hohenrain, Tübingen 1989.

Zur Zahl der französischen Opfer während der >Epuration< (Säuberung)

In Frankreich war es nach dem Zweiten Weltkrieg wie in Deutschland üblich, daß die siegreichen Parteien die Zahl der eigenen Opfer maßlos übertrieben. So nannte sich die kommunistische Partei Frankreichs >Die Partei der 75 000 Erschossenen.-[1]

2007 widerlegten die Historiker Jean-Pierre BESSE und Thomas POUTY, in *Les Fusillés: Répression et Exécutions pendant L'Occupation* diesen Mythos. Es handelte sich in Wirklichkeit nur um 4000 Opfer. Wer jedoch früher in Frankreich die offizielle Zahl von 75000 angezweifelt hatte, war mit dem Gesetz in Konflikt gekommen.

Mit der Zahl der in der >Epuration< ab 1944 wegen Kollaboration mit den Deutschen ermordeten Franzosen verhielt es sich umgekehrt, Sie wurde von den französischen Meinungsmachern immer mehr verringert, um den Umfang der eigenen Verbrechen zu vertuschen. So erkannte Henry Rousso in *Politische Säuberung in Europa* (Klaus-Dieter HENKE u. Hans WOLLER (Hg.), 1991, S. 201 ff) nur die Zahl von 10000 Opfern an und warnte vor »hastigen Hochrechnungen«. Seine Glaubwürdigkeit ist jedoch zweifelhaft. Er behauptet, daß in der Hauptstadt nur sehr wenige Exekutionen stattgefunden hätten (S. 203). Pierre TAITTINGER, der damalige Bürgermeister von Paris, belegt aber als Zeitzeuge 4500 Tote in einem benachbarten Département.[2] Auch der Zeitzeuge jean-Pierre ABEL gibt mit Quellen an, daß allein in den ersten Wochen nach der >Libération< (Befreiung) in jedem Département rund 300 Zivilisten ermordet

[1] GALIC, in: *Rivarol,* 22. 12. 2006.

[2] - Pierre TAITTINGER, »Et Paris ne fut pas détruit«, in: *L'Elan,* 1948, S. 304.



Nach dem Abzug der Deutschen setzte die Säuberungswelle ein. General DE GAULLE, der hier bei seiner Rückkehr nach Frankreich im Sommer 1944 in einer kleinen Stadt umjubelt wird, unternahm ab September 1944 als Chef der Provisorischen Regierung Frankreichs nichts, um den anarchischen Zuständen Einhalt zu gebieten.

wurden.[3] Die Leichen seien mit Steinen um den Hals in der Seine, in der Marne und den Kanälen versenkt worden.

Ein anderer Fehler Roussos besteht in seiner Berufung auf BAUDOTS Untersuchung, die aber unvollständig ist, wie unten bewiesen wird.

Ferner behauptet Rousso, die Partisanen auf dem Plateau des Glières im Département Haute-Savoie seien Opfer eines Massakers geworden. Richtig ist, daß deutsche Wehrmachteinheiten mit Hilfe der französischen Miliz stark bewaffnete PartisanentrUppen niederkämpften. Die im Kampf gefallenen Maquisards können daher nicht als >umgebracht< bezeichnet werden.[4]

General DE GAULLE schrieb in seinen *Mémoires de Guerre* von 10842 Toten bei der »Säuberung* und stützte sich dabei auf den Innenminister Charles BRUNE, der aber nur die Fälle erfaßte, die nicht von einem >Cour Martiale« (Sondergericht) verurteilt wurden.[5]

Der oben erwähnte BAUDOT berechnete 8000 Opfer in *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale* vom Januar 1971. Dieser Artikel ist jedoch wenig aussagekräftig, da er sich nur auf 22 Départements bezieht und die 14 mit stärkster Résistance-Tätigkeit außer acht läßt (Creuse, I lérault, Landes usw.).[6]

Der Historiker Robert ARON schätzt die Zahl der nach dem Abzug der Deutschen Ermordeten auf 40000 in seinem Buch *Histoire de Libération de la France*Er meint, es werde unendlich schwierig sein, die wahre Zahl zu erfahren. Die Prafekten der Départements hätten aus Angst angegeben, daß es bei ihnen keine Hinrichtungen gegeben habe, was jedoch im Widerspruch zu Angaben des Innenministeriums stehe. Nachforschungen an Hand der Standesamtsregister würden enttäuschend sein, da diese in der bewußten Zeit sehr flüchtig geführt worden seien. In einigen Todesurkunden fehlten genauere Angaben über die Verstorbenen, und außerdem würden bestimmt noch viele Tote in namenlosen und unbekannten Massengräbern auf die amtliche Registrierung ihres Todes warten.

Viele Autoren behaupten sogar, daß die Zahl der Hinrichtungen wegen angeblicher Kollaboration in Wirklichkeit 100000 überschreite. In der Zeitschrift *American Mercury* vom April 1946 berichtete der amerikanische Offizier Donald ROBINSON als Zeuge des kommunistischen Terrors in Marseille, daß ihm der militärische Sicherheitsdienst die Zahl von 50000 Toten allein für den Süden angegeben habe.[8]

Der damalige Innenminister Adrien TIXIER erklärte im November 1944 dem Résistance-Oberst DEWAWRIEN, genannt >Passy<, daß den Berichten der Prafekten an die Regierung zufolge die Zahl der spontanen Hinrichtungen mit 105000 angesetzt werden müsse. Diese Zahl wurde in Zeitschriften wie *Ecrits de Paris* und R*ivarol*veröffentlicht und nie dementiert."

Von nichtamtlicher Seite wurden noch höhere Opferzahlen genannt.

'Jean-Pierre ABEL, *L'âge de Cäin,* Editions Nouvelles, Paris 1947, S. 73 f.

[4] Henry Rousso, in: Klaus-Dieter HENKE U. Hans WOLLER (Hg.), *Politische Säuberung in Europa,* dtv, München 1991, S, 204.

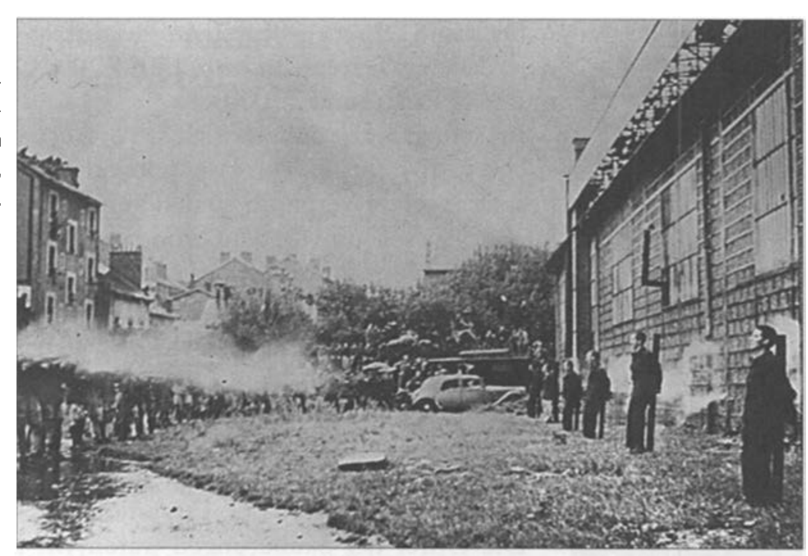
[5] »L'Epuration«, in: *Historia,* Hors série, Nr. 41,1975, S. 30.

[6] Ebenda, S. 31.

[7] Paul SERANT, *Die politischen Säuberungen in Westeuropa,* Stalling, Oldenburg 1966, S. 154.

[8] *Historia,* aaO. (Anm. 5), S. 26.

[9] SÉRANT, aaO. (Anm. 7), s. 155; *Historia,* ebenda, S. 31 ; Henry COSTON, *Im République du Grand Orient,* La Librairie Française, Paris 1976, S. 232 ; Otto ABETZ, *Das offene Problem,* Greven, Köln 1951.



Am 22. September 1944 wurden sechs junge Franzosen, die mit den Deutschen kollaboriert hatten, in Grenoble hingerichtet.



Die Lynchjustiz im Gange: Den bestialischen Ermordungen gingen sehr oft Mißhandlungen voraus.

Strafanträge gegen die Mörder wurden nur in 3000 Fällen gestellt, da damals die Familienangehörigen und Freunde der Opfer Gefahr liefen, wegen solcher Anzeigen ihrerseits Morden und Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt zu werden.

Petrus FAURF, Abgeordneter des Départements Loire, schrieb in seinem Buch La *Terreur Rouge* (Dumas, Saint-Edenne 1975): »Wenn man zahlreichen Autoren glaubt, besonders dem General PATCH, dann wurden 80000 Personen ohne Gerichtsurteil im ersten Monat nach der Libération exekutiert. Und ungefähr 20000 in den folgenden Monaten durch »Tribunaux d'Exception* (Sondergerichte), das macht 100000 Opfer.

Dies sind schreckliche und erschütternde Zahlen, wenn man sich erinnert, daß der >Terreur< im Jahre 1793 20000 Opfer forderte und die »Commune de Paris< rund 25 OOO.«1"

Im selben Sinne äußerte sich am 6. August 1946 der damalige französische Justizminister TEITGEN, selbst der gnadenloseste >Epurateur< Robespierre sei im Vergleich zu den hunderttausend Toten nur ein Waisenknabe gewesen, und die Säuberung von 1944—45 stelle eine der blutigsten in der Geschichte Frankreichs dar.

Auch François MITTERRAND, damals französischer »Ministre des Pensions«, meldete sich am 26. Mai 1948 zu Wort und kam auf 133000 bei der »Säuberung« ermordete Zivilisten.[12]

Jean PIEYBER erklärte 1957 in einer Ausgabe der *Défense de l'Occident,* ihm habe ein Bericht aus dem Justizministerium vorgelegen, der sich auf Angaben von Staatsanwälten stützte und 68000 bekanntgewordene Hinrichtungen im Rahmen der »Epuration« erwähnte.[12]

Die Opfer der Säuberungen waren vor allem Freiwillige, die in der deutschen Wehrmacht gekämpft hatten. Auch ihre Familienmitglieder konnten ermordet werden. Schon die Beschuldigung des Pétainismus genügte, um einen Menschen zu töten. Der Begriff »Kollaborateur« wurde willkürlich ausgelegt. Die kommunistische Résistance liquidierte sogar manchmal Angehörige anderer nichtkommunistischer Widerstandsgruppen, Unter den Kommunisten befanden sich auch ehemalige Kämpfer der spanischen Roten Brigaden und Kriminelle, die vor allem den Süden terrorisierten und Raubmorde begingen. Private Abrechnungen und Denunziationen von unschuldigen und unpolitischen Personen kamen hinzu. Frauen, die im Verdacht standen, mit deutschen Soldaten befreundet gewesen zu sein, waren beliebtes Freiwild. Den bestialischen Ermordungen gingen meist Folter und Mißhandlungen voraus.[13]

Rund 100000 wurden ohne Urteil erschossen, 20000 nach Schauprozessen.[14] Letztlich blieb sich das oft gleich, denn bei diesen Gerichten stand das Todesurteil meist schon vorher fest. Dabei wurden Gesetze mit rückwirkender Kraft, also rechtswidrig, angewandt. Richter, Staatsanwälte und Geschworene gehörten meist der Résistance oder der kommunistischen Partei an. Meineide bestellter Belastungszeugen wurden nicht verhindert, sondern als patriotische Tat gewertet. Die Angeklagten wurden vor dem Prozeß schwer gefoltert. Presse und vor dem Gerichtsgebäude tobender Pöbel forderten schon vor der Verhandlung das Todesurteil. Es kam sogar manchmal vor, daß der Mob Häftlinge aus dem Gefängnis holte und lynchte.[13'16]

Der Vorgang der »Epuration« war wirklich kein Ruhmesblatt in der Geschichte Frankreichs.

Friedrich Karl Pohl

[10] André FIGUÉRAS, *Dictionnaire Analytique et Critique de la Résistance,* Publications André figuéras, Paris 1994, S. 217 f.

[11] GAUC, aaO. (Anm. 1), S. 1; SÉRANT, aaO. (Anm. 7), S. 164.

[12] *Historia,* aaO, (Anm. 5), S. 31.

[13] TAITTINGER, aaO. (Anm. 2), S. 249-273.

[14] *Nation & Europa,* Nr. 2, 2007, S. 63.

[15] ABETZ, aaO. (Anm. 9), S. 306 f.

[16] Abbé DES RANGES, »Les Crimes Masqués du Résistantialisme«, in: *L'Elan,* 1948.



Junger Franzose, der mit den Deutschen kollaboriert hatte, im Augenblick der Hinrichtung durch seine Landsleute.

Zur Wehrmachtgerichtsbarkeit im Zweiten Weltkrieg

Der Historiker Arno LUSTIGER schrieb in einem Artikel zum >Fall (Dettingen, der sich im Frühjahr 2007 an der Trauerrede für den ehemaligen Marinerichter und späteren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans FILBINGER entzündete, »daß deutsche Kriegsrichter etwa 30000 Todesurteile fällten, wodurch 16000 Wehrmachts **Soldaten** hingerichtet wurden«. Das sollte sich auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs beziehen.[1] Er verwies dabei auf die Professoren Manfred MESSERSCHMIDT und Wolfram WETTE, die als Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg und später in Potsdam durch viel zu hohe und überzeugend widerlegte Zahlen (bis zu 50000 Todesurteile und 16000 Hinrichtungen) auf diesem Gebiet in dem Bemühen, der deutschen Militärgerichtsbarkeit möglichst viel anzulasten, hervorgetreten waren.[2]



Hans FILBINGER war wegen seiner Tätigkeit als Marinerichter im Dritten Reich 1978 von seinem Amt als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg zurückgetreten.

Denn diese Zahlen sind falsch, wie auch ein richtigstellender Leserbrief des schwedischen Majors a. D. Göran HOLMING angab." Doch schon im Jahre 1977 kam Otto Peter SCHWELING im Auftrag des Münchner Instituts für Zeitgeschichte nach umfangreichen und sachlichen Untersuchungen zu der Erkenntnis, daß die oben angegebenen Zahlen von 30 000 und 16 000 viel zu hoch sind.[4] Zu derselben Feststellung gelangte der Marburger Strafrechder Erich SCHWINGE 1988 in einer ins einzelne gehenden Kritik an MESSERSCHMITT und WÜLLNER, die in der überarbeiteten Ausgabe von 1992 noch stärker untermauert wurde.[5] SCHWINGE begründete darin ausführlich, warum die von MESSERSCHMITT und WÜLLNFR angegebenen Zahlen nicht richtig sind, und legte überzeugend dar, wie diese Autoren unwissenschaftlich gearbeitet, unzulässige Hochrechnungen vorgenommen und bewußt gegen die Wehrmachtgerichtsbar-

[1] Arno LUSTIGER, »Für Oettinger nicht zuständig«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 21. 4. 2007, S. 2.

[2] Manfred MESSERSCHMITT U. Fritz WÜLLNER, *Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende,* Nomos, Baden-Baden 1987; Fritz WÜLLNER, *Die NS-Militärjustiz und das Elend der Geschichtsschreibung. Ein grundlegender Forschungsbericht,* Nomos, Baden-Baden 1991.

[3] Göran HOLMING, Leserbrief »Nicht so einmalig«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.* 5, 2007, S. 10.

[4] Otto Peter SCHWEUNG (Hg. Erich SCHWINGE), *Die deutsche Militärjustiz in der Zeit des Nationalsozialismus,* Marburg 1977, [2]1978.

[5] Erich SCHWINGE, *Verfälschung und Wahrheit. Das Bild der Wehrmachtgerichtsbarkeit,* Hohenrain, Tübingen-Zürich—Paris [2]1992.




Von links: Erich SCHWINGE und Fritz WÜLLNER,

keit gerichtete Emotionen angesprochen hatten. SCHWINGE urteilte über WüllnNERS Buch: »Der wissenschaftliche Wert des Buches wird allein schon dadurch schwer beeinträchtigt, daß der Verfasser in ihm, von der ersten bis zur letzten Seite, Emodonen Raum gibt. An nicht weniger als 111 Stellen ersetzt er sachliche, leidenschaftslose Argumentation durch beleidigende Ausfalle. Das beginnt damit, daß er bereits auf der ersten Seite seines Textes behauptet, die Chronisten der Wehrmachtjustiz hätten Material >beschönigt, weggelassen, verbogen und verzerrt*, die historischen Geschehnisse je >nach der jeweiligen Manipulationsabsicht* in falsche Zusammenhänge gerückt und sie bewußt zur >Geschichtsklitterung< benutzt.«[6]

Dazu kamen sehr persönliche Kampagnen dieser Autoren gegen SCHWINGE. SO schreibt WÜLLNER gegen den angesehenen Marburger Juristen: »Das, was SCHWINGE da 1977/78 mit dem Weihrauchfaß in der Hand in seinem §2 uns als Philosophie militärjuristischer Rechtsbegründung und Gerechtigkeit um die Nase und ins Gehirn wedeln möchte, wird von den schwarzen Wolken des Pulverrauchs der Exekutionskommandos in die Hölle geblasen.«"

Auch das im Rahmen der Kampagne von 1979 gegen FILBINGER erschienene Werk von Franz NEUBAUER[8] bestätigt SCHWINGES Ansicht und räumt mit manchen Fehlurteilen früherer Darstellungen auf.

Statt der 30000 oder auch der von MÜSSERSCHMITT und WÜLLNER genannten Zahl von bis zu 50000 Todesurteilen der Wehrmachtjusdz im Zweiten Weltkrieg dürften 12000 der Wahrheit am nächsten kommen. Der anerkannte US-Völker rech der und Historiker Alfred DE ZAYAS lehnte

[6] SCHWINGE, ebenda S. 11.

[7] WÜLLNER, aaO. (Anm. 2), S. 250.

[8] Franz NEUBAUER, *Das öffentliche Fehlurteil. Der Fall Filbinger als ein Fall der Meinungsmacher,* Regensburg 1990.

in einer Besprechung des MESSRRSCHMLTT-WüLLNERschen Buches die Angaben dieser Autoren ab und schrieb: Bis zu einer Klärung durch gründlichere Untersuchungen »kann man sich auf die SCHWELING-SCHWINGE-Zahl von 12000 Todesurteilen stützen«.[9]

Ebenso geben MESSERSCHMITT und WÜLLNER zu hohe Zahlen von 16 000 bis 21 000 für die Zahl der vollstreckten Todesurteile der Wehrmachtjustiz an. In Wirklichkeit dürfte diese Zahl bei etwa 7000 liegen.[1"]

MESSERSCHMITT und WÜLLNER versuchen auch, ihre zu hohen Zahlen als einzigartig und unvergleichlich höher als die entsprechenden bei den Alliierten zu beurteilen. LUSTIGER schreibt in seinem anfangs erwähnten Aufsatz ähnlich: »So etwas hat es in der Geschichte der Kriegsgerichte in der ganzen Welt noch nie gegeben.«[1]

Auch das ist falsch. Von den Sowjets sind nach amtlichen Moskauer Unterlagen im Zweiten Weltkrieg 152000 Soldaten zum Tode verurteilt und hingerichtet worden, allein um 13000 bei Stalingrad.[3] Viele wurden auch ohne Verfahren erschossen, die noch hinzukommen. SCHWINGE weist darauf hin, daß im Ersten Weltkrieg bei den britischen Streitkräften, die zahlenmäßig viel geringer als die deutschen waren, 3080 Todesurteile verhängt wurden, bei den Franzosen zwischen 2000 und 3000. Von den USA wurden im Zweiten Weltkrieg in Europa 763 oder — nach anderen Quellen - 433 Todesurteile verhängt.[11] Berücksichtigt man die absoluten Zahlen der einzelnen Streitkräfte und deren Einsatzzeiten, so fallen die deutschen Zahlen aus denen der westlichen Demokratien eben nicht heraus. Von einer unterschiedlichen humanen Einstellung oder Wertung des Lebens bei Alliierten und Deutschen kann also keine Rede sein: Die deutsche Wehrmachtjustiz war nicht »grausamen als die alliierte, zeigte insbesondere nicht »erbarmungslose Härte<, obwohl es bei dem deutschen Einsatz um viel mehr ging, von der Gerichtspraxis der Westmächte nach dem 8. Mai 1945 in Westdeutschland ganz abgesehen. So wollte im Sommer 1944 General EISENHOWER rund 3500 deutsche Generalstabsoffiziere ohne Verfahren liquidieren. Sebastian HAFFNER regte in London die Tötung von 500000 jungen deutschen Soldaten an. Der spätere Nobelpreisträger Friedrich A, VON HAYEK meinte im Juni 1945, daß weder rechtliche Skrupel noch humanitäre Erwägungen verhindern dürften, daß Zehntausende Deutscher zur Rechenschaft gezogen würden und den Tod verdienten.[12] Allein in Hameln wurden nach 1945 von der britischen Besatzungsmacht rund 200 Deutsche hingerichtet, und in Dachau wurden

' Alfred DE ZAYAS, in: *Die Welt,* 5. 5.1988.

[10] SCHWINGE, aaO. (Anm. 5), S. 92.

[11] Ebenda, S. 96.

[12] Ebenda, S. 100 f.

von US-Militärgerichten rund 2000 Todesurteile verhängt, von denen etwa 600 voll streckt wurden.[13]

MESSSERSCHMITT-WÜLLNER geben auch für die Zahl der deutschen Fahnenflüchtigen viel zu hohe Zahlen an: Nach ihnen habe es bei der Wehrmacht 35000 Fahnen fluchturteile mit 22 750 Todesurteilen gegeben, von denen 15000 vollstreckt seien. WÜLLNER gibt in seinem Buch sogar eine halbe Million Deserteure an,[14] Richtiger ist wohl, daß es nach SCHWINGE bei den etwa 700000 Verfahren der Wehrmachtjustiz (WÜLLNER gibt dafür die viel zu große Zahl von vier Millionen an) rund 14000 Urteile gegen Deserteure gab, von denen weniger als 7000 vollstreckt wurden,[13] In vielen Streitkräften der Welt stand und steht auf Desertion - insbesondere im Krieg — die Todesstrafe.

Im Fernsehen wurden diese Zahlen noch vergrößert. So berichtete der Hessische Rundfunk, daß »einige hunderttausend Soldaten« der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg fahnenflüchtig geworden seien.[16] In Wirklichkeit waren es weniger als 20 000 Deserteure. Den Vorwurf des »Lügengewebes« ließ der Sender trotz ausrücklicher Vorhaltung auf sich sitzen und brachte bezeichnenderweise weder Richtigstellung noch Entschuldigung'"

Am 2t. Juni 2007 wurde in Berlin eine Ausstellung unter dem Leitwort »Was damals Recht war, ,,« der Stiftung Holocaust-Mahnmal zur Wehrmachtgerichtsbarkeit eröffnet. Darin wird ebenfalls — neben einer Vielzahl anderer Fehler - die viel zu hohe Zahl von rund 30 000 Soldaten und Zivilisten erwähnt, »die durch Unrechtsurteile der Wehrmachtsgerichte ihr Leben verloren«,[18] Die Ergebnisse verantwortlicher Forschung werden einfach nicht zur Kenntnis genommen, sondern alte Propagandaangaben werden zur weiteren Beschuldigung Deutschlands wieder aufgewärmt.

Der pauschalen Diffamierung der rund 2000 deutschen Wehrmachtrichter und den stark überhöhten Zahlen ihrer Verfahren und Todesurteile muß daher auch im Interesse der historischen Wahrheit widersprochen werden.[19]

Rolf Kosiek

[13] SCHWINGE, ebenda, S. 104.

[14] WÜLLNER, aaO. (Anm. 2), S. 461 ff.

[15] SCHWINGE, aaO. (Anm. 5), S. 109 f.

lf' Sendung des Ersten Programms des Hessischen Rundfunks »Ihr Gegner war nicht mein Gegner. Das veigessene Kapitel der deutschen Deserteure des Zweiten Weltkriegs«, am 4. 5. 1988 zwischen 21 und 22 Uhr.

[17] Erich SCHWINGE, *Machtmißbrauch der Massenmedien. Die Ohnmacht des Bürgers,* Hohenrain, Tübingen—Zürich—Paris 1989, S. 45-48.

[18] »Kriegsrichter«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 18. 4. 2007, S, 41.

1> Hermann BOSCH, *Dr. KarlSack im Widerstand. Eine historisch-politische Studie,* Müller, München 1967; Hans FILBINGER, *Die geschmähte Generation,* Universitas, München 1987.

Die deutschen Atomwaffenversuche im März 1945

Nach herrschender Lehre gilt, daß die deutschen Atomforscher im Zweiten Weltkrieg zwar an einem Atomreaktor arbeiteten, aber vor Kriegsende nicht mehr in der Lage waren, einen Versuchsreaktor zum laufen zu bringen. Von der Entwicklung einer Atombombe seien die deutschen Kernphysiker weit entfernt gewesen,[1] Neuere Forschungen geben jedoch Hinweise darauf, daß es Anfang März 1945 in Thüringen zu erfolgreichen Kernwaffenversuchen gekommen ist.

In den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges wurde im Jonastal südwestlich von Erfurt in der Nähe von Arnstadt von Tausenden von KZ-Häftlingen in größter Eile an einem Steilhang an der Südseite des »Großen Tambuch< eine mysteriöse Stollenanlage in den Berg getrieben, die nie fertiggestellt wurde,[2] Sie war nur ein kleiner Teil von ausgedehnten unterirdischen Anlagen, die im Dreieck Arnstadt-Wechmar-Ohrdruf errichtet worden sein sollen, Uber den Zweck dieser unterirdischen Anlagen geben die wenigen erhaltenen Dokumente keine Auskunft. Fest steht nur, daß das »Sonderprojekt S III< eine Geheimhaltungs- und Dringlichkeitsstufe hatte,



General PATTON (links) am 12. April 1945 in Ohrdruf.

[1] So 7.. B. Armin HERRMANN, *Die Jahrhundertwissenschaft. Werner Heisenberg und die Physik seiner Zeit,* Stuttgart 1977.

[2] Dies und das Folgende nach Edgar MAYER U. Thomas MEHNER, *Das Geheimnis der deutschen Atombombe. Gewannen Hitlers Wissenschaftler den nuklearen Wettlauf doch?* Kopp, Rottenburg 2001; dieselb., *Hitler und die Bombe. Welchen Stand erreichte die deutsche Atomwaffenforschung und Geheimwaffenentwicklung wirklich*? Kopp, Rottenburg 2002; dieselb,, *Die Atombombe und das Dritte Reich. Das Geheimnis des Dreiecks Arnstadt-Wechmar-Ohrdruf,* Kopp, Rottenburg 2002; dieselb., *Geheime Reichssache. Thüringen und die deutsche Atombombe,* Kopp, Rottenburg 2004.

die vor jedem anderen der damaligen Bauprojekte des Deutschen Reiches rangierte. Angeblich sollte ein neues Führerhauptquartier errichtet werden, aber derer gab es 1944 genug, und der riesige Aufwand bei S III hatte sich dafür gar nicht gelohnt.

Anfang April 1945 machte die 3. US-Armee unter General PATTON einen blitzartigen Vorstoß nach Thüringen ins jonastal und auf den Truppenübungsplatz Ohrdruf. Die Zugänge zum Jonastal werden von der 6. SS-Gebirgsdivision mit großer Hartnäckigkeit verteidigt. Kurz vor dem Eintreffen der Amerikaner wurden nach Berichten von Zeitzeugen die Zugänge zu den wichtigsten Teilen der unterirdischen Anlagen zugesprengt, getarnt und mit Sprengfallen gesichert. Was die US-Truppen in den zugänglich gebliebenen Teilen gefunden haben, darüber geben die amerikanischen staatlichen Stellen bis heute keine Auskunft. In den Kriegstagebüchern der beteiligten US-Divisionen fehlen die Eintragungen für die betreffenden Tage. Nur einzelne US-Veteranen berichteten Jahre später, seinerzeit eine riesige unterirdische Kraftwerksanlage und eine hochmoderne Nachrichtenzentrale gesehen zu haben.

Unmittelbar vor ihrem Abzug aus Thüringen sprengten die Amerikaner weitere Teile der unterirdischen Objekte zu. Die nachrückenden Sowjets holten aus den noch zugänglichen Anlagen heraus, was sie vorfanden, und verschlossen die letzten Eingänge. Der Truppenübungsplatz Ohrdruf wurde fortan von der Sowjetarmee genutzt, und das Jonastal geriet allgemein in Vergessenheit.

Anfang der sechziger Jahre beschäftigte sich eine Untersuchungskommission des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit mit den Vorgängen im Raum Arnstadt-Wechmar-Ohrdruf. Zur Tarnung wurde diese Untersuchung als ein »Geschichtsprojekt« der SED-Kreisleitung von Arnstadt zur Erforschung des Schicksals der bei diesen Bauvorhaben eingesetzten KZ-Häftlinge ausgegeben. Es wurden zahlreiche Zeugenaussagen gesammelt, die in einem vorläufigen Bericht von mehr als 300 Seiten zusammengefaßt wurden. Nach einigen Jahren wurde jedoch das Projekt auf Weisung der SED-Führung eingestellt, der vorläufige Bericht verschwand.

In den folgenden Jahren befaßten sich nur einige Thüringer Heimatforscher mit den seltsamen Ereignissen rund um das Jonastal. Erst nach der Wende 1989/90 fand das Thema wieder größeres Interesse, als der russische Staatspräsident Boris JELZIN behauptete, daß das berühmte >Bernsteinzimmer< in der unterirdischen Stollenanlage versteckt sei. Nachforschungen in dieser Richtung blieben jedoch ergebnislos. Tatsächlich mußte es im Jonastal oder im Raum Arnstadt-Wechmar-Ohrdruf um sehr viel mehr gegangen sein. Die deutsche Reichsführung und die SS hatten seinerzeit nicht nur eine extreme Geheimhaltung betrieben, son-

dern auch mehrere zehntausend KZ-Häftlinge zum Bau der unterirdischen Anlagen eingesetzt. Das Bauvolumen hatte damit ein Ausmaß, das über die Bedürfnisse eines Führerhauptquartiers oder eines Verstecks für irgendwelche Kunstschätze weit hinausging.

Ende der neunziger Jahre tauchten Abschriften von einem Teil der Zeugenaussagen auf, die in den sechziger Jahren von der Stasi gesammelt worden waren.



Museumsleiterin Cläre WERNER.

Cläre WERNER, Leiterin des Museums auf der Wachsenburg, die nur wenige Kilometer nordöstlich vom Truppenübungsplatz Ohrdruf entfernt hegt, hatte im Mai 1962 vor der SED-Kreisleitung von Arnstadt folgende Aussage gemacht:

»Es war der 4. März 1945. Ich kann mich noch gut an diesen Tag erinnern. Für den Tag hatten wir eine Geburtstagsfeier für den Abend, diese wurde aber kurzfristig abgesagt. Am Nachmittag war der BDM von Gotha auf der Burg. [Der Ingenieur] Hans [RITTERMANN] war auch da und half uns noch, dann sagte er uns, daß heute auf dem [Truppenübungs-] Platz Weltgeschichte geschrieben wird. Es wird etwas gemacht, was es auf der Welt noch nicht gegeben hat. Wir sollen am Abend auf den Turm gehen und in Richtung Röhrensee schauen. Er wisse auch nicht, wie das neue Ding aussehen wird. So waren wir ab 20 Uhr auf dem Turm. Nach 21 Uhr, gegen halb zehn, war hinter Röhrensee mit einmal eine Helligkeit wie Hunderte von Blitzen, innen war es rot und außen war es gelb, man hätte die Zeitung lesen können. Es war alles sehr kurz, und wir konnten dann alle nichts sehen, wir merkten nur, daß es eine mächtige Sturmbö gab, aber dann alles ruhig war. Ich wie auch viele Einwohner von Röhrensee, Holzhausen, Mühlburg, Wechmar und Bittstädt hatten am anderen Tag oft Nasenbluten, Kopfschmerzen und auch einen Druck auf den Ohren.«[3]

Weil man die Wirkung der neuen Waffe offenbar unterschätzt hatte, wurden bei diesem Test auf dem Truppenübungsplatz mehrere hundert Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge sowie ein Dutzend SS-Leute getötet. Diese Toten mußten am nächsten Tag von Häftlingskommandos eingesammelt und auf Scheiterhaufen verbrannt werden, wobei die Häftlinge besondere Schutzanzüge trugen. Einer der Führer dieser Arbeitskommandos, Heinz WACHSMUT, gab 1962 vor der SED seine damaligen Erlebnisse zu Protokoll:

»Am Waldrand sahen wir schon einige Haufen von Menschenleichen, die wohl ehemalige Häftlinge waren. Die Menschen hatten alle absolut

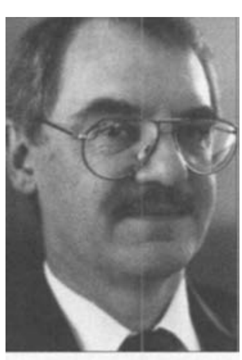
' Der Bericht von Cläre WERNER aus dem Jahre 1962 ist wiedergegeben bei MAYER U. MEHNER, *Die Atombombe und das Dritte Reich,* ebenda, S. 104 ff.; Frau WERNER hat ihre damalige Aussage Ende der neunziger Jahre in allen wesentlichen Punkten bestätigt.

keine Haare mehr, teils fehlten Kleidungsteile, sie hatten aber auch zum Teil Hautblasen, Feuerblasen, nacktes rohes Fleisch, teilweise waren einige Teile nicht mehr vorhanden. SS und Häfdinge brachten die Leichen an.

Als wir die ersten sechs [Scheiter-] Haufen fertig hatten, wurden die Leichen darauf gelegt, je Haufen ca. 50 Stück, und Feuer gelegt. Wir wurden zurückgefahren. Im Gut mußten wir den Schutz und unsere gesamte Kleidung ausziehen. Diese wurde ebenfalls von der SS angezündet, wir mußten uns waschen und erhielten neue Kleidung und neuen Schutz, dazu jeder eine Flasche Schnaps, auch unsere Häftlinge. . .

Beim 2. Einsatz wurden nochmals drei [Scheiter-] Haufen errichtet. Dabei sahen wir, wie aus dem Wald einige völlig unmenschliche Lebewesen gekrochen kamen. Wahrscheinlich konnten einige nichts mehr sehen. . . Ich kann es auch heute nicht beschreiben. .. Von zwei SS-Leuten wurden diese ca, zwölf bis fünfzehn Menschen sofort erschossen... Einer unserer russischen Häftlinge sagte uns, er habe einen der Erschossenen noch verstanden, >,.. großer Blitz - Feuer, viele sofort tot, von der Erde weg, einfach nicht mehr da, viele mit großen Feuerwunden, viele blind, Gruß an Mutter von Olek BARTO nach Gurjew. . .< Unser Häftling hat mir 1952 geschrieben, daß er wirklich den Gruß konnte an die Mutter geben.«[4]

Mit ihrem Buch *Hitlers Bombe* (München 2005) brachten Rainer KARLSCH und Heiko PETE«MANN (von oben) neue Erkenntnisse ans Licht, denen zufolge »die seltsamen Ereignisse um das JonastaU kein Bombengerücht waren.





Das, was die beiden Augenzeugen hier schildern, ist für einen Kenner eindeudg: Frau WERNER beschreibt den typischen Lichtblitz einer kleinen atomaren Explosion und die Symptome einer leichten Form der Strahlenkrankheit. WACHSMUTS Angaben zum äußeren Erscheinungsbild der Opfer dieses Versuchs stimmen in auffallender Weise mit Beschreibungen der Toten von Hiroshima und Nagasaki überein. Nach dem Bericht von Frau WERNER soll es am 12. März noch einen zweiten Test auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf gegeben haben.

Die weiteren Nachforschungen von Thüringer Heimatforschern und Hobbyhistorikern förderten amerikanische Luftaufnahmen vom Truppenübungsplatz Ohrdruf vom Sommer 1945 zutage, auf denen im östlichen Teil des Truppenübungsplatzes, dem sogenannten >Dreieck<, großflächige Zerstörungen zu erkennen sind,[3]

Schließlich machten vor geraumer Zeit der Historiker Rainer KARLSCH und der Fernsehjournalist Heiko PETERMANN in einem Moskauer Archiv einen aufsehenerregenden Fund.

Ende März 1945 überreichte der Chef des Nachrichtendienstes der Roten Armee (GRU), Generalleutnant Iwan I. ILJITSCHOW, dem führenden Kopf der sowjetischen Atomforschung, Igor KURTSCHATOW, einen

[4] Zitiert nach MAYER U. MEHNER, *Die Atombombe und das Dritte Reich*, ebenda, S. 113 ff.

[5] Ebenda, S. 110 f.



Links: Der Krater auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf, dem vermuteten Testort mit Blick Richtung Nordosten auf die Wachsenburg. Aus: Kainer KARISCH u. Heiko PETERMANN, *Für und Wider >Hitlers Bombe',* Waxmann, Münster 2007. *Unten* (zum Vergleich): das Testgelände der Trinlty-Atombombe, das von}. Robert OPPENHEIMER und General GROVES (rechts) inspiziert wird.

hochbrisanten Spionageberichte aus Deutschland. ILJITSCHOW stufte seine Quelle, offenbar ein hochrangiger deutscher Informant, als zuverlässig ein und hatte den Bericht bereits an STALIN und MOLOTOW gesandt. Dieses Schreiben mit Datum vom 23. März 1945 enthält einen detaillierten Bericht über die Tests auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf:



»In der letzten Zeit haben die Deutschen in Thüringen zwei große Explosionen durchgeführt. Sie fanden in einem Waldgebiet unter strengster Geheimhaltung statt. Vom Zentrum der Explosion wurden Bäume bis zu einer Entfernung von fünfhundert bis sechshundert Metern gefällt. Für die Versuche errichtete Befestigungen und Bauten wurden zerstört. Kriegsgefangene, die sich im Explosionszentrum befanden, kamen um, wobei häufig von ihnen keine Spuren blieben. Andere Kriegsgefangene, die sich in einigem Abstand vom Zentrum der Explosion aufhielten, trugen Verbrennungen an Gesicht und Körper davon, deren Grad von der Entfernung vom Zentrum abhing. „ Die Bombe enthält vermutlich U[ran] 235 und hat ein Gewicht von zwei Tonnen, Sie wurde auf einem

speziell dafür konstruierten Flachwagen transportiert. .. Die Bombe wurde permanent von zwanzig SS-Männern mit Hunden bewacht.

Die Bombenexplosion wurde von einer starken Detonationswelle und der Entwicklung hoher Temperaturen begleitet. Außerdem wurde ein starker radioaktiver Effekt beobachtet. Die Bombe stellt eine Kugel mit einem Durchmesser von 130 Zentimetern dar.«[6]

General ILJITSCHOW hielt den Bericht für durchaus glaubwürdig Igor KURTSCHATOW, der eine Stellungnahme zu diesen Berichten abgeben sollte, war sich nicht sicher, was für eine Waffe die Deutschen tatsächlich getestet hatten. Eine Atombombe mußte nach seinen Berechnungen einen wesentlich größeren Zerstörungsradius haben als nur fünf- bis sechshundert Meter. KURTSCHATOW kam damals noch nicht auf die Idee, daß man die Zerstörungskraft einer Nuklearwaffe konstruktiv ganz gezielt auf ein verhältnismäßig geringes Maß beschränken kann,

KARLSCH und PETERMANN ließen nun Bodenproben von dem mutmaßlichen Atomwaffentestgelände von qualifizierten Kernphysikern auf radioaktive Spurenelemente untersuchen. Mit Genehmigung der Bundeswehr, die den Truppenübungsplatz Ohrdruf heute noch nutzt, wurden von dem vermuteten Testgelände, dem >Dreieck<, zahlreiche Bodenproben entnommen und von der Strahlenschutzabteilung der Universität Gießen sowie der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig analysiert. Ziemlich genau in der Mitte des >Dreiecks< findet man heute eine flach ausgebildete Mulde von ca. 50 Metern Durchmesser.

Der Nachweis eines Kernwaffentests ist nach sechzig Jahren schwierig, denn der größte Teil der radioaktiven Strahlung ist längst abgeklungen. Bei den Versuchen von Ohrdruf 1945 wurden nur sehr geringe Mengen von spaltbarem Material verwendet. Die amerikanische Atombombe, die auf Hiroshima abgeworfen wurde, hatte mindestens die hundertfache Sprengkraft der auf Ohrdruf gezündeten; trotzdem ist es nicht einfach, in dieser japanischen Stadt heute die Atomexplosion vom 6. August 1945 meßtechnisch nachzuweisen.

In den im >Dreieck< entnommenen Bodenproben fanden die Wissenschaftler durch spezielle Sedimentationsverfahren Partikel, die offenbar bei sehr hohen Temperaturen geschmolzen waren, was für sich schon auf eine atomare Explosion hinweist. Selbst bei Verwendung einfacher Meßinstrumente zeigten diese Partikel eine erhöhte Radioaktivität. Bei der Analyse der Bodenproben durch das Forschungslabor der Universität Gießen und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig wurden Meßergebnisse für Cäsium 137 festgestellt, die das Drei- bis Vierfache der im Landesdurchschnitt üblichen Werte betrugen. Er-

[6] Zitiert nach Rainer KARLSCH, *Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche,* DVA, München 2005, S. 220 f.

höhte Cäsium 137-Werte gelten allgemein als Indiz für einen nuklearen Niederschlag.

Diese Meßergebnisse allein besagen noch nicht viel, denn nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl wurden an zahlreichen Orten in Deutschland noch weit höhere Werte gemessen. Das auf Ohrdruf gefundene Cäsium entstammt jedoch eindeutig nicht dem zerstörten sowjetischen Reaktor.

Bei einer weiteren Analyse wurden auffallende Anteile von Spaltprodukten, darunter Uran 238 und Uran 235, gefunden. Prof. Uwe KEYSER von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt stellte fest:

»Es ist angereichertes Material in einem breiten Spektrum vorhanden, das keine natürliche Quelle als Ursache hat. Die Isotopenanomalien sind teilweise drastisch und passen zu keinem bekannten Einzelereignis. Tschernobyl kann als alleinige Ursache für die Herkunft der Spaltprodukte ausgeschlossen werden.«[7]

Unter Berücksichtigung aller Indizien und Meßwerte - der erhöhten Cäsium 137-Aktivität, des Nachweises von Uran 238 und Uran 235, der Partikel aus einem Prozeß von Hochtemperaturschmelze — kamen die Wissenschaftler der Universität Gießen und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt zu dem Ergebnis, daß auf Ohrdruf Spuren eines nuklearen Ereignisses vorhanden sind. Prof, Reinhard BRANDT stellte fest:

»Das Wesentliche dieses Ereignisses ist, daß während der Explosion auch deutlich Kernreaktionen mit Energiefreisetzung abgelaufen sind,«[8]

Das heißt nichts anderes, als daß auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf eine atomare Explosion stattgefunden hat.

Diese Erkenntnis steht in völligem Gegensatz zur bisher allgemein angenommenen Version der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, der zufolge die deutschen Kernphysiker nicht einmal die theoretischen Grundlagen für eine Atombombe beherrscht haben sollen, geschweige denn in der Lage gewesen wären, eine zu bauen.

Bei Kriegsende 1945 wurden zehn der führenden deutschen Atomphysiker, darunter Werner HEISENBERG, Carl-Friedrieh VON WEIZSÄCKER, Otto HAHN, Paul HARTECK, Walther GERLACH, Kurt DIEBNER und Erich BAGGE, von amerikanischen und britischen Spezialkommandos festgesetzt und ein halbes Jahr lang auf dem englischen Landsitz Farm Hall interniert. Die Briten hatten in allen Räumen dieses Gebäudes Mikrophone installiert, um die Gespräche der deutschen Physiker abzuhören. Diese Abhörpro tokolle" gelten seit Jahrzehnten als endgültiger Beweis

[7] KaRL.SCH, ebenda, S. 226

[8] Ebenda, S. 226 f.

[9] Dieter HOFFMANN (Hg.), *Operation Epsilon. Die Farm-Hall-Protokolle oder die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe,* Berlin 1993,

Von links:
Werner HEISENBERG, Carl-Friedrich VON WEIZSÄCKER, Otto HAHN; unten: Paul HARTECK. Sie waren sechs Monate lang auf dem englischen Landsitz Farm Ha!l interniert.









dafür, daß die deutschen Physiker nie ernsthaft an einer Atombombe gearbeitet haben.

Tatsächlich hegten die deutschen Kernphysiker in Farm Hall jedoch von Anfang an den Verdacht, abgehört zu werden, und da sie fürchteten, auf unabsehbare Zeit interniert oder sogar als Kriegsverbrecher angeklagt zu werden, inszenierten sie aus dem Stegreif eine Komödie mit der Absicht, ihre >Gastgeber< von ihrer Harmlosigkeit zu überzeugen. Die Regie übernahm HEISENBERG, der als reiner Theoretiker am eigentlichen Bau der Bombe nicht beteiligt war.

HEISENBERG gelang es, die neun anderen Physiker zu überreden, ein Memorandum abzufassen, in dem die Unterzeichneten erklärten, sie hätten während des Krieges ausschließlich an einer >Uranmaschine<, also einem Atomreaktor zur Energieerzeugung gearbeitet. Es sei jedoch vor Kriegsende nicht gelungen, eine solche >Uranmaschine< zum Laufen zu bringen. Dagegen sei der Bau einer Atombombe niemals ernsthaft erwogen worden, da dafür in Deutschland die technischen Voraussetzungen gefehlt hätten.

Mit diesem Memorandum wurde der Mythos geboren, dem zufolge die deutschen Kernphysiker, insbesondere HEISENBERG und von WEIZSÄCKER, nur an der friedlichen Nutzung der Kernenergie interessiert gewesen wären und den Bau einer Atombombe durch passiven Widerstand verhindert hätten.

Bei der Abfassung des Memorandums hatte es allerdings Streit gegeben, da DIEBNER, BAGGE und einige andere zunächst nicht unterschreiben wollten. Dies war kein Zufall, denn wie wir heute wissen, war Kurt DIEBNER neben Walther GERLACH der wissenschaftliche Leiter des deutschen Vorhabens zum Bau einer Atombombe,

Nach ihrer Entlassung aus der Internierung in Farm Hall kehrten die deutschen Physiker in ihre Heimat zurück, wo sie nach kurzer Zeit ihre Universitätskarrieren fortsetzen konnten. Nur Kurt DIEBNER, sozusagen das >schwarze Schaf< der Gruppe, mußte sich in den Nachkriegsjahren

mit einer eigenen Firma für den Bau von Meßinstrumenten durchschlagen.

Zwischen 1945 und 1955 war in Deutschland jede Art der Kernforschung durch die Alliierten verboten. Dessen ungeachtet veröffentlichten Prof. Paul HARTECK und sein Mitarbeiter Dr. Wilhelm GROTH 1950 eine Fachschrift, in der sie detailliert schildern, wie sie während des Krieges mit Hilfe von »Ultrazentrifugen« Uran angereichert, also »nuklearen Sprengstoff« erzeugt haben.[10]

Ab 1955, nach Aufhebung des KernforschungsVerbotes, veröffentlichten Kurt DIEBNER und sein ehemaliger Mitarbeiter Erich BAGGE eine Reihe von Aufsätzen und Schriften zur Geschichte des deutschen Uranprojekts im Zweiten Weltkrieg. Diese Publikationen folgen zwar der von HEISENBERG in Farm Hall begründeten Linie, der zufolge es in Deutschland weder eine funktionierende >Uranmaschine<, also einen Reaktor, noch eine Atombombe gegeben habe. Sie setzen aber wichtige Akzente deutlich anders als HEISENBERG und WEIZSÄCKER.[11]

Von *oben:* Kurt DIEBNER und Erich BAGGE.



Nach Aufhebung des alliierten Kernforschungsverbots im Jahre 1955 begann DiEBNER, eine Reihe von Patenten anzumelden, die eine ganz andere Sprache sprechen als die erwähnten Schriften, die für eine breitere Öffentlichkeit bestimmt waren.

Eines der ersten Patente vom 15. September 1955 beinhaltete einen zweistufigen Kernreaktor zur Erbrütung von Plutonium, der eine für die damalige Zeit ziemlich raffinierte Konstruktion darstellt.[12]

Im August und November 1956 meldete DIEBNER unter dem Titel »Verfahren zur Zündung thermonuklearer Reaktionen mittels konvergenter Detonationsverdichtungsstoße« und »Verfahren zur elektromagnetischen Zündung thermonuklearer Kernbrennstoffe«[13] zwei Patente an, die, für den Fachmann unverkennbar, eine »fusionsverstärkte Kernspaltungsbombe«, das heißt eine Atombombe der zweiten Generation beinhalten.

[10] K. BEYERJ.E, W. GROTH, P. HARTECK u. H.JENSEN, *Über Gaszentrifugen. Anreicherung der Xenon-, Krypton und der Selen-Isotope nach dem Zentrifugenverfahren,* Weinheim/Bergstr. 1950, insbes. S. 47 f.

[11] Erich BAGGE, Kurt DIEBNER, Kenneth JAY, *Von der Uranspaltung bis Calder Hall,* Hamburg 1957.

[12] Deutsches Patentamt, Au slege schrift 1058643 v. 15. 9. 1955.

[13] Diese Patente wurden 1956 im Deutschen Patentamt angemeldet, aber angeblich von DIEBNER wieder zurückgezogen, das heißt, sie sind vom Deutschen Patentamt nicht ausgelegt worden. Das letztere Patent wurde jedoch unter der Bezeichnung »Thermonuclear Reactions« am 20. November 1957 unter der Nummer 841.387 in London angemeldet und ist im dortigen Patentamt vorhanden. Kopie im Besitz des Verfassers.

Im Jahre 1962 veröffentlichte DIEBNER in der Zeitschrift *Kerntechnik* einen Aufsatz mit dem Titel »Fusionsprozesse mit Hilfe konvergenter Stoßwellen«, in dem er in dürren Worten das Funkdonsprinzip der »fusionsverstärkten Kernspaltungsbombe« darlegt und nachzeichnet, auf welchem Wege die deutschen Kernphysiker während des Krieges auf die Idee zu dieser Konstruktion gekommen waren.[14]

Bei der »fusionsverstärkten Kernspaltungsbombe« werden das Prinzip der Kernfusion, also der Verschmelzung der leichten Kerne des schweren Wasserstoffs (Deuterium), mit dem der Kernspaltung, der Spaltung der schweren Kerne des Uran, kombiniert. Die Amerikaner bezeichnen diesen Typ als >Booster<-Bombe[15] und haben ihn erstmals im Frühjahr 1951 erprobt.[16]

Die Vorteile der >Booster<-Bombe, von der es natürlich etliche Varianten gibt, bestehen darin, daß sie mit verhältnismäßig wenig spaltbarem Material (Uran 235 oder Plutonium 239) auskommt, daß die nukleare Energie frei **Setzung** sich — wenn man will — auf ein Minimum beschränken läßt und daß sie außerdem sehr zuverlässig und robust ist. Seit Mitte der fünfziger Jahre sind praktisch alle Kernwaffen mit niedriger oder mittlerer Sprengkraft »Booster«-Bomben. Dieser Typ ist nicht zu verwechseln mit echten Wasserstoffbomben (mehrstufigen thermonuklearen Bomben), Bei einer >Booster<-Bombe wird nur eine verhältnismäßig kleine Energiefreisetzung durch Kernfusion erzeugt, die dazu dient, den Kernspaltungsprozeß im Uran zu beschleunigen und zu verstärken. Bei einer echten thermonuklearen Waffe dient eine Kernspaltungsbombe dazu, eine Kernfusion in einer großen Menge an Deuterium auszulösen, um dieses nuklear zu »verbrennen«. Während >Booster«-Bomben eine Sprengkraft von maximal einigen hundert Kilotonnen entwickeln können, betragen die 1 Leistungen von thermonuklearen Bomben etliche Megatonnen (1 Megatonne = 1000 Kilotonnen).[17]

Kurt DIEBNER und die deutschen Kernphysiker haben 1944/45 mit ihrer Variante einer »Booster«-Bombe einen Typ entwickelt, der in seiner Grundkonzeption erheblich fortschrittlicher war als die ersten amerikanischen Atombomben, die Hiroshima-Bombe »Little Boy« und die Nagasaki-Bombe >Fat Man«,

Die Geschichte des deutschen Atomprojekts im Zweiten Weltkrieg läßt sich nach dem derzeitigen Wissensstand in groben Zügen wie folgt nachzeichnen:

Im Dezember 1938 hatten Otto HAHN und Fritz STRASSMANN die Spaltung des Urankerns entdeckt. Wenn dieser mit Neutronen beschossen wird, zerfallt er unter einer ungewöhnlich großen Energiefreisetzung. Im April 1939 wies Paul HARTECK in einem Brief an das Reichskriegsministerium in Berlin darauf hin, daß durch diese Entdeckung die grundsätz-

[14] Kurt DIEBNER, »Fusions prozesse mit Hilfe konvergenter Stoßwellen - einige ältere und neuere Versuche und Überlegungen«, in: *Kerntechnik,* März 1962, S. 90 ff.

[15] *To boost* bedeutet im Englischen soviel wie »hochheben, in die Höhe treiben, unterstützen«,

1(1 Chuck HANSEN, *VS Nuclear Weapons. The Secret History,* Arlington 1988, S. 52

[17] Andre GSPONER u.Jean-Pierre HL'RNI, *Fourth Generation Nuclear Weapons. The Physical Principles of Thermonuclear Explosives, Inertia Confinement Fusion, and the Quest for Fourth Generation Nuclear Weapons,* Darmstadt 2000, S. 7 u. 14 ff.

[18] Das Folgende nach BAGGE, DIESNER U.JAY, *Uranspaltung, aaO.* (Anm. 11), S. 19 ff.

liche Möglichkeit der Auslösung einer Kettenreaktion beim Uran und der Herstellung von neuartigen, höchst explosiven Sprengstoffen gegeben sei.

Daraufhin wurde im Sommer 1939 ein selbstständiges Referat für Kernphysik in der Forschungsabteilung des Heereswaffenamtes eingerichtet, dessen Leitung Kurt DIEBNER übertragen wurde.

Nach Kriegsausbruch rief das Reichskriegsministerium am 26. September 1939 die maßgebenden Kernphysiker Deutschlands zu einer Besprechung zusammen, bei der ihnen die Frage vorgelegt wurde, ob das Heereswaffenamtes ein größeres Programm zur Kernenergiegewinnung in Angriff nehmen solle. Die Teilnehmer - unter ihnen DIEBNER, BAGGE und HARTECK - befürworteten dieses Vorhaben und empfahlen, den Leipziger Professor für theoredsche Physik, Werner HEISENBERG, hinzuzuziehen.

In der Folgezeit entstand eine Reihe von Versuchsaufbauten für eine >Uranmaschine<, also einen kleinen Atomreaktor, mit dem man grundsätzlich die Möglichkeit einer kontrollierten Kettenreaktion, also eines sich selbst erhaltenden Kernspaltungsprozesses, nachweisen wollte. Das war eine Voraussetzung für eine unkontrollierte Kettenreaktion, eine Atombombe.

In der zweiten Jahreshälfte 1941 besaßen die deutschen Atomforscher gegenüber ihren amerikanischen Kollegen einen deutlichen Vorsprung.

Anfang Dezember 1941 wurde für den Februar 1942 eine Tagung des >U ranverein s< in Berlin angesetzt, die eine Übersicht über die bisher erzielten Forschungsergebnisse bieten sollte. Gleichzeitig wurde entschieden, die Arbeiten am Uranprojekt wegen der unabsehbaren Entwicklungszeit aus dem Kompetenzbereich des Heereswaffenamtes herauszunehmen und dem zivilen Reichsforschungsrat zu übertragen, womit das Projekt in seiner Bedeutung deutlich herabgestuft wurde.

Die iWissenschaftliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft Kernphysik« fand vom 26. bis zum 28. Februar 1942 statt. Die »Arbeitsgemeinschaft* verfaßte aus diesem Anlaß einen ausführlichen Bericht, in dessen Schlußwort hervorgehoben wurde, daß der Bau sowohl einer Uranmaschine als auch einer Uranbombe prinzipiell möglich sei.[19]

" Ebenda, S. 30 ff.

Reichspropagandaminister Joseph GOEBBELS machte am 21. März 1942, drei Wochen nach der Tagung, in sein Tagebuch folgende Eintragung:

»Mir wird Vortrag gehalten über die neuesten Ergebnisse der deutschen Wissenschaft. Die Forschungen auf dem Gebiet der Atomzertrümmerung sind so weit gediehen, daß ihre Ergebnisse unter Umständen noch für die Führung dieses Krieges in Anspruch genommen werden können. Es ergäben sich hier bei kleinstem Einsatz derart immense Zer-

störungswirkungen, daß man mit einigem Grauen dem Verlauf des Krieges, wenn er noch länger dauert, und einem späteren Kriege entgegenschauen kann. Die moderne Technik gibt dem Menschen Mittel der Zerstörung an die Hand, die unvorstellbar sind. Die deutsche Wissenschaft ist hier auf der Höhe, und es ist auch notwendig, daß wir auf diesem Gebiet die Ersten sind; denn wer eine revolutionäre Neuerung in diesen Krieg hineinbringt, der hat eine umso größere Chance, ihn zu gewinnen,«[20]

Der zivile Reichsforschungsrat, der zum Zeitpunkt der Urankonferenz Ende Februar 1942 noch dem Erziehungs- und Wissenschaftsminister Bernhard RLST unterstand, wurde Anfang Juni vollkommen umorganisiert, Neuer Vorsitzender wurde Reichsmarschall Hermann GÖRING, im Präsidialrat saß von nun an Reichsführer SS Heinrich HIMMLER.[21]

Glaubt man den Erinnerungen von Werner GROTHMANN, dem persönlichen Adjutanten des Reichsführers SS, so gelangte Heinrich HIMMLER nach der Katastrophe von Stalingrad zu der Überzeugung, daß der Krieg mit konventionellen Mitteln nicht mehr gewonnen werden könne.[22] HIMMLER, der grundsätzlich an moderner Technik hochinteressiert war, wurde nun zum wichtigsten Befürworter und Förderer des deutschen Uranprojekts.[23] Uneingeschränkte Unterstützung fand HIMMLER beim technikbegeisterten Reichspostminister Wilhelm OHNESORGE, dem die Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost und das Forschungsinstitut von Manfred VON ARDENNF. in Berlin-Lichterfelde unterstanden. Das Heereswaffenamt blieb an dem Vorhaben weiterhin beteiligt, daneben spielte das Marinewaffenamt eine wichtige Rolle. Die militärische Leitung über das gesamte V-Waffenprogramm und damit auch über das Atomprojekt ging ab Herbst 1943 in die Hände von SS-Obergruppenführer Hans KAMMLER über.[24]

Hitler sprach b

Marschall ANTONESCU am 5. August 1944 »über weitere neue Sprengstoffe«, deren Entwicklung bis zum Experimentierstadium durchgeführt sei. Er [HITLER] habe den Eindruck, daß der Sprung von den jetzt gebräuchlichen Explosivstoffen bis zu diesen neuartigen Sprengmaterialien größer sei, als der vom Schwarzpulver bis zu den bei Kriegsbeginn gebräuchlichen Sprengmaterialien gewesen wäre.

Als ANTONESCU darauf erwiderte, daß er hoffe, die Zeit der Anwendung dieser neuen Explosivstoffe, die vielleicht das Ende der Welt herbeiführen würden, nicht mehr zu erleben, erwähnte der Führer die von einem deutschen Schriftsteller vorausgesehenen weiteren Entwicklungsstufen auf diesem Gebiet, die bis zu einem Punkt führen würden, wo die Materie als solche sich auflöse und dann allerdings Katastrophen von ungeahnter Größe herbeiführen würde.

Joseph GOEBBELS, *Tagebücher aus den Jahren 1942-1943,* Zürich 1948, S. 136

[21] David IRVING, *Der Traum von der deutschen Atombombe,* o. O. 1969, S. 113

[22] *Die Crothmann-Protokolle*, unveröffen dich res Manuskript, Kopie im Besitz des Verfassers, S. 46

[23] Ebenda, S. 30

[24] KARLSCH, *Hitlers Bombe,* aaO, (Anm. 6), S. 182 ff.

Nach einigen Erläuterungen zu dem neuartigen Marschflugkörper V 1 erklärte HITLER, dieser sei »nur eine von 4 Waffen, die Deutschland einsetzen würde. Eine andere dieser Waffen habe z.B. eine so gewaltige Wirkung, daß in einem Umkreis von 3-4 km von der Einschlags teile alles menschliche Leben vernichtet würde«.[25]



HITLER, der nach SPEER angeblich von Kernwaffen nichts verstand, beschreibt mit diesen Worten nicht nur recht genau die Wirkung einer Atombombe von mittlerer Sprengkraft, sondern er gibt auch zu verstehen, daß ihre Entwicklung zu diesem Zeitpunkt bereits weit vorangeschritten sei.

Wahrscheinlich fand bereits zwei Monate nach diesem Gespräch, am 12. Oktober 1944, auf der Ostseeinsel Rügen ein erster Test statt. Es gibt dazu einen ebenso ausführlichen wie dramatischen Bericht des italienischen Journalisten Luigi ROMERSA, der behauptet, er habe als Sondergesandter MUSSOLINIS einem Atomwaffentest auf einer Ostseeinsel als Augenzeuge beigewohnt.[26] Tatsächlich findet man auf dem südlichen Bug, einer abgelegenen Landzunge im Nordwesten Rügens, einen Krater von etwa 25 m Durchmesser und 5 m Tiefe. Die Isotopenanalysen von Bodenproben, die das Universitätslabor Gießen vornahm, zeigten zwar an einigen Stellen deutlich erhöhte Werte an Cäsium 137, ergaben aber insgesamt keine eindeutigen Ergebnisse, weil das Gelände nach 1945 stark umgestaltet und zum Teil wiederaufgeforstet worden ist.[27]



Oben: Luigi ROMERSA, MUSSOLINB ehemaliger Rüstungsberater, im Jahre 2003, *Unten:* Die Halbinsel Bug mit dem Testort der deutschen Atombombe am 12. Oktober 1944.

Im November und Dezember 1944 erschienen in amerikanischen Zeitungen verschiedene Berichte über die Entwicklung und Erprobung ato-

[25] Andreas HLLLG RUBER, *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1942-1944*, Frankfurt/M, 1970., Bd. 2, S. 482 ff.

[26] KARLSCH, *Hitlers Bombe*, aaO. (Anm. 6), S. 176.

[27] Ebenda, S. 312 f.

marer Waffen in Deutschland. Alliierte Spitzenmilitärs wie der amerikanische Joint Chief of Staffs, General George C. MARSHALL, und der Oberkommandierende des britischen Bomber Command, Air Marshall Arthur HARRIS, drängten in dieser Zeit darauf, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, bevor die Deutschen über einsatzfähige Atomwaffen verfügen könnten.[28]

Das zentrale Problem beim Bau einer Atombombe, das sowohl amerikanische als auch deutsche Kernphysiker gleichermaßen beschäftigte, war die Gewinnung von spaltbarem Material, von nuklearem Sprengstoffe In der Natur kommen zwei verschiedene Sorten von Uran vor, Uran 235 und Uran 238. Diese unterscheiden sich nur durch die Zahl der in ihnen enthaltenen Neutronen, chemisch sind sie identisch und daher auf chemischem Weg nicht voneinander zu trennen. Während Uran 235 durch Neutronenbeschuß leicht zu spalten ist, ist dies bei Uran 238 nur sehr schwer möglich. Natururan enthält 99,3 Prozent Uran 238 und nur 0,7 Prozent Uran 235, also jenes Stoffes, den man für den Bombenbau benötigt. Eine Gewinnung von Uran 235 oder eine Vergrößerung seines Anteils im Natururan ist nur auf dem Wege der Isotopentrennung möglich, was damals eine große Herausforderung für die Wissenschaft darstellte.

Sowohl in den USA wie in Deutschland experimentierten die Physiker mit verschiedenen Verfahren. Die Amerikaner setzten frühzeitig auf elektromagnetische Massetrenner (die sog. >Calutrone<) und die Gasdiffusion. Beide Verfahren sind ausgesprochen ineffektiv, ein Problem, dem die Amerikaner beikamen, indem sie einen riesigen Aufwand trieben. Sie beschafften mehr als 1100 >Calutrone< und bauten bei Oak Ridge in Tennessee eine gigantische Gasdiffusionsanlage mit fast 4000 Trennstufen.[29]

Die deutschen Physiker setzten verhältnismäßig früh auf ein anderes Verfahren, daß sich als wesentlich effizienter herausstellen sollte. In der deutschen Forschung war bekannt, daß man Isotope in gasförmigen Stoffen (Uranhexafluorid) trennen kann, indem man diese in schnell rotierenden Zylindern den Wirkungen der Zentrifugalkräfte aussetzt. Eine Hamburger Arbeitsgruppe um Paul HARTECK und Wilhelm GROTH begann im Herbst 1941 mit dem Bau einer Ultrazentrifuge zur Urananrei-

[28] Arthur HARRIS, *Bomber Offensive, London 1947,* S. 75; Alastair REVIE, ... *war ein verlorener Haufen. Die Geschichte des Bomber Command der Royal Air Force 1939-1945,* Stuttgart 1974, S. 359; Friedrich GEORG U, Thomas MEHNER, ATOMZIEL*New York. Geheime Großraketen- und Raumfahrtprojekte des Dritten Reiches,* Kopp, Rottenburg 2004, S. 207 ff.

[29] Zu den verschiedenen Verfahren der Isotopentrennung siehe Allan S. KRASS, Peter BOSKMA, Boelie EI./.EN U. Wim A, SMIT, *Uranium Enrichment and Nuclear Weapon Proliferation,* New York 1983

cherung, also, zur Gewinnung von U 235. Das erste Versuchsmodell lief bereits Anfang 1942, und in der Folgezeit wurde der Wirkungsgrad der Zentrifugen ständig verbessert, die im Vergleich zu modernen Konstruktionen bereits erstaunlich fortschrittlich waren.[30] Die Ultrazentrifuge gilt bis heute als das effektivste Anreicherungsinstrument.

[30] BEYERLE, GROTH, HARTECK U. JENSEN, *Über Gaszentrifugen,* aaO. (Anm. 10).

Es zeichnete sich damals jedoch noch eine andere Möglichkeit ab, an spaltbares Material heranzukommen. Carl-Friedrich VON WEIZSÄCKER errechnete im Sommer 1941, daß beim Betrieb einer »Uranmaschine«, also eines Atomreaktors, ein künstliches Element mit der Ordnungszahl 94 entstehen müsse, das ähnliche Eigenschaften aufweisen müsse wie Uran 235.[31] Das »Element 94< gehört zur Gruppe der sogenannten »Transurane«, das heißt, es ist ein künstliches Element schwerer als Uran, das in der Natur nicht vorkommt. Die Amerikaner sollten dem »Element 94< den Namen »Plutonium« geben. In dem Bericht der »Arbeitsgemeinschaft Kernphysik« vom 28. Februar 1942 wurde besonders hervorgehoben, daß das »Element 94< mindestens ebenso gut spaltbar wie das Uran 235 und damit als >Kernsprengstoff< geeignet sei. Außerdem sei es chemisch vom Uran verschieden und könne daher aus dem Uran eines stillgelegten Reaktors ohne größere Probleme abgetrennt werden. Die deutsche Forschungstätigkeit konzentrierte sich daher zu einem erheblichen Teil auf Versuche zum Bau eines Kernreaktors, einer »Uranmaschine«.

[31] KARLSCH, *Hitlers Bombe,* aaO, (Anm. 6), S. 75.

[33] BAGGE, DIEBNER U.JAY, *Uranspaltung,* aaO. (Anm, 11), S. 39.

Einen Reaktor kann man problemlos mit Natururan betreiben, braucht dafür jedoch eine Neutronenbremse, einen geeigneten »Moderator«, entweder hochreines Graphit oder »schweres Wasser«. Während die Amerikaner auf einen Graphitreaktor setzten, entschieden sich die deutschen Kernphysiker für einen Schwerwasserreaktor, weil dieser prinzipiell leistungsfähiger ist. Das Problem dabei war, daß »schweres Wasser« (D,0) zu jener Zeit in nennenswerten Mengen nur in Norwegen, in dem riesigen Wasserkraftwerk »Norsk Hydro« bei Rjukan, gewonnen wurde. Da die Bedeutung des »schweren Wassers« auch der britischen Führung bekannt war, wurde das »Norsk-Hydro«-Werk wiederholt zum Ziel alliierter Kommando-Unternehmen und Luftangriffe. Zwar gelang es bis Ende 1943 nicht, die Schwerwasserproduktion dauerhaft zu unterbinden, aber der kostbare Stoff blieb ein Mangelartikel, was die deutschen Bemühungen um den Bau eines Kernreaktors erheblich behinderte.[13]

[33] KARLSCH, *Hitlers Bombe,* aaO, (Anm. 6), S. 100 ff. u. 107 f.

Die von HEISENBERG und DÖPEL 1941/42 in Leipzig durchgeführten Reaktorversuche wurden in Berlin in einem großzügig ausgestatteten Bunkerlaboratorium fortgesetzt, kamen jedoch bis Ende 1944 nicht recht von der Stelle.[34]

[34] BAGGE, DIEBNER U.JAY, *Uranspaltung* aaO. (Anm, 11), S. 40.

Dagegen gelang einer Forschergruppe unter Leitung von Kurt DIEBNER im Sommer 1943 ein Durchbruch. Auf dem Gelände der Heeresversuchsanstalt Kummersdorf bei dem kleinen Ort Gottow bauten Diebner

und seine Gruppe drei Versuchsmodelle, deren letztes, ein kugelsymmetrischer Schwerwasserreaktor (G III), gut funktionierte. Dieser Versuchsreaktor war allerdings zu klein, um »überkritisch« zu werden, also eine sich selbstständig erhaltende Kettenreaktion zu produzieren. Der Versuchsreaktor G III ist durch die Publikationen DIEBNERS seit Mitte der fünfziger Jahre bekannt.[35]

[35] K. DIEBNER, W. Czumus, W HERRMANN, G. HARTWIG, F. BERKEI, F. KAMIN, »Über die Neutronenvermehrung einer Anordnung aus Uranwürfeln und schwerem Wasser«, in: *Atomkernenergie,* 1956, S. 256 ff.

KARLSCH und PETERMANN haben ermittelt, daß die DIEBNER-Gruppe 1944 noch einen weiteren, bisher unbekannten Reaktor mit der Bezeichnung G IV baute, der nach einem für die damalige Zeit raffinierten Zweistufenprinzip arbeitete und mit verhältnismäßig geringen Mengen an schwach angereichertem Uran, Natururan, Thorium und »schwerem Wasser< auskam. Untersuchungen von Bodenproben von dem Gottower Gelände ergaben, daß dieser Reaktor tatsächlich überkritisch wurde, also eine kontinuierliche Kettenreaktion erzeugte, allerdings nach kurzer Zeit aufgrund einer Xenon 135-Vergiftung durchging und durch eine Verpuffung zerstört wurde. Das Problem der Xenon-Vergiftung konnten die damaligen Kernphysiker aufgrund mangelnder praktischer Erfahrung noch nicht kennen.[3*]

[36] KARLSCH, *Hitlers Bombe,* aaO. (Anm. 6), S. 130 ff.

Im Jahre 1955 hat sich DIEBNER diesen Reaktor patentieren lassen. In den sechziger Jahren erwarben die Firmen Babcock und Wilcox einige von DIEBNERS Patenten, und der Reaktor G IV aus dem Jahre 1944 wurde somit zum Stammvater einer ganzen Serie von kleinen und leistungsfähigen Atomreaktoren, die die deutsche Industrie in der Nachkriegszeit baute.

Beim Bau von Atomreaktoren und der »Erbrütung« von Plutonium hatten die Amerikaner einen großen Vorsprung gegenüber den Deutschen. Von den drei während des Krieges gebauten amerikanischen Atombomben funktionierten zwei mit Plutonium, die in der Wüste von New Mexico bei dem ersten Test »Trinity« gezündete Bombe sowie diejenige, die auf Nagasaki abgeworfen wurde.[3]

[37] HANSEN, *US Nuclear Weapons,* aaO. (Anm. 16), S. 21.

Da in Deutschland 1943 auf absehbare Zeit mit nennenswerten Mengen an Uran 235 oder Plutonium nicht zu rechnen war, konzentrierte sich eine Forschergruppe um Prof. Erich SCHUMANN und Dr. Walter TRINKS auf die Konstruktion einer Bombe, die nach dem Kernfusionsprinzip, also der Verschmelzung von Kernen leichter Elemente (den schweren Wasserstoffisotopen Deuterium und Tritium) funktionieren sollte. Um solch einen Vorgang auslösen zu können, sind extremer Druck und extreme Temperaturen, wie sie im Inneren der Sonne herrschen, erforderlich. SCHUMANN und TRINKS hofften, diese Bedingungen mit Hilfe von konventionellen Hohlladungen erzeugen zu können, das sind Sprengkörper, bei denen die gesamte freigesetzte Energie von hoch brisantem Sprengstoff durch eine besondere Formgebung auf einen Punkt konzentriert wird.[38]

[38] KARLSCH, *Hitlers Bombe,* aaO. (Anm. 6), S. 141 ff.

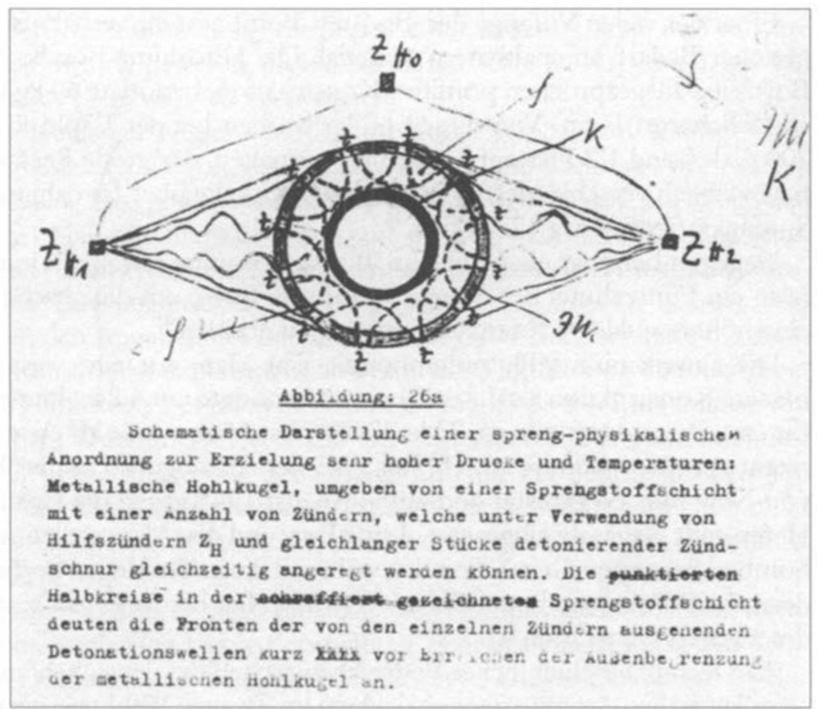


Abbildung: 26a

Schematische Darstellung einer spreng-physikalischen Anordnung zur Erzielung sehr hoher Drucke und Temperaturen: Metallische Hohlkugel, umgeben von einer Sprengstoffschicht mit einer Anzahl von Zündern, welche unter Verwendung von Hilfszündern Z_H und gleichlanger Stücke detonierender Zündschnur gleichzeitig angeregt werden können. Die punktierten Halbkreise in der schraffiert gezeichneten Sprengstoffschicht deuten die Fronten der von den einzelnen Zündern ausgehenden Detonationswellen kurz vor Erreichen der Außenbegrenzung der metallischen Hohlkugel an.

Erich SCHUMANN entwarf 1944 eine Hohlladungskonfiguration für eine Bombe. Aus: Rainer KARLSCH u. Heiko PETERMANN, *Für und Wider >Hitlers Bombe‹*, Waxmann, Münster 2007.

Ob sich mit chemischen Sprengstoffen grundsätzlich der notwendige Druck und die notwendige Temperatur von mehr als 20 Millionen Grad erzeugen lassen, ist umstritten. Seit der ersten amerikanischen Wasserstoffbombe, die im Herbst 1952 getestet wurde, benutzen die allgemein bekannten Versionen von Kernfusionswaffen zur Auslösung des Kernfusionsprozesses eine Kernspaltungsbombe.

Nach einer Reihe von Versuchen kamen die deutschen Kernphysiker um SCHUMANN und TRINKS 1944 zu dem Ergebnis, daß die Auslösung einer Kernfusion mittels chemischer Sprengstoffe zwar prinzipiell machbar sei; es war aber absehbar, daß man mit diesem Verfahren nur eine sehr kleine Menge an nuklearer Energie freisetzen könne. Das bedeutete, daß die ursprüngliche Version des SCHUMANN/TRINKS-Entwurfes keine sehr wirkungsvolle Waffe ergeben hätte.

Da jedoch die Ultrazentrifugen von HARTECK und GROTH mittlerweile anfingen, nennenswerte Mengen an hochangereichertem Uran zu produzieren, kamen die deutschen Kernphysiker auf die Idee, den SCHUMANN /TriNKS-Entwurf mit »atomaren Sprengstoff« - sprich Uran 235 - zu bestücken.[39] Damit war die deutsche Version der >Booster<-Bombe geboren, bei der — stark vereinfacht — eine kleine Kernfusion den Kernspaltungsvorgang im U 235 auslösen und damit die Masse der nuklearen Energie frei setzung erzeugen sollte.

39 Dies beschreibt DIEBNER 1962 in seinem Aufsatz »Fusionsprozesse mit Hilfe konvergenter Stoßweilen«, aaO. (Anm. 14), auf S. 90; die Abb. 5 auf S. 91 stellt das Funktionsschema einer >Booster<-Bombe dar.

Einer der vielen Vorzüge der >Booster<-Bombe ist ihr verhältnismäßig geringer Bedarf an spaltbarem Material. Die Hiroshima-Bombe xLittle Boy<, eine ausgesprochen primitive Konstruktion, benötigte 60 kg hochangereichertes Uran. Von diesen 60 kg wurden bei der Explosion nur 700 g, das sind 1,2 Prozent, tatsächlich gespalten, der große Rest wurde buchstäblich verschleudert. >Little Boy< entwickelte über Hiroshima eine Sprengkraft von etwa 12 kt TNT.[40]

Dagegen benötigt eine einfache >Booster<-Bombe nur 4 kg Uran 235 (also ein Fünfzehntel der Menge von >Little Boy<), um die gleiche oder eine höhere nukleare Energiefreisetzung zu erzielen.[41]

Die amerikanische Plutoniumbombe >Fat Man< war eine wesentlich bessere Konstruktion als >Little Boy< und benötigte nur 6,2 kg Plutonium für eine Sprengkraft von ca. 23 kt TNT.[42] >Fat Man< wurde als erste amerikanische Atombombe am 16. Juli 1945 bei Alamogordo in der Wüste von New Mexico getestet und am 9. August 1945 gegen die japanische Hafenstadt Nagasaki eingesetzt. >Little Boy< und >Fat Man< stellen Atombomben der ersten Generation dar, während die in Thüringen gezündete deutsche Bombe von ihrem Funktionsprinzip her bereits eine Kernwaffe der zweiten Generation ist.

Ein technikgeschichtlicher Vergleich zwischen der deutschen und der amerikanischen Atomwaffenentwicklung im Zweiten Weltkrieg zeigt, daß die deutschen Wissenschaftler von anderen Voraussetzungen und Zielvorgaben ausgehen mußten als ihre amerikanischen Kollegen in Los Alamos. Zunächst einmal war es in Deutschland nicht möglich, die Produktion von spaltbarem Material in dem gleichen großindustriellen Stil zu betreiben wie in den USA. Deutsche Atomwaffen mußten daher von vornherein mit weniger Uran 235 oder Plutonium auskommen. Außerdem mußten sie kleiner und leichter sein als die amerikanischen Typen. Zwar stand mit der viermotorigen Heinkel He 177 >Greift ein geeigneter Bombenträger zur Verfügung, aber dieses konventionelle Flugzeug war verhältnismäßig langsam und verwundbar. Die deutschen Wissenschaftler dürften schon früh die Idee verfolgt haben, atomare Sprengköpfe auf Großraketen zu setzen (A-4 oder V-2, A-9/A-10). Ein solcher Gefechtskopf durfte aber nicht sehr viel mehr als 1000 kg wiegen.

Schließlich stand in Deutschland kein ausgedehntes, menschenleeres Testgelände wie die Wüste von New Mexico zur Verfügung, Der Truppenübungsplatz Ohrdruf in Thüringen ist verhältnismäßig klein, die umliegenden Ortschaften liegen nur wenige Kilometer entfernt. Eine atomare Explosion in der Stärke, wie sie die Hiroshima-Bombe >Litde Boy< entwickelte, hätte diese Dörfer zerstört und im 6,5 km entfernten Arnstadt noch erhebliche Schäden hervorgerufen, von den Folgen der Verstrahlung ganz zu schweigen.

411 *Hiroshima and Nagasaki. The Physical, Medical and Social Effects of the Atomic Bombings,* hg. v. The Committee for the Compilation of Materials on Damage Caused by the Atomic Bombs in Hiroshima and Nagasaki, New York 1981, S. 113 u. 363 ff.

41 GSPONER U. HURNI, *Fourth Generation Nuclear Weapons,* aaO. (Anm. 17), S. 11.

42 HANSEN, *US Nuclear Weapons,* aaO. (Anm. 16), S. 21.

Außerdem war hochangereichertes Uran extrem knapp, und es wäre völlig sinnwidrig gewesen, diesen kostbaren Stoff zu vergeuden, nur um ein großes Feuerwerk zu veranstalten.

Die deutschen Wissenschaftler um Kurt DIEBNER und Walther GERLACH mußten daher von vornherein kleinere und leichtere Atomwaffen entwickeln. Für Testzwecke mußte die Sprengkraft auf ein möglichst geringes Maß beschränkt werden, auf 0,1 kt (= 100 t TNT) oder weniger, was einem Hundertstel der Energie frei **Setzung** der Hiroshima-Bombe >Little Boy< entspricht.

Nach den Angaben des bereits zitierten GRU-Berichts hatte die deutsche Atombombe ein Gewicht von etwa 2000 kg. Sie wog damit weniger als die Hälfte von >Fat Man< mit deren Gewicht von 4672 kg, und sie war mit einem Durchmesser von 130 cm gegenüber 152 cm auch deutlich kleiner.[43] Eine Steigerung der Sprengkraft war bei dem deutschen Typ vom Funkuonsprinzip her kein Problem, man mußte dafür nur mehr »nuklearen Sprengstoff«, also hochangereichertes Uran oder Plutonium, einsetzen.

Welche Zerstörungskraft die deutschen Kernphysiker von ihrer Atombombe im scharfen Einsatz erwarteten, geht aus einem seltsamen deutschen Dokument aus dem Jahre 1944 hervor. Dieses Dokument ist eine Karte des New Yorker Stadtteils Manhattan, eine Karte, in die Wirkungskreise (»Zone des ersten Zerstörungsgrades«, »Zone des zweiten Zerstörungsgrades«) und eine Energiekurve (»Belagsdichte« in kcal/km^3) eingezeichnet sind. Die angegebene Energieentwicklung und die Wirkungsradien liegen knapp unter denen der Hiroshima-Bombe >Litde Boy<, das heißt, sie entsprechen einer Sprengkraft von ca. 10 kt TNT (>Little Boy< brachte 12 kt).[44]

In Deutschland wurde offenbar intensiv an einer Interkontinentalrakete gearbeitet. Nach Berichten von Augenzeugen wurde am 16. März 1945 bei Rudisleben in Thüringen eine Großrakete gestartet, die ein Zielgebiet in Nordnorwegen erreicht haben soll. Wahrscheinlich handelte es sich bei dieser Rakete um eine flüssigkeitsgetriebene zweistufige A-9/A-10, die den Beinamen >Thors Hammen oder »Amerika-Rakete« trug Einen militärischen Sinn macht eine solche Rakete nur mit einem nuklearen Gefechtskopf. Zeitgenössische Luftaufnahmen lassen bei Rudisleben eine große fünfekkige Startanlage und umfangreiche Bunkeranlagen erkennen.[43]

Trotz dieser erfolgreichen Versuche stand die oberste deutsche Führung im März und April 1945 vor einem schweren Dilemma, das Werner GROTHMANN überzeugend schildert.[46]

Die deutschen Ultrazentrifugen können bis zu diesem Zeitpunkt nur sehr wenig hochangereichertes Uran erzeugt haben. Die genaue Menge ist unbekannt, es kann aber nicht viel mehr als etwa ein Kilogramm gewe-

[43] Die Daten für >Fat Man« nach HANSEN, *Us Nuc/ ear Weapons,* ebenda, S. 21.

[44] GF.ORG U. MEHNER, ATOMZIEL NEW *York*, aaO. (Anm. 28), S. 292 ff.

[45] Ebenda, S. 223 ff.

[46] *Grotbmann-Protokoüe,* aaO., S. 10 u. 13 ff.



Die He 177 >Greif< war der einzige deutsche schwere Bomber, der im Zweiten Weltkrieg gebaut wurde. Der Flugzeugtyp hätte sich als Bombenträger geeignet, war aber wegen der Brandanfälligkeit der Motoren sowohl bei Besatzungen als auch Verantwortlichen unbeliebt.

sen sein. Diese Menge hätte man in eine Bombe vom Thüringer Typ einsetzen und von einer Heinkel He 177 über London abwerfen lassen können. Dank ihrer fortschrittlichen Konstruktion hätte die deutsche Atombombe mit dieser Menge an »nuklearem Sprengstoff: eine Energie im Äquivalent von vielleicht 3 kt TNT entwickelt, einem Viertel der Leistung der Hiroshima-Bombe >Little Boye Das hätte genügt, um im Londoner Stadtzentrum ungeheure Zerstörungen anzurichten. Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Londonern wären verstrahlt worden, was das englische medizinische Versorgungssystem an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hätte. Eine Kriegswende zugunsten des Deutschen Reiches hätte sich jedoch in der Situation des Frühjahrs 1945 mit einem solchen einzelnen Atomwaffeneinsatz nicht erzielen lassen. Die deutsche Führung mußte vielmehr befürchten, daß die Anglo-Alliierten mittels eines Masseneinsatzes von chemischen und biologischen Waffen furchtbare Vergeltung an der deutschen Zivilbevölkerung üben würden. HIMMLER, GÖRING und SPEER lehnten deshalb einen Einsatz der deutschen Atombombe ab.[4]

Ursprünglich hatte die oberste deutsche Führung um die Jahreswende 1944/45 gehofft, die Fronten an den Reichsgrenzen für mindestens ein halbes Jahr stabilisieren zu können.[4"] Im Sommer 1945 sollte dann nach den Planungen HIMMLERS und KAMMLERS eine größere Zahl von Atomwaffen hergestellt werden,[49] und im Oktober hoffte man so weit zu sein, mit der >Amerika-Rakete<, mit einer A-9/A-10 mit nuklearem Gefechtskopf, New York zerstören zu können.[50] Was dies für den weiteren Kriegsverlauf bedeutet hätte, kann man sich unschwer ausmalen. Aber der rasche deutsche Zusammenbruch im Frühjahr 1945 machte alle diese Pläne zunichte.

Walter Post

[47] Ebenda.

[48] Ebenda, S. 44.

[49] GROTHMANN berichtet, daß im März 1945 die Herstellung von 14 Stück des Thüringer Typs< - mit voller Sprengkraft - geplant wurde, ebenda, S. 19.

[50] Ebenda, S. 10.

Der Mythos vom Straßburger >Roten Haus<

Die Konferenz vom 10. August 1944 im Hotel >Maison Rouge< (damals >Rotes Haus<) in Straßburg wird heute gern verleugnet oder ins Lächerliche gezogen,[1] obwohl ihre Auswirkungen sich bis in unsere Zeit erstrecken. Es fragt sich nämlich, ob die Idee der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an jenem Augusttag 1944 in Straßburg entstand.

Anfang August 1944 war die Normandieschlacht, auf die Deutschland seine großen Hoffnungen gesetzt hatte, durch maßgeblichen Verrat hoher und höchster deutscher Offiziere verlorengegangen.

Der Erfolg der anglo-amerikanischen Landung in der Normandie alarmierte die deutsche Staats- und Parteiführung genauso wie die maßgeblichen Vertreter der Industrie mit aller Dringlichkeit, daß das Ende des Dritten Reichs bevorstand. Die alliierten Kriegs forderungen nach einer bedingungslosen Kapitulation, der MoRGF.NTHAU-Plan und die schlimmen Erfahrungen der Deutschen mit dem Friedensdiktat von Versailles ließen nichts Gutes für die deutsche Wirtschaft erwarten.

Tatsächlich fanden die Amerikaner nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht in den Tresoren deutscher Großkonzerne kopierte Original-Unterlagen über die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des amerikanischen Kongresses aus dem Jahre 1944 vor. Man wußte also genau, was die Amerikaner mit der deutschen Wirtschaftskonkurrenz vorhatten.

Unter höchsten Sicherheitsmaßnahmen ließ Reich sparteileiter Martin BORMANN deshalb eine neue wirtschaftliche Initiative ergreifen, über die am 10, August 1944 im Straßburger Hotel >Maison Rouge< sowie auf weiteren Anschiußkonferenzen beschlossen wurde.[2]

Anwesend waren führende Vertreter der deutschen Konzerne, zum Teil aus dem »Freundeskreis Reichsführer SS<. Unter anderem waren dabei die Beauftragten von Krupp, Röchlin, Messerschmitt, Rheinmetall-Borsig, Brown und Bovery, Siemens, Wintershall, Bosch, IG Farben, VW, ferner führende Mitarbeiter des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, des Reichswirtschaftsministeriums und des Marinebauamts. Man kannte sich oder versuchte, vom Ansehen auf Stellung, Her-

[1] So Ulrich LAPPENKÜPER, »Reine Fiktion«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 13. 10. 2007, S. 7.

[2] Friedrich GEORG, *Verrat in der Normandie. Eisenhowers deutsche Helfer,* Grabert, Tübingen J2007, S. 332-335; Carter Plymton HYDRICK, Critical Mass. How Nazi Germany Surrendered Enriched Uranium for the United States Atomic Bomb, 1". Book's Library, 2003, S. 186-194.

kunft oder Dienstgrad der Anwesenden oder neu Angereisten zu schließen, denn aus Geheimhaltungsgründen wurde auf ein Vorstellungszeremoniell verzichtet. Niemand hatte auch ein Interesse daran, daß die Namen der Vertreter ihrer Leitungsgremien einmal im Zusammenhang mit dieser denkwürdigen Konferenz bekannt wurden. Die Klausurtagung fand unter dem Schutz größtmöglicher Geheimhaltung und den schärfsten damals denkbaren Sicherheitsmaßnahmen statt. So wurden alle Teilnehmer und ihre persönliche Habe untersucht und die nähere Umgegend von SS-Technikern elektronisch überwacht.

In seiner Eröffnungsrede erklärte der Konferenzleiter, SS-Obergruppenführer Dr. SCHEIDT (Direktor von Hermsdorff und Schönburg Co.): »Die Schlacht um Frankreich ist verloren! Die deutsche Industrie muß erkennen, daß der Krieg nicht gewonnen werden kann. . .Jeder deutsche Industrielle muß Fühlung mit ausländischen Firmen aufnehmen und mit ihnen Verträge abschließen. Das muß individuell geschehen und, ohne daß irgendein Argwohn erregt wird. Ferner müssen Vorbereitungen für die Aufnahme beträchtlicher ausländischer Politiker getroffen werden für die Zeit nach Beendigung des Krieges.«

Der zweite Konferenzleiter war Dr. BOSSE vom Rüstungsministerium. Dr. BOSSE erklärte, daß Industrielle mit Beistand der Regierung soviel wie möglich von ihrem Kapital exportieren sollten, wobei »Kapital« hier Geld, Anleihen, Patente, Wissenschafder und Verwaltungsfachleute bedeutete. In Ergänzung zum Export von Technologien wurden deutsche Firmen angewiesen, gegen diese oder andere Sicherheiten Geld zu borgen oder fremdes Kapital aufzunehmen, das ebenfalls schnellstmöglich wieder exportiert werden sollte. Martin BORMANN ergänzte, daß »Deutschland Schritte ergreifen müsse, um nach einer Niederlage den rechtzeitigen wirtschaftlichen Wiederaufstieg zu sichern«. Er versprach den Firmen und Institutionen, sie bis zum Untergang des Dritten Reiches gegen etwaige Verstöße gegen die Außenwirtschaft- und Kriegswirtschaftsgesetze Deutschlands in Schutz zu nehmen. Diese Gesetze forderten zum Beispiel die Todesstrafe für alle, die die Devisenregelung umgingen.

Das Ziel des geplanten Kapitalfluchtprogramms »Aktion Adlerflug< war nicht, Geld an sich zu machen. Vielmehr war es der dringende Wunsch, Deutschlands Industrien und Wirtschaft zu retten und sie vor Ausplünderungen durch die Hand der Eroberer soweit wie möglich zu schützen. Nach dem Krieg sollte das Fluchtkapital nicht nur die deutsche Wirtschaft kontrollieren und lenken, sondern auch andere Volkswirtschaften, um so einen schnellen deutschen Wiederaufstieg und eine spätere europäische ökonomische Blüte zu erreichen.

Zu den weiteren Strategien gehörten auch die Planung einer Außenhandelsoffensive für die Nachkriegszeit und die Gründung einer euro-

paischen »Wirtschaftsgemeinschaft«, die Deutschland als Befürworter und Bannerträger eines konföderierten Europas besonders fördern sollte. Deutschland sollte auf brutale Kraft verzichten und nur noch elastische politische Methoden verwenden.[3]

Am späten Nachmittag tafelten die Konferenzteilnehmer noch einmal. Sie zeigten sich wortkarg, und selbst kuhnarische Leckerbissen, die es seit Jahren nicht mehr gegeben hatte, und französischer Cognac ließen kein ungezwungenes Tischgespräch zustande kommen. Die Thematik war zu ernst. Man war sich jedoch einig, daß dies eine Möglichkeit war, um die deutsche Industrie zumindest mit einem blauen Auge aus dem kommerziellen Blutbad davonkommen zu lassen, das sicher nach Kriegsende kommen würde.

Wenig später löste sich die gesamte Gesellschaft auf, man verabschiedete sich steif, und die schweren Wagen rollten eilig wieder in verschiedene Himmelsrichtungen davon.

Feinen kritischen Punkt stellte die auf der Konferenz vorgetragene Einschätzung dar, man brauche neun Monate, um das geplante Kapitalfluchtprogramm »Aktion Adlerflug< erfolgreich abzuschließen. Das bedeutete, daß die Wehrmacht den Vorstoß der Alliierten über den gesamten Winter 1944 und bis Anfang oder Ende Mai 1945 hinauszögern mußte. Tatsächlich kapitulierte die Wehrmacht dann nur zwei Tage vor Ablauf der veranschlagten neun Monate.

Diente der verzweifelte und opferreiche Widerstand der Wehrmacht während der letzten Kriegsmonate auch dazu, die von den Alliierten verlangte bedingungslose Kapitulation so lange hinauszuzögern, bis die Bedingungen für einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg in der Nachkriegszeit einigermaßen gesichert werden konnten?

Gleich nach Ende der Konferenz begann eine fieberhafte Aktivität um das Vereinbarte umzusetzen. Man hatte sich dazu ein spezielles Organ geschaffen, das im Amt VI des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) angesiedelt war. Unter der nichts sagenden Bezeichnung >VI-Wi< verbarg sich das >Sonderreferat Wirtschaft des Amtes VI<. Es war mit entsprechend geschulten Volkswirtschaftlern und Juristen besetzt und arbeitete die vom Reichswirtschaftsministerium erteilten Aufträge ab. Es hörte auf das Kommando von Prof. Dr. Robert SCHMIED, der zu den führenden Wirtschaftspolitikern des Dritten Reiches gehörte. SCHMIED hatte vor dem Krieg Aufmerksamkeit erzeugt, als er in seiner Doktorarbeit schrieb: »Kapitalistische Wirtschaft war niemals Selbstzweck, sondern stets nur Mittel zur Erreichung großer politischer Ziele, um schließlich zur Zusam-

[3] Julius MADER, *Der Banditenschatz* Verlag der Nation, Berlin 1973, S. 8 ff. u. 101-107.

menarbeit der Völker im Rahmen einer Weltwirtschaft Mittel zu edlen Zwecken im Dienste der Menschheit an sich zu sein.« SCHMIED zur Seite stand eine ganze Phalanx verschiedener Börsenspezialisten, Bankiers, Versicherungssachverständigen, Auslandsspezialisten, Sicherheitsbeamter und Vertrauter, die speziell aus den Konzernzentralen zu dieser besonderen Verwendung abkommandiert worden waren. Ihre Herkunft und ihre zahllosen persönlichen Querverbindungen garantierten nicht nur technisch die Kontakte zu allen führenden deutschen Finanz- und Industriegruppen, sondern sicherten auch, daß die Interessen der Auftraggeber genauso wie die des Staates berücksichtigt wurden. Des weiteren wurde erfolgreich versucht, mit ehemaligen >be freundeten« Konzernen im feindlichen Ausland Kontakt aufzunehmen.

Nach der Straßburger Konferenz entwickelte sich im Amt VI des RSHA ein ruheloses und hektisches Treiben. Da man wußte, was die Alliierten mit der deutschen »Konkurrenz* vorhatten, begann ein verzweifeltes Rennen gegen die Zeit. Der gesamte SD-Auslandsapparat lief auf Hochtouren, um Wertgegenstände und Devisen aus Deutschland herauszubringen, deutsches Vermögen im Ausland zu tarnen und damit dem erwarteten Zugriff der Alliierten zu entziehen. Zentner von Gold, Devisen und Millionen von Edelsteinpäckchen wurden auf »Ausland« gesetzt, und chiffrierte Meldungen über geglückte Transaktionen wurden wie gewonnene Chips eingezogen.

Als im Mai 1945 ein großer roter Klinkerbau am Berkaer Platz 32-35 in Berlin in sowjetische Hände fiel, verriet an dem bombengeschädigten Gebäudekomplex nichts, daß hier noch vorher Riesengeschäfte mit Barmitteln, Devisen und ausgesuchten Exportgütern getätigt worden waren, die mitunter den Rahmen der Routinetätigkeit weltberühmter Börsen gesprengt hätten. Auffallend war Beobachtern der Sowjets nur, daß es in zahlreichen Zimmern offen stehende Panzerschränke gab und daß sich nicht ein einziges unterschriebenes Papier in den von Zugluft durchströmten Büroräumen finden ließ. Der Umzug war offensichtlich sorgsam durchgeführt worden.

Unterlagen aus dem ehemaligen sowjetischen Machtbereich belegen, daß die Spezialisten des Reichssicherheitshauptamts nicht neun, sondern insgesamt zwölf Monate lang arbeiteten, um die »Aktion Adlerflug< erfolgreich zu beenden, das bedeutet, daß man auch noch drei Monate nach Kriegsende aktiv weiter tätig sein konnte.

Wir wissen heute, daß die Alliierten erst im November 1944 Wind von den in Straßburg beschlossenen Einzelheiten bekamen, wie ein Bericht für den amerikanischen Kongreß vom 25. Juni 1945 offenlegte. Die amerikanischen Geheimdienste OSS und die Nachfolgeorganisation CIA wurden sofort tätig und unternahmen größtmögliche Anstrengungen zur

Aufklärung. Es gelang den Amerikanern, auch zu ermittein, daß deutsche Unternehmen in den Monaten nach Straßburg mindestens 750 ausländische Firmen, darunter 214 in der Schweiz, 112 in Spanien, 89 in Argentinien, 58 in Portugal und 35 in der Türkei gekauft hatten. So gelang es herauszufinden, daß sogar den Vereinigten Staaten große Bankkonten vorgehalten wurden, von denen manche sogar auf Martin BORMANNS eigenen Namen lauteten. Beteiligte Banken waren die Manufactures Hannover Trust, die Chase Manhattan Bank und die First National City Bank.

Als der Autor Carter T. HYDRICK im Rahmen seiner Nachforschungen auf die Straßburger Konferenz im >Maison Rouge< stieß, fragte er einen ihm näher bekannten US-Geheimdienstmann in höherer Position nach der Wahrheit über diese deutschen Fluchtgeschäfte. Der Geheimdienstler bestätigte HYDRICK, daß alles, was über die Straßburger Konferenz geschrieben wurde, wahr sei. Er versicherte aber, daß der OSS und der CIA sämtliche betreffenden Geschäftsverbindungen aufdecken konnten. Die Alliierten hätten alle betroffenen deutschen Kartelle daraufhin geknackt und die »Nazieigentümer« um ihre finanziellen Besitztümer erleichtert. Fr bestand darauf, daß alles aufgeklärt sei und daß es weder eine Story noch eine Notwendigkeit gebe, in dieser Sache weitere Untersuchungen anzustellen. HYDRICK forschte aber erneut nach und entdeckte, daß die Behauptung, die Alliierten hätten sämtliche deutschen Fluchtkapital-Depots ausgehoben, eine Verneblungstaktik war, die nichts mit der Realität zu tun hatte.

Dafür spricht auch, daß der bekannte Wirtschaftsjournalist Greg STEINMETZ am 28, April 1997 im angesehenen *Wallstreet Journal* einen unkommentierten und nie widerrufenen Artikel über die Konferenz führender Vertreter deutscher Unternehmen von Straßburg im August 1944 schrieb, um finanzielle Pläne für ein »Viertes Reich< zu diskutieren. STEINMETZ' Artikel war insofern interessant, als vor ihm bereits die Autoren Paul MANNING, William STEVENSON und Vladislav FARAGO ausführlich über die Konferenz im »Maison Rouge* geschrieben hatten, gleich danach allerdings ins Lächerliche gezogen worden und in der historischen Versenkung verschwunden waren.

Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, daß STEINMETZ den Artikel deshalb schrieb, um immer noch versteckte Elemente der Konferenz von Straßburg ans Tageslicht zu bringen.

Auch wenn Kräfte der ehemaligen Siegermächte bis heute (umsonst) versuchen, die letzten Geheimnisse der Konferenz von Straßburg aufzudecken, war man über die Tatsache, daß hier etwas Wichtiges stattgefunden hatte, schon während des Krieges voll informiert. So hatte sich am 11. August 1944 »überraschend« ein schwerer amerikanischer Luftangriff



Bombenschäden vom 11, August 1944 am Straßburger Place Gutenberg in der Nähe des >Maison Rougef. Das Transparent trägt die Worte: »Das ist das Werk der Amerikaners.

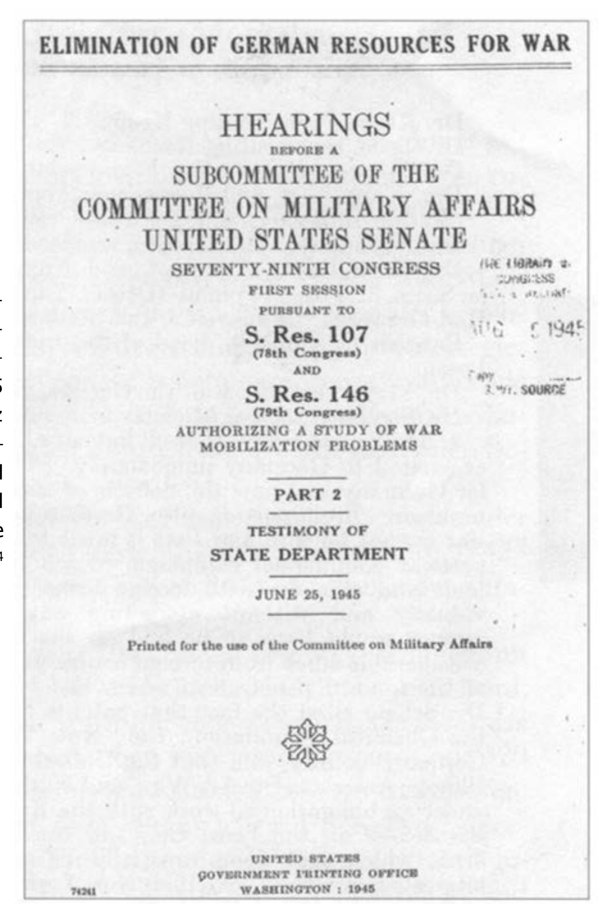
auf das ansonsten strategisch völlig unwichtige Straßburg ereignet. Dabei wurden besonders das Hotelviertel in der Nähe des Flusses 10 und das historische Zentrum um das Münster mit dem Place Gutenberg schwer getroffen. Alles wird klar, wenn man bedenkt, daß sich das Hotel >Maison Rouge< genau in der bombardierten Zone befand. Noch heute wird der Angriff auf Straßburg tn touristischen Reiseführern über die Stadt als »Irrtum« dargestellt. Als Antwort auf die Alliierten durften die *Straßburger neuesten Nachrichten* am 12. August 1944 aber die Meldung schreiben: »Der Abwurf auf Straßburg war kein Zufall und kein Irrtum.« Die wohl nie zu beantwortende Frage ist, wer die Alliierten über die streng geheime Konferenz in Straßburg ins Bild setzte. Der Verrat muß aber sehr hoch angesetzt gewesen sein.

Die wirtschaftliche Geschichte Nachkriegseuropas wäre wohl völlig anders angelaufen, wenn die Tagung im >Maison Rouge< nicht einen Tag früher stattgefunden hätte, als ursprünglich geplant war,

Europa konnte sich in der Nachkriegszeit überraschend schnell wirtschaftlich erholen.

Friedrich Georg

Das Dokument mit der Stellungnahme des US-Außenministeriums vor dem US-Kongreß vom 25. 6. 1945 beweist, daß die Konferenz im iMaison Rouge< in Straßburg tatsächlich stattfand und daß die Amerikaner viel zu spät gegen die Beschlüsse vorgehen konnten.[4]



ELIMINATION OF GERMAN RESOURCES FOR WAR

HEARINGS
BEFORE A
SUBCOMMITTEE OF THE
COMMITTEE ON MILITARY AFFAIRS
UNITED STATES SENATE
SEVENTY-NINTH CONGRESS
FIRST SESSION
PURSUANT TO
S. Res. 107
(78th Congress)
AND
S. Res. 146
(79th Congress)
AUTHORIZING A STUDY OF WAR
MOBILIZATION PROBLEMS

PART 2

TESTIMONY OF
STATE DEPARTMENT

JUNE 25, 1945

Printed for the use of the Committee on Military Affairs

UNITED STATES
GOVERNMENT PRINTING OFFICE
WASHINGTON : 1945

A REPORT ON A MEETING OF GERMAN INDUSTRIALISTS TO MAKE POSTWAR PLANS, STRASBOURG, AUGUST 10, 1944

NOVEMBER 7, 1944.

1. A meeting of the principal German industrialists with interests in France was held on August 10, 1944, in the Hotel Rotes Haus in Strasbourg, France. Among those present were the following:

Dr. Scheid, who presided, holding the rank of S. S. Obergruppenfuhrer and Director of the Heco (Hermadorff & Schenburg) Co.

[4] *Elimination of German Resources for War. Hearings before a Subcommittee on Military Affairs United States Senate 79h Congress 1945*, Librarv of Congress, »Hearings«, Vol. 107, S. 30 ff. Call No. KF 26. M579 1945a (Madison Budding. Law library Reading Room), Call No. HRR, ALC.J, (Jefferson Building, Main Reading Room).

Dr. Kaspar, representing Krupp.
Dr. Tolle, representing Rochling.
Dr. Sinceren, representing Messerschmitt.
Drs. Kopp, Vier, and Beerwanger, representing Rheinmetall.
Captain Haberkorn and Dr. Ruhe, representing Bussing.
Drs. Ellenmayer and Kardos, representing Volkswegenwerk.
Engineers Drose, Yanchew, and Koppshem, representing various factories in Posen, Poland (Drose, Yanchew & Co., Brown-Boveri, Herkuleswerke, Buschwerke, and Stadtwerke).
Captain Dornbursch, head of the Industrial Inspection Section at Posen.
Dr. Meyer, an official of the German Naval Ministry in Paris.
Dr. Strossner, of the Ministry of Armament, Paris.

2. Dr. Scheid stated that all industrial material in France was to be evacuated to Germany immediately. The battle of France was lost for Germany and now the defense of the Siegfried line was the main problem. From now on, also, German industry must realize that the war cannot be won and that it must take steps in preparation for a postwar commercial campaign. Each industrialist must take contacts and alliances with foreign firms, but this must be done individually and without attracting any suspicion. Moreover, the ground would have to be laid on the financial level for borrowing considerable sums from foreign countries after the war. As examples of the kind of penetration which had been most useful in the past, Dr. Scheid cited the fact that patents for stainless steel belonged to the Chemical Foundation, Inc., New York, and the Krupp Co. of Germany, jointly, and that the United States Steel Corp., Carnegie, Illinois, American Steel & Wire, and National Tube, etc., were thereby under an obligation to work with the Krupp concern. He also cited the Zeiss Co., the Leisa Co., and the Hamburg-American Line as firms which had been especially effective in protecting German interests abroad and gave their New York addresses to the industralists at this meeting.

3. Following this meeting a smaller one was held, presided over by Dr. Bosse, of the German Armaments Ministry, and attended only by representatives of Hecho, Krupp, and Rochling. At this second meeting it was stated that the Nazi Party had informed the industrialists that the war was practically lost but that it would continue until a guaranty of the unity of Germany could be obtained. German industrialists must, it was said, through their exports increase the strength of Germany.

They must also prepare themselves to finance the Nazi Party which would be forced to go underground as Maquis (in Gebirgsverteidigungsstellengehen). From now on the Government would allocate large sums to industrialists so that each could establish a secure postwar foundation in foreign countries. Existing financial reserves in foreign countries must be placed at the disposal of the party so that a strong German empire can be created after the defeat. It is also immediately required that the large factories in Germany create small technical offices or research bureaus which would be absolutely independent and have no known connections with the factory. These bureaus will receive plans and drawings of new weapons as well as documents which they need to continue their research, and which must not be allowed to fall into the hands of the enemy. These

Die Versenkung der >Mefkure<

Am 5. August 1944 wurde der türkische Motorsegler >Mefkure< mit rund 320 jüdischen Flüchdingen an Bord auf seiner Fahrt vom rumänischen Hafen Konstanza zum Bosporus im Schwarzen Meer (42 Grad 03 Minuten Nord/29 Grad 08 Minuten Ost) von einem aufgetauchten U-Boot angegriffen, in Brand geschossen und versenkt. Nur zehn Menschen überlebten. Britische und amerikanische Rundfunksender berichteten noch während des Krieges, daß deutsche Schiffe den Motorsegler in Brand geschossen und anschließend auf in Rettungsringen schwimmende Schiffsbrüchige gefeuert hätten. Die *New York Times* schrieb, die >Mefkure< sei als Vergeltungsakt gegen den Abbruch der deutsch-türkischen Beziehungen durch die Türkei versenkt worden.[1]



Jürgen ROHWER.

Das ist genau so falsch wie der Vorwurf der deutschen Schuld an der Versenkung des jüdischen Flüchtlingsschiffs >Struma< im Jahre 1942.[2] Untersuchungen durch den Historiker Jürgen ROHWER ergaben dann eindeutige Tatsachen,[3]

Die >Mefkure< war am 3. August 1944 um 20 Uhr 30 zusammen mit dem Motorsegler >Morina<, der, auch mit jüdischen Flüchtlingen an Bord, von der deutschen Kriegsmarine sogar mit einem Passierschein »für das freie Seegebiet zum Bosporus« versehen war, von Konstanza mit 320 Juden an Bord mit dem Ziel Palästina in Richtung Bosporus ausgelaufen. Am 5. August wurde das Schiff nach Mitternacht auf See etwa 14 Seemeilen nordnordöstlich vor der Finfahrt in den Bosporus in Brand geschossen und versenkt. Am nächsten Tag wurden fünf Flüchtlinge und fünf Besatzungsmitglieder, darunter der Kapitän, als einzige Überlebende der Katastrophe von dem Motorsegler >Bulbuk, der ebenfalls jüdische Flüchtlinge an Bord hatte, aus einem Rettungsboot geborgen.[4]

»ROHWER entdeckte, daß die deutsche Peilstelle Pomorie im Golf von Burgas am 5. August 1944 um 02.00 Uhr auf 116 Grad das sowjetische Unterseeboot SC-215 anpeilte und einen Funkspruch des Kommandanten, Kapitän 3. Ranges STRIZAK, auffing.

Der deutsche Peilstrahl schnitt die nach der Kursanweisung an das Judenschiff >Morina< vorgeschriebenen Länge 29 Grad 08 Minuten an

[1] »Judenflucht. Schatten achteraus«, in: *Der Spiegel,* Nr. 20, 12. 5. 1965, S. 68.

[2] Siehe Beitrag Nr. 584, »Der Untergang der >Struma<«.

[3] Jürgen ROHWF.R, *Die Versenkung der jüdischen Flüchtlingstransporter Struma und Mefkure im Schwarten Meer,* Bernard u. Gracfe, Frankfurt/M. 1965.

[4] Christian ZENTNER U. Friedemann BEDÜRFTIG, *Das große Lexikon des Zweiten Weltkriegs,* Südwest, München 1988, S. 372.

fast genau der Stelle, an der sich der Juden-Dampfer >Mefkure<, der mit der >Morina< gemeinsam Konstanza verlassen hatte, um etwa 1.20 Uhr am 5. August befand. Der Funkspruch wurde 45 Minuten nach dem Beginn des Angriffs auf die >Mefkure< und etwa 15 Minuten nach dem Sinken des Motorbootes ausgestrahlt.

Und der sowjetische Soldatenbuch-Verfasser WJ. DMTTRIJEW, Marine-Offizier und Historiker, beschrieb später in seinem Werk *Atakujutpodvodniki* (>U-Boote greifen an<), wie die >Mefkure< unterging.,. Am gleichen Tage (30. Juli 1944) lief von Batum das U-Boot >SC-215< unter dem Kommando von Kapitän 3. Ranges A. I. STRIZAK aus. Auf den Zufahrtswegen nach Burgas operierend, vernichtete das U-Boot in der Nacht zum 5. August mit Artillerie einen großen Schoner, auf dem bis zu 200 bewaffnete beute bemerkt wurden«,[5] und eine Barkasse, ein größeres Rettungsboot. Das war offensichdich die >Mefkure<.

Akribisch hatte ROHWER zudem aus den Akten nachweisen können, daß sich am 5. August 1944 keines der sechs zu der damaligen Zeit im Schwarzen Meer operierenden deutschen U-Boote in der Nahe des Untergangsortes der >Mefkure< befunden hatte und damit nicht den Angriff durchgeführt haben konnte.

ROHWER konnte ferner dokumentarisch belegen, daß die weiteren im März und April 1944 aus Konstanza auslaufenden Juden-Transporter >Bella Citta<, >Maritza< und >Milka< auf ihrer Seereise durch das Schwarze Meer nicht von deutschen Schiffen behindert, geschweige denn angegriffen wurden. Die deutsche Seekriegsleitung wies im Gegenteil die dort operierenden deutschen U-Boot-Jäger an, die drei genannten Schiffe durch die vorhandenen Minensperren zu leiten, damit sie nicht auf eine Mine liefen.

Auch in diesem Fall erwiesen sich also die anfangs gegen Deutsche erhobenen Vorwürfe des Judenmordes als unberechtigt: Nicht deutsche Soldaten waren am Tod der mehr als 300 Juden und der übrigen Besatzungsmitglieder auf der >Mefkure< schuldig, sondern die Sowjets, die in Nürnberg über die Deutschen richteten. Rolf Kosiek

[5] *Der Spiegel,* **aaO. (Anm.l), S. 71.**

Potsdamer Protokoll kein Vertrag

Noch immer gehen in Polen maßgebliche Kreise von historisch falschen Voraussetzungen zum Geschehen in Potsdam 1945 und zu dessen Auswirkungen für die Vertreibung der Ostdeutschen aus. Beispielhaft faßte der Sejmmarschall Marek JUREK diese Vorstellungen in einem Gespräch mit dem *FAZ*-RedAKteur Konrad SCHULLER 2006 zusammen.[1]

Warschau behauptet, 1. das sogenannte Potsdamer Protokoll sei ein »Vertrag« gewesen, 2. die »Großmächte« hätten die »Umsiedlung« der Ostdeutschen beschlossen, und zwar 3. als »Bestandteil des Versuchs. .. Grenzen zu schaffen, welche die Situation unseres Landes garantieren«.

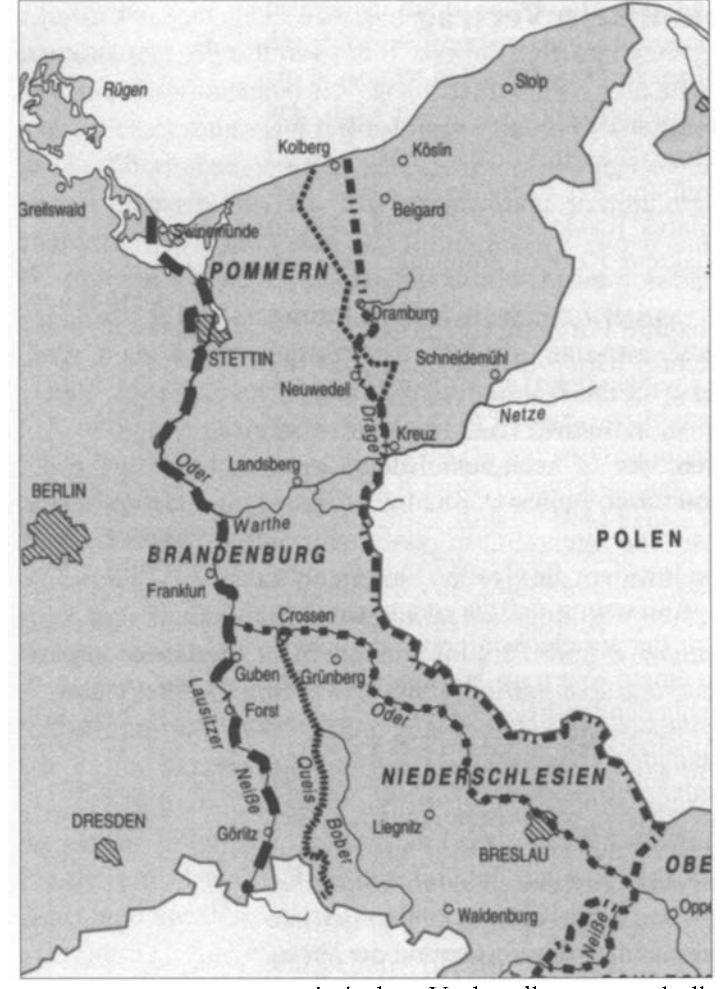
Alle drei Behauptungen sind falsch, worauf auch ausführlich Georg FRIEDE in einem anschließenden Leserbrief hinwies.[2] Richtig ist dagegen, wie FRIEDE anführt:

Zu 1.: Wie in Jalta erklärten auch in Potsdam die Großen Drei, STAUN, TRUMAN und CHURCHILL/ATTLEE, die »Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenkonferenz zurückgestellt werden soll«. Dann hätte es zu einem »Vertrag« kommen können. Zu dieser einen Friedensvertrag abschließenden Friedenskonferenz kam es trotz mehrerer Versuche nicht. Ausdrücklich gab dazu US-Präsident TRUMAN auf der 9. Vollsitzung am 25. Juli 1945 in Potsdam eine Erklärung ab: »Der Präsident sagte an dieser Stelle, er wünsche, seinen Kollegen eindeutig klarzumachen, welche Befugnisse er in bezug auf die Frage des Friedensvertrages habe. Wenn man Angelegenheiten bespreche, die zur Aufnahme in Friedensverträge bestimmt seien, so sollten sich alle Anwesenden bewußt sein, daß Verträge gemäß der Verfassung der Vereinigten Staaten nur mit der Zustimmung des Senats der Vereinigten Staaten geschlossen werden könnten.« Eine solche ist aber nie erfolgt.

Zu 2.: Die »drei Regierungen« erkannten in Potsdam zwar an, »daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß«, forderten aber einmal die Regierungen dieser Staaten auf, »weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen«. Dennoch wurden die »wilden Vertreibungen« noch jahrelang fortgesetzt, die also keineswegs in Potsdam legitimiert oder sanktioniert worden waren. Hinzu kommt, was Ostdeutschland von Schlesien über Ostbrandenburg und Danzig bis Ostpreußen und Memel entscheidend betrifft, daß in Artikel IXb des Potsdamer Protokolls die ostdeutschen Gebiete des Deutschen Reiches nur unter polnische oder so-

[1] Gespräch in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. 8. 2006.

[2] Georg FRIEDE, Roetgen, »Das Potsdamer Protokoll ist kein Vertrag«, in: f^eserbrief *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. 9. 2006, S. 8.



Die deutsch-polnische Grenze auf der Konferenz von Potsdam. Aus: Michael A. HARTENSTEIN, *Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie,* Olzog, München 2006.

wjetische Verwaltung gestellt wurden, sie also nicht Polen oder der UdSSR zugeschlagen wurden und damit diesen nicht gehörten, und damit auch für sie der Artikel XIII über die »Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile« aus den vorgenannten Ländern gar keine Bedeutung hatte.

Zu 3.: Ausdrücklich erklärte US-Präsident TRUMAN auf der Potsdamer Konferenz: »Ich bin der Meinung, daß die Polen kein Recht haben, sich diesen Teil Deutschlands anzueignen. .. Ich kann mich nicht... mit der Fortnahme des östlichen Teils von Deutschland in den Grenzen von 1937 einverstanden erklären.« Und CHURCHILL stellte dort nach dem sowjetischen Verhandlungsprotokoll mißbilligend fest: »Die Polen transportieren Deutsche aus einer Besatzungszone ab. Dieses Gebiet sei ein Teil der russischen Zone, die Polen vertreiben Deutsche daraus.«[1] Das ist alles andere als die Zubilligung neuer, Polen angeblich stabilisierender Grenzen.

[1] Zitiert ebenda.

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß in Potsdam 1945 die Großen Drei keinen Vertrag und kein Abkommen schlossen - die Erwähnung eines »Potsdamer Vertrags« oder eines »Potsdamer Abkommens< also mit falschen Begriffen arbeitet -, sondern daß dort nur ein gemeinsames Protokoll über den Inhalt der wesentlichen Gespräche abgefaßt wurde.

Über die auch in Potsdam behandelte Oder-Neiße-Linie ist Wesentliches anderenorts dargestellt worden.[4]

Rolf Kosiek

[4] Beitrag Nr. 484, »Westalliierte täuschen über Oder-Neiße-Linie«.

Verteidigte Amerika Westeuropa vor Sowjets?

Der angesehene Schriftsteller und Journalist Carl Gustaf STRÖHM schrieb 1984 den Satz: »Nur mit Hilfe Amerikas gelang es nach dem Zweiten Weltkrieg, Westeuropa vor dem Zugriff der sowjetischen Macht zu bewahren.«[1] Und gleich ihm hielten viele umerzogene Zeitgenossen die USA für den Retter Europas vor dem Bolschewismus.

Doch das ist falsch, eher entspricht sogar das Gegenteil der geschichtlichen Wahrheit - zumindest was Osteuropa und Teile Mitteleuropas betrifft, die die Amerikaner den Sowjets für fast die ganze zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts unnötig überließen -, worauf in dankenswerter Weise in einem Leserbrief hingewiesen wurde.[2]

Richtig ist, daß die deutsche Wehrmacht unter unvorstellbaren Opfern jahrelang die Sowjets von Europa fernhielt, nachdem sie am 22. Juni 1941 in den schon fast vollendeten Aufmarsch der Roten Armee zum Angriff Moskaus auf den Westen hineingestoßen war. »Daß die kommunistische Gefahr bis zum Erscheinen der Amerikaner und Engländer von Westeuropa abgewendet worden ist, ist allein dem deutschen Rußlandkämpfer zu verdanken.« So urteilte mit Recht der angesehene Marburger Strafrechtler Erich SCHWINGE.[3]

US-Präsident ROOSEVELT hat dagegen durch seine gewaltigen Material-

[1] Carl Gustaf STRÖHM, »Als Stalin den Armeen Hitlers den Weg öffnete«, in: *Die Welt,* 23. 8. 1984.

[2] Erwin SCHÜTZ, Münster, »Falsches Bild«, Leserbrief in: *Die Welt,* 27. 9. 1984.

[3] Erich SCHWINGE, *bilan^ Kriegsgeneration*, N. G, Elwert, Marburg ,3 1987, S. 56.



ROOSEVELT ließ die US-Truppen östlich der Elbe stoppen, damit die Sowjetrussen Berlin einnehmen konnten. Hier treffen der Generalmajor Emil F. REINHARDT, Kommandeur der 69. Division der 1. US-Armee, und der Kommandeur der 58. Division der 5. sowjetischen Garde-Armee am 25. April 1945 bei Torgnu zusammen.

lieferungen während des Zweiten Weltkrieges es überhaupt erst möglich gemacht, daß die Bolschewisten den deutschen Angriff vor Moskau anhalten und schließlich nach der deutschen Niederlage von Stalingrad zum Vormarsch gegen den Westen antreten konnten. Er rechnete 1943 sogar damit, daß die Sowjets ganz Europa einnehmen würden, und wollte das zulassen, »ROOSEVELT spielte zeitweise sogar mit dem Gedanken, den Russen Europa zu überlassen. Am 3. September 1943 äußerte er zu Kardinal SPELLMAN, die europäische Bevölkerung müsse sich mit der sowjetischen Herrschaft abfinden; er hoffe aber, der europäische Einfluß werde die Russen dazu bringen, >weniger barbarisch zu werden«.«[4]

Ebenso befahl ROOSEVELT, daß seine Truppen im April/Mai 1945 östlich der Elbe, vor Prag und in Oberösterreich stoppen mußten, damit die Rote Armee Berlin, Wien und Prag einnehmen konnte. Das trug nicht nur zum Ruhm und Ansehen des bolschewistischen Regimes in der ganzen Welt bei, sondern gab auch gewaltige Trümpfe STALIN in die Hand. ROOSEVELT hat ebenso - mit CHURCHILL - 1945 den Moskauer Kommunisten Osteuropa und Teile Mitteleuropas überlassen und damit besonders Polen verraten. Wegen dessen Unabhängigkeit waren angeblich die Kriegserklärungen Englands und Frankreichs an Deutschland vom 3. September 1939 erfolgt, die den Krieg überhaupt erst zu einem Weltkrieg ausgeweitet hatten.

ROOSEVELTS Nachfolger, US-Präsident HarryS. TRL;MAN, war dann sogar so naiv, im Sommer 1945 seine Truppen von Böhmen über Thüringen und Sachsen bis Mecklenburg aus den von ihnen eroberten Gebieten, wo die Deutschen kaum noch Widerstand geleistet hatten, zurückzuziehen und diese wichtigen Gebiete Mitteldeutschlands Wochen nach Kriegsende der Roten Armee zu überlassen, obwohl schon erste Anzeichen des dann folgenden Kalten Krieges auftauchten.

Der französische Marschall JUIN erklärte dazu bereits im August 1945 sorgenvoll: »Es ist ein wirkliches Unglück, daß die Engländer und Amerikaner in Europa das einzige solide Land zerstört haben - ich meine damit nicht Frankreich, Nun ist der Weg frei für das Vordringen des russischen Kommunismus.«[5]

Auch CHURCHILL hatte 1945 erkannt, daß die WestaLliierten wohl kaum einen Angriff Moskaus auf den Westen erfolgreich abwehren konnten, und wollte bei einem Vorgehen der Sowjets die deutschen Gefangenen wiederbewaffnen/' Noch am 12, Mai 1945 sandte er sehr besorgt ein Telegramm an ROOSEVELT, daß seit Auflösung der deutschen Streitkräfte und übereilter Demobilisierung der westalliierten Truppen keine Macht mehr vorhanden sei, einen Vorstoß der Sowjets bis zur Nordsee und zum Atlantik aufzuhalten.™ Zum Glück für die Westeuropäer hielt sich STALIN jedoch mit einem Angriff zurück.

Rolf Kosiek

" Erich SCHWINGE, *Churchill und Roosevelt aus kontinentaleuropäischer Sicht,* N. G. Elwert, Marburg "1986, S. 91; Heinrich HARTLE, »Kardinal Sp eil man enthüllt«, in: *Deutsche Wochen-Zeitung,* 13. 1. 1967.

[5] Zitiert von SCHÜTZ, aaO. (Anm. 2).

[6] Beitrag Nr. 598, »Churchill wollte 1945 mit den Deutschen gegen Stalin kämpfen«.

[7] SCHWINGE, aaO. (Anm. 3), S. 56.

Churchill wollte 1945 mit Deutschen gegen Stalin kämpfen

Nach 1945 behandelten die Briten ähnlich den anderen Alliierten die Deutschen als Verbrecher und urteilten viele deutsche Politiker und Soldaten in Tribunalen ab. Dabei hatte es in den letzten Kriegsmonaten das Gerücht in deutschen Soldaten- und Gefangenenkreisen gegeben: »Nicht mehr lange würde es dauern, dann wurden Millionen deutscher Soldaten zusammen mit den Engländern und Amerikanern gegen die Bolschewisten Front machen und sie zurücktreiben,«[1]

Diese Parole wurde lange Jahre als phantastische Erfindung und deutsche Durchhaltepropaganda abgetan. Doch das trifft nicht zu: Es gab einen tatsächlichen Kern für diese Hoffnung der sich im Frühjahr 1945 verzweifelt wehrenden Deutschen.

Der US-Historiker Arthur **SMITH** von der Universität von Kalifornien wies in seinem Buch *Churchills deutsche Armee*[2] nach, daß Großbritanniens Kriegsministerpräsident Winston **CHURCHILL** sich von 1943 bis 1945 mit dem Gedanken trug, die deutsche Wehrmacht 1945 gegen die Sowjets marschieren zu lassen. Zuerst habe **CHURCHIJJ**.auf der Teheraner Kriegskonferenz der Großen Drei im November 1943 die bolschewistische Gefahr für Europa erkannt. Wenige Wochen später soll er in seinem Amtszimmer in Downing Street 10 zu einer Besucherin gesagt haben: »Ich habe in Teheran zum ersten Male erkannt, daß wir ein sehr kleines Volk sind. Da saß ich, auf der einen Seite flankiert von dem großen russischen Bären mit ausgestreckten Tatzen und auf der anderen Seite vom großen amerikanischen Büffel. Dazwischen saß der arme, kleine britische Esel, der als einziger von den dreien den richtigen Weg nach Hause erkannte.«

CHURCHILLS Sorgen waren berechtigt. Damals stießen die Sowjets durch die zusammengebrochene deutsche Front schnell nach Westen vor, und es schien durchaus möglich, daß die Rote Armee vor dem Rhein kaum zu stoppen sei, den



Winsion CHURCHILL, gefolgt von US-Generalen und Offizieren seines Stabes, überquert den Rhein am 25. März 1945.

[1] Zitiert von Günter **BÖDDEKER**, »Churchills Geheimnis«, in: *Welt am Sonntag*, 6. 8. 1978.

[2] Arthur **SMITH**, *Churchills deutsche Armee*, Gustav Lübbe, Bergisch Gladbach 1978.



CHURCHILL **mit seinen Generalen (v. l.) Guy Granville** SIMONDS, **Miles** DEMPSP **und Bernard** MONTGO-MERV **im Juli 1944 in Caen. Zum damaligen Zeitpunkt wußte der britische Premier bereits um die bolschewistische Gefahr für Europa.**

diese eher als die Westalliierten erreichen würde, während die Westmächte noch die ungewisse Invasion vorbereiteten. STAMMS Herrschaft über ganz Europa rückte in den Bereich des Möglichen, und das beunruhigte CHURCHILL doch, da er wußte, daß das Schicksal Europas die Amerikaner kaum interessierte.

So beschloß er, dafür Vorsorge zu treffen, daß seinem Bundesgenossen STALIN weitere Eroberungen in Europa über die in Teheran vereinbarten Zugewinne hinaus verwehrt würden. Für diese kommende Auseinandersetzung kamen, wie er zu Recht erkannte, nur die Millionen deutscher Soldaten in Frage, die den Bolschewismus kannten und die nach CHURCHILLS Ansicht nicht zögern würden, unter britischem Befehl gegen die Sowjets weiterzukämpfen.

Doch für einen erfolgreichen Kampf müßten die deutschen Truppen gut ausgerüstet, diszipliniert und noch hierarchisch aufgebaut sein, was bei entwaffneten Gefangenenmassen ohne Rangabzeichen und -Ordnung nicht mehr vorliege. Deshalb sandte der Premier dem bereits in Deutschland vorrückenden britischen Oberbefehlshaber, dem Feldmarschall MONTGOMERY, ein Telegramm, das zwar - bezeichnenderweise - nicht mehr im Archiv des britischen Verteidigungsministeriums ist,[3] über das aber von CHURCHILL später selbst Auskunft gegeben wurde: »Noch vor Kriegsende, während die Deutschen bereits zu Hunderttausenden kapitulierten und bei uns die Menge jubelnd durch die Straßen zog, telegraphierte ich an Lord MONTGOMERY und wies ihn an, dafür zu sorgen, daß die deutschen Waffen gesammelt würden, damit man sie ohne weiteres wieder an die deutschen Soldaten ausgeben könnte - mit denen wir würden zusammenarbeiten müssen -, wenn die Sowjets ihren Vormarsch fortsetzen.«[3]

[3] BÖDDEKER, aaO. (Anm. 1).

Tatsächlich hielten sich die Briten nicht an die Absprachen zwischen den Alliierten, nur eine gesamte bedingungslose Kapitulation entgegenzunehmen, sondern schlossen bereits Anfang Mai Teilkapitulationen für Norddeutschland und Skandinavien ab und nahmen viele vor den Bolschewisten nach Westen sich durchschlagende Einheiten der Wehrmacht gefangen, ohne die meisten von ihnen — im Gegensatz zu den Amerikanern - dann den Sowjets auszuliefern. Insgesamt ergaben sich rund zwei Millionen deutsche Soldaten mit ihren Waffen vor den Briten. Darüber beschwerte sich STALIN ausdrücklich bei ROOSFVEL.T in einem zornigen Brief, in dem er feststellte, daß die Deutschen an der Ostfront um jeden Quadratmeter Boden kämpften, während sie im Westen große Städte kampflos den Westalliierten übergäben: »Geben Sie nicht zu, daß dieses Verhalten der Deutschen mehr als eigenartig und unverständlich ist?«[3] Und er forderte die Briten auf, die deutschen Truppen zu zwingen, sich den Sowjets zu ergeben.

Doch MONTGOMERY hörte nicht darauf, bewahrte auf CHURCHILLS Anordnung auch noch nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8,/9. Mai 1945 zunächst die Kommandostruktur der deutschen Einheiten und ließ es teilweise zu, daß die deutschen Offiziere und Mannschaften ihre Waffen behielten. Gleichzeitig wurde die neue Regierung unter Großadmiral DÖNITZ in Flensburg-Mürwik anerkannt, bis sie am 23. Mai 1945 auf Drängen der Russen dann doch verhaftet wurde.

Selbst anschließend war Churchill noch zu einem gemeinsamen Waffengang mit den Deutschen gegen Moskau bereit. Am 27. Mai 1945 erklärte er gegenüber einem seiner Generale: »Ich wünsche nicht, mit leeren Händen dazustehen, während große russische Kräfte nach Belieben in Europa schalten und walten können. Das gilt in noch höherem Maße für die Luftwaffe, die, falls die Russen die vereinbarten Linien überschreiten sollten, gegen deren Nachschubwege vorzugehen hätte.« Wenige Tage später schrieb CHURCHILL ebenso deutlich an seinen Außenminister: »Sobald die Bolschewisten glauben, daß wir sie fürchten, werden sie alles tun, was ihre Laune und Grausamkeit ihnen eingibt.«[3] Mit dieser Beurteilung hatte er wohl recht.

Da sich dann aber die Sowjets - vielleicht auch in Kenntnis der englischen Absichten — an die alliierten Vereinbarungen hielten und an den abgesprochenen Grenzen in Europa Halt machten, kam es nicht zur Verwirklichung von CHURCHILLS vorsorglicher Planung. Die Briten brauchten dann die deutschen Soldaten nicht mehr, die anschließend abgerüstet und vielfach auch von Engländern abgeurteilt wurden. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan. Rolf Kosiek

Worte Winston S. Churchills

Der britische Kriegspremierminister Winston S. CHURCHILL war wesentlich dafür verantwortlich, daß sich der deutsch-polnische Konflikt von 1939 zum Zweiten Weltkrieg ausweitete. Er vertrat die englische Kriegserklärung an Deutschland vom 3. September 1939, wie auch im Ersten Weltkrieg Großbritannien, ohne von Deutschland bedroht zu sein, dem Reich den Krieg erklärt hatte. Er lehnte alle deutschen Friedensangebote ab. Er arbeitete seit langem auf einen Krieg gegen Deutschland hin. Einige seiner bezeichnenden Erklärungen sind die folgenden:



CHURCHILL im Jahre 1899 als Kriegskorrespondent wahrend des Burenkrieges in Südafrika.

Im Februar **1915** erklärte **CHURCHILL** in einem Interview mit dem *Matin* in Paris: »Ich werde Deutschland an der Kehle würgen, bis sein Herz aussetzt. Wir werden die Umschnürung nicht eher lockern, bis es sich auf Gnade und Ungnade ergeben hat.«[1]

Im September 1934 meinte CHURCHILL gegenüber dem früheren deutschen Reichskanzler BRÜNING: »Deutschland muß wieder besiegt werden, und dieses Mal endgültig. Sonst werden Frankreich und England keinen Frieden haben.«[2]

Im November 1936 erklärteb Winston S. CHURCHILL gegenüber dem US-General Robert E. WOOD: »Deutschland wird zu stark, wir müssen es zerschlagen.«[3]

Ende Februar 1937 erklärte CHURCHILL seinem Tischnachbarn Carl Jacob BURCKHARDT, dem Völkerbundkommissar für Danzig, in London, »Deutschland werde wieder zu stark, den Deutschen imponiere nur die Kraft; wenn es zu einer Auseinandersetzung komme, würden die maßlosen Übergriffe des Nationalsozialismus England zu einem starken Allianzsystem verhelfen,«[4]

Im Herbst 1937 erklärte CHURCHILL dem deutschen Botschafter in Lon-

[1] Zitiert von Alexander RACKER, »>Ich werde Deutschland an der Kehle würgen, bis sein Herz aussetzt«, Teil II, in: *National-Zeitung, 26.* 2. 1965.

[2] Dietrich AIGNER, *Winston Churchill. Ruhm und hegende,* Musterschmidt, Göttingen 1975, S. 103.

[5] Peter H. NICOLL, *Englands Krieg gegen Deutschland,* Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen 1963, S. 82.

[4] Carl Jacob BURCKHARDT, *Meine Danziger Mission,* Georg D. W. Callwey, München 1960, S. 70.

don, Joachim VON RIBBENTROP: »Wenn Deutschland zu stark wird, wird es wieder zerschlagen.« Auf dessen Erwiderung, daß Deutschland nun viele Freunde habe, entgegnete CHURCHILL: »O, wir bringen es ganz gut

fertig, eure Freunde schließlich doch noch zu uns herüberzuziehen.«[5]

•

»Schon im August 1938 hatte er (CHURCHILL) Heinrich BRÜNING gegenüber erklärt: >Was wir wollen, ist die restlose Vernichtung der deutschen Wirtschaft.<«[6]

v

Dem amerikanischen Finanzier Bernard BARUCH gegenüber erklärte CHURCHILL im September 1938: »Der Krieg kommt sehr bald... Wir werden in ihm sein, und Ihr werdet in ihm sein. Du wirst die Dinge drüben erledigen, und ich werde hier in Reserve stehen.«[7]

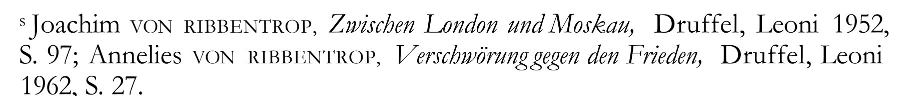


CHURCHILL 1939 bei der Arbeit während einer Zugfahrt.

CHURCHILL bestätigte am 21. Juni 1939 im *Paris Soir.* »Es liegt ein gut Stück Wahrheit in den Vorwürfen in bezug auf die gegen die Achsenmächte gerichtete Einkreisung, Es ist gegenwärtig nicht mehr nötig, die Wahrheit zu verbergen.«[8]

Kurz nach Kriegsbeginn erklärte CHURCHILL in einer Rundfunkansprache an das englische Volk: »Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.«[9]

CHURCHILL beauftragte im Juli 1940 den Labour-Führer und Leiter der Special Operation Executive (SOE), Hugh DALTON, mit der Aufgabe »Ablaze Europe« (setzt Europa in Flammen), Damit sollten alle Maßnahmen vereint werden, »die sich auf die Subversion und Sabotage gegen den Feind in Übersee« bezogen, insbesondere sollte der mörderische Partisanenkrieg eingeleitet werden.[10]



[5] Joachim VON RIBBENTROP, *Zwischen London und Moskau,* Druffel, Leoni 1952, S. 97; Annelies VON RIBBENTROP, *Verschwörung gegen den Frieden,* Druffel, Leoni 1962, S. 27.

[6] AIGNER, aaO. (Anm, 2), S. 141.

[7] Zitiert in: Dirk BAVENDAM, *Roosevelts Weg zum Krieg,* Herbig, München 1983, S. 364.

[8] Bolko Freiherr VON RICHTHOFEN, *Kriegsschuld 1939/41,* 1968, S. 1; Alexander Racker, »>Ich werde Deutschland an der Kehle würgen, bis sein Herz ausssetzt<« Teil III, in: *National-Zeitung,* 12. 3. 1965.

[9] Zitiert in: Hans GRIMM, *Warum- Woher- Aber wohin?,* Klosterhaus, Lippoldsberg [5]1979, S. 350.

[10] Georg FRANZ-WILLING, *Umerziehung,* Nation Europa, Coburg 1991, S. 50.

Am 27, April 1941 erklärte CHURCHILL in einer Rede: »Es gibt weniger als 70 Millionen bösartiger Hunnen — einige davon sind zu heilen, die anderen umzubringen.«[1']

[11] FRANZ-Wmjng, ebenda, S, 189 f.

Am Abend des 22. Juni 1941, nach Beginn des Ostfeldzuges, erklärte CHURCHILL in einer Rundfunkrede an die Engländer: »Wir haben nur ein Ziel, eine einzige unwiderrufliche Aufgabe. Wir sind entschlossen, H m a und jede Spur des Naziregimes zu vertilgen. Davon wird uns nichts abbringen - nichts. Wir werden uns nie auf ein Gespräch mit ihm einlassen, nie mit ihm oder einem aus seiner Bande verhandeln. Wir werden ihn bekämpfen zu Land, wir werden ihn bekämpfen zur See, und wir werden ihn in der Luft bekämpfen, bis wir mit Gottes Hilfe die Welt von diesem Scheusal befreit und sein Joch von den Schultern der Völker genommen haben,«[12]

[12] Winston CHURCHILL, *Der Zweite Weltkrieg,*}. P. Toth, Bd. 3, Hamburg 1949, S. 443.

CHURCHILL erklärte am 11. Dezember 1941, daß er den Deutschen »eine Lektion erteilen wolle, die auch in tausend Jahren nicht vergessen sein wird«.[13]

[,3] AIGNER, aaO. (Anm. 2), S. 140.

Am 11. Februar 1943 meinte CHURCHILL, daß der Friede mit Deutschland »hart und unerbittlich« sein werde.[14]

[14] Ebenda, S. 140 f.

Zu den Prinzipien der englischen und seiner Politik bekannte CHURCHILL: »Über 400 Jahre ist es das Ziel der Außenpolitik Englands gewesen, sich der stärksten, aggressivsten, vorherrschenden Macht auf dem Kontinent entgegenzustellen. . . Die Frage ist nicht, ob es Spanien oder die franzo-



»What price Churchill?« Die Frage beantwortete CHURCHILL am 10. Mai 1940 mit seinem berühmten Ausspruch: »Ich habe nichts zu bieten außer Blut, Mühsal, Schweiß und Tränen.« Aus: David IRVING, *Churchill. Kampf um die Macht,* **Herbig, München 1990.**

sische Monarchie oder das französische Kaiserreich oder das deutsche Kaiserreich oder das Hitlerregime war. Es hat nichts zu tun mit Herrschern oder Nationen, sondern es richtet sich einfach danach, wer jeweils der stärkste oder möglicherweise der beherrschende. . . ist.«[15]

[15] CHURCHILL, aaü. (Anm. 12), S. 257 f.

In seinem Buch *Grand Alliance* schrieb CHURCHILL: »Ich habe nur ein einziges Ziel, das ist die Vernichtung HITLERS, und mein Leben wird dadurch sehr vereinfacht.«[16]

[16] Zitiert in: Emrys HUGHES, *Churchill. Ein Mann in seinem Widerspruch,* Arndt, Kiel 1986, S. 140.

•

CHURCHILL erklärte am 21. September 1943 im Unterhaus. »Es gibt kein Ausmaß des Schreckens, dessen wir uns nicht bedienen werden, um die Ausrottung der Nazi-Tyrannei zu erreichen.«[1]

[17] HUGHES, ebenda, S. 140.

•

Bei der Diskussion mit ROOSEVELT und MORGENTHAU über den MORGENTH AU-PI an am 13. September 1944 in Quebec sagte CHURCHILL: »Was getan werden muß, soll jedenfalls schnell getan werden. Hängt die Verbrecher auf, aber schleppt die Angelegenheit nicht über Jahre hin.« Nachdem er erst gegen den MORGENTHAU-Plan gewesen war, wurde CHURCHILL von Lord CHERWELL. bearbeitet, der ihm erklärte, »der Plan würde durch die Ausschaltung eines gefährlichen Konkurrenten England vor dem Bankrott retten«. Daraufhin änderte der Kriegspremier seine Meinung über den Plan und sagte dann: »Warum sollte er nicht durchführbar sein?. ., Ich habe kein Verständnis für Leute, die immer Schwierigkeiten machen.«[18]

[18] Lord MORAN, *»Churchill«. Aus dem Tagebuch seines Leibarztes Lord Moran,* Droemer Knaur, München 1967, S. 199 f.; *Der Spiegel,* Nr. 52,18. 12. 1967, S. 74.

•

Interessante Urteile über CHURCHILL sind:

>»Je näher der Krieg rückt, desto besser steht es um Winstons Chancen - und umgekehrt«, notierte sich Neville CHAMBERLAIN im Sommer 1939 in sein Tagebuch, und als am 3. September der Krieg erklärt war, bestand Einigkeit zwischen zwei so verschiedenen Männern wie David LLOYD GEORGE und Stanley BALDWIN, daß >Winston seinen Krieg bekommen« habe und daß dies >Winstons Krieg« sei.«[19]

[19] AIGNER, aaO. (Anm. 2) , S. 122.

CHURCHILL vertrat den Gedanken, durch den Partisanenkrieg eine »europäische Revolution« zu entfesseln. »Die Ausführung übertrug er dem Labour-Führer Hugh DALTON, dem er am 16. Juli 1940 die Weisung erteilte, >Europa in Brand zu stecken«. DALTON sah in dieser Aufforderung einen Freibrief, durch provokativen Terror die Eskalation des Schreckens in Gang zu setzen und in ganz Europa »Anarchie und Chaos zu säen«.«[20]

[20] Ebenda, S. 138.

•

»CHURCHILL hat den Sinn dieses Krieges nie in etwas anderem gesehen als in der Vernichtung HITLERS und in der Brechung der deutschen Machtstellung in Europa.«[21]

[21] Ebenda, S. 140.

CHURCHILL **am Ziel seiner Wünsche? Der britische Premier beim Besuch der** zer**störten Reichskanzlei während der Potsdamer Konferenz,**



»Die Ansicht, daß Winston CHURCHILL ein großer Staatsmann mit prophetischen Gaben sei, ein Mann, dessen Unfehlbarkeit in Epochen voll internationaler Konflikte blind akzeptiert werden müsse, kann heutzutage nicht mehr mit Erfolg aufrechterhalten werden und ist aufs schärfste zu bekämpfen. Diese in die Irre führende Einschätzung CHURCHILLS ist zu einem großen Maße auf seine eigenen zahlreichen Schriften, seine Fähigkeit zu tönender Rhetorik und auf die Tatsache zurückzuführen, daß seine Politik im Zweiten Weltkrieg mächtigen Kräften in den USA, der Sowjetunion und anderen Teilen der Welt gute Dienste erwies. Sie vermehrten die Wertschätzung CHURCHILLS, weil sie ihn als bedeutendsten Sprecher für ihre Sache ansahen.«[22]

Der US-General Albert Coady WEDEMEYER kritisierte in seinen Erinnerungen CHURCHILL scharf: »CHURCHILL zeigte sich als unzureichender Stratege, als er auf die Frage: >Was ist Ihr Ziel?< am 13. Mai 1940 dem Unterhaus antwortete: >Ich kann mit einem Wort antworten: Sieg - Sieg um jeden Preis.<.. . Churchills beredsame Ansprachen waren für die Ermutigung seiner Anhänger nützlich, aber sein Mangel an klar umrissenen Zielen, außer: >die Deutschen töten< und >totaler Sieg um jeden Preis<, war unglaublich oberflächlich und im Grunde tragisch. . . Er führte Krieg wie ein Indianerhäuptling aus Arizona, der darauf erpicht ist, möglichst viele feindliche Skalpe zu erbeuten.«[23]

Rolf Kosiek

[22] Hut; H EIS, aaO, (Anm. 16), S. 298.

[23] Albert Coady WEDEMEYER, *Der verwaltete Krieg,* Mohn, Gütersloh 1958, S. 109 ff.



CHURCHILL, **Ölporträt von Douglas** CHANOORTS, **abgebildet in: David** IRVING, ***Schlachtführer gegen das Reich,* Arndt, Kiel 2007. (Ausschnitt)**

Zu Landes- und Hochverrat

Die Geschichtsentstellung und **-Verfälschung** - insbesondere in den Massenmedien und in Äußerungen deutscher Politiker — hat inzwischen in der Bundesrepublik Ausmaße angenommen, die beispiellos in der Geschichtsdarstellung sind. Solches gilt vor allem für die Ereignisse während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das läßt sich auch am Beispiel des sogenannten Widerstandes< gegen das NS-Regime und gegen Hitler nachweisen, besonders am Putsch des 20. Juli 1944, und erfordert deswegen eine Richtigstellung.

Um die Verbrechen deutscher Landesverräter, Saboteure, Meuterer und Wehrkraftzersetzer rechtfertigen zu können, heißt es in heutigen Reden und Schriften dazu, daß man gegenüber dem >NS-Unrechtsstaat< trotz seines abgeleisteten Eides nicht zur Treue verpflichtet gewesen sei.

Zunächst einmal muß klargestellt werden, daß man zwischen verschiedenen Formen des Widerstands unterscheiden muß. Richtet sich eine Verschwörung oder ein Putsch gegen eine Regierung, handelt es sich um Hochverrat. Die Beseitigung eines Tyrannen oder Diktators galt in der Geschichte nicht als unehrenhaft oder wurde sogar als verdienstvoll angesehen. Angesichts der Tatsache, daß das NS-Regime eine Diktatur darstellte, war es keineswegs unehrenhaft, wenn man sie innerlich ablehnte. Ein offener Widerstand war allerdings in der NS-Zeit angesichts der überlegenen Staatsmacht praktisch unmöglich. Tatsächlich fand alles, was heute



Bischof August VON GALEN äußerte sich im Dritten Reich vielfach kritisch. Hier wird er von den Bischöfen BERNING aus Osnabrück (links) und BORNEWASSER aus Trier am 21. Oktober 1933 vom bischöflichen Palais zur Bischofsweihe im Münsterer Dom begleitet.

als »Widerstand« bezeichnet wird, im Verborgenen statt. Wer sich aus der Deckung wagte, fand sich bald in einem Konzentrationslager wieder oder wurde, wie die Geschwister SCHOLL, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Nur hochrangige Geistliche wie der Bischof August VON GALEN konnten es wagen, öffentlich aufzubegehren. Nicht wenige Priester und Pfarrer haben zum Beispiel in Treue ihrem Glauben und in der Verantwortung den Gläubigen gegenüber öffentlich gegen das Regime Stellung bezogen und dafür KL-Haft oder gar die Hinrichtung riskiert. Diesen echten Märtyrern des Glaubens und des Gewissens stehen jene vielen anderen gegenüber, die sich dabei des Landesverrates schuldig gemacht haben, indem sie Staats- oder Militärgeheimnisse an ausländische Stehen, auch an Feinde des Reiches, verrieten. Nur von diesen soll im folgenden die Rede sein, von denen, die, soweit sie überlebten, nach 1945 Dutzende von Büchern veröffentlicht haben, in denen sie sich ihres Landesverrates rühmten, was ihnen dann oft mit Geld und Karrieren vergütet wurde.

Der erste Präsident des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe, Hermann WEINKAUFF, hat in seinem juristisch begründeten Gutachten vom Jahre 1956 das damals aufkommende Zerrbild vom»Unrechtsstaat« zurückgewiesen, indem er, wie jedem Staat der Welt, so auch dem NS-Staat »grundsätzlich das Recht zubilligte, sich durch Strafandrohungen gegen gewaltsame Angriffe auf seinen inneren und äußeren Bestand zu schützen«. Man muß deswegen zwischen Hoch- und Landesverrat streng unterscheiden. Heute werden oft die Grenzen zwischen Hoch- und Landesverrat verwischt. Man bezeichnet unterschiedslos alle, die sich als Gegner HITLERS und des NS-Regimes bekannten (viele erst nachträglich), als »Widerständler«. Aber zu allen Zeiten und in allen Ländern der Welt galt und gilt Landesverrat als ein Verbrechen gegenüber Volk und Vaterland und wurde und wird als solches streng bestraft. Das gilt auch allgemein für die Bundesrepublik Deutschland nach dem heute geltenden Strafrecht. Lediglich in Deutschland und Österreich konnten und können Landesverräter und Saboteure aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs sich als die »besseren Deutschen« darstellen und damit ihre Verratshandlungen rechtfertigen. Nur hierzulande werden sie als Helden oder Märtyrer geehrt, werden Straßen, Schulen nach ihnen benannt, während man alles tilgte, was an ehrenwerte deutsche Soldaten der Wehrmacht erinnerte, die ihr Leben für das Vaterland eingesetzt hatten.

Im Ausland ist das anders. Lord Haw-Haw (Spitzname des aus England stammenden Rundfunksprechers im Reichsrund funk William JOYCE), der im Zweiten Weltkrieg für die Deutschen (nur!) als Rundfunksprecher gearbeitet hatte, wurde von den Briten nach dem Krieg gehängt. Im britischen Sefton-DELMER-Kriegspropagandafunk gegen Deutschland des BBC arbeiteten während des Krieges Dutzende Deutsche, unter anderen

Otto JOHN und Sebastian HAFFNER (geboren als Reimund PRETZELL), die im Gegensatz dazu nach dem Krieg nicht bestraft wurden, sondern mit Ehren und Posten überhäuft und belohnt wurden.

Schon Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg hatten HITLER--Gegner gegen die eigene Staatsführung konspiriert und einen Putsch geplant. Als das mißlang, überschritten viele von ihnen bedenkenlos die Schwelle vom Hoch- zum Landesverrat, wobei sie sogar so weit gingen, die Anglo-Amerikaner zum Krieg gegen das Reich zu drängen. Dabei waren sie so naiv zu glauben, die Gegner wollten lediglich bei der Beseitigung HITLERS helfen. Daß die Briten das Deutsche Reich für immer zerstören wollten, kam ihnen wohl nicht in den Sinn. Zu diesen Akteuren gehörten vor allen Generaloberst Ludwig BECK als militärischer und Carl GOERDELER als ziviler Anführer. Ohne diese beiden sowie ohne CANARIS, VON WEIZSÄCKER und einige andere wäre es kaum zum versuchten Staatsstreich des 20. Juli gekommen. Denn dieser war teilweise nicht die verzweifelte Konsequenz patriotischer Offiziere aus der militärischen und politischen Lage oder dem Wissen von Kriegsverbrechen, sondern eher der zuvor immer wieder verschobene Höhepunkt eines jahrelangen Landesverrats, der unter anderem teilweise auch ursächlich für den Kriegsausbruch war, da den Feinden Deutschlands kurz vor dem Zweiten Weltkrieg bei Kriegsbeginn ein schneller Umsturz versprochen wurde, der sie zum Krieg mit veranlaßte.

Übrigens war auch der heute nur als Hochverräter vorgestellte Graf VON STAUFFENBERG bereits 1940 in Landesverrat verstrickt, als er zum Beispiel an konspirativen Treffs in Paris unmittelbar nach dem siegreichen Westfeldzug teilnahm.[1] Hinzu kommt, daß STAUFENBERG und Mitverschwörer unmittelbar nach einem erfolgreichen Putsch das Deutsche Reich sofort den Westalliierten und den Sowjets bedingungslos ausliefern wollten.

Ein rigoroses Bekenntnis deutscher Historiker und Politiker zur ungeschminkten Wahrheit hätte zur Folge, was die umerzogenen, vom politischen Willen der Sieger gegängelten Deutschen verlernt haben: eine Versöhnung mit der eigenen Geschichte und die Durchsetzung einer echten Souveränität. Das bedeutete eine Abkehr von ritualisierter >Vergangenheitsbewältigung<, von der heutigen >staatstragenden Tradition<, die sich so stark auf den sogenannten Widerstand« gegen HITLER beruft.

Deutschland dürfte das einzige Land in der Welt sein, das eine der umstrittensten Verratshandlungen seiner Geschichte jährlich zum Anlaß eines feierlichen Gelöbnisses seiner Soldaten nimmt. Jeweils am 20. Juli findet in der BRD eine Gelöbnisveranstaltung zum Gedenken an den angeblich von den Nationalsozialisten erschossenen Claus VON STAUFFENBERG statt.- In Wirklichkeit wurden Oberst Claus Schenk VON STAUF-

[1] Karl BALZER, *Verschwörung gegen Deutschland,* K. W Schütz, Preußisch Oldendorf 1978, S. 253, mit Bezug auf Anthony Cave BROWN, *Die unsichtbare Front,* Kurt Desch, München 1976, S. 197.

[2] So formulierte es die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* noch am 19. Juni 2007 auf der Titelseite. Einsprüche dagegen beachtete sie nicht.

FENBERG und sein Helfer, der General der Infanterie Friedrich OIBRICHT, nicht durch die >Nazis< ermordet, sondern auf Befehl ihres Mitverschwörers Generaloberst Fritz FROMM am Abend des 20. Juli 1944 ohne militärische Gerichtsbarkeit eiligst liquidiert, um Zeugen für FROMMS eigene Beteiligung am Putsch zu beseitigen. Generaloberst I .udwig BECK wurde von Mitverschwörern gezwungen, sich selbst zu erschießen, was aber diesem nicht gelang, worauf er von diesen einen >Gnadenschuß< erhielt. Weitere gefährliche Zeugen waren ebenfalls auf Befehl FROMMS verhaftet worden und sollten liquidiert werden. Doch in der Nacht nach dem 20. Juli trafen SS-Hauptsturmführer Dipl.-Ing. Otto SKORZENY mit SS-Einheiten und der Chef des SS-Sicherheitshauptamtes, Dr. Ernst KALTENBRUNNER, im Berliner Bendlerblock, der vorbereiteten Zentrale der Putschisten, ein. Sie verboten jede weitere Erschießung und ordneten Verhaftungen an. Es gelang FROMM deshalb nicht, seine Mitverschwörung durch Erschießen aller Mitwisser zu verwischen. Im April 1945 wurde auch er wegen erwiesenen Landes- und Hochverrats hingerichtet.

Im schweren Abwehrkampf Deutschlands waren die Putschisten und ihre in höchsten Staatsämtern und Vertrauensstellungen befindlichen Hintermänner der kämpfenden Truppe in den Rücken gefallen und hatten damit ihr Land auch an STALINS Rote Armee verraten - angeblich, weil sie HITLERS Krieg beenden und Deutschland retten wollten. Dabei waren viele selbst maßgeblich am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beteiligt gewesen, sie hatten die Briten in verantwortungsloser Weise 1939 zu militärischen Handlungen gegen das Reich gedrängt und versprochen, HITLER im Falle eines Kriegsausbruchs sofort zu stürzen.

Damit aber haben sie der von der anglo-amerikanischen Kriegspartei befürworteten Kriegsstrategie gegen Deutschland mit zum Durchbruch verhelfen. Das muß als Verbrechen gegen das eigene Volk und gegen den Frieden in der Weit angesehen werden. Von den deutschen Landesverrätern (und den USA) gedrängt, hatten die Briten mit ihrer bedingungslosen Polen-Garantie eine provokante Politik betrieben, die Warschau in den Krieg gegen Deutschland bringen sollte. Die Putschisten waren durch ihre Verbindungsmänner zu den Alliierten nach Kriegsausbruch auch voll darüber informiert, daß die Westmächte auch nach einem erfolgreichen Putsch nur die bedingungslose Kapitulation Deutschlands angenommen hätten.

Daß sie dazu bereit waren, zeigt die Tatsache, daß sie dem amerikanischen Geheimdienstbeauftragten des OSS im Juli 1944 durch GlSevius alle Einzelheiten eines Planes zur Ermordung HITLERS mitteilten und sich bereit erklärten, sich den russischen ebenso wie den amerikanischen und britischen Streitkräften bedingungslos zu ergeben, sobald HITlER tot sei. Das aber hätte mit Sicherheit ein fürchterliches Chaos und einen

entsetzlichen Bürgerkrieg in Deutschland zur Folge gehabt, was allerdings im Sinne der britischen Kriegführung gewesen wäre.

1963 schrieb der schottische Referend Peter H. NICOLL: »Auf der anderen Seite bedeutete es für Deutschland eine gewaltige Herausforderung, zu erkennen, daß, während es bis zum letzten Atemzug buchstäblich um seine Existenz kämpfte, zahlreiche umstürzlerische Kräfte am Werk waren, um es von innen zu vernichten. Man kann die äußerste Härte, mit der gegen diese Umstürzler verfahren wurde, verstehen. Auch kann niemand daran zweifeln, daß sie in England ebenso übel gefahren wären, wenn wir es unter ähnlichen extremen Verhältnissen mit ihnen hätten aufnehmen müssen.«[3]

1940, als noch viele Tausende von Engländern den Krieg offen ablehnten, wurden diese britischen Kriegsgegner — oft für Jahre — nach der als »18 B« bekannten Verordnung in Großbritannien in Konzentrationslager oder in Gefängnisse gebracht:

»Dieses Gesetz bestimmte, daß die britische Regierung alle Personen ergreifen und inhaftieren konnte, ohne formelle Anklage und auf den bloßen Verdacht hin, daß sie mit Deutschland sympathisierten oder sich gegen den Krieg auflehnten. Auf Grund dieses tyrannischen Gesetzes wurden viele prominente wie auch obskure Persönlichkeiten ins Gefängnis geworfen.«[4]

Im britischen Unterhaus kommentierte der Kriegspremierminister Winston CHURCHILL am 2. August 1944 den gescheiterten Putsch mit folgenden Worten: »Nicht nur die einst stolzen Armeen werden an allen Fronten zurückgedrängt, sondern auch in der Heimat haben sich gewaltige Ereignisse zugetragen, die das Vertrauen des Volkes und die Treue der Truppen in ihren Grundfesten erschüttern müssen. Die höchsten Persönlichkeiten im Deutschen Reich morden einander und versuchen dieses, während die von Rache erfüllten Armeen der Alliierten ihren Ring immer enger schließen. Diese Vorgänge in Deutschland sind Kundgebungen einer inneren Erkrankung. So entscheidend sie sein mögen, wir dürfen unser Vertrauen nicht in sie, sondern in unseren eigenen starken Arm und die Gerechtigkeit unserer Sache setzen.«[5]

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich die juristische Beurteilung sozialistischer, kommunistischer und bürgerlicher Widerstandsgrup-

1 Peter H. NICOLL, *Englands Krieg gegen Deutschland,* Graben, Tübingen 2T999.

4 Ebenda, S. 207: Colin CROSS, *The Fascists in Britain,* London 1961, bester Bericht über politische Verfolgung in England unter der Diktatur CHURCHILLS. Er betont zwar in erster Linie die Verfolgung der britischen Faschisten durch CHURCHILL, gibt aber einen guten Einblick in die Verfolgungen überhaupt.

5 Karl BALZER, *Der 20. Juli und der Landesverrat,* K. W. Schütz, Göttingen 1971.

iv/i J -. ____i____i \R_

pen und der Emigranten, die mit Landesverrat gegen Deutschland gearbeitet und den Landesfeinden gedient hatten. Die Gültigkeit dieser strengen Gesetz- und Rechtmäßigkeit muß in einem Staat wie dem Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland eigentlich gelten. Im Nürnberger Prozeß hatte der Verteidiger von Hjalmar SCHACHT in bezug auf den Landesverräter GISEVIUS erklärt: »Patriotismus bedeutet Treue gegen Vaterland und Volk und Feindschaft bis aufs Messer gegen jeden, welcher verbrecherisch das Vaterland und das eigene Volk ins Elend und Verderben fuhrt. Ein solcher Führer ist ein Feind des Vaterlandes, in seiner Wirkung vielfach gefährlicher als der Kriegsgegner. Gegen eine solche verbrecherische Staatsführung ist jedes, aber auch jedes Mittel recht.., Hochverrat gegen eine solche Staatsführung ist wahrer und echter Patriotismus und als solcher höchst moralisch, auch im Kriege.«[6]

[6] Internationales Militär-Tribunal (Hg.), Nürnberg 1947, Bd. XVIII S. 315, Dr. Dix, 15. 7. 1946.

Wenn aber nun diejenigen, denen jedes Mittel — auch der Landesverrat — recht ist, diese auch dann anwenden (wollen), »wenn das ganze Volk zugrunde geht« (Dietrich BONHOEFFER) und »ganz Deutschland verwüstet wird« (Karl BARTH), dann ist dieses Vorhaben kein Patriotismus mehr, sondern eher ein Verbrechen am eigenen Volk.

Beim Widerstand des 20. Juli kommt noch hinzu, daß mindestens ein Teil der Verschwörer wußte, daß sie mit ihrem Verrat einem Feind halfen, der beabsichtigte, das zu stark gewordene Deutsche Reich endgültig zu zerstören.

Nach der Gründung der Bundesrepublik 1949 und dem Ende der Besatzungsherrschaft verboten die Westalliierten im Überleitungsvertrag von 1952 die Bestrafung jener, die vor oder während des Krieges Handlungen zugunsten des Feindes und zum Schaden Deutschlands zu verantworten hatten. Diese ließen sich sogar als Widerstandshelden oder gar als Märtyrer feiern. Wer überlebt hatte, konnte sich deshalb einer sicheren Karriere oder gar einer hohen Entschädigung gewiß sein, erst recht, wenn er sich den Siegern als »Umerzieher zur Verfügung stellte. Wer dazu noch die Kollektivschuld der Deutschen, deren alleinige Schuld am Ausbruch des Krieges und andere Geschichtslügen, nachbetete, dem wurden sogar Lizenzen für Zeitungen, Zeitschriften, Buchverlage, Sender bevorzugt gegeben, was praktisch auch die Lizenz zum Gelddrucken bedeutete. Aus diesem Grunde erstaunt es dann keineswegs mehr, daß viele dieser >Widerständler< sich ihrer Untaten rühmten. Von solchen Schriften sei an dieser Stelle eine kleine Auswahl gebracht:

- BITTF.NFF.I,D, Hans Herwarth von, *Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931-1945,* Frankfurt-Beriin-Wien 1982
- GISEVIUS, Hans Bernd, *Bis zum bitteren Ende,* Zürich 1946
- KORDT, Erich, *Nicht aus den Akten*, Stuttgart 1950
- MÜLLER, Josef, *Bis zur letzten Konsequenz* München 1975

- SCHACHT, Hjalmar, *76 Jahre meines Lebens,* Bad Wörishofen 1953
- SCHLABRENDORFF, Fabian von, *Offiziere gegen Hitler,* Zürich 1946
- WEIZSÄCKER, Ernst von, *Erinnerungen,* München 1950
- WIEDEMANN, Fritz, *Der Mann, der Feldherr werden wollte,* Velbert 1964

Was all diese Personen an Verrat vollbracht haben, aber auch vieles, was sie tunlichst verschwiegen, kommt nach Jahrzehnten allmählich ans Licht der Öffentlichkeit Nach und nach öffnen sich die Archive der Alliierten und zeigen das wahre Bild des »Widerstandes«. Da aber die Briten den Verrat lieben und den Verräter verachten, kommt dabei auch Unrühmliches zum Vorschein. Dies aber möchten unsere politische Klasse und alle Gutgläubigen nicht sehen.

Die deutschen Widerstandskreise lassen sich grob in drei Hauptgruppen unterteilen, in:

1. die zivilen und militärischen Kreise (Schwarze Kapelle),
2. die Emigranten im Dienste der Alliierten,
3. die Kommunisten im Dienste Moskaus (Rote Kapelle),
4. die Saboteure in hohen Dienststellen.



[7] Hans MEISER, *Verratene Verräter— Die Schuld des »Widerstandes« an Ausbruch und Ausgang des Zweiten Weltkrieges,* Druffel, Inning ^{2}2007.

Im folgenden sollen einige wenige Beispiele das Ausmaß des Landesverrates ziviler und militärischer Personen andeuten. Wer sich darüber hinaus über den gesamten Landesverrat der »Widerstands«-Kreise informieren will, findet die wesentlichen Fakten in dem Buch *Verratene Verräter.*

Carl GOERDELER, der Kopf des zivilen »Widerstandes«, der angeblich den Frieden retten wollte, drängte England geradezu in den Krieg, als er



Carl Friedrich GOERDELER, zwischen Winifred WAGNER und Adolf HITLER, sitzend, in den dreißiger Jahren bei einer Richard-Wagner-Feier im Leipziger Gewandhaus.



Admiral Wilhelm CANARIS **(links mit Hut) bei einer seiner zahlreichen Spanien-Reisen, wo er enge Kontakte zum britischen Geheimdienst MI-5 und dem amerikanischen OSS unterhielt. Siehe: Friedrich** GEORG, *Verrat in der Normandie,* **Grabert, Tübingen '2007, S. 197 f.**

Ende 1938 forderte, daß die »westlichen Demokratien offen intervenieren oder den Präventivkrieg riskieren« sollen. Zuvor, im September 1938, hatte er den Briten geraten: »Geben Sie keinen Fußbreit nach, HITLER ist in einer sehr schwierigen Lage. Sorgen Sie dafür, die Verantwortung für irgendwelche Gewaltanwendung auf seine Schultern zu schieben.«[8]

Um die antideutsche Stimmung in England zu schüren und dieses in den Krieg zu drängen, behauptete GOERDELER dort im Januar 1939 ohne Beweise, daß HITLER Holland und die Schweiz angreifen werde, um ein Pfand gegen die Westmächte in der Hand zu haben.[9]

Gegenüber Sir ROBERTS behauptete GOERDELER in England tags darauf, daß HITLER einen Angriff für die allernächste Zukunft im Westen beschlossen habe, daß er mit den Niederländern Streit suchen und dann Holland, Belgien und die Schweiz erobern werde.[10]

In den kritischen Monaten des Jahres 1939, als es eigentlich galt, einen Krieg zu verhindern, riet GOERDELER dem Briten ASHTON-GWATKIN:

»Die einzige Chance, HITLER und die Armee zu trennen, wäre die, Deutschland und Italien in einen Krieg zu verwickeln.«[11]

Auch der Major Ewald VON KLEIST-SCHMENZIN betätigte sich als Landesverräter. Mit Wissen von Ludwig BECK, CANARIS und OSTER reiste er am 18. August 1938 nach London und sprach dort mit CHURCHILL, Lord LLOYD und Robert VANSITTART.[12] Gegenüber letzterem erklärte er, daß HITLER zum Kriege entschlossen sei. In dem anschließenden Gespräch vom 19. August betonte er gegenüber CHURCHILL, daß nach der Beseitigung HITLERS »ein neues Regierungssystem innerhalb 48 Stunden errichtet werden könne«.[11]

[8] FO 371/21664, 29. 9. 1938.
[9] FO 371/22961, C 887, 20. 1. 1939.
[10] FO 371/22961, C 864, 21. 1.1939.
[11] FO 371/22973, C 8004, 30. 5. 1939.
[12] FO 371/21731, C 8451,17. 8. 1938.

KLEIST-SCHMENZIN traf sich in Berlin auch noch mit Jan COLVIN, Englands Meisteragenten. Dieser schrieb später, daß »jeder einzelne kurze Satz, den er sagte, genügt hätte, ihn [KLEIST] sofort zum Tode verurteilen zu lassen«.[14]

Rittmeister a. D. VON KOERBER erklärte im August 1938 dem englischen Militärattache MASON-MACFARLANE, daß alles von der bridschen Haltung abhänge, die deutsche »Kriegspartei« zu besiegen. Deshalb müsse es in den Krieg eintreten, damit dieser nicht »nur drei Monate, sondern drei Jahre dauere«.[15]

Zu den >Widerständlern< aus höchsten politischen Kreisen um den Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt Ernst VON WEIZSÄCKER gehörte der Gesandtschaftsrat Erich KORDT, der Leiter des deutschen Londoner Botschafterbüros. Er übergab am 7. Februar 1938 Außenminister Hui.], im State Department in Washington eine von ihm gefälschte Version des Berichtes A, 5522, den RIBBENTROP als »Streng vertraulich« an HITLER gesandt hatte.[16]

Fabian VON SCHLABRENDORFF hat in seinem Buch unter anderem geschrieben: »Erfolg HITLERS unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verhindern, auch auf Kosten einer schweren Niederlage des Dritten Reiches, war unsere dringlichste Aufgabe.«[1"]

Ernst VON WEIZSÄCKER, Staatssekretär im Berliner Auswärtigen Amt, hatte, wie er selbst schrieb, im Mai 1938 begonnen, seine »Doppelrolle« aktiv zu spielen.[11*] Bei einem Geheimtreffen im Berliner Tiergarten verriet er am 27, Juli 1938 dem Hohen Kommissar von Danzig, C. J, BURCKHARDT, »in vollster Offenheit und ohne jede Vorsichtsmaßregel« alles über seine Konspiration mit dem potentiellen englischen Gegner wie auch über die geheime Mission Erich KORDTS, KOERBERS und KLEIST-SCHMENZINS, ferner, daß ein Attentat auf HITLER bevorstehe und »wie weit er selbst in die Verschwörung verstrickt war«." WEIZSÄCKER selbst nannte sein Gespräch mit BURCKHARDT einen »riskanten und ungewöhnlichen Schritt, der natürlich hinter dem Rücken der Staatsleitung ausgeführt

[13] DBFP (Documents on British Foreign Policy, London, Vol. I Serie D), 11, S. 687 f.

[14] ColVIN, *Vansittart in office*, S. 210 f.

[15] FO 371/21730, 4.8.1938.

[16] Erich KORDT, *Nicht aus den Akten,* Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1950, S. 94 ff.

[17] Fabian VON SCHIABRENDORFF, *Offiziere gegen Hitler,* Askona/New York 1946, S. 38.

[18] Ernst VON WEIZSÄCKER, *Erinnerungen,* München 1950, S. 165.

" Carl Jacob BURCKHARDT, *Meine Danziger Mission,* Georg D. W. Callwey, München [2]1960, S. 182 f.

worden sei«, und er bezeichnet seine Handlungsweise als ein »doppeltes Spiel in amtlicher Stellung«.2" Dabei ist allerdings in Rechnung zu stellen, daß BURCKHARDT bekanntlich manchmal großzügig mit der Wahrheit umging

[30] Ebenda, S. 178.

Tatsächlich war es bis dahin in Deutschland noch nie vorgekommen, daß höchste Beamte wie Staatssekretär Ernst VON WEIZSÄCKER und oberste Militärs wie Generaloberst Ludwig BECK und Admiral Wilhelm CANARIS einen potentiellen Feind aufforderten, gegen ihr eigenes Land, gegen Deutschland, vorzugehen.

Der amerikanische Historikers. T. POSSONY - Hoover Institution, Stanford/Californien, USA - befaßt sich in seinem Werk *zur Bewältigung der Kriegsschuldfrage* (Köln 1968) mit den »Maßstabsfragen sittlichen wie politischen Handelns«. Was die Schuld kleiner Gruppen oder Einzelpersonen betrifft, so nimmt er die folgende grundsätzliche Stellung ein:

Könne man CHAMBERLAIN noch zugute halten, daß er glaubte, seine törichte Deutschlandpolitik diene dem Besten seines eigenen Landes, so könne dem Handeln der deutschen Verschwörer dieses Prädikat nicht zuerkannt werden, denn alle ihre Maßnahmen wurden »wissentlich im Interesse der Feinde« getroffen, jetzt, da ein Teil der bisher versiegelten CHAMBERLAIN-Papiere zu unserer Kenntnis gekommen ist, wird allmählich der ganze Umfang des verräterischen Wirkens der Verschwörer bekannt. Diese legten Wert auf ihr sittliches Widerstreben gegen Gewaltpolitik. Aber sie versuchten seit 1938, den Kriegsausbruch zu erzwingen, um die Reichsregierung mit Gewalt zu beseitigen. J. F. TAYLOR schreibt dazu:

»General Ludwig BECK ist der erste Soldat gewesen, der für sich das Recht in Anspruch nahm, in die Politik aufgrund moralischer Überlegungen einzugreifen, ohne zugleich Staatsmann zu sein.

Zumindest darf aber das Aufsagen des Gehorsams nicht so weit gehen, daß der sittlichen Verpflichtung zum Widerstand alle anderen Werte geopfert werden, deren Integrität ebenso wichtig ist wie der Befehi des eigenen Gewissens. Es gehört schon ein übermäßiges Vertrauen in die Richtigkeit der eigenen Ansicht dazu, die Meinung der anderen unberücksichtigt zu lassen. Zudem ist es auch vom christlichen Standpunkt aus anfechtbar, dem Gegner im Osten Divisionen zu opfern.«

Nachbemerkung:

Die heute geltenden Strafgesetze der Bundesrepublik Deutschland bezüglich Hochverrat (§§81-83 StGB) und Landesverrat (§§93-101 StGB) unterscheiden sich im wesentlichen von denen des Deutschen Reiches nur dadurch, daß die Todesstrafe abgeschafft wurde. Sie sehen also in Hoch- und Landesverrat noch immer einen schweren Straftatbestand.

Hans Meiser

Der angebliche Widerständler Rommel

Generalfeldmarschall Erwin ROMMEL gehört in Im- und Ausland zu den bekanntesten und am höchsten angesehenen Persönlichkeiten des Zweiten Weltkriegs.

jahrzehntelang hatte man sich bemüht, die lange im öffentlichen Bewußtsein durchaus umstrittene Widerstandsbewegung als positives Gegenbild zur nationalsozialistischen Diktatur in den Rahmen der deutschen Geschichte einzuordnen. Hierzu erschien es wichtig, eine angesehene und im deutschen Volk tief verwurzelte Persönlichkeit wie den >Wüstenfuchs* Erwin ROMMEL als Widerstandshelden in Beschlag zu nehmen.

Besonders das Buch von ROMMELS ehemaligem Generalstabschef in Frankreich und späterem Oberbefehlshaber der NATO in Europa, General SPEIDEL, trug mit viel Pathos dazu bei, das Bild ROMMELS als eines Widerstandshelden zu formen. SPEIDELS 1949 unter Mitwirkung des Schriftstellers Ernst JÜNGER verfaßtes Erinnerungsbuch *Invasion 1944* beschreibt sehr eindrucksvoll, wie ROMMEL in den Widerstand eingebunden wurde und schließlich zu einem führenden Mitglied der Anti-Hit-lER-Verschwörung des 20. Juli 1944 geworden sein soll.[1] Dabei habe der Generalfeldmarschall mit Carl-Friedrich GOERDELER, dem Haupt des zivilen Widerstands, dem Stuttgarter Oberbürgermeister Karl STRÖLIN, Generaloberst Ludwig BECK, Oberst VON STAUFFENBERG und dem Nachschubchef General Eduard WAGNER eng zusammengearbeitet. Dies sei so weit gegangen, daß ROMMEL in einem Gespräch mit Cäsar VON HOFACKER am 9. Juii 1944 sich den Verschwörern des 20. Juli voll zur Verfügung gestellt habe: »ROMMEL war kaum zu halten, er wollte am liebsten gleich losschlagen. Er scheint entschlossen, auch dann zu handeln, wenn die Pläne im Reich versagen.« Ohne es zu wissen, war ROMMEL in der Nacht zum 10. Juli 1944 Gegenstand vieler Trinksprüche der Verschwörer.

In der Nachkriegszeit wurde das von General SPEIDEL geschaffene RoMMEL-Bild als das eines wahren Widerstandskämpfers und tragisch verhinderten Retters des Reiches begeistert von einem großen Teil der Presse aufgenommen.

Dies förderte nicht nur SPEIDELS eigene Bundeswehrkarriere, sondern verhalf auch der ehemaligen Wehrmachtgeneralität zu einer Kontinuität mit der neuen Bundeswehr und rechtfertigte den mit Verdacht und Argwohn in weiten Kreisen der Öffentlichkeit betrachteten ehemaligen Widerstand.

Kasernen wurden nach ROMMEL benannt, und einer der neuen Lenkwaffenzerstörer der Bundeswehr trug stolz den Namen des Generalfeldmarschalls.

[1] Hans SPEIDEL, *Invasion 1944. Ein Beitrag zu Rommels und des Reiches Schicksal,* Rainer Wunderlich, Tübingen [5]1949.

Forschungen der letzten Jahre haben jedoch erwiesen, daß dieses Nachkriegsbild Feldmarschall ROMMELS ziemlich falsch sein dürfte. Tatsächlich war ROMMEL nie ein politischer Kopf und erst recht kein Verschwörer.[2-4] Wurde der Öffentlichkeit hier über Jahrzehnte ein Bär aufgebunden?

Am 5. Januar 1944 wurde ROMMEL von HITLER nach Frankreich entsandt, um die Abwehr der gefürchteten alliierten Invasion zu verstärken. Als er dort ankam, war er über den Rückstand bei den bis dahin geleisteten deutschen Anstrengungen entrüstet. Man war an das faule Leben in der Etappe gewöhnt, und es wurde auch nicht davor zurückgeschreckt, ROMMEL bei seinen Visiten der Strandbefestigungen systematisch mit Tricks zu täuschen. Dennoch begannen sein Optimismus und sein Engagement Wunder zu wirken, und die neue Front im Atlantik wurde täglich stärker.

Im Februar 1944 hatte der »Wüstenfuchs* bei einem Heimataufenthalt politische Annäherungsversuche des Stuttgarter Oberbürgermeisters und führenden Widerständlers Karl STRÖLIN zurückgewiesen, und als er einige Tage danach in Brüssel mit Generaloberst VON FALKENHAUSEN, dem Militärbefehlshaber in Belgien, zusammentraf, setzte er den Nazigegner in helle Empörung, als er die frisch-fröhliche Ansicht äußerte, er werde dem Feind bei seiner Landung an der Küste eine schwere Niederlage beibringen. Wie hätte ROMMEL reagiert, wenn er gewußt hätte, daß im Dezember 1943 führende deutsche Kreise den Amerikanern über Kanäle in der Türkei und der Schweiz ihre Mitarbeit nicht nur zum Gelingen der geplanten Invasion, sondern auch bei einer alliierten Besetzung Deutsch-

[2] Thomas VOGEL, *Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1935-45,* Wittler, Hamburg «2001,5. 433-447.

[3] Friedrich GEORG, *Verrat in der Normandie,* Graben, Tübingen [2]2007, S. 281-285.

[4] David IRVING, *Schlacht um Europa,* DSz, München 2004, S. 39, 78, 159, 163 ff. u. 210.



Nachdem ROMMEL mit **der Abwehr der bevorstehenden Invasion betraut worden war, war er tagtäglich zu den einzelnen Strandbefestigungen und zu seinen Truppen unterwegs. Hier inspiziert er einen abgeschossenen britischen Lastensegler an der Orne im Juni 1944.**






Führende Vertreter der Verschwörergruppe. *Von links:* **Karl** STRÖLIN, **Heinrich** VON STÜLPNAGEL, **Eduard** WAGNER **und Alexis** VON ROENNE. ROMMELS **Bemühungen, alle Kräfte zu bündeln, wurden von ihnen erfolgreich sabotiert.**

lands und zur Erreichung einer totalen Kapitulation Deutschlands angeboten hatten?

Am 4. März 1944 unterschrieb **ROMMEL** zusammen mit den Marschällen VOM KLEIST, BUSCH, MANSTEIN und WEICHS eine Ergebenheitsadresse für **HITLER** unter Zurückweisung des Verrats »gewisser Generale, die bei Stalingrad gefangengenommen wurden oder desertiert sind«.

ROMMELS Verhängnis begann am 15. April 1944, als Generalleutnant Hans **SPEIDEL** sein neuer Stabschef wurde. ROMMEL bemerkte nicht, daß SPEIDEL ihm von HITLERS Widersachern im Generalstab zugeteilt worden war, um die Landung der Alliierten in Frankreich zu erleichtern und ROMMELS Heeresgruppe im Sinne des geplanten Umsturzes zu beeinflussen.

Mitglieder von ROMMELS Stabs berichteten in der Nachkriegszeit, daß in Abwesenheit des Feldmarschalls in ROMMELS Hauptquartier sehr »defätistische« Äußerungen üblich waren, während man in Anwesenheit von ROMMEL derartige Gespräche nicht mehr führte. SPEIDEL gelang es, einen starken geistigen Einfluß auf den schlichten, offenherzigen Soldaten ROMMEL auszuüben.

Der zweite Faktor, der ROMMELS Zukunft bestimmte, war, daß seine eigene Feindaufklärung von Verschwörern beeinflußt wurde. So suggerierte der Chef der Generalstabsabteilung »Fremde Heere West‹, Alexis VON ROENNE, bis Juli 1944 erfolgreich, daß die Alliierten im Pas-de-Calais landen würden und daß die Landung in der Normandie nur ein Trick sei. Vorher hatte man erfolgreich die rechtzeitige Weiterleitung von Meldungen über Ort und Zeit der Landung unterdrückt.

Auch führten falsche, übertriebene Stärkeangaben der alliierten Heere durch SPEIDEL und VON ROENNE dazu, daß sich ROMMELS ursprünglicher Optimismus immer mehr verdüsterte und er schließlich an die Unausweichlichkeit der deutschen Niederlage in Frankreich zu glauben begann.

Am 12. Mai 1944 kam der mächtige Generalquartiermeister Eduard WAGNER in ROMMELS Hauptquartier. Während ROMMEL mit großem En-



Ende Mai 1944 fand im >Führerhauptquartier< ein Gespräch zwischen HITLER und ROMMEL statt, der über seine Arbeit am Atlantikwall und die Entwicklung der Abwehrmaßnahmen berichtete (in der Mitte: Wilhelm KEITEL). ROMMEL schrieb anschließend an seine Frau: »Der Führer vertraut mir, und das genügt mir.«



SPEIDEL hatte ROMMEL überredet, den 50. Geburtstag seiner Frau am 5. Juni 1944 im schwäbischen Herrlingen zu feiern (rechts: Manfred ROMMEL). Am nächsten Morgen fand die Invasion statt...

gagement vergeblich versuchte, Verstärkungen für die Front am Atlantikwall zu bekommen, ging es WAGNER in Wirklichkeit nur um Beratungen mit SPEIDEL über HITLERS Sturz. Auch wurde hinterher in ROMMELS Rücken im Hauptquartier von La Roche-Guyon ein reges Kommen und Gehen von hochstehenden Persönlichkeiten der Verschwörung verzeichnet, die aber dort nur auftauchten, wenn ROMMEL auf Inspektion war, wie es aus Tagebüchern eindeutig hervorgeht. So verfaßte der Schriftsteller Ernst JÜNGER, Hauptmann im Stab des Verschwörers VON STÜLP-

NAGEL, eine Friedensschrift für die Verschwörer. Während sein Stabschef anderen Verschwörern gegenüber äußerte: »Im Herbst ist der Krieg in Europa vorbei«, meldete ROMMEL am 16. Mai 1944 HitleR stolz: »Die Stimmung von Führung und Truppe ist zuversichtlich, .,«, und er schrieb, nachdem er das erste Mal in seinem Leben mit HITLER telefoniert hatte, anschließend darüber an seine Frau nach Hause: »Er war in bester Sümmung und hielt mit Anerkennung zu unserer Arbeit im Westen nicht zurück. Ich hoffe nun, rascher vorwärts zu kommen als bisher.« Auch Admiral RUGE, der durch einen Kopfhörer mitgehört hatte, war von HITLERS Äußerungen begeistert.



Hans SPEIDEL, ROMMELS Stabschef, spielte eine entscheidende Rolle bei der Desorganisation der Abwehr und der Blockierung der Reserven.

Das wichtigste Problem für die Verschwörer war, ROMMEL für ihre Sache zu gewinnen. Sie brauchten den Namen des Generalfeldmarschalls, um ihr Vorgehen der Masse der deutschen Soldaten nach der geplanten Beseitigung HITLERS verständlich zu machen.

Von SPEIDEL veranlaßt, den Geburtstag seiner Frau in Deutschland zu feiern, war ROMMEL in den entscheidenden Stunden des 6. Juni 1944 nicht an der Front. Die Verschwörer hatten so leichtes Spiel, den Gang der Ereignisse in ihrem Sinne zu lenken und den Erfolg der alliierten Landung zu sichern. Das wütende Oberkommando der Wehrmacht befahl ROMMELS Führungsstab deshalb am 9. Juni 1944 genau zu untersuchen, ob es stimme, daß die deutschen Truppen nicht alarmbereit gewesen seien. ROMMEL stellte sich jedoch wie ein guter Vorgesetzter schützend vor seine und VON **RuNDSTEDTS** Offiziere und unterband alle weiteren Nachforschungen. Am 8.Juni 1944 teilte ROMMELS Ia der 7. Armee in der Normandie mit: »Die Untersuchungskommission zur Klärung der Vorgänge vom 05./06. Juni kommt nicht mehr zum Zuge.«

Das Spiel, das SPEIDEL und seine Freunde wirklich mit ihm spielten, scheint ROMMEL tragischerweise bis zum Ende nicht durchschaut zu haben. Noch im September 1944 schrieb Erwin ROMMEL in einem Brief zur Verteidigung des zwischenzeitlich verhafteten Generals SPEIDEL an HITLER: »Wenn ich an die Front fuhr, was beinahe täglich der Fall war, konnte ich mich darauf verlassen, daß SPEIDEL meine Befehle, wie zuvor besprochen, an die Armeen gab und mit Vorgesetzten und gleichgestellten Dienststellen alle Besprechungen in meinem Sinne führte.« In Wirklichkeit begab sich, kaum daß ROMMEL morgens an die Front abgefahren war, der Stab der Heeresgruppe B in den Tischtennisraum, um sich dort zu ergötzen. Statt Stabsarbeit gab man falsche Berichte über die Frontlage heraus und beobachtete die daraus folgenden Fehlentscheidungen anderer.

»Der Cognac belebte in warmen, goldenen Strömen die Unterhaltung.« Originalton Ernst JÜNGER, zitiert nach: David IRVING, *Schlacht um Europa,* DSZ, München 2004, S. 84 f.

Am 17. Juni 1944 kam es in Margival zu einer Konferenz zwischen HITLER, dem Chef des OKW, sowie den Feldmarschällen VON RUNDSTEDT und ROMMEL mit ihren Stäben.

SpeiDEL schrieb in der Nachkriegszeit, daß es damals zu einem erbitterten Streit zwischen HITLER und ROMMEL gekommen sei. ROMMELS Biograph Kenneth MACKSAY schrieb jedoch, daß SPEIDELS Bericht über Margival unobjektiv und stark umstritten sei. Vor allem im Hinblick auf die im Nachkriegsdeutschland gegebenen politischen Bedingungen ausgerichtet, stelle er die politische Nützlichkeit vor die historische Wahrheit. In Wirklichkeit schrieb ROMMEL nach der Konferenz von Margival an seine Frau in einem Brief: »... wir kriegen jetzt eine Menge Nachschub. Der Führer war sehr nett und guter Laune. Er erkennt durchaus den Ernst der Lage.«



Caesar VON HOFACKER **war Adjutant von General** VON STÜLPNAGEL **und der eigentliche Motor der Verschwörung in Paris. Er behauptete,** ROMMEL **für die Sache der Widerstandskämpfer gewonnen zu haben, was aber nicht zutrifft.**

Ende Juni 1944 kam es dann zu einer Konferenz zwischen HITLER, ROMMEL und VON RUNDSTEDT auf dem Berghof in Berchtesgaden. ROMMEL legte sich dabei mit HITLER an, als er unter dem Eindruck der gelingenden Invasion und der ihm von den Verschwörern gelieferten übertriebenen Stärkeangaben der Alliierten HITLER pessimistische Angaben zur Gesamtläge machte und es nach vorherigen Rückversicherungen bei GOEBBELS und HIMMLER wagte, mit dem Führer über die politische Lage zu sprechen. ROMMEL und VON RUNDSTEDT fanden kein Gehör.

Am 9. Juli 1944 besuchte der Verschwörer Oberslieutnant VON HOFACKER ROMMEL, um ihn für den geplanten Umsturz zu gewinnen. HOFAKKER sprach etwa eine halbe Stunde mit ROMMEL und sagte, daß die Lage ein rasches Handeln erfordere; wenn der Führer nicht wolle, müsse man ihn zwingen. Von einem geplanten Putsch und dem Attentat war nicht die Rede. Das Gespräch ließ ROMMEL unverändert und unbeeindruckt. Es war wie nach dem Annäherungsversuch von Oberbürgermeister STRÖLIN im Februar 1944. Den Gedanken, Zwang auf HITLER auszuüben, bezeichnete ROMMEL als abwegig.

Wir wissen heute, daß ROMMEL von den Planungen um das Attentat vom 20. Juli 1944 nichts wußte und genauso wenig in die staatspolitischen Erwägungen des Widerstandskreises um BECK und GOERDELER eingeschaltet war.

Statt dessen wollte ROMMEL immer wieder, auch nach seiner Verwundung vom Lazarett aus, auf HITLER einwirken und an seine Einsicht appellieren.

Richtig dürfte sein, daß ROMMEL bei seinen Besprechungen mit den Feldkommandeuren im Westen die Möglichkeit eines Waffenstillstandes nach der geglückten Invasion im Westen prüfte, um einen Zusammenbruch der Westfront zu verhindern. Dies wollte er in Gesprächen mit seinem englischen Gegenspieler MONTGOMERY von Marschall zu Marschall aushandeln. Er wollte ihn dann bewegen, in England für ein gemeinsames Vorgehen gegen Rußland einzutreten.

Dies sollte auch ohne HITLERS Einverständnis geschehen, wobei er

hoffte, daß der Führer ihm wie 1942 in Nordafrika nachträglich zustimmen würde. Mit einem Putsch oder Staatsstreich hatte dies nichts zu tun.

Nach angeblichen Angaben von Gestapo-Chef Heinrich MÜLLER aus dem Jahre 1948 - so er denn noch lebte - hatte ROMMEL keinerlei Anteil am Anschlag des 20. Juli 1944. ROMMELS Handlungen standen immer stärker unter dem Eindruck der für Deutschland verheerenden Vorgänge an der Ostfront. Daß der Zusammenbruch der »Heeresgruppe Mitte< an der Ostfront ab 21. Juni 1944 ebenfalls durch Machenschaften von Verschwörern und Sabotage mit beeinflußt war, konnte er sich natürlich nicht vorstellen.

ROMMEL wollte offensichtlich seine eigene >Wesdösung<, aber ohne seine aktive Beteiligung liefen die Pläne der Verschwörer größte Gefahr zu scheitern. Gegen ROMMEL und die ihm treuen Offiziere in Wehrmacht und SS war in Frankreich ein Aufstand von General EISENHOWERS deutschen Helfern von vornherein zum Scheitern verurteilt. Ein weiteres Abwarten war ihnen aber nicht mehr möglich, da die Gestapo in Berlin von der Verschwörung bereits Wind bekommen hatte.

Nun kam den Verschwörern der >Zufall< zu Hilfe, als am 16. Juli 1944 Feldmarschall ROMMEL bei einer Frontfahrt durch eine >Spitfire< schwerverletzt wurde. Die Umstände dieses Angriffs auf den Marschall, dessen Fahrtroute im voraus bekannt war, geben Anlaß zum Nachdenken. Vorher hatte es schon merkwürdige >Unfälle< von Generalen gegeben, die der geplanten Verschwörung kritisch gegenüberstanden.



Generalfeldmarschall Erwin ROMMEL. Der von General BURGDORF überbrachte Brief KEITELS enthält HOFACKERS schwerste Beschuldigung, ROMMEL hätte ihm beim Verlassen des Hauptquartiers La Roche-Guyon zugerufen: »Sagen Sie den Herren in Berlin, wenn es soweit ist, können sie mit mir rechnen.«

Als der schwerverletzte R< >MMEL in einem Lazarett bei Paris von Oberst VON STAUFFENBERGS Attentat erfuhr, drückte er seine Überraschung und sein Entsetzen darüber aus, daß man versucht hatte, HITLER ZU töten, »was etwas anderes war, als der Ausübung eines Drucks auf ihn, daß er um Frieden bittet«.

Zu seiner Frau äußerte er: »Zu meinem Unfall hatte mich das Attentat auf den Führer besonders erschüttert. Man kann Gott danken, daß es so gut abgegangen ist.«

Kaum genesen wurde Rommel nun Opfer eines Komplotts seiner vielen Feinde im OKW. Durch Aussagen der Verschwörer VON HOFACKER, VON STÜLPNAGEL und SPEIDEL vor der Gestapo wurde ROMMEL »im Sinne einer Mitwisserschaft« am Attentat des 20. Juli fälschlicherweise schwer belastet. Der von ROMMELS Feind General GUDERIAN geleitete >Ehrenhof der Wehrmacht stand nach der angeblichen Angabe von Gestapo-General Heinrich MÜLLER vor der Wahl, ob man SPEIDEL oder ROMMEL retten sollte. Man entschied sich für SPEIDEL. Nur zwei Generale stimmten gegen SPEIDEL und damit für ROMMEL, darunter war ROMMELS früherer Gegner KEITEL, der vielleicht ahnte, welches Spiel hier getrieben wurde.

ROMMEL hatte von hochverräterischen Umtrieben in seinem Stab gewußt und sie nicht gemeldet. Dies traf aber auch für viele andere Führer der Wehrmacht und SS zu. Denn auch führende Marschälle wie VON MANSTEJN, VON KLUGE, VON KÜCHLER, MODEL sowie die SS-Generale HAUSER, DIETRICH, STEINER und BITTRICH wußten, daß Oppositionelle im Heer einen gewaltsamen Umsturz planten, meldeten dies aber nicht.



General Wilhelm BURGDORF. Am 14. Oktober 1944 überbrachte er Generalfeldmarschall ROMMEL die Giftampulle. *Unten:* Das Staatsbegräbnis für Erwin ROMMEL in Ulm. Aus: David IRVING, *Rommel. Eine Biographie,* Augsburg 1990.

General MÜLLER, der nach eigenen Antworten über die Einzelheiten dieser Vorgänge auf dem laufenden war, berichtete in der Nachkriegszeit, daß »diese Herren Angst davor gehabt hätten, ROMMEL nach Berlin zu bringen, aus Angst, daß er sich dann entscheiden könnte, etwas über ihre Anti-HITLER->Freunde< auszusagen, so daß ROMMEL aufgefordert wurde, sich selbst zu töten«. Am 14. Oktober 1944 wurde ROMMEL dann gezwungen, Gift zu nehmen. Beim Verabschieden sagte er zu seinem Sohn Manfred: »SPEIDEL hat ausgesagt, daß ich führend am 20. Juli beteiligt gewesen bin und daß ich nur durch meine Verwundung an der direkten Teilnahme verhindert wurde.« Und später sagte er zu seinem Sohn: »Manfred, ich glaube, mit SPEIDEL ist es auch aus. Kümmere dich doch um Frau SPEIDEL!«

Hier irrte sich der Generalfeldmarschall: Von 1957 bis 1964 brachte es dieser Mann, der das uneingeschränkte Vertrauen der Westalliierten hatte, bis zum NATO-Oberbefehlshaber in Europa.

SPEIDEL schaffte dies, indem er seinen ehemaligen Chef zum Mythos des Widerstands gegen HITLER machte. So erklärte er 1946 in einem amerikanischen Gefangenenlager gegenüber einem anderen deutschen General: »Ich beabsichtige, aus ROMMEL den Nationalheros des Deutschen Volkes zu machen.«



Es klingt wie eine Ironie der Geschichte, daß es dem Mann, der im Verdacht steht, großen Anteil an der deutschen Niederlage in der Normandie zu haben, gelang, zum Hauptvertreter der früheren deutschen Wehrmacht in Fragen der deutschen Wiederbewaffnung und des deutschen Verteidigungsbeitrages zu werden.

Friedrich Georg

Legenden zum Attentat vom 20. Juli 1944

In der Nachkriegszeit sind in der Öffentlichkeit und von Geschichtsschreibern um das Attentat vom 20. Juli 1944 zahlreiche falsche Behauptungen geäußert worden, die die historische Wirklichkeit verzerren. Der deutsch-englische Historiker Hannsjoachim W. KOCH hat in seinem Buch über den Volksgerichtshof viel richtigstellendes Material »zu den Legenden, die sich um den 20. Juli 1944 ranken«,[1] zusammengetragen. Er weist darauf hin, daß Graf VON MOLTKE nach dem Attentat an seine Frau und Kinder aus dem Gefängnis schrieb, »es sei nun ihre Aufgabe, aus seinen Briefen »eine Legende« zu machen. Darin waren die Verschwörer. . . sehr erfolgreich«.[2]

In der Öffentlichkeit wurde in der Nachkriegszeit behauptet, die ersten acht zum Tode verurteilten Verschwörer seien mit »einem dünnen Strick oder Stahldraht erdrosselt worden, der an einem Metzgerhaken befestigt wurde«. Nach einem Augenzeugen wurden sie jedoch mit Hanfseilen gehängt, wobei Hocker, auf denen sie standen, weggezogen wurden, so daß sie sofort bewußtlos wurden und der Todeskampf nur wenige Sekunden - höchstens zwanzig wie überliefert - gedauert haben soll. Dagegen wurden die im Nürnberger >Hauptkriegsverbrecherprozeß< zum Tode durch den Strang Verurteilten so getötet, daß sie erhebliche Verletzungen erlitten und noch bis zu zwanzig Minuten lebten, so im Falle VON RIBBENTROPS.[3] Die bei den Verschwörern vom 20. Juli angewandte Methode sehr schneller Tötung soll HITLER persönlich gewünscht haben,"[1]

Angeblich soll auf HITLERS persönlichen Wunsch hin ein Film über den Todeskampf der Verurteilten gedreht worden sein. Es wurden jedoch nie Kopien solch eines Streifens gefunden.[3]

Es wurde verbreitet, HITLER habe sich während der Prozesse des Volksgerichtshofes Aufnahmen vom Sterben der zum Tode Verurteilten genußvoll angesehen und eine grausame Tötungsart gefordert.[6]

' Hannsjoachim W KOCH, *Volksgerichtshof. Politische Justiz im 3. Reich,* Universitas, München 1988, S. 436.

[3] Ebenda, S. 437.

[3] Ebenda, S. 443.

[4] Ebenda.

[5] Ebenda, S. 620, Anm. 127,

[6] Joachim FEST, *Hitler,* Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1987, S. 970. FEST schreibt, daß HITLER Nachrichten über die Verhaftungen und Hinrichtungen »gierig verschlang« — was nicht stimmt.



Adolf HITLER, **nur leichtverletzt, nach dem Anschlag in Begleitung von Wilhelm** KEITEL, **Hermann** GÖRING **und Martin** BORMANN,



Karl Heinrich BODENSCHATZ **wurde beim Anschlag verletzt.**

Das trifft auch nicht zu, während vom britischen Kriegspremier CHURCHILL überliefert ist, daß er sich Bilder von durch Bomben verwüsteten deutschen Städten gern ansah, was ihn neben der Wirkung von reichlichem Alkoholgenuß in Hochstimmung brachte.

Richtig ist, daß HITLER sogar ein gewisses Verständnis für die Attentäter hatte. Darüber berichtet der bei dem Attentat im Führerhauptquarder >Wolfsschanze< bei Rastenburg in Ostpreußen verletzte Luftwaffengeneral Karl Heinrich BODENSCHATZ, nach dem Attentat von HITLER folgendes gehört zu haben: »Ja, wissen Sie, BODENSCHATZ, man fragt mich heute viel darüber, was ich denn zum Attentat sage, was ich denn vom polidschen Mord halte. Ich lehne ihn nicht hundertprozentig ab! Verstehen kann ich auch, daß es nödg ist, einen Staatsmann zu entfernen, wenn es die Lage einer Nation erfordert und ein Volk nach Beseitigung des Herrschers eine bessere Zukunft vor sich haben kann.

Ich weiß, STAUFFENBERG, GOERDELER und WITZLEBEN haben geglaubt, das deutsche Volk durch meinen Tod zu retten. Aber bisher hat man nur das eine ermitteln können: diese Leute hatten überhaupt keinen festen Plan darüber, was sie nachher tun wollten. Sie hatten keine Ahnung, welche Armee ihren Putsch unterstützen, welches Wehrkreiskommando ihnen helfen würde! Selbst das Naheliegendste, eine Verbindung mit dem Feind, hatten sie nicht zuwege gebracht. Ja, ich habe sogar erfahren, daß die Gegner Verhandlungsangebote abgelehnt haben. Bedenken Sie doch,

[7] Beispiel bei: Erich KERN, *Deutschland im Abgrund,* K. W Schütz, Göttingen 1963, S, 132.

BODENSCHATZ, an der Ostfront stehen deutsche Soldaten in erbittertem Kampf. Fast neun Millionen. Und stellen Sie sich nun einmal die Wirkung vor! Es wäre ein Krieg jeder gegen jeden geworden, ein Bruderkrieg im deutschen Heer. Der Russe allein wäre der lachende Dritte gewesen. Denn er hätte schreckliche Beute gemacht. Sehen Sie, BODENSCHATZ, darin, allein darin, besteht in meinen Augen das Verbrechen der Attentäter!«[8]

Der von HITLER sehr geschätzte Architekt Hermann GIESLER wurde einige Tage nach dem Attentat ins Führerhauptquartier bei Rastenburg gerufen, blieb eine Zeitlang dort, hat vor allem abends längere Gespräche mit I IITLER geführt und hat darüber in seinem Buch *Ein anderer Hitler*[9] berichtet. Darin schreibt er, daß er von Martin BORMANN die KALTENBRUNN ER-Berichte über die Verhöre der verhafteten Attentäter zum Lesen bekam und einige Filme von den anschließenden Prozessen vorgeführt wurden, die er dann aber mied. Er hat festgehalten: »An einem Abend, aus irgendeinem Anlaß, sprach Adolf HITLER über den 20. Juli. Ich sagte ihm, ich hätte einige Filme von den Verhandlungen vor dem Volksgerichtshof gesehen und sei erschüttert. Darauf Adolf HITLER:

>Ich will nichts davon sehen, es genügt mir, daß ich die Berichte lesen muß. Durch das Attentat hat nicht nur der Hochverrat, sondern auch der widerliche Landesverrat seine Tarnung verloren und ist für mich offen zu Tage getreten. Schon lange ahnte ich den Verrat, in Winniza fühlte ich ihn unmittelbar — oft vermeinte ich physisch die Belauerung zu spüren. Aber weit mehr und über das hinaus, was bekanntgegeben wird, erfahre ich jetzt. Nach nüchternen Überlegungen halte ich es für richtig zu schweigen - im Interesse der kämpfenden Front und um der Einheit des Volkes willen... Ich habe alle, die etwas darüber wissen, zum Schweigen verpflichtet, das gilt dann auch für Sie!«

Ähnlich berichtet HITLERS Luftwaffen-Adjutant VON BELOW als Augenzeuge aus den Tagen nach dem Attentat: »Ich habe darauf verzichtet, mir diese Bilder (von den Hinrichtungen, R. K.) anzusehen. Auch HITLER betrachtete sie sich so wenig, wie er widerwillig die Aufnahmen zerstörter Städte zur Kenntnis nahm.«[10]

Von den Massenmedien wurden auch an den Angehörigen der Widerständler vollzogene Mißhandlungen und insbesondere eine Sippenhaft betont. Tatsache ist jedoch, daß solche Mißhandlungen im allgemeinen nicht vorkamen, daß Bestrebungen auf Beschlagnahme des Eigentums

Hermann GIESLER **und Nicolaus** VON BELOW *(unten).*





[8] »Wie Hider über das Attentat dachte«, in: *Deutscher Anzeiger,* 27. 7. 1984.

[9] Hermann GIESLER, *Bin anderer Hitler. Bericht seines Architekten Hermann Giesler;* Druffel, Leoni 1977, S. 437 f.

[10] Nicolaus VON BELOW, *Als Hitlers Adjutant 1937-45,* v. Hase u. Koehler, Mainz 1980, S. 385.

der Angehörigen, insbesondere von Landgütern, vom Reichsjustizminister Otto Georg THIERACK zurückgewiesen wurden. Dieser schrieb an hIMMLER: »Außerdem ist mir bekannt, daß der Führer eine großzügige Versorgung der Hinterbliebenen der Gerichteten wünscht.«[11]



Hans Bernd GISEVIUS im Zeugenstand in Nürnberg,

Zu diesem Bereich schreibt KOCH zusammenfassend: »Es hat den Anschein, als gehörten Berichte über schwere Repressalien, unter denen die Angehörigen der Verschwörer vom 20. Juli 1944 zu leiden gehabt hätten, auch in den Bereich der liegende - der liegende, die teilweise auch die >Sippenhaft< einbezog, i.e. die Verhaftung aller nahen Verwandten der Verschwörer und ihre Internierung in Konzentrationslagern, Die Polizei drohte zwar mit Verhaftungen, als sie die Angehörigen der Verschwörer verhörte, und es wurden auch tatsächlich einige Personen festgenommen, wobei man recht willkürlich verfuhr. Aber der Großteil der Verhafteten wurde wieder freigelasssen, sobald sich herausstellte, daß sie sich nicht an dem Putschversuch beteiligt hatten. Nur eine kleine Gruppe blieb eingesperrt, hauptsächlich in Dachau und in Tirol, wo sie 1945 befreit wurde - nicht von den vorrückenden Amerikanern, sondern von Einheiten des deutschen Heeres, die das SS-Wachpersonal entwaffneten.«[te]

Es ist auch falsch, wenn GISEVIUS aus der Zeit wenige Stunden nach dem Attentat über HITLER schreibt:[13]»Er springt auf. Schaum steht ihm vor dem Munde. Kaskaden von Beschimpfungen ergießen sich über alle Verräter, an denen er fürchterliche Rache nehmen will. Frauen, Kinder, keiner soll verschont werden - der Wutanfall dauert länger als eine halbe Stunde. Es ist schreckerregend.« In Wirklichkeit war HITLER zwar tief erschüttert über den Anschlag gegen ihn, blieb aber ruhig.

In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, daß HITLER, der immer noch Hochachtung vor den hohen Militärs hatte, ursprünglich kein Verfahren gegen die Verschwörer vor dem Volksgerichtshof, sondern vor einem Militärgericht haben wollte. Feldmarschall Wilhelm KEITEL, der den dann eingesetzten >Ehrenhof< zur Beurteilung der Offiziere unter den Widerständlern leitete, schrieb dazu 1946 in Nürnberger Haft: »Der Führer hatte zunächst meinem Vorschlag, Aburteilung durch das Reichskriegsgericht, zugestimmt. Erst nach Vortrag des Justizministers THIERACK,' der, auch wegen der Aburteilung der zahlreichen verhafteten

[11] KOCH, aaO. (Anm. 1), S. 444.

[12] Ebenda, S. 445.

[13] Hans Bernd GISEVIUS, *Adolf Hitler. Versuch einer Deutung,* Bertelsmann Lesering, Gütersloh o. J., S, 522 f,

[14] Walter GÖRLITZ, *KeiteL Verbrecher oder Offizier,* Musterschmidt, Göttingen 1961, S. 335.

Zivilisten, den Volksgerichtshof als das geeignetste Gericht vorschlug und betonte, daß das Verfahren von einem Gerichtshof (in der Hand eines Gerichtsstandes) behandelt werden müsse, entschloß sich der Führer, gegen meinen Einspruch, dem Volksgerichtshof die Entscheidung zu übertragen.«[14]



STAUFFENBERG und HITLER am 15. Juli 1944 im Führerhauptquartier >Wolfsschanze(. Zwei weitere Gelegenheiten für ein Attentat hatte STAUFFENBERG am 6. und 11. Juli 1944 auf dem Obersalzberg gehabt.

Es ist oft die Frage gestellt worden, warum STAUFFENBERG oder der kurz nach der Detonadon zu den Verwundeten geeilte und dem Widerstand angehörende General der Nachrichtentruppen FELIXGIEBEL nicht mit ihrer Dienstpistole HITLER erschossen haben. Bis zum Attentat trug jeder Offizier seine Pistole bei sich, auch im Führerhauptquartier, und von niemandem wurden Aktentaschen oder Person der zu HITLFR Vorgelassenen kontrolliert. Nur so konnte ja STAUFFENBERG seine Bombe ungehindert in den Lageraum des Führerhauptquarders mitbringen.

Dazu ist eine Mitteilung von H. FRF.I-HOFFER aus Deggendorf interessant. Er schrieb: »Nach meiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft habe ich ab Frühjahr 1949 mehrere Semester bei dem Bruder des Obersten, Prof. Graf STAUFFENBERG, an der Universität München Vorlesungen in alter Geschichte gehört und an Seminaren teilgenommen. Als VON STAUFFENBERG in einer Vorlesung über griechische Geschichte in Verbindung mit der Tyrannis des JASON VON PHERAI (von Verschwörern 370 v. Chr. ermordet) Parallelen zur jüngsten Vergangenheit und zu dem Attentat seines Bruders im Führerhauptquartier zog, stellte ich dem stets gesprächsbereiten Professor nach der Vorlesung und in Anwesenheit zahlreicher Kommilitonen fast wörtlich die gleiche, oben zitierte Frage (>Warum hat STAUFFENBERG nicht geschossen?«). Die Antwort war zunächst kurz und bündig: »Mein Bruder hatte nur eine Hand, und an der anderen fehlten zwei Finger, Er konnte nicht mit der Pistole schießen.« Da ich selbst im Kriege den rechten Arm verloren hatte, gegen Kriegsende an der linken Hand schwer verwundet wurde und mich Anfang Mai 1945 zusammen mit einigen Soldaten trotz einer behindernden Schiene an der

Hand gegen eine Übermacht von angreifenden Partisanen mit der Pistole verteidigen mußte, bezweifelte ich ganz entschieden diese Behauptung des Professors. Darauf VON STAUFFENBERG: >Auch wenn dies, wie Sie meinen, notfalls möglich gewesen wäre, so war doch das Mithineinnehmen einer Pistole in das Hauptquartier streng untersagt.« Meine Antwort darauf: »Herr Professor, auch dieses Argument überzeugt nicht. Im Gegenteil. Die Pistole gehörte praktisch zum Anzug jedes Offtziers nicht nur in der deutschen Armee. Hätte Ihr Bruder eine solche in seiner Aktentasche mitgeführt, so wäre das Versehen der Nicht-Abgabe bei der Eingangswache mit ziemlicher Sicherheit ohne ernste Konsequenzen geblieben. Hätte man hingegen die beiden fertigen englischen Zeitbomben bei ihm entdeckt, so wäre die ganze Verschwörung bereits an der Hauptwache gescheitert.« Der Professor brachte daraufhin ein drittes Argument: >Mein Bruder sollte nach erfolgreicher Durchführung des Attentats in der neuen Regierung wichtige Aufgaben übernehmen. Hätte er auf hITLER geschossen, so hätte er wohl kaum das Hauptquartier lebend verlassen.« Die Frage, warum sich nicht ein anderer der Verschwörer opferte, wurde dahingehend beantwortet, daß sich hierzu niemand, der eine Gelegenheit hätte haben können, bereit fand. Als dann aus Studentenkreisen die Frage kam, ob sich Oberst v. STAUFFENBERG über die mögliche, ja wahrscheinliche Tötung Unschuldiger in der Nähe HITLERS bewußt war, meinte v. STAUFFENBERG, >dies mußte in Kauf genommen werden«.



Claus Graf Schenk VON STAUFFENBERG.

Als ich STAUFFENBERG gegenüber auf den äußerst ungünstigen Zeitpunkt des Unternehmens hinwies — der Mittelabschnitt der Ostfront war gerade vom Gegner überrannt worden und wir waren erst im Begriff, bei Warschau eine notdürftige Auffanglinie aufzubauen - und sagte, was mir einstimmig von den anwesenden Kriegsteilnehmern bestätigt wurde, daß die Attentäter zu jener Zeit bei den Frontsoldaten, ganz gleich welcher Waffengattung, keine Gnade gefunden hätten und über den Anschlag äußerste Empörung herrschte, mußte VON STAUFFENBERG den Hörsaal verlassen, um einen anderen Termin wahrzunehmen. Da die meisten von uns Studenten Prof. STAUFFENBERG sehr schätzten, verbat es die Höflichkeit, später nochmal dieses Thema anzurühren. Wir blieben hinfort bei den Griechen und Römern.«[15]

Tatsache ist auch, daß der früher schwerverwundete VON STAUFFENBERG am Abend des 20. Juli 1944 im Bendler-Block seine Pistole beim Feuergefecht durchaus wirkungsvoll bedienen konnte. Rolf Kosiek

[15] H. FREIHOFER, »Warum hat Stauffenberg nicht gcschossen?« in: *Deutscher Anzeiger,* 27.7.1984.

Weitere Legenden zum 20. Juli 1944

Mehr als 60 Jahre nach dem damaligen Geschehen, nachdem die meisten Frontsoldaten verstorben sind, gewinnt das Attentat vom 20. Juli 1944 einen immer wichtigeren Rang und höheres Ansehen in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik, und eine Reihe von Fegenden hat sich darum gebildet, die eine Verzerrung des Geschichtsbildes bewirken. Einige seien nachfolgend richtiggestellt.

1. Zahl der Opfer. Beim Attentat vom 20. Juli 1944, das HITLER töten sollte, blieb dieser fast unverletzt. Es wurden jedoch vier Personen bei der Explosion getötet, mehrere verletzt, darunter drei schwer. Diese Opfer werden meist verschwiegen. Die Zahl der Opfer der nachträglichen Verfolgung der Attentäter und Widerständler wird dagegen oft stark übertrieben. »Fast 5000 Todesurteile« seien verhängt, heißt es in einem Lexikon.[1] Ein Schulgeschichtsbuch teilt mit: »Tausende Menschen wurden hingerichtet, keiner der hauptbeteiligten, kaum einer der Mitwisser überlebte.«[1] Der Wahrheit näher kommt die Aussage: »Wenigstens 180 bis 200 Personen verlieren im direkten Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli ihr Leben,«[1] oder es seien »etwa 200 Personen in direktem Zusammenhang mit dem Attentat hingerichtet«.[3,4] Richtig ist, daß mehr als 100 Personen zum Tode verurteilt und 89 von ihnen in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurden.[5] Von den auf einer Totentafel aufgeführten 161 Widerständlern im Zusammenhang mit dem Attentat endeten 111 durch Hinrichtung, 29 durch Erschießen, 14 durch Selbstmord, drei verstarben und einer fiel.[6] Dabei ist zu bedenken, daß in Paris, Wien, Prag und Kassel die Putschisten vorübergehend die SS und Regimetreue ausschälten oder verhaften konnten.

2. Die vier am 20. Juli Erschossenen, Am späten Abend des 20. Juli 1994 wurden die vier Widerständler Claus Graf Schenk VON STAUFFENBURG, Hans Bernd VON HAEFTEN, Merz VON QUIRNHEIM und Friedrich OLBRICHT standrechtlich im Hof des Oberkommandos des Heeres im

[1] *Chronik Herr Deutschen,* Chronik-Verlag, Dortmund 1983, S. 921.

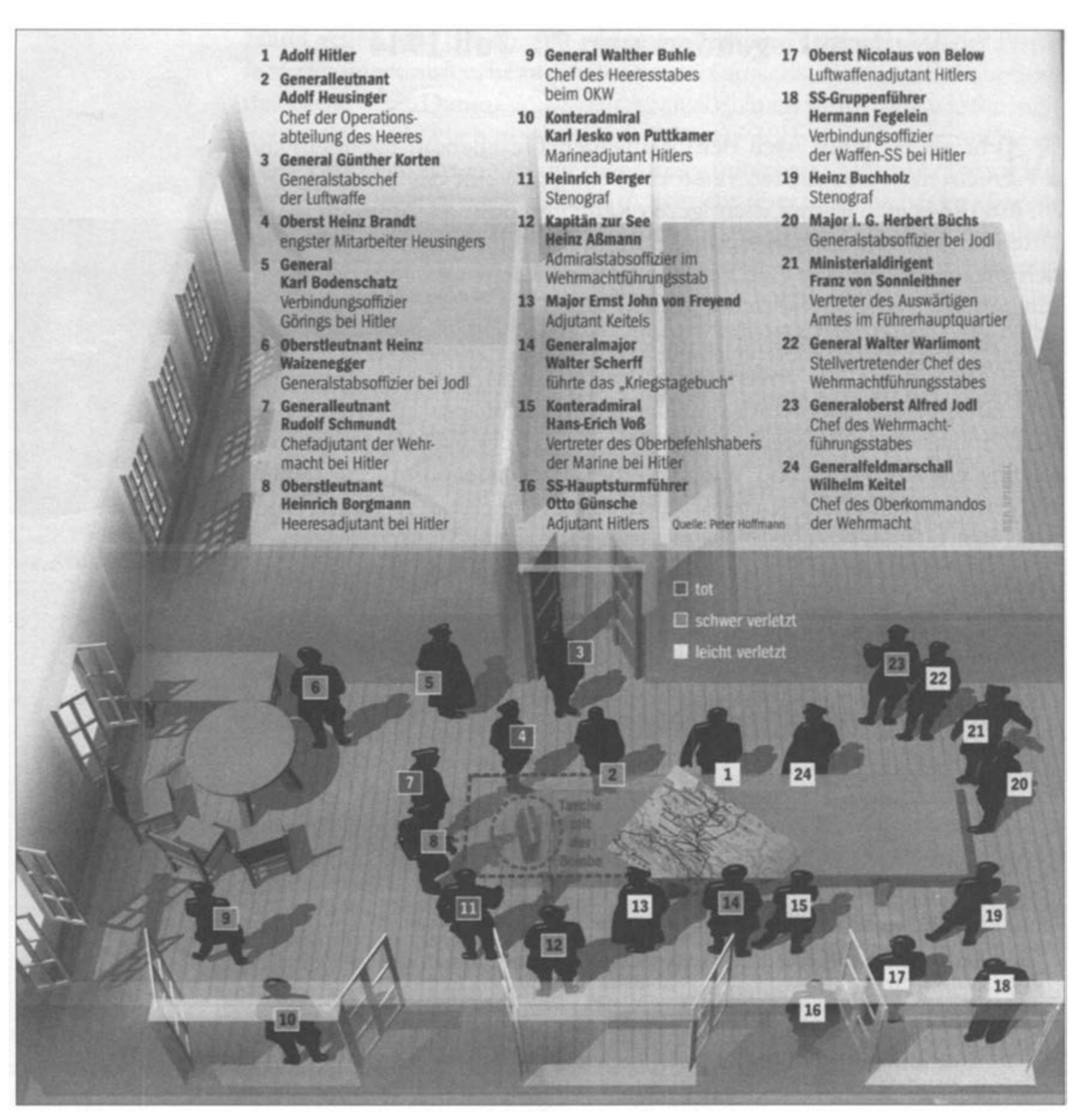
[2] *Das Große Duden-Lexikon in 8 Bänden,* Bibliographisches Institut, Bd. 8, Mannheim 1968, S. 772.

[3] W. MICKEL (Hg), *Geschichte, Politik und Gesellschaft,* Bd. t, Cornelsen Berlin [3]1994, S. 365.

[4] *Chronik des 20. Jahrhunderts,* Chronik-Verlag, Gütersloh, 1999, S. 275.

[5] *Gerhard Taddey, Ijtxikon der deutschen Geschichte,* Kröner, Stuttgart 1983, S. 1387.

[6] Otto Ernst REMER, *Verschwörung und Verrat um Hitler,* K. W Schütz, Pr. Oldendorf, 1989, S. 320-324

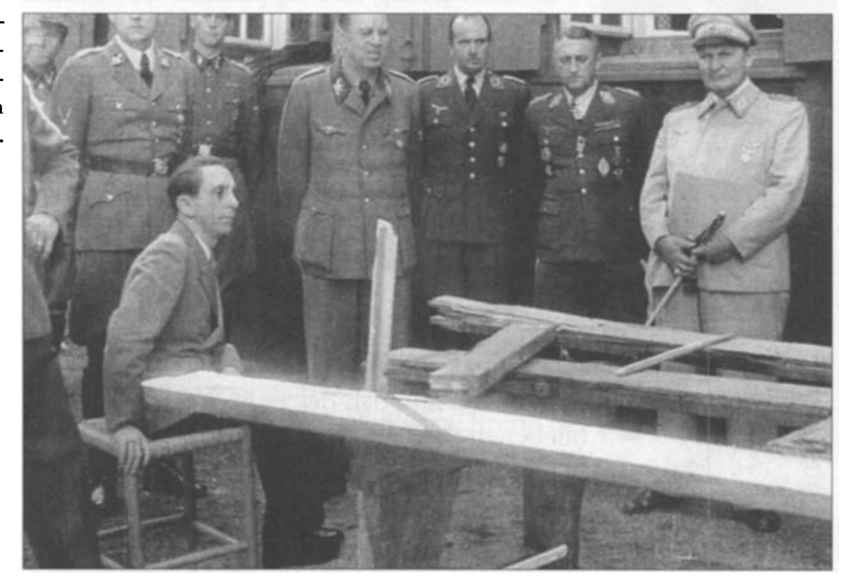


Die >Lagebaracke< am 20. Juli 1944, kurz vor der Explosion. Rekonstruktion durch den *Spiegel*, Nr. 29, 2004.

Bendlerblock in Berlin erschossen. Meist wird der Eindruck erweckt[1-4] oder ausdrücklich erklärt, daß sie als Opfer der >Nazis< von diesen liquidiert worden seien. Richtig ist jedoch, daß sie voreilig und ohne Auftrag auf Befehl von Generaloberst Fritz FROMM, dem Oberbefehlshaber des Ersatzheeres, einem Widerständler aus ihrem Kreis, der erklärt hatte, ein Standgericht habe unter seiner Leitung stattgefunden, standrechtlich erschossen wurden. FROMM wollte nach Bekanntgabe des Scheiterns des Putsches anscheinend sich als Nicht-Widerständler erweisen, General-



Die zerstörte >Lagebaracke< im Führerhauptquartier >Wolfsschanze< bei Rastenburg (Ostpreußen) nach der ßombenexplosion am 20. Juli 1944.



Joseph GO[BBELS am zerstörten Lagetisch nach dem Anschlag auf HITLER, der offensichtlich von der massiven Stütze gerettet wurde.

oberst BECK, der vom Widerstand als neues Staatsoberhaupt (Reichsverweser) vorgesehen und am Nachmittag auf die Nachricht von dem Attentat im Bendlerblock erschienen war, erschoß sich dort nach Scheitern des Putsches am 20. Juli abends selbst, genauer: wurde nach zwei eigenen nichttötenden Schüssen von einem Soldaten erschossen,

3. Tötungsart. Es wird behauptet, die ersten acht zum Tode verurteilten Hauptschuldigen seien an »Fleischerhaken« oder an dünnen Drähten aufgehängt worden, um ihnen große Todesqual zu verursachen. Rich-

[7] William L. SHIRHR, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches,* Herrsching, O.J.

tig ist jedoch, daß sie mit Hanfstricken hingerichtet wurden, wobei sie sofort bewußdos wurden und der Tod spätestens nach 20 Sekunden eintrat.[8] »Diese Methode des Erhängens soll auf ausdrücklichen Wunsch HITLERS zurückzuführen sein.«"1 Diese schnelle Tötung erfolgte daher ganz im Gegensatz zu dem bis zu zwanzig Minuten (bei Alfred ROSENBERG) dauernden Sterben der nach dem Nürnberger Prozeß zum Tod durch Erhängen Verurteilten.

4. Landes- und Hochverrat. Bei der Darstellung des Widerstandes wird meist der große Anteil an Landesverrat unterdrückt: Die Täter werden nur als Hochverräter hingestellt, da Hochverrat seit alten Zeiten ethisch gerechtfertigt ist, während Landesverrat, Verrat zugunsten des Feindes, als moralisch bedenklich oder als gar nicht vertretbar gilt. Tatsache ist jedoch, daß viele Widerständler, auch schon vor dem Zweiten Weltkrieg, nicht vor Landesverrat zurückgescheut und den Feinden des Reiches wertvolle Informationen geliefert sowie diese zum Krieg gegen Deutschland aufgefordert hatten.



Reichsjustizminister THIERACK.

5. Enteignung und Sippenhaft für Familienangehörigen, Oft wurde von der Verfolgung der Familienangehörigen der Attentäter berichtet und mitgeteilt, daß >Sippenhaft< für Angehörige verhängt wurde/[6] Richtig ist jedoch: »Trotz der schwerwiegenden Verbrechen und trotz der rechtlichen Bestimmungen wurde das Eigentum der Verurteilten nur selten konfisziert. Im Fall des Grafen MOLTKE ließ FREISLER dessen Familie schon vor dem Prozeß wissen, daß ihr Kreisauer Landgut nicht vom Staat konfisziert werden würde.«[10] In Kreisau hatten viele Besprechungen der Widerständler des sogenannten >Kreisauer Kreises< stattgefunden. Referentenentwürfe für eine Beschlagnahme des Vermögens und des Besitzes der zum Tode Verurteilten wurden ausdrücklich vom Reichsjustizminister THIERACK zurückgewiesen. Dieser schrieb an HIMMLER: »Außerdem ist mir bekannt, daß der Führer eine großzügige Versorgung der Hinterbliebenen der Gerichteten wünscht.«[11] HIMMLER stimmte dem Brief zu.[12]

Der I Iistoriker kommt zu dem Urteil: »Es hat den Anschein, als gehörten die Berichte über schwere Repressalien, unter denen die Angehörigen der Verschwörer vom 20. Juli 1944 zu leiden gehabt hätten, auch in den Bereich der Legende — der Legende, die teilweise auch die >Sippenhaft< einbezog, i. e. die Verhaftung aller nahen Verwandten der Verschwörer und ihre Internierung in Konzentrationslagern. Die Polizei drohte zwar

[8] Hannsjoachim W Koch; *Volksgerichtshof,* Universitas, München 1988, S. 443.

[9] Ebenda, S. 620.

[1U] Ebenda, S. 444.

[11] Zitiert ebenda.

[12] Ebenda, S. 445.



Lagebesprechung an der Ostfront 1943. Werfer *von rechts:* **Oberst Henning** VON TRESCSCOW **(1901-1944); er war Erster Genera Istabsoffizier der Heeresgruppe Mitte und der eigentliche Kopf der Militärverschwörung.** *Ganz rechts stehend:* **Oberleutnant Fabian** VON SCH LAB REN DORF F **(1907-1980),** VON ÏRE5CKOWS **Adjutant und enger Mitarbeiter. Aus: Institut für Zeitgeschichte** *Die tödliche Utopie,* **München 1999.**

mit Verhaftungen, als sie die Angehörigen der Verschwörer verhörte, und es wurden auch tatsächlich einige Personen festgenommen, wobei man recht willkürlich verfuhr. Aber der Großteil der Verhafteten wurde wieder freigelassen, sobald sich herausstellte, daß sie sich nicht an dem Putschversuch beteiligt hatten.«[13]

6. Antisemitismus. Heute wird gern die Behandlung der Juden im Dritten Reich als eines der Hauptmotive der Widerständler für den Putsch angegeben. Doch dagegen spricht einmal, daß sich der Widerstand schon vor dem Krieg und vor den antisemitischen Ausschreitungen bildete. Zum anderen hat die Forschung ergeben, »daß die Entrechtung und Diskriminierung des jüdischen Bevölkerungsanteils aktiven Widerstand nicht hervorzurufen vermocht hat und daß die schließliche Judenvernichtung ein Problem war, das offensichtlich nicht im Zentrum der Überlegungen und Sorgen gestanden hat«.[14] Ernst NOLTE gibt zur Einstellung der Putschisten zum Schicksal der Juden an: »Im konservativen Widerstand war nicht nur ein >Schweigen< zu verzeichnen, sondern hier waren nicht wenige davon überzeugt, daß es tatsächlich eine >Judenfrage< gebe, die >gelöst< werden müsse.« Für Carl GOERDELER sei es eine »Binsenwahrheit« gewesen, daß »das jüdische Volk einer anderen Rasse angehört«, und der frü-

[13] Ebenda.

[14] Christoph DIPPER, »Der deutsche Widerstand und die Juden«, in: *Geschichte und Gesellschaft,* Nr. 9, 1983, S. 349-380, zit. von Ernst NOLTE in: *Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus,* Propylaen, Berlin—Frankfurt/M. 1993, S. 225.

Carl Friedrich GOERDELER 0884-1945). Der ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig (bis 1937) versuchte auf seinen Auslandsreisen, Briten und Franzosen zu einer harten Haltung gegenüber HITLERS Expansionspolitik zu bewegen, vertrat aber eine >großdeutsche Lösungi in den Grenzen von 1914.



here preußische Finanzminister Johannes POPITZ »legte sogar eine scharf antisemitische Einstellung an den Tag«.[15]

7. Großdeutsche Einstellung. Bei Ehrungen des Widerstandes wird gegenwärtig in der Regel verschwiegen, daß die meisten Verschwörer bis zuletzt eine großdeutsche Einstellung hatten und ein Deutsches Reich in den Grenzen von 1914 forderten. »Noch Ende 1944 hielt GOERDELER ja die Forderung aufrecht, daß Deutschland die Ostgrenze von 1914 sowie Osterreich und das Sudetengebiet behalten müsse.«[16] Auch andere der Putschisten vertraten die »großdeutsche Lösung« und sprachen von einer künftigen »deutschen Führung« in Europa. So verlangte Ulrich VON HASSEL eine Einigung Europas »unter der Fahne des Antibolschewismus«.[17] Daß viele Widerständler daneben »reaktionär« und »aristokratisch« dachten und die egalitäre Gesellschaft ablehnten, teilweise den Frauen kein passives Wahlrecht zuerkennen wollten und sich für die Beibehaltung des Arbeitsdienstes oder der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) aussprachen, sei am Rande erwähnt.[19]

Die enge Verbundenheit zu Volk und Heimat kommt in dem >Schwur< zum Ausdruck, der von den STAUFFENBERG-Brüdern für den Fall eines Mißlingens ihres Vorhabens oder einer fremden Besetzung des Landes

[15] NOLTE, ebenda.

[16] Ebenda, S. 223.

[17] Ebenda.

[1S] Ebenda, S. 222. Weiteres in: Wolfgang VENOHR, *Staufenberg. Symbol der deutschen Einheit,* Ullstein, Frankfurt/M,-Berlin 1986.



Claus Graf Schenk VON STAUFFENBERGS **Brüder.**

entworfen und von ihnen sowie mehreren jungen Verschwörern am 2. Juli 1944 geleistet wurde:

»Wir glauben an die Zukunft der Deutschen.

Wir wissen im Deutschen die Kräfte, die ihn berufen, die Gemeinschaft der abendländischen Völker zu schönerem Leben zu führen.

Wir bekennen uns im Geist und in der Tat zu den großen Überlieferungen unseres Volkes, das durch die Verschmelzung hellenischer und christlicher Ursprünge in germanischem Wesen das abendländische Menschentum schuf.

Wir wollen eine Neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt, verachten aber die Gleichheitslüge und fordern die Anerkennung der naturgegebenen Ränge.

Wir wollen ein Volk, das, in der Erde der Heimat verwurzelt, den natürlichen Mächten nahebleibt, das im Wirken in den gegebenen Lebenskreisen sein Glück und sein Genüge findet und in freiem Stolze die niederen Triebe des Neides und der Mißgunst überwindet.

Wir wollen Führende, die, aus allen Schichten des Volkes wachsend, verbunden den göttlichen Mächten, durch großen Sinn, Zucht und Opfer den anderen vorangehen.

Wir verbinden uns zu einer untrennbaren Gemeinschaft, die durch Haltung und Tat der Neuen Ordnung dient und den künftigen Führern die Kämpfer bildet, derer sie bedürfen.«[19]

Heute würden sie wegen solcher Worte als rechtsextremistisch angesehen, beobachtet und verfolgt werden.

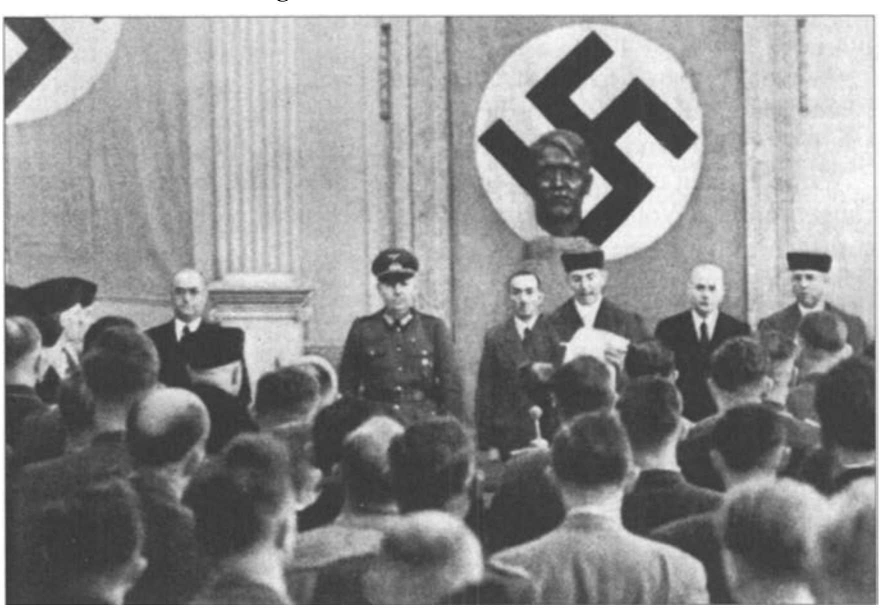
Rolf Kosiek

[19] Zitiert in: Wolfgang VENOHR, *Patrioten gegen Hitler. Der Weg zum 20. Juli 1944,* Gustav Lübbe, Bergisch Gladbach 1994, S. 285.

>Mord< und >Fleischerhaken< nach 20. Juli 1944

Bei der Darstellung des Attentats vom 20. Juli 1944 und seiner Folgen werden oft falsche Begriffe gebraucht. Die »Gedenkstätte Deutscher Widerstand« in Berlin-Plötzensee listet die Verschwörer des 20. Juli 1944, an denen das Todesurteil vollstreckt wurde, als »ermordet«[1] auf. Die *Kronen-Zeitung* vertauscht sogar die Rollen und stellt den STAUFENBERG-Vertrauten Robert BERNARDIS als »Linzer Attentats-Opfer« vor, als hätte dem Obersdeutnant und nicht etwa Adolf HITLER der Anschlag gegolten.[2] Ebenso unwahr ist die Behauptung, BERNARDIS sei »auf Hitlers Befehl gehenkt« worden, denn hingerichtet wurde der Verurteilte nicht auf Geheiß HITLERS, sondern in Vollzug der Strafe, die der Volksgerichtshof rechtskräftig über ihn verhängt hatte.

Schon am 7. August 1944 standen die ersten Verschwörer vor dem Ersten Senat des Volksgerichtshofes unter dem Präsidenten Roland FREIS-



NS-Volksgerichtshof mit Präsident Roland FREISLER (Mitte),

[1] Ebenso: Ulrike HETT U. Johannes TUCHEL, »Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944«, in: Peter STEINBACH U. Johannes TUCHEL (Hg,), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus,* Bonn 1994 (Schriftenreihe der Bundes zentrale für polirische Bildung 323), S. 377 u.v.a.

[2] Max STÖGER, »linzer Attentats-Opfer«, in: *Kronen-Zeitung,* 7. 8. 2004, S. 21,

[3] Protokoll auszugsweise bei Hannsjoachim W. KOCH, *Volksgerichtshof. Politische Justiz im 3. Reich,* Universitas, München 1988, S. 336—435.

leR.[3] Die Anklage lautete auf I loch- und Landesverrat. Der Straftatbestand war verwirklicht, weil die Angeklagten das Staatsoberhaupt töten wollten, um gewaltsam die bestehende Ordnung zu stürzen.[4] STAUFFENBERG wollte in der Wolfschanze sämtliche 24 Teilnehmer der Lagebesprechung in die Luft sprengen. Zw^r^ar überlebte HITLER den Mordversuch, doch starben vier Opfer[5] einen qualvollen Tod, zwölf Offiziere wurden schwer, alle übrigen leicht verletzt.



Generalmajor Henning VON TRESCKOW (1901-1944).

Dieses erste Volksgerichts-Verfahren unter dem Aktenzeichen OJ 1 / 44 bildete den Auftakt einer Serie von mehr als fünfzig Prozessen zum Attentat, die mit mehr als 153 Todesurteilen endeten," Jedoch wurde nicht jedes Todesurteil vollstreckt und war nicht jeder Angeklagte des Todes, Es gab auch 27 Freiheitsstrafen und 16 Freisprüche." Das Strafmaß entsprach internationalem Standard. Auf Hochverrat, Landesverrat und Mord stand damals in allen Staaten, erst recht im Ausnahmezustand des Krieges, die Höchststrafe,

Den Verschwörern mußte bewußt sein und war auch bewußt, worauf sie sich einließen. Im vorhinein hatte TRESCKÖW das Scheitern ausdrücklich einkalkuliert und durch seinen Selbstmord das sichere Todesurteil vorweggenommen:" »Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Wer in unseren Kreis getreten ist, hat damit das Nessoshemd[9] angezogen.«

[4] Vgl, Hans MERKEL, »Patrioten zwischen Reich und Menschenrecht«, in: *Burschenschaft liebe Blätter* 121,2006, S. 61.

[4] General der Flieger Günther KORTEN, Generalleutnant Rudolf SCHMUNDT, Oberst i.G. Heinz BRANDT und der unpolitische Stenograph Heinrich BERGER.

[6] HETT U. TUCHEL, aaO. (Anm. 1), S. 377-389.

[7] Ulrike EICH, »Suizid. Volksgerichtshof. Standgerichte: Die Opfer des 20. Juli«, in: Rudolf Li LI. u. Heinrich OBERREUTER (Hg.), *20. Juli. Porträts des Widerstands,* München 1989 (Geschichte und Staat 281), S. 393-409.

[3] Generalmajor Henning VON TRESCKOW (1901—1944): »Das Attentat muß erfolgen, coûte que coûte [= koste es, was es will]. . . Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung. .. den entscheidenden Wurf gewagt hat.« Dank des Dilettantismus der Verschwürer (vgl. Hans PAAR, *Dilettanten gegen Hitler. Offiziere im Widerstand, ihre Worte, ihre Taten,* Preußisch Oldendorf 1985) verfehlte der »entscheidende Wurf« sein Ziel, was etwa 200 Personen den Kopf kostete.

[9] Nessos, griechische Mythologie: Ein Kentaur, der Herakles und danach dessen Gattin Deianira über den Fluß Euenos trug. Als er dabei versuchte, ihr Gewalt anzutun, wurde er von Herakles mit einem vergifteten Pfeil tödlich verwundet, Der Sterbende riet Deianira, ein Hemd mit seinem nun vergifteten Blut zu bestreichen, um es als Liebeszauber zu verwenden. So brachte das Nessoshemd Herakles einen qualvollen Tod.







Von oben: **Friedrich** JÄGER, **Gerhard** KNAAK **und Friedrich-Karl** KLAUSING.

In schriftlichen Äußerungen nach Urteilsfällung, bei denen taktische Rücksichten naturgemäß zurücktreten, haben Verschwörer vor ihrer Hinrichtung noch Schuldeinsicht gezeigt, Reue erweckt und die Strafe als angemessen anerkannt.[10] Sie standen also keineswegs auf dem Standpunkt, durch ihre Hinrichtung >ermordet< zu werden.

Generalmajor Helmuth STIEFF meinte: »Mein Leben ist zerstört. Gestern und heute hat die Hauptverhandlung stattgefunden. Der Antrag lautet auf Tod, und er kann auch nicht anders ausfallen. Er ist gerecht. Ich gehe ruhig und gefaßt in den Tod, den ich mir schuldbeladen zugezogen habe. Ich habe geirrt und gefehlt. Es war falsch, Gott in seinem Wirken als kleiner Mensch hochmütig in den Arm fallen zu wollen.«

Oberst Friedrich JÄGER: »Ein Zufall führte mich nach Berlin, der mich mitschuldig werden ließ, ändern kann ich es leider nun nicht mehr.«

Major Gerhard KNAAK: »Vergiß mich, der ich unwürdig bin.«

Major Ludwig Freiherr VON LEONROD: »Ich bin nicht wert gewesen, ein LEONROD zu sein. Hoffentlich werde ich in die Familiengeschichte nicht aufgenommen, denn für diese bin ich ein Schandfleck.«

Hauptmann Friedrich-Karl KLAUSING schrieb an seinen Vater, Professor Dr. KLAUSING, Rektor der Deutschen Universität Prag:[11] »Heute (8. August 1944) ist nun über mich durch den Volksgerichtshof das Urteil gesprochen, das dem angemessen ist, was ich getan habe. Wenn Ihr diesen Brief erhaltet, ist es bereits vollstreckt. Ich möchte Euch noch eins sagen. Rückschauend betrachtet, insbesondere, nachdem ich die Anführer des Ganzen gesehen habe, kann ich es nur als ein Zeichen göttlicher Gnade ansehen, die es unmöglich machte, daß der Putsch gelang und damit das Chaos und Ende des deutschen Volkes heraufbeschworen wurde. Durch diese Gewißheit kann ich ruhig auf mich nehmen, was mich erwartet.. . Ich kann zwar für das, was ich getan habe, einstehen, kann es aber nicht wieder gut machen, und die Schande, die ich über unseren Namen gebracht habe, nicht wegwischen. So fragt nicht mehr nach mir, sondern laßt mich damit ausgelöscht sein.«

[10] Zitiert aus *Spiegelbild einer Verschwörung,* Bd. 1,S. 515 f., und Bd. 2,S. 789-801; Hannsjoachim W. KOCH, *Volksgerichtshof,* aaO. (Anm. 3), S. 448 ff.

[11] Der Vater von Friedrich-Karl KLAUSING bekam den Brief seines verurteilten Sohnes vom 8. August 1944 nicht mehr zu Gesicht. Er hatte sich am 6. August 1944 aus Gram das I.eben genommen (s. *Spiegelbild einer Verschwörung,* Bd. 2, S. 800 f.).

Oberleutnant der Reserve Albrecht VON HAGEN: »Mit meinem Schicksal will ich nicht hadern, da ich es selbst verschuldet habe. . . Darum bitte ich Gott um Beistand, der mir ein gnädiger Richter sein möge.«

Wolf Heinrich Graf VON HELLDORF, Berliner Polizeipräsident: »In meiner Vernehmung habe ich meine Schuld eingestanden, die in der Treulosigkeit gegenüber dem Führer und der Bewegung besteht. Die Folgerungen aus meiner Handlungsweise sind mir klar, und ich muß sie tragen.«

Auch Verurteilte, die nicht zum engsten Kreis gehörten, bekennen sich in Abschiedsbriefen schuldig und nehmen das Urteil als gerecht an:

Generalleutnant Fritz THIELE: »Soeben erfahre ich, daß ich morgen vor dem Volksgerichtshof stehe. Ich habe mir eine schwere Schuld aufgebürdet, indem ich Maßnahmen anderer nicht gemeldet habe, selbst in entscheidender Stunde falsch gehandelt habe und Gegenmaßnahmen erst zu spät eingeleitet habe. Das Gesetz läßt kein anderes Urteil zu, als es morgen wohl schon gefällt werden wird. Wenn Ihr diesen Brief erhaltet, lebe ich nicht mehr, ich wollte Kameraden nicht preisgeben. Nun bin ich mit darin verstrickt.«

Obersdeutnant Günther SMEND: »Ich bin Mitwisser geworden. .. So bin auch ich mitschuldig und muß sterben. Wenn ich auch keiner von den Verschwörern bin, so hatte ich doch eine gewisse ungenaue Kenntnis der Dinge und hatte nicht den Mut, sie Herrn Generaloberst[12] zu melden. Ich war zu feige und habe Herrn Generaloberst die Treue gebrochen. Dafür muß ich sterben. So scheide ich als ehrloser Mensch aus dem Leben und habe alles, aber auch alles verspielt.«

Obersdeutnant Hans Otto ERDMANN: »Ich wollte andere decken und gehe dabei selbst zugrunde. Eine Einstellung zu den Dingen hatte ich, die hinterher gesehen ganz falsch war.«

Selbst Carl GOERDELER stellte fest: »Das Scheitern des Attentats hat mich als eine Antwort der Vorsehung auf die Verletzung eines göttlichen Gebotes nicht überrascht,. , Wenn wir das Vaterland über alles stellen, was doch unser Glaube ist, so haben wir den 20. 7,1944 als ein endgültiges Gottesurteil zu achten. Der Führer ist vor fast sicherem Tod bewahrt. Gott hat nicht gewollt, daß Deutschlands Bestand, um dessen willen ich mich beteiligen wollte und beteiligt habe, mit einer Bluttat erkauft wird, er hat auch dem Führer diese







Von oben: **Albrecht** VON HÄGEN, **Fritz** THIELE **und Otto** ERDMANN,

[12] Gemeint ist Generaloberst Kurt ZEITZLER (1895—1963), Generaistabschef des Heeres im Zweiten Weltkrieg.

Aufgäbe weiter anvertraut. Das ist alte deutsche Auffassung. Jeder Deutsche in den Reihen der Umsturzbewegung ist nunmehr verpflichtet, hinter den von Gott gerichteten Führer zu treten, auch die Mittel, die einer neuen Regierung zur Verfügung gestellt werden sollten, rückhaltlos ihm zu geben; ob er sie nützen will, für brauchbar hält, entscheidet er.«

Vollstreckt wurden die Todesurteile durch den Strang. Gemäß § 2 des >Gesetzes über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe* vom 29. März 1933 (*Reichsgesetzblatt* 1 S. 151) konnte in Fällen »gegen die öffentliche Sicherheit gerichteter Verbrechen« die Vollstreckung - an Stelle des regulären Fallbeils - durch Erhängen erfolgen. Die Hinrichtungen fanden im Gefängnis Plötzensee statt.

Bis heute wird öffentlich behauptet, die ersten zum Tode Verurteilten seien »mit einem dünnen Strick oder Stacheldraht erdrosselt worden, der an einem Metzgerhaken befestigt wurde«. Nach einem Augenzeugen wurden sie jedoch mit Hanfseilen gehängt, wobei Hocker, auf denen sie standen, weggezogen wurden, so daß sie sofort bewußdos wurden und der Todeskampf nur wenige Sekunden »höchstens zwanzig« gedauert haben soll. Dagegen wurden die im Nürnberger >Hauptkriegsverbrecherprozeß< zum Tod durch den Strang Verurteilten so getötet, daß sie erhebliche Verletzungen erlitten und noch bis zu zwanzig Minuten lebten, so im Falle Joachim VON RIBBENTROPS.[13] Die bei den Verschwörern vom 20. Juli angewandte Methode sehr schneller Tötung soll Hitler persönlich gewünscht haben.[14]

Objektiv unwahr ist somit die weitverbreitete Version, die Hinzurichtenden seien an einem Metzger- oder Fleischerhaken aufgehängt worden.'1 Am Haken hing nicht der Delinquent, sondern der Strick. Und der Haken, an dem der Strick hing, war kein Fleischerhaken, »Heute weckt ein Schlachterbeil abschreckende Assoziationen«, bemerkt der Berner Metzgersohn und Schriftsteller Beat STERCHI. »Fast ebenso Entsetzen erregendes Teufelszeug ist der S-förmige, am einen Ende zugespitzte Fleischerhaken. Es waren solche Haken, an denen in der Metzgerei große und kleine Fleischstücke in ihrer angestammten Form rot und blutig zum Verkauf bereit an einer Eisenstange oder an dem sogenannten Rechen hingen. Noch gibt es sie, die Fleischerhaken, doch mehrheitlich liegt heute das teure Fleisch möglichst appetitlich auf möglichst sauberen Platten.«[16]

Alljährlich wird im Hinrichtungsraum mit den angeblichen >Fleischerhaken< ein Gottesdienst >in Erinnerung an die Ermordeten* abgehalten. »In Erinnerung an die in Plötzensee., . ermordeten Opfer« errichteten beide christlichen Kirchen Gedenkstätten, Im >Kirchraum< des evangelischen Gemeindezentrums Charlottenburg-Nord ist der >Plötzenseer Totentanz* des kommunisrischen Künstlers Alfred HRDLICKA. Auf allen 16

[15] Ebenda, S. 443.

[14] Ebenda.

[15] Beispielhaft: Anna Maria SIGMUND, »Am Haken des Fleischers«, in: *Die Presse,* Wien, 9. 10. 2004.

[16] Beat STERCW, »Alte Meister: Ein Nachruf auf den Metzgerstand«, in: *Neue Zürcher Zeitung Polio,* Nr. 7/2005, Thema: Fleisch.



iPlötzenseer Totentanzi von Alfred HROLICKA. Auf allen 16 Tafeln prangt ein Balken mit Fleischerhaken, die es bei den historischen Hinrichtungen eben nicht gab. Alfred HRDLICKA (*1928), gelernter Zahntechniker und kommunistischer Künstler, Professor in Stuttgart, Berlin und Wien, 1985/86 Gegen den kmal zum Ehrenmal für die Gefallenen des Infanterieregiments 76 am Hamburger Dammtor, 1988 Mahnmal gegen Krieg und Faschismus in Wien. Ausschnitt Tafel 10-12.

Tafeln prang ein Balken mit Fleischerhaken, die es bei den historischen Hinrichtungen eben nicht gab.

Die Wahrheit freilich ist anders. Die Gedenkstätte Plötzensee dokumentiert, daß auf Betreiben des Reichsjustizministers Otto THIERACK schon im Dezember 1942 im Hinrichtungsschuppen ein Stahlträger mit acht eisernen Haken eingezogen wurde, um die Todesstrafe durch Erhängen an mehreren Personen gleichzeitig vollziehen zu können. Wie auf Bildern ersichtlich, handelt es sich um unspezifische, mit dem Träger fest verbundene Haken ohne zugespitzte Enden, wie sie für die losen Fleischerhaken charakteristisch sind. An diesem Galgen wurden seit dieser Zeit Erhängungen vollzogen, zuerst an den Angehörigen der Widerstandsorganisation >Rote Kapelle«, später an dem am Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 beteiligt gewesenen Personenkreis. Erhängungen im »englischen Verfahren« (Bühne mit Falltür) waren nur in Posen möglich: »Der Aufbau solcher Einrichtungen in anderen Teilen des Reiches erfordert Zeit. Man wird sich daher.. . mit einfacheren Vorrichtungen begnügen müssen, wie sie bisher in Österreich üblich waren.«[1]" Der Hinrichtungsschuppen wurde 1951 zum Teil abgerissen, an seiner Stelle steht heute eine Mauer aus Bruchsteinen. Der Hinrichtungsbalken mit den Haken ist noch vorhanden.

Fred Duswald

1 Reichsjustizministerium AZ. 4417-IV a[4] 9647.42, faks. bei: Brigitte OLESCHINSKI, *Gedenkstätte Plötzensee,* Berlin 1995, S. 50 f.

Zur Person Dietrich Bonhoeffers

Hätte die evangelische Kirche Heilige wie die katholische, wäre Dietrich BONHOEFFER wohl der Allerheil igste. »BONHOEFFER, der die Notwendigkeit einer Niederlage Hitler-Deutschlands theologisch als Gericht Gottes über die Mächte des Bösen begründete, ist für Christen, Atheisten und postmoderne Neo-Religiöse zu einer Art Universalheiligen avanciert«, schrieb Herbert AMMON in der Wochenzeitung *Jutige Freiheit* am 7. April 2006. In einer Gruppe von zehn »ökumenischen Heiligen« des 20. Jahrhunderts steht BONHOEFFERS Skulptur über dem Westportal der Westminster Abbev in London. Aber auch profane Fürsprecher heben ihn in den Himmel, weil er als Widerständler wegen Hoch- und Landesverrats hingerichtet worden ist. »Zu den größten Deutschen des 20. Jahrhunderts gehört Pastor Dietrich BONHOEFFER«, bestimmte US-Präsident BUSH 2002 im Deutschen Bundestag. Doch dieses Bild ist zu einfach und verdient, richtiggestellt zu werden.



Dietrich BONHOEFFER studierte Theologie in Tübingen, Rom und Berlin. Einen prägenden Einfluß auf ihn übte Karl BARTH aus, den er später mehrmals in der Schweiz besuchte. Seine ersten Kenntnisse von Umsturzplanungen gehen auf das Jahr 1938 zurück, als OSTER und DOHNANVI den Fall FRITSCH bearbeiteten.

Der fromme Hans Joachim SCHULTZ (*1936) stellt BONHOEFFERS »fraglose Autorität« radikal in Frage: Der Gottesmann sei gottlos gewesen, belegt der Evangelikaie in seiner Schrift *Wer ist Bonhoeffer?* Denn dessen »Ethik« besagt, daß »ein Christ im Gehorsam gegen JESUS CHRISTUS wagen muß, Sünde auf sich zu nehmen, ja, daß er in die Lage kommen kann, um der Liebe und Wahrheit willen alle Gebote zu übertreten, lügen, betrügen, stehlen und sogar morden zu müssen«.

Als Dietrich BONHOEFFER, der im Erwachsenenalter Gott als abzuschaffende Arbeitshypothese abtat (16. Juli 1944), am 4. Februar 1906 in Breslau als sechstes von acht Kindern in die heile Welt der Kaiserzeit hineingeboren wurde, dachte so abwegig noch niemand. Vater Karl (1868-1948), Professor der Psychiatrie in Berlin und Chefarzt in der Charité, begutachtete 1933 den Reichstagsbrandstifter VAN DER LÜBBE. Mit den Feinden Deutschlands, die ganze Städte in Brand bomben ließen, verbündete sich Dietrich BONHOEFFER im Zweiten Weltkrieg.

Auf diese bedenkliche Bahn begab sich der habilitierte Theologe, als er sich 1933 zum »bewußten Inkaufnehmen des Konfliktes mit dem bestehenden Staat« bekannte. Die Kirche, dozierte der Studentenpfarrer, dürfe nicht nur als barmherziger Samariter die Opfer unter den Rädern verbinden, sondern müsse dem Rad selbst in die Speichen fallen.

Um in Anbetracht des drohenden Krieges dem Wehrdienst auszuweichen, reiste BONHOEFFER Mitte 1939 auf Kosten der Ökumene nach Amerika, kehrte aber, kaum in New York angekommen, wieder um: Er wolle »diese Periode unserer nationalen Geschichte mit den Christen Deutschlands durchleben« in der »fürchterlichen Alternative, entweder

in die Niederlage ihrer Nation einzuwilligen, damit die christliche Zivilisation weiterleben kann, oder in den Sieg einzuwilligen und dabei unsere Zivilisation zu zerstören«. Eis siegte zwar die Gegenseite, doch eine der Folgen war: »Die Rebellion von 1968 hat mehr Werte zerstört als das Dritte Reich«, bilanzierte 1983 der CDU-Politiker Bruno HECK {*DerSpiegelet.* 4, 2006, S. 56).

BONHOEFFERS bevorzugter Ansprechpartner vor dem und im Zweiten Weltkrieg war der vielseitige Holländer Willem Adolf VISSER T'HOOFT (1900-1985), Generalsekretär der Ökumene, im Zweiten Weltkrieg aber auch Genfer Agent des britischen Geheimdienstes. Auf dessen Frage, wofür er denn in der aktuellen Lage bete, machte BONHOEFFER trotz bolschewistischer Gefahr für Deutschland aus seinem Herzen keine Mördergrube: »Ich bete für die Niederlage meines Landes.« (*Traasparent-Extra* Nr. 76, 2005, S. 10)



BONHOEFFERS Schwager Hans VON DOHNANYI, der bereits im Mai 1933 persönlicher Referent beim Justizminister war. Im Juli 1942 waren die beiden noch in >Mission< im Vatikan und in Venedig. Ihre Verhaftung erfolgte ab 5. April 1943.

Tatsächlich betete BONHOEFFER nicht nur für Deutschlands Niederlage, sondern arbeitete auch dafür als Mann der Ökumene, aber auch in der Funktion eines vom Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht unabkömmlich (uk) gestellten Agenten. Im deutschen militärischen Geheimdienst unter dem verräterischen Admiral Wilhelm CANARJS arbeitete BONHOEFFERS Schwager Hans VON DOHNANYI (1902-1945). Dessen unmittelbarer Vorgesetzter war Generalmajor Hans OSTER. Dieser verriet 1940 Angriffstermine an den niederländischen Militärattache in Berlin. Die Angriffe fielen deshalb keineswegs ins Wasser, wohl aber fielen 1940 unnötig Tausende deutscher Soldaten im Feuer der Vorgewarnten.

Vom Amt Canaris mit Devisen und Visa versehen, reiste der »V-Mann Gottes und der Abwehr« *(FAZ* 12. 10. 2005) durch Europa, um den Feind mit Informationen zu versehen. Im Frühjahr 1941 traf er VISSER T'HOOFT in der Schweiz und übergab ihm wichtigen Meldungen für die Alliierten, Der ökumenische Holländer leitete BONHOEFFERS Mitteilungen prompt nach London weiter. Eine zweite Schweiz-Reise galt der Erkundung alliierter >Friedensziele<. BONHOEFFERS Fehlmeldung vom bevorstehenden Umsturz, die VJSSER T'HOOFT sogleich an die >Peace Aims Group< gelangen ließ, wurde von den Alliierten nicht einmal ignoriert.[1]

Im April 1942 ermunterte der »Seelsorger des Widerstandes« (*FAZ.Nef)* den Bischof Eivind BERGGRAV im besetzten Norwegen zum Widerstand gegen die deutsche Wehrmacht. In Schweden weihte er Ende Mai 1942 den britischen Bischof von Chichester in alle Geheimnisse eines geplanten Putsches ein, doch würdigte Großbritanniens Außenminister Anthony EDEN die deutschen Widerständler keiner Antwort, Im Juni 1942 wollte der »Stachel im Fleisch seiner Kirche« *(FAZ.Nel)* über den Vatikan Bedingungen einer »ehrenvollen Beendigung des Krieges« erkunden. Die Antwort kam im Januar 1943 aus Casablanca, wo ROOSEVELT und CHUR-

[1] Peter HOFFMANN, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler,* Piper, Serie Piper 418, München [4]1985, S. 268-275.

CHILI, in aller Öffentlichkeit auf bedingungsloser Kapitulation beharrten und somit den Krieg unnötig verlängerten, der dann noch Millionen Todesopfer forderte.

Der selbst in die Vorgänge rund um den 20. Juli 1944 verwickelt gewesene Eugen GERSTENMAIER gestand später: »Was wir im deutschen Widerstand während des ganzen Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: daß dieser Krieg schließlich eben nicht nur gegen HITLER, sondern gegen Deutschland geführt wurde. Das Scheitern aller unserer Verständigungsversuche aus dem Widerstand... war deshalb kein Zufall. Es war ein Verhängnis, dem wir vor uns nach dem Attentat machtlos gegenüberstanden.« (*FAZ* 21. 3. 1975)

Im Unterschied zu GERSTENMAIER, dessen Nachkricgskarriere in der Stellung des Bundestagspräsidenten gipfelte, von der er im Januar 1969 wegen zu großer Vorteilsnahme im Amt zurücktreten mußte, war es BoNHOEEFER nicht vergönnt, die Früchte der Niederlage, die er erhofft hatte, zu genießen. Als Folge von Devisenschiebereien im Bereich der Abwehr am 5. April 1943 verhaftet,[2] erschienen ihm die Bedingungen im Militärgefängnis Tegel zunächst erträglich. Zum fidelen Gefängnis geriet der Knast, als Generalmajor Paul VON HASE seinen einsitzenden Neffen BONHOEFFER besucht. Über fünf Stunden zechte der Stadtkommandant mit dem »Stargefangenen« und der Gefängnisführung: »Dabei ließ er vier Flaschen Sekt auffahren, was in den Annalen dieses Hauses wohl einmalig ist.«

Schlagartig verschlechtert sich indessen BONHOEFFERS Befinden, nachdem der sogenannte >Zossener Aktenfund<[3] im September 1944 auch ihn mit dem Verdacht des Hoch- und Landes Verrates belastete. Am 8. Oktober 1944 ins Gefängnis des Reichssicherheitshautptamtes überführt, gelangte er im April 1945 über Buchenwald ins Konzentrationslager Flossenbürg. Dort wurde er am 9. April 1945 hingerichtet.[4]



Das Reichssicherheitshauptamt in der Berliner Prtnz-Albrecht-Straße. Dort wurde BONHOEFFER, der im Tegeler Militärgefängnis saß, am 8, Oktober 1944 zu Verhören gebracht, da in Zossen (bei Berlin) Akten der Abwehr entdeckt worden waren, aus denen hervorging, daß neben OSTER und DOHNANYI auch BONHOEFFER in die Verschwörung verwikkelt war, und zwar seit 1938.

Dank intensiver Propaganda und kollektiver Umerziehung ist BONHOEFFER, mit dem sich auch der amerikanische »Tod-Gottes-Theologe« William HAMILTON identifiziert, heute der mit Abstand meistgelesene Theo-

[2] HOFFMANN, ebenda, S. 364 f.
[1] Ebenda, S. 631.
[4] Ebenda, S. 652 f.





Links: **BONHOEFFER (3. v. l.) im Tegeler Gefängnishof 1944.** ***Rechts:*** **Paul VON HASE, BONHOEFFERS Onkel und Kommandant von Berlin.**

löge. Aufnahme fand der Vorkämpfer für ein »religionsloses Christentum« sogar im katholischen *Märtyrerverzeichnis für den deutschen Sprachraum.* Der *Evangelische Erwachsenen-Katechismus* 1975 verwarf dagegen BONHOEFFER als Vertreter der Theologie vom Tode Gottes oder der These vom religiösen Atheismus. Doch nach einer Umfrage von 1986 rangiert der Häretiker unter den Vorbildern evangelischer Nachwuchstheologen deutlich vor dem Reformator Martin LUTHER. Abgeschlagen auf dem dritten Platz landete -JESUS CHRISTUS.

In wesentlich engeren Grenzen hält sich die BONHOEFFER-Rezeption im I ledigen Land: Zu Lebzeiten hatte der »Heilige wider Willen« (*Oherösterreichische Nachrichten)* eine gewisse Charlotte FRIEDENTHAL auf die liste jüdischer Personen gesetzt, denen auf Wunsch der Abwehr die rettende Ausreise erlaubt wurde. Dennoch lehnte die Leitung der Gedenkstätte Yad Vashem es nach 1945 ab, den Retter als »Gerechten unter den Völkern« aufzulisten. Die höchste Ehrung, die Israel vergibt, geht ausschließlich an Nichtjuden, die in der NS-Zeit unter Einsatz ihres Lebens einem jüdischen Menschen das lieben gerettet haben. BONHOEFFER, entschied Yad Vashem, habe zwar das Leben der Frau gerettet, sich selbst aber dabei nicht gefährdet. BONHOEFFERS Hinrichtung am 9. April 1945 habe nichts mit seinem Bemühen zu tun gehabt, einer Jüdin das Leben zu retten. Auch vom Obersten Gerichtshof in Israel wurden die Antragsteller abgewiesen. Es sei nicht ihre Aufgabe, historische Fragen zu klären, entschieden die Richter am 1. Januar 2006. *(Ja,* 15. 1. 2006, S. 3) Fred Duswald

Zum Schicksal der Geschwister Scholl

Das bedauernswerte Schicksal der Geschwister Hans und Sophie Scholl, die sich nach Stalingrad am 18. Februar 1943 mit Flugblättern an der Universität München gegen die Diktatur HITLERS und den Krieg gewandt hatten und dafür nach Verurteilung durch den Volksgerichtshof am 22. Februar 1943 hingerichtet wurden, obwohl sie früher, ähnlich wie Claus Graf Schenck VON STAUFFENBERG, begeisterte Anhänger des Nationalsozialismus gewesen waren, wurde nach 1945 manchmal entstellt geschildert, wobei auch Grausamkeiten der Gestapo gegen die Inhaftierten geschildert wurden. Doch diese Behauptungen von angeblich schlechten Behandlungen treffen nicht zu. Zur Richtigstellung erklärte der Vater Robert SCHOLL bereits am 27, Mai 1947 in Ulm unter anderem:[1]

[1] Robert SCHOLL, »Ein Vermächtnis der Geschwister Scholl«, in: Askania Studiensammlung für Zeitgeschichte und Jugendforschung, Nr. 3,1989, S. 28.

»Die Schilderungen in dem in 15 Sprachen über die Welt verbreiteten Buch von Alfred NEUMANN *Es waren 6* sind von A bis Z erfunden. Auch die Greuelmärchen, die seit 1945 über die Münchener Ereignisse in der in- und ausländischen Presse erschienen sind, sind erfunden. Sie rühren von einer Schwindlerin Marianne SCHOLL her, die sich als meine Nichte ausgab, lange Zeit auch von den Amerikanern verkannt wurde, inzwischen aber vom Militärgericht Heidelbergwegen Betrugs u.a. zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden ist…

Sie hat (1942) dort und im Gefängnis in Ulm, in dem sie sich auf dem Transport in das Zuchthaus Hagenau auch einige Tage aufhielt und mit





Sophie SCHOLL mit ihrem Bruder Hans, mit dem sie eng verbunden war und dessen politische Ansichten teilte.



Hans SCHOLL (2. v, I.) und Sophie SCHOLL mit weiteren Mitgliedern der >Weißen Rose< Hubert FURTWÄNGLER (I.), Willy GRAF (3. v. I.) und Alexander SCHMORELL (r.).

meiner Tochter INGE in einer Zelle zusammen war, von den Ereignissen um meine Kinder Hans und Sophie erfahren. Nach dem Zusammenbruch hat sie dann ihre Kenntnisse ausgenutzt und sich als meine Verwandte und als Unbeteiligte an den Münchener Ereignissen ausgegeben. Dabei hat sie ganz grausige Geschichten über an meiner Tochter Inge und auch an ihr (selbst) verübte Grausamkeiten veröffentlichen lassen. Wahrheit ist, daß meine beiden Kinder mir, als ich sie 1/2 Stunde vor ihrer Hinrichtung noch sprechen konnte, unabhängig voneinander erklärten, sie seien von der Gestapo gut und vornehm behandelt worden. Mein Sohn Hans bat mich noch, zu einem Herrn Dr. MAMON bei der Gestapo zu gehen und mit diesem zu sprechen. Er habe Dr. MAMON während des Verhörs aufgeklärt und so ziemlich vom Nationalsozialismus bekehrt. Es bedürfe nur noch einer kleinen Nachhilfe meinerseits und Dr. MAMON wäre gewissermaßen gerettet,



Robert SCHOLL (1891-1973), war Bürgermeister von Forchtenberg, in dessen Rathaus eine Btldnisbüste seiner Tochter steht.

Ich selbst wurde von einem Münchener Gestapobeamten gleichfalls, und zwar im Gefängnis von Ulm, vernommen. Auch ich wurde in jeder Hinsicht anständig, ja sogar vornehm behandelt. Nach meiner protokollarischen Vernehmung sprach ich mir Gestapobeamten noch als Mensch zu Mensch, stellte ihnen die ganze Verworfenheit des Nationalsozialismus und dessen baldiges schreckliches Ende vor Augen, und zwar in Gegenwart der Protokollführerin. Alleine schon wegen dieser meiner Auslassungen hätte mich der Gestapobeamte wegen Zersetzung dem Scharfrichter ans Messer liefern können.

Ich ermächtige Sie ausdrücklich, von dieser meiner Erklärung vor jedem Gericht Gebrauch zu machen.«

Rolf Kosiek

Waren Deserteure Widerstandskämpfer?

Seit dem letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ist es in der Bundesrepublik üblich geworden, die deutschen Deserteure des Zweiten Weltkriegs als »Widerständler zu betrachten und sie bei Ehrungen der Attentäter vom 20. Juli 1944 gleichrangig mit zu nennen. An verschiedenen Orten wurden bereits Denkmäler für die Fahnenflüchtigen aufgestellt.[1] Besonders die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat neben der SPD im Bundestag dafür gesorgt, daß der »Widerstand des kleinen Mannes« offiziell anerkannt wurde, daß die wegen Fahnenflucht Verurteilten rehabilitiert wurden:[1] »Wer sich dem »Terrorinstrument Wehrmacht* und der »deutschen Kriegsmaschinerie* auf diese Weise entzogen habe, sei ein Widerstandskämpfer.«[2] Wegen Fahnenflucht, Wehrkraftzersetzung und Wehrdienstverweigerung im Zweiten Weltkrieg verurteilte Soldaten sollten pauschal rehabilitiert werden. Mit der Einschränkung, daß jeder Einzelfall geprüft werden müsse, wurde dem im Grunde vom Bundestag entsprochen.

Doch diese Beurteilung ist nicht richtig. »Die heutige Lehre vom Widerstandsrecht rechtfertigt die Beseitigung eines Diktators unter drei Voraussetzungen: 1. Die Tat muß auf einer politischen Gewissensentscheidung derer beruhen, die den Entschluß zum Widerstand fassen, 2. Die Tat muß eine Signalwirkung auf andere haben. 3. Das Unternehmen muß eine Erfolgschance haben.«-[1]

[1] Franz W SEIDLER, »Ansichten über Deserteure«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18. 9. 1995,

[2] Volker KRÖNING, in: *Focus*, Nr. 43, 23. 10. 1995, S. 98.

[3] Franz W. SEIDLER, »Waren Deserteure W1 de rs tand s käm p - fer?« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 5. 3. 1996.



Deserteur-Denkmal auf dem Platz der Einheit in der Garnisonstadt Potsdam.

Für Deserteure der Wehrmacht sind offensichtlich alle drei notwendigen Voraussetzungen - zumindest die letzten zwei genannten - zur Anerkennung als Widerständler nicht erfüllt.

Der Präsident des Bundesgerichtshofes, Hermann WEINKAUFF, führte um 1960 zu dieser Frage dann auch damals noch allgemeint anerkannt aus: »So können beispielsweise Desertionen oder Gehorsamsverweigerungen einzelner Heeresangehöriger, die im Kriege mit der Begründung vorgenommen werden, es handele sich um einen ungerechten Krieg oder um einen notwendig zum eigenen Untergang führenden Krieg, in der Regel nicht als rechtmäßige Widerstandakte anerkannt werden. Oft wird es schon an der sicheren, sich auf gewisse und ausreichende Unterlagen stützenden und unter ernsten Gewissensqualen errungene Erkenntnis fehlen, daß es wirklich ein klar ungerechter oder ein klar zum eigenen Untergang führender Krieg sei. Vor allem aber kann die einzelne Desertion oder der einzelne militärische Ungehorsam gar nicht den Erfolg haben, das Schicksal als Ganzes zu wenden.«[4]



Franz W. SEIDLER,

[4] **Zitiert ebenda.**

Zu erwähnen ist, daß in allen Ländern Fahnenflucht ein schweres militärisches Verbrechen ist, das hart bestraft wird. Der Paragraph 16 des Wehrstrafgesetzbuches der Bundeswehr hat fast den gleichen Wortlaut wie der Paragraph 69 des früheren Militärstrafgesetzbuches der deutschen Wehrmacht. Da Gesetze allgemein gelten sollen, ist eine Ausnahme-wie für den Zweiten Weltkrieg - juristisch schlecht begründet. Auch dürfte die eingerissene Praxis der Verherrlichung von Deserteuren des Zweiten Weltkriegs dazu führen, daß die Hemmschwelle für Fahnenflucht in der Bundeswehr bei wirklich gefährlichen Einsätzen stark herabgesetzt wird.

Der Militärhistoriker Franz W. SEIDLER wies ferner darauf hin, daß für viele der deutschen Fahnenflüchtigen des Zweiten Weltkriegs nicht die oft unterstellten hehren Begründungen zutrafen: »In Deutschland handelte es sich bei den meisten Verurteilten um Soldaten, die mehrfach vorbestraft waren: viele bereits vor ihrer Einberufung zur Wehrmacht, fast alle disziplinarisch oder kriegsgerichtlich in der Truppe. Nur ganz wenige desertierten aus politischen Gründen. Die häufigsten Motive waren Angst vor einer weiteren Bestrafung, Streit mit den Vorgesetzten, persönliche und familiäre Gründe und Frauengeschichten.«[5]

[5] Franz W SEIDLER, aaO. (Anm. 3).

Eine >Heroisierung< der Deserteure ist deshalb unbegründet. Da diese gleichzeitig meist mit der Herabsetzung oder gar Diffamierung der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs verbunden ist, die ihr Leben für Volk und Vaterland einsetzten, ist ihr Ursprung aus deutschfeindlicher Ideologie und dem Willen zur Umerziehung nicht zu übersehen.

Rolf Kosiek

Mit Pistole zu Hitler

Bei den Darstellungen der zahlreichen aus den verschiedensten Gründen abgebrochenen oder fehlgeschlagenen Attentatsversuche zur Beseitigung HITLERS wird meist die einfache Möglichkeit, den Reichskanzler bei einem Treffen aus nächster Nähe mit der Dienstpistole zu erschießen, übergangen oder gar die Möglichkeit dazu abgestritten, Tatsache ist jedoch, daß im allgemeinen mindestens bis zum Attentat vom 20. Juli 1944 jeder zu HITLER vorgelassene Offizier - etwa bei Besprechungen oder Ordensverleihungen - seine Dienstpistole während der Besprechung bei sich trug. Nach diesem Attentat sollen schärfere Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden sein, wozu die Abgäbe der Pistole vor einem Besuch beim Führer gehört habe.

Daß jedoch auch diese neuen Vorkehrungen allgemein nicht so scharf waren wie etwa heutige Maßnahmen beim Flugverkehr, von der in letzter Zeit üblich gewordenen Bewachung hoher Politiker durch kräftige »Body Guards« ganz zu schweigen, berichtete als direkt Betroffener einer der »zwanzig minderjährigen, mit dem Kreuz von Eisen dekorierten Hitler-Jungen«,[1] die HITI.FR zu seinem 56. Geburtstag am 20. April 1945 in Berlin gratulierten.

Er stellte fest: »Ich brachte, einmal als Melder des Reichsjugendführers Artur **AxMANN** und zweimal HITLERS, Nachrichten aus der >Zitadelle< und zurück. Als Melder trug ich eine Pistole in meiner Manteltasche und wurde niemals aufgefordert, sie herauszugeben, weder bei HITLERS Geburtstagpräsentation, noch als ich im Lageraum Aufträge entgegennahm, wo HITLER dabei war. Am Morgen des 30. April, zwischen 4.30 und 5.00 Uhr, sah ich HITLER allein im Flur des unteren Bunkers. Ich hätte HITLER töten können. Ich hatte diese Möglichkeit mindestens drei- oder viermal.«[2]

Wenn solches schon einem jungen Meldegänger mehrmals möglich gewesen war, wie nicht erst den zahlreichen mit Widerstandsplänen befaßten hohen Offizieren, die sich vielfach in unmittelbarer Nähe HITLERS aufhielten oder an Besprechungen mit ihm teilnahmen. Es scheint so, als sei die von altersher zum klassischen Tyrannenmord gehörende Selbstaufopferung des Attentäters eine zu hohe Schwelle für die im Widerstand vereinigten Offiziere gewesen. **Rolf Kosiek**

[1] *Der Spiegel,* **Nr. 14, 1995.**

[2] Armin D. LEHMANN, Waldport (USA), in Leserbrief in: *Der Spiegel,* Nr, 17, 24, 4. 1995, S. 8.

Hatte Hitler keinen Holocaust-Plan?

In der gängigen Literatur werden der Antisemitismus Adolf Hitlers und dessen persönliche Schuld für die im Dritten Reich durchgeführte Verfolgung der Juden hervorgehoben. Obwohl bisher kein entsprechendes Dokument mit einer solchen Anordnung gefunden wurde, geht die herrschende Lehre davon aus, daß Hitler den Befehl zur Vernichtung der Juden gegeben habe und dies sein wichtigstes Ziel gewesen sei. Zweifler daran wurden wegen >Leugnung< und >Verharmlosung< von NS-Verbrechen nach § 130 des deutschen Strafgesetzbuches bedroht und bestraft.


Raul Hilberg.

Nun scheint sich selbst in der etablierten Forschung ein Wandel zu vollziehen. Auf einer Tagung der regierungsnahen Bundeszentrale für Politische Bildung in Berlin Mitte Dezember 2006 zum »transnationalen Gedächtnis des Holocaust« überraschte der in der Holocaust-Forschung anerkannte jüdische Historiker Raul Hilberg[1] mit einer Feststellung, die zwar schon ähnlich seit jeher von Revisionisten vertreten und **Vorjahren** von David Irving geäußert wurde, jedoch bisher stets großen Widerspruch hervorrief. Hllberg erklärte, »daß es in Deutschland — anders als in Frankreich — zu keinem Zeitpunkt eine zentrale Stelle zur Durchführung der NS-Judenverfolgung gab, sondern sich die Vernichtungspolitik aus dem Zusammenspiel der verschiedenen nationalsozialistischen ideologischen Institutionen und Ministerien entwickelte. Hitler selbst habe den Holocaust in seinem furchtbaren Ausmaß weder bewußt geplant noch vorausgesehen«.[2]

Bezeichnenderweise wurde diese Erklärung von der deutschen Presse sonst kaum gebracht und in Kommentaren nicht gewürdigt. Ein >Revisionist<, der solches öffentlich verlautbart hätte, wäre sicher wegen >Volksverhetzung< verurteilt worden. So wurde zum Beispiel im Jahre 2002 der unbescholtene Nürnberger Historiker und Studienrat Hans-Jürgen Witzsch vom Landgericht Nürnberg (Az.: 421 Ds 403 Js 31160/00) zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten ohne Bewährung verurteilt, weil er in einem persönlichen Brief an den Münchner Historiker Michael Wolffsohn zutreffend darauf hingewiesen hatte, daß es keine Quelle dafür gebe, daß Hitler den Holocaust befohlen habe. In der Urteilsbegründung wurde jedoch auf die »Regierungsanordnung« für die Massenvernichtung von J uden verwiesen.

Rolf Kosiek

[1] Raul Hilbelrc;, *Die Vernichtung der europäischen Juden,* Berlin 1982.

[2] *Süddeutsche Zeitung,* Nr. 287, 2006, S. 13.

[3] »Kein Hitler-Plan«, in: *Nation & Europa,* Nr. 2, 2007, S. 55.

Keine Massenvergasungen in Dachau

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde jahrelang in den Medien und in Schriften behauptet, daß im bayerischen Konzentrationslager Dachau Massentötungen in Gaskammern vorgenommen worden seien. Jahrelang wurde Zehntausenden von Besuchern eine >Gaskammer< vorgeführt, in der viele Häftlinge durch Vergasung ermordet worden seien.[1] So erklärte der tschechische Arzt Dr. Franz BLAHA, der von 1941 bis 1945 als Häftling im Lager Dachau war, vor dem Nürnberger Tribunal am 11. Januar 1946 in einer eidesstattlichen Erklärung: »Viele Hinrichtungen durch Gas, Erschießungen und Injektionen fanden im Lager statt. Die Gaskammer wurde im Jahre 1944 vollendet, ich wurde von Dr. RASCHER gerufen, um die ersten Opfer zu untersuchen. Von den 8 bis 9 Personen, die in der Kammer waren, waren drei noch am Leben, und die anderen schienen tot zu sein... Viele Gefangene wurden später auf diese Weise getötet.«[2]

Erich PREUSS, der in seiner Schrift[3] auch die viel zu große Opferzahl von 70000 für Dachau angab, sagte über die angeblich dort gebaute Gaskammer aus: »Die Gaskammer wurde für Massenhinrichtungen gebaut. Die Hinrichtungen in den Gaskammern der Konzentrationslager erfolgten durch ein Giftgas Cyclon-B.«

Die entsprechenden Einrichtungen wurden in Bildern[4] gezeigt, wobei der Eingang mit »Brausebad« bezeichnet war. Den Besuchern, besonders Schulklassen, wurden die betreffenden Räumlichkeiten an Ort und Stelle vorgeführt.[5]

Doch diese Behauptungen über die Gaskammern treffen nicht zu. Richtig ist, daß es vor 1945 keine Gaskammern in Dachau gab und Vergasungen dort nicht stattfanden. Schon im Juli 1955 stellte der Landrat von Dachau und CSU-Abgeordnete im Bayerischen Landtag, Heinrich JUNKER, im Münchener Landtag den Antrag, »das Krematorium im Camp

[1] Eine Anzahl solcher Behauptungen ist zusammengestellt bei Erich KERN, *Meineid gegen Deutschland*, K. W. Schütz, Göttingen 1968, S. 247 ff.; u.a. K. A. GROSS, *Fünf Minuten vor zwölf* München 1945, S. 221 f.; Paul HUSAREK, *Die Toten von Dachau,* München 1948, S. 17.

[2] Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (Hg.), *Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14, November 1945 bis 1. Oktober 1946,* Nürnberg 1947, S. 198,

[3] Erich PREUSS, *»Denket daran!«* München 1945, S. 27,

[4] Beispiel in *National-Zeitung,* 18. 5. 1979, S. 5.

[5] So noch in einem Bericht über einen Besuch von 150 Schülern in: *Süddeutsche Zeitung,* 14. 5. 1979.

Dachau für den öffentlichen Besuch zu schließen, damit nicht weiterhin damit Propaganda gemacht werden kann, daß Opfer des Nationalsozialismus vergast oder lebendig verbrannt worden seien«.[6] Daraufhin entbrannte eine heftige öffentliche Diskussion, in der auch frühere Häftlinge des Lagers versicherten, daß es dort bis 1945 keine Gaskammern gegeben habe. Der Antrag des Abgeordneten JUNKER wurde schließlich mit dem Hinweis auf ein Abkommen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik vom Oktober 1954 zur Erhaltung von Denkmälern für verstorbene Häftlinge verworfen. So blieben die Behauptungen von den Dachauer Gaskammern weiter in der Öffentlichkeit und wirkten.

Auf einen ausführlichen Bericht des Reporters Oscar STENTZEL in der Wochenzeitung *Christ und Welt* über »das geflieẞte >Brausebad<« in Dachau mit den Öffnungen, »aus denen das tödliche Gas heraustrat«, erschien ein Leserbrief,[8] in dem auf Äußerungen des Münchner Weihbischofs NEUHAUSLER im Mai 1960 im *Münchner Merkur* verwiesen wurde, wonach unter der Überschrift »Gaskammer nicht fertiggeworden« erklärt wurde, daß dort keine 75000 Häftlinge umgebracht worden seien, da die Gaskammer dank der Sabotage der Häftlinge niemals fertiggeworden sei, »so daß hier überhaupt niemand vergast werden konnte«. Die Redaktion erklärte dazu, daß der Verfasser zugebe, »bei der Besichtigung der Gaskammer in Dachau den legendären Behauptungen von den dort durchgeführten Vergasungen erlegen« zu sein.

In diese Debatte griff dann das Institut für Zeitgeschichte in München durch seinen Mitarbeiter Martin BROSZAT, dessen späteren Direktor, ein, der feststellte: »Weder in Dachau, noch in Bergen-Belsen, noch in Buchenwald sind Juden oder andere Häftlinge vergast worden. Die Gaskammern in Dachau wurden nie ganz fertiggestellt und in Betrieb genommen.«[9] Dabei verwendete er den Plural »Gaskammern«.

Weihbischof NEUHAUSLER schrieb später: »Mit dem neuen Krematorium war auch eine Gaskammer verbunden. Sie wurde zwar schon 1942 begonnen, aber durch Sabotage der Gefangenen sehr lange nicht fertig; erst 1945. .. Doch wurde diese Dachauer Gaskammer nie in Betrieb genommen.«[10]

Dabei dürfte es wohl jedem natürlich Denkenden klar sein, daß sich die KZ-Leitung nicht jahrelang von einem beabsichtigten Vorhaben, so es denn geplant gewesen wäre, von Häftlingen hätte abhalten lassen.

[6] KERN, aaO. (Anm. 1), S. 250.

[7] Oscar STENTZEL, »Dachau - nach 15 Jahren«, in: *Christ und Weit*, 14. 7. 1960.

[8] Paul KURZWEG in Leserbrief in: *Christ und Welt*, 28. 7. 1960.

[9] Martin BROSZAT in: *Die Zeit,* 19. 8. 1960.

[10] Weihbischof Johann NEUHAUSI.HR, *Wie war das im KZ Dachau?,* München 1963, S. 16.

[11] *Daily Telegraph,* 26./27. 7. 1960; zitiert auch im Bundestagsprotokoll der 124. Sitzung vom 28, 9, 1960 vom SPD-MdB Walter SEUFFERT in Fragen VI/3 und VI/4.

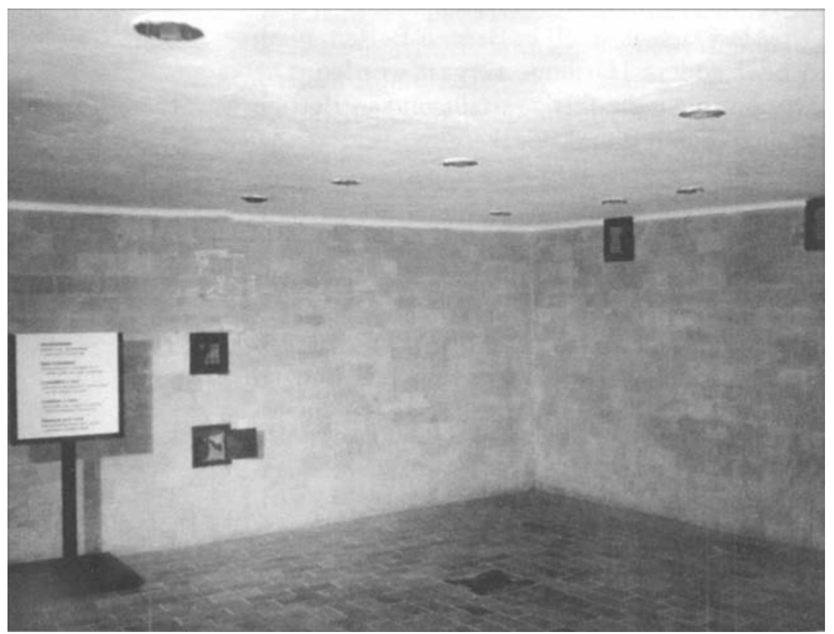
[12] *Die Zeit,* 12. 8. 1960.

[13] Bundestagsprotokoll der 138. Sitzung, 18. 1. 1961.

Im Sommer 1960 berichtete dann der bei den amerikanischen Service-Einheiten Dienst leistende frühere deutsche General UNREIN dem Dachau besuchenden britischen Lord RÜSSEL OF LIVERPOOL ausführlich, daß es dort vor Kriegsende keine Gaskammer gegeben habe und die als solche um 1960 dort gezeigte von deutschen Gefangenen auf US-Befehl gebaut worden sei. Empört veröffentlichte der Brite diese Mitteilung als Beispiel eines Unbelehrbaren." Die Wochenzeitung *Die* Zeit brachte diese Meldung in großer Aufmachung.[12] Die Sache kam durch eine Anfrage des ob solcher Aussagen empörten SPD-Abgeordneten und Rechtsanwalts Walter SEUFFERT am 28. September 1960 vor den Bundestag zur Aussprache, Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Karl CARSTENS, vertröstete zunächst auf noch ausstehende Ermittlungen und stellte dann auf Nachfrage dazu fest, daß die Gaskammern in Dachau zwar vor Kriegsende nicht benutzt, aber von den Nationalsozialisten hergestellt worden seien und daß keine Rede davon sein könne, daß sie erst nach Kriegsende gebaut worden seien. Dabei verwendete er den Plural »Gaskammern«.

Am 18. Januar 1961 fragte der Abgeordnete SEUFFERT nochmals im Bundestag nach dem Ergebnis der Ermittlungen. Darauf antwortete Staatssekretär CARSTENS, daß sich nicht habe feststellen lassen, daß General UNREIN die in der Presse angeführten oder sonstige »strafrechtlich oder disziplinarrechtlich relevanten Äußerungen getan« habe und deswegen keine Maßnahmen gegen ihn ergriffen worden seien. Weihbischof NEUHÄUSEER habe bei seiner Ansprache am 23. Mai 1960 auf dem Gelände des KZ Dachau erklärt: »Die Gaskammer im ehemaligen KZ Dachau sei durch die Sabotage von Häftlingen niemals fertiggestellt worden, so daß hier niemand vergast werden konnte.«[13]

Die nach 1945 »zu Demonstrationszwecken« (A. RÜCKERL) fertiggestellte Gaskammer im KL Dachau.



In der Folge meldeten sich einige deutsche Soldaten, die als Gefangene gleich nach 1945 in Dachau in US-Haft gehalten wurden. Sie bezeugten, daß sie keine in der NS-Zeit gebaute Gaskammer dort vorfanden, oder versicher-

ten sogar, daß sie als Gefangene nach der Kapitulation am Bau der später als Gaskammern gezeigten Einrichtungen auf Befehl ihrer US-Bewacher teilnehmen mußten oder davon gehört hatten.[14]

In einem Schreiben an den Bundesjustizminister schrieb der dem Verfasser persönlich gut bekannte, inzwischen verstorbene Dr. FESTGE: »Immerhin sind über die Gaskammern in Dachau, deren Bau ich als amerikanischer Kriegsgefangener miterlebte, oder über die Vorgänge in Bergen-Belsen so viele Lügen verbreitet worden, daß man allmählich skeptisch wird.«[15]

Der Bundeswehr-Oberst Gerhart SCHIRMER berichtet," wie er im KZ Sachsenhausen unter russischer Anleitung eine Gaskammer nach 1945 bauen mußte, die dann, als von den >Nazis< errichtet und benutzt, Besuchern vorgezeigt wurde. Das sei nach 1945 auch in anderen Konzentrationslagern in Deutschland geschehen.

Der Erlanger Ordinarius für Neuere Geschichte, Hellmut DIWALD, stellte 1978 fest: »So nannten die alliierten Sieger Vernichtungslager, von denen es in Deutschland kein einziges gegeben hat. Oder es wurden jahrelang im KZ Dachau den Besuchern Gaskammern gezeigt, in denen die SS angeblich bis zu fünfundzwanzigtausend Juden täglich umgebracht haben soll, obschon es sich bei diesen Räumen um Attrappen handelte, zu deren Bau das amerikanische Militär nach der Kapitulation inhaftierte SS-Angehörige gezwungen hatte.«[r]

Schließlich mußte auch der damalige Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle, Oberstaatsanwalt Adalbert RüCKERL, im Frühjahr 1979 gestehen:[18] »Die Behauptungen um Dachau sind insofern richtig, als tatsächlich die Gaskammern in Dachau erst nach dem Kriege zu Demonstrationszwekken fertiggestellt wurden.«

Nach allem darf es als gesichert gelten, daß es im Lager Dachau vor 1945 keine Gaskammer gab und daß dort keine Vergasungen vorkamen.

Ebenso wurde der in vielen Fotos gezeigte >Galgenbaum< des Lagers, an dem angeblich viele Häftlinge aufgehängt worden seien, erst unter US-Leitung geschaffen. Dazu berichtete Horst KREUZ aus München:[19] »Mein Lagerkamerad Waldemar SPECK, München, wurde gegen Verpflegungssonderrationen als Lagerarbeiter verwendet. Er bearbeitete u. a. auf Befehl der Amerikaner, wie er mir selbst erzählte, am Ausbau des Krematoriums, so daß es aussehen sollte, als sei es in dieser Form schon vor dem 8. Mai 1945 in Betrieb gewesen. Ferner mußten SPECK und seine Kameraden den <*hanging tree*< (Galgenbaum) hernchten. Das geschah durch Hin- und Herziehen eines dicken Seiles über einen starken Ast, so daß es schließlich aussehen mußte, als ob an diesem Baum ständig Menschen erhängt worden wären.«

Zu den stark überhöhten Zahlen der Opfer im Lager Dachau ist anderenorts Stellung genommen worden.[20]

Rolf Kosiek

[14] Mehrere solche Aussagen bei KERN, aaO. (Anm. 1), S. 259-265.

[15] Dr. Hans Henning FESTGE, Brief vom 15.4. 1985 an den Bundesjustizminister, Bonn, Kopie im Besitz des Verfassers.

[16] Gerhart SCHIRMER, *Sachsenhausen-Workuta*, Grabert, Tübingen 1992, S. 10 u. 49.

[17] Hellmut DPSAIÜ, *Geschichte der Deutschen,* Propyläen, Frankfurt/M.—Berlin-Wien 1978, S. 164.

[IB] Zitiertin: *National-Zeitung,* 18. 5. 1979, S. 5.

[19] KERN, aaO. (Anm. 1), S. 263.

[20] Beitrag Nr. 242, »Opfcrzahlen konnten geändert werden«, und Nr. 243, »Revision von KL-Opfer zahlen«,

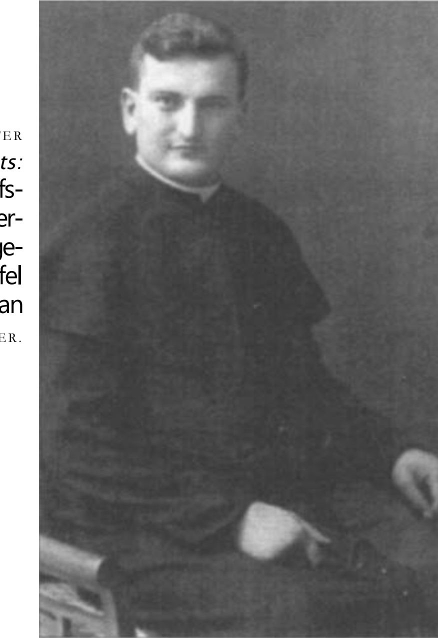
Dachau-Vergasung auf Friedhofs-Gedenktafel

Auf dem Alten Friedhof in Vorderberg im Gailtal, der im Jahre 1782 errichtet und mit Beschluß vom Jahre 2000 wieder instand gesetzt wurde, ist auch eine Gedenktafel für Dr. Otto SCHUSTER, Pfarrer in Vorarlberg, an der Friedhofsmauer angebracht. Auf ihr ist unter dem Namen und der Inschrift »Bevor ich Heil HITLER sage, sterbe ich lieber!« - offenbar ein Ausspruch des Verstorbenen — der Hinweis zu lesen: »1942 im KZ—Dachau vergast.«[1]

Das ist falsch. Denn wie der Historiker des Münchener Instituts für Zeitgeschichte Dr. Martin BROSZAT am 19. August 1960 in der Wochenzeitung *Die Zeit* erklärte, sind in Konzentrationslagern auf dem Boden des damaligen Deutschen Reiches keine Vergasungen vorgekommen.[2] Ausdrücklich nennt er dabei auch das KL Dachau, Ebcnso hat die Stadtverwaltung von Dachau auf Anfrage mitgeteilt, »daß im seinerzeitigen KZ Dachau Vergasungen von Menschen nicht stattgefunden haben«.[3]

Durch die unzutreffende Inschrift auf der an sich ehrenvollen Gedenktafel für einen verdienten Pfarrer wird also ein falscher, das damalige Deutschland unberechtigt belastender Eindruck erzeugt. Wäre es ein offensichtlich die Deutschen entlastender sachlich unzutreffender Hinweis, so wäre er sicher längst entfernt worden. Rolf Kosiek

[1] Hinweis mit Abbildung der Gedenktafel in: *Weitblick,* Nr. 80, März 2007, S. 1.
[3] Beitrag Nr. 249, »Keine Vergasungen im Altreich«.
' Kopien solcher Schreiben liegen dem Verfasser vor.





Links: Otto SCHUSTER (1897-1942). *Rechts:* die an der Friedhofsmauer von Vorderberg im Gailtal angebrachte Gedenktafel zur Erinnerung an Otto SCHUSTER.

Angebliche Vergasungen im KL Neuengamme

In den vierziger und fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde noch oftmals über Massenvergasungen in Konzentrationslagern auf reichsdeutschem Boden berichtet, bis Martin BROSZAT vom Münchener Institut für Zeitgeschichte< diesen Erzählungen durch seinen Beitrag in der *Zeit* vom 19. August 1960 die Grundlage nahm. Dennoch tauchten immer wieder entsprechende Aussagen von Zeitzeugen auf. Ein Beispiel für das Lager Neuengamme bei Hamburg brachten wir schon.[1]

Uber dieses Lager vor den Toren Hamburgs wird auch in einem Sammelband von 1983 berichtet.[2] In dieser Monographie über die »Gedenkstätten für die Gpfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik« — so der Untertitel — heißt es zunächst: Von den bei Kriegsende rund 36000 Häftlingen kamen bereits 1943 »etwa 500 Häftlinge monatlich um, bis 1945 stieg die Zahl auf 2500 monatlich«.[1] Eine an der am 7. November 1965 eingeweihten Gedenkstätte angebrachte Tafel gibt an, daß in Neuengamme und seinen Außenlagern 100000 Menschen litten, »von ihnen wurden 55000 Männer, Frauen und Kinder aus vielen Nationen durch die Nationalsozialisten getötet«. Noch 1984 meldete die Deutsche Presse-Agentur (dpa): »In das KZ Neuengamme und seine Außenlager wurden während des Zweiten Weltkrieges rund 106000 Häftlinge eingewiesen, von denen 55 000 ums Leben kamen,«[4]

Das ist falsch. Richtig ist folgendes: Die Auskunft des Sonderstandesamtes Arolsen nach dem Kenntnisstand vom 31. Dezember 1983 für Neuengamme gab für die ganze Zeit des Bestehens dieses KL und seiner Außenlager insgesamt die wirklichkeitsnähere Gesamtzahl von 5706 Todesfällen an.[5] Die darin nicht enthaltenen größten Opfer unter den Häftlingen ereigneten sich, als britische Jagdbomber am 3. Mai 1945 die Dampfer >Cap Arcona< und >Thielbeck< vor Neustadt auf der Ostsee angriffen und versenkten, auf die kurz vorher Tausende von Häftlingen aus Neuengamme gebracht worden waren, von denen rund 7000 auf solch tragische Weise kurz vor ihrer Befreiung umkamen.[6]

Ferner wird in dem genannten Sammelband mitgeteilt, daß in Neuengamme 1942 Vergasungen von insgesamt 448 Menschen stattfanden. Dazu wird angeführt: »Der ehemalige Lagerschreiber Herbert SCHEMMEL berichtet: >Die Vergasungen fanden in aller Öffentlichkeit während des Abendappells der Häftlinge statt, und wir haben alle gesehen, wie der SS-Sanitäter BAHR das Zyklon B in vorher vorbereitete Rohröffnungen auf dem Dach des Arrestbunkers hineinschüttete.«

Fritz BRINKMANN ergänzt: >Die Häftlinge auf dem Appellplatz konnten das Schreien der Gefangenen im Bunker deutlich hören. Es dauerte

[1] Beitrag Nr, 447, »Fernsehen erfindet Vergasungen in Neuengamme«.

[2] Detlef GARBF. (Hg), *Die vergessene» KZs?,* Lamuv Taschenbuch 26, Lamuv-Verlag, Göttingen 1983.

[1] Ebenda, S. 45.

[4] Zitiert in: *National-Zeitung* 24. 2. 1984.

[5] Auskunft vom 16.1. 1984. Aufstellung im Beitrag Nr. 243, »Revision von KZ-Opferzahlen«, S. 121.

[6] Siehe Beitrag Nr. 633, »Die Tragödie der >Cap Arcona<«.

Häftlinge des Konzentrationslagers Neuengamme.



zehn Minuten, bis das Schreien verstummte. Dann wurden die Türen geöffnet, und eine Anzahl von Leichen fiel heraus. Nachdem sich das Gas wieder aus dem Bunker verflüchtigt hatte, mußten Häftlinge die Toten auf Rollwagen durch das Häftlingslager ins Krematorium schleppen, ,. Nachdem alle Leichen abtransportiert waren und der Abendappell beendet war, durften die Häftlinge noch nicht in die Baracken zurückkehren, sondern mußten auf Befehl des SS-Schutzhafdagerführers das Lied »Willkommen frohe Sänger« singen.««[7]

In einem Fernsehfilm, den das *ZDF* am 16, November 1988 über das KL Neuengamme ausstrahlte, berichtete dagegen ein Zeuge eine etwas andere Anordnung: »Man habe 6—8 m lange Rohre durch das Dach des Bunkers geschoben, sie mit Ventilatoren und Heizspiralen versehen und hierdurch das tödliche Zyklon B in den Innenraum gedrückt,«" Und die stark überhöhte Gesamtzahl von über 65000 Ermordeten wurde für Neuengamme genannt.

Das SPD-Organ *Vorwärts* brachte 1984<9 ebenfalls in einem längeren Artikel über Neuengamme die fälsche Zahl von 55000 Ermordeten: »Sie wurden gehängt, vergast, bei der harten Arbeit schikaniert und zu Tode geschunden.« Daß britische Flugzeuge die oben genannten Schiffe kurz vor Kriegsende versenkten und damit Tausende der Neuengammer Häftlinge ermordeten, wurde dabei verschwiegen.

Die Behauptung von Vergasungen in Neuengamme ist falsch. In Neuengamme fanden keine Vergasungen statt. Einzelheiten darüber sind im Beitrag Nr. 447 von einem Zeitzeugen angegeben, der nach 1945 längere Zeit in diesem Lager war,[1] Rolf Kosiek

[7] GARBF,, aaO. (Anm. 2), S. 46.

[8] Siehe Anm. 1.

[9] Bodo SCHÜMANN, »Eine Visitenkarte des Nationalsozialismus«« in: *Vorwärts,* Nr. 9,23. 2. 1984, S. 22.

Bordelle in Konzentrationslagern

Bei der dem Umfang nach ungeheuren Literatur über die deutschen Konzentrationslager fallt auf, daß in den meisten Fällen der ausführlichen Beschreibung dieser Lager die offenbar dort bestehenden Bordelle nicht erwähnt werden. Dieses Entgegenkommen der Lagerverwaltungen, das so gar nicht ins landläufige Bild der Lager paßt, soll offensichtlich verschwiegen werden. Eine Behandlung dieses Themas erscheint aber für eine sachliche Beurteilung doch wichtig.

Das erste von insgesamt zehn KL-Bordellen[1] wurde am 10. Juni 1942 in Mauthausen[2] eröffnet. Bald folgten Gusen (Oktober 1942) und eine Kette weiterer Bordelle in Buchenwald' (11. 7. 1943), Flossenbürg[4] (Juli 1943), Auschwitz-Stammlager (Oktober 1943) und Auschwitz-Monowitz (15. 11. 1943), in Neuengamme[5] (Frühjahr 1944), Dachau[6] (11. 5. 1944) und Sachsenhausen (8. 8. 1944). Das letzte KL-Bordell von allen wurde Anfang 1945 in Mittelbau-Dora ins Leben gerufen. Ein »wildes« Bordell soll sich nach Aussage des Ex-Häftlings Samuel PTSAR *(Das Blut der Hoffnung* in Auschwitz-Birkenau gebildet haben.

Die >Freudenbaracken< dienten nicht nur dem Vergnügen ihrer Besucher. In erster Linie ging es darum, die Arbeitsleistung der Häftlinge zu steigern, die von der KL-Verwaltung an kriegswichtige Betriebe >verleast< waren und in der Rüstungsindustrie wichtige Aufgaben erfüllten.

Auf Drängen der interessierten Industrie programmierte Reichsführer-SS Heinrich HIMMLER ein mehrstufiges Prämiensystem: »Die dritte Stufe muß in jedem Lager die Möglichkeit sein, daß der Mann ein- oder zweimal in der Woche das Lagerbordell besucht. Dieser ganze letzte Komplex ist nicht übertrieben schön, aber er ist natürlich, und wenn ich diese Natürlichkeit als Antriebsmittel für höhere Leistungen habe, so finde

[1] Reinhild KASSINC. U. Christa Paul, »Bordelle in deutschen Konzentrationslagern«, in: *Krampfader; Kasseler Frauenmagazin* Nr. 6, 1991, Nr. 1; Christa PAUL, *Zwangsprostitution. Staatlich errichtete Bordelle im Nationalsozialismus,* Berlin 1994.

[2] Andreas BAUMGARTNER, *Die vergessenen Frauen vonMauthausen. Die weiblichen Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen und ihre Geschichte,* Wien 1997, S. 93—103.

[3] *Bericht der AG Häftlingsbordell in Buchenwald des 12, Antifa-Workcamps,*

* Hans-Peter KLAUSCH, »Das Lagerbordell von Flossenbürg«, in: *Beiträge %ur Geschichte der Arbeiterbewegung,* Nr. 4,1992.

[5] Heinrich Christian MEIER, *So war es. Das heben im KZ Neuengamme,* Hamburg 1948.

[6] Rudolf KALMAR, *Zeit ohne Gnade,* Wien 1946, S. 165-181.

T *Das Häftlingsbordell im Kontext der Wirtschaftsinteressen der SS am Beispiel des KZ. Mittelbau-Dora,* 27. Dora-Kolloquium, 21. 10. 2003.

ich, daß wir verpflichtet sind, diesen Ansporn auszunutzen.« Nach der *Dienstvorschrift für die Gewährung von Vergünstigungen an Häftlinge* vom 15. Mai 1943* wurde Übererfüllung in der Rüstung mit Bons belohnt, die im Lagerbordell in Zahlung genommen wurden.

Wer ins Bordell wollte, mußte eine Erlaubnis beantragen. »Da ging man hin zum Blockältesten und sagte, ich möchte mal in den Sonderbau«, überliefert der ehemalige Buchenwald-Häftling Albert VAN DIJK. Am gleichen Abend oder am nächsten oder übernächsten Abend wurde beim Appell seine Nummer aufgerufen: »7646?« — »Jawohl!« — »Weißt Bescheid?« — »Jawohl!« - »Zum Bad und sauberes Handtuch mitbringen!« Im Bad erhielt er saubere Unterwäsche, wenn der Häftlingsanzug nicht mehr sauber war, auch einen neuen Häftlingsanzug: »Das war schon was... Und dann hatte man noch ein Mädchen - alles für zwei Mark.«[9]



Der sogenannte >Sonde r bau < im Konzentrationslager Buchenwald.

Von politischen Häftlingen wurde das Bordell boykottiert. Man sah darin den Versuch, die KL-Insassen zu korrumpieren und durch differenzierte Hierarchisierung die Solidarität unter den politischen Häftlingen zu brechen. In Buchenwald, wo kommunistische Häftlinge eine Untergrundstruktur aufgebaut hätten, verbot eine interne Weisung den Besuch, doch gingen Genossen trotzdem hin.1" Bei einem Uberprüfungsverfahren der Kontrollkommission der KPD Buchenwald nach dem Krieg wurden neun Rügen wegen »Besuchs des Sonderbaus« ausgesprochem.[11] Bekanntester Fall war der des KPD-Kaders Ernst BUSSE (1897—1952), der von den sowjetischen Besatzern 1946 als thüringischer Innenminister eingesetzt wurde. Auch ihm wurde fortgesetzter Bordellbesuch im KL vorgeworfen. Als Kapo im Krankenbau wohnte der Bonze sogar mit einer der »Damen« zusammen.[12] Am 18. April 1947 wurde BUSSE ZU einer Besprechung ins sowjetische Hauptquartier nach Berlin-Karlshorst beordert, von der er nicht wieder zurückkehrte. Am 27. Februar 1951 wurde er vom Militärtribunal der Garnison im Sowjet-Sektor

[8] Bundesarchiv Berlin, NS 3/426.

[9] Rosemarie MIEDER U. Gislinde SCHWARZ, *»Alles für zwei Mark. Das Häftlingsbordell von Buchenwald«,* in: *MDR-Hörfunk,* 21. 5. 2003.

[10] Kai MICHEL, »Stumme Zeugen«, in: *Die Zeit,* Nr. 20, 2005.

[11] Wie Anm 3.

[12] Rebecca HHIAUER, »Arbeit skom man do Bordell«, in: *Die Wochenzeitung,* 18, 8, 2005.

von Berlin als angeblicher Kriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt. Er starb im Sonderlager Nr. 6 in Workuta.

Mit Ausnahme von Auschwitz[13] wurden die Belegschaften in den Bordellen der einzelnen Lager im Frauen-KL Ravensbrück rekrutiert.[14] In der Überzahl waren es Profi-Prostituierte, die als >Asoziale< schon vorher dem Gunstgewerbe nachgegangen waren.

Die für die KL-Bordelle Ausgesuchten wurden auf Geschlechtskrankheiten untersucht, unter der Höhensonne gebräunt und zur Steigerung ihres >Sex Appeals« >gestylte »Unsere Bekleidung war ein Faltenrock, ein kleiner Schlüpfer und ein Büstenhalter«, erinnert sich eine Einstige. Die Arbeitskleider waren nicht blau-weiß gestreift wie die übliche Häftlingskluft, sondern in Weiß gehalten,[15]

Aus dem Grundriß der Bordell-Baracke in Mauthausen, »Sonderbau« genannt, ist ersichtlich, daß die betreffenden Frauen in Doppelzimmern des rückwärtigen Teils untergebracht waren und im vorderen Teil in kleineren Separees ihre Obliegenheiten verrichteten. Vor den Fenstern des Sonderbaus hingen Gardinen, Blumen standen auf den Tischen. Der Gemeinschaftsraum war hell, in den >Arbeitszimmern< befanden sich breite Liegen mit sorgsam gefalteten Decken.

Auf Anordnung des Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes vom 10. November 1943 durften bei Lagerbesichtigungen Bordelle und Verbrennungsanlagen weder gezeigt, noch durfte darüber gesprochen werden. Nach 1945 wurden die Krematorien hervorgehoben, die Bordelle hingegen totgeschwiegen. »Das große Schweigen« - so der Titel einer diesbezüglichen ARD-Dokumentation[16] — gründete auf der Befürchtung, durch Enthüllungen über Häftlings bördelte den Schrecken der Lager zu verharmlosen. Das Bordell paßte nicht in die Diskussionen über das Leiden der Häftlinge und des antifaschistischen Widerstandes in den Konzentrationslagern. »In diesem Ensemble hatte ein Häftlingsbordell keinen Piatz, denn der Opfer- und Widerstandsdiskurs mußte nicht nur kurz und prägnant sein, sondern auch rein gehalten werden. Sicherlich waren es auch pragmatische Gründe, die das Häftlingsbordell aus den. . . Gedenkstätten verschwinden ließ: Es überwogen Ängste, den Besuchern

[13] Die Prostituierten für das Häftlingsbordell in Auschwitz wurden direkt im dortigen Frauenlager ausgewählt.

[14] Christa SCHULZ, »Weibliche Häftlinge aus Ravensbrück in den Bordellen der Männerkonzentrationslager«, in: Claus FÜLLBERG-STOLBERG u.a. (Hg.), *Frauen in Konzentrationslagern. Bergen-Belsen,* Ravensbrück, Bremen 1994.

[15] Wie Anm. 5.

[16] Karen NIEMEYER U. Caroline VON DER TAUN, *Das große Schweigen,* Dokumentarfilm der *ARD,* 9.11.1995.

ein falsches Bild vom >Leben< in einem KZ zu vermitteln.«[1] Das Häftlingsbordel! im KL Sachsenhausen wurde nach dem Krieg abgerissen.[18] Das Museum Mauthausen leugnet zwar nicht das Häftlingsbordell, gab sich aber bis zur Premiere der Wanderausstellung über KL-Bordelle (2006) noch Mühe, es nur am Rande zu erwähnen. Da das ehemalige Bordell dort praktisch am Eingang liegt, war eine Tabuisierung kaum möglich.

In der KZ-Gedenkstätte Dachau findet sich bis heute kein Hinweis auf die einstige Existenz eines Bordells, weder in der Ausstellung noch auf dem Lägerplan. In der »Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald< erließ die Lagergemeinschaft in den fünfziger Jahren eine Anordnung, diese Einzelheit bei Führungen auf gar keinen Fall zu erwähnen. In Auschwitz befindet sich heute in den Räumen des Häftlingsbordells das Archiv. Bei Interviews mit ehemaligen Häftlingen streicht das Staatliche Museum Auschwitz-Birkenau sogar einschlägige Aussagen von Häftlingen aus den Um frage bögen.'[9]

Die als asozial klassifizierten KL-Prostituierten wurden wiedergutmachungsrechtlich nicht als politisch Verfolgte anerkannt, begehren aber heute als >Sex-Zwangs arbeite rinnen* Gelder aus dem Titel politischer Verfolgung. Insa ESCHEBACH, Leiterin der »Gedenkstätte Ravensbrück<, geht von ungefähr 300 Frauen aus, die zur Prostitution in Häftlingsbordellen gezwungen wurden.[2]"

Von Vertretern der Geschichtswissenschaft indessen wird der Zwangsarbeits-Charakter der KL-Unzucht hartnäckig geleugnet: »Entgegen allen Gerüchten wurden Frauen in Ravensbrück nicht gezwungen, Prostituierte zu werden«, war das Ergebnis der Forschungen von Professor MORRISON von der Universität Shippensburg in Pennsylvanien. Zwar lasse sich nicht behaupten, daß sie sich vollkommen freiwillig zur Verfügung stellten: »Angesichts ihrer Lebensbedingungen und der Versprechungen, die ihnen gemacht wurden, überrascht es nicht, daß viele Frauen das Angebot annahmen.« Jedenfalls haben sich mehr gemeldet, als angenommen wurden. Was Auschwitz anbelangt, hinterließ der Überlebende Hermann

[17] Robert SOMMER, *Der Sonderbau. Die Errichtung von Bordellen in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern,* Magister-Arbeit, Humboldt-Universität, Berlin 2003, S. 3 f.

1B Christi WICKERT, »Tabu Lagerbordell. Vom Umgang mit der Zwangsprostitution nach 1945«, in: Insa ESCHEBACH, Sigrid JACOBEIT U. Silke WENK (Hg.), *Geschlecht und Gedächtnis, Deutungsmuster in Darstellungen des nationalsozialistischen Genozids,* Frankfurt/M.—New York 2002, S. 41-58.

[19] Aussage von Karin GRAF U. Florian Ross, Mitarbeiter des »Bildungs werks Stanislaw Hantz e.V.<, Januar 2002, zit. von SOMMER, aaO, (Anm. 17), S, 5.

"" Waltraud SCHWAB, »Auf einem vergessenen Lager im Lager«, in: tazj 5. 2. 2007.

LANGBEIN: »Die Lagerführerin MANDEL achtete streng darauf, daß die Meldungen für das Bordell freiwillig erfolgten.«[21]

MORRISON zufolge konnten diese Frauen bis acht Uhr morgens schlafen, sodann den Tag vertrödeln, um schließlich sich zwei Stunden am Abend des Beischlafs zu befleißigen, »Die Kunden zahlten zwei Mark, von denen die Prostituierte eine behielt.. . Mit einer Mischung aus Neid und Verachtung bemerkte ein Mithäftling, daß diese >Dirnen< mit dreitausend Mark auf ihrem Konto zurückkamen.«[22] Der politische Mauthausen-Häftling Gerhard KANTHACK hob hervor, daß Dirnen, die ein Verhältnis mit Höhergestellten der Häftlingshierarchie hatten, in ihrer Freizeit »in den feinsten Kleidern und Kostümen, durchwegs eleganteste Maßarbeit, herumliefen, seidene Strandanzüge mit Hosen und dergleichen mehr trugen und ebenso die besten und feinsten Nahrungs- und Genußmittel, ebenso wie Schmuck und Alkohol zugesteckt bekamen«.[23]

Der katholische Eugen KOGON (1903-87), Häftling in Buchenwald, stellt den dortigen vBettschwestern< kein gutes Sittenzeugnis aus: »Die mitgebrachten Krankenblätter wiesen immerhin überstandene Krankheiten von einer Art aus, die nicht gerade einen übermäßig seriösen Lebenswandel ihrer Vor-KL-Zeit dokumentierte. Bis auf eine einzige Ausnahme, eine (vermutlich lesbische, F. D.) Lehrerin. .. haben sie sich in ihr Schicksal ziemlich hemmungslos gefügt. Gleich bei ihrer Ankunft animierten sie in völlig eindeutiger Weise.«[24]

Jorge SEMPRÜN, 1923 geboren, rotspanischer Bürgerkriegs-Veteran, Buchenwald-Häftling 1943—45 und Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1994, nannte die >Damen< sogar beim Namen: »Ich habe nicht die Namen der Nutten STAHLHEBER oder BYKOWSKJ«, der von der Kundschaft des Bordells gefragtesten, neben der DÜSEDAU und der MIERAU »erfunden, die im Dezember 1944 im Sonderbau von Buchenwald arbeiteten«.[23]

Fred Duswald

[21] Hermann LANGBEIN, *Menschen in Auschwitz* Wien 1972, S. 453, zit. bei Claudia SCHLENKER, *trauen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern*, phil. Magisterarbeit, Universität Konstanz 1998, S. 78.

[n] Jack G. MORRISON, *Ravensbrück. Das Leben in einem Konzentrationslager für Frauen 1939-1945,* Zürich-München 2002, S. 213 ff.

[23] Archiv Mauthausen, *Memorial V3/20,* S. 24/25, zit, bei Andreas BAUMGARTNER, aaO. (Anm. 2), S. 94.

[24] Eugen KOGON, *Der SS-Staat,* Stockholm 1947, S. 198 f.

[25] Jorge SEMPRÜN, *Was für ein schöner Sonntag,* München 2004 *(Süddeutsche Zeitung,l* Bibliothek 17), zit. bei Tita GAEHME, »Frontbordelle. Die Nazis und die Prostitution«, *Deutschland-Radio,* 29. 4. 2003.

Jazz im KL

Vor der Kulisse des Steinbruchs im früheren KL Mauthausen fanden im Jahre 2005 spektakuläre Veranstaltungen statt: Die Wiener Philharmoniker unter Sir Simon RATHE gaben BEETHOVENS *Neunte.* Der Jazzer Joe ZAWINUL (»ES wäre völlig vermessen, Authentizität herstellen zu wollen«) ließ mit massiver technischer und multimedialer Verstärkung zum 60. Jahrestag des Baubeginns seine Mauthausen-Kantate erschallen. Doch keiner der Schaulustigen, die zu dem Ereignis erschienen waren, ahnte auch nur im leisesten, daß Musik längst in der Luft lag, als das Lager noch von Häftlingen belebt war. »Daß sich so viele Häftlinge so oft mit Musik beschäftigt haben, überrascht und wurde bisher kaum zur Kenntnis genommen«, bedauert der tschechische Musikwissenschafter Milan KUNA: »Die Gelegenheiten und Anlässe, zu denen musiziert wurde, waren dabei ebenso unterschiedlich wie die Musik, die dabei gemacht wurde.«

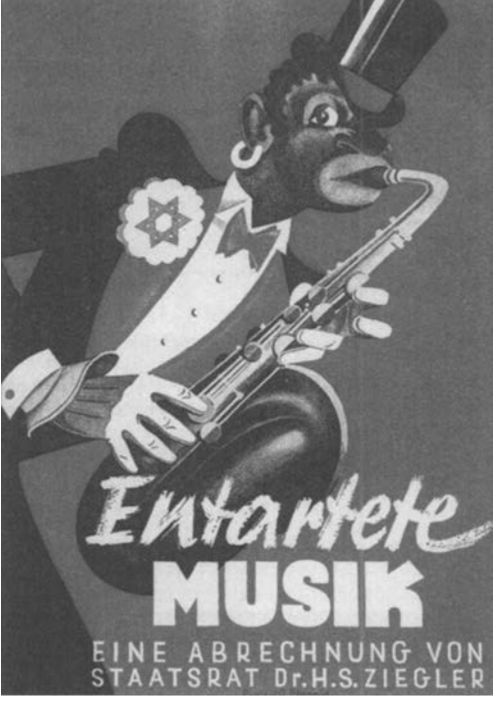
Im August 1942 hatte SS-Gruppenführer Heinrich MÜLLER (»Gestapo-Müllen) allen KL-Kommandanten befohlen, in jedem Hauptlager eine Kapelle zu bilden. Öffentlich spielten die Orchester auf dem Appellplatz, musikalisch begleiteten sie die Häftlinge, wenn diese frühmorgens in Kolonnen durch das Lagertor zur Arbeit ausrückten und nach Feierabend wieder geschlossen ins Lager zurückkehrten. Auch bei hohem Besuch traten die Kapellen in Aktion: Noch im Januar 1945 hieß man HIMMLER in Mauthausen mit dem >Hochzeitsmarsch< aus WAGNERS *Lohengrin* und mit dem *Florentinermarsch* n Julius FUCIK[1] willkommen, anläßlich eines noch späteren Besuchs mit SUPPES *Leichter Kavallerie* und SCHUBERTS *Unvollendeter*, beides Lieblingsmelodien auch des Lagerkommandanten Franz ZIEREIS.[2]


Julius FUCIK.

[1] **Julius FUCIK, geb. 1872 in Prag, war k.u.k. Militärkapellmeister in Sarajevo, Budapest und Theresienstadt, lebte ab 1913 in Berlin, wo er 1916 starb. Er hinterließ 400 Kompositionen, überwiegend Märsche, darunter auch den** *Einzug der Gladiatoren,* **besser bekannt als** *Zirkusmarsch,* **und ist nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen, aber nicht zeitgenössischen kommunistischen Journalisten und Schriftsteller Julius FUCIK (1903-1943), der vom Volksgerichtshof wegen Hochverrates zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde.**

[2] **Franz ZIEREIS (1905-1945), SS-Standartenführer, war 1939-1945 Kommandant des KL Mauthausen, wurde von einem US-Soldaten auf der Flucht angeschossen und von den Amerikanern - statt ärztlich versorgt zu werden - »zu Tode verhört«. Unter der Wirkung »belebender Mittel« wurde auf dem Sterbebett ein Protokoll aufgenommen. Nach Unterfertigung starb ZIEREIS. »Die Ge-**

»Im Lager als Musiker anerkannt zu sein, brachte kleine Vorteile mit sich«, erklärte KUNA. Die Orchester waren zwar als Arbeitskommando organisiert, wurden aber, wenn sie nicht gerade musizierten, zu leichteren Arbeiten eingeteilt. Sie unterhielten nicht nur die Mithäftlinge, sondern sonnten sich auch in der Huld der Hierarchie. Der Kommandant des Lagers Flossenbürg mutierte zum sanften Lamm, wenn ihm die Lager-Musik sein Lieblingslied *Warum bat die Eule so geheult?* zu Gehör brachte.



B Entartete Musik«. Plakat von Hans Severus ZIEGLER aus dem lahre 1939. Vor allem der »Nigger-Jazz< war in den offiziellen Kreisen besonders verpönt.

In Dachau, dem ältesten KL auf deutschem Boden, war die Musik-Kapelle gar ein eigenes Arbeitskommando. Die Mitglieder probten jeden Tag, erhielten hierfür eine Zulage und begrüßten auswärtige Besucher mit deutschen Märschen und mit leichter Musik. Standard waren unter anderem die *zweite Ungarische Rhapsodie* von Franz LISZT sowie die Ouvertüren zu OFFENBACHS *Orpheus in der Unterwelt,* ROSSINIS *Diebischer Elster* und Suppßs *Dichter und Bauer.* Auch STRAUSS-Walzer spielte man.

Eines der erstaunlichsten Kapitel in den KL aber war der Jazz. Bekanntlich hatten die Nationalsozialisten den von ihnen so genannten >Nigger-Jazz< in Acht und Bann getan und erlaubten erst später einige Erleichterungen. »Um so unglaublicher scheint es, daß in deutschen Konzentrationslagern Jazzmusik gemacht werden konnte«, wunderte sich KUNA. Tatsächlich wurde Häftlings-Jazz nicht nur geduldet, sondern sogar von SS-Angehörigen gern gehört. Der offizielle Boykott ließ die Bewacher kalt, die Häftlinge konnten >hotten<, was die Saxophone hergaben.

In Buchenwald jazzte eine 14köpfige Combo namens >Rhythmus<. Der französische Kommunist Louis vMarccw MARKOVITCH gab musikalisch den Ton an und beherrschte Tenorsaxophon und Klarinette, sein Landsmann Ives DARIKT, bekannt unter dem Künstlernamen Jean ROLAND, schrieb die Arrangements. Der Däne Finn JACOBSEN und der Niederländer LENA bliesen die Trompete. Die >Rhythm-Boys< mit dem Russen NIKOLAJ an



Franz ZIEREIS.

fangenen«, überliefert Friedrich VON GAGERN, »vernahmen die Kunde, stürmten den Raum, holten die nackte Leiche vom Tisch, schleiften sie am Halsstrick durchs Lager, malten ihr mit roter Farbe einen letzten Heilgruß an den Führer über Rücken und Gesäß und hängten sie am Stacheldrahtzaun auf«, zitiert bei Alphons MATT, *Einer aus dem Dunkel. Die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen durch den Bankbeamten Haefliger,* Zürich ²1995, S. 127.

der Gitarre, John VERDEN am Schlagzeug und Herbert GOLDSCHMIED am Piano übten >Etüden< von Duke ELLINGTON, Cole PORTER, Glenn MILLER, W.C HANDY und Irving BERLIN. Hinzu kamen Hits der Jazz-Genies von Louis ARMSTRONG über Artie SHAW bis zu Fats WALLER. Abgesehen von größeren Unterhaltungskonzerten in der Kinohalle wanderten die Jazzer in kleiner, wechselnder Besetzung von Block zu Block: »Bei solcher Gelegenheit konnten sie dann beispielsweise auch mit Glenn MILLERS *In the Mood* aufwarten, das im besetzten Europa noch fast nirgendwo zu hören gewesen war.«

Damit das Buchenwalder Jazzorchester spielen konnte, mußten einflußreiche Funktionshäftlinge begabten Musikern solche Arbeitsplätze verschaffen, die ihnen Kraft und Muße für das Musizieren ließen, anerkannte KUNA, Um jazzgerechte Arbeitseinteilung kümmerte sich der kommunistische Professor Herbert WEIDLICH, der seit 1942 in Buchenwald einsaß und sich um die Pflege des Jazz im KL größte Verdienste erwarb. Er nutzte seine Funktion weidlich aus und hielt seine Hand über die Interpreten. Sein »Arbeitseinteilungskommando« hatte, wie er betonte, auch einen bedeutenden Anteil an der »antifaschistischen Widerstandsleistung«.

In Sachsenhausen wiederum saßen Jungtschechen, die an verbotenen Studentendemonstrationen teilgenommen hatten. Diese sogenannten >Sing-Sing-Boys< sangen Schlager von Jaroslav JEZEK, die wegen ihres Textes im Dritten Reich verboten waren. Der Chor löste sich ersatzlos auf, als die >Boys< im Laufe des Jahres 1942 wieder nach Hause reisen durften.

Gepflegten Tschechen-Jazz hörte man auch in Mauthausen: Dort erwehrte sich der promovierte Blockfriseur Dr. Jaroslav TOBIASEK, der zum großen Lagerorchester gehörte, aber auch Motor der Mini-Jazzband war, erfolgreich der Rivalität des Dirigenten RUMBAUER, der die Combo als Konkurrenz behinderte. Die Mitglieder der Kapelle stammten aus allen Ländern Europas, Saxophonist war Rudolf DUDÄK.

Selbst in Bistritz bei Beneschau, einem Klein-KL südwestlich von Prag, wurde Jazz gespielt: Die Pianisten KOPECKY, MANC und ZSCHOK entlockten den Klavieren Melodien aus GERSHWINS Werken *Rhapsody in Blue* und *Ein Amerikaner in Paris.* FISCHERS Tanzorchester intonierte Kompositionen von Cole PORTER, Duke ELLINGTON, Charlie CHAPLIN und Irving BERLIN. Hinzu kamen noch allerlei Lieder, interpretiert von POSPISIL, Sobesky oder vom >Lager-Caruso< KABOUREK.

In Auschwitz, wo die Swing-Combo >Die Fröhlichen Fünf< (poln. >Wesoa Pitka<) existierte, nahm SS-Unterscharführer Pery BROAD Anteil am Jazzgeschehen: »War BROAD besserer Laune, hörte er zu, wenn moderner Jazz gespielt wurde, oder nahm selbst daran teil, wobei er mit fachmännischer Leichtigkeit auf einem Multiregisterakkordeon swingte.« (KATER,

S. 327) Wegen Beihilfe zum Mord wurde der SS-Jazzfan im ersten Auschwitzprozeß in Frankfurt am Main verurteilt.[1]

Vor seinem Auftreten mit dem Prager Geiger Otto SATTLER und dem niederländischen Duo >Jonny und Jones< in Auschwitz hatte sich der aus Berlin gebürtige Häftling und Jazzgitarrist Coco SCHUMANN (*1924) als >Ghetto-Swinger< in Theresienstadt bewährt. Dort wetteiferte das »Weiss-



Die Ghetto-Swingers unter Leitung von Martin ROMAN, Standfoto mit Coco SCHUMANN, Fricek WEISS, Fritz GOLDSCHMIDT, NETTL, RATNER,). TAUSSIG u.a. aus: Kurt GERRON, *Theresienstadt – ein Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet.*

[1] Pery BROAD, geb. 1921 in Rio de Janeiro als Sohn einer Deutschen und eines brasilianischen Kaufmanns, wuchs in Freiburg im Breisgau auf, begann nach dem Abitur 1940 ein Studium an der Berliner Technischen Hochschule. Seit 1931 war BROAD Angehöriger der Hitler-Jugend. 1941 meldete er sich zur Waffen-SS. Im April 1942 wurde er zum Wachdienst nach Birkenau kommandiert. Nach Räumung des Lagers Auschwitz geriet er am 6. Mai 1945 in britische Gefangenschaft. Er diente sich den Engländern als Dolmetscher an. Um ihre Gunst zu gewinnen, fertigte er aus freien Stücken eine umfangreiche »Denkschrift« über die Verhältnisse in Auschwitz an, die er den Besatzern am 13, Juli übergab und die er am 14. Dezember 1945 in einem »Affidavit« (eidesstattliche Erklärung) bekräftigte. Nachdem er in Nürnberg am 20. Oktober 1947 abermals eine Erklärung abgegeben hatte, entließen ihn die Briten. Am 30. April 1959 verhängte die deutsche Justiz Untersuchungshaft. Im Dezember 1960 wurde er gegen eine Kaution in Höhe von 50000 DM auf freien Fuß gesetzt. Im November 1964 aufs neue verhaftet, wurde er im ersten Auschwitzprozeß vom Landgericht Frankfurt am Main am 19. August 1965 wegen Beihilfe zum Mord zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Unter Anrechnung der Untersuchungshaft hatte er seine Zuchthausstrafe im Februar 1966 abgesessen. Im Februar 1994 starb BROAD in Kaarst im Rheinland. Seine Denkschrift aus dem Jahre 1945 ist im Sammelband *Auschwitz Augen der SS* enthalten, den das Staatliche Museum Auschwitz als Propagandamaterial verbreitet.

Quartett mit dem >Dixieland-Orchester< von Erich VOGEL. Bedoich WEISS, genannt >Fricek<, war schon dem Prager Publikum der dreißiger Jahre als einer der profiliertesten Jazzer ein Begriff und machte nun im Camp seinen >Doktor Swingc Nicht nur äußerlich ähnelte er Benny GOODMAN, der von den Nationalsozialisten als >Swing-Jude< verunglimpft wurde, er spielte auch in diesem Stil. Unter der Ägide des begabten deutschjüdischen Pianisten Martin ROMAN schlossen sich beide Kapellen zusammen, um fortan als »Ghetto Swinger s< zu firmieren. Der bekannte ROMAN, ein GOODMAN-Verehrer wie WEISS, war aus rassischen Gründen von Berlin nach Amsterdam ausgewandert und hatte vor 1940 die bekannten Amerikaner Louis ARMSTRONG, Coleman HAWKINS und Lionel HAMPTON auf Tourneen begleitet. ROMAN war auch mit dem >Zigeuner-Baron< Django REINHARDT unterwegs gewesen. Von dem holländischen KL Westerbork nach Theresienstadt geholt, übernahm er die künstlerische Leitung und arrangierte mit WEISS an die dreißig neue Kompositionen, Zur Kennmelodie wählte man GERSHWINS / *Cot Rhythm.* Der Tenor Fredy HABER und ein feminines Trio im Stil der »Andrews Sisters< wirkten als Vokalisten.

Die Ghetto-Swingers, die im Cafe am Marktplatz auftraten, jazzten auch im Film *Der Führer schenkt den Juden eine Stadt,* auf dem der jüdische Regisseur Kurt GERRON (1897-1944) das Vorzeige-KL für Werbezwecke auf Zelluloid bannte. Die Bandmitglieder, die im Film mit einem Swingarrangement des >Bugle Call Rag< einheizten, trugen einen blauen Blazer, der mit dem Davidstern verziert war. »Ist all das nicht ein Wunder?« fragte sich in seinem Tagebuch der musikalische Willi MAHLER unter dem Eindruck des »Großen Festkonzerts< am 25. Juni 1944 in Theresienstadt. »Der deutsche Soldat verliert den Kampf um sein Dasein im Westen, Süden und in Osteuropa, und die Juden, eingeschlossen in der.. . Theresienstädter Atmosphäre, haben die Möglichkeit, Promenadenkonzerten ihrer Kapelle zuzuhören und dazu noch auf Befehl der deutschen Leitung unserer Siedlung.«







Von oben: Coco SCHUMANN um 1942; das Signet der Ghetto-Swingers; der Sinti Django REINHARDT, der die Kriegsjahre unbehelligt in Paris verbrachte.

Doch je näher die Rote Armee rückte, desto frecher texteten die Tschechen: »... am Ende werden wir alle lachen, Wenn jeder auf Deutschland scheißt.«

Der Prager Musikant Karel HASLER *(Unser tschechisches Lied)* hatte hierzu keine Gelegenheit mehr. Er wurde in Mauthausen von Mithäftlingen ermordet. Dem Saxophonisten Rudolf DUDAK rettete sein Instrument das Leben, als ein US-Flieger aus heiterem Himmel auf die Opfer des Faschismus im Lager schoß: »Der Angriff erfolgte am hellen Tag, während gerade die Lagerkapelle auf dem Appellplatz musizierte. Die Musiker stoben auseinander, um vor den Querschlägern Deckung zu suchen. Rudolf DUDAK trug dabei zum Glück das Saxophon an einem Band um





Einladung des Gerron -Swingorchesters. Aus: Coco SCHUMANN, *Der Ghetto-Swinger. Eine Jazzlegende erzählt,* Deutscher Taschenbuchverlag (dtv), München "2005,

den Hals, so daß das Instrument seinen Bauch deckte. Ein Geschoß streifte das Metall, glitt ab wie an einem Stahlhelm, und DUDAK kam mit dem Leben davon.«

Fred Duswald

Literatur

Wolfgang MUTH, >»Rhythmus< — ein internationales Jazz.orchester in Buchenwald«, in: *Eiserne Lerche. Hefte für eine demokratische Musikkultur,* Nr. 2, 1984,

Wolfgang MUTH, »Musik hinter Stacheldraht. Swing in Ghetto und KZ«, in: Bernd POLSTER (Hg,): *>Smng Heile Jazz imNationalsozialismus,* Berlin 1989.

Guido FACKLER, »Musik in Konzentradons- und Vernichtungslagern«, in: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (Hg.), *Gedenkstätten-Rundbrief,* Nr, 44, 1991.

Guido FACKLER, »Jazz im KZ. Fin Forschungsbericht«, in: Wolfram KNAUER (Hg.), *Jazz in Deutschland.* Eine Veröffentlichung des Jazz-Instituts Darmstadt, Hofheim 1996 (Darmstädter Beiträge zur Jazzforschung 4).

Coco SCHUMANN, *Der Ghetto-Swinger. Eine jazzlegende erzählt,* Deutscher Taschenbuchverlag (dtv), München 1997,⁶2005.

Michael H. KATER, *Gewagtes Spiel. Jazz imNationalsozialismus,* Deutscher Taschenbuch-Verlag (dtv), München 1998.

Milan KÜNA, *Musik an der Grenze des Lebens. Musikerinnen und Musiker aus den böhmischen Ländern in nationalsozialistischen Konzentrationslagern und Gefängnissen,* Frankfurt/M. ²1998.

Szymon LAKS, *Musik in Auschwitz,* Düsseldorf 1998 (Schriftenreihe des Fritz Bauer Instituts 15).

Guido FACKLER, *Des Lagers Stimme. Musik im KZ. Alltag und Häftlingskultur in den Konzentrationslagern 1933 bis 1936. Mit einer Darstellung der weiteren Entwicklung bis 1945*, Bremen 2000 piZ-Schrifteo 11).

Priester als Apfelzüchter im KL Dachau

Uber das Schicksal vieler während des Krieges in Konzentrationslagern gefangen gehaltener Häftlinge gibt es Veröffentlichungen. Ein wenig bekanntes, aber vielsagendes ist das von Pfarrer Korbinian AIGNER.



Der Apfelpfarrer Korbinian AIGNER (1885-1966). Erhielt sämtliche ihm bekannten Apfel- und Birnensorten auf rund tausend Karteikarten als Aquarelle fest.

Der >Apfelpfarrer< Korbinian AIGNER (1885-1966) entstammte einer kinderreichen Bauernfamilie im Landkreis Erding. Er ergriff den geistiichen Beruf und gründete als Hobby den >Hohenpoldinger Obstbauverein<.

Der populäre Priester betätigte sich aber auch in der Politik. Seit 1916 Mitglied der Bayerischen Volkspartei, polemisierte er ohne Rücksicht auf Kanzelparagraph und Konkordat mutig gegen die Nationalsozialisten und provozierte die Partei bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Als Pfarrer in Sittenbach bei Dachau weigerte er sich, Kinder auf den Namen des heiligen ADOLF zu taufen, der von 1185 bis 1224 lebte und Bischof von Osnabrück war. Nachdem er im März 1936 in eindeutiger Absicht die allgemeine Anordnung mißachtet hatte, zum Zeichen der Zustimmung zur Friedenspolitik der Reichsregierung die Kirchenglocken läuten zu lassen, wurde er im Januar 1937 von der geistlichen Obrigkeit nach Hohenbercha im Landkreis Freising strafversetzt.

Zum Bürgerbräu-Attentat, bei dem Georg ELSER am 8. November 1939 nicht Adolf HITLER, wohl aber acht andere Menschen getötet und viele weitere verletzt hatte, gab AIGNER als Katechet den Kindern in der Religionsstunde unter anderem den ziemlich unchristlichen Kommentar: »Ich weiß nicht, ob das Sünde ist, was der Attentäter im Sinn hatte.« Auf Grund der Anzeige der empörten Aushilfslehrerin Charlotte GERLACH am 22. November 1939 festgenommen, wurde der Priester in der Gerichtsverhandlung am 7. Mai 1940 wegen Verstoßes gegen § 2 des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei vom 20. Dezember 1934 {*Reichsgesetzblatt* I, S. 529) zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Anrechnung der Untersuchungshaft wurde er am 23. Juni 1940 zwar aus der Anstalt entlassen, doch unter dem Titel der Schutzhaft am 12. September 1940 ins KL Sachsenhausen überstellt.

Am 3. Oktober 1941 wurde er in das KL Dachau verlegt, wo dank eines Einspruchs des Heiligen Stuhls alle Schutzhäftlinge geistlichen Standes zusammengezogen wurden. Im Dezember 1940 wurde aus drei einander benachbarten Baracken der separate >Pfarrerblock< gebildet. Im Januar 1941 wurde die Stube 4 des Blocks 26 als Kapelle eingerichtet, wo die Geistlichen unter Zuteilung der erforderlichen Menge an Meßwein den Gottesdienst feiern konnten. Die erste heilige Messe wurde am 20.

Januar 1941 mit einem Altar aus einem kleinen Tisch, zwei hölzernen Kerzenhaltern, einem kleinen Kelch, einer hölzernen Monstranz und einem Kreuz gelesen.

Als Insasse des Pfarrerblocks mit der Häftlingsnummer 27788 arbeitete AIGNER auf der Plantage der »Deutschen Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung GmbH<, die der SS gehörte. Zwischen 800 und 1200 Häfdinge des Lagers Dachau waren damit beschäftigt, auf einer 80 Hektar großen Fläche rund 110 Arten von Heilkräutern und Gewürzen anzubauen und zu ernten. Auch Blumen und Gemüsesorten wurden gepflanzt, ein botanischer Versuchsgarten unterhalten, und das Kommando »Botanische Malen war damit beschäftigt, Heilpflanzcn zu zeichnen.

Für sich privat konnte Pfarrer AIGNER auf einem kleinen Grünstreifen zwischen zwei Baracken eine Reihe von Apfelbäumen pflanzen. Es gelang ihm sogar die Züchtung neuer Sorten, die er »KZ 1<, >KZ 2<, »KZ 3< und >KZ 4< nannte. Nach Kriegsende kehrte AIGNER in seine Pfarrei zurück, Er widmete sich wieder seiner großen Leidenschaft, den Äpfeln.

Im Oktober 1945 wurde der Priester zum Land es vor sitz enden des Bayerischen Landesverbandes für Obst- und Gartenbau gewählt. Er wurde mit dem Bayerischen Verdienstorden und der Staatsmedaille in Gold ausgezeichnet. Im Alter von 81 Jahren erkrankte AIGNER an einer schweren Lungenentzündung und verstarb am 5. Oktober 1966 im Krankenhaus Freising. Sein Sarg war auf seinen Wunsch hin bedeckt vom alten KL-Mantel, den er noch Jahrzehnte nach seiner Haft im Garten getragen hatte.

Die Saat, die der Apfelpfarrer im KL gesät hat, trägt inzwischen reiche Früchte: Der >KZ 3<-Apfel wurde als bestgelungene der vier Dachau-Sorten ins öffentliche Züchtungsprogramm aufgenommen und erhielt zum 100. Geburtstag des Pfarrers 1985 den Namen »Korbiniansapfel*. Die Sorte wird vom Institut für Obstbau und Baumschulwesen der Staatlichen Versuchsanstalt für Gartenbau in Weihenstephan vermehrt. Die mittelgroße, kräftig rotgestreifte, saftige Frucht aus dem KL hat eine schöne goldgelbe Farbe und einen harmonischen Geschmack,

Fred Duswald





Der ,KZ3<-Apfei

Literatur

»Apfel aus dem KZ«, in: *Der Spiegel,* Nr. 22, 2001, S. 112.

Neubauten und Authentizität im KL Mauthausen

Im Klagenfurter Kirchenblatt *Der Sonntag* vom 27. 11. 2005 klagte der aktive Katholik Dr. Siegfried LORBER in einem Leserbrief über die pädagogische Unsitte, »Mauthausen-Besuche zu organisieren und unserer Schuljugend Einrichtungen zeigen zu lassen, die nachweislich [a] erst nach dem Zweiten Weltkrieg und [b] für touristische Zwecke errichtet wurden«. Prompt wurde der pensionierte Präsident der Finanzlandesdirektion als >Leugnen verleumdet, von der Presse niedergemacht und strafgesetzlich bedroht.

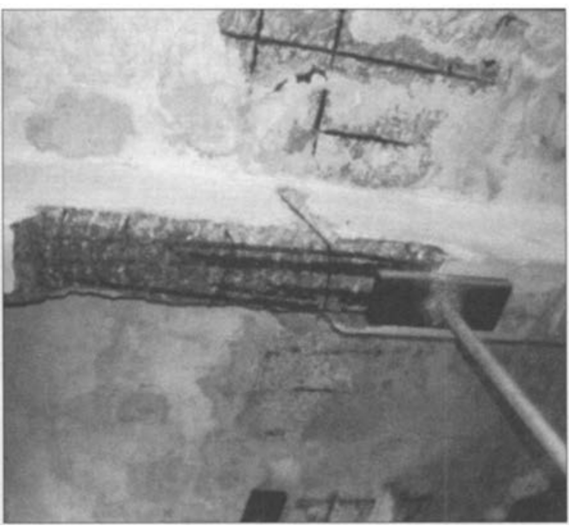
Doch die Tatsachen gaben dem religiös korrekten Laien in vollem Umfang Recht: Der in Mauthausen geförderte Massentourismus von jährlich 200000 Besuchern wird durch ein 2003 stilwidrig hinzugebautes Besuch er **Zentrum** geleitet.

Im *Jahrbuch 2004* des »Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes< dokumentiert der Wiener Innenminister, »daß die KZ-Gedenkstätte Mauthausen selbst heute nur mehr ein (unvollständiges) bauliches Rudiment des ehemaligen Konzentrationslagers« darstellt (S. 13). Die Tatsache, daß das KL nicht mehr im Original besteht, sondern daß dessen Reste durch wildes Bauen nach dem Zweiten Weltkrieg teils abweichend rekonstruiert, ergänzt und verändert wurden, haben fachkundige Kenner 1997 in den vom Wiener Unterrichtsministerium und von der Linzer J Landesregierung autorisierten *Annäherungen an Mauthausen. Beiträge zum Umgang mit einer Gedenkstätte* ausdrücklich bestätigt.



Das Konzentrationslager Mauthausen im Bau, historische Aufnahme. Alle Abbildungen dieses Beitrages: Burghauptmannschaft Österreich.





Von links: Durch Nässe zerstörter Setonbalken; Sanierungsarbeiten am Steinmauerwerk.

Die *Oberösterreichischen Nachrichten* vom 4. Februar 2006 berichten von kostspieligen Sanierungsmaßnahmen: »Geht dadurch die Authentizität der Anlage verloren, oder ist die längst ein Hirngespinst?« fragt Autor Alexander RJTZINGER.

Was »tausend Jahre« überdauern sollte, löst sich bereits nach nicht einmal einem Jahrhundert auf: Als man im August 1938 den KL-Komplex eilig aus dem Boden stampfte, verwendete man als Bindemittel für die Granitquader Sande, die man mit Kalk nur allzu mager abband. So setzte allmählich der Verfall ein, der Zahn der Zeit zernagte die Statik, die Steine gingen aus dem Leim, und die Mauern der wuchtig-wirkenden Zwingburg gerieten ins Wanken.

Zur »Sanierung des Grauens« (*Oberösterreichische Nachrichten)* muß das marode Mauerwerk mit modernen Mitteln gestützt und geschützt werden: »Das bedeutet aber auch, daß mit jeder >Injektion< der ursprüngliche Zustand verändert beziehungsweise ausgelöscht wird«, mahnt RITZINGER. »So stellt sich die Frage, ab wann man nur mehr von einer Nachstellung gleich einer Kulisse sprechen kann. Oder hat sich die vielbeschworene Authentizität ohnehin schon längst verflüchtigt?«

Die praktische Umfunktionierung des Lagers in eine Kult- und Gedenkstätte legt eine bejahende Antwort nahe: »Erreichte man früher das Gebiet der KZ-Anlage, tauchte im Gesichtsfeld zuerst eine trutzige Burg auf. Nun wurden im Vorfeld weitere Parkplätze angelegt, der Ankömmling sieht also zunächst einmal Reisebusse und nichts von den Mauern des Schreckens. Im Besucherzentrum herrscht reges Treiben, wie es in einer Cafeteria nun einmal üblich ist. Durch das KZ werden Schulklassen allzu oft im Eiltempo getrieben.«

Wie auch immer der Zustand der Steinmauern durch aufwendige Maßnahmen verändert wird — authentischen Ansprüchen genügt das Lager schon längst nicht mehr: »Die baulichen Überreste des Konzentrationslagers Mauthausen, wie sie sich heute präsentieren, unterscheiden sich erheblich von dem Zustand, den die amerikanischen Truppen bei der Befreiung des Lagers vorgefunden hatten«, bestätigt Florian FREUND vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien: »Zur Verhinderung von Seuchen beseitigten bereits die amerikanischen Soldaten Zelte und Baracken. Zahlreiche Gegenstände aus dem Lager wurden von den befreiten Häftlingen in ihre Heimatländer mitgenommen. Viele Gegenstände wurden auch zwischen Herbst 1945 und Frühjahr 1946, als das Lager ais sowjetische Kaserne diente, von Sowjetsoldaten demontiert. Stark in Mitleidenschaft gezogen wurden die Baulichkeiten vor allem auch in der Phase von Mai 1946 bis zur Übergabe an die Republik Österreich im Juni 1947, in der das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen unbewacht leerstand und die Bevölkerung der Umgebung sich vieler Dinge bemächtigte« und sich vor allem mit rarem Baumaterial bediente.



In der Nacht zum 19. Januar 2007 brachte Sturm iKyrilh eine Lagerbaracke zum Einsturz, andere wurden beschädigt.

Auf Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht wurden 1949 Teile des Lagers neu errichtet. Nach einem Bericht der Wochenzeitung *Echo der Heimat* vom 7. April 1949 wurden 790000 Schilling verwendet, »um das ehemalige Arrestgebäude mit seinen Zellen, das Krematorium, die Genickschußzelle, die Gaskammern und ein Fünftel der Baracken. . . wiederherzustellen«. Sechs Baufirmen mit insgesamt 300 Beschäftigten waren am Werk. Riesige Erdbewegungen fanden statt, der Neubau der Todesstiege verschlang 25 Kubikmeter Granit und drei Tonnen Zement.

Anfang der sechziger Jahre setzte das »Internationale Mauthausen-Komitee< weitere Restaurierungsarbeiten durch: »Allerdings wurde seit dieser Zeit nicht nur restauriert, sondern es wurden auch starke Eingriffe in die bauliche Substanz und in das Gesamterscheinungsbild der Gedenk-

stätte vorgenommen, wobei es verabsäumt wurde, eine systematische Dokumentation der Veränderungen seit 1945 anzulegen. Was Original, Rekonstruktion oder Umbau ist oder was fehlt, ist in der heutigen Gedenkstätte an keiner Stelle gekennzeichnet.« (Florian FREUND, »Die Gaskammer von Mauthausen«, in: *Annäherungen,* S. 47)

Auch bei der Gaskammer wurde einiges verändert, was nicht ausgewiesen wird, bedauert der Historiker: »Nach dem Krieg sind Kacheln ersetzt worden, die Duschrosetten waren alle abgeschraubt und sind durch andere ersetzt worden. Auch die Türen sind. . . nicht original, sondern später eingesetzt worden. Genauso wurden irgendwelche elektrischen Leitungen in letzter Zeit eingezogen, man sieht das ja an den neuen Plastikrohren, um eine Beleuchtung zu haben. Wenn man jetzt z.B. nicht hineingehen könnte, bräuchte man auch diese nachträglich eingebaute Lampe nicht.«

Die heute vorhandenen Gaskammer-Türen, so PERZ, seien erst beim Umbau des KL in eine Gedenkstätte 1949 eingesetzt worden: »Man muß die damalige Auffassung von Vermittlung berücksichtigen. Nicht historische Authentizität war hauptsächlich gefragt in bezug auf die Überreste, sondern darstellen, wie es war. Das ist eine ganz andere Auffassung, als wir heute haben, wo wir an Original und Rekonstruktion denken und Quellengenauigkeit. Das ist ein anderes Bewußtsein gewesen. Das Ersetzen der Fliesen ist z. B. wahrscheinlich aus einem ganz banalen Grund passiert, so unter dem Motto, >da ist ein Loch, verfliesen wir es<.« (*.Annäherungen*, S. 36 f.)

Fred Duswald

Literatur:

Pädagogisches Institut des Bundes in Oberösterreich (Hg,), *Annäherung an Mauthausen. Beiträge zum Umgang mit einer Gedenkstätte,* Linz/Donau 1997,

Helmut FIEREDER u. Andreas BAUMGARTNER, *Kurzgeschichte der KZ-Gedenkstätte Mauthausen,* o, J,

Helmut FiEREDER, »Zur Geschichte der KZ-Gedenkstätte Mauthausen«, in: *Oberösterreichische Gedenkstätten für KZ-Opfer,* Linz/Donau 2001.

»Lernorte - Gedächtnisorte — Gedenkstätten«, in: *Historische Sozialkunde 4,*2003.

Ernst STRASSER, »Besucherzentrum der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Ort der Vermittiung demokratischer Grundwerte«, in: *Jahrbuch des Dokumentationsarchivs der österreichischen Widerstandes 2004.*

Daniela TOMASOVSKY, »Für Pathos ist hier kein Platz. Das neue Besucherzentrum. Museum, Vermittlungsort und Gedenkstätte«, in: *Die Presse,* Wien, Mauthausen-Sonderausgabe, 29. 4. 2005.

Alexander RrrziNGER, »Sanierung des Grauens«, in: *Oberösterreichische Nachrichten,* 4. 2. 2006, S. 3.

Bertrand PERZ, *Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen. 1945 bis zur Gegenwart,* Innsbruck-Wien-Bozen 2006.

Verbrechen befreiter KL-Häftlinge

Zur Feier des 60. Jahrestages der Befreiung des Kl. Mauthausen durch US-Truppen ergriff Wiens Erzbischof Christoph Kardinal SCHÖNBORN vor Ort das Wort. »Wir halten den Atem an«, erklärte SCHÖNBORN. »Hier war fast sieben Jahre lang das Böse zu Hause.« Nicht daran erinnert wurde, daß im Anschluß an die Auflösung des KL für die Umgebung eine schwere Notzeit durch Ausschreitungen ehemaliger KL-Häftlinge begann.

Denn kaum hatten die Amerikaner am 5. Mai 1945 die Tore des Lagers geöffnet, bildeten sich kriminelle Banden, die die Bevölkerung terrorisierten: »Das Treiben der KZler und Ausländer entwickelte sich zu einer wahren Landplage«, faßt die promovierte Historikerin Gabriele HINDINGER zusammen.[1]

Laut Erlaß vom 1. Januar 1941 war das Lager Mauthausen für Berufsverbrecher reserviert. Erst ab Herbst 1944 kamen Nichtkriminelle auf Grund der Kriegslage hinzu. Diese wurden, soweit in Ländern beheimatet, die von den Westalliierten bereits erobert waren, noch kurz vor Kriegsende in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz in ihre Heimatländer zurückgeführt. Zurück blieben neben Nichtkriminellen, die entweder Deutsche oder unter den gegebenen Verhältnissen noch nicht Repatriierbare waren, die verbrecherischen Elemente. Nach Angaben von Hans MARSALEK, Obmann der österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen, befanden sich bei Ankunft der Amerikaner 40000 Häftlinge im Lager. Davon bildeten politische Häftlinge nur einen geringen Prozentsatz,

Zu den ersten US-Maßnahmen nach der Einnahme von Mauthausen gehörte die unkontrollierte Öffnung des Konzentrationslagers, schrieb der Linzer Magistratsbeamte Hanns KRECZI (gest. 2003) in seinen Tagebuchaufzeichnungen: »Allein über 10000 KZler marschierten gegen Linz! Die Lebensmittellager, Bauernhöfe, Geschäfte, Wohnungen und Keller wurden aufgebrochen und geplündert. Amerikanische Soldaten standen in vielen Fällen dabei und sahen ruhig zu, andere halfen mit. Die Menschen auf den Straßen wurden beraubt, vielfach auch bis aufs Hemd ausgezogen.« Gar als »Ehrenbürger« gebärdeten sich die KZler, kritisiert KRECZI: »Sie nähen ein Stück ihres gestreiften Sträflingsgewandes auf den Rücken ihrer neuen Kleidung als Ausweis und Abzeichen ihrer bevorzugten Stellung. KZler und Ausländer vor allem, vielfach bewaffnet, rauben Autos, Motorräder, Fahrräder; sie dringen in Wohnungen ein und halten sie besetzt, sie plündern und zerstören.«

»Die kriminellen Insassen des Konzentrationslagers Mauthausen über-

fluteten unser schönes Mühlviertel und fristeten zum Teil unter Gewaltanwendung und Brutalität ihr Leben«, beklagte Johann BLÖCHL, Staatsbeauftragter für das von 1945 bis 1955 sowjetisch besetzte Mühlviertel. »Zehntausende von aus den Konzentrationslagern befreiten politischen und kriminellen Häftlingen durchzogen die Städte und das flache Land«, erinnert sich Franz RUPERTSBERGER, Sicherheitsdirektor für Oberösterreich. »Starke bewaffnete Räuberbanden plünderten und terrorisierten die Bevölkerung.« Auch nach Aussage von Oberst Alois RENOLDNER, dem Chef der Gendarmerie im geplagten Landesteil, häuften sich Raub und Plünderung durch befreite Verbrecher aus dem Kl. in erschreckendem Ausmaß.

Über das Ende des Zweiten Weltkrieges in Steyregg berichten die *Mühlviertler Nachrichten* im Rückblick: »Die politischen Gefangenen versuchten, so schnell wie möglich über Linz wieder in ihre Heimat zu kommen, während Kriminelle unter Führung von obskuren Kommissaren regelrechte Banden bildeten, die sogleich mit Plünderungen bei den Bauern begannen. Ein Sohn vom Pimesbauer in Obernbergen, der eben glücklich aus dem Krieg heimgekommen war, konnte ihren Forderungen nicht nachkommen und wurde am 20. 5. erschossen. Am 8. Mai herrschten auch im >Stadtl< (Städtchen, F. D.) chaotische Zustände. Die KZler plünderten alle Geschäfte und gingen in der Folge sogar auf Privatwohnungen los. Amerikanische Panzerstreifen, die gleich nach dem Einmarsch bei allen Bewohnern die Waffen eingesammelt hatten, versuchten in den nächsten Wochen, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, indem sie etwa 400 Bandenmitglieder einfingen und abtransportierten.«

Schließlich bewaffneten die Amerikaner von ihnen bereits entwaffnete deutsche Soldaten zum zusätzlichen Schutz der wehrlosen Bevölkerung vor den Ausschreitungen der ehemaligen Häftlinge. Die vereinten Kräfte von Siegern und Besiegten reichten indessen nicht, um der Landplage Herr zu werden. Auch Gerichte mußten eingreifen.

Als die Amerikaner Ende Juli 1945 den gesamten nördlich der Donau gelegenen Teil von Oberösterreich samt Mauthausen den Sowjets überließen, trat erst recht keine Besserung ein: »Zu Beginn der Besetzung verstanden es einige übel beleumundete Männer, ihre Dienste der Besatzungsmacht anzubieten und traten unter den verschiedensten Bezeichnungen wie Polizeikommissare, Faschistenbekämpfer, Staatspolizisten, Polizeichefs usw. in Aktion. Diese Leute gewannen aus den verschiedensten Gründen (als ehemalige Häftlinge oder KZler. . .) das Vertrauen der Besatzungsmacht«, erinnert sich Edmund MERL, damaliger Bezirkshauptmann von Freistadt. Am ärgsten war es dort, wo sich kriminelle KZler und Ostarbeiter zu kriminellem Handeln zusammenfanden. Zum Aufbau einer KPÖ-Struktur im Bereich bediente sich die Besatzungsmacht

des KL-Kriminellen Anton KRAUTWASCHL, der in der ganzen Bevölkerung ob seiner Untaten gefurchtet war.

In Freistadt kamen am 11. Mai 1945 zwei KZler in den Garten des Kreishauses und suchten nach einem guten Fahrrad. Ein deutscher Soldat, der ein solches besaß, wurde von einem der beiden Gestreiften aufgefordert, ihm das Fahrrad auszuhändigen. Da dieser die Herausgabe verweigerte, wurde er von dem KZler mit einer Pistole erschossen. In Tragwein wurden von Sowjets und KZlern 43 Frauen und Mädchen vergewaltigt. Der Wert der geplünderten Sachen und geraubten Tiere wurde mit 435000 Mark angegeben. In Pierbach ermordeten KZler am 20. Mai den 20jährigen Johann KASTENHOFER. Am 25. Mai wurde, ebenfalls in Pierbach, der Pionier Erwin WANDA von KZlern erschossen. »Eine Menge KZler wurde von Perg mit der Bahn abbefördert, aber die KZ-Plage dauert trotzdem an«, klagte unter dem 1. Juni der Chronist vom Allerheiligen Bezirk Perg; »Der hochwürdige Herr Pfarrer von Dimbach wurde auf einem Versehgange von KZlern ausgezogen. Mit einer Sträflingshose bekleidet, durfte er sich wieder entfernen.« In Wartberg haben fremde Elemente und KL-Häftlinge vom Mai 1945 bis 11. Dezember bei 193 Personen im Gemeindegebiet Plünderungen durchgeführt, wodurch ein Gesamtschaden von 520072 RM entstanden ist.

Laut der Schreckensbilanz von Oberst RENOLDNER steht fest, daß von KL-Häftlingen erschlagen oder erschossen wurden: ein Landwirt in Mauthausen, ein Bauer in Lichtenberg. Dr. MARASEK und Max WIED in Steyregg. der Rauchfangkehrermeister SCHONKA und ein Angestellter in Perg, zwei Hilfsarbeiter in Ober-St. Georgen, ein SS-Mann in Schlag, ein Obergefreiter in Altenberg, ein Baupolier, ein Bauer in Untergaisbach, ein Bauernsohn aus Pierbach, ein Zimmermann aus St. Georgen a. W., dieser wurde mit Steinen erschlagen und seiner Kleider beraubt. Der christlichsoziale Politiker Johann BLÖCHL ergänzt in seinen Lebenserinnerungen, »daß viele schwerste Übergriffe aus Furcht vor der Rache der Täter gar nicht angezeigt wurden und daß in großer Zahl Frauen und Mädchen aus Schamgefühl die Vergewaltigungen verschwiegen - ich kenne eine Gemeinde, in der vierzig Frauen mit Krankheiten angesteckt waren -, dann wird man ermessen, daß obige Aufzählungen nur einen Bruchteil einer grauenhaften Wirklichkeit darstellen«.

Der Kriminologe Hans VON HENTIG stellte fest: »Während die Alliierten bei Öffnung der Konzentrationslager zunächst von der Annahme ausgingen, daß der weitaus größte Teil der dort untergebrachten Deutschen aus politischen Gründen festgehalten sei, stellte sich bald heraus, daß ein bedeutender Anteil der KZ-Häftlinge kriminell schwer belastet war.« *(Die Strafe,* Bd. II, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1955, S. 104) Der Rechtshistoriker Karl S. BADER beanstandete, daß sich Homosexuelle aus

den Konzentrationslagern 1945 massenweise als Verfolgte über das Land ergossen, *(Soziologe der deutschen Nachkriegskriminalität,* Tübingen 1949, S. 171 f.) Thomas LENZ und Kurt MASON wiesen darauf hin, daß im KL Mauthausen 25 von 32 Baracken-Kapos Kriminelle waren. Es sei daher nicht erstaunlich, daß von allen Lagerinsassen die kriminellen Häftlinge den KL-Aufenthalt am besten und vollzähligsten überstanden haben, um gleich nach der Befreiung durch alliierte Truppen als »Opfer des NS-Regimes« in die neuen Einrichtungen einzusickern. Für die Sicherheitsbehörden ergab sich die böse Überraschung, daß aus dem Dunkel des Umsturzes die alten Garden der Unterwelt auftauchten, um ihre alten Reviere wieder in Besitz zu nehmen, *(Die schutzlose Gesellschaft,,* München 1992, S. 26 f.)

Über das »Reinemachen im KZ-Verband« berichtete zeitnah die *St. Pöltner Wochenpost* vom 5. März 1948: »Vom KZ-Verband wurden bei einem Mitgliederstand von etwa 5000 rund 4000 Mitglieder deshalb ausgestoßen, weil sie nicht wegen politischer, sondern wegen krimineller Delikte ins KZ kamen. Während die politisch oder rassisch Verfolgten bescheiden am Wiederaufbau wirken, brachten viele kriminelle Elemente den >KZler< deshalb in Verruf, weil sie ihn zur Tarnung ihrer kriminellen Instinkte mißbrauchten.« Fred Duswald

Literatur

Johann BLÖCHL, »Unserer Gendarmerie zum hundertjährigen Bestand«, in: *Festschrift zur Hundertjahrfeier der Österreichischen Bundesgendarmerie*, Wien 1949, S. 23,

Alois RHNOLDNER, »Die Gendarmerie des Mühlviertels in schwerer Zeit«, in: ebenda, S, 70.

Franz RUPERTSBERGER, »Die Gendarmerie in Oberösterreich nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: ebenda, S. 34.

Hanns KRECZI, »Fünf Minuten vor und nach zwölf«, in: *Oberösterreichische Nachrichten,* 14. 5.1960.

Gabriele HINDINGER, *Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Oberösterreich im Jahre 1945*, Wien 1968.

Johann BLÖCHL, *Meine Lebenserinnerungen,* Linz/Donau 1975.

Edmund MERL, *Besatzungszeit im Mühlviertel. Anhand der Entwicklung im politischen Bezirk Freistadt,* Linz/Donau 1980.

»Stevregg und das linde des 2. Weltkrieges«, in: *Mühlviertier Nachrichten*, 2. 5. 1985.

Harry SLAPNICKA, *Oberösterreich »zweigeteiltes Land« 1945-1955,* Linz/Donau 1986.

Fritz FELLNER, *Das Mühlviertel 1945. Eine Chronik Tag für Tag* Grünbach 1995.

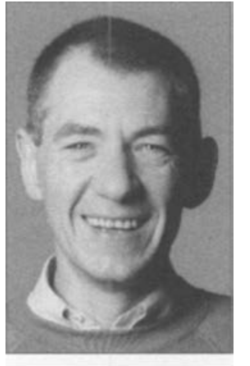
⇨ Die *Oberösterreichischen Nachrichten* brachten am 21. Juni 1945 unter der Uberschrift »Plünderer werden zur Rechenschaft gezogen!« folgende Notiz:

»Vor dem >Einfachen Militärgerichtshof; (Summary Court) kamen am Montag nicht weniger als elf Fälle von Plünderung zur Verhandlung. Es handelte sich bei den Angeklagten um ehemalige Häftlinge eines Konzentrationslagers, die in den Umsturztagen nach ihrer Befreiung Textil- und Schuhgeschäfte in Linz und Umgebung geplündert hatten. Bei den Hausdurchsuchungen, die die amerikanische Militärpolizei nunmehr durchführt, kam das gestohlene Gut zutage.

Von den Angeklagten, die durch rechtskundige Vertreter des polnischen und tschechischen Komitees verteidigt wurden, erhielten vier Freiheitsstrafe, zwei Angeklagte wurden mangels an Beweisen freigesprochen. In den übrigen Fällen wurde die Verhandlung zum Zwecke weiterer Erhebungen vertagt...«

Überhöhte Zahlen bei Homo-Opfern

Mit der pauschalen staatlichen Anerkennung »homosexuell Verfolg ter< als »NS-Opfer<, die durch ein besonderes »Mahnmal* im Berliner Tiergarten auch noch optisch betont wird, stellte der bundesdeutsche Gesetzgeber die politischen Gegner des Nationalsozialismus auf eine Stufe mit unpolitischen Sittenstrolchen und Kinderschändern. Daß die Strafbarkeit des früher als »widernatürliche Unzucht« geltenden Tatbestandes nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun hat, geht allein schon daraus hervor, daß der einschlägige § 175 des Strafgesetzbuches (StGB) schon in der Weimarer Republik und in der mit dem Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches vom 28. August 1935 (*Reichsgesetzblatt* I, S. 839) verschärften Fassung in der Bundesrepublik bis 1969 galt und 1951/52 vom Karlsruher Bundesgerichtshof wie auch 1957 vom Bundesverfassungsgericht als systemneutral und demokratieverträglich bestätigt wurde.





Von oben: Martin SHERMAN; französisches Plakat zu seinem Stück *Bent.*

Bei den Diskussionen um die Anerkennung der Homosexualität wie um die homosexuellen NS-Opfer wurden vielfach überhöhte Zahlen für diese Verfolgten angegeben, die richtigzustellen sind.

Die Homo-Kampagne, die zum scheibchenweisen Sieg der Unmoral über die Moral seit den siebziger Jahren führte, kam wie so manches aus den USA. Ein Bewußtseinswechsel hatte dort im Jahre 1973 mit einem Schlag die öffentliche Einstellung zur widernatürlichen Unzucht verändert, als die »Amerikanische Psychologische Gesellschaft« ausdrücklich davon Abstand nahm, Homosexualität als Geisteskrankheit einzustufen.

Weiteren Auftrieb bekam die Kampagne am 2. Dezember 1979, als das Bühnenstück *Bent* (Andersrum) am New Yorker Broadway uraufgeführt wurde. Das Schwullen-Stück, das 1997 auch noch verfilmt wurde, handelt vom homosexuellen Max im KL Dachau. Um nicht durch das ominöse rosa Dreieck, die Kennzeichnung für Homosexuelle, stigmatisiert zu werden, verleugnet der Held seine Homosexualität und gibt sich als Jude aus. Dann aber verhebt er sich in den Homo-Häftling Horst, der voller Stolz seinen rosa Winkel trägt. Um nicht zurückzustehen, »outet< sich nun auch Max als Schwuler und nimmt sich zu guter Letzt das Leben, indem er sich in einen Starkstrom-Zaun wirft. »»Als ich von schwollen Freunden in London hörte, daß mindestens 250000, wenn nicht sogar 500000 Homosexuelle in den Lagern gestorben sind, kam es mir in den Sinn, ein derartiges Stück zu schreiben«, gestand der schwule jüdische Verfasser Martin SHERMAN (*1939).

Nachdem die Homosexualität von wissenschaftlichen, literarischen und journalistischen Eliten, wenn schon nicht zur Tugend erhoben, so doch zumindest als annehmbarer Lebensstil in den westlichen Ländern aner-

kannt war, stiegen die Zahlen der im Dritten Reich angeblich ermordeten Homosexuellen ständig an.

[1] Frank D. STEAKLEY, *The Homosexual Emancipation Movement in Germany,* 1975.

Frank D. STEAKLEY[1] beginnt 1975 mit 200000 Opfern. In der *New York Times* vom 10. September 1975 schreibt Ira GLASSER von der •American Civil Liberties Uniom in einem Leitartikel: »Annähernd eine Viertelmillion Homosexuelle w-urden zwischen 1937 und 1945 von den Nazis exekutiert, gleichzeitig mit den sechs Millionen Juden.«

Zwischen 100000 und 400000 Homosexuelle seien in NS-Deutschland umgekommen, schreibt Louis CROMPTON 1978 unter dem Titel *Schwulen-Völkermord von Leviticus bis Hitler.*

Selbst 500000 Opfer könnten eine »zu konservative« Zahl sein, fürchtet Frank RECTOR in seinem Buch *The Nazi Extermination of Homosexuals,* New York 1981.

»Die Juden und die Homosexuellen befinden sich im gleichen zerbrechlichen Boot«, bemerkte der schwule Romancier Gore VIDAL[2] gegenüber der jüdischen Publizisdn Midge DEXTER, die den homosexuellen Lebensstil massiv kritisiert hatte. Beim nächsten Holocaust würden sich Schwule und Juden in derselben Gaskammer wiederfinden, habe doch HITLER 600000 Homosexuelle ermordet, meint VIDAL. Diese Horrorzahl habe er von seinem Gewährsmann, dem schwulen Schriftsteilerkollegen Christopher ISHERWOOD.

[2] Gore VIDAL, »Some Jews and the Gays«, in: *The Nation,* 14. 11. 1981.

Die Tatsachen sehen jedoch anders aus. Nach amtlichen Unterlagen wurden von ordentlichen Gerichten im Deutschen Reich zwischen 1933 und 1944 rund 50000 Personen wegen homosexueller Delikte zu Gefängnisstrafen verurteilt, von der Militärgerichtsbarkeit im Zeitraum von 1. September 1939 bis 30. Juni 1944 fast 7000 solche Soldaten in der Wehrmacht. Das macht zusammen 57000 »homosexuell Verfolgte«.

Von der 1936 eingerichteten »Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und der Abtreibung« wiederum wurden zwischen 1937 und 1939 rund 95000 Personen, überwiegend Männer, als Gleichgeschlechtliche namentlich erfaßt, im selben Zeitraum aber nur etwa 25000 Schwule, also etwas mehr als ein Viertel der registrierten, gerichtlich verurteilt.

»Nicht jeder Mann, der nach Paragraph 175 verurteilt worden war, mußte nach seiner Strafverbüßung mit der Deportation in ein Konzentrationslager rechnen«, stellte Günter GRAU fest.[1] Ein HIMMLER-Befehl vom 14. Dezember 1937 und ein Erlaß des Reichsführers-SS vom 12. Juni 1940 sahen KL-Haft nur für ausgewiesene Sittlichkeitsverbrechet vor, für Jugendverführer, Strichjungen und einschlägig vorbestrafte Homosexuelle.

[1] Günter GRAU, *Homosexualität in der NS-Zeit,* Dok. 51, 56.

Nach LAUTMANN, der Unterlagen des Suchdienstes des Internationalen Roten Kreuzes in Bad Arolsen auswertete, waren insgesamt 10000, höchstens 15000 Homosexuelle, also nur ein Bruchteil der verurteilten

Schwulen, in Konzentrationslagern inhaftiert.



Eine Gruppe Homosexueller im Konzentrationslager Buchenwald.

Die Überführung ins KL erfolgte jeweils im Anschluß an die Strafverbüßung im Fall von Wiederholungstätern, Transvestiten und männlichen Prostituierten. Nicht weniger als 86 Prozent der Schwulen in den Konzentrationslagern waren einschlägig vorbestraft. Hinzu kommen noch jene 10 Prozent, die wegen Verführung Minderjähriger, insbesondere von Mündeln, von Gerichten verurteilt worden waren.

Unter allen Häfdingen hatten die Homosexuellen die höchste Todesrate. In den Lagern brachen Seuchen aus (Typhus, Fleckfieber), die sich »erst recht unter den Bedingungen der allgemeinen Unterernährung infolge des Zusammenbruches der Versorgung gegen Ende des Krieges« medizinisch immer weniger beherrschbar erwiesen.

Für Schwule war das Risiko im Lager nicht nur deshalb am allergrößten, weil sie wegen ihrer besonderen Sexualität auch in Freiheit die gesundheitlich am meisten gefährdete Bevölkerungsgruppe bilden und ihre durchschnittliche Lebenserwartung von Haus aus nur halb so hoch ist wie diejenige von Heterosexuellen.

Häufig wandten sich auch die Angehörigen angewidert von ihnen ab, und im Lager wurden die Schwulen von den anderen Insassen geschnitten, Dies erschwerte in nicht unerheblichem Maße das Überleben, bedeutete aber keineswegs, daß Homosexuelle, die im Konzentrationslager starben, im KL >ermordet< worden sind,

»Da sie von ihrem Laster nicht lassen konnten oder nicht wollten, wußten sie, daß sie nicht mehr frei sein würden«, hinterließ der KL-Kommandant Rudolf HöSS vor seiner Hinrichtung, Dieser stärkste wirksame Druck bei den meist zartbesaiteten Naturen beschleunigte den physischen Verfall, Kam noch der Verlust des >Freundes< durch Krankheit oder gar durch Tod hinzu, so konnte man das Lebensende voraussehen. Nicht wenige begingen Selbstmord. Auch bei frei lebenden Schwulen ist die Selbstmordrate mehr als dreimal so hoch wie bei Männern im allgemeinen.

Nimmt man an, daß, wie wissenschaftliche Berechnungen ergaben, 60 Prozent der höchstens 15000 inhaftierten Homosexuellen die KL-Haft nicht überlebten, kommt man auf ein Maximum von 9000 Toten, also weniger als ein Zwanzigstel der in den Medien gängigen Zahlen. Dennoch phantasiert Jean BOISSON von einer Million Homosexuellen, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet worden seien, mehr als dem Hundertfachen des wohl wahren Wertes.[4]

Obwohl jüdische Autoren wie Lucy S. DAWIDOWCZ (1915-1990) »Prostituierten, Homosexuellen, Perversen und gewöhnlichen Kriminellen, die von den Nazis eingesperrt wurden«,[5] den Opfer-Status absprechen und die Vernichtung von Schwulen durch die Nationalsozialisten mit allem Nachdruck bestreiten, wurde die >Homocaust<-Propaganda dennoch weltweit honoriert: Die offizielle Anerkennung als NS-Opfer machte die Homosexuellen zu Hätschelkindern des Zeitgeistes und verlieh ihnen sogar das Gefühl moralischer Überlegenheit über das angeblich »repressive, patriarchalische, weiße, heterosexuelle« Wertesystem, das zweitausend Jahre lang die Grundlage der wesdichen Zivilisation war.

Fred Duswald

[4] Jean BOISSON, *Le Triangle Rose: La déportation des homosexuels 1933—1945,* Paris 1988.

[5] Lucy S. DAWIDOWCZ, »How They Teach the Holocaust«, in: *Commentary,* Dez. 1990.

Literatur

Heinz HEGER, *Die Männer mit dem rosa Winkel,* Hamburg 1972,

Rüdiger LAUTMANN, Winfrid GRIKSCHAT U. Egbert SCHMIDT, »Der rosa Winkel in nationalsozialistischen Konzentrationslagern«, in: Rüdiger LAUTMANN, *Seminar: Gesellschaft und Homosexualität,* Frankfurt/M. 1977, S. 325—365,

Hans-Georg STÜMKE, *Homosexuelle in Deutschland. Eine politische Geschichte,* München 1989.

Günter GRAU, »Verfolgung und Vernichtung. Der § 175 als Instrument faschistischer Bevölkerungspolitik«, in: *Die Geschichte des § 175. S traf recht gegen Homosexuelle,* Berlin 1990.

Burkhard JELLONEK, *Homosexuelle unter dem Hakenkreuz Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich,* Paderborn 1990.

Richard PIANT, *Der Krieg der Nazisgegen die Homosexuellen,* Frankfurt/M. 1991.

Günter GRAU, *Homosexualität in der NS-Zeit. Dokumente einer Diskriminierung und Verfolgung,* Fischer, Frankfurt/M. "2004.

Jörg Hu**TTER,** »Die Rolle der Polizei bei der Schwulen- **und** LEsbenver**folgung** im Nationalsozialismus«, in: *Schwule, Lesben, Polizei,* Berlin 1996.

Jack WIKOFF, »Der Mythos von der Vernichtung Homosexueller im Dritten Reich«, in: *Vierteljahresheftefürfreie Geschichtsforschung,* Nr, *2,* 1998, S. 133-139.

Carsten PIETSCH, *Negative Bevölkerungspolitik. Verfolgung männlicher Homosexueller in der NS-Zeit,* Hausarbeit, Universität Oldenburg, WS 1998/99.

Rainer HorrsCHIl.DT, »Rosa-Winkel-Häftlinge im KZ Mauthausen«, in: *Larnbda-Nachrichten,* Juni 2001.

BurkhardJr.LI.ONEK u, Rüdiger LAUTMANN (Hg.), *Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle,* Paderborn 2002.

Zum Schicksal der Zigeuner

Zu den umstrittenen Zahlen der Zeitgeschichte gehört die der im Zweiten Weltkrieg getöteten Zigeuner. Deren Interessen werden heute von dem Zentralrat der Roma und Sinti in Deutschland vertreten, der nach dem Historiker Eberhard JÄCKEL »seit langem ein falsches Geschichtsbild für eigene Interessen zu instrumentalisieren«[1] versucht. Eine erste Richtigstellung ist schon anderenorts vorgenommen worden,[2] Dennoch werden immer wieder die von Bundeskanzler KOHL im Jahre 1985J vor dem Bundestag ohne Beleg genannten 500 000 Todesopfer, die auch vom Zentralrat noch vertreten werden, in der Öffentlichkeit - dort auch bis zu 600000 - genannt. Deswegen seien weitere Angaben zu dieser Frage gemacht.

Tatsachen, von denen man ausgehen muß, sind die zu den verschiedenen Zeiten registrierten oder geschätzten Zahlen dieser Volksgruppe in Deutschland und Europa. Im Jahre 1887 wurde ihre Zahl für Europa auf 250000-500000 geschätzt, wobei in Deutschland »nur eine geringe Menge im Vergleich zu den 40000 in Spanien« lebten.'[1] Um 1939 waren im Altreich die hier lebenden rund 20000, in Österreich etwa 10000 Zigeuner listenmäßig erfaßt/ Für ganz Europa gibt es Schätzungen für 1939 zwischen 750000 und 1,5 Millionen Menschen dieses Volkes.[6] Um 1979 lebten allein in der Bundesrepublik Deutschland 50000 Sinti und Roma, in ganz Europa 6 Millionen.[7] Im Jahre 1990 gab *Der Spiegel* für die Bundesrepublik Deutschland 75000, für ganz Europa 6,6 Millionen Sinti und Roma an,[s] 1993 der baden-württembergische Innenminister Frieder BIRZELE 8 Millionen allein für Osteuropa.[9]

[1] Zitiert in: »Wurden 500000 Zigeuner ermordet?« in: *National-Zeitung, 2*.2.2007,

[2] Beitrag Nr. 258, »Zum Schicksal der Zigeuner«.

[5] Bundeskanzler Helmut KOHL am 7. 11. 1985 vor dem Deutschen Bundestag.

[4] *Brockhaus' Conversations-Lexikon* (16 Bde.) Bd, 16, Leipzig 1887, S. 912.

[s] "Wiesenthal übergibt NS-Dokumente«, in: *Stuttgarter Kachrichten,* 22. 6. 1965; Tilman **ZüLCH,** »Sinti und Roma in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte,* Beilage zum *Parlament,* B43, 30. 10. 1982, S. 33; Michael ZIMMERMANN, »Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte,* B 16, 18. 4. 1987, S. 36 f.

[6] *Encyclopedia Americana,* Bd. 13, unter >Gypsies<.

[7] Alfred SCHICKEL, »Die Wahrheit und die Millionen«, in: *Das Ostpreußenhlatt, 20.* 6. 1981, S. 3.

[8] »Alle hassen die Zigeuner«, in: *Der Spiegel,* Nr. 36,3.9.1990, S. 36; sechs Millionen in Europa auch in: *Schwäbisches Tagblatt, 29.* 9. 1992.

[9] »Kein Angriff auf die Menschenwürde«, in: *Schwäbisches 'Tagblatt,* 17. 9. 1993.

Nach herrschender Lehre wurden von den 30000 Zigeunern im Großdeutschen Reich mindestens 25000,[m] von den (als Mittelwert für 1939 genommenen) 1 Million in Europa vorhandenen Zigeunern 500 000 »von den Nazis ermordet«.[11] ferner seien viele der Oberlebenden sterilisiert worden.

Schon 1979 wies der Historiker Alfred SCHICKEL darauf hin," daß diese Zählen, auch bei Berücksichtigung der bekannterweise großen Fruchtbarkeit der Roma und Sinti, kaum miteinander vereinbar sind. Es ist schwer nachzuvollziehen, daß sich diese Volksgruppe in Deutschland von — nach der Zeitmeinung - weniger als 5000 Uberlebenden, einschließlich Sterilisierten, bis 1979 - also in gut 30 Jahren, einer Generation, und bis vor Beginn der großen Zuwanderung - auf 50 000 vermehrt haben soll. Ebenso ist kaum glaublich, daß die rund 500000 Überlebenden - die heute angegebene Zahl — in ganz Europa es in derselben Zeit auf eine Kopfzahl von sechs oder mehr Millionen brachten, sich also in einer Generation verzehnfachten, auch wenn man die Zuwanderungen berücksichtigt. Solch ein Zuwachs scheint in einer Generation kaum möglich zu sein.



Verhaftung von Zigeunern in Asperg bei Stuttgart.

Es ist auch falsch, alle Opfer dieser Volksgruppe während des Zweiten Weltkrieges den Deutschen anzulasten. So erwähnt ZÜLCH,[1] daß nach Schätzungen 36000 Zigeuner bei der rumänischen Vertreibung der Zigeuner nach dem ukrainischen Transnistrien umgekommen seien. Ähnliches gelte für andere ost- und südosteuropäische Länder: »Nur wenige der 1939 etwa 28000 Menschen zählenden kroatischen Roma haben die ungezählten Massaker der Ustaschas (in

[10] ZIMMERMANN, aaO. (Anm. 5), S. 41.

[11] »Es begann mit den Juden«, in: *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung,* 6. 12. 1985; »Verfolgt und verachtet«, in: *Schwäbisches Tagblatt,* 28. 11.1990; »Sinti und Roma gedenkender 500000 Nazi-Opfer«, in: *Stuttgarter Zeitung* 3.8.1991; »Mit Deportationen begann vor 50 Jahren der Völkermord an Sinti und Roma«, in: *Südwest-Presse,* 13. 5. 1993; Anzeige in: *Die Zeit* 15. 12. 1995.

[12] ZOLCH, aaO. (Anm. 5), S. 36 f.

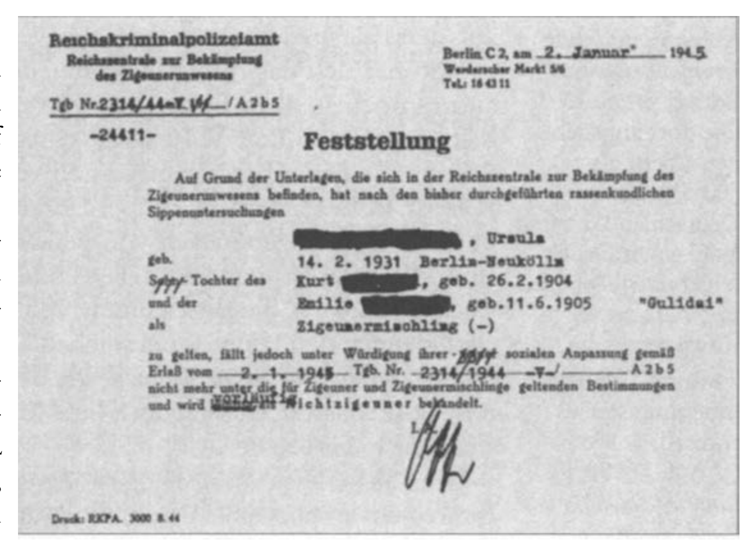
Kroatien, R.K,) überlebt.« In Polen seien Roma »Massakern polnischer und ukrainischer Faschisten zum Opfer gefallen«. Mindestens 65000 Ermordete müssen also von dem Schuldkonto der Deutschen abgebucht werden.

1996 hat der im Januar 2007 frühzeitig verstorbene Bochumer Historiker Michael ZIMMERMANN eine Untersuchung des Schicksals der Zigeuner veröffentlicht,[13] in der er auf weit niedrigere Verlustzahlen kommt und vorsichtig von »mindestens 90000 Opfern« in ganz Europa spricht. Das wäre mit den oben genannten Bevölkerungszahlen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg auch eher vereinbar. Zieht man davon die oben genannten 65 000 von anderen Ländern zu verantwortenden Opfer ab, so kommt man auf etwa 25000 für die deutsche Schuldbilanz - eine wohl wirklichkeitsnähere Zahl - und damit auf weniger als ein Zehntel der den Deutschen vorgeworfenen Morde.

Amerikanische Historiker gaben ebenso weit kleinere Zahlen an, als Bundeskanzler KOHL es unverantwordicher Weise tat, die aber auch noch als zu hoch erscheinen. So schätzten KENRICK und PUXON[14] die Gesamtzahl der Todesopfer unter den Zigeunern im Zweiten Weltkriegauf 219700. Der Franzose Christian BERNADAC[15] hatte



Oben: Blick in eine Baracke des Zigeunerlagers in Auschwitz.
Unten: Bescheid vom 2. Januar 1945 über die Befreiung des »Zigeunermischlings« Ursula F. von den Zigeunerbestimmungen.
Beide Abbi Idungen aus: Guenter LEWY, *Rückkehr nicht erwünscht,* Propyläen, München-Berlin 2000.



Reichskriminalpolizeiamt
Reichszentrale zur Bekämpfung
des Zigeunerunwesens

Berlin C 2, am 2. Januar 1945
Werderscher Markt 5/6
Tel.: 16 43 11

Tgb Nr. 2314/44 - V ~~-/~~ /A 2 b 5

-24411-

Feststellung

Auf Grund der Unterlagen, die sich in der Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens befinden, hat nach den bisher durchgeführten rassenkundlichen Sippenuntersuchungen

[geschwärzt], Ursula
geb. 14. 2. 1931 Berlin-Neukölln
~~Sohn~~ Tochter des Kurt [geschwärzt], geb. 26.2.1904
und der Emilie [geschwärzt], geb. 11.6.1905 "Gulidai"
als Zigeunermischling (-)

zu gelten, fällt jedoch unter Würdigung ihrer ~~seiner~~ sozialen Anpassung gemäß Erlaß vom 2. 1. 1945 Tgb. Nr. 2314/1944 - V - / A 2 b 5 nicht mehr unter die für Zigeuner und Zigeunermischlinge geltenden Bestimmungen und wird [illegible] Nichtzigeuner behandelt.

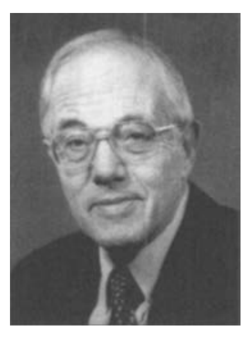
I. A.
[Unterschrift]

Druck: RKPA. 3000 8.44

[13] Michael ZIMMERMANN, *Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische >Lösung der Zigeunerfrage<,* 1996.

[14] Donald KENRICK U. Grattan PUXON, *Sinti und Roma — die Vernichtungeines Volkes im NS-Staat,* Göttingen 1981.

[15] Christian BERNADAC, *L'Holocauste oublie. he massacre des tsinganes,* Paris 1979.



Guenter LEWY.

[16] Faksimile dieses Briefes in: *National-Zeitung,* 17. 7.1987 u. 2. 2. 2007.

[17] Guenter LEWY, *Rückkehr nicht erwünscht,* Propyläen, München-Berlin **2000.**

Ift Carola KAPS, »Mit Bildung aus dem Abseits«, in: *Frankfurter A ¡¡gemeine Zeitung,* 30. 5. 2007. Die dort angegebenen »mehr als 600000« für Deutschland dürften wohl einen Druckfehler darstellen und eine Null zuviel aufweisen.

" »Rund-Erlaß des Innenministers« vom 10. 3. 1986 - IV A 4 - 6590, in: *Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen,* 1986, S. 464.

[20] Romani ROSE, »Sinti und Roma fordern Schutz«, in: *Die Zeit,* 10. 7. 1992.

vorher 229 500 als Opferzahl angegeben. Auf diese beiden Zahlen stützte sich mit allen Vorbehalten wegen fehlender Dokumente und deswegen notwendig werdender Schätzungen der Mitarbeiter Hellmuth AUERBACH vom Münchener Institut für Zeitgeschichte in einem Brief vom 11. Juni 1987 an einen Fragesteller zu diesem Problem.[16] KENRICK soll seine oben genannte Zahl im Jahre 1989 auf 196000 herabgesetzt haben, wie der US-Politologe Guenter LEWY - 1923 in Breslau geboren, 1939 nach Palästina emigriert und 1947 in die USA eingewandert — in seiner Studie mitteilte, in der er sich auch skeptisch gegen den Vorwurf eines Völkermordes an den Zigeunern äußerte.[1]

Es besteht wegen der großen Unterschiede in den oben genannten Zahlen offenbar noch Forschungsbedarf in dieser Sache.

Wie schwierig es ist, die im Jahre 2007 rund sechs (bis acht) Millionen Roma, Sinti und Angehörige verwandter Stämme in Europa, davon 60000 bis 70000 in Deutschland, in den verschiedenen Staaten, vor allem auf dem Balkan, zu integrieren und sie in die Gesellschaft einzufügen, beschrieb Carola KAPS 2007 in einem ausführlichen Bericht,[1"] Sie wies dabei auch auf die starke finanzielle Förderung dieser Maßnahme durch die Europäische Union in den letzten Jahren hin, wobei allerdings die erhofften Erfolge nur teilweise erreicht worden seien. Schon 1986 hatte ein Rund-Erlaß des nordrhein-westfiilisehen Innenministers unter Bezug auf den Europarat bekanntgegeben:

»So hat sich das Ministerkomitee des Europarates wiederholt dafür ausgesprochen, jeder Form der Diskriminierung von Landfahrern Einhalt zu gebieten und Vorurteilen entgegenzutreten, die die Grundlage diskriminierender Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber Landfahrern, insbesondere gegenüber Sinti und Roma, bilden, .. Da Angaben über die Volkszugehörigkeit von Personen, die einer Straftat verdächtig sind, Diskriminierungen darstellen können, die Vorurteile verstärken oder wecken, bitte ich, die Bezeichnung von tatverdächtigen Sinti oder Roma als Zigeuner, den Hinweis bei solchen Tatverdächtigen auf ihre Zugehörigkeit zu den Sinti oder Roma sowie deren Kennzeichnung als Landfahrer zu unterlassen. Das gilt auch bei Mitteilungen gegenüber Dritten einschließlich der Presse.«[19]

Um solche Diskriminierungen zu vermeiden, fordert der betreffende Interessenverband eine Verankerung im Grundgesetz: »Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma erhebt seit seiner Gründung Anfang 1982 den Anspruch, für die 70000 deutschen Sinti und Roma den Schutz und die Förderung als deutsche Volksgruppe in der Verfassung (gemeint ist wohl das Grundgesetz, R. K.) zu verankern.«[20]

Rolf Kosiek

Der Auschwitz-Prozeß - kein rechtsstaatliches Verfahren

Der große Auschwitz-Prozeß in Frankfurt/M. ab 1963 bildete eine Wende in der deutschen Vergangenheitsbewäldgung. Anschließend wurde die Weltöffentlichkeit von einer einseitig berichtenden Presse jahrelang mit den schlimmsten und oft weit übertriebenen Vorwürfen gegen die Deutschen zu den Konzentrationslagern überschwemmt.

Die Hauptverhandlung fand vom 20. Dezember 1963 bis zum 20. August 1965 in Frankfurt/M. statt, dauerte also 20 Monate und umfaßte 183 Verhandlungstage, an denen 382 Zeugen vernommen wurden und rund 10 Sachverständige auftraten. Von den 20 Angeklagten wurden 17 zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, drei freigesprochen. Eine ausführliche Beschreibung der juristischen Seite dieses Prozesses hat der beteiligte Verteidiger Hans LATERNSER gegeben,[1] der auch schon beim Nürnberger Militärtribunal tätig gewesen war.

Die Hauptverhandlung stellte nach seinem Urteil in verschiedener Hinsicht »eine Einmaligkeit in der deutschen Rechtsgeschichte dar«, (S. 23) Das Verfahren bildete den Auftakt zu einer Reihe von KL-**Verfahren** wie dem Majdanek-Prozeß in Düsseldorf, der von 1975 bis 1981 stattfand und mit mehr als fünf Jahren der bis dahin längste Strafprozeß der deutschen Rechtsgeschichte werden sollte.

In der Presse und von der Öffentlichkeit wurde der Prozeß als ein rechtsstaatliches Verfahren betrachtet. Das ist jedoch falsch. Richtig ist, daß hier ein politischer Schauprozeß stattfand und wie in den vorangegangenen alliierten Militärtribunalen grundlegende Rechtsnormen verletzt wurden. Der unabhängige und nicht der Rechten zuzuordnende Verteidiger LATERNSER führt eine Reihe solcher Verfahrens fehler in seinem Buch auf.

> Die Tätigkeit der Verteidiger wu

bei der Wahl der Räume. Der erste Teil des Prozesses fand im Frankfurter Römer statt, wo die Verteidiger nicht einmal von ihren Plätzen alle Richter sehen und diese nur schwer verstehen konnten. Die Zeugen wandten den Verteidigern bei ihrer Vernehmung und Befragung den Rücken zu, (S. 16)

> Zunächst hatten die Verteidiger gar keine, später einige wenige Mikrophone, zu denen sie für eine Wortmeldung jeweils hingehen mußten. (S. 16) Auf ihren Plätzen sitzende Verteidiger konnten insbesondere anfangs wegen des Mangels an Mikrophonen vortragende Kollegen nicht hören. Deswegen erhobene Rügen wurden nicht protokolliert. (S. 18)

[1] Hans LATERNSER, *Die andere Seite im Auschwitz Prozeß.* 1963/1965,Seewald, Stuttgart 1966. (Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf dieses Buch.)

> Daß die erste Verhandlung noch Ende 1963, wenige Tage vor Weihnachten, angesetzt wurde, sollte offensichtlich die Richterauswahl, insbesondere die des Vorsitzenden, für dieses Jahr noch für den ganzen Prozeß zum Zuge kommen lassen. (S. 27) Die Angeklagten wurden also ihren gesetzmäßigen Richtern entzogen.





Hans LATERNSER und sein Buch *Die andere Seite im Auschwitz-Prozeß.* 1963/1965, Seewald, Stuttgart 1966.

> Schon beim ersten Verhandlungstag mußte die Verteidigung zwei wettere Fehler bei der Bestellung des Vorsitzenden Richters rügen. (S. 26) Daß unter den sechs Geschworenen vier Frauen waren, war wohl kaum ein Zufall und sollte sicher dem emotional leichter beeinflußbaren Geschlecht ein größeres Gewicht beim Urteil verschaffen. (S. 24)

> In der Verhandlungsführung verhielt sich der Vorsitzende von Anfang an nicht unparteiisch, sondern feindlich gegenüber der Verteidigung und den Entlastungszeugen. »In den größeren internationalen Strafverfahren, in denen ich mitgewirkt habe, hat es zu keiner Zeit - auch nicht vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg - eine so gespannte Atmosphäre wie im Auschwitz-Prozeß gegeben.« (S. 28)

^ Bei Lachen oder Hohnrufen der Zuhörergegen die Verteidiger hat der Vorsitzende nicht eingegriffen. (S. 30) Der Vorsitzende kam den ausländischen Belastungszeugen sehr entgegen, während deutsche Entlastungszeugen schlecht behandelt wurden. (S. 34, 36) Selbst Beleidigungen wie »Schwein« und Beschimpfungen der Angeklagten wurden ausländischen Zeugen verziehen. (S. 35)

> Auch die Staatsanwälte verhielten sich sehr parteiisch zuungunsten der Angeklagten. Die Staatsanwälte haben - »von einer Ausnahme abgesehen« — niemals irgendwelche Fragen zur Endastung gestellt, obwohl dies ihrer Amtspflicht entsprochen hätte (§160 Strafprozeßordnung)«. (S. 32) »Für die Staatsanwälte gab es etwa die Faustregel, daß die ausländischen Zeugen die Wahrheit sagen, den deutschen Zeugen nur mit größter Vorsicht zu begegnen sei, während die Aussägen früherer Angehöriger der SS in der Regel unglaubhaft seien.« (S. 57)

Gegen Zeugen, die ganz offensichtlich die Unwahrheit gesagt hatten — auch unter Eid —, wurde nichts unternommen, sie durften, ohne daß Maßnahmen gegen sie ergriffen wurden, wieder abreisen. (S. 58) Dagegen wurden deutsche Zeugen bei Verdacht gegen sie nach der Aussage verhaftet. (S. 58)

> Bei offensichtlichen Falschaussagen der Belastungszeugen lehnte das Gericht zur Schonung der Zeugen eine von der Verteidigung geforderte Vereidigung ab, damit diese nicht zur Rechenschaft gezogen werden konnten,

^ Der Verteidigung wurden wichtige Tonbandaufnahmen vorenthalten. »Das Gericht hat also mehrfach der Verteidigung den Zutritt zu den

auch unter ihrer Mitwirkung entstandenen Tonbandaufnahmen ohne ersichtlichen oder gar zwingenden Grund verwehrt.« (S. 48, 146)

> Der SED-Anwalt Dr. KAUL aus Ostberlin, dem von den Alliierten der Zutritt nach West-Berlin untersagt worden war und der deswegen unberechtigt als Prozeßbeteiligter - ohne es zu sein — im Gerichtssaal erschien und Ausführungen machte, wurde vom Vorsitzenden gegen das Recht zugelassen, nachdem er zunächst abgelehnt worden war. Der Bundesgerichtshof hatte gerade in bezug auf KAUL in einem anderen Fall am 2, März 1961 verfügt: »Ein Strafverteidiger, der die Verteidigung nicht unabhängig führt, sondern dabei Weisungen unbeteiligter politischer Stellen befolgt, ist gesetzlich als Verteidiger ausgeschlossen und vom erkennenden Gericht von Amts wegen zurückzuweisen.« (S. 69) Dennoch gab das Gericht sogar KAUL selbst einen - sehr ungewöhnlichen - Rechtsrat, wie er zur Zulassung kommen könne. (S. 65) Die ganze Tätigkeit KAULS in dem Prozeß bestand dann auch vorwiegend in einer von der SED in Mitteldeutschland vervielfältigten Propaganda gegen die Bundesrepublik.

y Auf Anraten seines Verteidigers hat mindestens ein Angeklagter, nachdem er das vorher immer abgestritten hatte, Erschießungen von Häftlingen zugegeben, obwohl er sie gar nicht vorgenommen hatte, um »damit dem Gericht »goldene Brücken< dafür zu bauen, ihn lediglich wegen Beihilfe zum Morde zu bestrafen!« {S. 81) Die offensichdich falsche Aussage wurde dann für die Wirklichkeit genommen und in der Öffentlichkeit verbreitet, ohne daß sie richtiggestellt wurde.

Der Cerichtssaal mit einigen der Angeklagten. Der Senatspräsident HOFMEYER äußerte: »Das Schwurgericht ist nicht berufen, die Vergangenheit zu bewältigen.«



In Strafprozessen sollen Gutachter zu konkreten, für die Beurteilung der Taten der Angeklagten wichtigen Fragen Antworten geben. Hier trugen rund zehn Sachverständige, davon mehrere aus dem Münchener Institut für Zeitgeschichte, lange Gutachten zu allgemeinen Fragen vor, so zur Entwicklung der KLs oder zur Judenpolitik und Judenverfolgung. Diese Themen standen gar nicht im Gericht zur Diskussion, »waren demnach völlig überflüssig und ohne jede Bedeutung für die Ent-

Scheidung des Verfahrens«, hatten jedoch entscheidenden Einfluß auf die Stimmung im Saal und für die Berichterstattung über den Prozeß in den Medien. (S. 84) Bezeichnenderweise wurde in der mündlichen Begründung des Urteils auf keines dieser Gutachten Bezug genommen. Sie sollten nur die geschichtlichen Vorwürfe gegen die NS-Regierung auch in der Öffentlichkeit verstärken und für das gewünschte aufgeheizte Klima sorgen, (S. 83 f.) Ein Sachverständiger mußte, weil er dem Gericht eine nachweisbare Unwahrheit aufgetischt hatte, abgelehnt werden. (S. 102)

^ Von den Zeugen kamen die meisten aus dem Ostblock, rund ein Drittel aus Polen. Die letzteren mußten alle vor und nach ihrer Vernehmung in Frankfurt über Warschau reisen, wo ihnen ihre Papiere abgenommen wurden und sie teilweise mehrere Tage im Ministerium »vorbereitet« und »informiert« wurden. (S. 158 ff.) Sie erhielten außerdem in Frankfurt ein Informationsbulletin des Comité International d'Auschwitz<, das alle Angeklagten mit Abbildung und Lebensdaten sowie den ihnen gemachten Vorwürfen und ferner wichtige Angaben über das KZ und die Vorgänge in ihm enthielt. (S. 91 f.) »Es erklärt sich vielleicht daraus, daß die Zeugen nach so langer Zeit oftmals Dinge aussagten, die sie einfach nicht wissen konnten.« (S. 93) Dennoch wurden ihre Aussagen als wahr unterstellt, und die Staatsanwaltschaft unternahm keine Versuche, offensichtliche Widersprüche aufzudecken. Dafür bringt LATERNSER in seinem Buch viele Beispiele (u. a. S. 106-110). Selbst nach bewiesenen Lügen und Meineiden konnten solche Zeugen unbestraft wieder ausreisen.

^ Auch wurden Berichte, in denen Vorgänge, die den Zeugen nur vom Hörensagen bekannt waren, zugelassen und bewertet. {S. 152)

y Selbst bei eklatanten Widersprüchen erhielten die Zeugen die volle Entschädigung, meist sogar in viel zu hohem Ausmaß, wobei sie an den Kursumrechnungen noch erheblich verdienten. Einzelne gewannen auf diese Weise unberechtigt Tausende von D-Mark. Auch die Vor- und Nachbereitungstage in Warschau mußte der deutsche Staat bezahlen. Es wurde »die deutsche Gerichtskasse um erhebliche Beträge geschädigt und — um es klar auszudrücken — betrogen«. (S. 115) Trotz Hinweisen der Verteidigung auf diesen offensichtlichen Mißbrauch zu Lasten der deutschen Steuerzahler wurde er nicht abgestellt. (S. 114-124)

> Während des laufenden Verfahrens wurde am 18. November 1964 in der Frankfurter Paulskirche die sogenannte Auschwitz-Ausstellung eröffnet, die die Öffentlichkeit, aber auch die Zeugen betroffen machen sollte. Die Idee dazu war neben anderen von dem hessischen Generalstaatsanwalt Fritz BAUER entwickelt worden (S. 94), der als Vorgesetzter der in dem Prozeß wirkenden Staatsanwälte eine solche Einmischung gar nicht hätte vornehmen dürfen. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde der

Verteidigung gegen ihn wurde vom zuständigen Minister mit unzutreffender Begründung zurückgewiesen. »Es galten für dieses Verfahren nicht die normalen Maßstäbe.« (S. 95)

> Viele, darunter auch für die

weisanträge der Verteidigung wurden vom Gericht abgelehnt. Darunter auch der LATERNSERS, doch »durch eine Anfrage bei den hierfür in Frage kommenden Organisationen festzustellen, wieviel jüdische Häftlinge die Lagerzeit im KZ Auschwitz überlebt haben«. {S. 369)

> Die oft falschen Beschuldig

wiesene Zahl von mehr als 4 Millionen Vergaster in Auschwitz, wurden dann als historische Tatsachen gewertet und werden bis heute in der Öffentlichkeit zitiert

> In einem Strafprozeß geht

klagten. Hier äußerten mehrfach Prozeßbeteiligte, daß ein wichtiger Zweck des Verfahrens die Wirkung in der Öffentlichkeit sei, die Belehrung der Jugend und die Vorbeugung vor Wiederholungen solcher Ereignisse. (S. 263) Auch insofern handelte es sich um einen politischen Prozeß, bei dem der Rechtsstaat auf der Strecke blieb.

Aus allen diesen Gründen muß der Auschwitz-Prozeß als reiner Schauprozeß gewertet werden, der vor allem der Umerziehung der Deutschen dienen sollte und in der Folge auch so sich auswirkte.

Zur Vorgeschichte dieses Prozesses ist folgendes erwähnenswert. Richard BAF.R, der Nachfolger von Rudolf Höss als Kommandant von Auschwitz, lebte nach 1945 jahrelang unter falschem Namen als I lolzarbeiter. Er wurde dann entdeckt und in Untersuchungshaft genommen. Er stritt immer das Vorhandensein von Gaskammern in Auschwitz ab und behauptete, nie dort solche gesehen zu haben. Er hätte sicher viel im Prozeß zu sagen gehabt.

»Höchst mysteriöserweise verstarb aber der bisher gesunde 51jährige Richard BARR am 17. Juni 1963 an Kreislaufstörungen im Frankfurter Untersuchungsgefängnis. Erstaunlicherweise hatte BAHR noch zwei Wochen vor seinem jähen Ende der ihm im Gefängnis besuchenden Ehefrau gegenüber mit keinem Wort irgendwelche gesundheitliche Beschwerden erwähnt.«[2]

Er hatte die Gefängniswache verständigt, als er sich unwohl fühlte, und nach einem Arzt verlangt. Als dieser kam, war BAER schon tot. Im amtlichen Obduktionsbefund des Instituts für Gerichtsmedizin der Universität Frankfurt wurde Herzschwäche angegeben, jedoch auch festgehalten: »Bei der gesamten Sachlage kann jedoch die Einnahme eines nichtriechenden und nichtätzenden Giftes nicht ausgeschlossen werden.«[3] Eine zweite Obduktion fand nicht statt. Der Tote wurde dann sofort eingeäschert. Sollte er in dem nachfolgenden Prozeß nicht mehr aussagen?[4] Rolf Kosiek

[2] Erich KERN, *Von Versailles nach Nürnberg,* K.W. Schütz, Göttingen 1967, S. 474.

[1] Ebenda.

[4] Siehe Beitrag Nr. 621, »Der Tod des KL-Kommandanten Baer«.

Der Tod des KL-Kommandanten Baer



Richard BAER,

Im Dezemberl 960 war der bis dahin als Waldarbeiter untergetauchte und weltweit seit Kriegsende gesuchte Richard BARR, von Dezember 1943 bis zum Januar 1945 als Nachfolger von Rudolf HöSS der letzte Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz, in der Nähe von Hamburg aufgespürt und verhaftet worden. Von ihm erhoffte man im Auschwitz-Prozeß (»Strafsache gegen BAER, MULKA U. a.«, Az.: 4 Js 444/ 59) authentische Aussagen zum Lagerleben, vor allem zur Frage der Gaskammern und zur Zahl der dort umgekommenen Häftlinge. Eine solche Klärung war besonders interessant, da im gerade vorausgegangenen EICHMANN-Prozeß (2, 4. bis 11, 12, 1961) in Jerusalem der umstrittenen letztgenannten Frage ausgewichen worden war.

Doch am 17. Juni 1963, wenige Monate vor dem im Dezember 1963 beginnenden Prozeß, in dem er Hauptzeuge und Hauptbeschuldigter sein sollte, verstarb der bis dahin gesunde 51jährige BAER plötzlich in seiner Zelle in der Frankfurter Haftanstalt. Bis dahin hatte er bei allen Vernehmungen behauptet, daß er in seinem KL nie Gaskammern gesehen, noch etwas davon gewußt habe. Bis zu seinem Tod hatte er sich immer geweigert, das Bestehen von Gaskammern in seinem Befehlsbereich, also im KL Auschwitz, zu bestätigen.

Die deutschen Medien berichteten meist kurz und kommentarlos über den mysteriösen Tod,[1] ganz im Gegensatz zu sonstigen Todesfällen in deutschen Gefangnissen. Die französische Wochenzeitung ***Rivarol***[2] befaßte sich mit den näheren Umständen, brachte Einzelheiten und meldete Zweifel an einem natürlichen Tod an. Danach habe BAER die Wache verständigt, daß er sich unwohl fühle, und einen Arzt verlangt. Als dieser kam, war der Häftling schon tot. Der zuständige hessische Generalstaatsanwalt Fritz BAUER (SPD, 1949 aus Emigration nach Deutschland zurückgekehrt) habe dann nach einer Obduktion schnell die Einäscherung veranlaßt. Als BAERS Frau ihn zwei Wochen vor seinem plötzlichen Tod besuchte, habe der bis dahin Kerngesunde in keiner Weise über mangelnde Gesundheit geklagt. Er habe niemals daran gezweifelt, daß er in dem bevorstehenden Verfahren freigesprochen würde. Nach dem Obduktionsbefund soll Herzschwäche (*defiäence cardiaque)* die Todesursache gewesen sein. In ihrer Erschütterung habe seine Frau es unterlassen, eine nochmalige Obduktion zu verlangen.

[1] H. St., »Der Tod des Auschwitz-Kommandanten«, in: *Deutsche Wochenzeitung,* 19. 10. 1963.

[2] Zitiert in: ebenda.

Die *Deutsche Hochschullehrer-Zeitung* schrieb dazu: »In dem Obduktionsbefund des Instituts für gerichtliche Medizin der Universität Frankfurt a. M, heißt es u. a.: >Bei der gesamten Sachlage kann jedoch die Einnahme eines nicht riechenden und nicht ätzenden Giftes nicht ausgeschlossen werden«, obwohl eine Insuffizienz der Herzkranzgefäße genügt hätte, den Tod herbeizuführen. Die Frage ist also, falls der Obduktionsbericht zutrifft, wer BARR dann dieses nicht riechende und nicht ätzende Gift gegeben hat. Denn BAER hat seine Unschuld bis zuletzt damit begründet, daß die »Gaskammern« in Auschwitz zwischen Dezember 1943 und Oktober 1944 nicht in Betrieb genommen und folglich die von der Anklage behaupteten 437000 ungarischen Juden dort auch nicht vergast worden sein könnten, weshalb BAER hätte freigesprochen werden müssen. Feststeht, daß ein Mann, der auf Freispruch hofft, keinen Grund hat, sich selbst zu vergiften, abgesehen davon, daß das normalerweise in einer Zelle ohne fremde Beihilfe nicht gut möglich wäre«[3] Daß die Obduktionsärzte ausdrücklich die Möglichkeit der Vergiftung erwähnten, ist wohl ungewöhnlich und kann wahrscheinlich als ein Hinweis darauf gedeutet werden, daß sie an dem Befund »Herzschwäche« oder »Kreislaufschwäche« zweifelten,

Verdächtig war auch, daß, obwohl die Vorermittlungen zum Auschwitz-Prozeß schon am 19. Oktober 1962 abgeschlossen waren, der Eröffnungsbeschluß erst am 7. Oktober 1963 erfolgte, also nach BAERS Tod, und dann bald der erste Verhandlungstermin für den 20. Dezember 1963 anberaumt wurde. Die Frage tauchte damals auf, ob BAFRS »Starrköpfigkeit«, standhaft bei seiner Aussage zu bleiben, für die unverhältnismäßig lange Zeitspanne zwischen dem Ende der Vorermittlungen und dem Eröffnungsbeschluß verantwortlich war, ob er für den von der Anklageseite gewünschten Verlauf der Prozesses erst beseitigt werden mußte.

BAERS sichere Erwartung eines Freispruchs wie die Tatsache, daß er selbst sich bei der Wache meldete und einen Arzt verlangte, sprechen gegen einen Selbstmord.

So bleibt der plötzliche Tod des letzten Kommandanten von Auschwitz wahrscheinlich unaufgeklärt wie andere ähnliche Fälle. Auf den Verlauf des Auschwitz-Prozesses dürfte der Vorfall jedoch erheblichen Einfluß gehabt haben, nicht zuletzt auf die Geständnisfreudigkeit der anderen ebenfalls in Haft einsitzenden Angeklagten, die ein ähnliches Schicksal wie BARR sicher zu vermeiden suchten, Rolf Kosiek

[3] D. H. als Zusatz in dem Artikel »Professor Rassinier antwortet >The Nation«< in: *Deutsche Hochschullehrer-Zeitung*, Nr. 3, 1963, S, 29. Einen Teil dieses Obduktionsbefundes zitierte auch Rechtsanwalt Eberhard ENGELHARDT, Nürnberg, in einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft Frankfurt vom 12. November 1973. Dessen Behauptung, BAF.R sei vergiftet worden, widersprach die Staatsanwaltschaft, jedoch nicht dem Obduktionsbefund.

Der Fall des >KZ-Bewachers< Otto Hoppe

Die Fragwürdigkeit der NS-Prozesse nach 1945 mit ihrer großen Menge falscher Aussagen und eidesstattlicher Erklärungen sowie offenkundiger Meineide der Belastungszeugen kam besonders in dem Fall des >KZ-Bewachers< Otto HOPPE zum Vorschein, der unschuldig zwanzig Jahre Haft erdulden mußte, bevor die Vorwürfe gegen ihn richtiggestellt werden konnten. Jahrelang berichtete auch die Presse über die unberechtigten Anschuldigungen, die oft genug von den Gerichten übernommen wurden, ohne daß diese an sich zur Aufklärung verpflichteten Justizorgane sich um die Klärung der Wahrheit bemüht hätten. Und diese falschen Richtersprüche gingen dann in die Geschichtsschreibung ein und beeinflußten das Geschichtsbild der nachfolgenden Generationen. Beispielhaft sei der Fall HOPPE angeführt.



Otto HOPPE im Jahre 1950.

Der um 1920 geborene Otto HOPPE gehörte von Frühjahr 1938 bis Sommer 1942 als SS-Oberscharführer zur Wachmannschaft des Konzentrationslagers Buchenwald, wo er als Blockführer Dienst tat. Wegen angeblicher Verbrechen, zu denen in den Vorermittlungen 600 Zeugen vernommen waren, wurde er als »Ausbund menschlicher Verworfenheit« nach der sechswöchigen Hauptverhandlung mit 130 Belastungszeugen am 18. April 1950 von dem Schwurgericht beim Landgericht Stade zu zweimal lebenslänglichem Zuchthaus und weiteren fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Ihm wurden Mord in vier Fällen, Totschlag in sieben Fällen, versuchter Totschlag in fünf Fällen, Körperverletzung im Amt in 79 Fällen, Totschlag und versuchter Totschlag in je zwei weiteren Fällen zur Last gelegt.[1] Unter Eid behaupteten die Zeugen mit ins einzelne gehenden Beschreibungen, er habe Häftlinge zu Tode geprügelt, mit seinen Stiefeln zu Tode getrampelt, sie an Bäumen aufgehängt, sie erschossen, ertränkt und erschlagen. Insbesondere habe er den Pour-le-Merite-Träger Oberleutnant WOLFF und den jüdischen SPD-Abgeordneten Asch mißhandelt.[2] Der Angeklagte beteuerte stets seine Unschuld und wies die Vorwürfe als unberechtigt zurück. Das Gericht befand, »durch hartnäckiges und verstocktes Leugnen« zeige er, daß er keine Reue empfinde.[1]

Der Bundesgerichtshofes hob in der Revisionsverhandlung am 20. Dezember 1951 das Stader Urteil auf, sprach HOPPE in mehreren Fällen frei:

»1. HOPPE wurde freigesprochen, im Winter 1937/38 den ersten Häftling in Buchenwald erschossen zu haben. Die Beschuldigung eines Einzelzeugen hatte sich als unhaltbar erwiesen.

1 Gerhard MAUZ, »>Er hat mir nichts zuleide getan<« in: *Der Spiegel,* Nr. 31, 28. 7. 1965, S. 30.
1 Emil ARETZ, *Hexen-Emmal-Eins einer Lüge,* Hohe Warte, Pähl ^{4}1976, S. 95 f.

2. HOPPE wurde freigesprochen, sich an der Erschießung von Juden auf dem Fußmarsch Weimar-Buchenwald im November beteiligt zu haben. Die Beschuldigungen zahlreicher Zeugen hatten sich als falsch erwiesen.

3. HOPPE wurde freigesprochen, an der Erschießung von 25 Juden im November 1940 teilgenommen zu haben. Die Beschuldigungen von dreizehn ehemaligen Häftlingen hatten sich als vorsätzlich falsch erwiesen, es wurde festgestellt, daß eine solche Erschießung gar nicht stattgefunden hatte.

4. Die Beschuldigungen zweier politisch Verfolgter, eines rassisch Verfolgten und zweier asozialer Häftlinge, wonach HOPPE andere Tötungshandlungen und schwere Mißhandlungen begangen habe, konnten nicht aufrechterhalten werden. Auch hier erfolgte Freispruch.«[1] Das Urteil wurde auf einmal lebenslänglich herabgesetzt, weil andere Vorwürfe noch nicht widerlegt werden konnten,

»1963 begannen HOPPES Unschuldbeteuerungenden Rechtsanwalt und Notar Heinrich SIERWALD in Stade zu beunruhigen. SIERWALD kannte den Fall, er war Partner des inzwischen verstorbenen Verteidigers von HOPPE im Jahre 1950 gewesen.«[1] Er forschte nach und entdeckte unter anderem, daß der Oberleutnant WOLLE schon 1917 gefallen war und es einen Reichstagsabgeordneten ASCH nie gegeben hatte.[2] Ferner spürte er den angeblich von HOPPE in Buchenwald ermordeten Kommunisten Heinrich SEILER, geboren am 10. 3. 1906, lebend als nun 59jährigen Fuhrmann in Gießen auf, der nur Gutes über HOPPE aussagte und erklärte, daß dieser niemanden in Buchenwald mißhandelt habe. Er berichtete auch, daß der Hauptbelastungszeuge HERBST, der den Mord an SEILER vor Gericht beschrieben hatte, ihn persönlich in Gießen besucht hatte: »Ich hatte von den Aussagen des Mithäftlings HERBST beim Prozeß damals in Stade keine Ahnung. Vor vier Jahren (1961) hat HERBST bei mir übernachtet. Er wußte also, daß ich lebe,«[5] Und er hat dennoch die Falschaussage gemacht und sie später nicht widerrufen. Auch habe HERBST bei seinem Besuch SEILER ZU überreden versucht, mit ihm zu anderen Prozessen zu fahren, um Belastendes auszusagen: »Hauptsache wäre, daß man Geld dafür bekäme«.[4] Inzwischen war HERBST 1962 verstorben.

SEILER gab ein ausführliches Interview,[4] in dem er, der vom 27, Juni 1939 bis zum 6, Januar 1943 in Buchenwald war, erklärte: »Ich kann mich über HOPPE nicht beschweren. Er hat nie geschlagen... Bis Mitte 1942 war HOPPE mein Kommandoführer. . . Ich habe nie gesehen, daß HOPPE jemanden gequält oder geschlagen hat. Er hat uns nie schikaniert. Wenn er im Lager jemanden umgebracht hätte, dann hätte sich das bestimmt herumgesprochen.«

Mit diesem und weiterem Material stellte die Verteidigung im Herbst

[3] Regina DAHL, in: *National-Zeitung Nr.* 18, 6. 5. 1966; zittert in: ARFIZ, ebenda, S. 95 f.

[4] »Die große Lüge der KZ-Prozesse«, in: *National-Zeitung* Nr. 44, 29. 10. 1965, S. 1 u.3.

[5] »»Ermordeter« KZ-Häftling lebt«, in: *Haller Tagblatt,* 13.1.1965,

1965 den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens und Haftunterbrechung, dem stattgegeben werden mußte.

Da die Verurteilung im Fall SEILER aufgrund der offensichtlich falschen Beschuldigung durch mehrere Zeugen erfolgt war, lag hier eindeutig ein Fall von Zeugenabsprache — und damit eine strafbare Handlung — vor, wie er auch in anderen NS-Verfahren, vor allem im Auschwitz und Majdanek-Prozeß vorkam, ohne gesühnt zu werden. Darauf weist auch der Verteidiger Dr. Hans LATERNSER anklagend in seinem Buch über den Auschwitz-Prozeß unter ausdrücklicher Nennung des HOPPE-Prozesses hin.[6]

Auch Eugen KOGON belastete in seinem Standardwerk *Der SS-Staat* HOPPE mit einem Mord: »Ein Breslauer namens SILBERMANN mußte zusehen, wie sein Bruder von dem SS-Unterscharführer HOPPE grausam zu Tode gefoltert wurde, indem er ihn zuerst so lange mit den Stiefelabsätzen traktierte, bis er blutüberströmt dalag, dann mit Stricken an einen Pfahl band und verbluten ließ.« Bezeichnend ist, daß schon in der zweiten Auflage[8] von diesem Satz der Teil nach »indem« weggelassen wurde. Als KOGON am 23. März 1960 zu diesem Fall SILBERMANN gerichtlich vernommen wurde, mußte er zugeben, daß er diese Mordgeschichte nur vom Hörensagen kannte.[9]

HOPPE wurde dann rehabilitiert und erhielt die Freiheit zruück. Er hatte über 20 Jahre unschuldig gesessen.[1"]

Eine Reihe weiterer Fälle von später offenkundig gewordenen Falschaussagen in NS-Prozesse schilderte Erich KERN, der auch den Fall HOPPE erwähnt."

Uber die volkspädagogische Wirkung solcher Justizverfahren stellte der Schriftsteller Martin WALSER anläßlich des Auschwitzprozesses fest, sie hätten »eine Bedeutung erfahren, die mit dem Rechtsgeschäft nichts mehr zu tun hat. Geschichtsforschung läuft mit, Enthüllung, moralische und politische Aufklärung einer Bevölkerung, die offenbar auf keinem anderen Wege zur Anerkennung des Geschehenen zu bringen war«.[1] In Wirklichkeit waren Geschichte und Justiz schon damals im Würgegriff der Politik, dienten der Umerziehung. Deswegen tut eine Richtigstellung not.

Rolf Kosiek

[6] Hans LATERNSER, *Die andere Seite im AuschwitzPro^eß,* **1963-1965,** Seewaid, Stuttgart 1966, S. 375.

I Eugen KOGON, *Der SS-Staat,* Karl Alb er, München 1946, S. 163.

s Ebenda, Tempelhof Berlin 21946, 5. 194.

[9] ARETZ, aaO. (Anm. 2), S. 97 f.

[10] »Unter Himmlers Konterfei«, in: *Deutscher A n^eiger,* 6. 5. 1983.

II Erich KERN, *Meineid gegen Deutschland, K. W'.* Schütz, Göttingen 1968, S. 266-285.

Falsche Opferzahlen des Maximilian-Kolbe-Werkes

Zu den Verbreitern nicht haltbarer zeitgeschichtlicher Angaben zu Lasten Deutschlands gehörte auch das Maximilian-Kolbe-Werk in Freiburg, Es führte in seinen Schriften unter anderem ein »Jugend-KZ« in Lodz auf, in dem angeblich Tausende von Jugendlichen durch Deutsche ermordet worden seien.

Das ist falsch. Der verdienstvolle Gründer und Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, der Historiker Dr. Alfred SCHICKEL, schrieb in einem Brief an das Maximilian-Kolbe-Werk[1] unter anderem zur Richtigstellung. »Wie uns bekannt wurde, verbreiten Sie in einigen Ihrer Schriften zeitgeschichtliche Angaben, die als nicht gesichert gelten müssen. So melden Sie von einem >Jugend-KZ< in Lodz, in welchem angeblich rund 12000 Kinder und Jugendliche ums Leben kamen.

Eine sorgfaltige Nachprüfung dieser Behauptung hat ihre Haldosigkeit ergeben. Keine mit NS-Verbrechen befaßte Stelle in der Bundesrepublik konnte diese Totenzahl bestätigen: weder das >Institut für Zeitgeschichte« in München noch der »Internationale Suchdienst« in Arolsen;



Jüdische Jugendliche im Ghetto von Lodz stellen in einer der von Deutschen geleiteten Fabriken Lederwaren her. Aus: Martin GILBERT, *Nie wieder! Die Geschichte des Holocaust* Propyläen, Berlin-München 2001.

[1] Brief Dr. Alfred SCHICKELS an das Maximilian-Kolbe-Werk in Freiburg vom 23. Juli 1984, liegt in Kopie dem Verfasser vor.





Oben: Yitzhak ZUCKERMAN, einer der Anführer des Warschauer Ghettoaufstands im April 1943. *Rechts:* Während des Aufstands im Warschauer Ghetto ergibt sich ein Jude und steigt aus den Trümmern.

auch das Bundesarchiv in Koblenz vermochte keine Belege für diese traurige Angaben aufzufinden.

Des weiteren geben Sie in Ihrer Schrift *Auf dem Wege der Versöhnung. Die Arbeit des Max-Kolbe-Werkes* vom Oktober 1983 auf der Seite 37 an, daß der Warschauer Aufstand >560 000< Tote gebracht habe. Sind die rund 100000 tatsächlichen Opfer schon grausig genug, sollte man ihre Zahl nicht durch fünffache Übertreibung in den Geruch der UnglaubWürdigkeit bringen!. . . Auf Wunsch bin ich gern bereit, Ihnen *en détail* die Haltlosigkeit der beiden oben erwähnten Zahlenangaben nachzuweisen.«

Der Historiker schließt seinen Brief mit der Erwähnung einer »traurigen Tatsache« und einem guten Ratschlag: »Ich selbst habe in der *Zeitschrift für Politik* im Herbst 1978 sowie in meinem neuesten Buch *Deutsche und Polen*[2] eingehend polnische Zahlenangaben untersucht und dabei die traurige Erfahrung gemacht, daß die meisten verbreiteten Zahlen einer seriösen Grundlage entbehren.[3] Dies sollten Sie bedenken, falls Sie sich auf polnische Angaben oder >Quellen< beziehen sollten.« **Rolf Kosiek**

[2] Alfred SCHICKEL, *Deutsche und Polen. Ein Jahrtausend gemeinsamer Geschichte*, Gustav Lübbe, Bergisch Gladbach 1984.

[3] So z. B. ebenda, S. 241.

Zahl von Mauthausen-Opfern vervielfacht

In der Nachkriegszeit haben viele Überlebende der Konzentrationslager von ihren furchtbaren Erlebnissen berichtet. Dabei kam es nicht selten vor, was menschlich verständlich ist, daß sie in ihren Schilderungen übertrieben[1] oder — was weniger zu entschuldigen ist — ihrer Phantasie freien Lauf ließen.[2] Das gilt auch für die angegebenen Zahlen der Opfer. Diese falschen Angaben wurden dann oft unkritisch von der Presse übernommen oder durch andere Massenmedien verbreitet und gingen in manchen Fällen selbst in die Geschichtsbücher ein.

Einen solchen Fall deckte 2007 die Wiener Tageszeitung *Die Presse?* auf. Es handelte sich dabei um die Angaben der 1932 in Budapest geborenen Klara HOCHHAUSER. Sie kam Ende Oktober 1944 vom KL Auschwitz mit insgesamt 577 anderen jüdischen Frauen in das Frauenlager Lenzing/Pettighofen in Oberösterreich, gab allerdings später immer an, nach Mauthausen gekommen zu sein, was ihrer Jugend wohl zugute gehalten werden kann.





Von oben: Erster Band der Buchreihe der *Mauthausen-Erinnerungen:* Cläre PARKER, *Klaras Geschichte;* Roman SANDGRUBER.

Die später als Clare PARKER verheiratete Frau schrieb ihre Erlebnisse während der Lagerzeit nieder. Da diese so glaubwürdig erschienen und sehr aussägestark waren, wurde die Autobiographie in die vom österreichischen Innenministerium herausgegebene Buchreihe der *Mauthausen-Erinnerungen* als erster Band aufgenommen.

In diesem Buch heißt es über die Arbeitsverhältnisse in dem österreichischen Lager: »Es verging kein Tag, an dem nicht etliche Gefangene fehlten, wenn wir ins Lager zurückgingen. Die Zahl der Gefangenen verringerte sich rapide. .. Von den ursprünglich mehreren hundert Frauen waren noch ungefähr zwanzig übrig.« Das würde, wie jeder Leser daraus entnehmen mußte, eine sehr hohe Todesrate in diesem Lager und deswegen eine große Schuld für die Verantwortlichen bedeutet haben.

Doch diese veröffentlichte Erinnerung ist offenbar falsch. Der Historiker Roman SANDGRUBER, der an der Universität Linz Sozial- und Wirtschaftsgeschichte lehrt und Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist, ging dieser Sache, ohne Rücksicht auf bestehende Tabus zu nehmen, nach und stellte fest, daß die oben zitierte Aussage

[1] Beitrag Nr. 261,»Elie Wiesel ->Fin unredlicher Kronzeuge*«; Nr. 263, »Simon Wiesenthal und seine Legenden«,

[2] Siehe die Fälle WII.KOMIRSKI, MARCO U. a, in Beitrag Nr. 260, »KL-Biographien als Fälschungen entlarvt«.

[3] Bericht darüber von fst, »Mauthausen-Schwindel geplatzt«, in: *Nation und Europa,* Nr. 5, 2007, S. 55.

des früheren Häftlingsmädchens nicht stimmen kann. Der 1947 geborene Professor schrieb über seine Nachforschungsergebnisse in der *Presse.* »Daß von den 577 Häftlingen in Lenzing/Pettigkofen nur etwa 20 überlebt hätten, widerspricht den tatsächlichen Gegebenheiten diametral. Tatsächlich gab es in Lenzing/Pettighofen zwar schreckliche Schikanen, aber nur neun Todesfalle, auch wenn diese durch nichts zu rechtfertigen sind.« Und der Wissenschaftler fügt dem mit vollem Recht als Bewertung hinzu: »Aber es macht schon einen Unterschied, ob die Todesrate bei 577 Insassen mit mehr als 95 Prozent angegeben wird oder 1,6 Prozent betrug, wie durch alle dazu vorliegenden Forschungen bestätigt wird,«[4] Ferner hat der mutige Historiker das Wiener Innenministerium aufgefordert, auch bei KL-Veröffentlichungen in Zukunft doch bitte »alle Regeln der historischen Quellenkritik« zu beachten.

Rolf Kosiek

[4] Zitiert in: ebenda.



Befreiungsfeier Anfang Mai 2005 im KL-Mauthausen, links der iHolocaustüberlebende< Enric MARCO, Vorsitzender des (Verbandes der Überlebenden des Lagers Mauthausem, der im selben Monat entlarvt wurde. Siehe Beitrag Nr. 260, »KL-Biographien als Fälschungen entlarvt«,

Germaine TILUON, die als Mitglied der Résistance in Paris verhaftet und später ins Frauen-KZ Ravensbrück deportiert wurde, meint zu diesem Phänomen |KL-Btographien zu fälschen!: »Diese Personen [die sich Greuelmärchen ausdenken] sind in Wirklichkeit viel zahlreicher als man im alSgemeinen glaubt, und ein Bereich wie die Welt der Konzentrationslager - leider wie geschaffen zur Erzeugung sadomasochistischer Vorstellungen - bot ihnen ein außergewöhnliches Betätigungsfeld, Wir haben zahlreiche geistig Geschädigte, halbe Gauner, halbe Narren erlebt, die sich eine imaginäre Deportation zunutze machten; wir haben andere - echte Deportierte - erlebt, deren krankhafter Geist sich bemühte, die Ungeheuerlichkeiten noch zu übertreffen, die sie selbst gesehen hatten oder von denen man ihnen erzählt hatte, und es ist ihnen gelungen. Es hat sogar Verleger gegeben, die einige dieser Hirngespinste drucken ließen und hierfür mehr oder weniger offizielle Zusammenstellungen benutzten. Doch sind diese Verleger wie auch die Verfasser jener Zusammenstellungen nicht zu entschuldigen, denn die einfachste Untersuchung wäre ausreichend gewesen, den Betrug zu entlarven«.

Revision der Opferzahlen für KL Majdanek

Wie bei mehreren anderen Konzentrationslagern wurden jahrelang auch für das Lager Majdanek zu große Opferzahlen angegeben. Beim Nürnberger Prozeß gegen die >Hauptkriegsverbrecher< 1945/46 wurde unter anderen das Dokument USSR-29 vorgelegt, das den Bericht der »Polnisch-Sowjetischen Außerordentlichen Kommission« über das Konzentrationslager Majdanek bringt. Es wurde im einzelnen an vier Verhandlungen des Internationalen Militärtribunals hinzugezogen.[1] Insbesondere wurde daraus am 19. Februar 1946 vom sowjetischen Ankläger SMIRNOW zitiert: »Die Polnisch-Sowjetische Außerordentliche Kommission hat festgestellt, daß die hitlerischen Henker während des vierjährigen Bestehens des Vernichtungslagers Maidanek auf direkten Befehl ihrer verbrecherischen Regierung durch Massenerschießungen und Massentötungen in Gaskammern, »ungefähr 1,5 Millionen Menschenvernichtet haben««, darunter »»eine große Zahl Juden«.[2] Dieses Dokument, das nach dem Statut für den Prozeß von Amts wegen zur Kenntnis zu nehmen war und dessen Inhalt nicht hinterfragt wurde, wurde dann für lange Zeit zur historischen Grundlage genommen, auch im Ausland.[3]

Doch die Zahlenangabe war offensichtlich falsch. Bei dem von 1975 bis 1981 laufenden langen Majdanek-Prozeß in Düsseldorf wurde die Opferzahl im Laufe des Verfahrens herabgesetzt, und im Urteil gingen die Richter von 200000 Opfern aus. Diese Zahl wurde dann meist verwendet.[4] Dennoch gab zum Beispiel die *Columbia Electronic Encyclopedia* «och im Jahre 2003 die alte Zahl von anderthalb Millionen beim Stichwort »Majdanek« an. Im Jahre 2005 erklärte Tomasz KRANZ, der Leiter der Forschungsabteilung des Staatlichen Majdanek-Museums, daß nach neueren Forschungen die Zahl der Toten im Lager Majdanek mit 78000 anzusetzen sei.[5]

Das wäre rund ein Zwanzigstel der ursprünglich für verbindlich angesehenen und den Deutschen angelasteten Opferzahl.

Rolf Kosiek

[1] Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (l Ig.), *Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946,* Delphin, Nürnberg 1947, Bd. VII, S. 419, 549, 621 u. 648. In dem Bericht wird auch eine Reihe unzutreffender, später richtiggestellter Rinzelh eilen behauptet, z.B. daß die gemahlenen Knochen der Ermordeten als Dung an deutsche Firmen verkauft worden seien (ebenda, S. 648).

[2] Ebenda, S, 648.

[1] Constantin SLMONOV, *Mai'danek, un camp d'extermination,* Edition sociales, Paris 1945, S. 36 u. 39.

[4] Christian ZENTNER U. Friedemann BEDÜRFTIG, *Das Große Lexikon des Dritten Reiches,* Südwest, München 1985, S, 370;Till BASTIAN, *Auschwitz und die >Auschmitz-Lüge<, C.* H. Beck, München 1994, S. 24.

[5] *Gazeta Wyborcza,* 23. 12. 2005; Robert FAURISSON, »Einschneidende offizielle Revision der Opferzahl von Majdanek«, in: *Stimme des Genissens,* Nr. 3,2006, S. î 1 f.

Legende um KL in Reismühle bei Triest

Zu den Legenden um deutsche Konzentrationslager gehört auch die von dem »Vernichtungslagen Risiera di San Sabba (Reismühle) bei Triest, über das 1979 berichtet wurde.[1]

So stellten im Sommer 1979 die *IsraelNachrichten*[2] die Behauptung auf, daß in dem deutschen »Vernichtungslagen Risiera di San Sabbba während des Zweiten Weltkrieges von dem 1979 in München lebenden Schänkkellner Josef Kaspar OBERHAUSER »mehr als 750000 Italiener und Jugoslawen« ermordet worden seien. Zur gleichen Zeit berichtete die *Allgemeine jüdische Wochenzeitung* von einer wesentlich kleineren Zahl in dieser »ehemaligen Reismühle« getöteter Menschen: »Hier starben rund 5000 Kommunisten, Partisanen und Juden.«

Doch diese Angaben sind offensichtlich falsch. Von einem solchen >Vernichtungslager wie von einem Massenmörder OBERHAUSER sei in der betreffenden Literatur nichts bekannt. In Gerald REITLINGERS Standardwerk *Die Endlösung* stehe nur ein Hinweis darauf, daß nach der Auflösung eines jüdischen Altersheims in Triest einmal 70 Personen »vor der Deportierung sieben Tage lang im Lagerhaus für Reis »Santa Saba< festgehalten« worden seien.[1]

Die Redaktion der *National-Zeitung* habe zu ihrem ersten Bericht[1] über diesen Fall einen Brief des Herrn Helmut WOLF aus Nordrhein-Westfalen erhalten, worin dieser aus eigenem Erleben dazu unter anderem schrieb: »Als Unterkunftsbeauftragter des Einsatzes Alpen (Organisation Todt) wurde ich Ende Januar 1944 von Bozen nach Triest versetzt und erhielt etwa im März oder April 1944 die ehemalige Reismühle (genauer: Reisschälmühle) in San Sabba zugewiesen zwecks Errichtung eines Bestandslagers für Unterkunftsgeräte.

Zu dieser Reismühle gehörte eine Lagerhalle. . . In ihr lagerten zirka 12000 Kubikmeter Schnittholz. Im Herbst 1944, den genauen Zeitpunkt kann ich nicht mehr angeben, wurde diese 1 lalle von Partisanen angezündet, und der ganze Komplex brannte bis auf die Grundmauern nieder.«[1]

Auch dieser Zeitzeuge berichtet nicht von einem »Vernichtungslagen, sondern von der Vernichtung von Holz und der Halle durch Partisanen. Die in diesem Zusammenhang gegen die Deutschen erhobenen Vorwürfe sind demnach mit ziemlicher Sicherheit unberechtigt, Rolf Kosiek

[1] »So entsteht ein /Vernichtungslager« in: *NationahZeitung,* Nr. 34, 17. 8. 1979.

[2] *IsraelNachrichten,* 24. 6. 1979.

[3] »Ein Mann und 750000 Morde«, in: *National-Zeitung,* Nr. 29, 13. 7. 1979, S. 7.

Falsche Tafel in Esterwegen enthüllt

Im Rahmen der Vergangenheitsbewältigung werden nicht nur die Gesetze der Logik außer Kraft gesetzt, sondern es werden auch gegen besseres Wissen falsche Informationen gegeben und zugelassen, selbst von deutschen Behörden und von Amts wiegen. Ein bezeichnendes Beispiel ereignete sich 1979 beim früheren Konzentrationslager Esterwegen in Niedersachsen,[1] wo sich Bundesminister APF-L für eine Gedenkstätte eingesetzt hatte.

Das zuständige Regierungspräsidium in Oldenburg hatte 1979 unter Regierungspräsident Dr. SCHWEERS (CDU) die Aufstellung einer von Kommunisten und verwandten linken Kreisen entworfenen Gedenktafel für das KI. Esterwegen abgelehnt, weil im Text auf der Tafel wahrheitswidrig von Tausenden von Ermordeten in diesem Lager die Rede war. Auf einer Versammlung in Papenburg hatte gar ein früherer kommunistischer Häftling erklärt, daß in Esterwegen und seinen Nebenlagern »etwa 10000 bis 11 000 Menschen ums Leben gekommen« seien.[2]

Das ist falsch. In Wirklichkeit waren in Esterwegen wohl rund 1300 Personen beerdigt worden, die in den verschiedenen Lagern des Emslandes in der betreffenden Zeit zwischen 1933 und 1945 gestorben waren. Ferner war von der Behörde zu Recht zur Begründung der Ablehnung angeführt worden, daß das Lager Esterwegen »kein Konzentrationslager, sondern ein echtes Strafgefangenenlager«[1] gewesen sei.

Richtig ist, daß das Lager kurz nach dem Regierungswechsel 1933 als wildes Lager der SS eingerichtet worden war. Als bald Gerüchte von Ungesetzmäßigkeiten von seilen der Wachmannschaften aufkamen, wurde im Sommer 1933 von Berlin und Oldenburg scharf eingegriffen und Abhilfe geschaffen."[1]





Von oben:
Hans APEL unci
Egbert MÖCKLINGHOFF.

Der von 1933 bis 1945 amtierende Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg, Georg JOEL, der mit den Verhältnissen im Lager befaßt gewesen war und den Krieg überlebt hatte, schrieb am 29. Oktober 1979, nachdem er sich schon einmal vergebens an die *Nordwest-Zeitung* in Oldenburg gewandt hatte, in einem Brief in dieser Sache an den niedersächsischen Innenminister MÖCKLINGHOFF u. a.: »Auch heute kann ich nur feststellen, daß in der Zeit des Bestehens des Lagers Esterwegen als

' »Lügentafel in Esterwegen bleibt«, in: *Deutscher Anzeiger, 26,* 10, 1979.

[2] -en (Adolf **VON THADDEN**), »Was geschah im Lager Esterwegen?« in: *Deutsche Wochenzeitung,* 28. 3. 1980, S. 7.

[3] Zitiert aaO. (Anm.l),

[4] Zitiert aaO. (Anm. 2).





Oben: Der Friedhof des ehemaligen Lagers Esterwegen.
Unten: In der 1981 errichteten offenen Gedenkhalle stehen acht Säulen, auf denen die Namen der Emsland-Lager aufgeführt sind, sowie eine größere Bronzetafel mit Angaben zur Geschichte des Lagers.

Konzentrationslager kein Insasse, ob durch Hunger, durch Schläge oder durch Erschießen, getötet wurde. Mein Eingreifen gegen Übergriffe von Teilen der Bewachungsmannschaft außerhalb des Lagers war die Ursache zur Auflösung des Lagers als Konzentrationslager. Das war um die Zeit von 1934/1935. Anschließend übernahm die Justizverwaltung das Lager als Strafgefangenenlager, und (es) blieb in dieser Verwaltung, bis es im Laufe des Krieges Militärstrafgefangenenlager wurde.. .

Nach dem Zusammenbruch 1945 war ich selbst für Monate in Esterwegen eingesperrt. Schon damals versuchten die Vernehmer uns einzureden, daß über tausend Menschen in dem Lager Esterwegen und den anderen Lagern im Hümling umgebracht worden seien. Als sie — die ja gegnerische Uniformen trugen - merkten, daß einige Insassen es besser wußten, unterließen sie derartige Bekundungen. . .<[5]

Ein überlebender Angehöriger der Wachmannschaft schrieb dazu: »Die 1350 Toten, die auf dem Lägerfriedhof »Esterwegen« ruhen, sind nicht alle in Esterwegen gestorben - im Gegenteil: die wenigsten hier. Hier wurden sämtliche Toten aus allen Emslandlagern zusammengeführt. Es gab im Emsland etwa 10000 Strafgefangene. Die 1350 Toten sind in Esterwegen im Lauf von rund zehn Jahren ordnungsgemäß beerdigt worden. Das Lager Esterwegen ist nur eine Zeitlang KZ gewesen. .. Ich selbst diente im Lager V. Dort hatten wir auch die schlimmsten Ganoven, die es im Deutschen Reich gab, zu bewachen. Nach meiner Kenntnis waren alle Insassen mit Zuchthaus bestraft. Keiner von ihnen war unvorbestraft. 200 der Insassen hatten

sogar Sicherungsverwahrung. 200 Sittlichkeitsverbrecher, Räuber, Mörder aller Klassen, auch Angehörige der kommunistischen Mörderbande des Fiete Schulze gaben sich bei uns ein Stelldichein.«[6]

Nach der Ablehnung der Tafel durch die Regionalbehörde erhoben sich große Proteste und Empörung von linker Seite, und die Öffentlichkeit wurde über die Presse mobilisiert. Dabei wurde vorgebracht, auf die genauen Zahlen und andere Umstände komme es nicht an, es müsse nur des >Nazi-Terrors< gedacht werden. Der Fall beschäftigte auch den niedersächsischen Landtag, vor dem der amtierende CDU-Innenminister Egbert MÖCKLINGHOFP im Fahrwasser des Zeitgeistes erklärte: »Zahlen vermögen das Ausmaß menschlichen Leidens nur unzureichend auszudrücken. Sie sollten daher bei der Frage, wie die während der NS-Zeit umgekommenen Menschen geehrt werden sollen, nicht ausschlaggebend sein.«[7]

Mit dieser Begründung und dem Hinweis auf die angebliche Notwendigkeit außergewöhnlicher Rücksichtnahme »auf die besondere Situation« in diesem Fall hob der Landesinnenminister dann das Verbot der Bezirksregierung auf und genehmigte in einer Abmachung mit dem Arbeitskreis >Carl von Ossietzky Emsland/Ostfriesland< (Papenburg) die nachweislich mit inhaltlich falscher Angabe versehene Tafel für die Gedenkstätte des genannten Konzentrationslagers.

Bekanntlich spielen dagegen in anderen Fällen als unrichtig angesehene Zahlenangaben eine große Rolle. Wer zum Beispiel als bekannter >Rechter< - Nicht-Rechte wie der *Spiegel*-Redakteur Fritjof MEYER[8] oder der französische Apotheker PRESSAC[9] dürfen das noch ungestraft - von der herrschenden politischen Korrektheit vorgeschriebene Opferzahlen von NS-Opfern mit überzeugender Begründung nach unten korrigiert oder öffentlich bezweifelt, wird in der Bundesrepublik sogar juristisch belangt und nach dem in den letzten 15 Jahren mehrfach verschärften Sonderparagraphen 130 des Strafgesetzbuches unverhältnismäßig hart verurteilt. Was der eine darf, ist dem anderen also eben unter den »besonderen Verhältnissen« im Nachkriegsdeutschland nicht erlaubt, der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes ist auf diesem Gebiet seit Jahrzehnten aufgehoben. Dafür wird die offenkundige Lüge als amtliches Mittel der Information zur Umerziehung der Deutschen weiterhin benutzt. Und von vielen Deutschen wird diese Lüge dann als Wahrheit aufgenommen, weil sie sich in ihrer Gutmütigkeit nicht vorstellen können, daß sie systematisch von den herrschenden Kreisen betrogen werden. Rolf Kosiek

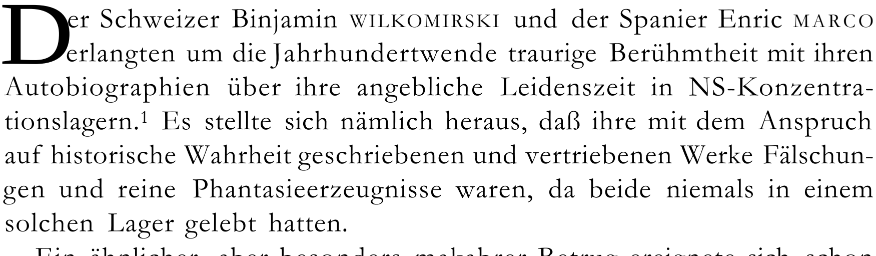
6 J. SCHNIERS, Fresenburg, Leserbrief »Die Wahrheit über Esterwegen«, in: *National-Zeitung* 7. 12. 1979.

7 Zitiert aaO. (Anm. 1).

8 Fritjof MEYER, »Die Zahl der Opfer von Auschwitz«, in: *Osteuropa*, 52. Jg., Nr. 5, 2002, S. 631-641.

9 Jean-Claude PRESSAC, in: Beate Klarsfeld Foundation (Hg.), Auschwitz—*Technique and operation of the gas chambers,* New York 1989; ders., *Les Crématoires d'Auschwitz*, CNRS Editions, Paris 1993; deutsch: ders., *Die Krematorien von Auschwitz*, Piper, München—Zürich 1994.

Martin Gray - ein falscher KZ-Zeuge



Der Schweizer Binjamin WILKOMIRSKI und der Spanier Enric MARCO erlangten um die Jahrhundertwende traurige Berühmtheit mit ihren Autobiographien über ihre angebliche Leidenszeit in NS-Konzentrationslagern.[1] Es stellte sich nämlich heraus, daß ihre mit dem Anspruch auf historische Wahrheit geschriebenen und vertriebenen Werke Fälschungen und reine Phantasieerzeugnisse waren, da beide niemals in einem solchen Lager gelebt hatten.





Martin CKAY und sein Buch *Au nom de tous les miens.* Die deutsche Übersetzung erschien unter dem Titel *Der Schrei nach Leben,* zuletzt bei Goldmann, München [6]2002.

Ein ähnlicher, aber besonders makabrer Betrug ereignete sich schon vorher in Frankreich, wo ein Martin GRAY (eigentlich GRAYEWSKI) 1971 den Bestseller *Au nom de tous /es mienr* (>Im Namen all' der Meinem) veröffentlichte. GRAY berichtete darin von seinem angeblichen Leben im Warschauer Ghetto und im Konzentrationslager Treblinka, aus dem er floh, Offizier der Roten Armee wurde und desertierte. Er wanderte in die USA ein und ließ sich später in einer Luxusvilla an der Cöte d'Azur nieder. Ungeniert erzählte er auch von seinen Schachereien im Ghetto und von Betrügereien mit gefälschten Antiquitäten, die er selber nach 1945 hergestellt hatte.

Martin GRAY beschrieb ausführlich das Funktionieren der Gaskammer in Treblinka und widersprach damit dem Nürnberger Internationalen Militärtribunal, das 1946 feststellte, daß die einzige Tötungsmethode in Treblinka die Ermordung in dreizehn Dampfkammern (*steam Chambers)* gewesen sei.'[3] Außerdem erzählte GRAY, daß er in Treblinka mit dem Beseitigen der Leichen beauftragt gewesen sei und »zwischen den warmen Leichen noch lebende Säuglinge gefunden hatte, die sich an den Körpern ihrer Mütter klammerten«. »Mit eigenen Händen habe ich diese Babys erwürgt, damit sie nicht lebendig beerdigt wurden.«[4]

In einer Fernsehsendung vom 13. August 1975 auf dem französischen Sender *Antenne 2,* die von JEANNESSON moderiert wurde, wiederholte er diese Geschichte, indem er den Zuschauern weinend seine Hände entgegenhielt und theatralisch rief: »Wenn man bedenkt, daß ich mit diesen Händen die Babys erwürgt habe!«

Die Wirkung dieses Bestsellers auf das Publikum war ungeheuerlich. Die Journalistin Brigitte FRIGANG schrieb in der Pariser Tageszeitung *Le*

[1] Beitrag Nr. 260, »KL-Biographien als Fälschungen entlarvt«.

[2] **Martin GRAY,** *AU nom de tous les miens,* **Laffont, Paris 1971.**

[5] Dokument Nürnberg PS-3311, Bd. XXXII, S. 154-158, 6, Anklagepunkt gegen Hans FRANK.

[4] GRAY, aaO. (Anm. 2), S. 177,186, 211 u. 228.

Figaro: »Als vor 12 Jahren das Buch *Au nom de tous les miens* erschien, habe ich geweint beim Bericht von den Erniedrigungen und Leiden, von der Verzweiflung, von ihrem (der Juden) heldenhaften Sterben, Ich habe geschluchzt bei der Erinnerung an das Lager Treblinka.«[5]

Robert ENRICO hat das Buch für 47 Millionen Francs verfehmt. Der Film machte die angeblichen Vorkommnisse weiteren Kreisen bekannt.

Beim Prozeß von neun jüdischen und antirassistischen Organisationen gegen den französischen Revisionisten Professor Robert FAURISSON hatte ausgerechnet GRAYS Buch als Beweismittel gedient, um den Professor der *falsification de l'Histoire*< (>Geschichtsfalschung<) zu überführen.

Bemerkenswert ist, daß schon 1966 bei Fayard der Erlebnisbericht *Treblinka* von Jean-François STEINER erschienen war, der von der Schriftstellerin Simone DE BEAUVOIR und von dem anti-revisionistisch en Professor Pierre VIDAL-NAQUET gelobt wurde, bis dieser Professor 1981 zugeben mußte, daß er einer Fälschung aufgesessen sei/[6]

Im Fall Martin GRAY begann die Endarvung durch Adam RUOKOWSKI, der Forschungsbeauftragter am >Centre de Documentation juive contemporaine* war und am 21, Juni 1974 an Professor FAURISSON schrieb: »Martin GRAY ist ein jüdischer James BOND.«

Am 8, Oktober 1975 verkündete Georges WELLERS, Mitarbeiter am selben Centre, daß GRAY niemals in Treblinka gewesen sei. Den Gnadenstoß erhielt der Fälscher durch die ungarisch-englische Jüdin Gitta Sereny HoNEYMAN mit ihrem Artikel »The men who whitewash Hitler« im *New Statesman* vom 2. November 1979. Sie beklagte, daß durch Betrüger wie GRAY die Neonazis Auftrieb erhielten.

Der Fälscher GRAY hatte, wie dann herauskam, sein Buch mit einer anderen Person verfaßt: Max GALL.O hatte als »Neger* (ungenannter Mitarbeiter) die stilistische Bearbeitung ausgeführt. Dieser war selber Historiker, bekannter Journalist und französischer Regierungssprecher unter dem Sozialisten François MITTERRAND. Er gab zu, von den Fälschungen gewußt zu haben. Er habe aber für das Buch etwas »Ergreifendes* gebraucht, um die Leser zu fesseln.[7] In seinem Vorwort hat dieser Historiker über GR\Y geschrieben: »Ich habe die Scham und die Willenskraft eines Menschen kennengelernt Ich habe in seinem Fleisch die Barbarei unseres grausamen Jahrhunderts gefunden, durch die Treblinka geschaffen worden ist.«

GAU.O erklärte, in GRAY einen wahrhaftigen und aufrechten Mann getroffen zu haben. Die Pariser Tageszeitung *Le Monde* fällte dann über diese Art von Zeugenliteratur und deren Autoren das zutreffende Urteil: »Comédies macabres«.

Keiner dieser Fälscher ist jemals gerichtlich belangt worden, obwohl viele Leser, Zuhörer und Zuschauer durch diese »Märchen* in ihrem Geschichtsbewußtsein wesentlich falsch geprägt wurden.

Friedrich Karl Pohl

[5] Brigitte FRIGANG, »Parlez, Monsieur le porte-parole«, in: *Le Figaro,* 9. 11. 1983.

[6] Pierre VIDAL-NAQUET, *Les juifs, la Mémoire, Le Présent,* Maspéro, Paris 1981, S. 212.

[7] *Présent,* 24, 11. 1983,

[8] *Le Monde,* 15. 8. 1975, S. 4.



Es ist schon erstaunlich, daß Max GALLO, Mitglied der Académie Française, wohl wissend an der Fälschung mitarbeitete. Auch der Werbetext zu GRAYS letztem Buch *Au nom de tous les hommes* (Seghers, Paris 2004, Im Namen aller Menschen) erzählt, daß Martin GRAY aus dem KL Treblinka geflohen sei und an den Kämpfen in Warschau teilgenommen habe.

Was haben die Deutschen von Kriegsverbrechen gewußt?

Erntedankfest auf dem Bückeberg bei Hameln. Die Historiker, die die These der >Konsensdiktatur< verfechten (u.a. ALY und GOLDHACEN), meinen, daß das NS-Regime das deutsche Volk mit sozialer Wärme bei Laune gehalten habe.

Nach Kriegsende wurden die Deutschen von den Alliierten beschuldigt, sie hätten von den Kriegsverbrechen, die man ihnen ab 1945 vorwarf, gewußt und müßten deswegen eine Kollektivschuld anerkennen.[1] Daß selbst die führenden deutschen Politiker und Militärs beim Nürnberger Prozeß erklärten, von den der Reichsregierung vorgeworfenen Verbrechen im Osten nichts gewußt zu haben, wurde als Ausrede und als ein Versuch der Reinwaschung angesehen. Das Wort von der >Konsensdiktatur< kam auf, in der die damaligen Reichsbürger diejudenverfolgungen nicht nur anerkannt, sondern selbst mitgetragen hätten. David BANKIER behauptete die »breite und grundsätzliche Zustimmung« der Bevölkerung zur Politik der Reichsregierung.[2] In GoiX)HAGENS Buch *Willige Vollstrecker*' wurden die Deutschen sogar mit der Mittäterschaft belastet, die Bezeichnung »Volk der Täter« war lange geläufig. Die meisten nachkriegsdeutschen Politiker stießen in dasselbe Horn. Die Gcsamtschuld der Bundesbürger für den Zweiten Weltkrieg wurde noch



[1] Götz ALY, *Hitlers Volksstaat*, S. Fischer, Frankfurt/M. 2005; ders., *Endlösung*, S. Fischer, Frankfurt/M. 1995.

[2] David BANKIER, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die »Endlösung« und die Deutschen. Eine Berichtigung*, Berlin 1995.

J Daniel Jonah GoLOHAGEN, *Hitlers willige Vollstrecker*; Siedler, Berlin 1996.

2007 von der polnischen Regierung im Rahmen der EU politisch instrumentalisiert sowie als Argument gegen Deutschland benutzt.

Doch diese Ansichten und die Meinung, die Deutschen hätten etwas oder vieles von dem gewußt, was man ihnen nachher unterstellte, sind falsch, wie als >Rechte< oder »Revisionisten« von der allgemeinen Diskussion ausgeschlossene Persönlichkeiten schon immer behauptet hatten. Aber erst nach mehreren Jahrzehnten trauten sich angesehene Wissenschaftler, dem bis dahin allgemein anerkannten »Konsens der Demokraten« in der Schuldbejahung zu widersprechen und herauszuarbeiten, daß die weitaus größte Mehrheit des deutschen Volkes zum ersten Male nach Kriegsende von diesen Vorwürfen, insbesondere der Massenvernichtung der Juden, etwas hörte. Bezeichnenderweise wurden diese Mutigen von der Öffentlichkeit und von politisch korrekten Volksvertretern scharf angegriffen.

So erregte im Jahre 2005 ein Buch des Bayreuther Politologen Konrad Löw[4] die deutschen Meinungsmacher, in dem der Wissenschaftler mit vielen, besonders jüdischen, Quellen nachwies, daß die Deutschen der Vorkriegszeit in ihrer Mehrheit keine Antisemiten waren, die Benachteiligung der Juden bedauerten und ihnen weitgehend halfen, auch bei den von ihnen durchaus mißbilligten Ausschreitungen der Kristallnacht im November 1938. Dasselbe vertrat er mit Nennung mancher überzeugender Beispiele aus den dreißiger Jahren in einem ganzseitigen *FAZ*-Artikel[5] zwei Jahre später.

Im Jahre 2006 brachte der durch eine Reihe von Standardwerken hervorgetretene in London lehrende deutsche Historiker Peter LONGERICH ein Werk[6] heraus, in dem er zunächst darlegte, warum und daß die Deutschen während des Zweiten Weltkrieges nichts oder nur wenig wissen konnten. Er kommt mit überzeugenden Argumenten zu der Schlußfolgerung, daß es im Reich keine breite antisemitische Übereinstimmung oder gar Billigung der Maßnahmen gegen die Juden gab. Das sei beim Boykott der jüdischen Geschäfte durch die SA am 1. April 1933 ebenso festzustellen wie bei der Kristallnacht am 9. November 1938 und auch noch, als ab 1941 die üblen Nachkriegspläne von Juden aus den USA wie Theodore N. KAUFMAN oder Louis NIZER im Reich bekannt und von dem Berliner Propagandaministerium verbreitet wurden. Die »Endlösung«







Von oben: »Das Volk ist ein Trost«; Konrad Löw (Jahrgang 1931); Peter LONGERICH (Jahrgang 1955).

[4] Konrad Löw, *»Das Volk ist ein Trost«. Deutsche und Juden 1933-1945 im Urteil der jüdischen Zeitzeugen,* Olzog, München 2005.

[5] Konrad Low, »Juden unerwünscht«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 1. 3.2007, S. 7.

[6] Peter LONGERICH, *»Davon haben wir nichts gewußt!« Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945,* Siedler, München 2006.

sei sehr »geheime Reichssache« gewesen, das Sprechen darüber sei mit der Todesstrafe bedroht worden. Nur Gerüchte, die nicht zu beweisen waren, seien im Volk umgelaufen. Dieses »öffentliche Geheimnis« habe bestanden und sei vom Sicherheitsdienst bei dessen Berichten aus dem Volk immer wieder untersucht worden, »hingegen sind konkrete Einzelheiten über den Einsatz von Gas zur Ermordung von Juden, geschweige denn über Vernichtungslager, in den offiziellen Stimmungsberichten nicht zu finden«.

Wie zu erwarten war, stieß LONGERICH damit auf heftigen Widerspruch, so von GOLDHAGEN,[7] der weiterhin das ganze deutsche Volk in Schuld sehen wollte.

Der durch seine großes Aufsehen erregenden Untersuchungen über die Zahl der Auschwitz-Opfer* bekannt gewordene frühere Leitende Redakteur des *Spiegels* Fritjof MEYER hat im Frühjahr 2007 in einem längeren Zeitschriftenartikel dieses Thema auch behandelt und besonders ausführlich zu LONGERICHS Buch Stellung genommen.[9] Er bringt nach einleitendem Eingehen auf die vorgenannten Historiker offensichtlich eigene Erfahrung ein, wenn er schreibt: »Doch drei Jugendliche aus der Umgebung von Auschwitz, die später der Redaktion des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* angehörten, erinnerten sich daran, daß Auschwitz als etwas Schreckliches galt, doch von Gasmord nicht die Rede war: Hellmuth KARASEK, dessen Vater Ortsgruppenleiter von Bielitz war, Klaus REINHARDT, der in Kattowitz gegen die SS-Lagermannschaft Fußball spielte, und Karl-Heinz VATER, der mit dem Dresdner Kreuzchor vor der Belegschaft (einschließlich Häftlingen) von Monowitz gesungen hat.«[10]

Aus LONGERICHS Buch findet er mitteilenswert, daß dieser zu dem Schluß kommt: »Angesichts der großen Zahl potentieller Quellen über den Vernichtungsprozeß muß es eigentlich erstaunen, daß die heute noch feststellbaren Gerüchte über die Verwendung von Gas und insbesondere über die Existenz von Vernichtungslagern so vage beziehungsweise so rar sind.«[11]

Daniel Jonah GOLDHAGEN, in: *Die Welt,* 6. 5. 2006.

[8] Fritjof MEYER, »Die Zahl der Opfer von Auschwitz. Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde«, in: *Osteuropa,* Nr. 5, 2002, S. 631-641.

[9] Fritjof MEYER, »Davon haben wir nichts gewußt«, in: *Sezession,* Nr, 17, April 2007, S. 22-28.

[10] Ebenda, S. 26.

[11] Zitiert ebenda.




Von links: Hellmuth KARASEK, Daniel Jonah GOLDHACEN.



Ankunft ungarischer Juden in Auschwitz-Birkenau.

Erfreulich ist jedoch, daß MEYER dann doch scharfe, aber anscheinend berechtigte Kritik an LONGERICH übt, indem er feststellt: »Und dann zieht LÖNGERICH ein Resümee, das sich aus seiner gesamten Darstellung gerade nicht ergibt, sondern nach seinen vielen unkonventionellen Erkenntnissen mit einer überraschenden Volte der politischen Korrektheit geschuldet erscheint. Es ist seine Vorstellung >von der Größenordnung des Bevölkerungsanteils, der seinerzeit in irgendeiner Form vom Holocaust wußte: nicht die Mehrheit, aber doch ein erheblicher Anteil der Bevölkerung und nicht etwa nur eine kleine, auf eine bestimmte Region, Berufssparte oder auf ein soziales Milieu beschränkte Minderheit.« Und LONGERICH meint, die deutsche Unkenntnis über das Schicksal der Juden sei ein »mythisches Konstrukt der Nachkriegszeit«.

Dazu meint abschließend MEYER wohl zutreffend mit deutlichen Worten der Kritik: »Das aber hat LONGERICH eben nicht belegt, vielmehr - indem er es nicht hat belegen können - das Gegenteil glaubhaft gemacht: Davon haben wir wirklich nichts gewußt.«[12]

Und das scheint zuzutreffen, aus welchem Grunde auch immer. Hoffentlich wendet sich die Forschung diesem Grunde einmal zu.

Rolf Kosiek

[12] Ebenda, S. 28.

Wahrheitswidrige Behauptungen zum KL-Außenkommando Calw

Im Rahmen der Veranstaltungen zur »Woche der Brüderlichkeit« des Jahres 1988 hielt Professor Dr. Josef SEUBERT, Historiker an der Pädagogischen Hochschule in Schwäbisch Gmünd, am 17. März 1988 an der Volkshochschule der Stadt Calw einen Vortrag unter dem Titel »Die langen Schatten der Vergangenheit«.

In diesem befaßte er sich anhand eigener Forschungen mit der Geschichte des KL-Außenkommandos Calw. Dieses bestand von Mitte Januar 1945 bis Anfang April 1945 und umfaßte nach seinen Angaben etwa 200 jüdische Frauen aus Polen und Ungarn, die aus dem KL Auschwitz gekommen waren und teilweise, wie insbesondere die Polinnen, bereits drei bis vier Jahre in Lagern verbracht hatten. Sie sollten im Calwer Werk der >Luftfahrt-Geräte-GmbH< (LUFAG) arbeiten und wohnten im zweiten Stock des LufAG-Gebäudes, der mit Heizung und sanitären Einrichtungen ausgerüstet war. Die Arbeitsbedingungen entsprachen denen der deutschen Werksangehörigen im Januar 1945, ebenso die Verpflegung, Professor SEUBERT berichtete, daß die Werksleitung bemüht war, die Lage der in elendem Zustand angekommenen Häftlinge zu verbessern, und daß Vorarbeiter und andere Beschäftigte »spontane Hilfsversuche unternahmen, indem sie den Frauen Brot, Apfel u.a. zusteckten«, ferner von gelegentlichen Besuchen eines Werks- oder Amtsarztes und von Arzt- oder Zahnarztbesuchen in der Stadt in Begleitung einer Aufseherin. Dann aber berichtete er folgendes:

»Eine junge Häftlingsfrau, die an Typhus erkrankte, wurde aber lediglich isoliert und verstarb nach wenigen Tagen. Bei einer Einlieferung ins Krankenhaus hätte sie möglicherweise gerettet werden können. Die Tote soll in Calw beerdigt worden sein, im Sterbebuch des Standesamts fehlt jedoch ein entsprechender Hinweis... Unter den Mannschaften gab es dagegen auch »Sauhunde«, wie sich eine bei der LUFAG beschäftigte Frau später ausdrückte. Einer soll sich nach Aussagen von Häftlingsfrauen gerühmt haben, an Judenexekutionen in Lublin teilgenommen zu haben. Von einem anderen wird berichtet, daß er seinen Fuß auf den Sarg der an Typhus verstorbenen Frau gesetzt und Zigarettenasche darauf geschnippt habe. . .«

Diese Darstellungen des Herrn Professor SEUBERT sind falsch.

Der Sohn des damaligen Betriebsleiters der LUFAG war bei diesem Vortrag anwesend, meldete sich zu Wort und erklärte vor den zahlreichen Zuhörern, daß er zu der Zeit selbst als kriegsdienstverpflichteter

lugendlicher im Werk gearbeitet habe und den Vorgang genau kenne. Es sei zwar eine der Frauen an Typhus erkrankt, aber sofort in ärztliche Betreuung bei der bekannten Calwer Arztin Frau Dr. KÖBERLE gekommen. Diese habe sie gesund gepflegt, und der vorbereitete Sarg habe wieder in Bretter zerlegt werden können. Natürlich konnte auch ein nicht eingetretener Todesfall nicht in einem örtlichen Sterberegister stehen, was der Historiker vorher als Pietätlosigkeit den Deutschen vorgeworfen hatte. Es war also keine ärztliche Hilfe verweigert worden. Es war auch kein Todesopfer zu beklagen gewesen, sondern die Erkrankte wurde wiedergesund. Die empörende Geschichte mit der Zigarettenasche auf dem Sarg war demnach ebenso erfunden. Keine der jüdischen Frauen kam in Calw zu Tode. Sie hatten dort eine im Verhältnis zu vielen gleichzeitigen Bomben-, Vertreibungs- und Flüchtlingsopfern erträgliche Zeit und überlebten alle den Krieg. Daß in diesem Zusammenhang der Zeitzeuge auch daran erinnerte, daß deutsche Mitarbeiter der LUFAG nach 1945 lange in alliierten Konzentrationslagern festgehalten und mißhandelt wurden und sogar einer in dieser Notzeit an offener Tuberkulose starb, erregte im Gegensatz zum Mitgefühl mit dem Schicksal der Jüdinnen den Unwillen einiger Zuhörer.

Obwohl Herr Professor SEUBERT anläßlich seines Vortrages in Calw unmißverständlich auf die Tatsachen hingewiesen wurde, scheute er sich nicht, die gleichen Geschichten bei einem Vortrag vor dem Alemannischen Institut der Universität Tübingen zu wiederholen.

Die *Kreisnachrichten Calw* berichteten darüber am 23. Juni 1988 und zitierten unter anderem wiederum die Behauptung: »Eine Typhuskranke wurde von den Deutschen lediglich isoliert, ärztliche Behandlung gab es für sie nicht. Nach ihrem Tod soll einer der SS-Mannschaft Zigarettenasche auf ihren Sarg geschnippt haben, einer der »Sauhunde*, die es damals gab.«

Auf einen Leserbrief in den *Kreisnachrichten Calw* vom 28. Juni 1988, in dem Professor SEUBERT kritisiert wurde, weil er die bei seinem Vortrag in Calw bereits widerlegten Behauptungen drei Monate später in Tübingen wiederholt hatte, antwortete dieser ebenfalls in einem Leserbrief vom 2. Juli 1988, daß er sich auf die Aussagen von sechs ehemaligen Häftlingsfrauen stütze, die in der **Staat**sanwaltiichen Vernehmung übereinstimmend und zum Teil sehr detailliert diese Tatsachen bestätigt hätten.

Die Richtigstellung des Vorgangs durch den deutschen Zeitzeugen bezeichnete er als dessen »Version«, damit stehe »Aussage gegen Aussage«.

Auch in seiner 1989 erschienenen Broschüre *Von Auschwitz nach Calw* blieb Professor SEUBERT bei seinen Thesen zum angeblichen Tod der Jüdin und ergänzte seine Schilderung durch weitere unbewiesene Einzelheiten. Die öffentlich vorgetragene Klarstellung durch den Sohn des ehe-

maligen Betriebsleiters bei seinem Vortrag in Calw fand nur eine kurze Erwähnung im Anhang.

Nicht erwähnt hat allerdings der Historiker, daß die von ihm immer genannte Zahl von 200 jüdischen Zwangsarbeiterinnen, die auch von den Meistern der Firma damals bestritten wurde, zweifelhaft ist.

in dem von ihm selbst im Anhang seiner Broschüre als Quelle angegebenen Werk von Herwart **VORLÄNDER** (Hg.) *Nationalsozialistische Konzentrationslager im Dienst der totalen Kriegführung, Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde Baden-Württemberg,* Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 1976, werden 135 Häftlings frauen aufgeführt.

Auf Drängen des Calwer »Arbeitskreises für Lokale Zeitgeschichte* lud die Stadt Calw im November 1989 namentlich bekannte ehemalige Häftlings frauen ein, acht von ihnen kamen, Sie durften bei verschiedenen Veranstaltungen einem aufnahmebereiten Publikum ihre Geschichten erzählen und in Schulen auftreten. Auch vor ahnungslosen Kindern wurden phantasievolle Details über die Leidenszeit in Calw (45 Jahre danach) ausgebreitet, wobei auch der angebliche Todesfall nicht fehlte. Die Presse berichtete ausführlich und unkritisch darüber. Hierdurch sahen sich einige der ehemaligen Werksangehörigen veranlaßt, um der Wahrheit willen eine Richtigstellung zu erarbeiten. Den Schilderungen der Jüdinnen wurden die mehrfach bezeugten Tatsachen über die damaligen Verhältnisse in der LUFAG gegenübergestellt. Diese ausführliche Dokumentation, unterschrieben von drei früheren in der Firma tätigen verantwortlichen Meistern, wurde an die Presse in Calw und Stuttgart, an maßgebliche Persönlichkeiten in Politik und Verwaltung und an alle weiterführenden Schulen in Calw geschickt. Sie fand im Gegensatz zu den vielen Berichten über den Besuch der Jüdinnen weder in einer Zeitung noch in der Öffentlichkeit Erwähnung.

Wahrheit, wenn sie politischen Interessen entgegensteht, ist nicht erwünscht.

Günter Stübiger

Zum KL-Außenkommando Hailfingen/Tailfingen

Im letzten Jahr des Zweiten Weltkriegs wurden wegen des Arbeitskräftemangels im Reich vermehrt Konzentrationslager-Häftlinge in sogenannten KL-Außenkommandos zum Arbeitseinsatz verwendet. Ein solches Lager, über das w'ie über zahlreiche andere" wilde Gerüchte verbreitet wurden und werden, war das Lager Hailfingen (Kreis Tübingen)/ Tailfingen (Kreis Böblingen) südlich von Herrenberg in Württemberg, Es wurde im September 1944 als Arbeitslager für 300 bis 400 griechische Fremdarbeiter eingerichtet. Im November/Dezember kamen 600 jüdische Häftlinge aus Auschwitz hinzu. Für diese wurde das Lager ein Außenkommando des KL Natzweiler im Elsaß. Die Gefangenen wurden im Straßen- und Pistenbau auf dem Nachtjägerflugplatz von Tailfingen sowie in einem Steinbruch des nahe gelegenen Dorfes Reusten eingesetzt. Sie waren in Gebäuden des Flugplatzes untergebracht. Die Häftlinge wurden im Januar/Februar 1945 unter anderem in das Lager Dautmergen evakuiert. Eine ausführliche, zahlreiche unbewiesene und unzutreffende Gerüchte beinhaltende ausführliche Beschreibung liegt vor,- ebenso eine nur auf dieses Lager bezogene jüngere Dokumentation,[1] Einige Einzelheiten seien richtiggestellt.



Dorothee WEIN (u.a.), *Spuren von Auschwitz ins Gäu. Das KZ-Außenlager Hailfingen/Ta Ufingen,* Markstein, Filderstadt 2007, »Eine exemplarische Studie von überregionaler Bedeutung«, befand der Holocaust-Forscher Gideon GREIF.

1. »Von 600 Häftlingen, die im November 1944 aus dem KZ Stutthof bei Danzig ins Gäu transportiert wurden, sollen nur 211 überlebt haben.«[4] Oder: »Nur 200 von ihnen überlebten schließlich die folgenden sechsmonatigen Strapazen in Tailfingen, wo sie an Seuchen, Mißhandlungen und Unterernährung umkamen.«[1] Dabei wird unterschlagen, daß viele Häftlinge, insbesondere die Toten des mit 72 bis 80 (nach anderen Quellen bis zu 96 Tote) Leichen belegten Massengrabes am Lager, nach Aussagen der Bevölkerung bei den Bombenangriffen der Alliierten auf den Flugplatz ums Leben kamen. Die angegebenen Sterbezahlen erscheinen als viel zu hoch.



[1] Beitrag Nr. 630, »Wahrheitswidrige Behauptungen zum KL-Außenkommando Calw«,

[2] Monika WALTER-BECKER, »Das Lager Hailfingen«, in: Herwart VORLANDER (Hg.), *Nationalsozialistische Konzentrationslager im Dienst der totalen Kriegführung, W.* Kohlhammer, Stuttgart, 1978, S. 149-174.

[3] Dorothee WEIN, Volker MAI,), U. Harald ROTH, *Spuren von Auschwitz im Gäu. Das KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen,* Markstein, Filderstadt 2007.

[4] »Damit Gräuel der NS-Zeit nicht vergessen werden«, in: *Böblinger Kreiszeitung,* 17. 3. 2007.

[5] »Eine Ausstellung über das KZ — 62 Jahre nach Kriegsende«, in: *Stuttgarter Zeitung,* 11.4. 2007.



Gedenktafel am ehemaligen Nachtjägerflugplatz Tailfingen, da, wo die Startbahn begann.

2. In dem Bericht von 1978 wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die jüdischen Häftlinge, die aus dem KZ Auschwitz kamen, »bei ihrer Ankunft in einer guten körperlichen Verfassung waren«.[6] Das überrascht angesichts anderer Urteile über Auschwitz, Dann habe jedoch Verpflegungsmangel geherrscht, die vorgesehenen Rationen, die etwa denen deutscher Wehrmachteinheiten um diese Zeit glichen, in denen auch gehungert werden mußte, wären verringert w'orden und hätten zu Unterernährung geführt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1945 durch die alliierten Bombardierungen der Versorgungsstrecken Mängel in der Versorgung auftraten. Deutsche Wehrmachteinheiten haben zur selben Zeit auch gehungert.

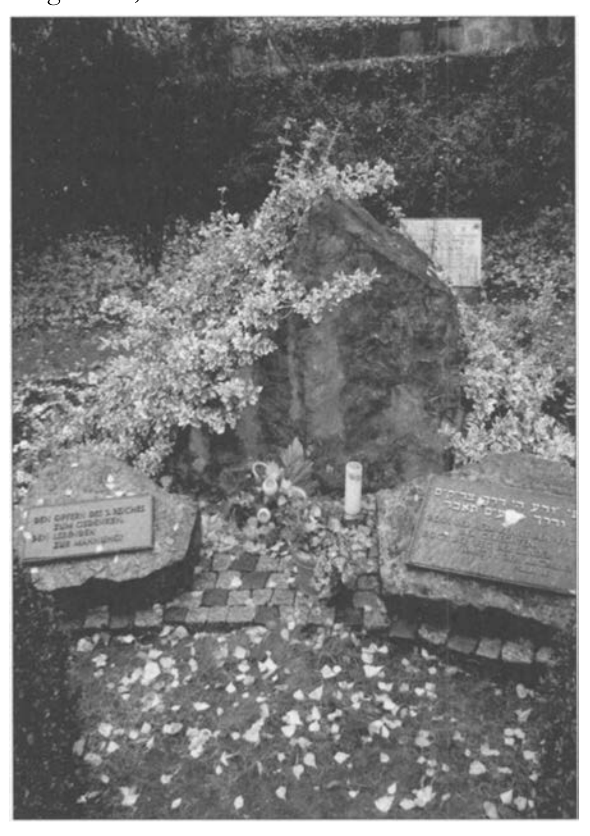
3. Es wird in den verschiedenen genannten Veröffentlichungen von mehreren willkürlichen Tötungen berichtet: »daß KZ-Häftlinge in den Steinbrüchen von Hailfingen und Reusten mit der Hacke erschlagen werden, daß im Lager Menschen erschossen und gehängt wurden«; daß Erschießungen nach Aneignung von Rüben oder Äpfeln erfolgt seien," daß im Steinbruch »mehrere Häftlinge mit einer Hacke erschlagen« wurden.®

[6] WALTER-BECKER, aaO. (Anm. 2), S. 163.
»Mahnung für die Zukunft: >Nie wieder Krieg<« in: *Böblinger Kreisleitung,* 3. 9. 1983, s. 13.
s WALTER-BECKER, aaO. (Anm. 2), S, 168 f.
* Ebenda, S. 170.

Die einzigen drei amtlichen Dokumente zu dem Lager sagen jedoch anderes aus. Ein US-Bericht von 1946[10] und ein weiterer desselben US-Beauftragten[11] weisen als Ergebnis von Befragungen auf, daß bis dahin - also 17 Monate nach Kriegsende — noch viele ehemalige Häftlinge von Tailfingen in UNRRA-Lagern der US-Zone lebten oder schon repatriiert waren, daß aber dennoch zum Erstaunen des Untersuchers kaum Anklagen oder Beschwerden von ehemaligen Häftlingen des Lagers über ihre Bewacher vorlägen, deren Namen weitgehend bekannt seien. Der US-Beauftragte hatte sich mehrere Tage in den Ortschaften der Umgebung von Tailfingen aufgehalten und Personen aus der Bevölkerung wie auf den Rathäusern befragt, ohne Verbrechensvorwürfe zu erfahren. Er drückte seine Verwunderung darüber aus, daß bisher die deutschen Behörden des Kreises Böblingen und von Tailfingen bisher nicht einmal die Existenz dieses KZ-Lagers im Verlauf der deutschen Dokumentensuche (German Documents Searches) erwähnt hätten.

Von der Ludwigsburger Zentralstelle, die diese US-Berichte auch auswertete und dazu weitere Erkundigungen einzog, wurde am 24. November 1969, also 25 Jahre nach den damaligen Ereignissen, ein »Schlußvermerk« zum Lager Hailfingen-Tailfingen als Zusammenfassung eines 854 Seiten umfassenden Ermittlungsberichtes erstellt.[12]

Darin wird festgestellt: »Das Lager Hailfingen/Tail fingen war ein Arbeitslager und kein Vernichtungslager.« Die einzelnen von Häftlingen aufgestellten Tötungsvorwürfe werden zwar als Zeugenaussagen aufgeführt, abschließend aber dazu festgestellt: »Bei sämtlichen bisher festgestellten Tötungen im Lager Hailfingen-Tailfingen konnten die Täter - mit Ausnahme des inzwischen verstorbenen Lagerführers. . . - bisher nicht identifi-



Grabstätte der 72 Opfer auf dem Friedhof von Tailfingen.

[10] Bericht des Administrative Assistant Alex DE LTPTHAY vom US-Bureau of Documents and Tracing Wuerttemberg-Baden Branch, Dokument Sonstige, Ordnungs-Nr. 311, Bild-Nr. 1137 H der Zentralstelle Ludwigsburg, vom 25. 9. 1946.

[11] Bericht desselben von derselben Stelle vom 4. 10. 1946.

[12] »Schlußvermerk« zu Az.: VI 419 Ar-Z 171/69 der Ludwigsburger Zentralstelle vom 24. IL 1969, unterzeichnet von Staatsanwalt SCHREITMÜLLER.

ziert werden.« Insbesondere zu dem von mehreren Zeugen erwähnten Bäuerle, der »viele jüdische Arbeiter getötet haben« soll, war das Ergebnis: »Die Ermittlungen haben jedoch bisher keine Anhaltspunkte in dieser Richtung erbracht.« Kein Vorwurf erwies sich als weiter verfolgungswert.

Seitdem wurde weder von der Staatsanwaltschaft eine diesbezügliche Anklage erhoben, geschweige denn von einem Gericht ein Urteil gefällt. Und dazu wäre es sicher gekommen, wenn ein beweisbares Verbrechen vorgelegen hätte.

Wie in zahlreichen anderen Fällen erwiesen sich die Zeugenaussagen einiger Häftlinge als unzutreffend. Über die allgemeine Glaubwürdigkeit ehemaliger ausländischer Häftlinge hat einer der Verteidiger im großen Auschwitz-Prozeß, Rechtsanwalt LATERNSER, umfangreiches und erschütterndes Material vorgelegt."

In der Tailfinger Bevölkerung ist immer noch bekannt, daß die Häftlinge von den Wachmannschaften anständig behandelt wurden.

Somit kann mit ziemlicher Sicherheit ausgeschlossen werden, daß die von früheren Häftlingen vorgeworfenen und seitdem in der Presse oft wiederholten Vorwurfe berechtigt sind. Daß dennoch Jahrzehnte später in einer Glaubwürdigkeit beanspruchenden Veröffentlichung[2] immer noch die alten Gerüchte als bewiesene Tatsachen vorgestellt werden, ist ein Skandal.

Einwohner vom nahe gelegenen Bondorf mußten 1945 das genannte Massengrab exhumieren und die Leichen auf dem Friedhof in Tailfingen bestatten. Dort finden gelegentlich Gedenkfeiern statt.

Während auf diesen weiterhin die oben genannten unzutreffenden Gerüchte verbreitet und dann für die Öffentlichkeit in der Presse berichtet werden, wird über das brutale Massaker der einmarschierten Franzosen an der Bevölkerung in Bondorf, wobei viele Bürger verletzt, zwei Einwohner getötet wurden, nicht erinnert. Aber das waren ja auch nur Deutsche.

Bezeichnend ist ebenfalls, daß ein richtigstellender Leserbrief[14] zu dem Zeitungsbericht vom 3. September 1983 über eine dortige Gedenkfeier der SPD und der Gewerkschaft am 1. September 1983, auf der einige der Redner, insbesondere Pfarrer Gerhard DÜRR aus Stuttgart, die alten Vorwürfe erneuerten, von der berichtenden Zeitung nicht veröffentlicht wurde. Man scheut offenbar die historische Wahrheit und verbreitet dafür aus »volkspädagogischen Gründen« (Golo MANN) weiterhin unzutreffende Behauptungen.

Rolf Kosiek

[13] Hans LATERNSER, *Die andere Seite im Auschwitz-Prozeß 1963/ 65,* Secwald, Stuttgart 1966.

[14] Eingesandter, aber nicht veröffentlichter Leserbrief des Karl BASSLER, Böblingen, vom 12. 9. 1983 an die *höblinger Kreiszeitung.*

Ist Massenmord durch Dieselabgase möglich?

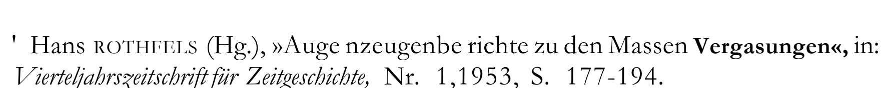


Kurt GERSTEIN.

Eine der am wichtigsten angesehenen Zeugenaussagen zur Massenvernichtung von Menschen in Konzentrationslagern der Kriegszeit ist der GERSTEIN-Bericht Er wurde von dem SS-Obersturmführer und Diplom-Bergbauingenieur Kurt GERSTEIN in französischer Gefangenschaft, datiert auf den 26. April 1945, verfaßt, in der dieser unter mysteriösen Umständen bald darauf — angeblich in Paris — ums Leben kam. Der Bericht wurde vom Institut für Zeitgeschichte veröffentlicht[1] und von der Bundeszentrale für Heimatdienst[2] in mehreren Auflagen zur politischen Bildung als »eines der erschütternsten Dokumente, die wir aus der Hiderzeit besitzen«,[1] in Deutschland verbreitet.

Hier soll aus dem Bericht nur ein Vorgang betrachtet werden, der nach GERSTEIN am 18. August 1942 bei seinem Besuch im KZ Belzec geschehen ist. Am Morgen sei ein Transport mit rund 6700 Personen in 45 Waggons aus Ilmberg eingetroffen, von denen dann jeweils 700-800 Menschen in eine der vier Gaskammern von je 25 qm Grundfläche getrieben wurden.'[1] Die Gaskammern hätten »Holztüren wie Garagen« gehabt und »große hölzerne Rampentüren« an der Rückwand sowie »das kleine Fensterchen« aufgewiesen.

Nach einer den Leser erschütternden Beschreibung des Hineintreibens der Menschen in die Garagen unter Verwendung von »Lederpeitschen« heißt es dann: »HECKENHOLT ist der Chauffeur des Dieselmotors, ein kleiner Techniker, gleichzeitig Erbauer der Anlage. Mit den Dieselauspuffgasen sollen die Menschen zu Tode gebracht werden. Aber der Diesel funktioniert nicht!, . . Und ich warte. Meine Stoppuhr hat alles brav registriert. 50 Minuten, 70 Minuten - der Diesel springt nicht an! Die Menschen warten in ihren Gaskammern... Nach 2 Stunden 49 Mi-



' Hans ROTHFELS (Hg.), »Auge nzeugenbe richte zu den Massen **Vergasungen«,** in: *Vierteljahrszeitschrift für Zeitgeschichte,* Nr. 1,1953, S. 177-194.

- Bundeszentrale für Heimatdienst, *Dokumente zur Massen-Vergasung,* Heft 9, Bonn [3]1955, S. 7-16.

[1] Ebenda, S. 5.

[4] Diese präzise Angabe wird von GERSTEIN, einem Ingenieur, dann noch einmal wiederholt: »Viermal 750 Menschen in viermal 45 Kubikmetern«, aaO. (Anm. 2, S. 13). Da diese Angabe jedem kritischen Leser unmöglich vorkommen muß, schrieb die Bundeszentrale für Heimatdienst dazu als Fußnote: »Diese Zahlen sind offensichtlich zu hoch bzw. zu niedrig geschätzt. Die Glaubwürdigkeit des Berichts im ganzen wird dadurch — angesichts der im übrigen übereinstimmenden Parallelzeugnisse (vgl. die Vorbemerkung) gewiß nicht beeinträchtigt«, aaO. (Anm. 2, S. 13).

nuten - die Stoppuhr hat alles wohl registriert - springt der Diesel an. Bis zu diesem Augenblick leben die Menschen in diesen vier Kammern, viermal 750 Menschen in viermal 45 Kubikmetern! Von neuem verstreichen 25 Minuten. Richtig, viele sind jetzt tot. Man sieht durch das kleine Fensterchen, in dem das elektrische Licht die Kammer einen Augenblick beleuchtet. Nach 28 Minuten leben nur noch wenige. Endlich, nach 32 Minuten ist alles tot.«

Am folgenden Tag will GERSTEIN nach Treblinka (bei ihm: Trublinka) gefahren sein: »Die Einrichtung war etwa dieselbe, nur viel größer als in Belzec. Acht Gaskammern und wahre Berge von Koffern, Textilien und Wäsche.«[5]

Als technischer Experte und vereidigter Sachverständiger hat Baurat Dipl. Ing. Walter LüFTL aus Wien für eine vergleichbar große Garage (4,0 m x 7,5 m x 3,0 m) zur Gaszusammensetzung und deren Gefährlichkeit für den Menschen bei etwa dreißigminütigem den Dieselgasen in einer geschlossenen Garage Ausgesetztsein die folgende »gutachterliche Information« abgegeben:[6] »Abgase von Dieselmotoren des genannten PKW-Typs haben bei 1000 U/Min einen Gehalt von ca. 16 % O_2, 3,5 % $C0_2$, 0,1 % NOx, 77 % N, 3,5 % H,0 und 0,1 % CO. Bei einem Hubraum von 3000 cm^3 und 1000 U/Min ist in 30 Minuten einmal das gesamte Volumen der Garage an Luft durch den Motor ein- und ausgetreten (0,003 x 1000 x 30 = 90 m^3). Damit ist die Zusammensetzung der Luft, die vorher ca. 21 % 0_2 und ca. 79 % N enthielt, annähernd wie oben dargestellt (durch das Laufen des Motors) verändert worden.«

Nach Ausführungen darüber, daß dies eine Näherung auf der sicheren Seite der Aussage über die Gefährlichkeit sei, erklärt der Sachverständige:

»Die Zusammensetzung der Garagenluft nach einer halben Stunde läßt also folgende Aussagen zu:

1. Der Sauerstoffgehalt ist mit 16 % größer als der von ausgeatmeter Luft, der nur bei 15 % hegt. Da man Bewußtlose, ohne sie zu gefährden, mit Atemluft beatmen kann, resultiert aus dem vermindertem Sauerstoffgehalt keine Gefahr.

2. Der CO-Gehalt liegt bei 0,1 %. Dieser Gehalt würde erst nach 5-6 Stunden Einwirkung zum Tode führen. Eine halbstündige Einwirkung führt theoretisch zu Kopfweh und Schwindel, *in praxi* aber durch die von 0 ansteigende Einwirkung nur zu leichtem Kopfweh.

3. Der NO-Gehalt führt höchstens (NOx - 0,1 % in Dieselauspuff-

[5] Bund es zentrale für Heimatdienst, aaO. (Anm. 2), S. 14 f.

[6] Walter LÜFTL, »Wenn die Wahrheit der Lüge weichen muß — wird dann Lügen zur Pflicht?« in: *Recht und Wahrheit,* Nr. 9/10,1993, S. 24 f.

gasen) durch die Bildung von Methämoglobin zu ähnlichen Erscheinungen wie beim erwähnten 0,1 %igen CO-Gehalt unter Ziffer 2.

4. Der NO_2-Gehalt kann binnen 24 Stunden zu einem Lungenödem führen. Eine ärztliche Betreuung ist daher unbedingt zu empfehlen.

5. Der CO_2-Gehalt bleibt unter 4 %, führt also weder zu kurzfristigen noch langfristigen Schäden.

6. Der Rußgehalt kann langfristig zu Karzinombildung führen, die Anbringung eines zusätzlichen Rußfilters ist daher erforderlich.

Zusammenfassend ist daher anzugeben, daß kurzfristig mit Gewißheit nachteilige und irreversible Folgen auszuschließen sind. Was tatsächlich auftritt, sind Kopfschmerzen und leichter Schwindel. Lebensgefahr besteht nicht, sieht man von der möglichen Spätfolge der Karzinombildung ab.« Ein solches halbstündiges den Dieselauspuffgasen Ausgesetztssein habe für den Organismus des Menschen ähnliche Auswirkungen »wie längeres Kettenrauchen mit starken filterlosen Zigaretten, Ganz sicher sind keine belangreichen Folgen zu erwarten«.



Walter LÜFTL.

Man kann also nach Ansicht eines technischen Fachmanns mit solchen Dieselabgasen in Stundenfrist keine Menschen töten.

Zu Recht fragt der Sachverständige jedoch, ob so ein Gutachten auch vor deutschen (und österreichischen) Gerichten standhält, die die Offenkundigkeit der auf solche Weise vorgenommenen Massenvergasungen zugrunde legen und jede Diskussion darüber ablehnen. Der ein solches Gutachten dem Gericht vorweisende Fachmann müßte wohl wegen Leugnung von NS-Verbrechen, die durch Zeugenaussagen nach Art des GERSTEIN-Berichtes belegt sind, bestraft werden. Die Folge ist: »Die Experten werden also entweder keine Expertisen mehr erstellen können, ohne sich strafbar zu machen, oder sie müssen wider besseres Wissen lügen: >Dieselauspuffgase führen nach 32 Minuten zum Tode.< Eine Lüge dieser Art widerspricht aber den beschworenen Pflichten eines Gutachters.«[7]

Aus diesem Dilemma gibt es in deutschen Landen noch immer keinen Ausweg."

Rolf Kosiek

[7] Ebenda S. 25.

[8] Eine gründliche Untersuchung der Gefährlichkeit von Diesel aus puffgasen findet sich bei Friedrich Paul BERG, »Die Diesel-Gaskammern: Ein Mythos«, in: Ernst GAUSS, *Grundlagen zur Zeitgeschichte,* Grabert, Tübingen 1994, S. 321—345.

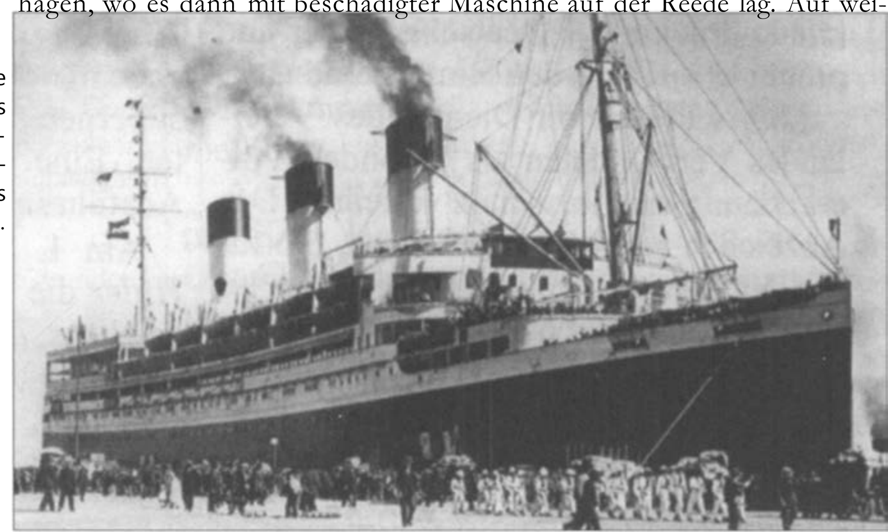
Die Tragödie der Cap Arcona

Einen Tag vor dem Kriegsende in Norddeutschland wurden am 8. Mai 1945 die >Cap Arcona< und andere Schiffe mit Tausenden von KL-Häftlingen an Bord von britischen Jagdbombern bei hellichtem Tage in der Lübecker Bucht versenkt, wobei auch eine Rote-Kreuz-Bezeichnung nicht geachtet wurde und die Häftlinge mit weißen Tüchern und Ähnlichem von den Decks auf die besondere Lage hingewiesen hatten. Die Tragödie dieser Schiffe bildet ein ungesühntes englisches Kriegsverbrechen, das dem Vergessen entrissen zu werden verdient.

Die >Cap Arcona* war als >Luxusliner< 1926 mit 27561 Bruttoregistertonnen (BRT) bei Blohm und Voß in Hamburg vom Stapel gelaufen und wurde als »Königin des Südatlantiks* auf der Hamburg-Südamerika-Linie eingesetzt.[1] Im Zweiten Weltkrieg diente sie als Wohnschiff der Kriegsmarine in Gotenhafen. Im Rahmen der Rettung der ostdeutschen Flüchtlinge und der Verwundeten der Ostfront fuhr das für höchstens 2000 Personen eingerichtete Schiff am 3. Februar 1945 mit rund 13000 Menschen an Bord von Gotenhafen zur Reede vor Neustadt in Holstein und wurde tagelang entladen.

[1] Heinz SCHÖN, »Die Versenkung der >Cap Arcona«< in: *Deutsche Militär-Zeitschrift,* Nr. 27, 2001, S. 86-90.

Nachdem Schiffsleitung und Reederei das Schiff für fahruntüchtig erklärt hatten und Kapitän Johannes GERDS sich erschossen hatte, lief das Schiff dennoch auf Befehl unter dem neuen Kapitän Heinrich BERTRAM am 27. März wieder nach Hela aus und transportierte noch einmal schätzungsweise 8000 Verwundete und 3000 Flüchtlinge von dort nach Kopenhagen, wo es dann mit beschädigter Maschine auf der Reede lag. Auf wei-



Die 1926 erbaute >Cap Arcona*, die als iKÖnigin des Südatlantiks* galt und im Zweiten Weltkrieg als Wohnschiff diente.

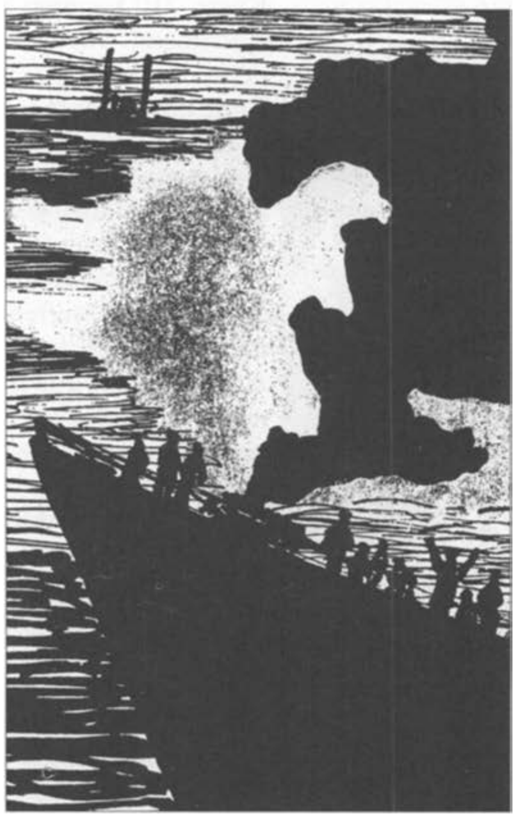
teren Befehl verlegte das angeschlagene Schiff am 13. April 1945 von Kopenhagen wieder zur Reede vor Neustadt in der Lübecker Bucht.

Dort waren das nicht mehr seetüchtige Schiff wie die beiden Frachter >Thielbek< (2815 BRT) und >Athen< (4451 BRT) für eine >Sonderaktion< vorgesehen. Der Hamburger Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Karl KAUFMANN (1900-1969) wollte Hamburg kampflos den anrückenden westalliierten Truppen übergeben, aber vorher das Konzentrationslager Neuengamme vor den Toren der Hansestadt räumen. Die rund 12 500 Häftlinge sollten auf den drei Schiffen untergebracht werden, davon 8000 auf der >Cap Arcona< Proteste der am 19. April davon unterrichteten Kapitäne wurden von den die Aktion leitenden SS-Offizieren mit der Androhung des Erschießens bei Weigerung der Aufnahme der Häftlinge beantwortet, Am 26. Aprii begann die Beladung der Schiffe mit Häftlingen. Bis 28, April waren einschließlich der 500 Mann Bewachung und der 70 Mann Besatzung rund 7000 Menschen unter schlimmen Bedingungen an Bord der >Cap Arcona< zusammengedrängt, auf den beiden anderen genannten Frachtern ebenfalls Tausende. Außerdem lag noch eine große Reihe anderer Schiffe in der Lübecker Bucht.

Als Anfang Mai 1945 bekannt wurde, daß für den 4. Mai die Teilkapitulation für Norddeutschland in Kraft trete, und am 2. Mai bereits alliierte Streitkräfte sich Neustadt näherten, hoffte man auf ein gutes Ende. Am 3. Mai begab sich Kapitän BERTRAM frühmorgens nach Neustadt und erfuhr, daß nachmittags britische Einheiten in Neustadt sein würden und damit die unhaltbare Lage der insgesamt 10470 Menschen an Bord der >Cap Arcona< (5519), >Thielbek< (2919) und >Athen< (2032) beendet werden könne.[1]

Doch an diesem 3, Mai 1945 griff mittags gegen 12 Uhr plötzlich eine britische Bomberstaffei mit Bomben, Raketen und Bordwaffen die Häftlingsschiffe an. Zuerst wurde der in der Nähe





Oben: Karte Lübecker Bucht, *Unten:* Der Untergang der Häftlingsflotte vor Neustadt, Zeichnung des jüdischen Malers Berl FKIEOLER, aus: *Die Zeit,* 28. 4, 1985.

[2] Ebenda, S 89.

[3] Ebenda, S. 90.

[4] Karl HERMANN, »Nicht Rettung, sondern Vernichtung«, in: *Die Zeit,* Nr. 47,18. 11.1988, S. 53 f.; vgl. auch Bruno NEURATH, »»Cap Arcona* in Flammen«, in: *Die Zeit,* Nr. 18,18. 4. 1995, S. 13-16.

[5] Heinz SCHON, *Ostsee 45. Menschen — Schiffe — Schicksale,* Motorbuch, Stuttgart 1992.

[6] Wilhelm LANGE, *Cap Arcona. Das tragsche Ende der KZ-Häftlingsflotte am 3. Mai 1945,* Struve, Eutin 1988; Bogdan SUCHOWIAK, *Mai 1945: Die Tragödie der Häftlinge von Neuengamme,* Rowohlt, Hamburg 1985.

liegende und zum Lazarettschiff mit Rote-Kreuz-Zeichen umgerüstete Dampfer »Deutschland«, auf dem sich keine Häfdinge befanden, angegriffen und versenkt. Um 14 Uhr 30 flog eine weitere Bomberstaffel einen Angriff auf die >Cap Arcona«, die von vierzig Raketen in ein Flammenmeer verwandelt wurde. Die ebenfalls von 32 Raketen getroffene »Thielbek« sank schnell. Die beim ersten Angriff mit weißer Fahne in den Hafen von Neustadt eingelaufene »Athen«, von der dann viele Häftlinge an Land gelangt waren, wurde im Hafen angegriffen, die von ihr flüchtenden Menschen wurden unter Bordwaffenbeschuß genommen, wie auch die Briten im Wasser schwimmende Menschen der anderen Schiffe gezielt beschossen.[2]

Vom Frachter »Thielbek« überlebten nur rund 50 Menschen diese Tragödie. Die brennende »Cap Arcona« kenterte nach wenigen Stunden gegen 17 Uhr 30. Von ihr erreichten etwa 40 Häftlinge schwimmend die Küste, 310 konnten vom Wrack geborgen werden, rund 100 Mann der Wachmannschaften und der Besatzung wurden gerettet. Insgesamt forderte dieser völlig sinnlose Massenmord am Tage vor dem vereinbarten Ende der Kampfhandlungen in Norddeutschland mehr als 8000 Tote.[3]

Zur Entschuldigung gaben britische Stellen später an, man habe angenommen, daß sich auf den Schiffen führende Nationalsozialisten nach Norwegen hätten retten wollen, was nicht zutraf, wozu die Schiffe auch völlig ungeeignet waren und was von den anfliegenden englischen Flugzeugen bei den Menschenmassen auf den Schiffen auch gut zu erkennen war. Der Bordwaffenbeschuß in die Menschenmassen widerlegt ebenso diese offensichtlich an den Haaren herbeigezogene Begründung der Angriffe. Es wurden von den Angreifern neu entwickelte Raketen benutzt, deren Wirksamkeit offensichtlich geprüft werden sollte.



»»Eine offizielle Erklärung der britischen Regierung zu diesem Menschenrechtsverbrechen, oder gar eine Entschuldigung dieser möglicherweise »aus Versehen« erfolgten Versenkung der Häftlingsschiffe liegt bis heute nicht vor.«[3] Der Tod Tausender wurde bei der Einsatzleitung sogar zynisch kommentiert: »>eine der größten Schiffskatastrophen aller Zeiten machte in den Einsatzberichten der RA. F. ganze vier Zeilen aus: ,1m Hinblick auf die Menschenmassen, die aus ihnen (»Cap Arcona« und »Thielbek«, R. K.) herausquellen, und im Hinblick auf die Lage kann man nur annehmen, daß viele Hunnen heute die Ostsee sehr kalt fanden.«[4]

Eine ausführliche Darstellung dieser Tragödie hat I leinz SCHÖN vor wenigen Jahren veröffentlicht' nach anderen Darstellungen/' Im Jahre 1986 wurde in Hamburg ein Denkmal des Wiener Bildhauers Alfred HRDLICKA zur Erinnerung an die Tragödie aufgestellt (s. Abbildung links).

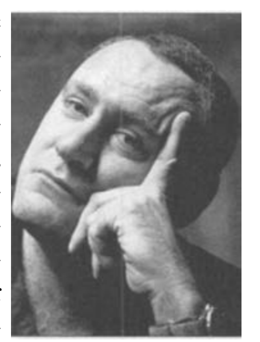
Rolf Kosiek

Seit Jahren wird gegen nationale Deutsche, die Zweifel an den Massenvergasungen in NS-Konzentrationslagern äußern, mit dem § 130 des Strafgesetzbuches {»Volksverhetzung«) vorgegangen. Die Prozesse der Jahre 2006/07 gegen David IRVING, Ernst ZÜNDEL und Germar RUDOLF sind die Spitze von Tausenden von Verfahren zu diesem Tatbestand.

Nicht als Rechte angesehene Persönlichkeiten dürfen jedoch Zweifel äußern, ohne belangt zu werden, oder die Bestrebungen der bundesdeutschen justizministerin Brigitte ZYPRIES, die Leugner des Holocaust in ganz Europa nach einheitlichen Grundsätzen zu verfolgen und zu bestrafen, kritisieren.

1. So schrieb die Holocaust-Forscherin, selbst Jüdin, Gitta SERENY in der londoner *Times* vom 29. August 2001: »Auschwitz war ein schrecklicher Ort, aber es war kein Vernichtungslager.«

2. Am 27, November 2005 erklärte der im Londoner Exil lebende israelische Schriftsteller Gilad ATZMON im Bahnhof Bochum-Langendreer unter anderem: »Der Holocaust ist eine komplette, von Amerikanern und Zionisten initiierte Fälschung.« Die *Ruhr-Nachrichten* berichteten am 29, November 2005 in ihrem Artikel über den Vortragsabend, daß er weiter geäußert habe: »Die Deutschen sollten dies endlich erkennen und sich nicht länger schuldig und auch nicht verantwortlich fühlen.« Ein deswegen am 5. Dezember 2005 eröffnetes Ermittlungsverfahren stellte die Staatsanwaltschaft Bochum (Az.: 33Js 440/05) mit der Begründung ein: »So ergibt sich jedoch, daß der Beschuldigte den während der Zeit des Nationalsozialismus an dem jüdischen Volk begangenen Völkermord weder zu leugnen noch zu verharmlosen suchte.«



Gilad ATZMON.

3. Nach der *Süddeutschen Zeitung* vom 12. Dezember 2006 sagte der Wiener Oberrabiner Moishe Ayre FRIEDMAN in seinem Vortrag bei der Holocaust-Konferenz in Teheran: »Der Holocaust ist eine erfolgreiche historische Fiktion.«

4. Am 15. Januar 2007 wandte der Kolumnist Konrad ADAM in der *Welt* sich gegen die europaweiten Bemühungen von Bundesjustizministerin ZYPRIES. Er warnte die anderen Länder: »Nachdenken sollten vor allem diejenigen Länder, in denen die liberale Tradition lebendiger ist als hierzulande, weil sie den Unterschied von Wort und Tat nicht ganz so großzügig übersehen wie diejenigen Deutschen, die stolz darauf sind, sich zur Gesinnungsgemeinschaft der Anständigen zusammengefunden





Von links: Gitta SERENY, Ayre FRIEDMAN und der Welt-Kolumnist Konrad ADAM.





Von oben: Volker ZASTROW und Rudolf AueSTEIN. Mitte: Opfer des KL Buchenwald, aus: *Deutschland im Krieg,* Rastatt 2003.

zu haben.« Die Deutschen warnte er in dem mit »Gesinnungsdiktatur« überschriebenen Artikel vor dieser; »Sie wollen die Mehrheit an die Leine nehmen und die Gesinnungsgemeinschaft der Anständigen zur Gesinnungsdiktatur der politisch Korrekten ausbauen.« Schon am 22. Februar 2006 hatte er in der *Welt* zutreffend festgestellt: »Anders als das bekannte Glaubensbekenntnis läßt sich die Frage, ob es in Auschwitz Gaskammern gegeben hat, überprüfen; und zwar mit Hilfe der Wissenschaft. Gerichte braucht man dazu nicht.« Als ein Ingenieur wie Fred LEUCHTER

oder ein Chemiker wie Germar RUDOLF ebendas versuchen wollten, wurden sie juristisch verfolgt.

5. Der Leitende Redakteur des *Spiegels* Fritjof MEYER kam in seinem Artikel »Die Zahl der Opfer von Auschwitz« in der Fachzeitschrift *Osteuropa* Nr. 5, 2002 auf Seite 631—641 zu dem Ergebnis, daß die bisher von der Geschichtswissenschaft als zur Massenvergasung von Menschen verwendet angesehenen Räume nicht dazu benutzt worden seien, daß dazu andere Gebäude gedient hätten und daß die Gesamtzahl der Opfer in Auschwitz ungefähr 510000 betragen habe. Gegen ihn wurden Strafanzeigen erstattet, die Ermittlungsverfahren jedoch eingestellt, da er nicht zu verharmlosen oder zu leugnen vorgehabt habe.



In einer Kolumne der Tageszeitung *Die Welt* (28. 12. 2005) sprach sich Ralph DAHRENDORF für eine Eröffnung der Holocaust-Diskussion: >... um das Gedeihen freier Gesellschaften zu fördern, sollten die Beschränkungen der freien Meinungsäußerung eher gelockert als verschärft werden. Meiner Meinung nach sollte die Leugnung des Holocaust im Gegensatz zur Forderung nach Tötung von Juden nicht unter Strafe gestellt werden«.

6. Am 16. Februar 2007 führte V.Z. (Volker ZASTROW) auf der ersten Seite der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in der Leitglosse zum ZÜNDEL-Urteil des Mannheimer Landgerichtes an: »Der Straftatbestand des Holocaust-Leugners. . . macht es einem Überzeugungstäter unmöglich, entlastende Beweise anzuführen - da ja das Leugnen von Sachverhalten verboten wurde, muß mit verboten werden, darüber zu verhandeln, ob es welche sind. Sonst würde die Verhandlung selbst zur strafbaren Handlung, Eigentlich könnte man sich das aufwendige Verfahren also schenken, und eigentlich war das allen Verfahrensbeteiligten in Mannheim klar: ein kurzer Prozeß im Gewand eines langen. Ob das eines Rechtsstaats würdig ist, steht auf einem anderen Blatt. Zumal die Strafbarkeit inzwischen auf die Gesinnung ausgedehnt wurde - seit 2005 ist schon das »konkludente« Billigen von NS-Verbrechen strafbar, also, daß es jemandem erfolgreich nachgesagt werden kann.«

7. Rudolf AUGSTF.IN schrieb im *Spiegel* *Nr.*4,1995, auf Seite 41: »Weder die Gaskammern noch jenen Namen muß er (Adolf HITLER) zwingend gekannt haben, der wie ein Brandmal den Deutschen anhängt und anhängen wird, solange man sich für Geschichte noch interessiert: Auschwitz.«

8. *Der Spiegel* schrieb in Nr. 21, 1996, auf Seite 76: »Das Nürnberger Tribunal wurde noch 1946 von der polnischen Regierung informiert, die Tötungen (in den polnischen Vernichtungslagern) seien durch elektrischen Strom erfolgt.«

9. *Der Spiegel* schrieb in Nr, 21, 1996, auf Seite 76: »Der österreichische Sozialist Benedikt KAUTSKY oder der serbische Schriftsteller Ivan IVANJI, die als Gefangene Auschwitz überlebten, hatten die Gaskammern nicht gesehen.«

Rolf Kosiek

Frühe Angaben jüdischer Opferzahlen

In der gängigen Literatur über das Schicksal der Juden im Zweiten Weltkrieg wird meist angeführt, daß 6 Millionen Juden Opfer der deutschen Massenvernichtung wurden.[1] Als Quelle für diese Zahl gilt allgemein die Aussage von Wilhelm Höttl. vor dem Nürnberger Tribunal, der sich dabei auf eine Angabe von Adolf EICHMANN bezog. Der Militärhistorikerjoachim HOFFMANN wies jedoch nach, daß der sowjedsche Propagandist Ilja EHRFNBURG diese Zahl schon am 4. Januar 1945 erwähnt hatte, und damit noch Wochen, bevor die Sowjets das als größtes Vernichtungslager geltende Konzentrationslager Auschwitz am 27, Januar 1945 eroberten,[2] Doch es gibt noch eine Reihe früherer Belege dieser Zahl, die von Martin BROSZAT, dem Leiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, am 3. Mai 1979 im Frankfurter Prozeß gegen Erwin SCHÖNBORN als »symbolische Zahl« bezeichnet wurde.

[1] Wolfgang BENZ (Hg), *Dimension lies Völkermords,* Oldenbourg, München 1991.

[2] Joachim HOFFMANN, *Stalins Vernichtungskrieg 1941—1945,* Wehrwissenschaften, München 1995, S. 160 f.

An anderer Stelle wurde bereits ein Artikel aus dem *American Hebrew* vom 31. Oktober 1919 erwähnt,[1] indem unter der Überschrift »Die Kreuzigung der Juden muß ein Ende haben« zur Lage der Juden in Osteuropa geschrieben wurde: »6 Millionen Menschen werden zum Grabe gewirbelt. . . 6 Millionen Männer und Frauen sterben. . . in diesem drohenden Holocaust des menschlichen Lebens. .. 6 Millionen ausgehungerte Männer und Frauen.«

[1] Beitrag Nr. 41, »Der erste Holocaust«.

Die erste in der Literatur überlieferte Nennung der 6 Millionenzahl scheint aus dem Jahre 1900 zu stammen, als der Rabbi Stephen WISF in den USA auf Veranstaltungen zur Unterstützung in Not geratener Glaubensgenossen erklärte: »Es gibt 6 000000 lebende, blutende, leidende Argumente für den Zionismus.«

Während des Ersten Weltkrieges brachten US-Zeitungen mehrfach Hinweise auf 6 Millionen in Osteuropa leidender und dem Tode ausgesetzter Juden. So schrieb die angesehene und weitverbreitete *New York Times* am 14. Januar 1915: »In der Welt gibt es heute etwa 13000000 Juden, von denen mehr als 6000000 im Herzen des Kriegsgebietes leben; Juden, deren Leben auf dem Spiel steht und die heute jeder Art Leid und Elend ausgesetzt sind.«

Im Rahmen der US-Kriegspropaganda wurden auch schon damals Deutsche der Verbrechen an Juden beschuldigt. Die *New York Times* klagte am 10. August 1917 an: »Deutsche lassen Juden sterben. Frauen und Kinder in Warschau verhungern.« Den Österreichern wurde die Massenvergasung Einheimischer in Serbien vorgeworfen. So behauptete der Londoner *Daily Telegraph* am 22. März 1916 auf Seite 7 über »Gewalttaten in Serbien« ohne jede Berechtigung: »Frauen, Kinder und alte Männer wur-

den durch die Österreicher in Kirchen eingeschlossen und entweder mit dem Bajonett erstochen oder durch erstickendes Gas getötet. In einer Kirche in Belgrad wurden auf diese Weise 3000 Frauen, Kinder und alte Männer erstickt.«

In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg häuften sich die Hinweise auf 5 oder 6 Millionen leidender, hungernder oder sterbender Juden in amerikanischen Medien. Am 29. September 1919 schrieb die *New York Times* von »6000000 Seelen. . . in unglaublich tragischer Armut, Hunger und Krankheit«, am 26. Oktober 1919 von »4000000 hungernden Juden in Osteuropa«, am 12. November 1919 von »unglaublich tragischer Armut, Hunger und Krankheit für etwa 6000000 oder die Hälfte der jüdischen Bevölkerung der Erde«, am 3. Dezember 1919, daß »nichts auf der Welt außer einem Wunder den Tod von 5 000 000 bis 10 000 000 Menschen durch Kälte und Hunger in Europa und dem Nahen Osten in diesem Winter verhindern« könne, was ein »grausames jüdisches Massaker« sei.

Im folgenden Jahre ging es ähnlich weiter. Die *New York* Times berichtete am 21. April 1920, in Europa gebe »es heute mehr als 5000000 Juden, die hungern oder im Begriff sind zu verhungern«. Am 1. Mai 1920 mahnte das genannte Blatt seine Leser: »Aber das Leben von 6000000 (jüdischer, R. K.) Menschen wartet auf unsere Antwort.« Am nächsten Tag wies die Zeitung darauf hin: »Sechs Millionen Menschen ohne Nahrung, Unterkunft, Kleidung oder medizinischer Versorgung«, und wiederholte Nachrichten über die Not von 6 Millionen Juden in Osteuropa auch an den nächsten Tagen. In den folgenden Jahren traten immer wieder ähnliche Meldungen auf, so in der *New York Times* am 9. Januar 1922, am 21. April 1926 oder am 4. Dezember 1926.

Schon während des Zweiten Weltkrieges wurde der Vorwurf der Ermordung von sechs Millionen Juden gegen die Deutschen erhoben. In der Geschichte der zionistischen »Palästinensischen Brigade*, die als jüdische Einheit im Zweiten Weltkrieg im Rahmen der britischen 8. Armee in Italien kämpfte, wird festgestellt, »daß man den Mitgliedern der Brigade vor der Überquerung des Brenners (also im Frühjahr 1945, R. K.) die »Zwölf Gebote für hebräische Soldaten auf deutschem Boden< vorlas, dessen erstes lautete: »Denkt an eure sechs Millionen ermordeter Brüder.*«[4]

Zu diesen frühen Nennungen der 6 Millionen-Zahl im Zweiten Weltkrieg gehört der Beitrag »Erinnert Euch an uns« von Ben HECHT[5] von Anfang 1943. Darin wird eine Vorschau auf die kommende, den Zweiten Weltkrieg abschließende Friedenskonferenz gehalten. Auf ihr würden die deutschen Delegierten denen der anderen Staaten in die Augen sehen, »Alle Opfer des deutschen Abenteuers werden da sein, um das

[4] Zitiert unter Hinweis auf Michel BAR-ZOHAR, *Les Vengeurs,* Librairie Artheme Fayard, Paris 1968, von Hannsjoachim W K(X:H, in: *Volksgerichtshof* Universitas, München 1988, S. 627 in Anmerkung 171.

[5] Ben HECHT, »Remember Us«, in: *Readers Digest,* Februar 1943, S. 107-110, als Zusammenfassung aus einem Beitrag des *The American Mercury.*

Urteil zu sprechen, alle außer einem: den Juden.« Denn diese seien einmal keine Einheit, die Vertreter zur Konferenz senden könne, und zweitens seien dann kaum noch Juden in Europa vorhanden.

»Es wird keine Vertreter der 3000000 Juden geben, die einst in Polen lebten, oder der 900000, die einst in Rumänien lebten, oder der 900000, die einst in Deutschland lebten, oder der 750000 aus Ungarn, oder der 150000 aus der Tschechoslowakei, oder der 400000, die einst in Frankreich, Holland und Belgien lebten.

Von diesen 6 Millionen Juden ist bereits beinahe ein Drittel von Deutschen, Rumänen und Ungarn massakriert worden, und selbst die konservativsten Rechner schätzen, daß vor Kriegsende mindestens ein weiteres Drittel getötet sein wird.

Diese Zahlen werden nicht jene Juden einschließen, die in den kurzen Blitzkriegen der Deutschen starben, auch nicht jene, die in den Verlustlisten der Russen erscheinen. Von den drei Millionen Juden in Rußland sind mehr als 700000 in die Sowjetarmee eingetreten und haben auf allen heldenhaften Schlachtfeldern der Russen gekämpft und geblutet. ..

Die Millionen, die gehängt, verbrannt oder erschossen wurden, starben nicht, davon träumend, die Demütigung zu rächen und das Vaterland wiederherzustellen.«

Dann werden mehrere Beispiele für Massaker in der Zwischenkriegszeit angeführt, darunter auch: »Erinnert Euch an uns. In der Stadt Freiburg und im Schwarzwald wurden 200 von uns gehängt und an unseren Küchenfenstern aufgeknüpft, um die Synagogen brennen und unseren Rabbi zu Tode geprügelt zu sehen.« Von einem solchen Verbrechen ist jedoch sonst nichts bekannt geworden. Auf eine Anfrage des Verfassers[6] beim Stadtarchiv Freiburg nach diesem angeblichen Ereignis, wurde prompt geantwortet:[7] »In der Reichspogromnacht vom 9. bis 10. November 1938 brannte zwar die Freiburger Synagoge, aber ich denke nicht, daß sich die zitierte Passage auf dieses Ereignis bezieht. Ich vermute, daß in der amerikanischen Veröffentlichung die Ermordung der Juden im Gefolge der Pest von 1349 angesprochen wird.« Und es wird auf die beigefügte Kopie mit dem entsprechenden Kapitel aus der Stadtgeschichte Freiburgs Bezug genommen. Da die mittelalterliche Ausschreitung jedoch offensichtlich mit der von Ben HECHT erwähnten Verfolgung nichts zu tun hat, vermutete die Archivrätin: »Unter Umständen spielte sich der von Ihnen geschilderte Vorfall nicht in Freiburg, sondern im Schwarzwald ab.« Aber auch dort ist davon nichts bekannt, und bei Vorliegen eines solchen Verbrechens wäre dieses sicher hervorgehoben worden.

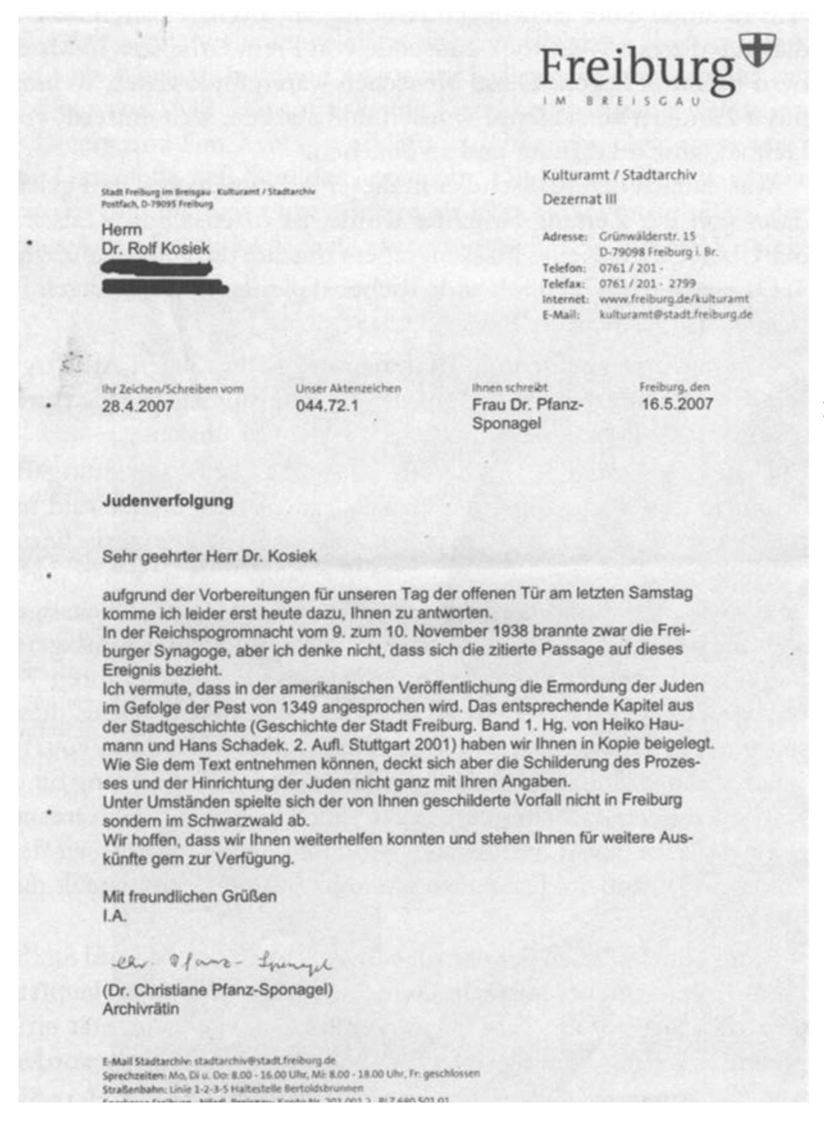
Ben HECHT schreibt dann weiter: »Erinnert Euch an uns, die wir in der Ukraine waren. Hier wurden die Deutschen wütend, weil wir zuviel Zeit und zuviel Munition kosteten, um uns zu töten. Sie ersannen eine billigere

[6] Brief des Verfassers vom 28. 4. 2007 an das Freiburgcr Stadtarchiv..

[7] Schreiben des Kulturamts/ Stadtarchivs Freiburg im Breisgau vom 16. 5. 2007 an den Verfasser.. Siehe Faksimile am Ende des Beitrags,

Methode. Sie brachten unsere Frauen auf die Straßen und banden sie mit unseren Kindern zusammen. Dann fuhren sie mit schweren Lastkraftwagen in uns hinein. Tausende von uns starben, indem deutsche Militärautos über unsere gebrochenen Körper vor- und zurückfuhren.« Auch solch ein Verbrechen wurde in der seriösen Literatur nicht erwähnt und dürfte deswegen ebenso erfunden sein.

Anzumerken ist ferner, daß unter den verschiedenen in diesem Artikel aufgeführten Tötungsarten keine Vergasungen - mit Ausnahme des erwähnten Belgrader Falls von 1916 - erwähnt wurden, **Rolf Kosiek**



Freiburg
IM BREISGAU

Stadt Freiburg im Breisgau · Kulturamt / Stadtarchiv
Postfach, D-79095 Freiburg

Herrn
Dr. Rolf Kosiek

Kulturamt / Stadtarchiv
Dezernat III

Adresse: Grünwälderstr. 15
D-79098 Freiburg i. Br.
Telefon: 0761 / 201 -
Telefax: 0761 / 201 - 2799
Internet: www.freiburg.de/kulturamt
E-Mail: kulturamt@stadt.freiburg.de

Ihr Zeichen/Schreiben vom	Unser Aktenzeichen	Ihnen schreibt	Freiburg, den
28.4.2007	044.72.1	Frau Dr. Pfanz-Sponagel	16.5.2007

Judenverfolgung

Sehr geehrter Herr Dr. Kosiek

aufgrund der Vorbereitungen für unseren Tag der offenen Tür am letzten Samstag komme ich leider erst heute dazu, Ihnen zu antworten.
In der Reichspogromnacht vom 9. zum 10. November 1938 brannte zwar die Freiburger Synagoge, aber ich denke nicht, dass sich die zitierte Passage auf dieses Ereignis bezieht.
Ich vermute, dass in der amerikanischen Veröffentlichung die Ermordung der Juden im Gefolge der Pest von 1349 angesprochen wird. Das entsprechende Kapitel aus der Stadtgeschichte (Geschichte der Stadt Freiburg. Band 1. Hg. von Heiko Haumann und Hans Schadek. 2. Aufl. Stuttgart 2001) haben wir Ihnen in Kopie beigelegt.
Wie Sie dem Text entnehmen können, deckt sich aber die Schilderung des Prozesses und der Hinrichtung der Juden nicht ganz mit Ihren Angaben.
Unter Umständen spielte sich der von Ihnen geschilderte Vorfall nicht in Freiburg sondern im Schwarzwald ab.
Wir hoffen, dass wir Ihnen weiterhelfen konnten und stehen Ihnen für weitere Auskünfte gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
I.A.

Chr. Pfanz-Sponagel

(Dr. Christiane Pfanz-Sponagel)
Archivrätin

E-Mail Stadtarchiv: stadtarchiv@stadt.freiburg.de
Sprechzeiten: Mo, Di u. Do: 8.00 - 16.00 Uhr, Mi: 8.00 - 18.00 Uhr, Fr: geschlossen
Straßenbahn: Linie 1-2-3-5 Haltestelle Bertoldsbrunnen

Faksimile des Schreibens der Stadt Freiburg/Br. vom 28. April 2007 an den Verfasser,

Aus 13 Opfern wurden Tausende

Am 24. November 1987 berichtete die *Marbacher Zeitung* über eine Gedenkfeier auf dem sogenannten Russischen Friedhof im Gemeindewald von Pleidelsheim bei Stuttgart, bei der unter anderen auch der Realschulrektor Erhard KALKO sowie der Kreisbeauftragte des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge (VDK), Siegfried MÜLLER, sprachen. Die Marbacher Realschüler hatten die Pflege der Gräber übernommen: »Im Rahmen einer freiwilligen Arbeitsgemeinschaft hatten sie erfahren, daß auf diesem Waldstück Tausende von Fremdarbeitern in Massengräbern bestattet liegen. Diese Menschen waren im Zweiten Weltkrieg aus ihren Ländern verschleppt worden und starben, weit entfernt von ihrer Heimat, an Entkräftung und an Seuchen.«

Was danach den Realschüler in dieser Arbeitgemeinschaft gelehrt und dann von der Zeitung berichtet wurde, ist offensichtlich falsch. Unter der Überschrift »Keine Massengräber« brachte die genannte Zeitung am 4. Dezember 1987 die folgende Richtigstellung des zuständigen Pleidesheimer Bürgermeisters Erwin PAULUS:

»1. Die Aussage >Denn im Rahmen einer freiwilligen Arbeitsgemeinschaft haben sie erfahren, daß auf diesem Waldstück Tausende von Fremdarbeitern in Massengräbern bestattet liegen< ist unrichtig.

2. Richtig ist, daß während des Baues der Autobahn Stuttgart-Heilbronn in den 40er Jahren ein Arbeitslager im Gemeindewald untergebracht war. In diesem Arbeitslager waren russische, französische und polnische Fremdarbeiter untergebracht, die beim Autobahnbau und in den umliegenden Industriebetrieben gearbeitet haben. Das Arbeitslager hatte aber nachweislich keinen Gefangenen- oder Konzentrationslagercharakter; Gewalttätigkeiten wurden nicht begangen. In den Jahren 1942/43 war diesem Arbeitslager ein Krankenlager angegliedert. Aus dieser Zeit stammen 11 Gräber. Der damalige Bürgermeister Hermann KELLER hatte sich für eine ordnungsgemäße menschenwürdige Beerdigung für die verstorbenen Fremdarbeiter eingesetzt. Auch wurden von Hermann KELLER die persönlichen Sterbedaten ordnungsgemäß im Register des Standesamts Pleidesheim festgehalten und beurkundet, was damals durchaus nicht üblich war.

3. Im Jahr 1972 ließ der damalige Bürgermeister Eberhard SIEGLE zwei Fremdarbeitergräber aus dem Gemeindefriedhof an der Hauptstraße in den Waldfriedhof im Einvernehmen mit dem Gemeinderat umbetten. Normalerweise wären diese Gräber wie üblich abgeräumt worden.

4. Nachdem weder der Kreisbeauftragte des VDK — Herr Siegfried

MÜLLER - noch der Realschulrektor der Realschule Marbach - Herr Erhard KALKO — diese Falschinformation bisher richtiggestellt haben, gehe ich davon aus, daß sie sich leichtfertig über die geschichtlichen Hintergründe hinweggesetzt haben. Dies kann nicht Ziel und Aufgabe der Heranführung von Jugendlichen an geschichtliche Tatsachen sein.«

In erfreulich sachlicher Weise berichtete die *Ludmgsburger Kreisleitung* am 12. November 2005 über diese Gräber, in denen zehn russische Fremdarbeiter, zwei russische Kriegsgefangene und ein vermutlich polnischer unbekannter Soldat lagen. 1939 sei bei diesem Walde ein Barackenlager für rund 200 Personen entstanden, in das Ende November 1939 rund 60 polnische Kriegsgefangene eingeliefert wurden, die dann bald im Dorf untergebracht wurden, während russische Kriegsgefangene später ins Lager folgten. Als 1942 eine ansteckende Krankheit ausbrach, wurde ein Teil des Lagers zum Seuchenlager erklärt, in dem einige Gefangene starben. Die Gemeinde ließ Schilder aufstellen. Die Grabpflege wird seit 1962 von der Berufsfeuerwehr Stuttgart, ab 1984 auch von Schülern der Marbacher Anne-Frank-Realschule vorgenommen. **Rolf Kosiek**



Der iRussenfriedhofi in Pleidesheim. Dreizehn Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, die wahrscheinlich einer Seuche zum Opfer fielen, sind dort begraben. Aus: *Ludwigsburger Kreiszeitung,* 12.**11.** 2005.

Stalin-Opfer als KZ-Opfer

Da Bilder oft eindrucksvoller als lange Berichte sind, benutzte die Umerziehungspropaganda häufig gefälschte Fotos zu ihren Kampagnen. Richtigstellungen dazu gab es anschließend selten. Ein Beispiel solcher Fälschung sei aus dem deutschen Fernsehen gebracht. Frau Margarete RICHTER, Lenzkirch, hat in einem Leserbrief in der *FAZ* berichtet:

»Das Fernsehen der Schweiz brachte während der Regierungszeit von GORBATSCHOW und der aufkommenden Freiheit in der Sowjetunion vor einigen Jahren eine Sendung über die »Vernichtung der Kulaken* mit einigen kurzen Filmausschnitten aus damaliger Zeit. So konnte man sehen, wie auf einem weiten Feld, auf dem einige Panjewagen mit Pferden mit herunterhängenden Köpfen standen, Sowjets in ihren alten Uniformen erfrorene Kulaken, die auf dem Feld verhungert waren (so der Kommentar), auflasen und auf die Wagen warfen. Wenn ich gewußt hätte, was mir noch bevorstand, wäre alles genau notiert worden.

Vielleicht zwei Jahre später brachte die ARD eine Sendung, in der Filmausschnitte gezeigt wurden von Angehörigen der Siegermächte bei Befreiung von Konzentrationslagern. Und was sah ich da zu meinem Erschrecken? Genau den gleichen Filmausschnitt über das Aufladen toter Kulaken, jedoch mit der Erklärung, es handle sich um eine Aktion in einem deutschen Konzentrationslager. Die eindeutige Wahrheit hatte die Schweiz berichtet, daran bestand kein Zweifel. Seitdem glaube ich in dieser Hinsicht nichts mehr.«

Das gilt auch für andere Abbildungen, die oft mehrmals als Fälschungen im Fernsehen oder in der Presse gezeigt wurden, wie der bekannte kleine Judenjunge aus dem Warschauer Ghetto, der ermordet sein sollte, sich dann aber als Erwachsener aus Großbritannien meldete,[2] oder den mit Menschen beladenen Güterzug in Hamburg, der wahrheitswidrig als Beweis für ins KZ Deportierte gezeigt wurde.[3]

Rolf Kosiek

[1] Margarete RICHTER, Lenzkirch, »Austauschbare Fernsehtote«, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 3. 2. 1995

[2] Michael SONTHEIMER, *Bilder des Zweiten Weltkrieges,* Deutsche Verlagsanstalt (DVA), München 2005, S. 193.

[3] Beitrag Nr. 712, »Historiker fälscht Foto«.

>Edelweißpiraten< und Widerstand

Zum Widerstand gegen das Dritte Reich gehörten die verschiedensten Gruppen, Eine der umstrittensten bildeten die »Edelweißpiraten<, die nach einer Auszeichnung in Yad Vashem 1984 wieder einmal in die Schlagzeilen gerieten und durch falsche Darstellungen unberechtigt Aufsehen erregten und betroffen wurden. Die Presse berichtete Mitte März 1984:'

»Die Jerusalemer Gedenkstätte >Yad Washem< für die jüdischen Gpfer des Nationalsozialismus hat gestern vier frühere Kölner Widerstandskämpfer geehrt, zwei von ihnen posthum. >Edelweiß-Piraten* nannten sich die 13- bis 16jährigen Jugendlichen, die damals jüdischen Mitbürgern und anderen Verfolgten des Nazi-Regimes Unterschlupf gewährten. 13 von ihnen wurden von der Gestapo getötet, 18 leben noch. Jean JÜLICH und Wolfgang SCHWARZ nahmen in Jerusalem die Ehrung entgegen, auch stellvertretend für Michael JoVY und Bartholomäus SCHINK«, die 1944 von der Gestapo getötet wurden. »Vier Bäume an der >Straße der Gerechten« vor der Gedenkstätte tragen nun die Namen der Widerstandskämpfer. Es ist das erste Mal, daß in Jerusalem eine Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus geehrt wird, der Jugendliche angehörten.«

Dieser Ehrung mit dem israelischen Orden ¡Medaille der Gerechtem folgten entsprechende Rundfunk- und Medienberichte über die >Edelweißpiraten< und Symposien an Universitäten, so am 16. Juni 1984 im Auditorium Maximum der Universität Tübingen mit Jean JÜLICH auf dem Podium,[2]

Doch die Verknüpfung der Kölner Kriminellen mit den »Edelweißpiraten< ist falsch.

Richtig ist folgendes, was sich auch bei Nachforschungen des Bündischen Arbeitskreises Burg Waldeck, der die Tradition der alten Bündischen Jugend pflegt, ergab.[1] Nach dem Verbot der >Bündischen Jugend<, eines Zusammenschlusses freier Bünde der deutschen Jugendbewegung, im Jahre 1933 für das Deutsche Reich lösten sich diese Bünde zwar offiziell auf, ihre Gruppen bestanden jedoch an einigen Orten locker weiter, obwohl ihre Angehörigen weitgehend in die Hitler-Jugend oder das Deutschejungvolk eintraten und deren Leben, besonders im musischen Bereich und beim Fahrten- und Lägerleben, prägten. Im Raum des ehemaligen Obergebiets West der HJ — Bergisches Land, Köln, Düsseldorf, Duisburg, Ruhrgebiet - wurden die sich illegal treffenden Bündischen >Edelweiß-Piraten< genannt und von der Gestapo beobachtet und verfolgt. Sie trugen in Anlehnung an das Freikorps Oberland weiße Knie-

[1] "Ehrung für drei > Edel wei ß- Piraten< in Yad Washem«, in: *Die Welt,* 14. 3. 1984.

[2] »Es gab nur dafür oder dagegen«, in: *Schwäbisches Tagblatt,* 18. 6. 1984.

[5] »Kölner Posse um Verbrecherbande«, in: *Deutsche Wochen-Leitung,* 11.5. 1984.

Strümpfe, buntkarierte Hemden, >Latscherhut< und ein Edelweiß-Abzeichen," eine Essener Gruppe einen breiten ledernen Riemen über einem Handgelenk mit einem Edelweiß darauf.[4] Sie waren unpolitisch und gehörten nicht dem Widerstand an. Ausdrücklich erklärte ein Angehöriger dieser Essener Gruppe: »Keiner von uns war »Widerstandskämpfen!«[5]

Im Sommer 1944 häuften sich im Kölner Stadtteil Ehrenfeld schwere Einbruchdiebstähle, Überfalle und Plünderungen, und selbst Mord kam vor. Zufällig wurde eine deutsche Heeresstreife auf den Unterschlupf einer kriminellen Bande in der Schönsteinstraße aufmerksam, auf den sie von verängstigten Nachbarn hingewiesen worden war. Die Mutter eines der Beteiligten, Frau SCHINK, zeigte ihren Sohn Bartholomäus (Barthel), der von Schanzarbeiten am Westwall weggelaufen war, bei der Kripo Köln an, daß er als Jugendlicher von erwachsenen Kriminellen zu Diebstählen verführt worden sei. Bei den einsetzenden Fahndungen wurden zunächst 128 Jugendliche verhaftet, von denen dann 63 Personen festgenommen wurden, denen schwere Einbruchdiebstähle, Überfälle, Plünderungen während I uftalarms und 14 Morde an Zivilisten nachgewiesen werden konnten, worauf damals die Todesstrafe stand. Trotz eifriger Suche und großer Bemühungen der Gestapo gelang es nicht, einen politischen Hintergrund oder Verbindungen zum Widerstand zu beweisen oder eine Verantwortung der >Edelweißpiraten< zu finden. Daß zwei Verhaftete frühere Kommunisten gewesen waren und einer oder zwei Verbindungen zu den >Edelweißpiraten< gehabt hatten, erwies sich als Zu fall. Die Kriminellen gehörten dagegen fast alle der HJ an.

Dreizehn Mitglieder der Bande wurden wegen Mordes — so war am 28. September 1944 der NSDAP-Ortsgruppenleiter SOENTGEN, als er auf dem Fahrrad nach Hause fuhr, erschossen worden[6] -, Raubzüge und Schwarzhandels zum Tode verurteilt und öffentlich am 10. November 1944 in Köln gehängt," die übrigen erhielten verhältnismäßig milde Strafen.

Nach 1945 hat das Kölner Wiedergutmachungsdezernat die unter Hinweis auf Widerstandstätigkeit im Dritten Reich erhobenen Entschädigungsansprüche verurteilter Bandenmitglieder - wohl zu Recht - nicht anerkannt und keine Zahlungen geleistet. So wurde ein Antrag auf Entschädigung, den die Schwester von Bartholomäus **ScHINK** 1962 stellte, abgelehnt. Eine dagegen erhobene Klage wurde vom Landgericht Köln als unbegründet abgewiesen. Nach einer Medienkampagne Ende 1979 verteidigte der zuständige Leitende Regierungsdirektor des betreffenden Dezernats, Dr. DETTE, im 3. Programm des WDR den Bescheid und legte dar, daß es sich nach allen behördlichen Kenntnissen bei den bewiesenen Straftaten der Ehrenfelder Gruppe um rein kriminelle Taten ohne politischen Hintergrund gehandelt habe.

[4] Ieserbrief des S, W. in: *Deutscher Anzeiger,* **15. 6.** 1984.

[5] Ebenda.

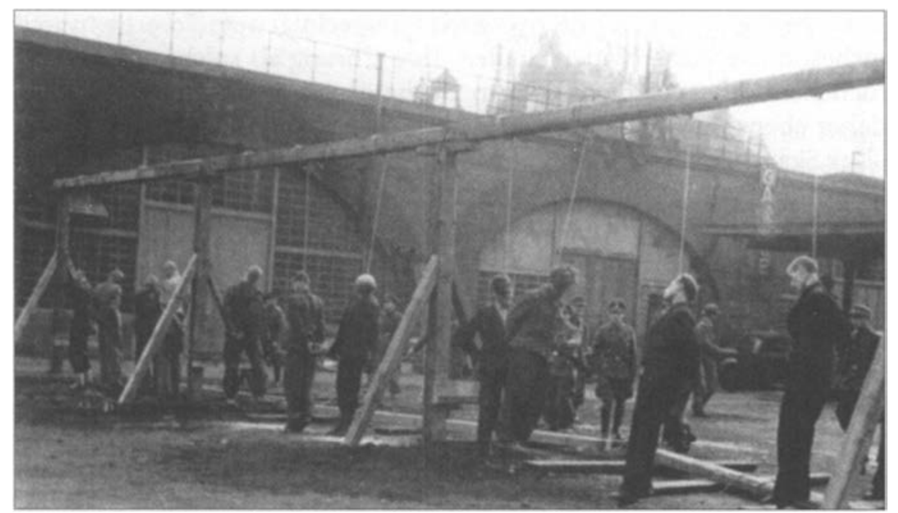
[6] "Meuten und Piraten«, in: *Der Spiegei,* Nr. 50, 10. 12. 1979, S. 56.

[7] Jost NOLTE, »Kein Recht für diesen >Piraten<« in: *Zeit-Magazin,* Nr. 32, 31. 7.1981, S. 14—19.





Von oben: Bartholomäus Schi**NK** und seine Schwester, deren Antrag auf Entschädigung abgelehnt wurde.



Am 10. November wurden in Köln-Ehrenfeld dreizehn jugendliche Bandenmitglieder wegen Mordes, Raubzüge und Schwarzhandels in Köln gehängt.

Als linke Kreise, vor allem aus der Kölner SPD, die die Verbindung zu den »Edelweiß-Piraten* betonten, dennoch weiterhin auf Ehrung und Rehabilitadon drängten, gab das Düsseldorfer Innenministerium ein geschichtliches Gutachten bei dem Historiker Professor Dr. Peter HÜTTENBERGER in Auftrag. Dessen Inhalt wurde 1988 zunächst wegen seiner politischen Brisanz unter Verschluß gehalten, da die Fachwissenschaftler zu dem Schluß gekommen waren, »es habe sich bei den jungen Kölnern nicht um eine Widerstandsgruppe gehandelt, deren Ziel es gewesen sei, das NS-Gewaltregime aus politischen Gründen zu bekämpfen. Es seien vielmehr Jugendliche aus »gefährdetem Milieu* gewesen, die versucht hätten, in der bei Kriegsende zerfallenden Großstadt Köln durch Schwarzmarktgeschäfte, Diebstähle und Einbrüche zu überleben**.* Wörtlich heißt es in dem Gutachten, sie hätten keinen »auf hoher ethischer Gesinnung basierenden, aus politischem Verantwortungsbewußtsein gewachsenen Widerstand« geleistet. Bei ihrem Handeln sei es »schwer, zwischen jugendlichem Übermut und bewußter politischer Handlung zu unterscheiden«.

[3] Helmut BREUER, »»Edelweiß-Piraten* - Helden oder Kriminelle?« in: *Die Welt,* 9.12.1987.

Die Mitglieder der Ehrenfelder Bande waren demnach also Kriminelle und werden für ihre Verbrechen bestraft. Für das — von heute aus gesehen - harte Strafmaß sind die in der letzten Kriegszeit herrschenden allgemein bekannten Gesetze - etwa die Todesstrafe für Plünderungen bei Bombenalarm — zu berücksichtigen. Sicher haben die damaligen katastrophalen Zustände in dem durch Bomben völlig zerstörten Köln zu dem Abgleiten der jungen Männer ins Verbrechermilieu und zu einer »Terrorgruppe* beigetragen.

Sie gehörten also nicht - bis vielleicht auf eine Ausnahme - den jugendbewegten »Edelweißpiraten* an, und die Überlebenden wie ihre Ver-

treter bezogen sich nach Kriegsende unberechtigt auf diese. Sie waren insbesondere keine >Widerständlen. Ihre Ehrung als solche, wie sie von manchen Massenmedien* oder in Büchern'J vorgenommen wurde, war daher ebenso unberechtigt wie ihre Bezeichnung als >Edelweißpiraten<. »Der Skandal«[10] der Verweigerung von Wiedergutmachung, der unter anderem 1979 wie 1984 Teile der Presse bewegte, war also gar keiner.

[9] Alexander GOEB, *Er war sechzehn, als man ihn hängte,* Rowohlt Taschenbuch, Reinbek 1981.

[10] *Der Spiegel,* aaO. (Anm. 6), S. 55.

Als ein weiteres Beispiel skrupelloser Geschichtsfalschung und mangelnder Sorgfalt bei der Berichterstattung im Zusammenhang mit diesem Fall sei noch erwähnt, daß bei der betreffenden Medienkampagne um die Ehrenfelder Gruppe von 1984 Fotos von einigen in Köln wegen Mordes gehängten Ostarbeitern als die Bilder der erhängten Ehrenfelder Bande veröffentlicht wurden.[3]

Im Frühjahr 2007 flammte die Diskussion um die >Edelweißpiraten< erneut auf." Kölns früherer Kripochef Walter VOLMER hatte in einem Vortrag in der Abtei Brauweiler auf Ungereimtheiten in den Darstellungen einiger zu dieser Gruppe gerechneten Personen hingewiesen. Aufgrund seines Studiums der betreffenden Akten sei er überzeugt, daß einige der heute von manchen Kreisen als Helden Verehrten bei vielen ihrer späteren Angaben gelogen hätten und ungerechtfertigt zu Widerstandskämpfern »hochstilisiert« worden seien. So habe Gertrud KOCH behauptet, neun Monate in der Abtei Brauweiler, die seit 1940 als Gestapogefangnis diente, gefangengehalten und von dem Gestapobeamten Josef HoEGEN gefoltert worden zu sein. In Wirklichkeit sei sie nur 19 Tage dort gewesen, und HOEGEN habe in der fraglichen Zeit gar nicht bei der Kölner Gestapo Dienst getan. Jean JÜLICH habe sich die oben erwähnte Ehrung in Yad Vashem erschlichen. Von seiner Hilfe für verfolgte Juden unter Einsatz seines Lebens könne keine Rede sein; er habe Verbindung zur bewaffneten Bande des Hans STEINBRUCK gehabt, die für den Schwarzmarkt raubte und plünderte.

[11] ro, »Helden oder Ganoven«, in: *Nation u. Europa,* Nr. 6, 2007, S. 60 f.

Daraufhin warf der Leiter des Kölner NS-Dokumentationszentrums, Werner JUNG, dem Kripobeamten unkritischen Umgang mit den Gestapo-Akten vor, und es erschien ein offener Brief zur »Ehrenrettung« Jean JÜLICHS, in dem erklärt wurde, VOLMERS Behauptung »diffamiert zu Unrecht einen absolut integren Menschen mit Vorbildfunktion«. Zu den Unterzeichnern gehörten der Enthüllungsjournalist Günter WALLRAFF sowie der frühere Kommunist Ralph GIORDANO. Der 78jährige JÜLICH erhielt vom Landgericht auf seinen Antrag eine einstweilige Verfügung, wonach VOLMER gewisse Formulierungen seiner Einschätzungen nicht mehr wiederholen darf.

Der Streit **um** die >Edelweißpiraten< geht also weiter. **Rolf Kosiek**

Angebliche Versuchstote waren Kriegsopfer

Mitte Oktober 2006 machte eine Entdeckung in dem Ortsteil Barge der westfälischen Stadt Menden tagelang Schlagzeilen in der deutschen und in der internationalen Presse. Bei Baggerarbeiten auf dem dörflichen Friedhof war man auf ein Massengrab gestoßen, das neben den Gebeinen von mehr als 75 Erwachsenen auch die von 25 Kindern barg. Einige Skelette sollten nach Angaben Einheimischer aus der nahen Kriegsgräberstätte stammen. Für andere Personen war sofort klar, daß hier ein ungesühntes NS-Verbrechen verdrängt worden war. Die verhältnismäßig zurückhaltende *FAZ* berichtete in einem fünfspaltigen Artikel, in dem es hieß: »Doch bei 29 Skeletten, die offensichtlich in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gegen Ende des Krieges in Barge verscharrt wurden, handelt es sich allem Anschein nach um Tote aus dem nahegelegenen Krankenhaus in Wickede-Wimbern. Da einige der Kinder-Skelette Mißbildungen aufweisen, besteht der begründete Verdacht, daß es sich bei den Toten in Barge um Opfer des euphemistisch als >Euthanasie< bezeichneten Mordprogramms nationalsozialistischer Ärzte handelt. Dafür spricht auch, daß das Krankenhaus in Wimbern 1943 als >Ausweichkrankenhaus< für die von Luftangriffen bedrohte Stadt Dortmund gebaut worden war,«[1]




Grabungen in Menden-8arge im Herbst 2006.
Vermutungen, daß es sich um ein ungesühntes NS-Verbrechen handeln könnte, haben sich nicht bestätigt.



Karl BRANDT.

Und da die >Ausweichkrankenhäuser< von >HITLERS Leibarzt* Dr. Karl BRANDT verwaltet wurden und die meisten der dort beschäftigten Schwestern wohl der NS-Schwesternschaft angehörten, meinte der Historiker Bernd WALTER vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe: »Es gab in Wimbern eine eindeutige nationalsozialistische Prägung des Personals. Und auch wenn noch nichts bewiesen ist: Die Wahrscheinlichkeit, daß in Wimbern sogenannte Euthanasie betrieben wurde, ist sehr hoch.«[1] Der sogleich von der Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen in Dortmund zugezogene Oberstaatsanwalt Ulrich MAASS äußerte: »Für uns besteht ein begründeter Verdacht auf die Beseitigung von >unwertem* Leben.«[1] Das rechtsmedizinische Institut der Universität Düsseldorf wurde zur Untersuchung eingeschaltet.

Doch alle »begründetem Vermutungen und Hoffnungen auf einen neuen »Fall* für die Vergangenheitsbewältigung erwiesen sich als falsch.[2] Nach einem halben Jahr lud das Landeskriminalamt (LKA) in Düsseldorf für den 23. März 2007 zur Pressekonferenz ein. Einige Zeitungen berichteten dann, wenn überhaupt, sehr kurz, daß Oberstaatsanwalt MAASS dabei erklärte: »Wir haben im Laufe unserer umfangreichen Ermittlungen keine Hinweise auf Tötungen von Kindern und Erwachsenen in dem Ausweichkrankenhaus in Wimbern gefunden.«[3]

Der *Focus* kommentierte ausführlicher: »Die Morde haben nicht stattgefunden, Kein Verbrechen. Kein Verdacht. Kein Verdrängen. Die schöne, klare und grausige Geschichte von Menden-Barge ist tot. Eigentlich hat es sie nie gegeben.«[4] Im Krankenhaus in Wimbern wurden nämlich 1945 ganz normal Patienten aus den zerbombten Städten der Umgebunggepflegt. »Und wenn jemand starb, so brachte ihn der Totengräber zum Friedhof nach Menden-Barge. Und weil das Sterben in den letzten Monaten des »Tausendjährigen Reiches* recht häufig vorkam, legte er die Leichen in eine Grube. Er kippte sie nicht. Er legte sie ab. Und er führte Buch. Sorgsam notierte er den Namen jedes verstorbenen Kindes.«[5]

So gab es (für manche leider) keinen Anlaß für eine neue Gedenkstätte, denn deutsche Kriegsopfer sind bekanntlich einer solchen nicht würdig. »Die Nachricht vom Massenmord im Sauerland ging um die Welt - doch das Verbrechen fand nicht statt.«[6] Viele Leser nahmen die ersten gefühlsvoll aufgebauschten Nachrichten über ein neu aufgedecktes NS-Verbrechen und eine angebliche »Mauer des Schweigens* in dem verstockten Dorfe zur Kenntnis - die Richtigstellung lasen die wenigsten von ihnen. Und so hatte die Umerziehung mit Unterstützung der politisch korrekten Medien doch wieder einiges erreicht. Es bleibt eben immer etwas hängen.

Rolf Kosiek

[1] Nicolas WoLZ, »»Den Toten ein Gesicht geben*** in: *Frankfurter A llgemeine Zeitung,* 13.10. 2006.

[2] dpa, »Menden: Keine Hinweise auf NS-Verb rechen«, in: *Frankfurter A llgemeine Zeitung,* 24. 3. 2007.

[3] dpa, »NS-Verdacht ist widerlegt«, in: *Cuxhavener Zeitung,* 24. 3. 2007.

[4] Markus KRISCH FR, »Gerücht widerlegt«, in: *Focus,* Nr. 12,19. 3. 2007, S. 48.

[5] Ebenda, S. 49.

[6] So der Untertitel des *Focus*-Berichtes (Anm. 4).

Deutschenseelsorger auf Verschleppungsmarsch in Polen 1939

Auch nach seiner Aufnahme in die Europäische Union hat Polen immer wieder auf die Unterdrückungen während der deutschen Besatzungszeit hingewiesen, und die deutschen Medien haben diese Vorwürfe weiterverbreitet, ohne dabei die leiden zu erwähnen, die vorher, im September 1939, Hunderttausende von Volksdeutschen in Polen erdulden mußten. Insbesondere auf den Todesmärschen Anfang September 1939 und in den seit Beginn der zwanziger Jahre bestehenden polnischen Konzentrationslagern hatten die Deutschen sehr zu leiden. Zur Richtigstellung sei als Beispiel das Schicksal eines deutschen Pfarrers in Posen bei Kriegsbeginn angegeben.

Als Deutschenseelsorger in Posen wurde der fränkische Franziskaner Hilarius BREITINGER (1907-1994) bei Kriegsausbruch 1939 auf einen der von den polnischen Machthabern organisierten Verschleppungsmärsche gezwungen, der erst nach mehr als zwei Wochen von der deutschen Wehrmacht gestoppt werden konnte. Leidvolle Erlebnisse gab der Pater nach der Befreiung zu Protokoll. Seine Aussagen fanden Eingang in das Weißbuch des Auswärtigen Amtes über *Die polnischen Greueltaten an den Volksdeutschen.* BREITINGERS Erinnerungen *Als Deutschenseelsorger in Posen und im Warthegau 1934-1945* erlebten als Band A 36 der »Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte« drei Auflagen und bilden für die historische Forschung eine unverzichtbare Primärquelle.

Posen war am Ende des Ersten Weltkriegs seit dem Wiener Kongreß 1815, also mehr als hundert Jahre, preußische Provinz. Das alltägliche Zusammenleben der Volksgruppen, 55 Prozent Polen und 45 Prozent Deutsche je in Stadt und Provinz, verlief friedlich, bis Posen 1919 an Polen fiel.

Die deutsche katholische Gemeinde in der Stadt Posen zählte 1918 an die 8000 Seelen. Unter polnischer Herrschaft waren es dann nach zwanzigjahren nur mehr tausend. Geistliches Zentrum der deutschen Katholiken war die Kirche der Franziskaner, deren deutsche Ordensprovinz den Seelsorger zu stellen hatte. Pater Vcnantius KF.MPF (1887-1959), der dieses Amt ab 1923 versah, wurde 1934 willkürlich ausgewiesen. Zum Nachfolger wurde sein Mitbruder Hilarius BREITINGER bestimmt.

»Wie sehr der Krieg als unvermeidlich angesehen wurde, zeigte mir im Sommer 1939 eine Begegnung mit einem Priester«, erinnert sich der Seelsorger: »Ich kannte diesen Priester seit langem und wir hatten uns auch immer gut verstanden. Als er mich jetzt sah, bemerkte er: >Nun wird hoffentlich bald Krieg sein, und wir werden bald Berlin zu Polen holen.<

Meine Antwort war: >Aber, lieber Mitbruder, so können Sie doch nicht reden. Krieg ist doch etwas Furchtbares und wird immer nur zerstören. Beten wir doch lieber um Frieden!* Seine Reaktion war für mich erschrekkend: >Nein, ich bin zuerst Pole und dann wieder Pole und dann erst Priester. Es muß zum Krieg mit Deutschland kommen!««

Noch nach Ende des Polenfeldzugs wurden neue Greuelmorde der polnischen Zivilbevölkerung und des Militärs an den Volksdeutschen bekannt. Siehe auch: »Der Marsch der Posener«, in: Bernhard LINOENBATT, *Bromberger Sonntag,* Arndt, Kiel 2001, S. 235-240.

Als der von Verblendeten ersehnte Krieg dann tatsächlich ausbrach, wurde BREITINGER gleich am ersten Tag verhaftet. Polnische Polizisten mit aufgepflanztem Bajonett trieben den Priester zum Präsidium. Eine aus 80 Deutschen bestehende Gruppe, darunter auch der greise evangelische Superintendent Arthur RHODE (1868-1967), wurde anderntags in Marsch gesetzt. Aus Sammelstellen, an denen der Weg vorbeiführte, wurden weitere Gefangene hinzugestoßen. Zuletzt zählte der Zug 230 Personen. Wer nicht mehr konnte, wurde unterwegs von den Bewachern erschossen.

Von polnischem Pöbel beschimpft, bespuckt, geschlagen, mit Steinen beworfen, marschierten diese Menschen über Konin, Schwersenz, Wreschen nach Osten. »Man hörte Kanonendonner, und der Horizont war geschwärzt von Rauchwolken. Mit Staunen stellten unsere ehemaligen deutschen Offiziere fest, daß wir in einem Kessel eingeschlossen waren. In der stockfinsteren Nacht mußten wir weitermarschieren und kamen an polnischen Stellungen vorbei.«

Posener Tageblatt

Posen, Dienstag, 17. Oktober 1939

Gräber über Gräber!

Wieder ein Massengrab des Grauens aufgefunden — Bei Turek 100 furchtbar verstümmelte Leichen ermordeter Volksdeutscher entdeckt

Nach einer zurückgelegten Gesamtstrecke von rund 200 Kilometern kam der Elendszug am 16. September im Räume Lowitsch zum Stehen, Die ersten deutschen Soldaten tauchten auf: »Ein Mann aus unseren Reihen, ein ehemaliger deutscher Offizier namens ROTH, ging, ein weißes Nachthemd schwenkend, den Soldaten entgegen, um sie aufzuklären, daß wir deutsche Verschleppte seien«, schildert der Pater das Ende des Leidensweges: »Wir mußten zuerst noch ruhig liegenbleiben, da es ja noch Frontgebiet war. Nach einer halben Stunde kam dann endlich der Ruf: >Aufstehen! Wir sind frei< Überglücklich fielen wir uns unter Weinen und Lachen gegenseitig um den Hals und dann san-

gen wir *Nun dankst alle Gott!* Es war Sonntag, der 17. September 1939, zwölf Uhr mittags. Die deutschen Soldaten nahmen sich unser sogleich hilfreich an. Von der Feldküche wurden wir verpflegt, und am Montag begann unser Rücktransport, der wegen der gesprengten Brücken und Eisenbahnanlagen sehr zeitraubend verlief, weil er auf großen Umwegen erfolgen mußte.«

Am 22. September 1939 war der Pater wieder in Posen. In der Franziskanerkirche wurde ein Dankgottesdienst gefeiert. Doch in die Freude mischte sich nur allzubald Enttäuschung: Hatte der Pater erst als Deutscher seine Not mit den Polen, litt er nun als Katholik im Reichsgau Wartheland unter der Politik des Reichsstatthalters Arthur GREISER (1897-1946). Laut Schreiben des Reichssicherheitshauptamtes vom 27. Juni 1942 - AZ. VII B la, Nr. 599/42 - hatte der aus Schroda in der Provinz Posen gebürtige SS-Gruppenführer einst der Danziger Johannisloge >Zur festen Burg im Osten< angehört. Der den Freimaurern eigentümlichen Feindschaft gegen die katholische Kirche befleißigte sich GREISER auch in seiner Eigenschaft als Reichsstatthalter.



Reichsstatthalter Arthur G REISE K (1897-1946).

Polen-Primas August Kardinal HLOND (1881-1948) hatte Posen gleich nach Kriegsausbruch im September 1939 verlassen. »Der Kardinal ist mit der polnischen Regierung geflohen, weil er ein schlechtes Gewissen hat«, erklärte GREISER, »Nun hat er am 16. September über den Vatikansender in einer Radioansprache das polnische Volk aufgerufen, auszuhalten und sich um seine Lehrer und seine Geistlichen zu scharen. Die würden ihnen den Weg zeigen, und England werde sehr bald Polen wieder befreien. Nun, wir werden verhindern, daß sich das polnische Volk um seine Geistlichen schart.«

GREISER behandelte die Kirchen wie private Vereine und unterwarf sie dem Prinzip der »Apartheid« mit getrennten Gotteshäusern für Deutsche und Polen. Um die Seelsorge sicherzustellen, ernannte der Vatikan 1941 den Weihbischof Valentin DYMEK (1888-1956) zum Apostolischen Administrator für die polnischen Katholiken im Wartheland, für die deutschen den Domherrn Joseph PAECH (1880-1943). Als dieser 1942 aus Altersgründen resignierte, wurde BREITINGER sein Nachfolger.

Am Finde blieb die Flucht vor den Russen. Beim Herannahen der Roten Armee setzte sich BREITINGER zusammen mit anderen Deutschen im offenen LKW nach Landsberg an der Warthe ab, fuhr im überfüllten Zug nach Berlin und war am 1. Februar 1945 bei seinen Mitbrüdern in Würzburg.

Hilarius BREITINGER hielt Verbindung mit vertriebenen Deutschen und wurde Provinzial der österreichischen Minoriten. Von 1964 bis 1972 wirkte er als Pfarrer in Wien-Alser Vorstadt und anschließend in Graz-Mariahilf. Sein Erdendasein endete am 23. August 1994 in Maria Eck, einem

Wallfahrtsort bei Siegsdorf im Chiemgau, sein Grab befindet sich auf dem Friedhof des dortigen Minoritenklosters. **Fred Duswald**



Zehn verstümmelte Leichen, die in der Thorner Straße in Bromberg entdeckt wurden.
Aus: LINDENBIATT, *Bromberger Blutsonntag,* Arndt, Kiel 2001.

Literatur

Hilarius BREITINGER, *Als Deutsehenseelsorger in Posen und im Wabrtbegau 1934-1945. Erinnerungen,* Paderborn '1991 (Veröffenlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 36).

Ders., »Meine Internierung in Polen«, in: Fritz MENN (Hg.), *Auf den Straßen des Todes. Leidensweg der Volksdeutschen in Polen,* Leipzig 31940.

Hans SchADEWALDT (Bearb.), *Die polnischen Greueltaten an den Volksdeutschen in Polen,* im Auftrage des Auswärtigen Amtes auf Grund urkundlichen Beweismaterials zusammengestellt, bearbeitet und herausgegeben, Berlin 21940.

W HALLERMANN, »Die Todesopfer der Volksdeutschen aus den Geiselzügen im Warthegau«, in: *International Journal of Mediane* 34, 1940, Nr. 1-3, S. 54—90.

Der Tod sprach polnisch. Dokumente polnischer Grausamkeiten an Deutschen 1919—1949, Arndt, Kiel 1999.

Alfred Maurice DE ZAYAS, *Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg,* Herbig, München 72001.

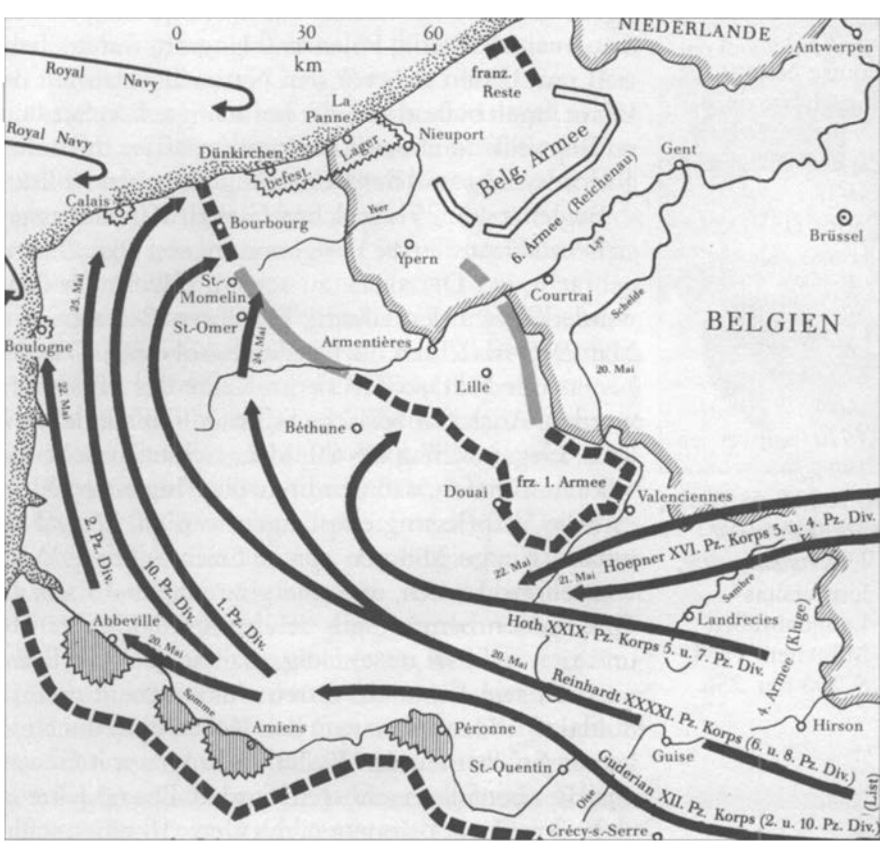
Bernhard LLNDENBATT, *Bromberger Sonntag,* Arndt, Kiel 2001

Das Massaker in Abbeville 1940

Die deutsche Wehrmacht hat den am 10. Mai 1940 eröffneten Westfeldzug nicht nur siegreich, sondern auch fair geführt. Dagegen wurden Verbrechen an der Zivilbevölkerung in Holland, Belgien und Nordfrankreich von gegnerischer Seite begangen, die heute verschwiegen werden.

Ein frühes französisches Kriegsverbrechen wurde am 20. Mai 1940 in Abbeville verübt. In der Industriestadt nahe der Somme-Mündung ermordeten französische Soldaten 21 Zivilisten, darunter belgische Bürger beiderlei Volkstums, aber auch jüdische Flüchtlinge aus Deutschland.

Am 11. Mai 1940 hatte die belgische Regierung ein Dekret erlassen, wonach alle verdächtigen Ausländer zu verhaften seien. Man fürchtete, sie seien feindliche Spione einer »Fünften Kolonne«. Mehrere tausend Personen wurden Opfer dieser Präventivmaßnahme. Im Gefängnis von Brügge wurde am 15. Mai 1940 ein Transport von 78 willkürlich Festge-



Der deutsche Panzervorstoß zur Küste 1940. Aus: Hellmuth Günther DAHMS, *Der Zweite Weltkrieg in Text und Bild,* **Herbig,** München [5]1999.

nommenen zusammengestellt, der auf Weisung der belgischen Regierung nach einem Plan, der später im französischen Justizministerium gefunden wurde, den französischen Behörden übergeben werden sollte.

Die prominentesten Häftlinge waren der Wallone Leon DEGRFELF. (1906-1994), Führer der katholischen Rexisten, und der Flame Joris VAN SEVEREN (1894—1940), Chef der flämischen Verdinaso-Bewegung. Aber auch italienische Antifaschisten, Kommunisten und Angehörige der roten Internationalen Brigaden aus dem Spanischen Bürgerkrieg befanden sich unter den Gefangenen. Insgesamt bestand die Gruppe aus 21 Belgiern, 18 Juden ungeklärter Staatsangehörigkeit, 15 Reichsdeutschen, neun Itaüenern, sechs Niederländern, drei Luxemburgern, zwei Schweizern, einem Tschechen, einem Spanier, einem Dänen, einem Elsässer französischer Staatsangehörigkeit und dem kanadischen Staatsangehörigen Robert BELL, der Trainer der deutschen Eishockey-Nationalmannschaft war, ohne Papiere angetroffen und daher für einen deutschen Spion gehalten wurde. Zu den Gefangenen zählten vier Frauen, zwei Priester und zwei Geisteskranke. Am jüngsten waren ein 17jähriger Bursche und ein 18jähriges Mädchen. Auffallend war die hohe Zahl an deportierten Juden. Sie kamen aus Rußland, Polen und Ungarn, waren überwiegend Kommunisten und hatten sich vor den Nationalsozialisten nach Belgien gerettet. Unter ihnen befand sich der berüchtigte Leo SKLAREK, der in der Weimarer Republik durch seine Korruptionsaffare mit hohen Politikern bekannt geworden war und der Bestrafung entgehen wollte.

Begleitet von 25 belgischen Gendarmen und zwei Beamten der Staatssicherheit, wurden die Festgenommenen über Ostende nach Dünkirchen gebracht, wo DEGRELLE ZU seinem Glück von der Gruppe abgetrennt wurde. Sie wurden ständig von ihren Bewachem mißhandelt. Am 19. Mai 1940 erreichten die Häftlinge Abbeville. Das dortige Gefängnis war bereits überfüllt, so daß sie im Keller des Musikpavillons untergebracht wurden. Auch französische Soldaten mißhandelten die Häftlinge bestialisch. Gegen Mittag des 20. Mai erschienen Soldaten vor dem Musikpavillon und riefen, daß vier Freiwillige heraustreten sollten. Alle glaubten, es solle Verpflegung empfangen werden, und so gingen vier Personen hinaus. Einige Minuten später fielen Schüsse. Auch die nächsten vier wurden erschossen, und nun ging niemand mehr freiwillig hinaus. Der Gefangenen bemächtigte sich größte Panik. Man betete, schrie, weinte und rief, man sei unschuldig, man sei Belgier, Franzose, Antifaschist - nur, um sein Leben zu retten. Als niemand mehr heraustrat, warf ein Soldat eine Handgranate in den Keller, die jedoch nicht explodierte. Nun kamen Soldaten in den Keller und zogen mit Gewalt vier Personen heraus, die ebenfalls erschossen wurden. Die 60 Jahre alte Maria CEUTERICK erstach man mit Bajonetten, mit Gewehrkolben schlug man ihr den Schä-

Literatur

Dokumente englisch-französischer Grausamkeiten, Berlin 1940.

Maurus VAN GIJSEGEN, *Het bloedbad van Abbeville,* Antwerpen 1942.

L'autre histoire, Nr, 6, 1995, Nr. 10,1996, Nr. 3,1997 u. Nr. 3,2000.

Louise NARVAEZ, Duchesse de Valence, *Degrelle m'a dit,* Brüssel 1977.

Carlos H. VLAEMYNCK, *Dossier Abbeville,* Löwen 1977.

Gaby WARRIS, *Het bloedbad van Abbeville 20 mei 1940,* Antwerpen 1994.

Alfred M. DF. ZAYAS, *Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle,* Universitas-I.angen Müller, München [4]1984, S. 253 f. u. 256.

del ein. Unter den Ermordeten waren der Flamenführer Joris VAN SEVEREN, sein Sekretär Jan RIJKOORT, Eishockey-Trainer Robert BELL, ein deutscher Benediktiner-Pater, der kommunistische Kommunalpolitiker Lucien MONAMI aus St. Gilles und vier italienische Antifaschisten, die vor den Deutschen nach Belgien geflüchtet waren.

Als 21 Unschuldige umgebracht worden waren, stoppten die Soldaten auf Grund von deutschen Bombenangriffen und aus Angst vor der herannahenden deutschen Wehrmacht das Massaker. Leutnant René CARON und Sergeant François MOLLET hatten das Morden zu verantworten und sich aktiv daran beteiligt. In der Folge beriefen sie sich auf einen angeblichen mündlichen Befehl des Stadtkommandanten Hauptmann Marcel DINGHON. Dieser war jedoch nach Pau in die von den Deutschen nicht zu besetzende Zone entflohen, wo er im Militärlazarett auf mysteriöse Weise umgekommen sein soll. Als Dr. Carlos VLAEMYNCK, der 1977 den einzigen detaillierten Bericht über das Blutbad verfaßte, den französischen Gesundheitsdienst um Auskunft über DINGEONS Tod bat, verweigerte man ihm die erbetene Information unter Berufung auf die ärztliche Schweigepflicht.



Leon DEGRELLE, der Führer der prodeutschen oppositionellen Rex-Bewegung.

Der Leidensweg der weiterhin drangsalierten 57 Überlebenden setzte sich über die Foltergefangnisse in Rouen, Caen, Rennes, Cherbourg, Bordeaux bis in die berüchtigten französischen Konzentrationslager in den Pyrenäen fort. Die zum Haß angestachelte Bevölkerung griff die Gefangenen an, da behauptet wurde, es handle sich um Spione, die mit Fallschirmen abgesprungen seien. Die hysterische Angst vor Agenten wurde durch einen Regierungsbefehl geschürt, wonach feindliche Fallschirmspringer sofort zu erschießen seien.

Am 28. Juni 1940 befreite die deutsche Wehrmacht die Überlebenden.

Am 11. Juni 1940 bildete das Oberkommando der Wehrmacht das >Sonderkommando Abbeville<, in dem Gestapo und Sicherheitsdienst (SD) unter Kriminalrat WENZKY federführend waren. Die wichtigste Aussage stammt von dem dänischen Staatsangehörigen Paul WINTER, der während eines deutschen Fliegerangriffes entkommen war. Am Ort der von WINTER angegebenen Erschießung wurden die Leichen der 21 Opfer gefunden. Ein weiterer Zeuge des Geschehens, der belgische Journalist Marcel ARCHIEL, war mit 51 anderen Gefangenen von Abbeville nach Rouen transportiert worden. Dort wurde er aber von den anderen getrennt und wußte daher nicht, ob auch sie erschossen worden waren.

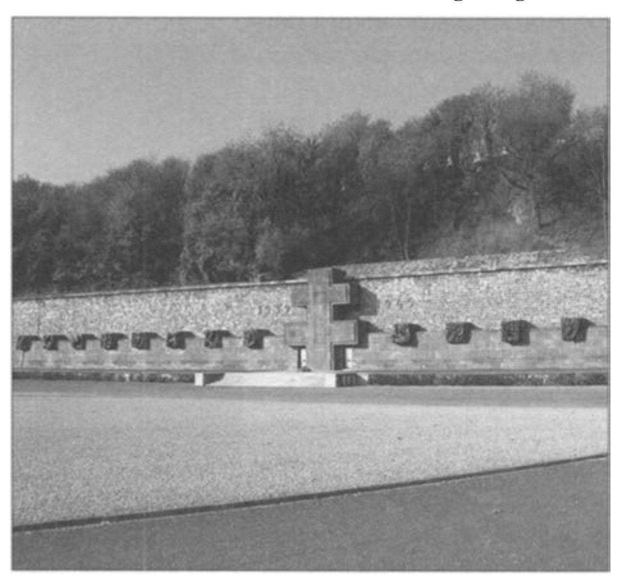


Carlos H. VLAEMYNCK, *Dossier Abbeville,* Löwen 1977.

Im französischen Justizministerium fand man Akten mit der Aufschrift »Affaires belges<, aus denen hervorging, daß französische und belgische Behörden für die Deportation und das Blutbad verantwortlich waren.

Vor dem deutschen Kriegsgericht wurde Anklage gegen die Kriegsverbrecher Leutnant CARON und Sergeant MOLLET erhoben. Das Gericht

tagte vom 1. bis 10. Januar in Amiens und vom 13. bis 17. Januar 1942 in Paris. Beide Angeklagte wurden durch Anwälte verteidigt. Der Prozeß wurde mit einer Fairneß geführt, die man später bei Kriegsverbrecherprozessen gegen deutsche Soldaten vermißte. CÄRON und MOLLET wurden zum Tode verurteilt und am 7. April 1942 auf dem Mont Valerien bei Paris erschossen.



Oer Morit Valerien in Paris, wo die beiden Kriegsverbrecher CAKON und MOLLET hingerichtet wurden.

Im Jahre 1940 war nach Bekanntwerden des Massakers die Empörung gegen die hinterhältige französische und belgische Regierung groß. Das einstige französisch-belgische Bündnis war nun zerstört, und bald verbreitete sich in Flandern Sympathie für das national sozialistische Deutschland, was sich in vermehrtem freiwilligen Eintritt von Anhängern DEGRELLES und von flämischen Nationalisten in die Waffen-SS niederschlug.

Interessant sind nun die Ereignisse nach dem Krieg: Die belgische Regierung verweigerte den Überlebenden jegliche Wiedergutmachung. Erst am 10. April 1962 gewann die Familie des kommunistischen Opfers Luden MONAMI nach langen Anstrengungen den Prozeß gegen den Staat, dessen Verschulden dadurch festgestellt wurde.

Die Gräber der Opfer von Abbeville wurden mit Einverständnis der Behörden wiederholt verwüstet. Die Mörder CARON und MOLLET aber wurden zu Märtyrern erklärt und Straßen nach ihnen benannt. Keine Gedenktafel erinnert an die Opfer. Wie im Fall Oradour wurden die deutschen Akten geraubt oder nicht zugänglich gemacht. Das Blutbad wird in Frankreich von offizieller Seite totgeschwiegen und in keinem Geschichtsbuch erwähnt.

Das deutsche Auswärtige Amt gab im Herbst 1940 das zeitgenössische Weißbuch *Dokumente britisch-französischer Grausamkeit* heraus, das auch den Bericht eines Überlebenden enthält. Der US-Völkerrechtler Alfred Maurice DE ZAYAS verweist auf Maurits VAN GIJSEGEN und dessen Veröffentlichung *Het Bloedbad van Abbeville,* erschienen 1942 in Antwerpen.

Die zur Tatzeit 18 Jahre alte Gaby WARRTS ist letzte Überlebende. Ihr wurde verboten, vor Studenten Vorträge zu halten, da das Blutbad von amtlicher Seite vertuscht wird. **Friedrich Karl** Pohl

Das Massaker in Grand-Bornand

Den Deutschen werden von der veröffentlichten Meinung des In- und Auslandes zu allen möglichen Gelegenheiten angebliche >Massaker< aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges vorgeworfen. Die Verbrechen der anderen Kriegsmächte werden tunlichst verschwiegen, obwohl sie ein weitaus größeres Ausmaß erreichten, Eines solcher Verbrechen geschah im französischen Grand-Bornand.

Die Vichy-Regierung gründete 1942 den »Service d'Ordre légionnaire« unter Joseph DAKNAND mit der Aufgabe, die weitgehend von Kommunisten beherrschte Résistance (Partisanenbewegung) zu bekämpfen. Zu diesen Maquisards gehörten auch die wegen ihrer Grausamkeit gefürchteten Spanier der Roten Brigaden sowie Kriminelle, deren Einheiten die französische Zivilbevölkerung terrorisierten. Es kam zu Plünderungen und Morden, Der deutschen Besatzungsmacht und der französischen Polizei gelang es nicht, diese Banden zu vernichten. Am 30. Januar 1943 entstand aus dem »Service d'Ordre Légionnaire* die »Milice Française«, zu der die militärische Einheit der »Franc-Garde« gehörte. Damit wurde der Bürgerkrieg immer grausamer. Beim Rückzug der Wehrmacht versuchte die Miliz, der Rache der Partisanen zu entkommen.

Der folgende Bericht schildert ein besonders hinterhältiges Verbrechen der Résistance an der »Franc-Garde«, das heute weithin unbekannt ist.[1]

Die »Franc-Garde« des Departement Haute-Savoie versammelt sich am 18. August 1944 in Marquisat bei Annecy zum Abmarsch, Die meisten ihrer Familienangehörigen sind bereits nach Lyon geflohen, um nicht von den Maquisards ermordet zu werden. Nachts haben die Anführer der »Franc-Garde« mit der gaullistischen Partisaneneinheit »Armée Secrète« insgeheim verhandelt, die ihnen einen Kriegsgefangenenstatus mit allen militärischen Ehren versprochen hat. Im Gegenzug lassen die Franc-Gardes 46 gefangene Partisanen frei, die sie als Geiseln zurückbehalten haben. Die untergebenen Milizionäre sind über dieses Abkommen entsetzt, da sie selber einen gnadenlosen Kampf geführt haben und wissen, daß die Résistance gegenüber der Miliz kein Pardon gibt. Nur den Offizieren werden die Revolver gelassen, die Mannschaften werden von den kommunistischen ITP (Franc-Tireurs et Partisans) entwaffnet und auf LKWs nach Grand-Bornand transportiert. Unterwegs verspricht ein Offizier der Armée Secrète ihnen abermals, daß sie als Kriegsgefangene behandelt

[1] »La Milice - la Collaboration en Uniforme«, in: *Historia* Hors Série Na 40, 1975, S. 117 ff.; *L'Epuration, Défense de l'Occident,* Les Sept Couleurs, Paris 1957.

werden. Vorbeifahrende FTP rufen: »Ah, Milizionäre! Die werden wir umlegen.«[2] Einige Gefangene versuchen, ihr Leben zu retten, indem sie den Partisanen anbieten, mit ihnen gegen die Deutschen zu kämpfen.

Der Pöbel bewirft die Wehrlosen mit Steinen. In Grand-Bornand werden sie auf dem Dachboden des Gemeindehauses einquartiert. Ein Milizionär flieht, ein anderer erschießt sich. Alle müssen sich nackt ausziehen, und nun kommen täglich Partisanen, die mit Fußtritten, Fäusten, Gewehrkolben, Peitschen und Knüppeln die Wehrlosen foltern. Ein Glücklicher wird von seinen Brüdern entführt, die Resistance-Mitglieder sind.

Unter Protest der Bevölkerung zimmert man schon 100 Särge, der Vikar erteilt die Kommunion. Am 23. August 1944 werden die 96 Gefangenen vor ein »Kriegsgericht« der FTP gestellt, die einen eigenen Verfahrensmodus bestimmt haben. Der Vorsitzende, die Beisitzer, der Ankläger und der Gerichtsschreiber sind alle Partisanen. Um dem Prozeß den Anschein des Rechts zu verleihen, werden vier Pflichtverteidiger bestellt. »Das Gericht teilt die Angeklagten nach dem Grad ihrer Schuld in drei Klassen ein: Der ersten Gruppe wird nur vorgeworfen, Mitglieder in der Miliz gewesen zu sein. Zur zuzeiten Gruppe gehören Milizionäre, die am Einsatz teilgenommen haben, ohne eine Waffe getragen zu haben. Zur letzten Gruppe gehören alle Franc-Gardes, die mit der Waffe gekämpft haben, sowie alle Offiziere. . .jeder Richter erhält zwei Stimmzettel, einen mit der Aufschrift »nicht schuldig« und einen anderen mit »schuldig«. Eine weitere Differenzierung ist ausgeschlossen,«[1] Nach dem Muster dieses Scheinprozesses verliefen alle Gerichtsverhandlungen im Rahmen der »Säuberung« in Europa,[4]

Während im Saal bewaffnete Franc-Tireurs demonstrieren, werden jeweils 10 Milizionäre aneinandergekettet in den Saal geführt. In wenigen Minuten ist die jeweilige Verhandlung beendet. Die Anklage wirft ihnen einen mit der Wehrmacht durchgeführten Einsatz gegen Partisanen in Bluffy vor. Die Partisanen hatten dort zwei gefangene »Franc-Gardes« ermordet, woraufhin die Miliz vier Franc-Tireurs erschoß.

Am 24. August 1944 werden 76 Todesurteile verkündet, es gibt 20 Freisprüche aus Mangel an Beweisen. Die Geretteten sollen jedoch später wieder vor Gericht gestellt werden. Ein Gefangener ruft: »Das ist die Bartholomäus-Nacht.«[5]

[2] *Historia,* ebenda, S. 118.

[3] Philippe B OURDI FT, *Epuration Sauvage,* Perrin, Paris 1988, S. 332 u. 343.

[4] Paul SÉRANT, *Die politischen Säuberungen in West-Europa,* Gerhard Stalling, Hamburg, o. J.

[5] F, LEVETT-ALBENS, *Le Grand-Bornand, 19.-24. 8. 1944*, Imprimerie Jean ton, 1989, S. 4.

Um 8 Uhr desselben Tages werden die 76 Todeskandidaten zu dem Weiler Bouchet geführt. Der jüngste ist 16 Jahre alt, der älteste 50. Viele tragen ihren Rosenkranz. Zweihundert Zuschauer sind anwesend. Jeweils fünf Gefangene werden an Pfähle gebunden, sie lehnen das Verbinden der Augen ab. Der entflohene Milizionär kommt freiwillig zurück, um mit seinen Kameraden zu sterben. Sein Wunsch wird erhört.

Ein anderes Massaker soll als Beispiel für die Verbrechen der Résistance an unschuldigen Zivilisten ergänzend erwähnt werden. In Voiron (Departement Isère) lehrt der Milizoffizier J OURDAN an einem technischen Gymnasium und wirbt mit Erfolg unter seinen Schülern für seine Ideen. Jedoch wirken in der Schule als Gegenspieler die beiden Widerständler MEUNIER und DURAND. Sie überreden die Schüler BONIN, GIRARD, COLONNA und TOUCHE, alle zwischen 16 und 18 Jahren alt, direkt zur Tat zu schreiten, denn Radio London hat JOURDAN zum Tode verurteilt. Bemerkenswert ist die Feigheit der beiden Lehrer, die nicht selber handeln, sondern Jugendliche vorschicken.

Die vier mit Maschinenpistolen bewaffneten Mörder überspringen die Mauer des Gymnasiums, in dem JOURDAN wohnt und wo ihn zwei >Franc-Gardes< bewachen. Die Jugendlichen erschießen sofort JOURDAN, seine Frau, seine Schwägerin und die beiden >Franc-Gardes<. Ein Schüler läuft ins erste Stockwerk, wo die 82jährige Großmutter mit ausgebreiteten Armen ihren Enkel, ein Baby von 15 Monaten, schützt. Der Schüler tötet sie kaltblüdg und feuert zwei Kugeln in den Kopf des Säuglings.'1

Der Lehrer DURAND und die Schüler GIRARD und COLONNA werden verhaftet, in Lyon vor ein Kriegsgericht der Miliz gestellt und am 3. Mai 1944 zum Tode verurteilt. Am selben Tag um 14.15 Uhr werden sie in Anwesenheit von zwanzig Lehrern und Schülern der Schule erschossen."

Anschließend hat die Résistance das Blutbad der Miliz angedichtet," womit sie eine von den Kommunisten angewendete Methode wiederholte. Damals war ganz Frankreich über dieses Verbrechen empört, das heute diskret verschwiegen wird. Seit Jahrzehnten reisen jedoch ehemalige Resistance-Angehörige von Schule zu Schule, um die Schüler mit ihren Vorträgen über die Barbarei der >Nazi-Besatzer< aufzuklären,

1945 und 1946 wurden die Leichen der Familie JOURDAN in Montpellier mit dem falschen Hinweis ausgestellt: »Von der Miliz ermordete Familie«.

Friedrich **Karl** Pohl

" Jacques DELPERIUÉ DE BAYAC, *Histoire de la Milice,* Fayard, Paris 1944, S. 266 f.

[7] *Historia,* aaO. (Anm. 1) S. 68.

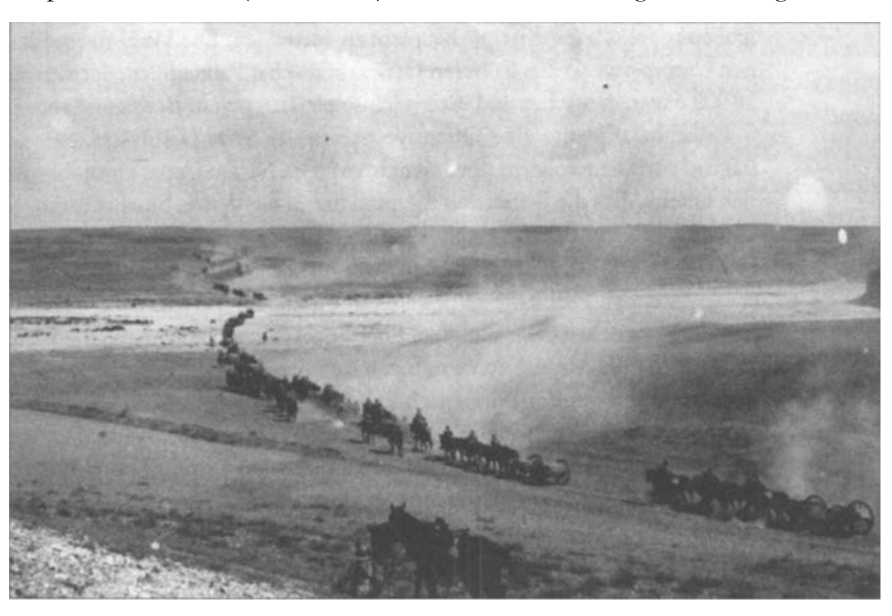
[8] Georges CAZALOT, *Chefs >Résistants de Bigarre - Héros? Imposteurs,* Eigenverlag, o. J., S. 80; Maurice BARDP.CHE, *Lettre à François Mauriac 1947,* La Pensée Libre, S. 51; François BRIGNEAU, *Mon Après Guerre,* Les Editions du Clan, 1966, S, 42.

Britische Deportation der Templer

So, wie es heute kaum noch bekannt ist, daß die Briten im Zweiten Weltkrieg jüdische Einwanderer nach Palästina in ein Konzentrationslager auf Mauritius verfrachteten,[1] weiß kaum jemand in der Bundesrepublik etwas über das Schicksal der in ähnlicher Weise um dieselbe Zeit von Engländern mit Gewalt aus ihrer palästinensischen Heimat vertriebenen und deportieren »Deutschen Templer*.

[1] Beitrag Nr. 387, »Britisches Juden-KZ auf Mauritius«.

Die pietistisch-protestantische Vereinigung der »Tempelgesellschaft« (»Deutscher Tempel«, »Jerusalemsfreunde«, »Hoffmannianer«) war von Christoph HOFFMANN (1815-1885), einem württembergischen Abgeordne-



Die Briten bauten eine Wasserleitung und eine Eisenbahnstrecke von Ägypten durch die Wüste Sinai, wurden im März 1917 bei Gaza an der Südgrenze Palästinas allerdings gestoppt. Aus: Hew STRACHAN, *Der Erste Weltkrieg,* Bertelsmann, München 2003.

ten des Frankfurter Paulskirchen-Parlaments, im Jahre 1854 gegründet worden.[2] Im Jahre 1866 wanderte eine Reihe von Angehörigen dieser religiösen Bewegung nach Palästina aus, darunter auch HOFFMANN[3] selbst, der 1885 in Jerusalem starb. Diese Menschen haben dann in ihrer neuen Heimat, vor allem in Haifa, Jaffa, Jerusalem, Akkon, Bethel, Wilhelma und Sarona, blühende deutsche Siedlungen errichtet. Sie schufen um die Jahrhundertwende ein modernes Straßensystem und errichteten erste Industriebetriebe. Ab 1918 wurde ein Teil von ihnen durch die neue britische Besatzungsmacht nach Ägypten verschleppt. Der schwäbische Dichter und Schriftsteller Karl GÖTZ (1903-1989), der in der Zwischenkriegszeit an einer deutschen Schule in Palästina unterrichtete und 1930 eine Schiffsreise mit seinen Schülern nach Deutschland unternahm, hat den

[2] H. BRUGGER, *Die deutschen Siedlungen in Palästina*, 1908; C. ROHRER, *Die Tempelgesellschaft,* 1920;

[3] Christoph HOFFMANN, *Occident und Orient,* 1875; ders., *Mein Weg nach Jerusalem, 2* Bde., 1882-84.

Palästinadeutschen in seinem in mehr als 150000 Exemplaren aufgelegten Buch *Das Kinderschiff* ein literarisches Denkmal gesetzt.[4]

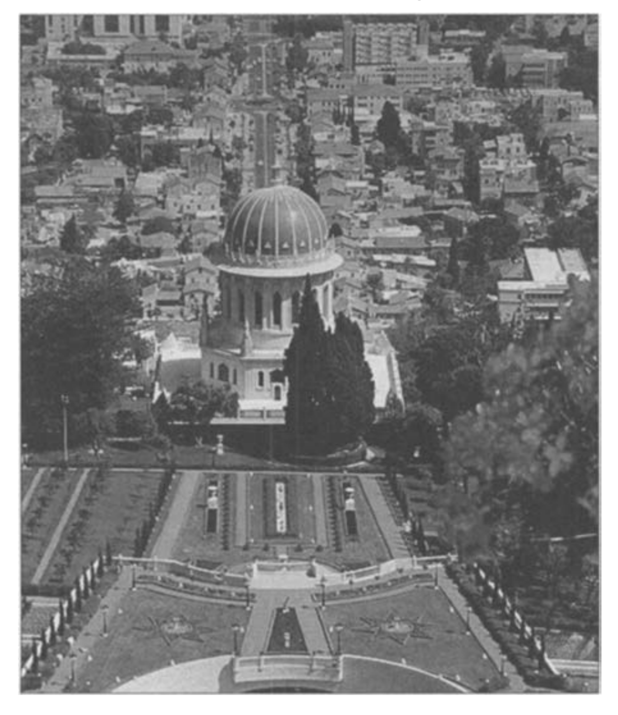
Im Zweiten Weltkrieg wurden die in Palästina lebenden Deutschen von den Engländern mit Gewalt nach Australien deportiert, da man fürchtete, sie würden als eine »fünfte Kolonne* für das Reich, dessen Truppen im Sommer 1942 in Nordafrika bis kurz vor Alexandria vorgestoßen waren, im Vorderen Orient wirken. Sie wurden kurzerhand enteignet und mußten unter militärischem Zwang ihre Gehöfte und Grundstücke, die von ihnen mit großer Mühe angelegten Zitrus- und Bananengärten sowie ihre Weinberge verlassen, Sie erhielten auch nach Ende des Krieges und nach der Gründung des Staates Israel nicht die Erlaubnis zur Rückkehr nach Palästina. Die dennoch in ihre alte Heimat Zurückgekehrten mußten anschließend unter dem zionistischen Terror leiden. Ein Teil kam dann nach Westdeutschland zurück. Um 1965 lebten noch rund 1300 der ehemaligen Templer in Australien, und etwa 750 in der Bundesrepublik,

Nach langen Verhandlungen kam es 1965 zu einer Einigung über Entschädigungen für das enteignete frühere Eigentum dieser Templer und der rund 300 weiteren Angehörigen der früheren evangelischen Gemeinden in Palästina, das dann dem israelischen Staat zugefallen war." Rolf Kosiek





Karl GÖTZ und sein Buch *Das Kinderschiff.*



Die Siedlung in Haifa heute.

[4] Karl GÖTZ, *Das Kinderschiff,* Neuausgabe Hohenstaufen-Verlag, Bodman 1966.
[5] *Evangelisches Gemeindeblatt,* Tübingen, 18. 7. 1965.

Alliierte bombardierten die neutrale Schweiz

Im Zweiten Weltkrieg hatte die Schweiz, die seit den Napoleonischen Kriegen an keiner militärischen Auseinandersetzung in Europa mehr teilgenommen hatte, für sich am 1. September 1939 eine bewaffnete Neutralität und die Generalmobilmachung erklärt, die trotz lebhafter deutscher Wünsche, insbesondere nach dem Frankreichfeldzug, erst nach Kriegsende 1945 aufgehoben wurde. Sie konnte es dennoch nicht verhindern, daß ihr Luftraum von 1939 bis 1945 insgesamt 6501 mal verletzt wurde,[1] allem im Jahre 1945 1732mal, wobei der weitaus größte Teil auf Verletzungen durch Anglo-Amerikancr verübt wurde, die sich einfach über das geltende Völkerrecht hinwegsetzten. Dabei wurden auch in zahlreichen Fällen Schweizer Orte von alliierten Flugzeugen bombardiert, vor allem in der an Deutschland angrenzenden Nordschweiz und im Tessin.[2]

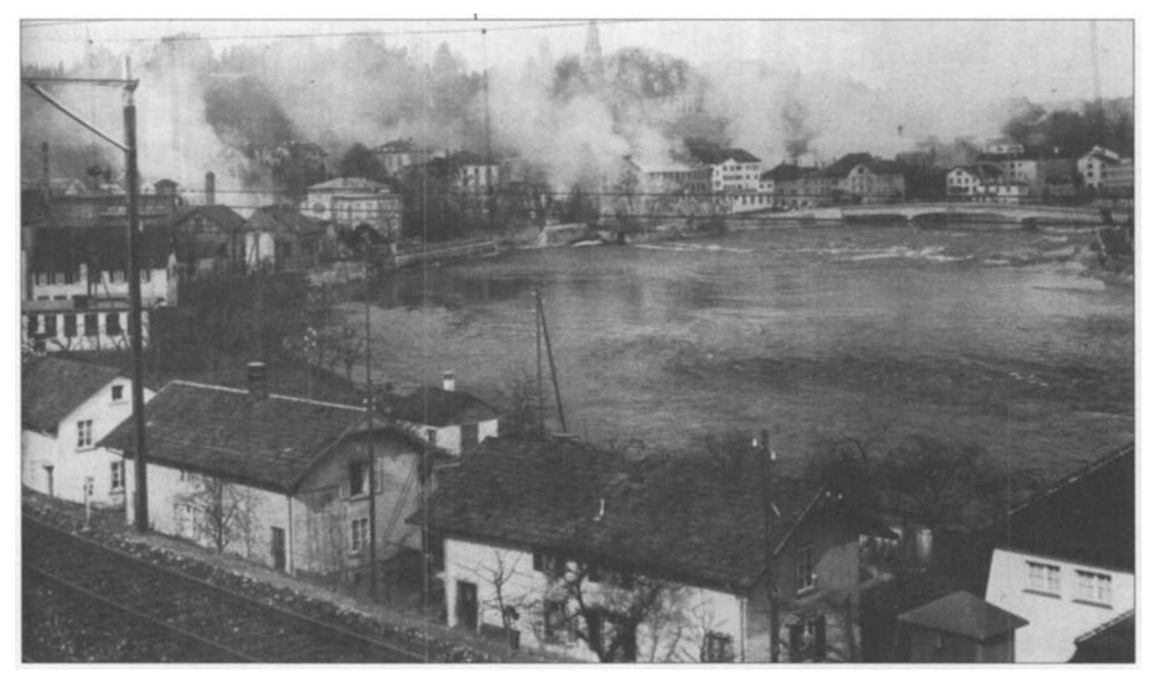
Nach dem Krieg wurde im Auftrag der Schweizer Bundesbehörde ein *Beriebt des Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen an den Oberbefehlshaber der Armee über den Aktivdienst 1939—1945* erstellt, der unter anderem die Bombardierungen schweizerischer Dörfer und Städte, aber auch Bahnhöfe und fahrender Personenzüge dokumendert. »Aus diesem Be-



Bereits während des Frankreichfeldzugs wurden Schweizer Städte durch die Alliierten bombardiert. Am 12. juni 1940 warfen die Briten Bomben auf Daillons, Renens und Genf ab mit erheblichem Personen- und Sachschaden, Alle Abbildungen dieses Beitrages aus: Janusz PIEKALKiEwtcz, *Schweiz 39-45. Krieg in einem neutralen Land,* Motorbuch, Stuttgart 1979.

[1] Maximilian CZESANY, ***Alliierter Bombenterror,*** Druffel, Leoni 1986, S. 485.

[2] Siehe auch Beitrag Nr. 215, »US-Bomben auf Schweizer Städte«.



Schaffhausen am 1, April 1944 nach dem US-Bombenangriff, dem 40 Menschen zum Opfer fielen.

richt geht eindeutig hervor, daß die Bombardements ziviler Ziele in der Schweiz im Zeitraum 1939-1945 fast zu 100 % den Alliierten, d. h. genauer den Bombern und Jägern der RAF und USAAF, angelastet werden müssen. Besonders US-Maschinen warfen einen Teil ihrer Bombenlast über eidgenössischen Siedlungen ab, ohne daß dadurch das Gewissen der amerikanischen Politiker und Generäle belastet worden wäre.«[3]

Über den Verlauf dieser Luftangriffe schreibt CZESANY: »Schon im Juni 1940 erfolgten verschiedentlich Bombenabwürfe auf schweizerisches Hoheitsgebiet, so bei Tägerwilen, Genf, Renens, Daillans, Weißenbach, Almatt und Godat. Die Mehrzahl dieser Abwürfe erfolgte bei Nacht durch englische Flugzeuge. Im Dezember desselben Jahres wurden durch alliierte Verbände Basel (zweimal) und Zürich bombardiert. Am 12. Oktober 1941 hatte die neutrale Schweiz ihre ersten drei Todesopfer zu beklagen, die durch Spreng- und Brandbomben, abgeworfen von einem englischen Flugzeug in der Nähe von Buhwil bei Sulgen, ums Leben gekommen waren.«[4]

1942 und 1943 gab es wenige Bombenabwürfe ohne Todesopfer. »1944 nahm die Zahl alliierter Bombenabwürfe über schweizerischem Territorium rapide zu.« Insbesondere überflogen am 1. April 1944 gegen 10 Uhr 40, also bei hellichtem Tage, drei amerikanische Bomberstaffeln

[3] CZESANY, aaO. (Anm. 1), S. 488.

[4] Ebenda, S. 489.





Die schweizerische Bevölkerung studiert die Mobilmachungsplakate der Armee. *Rechts:* Fliegerabwehrübung in der Schweiz mit dem Maschinengewehr.

Schaffhausen und warfen 130 Spreng- und 236 Brandbomben auf die Stadt.[5] Der Angriff forderte 40 Tote und 70 Schwerverwundete, 400 Personen wurden obdachlos und mehr als 1000 Gebäude wurden zerstört. Angeblich hätten die US-Flieger Schaffhausen mit Tuttlingen, ihrem eigentlichen Angriffsziel, verwechselt, das jedoch rund 35 Kilometer von der schweizerischen Stadt entfernt liegt. Erst im Jahre 1949 zahlten die USA eine Wiedergutmachung von einer Million Dollar an die Schweiz für den in Schaffhausen angerichteten, auf 35 bis 40 Millionen Franken geschätzten Schaden. Sie entschuldigten sich für den »tragischen Irrtum« und schoben schlechtes Wetter als Begründung vor, obwohl an dem entsprechenden Tag strahlende Frühlingssonne schien.

[5] Wolfgang JUNGHHINRICH, »Bomben auf die Schweiz!« in: *Junge Freiheit,* 6. 5. 1994; »Hehre Banner«, in: *Der Spiegel,* Nr, 14, 2. 4. 1979, S. 168.

Im Herbst 1944 folgten dann weitere alliierte Luftangriffe, so auf Rheinfelden, Dießenhofen und im Val Sulsana, wobei mehrere Menschen getötet oder verletzt wurden. Am 22. Februar 1945 warfen US-Flieger ibre Bombenlast über Stein am Rhein ab, wo vier Frauen und fünf Kinder ums Leben kamen, ebenso auf Neuhausen, Lohn und Beringen. Am selben Tag starben in Rafs acht Menschen durch alliierte Bomben. Am 28. Februar 1945 wurde Altdorf bombardiert. Zum dritten Male wurden am 4, März 1945 Basel und Zürich mit Bomben belegt. Dabei gab es in Zürich fünf Tote und 16 Verletzte sowie in Basel sieben Verwundete. Allein im letzten Kriegsmonat April 1945 mußte die neutrale Schweiz 650 Luftraumverletzungen feststellen.

Neben dem Abwurf von Tausenden von Bomben kam es auch zu Beschießungen von Bahnhöfen, Gleisanlagen und fahrenden Personenzügen durch alliierte Flugzeuge, die etliche Verwundete verursachten.

Eine tabellarische Zusammenfassung der schweizerischen Verluste durch alliierte Flugzeuge im Zweiten Weltkrieg ergibt:

Übersichtstabelle der eidgenössischen Luftkriegsverluste im Zweiten Weltkrieg (Zahlenangaben)		
Luftkriegsopfer		
	Ort	*Zahl*
Tote	Schaffhausen	40
	Stein am Rhein	9
	Rafz	7 oder 8
	Zürich	5
	Rheinfelden, Dieilenhofen, Val Sulsana	3 (?)
Verletzte	Schaffhausen	ca. 60
	Stein am Rhein	33
	Rafz	?
	Zürich	"j
	Rheinfelden, Dießenhofen, Val Susana	
	Basel	vielleicht 30?
Obdachlose	Genaue Zahlen waren nicht zu ermitteln; geschätzte Zahl für die Gesamtschweiz: Zumindest 600 (davon allein in Schaf[hausen 400)!	
L uftkriegssch üden		
	Ort	*Zahl*
Zerstörte sowie schwer beschädigte Wohnhäuser	Schaffhausen	123
	Stein am Rhein	IS
	Rafz	7
	Zürich	*f*
Zerstörte sowie schwer beschädigte Fabrikanlagen und Produk tionsstätten	Schaffhausen	7
	Stein am Rhein	*2*
	andere Orte	•>



Links: Tabelle aus: Maximilian CZESANY, *Alliierter Bombenterror,* Druffel, Leoni 1986, S. 494. *Oben:* Ein Zürcher vor den Trümmern seines Hauses nach einem britischen Luftangriff am Abend des 24. Dezember 1940.

Der Schweizer Luftwaffe, die auch mit rund 90 deutschen Jagdflugzeugen vom Typ >Me 109< ausgerüstet war/' gelang es zusammen mit der Schweizer Flak nicht selten, ausländische Flugzeuge zur Landung zu zwingen und ganze Formationen anzugreifen. Insgesamt mußten 189 schwere US-Bomber auf Schweizer Gebiet notlanden, jeweils 14 Stück am 18. März und 24. April 1944.[7] Deshalb waren die Schweizer bei den Allüerten als deutschfreundlich angesehen. »Als Ende September 1944 General GUISAN mit Unterstützung des Bundesrates das Gesuch stellte, den Alliierten schweizerische Verbindungsoffiziere abzustellen, gab General EISEN HOWERs Stabschef seinem Vorgesetzen folgende aufschlußreiche Empfehlung: >Wir sind davon überzeugt, daß der schweizerische Generalstab voll von Deutschlandsympathisanten ist. Mehr als die Hälfte der Generalstabsoffiziere hat engen Kontakt mit dem deutschen Generalstab. Die Restriktionen, die wir schweizerischen Verbindungsoffizieren auferlegen

[6] *Der Spiegel,* ebenda, S, 164.
[7] Fbenda, S. 168.





Oben: Eine >Me 109 < der Schweizer Luftwaffe am Start. Unten.' Die Absturzstelle einer am 13. Juli 1943 von der Schweizer Flak abgeschossenen)Avro Lancastert. Die Besatzung fand in den Flammen den Tod.

müßten, sind für die Schweiz sicher nicht akzeptabel. Es wäre darum einfacher, das Begehren abzulehnen.«[8]

Die Westmächte wollten im Zweiten Weltkrieg auch die Lieferungen der Schweiz nach Deutschland hin behindern. »Es ist allen schweizerischen Ammenmärchen zum Trotz inzwischen klar, daß die Alliierten die Schweiz sehr wohl mit Absicht bombardierten - mit dem Willen nämlich, die Waffenfabriken (Bührle in Zürich-Orlikon, SIG bei Neuhausen-Schaffhausen) beziehungsweise die wichtigsten Verkehrs**Verbindungen** zu treffen. Selbstverständlich entschuldigten sich die Alliierten jeweils anschließend, und die schweizerische Propaganda kolportierte die Geschichten von den >Versehen< eifrig,«[9]

Da die USA die Schweiz als Sympathisanten Deutschlands ansahen, der das Reich mit Gütern versorgte, achteten sie die Neutralität gering und setzten sich vielfach über das Völkerrecht hinweg, wie später in Asien oder im Nahen Osten. Viele Einzelheiten zum Schweizer Anteil am Zweiten Weltkrieg bringt Janusz PIEKALKIEWICZ.[10]

Rolf Kosiek

M JUNGHEINRICH, aaO. (Anm, 5).

[9] Georges MÜLLER, Zürich, in Leserbrief in: *Der Spiegel,* Nr. 17, 23. 4.1979, S. 7.

[10] Janusz PIEKALKIEWICZ, *Schweif 59-45. Krieg in einem neutralen Land,* Motorbuch, Stuttgart 1979.

USA verweigerten 1944 DDT gegen Fleckfieber

Wie im Ersten Weltkrieg hat auch im Zweiten das furchtbare Fleckfieber bei Epidemien vor allem in Osteuropa und dort in den großen Lagern viele Tausende von Menschen das Leben gekostet. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges hätten viele Opfer gerettet werden können, wenn das von Amerikanern entwickelte und hergestellte DDT, das die US-Streitkräfte mit großem Erfolg unter anderem 1943 in Italien anwandten, vom Internationalen Roten Kreuz in Mittel- und Osteuropa hätte verwendet werden dürfen. Die Weigerung der US-Verantwortlichen, dieses rasch und gründlich wirkende Mittel auszuliefern, hatte schwere Folgen, die weithin unbekannt sind. Der deutschstämmige US-Professor Reuben Clarence LANG befaßte sich damit.[1]

Danach hatten die US-Truppen im Herbst 1943 mit dem leicht anzuwendenden und schnell wirkenden DDT großen Erfolg gegen den Erreger des Flecktyphus {*Rickettsia prowazeki),* den die Kleiderlaus (*Pediculus vestimenti)* überträgt, als in dem schon einige Monate von den Alliierten besetzten Neapel eine gefährliche Flecktyphus-Seuche ausgebrochen war. Täglich sollen bis zu 73000 Menschen mit dem DDT-Puder behandelt worden sein, bis März 1944 seien rund 2,25 Millionen Menschen damit im südlichen Italien entlaust worden.

Schon nach dem deutschen Einmarsch in Polen 1939 und vor allem nach Beginn des Ostfeldzuges 1941 hatten die Besatzungsbehörden mit dem Fleckfieber zu tun, besonders in den Konzentrationslagern, wo Epidemien auftraten. Dagegen konnten die Deutschen nur die Methode des Endausens der Kleidung mit Zyklon-B einsetzen, was in großem Maße erfolgte und in mehreren Fachbeiträgen behandelt wurde.[2]

Bemühungen verschiedener Kreise während des Zweiten Weltkrieges, DDT auch für den deutschbesetzten Teil Europas zu erhalten, wo bis zu acht Millionen Menschen in Lagern oder in Ghettos eng aufeinander

[1] Reuben Clarence LANG, »Keine Antwort ist auch eine Antwort«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 2,1987, S. 24 f.; ders., »Zur Frage der Fleckfieberepidemien im Zweiten Weltkrieg«, ebenda, Nr. 2, 1988, S. 7—10; ders., »Zur Frage der Fleckfieberepidemien im Zweiten Weltkrieg II«, ebenda, Nr. 3, 1988, S. 8-13.

[3] Zum Beispiel J. WALBAUM, »Fleckfieber und Volkszugehörigkeit«, in: *Münchener Medizinische Wochenzeitschrift,* Nr. 21,1940, 24. 5. 1940; E. ZIMMERMANN, »Epidemiologie des Fleckfiebers im General-Gouvernement«, in: *Zeitschriftfür Hygiene und Infektionskrankheiten*, Bd. 123, Nr. 5, 1942, S. 552 ff.; Fr. GOLLERT, *Warschau unter deutscher Herrschaft,* Burgverlag, Krakau 1942.



Warntafel im Ghetto von Warschau. Dort wie in allen Lagern grassierten schnell ansteckende Krankheiten wie Fleckfieber, die die Deutschen mit DDT hätten erfolgreich bekämpfen können. Aus: *Bilder des Krieges,* DVA, München 2005.

saßen und mehrfach das Fleckfieber grassierte, scheiterten am Widerstand der Amerikaner, die das DDT zum Kriegsgeheimnis erklärten. Auch das Internationale Rote Kreuz, das Zugang zu den deutschen Konzentrationslagern hatte und Hunderttausende alliierter Pakete dort verteilte,[1] erhielt kein DDT zur Weitergabe an die Deutschen, die dieses so dringend benötigten. LANG stellt mit Recht die Frage, ob die Alliierten diese Weigerung auch deshalb vornahmen, um in den deutschen Lagern später die bekannten schlimmen Verhältnisse vorzufinden, die dann propagandistisch gegen das Reich und seine Führung verwertet werden konnten.

Rolf Kosiek

[1] *Dokumentation über die Tätigkeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zugunsten der in den deutschen Konzentrationslagern inhaftierten Zivilpersonen (1939-1945),* Genf, S. 51 u. 65.

Holzschnitzer Warnecke im Tieffliegerbeschuß

Für die gegen Kriegsende zunehmende völkerrechtswidrige Praxis der Westalliierten, aus Tieffliegern einzelne zivile Personen und Züge in Deutschland zu beschießen, gibt es viele Augenzeugen- und Erlebnisberichte. So wurde eine Verwandte des Verfassers, die im letzten Kriegsjahr bei einem Tieffliegerangriff auf eine Elektrische bei Lippspringe im Straßengraben Schutz gesucht hatte, angeschossen. Auch für solche in den Medien heute oft abgestrittenen Angriffe bei der Zerstörung Dresdens im Februar 1945 liegen glaubwürdige Aussagen vor.[1]

Der geniale I lolzschnitzer Rudolf WARNECKE hat ein derartiges eigenes Erlebnis aus dem Frühjahr 1945 in einem seiner Bücher festgehalten.[2] Er schreibt: »Doch einige persönliche Erlebnisse aus den letzten Kriegstagen seien hier festgehalten. Als versprengter Haufen waren wir mit einem neuen Marschbefehl in südlicher Richtung im bayerischen Raum unterwegs, als wir von einem feindlichen Jagdbomber angegriffen wurden. Ich sah sein Mündungsfeuer aufblitzen, die Geschosse schlugen direkt neben mir im Sturzacker ein. Beim zweiten Anflug konnte ich hinter einem Marterl Deckung finden, die Garben prallten am Steinsockel ab - der Angreifer raste davon. Aber dann kam ein ganzes Geschwader und zersiebte einen langen Güterzug mit 60 Waggons vollständig. Immer wieder flogen die Maschinen von neuem an, wohl in der Annahme, daß es sich um einen Munitionstransport handeln müsse. Aber es war keiner, und so konnte auch keine Explosion erfolgen. Denn diese Wagen waren überfüllt mit KZ-Häftlingen aus dem Lager Dachau, das durch die Kriegslage aufgelöst worden war. Nicht nur Juden und Zigeuner, auch viele deutsche Widerständler befanden sich unter ihnen. Mit ungezählten Toten und Sterbenden lief dieser Geisterzug, auf den Gleisen eine breite Blutspur hinterlassend, ganz langsam in Kauferring ein. Der alte Lokomotivführer lebte noch. Er schüttelte ständig sein weißes Haupt und schien schwer erschüttert zu sein. Dieser tragische Massenmord war ein verhängnisvoller Irrtum der amerikanischen Luftwaffe. Die wenigen noch lebenden Häftlinge hatten sich dann im letzten Waggon zusammengefunden. Mit dem Papierkorb aus dem Bahnhof sammelten wir bei den Einwohnern des Ortes Brot.«



Rudolf WARNECKE,

Die Frage ist allerdings, ob es sich damals bei der Beschießung des Zuges um einen Irrtum der angreifenden feindlichen Flieger gehandelt hat oder ob nicht der Befehl, möglichst viele Deutsche zu töten, befolgt wurde.

Rolf Kosiek

[1] Beitrag Nr. 648, »Zu den Terrorangriffen auf Dresden«.

[2] Rudolf WARNEKKE, *Mit Geissfuß und Stichel durch ein Künstlerleben,* Galerie Ravenstein, Merchingen 1980, S. 50.

War Dresden für Atombombe vorgesehen?

Die Elbmetropole Dresden wurde am 13./15. Februar 1945 durch mehrere anglo-amerikanische Terrorangriffe völlig zerstört.[1] Sie entging allerdings einem noch schlimmeren Schicksal: Nach neuen Erkenntnissen sollte sie Ziel des ersten Atombombenabwurfs werden. Darüber wird meist geschwiegen.

Der frühere Oberbürgermeister Dresdens, Walter WEIDAUER, hat dazu Material gesammelt und veröffentlicht.[2] Er beruft sich auf David IRVING[3] und den US-General Leslie R. GROVES.[4]



Charles PORTAL.

Danach wurde seit Sommer 1944 bei den Alliierten über eine geheimnisvolle Aktion »Donnerschlag« beraten: Auf Weisung von höchster Stelle hatten die Generalstabschefs der westlichen Alliierten im Juli 1944 begonnen, die ersten Gespräche über einen ganz besonderen Bombenangriff auf eine deutsche Großstadt zu führen, und ihre Gedanken dazu niedergelegt. Überraschend schnell, bereits am 1. August fanden sie ihre Überlegungen in einem außergewöhnlich detaillierten Memorandum wieder, das der Chef des britischen Luftstabes, Sir Charles PORTAL, mit der Forderung nach allergrößter Geheimhaltung den Generalstabschefs überreichte. Der in diesem Memorandum enthaltene Plan wurde von ihnen bestätigt und erhielt die Tarnbezeichnung »Donnerschlag«. Historiker der westlichen Welt bezeichnen dieses Memorandum allgemein als Geburtsurkunde der Dresdner Luftangriffe. In diesem Memorandum heißt es jedoch, es »»könnten ungeheure Zerstörungen hervorgerufen werden, wenn sich der gesamte Angriff auf eine einzige große Stadt außer Berlin konzentrierte, und die Wirkung könne besonders groß sein, wenn es sich um eine Stadt handele, die bis dahin relativ geringe Zerstörungen erlitten habe«. Von diesem Plan waren außerdem das britische Außenministerium, die Exekutive für politische Kriegführung und das Ministerium für Wirtschaftskriegführung informiert. Nach deren Meinung »konnte ein solcher Angriff einen bevorstehenden Sieg beschleunigen oder die Entscheidung für den Sieg herbeiführen«.[5]



Denn Mitte 1944 war den alliierten Führungskräften klar geworden, daß mit noch so massiven Flächenbombardements die Kriegsentschei-

1 Siehe Beitrag Nr. 648, »Zu den Terrorangriffen auf Dresden«

1 Walter WEIDAUER, *Inferno Dresden,* Berlin (Ost) 1990, S. 51.

3 David IRVING, *Der Untergang Dresdens,* München 1977, S. 103.

4 Leslie R. GROVES, *NOW it can be told,* New York 1962.

5 Henry DE WOLF SMYTH in: *Atomenergie und ihre Verwertung im Kriege,* Freiburg-Basel 1947, S. 96 ff.

dung nicht herbeigeführt und die Moral der deutschen Zivilbevölkerung nicht zerstört werden konnten. Deswegen griff man auf anderes zurück.

Spätestens im Jahre 1941 bestand in den USA die Gewißheit, daß es möglich sei, eine Bombe von ungewöhnlich starker Sprengkraft auf nuklearer Grundlage herzustellen. Am 6. November 1941 berichtete das amerikanische National Academy Committee (NAC) an Dr. Vannevar BUSH, den Direktor des Amtes für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung in den USA, der auch Berater des US-Präsidenten ROOSF.VF.LT bei der Entwicklung der Atombombe war:» Eine Spaltungsbombe von überwältigender Zerstörungswirkung wird erzielt durch rasches Zusammenbringen einer genügenden Menge des Elements U 235.«[5] Als notwendige Entwicklungszeit für eine »beträchtliche Quantität« solcher Bomben wurden drei oder vier Jahre angegeben.[6] In einem anderen Bericht von BUSH an ROOSEVELT vom 9. März 1942 wurde die »Vollendung des Projekts im Jahre 1944 für möglich« gehalten.

Am 17. September 1942 wurde dem Brigadegeneral des Ingenieurkorps, Lesüe R. Giiovi-s, die Gesamtleitung des Atombombenvorhabens übertragen. Er schreibt dazu in seinen Memoiren: »Wir erwarteten, daß der erste »dünne Mannt im Juni 1945 fertig sein sollte. Der »dicke Mann< wurde noch entwickelt, aber es bestand einige Hoffnung, daß das erste Modell schon im Januar 1945 geliefert werden konnte.«[7] Deshalb begann im Sommer 1944 das Training für die betreffenden Bomberbesatzungen der USA.

Am 31. Dezember 1944, wenige Wochen vor der Konferenz von Jalta (4. bis 11. 2, 1945), gab es ein Treffen, auf dem GROVES mit ROOSEVELT sprach: »Auf der gleichen Konferenz informierte mich Mr. ROOSEVELT, daß er wünschte, daß wir vorbereitet seien, die Bombe auf Deutschland abzuwerfen, falls wir die ersten Bomben vor Beendigung des Krieges in Europa hätten.«[8]



Oben: Ein >dicker Man<, eine Plutonium-Atombombe vom Typ >Fat Man*, wie sie über Nagasaki abgeworfen wurde. *Unten:* General Leslie R. GROVES und J. Robert OPPENHEIMER (links) inspizieren das Testgelände der Tri nity-Atombombe.

[6] Ebenda, S. 314.

[7] GROVES, aaO. (Anm. 4), S. 256. Dabei war »dünner Mann< der Deckname für die Uranbombe, »dicker Mann; der für die Plutoniumbombe.

[B] Ebenda, S. 184.

Dazu gab der britischer Luftmarschali Charles PORTAL noch am 24. Januar 1965 in London eine Erklärung ab, deren Inhalt anscheinend nicht zutraf: »LOrd Charles PORTAL, der während des Krieges Stabschef der britischen Luftwaffe war, dementierte am Sonntag einen Bericht des SED-Blattes ***Neues Deutschland,*** wonach Großbritannien geplant habe, die erste Atombombe im Sommer 1944 auf Dresden abzuwerfen... PORTAL sagte, es sei niemals ein Atomangriff in Europa geplant gewesen.«[9]

[9] *Die Welt.,* 25.1. 1965.

Doch dagegen spricht, daß man eine bisher unzerstörte deutsche Großstadt zum Nachweis der Wirkung einer Atombombe brauchte, und es gab 1945 neben Dresden nur wenige andere, die bisher verschont geblieben waren.

Der Vereinigte Nachrichtenausschuß hat am 25. (anuar 1945 den britischen Premierminister CHURCHILL und seine führenden Militärs auf den im Tresor liegenden Plan »Donnerschlag« aufmerksam gemacht und seine etwas geänderte Durchführung empfohlen. Da die Atombombe noch nicht einsatzbereit war, sollte der Angriff konventionell erfolgen.

Der Historiker David IRVING meinte dazu am 24, Januar 1965 zu einem Journalisten der *Neuen Berliner Illustriertem* »Wenn ich mir jetzt so alles überlege, dann könnte Dresden doch die Stadt gewesen sein, die für den Atombombenabwurf gedacht war, vieles spricht dafür. Merkwürdig ist ja, daß Dresden bis kurz vor Kriegsende nicht zerstört oder beschädigt wurde.«[10]

[10] WEIDAUER, aaO. (Anm. 2), S, 63.

Richtig ist wohl, daß Dresden einem Atombombenangriffs nur deshalb entging, weil Anfang 1945 die Bombe in den USA noch nicht fertig war.

Der frühere Dresdner SED-Oberbürgermeister WFIDAUE;R erklärte dann auch: »Wenn dennoch Dresden, das nach den angeführten Tatsachen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als Ziel für den ersten Atombombenabwurf vorgesehen war, das Schicksal von Hiroshima und Nagasaki erspart blieb, dann danken wir das in allererster Linie den Soldaten, Offizieren und Generalen der Sowjetarmee. Ihr schneller Vormarsch, ihre Ruhmestaten, die zur bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands am 8, Mai 1945, also Monate vor der Fertigstellung einer Atombombe führten, schalteten die Möglichkeiten des Abwurfs der ersten Atombombe auf Dresden aus. Das sollten wir nie vergessen!«[11]

[11] Ebenda, S. 63.

Dresden wurde dann — militärisch gesehen völlig sinnlos — auf konventionellem Wege zerstört. Es sollten eben möglichst viele Deutsche umgebracht werden. Und niemals wurden in 48 Stunden so viele Zivilisten wie in Dresden ermordet, auch nicht in Hiroshima und Nagasaki.

Wolfgang Hackert

Zu den Terrorangriffen auf Dresden

Wenige Wochen vor Kriegsende legten vom 13. bis 15. Februar 1945 anglo-amerikanische Luftangriffe Dresden, als >Elbflorenz< die Perle unter Deutschlands Städten, in Schutt und Asche. In immer neuen Wellen zerstörten tags die Amerikaner, nachts die Briten die berühmte Kunststadt, die keinerlei militärische Bedeutung hatte, zu der Zeit jedoch mit Hunderttausenden von Flüchdingen aus Schlesien vollgestopft war. Dieser Akt der Barbarei geschah auf ausdrücklichen Befehl des britischen Premierministers Winston CHURCHILL, damit möglichst viele Deutsche getötet würden.

Besonders seit der kleinen deutschen Wiedervereinigung 1990 wird von maßgeblichen Kreisen versucht, die Opferzahlen möglichst herunterzusetzen und die geringen Zahlen der kommunistischen DDR zu übernehmen. Von den Medien werden meist 25000 bis 35000 Tote angegeben.[1]

Das ist sicher falsch. Es dürften in Dresden wesentlich mehr Todesopfer zu beklagen gewesen sein. Das Statistische Bundesamt errechnete 60000 Tote,[3] das umfangreiche *Handbuch der Deutschen Geschichte*[3] gibt 60000 bis 100000 Getötete an und erwähnt Angaben des US-Department von 250000 Toten. PIEKALKIEWICZ nennt in seinem datenreichen *Zweiten Weltkrieg* Zahlen von 60000 bis 245000, ZENTNER-BEDÜRFTIG in ihrem *Großen Lexikon des Zweiten Weltkrieges*[1'] »amtliche Schätzungen« von 135000 Todesopfern, von denen 39171 identifiziert worden seien, wobei wohl eine Gesamtzahl von 40000 bis 60000 Toten wirklichkeitsnah sei, DDR-Funktionäre gaben niedrigere Zahlen an, so Siegfried SEIBT, der Informationschef der Region Dresden, der »mindestens 35 000 Tote« mitteilte.[5]

[1] *SDR-Magazin* Februar/März 1995: »Vermutlich 35000 Menschen starben«; Institut für Zeitgeschichte am 30. 11. 1992: ». . . etwa 35000 Menschen ums Leben gekommen«; Götz BERGAN DER, *Dresden im Luftkrieg,* 1984: wenig mehr als 35 000 Tote; *Der Spiegel,* Nr. 6,6. 2.1995, S. 44: »Neueste Untersuchungen kommen auf 25000 Opfer.« Weitere Angaben bei Rudolf KÜNAST, »Der Untergang Dresdens«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 1, 1995, S. 21,

[2] Janusz PIEKALKIEWICZ, *Der Zweite Weltkrieg,* Pawlak, Herrsching 1986, S. 1035.

[3] *Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte,* Deutscher Taschenbuch-Verlag, Bd. 21, München '1987, S. 164.

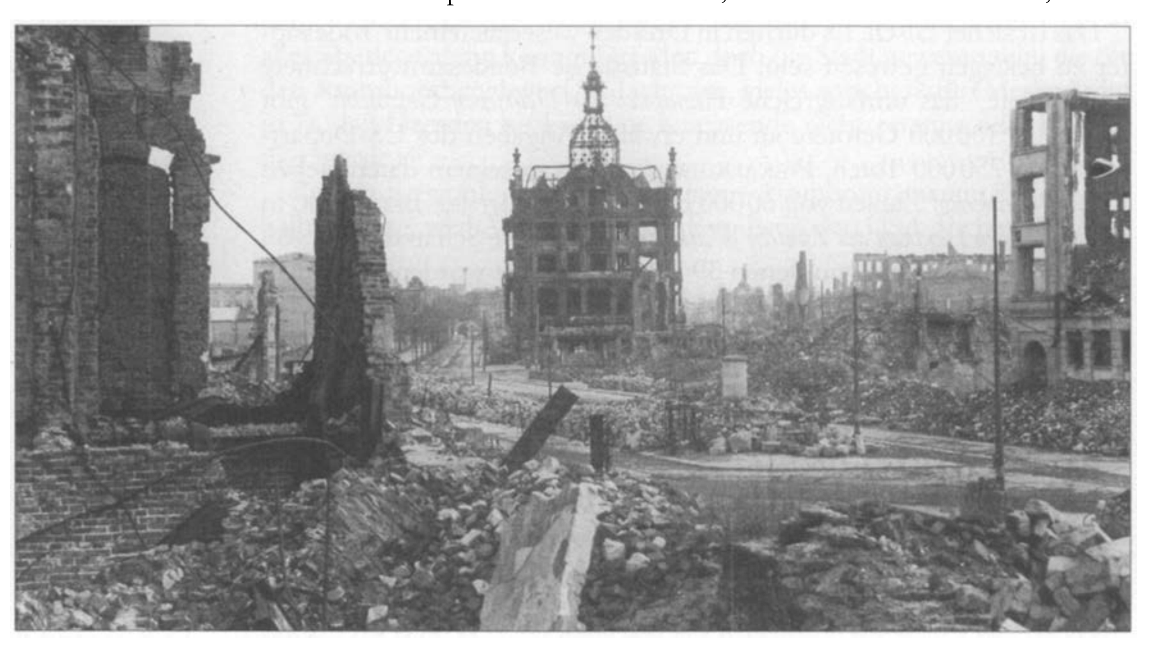
[4] Christian ZENTNER U. Friedemann BEDÜRFTIG, *Großes Lexikon des Zweiten Weltkrieges,* Südwest, München 1988, S. 157,

[1] Andreas MÖLZER, »Wie viele Tote gab es in Dresden?« in: *Die Aula,* Nr. 2, 1985.

In einem Antwortbrief der Stadt Dresden[6] vom 31. Juli 1992 an einen Fragesteller wurden 250000 bis 300000 Tote angegeben. Dieser Brief wurde später von der Stadt Dresden zurückgezogen. Das Internationale Rote Kreuz gab 1948 für Dresden 275000 Tote an," das Stockholmer *Svenska Dagbladet* schrieb kurz nach dem Angriff von einer Zahl näher an 200000 als an 100000." Wenige Tage nach dem Angriff wurde die Opferzahl auf 120000 bis 150000 geschätzt.[9]

Ein dem Geschehen naher Zeitzeuge ist Eberhard MATTH ES, der damalige 1. Generalstabsoffizier des Verteidigungsbereichs Dresden, später Obersdeutnant der Bundeswehr. Er schrieb: »Ich erlebte alle Bombenangriffe in bzw. glücklicherweise am Rande des Zerstörungsgebiets. Schon am 14. 02. 44 mußte ich einen Sonderstab unter Hauptmann Harlinghausen zusammenstellen, der gemeinsam mit der Stadtverwaltung und mit dem **Stellv.** Gauleiter (beide waren dem General VON GILSA unterstellt) vorrangig die Bergung der Toten zu bewerkstelligen hatte. Von **Seiten** der Stadt war mein Vater, der als Verwaltungsdirektor der Stadt u. a. auch die Baupolizei unter sich hatte, der verantwortliche Mann, Kurz-

Blick von der Ringstraße zum Pirnaischen Platz mit der Ruine des Geschäftshauses >Kaiserpalast<,



" Brief der Landeshauptstadt Dresden, Stadtverwaltung, Amt für Protokoll und Auslandsbeziehungen, unterzeichnet von Karin MITZSCHERLICH, vom 31.7.1992 an einen Anfrager. Kopie liegt dem Verfasser vor.

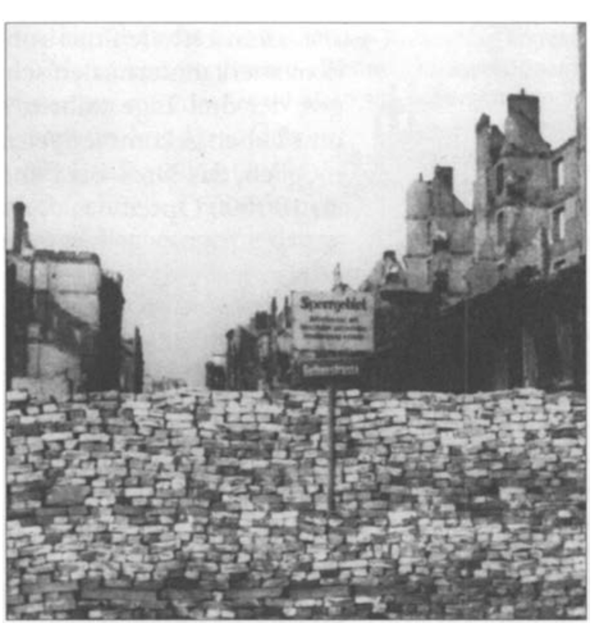
International Red Cross Committee, *Report of the joint Relief Commission of the International Red Cross 1941-1946,* Genf 1948, S. 104.

[8] *Svenska Dagbladet* 25. 2, 1945,

[9] Zitiert bei **IRVING,** ***Der Untergang Dresdens,*** Wilhelm Heyne, München [1]1979, S. 241

um, die Opfer wurden sortiert, verbrannt und beerdigt, z. T. in Riesen-Urnen. Es wären 35000 voll identifizierte Opfer mit Namensangabe. 5000 waren teilidentifiziert (Eheringe mit eingravierten Initialen oder andere Erkennungszeichen). Auch verbrannt und gesondert beigesetzt. 168000 Opfer, an denen es nichts mehr zu identifizieren gab. Auch diese verbrannt und gesondert beigesetzt im bzw. am Dresdener Heidefriedhof. Diese o. a. Zahlen gaben wir auf Verlangen an HITLERS Todestag oder einen Tag vorher als von mir abgezeichnete Meldung an den Führerbunker in Berlin ab.«[10]

IRVING gibt in seiner Monographie als wahrscheinlichste Zahl 130000 an,'J Noch während des Krieges erging vom »höheren Poüzei- und SS-Führer. Der Befehlshaber der Ordnungspolizei« Dresden, unterzeichnet von GROSSE, Oberst der Schutzpolizei, am 22. März 1945 ein »Tagesbefehl Nr. 47« nach Berlin, worin es heißt: »Bis zum 20. 3. 1945 abends wurden 202 040 Tote, überwiegend Frauen und Kinder geborgen. Es ist damit zu rechnen, daß die Zahl auf 250000 ansteigen .wird.«[11]



Manche Straßen wurden zu »toten Gebieten«, in denen keine Bergungen mehr stattfanden, erklärt und abgeriegelt:)n vielen Luftschutzkellern entzündeten sich die Brennstoffvorräte, so daß die Keller noch Tage nach den Angriffen nicht betreten werden konnten. Aus: Wolfgang SCHAARSCHMIDT, *Dresden,* Herbig, München 2005.

Die Liste der Zitate ließe sich beliebig erweitern, besonders aus den Jubiläumsjahren 1995 und 2005. Bundespräsident Roman HERZOG sprach 1995 in Dresden von »mindestens 25000« Menschen, die »in dem Feuersturm ums Leben kamen«.[12] Der Historiker Friedrich REICHERT vom Dresdner Stadtmuseum kam auch auf diese Zahl.[13]

Dresden hatte 1945 rund 585000 Einwohner. Dazu kamen mindestens 600000 Flüchtlinge, vor allem aus dem Breslauer Bereich, so daß um 1,2 Millionen Menschen Mitte Februar 1945 dort versammelt waren. Eine einfache Überlegung ergibt: In Kassel kamen bei einem Terrorangriff am 22. Oktober 1943 von rund 300000 Einwohnern 48000 um, 16 Prozent; in Heilbronn am 4. Dezember 1944 gab es bei rund 78000 Einwohnern 6530 Tote, 8,4 Prozent; in Pforzheim am 24. Februar 1945 waren bei 79 000 Einwohnern um 20000 Tote zu beklagen, 39,4 Prozent,

[10] Eberhard MATTHES, »Dresden; 35 000 oder 235 000 Opfer?« in: *Askama Studiensammlung,* Nr. 7, Mär?. 1990, S. 18 f.

[11] Abschrift beim Verfasser; zitiert auch von Irving, aaO, (Anm. 9), S, 238.

[12] Zitiert *in; Frankfurter Allgemeine 'Zeitung,* 6, 1. 1995.

[13] Ebenda.

Daß in Dresden mit seinen damals mehr als 1 Million Menschen bei dem anerkanntermaßen schwersten Terrorangriff des Zweiten Weltkrieges, der drei Tage währte, nur 35000 Menschen, das sind 2,9 Prozent, ums Leben gekommen seien, ist angesichts dieser Vergleichs zahlen kaum möglich, das Drei- bis Fünffache ist wahrscheinlich, und das sind mehr als 100000 Opfer.



Grauenvolle Bilder, die immer wieder gezeigt werden müssen.

Seit 2005 bemüht sich eine in Dresden eingesetzte Historikerkommission um die wirkliche Opferzahl.

Ein besonderes Kapitel bei den Terrorangriffen auf Dresden bilden die Tieffliegerangriffe alliierter Jagdbomber auf die vielen dem Feuerinferno durch die Flucht auf die ausgedehnten Elbwiesen entkommenen Menschen.[14] Von einigen Autoren wie BERGANDER[15] werden diese Menschenjagden einfach abgestritten, obwohl eine ganze Reihe von Aussagen glaubwürdiger Erlebniszeugen vorliegt. So hielt Prof. Dr. Egon KUNZE, der als 14jähriger Jungvolkpimpf bei den Löscharbeiten beteiligt war, fest: »Am Nachmittag des 14, Februar 1945 war ich im Bereich der Bautzener Straße, mit Blick über die Elbwiesen zur brennenden Altstadt. Ich habe noch immer in bedrückender Erinnerung, wie nach dem Bombardement der Altstadt plötzlich viele, viele Jagdflieger - ganze Schwärme, schätzungsweise etwa 100 bis 300 Jagdflieger — kamen, die sonst als Begleitflugzeuge der Bomberverbände eingesetzt waren, Sie hatten sich of-

[14] Beitrag Nr. 286, »Keine Tiefflieger in Dresden?«

[15] BERGANDER, aaO. (Anm. 1).

fenbar von diesen abgesetzt und rasten im Tiefflug über die Elbwiesen, wobei viele von ihnen gezielt auf flüchtende Menschen schossen, die sich aus der brennenden Stadt auf die Elbwiesen zu retten versuchten. Sie schossen dabei nicht nur auf Flüchtlingsgruppen, sondern auch auf einzelne Flüchtlinge und auch auf Gruppen - teilweise Rote-Kreuz-Gruppen —, die versuchten, Schwerverwundete durch schnellen Abtransport zu retten. Ich weiß nicht mehr, wie lange diese Tieffliegerangriffe dauerten, ich glaube etwa eine halbe Stunde: Aber diese Menschenjagd war so grausam, daß ich die Zeit darüber vergessen habe. Ich schätze, daß es mehrere hundert Menschen waren, die dieser abscheulichen Menschenjagd zum Opfer fielen.«[16]

Ausgerechnet am 50. Jahrestag des ersten 1000 Bomber-Angriffs im Zweiten Weltkrieg - auf Köln -, am 31. Mai 1992, enthüllte die Königinmutter in London eine überlebensgroße Bronzestatue des Luftmarschalls HARRIS. Dieser war der Oberbefehlshaber für die Luftangriffe auf das Reich, auch für den auf Dresden, erfand und entwickelte die »Feuerstürme* und bekam wegen der hohen eigenen Verluste den Beinamen >the Butcher< (Schlächter). Die 91 jährige Queen Mum forderte bei der Denkmalseinweihung in Anwesenheit der früheren britischen Premierministerin THATCHER ihr Volk auf, HARRIS' »mit Stolz und Dankbarkeit zu gedenken«.[1]

Bei der Einweisung der englischen Bomberbesatzungen für den Dresden-Angriff erklärte der dafür verantwortliche Offizier, »der Hauptzweck des Überfalls sei, so viel wie möglich von den Flüchtlingen zu töten, die, wie man wußte, in der Stadt Zuflucht gesucht hatten, und hinter der Ostfront Panik und Chaos zu verbreiten«.[18]

Rolf Kosiek

[16] Prof. Dr. Egon KUNZE, Bergisch Gladbach, in »Zeitzeugen-Bericht« vom 1. 6. 2006 an die Landeshauptstadt Dresden, Stadtarchiv.

[17] *Bild,* 1.6. 1993

[18] Austin APP, »Dresden, das ungeheuerlichste Verbrechen der Menschheitsgeschichte«, in: *National-Zeitung,* 13. 2. 1970, S. 9.

Dresden: Verrat im Spiel?

Das furchtbare Schicksal der Barockstadt Dresden gilt bis heute zu Recht als der Höhepunkt des Menschheitsverbrechens Bombenkrieg. Die Opferzahlen der vernichtenden Luftangriffe vom 13./14. Februar 1945 lagen wohl zwischen 135000 und 248000 Toten, wobei die genaue Wahrheit dieser schrecklichen Zahlen wohl nie mehr in Erfahrung zu bringen sein wird. Dennoch ist die große Frage, ob es da nicht noch etwas gibt, was bis heute unausgesprochen blieb.

Einen Hinweis gab hier Luftmarschall Sir Robert SAUNDBY, als er in seinem Vorwort zu David IRVINGS Buch *Der Untergang Dresdens* schrieb: »Das Geschehen ist hochdramadsch und vielschichtig und noch immer bis ins letzte ungeklärt.«[1] Sir Robert SAUNDBY, der als Vertreter von Luftmarschall Arthur >Butcher< HARRIS selbst ein Gegner des Angriffs auf Dresden war, gab dann deutlich zu verstehen, daß es ihm dabei nicht nur darum gehe, wer die Verantwortung für den Befehl zur Bombardierung Dresdens gab. Weder CHURCHILL noch HARRIS wollten in der Nachkriegszeit verantwortlich für den Untergang Dresdens sein.



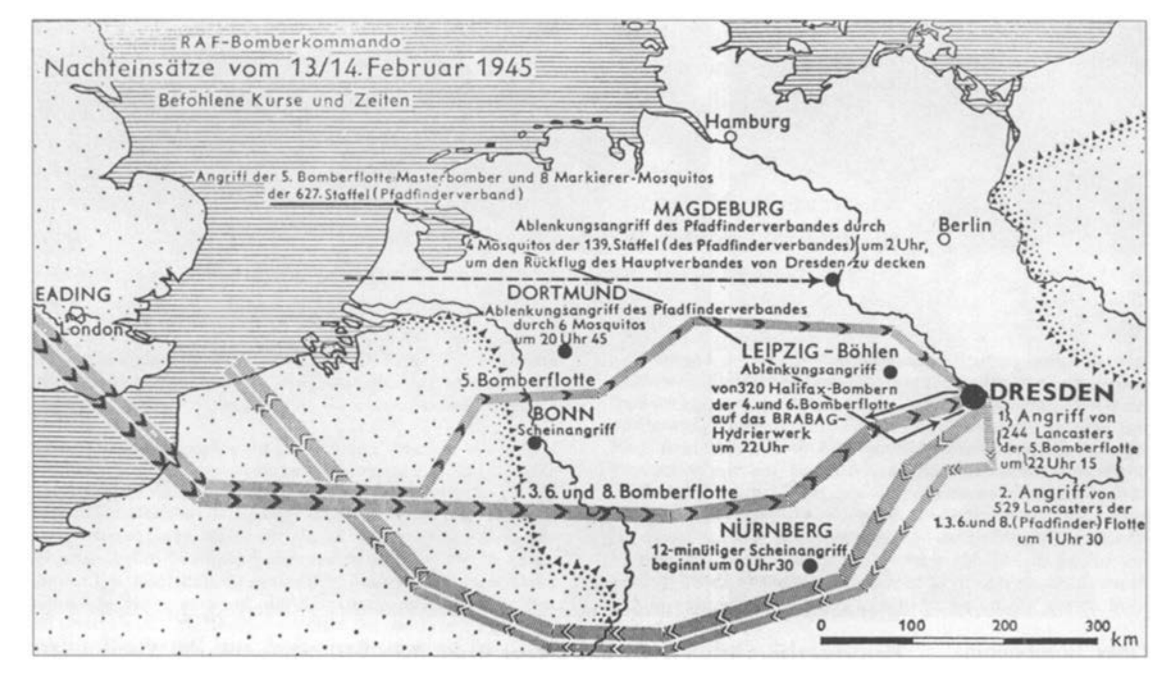


Von oben: Luftmarschall Robert SAUNOBY, CHURCHILLS engster Mitarbeiter; Oberstleutnant Maurice SMITH, der den ersten Angriff auf Dresden leitete.

Die Doppelangriffe auf Dresden in der Nacht vom 13. auf 14. Februar 1945 waren eine der längsten Missionen, die die Royal Air Force (RAF) im Bombenkrieg über Deutschland jemals durchgeführt hat. Die Entfernung von den Startplätzen in Süd- und Südostengland betrug in der Luftlinie etwa 2000 Kilometer. Die vorgegebenen Flugrouten sollen einschließlich der befohlenen Ausweichbewegung um die Flakzentren im Ruhrgebiet auf dem Hinflug 1300 und während des Rückflugs 1400 Kilometer betragen haben. Dies bedeutete, daß die Bomber vom Typ >Lancaster< und >Halifax< insgesamt zwischen neun und zehn Stunden unterwegs gewesen sein dürften. Daraus ergab sich, daß die Maschinen jeweils mit etwa 10000 Litern Treibstoff betankt werden mußten. Wegen dieses erhöhten Treibstoffbedarfs konnte nur etwa die Hälfte der Bombenmenge geladen werden, die sonst für den kurzen Flug ins Ruhrgebiet mitgenommen wurde.

Während ihres Längs trecken flugs waren die Nachtbomber der RAF durch die deutschen Nachtjäger äußerst gefährdet. Tatsächlich konnte die deutsche Nachtjagd im Februar 1945 ihre letzten größeren Erfolge melden. So gelangen damals erstmals seit langer Zeit wieder perfekte F-inschleusungen der deutschen Nachtjäger in den Bomberstrom mit schweren Verlusten für die angreifenden Engländer. Beim Angriff auf

[1] David IRVING, *Der Untergang Dresdens, Feuersturm 194* i, Arndt, Kiel 2006, S. 124, S. 127, 151-154 u. 175-179.



Karte der alliierten Nachteinsätze vom 13./14. Februar 1945.

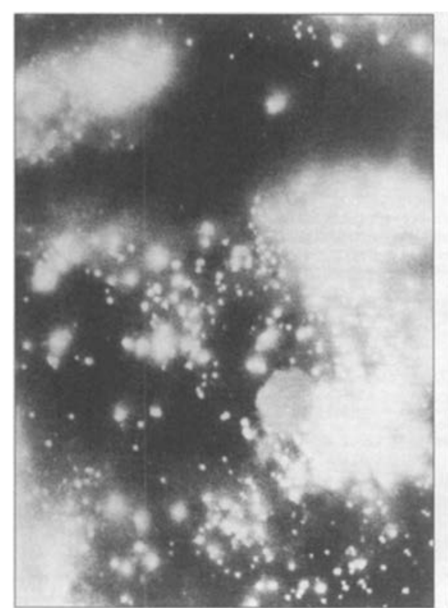
Worms zum Beispiel schossen acht deusche Besatzungen innerhalb von 29 Minuten 21 englische Viermotbomber ohne Eigenverluste ab.

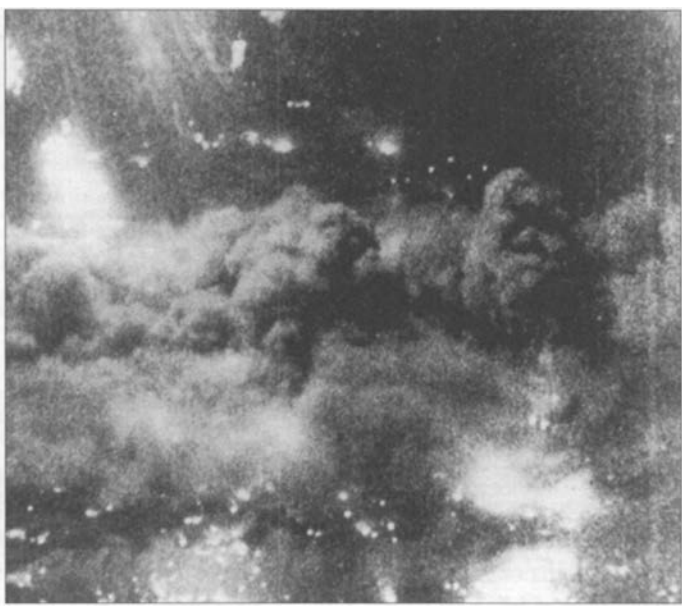
In der Nacht zum 13. Februar 1945 war jedoch alles anders. Obwohl die 244 Viermotbomber der ersten Angriffswelle auf Dresden von den Radarketten innerhalb des Reiches erfaßt wurden, bestand für die deutschen Nachtjäger Startverbot. Benzinmangel und die schlechten Wetterverhältnisse werden heute dafür angeführt.

Eine Falschmeldung über den Absprung von 1000 Fallschirmjägern westlich von Dresden verursachte weitere Unruhe. Danach hat sich Unvorstellbares abgespielt:

Auf dem Flugplatz Dresden-Klotzsche lag eine ganze Nachtjägerstaffel (V/NJG.5), die aber erst um 21 Uhr 55 einen Startbefehl bekam, als die alliierten Bomber bereits ihre Zielmarkierung abgeworfen hatten. Um auf Angriffshöhe zu kommen, hätten die zweimotorigen >Messerschmitt<-Nachtjäger mehr als eine halbe Stunde über dem eigenen Flugplatz kreisen müssen, der nur 8 Kilometer von Dresden entfernt lag. Nur 5 >Messerschmitt< BF-110 durften starten.

In ganz Deutschland waren am Ende nur 27 Nachtjäger aufgestiegen, um den mächtigsten Luftangriff der Geschichte abzuwehren, diese wurden aber von ihrer Leitung von Funkfeuer zu Funkfeuer gehetzt und mußten schließlich landen, ohne Feindberührung bekommen zu haben. Die Masse der deutschen Nachtjäger blieb angeblich wegen »schlechter jagdbedingungen< am Boden und mußte voller Wut mit ansehen, wie die





Links: Bombeneinschläge und beginnende Flächenbrände. *Rechts:* Der Feuersturm, wie ihn die RAF-Piloten aus 5 Kilometern Höhe sahen. Beide Abbildungen: Luftaufnahmen der RAF.

Feindverbände weit aufgelockert über ihre Flugplätze nach Westen abflogen."

Dresden war ohne irgendwelche Flakabwehr eine offene Stadt. Viele der >Lancaster<-Besatzungen waren fast beschämt darüber, daß es keinen Widerstand gab, und neugierig kreisten viele englische Flugzeugbesatzungen mehrmals freiwillig über der brennenden Stadt.

Nach dem Abflug der ersten Welle sollte ein neuer Bomberstrom von 529 >Lancaster< Dresden um 1 Uhr 30 angreifen und das Zerstörungswerk vollenden. Der Flugzeugpulk überquerte die Front an einem Punkt etwa 50 Kilometer nördlich von Luxemburg, und obwohl nun das Ziel klar war, mußte die deutsche Nachtjagd wiederum tatenlos zuschauen. Auch die Besatzungen in Dresden-Klotzsche saßen abflugbereit in ihren BF-110, als die Meldung von einem weiteren über Mitteldeutschland in südliche Richtung anfliegenden Verband über den normalen Drahtfunk kam. Es war klar, daß der zweite Angriff ebenfalls Dresden galt. Was nun geschah, war ungeheuerlich. Um 0 Uhr 30 wurden die Randbefeuerung und die Leuchtfeuer des Flugplatzes eingeschaltet, so daß die Umrisse der über hundert dort abgestellten Flugzeuge hell angestrahlt wurden. 18 voll getankte und munitionierte >Messerschmitt<-Nachtjägcr waren diesmal startklar, munitioniert und voralarmiert. Sie hätten mehr als genug Zeit gehabt, die Angriffshöhe zu erreichen. Aber es verstrichen 10, 20, 30 Minuten nach dem ersten Alarm, und immer noch wurde keine

[2] Franz KUROWSKI, *Bomben über Dresden,* Tosa, Wien 2(X)1, S. 80.

Startfreigabe erteilt. Der Fliegerhorst-Kommandant erklärte als Begründung, daß ein Transporter verband aus dem damals von sowjetischen Truppen belagerten Breslau erwartet wurde und daß deshalb die Leuchtpfade eingeschaltet werden mußten und ein Startverbot für die Nachtjäger bestand. Die Leuchtpfade des Flugplatzes wurden ein- und ausgeschaltet, als ob man die darüber hinwegbrummenden britischen Maschinen zum Angriff auffordern oder ihnen ein Zeichen geben wollte. Der überaus starken nervlichen Belastung waren viele Techniker nicht gewachsen, sie ließen ihre Anlaßgeräte für die Maschinen im Stich und suchten Schutz. Merkwürdig war, daß der Flugplatz jedoch mit keiner einzigen Bombe angegriffen wurde. Schließlich kletterten die Piloten der deutschen Nachtjäger aus ihren Kabinen, ohne zum Einsatz gekommen zu sein. Der Fliegerhorst-Kommandant erklärte, er habe keine Verbindung mit Berlin-Döberitz bekommen, um die Genehmigung für den Alarmstart seiner Staffel einzuholen. Er begründete es damit, daß die Telefonverbindungen durch Dresden unterbrochen und aus »irgendeinem Grund« auch die Kurzwellenverbindung zwischen Döberitz, dem Stab der ersten Jagddivision, und dem Flugplatz gestört gewesen sei. Für die Piloten war völlig klar, daß hier Sabotage vorlag.[3]

So kam es, daß der Doppelangriff auf Dresden zu den erfolgreichsten in der Geschichte des RAF-Bomberkommandos zählt. Der riskante Angriff, der am weitesten nach Deutschland hineinreichte, war mit einer Verlustquote von weniger als 0,5 Prozent durchgeführt worden. Nur 6 von 1400 Maschinen gingen verloren, 10 mußten wegen Treibstoffmangels auf dem Kontinent landen.

Das Drama beim Ausbleiben des Nachtjägereinsatzes auf Dresden in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 erinnert an Vorgänge in der Normandie vom Sommer 1944,[4] Auch damals hatte man in der Invasionsnacht die deutschen Nachtjäger ziellos von Funkfeuer zu Funkfeuer hin und her fliegen lassen, ohne daß auch nur einer gegen die empfindlichen Lastenseglertransporte der RAF zum Einsatz gekommen wäre. Und als die RAF die Stadt Le Havre angriff, um die für die Invasionsflotte gefährlichen deutschen Schnellboote auszulöschen, hatte man der deutschen Flak an diesem Abend Schießverbot erteilt, weil angeblich deutsche Nachtbomber über die Stadt hinweg zu fliegen planten, um die alliierte Flotte anzugreifen. Die angekündigten deutschen Flugzeuge flogen aber genauso wenig über Le Havre hinweg, wie die Transporter aus Breslau in Dresden während des Angriffs in der Nacht zum 14. Februar landeten.

[3] Gebhard ADERS, *Geschichte der deutschen Nachtjagd 1917—45,* Motorbuch, Stuttgart 1977, S. 124, 127, 151-154,175-178 u, 195.
[4] Friedrich GEORG, *Verrat in der Normandie,* Grabert, Tübingen '2007, S. 61 f.

Dies würde aber eine Vorkenntnis der alliierten Angriffs plane gegen Dresden auf deutscher Seite voraussetzen. Hat Sabotage auf deutscher Seite eine unheilvolle Rolle am Tod von über hunderttausend unschuldigen Bomben opfern gespielt?

Tatsächlich meldete die Nachrichten agentur ***A*** Paus Dresden im Jahre 2005, daß ein neues Dokument entdeckt worden sei, das vom Militärhistorischen Museum der Bundeswehr als »sensationell« eingestuft werde.[5] ***AP*** schrieb: »Wie der Leiter des Museums, Franz-Josef HEUSER, am Donnerstag in Dresden auf AP-Anfrage mitteilte, handelt es sich um den Brief eines deutschen Soldaten an seine Eltern, in dem dieser schon im Vorfeld den genauen Zeitpunkt der Angriffe, den 13. Febr. 1945, nannte. Aufgrund der Warnung des Soldaten hätten seine in Dresden lebenden Eltern die Stadt rechtzeitig verlassen und sich so in Sicherheit bringen können. Nach Angaben von HEUSER, der damit zugleich einen entsprechenden Bericht der Bild-Zeitung bestätigte, wurde der Brief im)ahr 2004 bei der Vorbereitung zu der Ausstellung »Sachsen im Bombenkrieg - Zeitzeugnisse< entdeckt. In diesem Brief vom 1. Febr. 1945 schrieb der Soldat Günther BRÜCKNER: >ES wird behauptet: Am 13. Febr. 1945 soll ein zweiter Angriff auf Dresden sein.< (Anmerkung. Es hatte schon vorher kleinere Zufallsangriffe auf Dresden gegeben, F. G.). Der Brief der Ausstellung sei von der Mutter des Soldaten, die ihn aufbewahrt habe, übergeben worden, betonte HEUSER: >Wir haben ihn von Kriminaltechnikern des Sächsischen Landeskriminalamts (LKA) untersuchen lassen, um eine Fälschung und damit einen Mißbrauch auszuschließen. In dem LKA-Gutachten werde bestätigt, daß der Brief tatsächlich aus jener Zeit stammen«

[5] http://de.news.yahoo.com/050210/12/LeswO-html (AP-Meldung).

Wie die Zeitung berichtete, hat BRÜCKNER seinen Informanten, einen Unteroffizier, in Stenoschrift genannt. Der Soldat sei Anfang 1945 auf dem Kampfgeschwaderflugplatz Eggebeck bei Flensburg stationiert gewesen. Dieser sei einer der wichtigsten und zugleich geheimsten Fliegerhorste der deutschen Luftwaffe gewesen. Auf dem Flugplatz waren 65 Aufklärungsmaschinen vom Typ Junkers >Ju 88< stationiert. Diese Maschinen hätten Abhörantennen gehabt und seien so in der Lage gewesen, die Alliierten zu belauschen. Die Flieger seien so in der Lage gewesen, Hinweise auf den bestehenden Angriff auf Dresden zu hefern, schrieb das Blatt weiter. Nach Angaben HEUSERS sollte der Brief vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr in Potsdam untersucht und wissenschafdich eingeordnet werden. Bis heute hat niemand etwas von diesem Brief gehört. Wahrscheinlich ist dem Forschungsamt der Bundeswehr in Potsdam die Einordnung und Auswertung des Briefs zu heikel geworden, denn dies würde bedeuten, daß Teile der deutschen Luftwaffe im voraus vom Angriff auf Dresden informiert waren, sie diese

Erkenntnis aber nicht nur nicht weitergegeben haben, sondern statt dessen mit diesem Vorwissen den Einsatz der eigenen Kräfte gegen die alliierten Bomber sabotierten. Wurden den Alliierten mit dem Ein- und Ausschalten der Flugplatzbefeuerung sogar Zeichen gegeben?

Tatsächlich gab es nach Aussagen von MESSERSCHMITTS Finanzberater nach dem Krieg eine weit verzweigte Verschwörung in der Luftwaffe, die nie aufgedeckt wurde.[6]

[6] GP.ORG, aaO. (ANM. 4), S. 149.

Es dürfte unstrittig sein, daß bei einer möglichen Ausnützung der Vorkenntnis des Angriffstermins Dresden unendliches Leid erspart geblieben wäre. Statt dessen wäre es möglich gewesen, dem RAF-Bomberkommando eine vernichtende Niederlage zuzufügen.

Im Februar 1945 war die Nachtjagd im Gegensatz zu anderen Teilen der deutschen Luftwaffe immer noch eine furchterregende Waffe.

Der Traum eines jeden Nachtjägers war, im voraus über einen geplanten Angriff Bescheid zu wissen. Im Frühjahr 1944 waren schon einmal den Deutschen einige RAF-Einsätze vorher bekannt, die ihren Höhepunkt im Angriff auf Nürnberg vom 31. März 1944 fanden. Diese Nacht wurde auch später als »schwarzer Freitag« des RAF-Bomberkommandos bekannt. Was als Routine-Angriff begonnen hatte, war zur Katastrophe geworden, denn von 795 englischen Viermotbombern, die sich auf den langen Weg nach Deutschland gemacht hatten, waren am Ende 94 nicht mehr zurückgekehrt, 12 bei der Landung in England abgestürzt, und 59 weitere Maschinen hatten so schwere Schädigungen erlitten, daß man sie verschrotten mußte." Dies bedeutete den Ausfall von 20,8 Prozent der eingesetzten Flugzeuge und 11,8 Prozent Personalverlust in einem einzigen Einsatz. Die Folge war eine mehrmonatige Pause der RAF-Luftangriffe auf Deutschland.

[7] Alastair REVIE, *. . . war ein verlorener Haufen*, Motorbuch, Stuttgart 1974, S. 9 f.

Das gleiche hätte den RAF-Nachtbombern 1945 über Dresden wieder gedroht. Auch hätte man die Stadt rechtzeitig von Flüchtlingen räumen können und so aller Wahrscheinlichkeit nach die Todesopfer durch die unweigerlichen Streubombenwürfe einer geschwächten RAF auf ein Minimum verringert.

Nun wird klar, was Vizemarschall SAUNDBY am Anfang angedeutet hat.

Leider sind die Unterlagen der deutschen Luftwaffe zu den Vorgängen im Jahre 1945 zerstört oder immer noch hinter alliierten Panzerschranktüren versteckt.

Es sieht aber ganz danach aus, daß die Verantwortung für das Blut der Bombenopfer von Dresden nicht nur an den Händen von RAF-Luftmarschall Arthur HARRIS oder Sir Winston CHURCHILL, sondern auch an denen von bis heute unbekannten deutschen Luftwaffenoffizieren klebt.

Friedrich Georg

Gefangenen-Erschießungen bei der Geiselberger Mühle

Auf die gegen Ende des Krieges von den Alliierten oft verübte völkerrechdich verbotene Erschießung von Kriegsgefangenen wurde schon in mehreren Beiträgen hingewiesen.[1] Ein weiteres bezeichnendes Beispiel sei mit dem Bericht über die Erschießungen bei der Geiselberger Mühle in der Pfalz am 21. März 1945 angeführt, der sich auf eine Darstellung der Familie BENKEL stützt,[2] die die Dorfchronik von Steinalben einsah und mit einem Überlebenden sprach.

Im März 1945 zog sich die 17, SS-Panzergrenadierdivision >Götz von Berlichingen< kämpfend durch die Pfalz zurück. Am 20. März kamen deutsche Soldaten dieser Einheit, aber auch andere, auf dem Weg von der nordwesdich gelegenen Sickinger Höhe zum Rhein in das Dorf Steinalben, das rund 12 Kilometer nördlich von Pirmasens liegt. Einen Tag später stieß überraschend die amerikanische 90th Cav. Ree. Squadron Tr. B als Vorhut der 10. US-Panzerdivision von Norden bis zu dem Dorf vor. Die vom Rückmarsch erschöpften und ermüdeten deutschen Soldaten versteckten sich mit der Zivilbevölkerung in den Kellern des Ortes. Neun Soldaten wurden von den Amerikanern beim Durchsuchen der Häuser entdeckt oder ihnen verraten, Sie mußten dann nach ersten Mißhandlungen und Raub ihrer Auszeichnungen auf der heutigen B 270 vor einem Panzerspähwagen herlaufen und wurden so zur rund drei Kilometer entfernten Geiselberger Mühle getrieben. »Am Straßengraben, kurz

[1] Siehe Beiträge Nr. 290-300.

[2] Martina u. Uwe BENKEL, »Die Erschießungen bei der Geiselberger Mühle am 21. März 1945«, in: *Der Freiwillige,* Nr. 12, 2006, S. 16 f.



Ein Soldat der ¡Götz von Berlichingen< im März 1945 mit Panzerfaust 60 und Handgranaten.

vor der Abzweigung nach Geiselberg, müssen die Männer ihre Kleidung ablegen. Die Soldbücher und Erkennungsmarken werden ihnen entrissen und auf den Boden geworfen. Man führt sie über eine Wiese, etwa 30 bis 40 Meter bergauf, zu einem kleinen Wäldchen.« Sie mußten sich hinknien, und dann feuerten die drei Amerikaner, die hinter ihnen standen, ihre Magazine auf sie leer.



Der Soldatenfriedhof Dahn, auf dem die bei der Geiselberger Mühle erschossenen Soldaten der >Götz von Berlichingen< bestattet sind.

Sechs der Deutschen waren sofort tot, drei überlebten schwerverletzt. Nach dem Verschwinden der Amerikaner, die von einem Vorgesetzten dann wegen ihrer eigenmächtigen Tat gerügt wurden, konnten sich die Schwerverwundeten auf einem Waldweg nach dem rund 10 Kilometer entfernten Waldfischbach schleppen, wurden von dort nach Heltersberg gewiesen, wo sie erste Versorgung bekamen. Zumindest zwei von ihnen überstanden mit viel Glück die folgende Zeit. Einer von ihnen, Heinz SCHWARZ, berichtete später darüber. Unter falschem Namen lebte er dann in der Pfalz und kam jedes Jahr zum 21. Marz zum Soldatenfriedhof Dahn, wo seine erschossenen Kameraden später ihre letzte Ruhestätte fanden. Deren Leichen lagen noch zwei Wochen nach der Hinrichtung im Wald, bevor man die Erlaubnis erhielt, sie zu bergen.

Im Jahre 1955 wurde von der deutschen Staatsanwaltschaft ein Ermitlungsverfahren wegen dieser Morde eingeleitet. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt, da alle Untersuchungen durch das amerikanische Militär durchgeführt wurden, das die Täter für ihr Verbrechen nicht zur Rechenschaft zog. Die Namen der Erschossenen lauten Franz Seraph HILBERT, Kornelius JANSEN, Georg PESCHKA, Erwin SCHUBERT, Friedrich SCHWENK und Ferdinand WASLAWSKI.

Rolf Kosiek

Deutsche Gefangene auf Insel Rab eingemauert

Die im Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien völkerrechtswidrig kämpfenden TITO-Partisanen, die dennoch durch die Alliierten unterstützt wurden, haben, insbesondere auch nach Ende des Krieges, I Iunderttausende Deutscher hingemordet, sowohl gefangene Soldaten als auch nicht geflüchtete Volksdeutsche.[1] Dennoch wurde TITO von Bundespräsident HEINEMANN ZU einem Besuch der Bundesrepublik im Juni 1974 eingeladen sowie ehrenvoll aufgenommen. Die bundesdeutsche Regierungsspitze mit Bundespräsident Karl CARSTENS war sich nicht zu schade, im Jahre 1980 Tito durch ihre Teilnahme an seinem Begräbnis zu ehren. Die bundesdeutsche Presse lobte jeweils den Massenmörder an Deutschen mit großen Worten.

[1] Beitrag Nr. 230, »Verbrechen der Tito-Banden«; Johann Georg REISSMÜLLER, »Am schlimmsten war es in Jugoslawien«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. 10. 1990.

Ein besonders grausames, heute weithin vergessenes Massaker an Deutschen in Jugoslawien ereignete sich im Mai 1945 auf der heute von Touristen, auch vielen Bundesbürgern, gern besuchten Adrja-Insel Rab. Mehr als vierzigJahre nach dem damaligen Geschehen gab im Jahre 1986 ein in Kanada lebender ehemaliger Angehöriger von TITOS Partisanen an, daß im Mai 1945 sich auf der Insel Rab rund 3500 deutsche Soldaten ergeben hätten. Er teilte dann wörtlich mit: »Diese Kriegsgefangenen wurden von den Partisanen auf alle mögliche Art gefoltert und gequält. Danach wurden sie in einen Bunker geführt, der noch aus der Zeit des Königreiches Jugoslawien stammte. Man band ihnen die Hände mit Draht auf den Rücken und mauerte den Eingang zu. Die Türen wurden zube-



In einem Hinterhalt liegende Tito-Partisanen. Dem britischen Premierminister CHURCHILL hatte TITO sehr viel zu verdanken, da der Brite Ende 1943 beschlossen hatte, MIHAILOVIC fallenzulassen und die gesamte alliierte Hilfe der kommunistisch gesteuerten >Nationalen Befreiungsarmee< zukommen zu lassen.



Einer der Sühnemärsche in Jugoslawien.

toniert. So starben alle diese Deutschen in dieser gewaltigen Grabkammer. Das Grab befindet sich in einem mit Fichten bewachsenen Hügel unweit des Hotels >Imperiak Ich halte es nach so vielen Jahren für meine Pflicht, an dieses Verbrechen zu erinnern, das noch keinen Namen trägt.«[2]

In Istrien sollen deutsche Gefangene von TITOS Partisanen lebend in die Karsthöhlen geworfen worden sein.

Über andere Schicksale der knapp 200000 deutschen Soldaten, die den jugoslawischen Partisanen in die Hände fielen, berichten CAREI.I. und BÖDDEKER in ihrer Monographie[3] mit vielen Zitaten aus der regierungsamtlichen Dokumentation über die deutschen Kriegsgefangenen.[4]

Die Leiden und Verfolgungen der Volksdeutschen in Jugoslawien werden in der vierbändigen Dokumentation der Donauschwaben beschrieben.[5] " Rolf Kosiek

3 »Ungesühntes Kriegs verbrechen«, in: *Der Republikaner,* Nr. 3,1986.

J Paul CARELL U. Günter BÖDDEKER, *Die Gefangenen,* Ullstein, München 1980, Kapitel »Sühnemärsche in Jugoslawien«, S. 200—216.

4 Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, *Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges,* 15 Bde., München 1962- 1974, insbesondere Bd. 1/1 u. 1/2: Kurt W. BÖHME, *Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien,* München 1962/64.

5 Donau schwäbische Kulturstiftung (Hg,), *Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien,* 4 Bde., Donau schwäbische Kulturstiftung, München 1991—94.

Zur Vertreibung der Ungarndeutschen

Neben der Vertreibung der Ostdeutschen aus den 1945 von der Sowjetunion und Polen annektierten deutschen Ostprovinzen wurden auch viele Volksdeutsche aus ihren seit Jahrhunderten besiedelten Heimatgebieten in Ost- und Südosteuropa vertrieben. Insbesondere wurden 225 000 der rund 477 000 Ungarndeutschen, die sich in der Volkszählung vom 21. Dezember 1941 als »Volksdeutsche* bekannt hatten, in den ersten drei Jahren nach Kriegsende von Haus und Hof außer Landes verjagt. Entschuldigend wird bis heute oft von ungarischer Seite angeführt, daß diese Maßnahme von der alliierten Konferenz in Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945 beschlossen oder von der Sowjetunion befohlen worden sei. Manche behaupten auch, diese Vertreibungen seien vor allem von den ungarischen Kommunisten durchgesetzt worden.[1]

Doch das war nicht der Fall. Richtig ist, daß die damalige ungarische Regierung für diese gegen das Menschen- und Völkerrecht verstoßende Vertreibung verantwortlich war, sie aus nationalstaatlichen Gründen geplant und durchgeführt hat und daß auch die verschiedenen ungarischen Parteien die Enteignung und Vertreibung der Deutschen damals forderten und unterstützten.

In einem ganzseitigen Artikel in der ***FAZ***[2] hat Reinhard OLT als Ostexperte der genannten Zeitung die Vorgeschichte und den wesentlichen Ablauf dieses Vorganges zusammengefaßt.

Danach wurde nach ausführlichen Beratungen innerhalb der ungarischen Regierung und mit den Parteien am 26. Mai 1945 offiziell eine Note an die Sowjetunion gerichtet, in der es hieß: »Die ungarische Regierung ist zu dem Entschluß gelangt, daß es notwendig ist, jene Deutschen, die die Sache Ungarns verrieten und in den Dienst HITLERS traten, aus dem Lande zu entfernen, weil nur auf diese Weise sicherzustellen ist, daß der deutsche Geist und die deutsche Unterdrückung nicht mehr darin Herr werden.« Moskau wurde dann um das Einverständnis gebeten, die zu entfernenden 200000 bis 250000 Deutschen in das Restdeutschland auszusiedeln. Die Vertreibung der Ungarndeutschen ging also von Budapest, nicht von Moskau, aus und wurde bereits vor der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 eingeleitet.

Die von der ungarischen Regierung geplante Vertreibung der »Schwaben* wurde in der Verordnung Nr, 12330 im ***Ungarischen Staatsanzeiger*** *(Magyar Közlöny)* Nr, 211 vom 29. Dezember 1945 veröffentlicht. Es heißt darin zwar unter anderem: »Aufgrund des Beschlusses der Regierung und der Alliierten Kontrollkommission vom 20. November 1945 über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland wird

[1] Zum Beispiel in: Innenministerium Baden-Württemberg (Mg.), Ausstellungskatalog *Die Donauschwaben. Deutsche Siedlung in Südosteuropa*, Tübingen [2]1989.

[2] Reinhard Oi.T, »Das deutsche Geschwür im Körper der Nation«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 9. 9. 2006, S. 37.

verfügt: Zur Umsiedlung sind jene ungarischen Staatsbürger verpflichtet, die sich anläßlich der letzten Volkszählung zur deutschen Nationalität oder Muttersprache bekannt haben oder die ihren magyarischen Namen wieder in einen deutsch klingenden umändern ließen, ferner diejenigen, die Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) waren.« Aber unberechtigt bezog sich die ungarische Regierung dabei auf die Alliierten und auf die Potsdamer Konferenz.

Das Vorhaben der Ungarn überraschte damals nämlich auch die Westalliierten, als es dem zuständigen US-Generalmajor KEY und dem britischen Generalmajor EDGCUMBE auf der Sitzung der Kontrollkommission am 16. Juni 1945 von ihrem sowjetischen Kollegen Marschall WOROSCHILOW vorgelegt wurde. Auf der Sitzung der Kommission am 25. Januar 1946 protestierte KEY gegen die Formulierung, daß die Vertreibung »auf Weisung der Siegermächte« oder »auf Anordnung der Alliierten Kontrollkommission« erfolge und setzte statt dessen »mit Genehmigung« der Alliierten durch. WOROSCHILOW stimmte dem zu und erklärte bei dieser Gelegenheit, »daß die Deportation das Ergebnis eines von der ungarischen Regierung gestellten Antrags« sei und nicht auf Wunsch oder Druck von Moskau erfolge.



Zum anderen waren für die Vertreibung nicht in erster Linie die Kommunisten verantwortlich. Denn zwischen 1945 und 1947 waren vor allem nationale Parteien in Budapest an der Macht. Unter den sechzehn Ministern der ersten Nachkriegsregierung waren nur vier Kommunisten.

Vor allem die ungarische Nationale Bauernpartei rief gegen die »Schwaben* - so wurden die Deutschen genannt - und zu deren Enteignung auf. Ihr Generalsekretär Imre KOVACS erklärte auf einer Versammlung schon



Links: **Der junge Generalsekretär der ungarischen Nationalen Bauernpartei, Imre** KOVACS (1913-1980), **setzte sich für die Enteignung und Vertreibung der ¡Schwaben* stark ein.** ***Oben:*** **der Stalinist Matyas** RAKOSI (1892-1971).

am 7. April 1945: »Endlich kann Ungarn sein Verhältnis zu Deutschland und zu den Schwaben bereinigen. Die Schwaben haben sich selber aus dem Körper der Nation herausgerissen und in allen ihren Taten bewiesen, daß sie mit HitleR-Deutschland fühlen. Nun sollen sie auch Deutschlands Schicksal tragen. Wir werden sie aussiedeln.« Im Parteiorgan der Kleinlandwirte *Kis Ujsag* hieß es am 18. April 1945, das »deutsche Gift« müsse entfernt, das »deutsche Geschwür aus dem nun heilenden Körper der Nation herausgeschnitten werden«. Als die Kommunisten 1948 die Macht übernahmen, gab es sogar erste Erleichterungen für die zurückgebliebenen Deutschen. 1950 hob der Stalinist Matyas RAKOSI die von den Vorgängerregierungen gegen die im Lande verbliebenen Deutschen erlassenen Gesetze auf.

Die Durchführung der Vertreibung der Ungarndeutschen begann am 19. Januar 1946 mit dem gewaltsamen Abtransport einer ersten Gruppe aus dem Budapester Vorort Wudersch (Budaörs), dessen Bewohner zu mehr als 85 Prozent aus Deutschen bestanden. In Zügen mit Viehwaggons wurde jeweils rund 1000 Menschen in mehrwöchiger Reise ohne Proviant in die amerikanische Zone Deutschlands abgeschoben, wo bald US-General Lucius GAY gegen die unmenschliche Behandlung der Vertriebenen protestierte und sich schließlich weigerte, noch mehr der armen Menschen in seine Zone aufzunehmen, in die schon viele Sudetendeutsche gekommen waren. Nach seinen Angaben kamen 168000 Ungarndeutsche in die amerikanische Zone bis zum 1. Dezember 1946, als er die Aufnahme beendete. Bis zum Sommer 1948 wurden dann noch einmal über 50000 »Schwaben« aus Ungarn in die Sowjetzone vertrieben, von wo viele anschließend nach Westdeutschland gingen, ein Teil dann nach Amerika auswanderte. Parallel dazu waren rund 64000 Deutsche aus Ungarn in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit verschleppt worden, von denen dort 16000 umkamen. Insgesamt wurden 225000 »Schwaben« vertrieben.

Nach dem Umschwung im Osten hat sich 1990 das erste freigewählte ungarische Parlament offiziell für das Verbrechen der Vertreibung entschuldigt, und das Verfassungsgericht in Budapest hob alle Bestimmungen auf, die zur Grundlage der Vertreibung dienten. Im Jahre 1993 wurde für Ungarn ein Minderheitengesetz verabschiedet, das Selbstverwaltung auch für die Ungarndeutschen einführte, so daß es ihnen heute als Volksgruppe besser geht als etwa den die Mehrheit des Landes stellenden Deutschen im Elsaß.

Rolf Kosiek

>Operation Weichsel<. Die polnische Vertreibung der Lemken

In Prospekten deutscher Reiseunternehmen[1] findet sich der Hinweis, daß die in den polnischen Karpaten ansässige ukrainische Volksgruppe der Lemken (polnisch: Lemki) in der Folge des Zweiten Weltkriegs einem Völkermord zum Opfer gefallen sei. Der deutsche Leser — meist schuldbewußt - meint dann sofort, daß hier wieder sein >Tätervolk< Verbrechen begangen habe. Das trifft jedoch nicht zu. Mit Rücksicht auf Warschau verschweigt die deutsche Touristikbranche, daß hier die Polen ein weiteres, wenig bekanntes Vertreibungsverbrechen begingen, und zwar an Ukrainern,

Die Tatsachen sind:[2] In den unteren Beskiden, dem nördlichen, polnischen Zweig der Karpaten, siedelten seit langem die Lemken, ein zum ukrainischen Volk gehöriger Stamm mit griechisch-katholischer Religion und altem Brauchtum, der vor allem als Viehzüchter tätig war. Während des Zweiten Weltkrieges kämpften ukrainische Partisanen für die Unabhängigkeit ihres Volkes, die 1918 für kurze Zeit bis 1921 bestanden hatte. Ihre wichtigsten Organisationen waren die UPA und die OBN, deren Gegner sowohl die Sowjets als auch die Deutschen während der Besatzungszeit waren. Nach 1945 kämpften die ukrainischen Patrioten im Untergrund weiter gegen Polen und Russen, wobei sie von britischen und amerikanischen Geheimdiensten unterstützt wurden. Sie unterhielten auch Verbindungen zu den >Waldbrüdern< im Baltikum, die ebenfalls als Partisanen sich gegen die sowjetischen Besatzer noch jahrelang nach Kriegsende wehrten.

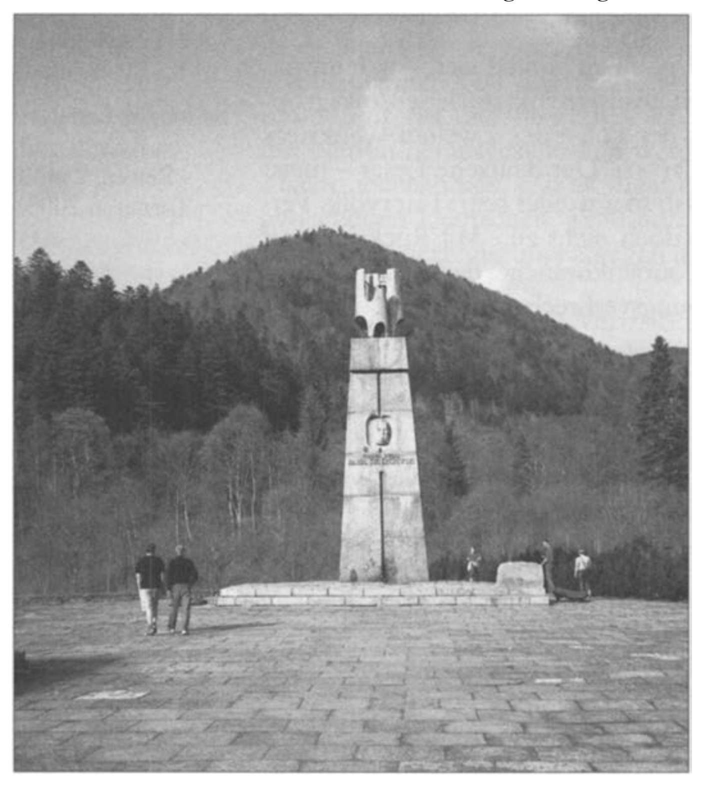
Ein wichtiges Ziel der UPA war die Verhinderung von Deportationen in die Sowjetunion als Folge des polnisch-sowjetischen oder polnisch-ukrainischen Abkommens und des Bevölkerungsaustausches im Zusammenhang mit der Rücknahme des 1921 im polnischen Angriffskrieg eroberten >Ostpolens< durch Moskau. Maßnahmen dazu waren die Zerstörung des sowjetischen Verwaltungsapparats, Sabotage und die Verbreitung antisowjetischer Propaganda. NKWD-Offiziere, KP-Parteimitglieder und Kollaborateure wurden dabei auch ermordet.

Polens Bestreben nach 1945 war hingegen die Errichtung eines einheitlichen Nationalstaates und die Beseitigung der seit Jahrhunderten bestehenden Spannungen mit den Ukrainern auf seinem Boden. Daher nahm es von Oktober 1944 bis August 1946 die Gelegenheit wahr, die meisten Ukrainer aus seinem Land in die Sowjetunion zu deportieren. Mehrere polnische Divisionen vertrieben insgesamt 486000 Ukrainer aus dem neuen östlichen Polen mit barbarischen Methoden einschließlich

[1] So in: *Die Landpartie,* Radeln und Reisen, 25438 Tornesch 2003.

[2] Or set Subtelny, *Ukraine - a History,* University of Toronto Press, Toronto 1994; Adalbert LHWANDOWSKI, *Umbruch und Kontinuität,* Kovac, Hamburg **2000.**

Vergewaltigungen, zunächst nach Osten. Das Gebiet südlich von Gorlice, die Heimat der Lemken im südöstlichen Polen, war bis 1947 weitgehend von den Umsiedlungen ausgenommen.



Denkmal des polnischen Generals Karol SWIERCZEWSKI in Jablonki neben dem Berg Walter. Ob UPA-Aktivisten tatsächlich für den Tod des Generals verantwortlich waren, ist nach wie vor umstritten.

Am 23. März 1947 ermordete die UPA den polnischen General Karol SWIERCZEWSKI, Dies benutzte Warschau als Vorwand, gegen die noch in Polen verbliebene Volksgruppe der Lemken die »Operation Weichsel« durchzuführen, weil sie die UPA-Freiheitskämpfer verpflegt und ihnen Unterschlupf gewährt hatten. Gemäß der damals geltenden Kollektivschuldthese bezeichnete man sie als »Handlanger der ukrainischen Separatisten«, als Banditen und Terroristen.

Das Präsidium der polnischen Ministerrats beschloß am 24. April 1947 die Deportation der Lemken, die der General Stefan MOSOR mit sechs Divisionen und sieben Regimentern durchführte. Den Zwangsumsiedlern blieben nur wenige Stunden Zeit, um ihre Habe auf Leiterwagen zu packen. Wer sich zur Wehr setzte, wurde von den eskortierenden Soldaten erschossen. Auch auf der Rampe von Auschwitz fand eine Selektion statt. Nach dem Verhör wurden 4000 Personen im KZ Jaworzno, einem Nebenlager von Auschwitz, ohne Gerichtsbeschluß eingesperrt, Bauern, Lehrer, Priester, Ärzte, Rechtsanwälte, Frauen, auch Schwangere und Kinder. In den ersten Monaten starben 163 Häftlinge infolge von Folter, Mißhandlungen, Hunger und Seuchen.

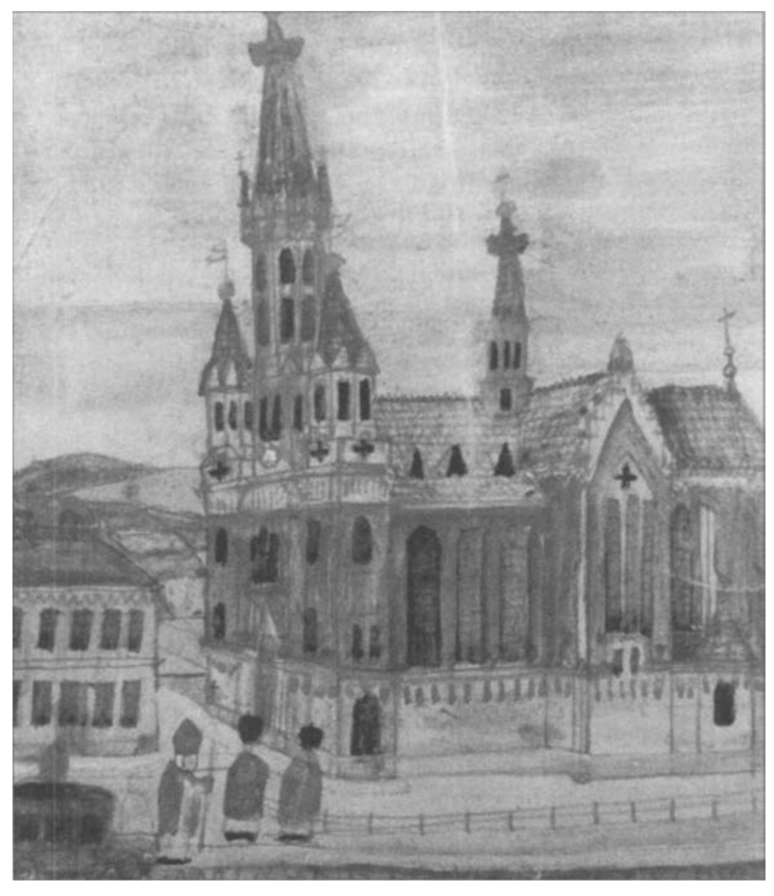
Insgesamt wurden 150000 Lemken bei der »Operation Weichsel« aus ihrer Heimat gerissen, und nicht nach Osten, wie vorher die anderen Ukrainer, sondern nach Westen in die »wiedergewonnenen Gebiete« (Ostdeutschland) transportiert, auf Schlesien, Pommern, Danzig und Ostpreußen verteilt. Da keine Dokumente vorhanden sind, kann niemand die genaue Zahl der Todesopfer dieser Maßnahme angeben. Es gibt ein Dokument des verantwortlichen Generals Mossor, das Belohnung für Personen aussetzt, die »Banditen« töten oder gefangen nehmen und zum Hauptquartier bringen.

F,in weiteres Ziel der »Operation Weichsel« war die Polonisierung der Lemken. Dazu wurden bei der Vertreibung die Familien auseinandergerissen und in den »wiedergewonnenen Gebieten< zerstreut, so daß sie keine zusammenhängenden Gruppen mehr bilden konnten. Wegen ihres »Banditenstatus< hatten die Lemken auch kein Recht auf eigenes Land. Der antiukrainische Haß, den die damals in dem ehemaligen Ostdeutschland lebenden Polen besaßen, war so stark, daß die Lemken aus Angst vor weiteren Nachteilen auf ihre Muttersprache verzichteten und selbst oft ihren Kindern ihre ethnische Herkunft verschwiegen. Diese feindliche Einstellung der Polen führte zu einer wirksamen, langanhaltenden Prägung eines abfälligen Typs des Ukrainers.



Ein bekannter Lemke war der Maler NIKI FÜR **(eigentlich Epifan** DROWNIAK, 1895-1968)**; eines seiner Gemälde, »Bischof und Kathedrale«.**

Das von den vertriebenen Lemken verlassene Land wurde im überwiegenden Maße nicht wieder besiedelt, auch nicht von den aus »Ostpolen< nach Westen umgesiedelten rund 1,5 Millionen Polen, da diese die von den Deutschen nach deren Vertreibung »wiedergewonnenen Gebiete* aus naheliegenden Gründen bevorzugten. Die Mehrheit der Bauten, vor allem die Kirchen, in der alten Heimat der Lemken in den Beskiden wurde abgebrannt, so daß diese Region bis in die siebziger Jahre fast unbewohnt blieb. Die tausendjährige Kultur und die Berglandwirtschaft wurden vernichtet.



Nach der Vertreibung war es den Lemken verboten, ihre neue Region mit der ihnen feindlichen polnische Bevölkerung zu verlassen, Zuwiderhandelnde wurden in KZs verbracht. Ebenso wurden ihnen eigene Schulen, der Unterricht in ihrer Muttersprache und die griechisch-katholische Religion verboten.

Erst als um 1956 im bolschewistischen Regime ein

[3] *Der Große Brockhaus in zwölf Bänden,* Brockhaus, Wiesbaden 1955, S. 173.

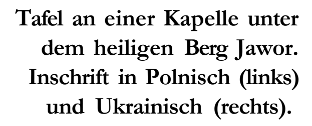
»Tauwetter* einsetzte, erhielten die Vertriebenen einige Freiheiten, die ihnen die Organisation ihres kulturellen Lebens und den muttersprachlichen Unterricht gestatteten. Einige Tausend von ihnen kehrten in ihre alte Heimat in den Karpaten zurück. Der *Große Brockhaus* von 1955[3] vermerkt die Lemken noch dort, ohne allerdings ihre vorherige Vertreibung und den Untergang der Volksgruppe überhaupt zu erwähnen.

Am 3. August 1990 verurteilte der polnische Senat die »Operation Weichsel*. Im Jahre 1995 stellte die Staatsanwaltschaft in Kattowitz fest, daß an den Häftlingen im KZ Jaworzno Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden seien.

1990 wurde die »Union der Lemkem {>The Union of Lemkos*) als Teil der »Union der Ukrainer in Polen* (>The Union of Ukrainians in Poland*) zur besseren Vertretung der Rechte der Lemken gegründet.[4] 1997 war die Union der Lemken auf dem 43. Kongreß der Bundesunion der europäischen Nationalitäten vom 8. bis 10. Mai 1997 in Pörtschach, Österreich, vertreten und gab[3] einen Bericht über die Lage der Volksgruppe.

Die deutschen Reiseprospekte sprechen also mit Recht von Völkermord an den Lemken im Sinne der Völkermordkonvention der UNO von 1948 . Danach bedeutet »Völkermord* Handlungen, die eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zerstören, wobei die Absicht dazu schon das entscheidende Moment ist. Die Prospekte sollten aber auch die Täter nennen und nicht den Eindruck erwecken, daß es die Deutschen statt der Polen waren.[6]

Friedrich Karl Pohl





Tafel an einer Kapelle unter dem heiligen Berg Jawor. Inschrift in Polnisch (links) und Ukrainisch (rechts).

[4] Schreiben von Waclaw SZLANTA, dem Vorsitzenden der Lern ken, G or lice (Polen), vom Januar 1997 zur Lage der Lemken im gegenwärtigen Polen,

[5] *Vatra,* Special edition by the Union of Lemkos in Poland, Gorlice 1997; Petro FZAFRAN u. Waclaw FZLARN, *The Situation of the Ukrainian National Minority in the present-day Poland,* Gorlice 1997,

[6] Die Ukrainer hatten wie die Volksdeutschen in Polen schon ab 1918 in den polnischen Konzentrationslagern zu leiden.

Die Zerstörung des Kaiser Wilhelm-Denkmals am Deutschen Eck

Die Alliierten, besonders die Anglo-Amerikaner, führten angeblich den Zweiten Weltkrieg auch mit dem Ziel, den deutschen »Barbaren* Kultur beizubringen und sie in die Gemeinschaft der »gesitteten Völker* zurückzuführen.

Doch im Gegensatz zu solch hehren Worten stand die Praxis 1945, Das erkennt man zum Beispiel an der Behandlung alter deutscher Kulturdenkmale durch die alliierten Besätzungstruppen. Wenn man noch ein gewisses Verständnis dafür haben kann, daß die eindrucksvollen Bauten aus der NS-Zeit - etwa in den Hauptstädten der Bewegung Nürnberg oder München - geschlei ft wurden, so gibt es kaum eine Entschuldigung für die mutwillige Zerstörung lange vor dem Dritten Reich errichteter historischer Denkmäler. So dienten das 1875 eingeweihte Hermannsdenkmal auf der Grotenburg im Teutoburger Wald oder das 1896 errichtete Denkmal Kaiser WILHELMS I. auf dem Wittekindsberg oberhalb der Weser an der Porta Westfalica bei Minden 1945 den übermütigen alliierten Truppen als Zielscheiben für ihre Schießkünste. Der Verfasser erinnert sich noch von Besuchen in den ersten Nachkriegs jähren an die von vielen Schüssen durchlöcherten Figuren dieser Denkmäler, die später aufwendig restauriert werden mußten. Dabei wurde Kaiser WILHELM I., der segnend seine rechte Hand über das Land an der Weser hielt, unterstellt, damit den »Nazi-Gruß< auszuführen und somit der »erste Nazi* gewesen zu sein. Es soll nach dem Zweiten Weltkrieg überlegt worden sein, um solche Mißdeutungen für die Zukunft auszuräumen, bei der Restaurierung die ausgestreckte rechte Hand des Kaisers zur geballten Faust umzuformen, was dann aber doch unterblieb.

Während man diese Zerstörungen noch als bedauernswerte Entgleisungen untergeordneter namenloser alliierter Kulturbanausen, wie es sie in jedem Heer gibt, entschuldigen könnte, gilt das nicht für das Schicksal, das dem 1897 eingeweihten Denkmal Kaiser WILHELMS 1. am Deutschen Eck in Koblenz widerfuhr. Das Reiterstandbild des ersten Kaisers des zweiten Deutschen Reiches wurde im März 1945 von Amerikanern völlig zerstört - und zwar mutwillig und anscheinend auf höchsten Befehl hin. Diese Tat wurde einmal einem US-Sergeanten zugeschrieben.[1] Endarvend ist, was zum anderen der US-Colonel A. ALLE.N in seiner Geschichte der amerikanischen 3. Armee dazu festgehalten hat.[2] Er schildert dort den Besuch des damaligen westalliierten Oberkommandierenden, des US-Generals und späteren Präsidenten der Vereinigten Staaten, Dwight D.

[1] So in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18. 10. 1986.

[2] S. ALLEN, *Lucky Forward,* Vanquard Press, New York 1947, S. 339; zitiert von Herbert FRANZMANN in: Leserbrief »Zerstörung von Eisenhower angeordnet?« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* " 29. 10. 1986.

EISENHOWER, im Hauptquartier des US-Generals PATTON und führt dann aus: »EISENHOWER verbrachte die Nacht in PATTONS Hauptquartier und wohnte am nächsten Morgen der Befehlsausgabe bei. An ihrem Ende widmete er PATTON und dem ganzen Stab herzliche Worte der Anerkennung und schloß gutgelaunt mit den Worten: >George (PATTON), bitte veranlassen Sie für mich noch die Beschießung des riesigen eisernen Denkmals, das die Deutschen einem ihrer Kaiser am Rheinufer in Koblenz errichtet haben. Dieser metallene Koloß würde sich wesendich besser auf dem Grunde des Rheines ausnehmen, als weiterhin in den Himmel zu ragen. Außerdem käme dies ihrer (der Deutschen) geistigen Entwicklung zugute.<

>Mit Freuden, General<, antwortete PATTON. >Wir werden das bißchen für Sie unverzüglich erledigen. Es wird uns ein Vergnügen sein.< Zwei Tage später erzielten Jagdbomberpiloten des XIX. Taktischen Geschwaders direkte Treffer auf dem hoch aufragenden 50 Tonnen schweren Denkmal Kaiser WILHELMS I., daß es zerschmettert von seinem steinernen Sockel stürzte.«

Eines der bekanntesten nationalen Symbole in Deutschland wurde also demnach auf Befehl von höchster alliierter Stelle zerstört — mit der ausdrücklichen Begründung, damit der »geistigen Entwicklung«, sprich Um-



Das von Reinhold BEGAS geschaffene und 1897 eingeweihte Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal für Berlin ist nicht mehr erhalten. Das im selben Jahr enthüllte Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck in Koblenz stand in direkter Konkurrenz zum Berliner Bau.

erziehung, der Deutschen zu dienen, indem man ihnen die Erinnerung an ihren großen, auch bei Siegen maßvollen Kaiser raubte. Dem genannten Text kann zudem mit einiger Wahrscheinlichkeit entnommen werden, daß EJSENHÖWER nicht einmal wußte, welchem Kaiser das Denkmal gewidmet war.

Auf derselben Linie liegt die alliierte Zerstörung anderer Kulturgüter, etwa die militärisch unnötige Vernichtung der Kunstmetropole Dresden 1945[3] oder des alten ehrwürdigen Klosters Monte Cassino in Italien 1944.[4]

Demgegenüber ist kein Fall bekannt, daß deutsche Soldaten in ähnlicher Weise mutwillig ausländische Kulturgüter in besetztem Land zerstörten. Dafür gibt es bezeichnende Fälle des deutschen Kunstschutzes in beiden Weltkriegen.[3]

Es dürfte klar sein, auf welcher Seite die wirklichen Barbaren standen.

Bezeichnend für die damalige Zeit verlief dann das weitere Schicksal des Koblenzer Denkmals.

Die Trümmer wurden von den französischen Truppen als Altmetall losweise vergeben. Ein Auslandsdeutscher sah den Kopf des Kaisers unter den Trümmern liegen, erstand ihn und brachte ihn bei einem Bauern in der Scheune in Sicherheit. Nachforschungen der Franzosen fanden den Metallkopf nicht. Nach 13 Jahren, als der Eigentümer Deutschland wieder verlassen mußte, übergab er den Kopf einem Kunsthändler, der ihn der Stadt wie dem Land vergeblich anbot.[6]

Am Deutschen Eck wurde im Mai 1953 ein Mahnmal zur deutschen Einheit errichtet. Im Jahre 1958 verstärkte sich die Diskussion über die Wiedererrichtung des Denkmals, und der Koblenzer Stadtrat beschloß, einen Ausschuß zur endgültigen Gestaltung des Denkmals einzusetzen. Am 30. März 1983 wurden dann >als Ersatz< drei Bodenplatten mit dem Relief Kaiser WILHELMS I. eingeweiht.

Der Koblenzer Rechtsanwalt Dr. Werner THEJSEN und seine Frau Anneliese bewirkten dann eine Wendung der Dinge, als sie am 14. November 1987 bekanntgaben, daß sie, notariell beglaubigt, rund drei Millionen Mark für eine Erneuerung des Reiterstandbildes spenden würden. Der rheinland-pfälzische CDU-Ministerpräsident VOGEL lehnte im Februar 1988 die Schenkung unter Hinweis auf die Bestimmung des Denkmals als »Mahnmal der deutschen Einheit« ab. Dennoch bestellte eine inzwischen gegründete »Bürgerinitiative Deutsches Eck* eine Nachbildung des Denkmals bei dem Düsseldorfer Bildhauer Raimund KITTL, Eine im Sommer 1989 von der Landesregierung eingesetzte Expertenkommission empfahl am 7. September 1989, von einer Wiederherstellung des Denkmals abzusehen. Die Ratsfraktionen von CDU, FDP und Freier Bürgergruppe beantragten jedoch, daß die Verwaltung die Aufstellung des Standbildes vorbereite. Die städtische SPD setzte sich dagegen für ein »Denkmal



Dwight D, EisENHOwer.

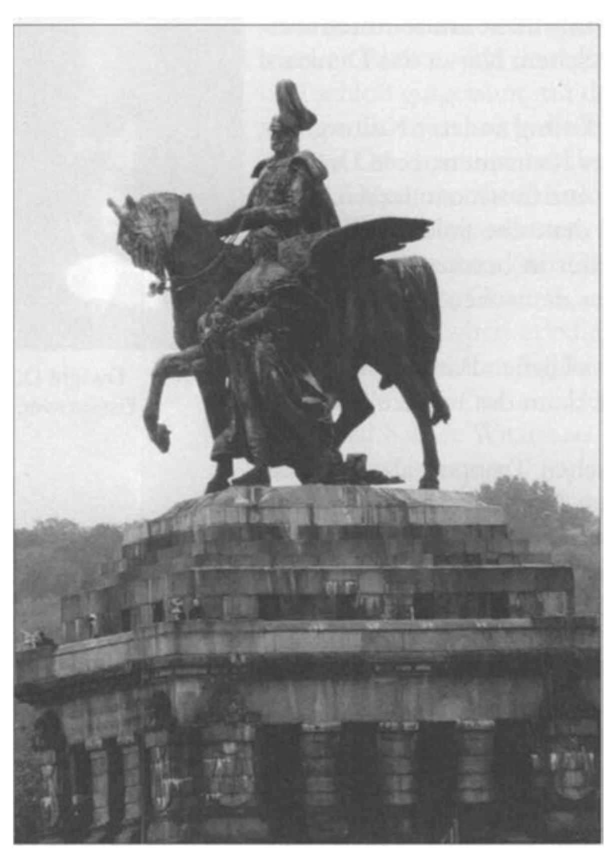
[3] Siehe Beitrag Nr, 286, »Keine Tiefflieger in Dresden?«

[4] Siehe Beitrag Nr. 198, »Kloster Monte Cassino kein deutscher Militärstützpunkt«.

' Siehe Beitrag Nr. 199, »Wer plünderte in Monte Cassino?« Für den Ersten Weltkrieg siehe Kaiser WILHELM II., *Ereignisse und Gestalten 1878-1918,* K. F. Koehler, Leipzig-Berlin 1922, S. 221 f.

[6] Guido ZÖLLER, »Des Kaisers Kopf«, in: *Rheinischer Merkur,* 29. 1. 1965, S. 8.

zur Deutschen Einheit in einem zusammenwachsenden Europa« ein, was aber keine Mehrheit fand. Kurz vor der kleinen deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 nahm die CDU-Landesregierung im September 1990 die hochherzige Schenkung des Rechtsanwaltsehepaars an. Gegner des Denkmals, vor allem von den Grünen, protestierten gegen ein neues Reiterstandbild, wobei sie auf den Einsatz des späteren Kaisers als >Kartätschenprinz< 1848/49 gegen demokratische Aufständische hinwiesen. Die Kultusministerin Dr. Rose GÖTTE der neuen SPD-Landesregierung erklärte am 14. November 1991 nach Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten zu dem von den Linken gewollten Ausstieg aus dem Schenkungsvertrag, daß das Standbild nicht auf den alten Sockel, sondern in einen Skulpturenpark am Fuße des Denkmals kommen solle. Eine daraufhin eingereichte Klage der Schenker vom Januar 1992 gegen das Land auf Erfüllung des Schenkungsvertrages wurde damit erledigt, daß das Land dem Bürgerwillen nachgab, der Stadt Koblenz das Grundstück am Deutschen Eck schenkte und einen Zuschuß von 1,1 Millionen DM zu den Sanierungskosten von 2,5 Millionen DM zusagte. Das fast 70 Tonnen schwere neue Denkmal kam am 16. Mai 1992 in Koblenz an, der Gemeinderat stimmte am 4. Juni 1992 dem Angebot des Landes zu. Noch fehlende Mittel von rund 350000 DM wurden durch Spenden gedeckt. Die Aufstellung des Denkmals wurde trotz Protesten von linker Seite vollzogen. Seitdem grüßt Kaiser WILHELM 1. als Reiter wieder an seiner alten Stelle vom Deutschen Eck.



Das Reiterstandbild Kaiser WILHELMS I. am Deutschen Eck nach der Wiederherstellung.

Ein ähnliches Kulturbewußtsein wie General EISENHÖWER soll ein US-General gezeigt haben, als er nach der >Eroberung< der von den Deutschen nicht verteidigten Offenen Stadt Rom am Colosseum vorbeifuhr und erklärte: »Da haben unsere Jungs von der US Air Force ja gute Arbeit geleistet!«

Rolf Kosiek

Reinhard KALLENBACH, »Eine »unendliche« Geschichte«, in: *Rhein-Zettung,* 3. 9. 1993.

Als Gefangener beim US-Kunstraub

Über den Raub von Kunstschätzen durch US-Militärs 1945 wurden an anderem Ort mehrere Beispiele angeführt.[1] Aufgrund der Schilderung dieser Vorgänge in Oberösterreich meldete sich ein als Kriegsgefangener damals zur Vorbereitung des Abtransports der Kunstgegenstände befohlener junger Deutscher, der weitere Einzelheiten über den US-Raub aus eigenem Erleben mitteilen konnte. Er berichtete,[2] daß er Mitte September 1945 als US-Gefangener in eine Kaserne der Stadt Enns an der Enns verlegt worden sei. »Nach wenigen Tagen wurden wir zu Arbeiten herangezogen. Mit ca. 70 Mann auf zwei LKW fuhren wir täglich, drei Wochen lang, von Enns nach St. Florian in das Chorherrenstift oder Kloster St. Florian (die Wirkungs- und Begräbnisstätte Anton BRÜCKNERS). Das Kloster wollten die Amerikaner mit einem Infanterie-Regiment belegen, und unsere Aufgabe war es, das Stift auszuräumen. . .

Meines Wissens waren im Stift die Möbel und das Inventar des Schlosses Berlin und des Neues Palais in Potsdam vor den Fliegerangriffen der Alliierten ausgelagert. Eine Frau, Mitte 50, aus Berlin war für die Rückführung zuständig. Die Aufsicht führten drei amerikanische Offiziere, ein Major und zwei Hauptleute durch. Alle drei waren Juden, die in den 30er Jahren Deutschland verlassen hatten. Sie sprachen untereinander englisch, mit der Frau deutsch und, wenn sie uns Weisungen erteilten, auch deutsch.

Ich war bei dem Kommando, das jeden Tag eine Anzahl von Kisten aufbrechen, den Inhalt auspacken und übersichtlich aufstellen mußte, so daß die Offiziere alles begutachten konnten. Sie entschieden dann,

was nach Berlin zurück kann,

was in die USA geht,

was die Offiziere für sich persönlich ausgewählt hatten. Es waren besonders wertvolle Möbel, Bilder, Vasen, Geschirr usw. Diese wurden beiseite gestellt und jeden Tag in eine Arztvilla gebracht, in der die Offiziere ihr Quartier hatten.

Eine andere Gruppe mußte die Möbel usw. auf die LKW verladen und zum Bahnhof schaffen. Auf dem Bahnhof standen offene Waggons, in diesen wurden die Möbel usw. nach Berlin verladen. Die Möbel, vor allem Kisten, die für die USA bestimmt waren, wurden in amerikanische, geschlossene Waggons verladen.

[1] Beitrag Nr. 317, »Amerikaner rauben Goldzug, Fürstenschatz, Bankgold und Handschriften«.

Es gab oft Streit zwischen den Offizieren und der deutschen Frau, und sie hat oft geweint. Die Offiziere traten als Sieger, ja als Götter auf. . .

Besonders angetan waren wir von den Mönchen des Stifts, sie hatten die Räume unter Verschluß und verstanden es geschickt, einige Stücke zu verstecken, wenn die Offiziere nicht zugegen waren. Wertvolle Teppiche, Fenster- und Wandbehänge wurden unter der Kirche in Kellergewölben verstaut. Mein bester Freund hat beim Tragen mehrmals geholfen und später zum besten gegeben, daß sie unter den großen Teppichen in die Knie gegangen sind. Von den Mönchen wurde ihnen immer etwas Eßbares zugesteckt.. .«

Erwähnenswert ist auch, was der Betreffende über die Vorgeschichte schrieb: »Ich bin Jahrgang 1926, war Angehöriger der 12. SS-Panzer-Division >Hitlerjugend< und von Mai bis November 1945 in Österreich in amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Der größte Teil der Division war geordnet nach Rgt., Bd./Abt. und Kp./Bttr. bei Enns an der Enns in die Gefangenschaft marschiert oder gefahren. Nach ca. vier Wochen wurden die Offiziere und wenig später die Unterführer ab 21 Jahre in andere Lager verbracht. Für den Rest, Mannschaften und Unterführer unter 21 Jahre, ca. 12-15000 Mann, wurde auf freiem Feld, nahe der Donau, ein Speziallager errichtet. Alle lagen auf dem nackten Boden, und nur wenige hatten eine Zeltbahn oder eine Decke. Essen und Trinken (Wasser) gab es unregelmäßig, zu wenig und schlecht. Anfang September 1945 konnten viele nur noch gestützt zum täglichen Zählappell gehen. Wir waren alle auf 40 bis 50 kg abgemagert. Die Zahl der Hungertoten nahm ständig zu. Das Internationale Rote Kreuz hatte vom Lager Kenntnis bekommen, und das Lager wurde Mitte September 1945 aufgelöst. Ich kam mit 500 Mann des Artillerie-Regiments in eine Kaserne der Stadt Enns. In den Unterkünften lagen die Amerikaner, und wir bezogen die Pferdeställe, Im November 1945 folgte die Verlegung nach Deutschland, am 26. Februar 1946 die Übergabe an die Franzosen. Die Entlassung fand am 1, Dezember 1948 statt.«

Herr GAFFRY war von 1951 bis 1956 beim Bundesgrenzschutz in der Wach-Abteilung in Bonn, anschließend bei der Bundeswehr. Er war von 1960 bis 1980 im Bundesministerium der Verteidigung im Referat Militärwissenschaft tädg. Letzter Dienstgrad war Hauptmann und Diplom-Dokumentar,

Rolf Kosick

[2] Schreiben des Herrn Ullrich GAFFRY, Bonn, vom 22. 3. 2007 u. 23. 4. 2007 an den Verfasser. **Originalbriefe** im Archiv des Verfassers.

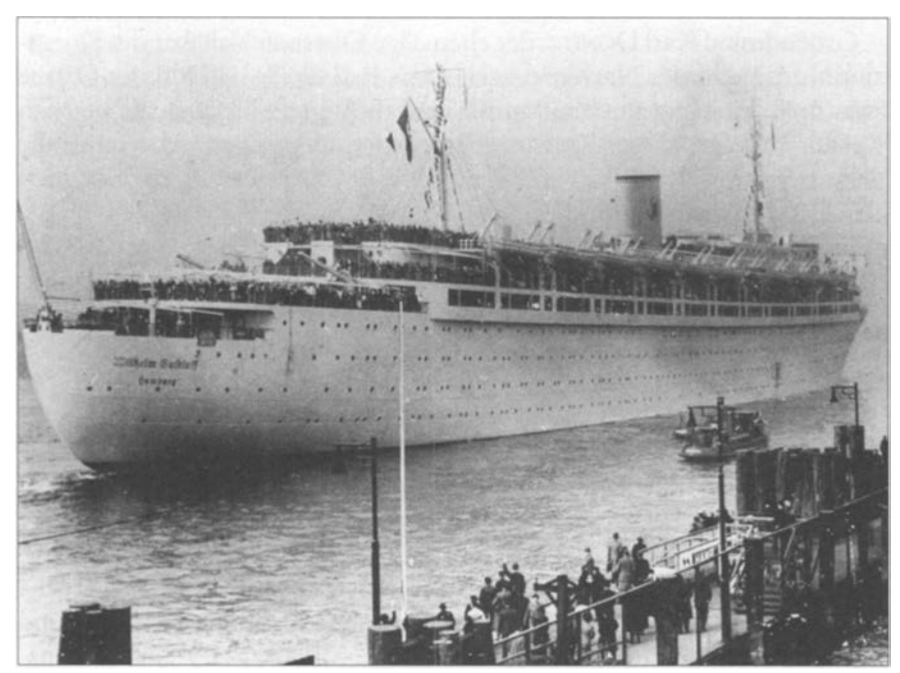
Wer lockte die >Wilhelm Gustloff< in die Falle?

Am 30. Januar 1945 versenkte das sowjetische U-Boot >S-13< durch drei Torpedotreffer die mit Flüchtlingen und zahlreichen Verwundenen überladene »Wilhelm Gustloff*. Hätte die größte Katastrophe der Seefahrt, bei der 9343 Menschen den Tod fanden, verhindert werden können?

In der Vorkriegszeit war die 25 480 BRT große »Wilhelm Gustloff< das Flaggschiff der Organisation »Kraft durch Freude< (KdF). Während des Krieges wurde sie nach einer Lazarett-Zwischenkarriere als Wohnschiff für die in Gotenhafen-Oxhöft stationierte zweite Untersee boot-Lehrdivision (2. ULD) verwendet.

Als die 2. ULD wegen der geplanten Räumung des Stützpunktes Heia nach Westen verlegt werden sollte, gehörte auch die »Wilhelm Gustloff< im Januar 1945 dazu. Ursprünglich sollten vor allem Angehörige der U-Boot-Lehrdivision nach Westen gebracht werden, hinzu kamen von der NSDAP bestimmte Ixute, die spezielle Ausweise der Kreisleitung bekommen sollten. Schließlich wurden weit darüber hinaus viele tausend Flüchtlinge, vor allem Frauen und Kinder, vom Schiff aufgenommen.

Für die Sicherheit der Geleite nach Westen war im Hafen von Hela die 9. Sicherungs-Division der Kriegsmarine zuständig.



Der vormalige KdF-Dampfer »Wilhelm Gustlofft. Entgegen früheren Zahlen kamen am 30. Januar über 9000 Passagiere ums Leben. Nach zwei Tagen Einschiffung seien nämlich die Schiffslisten ausgegangen und die Schreibkräfte völlig überfordert gewesen. Siehe Beitrag Nr. 281, »Die größte Schiffskatastrophe aller Zeiten«,

Nun geschahen merkwürdige Vorgänge, die zu der großen Katastrophe fuhren sollten.

Am 29, Januar 1945 fiel bei der 9. Sicherungs-Division auf, daß die »Wilhelm Gustloff< Dampf aufmachte und Vorbereitungen zum Auslaufen traf. Korvettenkapitän LEONHARDT von der 9. U-Boot-Division versuchte verzweifelt, das Auslaufen der >Gustloff< zu verhindern, da er noch nicht in der Lage war, einen ausreichenden Geleitschutz zu gewähren. Nur ein, zwei Tage später hätte er sichere Geleitzugkräfte zur Verfügung stellen können. Doch das akzeptierte der Kommandeur der 2. ULD genauso wenig wie auch den eindringlichen Bericht von LEONHARDT über die Feindlage in der östlichen Nordsee.

Eine merkwürdige Eile zur Abfährt trat immer deutlicher hervor.

Kapitän LEONHARDT versuchte nun über seinen in Lindau sitzenden Chef der 9. Sicherungs-Division, Fregattenkapitän VON PLANC, das vorzeitige Auslaufen des Dampfers mit Tausenden von Menschen ohne erfahrenes Geleit zu verhindern. LEONHARDT sagte zu VON PLANC: »Aber sie werden auslaufen, Kapitän. Sie wollen ein paar Torpedofangboote als symbolischen Schutz mitlaufen lassen. Wie soll ich das verhindern?« VON PLANC teilte nach kurzem Überlegen mit, daß er die Lage sofort an den >Admiral östliche Ostsee* melden werde und auch die Seekriegsleitung in Berlin benachrichtigen wolle. Bevor aber noch irgendeine Entscheidung von >oben< eintraf, warf die »Wilhelm Gustloffi in Gotenhafen die Leinen los.

Großadmiral Karl DONITZ, der ehemalige Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, sagte in der Nachkriegszeit dazu, daß die 2. ULD in der Ostsee zwar unabhängig operieren konnte, in dem Augenblick aber, als sie nach Westen verlegte, dieser Transport wie jeder andere ganz klar unter die Verantwortung der 9. Sicherungsdivision fiel. Insofern hätte die >Gustloff< also nicht auslaufen dürfen.[1,2]

In der Zwischenzeit wurde am 25. Januar 1945 die Räumung der 1, U-Boot-Lehrdivision aus Pillau erfolgreich abgeschlossen. Ohne jede Feindeinwirkung hatten die Schiffe >Robert Ley<, »Pretoria*, >Ubena< und >Duak(, gesichert durch Schiffe der 9. Sicherungs-Division, ihren Zielhafen erreicht.

Noch einmal gab das Schicksal der »Wilhelm Gusdoff* eine Chance, als das vollbeladene >KdF<-Schiff erneut ankerte, um auf das Schiff >Hansa< zu warten. Korvettenkapitän ZAHN, Führer der U-Boote-Ausbildung, gab jedoch telefonische Anweisung, sofort allein nur mit dem Torpedoboot >Löwe< nach Westen zu marschieren.

Natürlich war die Alleinfahrt des Schiffes auf der Kommandobrücke der »Wilhelm Gusdoff< nicht unumstritten. Die Kapitäne PETERSEN und ZAHN sowie die Fahrkapitäne WELLER und KÖHLER, deren Navigations-

' Cajus BEKXER, *Flucht übers Meer,* Stalling, Oldenburg 1964, S. 180-183 (Frage der Abfahrt).

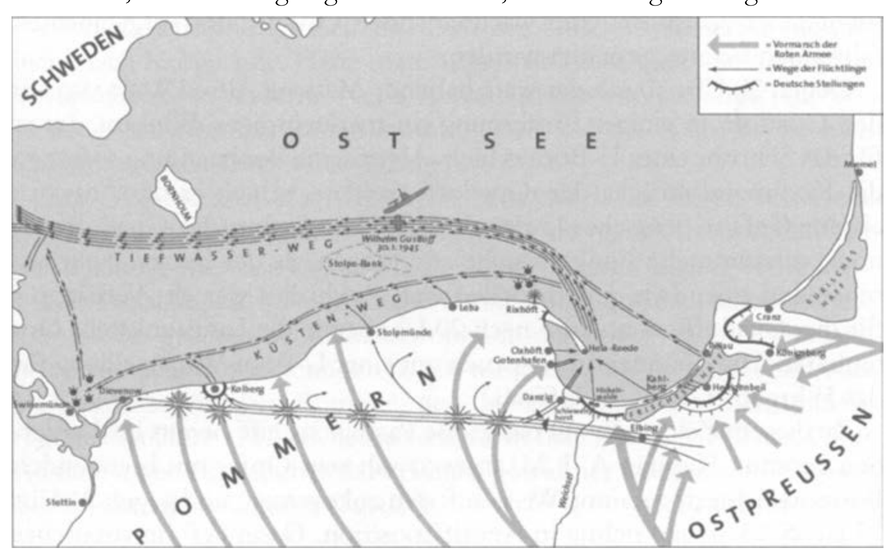
2 Heinz SCHÖN, *SOS Wilhelm Gustloff. Die größte Schiffskatastrophe der Geschichte,* Motorbuch, Stuttgart 1998.

offizier VOLLRAT und Korvettenkapitän ZAHN (Kriegsmarine) hatten unterschiedliche Meinungen.

Gleichzeitig mit dem Auslaufen der »Wilhelm Gustloff< hatte am 30. Januar 1945 das sowjetische U-Boot »S-13< unter Kapitän MARINESKO die Höhe von Heia erreicht. MARINESKO entschloß sich, >S-13< auftauchen zu lassen und auf seine Beute zu warten.

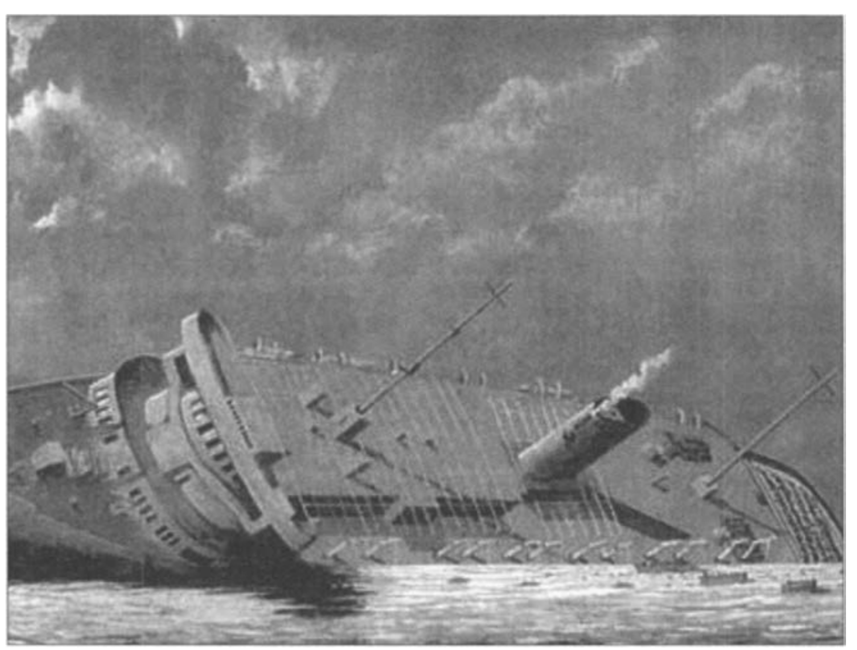
Gegen 18 Uhr erschien plötzlich ein Funkmaat mit einem Funkspruch auf der Brücke der »Wilhelm Gustloff »Auch das noch. . .1« kommentierte dieser das Papier, aus dem er den Text überflogen hatte, »ein aus mehreren Fahrzeugen bestehender Minensuchverband läuft uns in geöffneter Formation mit zwölf Seemeilen Fahrt genau entgegen!« Kapitän PETERSEN stellte fest, daß dies Kollisionsgefahr bedeutete, und befahl Positionslichter zu setzen, bis der Verband vorüber sei. Dies tat er gegen den energischen Widerspruch anderer Offiziere auf der Brücke, die entschieden gegen das Setzen der Positionslichter waren. Schon vorher hatte es heftige Auseinandersetzungen wegen PETERSENS Anordnung gegeben, bei anbrechender Dunkelheit Seiten- und Dampferlichter zu setzen. Es ging darum, ob die Gefahr einer Kollision oder der Entdeckung durch ein feindliches U-Boot größer war. Dabei setzte sich der zweite Offizier Paul VoiJ.RATH, ein erfahrener Handelsschiffsoffizier, durch, der die Auffassung vertrat, daß es vollkommen genüge, mit der schwach brennenden blauen Lampe über dem Heck zu fahren. Nun aber wurden die vollen Positionslichter gesetzt, das grüne an Backbord, das rote an Steuerbord. Die Folgen sollten fatal sein.

Gab es aber den Minensuchverband überhaupt? Jahrelang wurde dann verbreitet, daß es länger gedauert hätte, bis der angekündigte Minen-



Die Marschroute der »Wilhelm Custloff*.

suchverband erschienen sei. Als um 19 Uhr 26 der Befehlsübermittler dann gemeldet hätte: »Posten Achterschiff — das letzte Räum-Boot passiert das Heck!«, hätte Kapitän PETERSEN befohlen, um 19 Uhr 30 die Positionslichter zu löschen.[1]



Die iWilhelm Gustloff< geht unter.

Tatsächlich ist nach Recherchen von Heinz SCHON heute erwiesen, daß niemand diesen angeblich »entgegenkommenden Minensuchverband« jemals gesichtet hat, weder auf der Brücke der >Gustloff< noch auf dem begleitenden Torpedoboot >Löwe<. Es sieht ganz danach aus, daß es diesen Verband in Wirklichkeit gar nicht gab.

Nachdem der angekündigte Minensuchverband nicht aufgetaucht war, hatte dann gegen 19 Uhr 30 Kapitän PETERSEN die verräterischen Positionslichter wieder löschen lassen. Dies hatte jedoch ausgereicht, daß auf dem Ausguck des sowjedschen U-Boots >S-13< die Lichter der >Gusdoff< vom wachhabenden Offizier des aufgetauchten fahrenden Bootes gesichtet wurden.

Gegen 20 Uhr 30 sah der wachhabende Matrose Alfred WIEGAND auf der >Gusdoff< in einiger Entfernung ein merkwürdiges »Blinken«, das er für das Sehrohr eines U-Bootes hielt. Als er seine Beobachtung sofort an die Kommandobrücke der >Gustloff< meldete, erhielt er die Antwort: »Keine Gefahr, deutsches U-Boot!« Ab 20 Uhr konnte die >Gusdoff< nur noch verstümmelte Funkssprüche empfangen, da der Funkverkehr anscheinend irgendwie unterbrochen war. Auch dies war ein Verhängnis für die »Gustloff<, denn kurz nach 20 Uhr setzte die Landfunkstelle Gotenhafen-Oxhöft einen Funkspruch mit einer U-Boot-Warnmeldung für das Fahrgebiet der »Gustloff< ab.

Zu diesem Zeitpunkt war das große Passagierschiff bereits ins Verderben gerannt. Kapitän A. j. MARINESKO sah sein Opfer mit brennenden Positionslichtern geraume Weile auf sich zukommen, und gegen 21 Uhr 15 lag >S-131 genau richtig in Angriffsposition. Dann lief ein russischer

[3] I leinz SCHÖN, *Die Gustloff-Katastrophe,* Motorbuch, Stuttgart [6]2002, S. 252 u. 264 f.; siehe Beitrag Nr. 281, »Die größte Schiffskatastrophe aller Zeiten«.

Torpedo-Drei fach fach er auf die »Gustioff< zu. Dumpf grollten Explosionen durch die See.

Unter Würdigung aller merkwürdigen Fakten muß gefragt werden, ob die »Wilhelm Gustloff< nicht in die Falle gelockt wurde. Sollte das ehemalige Flaggschiff der NS-Propaganda als Symbol für den bevorstehenden Untergang des Dritten Reiches am Jubiläumstag der Machtergreifung durch die NSDAP versenkt werden? War nur eine Fehleinschätzung der Gefahr durch U-Boote an dem vorzeitigen Auslaufen der »Welheim Gustloff< ohne Geleitschutz schuld, oder wartete das sowjetische U-Boot >S-13< möglicherweise gezielt auf den einstigen Paradedampfer der KdF? Welche Stelle und welche Einheit setzte den schicksalhaften Funkspruch an die >Gustloff< ab, oder wurde er überhaupt auf der >Gustloff< empfangen? So wissen wir, daß gegen 20 Uhr nur noch verstümmelte Funksprüche (Störung durch wen?) von dem todgeweihten Schiff empfangen werden konnten, während der ominöse Funkspruch noch kurz vorher gegen 19 Uhr 30 auf die Brücke gekommen sein soll. Es ist bis heute nicht gelungen, eine offizielle Quelle für den mysteriösen Funkspruch zu finden, dessen Existenz von überlebenden Offizieren auf der >Gustloff< einhellig bestätigt wurde.

War dies alles Teil eines perfiden Geheimdienst-Unternehmens unter Mithilfe von deutschen Helfern?

Etwa 9500 Opfer der Katastrophe, darunter mit Sicherheit mehr als 5000 Kinder, zahlten den Preis. Falls es dabei um eine Propagandawirkung ging, war das »Unternehmen Gustloffc für seine Urheber ein totaler Fehlschlag, da der deutsche Wehrmachtbericht, Presse und Rundfunk den Untergang der »Wilhelm Gustloffi verschwiegen.

Niemand erfuhr lange Zeit die Bilanz der >Gustloff<-Katastrophe, auch nicht nach Kriegsende. Hatte man Angst vor Tausenden von Deutschen als »unschuldigen Opfern<? Noch viel schlimmer war dann noch die Vorstellung, daß herauskommen könnte, es sei bei der Katastrophe nicht alles mit rechten Dingen zugegangen.

Erst 53 Jahre nach dem Ereignis wurde durch die Arbeit von Heinz SCHÖN, einem Überlebenden des »Gustloff<-Untergangs, die brutale Wahrheit bekannt, wie viele Opfer wirklich in der Ostsee elendig ertranken.

Der Tatsache, daß 9343 Menschen beim Untergang der »Wilhelm Gustloffc als der größten Schiffskatastrophe in der Geschichte der Menschheit ertranken, wurde dennoch so gut wie keine Publizität gegeben, ganz im Gegensatz zu dem Rummel, den der Untergang des Luxusschiffes »Titanic* im Jahre 1912 bis heute verursacht hat. Wie viele Bücher, Filme, Ausstellungen sind seither der »Titanic« gewidmet worden und wie viele den Opfern der »Wilhelm Gusdoff<?

Friedrich Georg

Die Tragödie der >Goya<

In der großen Gesamttragödie beim Ende des Zweiten Weltkrieges blieb der Untergang der >Goya< in der Ostsee nahezu unbemerkt. Es ist auch heute weithin unbekannt, daß mit der >Goya< über 7000 Menschen den Tod fanden und damit der Untergang dieses Schiffes die nach der Wilhelm Gusdoff< vermutlich größte bekannte Katastrophe der Seefahrtsgeschichte darstellt. Eine Erinnerung erscheint geboten.

Auf die Frage **HITLERS**, welche Folgen ein Durchbruch sowjedscher Truppen bis zur Ostsee haben würde, antwortete Großadmiral **DÖMITZ** im Sommer 1944: »Unsere Kontrolle der Ostsee ist wichtig.. . Das hauptsächliche Ziel, dem meiner Meinung nach alles untergeordnet werden muß, selbst die Zurücknahme der nördlichen Heeresgruppe, ist es zu verhindern, daß die Russen an die offene See durchbrechen.«[1]

[1] **Lagebesprechung im Führerhauptquartier am 9. Juli 1944.**

Nach der geordneten Evakuierung des Baltikums über die baltischen Häfen stand die Seekriegsleitung im Januar 1945 plötzlich vor einem neuen gewaltigen Problem. Teile Ostpreußens drohten von sowjetischen Truppen eingeschlossen und abgeschnitten zu werden und damit Millionen von Menschen. Allen standen die Massaker an der deutschen Bevölkerung von Nemmersdorf und Gumbinnen vor Augen, als unter teilweise chaotischen Verhältnissen die größte Evakuierungsaktion der Geschichte begann. Über zwei Millionen Menschen wurden dann bis Kriegsende in einem beispiellosen Unternehmen von den ()stprovinzen in den Westen über die Ostsee befördert, letztlich vor einem ungewissen Schicksal gerettet.

Den vielen Geretteten stehen die namenlosen Opfer gegenüber. Sie starben bei Tieffliegerangriffen auf dem Eis und in den Häfen, in denen sie auf die Transportschiffe warteten, und sie ertranken in den eisigen Fluten der Ostsee beim Untergang der Schiffe.

Anläßlich des Untergangs des völlig mit Flüchtlingen überfüllten Frachtschiffs >Goya< am 16. April 1945 meldete Großadmiral **DÖNITZ** an **HITLER**: »Der Verlust von einigen tausend Menschen beim Untergang des Dampfers >Goya< veranlaßt mich zu dem Hinweis auf den außerordentlich geringen Prozentsatz von nur 0,49% Personal **Verlusten** bei den bisherigen Transporten im Ostraum.«

Die Flucht über die Ostsee ging bis zum letzten Tag des Krieges weiter, auch nach der offiziellen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht trafen in den folgenden Tagen immer noch Schiffe in den rettenden Häfen in Dänemark und Schleswig-Holstein ein.

Die >Goya< war ein modernes und sehr schnelles Frachtschiff von 7200 Bruttoregistertonnen, das am 4. April 1940 von der norwegischen Ree-

derei MowinckeL in Dienst gestellt worden war. Das Schiff war 145 m lang und 17,4 m breit, zwei Motoren brachten eine Leistung von insgesamt 7600 PS. Die Reederei hatte das Schiff für die Südamerika-Charter geplant. Nach der Besetzung Norwegens wurde es von der deutschen Kriegsmarine beschlagnahmt und als Zielschiff in verschiedenen U-Boot-Flottillen in der Ostsee eingesetzt. Ab Herbst 1944 wurde es zur Evakuierung von Flüchtlingen und von Wehrmachteinheiten aus dem ostpreußischen Raum herangezogen. Bis April 1945 hatte die >Goya< vier Transporte nach Westen mit fast 20000 Passagieren erfolgreich durchgeführt. Der fünfte Transport sollte von der Halbinsel Hela in der Danziger Bucht ausgehen. Immer noch befanden sich Zehntausende von Menschen dort, deren einziger Fluchtweg über die Ostsee führte. Danzig war mittlerwcile von sowjetischen Truppen besetzt worden, massiv bedrängten sie gegen heftigen deutschen Widerstand auch die letzten Gebiete nördlich von Danzig, die noch in deutscher Hand waren.

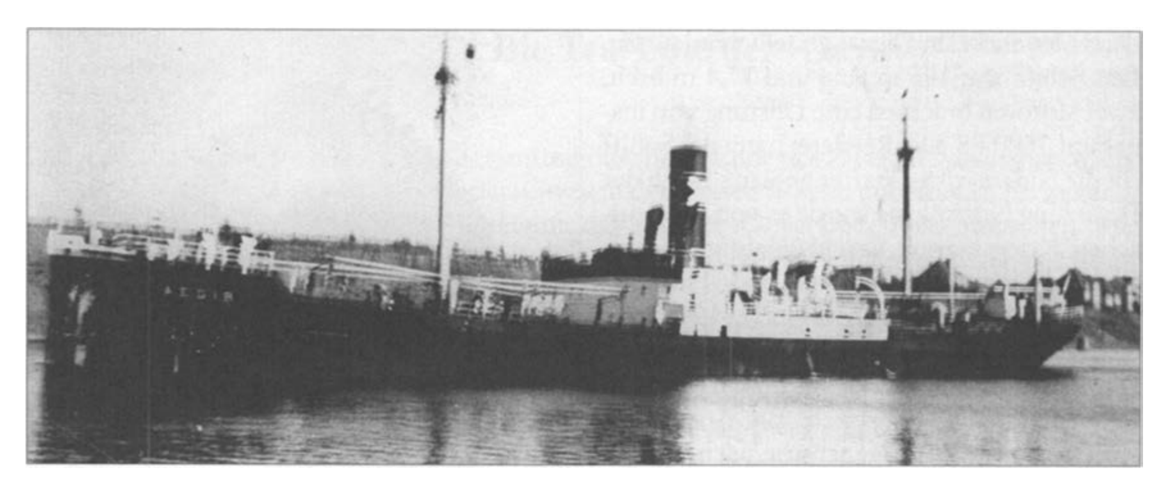


Die >Goya<.

Am 16. April 1945 sollen die Schiffe >Kronenfels<, >Aegir< und >Goya< sowie die Minensucher >M 256< und >M 328< einen Konvoi bilden. Unter ständigem Artilleriebeschuß und bei mehreren Luftangriffen nahmen sie auf der Halbinsel Hela Flüchtlinge, Verwundete und Wehrmachteinheiten an Bord. Durch einen Bombentreffer im Vorderschiff fiel die moderne U-Boot-Warnanlage des Schiffes aus. Am Abend befanden sich auf der >Goya< weit über 7000 Menschen.[2] In langsamer Fahrt lief der Verband gegen 19 Uhr in Richtung auf Swinemünde aus. Um 23 Uhr erhielt der Geleitführer den Befehl, den Kurs zu ändern und Kopenhagen anzulaufen. Kurz darauf meldete die >Kronenfels<, das langsamste Schiff des Konvois, einen Maschinenschaden. Der Konvoi stoppte. Knapp zwanzig Minuten dauerte die Reparatur, dann nahmen die Schiffe wieder Fahrt auf. Nun liefen sie allerdings auf der Höhe von Stolpmünde dem feindlichen U-Boot direkt entgegen.

[2] Aussage des Zahlmeisters Heinz HOPPE, Moisburg, Interview in dem Dokumentarfilm *Flucht in den Tod,* Autor Heiko PETERMANN, 1993.

Seit dem Abend lag im flachen Küstenwasser vor Stolpmünde das sowjetische Garde-U-Boot >L 3< unter dem Kommandanten Vladimir K. KONOVALOV. Er hatte den Befehl, die deutschen Transportwege zu unterbrechen. Am Abend zuvor hatte er bereits zwanzig Minen vor Heia ab-



Der Wassertanker >Aegiri und einige Minensuchboote, die zum >Goya<-Geleit gehörten, bargen 1 57 Schiffbrüchige.



Vladimir K. KONOVALOV erhielt die höchste Auszeichnung als • Held der Sowjetunion;.

gesetzt. Als die Beobachter des U-Bootes den Konvoi meldeten, nahm >L 3< langsam Fahrt auf und folgte den Schiffen. Auf Schußweite herangekommen, ließ KONOVALOV zwei Torpedos auf die >Goya< feuern.[1] Um 23 Uhr 52 trafen beide Torpedos das Schiff, das innerhalb von sieben Minuten sank.[4]

Der Konvoi stoppte nicht, sondern versuchte, so schnell wie möglich das gefährdete Gebiet zu verlassen. Erst fünfzig Minuten nach dem Untergang der >Goya< kehrten die Begleitschiffe zurück und suchten nach Uberlebenden.

Am 17, April 1945, um 3 Uhr morgens, notierte der Kapitän des Minensuchers >M 328< im Schiffstagebuch: »Ein weiteres Bergen stand nicht im Verhältnis zu der Gefahr, . . Insgesamt wurden 157 Soldaten, Zivilisten, Frauen und Kinder geborgen. Davon verstarben bei mir an Bord 6, auf der >Ägier< 3.«

11 Stunden nach dem Untergang der >Goya< wurden zufallig noch 28 Schiffbrüchige gefunden. Damit sind wahrscheinlich nur 176 Menschen gerettet worden — von über 7000.

Es ist das große Verdienst des Bad Salzufler Archivars und Historikers Heinz SCHÖN, der beim Untergang der »Wilhelm Gustloff« gerettet wurde, daß das Thema »Flucht über die Ostsee« und die Schicksale der »Wilhelm Gustloffc, der >Steuben< und der »Goya< einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden sind.[5]

Michael Winkler

' Ebenda, Aussage des Steuermanns von >13<, Iwan PAWLOW.

[4] Ebenda. Die Rekonstruktion der Vorgänge auf dem sowjetischen U-Boot wurde an Hand der Schiffs unterlagen und Aussagen der Besatzungsmitglicder vorgenommen.

[5] Heinz SCHÖN, *Ostsee 45,* Motorbuch, Stuttgart 1983; ders., *Flucht über die Ostsee,* Motorbuch, Stuttgart 1984; ders., *Die letzten Kriegs tage,* Motorbuch, Stuttgart 1995.

Die NKWD-Todesmärsche in Richtung Osten 1941

Nicht nur in den GPU-Gefängnissen fanden im Juni 1941 die Massaker an den Häftlingen des sowjetischen Geheimdienstes NKWD statt. Der polnische Historiker Bogdan MusiAL stellt dazu fest: »Tausende kamen auf den sogenannten >Todesmärschen< um, besonders viele auf dem Gebiet des heurigen Weißrußland. In zahlreichen Gefängnissen stellte die Gefängnis **Verwaltung** aus den Häftlingen Marschkolonnen zusammen und trieb sie nach Osten, Zuvor jedoch erschoß man diejenigen, die als politisch besonders gefährlich eingestuft wurden. Das Schicksal der Häftlinge, die auf den Marsch mußten, war unterschiedlich. Einige Kolonnen erreichten nach schweren Verlusten ihre Zielorte im Osten, Viele Häftlinge wurden auf der Flucht erschossen. Das traf jeden, der nicht weiter marschieren konnte. Einige Häftlinge wurden durch deutsche Bomben getötet, manche nutzten das dabei entstandene Chaos und flüchteten. — Tausende aber wurden auf diesen Todesmärschen massakriert, wie in Wolzyn, heute Weißrußland. In der Nacht vom 24. auf den 25. Juni 1941 stellten Aufseher im dortigen Gefängnis eine Marschkolonne mit politischen Häftlingen zusammen und trieben sie in Richtung Minsk; die Kriminellen hatte man zuvor freigelassen. Inzwischen besetzten aber die deutschen Truppen Minsk. Die Wachmannschaften führten darauf die Kolonne auf eine Waldlichtung und befahlen den Häftlingen, sich hinzusetzen. Die Wachen stellten Maschinengewehre am Waldrand auf und eröffneten das Feuer. Ein Teil der Gefangenen versuchte zu fliehen. Nur 12 Personen konnten sich retten.«[1]

»Der Direktor des Gefängnisses in Gleboki, PRIJOMSCHEW«, berichtet MUSIAI, ferner, »begleitete eine der Kolonnen. Er fühlte sich, wie er später seinen Vorgesetzten berichtete, durch polnische Häftlinge provoziert. Die hätten ausgerufen: >Es lebe HITLER!< Daraufhin befahl PRIJOMSCHEW, die Häftlinge in einen Wald zu führen und dort zu erschießen. Nach seinen eigenen Angaben wurden dabei 600 Personen getötet.'

In Minsk begann der NKWD in der Nacht vom 22. auf den 23. Juni die beiden Gefängnisse zu evakuieren. Zunächst wurde eine unbekannte Zahl von Häftlingen ermordet. Man zwang sie, Gift einzunehmen. Die sich weigerten, erschoß man in den Zellen. Die übrigen Häftlinge formierte man in Marschkolonnen von 200 bis 300 und 1000 Häftlingen

[1] Bogdan **MusiAL**, »Konterrevolutionäre sind zu erschießen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 30.10. 1999, S. 11.

[2] Ebenda; siehe auch NAUMANN, *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht. Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüfstand,* Grabert, Tübingen 2005, S. 411.



Ermordete Ukrainer in Zloczow bei Lemberg. Die Beisetzung der Opfer des NKWD fand am 6. fuli 1941 statt. Aus: Alfred M. de Zayas, *Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle,* **Universitas, München [7]2001.**

und führte sie aus der Stadt in Richtung Mohiiew. In einem Wald hinter der Stadt hielt man die Kolonnen an; dort zog man die Häftiinge aus der ganzen Region Minsk zusammen. Nach Schätzungen der polnischen Hauptkommission dürften es mindestens 20000 gewesen sein. Diese Häftlinge wurden dann in Kolonnen nacheinander in Richtung Ihuman getrieben. Auf dem Marsch gab es kaum Wasser und Verpflegung, aber reichlich Kolbenschläge. Die Wachen (NKWD-Soldaten, Milizionäre, Grenzschutzsoldaten, Aufseher) erschossen oder erstachen mit Bajonett jeden, der zu erschöpft war, um weitermarschieren zu können oder (angeblich) zu fliehen versuchte, mit Leidensgenossen sprach oder sich zu stark für die deutschen Flugzeuge interessierte.«[3]

[S] MUSIAL, aaO. (Anm. 1)

»Auf dem Marsch«, berichtet der polnische Historiker, »erreichte die einzelnen Kolonnenführer der Befehl, Häftlinge zu töten. Fls spielten sich makabre Szenen ab. In einem Fall befahl man Häftlingen zu fliehen, gleichzeitig eröffneten die Wachmannschaften das Feuer mit Maschinengewehren. Die Verletzten tötete man mit Pistolenschüssen, Anschließend fuhren die Täter mit schweren LKW über die Leichen. Nur ein Mann soll dieses Massaker überlebt haben.

In einem anderen Fall ereignete sich etwas Ungewöhnliches. Als der Kolonnen führ er den Befehl zum Mord der Häftlinge erhielt, zerriß er ihn, zog die Pistole und erschoß sich. Die verwirrten Wachmannschaften liefen auseinander, ebenso die Häftlinge. Sonst aber hatten die Kolonnenführer wenig Skrupel. Von den 20000 Häftlingen, die den Marsch angetreten hatten, kamen Ende Juni 2200 in Ihuman an, . . Wie viele Häftlinge insgesamt in diesen Tagen ermordet wurden, läßt sich nicht mehr genau feststellen.«[4]

[4] Ebenda.



Als Beispiel führt Stephane COURTOIS den Fall Winniza in der Ukraine an, wo im Juni 1943 in Gruben mehrere hundert Leichen gefunden wurden. Auf dem Gelände hatten die sowjetischen Machthaber einen Kultur- und Freizeitpark errichtet. ..

Folgt man den Angaben von Stephane COURTOIS im ***Schwarzbuch des Kommunismus,*** so zwang »der deutsche Vorstoß während der ersten Kriegsmonate den NKWD, einen Großteil seiner Gefangnisse, Arbeitskolonien und Lager zu evakuieren, denn sonst wäre die Gefahr, daß sie in die Hände des Feindes fallen, groß gewesen. Zwischen Juni und Dezember 1941 wurden 210 Kolonien, 135 Gefängnisse und 27 Lager, d. h. 750000 Häftlinge, nach Osten verlegt«.[5] »NASSEDKIN, der Gulag-Direktor, behauptete in seiner Bilanz über >die Gulag-Aktivitäten während des Großen Vaterländischen Krieges«, daß >die Evakuierung der Lager im allgemeinen in organisierter Form vor sich ging*. Doch fügte er hinzu: >Weil es an Transportmitteln fehlte, wurden die meisten Häftlinge zu Fuß evakuiert, und zwar über Entfernungen von über 1000 Kilometern.* Man kann sich vorstellen, in was für einem Zustand die Häftlinge am Ziel ankamen. Wenn keine Zeit blieb, die Lager zu evakuieren - was in den ersten Kriegswochen öfters vorkam -, wurden die Häftlinge kurzerhand an die Wand gestellt. Dies war vor allem in der westlichen Ukraine der Fall, wo die NKWD Ende Juni 1941 in Lemberg 10000 Häftlinge massakrierte, im Gefängnis von Lutsk 1200, in Stanyslawiw 1500, in Dubno 500 usw. In den Regionen LEmberg, Schitomir und Winniza entdeckten die Deutschen bei ihrer Ankunft Dutzende von Massengräbern.«[6]

Andreas Naumann

[5] Stéphane COURTOIS (Hg.), *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, Piper, München [5]1997, S, 250.

[6] Ebenda, S, 250 ff.

Das Massaker von Marzabotto

Im April 2002 gedachte der damals amtierende Bundespräsident Johannes RAU bei einem Italienbesuch eines Massakers, das >Nazi-Faschisten« im Herbst 1944 unter harmlosen Zivilisten in der Stadt Marzabotto angerichtet haben sollten.

In den dazu verbreiteten Greuelgeschichten wird behauptet, daß Soldaten der Waffen-SS unter Sturmbannführer (Major) Walter REDER (1915-1991) Marzabotto zerstört hätten. Während links und rechts von ihm seine Männer Frauen und Kinder ermordet hätten, habe er — trotz seiner schweren körperlichen Behinderung durch einige Verwundungen - mehrere Frauen vergewaltigt, unter ihnen eine Nonne. Einer Schwangeren sei der Bauch mit Bajonetten aufgeschlitzt und ihr Kind aufgespießt worden. Auch seien Einwohner in die Kirche getrieben worden, die die »Hyänen und Mörder in schwarzen Uniformen« (so RAU) dann angezündet hätten.[1] Wegen der offensichtlichen Ähnlichkeit mit der 1 .egende um das französische Dorf Oradour sprach man bald vom »italienischen Oradour<.[2]

Die Angaben der Opferzahlen waren widersprüchlich: Sie reichten von 200 bis 2000 Toten.[3]

Dieser Propagandamythos der italienischen Kommunisten hält einer kritischen Überprüfung nicht stand. Die Tatsachen sind folgende:

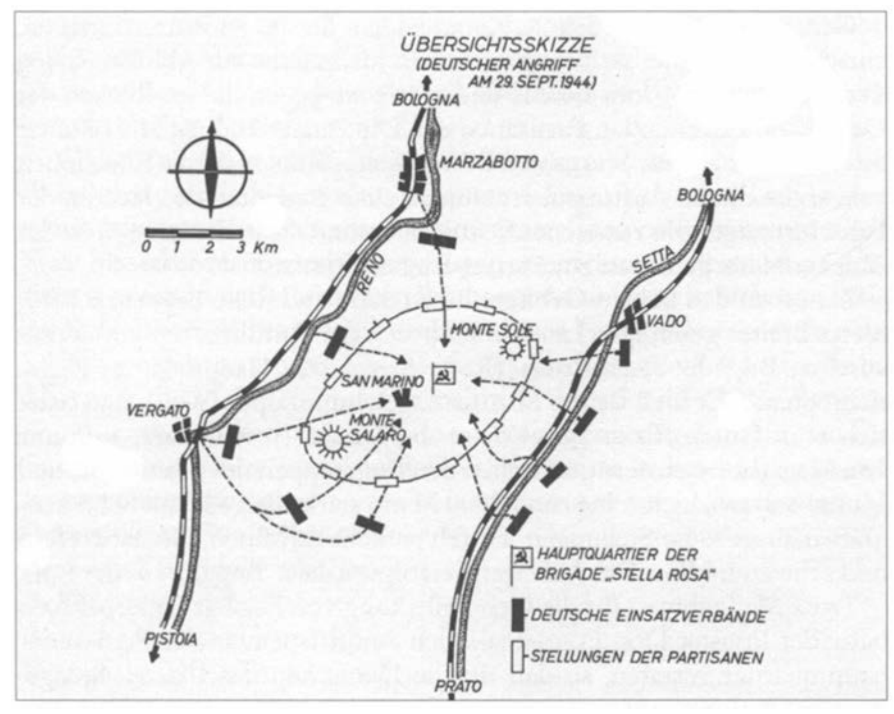
Im September 1944 standen die deutschen Truppen in Italien in der >Gotenlinie<, die sich quer durch die Halbinsel von La Spezia bis nach Ravenna erstreckte, in schweren Abwehrkämpfen gegen Briten, Amerikaner und Kanadier. Die bald nach dem Abfall Italiens im Jahre 1943 aufgetauchten Partisanen wurden im Sommer 1944 nach der kampflosen Aufgabe Roms immer mehr zu einer Gefahr für die deutschen Truppen. Sie folgten dem Aufruf des italienischen Marschalls Pietro BADOGUO: »Greift Befehlsstellen und kleine militärische Zentren an, tötet die Deutschen von hinten, damit Ihr Euch ihrer Gegenwehr entziehen und weiter töten könnt.«[4]

[1] Hans-Joachim **VON LEESEN,** »Schuldbekenntnissse am falschen Ort«, in: *Preußische Allgemeine Zeitung,* 27, 4. 1992, Siehe auch Beitrag Nr. 233, »Der Fall Marzabotto«.

[2] F. J. P. VEALE, *Verschleierte Kriegsverbrechen* (War Crimes discreetly veiled), Karl-Heinz Priester, Wiesbaden 1959, S. 187 ff.

[3] Lothar GREIL,, *Die Lüge von Marzabotto,* Schild, München 1959, S. 16 f.

[4] F. GÜNTHER, »Kampfraum Marzabotto/Italien«, in: *Der Freiwillige* Nr. 7, 2002, S. 13.



Übersichtsskizze Marzabotto aus: Wolfgang KUNZ, *Der Fall Marzabotto. Die Problematik des Kriegsverbrechens,* **Holzner, Würzburg 1967, S. 6.**

Die Freischärler trugen oft Uniformen deutscher Truppenteile und der italienischen Miliz. Unter ihnen waren auch deutsche Deserteure sowie italienische Frauen und Kinder. Alle deutschen Soldaten, die von diesen Brigaden gefangengenommen wurden, hatten schwere Verstümmelungen und einen qualvollen Tod zu erwarten.[1]' Wer von der italienischen Bevölkerung den Partisanen Unterstützung versagte, wurde rücksichtslos liquidiert/[6]

Die Partisanen hatten keinen Kombattantenstatus und handelten somit gegen die Haager Landkriegsordnung und die Genfer Konventionen.[7]

In den Gebirgsschluchten der Apenninen fanden die Freischärler geeigneten Unterschlupf und unauffindbare Zufluchtsorte. Aus den Hinterhalten der Gebirge konnten sie leicht den deutschen Nachschub empfindlich stören. Zum offenen Kampf stellten sie sich meist nicht. Entgegen allen humanitären Grundsätzen nahmen sie bei ihren Überfällen keinerlei Rücksicht auf die im Kampfgebiet wohnende Bevölkerung, so daß auch häufig unter alten Männern, Frauen und Kindern bedauernswerte Verluste entstanden.

[5] GRF.1I., aaO. (Anm. 3), S. 27.

[6] Ebenda, S. 24.

[7] VEALE, aaO. (Anm. 2), S. 85; Wolfgang KUNZ, *Der Fall Marzabotto. Analyse eines Kriegsverbrecherprozesses,* Holzner, Würzburg 1967, S, 58.




Von oben: **Max** SIMON **(1899-1961) 639. Eichenlaubträger; Walter** REDER **und Albert** KESSEL RING.

Generalleutnant Max SIMON, Kommandeur der 16, SS-Panzer-Division, entschloß sich daher zu einer drastischen Maßnahme zur Abhilfe. Er zog Truppen aus der Front heraus und setzte sie gegen die im Rücken der Deutschen kämpfenden Partisanen ein. Die Panzer-Einheit Nr. 16 unter ihrem Kommandeur Sturmbannführer Walter REDER, die als Eliteeinheit galt, sollte diesen Auftrag übernehmen; auch Einheiten des Heeres, der Fallschirmjäger, ein russisches Ostbataillon und die italienische Miliz der >Brigata Nera< gehörten zur Panzer-Einheit REDERS.

Zwischen den beiden Gebirgsflüssen Setta und Reno hegt ein 8 Kilometer breites gebirgiges Land, in dem sich der Anführer der kommunistischen Brigade »Stella Rossat (Roter Stern) sein Hauptquartier eingerichtet hatte. Er hieß Bruno MUSOLESI, genannt >Lupo< (Wolf), und hatte sich vom Unteroffizier zum >Major< befördert. 10 Kilometer Luftlinie von Marzabotto entfernt, zwischen den Bergkuppen des Monte Sole und Monte Salvaro, hielt seine rund 2000 Mann starke Brigade mit Schützengräben ausgebaute Stellungen. Es fehlte nicht an Minen, Granatwerfern und schweren MGs. Die Alliierten versorgten diese Brigade aus der Luft.

Trotz Maßnahmen für die Geheimhaltung von REDERS Unternehmen hatte der Priester Don FORNANSINI den Angriffsplan an das Partisanenhauptquartier verraten, so daß für die Deutschen das Überraschungsmoment verloren war.

REDER führte wegen seiner im Osten erlittenen schweren Verwundungen (Verlust des linken Armes, eingeschränkter Gebrauch des rechten Arms und beider Knie) seine vier Kompanien durch Funk von einem beherrschenden Hügel aus. Nach Einnahme der GebirgsStellungen am Monte Sole zwischen dem 29. und 30. September 1944 verteidigten sich die Partisanen in Bergdörfern, REDER mußte schwere Waffen zur Unterstützung nachziehen. Mehrere Dörfer brannten daher ab, und Einwohner kamen dabei wegen der rücksichtslosen Kampfweise der Partisanen zu Tode. Das war nicht die Schuld der Deutschen.

Die deutschen Verluste betrugen 24 Tote, 60 Verwundete und 6 Vermißte. Bei den Partisanen waren es etwa 2000 Tote.[8]

Während der gesamten deutschen Operation blieb die Ortschaft Marzabotto außerhalb des Kampfgebiets jenseits des Flusses Reno liegen.' In der Stadt selbst herrschte zur fraglichen Zeit völlige Ruhe. Die dort stationierten Heereseinheiten und italienischen Miliztruppen fanden keinen Anlaß, gegen Ruhestörer vorzugehen oder Repressalien anzuwenden, Die Einwohnerschaft hatte nur deshalb Verluste zu ertragen, weil wehrfähige Männer zu der »Stella Rossa<-Brigade gehörten und bei den

[8] VEALE, ebenda, S. 172 u. 190.

[9] Walter DAHL, *Ehrenbuch des deutschen Soldaten,* FZ, München 1986, S. 456.

Feuergefechten im Setta-Tal gefallen waren. Allerdings erlitt die Zivilbevölkerung von Marzabotto lange nach diesen Kämpfen schweren Schaden an Leben und Gut, als die Ortschaft Ziel alliierter Bombenangriffe und amerikanischer Artillerie wurde.[10] Dabei wurden auch Kirchen zerstört.

Ebenda, S. 456.

Weder ein Soldat der SS-Panzer-Aufklärungsabteilung 16 noch Walter **REDER** hat jemals Marzabotto betreten. Es ist daher eine Lüge, wenn später behauptet wurde, er und seine Panzer-Grenadiere hätten in dieser Stadt Massaker verübt und Zerstörungen angerichtet." Selbst in der Glorifizierungsschrift der italienischen Partisanenvereinigung ist an keiner Stelle die Rede davon, daß es zu kriegsrechtswidrigen Handlungen von Seiten der Deutschen gekommen sei. Ebenso wenig spricht Lupos Schwester Bruna MUSOLESI, die an den Kämpfen teilnahm, in ihrer Schrift ***Epopea Partigiana*** von deutschen Greueltaten.[12] Wenn auch nur der geringste Tatbestand zu finden gewesen wäre, wären solche Vorkommnisse in dieser Literatur heftig angeprangert worden.

[11] Ebenda, S. 457; VEALE, aaO. (Anm. 2), S. 171; GREIL, aaO. (Anm. 3), S. 38.

[12] GREIL, ebenda, S. 36.

In völligem Widerspruch zu den nach Kriegsende erhobenen Behauptungen bewahrte der deutsche Kommandeur auch im Kampf die ihm selbstverständliche soldatische Ritterlichkeit. Auf seinen Befehl hin wurden alle verwundeten Zivilisten — gleichgültig, ob sie Partisanen waren oder nicht - sofort ordnungsgemäß von Sanitätsdienstgraden versorgt. Er verzichtete in seinem Gefechtsstreifen auch auf Repressalien und Hinrichtungen von Partisanen, wozu er nach den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung und aufgrund des Bandenbekämpfungsbefehls von General KESSELRING berechtigt gewesen wäre.[13] Durch persönliche Intervention verhinderte REDER im letzten Augenblick die von deutschen Sicherheitsbehörden im rückwärtigen Gebiet bereits angeordnete Deportation von 2000 italienischen Männern nach dem Osten. Offiziere und Mannschaften der Panzer-Aufklärungsabteilung 16 wurden von der dankbaren Bevölkerung Corregios tagelang als Helden gefeiert. Allein dem Dazwischentreten REDERS hatte es die Ortschaft Monzone zu verdanken, daß sie nicht von Heerestruppenteilen niedergebrannt wurde. REDER, der ein vorbildlicher Offizier und mit dem Deutschen Kreuz in Gold und dem Ritterkreuz ausgezeichnet war, wurde von seinen Soldaten verehrt.



Der Monte Sole nahe Marzabotto, wo MUSOLESI und seine Partisanengruppe »Stella Rossa< Stellungen ausgebaut hatten.

Ebenda, S.31.

Der Gouverneur des US-Staates Alabama ernannte am 16. November 1983 den Ritterkreuzträger Walter REDER wegen seiner vorbildlichen Haltung zum >Ehren-Oberstleutnant der Alabama-Staatsmiliz*.

Nach der Vernichtung der kommunistischen Partisanenbrigade setzte Marschall Pietro BADOGUÖ REDER auf die Kriegsverbrecherliste. Der britische Militärsender in Bari unter Führung von deutschen Emigranten verbreitete die wildesten Greuelmeldungen über ihn. Er geriet später in amerikanische Gefangenschaft, in der Untersuchungen gegen ihn wegen mangelnden Beweismaterials eingestellt wurden. Er wurde am 15. Mai 1945 entlassen und später wieder verhaftet, am 30. September 1947 den Briten übergeben, deren Militärgericht zu demselben endastenden Ergebnis kam. Trotzdem wurde REDER am 13. Mai 1948 an die italienischen Militärbehörden ausgeliefert.

Der Prozeß vor einem italienischen Militärgericht vom 18. September bis 31. Oktober 1951 war eine juristische Farce mit schweren Rechtsverstößen. Ernsthafte Schuldbeweise für von den Deutschen verursachte Blutbäder lagen nicht vor. Trotzdem mußte Anklage erhoben werden, die Presse und der kommunistische Pöbel verlangten danach. Ais Ort des Prozesses wurde bewußt Bologna gewählt, eine Hochburg der Kommunisten.

Da REDERS Vorgesetzte, General KF.SSEI.RING und Generalmajor Max SIMON, nach einem Prozeß vor einem britischen Militärgericht bereits aus der Haft endassen worden waren, war es nun REDER, der als letztes Opfer büßen mußte. Gleichzeitig wollten die Kommunisten durch die Anklage von den Massenmorden und Greueltaten der kommunistischen Resistenza ablenken.[14]

[14] Giorgio PTSANO, *Aprile 1945. I Giorni de la Strage* (Die Tage des Gemetzels), Val Padana, Milano 1975; das ganze Buch beschreibt mit Fotos die kommunistischen Massaker an italienischen Landsleuten.

Pauschal **Wurden** REDER sämtliche - auch natürliche - Todesfälle der Bevölkerung in der Toskana und Emilia im Herbst 1944 als Morde zur Last gelegt. Entlastungszeugen wurden erpreßt, mißhandelt und mit dem Tod bedroht. Entlastungsmaterial wurde nicht zugelassen. Die schwerste Anklage kam von Unterscharführer Jules LEGOLI, einem elsässischen Freiwilligen der Waffen-SS, der bei Cadotto am 21. September 1944 zu den Partisanen übergelaufen war. Der französischen militärischen Abwehr ausgeliefert, mußte er als Kollaborateur um sein Leben fürchten. Also versuchte er, sich freizukaufen, indem er REDER belastete: Dieser habe vor dem Einsatz gegen die Partisanen im Settatal den Befehl gegeben, sofort Vergeltung zu üben und sämtliche in der Nähe befindlichen Personen zu erschießen. Beim Prozeß brauchte LEGOLI nicht zu erscheinen, nur seine eidesstatliiche Erklärung wurde verlesen. Er war für immer verschwunden, wahrscheinlich vom französischen Geheimdienst liquidiert. So konnten seine Aussagen nicht durch ein Kreuzverhör überprüft werden. Bei der Bewertung der Aussage folgte das Gericht der in alliierten Kriegsverbrecherprozessen üblichen Praxis: Artikel 19 des Londoner Statuts befreite das Militärgericht in Nürnberg ausdrücklich von »technischen Regeln der Beweisführung«.

Während die Ankläger dreieinhalb Jahre Zeit zur Vorbereitung gehabt hatten, blieben den Verteidigern nur zwei Monate. Die Anwälte waren Italiener, und der deutsche Verteidiger war Dr. Claus VON HEYDEBRECK. Das riesige Aktenmaterial konnte zeitlich nicht gründlich durchgearbeitet werden, zumal noch die italienischen Dokumente übersetzt werden mußten.

Der italienische Rechtsanwalt Nevio MAGNARINI versagte aus Angst vor den massiven kommunistischen Drohungen vollständig. Seine Kollegen mußten Polizeischutz erhalten. Täglich tobte während der Verhandlungen der schreiende kommunistische Pöbel vor dem Gerichtsgebäude. Der Richter STELLACI war ein Kommunist, der REDER als »Bestie«, »Mörder«, »Schurke« und »Verbrecher« bezeichnete. Er hielt Lobreden auf die Diktatur des Proletariats. Es ging gar nicht mehr um Schuld oder Unschuld des Majors REDER, sondern um eine politische Entscheidung.

Über die Kämpfe gegen die italienischen Partisanen schrieb Feldmarschall Albert KESSELRINC: »Es gibt in der Skala der Verbrechen keines, das nicht einmal oder viele Male, ja, laufend vorgekommen wäre. Der immer wiederkehrende Mißbrauch des Roten Kreuzes muß hier besonders betont werden.«

Die ausnahmslos von der KPI zur Verfügung gestellten >Zeugen< waren für ihre Rolle genauestens präpariert worden und logen im Gerichtssaal das Blaue vom Himmel, um dann ihre Meineide bedenkenlos zu schwören, wie sie es bereits im Prozeß gegen General Max SIMON getan hatten.

Das Gericht hätte REDER zum Tode verurteilen müssen, wenn nur ein Bruchteil der gegen ihn erhobenen Vorwürfe zugetroffen hätte. Angesichts des politischen Drucks war ein Freispruch jedoch nicht durchsetzbar. Der Bestand der damaligen italienischen Regierung hing von einer unsicheren Minderheit ab, die von einer Koalition der antikommunistischen Parteien beherrscht wurde. Ein Freispruch REDERS hätte einen solchen Sturm zügelloser politischer Gefühle hervorgerufen, daß der Sturz der Regierung hätte folgen können, der alsdann der erste Schritt zur Errichtung der von den Kommunisten angestrebten Diktatur des Proletariats in Italien gewesen wäre. Einen Freispruch hätten alle Partisanen in Italien als persönliche Beleidigung empfunden.[15] Also wählte man den Mittelweg der Verurteilung REDERS ZU lebenslänglicher (ehrenvoller) Festungshaft, nicht zu Gefängnis. Die zunächst auch ausgesprochene Degradierung wurde am 16, März 1954 aufgehoben und REDER als Kriegsgefangener anerkannt.

[15] KUNZ, aaO. (Anm. 7), S. 72; GREIL, aaO. (Anm. 3), S. 66; VEALE, aaO. (Anm. 2), S. 163 ff.

Bedeutende Völkerrechtler haben übereinstimmend erklärt, daß das Urteil dieses Scheinprozesses aus völkerrechtlichen, strafrechtlichen und strafprozessualen Gründen nicht haltbar war. Aber Italien brauchte ein Opfer und insbesondere die gerichtliche Bestätigung von Greueltaten der Waffen-SS.

Bald bildeten sich Hilfskomitees ausländischer Soldatenverbände, die gegen das Urteil protestierten, Ihnen schlossen sich der Vatikan und die Bischöfe an. Im März 1956 richtete der österreichische Staatssekretär GRAF einen öffentlichen Appell zugunsten REDERS an das italienische Volk und dessen Regierung. Die italienischen Verbände der »Familienangehörigen der in Rußland Vermißten und Gefangenen« wandten sich mit

einem Gnadengesuch an den italienischen Justizminister MORO. Im Juli 1956 machte die italienische >Liga für Menschenrechte< eine Eingabe beim italienischen Außenminister MARTINO, ebenso das Vatikanische Staatssekretariat, desgleichen italienische Veteranenverbände. In England bildete sich aus britischen Heeres- und Marineoffizieren ein Hilfskomitee, das im Juli 1957 unter der Leitung der schottischen Aristokratin Mara RUSSE-TAVERNAN eine Petition an den italienischen Staatspräsidenten richtete. 1958 schritten englische Heeresoffiziere zu einer Plakataktion in London. Als Staatspräsident GRONCHI ZU einem Staatsbesuch in England eintraf, erhielt er aus allen Kreisen der britischen Bevölkerung Telegramme und Bittgesuche für REDER.

In Deutschland wurde von privater Seite die >Gaeta-Hilfe< ins Leben gerufen durch ehemalige Frontsoldaten und Feldmarschall Erich VON MANSTEIN und Albert KESSELRING, Großadmiral Karl DONITZ und Generaloberst Paul HAUSSER, Belgische, französische, niederländische, finnische, kanadische und amerikanische Frontkämpferorganisationen folgten dem Beispiel.[16]

Die Bundesregierung rührte sich nicht, da sie sich darauf berief, daß REDER österreichischer Staatsbürger sei. Sie ließ dabei außer acht, daß REDER sechs Jahre in deutscher Uniform für Deutschland gekämpft und seine Gesundheit ruiniert hatte. Am 24. Januar 1985 wurde REDER als kranker Mann aus der Festung Gaeta nach Osterreich entlassen, wo er bereits wenige Jahre später am 26. April 1991 in Wien verstarb.

Friedrich Karl Pohl

[16] GREIL, aaO (Anm. 3), S. 73 ff.



62 Kilometer südlich von Bologna, also nicht weit von Marzabotto entfernt, liegt der 1969 eingeweihte deutsche Soldatenfriedhof am Futa-Paß mit 30716 Kriegstoten. Bei seinem Marzabotto-Besuch im Jahre 2002 versagte Bundespräsident Johannes RAU den dort liegenden deutschen Soldaten einen ehrenden Besuch.

Greise, Kinder und Säuglinge im Soldatenfriedhof

In den Monaten vor und nach Ende des Zweiten Weltkrieges errichteten die Alliierten Konzentrationslager, verharmlosend meistens als >Internierungslager< bezeichnet. Wir haben bereits solche Lager auf deutschem und polnischem Boden ausführlich dargestellt[1] und die dort verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeprangert. Auch in Frankreich gab es solche Internierungslager, in denen Zivilisten, alte Leute und Kinder, auf skandalöse Weise umkamen.

Auf einem Hügel nahe der kleinen Ortschaft Huisnes-sur-Mer, die US-General PATTON beim Durchbruch von Avranches mit seiner 1. Infanteriedivision am 1. August 1944 >befreite<, liegt in Sichtweite des berühmten Mont Saint-Michel der einzige deutsche Gruftbau in Frankreich.

In der am 14. September 1963 eingeweihten Kriegsgräberstätte auf dem Mont-de-Huisnes sind offiziell 11 956 deutsche Soldaten des Zweiten Weltkrieges bestattet, die der Umbettungsdienst des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge im Jahre 1951 aus verschiedenen Departements der Bretagne und südlich der Normandie geborgen hatte. Dort liegen aber nicht nur junge deutsche Soldaten, die bei der Invasionsschlacht im Sommer 1944 gefallen sind. Es ruhen da auch Zivilopfer, die unmittelbar vor und nach Kriegsende im Gefangenenlager von Poitiers eines grauenvollen Todes gestorben sind.

Darunter befinden sich sehr alte deutsche Zivilisten wie der 83jährige Albert MÜLLER oder der 87jährige Karl SCHRÖDER, aber auch Kleinkinder, etwa Dieter KOBEL (3 Jahre alt), oder gar Babys wie zum Beispiel Evelyne DIESER, 5 Wochen alt. Alle diese Unglücklichen starben an Hunger, unter der Folter oder wurden in einigen Fällen standrechtlich hingerichtet.

Ein besonderes Schicksal hebt der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge[2] hervor, nämlich das des 14jährigen Deutsch-Franzosen Edmund BATON, Gruft 59, Grabkammer 90. Im Februar 1945 wird der aus dem saarländischen Lauterbach stammende Edmund BATON angesichts der näher rückenden Front zusammen mit den Schülern seines Gymnasiums nach Bad Reichenhall evakuiert. Da er die Trennung von der Mutter nicht erträgt, springt er mit einem Mitschüler aus dem Zug und versucht, auf eigenem Fuß in die saarländische Heimat zu gelangen. In Höhe von Ludwigsburg müssen sich die beiden wegen der starken Kämpfe

[1] Siehe Beiträge Nr. 386, 389 u. 390,
[2] http://www.volksbund.de/downloads/normandie_2003.pdf

In der am 14. September 1963 eingeweihten Kriegsgräberstatte auf dem Mont-de-Huisnes, nahe der Bucht von Saint-Malo, sind offiziell 11 956 deutsche Soldaten des Zweiten Weltkrieges bestattet.



eine Woche lang verstecken. Es gelingt ihnen, amerikanische Soldaten dazu zu überreden, sie über den Rhein bis Straßburg mitzunehmen. Von dort wollen sie mit dem Zug nach Hause fahren. Leider werden die beiden mitten in der damals herrschenden starken antideutschen Stimmung aufgegriffen, entweder von Franzosen oder gar von der amerikanischen Militärpolizei, wie der Volksbund mutmaßt. Edmund und sein Mitschüler werden quer durch Frankreich ins Gefangenenlager Poitiers gebracht. Dort stirbt er am 14. Juli 1945 an Hunger. Als die Mutter, eine gebürtige Französin, vom Tod ihres kleinen Edmund erfahrt, wird sie wahnsinnig.

In jenem berühmt-berüchtigten Konzentrationslager von Poitiers im damals gaullitisch-kommunistisch regierten Frankreich starb man übrigens sehr jung:

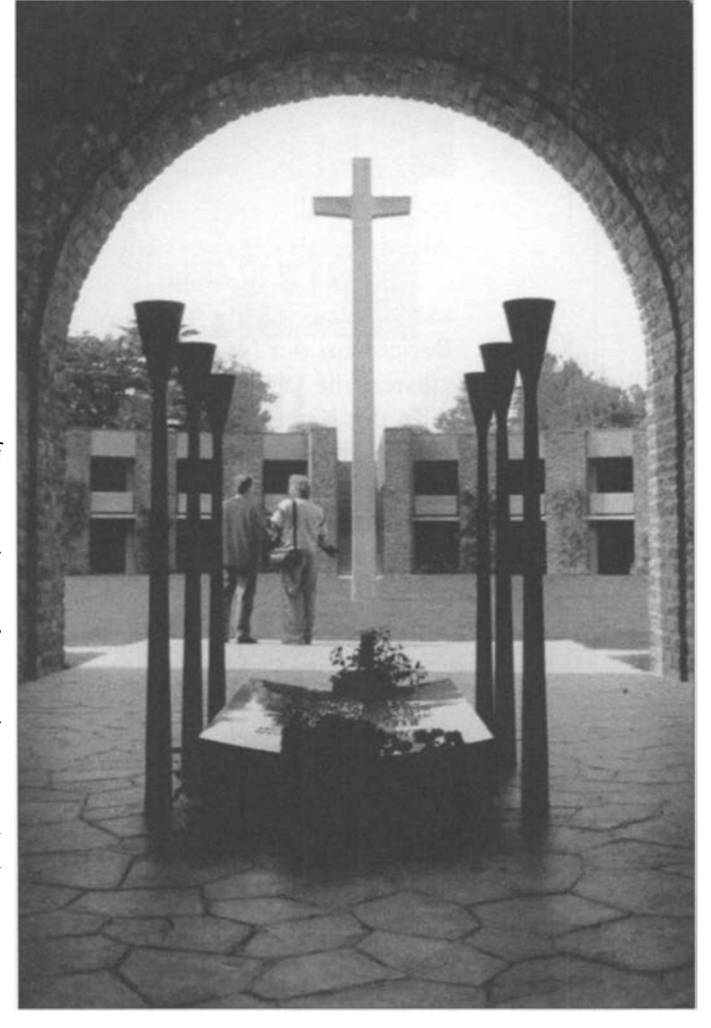
Jacqueline BUCHER: 26. 12.1944-26. 5.1945
Evelyne DIESER: 6. 7.1945 - 13. 8.1945
Heide FRIEDMANN: 1. 2. 1945 - 19. 5. 1945
Renate CAMRATH: 1. 7.1944 - 5. 8.1945
Anneliese HEIDE :R: 4. 8. 1943 - 16. 6. 1945
Klaud HOLOGA: 29. 10. 1944- 6. 6. 1945
Elfrida KALBERAM: 26. 4. 1944 - 28. 5.1945
Dieter KOBEL: 30. 11. 1942-6. 10. 1945
Samgard KROECHELER: 12. 1. 1945-26. 4. 1945
Charles LANG: 22. 2. 1945 - 25. 5. 1945
Monique MERKEL: 23. 3. 1945 - 18. 5. 1945
Pierre ROSSMANN: 4.1. 1944-14. 3. 1945

Pierre SPENGLER: 24.10 .1944 - 29. 5.1945
Manfred SCHWARZ: 14. 11. 1944-16. 5.1945
Ermunde SCHWORM: 6.10.1943 - 29.4.1945
Albert STEINIGGE: 31. 3. 1944 - 16. 6. 1944
Roland TRAOT: 19. 12. 1944 - 4. 6. 1945
Henri TREK,ER: 7. 11. 1944 - 16. 5. 1945
Fridhelm WEHR: 9. 6.1944 - 13. 7. 1945
Antoinette SPAHN: 31. 3. 1945 - 16. 5. 1945
Régine PIETRI: 8. 10. 1944-19. 5. 1945
Trautel GROSSART: 14. 4. 1945 - 13. 6. 1945
usw. usw.

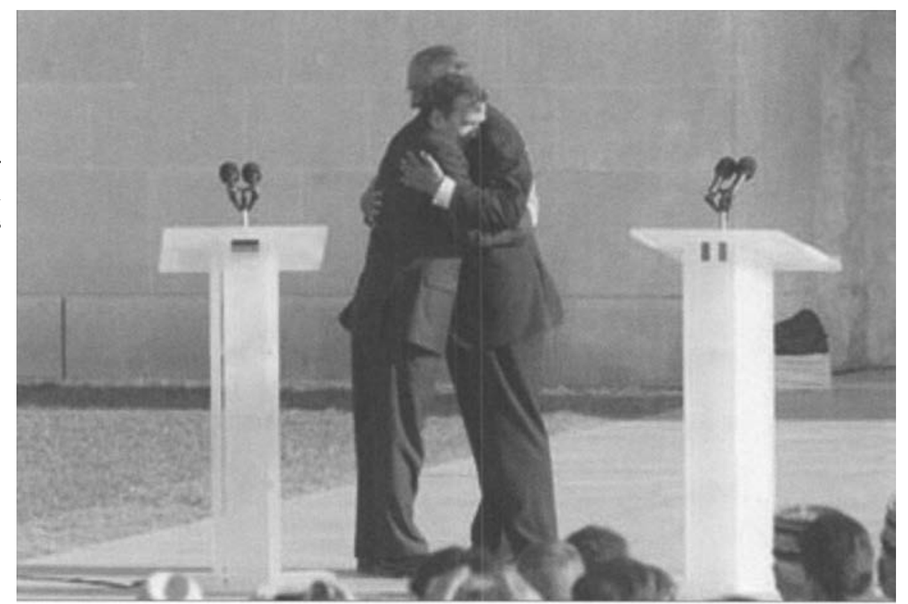
Anläßlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der alliierten Invasion wurde die Weigerung des damals amtierenden Bundeskanzlers Gerhard SCHRÖDER, einen deutschen Soldaten friedhof zu besuchen, vielfach kritisiert und stieß sogar im Ausland auf Unverständnis. Die italienische Zeitung *II Jornale* zum Beispiel ließ über ihren Reporter Alessandro CAPRETTINI kritisch anmerken:[3]

»So viele, so sehr viele junge Männer der »anderen Seite< sind auf der Halbinsel begraben, ohne Blumen und Ehrungen. Gerhard SCHRÖDER hätte als Teilnehmer der Feierlichkeiten die Mauer des Schweigens durchbrechen können, die sie, von seltenen Ausnahmen abgesehen, seit mehr als einem halben Jahrhundert umgibt. Aber der Kanzler wollte nicht. Er hat die Aufforderungen, die vielen in der Normandie begrabenen Landsleute zu ehren, als »von parteipolitischem

Die Gruftanlage Mont-de-Huisnes ist ein kreisrunder, zweigeschossiger Bau von 47 Metern Durchmesser. An seiner Innenfront sind zwei übereinander liegende offene Umgänge mit jeweils 34 Grüften angeordnet. In jeder Gruft ruhen 180 Tote, die Namen sind auf Bronzetafeln festgehalten.



[1] www.gerhardfrey.de/-/Il_Giornale.html



Bundeskanzler Gerhard SCHRÖDER (hier mit Jacques CHIRAC) bei den >Feierlichkeiten< in der Normandie im Juni 2004.

Kalkül< bestimmt abgetan. Sie bleiben ein verleugnetes Heer. Vergessen, Als ob sie nie existiert hätten.«

»Und auf dem Friedhof der geschlagenen Deutschen legt nicht einmal SCHRÖDER eine Blume nieder«: CAPRETTINIS Überschrift für seinen Bericht aus der Normandie gilt im gleichen Maße für die unzähligen Zivilisten, die 1945/46 dem Deutschenhaß zum Opfer fielen.

In der Kriegsgräberstätte Mont-de-Huisnes herrscht eine Atmosphäre von großer Würde. Die Besucherbücher an den Eingängen sind voll von beeindruckenden handschriftlichen Einträgen. Ein Franzose trug ein: »Die Menschlichkeit muß den Krieg unterdrücken, sonst unterdrückt der Krieg die Menschlichkeit.«

Philippe Gautier



Nachkriegszeit

Die wohl entscheidende Antriebskraft des Wiederaufbaus und Wiederaufschwungs waren der Wille und der Einsatz aller Schichten der Bevölkerung. In Deutschland befand sich, verstärkt durch zurückkehrende Emigranten, eine beschämend große Zahl von Erfüllungsgehilfen der Sieger. Durch die unzähligen Prozesse und Verfahren im Zusammenhang mit der Entnazifizierung wurde »die Lüge von der deutschen Kriegsschuld weiter im Volk verankert und das Kollektivschuldbewußtsein verstärkt«. (Rolf KOSIEK)

Deutsche als polnische Opfer mitgezählt

In den ersten Jahrzehnten nach 1945 und teilweise bis in die Gegenwart wurden die Verluste des polnischen Volkes im Zweiten Weltkrieg mit rund sechs Millionen Toten angegeben. Es hieß zum Beispiel bei deutsch-polnischen Politikertreffen, daß »jeder fünfte Pole« durch deutsche Schuld umgekommen sei oder daß Polen »22 Prozent seiner Bevölkerung durch den deutschen Überfall verloren« habe. So sprach der Staatsminister im Auswärtigen Amt Klaus VON DOHNANYI bei einem deutsch-polnischen Treffen in Ingelheim Ende der siebziger Jahre von sechs Millionen getöteter Polen.'

Doch diese Opferzahl ist falsch, Sie ist um mehr als die Hälfte zu hoch und kam vor allem dadurch zustande, daß man die deutschen Vertriebenen aus den Oder-Neiße-Gebieten in die Menge der polnischen Opfer einbezog.

Der Historiker Alfred SCHICKEL wies 1979 darauf hin,[1] daß bei den betreffenden Angaben Medien und Politiker bis dahin »lediglich eine Zahlenangabe der Polen ungeprüft übernommen und weiter verbreitet« haben, die nicht stimmt. Er zeigte auf, daß die 1946 von Polen angegebenen >»6,028 Millionen polnischer Opfer< in Wirklichkeit auf einer überaus unseriösen Schätzung zweier polnischer Studenten beruhen, die diese 1946/47 im Auftrag des Warschauer Kriegsentschädigungsamtes vornahmen und bei welcher viele Opfer mehrfach gezählt wurden«. Diese fehlerhafte Schätzung wurde dann an die UN weitergegeben und ge-

[1] Alfred **SCHICKEL,** »Statistik und Wirklichkeit«, in: *Bayernkurier,* 10. 2. 1979, S. 12; ähnlich ders., »Wie hoch waren die polnischen Kriegs**Verlu**ste?« in: *Das Gymnasium in Bayern, Nr.* 10,1979, S. 22 f.



Die Zahl der polnischen Kriegsopfer hat nicht an Aktualität verloren: Noch im Frühjahr 2007 forderten die Zwillingsbrüder KACZYNSKI, bei einer Reform der Europäischen Union Polens Kriegstote zu berücksichtigen.

wann durch deren Veröffentlichung gleichsam amtlichen Charakter. Insbesondere die Historiker übernahmen sie, ohne eine weitere Prüfung auf deren Richtigkeit anzustellen.

Zum Kern der Sache kam SCHICKEL, als ihm 1977 Daten aus dem polnischen ***Statistischen Jahrbuch*** des Jahres 1956 zugänglich gemacht werden, die sich auf die Jahre 1931 und 1946 bezogen. Danach betrug die Gesamtbevölkerung Polens 1931 29892000 Menschen und im Jahre 1946 dann nur noch 23625000. Die Differenz von 6267000 Einwohnern schien die alte Verlustzahl der 1946 geschätzten 6,028 Millionen zu bestätigen.

Doch die im *Jahrbuch* angegebene und nachfolgend abgedruckte Tabelle für die einzelnen Provinzen gab die Erklärung.

Provinzen	1931 Millionen	1946 Millionen
Warschau (einschl. der Stadt Warschau)	3,552	2,662
Bydgoszcz	1,566	1,457
Poznan	2,311	2,086
Lodz (einschl. der Stadt Ixidz)	2,385	2,015
Kielce	1,858	1,702
Lublin	2,069	1,753
Bialystok	1,194	0,944
Olsztyn	1,030	0,442
Gdansk	1,065	0,732
Koszalin	0,789	0,585
Szczecin	0,941	0,308
Zielona Gora	0,884	0,347
Wroclaw	2,604	1,769
Opole	1,040	0,792
Katowice-	2,608	2,635
Krakow	2,195	2,133
Rzeszow	1,801	1,535
Gesamtbebölkerung:	29,892	23,625

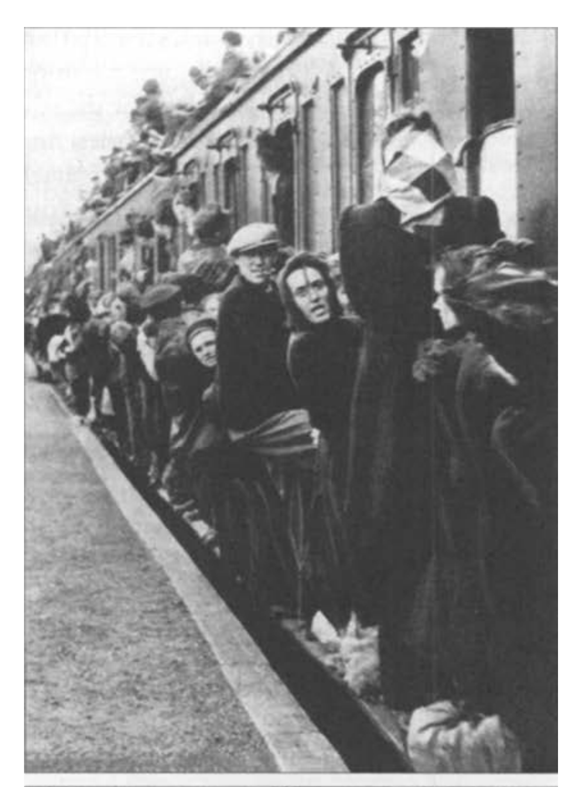
Differenz von 1931 zu 1946: 21,0 Prozent.

»Nach dieser Tabelle werden in die Volkszählung von 1931 die Bewohner von Bezirk und Stadt Allenstein (= Olsztyn), Danzig (= Gdansk), Köslin (= Koszalin), Stettin (= Szczecin), Grünberg (- Zielona Gora), Breslau (= Wroclaw) sowie Oppeln (= Opole) einbezogen, obwohl diese Städte samt ihrem Umland 1931 zum Deutschen Reich gehörten und Danzig damals eine »Freie Stadt< war, also auch nicht unter

polnischer Hoheit stand, vor allen Dingen aber dort auf keinen Fall insgesamt 8,353 Millionen Polen wohnten. Hingegen ergab die deutsche Volkszählung vom 16. Juni 1933, daß im Bezirk Allenstein (Ostpreußen), in Pommern, der Grenzmark Posen-Westpreußen, Nieder- und Oberschlesien insgesamt 8,123 Millionen Menschen wohnten, welche die deutsche Staatsangehörigkeit hatten.« Diese waren zum allergrößten Teil Deutsche. Die dann 1946 fehlenden 3,378 Millionen Menschen dieser Städte und Gebiete waren größtenteils deutsche Flüchtlinge oder Vertriebene aus diesen Provinzen.

Damit ergibt sich, daß, ob bewußt oder unbewußt sei dahingestellt, »die von der polnischen Regierung bzw. deren Statistischem Amt aufgemachte Verlustrechnung von 6,267 Millionen Menschen die deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge mit einschließt und beispielsweise Breslau als polnischen Verlust ausgibt«. Und SCHICKEL urteilt zu Recht: »Eine solche Rechnung ist aber nicht nur fehlerhaft, sie verletzt auch die an anderer Stelle erwähnte moralische Kategorie.«

Demnach sind von den von polnischer Seite angegebenen 6,267 Millionen Toten die 3,378 Millionen deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen dieser Gebiete abzuziehen, was dann eine Verlustzahl von 2,889 Millionen für Polen ergäbe. Doch diese ist in Wirklichkeit, wie SCHICKEL im einzelnen nachweist, auch noch zu hoch. Denn bei der Differenz zwischen den Einwohnerzahlen von 1931 und 1946 sind ferner unter anderem viele Auswanderer zu berücksichtigen: allein 120000 in den ersten fünf Jahren nach 1945 in die USA ausgewanderte





Der riesige Strom der Vertriebenen und Flüchtlinge, den die Polen gern als eigenen Verlust angeben, hatte in ihrer neuen Heimat mit Wohnungsnot und derart mit Hunger zu kämpfen, daß sie auf Abfälle zurückgriffen.

Polen. Mehr als 250000 kamen nach Großbritannien und zogen zum Teil weiter, vor allem nach Kanada, Argentinien und Australien. Insgesamt werden für diese Auswanderung maximal 1,25 Millionen, mindestens 640000 Polen angegeben. Ferner müssen noch die über 500000 Ukrainer, Weißrussen, Russen, Litauer und andere berücksichtigt werden, die nach 1944 von Polen in die Sowjetunion umgesiedelt wurden, während 2,1 Millionen Polen aus der Sowjetunion nach Volkspolen kamen, so daß sich dann eine Zahl von 3,849 Millionen Opfern ergäbe.

Da für die Zahlen von 1946 rund die Hälfte der deutschen Vertriebenen aus Ostdeutschland, rund 1,5 Millionen, anzusetzen sind, kommt SCHICKEL schließlich auf eine obere Grenze, die durch Kontrollrechnungen für einzelne Gebiete bestätigt wird, von 2,35 Millionen polnischen Opfern im Zweiten Weltkrieg.

Von diesen müssen, wenn von deutscher Schuld gesprochen wird, die in der Sowjetunion und durch die Sowjets umgekommenen Polen - Schätzungen dafür belaufen sich »auf über eine Dreiviertelmillion« — abgezogen werden, da diese, wie die Opfer der Erschießungen von Katyn und anderenorts, nicht auf das deutsche Schuldkonto gehen, sondern auf das der Sowjets. Auch diejenigen Polen, die als Ostarbeiter, Kriegsgefangene oder Angehörige der ANDERS-Armee nach Kriegsende nicht mehr nach Polen zurückgingen, sind in Abzug zu bringen. SchiCKEL führt Schätzungen von 640000 bis 1,25 Millionen Polen an, die zwischen 1939 und 1946 ihr Land verließen und als »Bevölkerungsverluste« erscheinen, aber nicht zu den Toten gerechnet werden dürfen.

Nach vorsichtiger Abschätzung sind daher die lange Zeit angegebenen polnischen Verluste von sechs Millionen nach der geschichtlichen Wirklichkeit auf unter die Hälfte dieser Zahl herabzusetzen.

Daß polnische amtliche Stellen die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge in die Zahl der polnischen Opfer einbezogen, stellt eine besondere und kaum für möglich zu haltende Dimension der Vergangenheitsbewältigung dar. Hier liegt nicht nur wieder einer der Fälle vor, daß zu Lasten Deutschlands Zahlen von Opfern, die von Deutschen verursacht sein sollen, stark erhöht wurden, sondern es werden die Tatsachen um Täter und Opfer genau auf den Kopf gestellt.

Es ist ferner bezeichnend, daß amtliche deutsche Historiker sich Jahrzehnte lang mit dieser Frage nicht befaßten oder eine Zahlenangabe vermieden wie die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen von 1977.

Rolf Kosiek

Generalfeldmarschall Milch sollte erpreßt werden

Die Siegerjustiz nach 1945 verstieß nicht nur in der Rechtsprechung gegen grundlegende Normen des europäischen Rechtswesens, sondern auch in der Anklagebeschaffung bedienten sich die Alliierten der übelsten Methoden. Einzelfälle wurden schon behandelt.[1]

Ein weiterer skandalöser Fall ist der Versuch, Generalfeldmarschall Erhard **MILCH** (1892-1972) zu falschen Beschuldigungen gegen Mithäftlinge zu erpressen. Darüber gab der große Soldat am 9. April 1947 eine eidesstattliche Erklärung, beglaubigt von dem Nürnberger Rechtsanwalt Dr. Friedrich **BERGOLD**, Anwalt am Militärgericht II, ab, in der es heißt:[2]

»Ich, Erhard **MILCH**, Generalfeldmarschall, geboren am 30. 3. 1892 in Wilhelmshaven, z. Zt. Nürnberg, Justizgebäude, bin zunächst darauf aufmerksam gemacht worden, daß ich mich strafbar mache, wenn ich eine



Erhard **MILCH**, mit Albert **SPEER**. Aus: David **IRVING**, *Die **Tragödie** der Deutschen Luftwaffe,* Ullstein, Frankfurt/M. 1970; Neuauflage: Winkelried, Dresden 2007.

[1] Siehe Beitrag Nr, 374, »Fall Gaus beim Nürnberger Tribunal«, und Nr. 377, »Ei n Beispiel alliierter Sieger jus tiz«.

[2] Kopie des Originals im Archiv des Verfassers, der Frau Kitta **WAGNER**, Nürnberg, der Sekretärin Dr. **BERGOLDS**, für die Überlassung dankt. Der wesentliche Teil der Erklärung ist auch zitiert in »Das >Recht< der Sieger«, in: *National-Zeitung,* 23. 3. 2007; diese eidesstattliche Erklärung mit etwas anderen Formulierungen, die wohl durch die Rückübersetzung aus dem Französischen verursacht sind, findet sich ebenso bei Maurice **BARDECHE,** *Nürnberg oder Die Falschmünzer,* Karl Heinz Priester, Wiesbaden 1957, S. 89 f.

fälsche eidesstsattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an Eides Statt, daß meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial einem Gerichtshof in Deutschland vorgelegt zu werden.«

Dann folgt eine Erklärung über Vorgänge im Amt des Generalluftzeugmeisters. Anschließend führt die eidesstattliche Erklärung weiter aus:

»Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch auf folgende Tatsachen hinweisen:





Oben: **Erhard MILCH erhält Besuch von seinem Bruder.** *Rechts:* **Dr. Friedrich BERGOLD, Anwalt am Militärgericht II, war der Verteidiger BORMANNS in Nürnberg.**

Am 17. 9. 1945 suchte mich in meinem Wohnraum Kaufbeuren (Vernehmungslager) der mir schon von England her bekannte Vernehmer Major EMERY, wie er sich in England nannte, oder ENGLÄNDER, wie er sich in Deutschland nannte, auf. Ich vermute, daß sein wirklicher Name ein anderer ist. Er war, wie er mir einmal erzählt hatte, Bankicr in New York. Er leitete im englischen Vernehmungslager Camp 7 die dort befindliche amerikanische Vernehmungsgruppe, zu der auch ein Capt. TRACY (wohl auch Deckname) gehörte. Herr EME.RY fragte mich nach meiner Abstammung und meinte, wenn ich jüdischer Abstammung sei, dann würde er mich aus der ganzen weiteren Verfolgung herausnehmen können. Als ich ihm mitteilte, daß seine Vermutung nicht zuträfe, meinte er, dann könne er es nichts ändern.

Derselbe Herr besuchte mich am 5.11.1945 in Nürnberg, als ich gerade durch einen amerikanischen Verneh-

mer verhört wurde; ich hörte zufällig, daß es ein Major MOHAGAN(?) sein solle. Nach kurzer Unterredung zu Dreien bat EMERY MOHAGAN, uns allein zu lassen. EMERY sagte mir dann, falls ich weiter zugunsten von GÖRING, SPEER und den anderen im Internationalen Militärgerichtshof Angeklagten aussagen würde, müßte ich selber mit einem Kriegsverbrecherverfahren gegen mich rechnen. Ich erwiderte, daß ich keinerlei Kriegsverbrechen begangen habe und daher nicht sehen könne, wie man mir einen Prozeß machen wolle. EMERY antwortete: >Das ist eine Kleinigkeit. Wenn wir wollen, können wir gegen jeden Deutschen einen solchen Prozeß auf die Beine bringen, ganz egal, ob er ein Verbrechen begangen hat oder nicht. Warum wollen Sie sich für GÖRING, SPEER USW. einsetzen? Die würden es für Sie auch nie tun, und ich will Ihnen nur einen guten Rat geben, sagen Sie gegen diese Leute aus, und zwar aus Ihrem eigenen Interesse.« Ich erwiderte ihm, daß ich nur die Wahrheit sagen könne und daß meine Person keine Rolle spiele und ich einen Prozeß nicht fürchte. EMERY antwortete: >Sie müssen bedenken, daß Sie noch jung sind, daß Sie wieder eine Rolle spielen können und daß Sie an Ihre Familie denken müssen.«

Ich lehnte selbstverständlich sein wenn auch gut gemeintes Angebot ab. Er schloß damit, daß er mir dann eben nicht helfen könne. Von diesem Augenblick an wußte ich, daß man versuchen werde, gegen mich einen Prozeß wegen Kriegsverbrechen zu starten. Ich habe das auch sowohl damals in Nürnberg als auch in Dachau mehreren Kameraden und auch dem Schweizer Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes in Genf gegenüber zum Ausdruck gebracht.«

Wie vorausgesehen, wurde MILCH von den Amerikanern angeklagt. Am 14. Dezember 1946 wurde das Militärtribunal II für den >Milch-Prozeß< geschaffen, vor dem er sich ab 20. Dezember im Nürnberger Justizpalast verantworten mußte. Ohne entsprechende Beweise wurde er am 17. April 1947 zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt, die im Gefängnis von Rebdorf abzusitzen sei. Anfang 1951 wurde das Strafmaß auf 15 Jahre Haft herabgesetzt. Am 4. Juli 1954 wurde MILCH entlassen, nachdem er fast zwei Drittel der Strafe verbüßt hatte.[3] Er verstarb 1972 in Wuppertal.

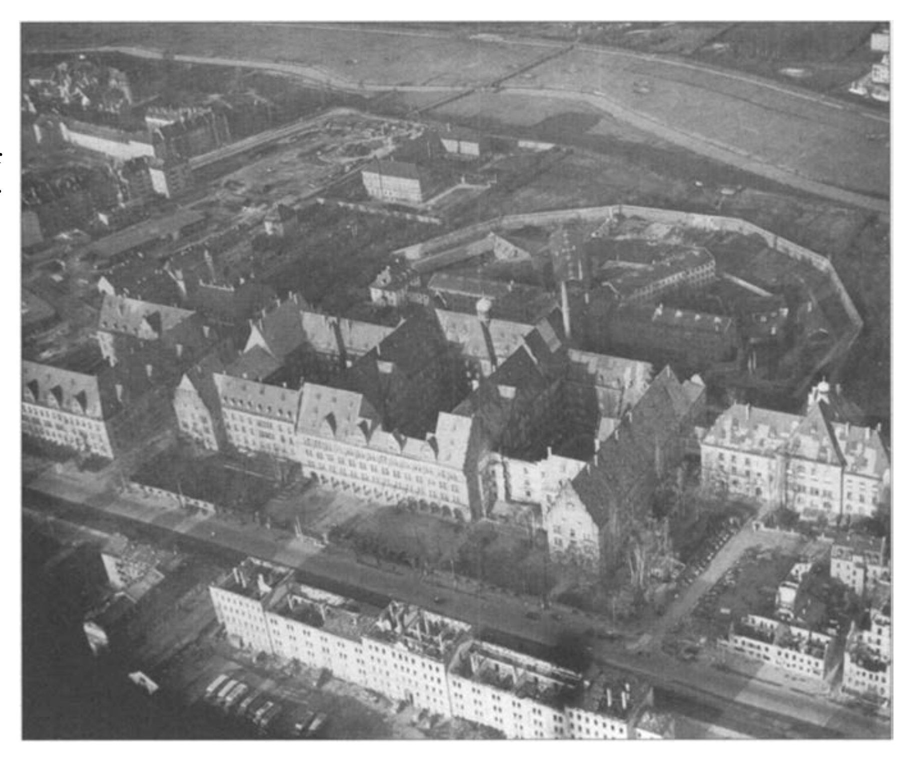
Rolf Kosiek

[1] David IRVING, *Die Tragödie der deutschen Lxßwaffe. Aus den Akten und Erinnerungen von Feldmarschali Erhard mich,* Ullstein Buch Nr. 3137, Frankfurt/M. 1970, S. 383-389.

Erpreßte Zeugen vor alliierten Militärgerichten

[1] Beitrag Nr. 376, »Nürnberger Siegerjustiz verhöhnte das Recht«.
[1] Beitrag Nr. 374, »Fall Gaus beim Nürnberger Tribunal«.
[3] Beitrag Nr. 662, »Generalfeldmarschall Milch sollte erpreßt werden«.

Im Rahmen der Siegerjustiz nach 1945 fanden außer in Nürnberg auch anderenorts viele Militärgerichtsprozesse gegen deutsche Politiker und Soldaten statt. Diese Verfahren, die unter dem hehren Anspruch, Gerechtigkeit walten zu lassen und dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen, stattfanden, verletzten jedoch in großem Maße anerkannte Rechtsprinzipien.[1] Insbesondere versuchten die Betreiber, durch falsche Zeugenaussagen unberechtigte Vorwürfe als wahr erscheinen zu lassen oder Zeugen an ihrer Aussage zu hindern. Dazu wurden vielfach Zeugen mit schweren Strafen ~ vor allem mit Auslieferung an Sowjets oder Franzosen, was damals den sicheren Tod bedeutete - für den Fall bedroht, daß sie nicht wie gewünscht aussagen würden, und nicht selten tatsächlich veranlaßt, falsche Belastungen für Angeklagte anzugeben, die daraufhin trotz ihrer Unschuld verurteilt wurden. Herausragende und weit bekannt gewordene Fälle waren die von Ministerialdirektor Dr. Friedrich GAUS[2] und von Generalfeldmarschall Erhard MILCH[3] beim »Hauptkriegsverbrecherprozeßi in Nürnberg. Doch auch in vielen anderen Strafverfahren wurde von der anklagenden Seite ähnlich gehandelt.



Der Nürnberger Justizpalast.

Der weitere Skandal besteht darin, daß diese erpreßten, nicht der Wahrheit entsprechenden Aussagen dann von der deutschen Nachkriegsöffentlichkeit und von Historikern bis heute als wahr unterstellt, als Beweise zitiert und dazu benutzt werden, die Schuld der Deutschen zu vergrößern.

Der Franzose Maurice BARDECHE widmete den »Zeugen unter Druck« ein ganzes Kapitel in seinem Buch.[4] Daraus seien einige Beispiele stark gekürzt aufgeführt.

1. Im Stenogramm des WEIZSÄCKER-Prozesses vom 3. März 1948, das die Befragung des Zeugen Eberhard VON THADDEN durch den Verteidiger des Angeklagten, Dr. SCHMIDT-LEICHNER, wiedergibt, heißt es:

»Frage: Hat man Ihnen während der Vernehmung zu verstehen gegeben, daß es möglich sei, Sie den französischen Behörden zu übergeben?

Antwort: Ja

Frage: Wie bitte?

Antwort: Ja.

Frage: Wollen Sie bitte dem Hohen Gericht darüber einige Erläuterungen geben?

Antwort: Man hatte mir angedeutet, daß mir zwei Möglichkeiten blieben, entweder ein Geständnis abzulegen oder aber den französischen Behörden ausgeliefert zu werden; vor einem französischen Gericht sei mir die Todesstrafe sicher. Mir wurde eine Bedenkzeit von vierundzwanzig Stunden gewährt, während der ich mich zu entscheiden hatte.«[5]





Von oben: **Maurice** BARDECHE <1907-1998) **und sein Buch** *Nürnberg oder die Falschmünzer,* **Karl Heinz Priester, Wiesbaden** 1957.

2. Im selben Prozeß ergab sich bei der Verhandlung am 11. Mai 1948 in der Befragung des Herrn HAEHJNGER durch Anwalt Dr. SIEMERS:

»Frage: Sind Sie schon vernommen worden oder nicht?

Antwort: Ich bin nach meiner Festnahme durch Herrn SACHS vernommen worden, und dieser drohte mir, mich an die russischen Behörden auszuliefern, weil ich Schweizer Staatsangehöriger war, und da ich mich auf meine schweizerische Nationalität berief, machte er mich darauf aufmerksam, daß zwischen Rußland und der Schweiz keine diplomatischen Beziehungen beständen.«[6]

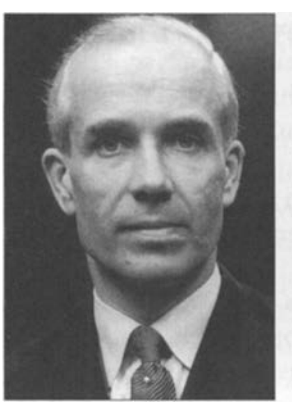
3. In einem Memoire des Verteidigers Dr. Rudolf ASCHENAUER vom Juni 1948 aus dem »Einsatzgruppen-Prozeß« heißt es:

»Im Prozeß der »Einsatzgruppe« veröffentlichte z. B. eine Berliner Tageszeitung, daß alle Angeklagten dieser Gruppe, die das Nürnberger Ge-

[4] Maurice BARDECHE, *Nürnberg oder die Falschmünzer,* Karl Heinz Priester, Wiesbaden 1957, S. 86-105.

[5] Ebenda, S. 91.

[6] Ebenda.





Die engagierten Nürnberger Anwälte! sahen sich in ihrer Verteidigungsarbeit vielfach behindert *(von links:* **Walter** SIEMERS, **Otto** KRANZBÜHLER **und Alfred** SEIDL.

rieht nicht aburteile, den russischen Behörden ausgeliefert würden, was zur Folge hatte, daß sich niemand als Zeuge anbot. Die als Endastungszeugen benannten Gefangenen wurden fast alle zuerst dem Richter vorgeführt. Sie waren Gegenstand zahlreicher Bedrohungen, insbesondere, an Polen ausgeliefert zu werden.«

[7] BARDECHE, ebenda, S. 92.

4. Im selben Prozeß machte der Anwalt Dr. Georg FROESCI IMANN eine Eingabe, in der es hieß:

»Oft wurden Personen, die als Zeuge für den Angeklagten gekommen waren, damit eingeschüchtert, daß sie an ausländische Behörden ausgeliefert würden, um zu erreichen, daß diese Zeugen nicht aussagten. Ich denke z.B. an Personen, wie die Angeklagten BERGER, den Zeugen Dr. BARTHELS, BRÄUTIGAM, MEUERER und andere. Eine Vernehmung der verschiedenen Zeugen würde die Richtigkeit dieser Erklärungen ergeben.«[8]

B Ebenda.

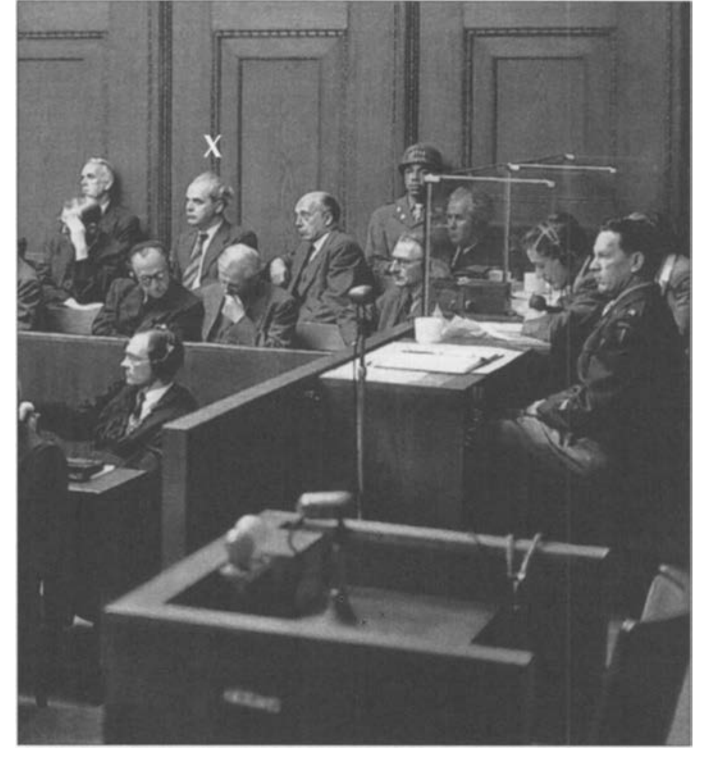
Eine andere Methode bestand darin, Zeugen von der Aussage abzuhalten. So organisierten die Verbände der ehemals politisch Internierten und der »Verfolgten des Naziregimes< einen regelrechten Feldzug der Einschüchterung, um endastende Zeugen am Aussagen zu hindern. Auch dafür gibt Maurice BARDECHE Beispiele an;

1. Der Verteidiger Dr. Alfred SEIDE stellte in seinem Plädoyer für den Ingenieur Walter DÜRRFELD vor dem US-Militärgericht VI fest: »Die eigendichen Schwierigkeiten der Verteidigung haben sich in besonders scharfer Art bei den ehemaligen Internierten, die im Werk Auschwitz der I. G. Farben arbeiteten, bemerkbar gemacht. Soweit es sich um politisch Internierte handelte, waren die Schwierigkeiten unüberwindlich und Zeugenaussagen unmöglich, denn die Organisationen der »Verfolgten des Naziregimes< verboten ihren Mitgliedern, für die Angeklagten zu sprechen. Ebenso ist es vorgekommen, daß Mitglieder, die trotzdem ausgesagt oder eidesstatliche Versicherungen abgegeben hatten, seitens anderer Mitglieder unter Druck gesetzt wurden, um sie zum Widerruf ihrer Aussagen

zu zwingen. Es ist klar, daß es unter diesen Umständen unmöglich ist, die Wahrheit zu finden.«

2. Professor Dr. WAHL von der Universität Heidelberg bestätigte dies in einem Memorandum zum I. G. Farben-Prozeß: »Die Verteidiger stießen zuweilen noch auf die größten Schwierigkeiten. So hat z. B. die Gruppe der »politisch Verschicktem, die mit den Anklägern zusammenarbeitet, ihre bei den I. G, Farben in Arbeit gewesenen Mitglieder wissen lassen, daß sie nicht für die im Prozeß der I. G. Farben Angeklagten aussagen dürfen.«[9]

3, Der bis 1945 politisch Internierte Fritz H., wohnhaft in Feilbach bei Stuttgart, schrieb in einem Brief vom 9. Juni 1948 an den Stuttgarter Bischof WURM, daß ihm, einem Mitglied des Verbandes für politisch Internierte, von der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes< (V.VN.) mitgeteilt sei, »die Vertreter der Anklage im I. G. Farbenprozeß, die Herren VON HALLE und MINSKOFF, hätten der V.V.N. in Stuttgart, Bezirk Frankfurt, mitgeteilt, ich sei bestimmt nicht als politischer Internierter im Konzentrationslager gewesen, und es sei möglich, daß ich Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hätte, .. Der Zweck dieser Manöver ist Idar. Nachdem man mich mit diesen Erklärungen der V.V.N. einzuschüchtern versucht hatte und vor allem nachdem man mir bekanntgegeben hatte, daß man mich der Verbrechen gegen die Menschlichkeit verdächtigte, glaubte man, ich würde nicht aussagen. Nachdem ich meine Angelegenheiten für den Fall einer Verhaftung geregelt hatte, begab ich mich nach Nürnberg, um meine Aussage zu machen. Das Verhalten der Herren VON HALLE und MINSKOFF während meiner Vernehmung wird der bekannte Anwalt Dr. SEIDL schildern können,«1"



Ein Teil der insgesamt 23 Angeklagten im >IG Farben-Prozeßi - Walter Dürrfeld siehe x. Es ist bemerkenswert, daß keine der angeklagten Führungskräfte der IG Farben zu einer hohen Haftstrafe oder zum Tode verurteilt wurde, obwohl die Firma und ihre Tochtergesellschaft Degesch in Auschwitz engagiert waren.

4. Bei den Vernehmungen vor dem US-Miütärgericht VI erklärte D. aus K., ein politisch Internierter: »Ich möchte bemerken, daß man versucht hat, mir Schwierigkeiten zu bereiten. Als Mitglieder des »Ausschusses der rassisch Verfolgten« hörten, daß ich aussagen soll-

[9] BARDECHE, ebenda, S. 94.
[10] Ebenda, S. 94 f.

te, haben sie sogar versucht, mich festnehmen zu lassen, Sie haben sich auch nicht gescheut, Kameraden, die mit mir zusammen interniert waren, zu fragen, ob ich nicht während dieser Zeit Juden oder andere geschlagen hätte, um einen Anlaß zu meiner Verhaftung zu finden und meine Reise nach Nürnberg zu unterbinden.«"

5. Ein Waldemar H, gab in seiner eidesstattlichen Versicherung vom 17. Februar 1948 in Landsberg an: »Einer meiner Entlastungszeugen, Herr Friedrich D„ ehemaliger Internierter des Konzentrationslagers Buchenwald, hat vor Zeugen erklärt, daß er von der V.V.N. mit schweren Vergeltungsmaßnahmen bedroht worden sei, falls er für einen Angeklagten im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß aussagen würde. In meinem Prozeß wollten[12] ehemalige Internierte des Konzentrationslagers Buchenwald, ohne sogar von der Verteidigung angefordert zu sein, aus eigenem Antrieb mit einem Lastkraftwagen von Hamburg nach Nürnberg kommen, um für mich auszusagen. Die Hamburger kommunistische Partei hielt ihren Wagen auf der Landstraße an und verhinderte sie, in meinem Prozeß auszusagen (die eidesstattlichen Versicherungen können beigebracht werden).«[12]

6. Der Verteidiger Dr. Rudolf ASCHENAIJER hielt in einem Memoire vom Juni 1948 in Nürnberg fest: »Der Stellvertreter des Oberrichters, Herbert MEYER, verlangte in Leipzig eine eidesstattliche Erklärung von einer Stenotypistin. Da die Erklärung nicht seinen Wünschen entsprechend abgegeben wurde, drohte er dem jungen Mädchen, er käme in wenigen Minuten mit einem russischen Offizier zurück, sie solle sich inzwischen bedenken. Unter dieser Drohung wurde die eidesstattliche Erklärung abgegeben.«

Im selben Memoire dokumentierte der genannte Jurist: »Bei der Vernehmung durch Richter (auch durch nichtrichterliche Personen) werden sie sogleich bedroht und unter moralischen Druck gesetzt, mit falschen eidesstattlichen Erklärungen, mit Auslieferung an russische oder andere Behörden (LORENZ, HÜBNER) mit dem Bemerken bedroht, was das für sie und ihre Familien bedeute (LORENZ, HOFFMANN, SCHWAAM, SOLI-MANN, BRÜCKNER, GREIFELT), oder mit Aufhängen bedroht (SCHWALM). Wir werden Sie den russischen Behörden ausliefern, und Sie wissen, daß Sie dann keine vierundzwanzig Stunden mehr leben< (GREIEELT). Andererseits machte man ihnen versteckte Zusagen, wenn sie richtig, d. h. wunschgemäß, aussagen würden, hätten sie keine Anklage zu erwarten (VIERMETZ, HÜBNER).«[13]

Rolf Kosiek

[11] BARDECHÜ, ebenda, S. 95.
[12] Ebenda, S. 98.
[13] Ebenda, S. 100.

Protokoll des Nürnberger IMT wurde gefälscht

Der Nürnberger >Hauptkriegsverbrecher-Prozeß< und seine Folgeverfahren waren 1945 mit dem Anspruch veranstaltet worden, der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen und die Schuldigen für die angeblich rechtlose deutsche Gewaltherrschaft zu bestrafen. Daß es sich dabei jedoch um eine reine Rachejustiz der Sieger handelte, wurde schon in mehreren Beiträgen über die Beugung des Rechts[1] und die Erpressung von Zeugen[2] dargestellt. Darüber hinaus kam es auch noch zu bewußten Fälschungen der Protokolle des Nürnberger Prozesses. Diese Fälschungen wurden dann als der wahre Ablauf der Verhandlungen veröffentlicht und dienen bis heute den Historikern als Quelle.

Als Beispiel tür das Vorkommen solcher Fälschungen sei die von Generalfeldmarschall Erhard MILCH vorgenommene Berichtigung seiner Aussägen in Nürnberg angegeben, die dieser über sein Verhör vom 8. und 11. März 1946[3] zu Protokoll gab.[4] Bezeichnend ist ferner, daß er auf seine erste Beschwerde gegen die Fälschung keine Antwort erhielt und daß in späteren Veröffentlichungen wie den IMT-Protokollen von 1947[4] oder von 2000[5] die alten Fehler beibehalten wurden.

»Protokollfehler der Zeugenaussage von Erhard MILCH am 8. u. 11. 3. 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof.

Seite 5573: >Ich erinnere mich, daß damals auch dieser berühmte Befehl herausgegeben (Zeile 26) (= Führerbefehl) wurde.«

Richtig muß es heißen: >Ich erinnere mich nicht, daß damals schon dieser berühmte Befehl usw.<

Seite 5603: Es fehlt betreffend Dachau auf die Frage von JACKSON, wie es dort war, meine Antwort: >Die Behandlung hinsichtlich Essen und Unterkunft (im KZ Dachau 1935) war erheblich besser als die von Kriegsgefangenen z. B. hier in Nürnberg.«

[1] Nr. 374, »Fall Gaus beim Nürnberger Tribunal«; Nr. 375, »Nürnberger Siegerjustiz setzte kein Recht«, und Nr. 376, »Nürnberger Siegerjustiz verhöhnte das Recht«,

[2] Nr. 662, »Generalfcldmarschall Milch sollte erpreßt werden«,

[1] Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (Hg.), *Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14. November 1945—1. Oktober 1946,* Nürnberg 1947, Neuausgabe: Delphin, München—Zürich 1984, Bd. 9, S. 54-154.

[4] Kopie der Abschrift der Frklärung von Erhard MILCH im Archiv des Verfassers, der für die Überlassung Frau Kitta WAGNER, Nürnberg, dankt.

Erhard MILCH im Zeugenstand.



Seite 5608: Es fehlt etwa folgendes: »Es gibt keinen Paragraphen der Genfer Konvention (Zeile 7), der gegenüber uns deutschen Kriegsgefangenen nicht täglich gebrochen wird.«

Seite 5626: Es fehlt JACKSONS Bemerkung: »Dann sind Sie jahrelang hinter einem Verrückten hermarschiert« und meine Antwort: »Zwischen verrückt und unnormal ist ein ebenso weiter Unterschied wie zwischen normal und unnormal«. ..

Seite 5651: Es fehlt meine Bemerkung: »Ich kannte sie (gemeint KZs) nur vom Burenkrieg.« (Zeile 25)

Seite 5648: Es fehlt JACKSONS Bemerkung: »Nun hören Sie auf mit MUSSOLINI, der ist ja (Zeile 8) schon längst tot«. . . und meine Erwiderung: »Damals war MUSSOLINI aber noch (Zeile 16) sehr am Leben und der für uns maßgebliche Regierungschef.«

Seite 5660: Es fehlt der von mir genannte »Altmarkfall«. (Zeile 20)

Seite 5661: Es fehlt, daß ROBERTS sagte: »Antworten Sie mit Ja oder Nein« und ich: »Ihre (Zeile 21) Frage kann man nicht nur mit Ja oder Nein beantworten«, darauf ROBERTS: »Dann antworten Sie mit einem Satz.«

(Zeile 23) Fehlt: MILCH: »oder ob mal wieder, wie in diesen Ländern üblich, Morde an Deutschen vorgenommen wurden.«

(Zeile 32) Fehlt: ROBERTS: >Ich will überhaupt Ihre Einstellung zu den Bombenangriffen auf die Zivilbevölkerung wissen, ob Sie die ablehnen.*

MilCH: >Da sprechen Sie mir aus der Seele. Ich kann mir nichts Gemeineres und Verwerflicheres als solche Angriffe denken. Und wer da noch einen Zweifel hat, braucht sich nur Hamburg, Berlin, Leipzig, die Städte des Ruhrgebiets, des Rheinlands und besonders Dresden anzusehen, um mit mir übereinzustimmen,*

Seite 5668: »England* statt »Holland*. (ZeÜe 25)

Seite 5673: Es muß heißen »von **Seiten*,** nicht >auf Seiten Rußlands*.

Seite 5675: Fehlt: RUDENKO sagte zum 2. Male: »Das ist nicht logisch.* Ich erwiderte: »Das ist doch logisch* (was ich näher ausführte). RUDENKO sagte dann: >Ja, Sie haben recht, das ist doch logisch.*

An einer anderen Stelle fehlt MII.CHS Antwort: >Ich habe keine Erinnerung daran. Mein Gedächtnis hat durch verschiedene Unfälle mit schweren Gehirnerschütterungen und sonstigen Kopfverletzungen gelitten. Außerdem bin ich nach meiner Gefangennahme durch Angehörige der feindlichen Wehrmacht mit einem Stock und mit Sektflaschen wie ein Vieh über den Schädel geschlagen worden, wobei man mich mit 3 Maschinenpistolen, die mir auf den Leib gesetzt waren, in Schach hielt. Darunter hat mein sonst recht gutes Gedächtnis ganz erheblich gelitten.*

Verschiedentlich heißt es im Protokoll: »Keine Antwort*. Ich habe aber jede Frage beantwortet!

Diese Aufstellung enthält nur die wichtigsten Protokollfehler.



Roman A, RUDENKO **in Nürnberg.**

Handschriftliche Notiz: 26. Juni 1946.

L) Bei der ersten eidesstattlichen Versicherung handelt es sich einmal um die Ungenauigkeiten des Protokolls meiner Vernehmung im GÖRING-Prozeß. Das Protokoll war völlig falsch, das meiste weggelassen. Ich habe dagegen Stellung genommen und Richtigstellungen vorgenommen. Als ich hierauf von **Seiten** des Gerichts keine Antwort erhielt, habe ich ein zweites Gesuch aufgestellt, mit genauer Anfuhrung meiner Antworten im Wortlaut. Daraufhin wurde mir genehmigt, durch eine Vertrauensperson, die auf Band aufgenommene Vernehmung von mir zu überprüfen, Als sich dabei laufend ein Knacken bemerkbar machte, antwortete der Vorführer: »Da ist herausgeschnitten worden* bzw. »nachträglich geändert worden.*«

Rolf Kosiek

[5] Christian ZENTNER, *Der Nürnberger Prozeß. Das Protokoll des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof 14. November 1945—1. Oktober 1946, 2.* Ausgabe Directmedia, Berlin 2000, *z.* B. S. 108 über die Verhandlung vom 8. März 1946.

Alliierte und deutsche Urteile gegen Kriegsverbrecher

Die Sieger des Zweiten Weltkrieges nahmen und nehmen für sich in Anspruch, das Völkerrecht zu beachten, und verurteilten viele Deutsche — vor allem nach 1945 und meist unberechtigt — wegen Verletzung eben dieses Völkerrechts. Daß sie dabei selbst massiv gegen geltendes internationales Recht verstießen, wurde nicht geahndet, wird meist vergessen und heute in den Massenmedien verschwiegen. Zur gerechten Beurteilung der Verhältnisse ist das Wissen darum jedoch unverzichtbar und eine Richtigstellung deswegen geboten.

Das während der beiden Weltkriege geltende Völkerrecht bestimmte, daß gefangene Kriegsverbrecher nicht vom Feindstaat wegen vor ihrer Gefangennahme begangener Taten bestraft werden durften. Die Alliierten hielten sich jedoch nicht daran: Nach dem ersten Weltkrieg scheiterten die im Versailler Diktat vorgesehenen Kriegsverbrecherprozesse gegen den deutschen Kaiser und hohe Militärs im wesentlichen nur an der Standhaftigkeit der holländischen Königin, WILHELM II. nicht auszuliefern. Nach 1945 hielten die Sieger dann viele solcher völkerrechtswidrigen Prozesse in Nürnberg und anderenorts ab. Die Deutschen beachteten dagegen das Völkerrecht in beiden Kriegen, wofür zwei Beispiele angegeben seien.

Im Firsten Weltkrieg war der französische Sergeant COURJON gefangengenommen worden. Er hatte ein in prahlerischer Weise geführtes Tagebuch über von ihm in den ersten Kriegswochen verübte Kriegsverbrechen an deutschen Verwundeten bei sich. Darin beschrieb er, wie er als Unteroffizier in einem französischen Regiment nach Gefechten an der Säuberung des Kampffeldes teilgenommen hatte. »Es war gut, daß ich neugenagelte, schwere Stiefel trug. Ich habe dem bayerischen Husar und dem württembergischen Jäger, die ich verwundet auf dem Schlachtfeld antraf, das Laufen beigebracht«[1] oder Ähnliches hat-



Der Sonderzug des Kaisers rangiert auf einem Nebengleis in Eijsden - in Erwartung einer Entscheidung aus Den Haag. Holländische Offiziere stehen vor dem kaiserlichen Waggon.

[1] Friedrich GRIMM, *Mit offenem Visier. Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts,* Druffel, Leoni 1961, S. 16 f.

te er festgehalten, und er bestritt die Untaten auch nicht. Im Gefangenenlager in Münster in Westfalen hatte 1915 ein deutsches Kriegsgericht ihn zunächst wegen Mißhandlung deutscher Kriegsgefangener zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der jungejurist Dr. Friedrich GRIMM, später der berühmte Strafverteidiger, legte für den Franzosen Revision gegen das Urteil ein. Das Reichsgericht gab ihm recht und sprach den Franzosen frei, weil er sich zur Tatzeit nicht in deutscher Hand befunden hatte und deswegen nach geltendem Völkerrecht für seine Verbrechen nur dem französischen Recht und Gesetz unterlag.[2]



BISMARCK und NAPOLEON III. nach der Schlacht von Sedan. (Gemälde von Wilhelm CAMPHAUSEN)

Im Zweiten Weltkrieg war 1940 der französische Kapitän PIRION von Deutschen gefangengenommen worden, nachdem er sich ebenfalls erhebliche Mißhandlungen an deutschen Kriegsgefangenen hatte zuschulden kommen lassen, derer er einwandfrei überführt worden war. In Paris war der rohe und unsympathische Mann deswegen von einem deutschen Kriegsgericht zunächst zum Tode verurteilt worden. Unter Hinweis auf das Völkerrecht gelang es Rechtsanwalt Friedrich GRIMM, der damals freiwilliger juristischer Berater der deutschen Botschaft in Paris war, daß das Urteil nicht vollstreckt wurde.[1]

Schon der erste deutsche Reichskanzler Fürst Otto VON BISMARCK hatte sich ähnlich verhalten, als er den französischen Kaiser NAPOLEON III. und dessen Generale nach der Gefangennahme 1870 gut behandeln ließ und ihnen keinen Prozeß wegen der Auslösung des Deutsch-Französischen Krieges machte. Fr erklärte dazu 1871: »Die Politik hat die Bestrafung etwaiger Versündigungen von Fürsten und Völkern gegen das Moralgesetz der göttlichen Vorsehung dem Lenker der Schlachten zu überlassen. Sie hat weder die Befugnis noch die Pflicht, das Richteramt zu üben. . . Die Politik hat nicht zu rächen, was geschehen ist, sondern zu sorgen, daß es nicht wieder geschehe.«[4]

Die Verrohung des Rechts nach 1945 durch die Alliierten stellte dagegen einen schweren Rückschlag dar,

Rolf Kosiek

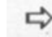
[2] Lutz Graf SCHWERIN VON KROSIGK, *»Gib mir das Recht zur Seite.. .«Die großen Schaupro^esse von der Antike bis zur Gegenwart,* Ullstein, Frankfurt/M-Berlin 1991, S. 396.

[3] GRIMM, aaO. (Anm. 1), S. 232.

[4] Ziüert in: KROSIGK, aaO. (Anm. 2) S. 397.

Urteile über die Nürnberger Siegerjustiz

Heute werden sogar von deutschen Politikern oftmals die gegen fast alle Rechtsnormen verstoßenden Kriegsverbrecherprozesse der Alliierten nach 1945 als rechtmäßig und Ausfluß eines vertretbaren Rechts angesehen und in den Medien als solche aufgewertet. Doch selbst angesehene Persönlichkeiten der Kirche wie ausländische Politiker urteilten in den Nachkriegsjahren vernichtend über diese Farce eines Rechts. Einige Beispiele seien angeführt.



Otto DIBELIUS, ab 1925 Generalsuperintendent der Kurmark, ab 1945 Bischof von Berlin und Brandenburg, 1949—61 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), urteilte über die Nürnberger Rachejustiz 1945/46 in einem Brief an die Gräfin SCHWERIN VON KROSIGK, Deren Mann Lutz Graf SCHWERIN VON KROSIGK (1887-1977) war Reichsminister der Finanzen seit 1932 unter PATEN, SCHLEICHER, HITLER und DÖNITZ und 1945 Nachfolger VON RIBBENTROPS als letzter deutscher Außenminister gewesen. In einem der Nachfolgeprozesse in Nürnberg war er dort zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Im Jahre 1951 wurde er aus Gesundheitsgründen vorzeitig entlassen.



Otto DIBELIUS.

DIBELIUS schrieb:[1] »Als Christen weigern wir uns rundweg, die Nürnberger Urteile als gerecht anzunehmen. Diese Urteile sind nichts anderes als eine Vergeltungsmaßnahme, die ein besiegtes Volk gegen seinen Willen über sich ergehen lassen muß, und das Völkerrecht wird in ihnen durch brutalen Egoismus der modernen Staaten mit Füßen getreten. Ein neues, barbarisches Zeitalter hat begonnen. Es ist möglich, daß viele der Nürnberger Verurteilungen verdiente Vergeltungsmaßnahmen waren. Andere dagegen können nur als Grausamkeitshandlungen angesehen werden, die einen Mangel an Intelligenz beweisen. Zu dieser Zahl rechne ich in erster Linie das über Ihren Gatten sowie das über v, WEIZSÄCKER ausgesprochene Urteil.«



Der englische Lord-Bischof VON CHICHESTER protestierte am 23. Juni 1948 im britischen Oberhaus gegen die noch weiter laufende alliierte Siegerjustiz und erklärte:[2]

[1] Der Brief wurde veröffentlicht in der schweizerischen Zeitung *Der Bund,* Bern, am 16. Mai 1949, den Text findet man auch in Maurice BARDECHE, *Nürnberg oder die Falschmünzer,* Karl Heinz Priester, Wiesbaden 1957, S. 38.
[2] Zitiert in BARDECHE, ebenda, S. 37 f.



Generaloberst Alfred JODL in Nürnberg.

»Zwei fundamentale Grundlagen des Völkerrechts, so wie man es bis in die letzten Jahre auffaßte, sind durch die improvisierte gesetzliche Struktur der Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg verletzt worden.

Erstens ist es unbestritten, daß das Gesetz, das die Angeklagten beschuldigt, ein Gesetz ist, das erst lange nach Begehen vieler in der Anklageakte aufgeführten Handlungen in Kraft gesetzt wurde. In dieser Hinsicht ist >nulla poena sine lege< - keine Strafe ohne vorherige Strafandrohung - die Gesetzesgrundlage. Die ganze Charta ist eine ins einzelne gehende liste begangener Verbrechen, aber die Verbrechen, so wie sie in der Charta aufgeführt sind — manche von ihnen zum erstenmal —, sind Verbrechen, die erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aufgezählt und veröffentlicht wurden. Ein schlagendes Beispiel an rückwirkender Gesetzgebung wurde schon im April 1942 durch die Aufhebung des Artikels 443 im XIV. Kapitel des englischen Handbuches der Militärgesetzgebung gegeben, dessen Inhalt besagt, daß höhere Befehle eine gute Verteidigung gegen eine Anklage wegen Kriegsverbrechen seien.



Lord-Bischof von Chichester.

Es gibt fundamentale Grundlagen des Völkerrechts, die bisher ständig bejaht wurden, und es gibt einen anderen Grundsatz im Völkerrecht, von dem ich nicht denke, daß wir darüber verschiedener Meinung sind, nämlich den Grundsatz der Unparteilichkeit. Ich bin sicher, daß der edle und gelehrte Vicomte, der auf dem Wollsack sitzt (der Lordkanzler), diesmal nicht gegenteiliger Meinung ist. Man war nicht bestrebt, Kriegsver-

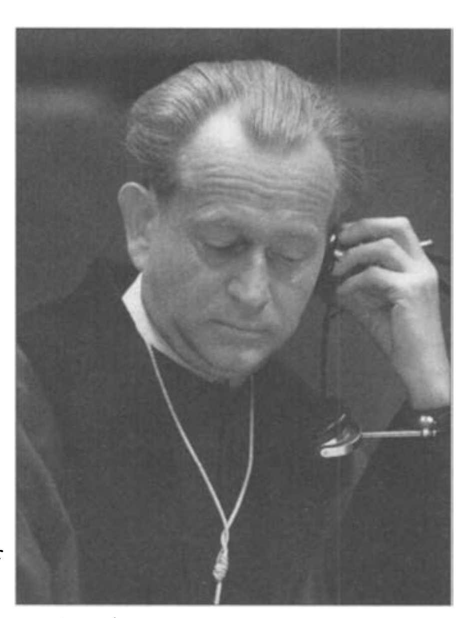
brechen zu erfassen, die von gewissen totalitären Mächten begangen worden sind. Ferner befanden sich unter den Richtern in Nürnberg keine Angehörigen neutraler Länder.«

Der Bischof schloß seinen eindringlichen Appell mit der Forderung nach sofordger Einstellung der Prozesse, nach einer Generalamnestie und nach Revision der bisher gefällten Urteile.

➪ Der einflußreiche US-Senator und Präsidentschaftskandidat TAFT erklärte 1946 an der Universität von Ohio: »Ich glaube, die Mehrheit der Amerikaner wird durch die eben in Deutschland zu Ende gehenden und in Japan nun beginnenden Kriegsprozesse stark beunruhigt. Sie verletzen das fundamentale Prinzip der amerikanischen Gesetzgebung, welches fordert, daß ein Individuum nicht nach einem Gesetz verurteilt werden kann, das erst nach Begehen der als strafbar bezeichneten Handlung in Kraft getreten ist. Der Prozeß der Besiegten durch die Sieger kann nicht unparteiisch sein, wie auch die Formen seiner Rechtsprechung getarnt sein mögen. Über diesen Urteilen schwebt der Rachegeist, und Rache ist selten Gerechtigkeit. Das Aufhängen der elf deutschen Verurteilten wird in den amerikanischen Annalen eine Tat sein, die wir lange bedauern werden. In diesen Prozessen haben wir die russische Auffassung dieser Art von Prozessen - nämlich Interesse der Politik und nicht der Gerechtigkeit — zur unseren gemacht und dabei wenig Rücksicht auf unser angelsächsisches Erbe genommen.«[1]

➪ Der britische Politiker I.ord HANKEY (1912-1938 Sekretär des Verteidigungsausschusses des britischen Empires und 1920-1941 ständiger Kabinettssekretär) schrieb in seinem Buch *Politics, Triáis and Errors* über die Nürnberger Prozesse: »In Nürnberg wie in Tokio sind es die Sieger, welche die Besiegten vor Gericht erscheinen ließen und sie verurteilt haben. Die beiden Gerichte wurden von den siegreichen Mächten gebildet, sie erhielten ihre Vollmachten allein von ihnen, und das Verfahren erstreckte sich auf die Besiegten und nur auf sie allein... Es liegt etwas Zynisches in dem Schauspiel dieser englischen, französischen und amerikanischen Richter, neben denen auf der Bank Kollegen saßen, die — so unbescholten sie persönlich auch sein mochten - trotzdem eine Nation repräsentierten, die vor, während und nach dem Prozeß sich der gleichen Verbrechen schuldig gemacht hat wie diejenigen, die man abzuurteilen vorgab. Trotz der besonderen Argumente, die man zugunsten des Nürnberger Urteilsspruches äußern mag, sehe ich nicht, wie man sich noch verhehlen kann, daß es unter dem schwachen Schein von Gerechtigkeit immer

In einem denkwürdigen Vortrag wies JOOLS Verteidiger Hermann JAHREISS unter anderem darauf hin, daß alliierte Bestimmungen – wie die im Londoner Statut vom 8. August 1945 enthaltenen – nicht rückwirkend auf das Verhalten der in Nürnberg Angeklagten angewandt werden dürften, und zwar vor allem hinsichtlich der Durchführung von Angriffskriegen. Damit trug Jahreiss die gleichen Überlegungen vor wie der US-Politiker und Präsidentschaftskandidat TAFT und Lord HANKEV,



das uralte Drama ist, das man uns vorspielt, das zwischen dem Recht der Sieger und dem Recht der Besiegten unterscheidet - das vae victis der Antike.«[4]

»Im Gegensatz zu dem, was man allgemein glaubt, ist die geschichtliche Darstellung der Tatsachen, auf welcher der Urteilsspruch und die Erwägungen des Nürnberger Gerichts beruhen, nicht der Wahrheit entsprechend.«[5]

Der britische Schriftsteller Montgomery BELGION schrieb 1947 in seinem Buch *Epitaph on Nuremberg.*

»Der Nürnberger Prozeß war eine riesenhafte Theatervorstellung. Er war ein gigantisches Propagandaunternehmen. . . Es genügt nicht mehr, daß der Feind auf dem Schlachtfeld besiegt wurde. Einmal besiegt, muß er außerdem noch als der für den Krieg Verantwortliche erklärt und gezwungen werden, diese Verantwortlichkeit selbst zu bestätigen. Nicht genug, daß er den Krieg verloren hat: Er muß noch die ganze Last des durch den Krieg hervorgerufenen Leides tragen. . . Die öffentliche Weltmeinung weiß nicht ein Zehntel von alledem, was von der britischen, amerikanischen, französischen und russischen Regierung oder ihren Militärbefehlshabern nach der deutschen Kapitulation angeordnet worden ist. .. Die Weltmeinung weiß nicht ein Zehntel von dem, was britische, amerikanische, französische und russische Soldaten oder mit ihrem Einverständnis russische, französische, polnische, jugoslawische und andere Zivilisten auf direkte Befehle in derselben Zeit angerichtet haben. Die Weltmeinung ist niemals unterrichtet worden.«[6]

Rolf Kosiek

[4] Zitiert bei BAROHCHE, ebenda, S. 39,

[5] Zitiert ebenda, S. 40.

[6] Zitiert ebenda.

Der Fall Schörner

Als Generalfeldmarschall SCHÖRNER nach zehnjähriger sowjetischer Gefangenschaft 1955 nach Westdeutschland zurückkehrte, wurde er von den Massenmedien übel verleumdet, und eine allgemeine Pressekampagne wurde gegen den Spätheimkehrer eingeleitet. Ihm wurde vorgeworfen, ein grausamer »Durchhalte-General« und »HITLERS Henker«, ein »Bluthund«, »Massenmörder« und »Sadist« gewesen zu sein, der gegen Kriegsende unschuldige Soldaten zum Tode habe verurteilen und aufhängen lassen,[1] Dazu wurde er beschuldigt, nach der Kapitulation feige die Truppe verlassen zu haben.

Doch diese Vorwürfe sind falsch. Eher trifft das Gegenteil zu: SCHÖRNFR hat gegen Ende des Krieges durch seine zeitweilig noch gelungenen Stabilisierungen der Ostfront Hunderttausende von Flüchtlingen vorder Roten Armee gerettet und vielen Soldaten der Ostfront den Übertritt zu den Westalliierten ermöglicht, die dann dennoch diese Wehrmachtangehörigen kurz darauf den Sowjets auslieferten. Die Tatsachen sind unter anderem in Erich KF.RNS Biographie des großen Soldaten angeführt.[2]

[1] *Telegraf, 2.* 2.1955; *Der Spiegel,* 9. 2. 1955; *Revue,* 12. 2. 1955, S. 4 f.

[2] Erich KERN, *Generalfeldmarschall Ferdinand Schörner. Ein deutsches Soldatenschicksal,* K. W. Schütz, Preußisch Oldendorf 1976.

[3] Ebenda, S. 244 f.



GOEBBELS bedankt sich im Frühjahr 1945 bei SCHÖRNER für die Zurückeroberung der schlesischen Stadl Lauban.

Ferdinand SCHÖRNER wurde am 12. Juni 1892 in München geboren und ging nach dem Abitur als Freiwilliger zur bayerischen Infanterie. Als Offizier nahm er am Ersten Weltkrieg teil und erhielt 1917 den Pour le mérite. Er diente dann in Freikorps, in der Reichswehr und in der Wehrmacht, wurde 1937 Obersleutnant und nach dem Frankreichfeldzug Generalmajor. An der zusammenbrechenden Ostfront konnte er als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd ab März 1944, der Heeresgruppe Nord ab Juli 1944 und der Heeresgruppe Mitte ab Januar 1945 jeweils die Lage einigermaßen stabilisieren und einen schnellen Vormarsch der Sowjets verhindern. Der Sowjetmarschall Iwan Stepanowitsch KONJEW erklärte im Mai 1945: »Wenn SCHÖRNER nicht gewesen wäre, wären wir nach Bayern durchmarschiert.«[3] Insbesondere konnten

Der Oberbefehlshaber
der Heeresgruppe Mitte

H.Qu., den 5. Mai 1945

Soldaten der Heeresgruppe Mitte!

Nach sechsjährigem harten Kampf ist es der Übermacht unserer Feinde gelungen, einen Teil unserer Fronten zum Einsturz zu bringen, allein die Front der südlichen Heeresgruppen der Ostfront steht noch ungebrochen. Dies ist Eurer Tapferkeit und Standhaftigkeit zu danken.

Der Krieg geht seinem Ende zu. Entsprechend dem Befehl des vom Führer berufenen Staatsführers und Obersten Befehlshabers der deutschen Wehrmacht, Großadmiral Dönitz, gilt es solange weiterzukämpfen, bis wertvollste deutsche Menschen geborgen sind.

Nach Erfüllung dieser Aufgabe ist es meine Absicht, Euch, meine Soldaten, geschlossen und in stolzer Haltung in die Heimat zurückzuführen. Diese hohe Aufgabe der Führung kann nur mit einer gehorsamen und schlagkräftigen Truppe durchgeführt werden. Wir dürfen in diesen schwersten Tagen unseres Reiches die Nerven nicht verlieren und nicht feige werden, vor allem dürfen wir nicht auf die vom Feind raffiniert ausgestreuten Parolen hören. Wir müssen das Vertrauen zu unserer Führung haben, daß sie auch in dieser Lage das Richtige tut.

Sechs lange Jahre haben wir zusammengehalten und dem Feind getrotzt. In den letzten Wochen dürfen wir der Welt kein Bild der Auflösung bieten und die jetzt angebahnten Verhandlungen dadurch zerschlagen. Jede unerlaubte Entfernung, jeder Versuch aus eigener Kraft den Weg in die Heimat zu finden, ist ehrloser Verrat am Kameraden, an unserem Volk und muß entsprechend geahndet werden.

Unsere Disziplin und unsere Waffen in der Hand sind für uns das Unterpfand, anständig und tapfer aus diesem Kriege zu gehen. Unsere Ehre und der Heldentod so vieler unserer Kameraden verpflichten uns dazu. Nur wer sich selbst aufgibt, ist wirklich verloren.

Soldaten meiner Heeresgruppe!

Wir haben zusammen so manche schwere Krise an manchem Frontabschnitt des Ostens gemeistert. Ihr könnt das Vertrauen zu mir haben, daß ich Euch auch aus dieser Krise herausführe; und ich habe das Vertrauen zu Euch, daß Ihr zu Volk, Staat und Staatsführer steht.

Aber zusammenstehen müssen wir und trotz einiger Verräter und Feiglinge unsere letzte Kraft in der letzten Stunde dieses Krieges für die Erfüllung unseres Auftrages einsetzen. Nur eiserner Zusammenhalt, unerschütterlicher Widerstandswille und eine stets geschlossene Front führen uns gerade und erst recht auf dem Boden des Protektorates in die Heimat.

Schörner
Generalfeldmarschall

Der letzte Befehl Generalfeldmarschall Ferdinand SCHÖRNERS vom 5, Mai 1945,

durch die taktischen Leistungen SCHÖRNERS in den letzten Kriegsmonaten große Flüchdings ströme aus Ostdeutschland in den Westen gelangen und viele Soldaten aus der Ostfront zum Amerikaner übertreten und so der russischen Gefangenschaft entkommen, wenn sie nicht anschließend doch noch von den US-Streitkräften den Sowjets ausgeliefert wurden.

Nach Ritterkreuz (20. 4. 1941), Eichenlaub (17. 2. 1942), Schwertern (28. 8. 1944) wurde er am 1. Januar 1945 für seine außergewöhnlichen Verdienste mit den Brillanten ausgezeichnet und am 5. April 1945 zum Generalfeldmarschall befördert.

Bei Kriegsende flog er auftragsgemäß aus der Nähe von Saaz in die >Alpenfestung<, wo er bald erkannte, daß kein weiterer Widerstand möglich sei, und sich den Amerikanern stellte. Diese lieferten ihn kurz darauf an die Sowjets aus, die ihn, als er nicht zur Mitarbeit bereit war, 1952 zu zweimal 25 Jahre »Erziehungslager« verurteilten. Nach harter Haft - Meldungen der westdeutschen Presse über »Vorzugsbehandlung« und »Ehrenhaft«, Treffen mit STALIN und Beratertätigkeit in Nordkorea treffen nicht zu - wurde SCHÖRNER am 17. Januar 1955 in Ostberlin der





Oben: Ferdinand SCHÖRNER nach seiner Gefangennahme durch die Amerikaner. Unten: SCHÖRNER wird nach seiner Entlassung aus zehnjähriger sowjetischer Kriegsgefangenschaft von Sohn und Tochter in München empfangen.

DDR übergeben, die ihn mit großen Erwartungen ehrenvoll und mit ansehnlicher Abordnung am Bahnhof in Ostberlin empfing. Doch trotz guter Angebote für sich und seine Familie und ernster Hinweise darauf, daß es ihm im Westen schlecht ergehen werde, lehnte SCHÖRNER den Verbleib in Mitteldeutschland ab und wurde dann nach München endassen.

Als das in Westdeutschland Ende Januar 1955 bekannt wurde, setzte eine große Pressekampagne gegen den Heimkehrer ein. »Gewerkschaftsfunktionäre und Halbstarke lauerten am Münchener Hauptbahnhof auf den Heimkehrer, der zu seinem Glück vor diesem »brüderlichen« Empfang rechtzeitig gewarnt worden war. Die sogenannte deutsche Öffentlichkeit hatte eine Hysterie erfaßt, die nahezu einmalig war, SCHÖRNER war der einzige, der Krieg geführt hatte, ja, der ihn allein zu verantworten hatte. SCHÖRNER wurde zur Personifizierung des deutschen Kriegsverbrechers schlechthin. Bundesinnenminister Dr. Gerhard SCHRÖDER, der Minister ohne besondere Aufgaben, Franz Josef STRAUSS, der Verband der Heimkehrer, der Kyffhäuser-Bund und natürlich die SPD und die Gewerkschaften forderten sofortige strafrechtliche Verfolgung des Spätheimkehrers. . . Allein das Deutsche Rote Kreuz warnte vor den Folgen dieser Hetze für die gesamte Heimkehrerrückführung, ., Die Münchener Staatsanwaltschaft rief öffentlich alle ehemaligen Soldaten auf, Anzeigen über SCHORNERS Straftaten zu erstatten.«[3]

Und viele - wie sich später herausstellte — unbegründete Vorwürfe wur-

den erhoben, aber ebenso zahlreiche Ehrenerklärungen für den Angegriffenen abgegeben. Klagen des Beschuldigten gegen einzelne Pressedarstellungen, wie gegen die *Revue* wegen deren schändlichen Artikels vom 12. Februar 1955 mit Urteil des Landgerichts München I vom 15. März 1956, gewann SCHÖRNER.

Selbst der Deutsche Bundestag befaßte sich mit dem Generalfeldmarschall und beschloß am 13. Juli 1955 einstimmig eine »Lex SCHÖRNER«. Damit sollte durch Änderung der Bundesdisziplinarordnung erreicht werden, daß der Spätheimkehrer nicht die ihm nach dem 131er-Gesetz zustehenden Bezüge bekomme.[4] Bundesinnenminister SCHRÖDER (CDU) leitete ein formelles Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Dieses ging allerdings voll zu SCHÖRNERS Gunsten aus. Auch in vielgelesenen Büchern wurde diese unberechtigte Hetze gegen den großen Soldaten vorgetragen,[5]

In dem ab 1. Oktober 1957 vor dem Schwurgericht München ablaufenden Prozeß, der als »historisch wertvoll« bezeichnet wurde und der Umerziehung dienen sollte, hatte die Staatsanwaltschaft acht Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust für den Generalfeldmarschall gefordert. Dann wurden die vielen Beschuldigungen einzeln sorgsam geprüft und in rund 80 Fällen genauere Ermittlungen durchgeführt. Diese Vorwürfe wurden schließlich von der Münchener Generalstaatsanwaltschaft selbst in ihren eigenen Berichten als unberechtigt erwiesen/[6] Es blieben am Schluß, nachdem alle sonstigen Anschuldigungen als unhaltbar oder nicht mehr aburteilbar erkannt waren, noch zwei Fälle der Anklage übrig. Einmal ging es um den des Obersten SPARRE und des Majors JÜNGLING, die gegen den ausdrücklichen Befehl, die Festung Neiße in Schlesien zum Schutz der Flüchdingsströme aus Schlesien unter allen Umstände zu halten, gehandelt hatten. Das noch vor Kriegsende gegen sie einberufene Kriegsgericht hatte jedoch SPARRE freigesprochen, JÜNGLING zum Tode verurteilt, der dann aber von seinem Oberbefehlshaber, eben Generalfeldmarschall SCHÖRNER, begnadigt wurde. Der andere Fall war der eines als Munitionsfahrer pflichtvergessenen Obergefreiten ARNDT, den SCHÖRNER durch ein schnell zusammengestelltes Kriegsgericht zum Erschießen habe verurteilen lassen. Der Soldat wurde nach Kriegsende aber noch von auftretenden Zeugen gesehen. Es blieb also keine wirkliche Beschuldigung übrig.

Dennoch wurde von dem unter starkem Druck der Öffentlichkeit stehenden Schwurgericht der 65jährige Heimkehrer am 15. Oktober 1957 zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt, die Revision dagegen verworfen. Der von den Sowjets verurteilte und zehn Jahre von ihnen in grausamer Haft gehaltene SCHÖRNER wurde damit in seinem Vaterland unter klarer Rechtsbeugung erneut verurteilt und wie ein Verbrecher behandelt - wirklich kein Ruhmesblatt für die bundesdeutsche Justiz.

[4] Drucksache Nr. 1319 mit Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, der FDP und der Deutschen Partei vom 31. 3. 1955 sowie Protokoll des 97. Sitzung der Deutschen Bundestages am 13. 7. 1955 und Beschluß des Bundesrates vom 22. 7. 1955.

[5] Jürgen THORWALD, *Das Ende an der Elbe,* Stuttgart 1950, S. 373 f.

[6] Berichte der Münchener Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht München vom 23. 5. 1955 und 6. August 1955, teilweise zitiert in KERN aaO. (Anm. 2) S. 260-318 u. 318-328.

Daraufhin setzte eine neue Kampagne der Massenmedien wegen des zu >milden< Urteils ein. Vom 4. August 1958 bis zur vorzeitigen Entlassung am 3. August 1960 mußte der greise Generalfeldmarschall, der im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg mit den jeweils höchsten Tapferkeitsorden ausgezeichnet worden war, der in Wirklichkeit Millionen Menschen gerettet hatte, im Zuchthaus Landsberg sitzen — stellvertretend für viele deutsche Soldaten. Dann wurde er >gnadenhalber< entlassen.

Als der Generalfeldmarschall mit 81 Jahren in München am 2. Juli 1973 zur Großen Armee abberufen wurde, ordnete das Bundes verteidi-



Bestattung von Generalfeldmarschall SCHÖRNER am 5. Juli 1973 auf dem Friedhof von Mittenwald – in Anwesenheit von österreichischen Fahnenabordnungen. Aus: Roland KALTENEGGER, *Schörner*, Herbig, München [4]2002.

gungsministerium zwei Tage später an: »1, Die Beisetzung findet ohne militärische Ehren statt, 2. Die Teilnahme an der Beisetzung in Uniform wird allen Angehörigen der Bundeswehr untersagt. 3. Die Teilnahme - auch in Zivil - durch aktive Angehörige der Bundeswehr ist nicht erwünscht,«[7] Das war der offizielle Dank des Vaterlandes. Viele frühere Untergebene äußerten sich jedoch ehrenvoll und anerkennend über ihren früheren Kommandeur und Oberbefehlshaber." Er mußte eben stellvertretend für alle deutschen Soldaten ein schweres Schicksal erdulden.

Ein KGB-Oberst hatte schon 1945 zum Oberfeldwebel Wilhelm HOPP beim Gefangenen verhör erklärt: »Wenn ihr zehn von ScHORNERS Fähigkeiten und Leistungswillen gehabt hättet, wäret ihr heute nicht unsere Kriegsgefangenen.«[9]

Rolf Kosiek

Zitiert in KERN, ebenda, S. 383.

[8] Zahlreiche Beispiele in KERN, ebenda, S. 247-252 u. 383 ff.

[9] KERN, aaO. (Anm. 2), S, 6.

Zur Einbehaltung deutscher Kriegsgefangener 1945

Nach der Haager Landkriegsordnung sind die Kriegsgefangenen nach Ende des Krieges von ihrer Gewahrsamsmacht unverzüglich zu entlassen. Nach den entsprechenden deutschen Feldzügen des Zweiten Weltkrieges wurden größtenteils die von der Wehrmacht gefangengenommenen gegnerischen Soldaten in ihre Heimat entlassen, so insbesondere 1940 in Holland, Norwegen oder Griechenland, teilweise auch 1941 in Rußland, obwohl der Gesamtkrieg noch nicht beendet war.

Dagegen haben die Alliierten, die angeblich für Völkerrecht und Freiheit des Einzelnen eintraten und den Krieg geführt haben wollen, völkerrechtswidrig ihre deutschen Gefangenen vielfach noch jahrelang nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Haft gehalten und als billige Arbeitskräfte benutzt.

Uber die Gesamtzahl der deutschen Kriegsgefangenen gibt die amtliche bundesdeutsche Dokumentation *Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des 'Zweiten Weltkrieges,* in deren Band XV die in Tabelle 1 aufgeführten Zahlen an.[1]

[1] Zitiert in: *Der Heimkehrer,* 15. 4. 1980, S. 2.

Gewahrsamsmacht	**Zahl der deutschen Kriegsgefangenen**
Großbritannien	3835000
USA	3097000
Sowjetunion	3060000
Frankreich	937000
Jugoslawien	194000
Polen	70000
Belgien	64000
Tschechoslowakei	25000
Niederlande	7000
Luxemburg	5000
Insgesamt	**11094000**

Aufteilung nach Gewahrsamsmächten	Personen	Bis 1950 entlassen	1950 noch In Gefangenschaft
Frankreich	530 000	523 000	7 000
Jugoslawien	83 000	73 000	10 000
Polen	59 000	49 000	10 000
Sowjetunion	1 178 000	1 093 000	85 000
Tschechoslowakei	75 000	70 000	5 000
Großbritannien	1 151 000	1 145 000	fl 000
USA	1 857 000	1 844 000	13 000
Sonstige Gewahrsamsmächte	157 000	153 000	4 000
Ohne Angaben	212 000	197 000	15 000
Gesamtzahl	5 302 000	5 147 000	155 000



Deutsche Kriegsgefangene in Frankreich als Todeskommando >Minenräumern.

Dabei sind bei der Gewahrsamsmacht Frankreich die in Nordafrika stationierten deutschen Kriegsgefangenen nicht mit aufgeführt.

Noch fünf Jahre nach Kriegsende waren Hunderttausende deutscher Soldaten in alliierter Gefangenschaft. Eine zahlenmäßige Aufteilung des Standes von 1950 nach der Auswertung der westdeutschen Volkszählung vom 6. Juni 1961 ergibt Tabelle 2 an.[1]

Sie berücksichtigt die bis 1950 nach Westdeutschland entlassenen und die noch auf ihre Entlassung dorthin wartenden Gefangenen, enthält also nicht die nach Mitteldeutschland und Osterreich sowie anderswo hin entlassenen Personen oder die in Gefangenschaft Verstorbenen (allein in der Sowjetunion 1,1 Millionen) sowie diejenigen, die, wieder in Freiheit, bis zur Volkszählung von 1961 verstarben.

Eine Monographie über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges mit reichem Zahlenmaterial liegt von Ludwig PETF.RS vor,[2] eine mit vielen Zitaten aus der regierungsamtlichen Dokumentation[3] von CARELL und BÖDDEKER.[4] Der DRK-Suchdienst in München gibt im Mai 1995 für das Kriegsende 1945 11,5 Millionen Deutsche in Kriegsgefangenschaft oder Zivilinternierung an.[5]

Rolf Kosiek

»Der letzte Spätheimkehrer kam im Herbst 1957 im Durchgangslager Friedland an, und dies gilt bis heute als offizielles Ende. Ein Fernsehbericht im Jahre 1994, den eine deutsche Fernsehgruppe in der UdSSR verfaßte, brachte dann aber ans Tageslicht, daß selbst [damals] noch ehemalige deutsche Wehrmachtangehörige in der UdSSR lebten. Wie in SOLSCHENIZYNS *ArchipelGulag* beschrieben, hatten sie sich nach ihrer Entlassung aus den Lagern in deren Nähe angesiedelt, da ihnen, ohne Ausweispapiere und Kontakte nach Deutschland, jegliche Möglichkeit der Heimreise entzogen war.«

Aus: Ludwig PETERS, *Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen,* Grabert, Tübingen 1995, S. 291.

[2] Ludwig PETERS, *Wir haben Euch nicht vergessen! Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen,* Grabert, Tübingen 1995.

[3] Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, *zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges,* 15 Bde., München 1962-1974.

[4] Paul CARELL U. Günter BÖDDEKER, *Die Gefangenen,* Ullstein, München 1980.

[5] PF.TTRS, aaO. (Anm. 2), S. 408.

Gefangen im Londoner Folterzentrum

Im Beitrag Nr. 386 »Britische Folterlager. Ein vergessenes Verbrechen« wurde über das Londoner Folterzentrum berichtet, das sich im Zweiten Weltkrieg und in der ersten Nachkriegszeit in Kensington Palace Garden befand. Mein Vater, General der Panzertruppen Heinrich EBF.RBACH (1895-1992), war im Winter 1945/46 als Gefangener in diesem Gefängnis, dem »London District Cage<, und hat mir nach seiner Rückkehr aus bridscher Gefangenschaft im Jahre 1948 mehrfach darüber berichtet.



General der Panzertruppen Heinrich EBERBACH (1895-1992).

Im Kampf gegen die Invasion in der Normandie war ihm im Jahre 1944 die 12. Waffen-SS-Panzerdivision >Hitlerjugend< unterstellt gewesen, deren Kommandeur der Generalmajor Kurt MEYER gewesen war. Nachdem mein Vater am 31. August 1944 südlich von Amiens in britische Gefangenschaft geraten war, wurde er Anfang Dezember 1945 trotz eines schweren Nierenleidens, das er sich in den vorangegangenen Wintern in Rußland zugezogen hatte, zur Vorbereitung des Kriegsverbrecherprozesses gegen MEYER von seinem Gefangenenlager nach London transportiert und in das berüchtigte Folterlager gebracht. Der Kommandant des Gefängnisses, ein Oberst SCOTLAND — was wohl ein Deckname war —, empfing ihn zunächst höflich und bat, es vielmals zu entschuldigen, daß man ihn trotz seiner Krankheit nach London geholt habe. Es sei aber alles gut vorbereitet. Mein Vater brauche nur eine vorbereitete Erklärung zu unterschreiben, dann könne er sich in London wieder erholen.

Mein Vater las das ihm überreichte Schreiben: Es war eine einzige Belastung und Verdammung des wegen Kriegsverbrechen angeklagten Kurt MEYER, den mein Vater aus gemeinsamer Frontzeit sehr schätzte. Mein Vater änderte daraufhin alles in dem Schreiben der Wahrheit entsprechend ab, so daß die unzutreffenden Belastungen entfielen. Nachdem ihm klar gemacht worden war, daß man solches von ihm nicht erwarte, und er sich aber zu einer Änderung der Erklärung nicht bereit gefunden hatte, wurde er in eine dreckige Zelle gesteckt, wo er unter einer schmutzigen Decke auf dem blanken Boden schlafen mußte. In der Nacht hörte er die Schreie deutscher Kriegsgefangener, die in dem Gebäude »verhört« wurden. Spät in der Nacht kam ein englischer Sergeant mit heißem Tee zu ihm und entschuldigte sich für die Behandlung, die meinem Vater als deutschem General widerfahren sei. Es schien allerdings so, als ob er nur aus privater Initiative gekommen sei.

Als mein Vater nach ungefähr drei Tagen wieder ins normale Gefangenenlager zurückkehren sollte, sollte er vorher ein weiteres vorbereitetes Schriftstück unterschreiben. Darin sollte er bestätigen, daß er bei seinem

Aufenthalt im >Cage< gut behandelt worden sei. Mein Vater schrieb wahrheitsgemäß, daß die britischen Mannschaften ihn gut behandelt hätten, die englischen Offiziere jedoch nicht.

Daraufhin bekam Oberst SCOTLAND einen Wutanfall und drohte meinem Vater, daß er nicht mehr nach Deutschland zurückkäme, wenn er in dem Schreiben nicht ein gutes Zeugnis über die vernehmenden Offiziere abgebe. Unter dieser Drohung, die durchaus verwirklicht werden konnte, hat mein Vater seine Beurteilung der englischen Offiziere des Lagers dann abgeändert, allerdings nicht das Schreiben gegen Kurt MEYER, bei dessen späterem Prozeß im Dezember 1945 in Aurich er wahrheitsgemäß und damit endastend für den unberechtigt angeklagten großen Soldaten ausgesagt hat.

Mein Vater sagte mir noch zur Beurteilung der Zeit: »Wer hätte denn damals etwas für uns Gefangene getan?« Auch das Internationale Rote Kreuz durfte sich ja bekanntlich nach Kriegsende nicht um die deutschen Gefangenen kümmern, denen der Status der Kriegsgefangenen von den Alliierten 1945 widerrechtlich aberkannt worden war.

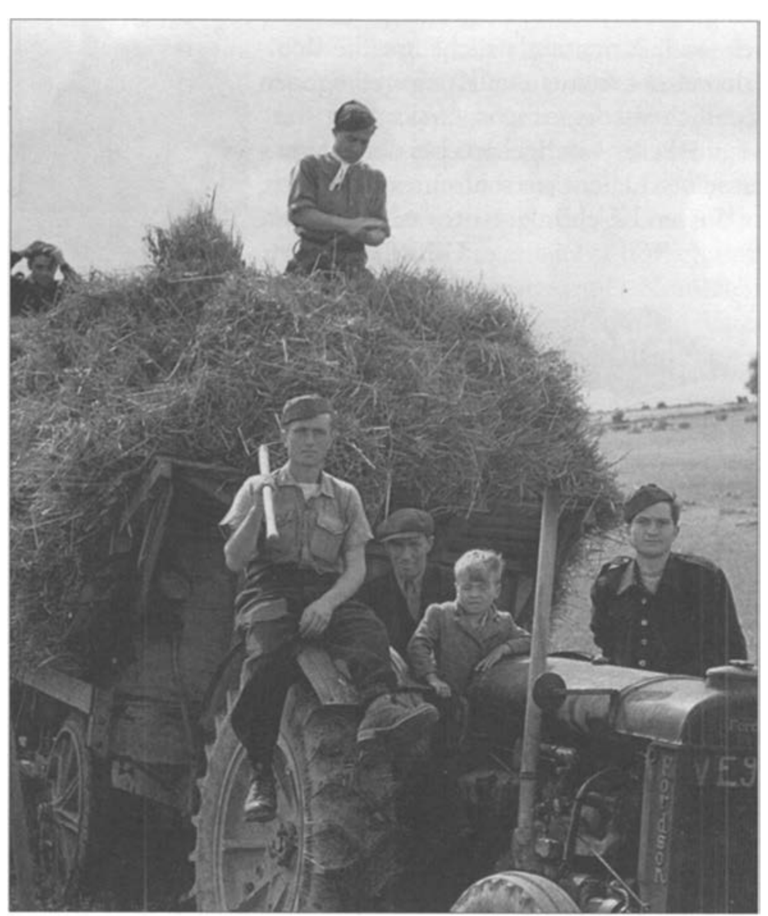
Mein Vater hatte allerdings wegen dieses Nachgebens bei der Beurteilung der englischen Offiziere zeit seines Lebens ein schlechtes Gewissen, weil er hier etwas wider besseres Wissen beschönigt hatte, was im Grunde angeklagt zu werden gehörte. **Götz Eberbach**

Zwangsarbeit Deutscher in England nach 1945

Allgemein ist bekannt und wird zu Recht kritisiert, daß die Sowjetunion nach dem Kriegsende 1945 noch jahrelang deutsche Kriegsgefangene völkerrechtswidrig und unter oft menschenunwürdigen Bedingungen als kostenlose Arbeitssklaven zur Zwangsarbeit benutzte und Zehntausende von ihnen erst 1955 nach dem ADENAUF.R-Besuch in die Heimat entließ, nachdem bereits Hunderttausende in den Arbeitslagern Sibiriens elend umgekommen waren.

Aber weithin unbekannt ist und verdrängt wird, daß auch die Westalliierten Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen noch Jahre nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht aus verschiedenen Gründen zurückhielten. Gleichzeitig verurteilten sie aber deutsche Politiker wie Fritz SAUCKEL zum Tode durch den Strang, die für die Rekrutierung von Zwangsarbeitern während des Krieges - und nicht etwa im Frieden - verantwortlich gewesen waren. Uber die in solchen britischen Gefangenenlagern versuchte Umerziehung der Gefangenen ist bereits anderenorts berichtet worden.[1]

Fast idyllisch: deutsche Kriegsgefangene bei der Heuernte in England.



Ein anderer Grund für die gegen internationale Abkommen wie die Haager Landkriegsordnung und das Genfer Abkommen verstoßende Maßnahme der Alliierten nach Kriegsende war insbesondere für Großbritannien der Wunsch, noch einige Zeit an den Deutschen billige Arbeitskräfte vor allem für die heimische Landwirtschaft zu haben. Diese Tatsachen ka-



Deutsche Kriegsgefangene vor ihrer Rückführung aus Großbritannien,

men nach der Freigabe entsprechender, bis dahin 30 Jahre lang geheimgehaltener britischer Regierungsakten Anfang 1978 heraus. »Das britische Kabinett unter Premierminister Clement ATTLEE sträubte sich 1947 gegen eine beschleunigte Freilassung deutscher Kriegsgefangener, da die Deutschen als Arbeiter in der Nahrungsmittelproduktion gebraucht wurden. Das geht aus geheimen Regierungsdokumenten hervor, die jetzt nach 30 Jahren veröffentlicht wurden. Danach warnte der damalige Landwirtschaftsminister Tom WILLIAMS vor einer >Überedten Entscheidung«, die Repatriierung dieser Gefangenen rascher abzuwickeln.«[2] Andere Arbeiter wie Polen oder Vertriebene stünden nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung. »Sie müßten zunächst eigens ausgebildet werden, bevor sie die heutigen (deutschen) Arbeitskräfte wirksam ersetzen könnten«, erklärte der Minister.'

Das Kabinett beriet außerdem über 87000 deutsche Kriegsgefangene, die noch im Nahen Osten als Arbeitskräfte eingesetzt waren. Das britische Kabinett beschloß dann, über das Außenministerium zu ermitteln, wie schnei! die anderen Alliierten ihre deutschen Gefangenen freilassen würden.[2] An Recht und Gesetz richteten die Briten sich damit offensichtlich nicht aus. Wegen dieses Verstoßes gegen das Völkerrecht und internationale Abkommen wurde allerdings niemand aus dem Kreis der Alliierten zur Rechenschaft gezogen, **Rolf Kosiek**

[2] »London 1947 gegen rasche Gefangenen-Freilassung«, in: *Schwäbisches Tagblatt,* 2.1. 1978.

[3] »London brauchte 1947 deutsche Gefangene als billige Arbeiter«, in: *Die Welt,* 2.1.1978.

England verschleppte deutsche Forscher 1945

Nach der Besetzung Deutschlands 1945 benahmen sich die Alliierten nicht als >Befreier<, wie seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts für die Umerziehung tätige bundesrepublikanische Politiker den Deutschen weißmachen wollen, sondern vor allem als Ausbeuter. Der größte Patenten- und Wissenschaftlerraub aller Zeiten fand statt, der »Informationen von unschätzbarem industriellen Wert« für die Alliierten brachte.[1] Er ersparte den Siegern und ihrer Wirtschaft Jahre der Entwicklung und damit Hunderte von Milliarden Investitionen.[2] Einzelheiten dazu werden auch noch mehr als 60 Jahre nach Kriegsende erstmals bekannt.

Auf dem Landsitz Farm Hall in der Nähe von Cambridge wurden 1945 zehn führende deutsche Physiker gefangengehalten.

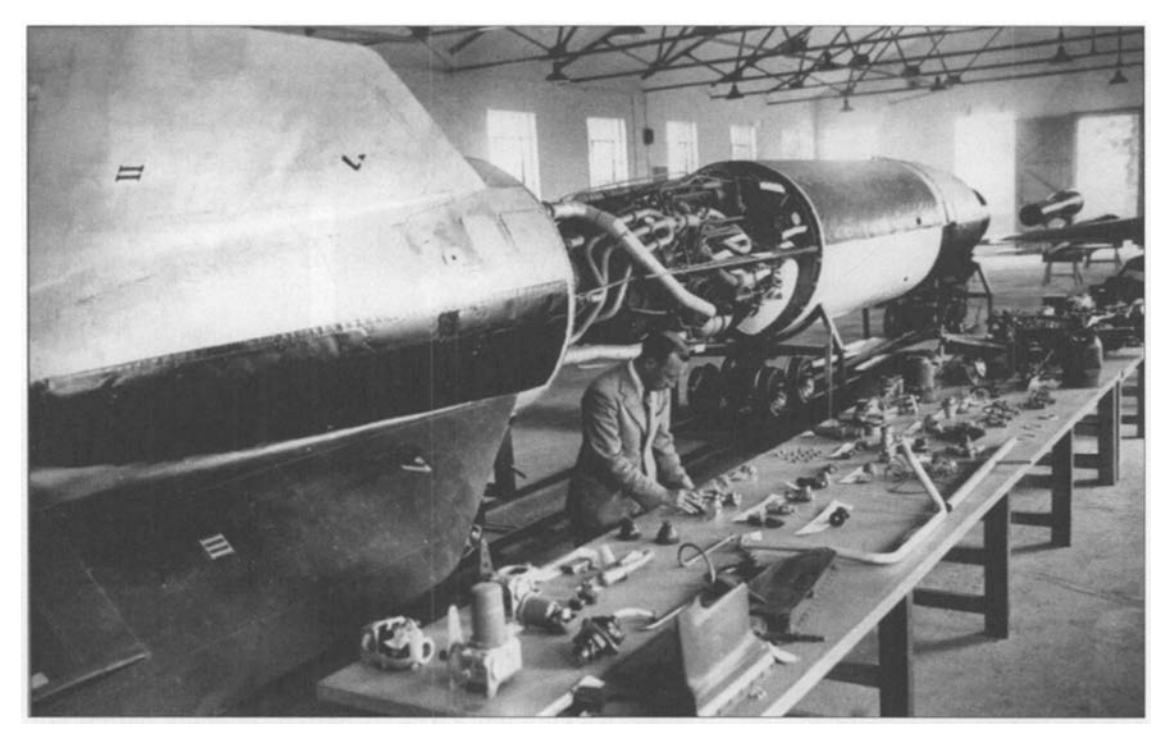


So entdeckte die englische Zeitung *Guardian* im Stimmer 2007 in kurz vorher freigegebenen Akten des britischen Außenministeriums Dokumente über die Verschleppung deutscher Forscher und führender Wirtschaftsleute nach Großbritannien.[3] Danach seien von 1945 bis 1947 rund 600 Wissenschaftler aus einer weit größeren Gruppe in der britischen Zone für längere Zeit Inhaftierter gewaltsam auf die britischen Inseln gebracht worden. Noch zwei Jahre nach Kriegsende seien zwei eigens dafür eingerichtete Organisationen, das »British Intelligence Objetives Sub-Committee< (Bios) und die »Field Information Agency* (Fiat) mit der Durchführung dieser Maßnahmen befaßt gewesen, Erstere sei der Londoner Regierung direkt unterstellt, letztere

[1] Eine frühe Auflistung brachte Jan BEVAN in: *News Chronicle*, 21. 2. 1946, übersetzt in: *Deutsche Wochenzeitung* 2. 3. 1963, S. 6,

[2] Siehe Friedrich GEORG, *Unternehmen >Patentenraub<,* Graben, Tübingen 2008.

[3] Alexander MENDEN, »Ins Königreich entführt«, in: *Süddeutsche Zeitung,* 30. 8. 2007.



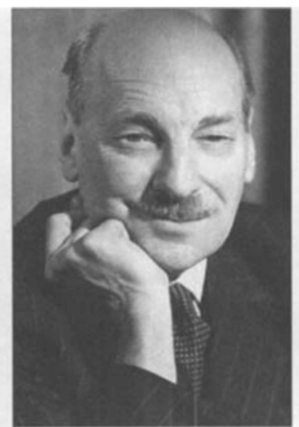
Zum Personal der Raketenforschungsabteilung im britischen Westcott gehörten 1947 zwölf deutsche Wissenschaftler unter der Leitung von Dr. J. Schmidt, der zuvor in den Kieler Walter-Werken für die Raketenproduktion zuständig gewesen war.

eine anglo-amerikanische militärische Geheimdienstabteilung gewesen, die sich schon Monate vor der Kapitulation der deutschen Wehrmacht auf den >Wissenschaftlerklau< vorbereitet hatten.

Die Verhaftung der einzelnen deutschen Wissensträger nahm eine Spezialeinheit der britischen Armee vor. In einem Bericht eines leitenden Verwaltungsbeamten der britischen Militärregierung von 1946 heißt es dazu: »Normalerweise erscheint ein Unteroffizier unangekündigt im Haus oder Büro des Deutschen und läßt ihn wissen, daß er benötigt wird. Er nennt keine Details der Gründe und weist sich auch nicht aus. Einige Zeit später wird der Deutsche dann verhaftet (oft mitten in der Nacht) und unter Bewachung abgeführt.« Dieses Vorgehen, so heißt es in dem kritischen Bericht, erinnere »sehr stark an Gestapo-Methoden«.

Die Verhafteten kamen entweder in ein Internierungslager in Deutschland oder wurden unmittelbar nach Großbritannien verschleppt. Nachdem sie oft monatelang verhört worden waren und ihr Wissen preisgegeben hatten, wurden sie entweder wieder nach Deutschland entlassen oder gegen ihren Willen britischen Stellen oder Betrieben übergeben, bei denen sie arbeiten mußten. Die ihrer Versorger beraubten deutschen Familien erhielten zunächst keinerlei ausgleichende Unterstützung, bis sie ab Oktober 1946 »Schwerarbeiter-Rationen« und Kohlezuteilungen erhielten.







CHURCHILL und sein wissenschaftlicher Berater Frederick LINDEMANN (Lord CHERWELL) waren gleich nach Kriegsende bestrebt, deutsche Forscher und Wirtschaftsfachleute nach England zu verschleppen. *Oben links:* Clement ATLEE, CHURCHILLS Nachfolger als Premier ab Juli 1945; rechts: Carl-Friedrich VON WEIZSÄKKER.

Ein besonderes Programm mit Namen Operation Bottlenbeck< hatte es auf wichtige Wirtschafts- und Industriefachleute abgesehen. Sie sollten nach ihrer Verhaftung in England ihr Wissen über Geschäftsgeheimnisse preisgeben und wurden so lange festgehalten, bis sie die von den Briten gewünschten Daten, Vorgänge und Entwicklungen verraten hatten. Hieraus hätten vor allem der Chemiekonzern ICH, die Textilfirma Courtaulds und das Maschinenbauunternehmen BSA Tools großen Nutzen gezogen.

Der Präsident des britischen Kronrates, Herbert MORRISON, habe um diese Zeit dem damaligen Premierminister ATTLEE sehr offenherzig die Beweggründe der englischen Wirtschaft erklärt, die auch für diese Maßnahmen galten: »Es ist äußerst wichtig, daß wir in diesem Anfangsstadium die deutsche Wirtschaft in einer Weise formen, die unseren eigenen Wirtschaftsplänen am meisten nützt und die am wenigsten Gefahr läuft, sie zu einem unnötig unbequemen Konkurrenten aufzubauen.«[4] Das ergänzt das Geständnis der britischen Wochenzeitung *Sunday Correspondent* von 1989: »Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.«[5]

Rolf Kosiek

[4] Ebenda.

[5] *Sunday Correspondent,* 17.9.1989, deutsch in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18. 9. 1989, S. 2; auch vollständiger in Beitrag Nr. 149, »Worte zur Kriegs schuld frage«.

Ein kanadischer Kriegsgerichtsvorsitzender urteilt

Nach dem Kriegsende 1945 wurden neben dem Nürnberger Prozeß gegen die »Hauptkriegsverbrechen von den Alliierten jahrelang zahlreiche >Kriegsverbrecherprozesse< als politische Schauprozesse gegen deutsche Offiziere durchgeführt, denen Verbrechengegen die Kriegsgesetze, insbesondere die Haager Landkriegsordnung, vorgeworfen wurden. In diesen Schauprozessen ging es meist weniger um die Gerechtigkeit als um die Rache der Sieger an den wehrlosen Besiegten. Viele harte Urteile wurden von alliierten Militärs unberechtigt gefallt — und die Richter waren sich darüber klar, daß sie selbst keineswegs besser gehandelt und sich derselben »Verbrechen* im Krieg schuldig gemacht hatten. Dafür hegt eine bezeichnende Aussage von dem kanadischen General Harry FOSTER vor.

Ab 10. Dezember 1945 fand in Aurich der Kriegsgerichtsprozeß gegen den legendären »Panzermeyer<, den SS-Brigade führer und Generalmajor der Waffen-SS Kurt MEYER (1910-1961), Träger des Ritterkreuzes mit Eichenlaub und Schwertern, statt. Er war zuletzt Kommandeur der 12. SS-Panzerdivision »Hitlerjugend< in Frankreich bei den Abwehrkämpfen gegen die Invasion gewesen, geriet am 6. September 1944 bei Rückzugskämpfen nahe Namur in US-Gefangenschaft und kam nur durch einen Zufall mit dem Leben davon. Er wurde nach England geflogen, grausam gefoltert und den Kanadiern überstellt, die ihn der Kriegsverbrechen der Aufhetzung seiner Leute zum Gefangenenmord und Duldung von Gefangenenerschießungen anklagten und nach Aurich transportierten. Am 28. Dezember verurteilte ihn das Gericht zum Tode, die Erschießung wurde auf den 7. Januar 1946 festgesetzt. Das Todesurteil wurde dann am 13. Januar in lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt, die zunächst in Kanada, dann im Zuchthaus Werl verbüßt wurde. Dort besuchte Bundeskanzler ADENAUER den Häftling im Juni 1953. Nach Herabsetzung der Strafe wurde dieser am 7. September 1954 entlassen.[1]


SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Kurt MEYER (1910-1961).

Vorsitzender des kanadischen Gerichts in Aurich war der kanadische Generalmajor Harry FOSTER. Dessen Sohn Tony FOSTER, der selbst Soldat im Korea krieg gewesen war, schreibt in seinem Buch *Meeting of Generals*[2] im Vorwort über die Frage des Kriegsverbrechens nach Gesprächen mit seinem Vater folgendes:

[1] Ernst-Günther KRATSCHMER, *Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS,* K. W. Schütz, Preußisch Oldendorf J1982, S. 140-157.

[2] Tony FOSTER, *Meeting of Generals,* Methuen, Toronto 1986, S. XV f. Leider ist das Buch nie in Deutschland erschienen. Übersetzung der Zitate durch Götz EBERBACH.

»Ich besuchte meinen Vater in den Weihnachtsfericn (1961), als wir von MEYERS Tod hörten. .. Ich fragte ihn, ob er Zweifel an MEYERS Schuld gehabt hätte. »Nicht die geringsten Zweifel!« antwortete er. »Er war genau so des Mordes schuldig wie ich zur gleichen Zeit. . . oder wie jeder andere Kommandeur im Felde während der Schlacht. Der Unterschied zwischen uns beiden war, daß ich auf der Seite der Sieger stand, das war ein großer Unterschied.«

War dann der ganze Prozeß eine Farce? Rachsucht der Sieger über den Besiegten? Mein Vater seufzte und nippte nachdenklich an seinem Portwein. »Ich glaube nicht, daß MEYER selbst auf Gefangene geschossen hat oder den Befehl gab, irgendeinen von ihnen hinzurichten. Aber sicher wußte er davon (von Morden an Gefangenen, G.E,), die Disziplin der SS war so, daß es gar nicht anders sein konnte. Aber machte ihn das des Mordes schuldiger als mich, der ich von den Gefangenen weiß, die meine Truppen töteten?«

»Warum hast Du ihn dann verurteilt?«

»Weil ich gar keine andere Wahl hatte nach den Kriegsgesetzen, die eine Bande von verdammten Kasernenhof-Anwälten zusammenphantasiert hatte, die nie einen scharfen Schuß gehört haben. Im Krieg ist der Kommandeur verantwortlich für die Taten seiner Leute.«

»Aber das ist doch absurd!«

>Das ist auch die Militärjustiz,«

»Was ist dann die Wahrheit?«

>Ah«, Er nickte, als wenn er sich darüber auch den Kopf zerbrochen hätte. »Ich glaube, daß die Wahrheit letzten Endes im Gewissen des Siegers liegt!««

Zu ergänzen ist noch, daß Generalmajor FOSTER nach dem von ihm verhängten Todesurteil selbst zum kanadischen Oberkommandierenden nach London flog und diesen zur Begnadigung MEYERS ZU lebenslanger Haft überredete. Auch andere hochgestellte Persönlichkeiten wie Clemens August Kardinal Graf VON GALEN hatten sich für den Todeskandidaten eingesetzt.

In diesem Zusammenhang sei auf die Beurteilung der Siegerjustiz durch Rudolf AUGSTEIN hingewiesen: »»Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, daß hier ein Kriegsverbrechergericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen.«[3] Götz Eberbach

[3] Zitiert von Dr. Ambras RUST, in: *Der Spiegel,* Nr. 5, 28. 1. 1985, S. 8,

US-General Wedemeyer zur alliierten Kriegspolitik

In der heutigen Öffentlichkeit wird immer noch die Meinung vertreten, daß HITLER die angeblich den Frieden suchenden Alliierten und insbesondere die angeblich friedliebende Sowjetunion zum Zweiten Krieg gezwungen habe, weil er die Welt habe erobern wollen.

Diese Meinung ist falsch. Richtig ist, daß die Völker der westlichen Welt zum Krieg gegen das Reich durch jahrelange, die Tatsachen verdrehende Kriegspropaganda ihrer Massenmedien im Auftrag der jeweiligen Regierungen aufgehetzt wurden. Ein unverdächtiger Zeuge dafür ist der berühmte US-General des Zweiten Weltkrieges Albert C. WEDEMEYER, der in seinen Erinnerungen[1] die Führung der Westmächte in mehreren Punkten scharf verurteilte. Er stellte unter anderem fest:

[1] Albert C. WEDEMEYER, *Der verwaltete Krieg*, Sigbert Mohn, Gütersloh 1958.

»Durch falsche Propaganda wurde vor dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg in unserem Volk eine stark emotionale kriegerische Haltung hervorgerufen. Trotzdem wußte die große Mehrheit der Amerikaner 1917 nicht wirklich, warum sie zum Kampf aufgerufen wurde. Man hatte ihnen erzählt, wir kämpften, um die Welt für die Demokratie zu sichern. Später, im Zweiten Weltkrieg, sprach man ihnen von den >Vier Freiheiten«. Keines dieser hochtönenden Ziele wurde erreicht...« (S. 108)



Albert C. WEDEMEYER.

Entgegen den wider besseres Wissen von ROQSEVELT behaupteten angeblichen deutschen Angriffsplänen war den führenden US-Militärs bekannt, daß die Wehrmacht rein technisch nicht in der Lage war, die USA anzugreifen: »1941 wußten die amerikanischen Befehlshaber, daß, wenn auch ein Nazi-Sieg in Europa eine umfangreiche Steigerung unserer Ausgaben für die Rüstung nach sich ziehen würde, dennoch die Gefahr einer Invasion durch Nazi-Streitkräfte sehr gering war. Deshalb schlugen die britischen Propagandaleute einen anderen Kurs ein. Sie kannten die amerikanische Empfänglichkeit für moralische Ziele und wußten, wie leicht wir gefühlsmäßig auf jede >Tue-Gutes<-Kampagne ansprechen. Daher wurde ein neues Phantom heraufbeschworen: Wenn die Nazis in Europa siegten, würde die Weltanschauung HITLERS und seiner Gefolgsleute in Amerika eindringen.« (S. 108)

Der US-General beschrieb STALINS offenkundige Kriegsziele und kritisierte, daß die Westmächte demgegenüber keine rationale Politik gemacht hätten und bei ihnen jegliche Zukunftspolitik gefehlt habe. »Krieg ist — oder sollte sein — die letzte Zuflucht, um ein Ziel zu erreichen. Er kann kein Ersatz für Politik sein. Doch RoosEVELTund CHURCHILL scheinen ihn — genau wie die anderen westlichen »Schöpfer des Sieges« — als solches betrachtet zu haben, Sie verwechselten Mittel und Zweck, indem

sie totalen Sieg an die Stelle von Politik setzten. Sie forderten die bedingungslose Kapitulation unserer Feinde, anstatt zivilisierte Kriegsziele zu bezeichnen.« (S. 111)

Bezeichnenderweise habe CHURCHILL dem für eine Mission zu TITO geschickten Brigadier Fitzroy MACLEAN auf dessen besorgten Hinweis, daß TITO eng mit den kommunistischen Sowjets zusammenarbeite, geantwortet, »daß keine Erwägungen über »Politik auf lange Sicht< MACLEAN von seiner Aufgabe abhalten sollten, »einfach herauszufinden, wer die meisten Deutschen tötet, und Mittel vorzuschlagen, durch die wir ihnen helfen könnten, noch mehr zu töten*«. (S. 111 f.)



Mit der Unterzeichnung des neuen Weh rpflichtgesetzes am 16. September 1940 setzte US-Präsident ROOSEVELT trotz bevorstehender Wahlen und großer innenpolitischer Widerstände ein Zeichen und forcierte unbeirrt die Aufrüstung.

Scharf kritisierte WEDEMEYER die gegenüber Moskau freundliche Politik ROOSEVELTS: »Die Ironie des Ganzen ist, daß wir das sowjetische Weltreich weitgehend selbst geschaffen haben. Wir gaben den ersten Anstoß zum Anwachsen der Banditenmacht, als wir 1933 den diplomatischen Status der Sowjetunion anerkannten und garantierten. Keine der sowjetischen Versprechungen, Gentlemen's Agreements oder diplomatischen Vorschläge ist eingehalten worden.« (S. 113)

Zu spät kam die richtige Erkenntnis: »Wir besaßen keine Friedensvorstellungen. . . Wir erkannten nicht, daß die bedingungslose Kapitulation und die Vernichtung der deutschen Macht ein riesiges Vakuum in Mitteleuropa mit sich bringen würden, in das die kommunistische Macht und die kommunistischen Ideen eindringen könnten.« (S. 115)

ROOSEVELT trieb nach WEDEMEYERS Ansicht eine falsche Politik: »Unsere Forderung nach bedingungsloser Kapitulation verstärkte selbstverständlich den Willen des Feindes und zwang sogar HITLERS ärgste Feinde, bis zum letzten Mann weiterzukämpfen, um ihr Land zu retten. Der Mut der Verzweiflung erfüllte bis zum Schluß die deutsche Wehrmacht mit heroischem Geist.« (S. 116)

Rolf Kosiek

Alliierte Gerichtsurteile 1945 am Beispiel Pinnebergs

Seit der Rede des Bundespräsidenten Richard **VON WEIZSÄCKER** am 8. Mai 1985 bürgerte es sich immer mehr ein und wurde >politisch korrekt*, von einer >Befreiung< der Deutschen 1945 zu sprechen. Daß die allermeisten Deutschen die damalige totale Katastrophe mit Vertreibung, Gefangennahme, Zwangsarbeit und Hungersnot nicht so empfanden, ist schon anderenorts dargelegt.[1] Die Alliierten erklärten selbst, daß sie nicht als Befreier, sondern als Sieger kämen. Auch der Bereich der alliierten Militärgerichtsbarkeit auf lokaler Ebene unterstreicht, daß die Westmächte nicht als >Befreier<, sondern als rachsüchtige Sieger in Deutschland einrückten. Die britische Praxis des Besatzungs-Gerichtswesens sei am Beispiel der holsteinischen Stadt Pinneberg beschrieben.

Nach sofortiger Auflösung des deutschen Gerichtswesens durch die einmarschierenden Briten fand bereits am 23. Mai 1945 im alten Pinneberger Amtsgericht an der Bahnhofstraße die erste Sitzung des Pinneberger britischen >Summary Court< für kleinere Straftaten und am 31. Mai 1945 die des >Intermediate< und des General Military Court< für schwerere Vergehen statt.

Das erstgenannte Gericht tagte bis 2. April 1949, meist zweimal die Wöche, die letzteren bis 19. Mai 1948.[2]

Ein rückschauender Beurteiler kommt zu dem Ergebnis: »Das vollständige Urteilsverzeichnis des Summary Court. . . liest sich fast wie eine Einwohnerliste Pinnebergs.«[2] Denn fast jeder Einwohner wurde verurteilt. Es sei »Massenabfertigung« gewesen, »Da kamen immer 10 rein. .. Es war mehr oder weniger eine kleine Schikane.«[2] Das wurde vor allem bei den Verurteilungen wegen des Tragens einer Ski-Mütze offenbar.[1] »Denn was sollte sich so ein Landser im Winter denn aufsetzen, er hatte ja auch nichts.«[2]

Die Statistik der veröffentlichten Urteile vom 28. November 1945 bis 18 August 1946 in Pinneberg ergibt:[2]

[1] Beitrag Nr. 363, »Keine Befreiung Deutschlands 1945«.

[2] Johannes **SEIFERT**, »Bürger vor britischen Militärgerichten«, in: *Pinneberger Tageblatt,* 27. 2. 2001.

[1] Am 25. Oktober 1945 hatte der Bürgermeister **PETERSEN** von Pinneberg aufgerufen: »Im Anschluß an die Kleidersammlung sind auf Anordnung der Britischen Militärregierung Ski- und skiähnliche (ehemalige Soldatenmützen) abzugeben«, in »Amtliche Bekanntmachungen«, in: *Anzeigenblatt für den Kreis Pinneberg,* Nr. 6, 26. Oktober 1945. Danach wurde das Tragen der üblichen Ski-Mütze strafbar und vom britischen Gericht mit Geldstrafe belegt.

Anklagegrund	Anzahl der Personen	Durchschnittsstrafe
Überschreitung der Sperrstunde	400	50-400 RM
Keine gültige Kennkarte	420	100 RM
Tragen der Einhcits(ski-)mütze	440	10-25 RM
Unerlaubter Besitz alliierten Eigentums	50	Geld oder Haft
Radfahren ohne Licht (ab Mai 46)	40	20-50 RM

Die Strafen wurden im *Anzeiger für den Kreis Pinneberg* veröffentlicht. Dort heißt es unter der Rubrik »Amtliche Bekanntmachungen des >Pinncberg Military Court«< jeweils auf Seite 1 im Dezember 1945 und Januar 1946:

»Mittwoch, 12. Dezember 1945: 20 heute standen vor dem Pinneberger Militärgericht wegen Übertretung der Ausgangsbeschränkung. Sie wurden mit Summen zwischen 200 und 500 RM. bestraft. Ebenso standen 3 Männer vor Gericht, die angeklagt waren, unerlaubt alliierte Güter und gestohlenes Eigentum im Besitz zu haben. Sie wurden zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 1 Jahr verurteilt. Verschiedene Frauen wurden mit Strafen von 100.- bis 800.- RM. belegt, weil sie im Besitz von Kohle, Eigentum der alliierten Streitkräfte, waren.

Freitag, 14. Dezember 1945: 54 Mann standen vor dem Gericht, weil sie eine >Einheitsmütze< getragen hatten, und wurden mit 10.- bis 50.- RM. bestraft. Manche bekamen wegen ihrer ärmlichen Verhältnisse mildernde Umstände. 1 Mann wurde mit 6 Monaten Gefängnis bestraft, weil er einen Befehl eines Mitgliedes der Militärregierung nicht befolgt hatte.[4]

Mittwoch, 19. Dezember 1945: 24 Personen standen vor Gericht, weil sie nicht im Besitze von Kennkarten waren, und wurden jeder mit RM. 100.- Geldstrafe belegt. 2 Personen wurden mit RM. 50.- bis 150.- bestraft, weil sie die Ausgangssperre übertreten hatten (mehr als sechs Monate nach Kriegsende, R.K.). 53 Personen wurden mit RM. 10.- bis 25.- bestraft, weil sie Militärmützen trugen. 1 Mann wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wegen Ungehorsams gegen einen Befehl eines Vertreters der Militärregierung, indem er sich weigerte, seine Ausweise vorzuzeigen. Ebenso standen 3 Männer wegen unerlaubten Besitzes von Eigentum der alliierten Streitkräfte vor dem Gericht und wurden zu Gefängnisstrafen von 1—3 Monaten verurteilt. 1 Mann wurde zu 4 Mon. Gefängnis verurteilt. Er war angeklagt, der Reichsbank nicht innerhalb von 15 Tagen, vom 9. Mai 1945 ab, fremde Währung, die er im Besitze hatte, abgeliefert zu haben, und daß er außerdem versuchte, zusätzliche Lebensmittelkarten zu erhalten, indem er die Ausweise eines anderen Mannes benutzte.

[4] *Anzeigenblatt für den Kreis Pinneberg,* Nr. 15, 28. 12. 1945, S. 1.

Freitag, 21. Dezember 1945: 53 Personen wurden mit RM. 10.- bis 30.- Geldstrafe belegt, weil sie Militärmützen getragen hatten. 1 Mann wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er unerlaubterweise im Besitz von alliiertem Eigentum war. Ein anderer Mann wurde zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, weil er Lederpolsterdecken aus dem Kreiskraftwagenpark gestohlen hatte.[5]

*Am 28. Dezember 1945:*1 Mann wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er wissentlich falsche Angaben einem Mitglied der all. Streitkräfte gegenüber einer amtlichen Sache gemacht hat. - 77 Leute wurden von RM. 10.00 - 30.00 bestraft, weil sie Militärmützen getragen haben. 7 l.eute wurden von RM. 50.00 — 150.00 bestraft wegen Ausgangsüberschreitung. — 5 Leute wurden mit RM. 50.00 bestraft, weil sie nicht im Besitz einer gültigen Kennkarte waren.

*Am 2. Januar 1946:*40 Leute standen vor dem Gericht, weil sie Militär-Mützen getragen haben, und wurden von RM. 10 bis 30.- bestraft. 13 Leute wurden mit RM. 100 bestraft, weil sie nicht im Besitz einer gültigen Kennkarte waren.

*Am 4. Januar 1946:*9 Leute wurden mit RM. 200.00 - 300.00 bestraft wegen Ausgangsüberschreitung, 2 Leute wurden mit RM. 200.- bestraft, weil sie nicht im Besitz einer gültigen Kennkartc waren. 1 Mann wurde zu RM. 30.- verurteilt, weil er eine Militärmütze trug/'

Am 16. Januar 1946: 26 Personen wurden von RM. 30.- bis zu RM, 200.- wegen Ausgangsüberschreitung bestraft. — 3 Personen wurden mit RM. 50 bestraft, weil sie nicht im Besitz einer gültigen Kennkarte waren, - 1 6 Personen wurden von RM. 10,- bis zu RM. 20.- bestraft, weil sie eine Einheitsmiitze getragen hatten. — 1 Mann wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er unerlaubter Weise im Besitz von alliiertem Eigentum war.

*Am 23. Januar 1946:*8 Personen wurden von RM. 30.- bis zu RM. 50.- bestraft, weil sie nicht im Besitz einer gültigen Kennkarte waren. — 33 Personen wurden vor Gericht gestellt, weil sie eine Einheitsmütze getragen hatten, und wurden von RM. 10.- bis zu RM, 30.- bestraft, - 6 Personen wurden jeder zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie im Besitz von Material zum Schnapsbrennen waren.

Am 25 Januar 1946: Wegen Ausgangsüberschreitung wurden 8 Personen von RM. 50.- bis zu RM 75- bestraft, weil sie nicht im Besitz einer gültigen Kennkarte waren. — 2 Personen wurden mit RAI. 30.- und RM. 10.- bestraft, weil sie eine Einheitsmütze getragen hatten, 2 Männer wur-

[5] Ebenda, Nr. 16,4. 1. 1946, S. 1.

[6] Ebenda, Nr. 18, 18. 1. 1946, S. 1.

Der neue Gerichtsalltag in Deutschland. Ein Mann *(links)* war ohne Papiere unterwegs. Tochter und Mutter hatten ihm geholfen... Daneben (mit Brille) der Verteidiger, ein deutscher Dolmetscher und ein amerikanischer Leutnant als Ankläger,



Hamstern war wie Schwarzhandel verboten. Wer bei Kontrollen erwischt wurde, mußte alles abgeben und wurde außerdem bestraft. Hier Kontrolle nach einer Hamsterfahrt auf dem Frankfurter Hauptbahnhof. Aus: Stunde *Null in Deutschland,* Droste, Düsseldorf 1978.



den zu je 6 Wochen Gefängnis verurteilt wegen Diebstahls von alliiertem Eigentum. - 1 Mann wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er unerlaubter Weise im Besitz von 100 Zigaretten war, die für die alliierten Streitkräfte bestimmt waren. 5 Personen wurden vor das Gericht gestellt, weil sie ihr Fahrtenbuch nicht ordentlich ausgefüllt hatten, und wurden von RM. 30.- bis zu RM. 100.-bestraft. — 7 Personen standen vor dem General. MiL Gerichtshof wegen Teilnahme an einem Raubüberfall und wurden zu Gefängnisstrafen von einem Jahr bis zu 15 Jahren verurteilt. 1 Mann wurde mit RM. 400 bestraft, weil er unerlaubter Weise im Besitz von alliiertem Eigentum war.

*Am 28. Januar 1946:*1 Mann stand vor dem Mittleren Mil. Gericht und wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte Ausweispapiere gefälscht, und zwar Berechtigungsausweise, ausgestellt für die UNNRA-Polizei. Dieses wurde als besonders schweres Vergehen betrachte.«[7]

[7] Ebenda, Nr. 21, 8. 2. 1946, S. 1.

Statt wie befreite Menschen wurden die Deutschen also wie ein Kolonialvolk behandelt und von den örtlichen Befehlshabern schikaniert. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang noch, daß sich in verschiedenen Quellen die Briten über die »deutsche Denunzierungs **Willigkeit«** mokierten[2] — ein Vorläufer der politischen Korrektheit.

Rolf Kosiek

Englischer Offizier stahl Brillanten

Die internationalen Regeln für die Behandlung von Kriegsgefangenen sehen vor, daß deren persönliche Habe ihnen verbleibt. Das gilt insbesondere für die persönlichen Orden und Ehrenzeichen, die die Gefangenen tragen. Darüber hinaus ist es auch eine selbstverständliche Achtung des Gegners, ihm die ihm verliehenen Orden zu belassen.

In vielen Fällen haben nach dem Zweiten Weltkrieg die Alliierten, auch die sonst auf ihr >*fairplay*< so stolzen Engländer, aber nicht danach gehandelt, sondern den Gefangenen die Orden als wertvolle Souvenirs abgenommen.[1] Das geschah selbst großen deutschen Soldaten und Heerführern gegenüber.[2]

Ein besonders schäbiger Diebstahl ereignete sich um das Ritterkreuz mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten des berühmten Nachtjagdfliegers Obersdeutnant Helmut LENT.[3] Dieser wurde am 13. Juni 1918 in Neumark geboren, ging 1937 nach dem Abitur zur Luftwaffe, errang im Polenfeldzug und bei der Luftschlacht um England erste Luftsiege und war ab Mai 1941 der erfolgreichste Nachtjäger der Welt. Nach Ritterkreuz (30. 8. 1941), Eichenlaub (6. 6. 1942) und Schwertern (3. 8. 1943) erhielt er am 31. Juli 1944 die Brillanten.[4] Der als Inspektor der Nachtjagd vorgesehene Flieger verstarb nach 102 Abschüssen am 7. Oktober 1944 an den Folgen eines tragischen Flugzeugunfalls (Aussetzen eines Motors) kurz vor der Landung auf dem Flughafen Paderborn, in dessen Nähe er am 5. Oktober seinen Freund, den Eichenlaub träger J ABS, besuchen wollte. Seine f labe, darunter waren auch seine Orden, kam zu seiner Witwe nach Altenwalde bei Cuxhaven,



Helmut LENT (1918-1944).

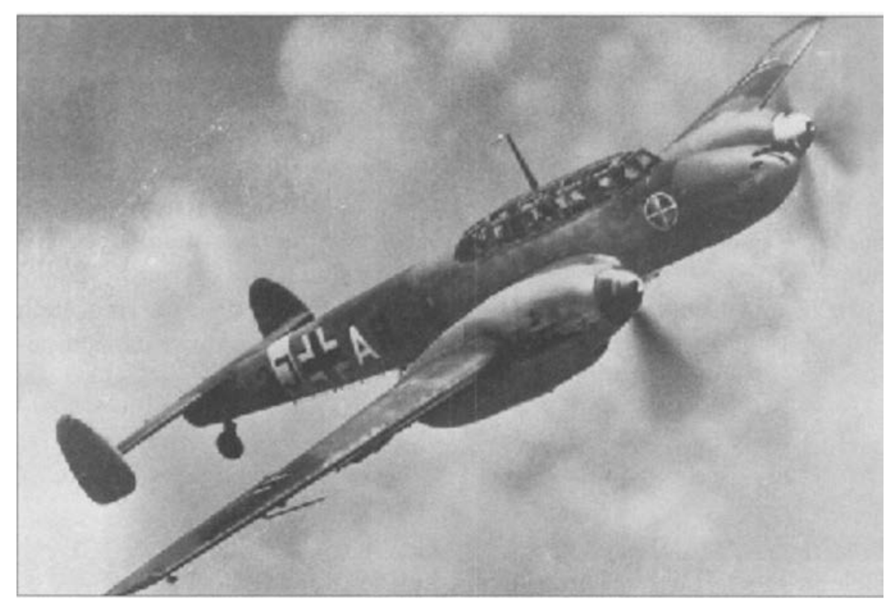
Im April 1945 hat ein englischer Offizier diese Tapferkeitsauszeichnung sowie zwei Fotoalben der Familie LENT aus dem Hause der Witwe gestohlen.

' Beitrag Nr. 320, »Orden-Klau der Alliierten«.

2 Beitrag Nr. 319, »Die Gefangennahme des Generalfeldmarschalls Milch«.

3 Brief des Herrn Ullrich GAFFRY, Bonn, vom 23. 4. 2007 an den Verfasser. Originalbrief im Archiv des Verfassers.

4 Günter FRASCHKA, *Mit Schwertern und Brillanten. Die Träger der höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnung,* Universitas, München "1989, S. 171—175.



Helmut LENT errang seinen ersten Luftsieg am 2. September 1939 mit einer zweimotorigen Me 110. Dies war einer der ersten deutschen Abschüsse im Zweiten Weltkrieg. Die Me 110 leistete einen wesentlichen Beitrag bei den ersten Blitzsiegen.

Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts tauchten die gestohlenen Auszeichnungen und die Fotoalben in London auf dem Militaria-Markt wieder auf. Der deutsche Luftwaffenattache an der Botschaft in London bekam davon Kenntnis und hat diese Sachen nach Zustimmung des Bundesministeriums der Verteidigung für umgerechnet 5000.- DM angekauft. Der Witwe wurden die Fotoalben zurückgegeben. Mit ihrer Zustimmung kam das Ritterkreuz mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten ihres verstorbenen Mannes als wertvolles Ausstellungsstück in das Wehrgeschichtliche Museum im Schloß Rastatt. Bis zum Auffinden der inzwischen wieder verheirateten Witwe des Ordensträgers hatte Herr GAFFRY die Auszeichnung im Panzerschrank verwahrt.

Die Luftwaffenkaserne der Bundeswehr im niedersächsischen Rotenburg an der Wümme wurde nach dem berühmten Nachtjagdflieger offiziell >Lent-Kaserne< genannt.[3]

Der Dieb oder seine Erben haben also rund vierzig Jahre später aus der Beute ihrer schändlichen Tat noch materiellen Nutzen gezogen, anstatt sich für diese Handlung zu entschuldigen. Sie wurden auch nicht zur Rechenschaft gezogen. Eine Klärung der Straftat von 1945 erfolgte nicht. Andere britische Stellen entschuldigten sich ebenso nicht für dieses für eine >Kulturnation< mindestens peinliche Vorkommnis.

Rolf Kosiek

Zur Französisierung Südwestdeutschlands 1945

Frankreich hatte sich im Versailler Diktat 1919 die mehrheitlich deutschen >Reichslande< Elsaß und Lothringen erneut einverleibt und dieses Gebiet, das von 1940 bis 1945 dann wieder deutsch war, anschließend zum zweiten Male annektiert. Damit war sein Begehren nach weiterem deutschen Land jedoch keineswegs gestillt. Richtig ist, daß Paris nach Ende des Zweiten Weltkrieges zusätzlichen Gebietserwerb aus den Resten des Deutschen Reiches erhoffte und entsprechende Maßnahmen dazu ergriff.

Allgemein bekannt ist Frankreichs Bemühen zwischen 1945 und 1955, das fast rein deutsche Saarland seinem Staatsverband einzuverleiben. Das wurde 1955 durch die mit großer Mehrheit für Deutschland ausgehende zweite Saarabstimmung verhindert.[1] Weithin vergessen ist jedoch, daß Paris nach Kriegsende auch seine Besatzungszone oder mindestens große Teile von ihr rechts des Rheines vom Rumpfdeutschland abtrennen und seinem Staat zuschlagen wollte. So war der französische Oberkommandierende General KÖNIG, von seinem Amtssitz in Baden-Baden aus, »der klassische Vertreter französischer Rheinpolitik, die seit der Zeit LUDWIGS XIV. nicht ohne Erfolg auf eine Zerstückelung deutschen Gebietes diesseits des Rheines zielte und nach dem Zweiten Weltkrieg das damalige Südbaden als Teil der Französischen Besatzungszone wenn nicht Frankreich einverleiben, so doch als Puffer dem Elsaß vorlagern wollte«.[2]

Der zitierte Zeitzeuge schreibt weiter: »Ich erinnere mich: Anfang 1946, noch im Winter, waren im damaligen Kreis Stockach über Nacht die

[1] Siehe Beitrag Nr. 420, »Adenauer und die Saar frage«,

[2] Dr. Waldemar ERNST, .'ViehStetten, »Versuchte Französisierung«, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.* 10. 1991.



Siegesfeier in Konstanz. Nach der Eroberung am 27. April 1945 gab es hier und am Bodensee eine sehr gespannte Situation zwischen den Franzosen und der Bevölkerung mit Sabotageakten und Geiselnahmen, Aus: TREES U. a. (Hg.), *Stunde Null in Deutschland,* Droste, Düsseldorf 1978.

Verkehrsschilder mit der Trikolore geschmückt und französisch beschriftet. Der Bodensee war zum Lac de Constance geworden, Freiburg hieß Fribourg. Auf dieser Linie hatte es auch gelegen, daß sogleich nach der Besetzung der Wohnbesitz von Adel und Kirche (»Monsieur le Baron et Monsieur le Curé<) durch Anschlag vor Unbill seitens der Truppe geschützt wurde.«

Erst die Entwicklung zur Trizone und Westdeutschlands Stellung im Kalten Krieg »ließ eines Tages auf den Verkehrsschildern wieder die deutschen Ortsbezeichnungen erscheinen. In der von der Militärregierung gelenkten südbadischen Presse hörten auch die Beiträge mitunter höherer Beamter auf, die die Mainlinie zu einer innerdeutschen natürlichen und historischen Grenze hochstilisierten und damit rechtfertigten, daß das Reich mit HITLER untergegangen sei«.[3]

[3] ERNST, ebenda.



Der Befehlshaber der französischen Besatzungskräfte, General Goislard DE MONSABERT, in Stuttgart. Die US-Amerikaner verlangten die Herausgabe der Stadt, um die Autobahn nach München kontrollieren zu können.

Über die verschiedenen Richtungen und Strömungen der französischen Besatzungspolitik und ihre Vertreter berichtete die *FAZ* ausführlich im |ahre 1991 in ihrer Beilage »Geisteswissenschaften^

[4] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18. 9. 1991.

Als die französische Militärregierung 1946 einsehen mußte, daß ihre Abtrennungsabsichten nicht durchzusetzen waren, versuchte sie, in den folgenden Jahren durch Demontagen und Entnahmen noch möglichst viel aus ihrer Zone herauszuholen. Besonders verhängnisvoll wurde der befohlene Waldeinschlag. »Die Franzosen betrieben eine beispiellos rigorose Kahlschlagpolitik. Um ihre von der Deutschen Wehrmacht im Frankreich-Feldzug zerstörten Städte (was so nicht stimmt, US-Bomber

zerstörten mehr, R. K.) rasch wieder aufbauen zu können und um Devisen für Lebensmittelimporte zu beschaffen, ließ die französische Besatzungsmacht die Wälder bedenkenlos abholzen — in Württemberg, in Baden, aber auch in Rheinland-Pfalz. Jeder, der eine Axt führen konnte, mußte zum Arbeitseinsatz in den Wald.. . Allein im Jahr 1947 wurde Württemberg-Hohenzollern auferlegt, zwei Millionen Festmeter Nutzholz nach Frankreich zu liefern.«[5] Es entstanden dort 12349 Hektar Wald-Kahlflächen.



Die Franzosen steigerten den Holzeinschlag in ihrer Zone - hier im Raum Reutlingen - um 350 Prozent. Im Jahre 1950 gab das Land Württemberg-Hohenzollern die Hälfte seines Etats für Besatzungskosten aus.

Angesichts dieser skrupellosen Plünderung der Wälder und der verhängnisvollen Eingriffe in die Natur gründeten im Dezember 1947 Forstleute und Waldbesitzer in Honnef am Rhein die >Schutzgemeinschaft Deutscher Wald< (SDW). Als alle Versuche, die Zerstörung der Wälder einzuschränken, nichts fruchteten, griffen die deutschen Politiker im Südwesten zu einem »Akt der Verzweiflung. Am 6. August 1948 erklärte die Regierung des Landes Württemberg-Hohenzollern ihren Rücktritt. Der Landtag in Bebenhausen beschloß, seine Arbeit vorläufig einzustellen. Eine spektakuläre Entscheidung. Dieses Aufbegehren gegen eine der Siegermächte erregte in Deutschland Aufsehen. Exekutive und Legislative des 1952 im Südweststaat aufgegangenen Landes protestierten mit der Aufkündigung ihrer Zusammenarbeit gegen immer neue Demontageforderungen der französische Besatzer und gegen den von ihnen befohlenen Raubbau am Wald«.[5]

Diese Maßnahmen fruchteten endlich, und »die Vernichtung des Schwärzwalds, des schwäbischen und oberschwäbischen Waldes, ja des ganzen deutschen Waldes wurde abgewendet«. Doch noch Jahrzehnte später waren die verheerenden Folgen dieses jahrelangen verantwortungslosen Kahlschlags festzustellen. **Rolf Kosiek**

[5] »Noch heute sieht man den Wäldern die verheerenden Franzosenhiebe an«, in: *Schwäbisches Tagblatt,* 4. 4, 1992.



Am 26. April 1951 zitierte Carlo SCHMID {*links)* im Bundestag einen Bericht des Generaldirektorats für Wirtschaft und Finanzen in Baden-Baden, Danach hatte Frankreich in den ersten Besatzungsjahren durch den Rabatt beim Ankauf deutscher Produkte 10 Millionen Dollar verdient, »Andere Geschäfte mit der Hilfe der Kontrollbehörde für den Zonenhandel (OFICOMEX) hatten den Profit auf den Betrag von 336,7 Millionen Dollar getrieben.« Aus: TREES U. a. (Hg.), *Stunde Null in Deutschland*, Droste, Düsseldorf 1978, S. 94.

Frankreich verhinderte die deutsche Einheit nach 1945

Lange Zeit galt die Ansicht, insbesondere unter westdeutschen Historikern, daß die bei der Potsdamer Konferenz 1945 noch von den Alliierten festgeschriebene Einheit Deutschlands in den folgenden Jahren durch den Kalten Krieg, also durch die wachsenden Spannungen zwischen Russen und Amerikanern, verhindert worden sei und daß somit diese beiden Mächte an der Spaltung des Landes für fast ein halbes Jahrhundert schuld gewesen seien. Doch das ist falsch.



Bei der Potsdamer Konferenz waren die Franzosen noch nicht einbezogen. Hier zeigt sich der Vertreter Frankreichs (General DE LAHRE DE TASSIGN Y, rechts) bei der der Parade in Berlin anläßlich der Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland. *Von links:* MONTGOMERY, SCHUKOW, EISENHOWER und DE LATTRE DE TASSIGNY

Richtig ist, daß vor allem Frankreich die deutsche Einheit für Jahrzehnte erfolgreich verhinderte. Der US-Historiker John GIMBEL vom kalifornischen Humboldt State College[1] fand Anfang der siebziger Jahre in einem Archiv in Kansas City bis dahin geheim gebliebene Akten der 1949 aufgelösten US-Militärregierung für Deutschland. Aus den dortigen Unterlagen geht überzeugend hervor, daß vor allem Frankreich nach 1945 darauf aus war, die deutsche Einheit zu hintertreiben, um ein einiges Deutschland zu vermeiden. Nach Auswertung der Akten kam GIMBEL »unweigerlich zu dem Schluß, daß Frankreich das eigentliche Hindernis für die Verwirklichung dieser Politik« einer Wiederherstellung der deutschen Einheit gewesen ist.

Der US-Historiker meint: »Dieser Schluß erscheint jedoch manchen Leuten angesichts der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten Frankreich befreit und ihm dann wirtschaftliche Übergangshilfe gewährt haben, ganz

[1] John GIMBEL, *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949,* S. Fischer, Frankfurt/M. 1972.

und gar unmöglich.«[2] Doch für ihn stehe nun fest, »daß wir gerade der Nation Hilfe und Erleichterungen gewährten, die unsere Deutschlandpolitik zum Scheitern brachte«.[3]

Denn nachdem die alliierten Regierungschefs auf der Konferenz in Potsdam - noch ohne Frankreich - im Juli 1945 festgelegt hatten, daß das besiegte Deutschland künftig als wirtschaftliche Einheit betrachtet und behandelt werden solle, versuchte US-Militärgouverneur Lucius D. CLAV als Nachfolger Generat EISENHOWERS die deutsche Einheit zu erhalten. Doch Paris weigerte sich von Anfang an, der Einrichtung deutscher Zentralverwaltungen zuzustimmen, Frankreichs Regierungschef DE GAULLE erklärte bei seinen Gesprächen mit US-Präsident TRUMAN am 22. und 24. August 1945 in Washington, daß er deutschen Zentralverwaltungen erst zustimmen könne, wenn das Ruhrgebiet, das Saargebiet und das Rheinland vorher ebenso wie Ostdeutschland vom Restdeutschland abgetrennt wären.[4] Sein Außenminister BIDAULT verlangte als Voraussetzung für entsprechende Maßnahmen zur Erhaltung der deutschen Einheit von den anderen Alliierten die Abspaltung dieser Gebiete vom Rumpfdeutschland. In dem an die Einstimmigkeit gebundenen Kontrollrat, in dem nun Frankreich vertreten war, blockierte dessen Militärgouverneur Pierre KOENIG auf Gesamtdeutschland abzielende Vorhaben: Am 1. Oktober 1945 mußten auf seinen Einspruch die Verhandlungen über die Einsetzung deutscher Transport- und Verkehrsbehörden verschoben werden, am 19, Oktober gaben die entsprechenden Ausschüsse für Transport und Verkehr wegen absehbarer Erfolglosigkeit ihre Arbeit auf. Der für die Gründung einer deutschen Finanzbehörde eingesetzte Kontrollratsausschuß kam unter diesen Umständen auch nicht voran.

US-Gouverneur GAY setzte sich weiter für die deutsche Einheit ein und wurde von Washington unterstützt. Im November 1945 veranlaßte er die Länder der US-Zone, Bayern, Württemberg-Baden, Hessen und Bremen, einen Länderrat für Länder überschreitende Fragen zu bilden, und schlug vor, dieses Modell auch auf die anderen Besatzungszonen auszudehnen und über die Zonengrenzen hinaus zu verhandeln. In einem Brief seines politischen Beraters James K. POLLOCK vom 12. Dezember 1945 zu diesem Vorschlag heißt es: »Wir kämen dann einen Schritt weiter auf dem Wege zur Einsetzung einer Regierung für ganz Deutschland. Wenn die Chefs der Regierungen aller Länder oder ähnlicher Verwaltungseinheiten aller Zonen zusammenkämen, dann hätten die vier Besatzungsmächte einen gesamtdeutschen Länderrat, mit dem sie verhandeln könnten.«[3]

Doch die deutschen Länderchefs, vor allem der bayerische, widersetzten sich solchen Anregungen. Als Ende Februar 1946 auf CLAYS Drängen Vertreter aus der amerikanischen und der britischen Zone sich in

[2] Zitiert in: *Der Spiegel,* Nr. 48, 20. 11. 1972, S. 27.

[3] Ebenda.

[4] Walter LIPGÜNS, »Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulies 1944-1946«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* 1973, S. 52-102, insbesondere S. 97.

[5] *Der Spiegel,* Nr. 48, 20.11. 1972, S. 29.

Bremen zu gemeinsamen Gesprächen trafen, lehnte München jede offizielle Teilnahme ab. Die Folge war, daß sich die einzelnen Zonen, insbesondere die sowjetische, gegenseitig weiter abkapselten. Vor allem die Franzosen verhinderten alle Ansätze zu einer Einigung, Sie versuchten sogar, den Ministerpräsidenten Württemberg-Badens, Reinhold MAYER, dafür zu gewinnen, an einer Abtrennung ganz Südwestdeutschlands — ähnlich wie bei dem Saargebiet - vom restlichen Deutschland mitzuwirken.[6]

[6] *Der Spiegel,* ebenda, S. 32.

In ihrer ersten Ausgabe teilte *Die Welt* am 2. April 1946 auf Seite 1 mit, daß nach einem Bericht der *New York Times* aus Washington »das Staatsdepartement hoffe, daß Frankreich seine Weigerung, zentralen Verwaltungen in Deutschland zuzustimmen, aufgeben werde, bevor ein alliiertes Abkommen über Rheinland und Ruhr erreicht sei. Diese Meinung habe das Staatsdepartement in einer Denkschrift an Präsident TRUMAN ausgedrückt«.

[7] "Frankreich nicht mehr gegen zentrale deutsche Verwaltungen?« in: *Die* ***Welt,*** Nr. 1, ***\.)gf, 2.*** 4. 1946, S. 1.

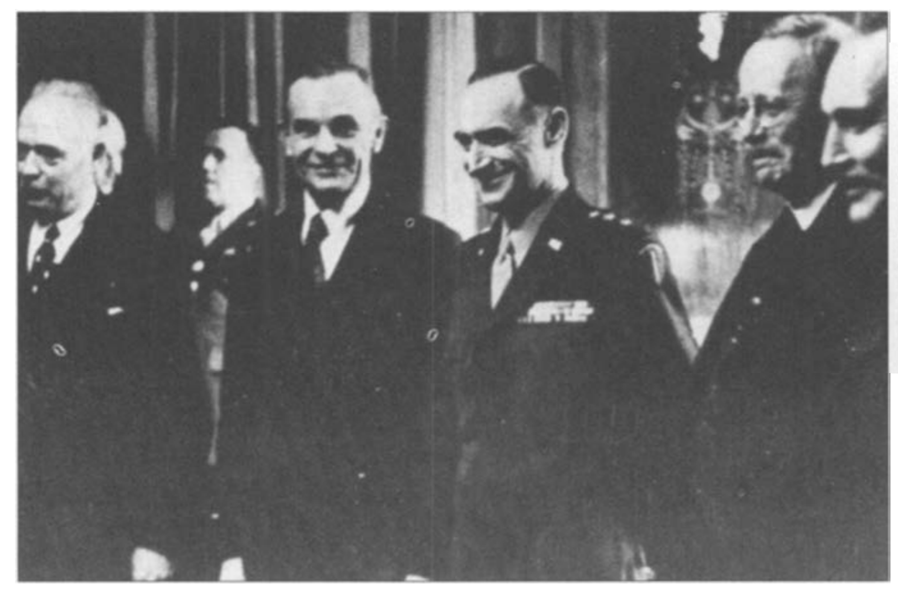
Doch diese Hoffnung trog: Die Franzosen stemmten sich weiter gegen alle Schritte zur deutschen Einheit.

Da die wirtschaftliche Lage in Deutschland immer schlechter wurde, schlug ClaY am 26. Mai 1946 Washington vor, mit den Sowjets »sofort an die Schaffung einer deutschen Regierung zu gehen, der die Verwaltungsbehörden direkt unterstellt sind«, wobei weiterhin Frankreich »das größte Hindernis auf dem Wege zur Einheit« bleibe. Anderenfalls solle die wirtschaftliche Vereinigung der britischen mit der amerikanischen Besatzungszone zu einer Bizone angestrebt werden, wobei jedoch keine politische Vereinigung stattfinden dürfe. Das US-Außenministerium wiegelte jedoch zunächst ab, untersagte CLAY, seinen Plan auf einer Pressekonferenz im Juli 1946 zu veröffentlichen, betrieb aber die Bildung der Bizone.

Diese wurde ohne deutsche Beteiligung im September 1946 von Amerikanern und Briten ausgehandelt. Dabei wurde jedoch ein gemeinsames Parlament der betroffenen Länder untersagt und jede politische Zusammenarbeit der betreffenden Ministerpräsidenten unterbunden.

Auf ClAYs Drängen lud der bremische Ministerpräsident KAISEN seine Länderkollegen zu einer Ministerpräsidenten-Konferenz an die Weser zum 4. Oktober 1946 ein. Die süddeutschen Vertreter hatten erst große Bedenken, die Clay überwand. Doch kurz vor der Tagung sagten die Mitteldeutschen ab.

Als im Mai 1947 der bayerische Ministerpräsident EHARD ZU einem gesamtdeutschen Treffen aller Länderchefs nach München einlud, erklärte Paris, die Vertreter der französischen Zone dürften nur teilnehmen, wenn in München nicht über den politischen Wiederaufbau oder die Einigung Deutschlands gesprochen werde. Als daraufhin EHARD das Programm





US-General CLAV im Kreis der Landeschefs der US-Zone. *Von links:* STOCK (Hessen), EHARD (Bayern), CLAV, MAYER (Baden-Württemberg und KAISEN (Bremen). Oben.* Wilhelm BODEN, der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz.

der Tagung entschärfte und nur unpolitische Fragen zuzulassen versprach, war dieser letzte Versuch zu einer deutschen Einheit praktisch schon geplatzt. Als dann die Mitteldeutschen am 5. Juni 1947 als wichtigen Tagesordnungspunkt die »Schaffung des deutschen Einheitsstaates« behandelt wissen wollten, erklärte Wilhelm BODEN als Ministerpräsident des französisch besetzten Landes Rheinland-Pfalz, bei Diskussion dieses Themas die Sitzung verlassen zu müssen. Da sich EHARD dem anschloß, reisten die Chefs der mitteldeutschen Länder ab, und man sprach jahrzehntelang nicht mehr miteinander.

Bezeichnend ist, daß die amtliche Darstellung der bayerischen Regierung über diese Konferenz jene »schicksalhafte Sitzung« am 5. Juni 1947 gar nicht erwähnt. Als der US-Historiker GIMBEL sich bei der Bayerischen Staatskanzlei nach dem Grund dafür erkundigte, bekam er »die Antwort, Bayern habe den Bericht so abgefaßt, um Frankreich nicht in eine peinliche Lage zu bringen«.[8]

Durch Frankreichs dauernde Torpedierung der amerikanischen und deutschen Einigungsversuche kam es nicht zu einer wirtschaftlichen Einheit des besetzten Deutschlands, vertiefte sich dadurch in den ersten Nachkriegsjahren die deutsche Spaltung, und es dauerte dann 45 Jahre, bis 1990 Mitteldeutschland durch glückhafte Umstände — wieder gegen entsprechende Versuche und Widerstand von Paris aus[9] — mit Westdeutschland vereinigt werden konnte.

Rolf Kosiek

[9] *Der Spiegel,* Nr. 48, 20. 11. 1972, S. 34.

[9] Siehe Beitrag Nr. 483, »Die Alliierten und die Wiedervereinigung«.

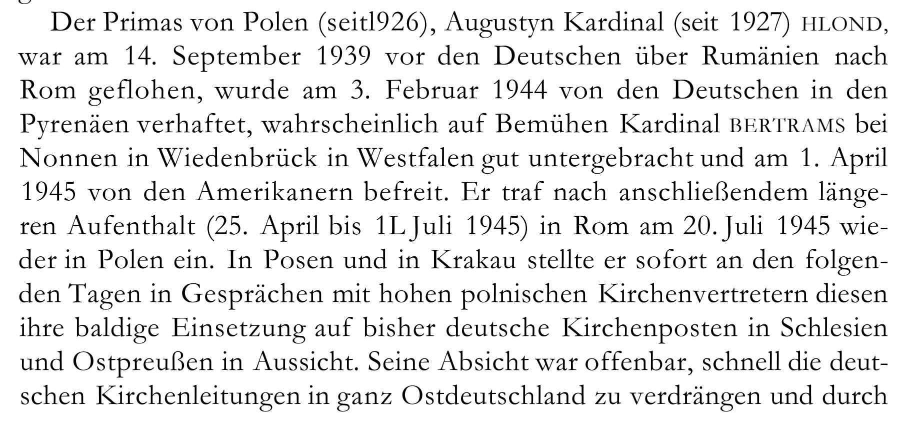
Polen täuschen ostdeutsche Kirchenvertreter 1945

Schon gleich nach Kriegsende und noch vor der Potsdamer Konferenz der Großen Drei begann in den deutschen Ostgebieten östlich von Oder und Neiße parallel zur Vertreibung der deutschen Bevölkerung die Verdrängung der deutschen Kirchenverwaltung durch polnische Priester. Dabei wurde von polnischer Seite nicht nur nationalistisch und unchristlich gehandelt, sondern auch bewußt getäuscht und gegen die Absicht des Papstes gehandelt, was weithin unbekannt ist und deswegen dem Vergessen entzogen werden muß. Der Augsburger Theologieprofessor Franz SCHOLZ, bis 1945 Priester in der Erzdiözese Breslau, hat diese Vorgänge in einem Buch ausführlich dargestellt, auf dem die folgenden Richtigstellungen im wesentlichen beruhen.[1]



Adolf Kardinal BERTRAM.

Nachdem die Festung Breslau nach monatelangem Widerstand am 6. Mai 1945 vor der Roten Armee kapituliert hatte, kam bereits am 16. Mai 1945 der polnische Bischof St. ADAMSKI von Kattowitz nach Breslau und nahm Verbindung zu den Vertretern des dortigen deutschen Domkapitels auf. Kardinal BERTRAM, Oberhirte der Erzdiözese Breslau und langjähriger (seit 1919) Leiter der Fuldaer Bischofskonferenz, lag zu der Zeit im Schloß Johannesberg im Sudetenland im Sterben. Für ihn nahm Generalvikar Josef KRAMER den polnischen Wunsch entgegen, sofort in Oberschlesien die kirchliche Gewalt und Verwaltung in polnische Hände zu legen. Dazu sollten umgehend ein polnischer Generalvikar, polnische Dechanten und Pfarrer ernannt werden. Unter dem Druck der Verhältnisse konnte das von der deutschen DiözesanVerwaltung nicht verweigert werden.



Der Primas von Polen (seitl926), Augustyn Kardinal (seit 1927) HLOND, war am 14. September 1939 vor den Deutschen über Rumänien nach Rom geflohen, wurde am 3. Februar 1944 von den Deutschen in den Pyrenäen verhaftet, wahrscheinlich auf Bemühen Kardinal BERTRAMS bei Nonnen in Wiedenbrück in Westfalen gut untergebracht und am 1. April 1945 von den Amerikanern befreit. Er traf nach anschließendem längeren Aufenthalt (25. April bis 1L Juli 1945) in Rom am 20. Juli 1945 wieder in Polen ein. In Posen und in Krakau stellte er sofort an den folgenden Tagen in Gesprächen mit hohen polnischen Kirchenvertretern diesen ihre baldige Einsetzung auf bisher deutsche Kirchenposten in Schlesien und Ostpreußen in Aussicht. Seine Absicht war offenbar, schnell die deutschen Kirchenleitungen in ganz Ostdeutschland zu verdrängen und durch



[1] Franz SCHOI.Z, *Zwischen Staatsräson und Evangelium. Kardinal Hlond und die Tragödie der ostdeutschen Diözesen,* Josef Knecht, Frankfurt/M. 1988.




Von links: Augustyn HLOND und Ferdinand PIONTEK.

polnische zu ersetzen. Die Maßnahmen wurden streng geheimgehalten, so daß die davon betroffenen Deutschen darüber zunächst nichts erfuhren, Nach der Potsdamer Konferenz (17. Juli—2. August 1945), die Ostdeutschland nur vorläufig unter polnische und sowjetische Verwaltung stellte, und zwar bis zu einer endgültigen Regelung in einem abschließenden Friedensvertrag, ging die polnische Kirchenleitung sofort davon aus, daß die deutschen Ostgebiete endgültig bei Polen bleiben würden, und wollte dazu vollendete Tatsachen schaffen. HLOND wollte auch wohl seine Flucht von 1939 dadurch wettmachen, daß er nun »die polnische Kirche auf polnischer Frde« - worunter er ebenso Ostdeutschland verstand - neu gründete.

Am 6, Juli 1945 war Kardinal BERTRAM gestorben. Das Breslauer Domkapitel wählte am 16, Juli 1945 den bisherigen Domdechanten, Dr. Ferdinand PIONTEK, zum Kapitelsvikar, Am 12. August 1945 kam Kardinal HLOND unerwartet ZU diesem als dem Vertreter der alten Erzdiözese Breslau in die Stadt. Der Primas teilte ihm nach PIONTEKS eigenen Aufzeichnungen mit, »daß sich der Heilige Vater angesichts der besonderen Zeitverhältnisse entschlossen habe, für die unter der Verwaltung des polnischen Staates stehenden Gebiete Apostolische Administratoren zu bestellen (was nicht der Wahrheit entsprach, R. K.), Es wäre daher dem Heiligen Vater lieb, wenn ich mein Amt als Kapitelsvikar für diese Gebiete in die Hände des Heiligen Vaters lege (was ebenfalls nicht der Wahrheit entsprach, R. K). Die Bestellung der Apostolischen Administratoren werde aber auf jeden Fall erfolgen. Ich erwiderte, daß mir, nachdem ich einmal gewählt worden sei und das Amt angenommen habe, der Verzicht nicht leicht werde, jedoch sei es selbstverständlich, daß ich den Wunsch des Heiligen Vaters respektiere. Darauf überreichte mir der

Kardinal die abschriftlich beiliegende Erklärung zur Unterzeichnung. Ich las die Erklärung, .. und fragte dann: >Ist das der Wille des Heiligen Vaters?< Der Kardinal antwortete: >Ja, und diese Erklärung ist in Rom in der Staatssekretarie abgefaßte (was nicht der Wahrheit entsprach, R. K.) Ich unterzeichnete die Erklärung und überreichte sie dem Kardinal, der darauf sagte: >Ich danke Ihnen im Namen des Heiligen Vaters.«« [2]

Der Breslauer Dom St. Johannes der Täufer, eine dreischiffige gotische Basilika mil barocken Kapellenanbauten, war der beherrschende katholische Bau der Oderstadt.

PloNTliK hatte keine Möglichkeit gesehen, sich dem Ansinnen des Kardinals in der polnisch besetzten Stadt zu widersetzen, und hatte widerwillig die Verzichtserklärung unterschrieben. Auf diese Weise machte HLOND das Erzbistum Breslau >vakant<, um es dann in drei Teile zu zerlegen und polnische Priester einzusetzen, wie es schon von ihm in den letzten Wochen vorbereitet war. Ähnliches plante HLOND in den ostdeutschen Bistümern Ermland und Schneidemühl.

Dabei hatte der Kardinal gar keinen päpstlichen Auftrag zur Entfernung der deutschen Kirchenvertreter, und das war auch gar nicht der Wunsch des Papstes oder der Kurie. HLOND hatte **PIONTEK** keine solche päpstliche Bestätigung für den schicksalsschweren Schritt vorgelegt, weil er keine solche besaß. Und **Pi**ONTF.K hatte nicht gewagt, nach einer solchen zu fragen, und er konnte unter den damaligen chaotischen Nachkriegs **Verhältnissen** keine Verbindung zum Vatikan herstellen, um sich dort Gewißheit zu holen. Er vertraute in kirchlichem Gehorsam dem Wort des Kardinals, daß die von diesem mündlich vorgebrachte neue Lösung mit dem Verzicht der deutschen Priester der Wunsch des Papstes sei, was jedoch nicht zutraf.

Ähnlich ging HLOND sofort danach in der deutschen Diözese Ermland (Ostpreußen) vor. Ihr Bischof KALLER war, nachdem er von der Gestapo im Februar 1945 aus Ostpreußen verwiesen und nach Danzig

[2] Zitiert nach SCHOLZ, ebenda, S. 59.

sowie Halle an der Saale gebracht worden war, dort freigekommen und hätte sich bis Anfang August nach Allenstein durchgeschlagen. »Am 16. August 1945 wurde er vom Primas in das Priesterseminar zu Peplin zitiert. .. Der Bischof glaubte, aufgrund seiner polnischen Sprachkenntnisse und wegen seiner stets geübten Fürsorge für polnisch sprechende Gläubige, sein Amt auch unter den geänderten Verhältnissen weiterführen zu können. Aber Primas HLOND war anderer Meinung, In der ihm eigenen Art erklärte er, daß im »polnischen Staat< nur ein polnischer Bürger Bischof sein könnte. Der Primas legte ihm im Laufe des Gespräches den Resignationsakt des »großen Bruders* aus Breslau, Dr. F. PIONTEK, vor. Das blieb begreiflicherweise nicht ohne Wirkung. Bischof KALLER unterschrieb die Resignationsformel und legte seinen Verzicht in die Hände des Primas. . . »Bestürzt und außer Fassung, mit verweinten Augen* hat er den Verhandlungsraum verlassen.**[3]

[3] SCHOI-Z, ebenda, S. 63.

In der deutschen Freien Prälatur Schneidemühl hatte der zuständige deutsche Prälat Dr. Franz HART/, sein Gebiet vor den anrückenden Sowjets verlassen. Am 17, August 1945 wurde sein Vertreter Generalvikar BLESKE, der sich anfangs weigerte, den Rücktritt zu unterschreiben, da er dazu nicht befugt sei, dann doch dazu veranlaßt. Damit war in wenigen Tagen im größten Teil Ostdeutschlands die deutsche Kirchenleitung aufgrund von HIONDS falschen Behauptungen über den päpstlichen Willen durch eine polnische ersetzt worden.

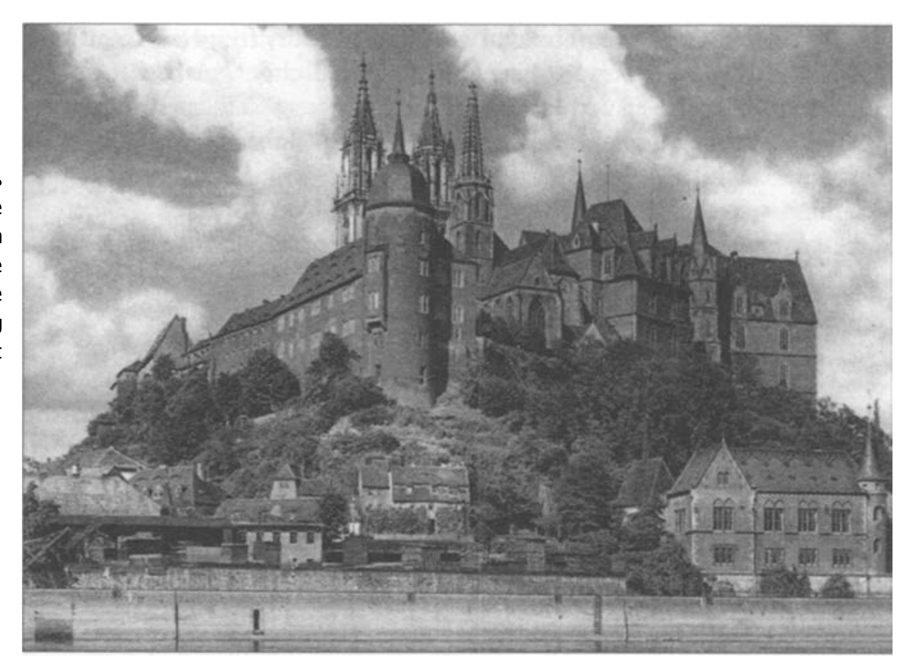
Für den ostpommerschen und neumärkischen Anteil der Diözese Berlin, der unter polnische Verwaltung kam, wurde kein Verzicht ausgesprochen. Die Polen handelten einfach und setzten polnische Priester ein. Die Berliner Kirchenverwaltung hat das nicht anerkannt.

Die polnischen Administratoren wurden in Ostdeutschland mit Wirkung vom 1. September 1945 eingesetzt — sicher nicht zufällig an diesem Tag: Man wollte einen Sieg über die Deutschen andeuten, die sechs Jahre vorher in Polen einmarschiert waren. Bezeichnend ist auch, daß am 1. September 1945 die neuen polnischen Priester für Schlesien ihre Amtseinführung vor dem dazu aufgeforderten deutschen Domkapitel in Breslau vollzogen - sicher eine Siegerpose über die Besiegten, aber auch wohl eine von den Polen erstrebte weitere nachträgliche Absicherung des Verzichts Dr. PLONTEKS.

Bei der schnellen Machtergreifung der polnischen Kirche von Ostpreußen bis Schlesien war zunächst vergessen worden, die deutschen Teile der Diözesen Prag (die Grafschaft Glatz) und Olmütz (das Leobschützer Land) sowie das kleine östlich der Neiße hegende Gebiet, das zum Bistum Meißen gehörte, einzubeziehen.[4] Im September 1945 wurde das für die Grafschaft Glatz nachgeholt, indem der nun für das Erzbistum Breslau tätige polnische Apostolische Administrator Dr. MILIK mit ei-

[4] Ebenda, S. 64.

Dom und Schloß tn Meißen – eine feste Einheit. Im Meißner Land konnte HLOND seine Pläne zur Polonisierung der Kirche nicht verwirklichen.



nem polnischen Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett bei dem zuständigen deutschen Prälaten Dr. MONSE erschien und seinen Wunsch durchsetzte. So konnte der »Anschluß des Präger Anteils vom Primas noch im September 1945« erledigt werden.

Am 16. und 17. September 1945 suchte der Primas den für den in Oberschlesien liegenden Anteil der Erzdiözese Olmütz zuständigen Weihbischof und Generalvikar Josef Martin NATHAN auf. Dieser erklärte nach der Abreise HLONDS einem Priester: »Gestern habe ihm Kardinal HLOND, der soeben abgefahren sei, eröffnet, daß er als Generalvikar abgesetzt, seiner Jurisdiktion entkleidet und sein Gebiet der >Diözese< Oppeln unterstellt sei.«[5] Jetzt wurde offensichtlich von HLOND einfach angeordnet.

[5] SCHOLZ, ebenda, S. 66.

Erst im November 1945 trat der oben erwähnte neue Administrator für Breslau, Dr. MILIK, an das Bischöfliche Vikariat in Bautzen wegen des Meißner Gebiets östlich der Neiße heran. Als man dort vor einem Verzicht erst eine Abschrift der päpstlichen Anweisung zu sehen wünschte, antwortete Breslau nicht mehr, weil man dort keine solche vorweisen konnte, da es diese gar nicht gab. Ein deutscher Verzicht erfolgte daraufhin nicht. Dennoch wurden von der polnischen Kirche vollendete Tatsachen mit der Vertreibung der deutschen Priester geschaffen.

Nach späteren Angaben aus Rom war man dort über HLONDS Handeln in Ostdeutschland ziemlich »überrascht«, was nicht der Fall gewesen wäre, wenn HLOND zu seinem Tun die päpstliche Erlaubnis oder einen Auftrag der Kurie bekommen hätte. Ebenso ist es undenkbar, daß

BERTRAMS Absetzung — sein Tod am 6. Juli war am 8. Juü, dem Tag des päpstlichen Schreibens an HLOND, noch nicht in Rom bekannt - von dem Papst, der ihn aus seiner deutschen Zeit gut kannte, ohne eine vorherige Benachrichtigung des Kardinals erfolgt wäre.

Eine solche päpstliche Vollmacht für HLOND hat eben gar nicht existiert. Sie wurde von diesem nur vorgetäuscht, um die deutschen Kirchenvertreter zum Verzicht auf ihre kirchlichen Ämter zu veranlassen und dann polnische Priester einsetzen zu können. Arglistige Täuschung heißt so etwas im täglichen Leben. Bezeichnend ist auch, daß Jahrzehnte später, als SCHOLZ 1988 sein Buch veröffentlichte, die betreffenden Papiere des Vatikans für HLOND noch nicht von Polen veröffentlicht und nicht einsichtig waren und nur über gute Verbindungen im Westen zur Kenntnis gekommen waren.

Pius XII. entsprach keinem der Ostdeutschland betreffenden Wünsche HLONDS, der sich darüber hinwegsetzte und einfach eigenmächtig handelte.

Tatsache ist, daß HLOND in Rom den Papst sprach und in drei Briefen seine Wünsche äußerte. Am 20. Mai 1945 erbat er sich das Recht, für die in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands verbliebenen Polen eine eigene Seelsorge unter dem bisherigen polnischen Feldbischof GAWLINA ZU organisieren. Das wurde am 5. Juni 1945 bewilligt.



Am 26. Juni erbat er für die polnischen Bischöfe Sondervollmachten, die sich aber - einschließlich der Bestellung Apostolischer Administratoren für vakante Stellen - nur auf das Gebiet des früheren Polens bezogen, zu dem die deutschen Oder-Neiße-Gebiete staatsrechtlich nicht gehörten. Das wurde vom Vatikan mit einem Schreiben vom 8. Juli 1945 gewährt.

Im dritten Schreiben, ebenfalls vom 26. Juni 1945, sprach HLOND zwar die Oder-Neiße-Gebiete an, ersuchte um Sicherung der religiösen Betreuung der in die »einst deutschen Gebiete« einwandernden Polen und wünschte ein eigenes Bistum für die Autochthonen um Oppeln. Er stellte aber keinen Antrag, die deutschen Kirchenvertreter, insbesondere Kardinal BERTRAM in Breslau und Bischof KALLER im Ermland, zum Verzicht drängen zu dürfen, geschweige denn, sie gar abzusetzen - und die so frei gewordenen Stellen durch Polen zu besetzen. Der Vatikan entsprach jedoch im Schreiben vom 8. Juli 1945 an HLOND keinem der Ostdeutschland betreffenden Wünsche HLONDS, insbesondere war von einem Ersatz der deutschen Kirchenvertreter nicht die Rede: Das lange geheimgehaltene und erst nach Jahrzehnten im Westen bekanntgewor-

dene päpstliche Schreiben »bietet an keiner Stelle auch nur einen Ansatzpunkt, um auf eine Vollmacht zu schließen, den Besitzstand der deutschen Kirche im alten Reichsgebiet in seinem Wesen und den damit verbundenen Funktionen zu schmälern oder zu behindern«[6]

So hatte HLOND in Breslau und Peplin ohne päpstlichen Auftrag und sogar entgegen den Wünschen der Kurie auf eigene Faust gehandelt, ohne kanonische Rechtsgrundlage oder Anweisung der Kurie und mit offensichtlich bewußter Täuschung, besonders schwer im Falle Dr. PIONTEKS in Breslau.

Der Vatikan gab später seinem Widerspruch gegen HLONDS eigenmächtiges Handeln, wenn auch sehr verhalten, Ausdruck. In den *Päpstlichen Jahrbüchern* wurde unter dem Stichwort >Breslavia< in den Nachkriegsjahren stets als Anmerkung angefügt: »Wie bekannt, hat der Heilige Stuhl die Gewohnheit, Diözesangrenzen nicht endgültig zu ändern, solange nicht eventuelle Rechtsfragen, die diese Gebiete betreffen, durch Friedensverträge geregelt sind und volle Anerkennung gefunden haben. Die genannte Rechtslage liegt vor in Breslau, Ermland, Schneidemühl. Um nun religiösen Beistand für die zahlreichen Gläubigen, die sich dort niedergelassen haben, zuzusichern, hat er Sr. Eminenz Kardinal Stephan WYS/.YNSK1... die Aufgabe anvertraut, diese Gläubigen in religiöse Obhut zu nehmen.«[7] Das war praktisch eine Ohrfeige für die Polen. Mehr konnte der Vatikan unter den damaligen Umständen kaum tun.

Erst seit demjahre 1972, als in der Bundesrepublik die Verzichtspoltik unter BRANDT und SCHEEL sich bereits durchgesetzt hatte, fiel diese für die Rechtslage so wichtige Anmerkung im päpstlichen Jahrbuch weg: Der Papst konnte eben nicht päpstlicher als die Deutschen selbst sein.

Abschließend urteilt Professor SCHOLZ über das Vorgehen des Kardinals HLOND: »Und doch bleibt es - wenn auch in Polen systematisch verdrängt — Wirklichkeit, daß der Primas eigenmächtig gehandelt hat, daß er mit der Wahrheit mehr als großzügig umgegangen ist, daß er das Minimum an Fairneß gegenüber Dr. PIONTEK verweigert hat, daß er eine Entwicklung bewirkt hat, die nicht im Sinne Roms gelegen hat. Freilich mußte die Kurie.. . >gute Miene zum bösen Spiel< machen.«[8]

Klar stellt er heraus: »Die Römische Kurie hat also Ostdeutschland am 8. Juli 1945 eindeutig als deutscher Souveränität unterstehendes Staatsgebiet angesehen.«[9] Das war bei dem amtierenden Papst Pius XII. und dessen Deutschfreundlichkeit auch gar nicht anders zu erwarten. Erst 1972 änderte der Vatikan seine Haltung zu Ostdeutschland und erkannte die inzwischen von der allgemeinen Politik vollzogenen Entwicklungen an.

Der Betrug HLONDS, der am 22. Oktober 1948 in Warschau verstarb, an den ostdeutschen Kirchenvertretern von 1945 kam um 1995 erneut

[6] SCHOLZ, ebenda, S. 100.

[7] Zitiert ebenda, S. 101.

[8] Ebenda, S. 104.

[9] Ebenda, S. 105 f.

zur Sprache, als polnische Kreise die Seligsprechung des Kardinals betrieben. Dazu gab Professor SCHOIZ als eine neue Schrift zu diesem Thema *Das Hlondheft* heraus.[10] Dann schildert er nochmals die damaligen Vorgänge und bringt die entsprechenden Urkunden bei. Insbesondere unterstreicht er, daß HI.OND vom Papst keine Aufträge für Ostdeutschland erhalten hatte. Das gab HLOND später selber zu. In seinem Bericht vom 24, Oktober 1946 nach Rom, der bezeichnenderweise von Polen geheimgehalten wurde und erst 1994 mehr durch Zufall an die Öffentlichkeit kam, schrieb er zu der Erlaubnis auf Einsetzung von Administratoren: »Erst einige Monate später konnte ich feststellen, daß ich diese Worte damals falsch aufgefaßt habe, Sie stärkten mich damals in der Meinung, daß die Ernennung von Apostolischen Administratoren in den ehemals deutschen Gebieten in der Absicht des 1 II. Stuhles läge und daß die dabei beteiligten Bischöfe vorher zu benachrichdgen seien.«[11]

[10] Franz SCHOLZ, *Das Hiondheft,* Zentralstelle Grafschaft Glatz e.V., [2]1997.

" Ebenda, S. 39.

Zur Entschuldigung für sein unverzeihliches Tun merkte er an, daß er die schriftliche päpstliche Beauftragung gar nicht gelesen habe: »Das sehr beachtliche päpstliche Dokument vom 8, 7. 1945 wurde mir am 10. 7. 1945 abends zugestellt. Meine Abreise war für den Morgen des nächsten Tages festgesetzt. Ich fuhr also aus Rom ab und hatte keine Zeit, um den Text, der mir so große Vollmachten gab, durchzulesen. Im Herzen hegte ich die Überzeugung, daß der Apostolische Stuhl in der Frage der Apostolischen Administratoren auch die bis vor kurzem deutschen Gebiete in Betracht gezogen hat.«[12] Daß er den Text des für ihn so wichtigen päpstlichen Auftrags nicht gelesen haben will, kann man ihm kaum abnehmen.

[12] Ebenda, S. 40.

Weiter schreibt er im Bericht von 1946: »Infolge meiner irrigen Ausgangsbasis, an die ich gerade erinnert habe, sah ich meine Sendung zu diesen (den deutschen, R. K.) Prälaten als Überbringung eines amtlichen Standpunktes an.« Er entschuldigt sich ausdrücklich: »Mir bleibt nichts anderes übrig, als den Heiligen Vater demütig zu bitten, mir die vorgefallenen Fehler zu verzeihen, ebenso wie alle Peinlichkeiten, mit denen ich sein väterliches Herz, verwunden konnte.«[11]

[13] Ebenda, S. 43.

Doch da war alles schon zum Nachteil der Deutschen geschehen, und HLOND war froh darüber, daß sein Rechtsbruch gelungen war und »der germanische Protestantismus bis an die Oder zurückgedrängt« worden sei. Der Vatikan antwortete auf diesen Bericht nicht, sprach HLOND insbesondere keinen Dank aus, was auch schon für sich spricht. Zu einer offenen Rüge des Kardinals war der Vatikan unter den damaligen Umständen nicht in der Lage.

Anläßlich der Bestrebungen auf Seligsprechung des Kardinals erklärte die Katholische Deutsche Bischofskonferenz 1995: »Die deutsche Bischofskonferenz hat sich mit der Frage der Seligsprechung von Kardinal

HI.OND befaßt. Dabei bestand Übereinstmmung, daß eine Seligsprechung des Kardinals aus deutscher Sicht keine Zustimmung finden kann. Die Bedenken der deutschen Bischofskon ferenz wurden auch gegenüber dem Apostolischen Stuhl zum Ausdruck gebracht.«[14] Der Grund war HLONDS Handeln gegenüber der ostdeutschen Kirche.

Abschließend sei auf die für die Zeit um 1945 bezeichnende Haltung der polnischen Priester durch zwei Zitate hingewiesen, Dr. Karol MILIK, ab 1945 Apostolischer Administrator von Breslau (praktisch Erzbischof), erklärte in seinem Antrittshirten wort vom 1. September 1945, als die grausamen Vertreibungen der Deutschen noch lange liefen und die polnische Kirche diesen Verbrechen zusah oder sie sogar noch in sehr unchristlicher Weise förderte: »Dem polnischen Staat war stets jede Barbarei fremd. Da, wo Gewalt war, Raub, Lüge, Rechtlosigkeit, Schändung der Friedhöfe, Auslassung der Wut an Lebenden und Toten, da war Polen nicht dabei.«

Der polnische Kardinal WYSCYNSKI verkündete in Breslau in Verdrehung der geschichtlichen Wahrheit, daß Schlesien polnischer Boden sei. Für ihn habe Gott die Schuldfrage zugunsten Polens entschieden. Dieses habe 1945 durch die Besetzung Ostdeutschlands und die Vertreibung der Deutschen nur das Seine zurückgeholt und eine gerechte Sühne gefordert. Er erklärte am 29. Mai 1952 in Breslau: »Wir sind in unser Eigentum als rechtmäßige Eigentümer zurückgekommen. Wir kamen zurück aufgrund der richterlichen Entscheidung der göttlichen Gerechtigkeit... Es waltet Gerechtigkeit unter den Völkern, grausame und. .. blutvergießende Völker müssen früher oder später den Völkern, die sie vergewaltigt haben, die gerechte Sühne leisten,«[13]

Dazu ist wirklich jeder Kommentar überflüssig. Rolf Kosiek

[14] Ebenda, S. 2.
[15] Zitiert in SCHOLZ, aaO. (Anm. 1), S. 141.

Zahlen von Internierungen vor und nach 1945

Mit Recht werden die deutschen Konzentrationslager der Zeit des Nationalsoziaiismus, insbesondere die der Kriegszeit, kritisiert und verabscheut. »In den für »staatsfeindliche Elemente« eingerichteten (deutschen) Schutzhafdagern (KL) saßen im Juli 1933 annähernd 27000 Personen. Iiis Mitte der dreißiger Jahre sank die Zähl auf einen harten Kern von 9000 Häftlingen. Ab 1937/38 wurden in vermehrtem Umfang Schwerkriminelle und »Asoziale* von Homosexuellen bis Bibelforschern eingewiesen. In den Wochen nach den Judenpogromen vom 9. November 1938 kamen etwa 36000 jüdische Häftlinge hinzu, die fast alle bis Frühjahr 1939 wieder entlassen wurden. Die Gesamtzahl der KL-Häftlinge betrug bei Kriegsausbruch noch rund 25000, die wenigsten davon waren politische Häftlinge.«[1] Während des Zweiten Weltkrieges vergrößerte sich die Zahl der Häftlinge stark.

Aber nicht minder rechts- und menschenwidrig war, daß die Alliierten - im Osten wie im Westen - nach dem Ende der Kampfhandlungen und der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht dann ihrerseits die jahrelange — nun verharmlosend >Internierung< genannte — Lagerhaft, oft mit Zwangsarbeit verbunden, für Millionen Deutsche unter oft sehr harten Umständen durchführten. Das trug mit dazu bei, daß nach Kriegsende mehr Deutsche als Folge von Gewalt ums Leben kamen als während des ganzen Krieges.

Lange wurde letzteres in der Öffentlichkeit verschwiegen. Im Frühjahr 1990, fast 50 Jahre nach den damaligen Vorgängen, konnte der Schriftsteller und I listoriker Dr. Wölfgang VENOHR feststellen: »Nun wird endlich einer breiten Offendichkeit bekannt, daß es zwischen 1945 und 1950 elf Konzentrationslager der Sowjets zwischen Elbe und Oder gab, in denen ungefähr 200000 Deutsche ohne Gesetz und Richterspruch >interniert< wurden und von denen etwa die Hälfte elendiglich umgekommen ist.«[2]

Aber nicht nur die für ihre grausamen Lager schon seit der Zarenzeit bekannten Russen führten die Konzentrationslager nach dem Mai 1945 weiter, sondern auch die Westmächte. »In den drei westlichen Besatzungszonen existierten drei Jahre lang, von 1945 bis 1948, sogenannte Internierungslager der Besatzungsmächte, in den etwa 530 000 Menschen ohne Gesetz und Richterspruch eingesperrt wurden, die dort jahrelang unter katastrophalen Bedingungen vegetieren mußten. (Außerdem wurden in Osterreich etwa 7000 Menschen internierte) Die Besatzer bezeichneten diese ungesetzlichen und willkürlichen Massendeportationen in Konzentrationslager selbstentlarvend als »automatischen Arreste«[2] Unter diesen

[1] **»Das Jahrhundert der Säuberungen«, in:** *Berliner Zeitung,* **5. 9. 1998.**

[2] **Wolfgang VENOHR, »Internierungslager in Deutschland«, Leserbrief in:** *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* **10. 4. 1990.**

Ein Deutscher mit Sohn bewacht ein Internierungslager.



fielen vor allem die meist ehrenamtlichen früheren Amtsinhaber der NS-Organisationen vom Blockwart aufwärts, Hitler-Jugend(HJ)- und Jungvolkführer sowie Führerinnen des Bundes Deutscher Mädel (BDM) und Schüler der Napolas teilweise schon ab 15 Jahren. So wurden allein in der US-Zone bis September 1945 80000 politische Verhaftungen vorgenommen.[1] Hinzu kamen die Millionen Kriegsgefangenen und die nach der Kapitulation verhafteten deutschen Soldaten, denen dann der Status von Kriegsgefangenen abgesprochen würde, damit sie als »entwaffnete feindliche Streitkräfte« nicht mehr unter den Schutz und die Betreuung durch das Internationale Rote Kreuz fielen. In der ersten Zeit wurden in den Lagern, auch in denen der Westmächte, als Strafmaßnahme systematisch trotz genügend vorhandener Nahrungsmittel und entsprechender Angebote des Internationalen Roten Kreuzes nur Hungerrationen ausgegeben, so daß viele Gefangene verhungerten.[4] Besonders berüchtigt in dieser Hinsicht mit entsprechend vielen Todesopfern waren 1945 die Rheinwiesenlager unter amerikanischer Bewachung. Hinzu kamen besondere Folterlager, etwa die der Briten,*

Nach amerikanischen Angaben'[1] waren allein in der US-Besatzungszone 322000 Personen interniert. Mindestens 800000 Deutsche machten insgesamt mit diesen Lagern in den ersten Nachkriegsjahren Bekanntschaft.

Rolf Kosiek

[1] VENOHR, ebenda.

[4] Beitrag Nr. 385, »Alliierte Konzentrationslager nach 1945«.

" Beitrag Nr. 386, »Britische Folterlagcr: Hin vergessenes Verbrechen«.

fl *Monthly Denazification Report Omgus*, 30. 4. 1948.

Alliierte Presse in Deutschland 1945

Mit dem Beginn der alliierten Besetzung Deutschlands ab Ende 1944 wurden die Deutschen auch von ihrer Presse befreit. Die Sieger waren zwar mit dem Versprechen der Gewährung von Selbstbestimmung angetreten, hielten aber nicht viel davon, wie sich dann zeigte. »Die von MORGENTHAU vorgeschlagene Unterbrechung aller Kommunikationsmedien schlug sich im SHAEF-Gesetz 1919 vom 24.11.1944 nieder, das in allen drei Westzonen durch das Militärregierungsgesetz 191 (abgeändert am 12. 5. 1945) ersetzt wurde. Das Gesetz verbot die Herstellung von Druckwerken und Filmen, das Aufführen von Musik, das Betreiben von Schaubühnen, Rundfunkstationen usw Die Nachrichtenkontrollvorschrift No. 1 vom gleichen 12. Mai 1945 erlaubte aufgrund schriftlicher Zulassungen der Militärregierung«[1] solches für Lizenznehmer,

»>Sobald wir deutschen Boden betreten, werden wir die Nazi-Zeitungen verbieten, und Sie werden in jeder Stadt, die wir besetzen, sofort eine Zeitung ins Leben rufen.< Diesen Auftrag erhielt Hans HABF. im Februar 1945 vom amenkanischen General BANFILL.«[2] Er erfüllte den Auftrag zum Beispiel mit dem *Kölnischen Kurier* im gerade eroberten Köln, in das er von Luxemburg kam, wo er seit Herbst 1944 seine Aufgabe vorbereitet hatte,

Hans HABE;, geboren am 12. Februar 1911 in Budapest als Sohn Janos BEKESSY eines jüdischen Verlegers, war Kommunist, Journalist in Wien, ging im September 1939 von der Schweiz nach Frankreich, wo er gegen die Deutschen kämpfte, geriet als Soldat der französischen Armee 1940 in deutsche Gefangenschaft, aus der er 1940 in die USA fliehen konnte. Dort schrieb er das Buch *Ob Tausendfallen,* das 1947 (1963 als Taschenbuch) in Deutschland erschien.1945 kam er als US-Hauptmann nach Deutschland zurück und richtete einen Teil der neuen deutschen Presse ein, indem er im Laufe der Zeit 18 Zeitungen lizenzierte und das Besatzungsblatt *Neue Zeitung* herausgab. Schon im Herbst 1944 hatte ihm US-General MACCLURE klargemacht: »Wir wollen Mitteilungen und Richtlinien veröffentlichen, sonst nichts. . . Die Deutschen brauchen sich keine eigene Meinung zu bilden - *the Germans have to he told.*<s (die Deutschen sol-

[1] Caspar VON SC HRENCK-NOTZING, *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen,* Seewald, Stuttgart 1965, S. 133.

[3] *Die Weltwoche,* Zürich, 29. 5. 1965 bei Ankündigung der Serie »Die deutsche Presse im Jahre Null« von Hans HABE.

Hans HABE.



len angewiesen werden). Zur Begründung meinte der amerikanische General: »Die Deutschen haben aufgehört, ein Kulturvolk zu sein.«[1]

1951 wurde HABE Chefredakteur der *Münchner Illustrierten,* später des US-finanzierten *Echo der Woche,* worin er heftig zur Hatz auf angebliche >Neonazis< wie Bundesminister SEEBOHM blies. Als er Deutschland verließ, schrieb der Illustrierte *Der Stern:* »Hinaus aus Deutschland mit dem Schuft!«

Später lebte er in der Schweiz, wo er nach sechs Ehen am 29. September 1977 in Locarno verstarb.





Links: Das Informationsbedürfnis der Deutschen war sehr groß; hier Straßenverkauf der *Stuttgarter Zeitung. Rechts:* Redaktionsraum der *Süddeutschen Zeitung* im Jahre 1946.

Die an sorgfaltig ausgesuchte Lizenzträger vergebenen Berechtigungen für die neuen Zeitungen konnten zurückgenommen werden." Das bedeutete dann einen großen finanziellen Verlust für den bisherigen Inhaber. Diese Presseorgane nannten sich zwar »unabhängig«, waren jedoch Sprachrohre der Besatzungsmächte und standen unter deren strenger Zensur. So wurde die aus einer Kriegsgefangenenzeitschrift im US-Fort Getty entstandene Zeitschrift *Der Ruf,* deren Redaktion aus Hans Werner RICHTER, Erich KUBY, Alfred ANDERSCH und Carl August WEBER be-

[3] Hans HABE, »Die deutsche Presse«, in: *Die Weltwoche,* 5. 11. 1965, S. 55. Weiteres ebenda 12. 11.; 19. 11.; 26. 11.; 3. 12. 1965; FZ-Verlag (Hg.) *Prominente ohne Maske neu,* FZ-Verlag, München 2001, S. 287.

[4] Eine solche Lizenzurkunde ist im Beitrag Nr. 428 in Faksimile wiedergegeben.

stand und die 1945/46 nach Deutschland übertragen wurde, nach dem Erscheinen von 16 Nummern verboten.[5]

Im Frühjahr 1946 verschwanden die Militärzeitungen und wurden durch deutsche Lizenzblätter ersetzt. In ihrer ersten Ausgabe vom 2. April 1946 schreibt die von den Briten für die englische Besatzungszone als einzige überregionale Zeitung gegründete *Die Welt*:[6] »Was auf dem Gebiet der Presse vorgeht, ist von nicht zu überschätzender Bedeutung. In allen Gebieten der Zone ist die Presse jetzt in den Händen deutscher Lizenzträger; deutsche Hauptschriftleiter, deutsche Verlagsleiter arbeiten selbständig. Zwar unterliegen die Zeitungen vorläufig einer Zensur, aber diese Zensur bildet eine Hilfe und eine Unterstützung, sie ist kein rein negatives, zerstörendes Moment. Die bisherigen Zeitungen haben ihre Pflicht redlich erfüllt.«

[5] Schrenck-Notzing, aaO. (Anm. 1), S. 235.

[6] *Die Welt,* Nr. 1,1. Jg., 2. 4. 1946, S. 2.


Süddeutsche Zeitung
MÜNCHNER NACHRICHTEN AUS POLITIK · KULTUR · WIRTSCHAFT UND SPORT

Zum Geleit

Neue Regierung Bayerns unter Dr. Högner

General Patton scheidet aus Bayern

Keine Einigung der Außenminister

Abkehr – Einkehr

Die erste Ausgabe der *Süddeutschen Zeitung* vom 6. Oktober 1945, die mit den eingeschmolzenen Druckplatten von HITLERS *Mein Kampf* gedruckt wurde.

In derselben Ausgabe hieß es, daß inzwischen für die Britische Zone 25 regionale Lizenzen erteilt seien, die sich folgendermaßen auf die Parteien verteilen:

Aachen
Aachener Nachrichten (SPD)
Aachener Volkszeitung (CDU)
Köln
Die Volksstimme (KPD)
Rheinische Zeitung (SPD)
Kölnische Rundschau (CDU)
Düsseldorf
Freiheit (KPD)
Rheinisches Echo (SPD)
Rheinische Post (CDU)
Bielefeld
Westfälische Rundschau (SPD)
Westfalen-Zeitung (CDU)
Freie Presse (KPD)
Hamburg
Hamburger Freie Presse (FDP)
Hamburger Echo (SPD)
Hamburger Volks^eitung (KPD)
Hamburger Allgemeine Zeitung (CDU)
Kiel
Kieler Nachrichten (CDU)





Oben: Gestaltung der *Ruhrzeitung* am Umbruchtisch – zwei Deutsche und ein Engländer, *Unten:* Zwei Journalisten der *Ruhrzeitung* auf dem Weg zur Redaktion.

Schleswig-holsteinische
Norddeutsches Echo (KPD)
Lübeck
Lübecker Nachrichten. (Unabhängig)
Lübecker Freie Presse (SPD)
Flensburg
Flensburger Tageblatt (Unabhängig)
Braunschweig
Braunschwieger Zeitung (SPD)
Lüneburg
Lüneburger Landeszeitung (Unabhängig)
Bremen
Weser-Kurier (SPD)
Oldenburg
Nordwest-Zeitung (Unabhängig)

Vierzehn weitere Lizenzen würden in Kürze erteilt und zwar:
in Dortmund je eine an SPD, CDU und KPD,
in Oelde an CDU,
in Soest je eine an SPD und CDU,
in Lage an KPD,
in Arnsberg an SPD,
in Hannover je eine an SPD und KPD, eine Unabhängige,
in Bremen an CDU,
in Osnabrück an CDU,
in Rendsburg an eine Unabhängige.

Gleichzeitig wurde gemeldet, daß die Lizenzerteilung an Zeitschriften noch zurückstehen müsse. Es gebe die in England herausgegebenen *Neue Auslese* und *Blick in die Welt,* eine Universitätszeitschrift in Göttingen, eine philosophische Monatszeitschrift *Die Sammlung* und ein Monatsblatt *Die Schule* für Lehrer.

Am 21, Februar 1946 erschien in Hamburg die erste Nummer der »Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur« *Die 'Zeit.* Auf ihrer ersten Seite brachte sie unter der Überschrift »Unsere Aufgabe« die Worte, mit denen der britische Brigadier ARMYTAGE den vier Lizenzträgern Dr. L. H. LORENZ, Ewald SCHMIDT, Richard TÜNGEL und Dr. Gerd BUCERIUS die Lizenz übergab: »Es ist unser Ziel, nach 12 Jahren der Naziherrschaft und -propaganda eine freie Presse in Deutschland wiederherzustellen.


DIE ZEIT

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

Spanische Krise

Das verlorene Paradies

Am 21, Februar 1946 erschien Die Zeit erstmals, als erste Zeitung nach 1945 in Hamburg, Der englische Brigadier ARMITAGE schrieb den vier Lizenzträgern: »Wir hoffen, daß >Die Zeit< ihrer Namensschwester in England würdig sein wird. Sie wird gewiß die dringende Nachfrage nach einer Zeitung von umfassender Sicht, nüchternen Kommentaren und kulturellem Hintergrund befriedigen.« Hier abgebildet: Nr. 3 vom 7. März 1946.

Dies ist einer der ersten Schritte in dieser Richtung. Mit Ausnahme der monatlich erscheinenden Gewerkschaftszeitung ist *Die Zeit* die erste in Hamburg herausgegebene Zeitung, die eine Lizenz erhält.«

Die Lizenznehmer erklärten, daß es ihre Aufgabe sei, »geistige Belastungen einer untergegangenen Epoche« wegzuräumen, »und das kann nur geschehen, wenn wir den Mut haben, ungeschminkt die Wahrheit zu sagen, selbst wenn sie schmerzlich ist, und das wird sie leider häufig sein. Nur in der Atmosphäre unbestechlicher Wahrheit kann Vertrauen erwachsen«. Daß dieses Flaggschiff der Umerziehung es dann mit der Wahrheit nicht sehr ernst nahm, bewies die Zukunft zur Genüge. Schon in der ersten Nummer indoktrinierte Richard TÜNGEL in dem Ardkel »Der Arier«, indem er »die primitive Gesittung des indogermanischen Urvolks« betonte und von »der doch nicht wegzuleugnenden Primitivität des arischen Urvolks« schrieb.

Mit »Lizenz Nr, 12 der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung« erschien bereits am 18. September 1945 in Stuttgart die erste Ausgabe der *Stuttgarter Zeitung* als erste Zeitung im amerikanischen Besatzungsgebiet Württemberg. Lizenzträger waren Josef EBERLE, Henry BERNARD und Dr. Karl ACKERMANN. Letzterer polemisierte schon in der ersten Ausgabe gegen »Gewaltmenschen wie METTERNICH, die Hohenzollern und HITLER« sowie gegen »Faschismus, Militarismus, Kulturlosigkeit und Intoleranz« und versprach, »objektiv, klar, einfach und aufrichtig in unserer Haltung« zu sein.

Im deutschen Südwesten gründete der in Tübingen von September 1945 bis Mai 1947 residierende französische Presseoffizier Pierre ANGEL

das *Schwäbische Tagblatt* als eine der ersten Zeitungen in der französischen Zone. Der erste Chefredakteur Dr. Josef FORDERER wurde allerdings schon bald entlassen, da er »in der Nazizeit in den Blättern des Schwäbischen Albvereins einen Artikel mit antisemitischer Tendenz veröffentlicht« hatte." Jeder Beitrag mußte vom französischen Presseoffizier genehmigt werden, was diesem jedoch durch die Unterwürfigkeit der Lizenzträger leicht gemacht wurde: »Ich hatte den Eindruck, daß die Leute eine Art innere Vorzensur hatten, so daß ich wenig zu streichen brauchte.«**

[7] »Diesmal als Gast der Redaktion«, in: *Schwäbisches Tagblatt,* 12. 11. 1986.
" Ebenda.

Noch anderthalb Jahre nach der deutschen Kapitulation erließ der Alliierte Kontrollrat in der Direktive Nr. 40 vom 12. Oktober 1946 neue »Richtlinien für die deutschen Politiker und die deutsche Presse«, die zu befolgen waren. Die von Divisionsgeneral R. NOIRET, Generaloberst P. A. KUROCHKIN, Generalleutnant Lucius D. CLAY und Generalmajor G. W. E.. J. ERSKTNE unterschriebene Anordnung hat folgenden Wortlaut:

»Die Erklärung der Kollektivschuld war ungeschickt. .. Wir befanden uns, als wir erst einmal in Deutschland waren, in einem Vakuum. Wir konnten uns nicht an die >guten Deutschen! wenden, weil wir behauptet hatten, sie existierten nicht. Deshalb mußten wir die Aufgabe der Umerziehung selbst vornehmen, ein Unternehmen, auf das wir nicht vorbereitet waren..,« Hans HABE, zitiert in: TREES u.a. (Hg.), *Stunde Null in* Deutsch-Zand, Droste, Düsseldorf 1978.

»Der Kontrollrat erläßt folgende Direktive:

1. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, die militärische Sicherheit zu wahren, soll es den deutschen demokratischen Parteien ebenso wie der deutschen Presse gestattet sein, deutsche politische Probleme frei zu besprechen, Kommentare über die Politik der Besatzungsmächte in Deutschland sind erlaubt. Ebenso ist die Veröffentlichung in der deutschen Presse von objektiven Nachrichten über die Weltereignisse einschließlich informatorischer Artikel aus der Auslandspresse gestattet.

2. Mitglieder der deutschen politischen Parteien und der Presse müssen sich aller Erklärungen, der Veröffentlichung oder Wiedergabe von Artikeln enthalten, die:

a. dazu beitragen, nationalistische, pangermanistische, militaristische, faschistische oder antidemokratische Ideen zu verbreiten;

b. Gerüchte verbreiten, die zum Ziele haben, die Einheit der Alliierten zu untergraben oder welche Mißtrauen oder Feindschaft des deutschen Volkes gegen eine der Besatzungsmächte hervorrufen;

c. Kritiken enthalten, welche gegen Entscheidungen der Konferenzen der Alliierten Mächte bezüglich Deutschlands oder gegen Entscheidungen des Kontrollrats gerichtet sind;

d. die Deutschen zur Auflehnung gegen demokratische Maßnahmen, die die Zonenbefehlshaber in ihren Zonen treffen, aufreizen.

3. Wer dieser Direktive zuwiderhandelt, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung aus.«

Es durfte also praktisch keine Kritik an den Besatzungsmächten und ihren Maßnahmen und Plänen geübt werden.

Erst nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland konnten sich nach 1949 einige wirklich unabhängige Zeitungen entwickeln. Aber die vorher

lizenzierten Blätter hatten einen jahrelangen Vorsprung sowie eine feste Leserschaft, so daß sie weiterhin bis zur Gegenwart meinungsbildend blieben. Noch Jahre danach machten insbesondere die USA durch erhebliche Geldzahlungen an die einzelnen früher lizenzierten Presseorgane diese für ihre Zwecke abhängig. So wurden allein im Jahre 1952, als die Lizenzierung bereits aufgehoben war, folgende Summen von Amerikanern an deutsche Zeitungen bezahlt:[9]

Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M. 1 000000 DM
Die Welt, Hamburg 1000000
Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Bochum 600000
Hessische Nachrichten, Kassel 600000
Süddeutsche Zeitung, München 500000
Südkurier, Konstanz 500000
Hamburger Morgenpost, Hamburg 450000
Hannoversche Presse, Hannover 400000
Kölnische Rundschau, Köln 400000
Die RJjeinpfal% Neustadt 400000
Schwäbisches Tagblatt, Tübingen 400000
Weser-Kurier, Bremen 400000
Darmstädter Echo, Darmstadt 300000
Flensburger 'Tageblatt, Flensburg 300000
Freie Presse, Bielefeld 250000
Hamburger Freie Presse, Hamburg 250 000
Main-Echo, Aschaffenburg 250 000
Neue Ruhr-Zeitung, Essen 250000
Nordwest-Zeitung, Oldenburg 250000
Lübecker Nachrichten, Lübeck 250000
Trierischer Volksfreund, Trier 250000
Westfalen%oeitung, Bielefeld 250000
Westfälische Rundschau, Dortmund 250000
Der Allgäuer, Kempten 230000
Giessener Freie Presse, Gießen 160000
Braunschweiger Zeitung, Uraunschweig 150000
Das Volk, Freiburg 150000
Der Volkswille, Schweinfurt 150000
Neue Württembergsche Zeitung, Göppingen 150000
Die Freiheit, Mainz looooo'
Schwäbische Post, Aalen 100000
Aachener Volksstimme, Aachen 50000

In der folgenden Zeit blieben die meisten Zeitungen der Umerziehung verpflichtet und paßten sich der politischen Korrektheit an.

Rolf Kosiek

[9] Erich KERN, *Weder Frieden noch Freiheit,* K. W. Schütz, Göttingen 1965, S. 86 f.

Die größte Büchervernichtung aller Zeiten

Am 10. Mai 1933 wurden an manchen, nicht allen, deutschen Univer/sitäten pornographische und politisch mißliebige Bücher verbrannt.[1] Diese deutschen Bücherverbrennungen des Jahres 1933 gelten heute als Synonym für Kulturbarbarei schlechthin.

Die vom gebildeten deutschen Bürgertum damals als studentischer Bierulk< aufgenommene und auch im Ausland oft mit Amüsiertheit betrachtete rituelle Bücherverbrennung war jedoch nichts im Vergleich zu der Säuberung der Bibliotheken, die die Siegermächte 1945 in Deutschland durchführen ließen.

Im Gegensatz zu den Bücherverboten des Dritten Reiches samt ihren öffentlichkeitswirksamen Verbrennungen ist die wohl größte systematische Büchervernichtung aller Zeiten durch die Siegermächte nach 1945 kaum bekannt geworden.

Einem Befehl des obersten Chefs der sowjetischen Militärverwaltung aus dem September 1945 folgend, wurde am 13. Mai 1946 der »Befehl Nr. 4« des alliierten Kontrollrats erlassen, der die Einziehung von Literatur und Werken »nationalsozialistischen und militaristischen Charakters« betraf. Dazu gab die »Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone« amtlich verbindliche Listen der auszusondernden Literatur heraus, die auch in den Westzonen der Amerikaner, Franzosen und Engländer galten.[2] Während man auf westlicher Seite sonst den ehemaligen kommunistischen Alliierten nicht mehr über den Weg traute, glaubte man hier wohl sich auf die Gründlichkeit des ehemaligen ideologischen Hauptfeindes der Nationalsozialisten bei der Ausmerzung unerwünschten Gedankengutes verlassen zu können.

Man wurde nicht enttäuscht. Die erste Liste vom 1. April 1946 war ein dicker Wälzer, der 13223 Bücher und 1502 Zeitschriften enthielt, die vernichtet werden sollten. Am 1. Januar 1947 schrieb die »Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone«, daß die Liste allenthalben mit Zustimmung aufgenommen worden sei. Es seien etwa 20 größere Pressebesprechungen über sie erschienen, in denen sämtliche politischen Parteien in den verschiedenen Zonen zu Worte gekommen seien: Sie urteilten einmütig, daß der von den Bearbeitern einge-

[1] Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone/ Deutschen Demokratischen Republik, *Liste der auszusondernden Literatur*, Toppenstedter Reihe 1,2, 3, 8 (Nachdr. d. Ausgaben Zentralverlag Berlin 1946, 1947,1948,1952) Uwe Berg, Toppenstedt 1983.

[2] http://www.sueddeutsche.de/Kultur/artikel/814/9805

schlagene Weg der richtige gewesen sei, da er gleicherweise den Interessen in der demokratischen Neuerung des deutschen Lebens mit den Erfordernissen der Wissenschaft Rechnung getragen habe. Grundsätzliche Einsprüche seien von keiner Seite erfolgt.

Man legte Wert darauf, daß die Tatsache, daß ein Buch in dieser Liste nicht aufgeführt war, keinesfalls als Entschuldigung dafür gelten konnte, daß der verantwortliche Leiter einer Bibliothek oder einer Buchhandlung dieses oder ein anderes nicht erwähntes Buch schädlicher Tendenz zur Ausleihe oder zum Verkauf bringen könnte.

Es ging aber nicht nur um »faschistische oder militaristische Bücher, Werke, die politische Expansionsgedanken enthielten, nationalsozialistische Rassenlehre vertraten oder sich gegen die Alliierten wandten«. Ohne daß die Titel einzeln aufgeführt wurden, verbot man gleich auch sämtliche Baupläne für Modelle von Flugzeugen, Kriegsschiffen oder Kriegsfahrzeugen und so gefährliche Bücher wie das Buch von Fritz FISCHLI, *Aeronautische Meteorologie* aus dem Jahre 1924. Ernst JÜNGERS Bücher fielen genauso unter das Vernichtungsgebot wie bestimmte Werke von Martin LUTHER und die gefürchteten Erinnerungen von Überlebenden der russischen Revolution von 1917-20.





Titelbilder der »Liste der auszusondernden Literatur« aus dem Jahre 1946 und des letzten Nachtrags aus dem Jahre 1952,

Am 1. Januar 1947 wurde die Verbotsliste um 4739 Bücher und 98 weitere Zeitschriften erweitert. Zufrieden war man am 1. September 1948 immer noch nicht, als man dem »Wunsch zahlreicher Interessenten« entsprach und weitere 9906 Titel in einem zweiten Nachtrag aufführte. Man erweiterte drei Jahre nach Kriegsende die Bücher und Literaturvernichtung um die Zeit ab 1919, da »bereits damals gefährliche militärische und militaristische Literatur in deutsche Buchhandlungen kam«, die im Sinne der geplanten Umerziehung des deutschen Volkes dringend beseitigt werden mußte. Neu war, daß man jetzt auch die während des Ersten Weltkriegs von 1914—18 und in den folgenden Jahren erschienene »militärische und militaristische KJeinliteratur« bis hin zu Feldpredigten und Kriegsberichten aussonderte. Auch ins Deutsche übersetzte Bücher englischer Kriegsteilnehmer fanden keine Gnade.

Sogar schon vor 1914 erschienene Bücher wurden eingezogen, wenn das Thema nicht paßte, ein Zeichen, daß es gar nicht allein um den Einzug von Erzeugnissen mit NS-Gedankengut ging, sondern um eine generelle Umerziehung,

Gemäß den Grundsätzen der Besatzungsmächte enthielt die komplette Reinigung der deutschen Literatur ab 1948 auch Verbote für germanische Götter- und Heldensagen genauso wie für Bücher über septische Chirurgie, Die deutsche Kurzschrift wurde gnadenlos zur Gefahrenquelle erklärt wie auch das Mitteilungsblatt des deutschen Holzarbeiterverbandes oder Anleitungen für Kleingärtner. Zigarettenbilder für Sammleral-

ben, die eine ganze Schülergeneration fleißig zusammengetragen hatte, wurden massenweise vernichtet und sind inzwischen begehrte Sammlerstücke geworden. Pech hatte auch, wer Lehrbücher für den Boxsport besaß, denn ab 1948 waren auch sie zu vernichten. Der Judo-Sport, ein Gebiet, auf dem die Deutschen vor 1939 führend waren, war ohnehin untersagt.

260 **I. Bücher**

Palais Schönborn, Wien, Sitz der Union Nationaler Journalistenverbände. — Wien: Union Nationaler Journalistenverbände 1943.

Schönborn, Gregor: Kurzgefaßtes Lehr- und Lernbuch für das Maschinenschreiben. — Darmstadt: Winkler.
Ab Aufl. 1933 verboten.

Schönborn, Gregor: Lehr- und Lernbuch für das Maschinenschreiben. — Darmstadt: Winkler 1942.

Schönebeck, Heinrich: Die neuen Vorschriften über die Anstellung von Berufssoldaten und der ihnen gleichgestellten Reichsarbeitsdienstführer in der Gemeindeverwaltung. — Berlin: Dt. Gemeindetag 1939.

Schoeneich, Hans: Blut oder Tinte? Betrachtgn zum volksdeutschen Kampf. — Berlin: Volksbund f. d. Deutschtum im Ausland 1935.

Schoenfeld, Hans: Die Bauernhochschule. — Böhm.-Leipa: Kaiser 1939.

Schönhaber, Wilhelm: Bauer, Volk und Staat. — Berlin: Parey 1935.

Schönhaber, Wilhelm: Einführende nationalsozialistische Staatsbürgerkunde für Bauern und Landwirtschaftsschulen. — Berlin: Parey 1934.

Schönhoff, Heinz-Oskar: Die Ohlenhoffs und ihre Vorfahren. — Leipzig: Anton 1934.

[Schönhoff-]Riem, Ilse Hildegard: Der Getreue des Löwen. — Leipzig: Abel & Müller 1934.

Schönhoff-Riem, Ilse Hildegard: Reise ins Leben. — Stuttgart: Union 1939.

[Schönhoff-]Riem, Ilse Hildegard: Widukind der Sachse. — Leipzig: Abel & Müller 1935.

Schoenichen, Walther: Denkmal- und Naturdenkmalfragen unserer Tage. — Neudamm, Berlin: Neumann 1934.

Schöniger, Josef: Ein schwarzes Manifest gegen die rote Fahne der Sozialdemokratie. — Eger: Buchh. Egerland 1926.

Schönwerth, Alfred: Vademekum des Feldarztes. — München: Lehmann 1914.

Schöny, Otto: Bolschewismus contra Bolschewismus. — Berlin: Zentralverl. 1920.

Schönzeler, Hans: Sowjet Rußlands Werden. — Cleve: Char 1926.

Schöpflin, Hans: Das Lied vom Nathan. — Leipzig: National-Sozialistischer Freiheits-Verl. um 1920.

Schöpflin, Wilhelm: Unsere Orientfahrt mit dem Dampfer „General von Steuben" vom Norddeutschen Lloyd Bremen. 19. März—12. April 1937. — Hagen: Selbstverl. um 1938.

Schöpke, Karl: Deutsche Ostsiedlung. — Leipzig: Teubner 1943.

Schöppe, Anni, u. Maria Heider: Germanische Götter- und Heldensagen. — Paderborn: Schöningh 1934.

Schörcher, Fritz: Septische Chirurgie und Feld-Chirurgie. — Leipzig: Thieme 1944.

Schöttler, Hans: Das artgemäße Christusbild, wie es uns Ariern der Evangelist Lucas gezeichnet hat und wie es dem deutschen Christenvolke im Herzen leben soll. — Bonn: Bonner Univ. Buchdr. 1937.

Schötz, Hermann: Nach 40 Jahren. — Wiesbaden: Bechtold 1934.

Schoke, Arthur, u. Wilhelm Missalek: 275 Diktate in Aufsatzform. — Breslau: Priebatsch.
Ab 6. Aufl. 1933 verboten.

1948 wurden auch Götter- und Heldensagen aus der Germanenzeit als genauso gefährlich eingestuft und verboten wie chirurgische Bücher oder Lehrbücher für das Maschinenschreiben.

Der dritte und letzte Nachtrag erschien am 1. April 1952, dieses Mal bereits vom Ministerium für Volksbildung der Deutschen Demokratischen Republik ausgegeben.

Zu den nun auch noch zu vernichtenden gefährlichen Literaturstücken gehörten so entscheidende Zeitschriften wie *Der bayrische Viehhändler,* Ein pikanter Eintrag auf der Verbots liste war Henri NANNEN. Obwohl der linksstehende »Kraftprotz des deutschen Nachkriegsjournalismus« (*Süddeutsche Zeitung)* mit Lizenz der Alliierten bereits 1948 aus der Jugendzeitschrift *Zickzack* die Illustrierte *Stern* ins Leben gerufen hatte, wurde noch fünf Jahre später sein Buch *Störungsfeuer von M17* aus dem Jahre 1943 verboten und zur Vernichtung bestimmt.

Insgesamt wurden schließlich etwa 35000 Titel »ausgemerzte Diese Zahl ist noch um einiges nach oben zu korrigieren, da man über ganze Bücherreihen und Zeitschriften »Gruppenverbote< verhängte, die dann für alle Auflagen, Ausgaben und Jahrgänge (bei Zeitschriften) galten.

Bescheiden urteilte man bei der »Deutschen Verwaltung für Volksbildung«, »daß die vorliegenden Listen der auszusondernden Literatur sehr zur Bereinigung der deutschen Literatur beitragen werden«.

Wegen der äußerst breit angelegten Literaturvernichtungen kam es zu umfangreichen Einsprüchen von Verfassern und Verlegern, die sich zu Unrecht verfolgt fühlten. Bis 1948 gelang es immerhin, 10 Bücher von bis dahin über 30000 Einzelverboten wieder zugelassen zu bekommen, was einer Erfolgsquote von 0,03 Prozent entsprach - ein symbolischer Wert, der an die Ergebnisse von Wahlen in Diktaturen erinnert. Betroffene sprachen deshalb von einem »Hexenhammer der deutschen Literatur« in Analogie zur berüchtigten Anti-Hexen-Anleitung des Mittelalters.

Zahlreiche in den Verbotslisten aufgeführte Titel rufen beim heutigen Beobachter Unverständnis bis Schmunzeln hervor. Dies soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir es hier mit einer systematischen Vernichtung deutscher Literatur zu tun haben, die weit vor die Zeit des Dritten Reiches zurückging und die sämtliche Lebensbereiche von der Kindererziehung bis hin zum Roman umfaßte. Es wird wohl nie bekannt werden, wie viele Millionen Bücherbände und Zeitschriften der über viele Jahre durchgeführten systematischen Vernichtungsaktion zum Opfer fielen, die auf harmloses Kinderspielzeug genauso wenig Rücksicht nahm wie auf wertvollste Fachbücher in Universitätsbibliotheken.

Der »Hexenhammer der deutschen Literatur« hatte anders als sein Vorgänger im Mittelalter gleich drei Nachträge. **Friedrich Georg**

Zum Schicksal Stettins 1945

Im Rahmen des Raubes der deutschen Ostgebiete nimmt die Stadt Stettin an der Oder eine besondere Rolle ein. Sie wird im allgemeinen in der Öffentlichkeit als im Potsdamer Protokoll - es war kein Abkommen und kein Vertrag! — wie das übrige Ostdeutschland unter polnische Verwaltung gestellt und wie das sogenannte Oder-Neiße-Gebiet dann als spätestens 1990 an Polen abgetretenes Land angesehen.

Doch das ist falsch. Richtig ist, daß die Stadt Stettin im wesentlichen westlich der Oder liegt und deswegen nicht zu dem in Potsdam 1945 unter polnische Verwaltung gestellten sogenannten Oder-Neiße-Gebiet gehört. Daher blieb sie auch 1945 zunächst bei der Sowjetzone, wurde von dem deutschen Oberbürgermeister Otto WIESNER verwaltet und nicht Wärschau **Unterstedt.** Erst nach einigem Hin und Her wurde sie am 5. Juli 1945 von Polen übernommen.

Im Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945[1] wurde im Abschnitt »IX. Polen« festgestellt: »Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft., , unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser **H**insicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.«

Im Potsdamer US-Konferenzprotokoll vom 25,Julil945 heißt es dazu: STAIJN: »Sobald die Ernte (1945) vorüber ist, werden die Polen sie (die Deutschen) evakuieren. CHURCHILL sagte, sie sollten dies nach seiner Auffassung nicht tun. STALIN antwortete, daß die Polen nicht danach fragten, sondern täten, was sie wollten.«[2]

Über die Abtretung des westlich der Oder gelegenen Stettin wurde also in Potsdam nichts festgelegt. Auch später wurde das Potsdamer Protokoll nie ergänzt oder erweitert, insbesondere nicht für den Fall der Stadt Stettin. Wenn Warschau sich nicht einmal auf die »Verantwortung«, ein »Abkommen« oder gar einen »Auftrag« der Alliierten aus Potsdam zur Besetzung Ostdeutschlands und zur Vertreibung der Deutschen berufen kann, so gilt das noch stärker für Stettin und sein Gebiet westlich der Oder.

[1] Grabert-Verlag (Hg.), *Ja/ta—Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas,* GrabeRT, Tübingen 1985, S. 56-72; Heinrich VON SIEGI.HR, *Dokumentation zur Deutschlandfrage,* Bd. 1, Bonn-Wien-Zürich T970, S. 34-46.



Stettin, die Hauptstadt Pommerns, war im Frühjahr 1945 neben Kolberg und Königsberg eines der Hauptziele der alliierten Luftwaffe. Aus: Heinz SCHÖN, *Die letzten Kriegstage. Ostseehäfen 1945*, Motorbuch, Stuttgart 1995.

Zudem wurde in Abschnitt »XlLl. Ordnungsgemäße Überfuhrung deutscher Bevölkerungsteile« des Potsdamer Protokolls festgelegt, daß die »Ausweisung« oder »Überführung« der Deutschen aus den Ostgebieten »in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll«. Die schon vor und während der Potsdamer Konferenz eingerissenen >wilden< Vertreibungen sprachen dem jedoch wie die später auf Behördenbefehl erfolgten mit ihren Millionen Todesopfern in jeder Weise hohn.

Imjuli 1945 übernahm Polen die Stadt Stettin mit ihrem westlich der Oder gelegenen Umland, und die Vertreibung der Deutschen begann. Systematisch wurden vor allem Polen, die aus dem an die Sowjetunion abgetretenen >Ostpolen< stammten, in Stettin angesiedelt. Das war eine völkerrechtswidrige Annexion mit Umvolkung mitten im Frieden und ohne Zustimmung der Westmächte. Da es keine zuständigen deutschen Behörden gab, konnten Deutsche dagegen zunächst nicht wirksam protestieren. Die später zuständige sowjethörige DDR erkannte im Görlitzer »Freundschafts-Vertrag« über die »Friedensgrenze« vom 6. Juni 1950 auch den inzwischen von Polen geschaffenen Zustand in Stettin an. Der deutsche Bundestag protestierte dagegen am 13. Juni 1950 mit einer interfraktionellen Erklärung seines Alterpräsidenten Paul LOBE. Im Jahre 1956 unternahm die DDR Vorstöße in Warschau zur Rückgabe von Stadt und Hafen Stettin, da die vorhandenen Ostseehäfen für die Ausfuhr der DDR

nicht ausreichten, fand aber in Polen keine Gegenliebe. Polnische Feststellungen, daß Stettin eine polnische Stadt und wie Ostdeutschland rechtmäßig polnisches Land sei,[3] gehen also an der historischen und völkerrechtlichen Wirklichkeit vorbei.[4]



Das Stettiner Tor in Pyritz im Umland von Stettin. Hier taufte OTTO VON BAMBERG unter dem Schutz des deutschen Kaisers bereits 1124 die ersten Pommern, Aus: Bernd C. LÄNGIN *Deutsche Bilder,* Weltbild, Augsburg 1990.

Auch zeitgenössische polnische Behauptungen, daß Stettin in früheren Jahrhunderten »Grenzstadt« gewesen sei,[5] sind falsch. Stetyn war nie Grenzstadt, sondern Hauptstadt und Residenzstadt von Pommern mitten in diesem Land. Es ging aus einem wendischen Ort hervor, der erstmals als Stetin unter den sächsischen Kaisern erwähnt wurde. Hier predigte 1124-1128 Bischof OTTO VON BAMBERG das Christentum, 1140 wurde das Bistum Wollin gegründet, das 1176 nach Cammin verlegt wurde. Um diese Zeit begann die verstärkte Einwanderung der Deutschen in das bis zur Völkerwanderung schon einmal germanische Land. 1243 wurde Stettin Stadt und erhielt Magdeburger Stadtrecht. Seit 1278 war es Mitglied der Hanse. Spätestens seit Mitte des 13. Jahrhundert war es also eine deutsche Stadt des Deutschen Reiches, von Deutschen bewohnt, mit kurzer schwedischer Vorherrschaft von 1637—1720 und französischer Besetzung von 1806 bis 1813. 1939 hatte es 383000 Einwohner. Die vorher unabhängigen pommerschen Herzöge KASIMIR und BOGISIAW wurden im Jahre 1181 von Kaiser FRIEDRICH **I,** als Reichsfürsten anerkannt und mit der Fahne des Landes belehnt, das gleichzeitig als Lehen an Markgraf OTTO I. von Brandenburg kam. Seitdem war Pommern für mehr als 750 Jahre Teil des Deutschen Reiches.

Rolf Kosiek

[2] Zitiert von Winfried KÖNIG, Münster, in Leserbrief »Stettin lag westlich der Oder-Neiße-Linic«, in: *Frankfurier Allgemeine Zeitung,* 9. 11. 1995.

' So der frühere polnische Außenminister Krzvsztof SKUBISZEWSKI, in »Neue Perspektiven im Verhältnis zu Polen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 24. 10. 1995,

[4] Gutachten von Prof. Dr. Otto KIMMINICH, *Vertreibung:* R*echt gegen Recht, Unrecht gegen Unrecht*?, Münster 1995.

[5] Programm des Polnischen Insütuts für eine Vorstellung der »Grenzstadt Stettin/Szesecin« in Düsseldorf 1999.

Morgenthau-Plan - keine Legende

Die Alliierten, insbesondere die Amerikaner, hatten 1945 zum Zeitpunkt ihres Sieges über Deutschland keinen offiziellen Plan, wie sie ihren Gegner behandeln wollten. Es gab eine Reihe von Plänen seit 1941 wie den KAUFMAN-Plan,[1] den NIZER-Plan[2] oder den HootoN-Plan[3] von einzelnen Persönlichkeiten der US-Ostküste, die sich in ihrem Haß gegen alles Deutsche einig waren und das deutsche Volk auf unterschiedliche Weise vernichten wollten. Diese Pläne erlebten als Schriften zum Teil große Auflagen in den USA, wurden teilweise den Spitzen der Besatzungstruppen in Deutschland zur Pflichtlektüre gemacht und hatten zunächst großen Einfluß auf das Deutschlandbild der Sieger, bekamen jedoch keinen offiziellen Anstrich. Dadurch unterschied sich von diesen der MoRGENTHAU-Plan, der bedeutsam in die dann 1945 für Deutschland maßgebliche Direktive JCS 1067[4] einfloß.

Nachdem in den ersten Nachkriegsjahrzehnten die Brutalität des MORGENTHAU-Plans kaum bestritten worden war, begann im Zuge der den Deutschen zunehmend vorgesetzten Vorstellung von der >Befreiung< 1945 seit den achtziger Jahren eine Verharmlosung des MORGENTHAU-Plans. Er sei nur eine »Legende«"[1] gewesen. »Eine Kontinuität von GOEBBELS über Carl SCHMIDT bis zur Gegenwart« bemühe die »MoRGENTHAU-Legende«, »um sich von der Täterseite auf jene der Opfer hinüberzumogeln«, schrieb ein deutscher Historiker am John F. Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin/[6] Selbst in der sonst um Sachlichkeit bemühten *FAT,* erschien - sicher nicht zufällig am 50. Jahrestag der Verhaftung der DONITZ-Regierung — in einem mehrspaltigen Bericht als Zwischenüberschrift »>Morgenthau-Plan< eine Legende«, und es hieß darin: »Indessen

[1] Siehe Beitrag Nr. 343, »»Deutschland muß vernichtet werden*«,

[2] Siehe Beitrag Nr. 344, »Nizer: Was sollen wir mit Deutschland machen?«.

[5] Siehe Beitrag Nr. 345, »Der Hooton-Plan«; Claus NORDBRUCH, *De r deutsche Aderlaß,* Grabert, Tübingen 2001,[2]2003, S. 78.

[4] Siehe Beitrag Nr. 363, »Keine Befreiung Deutschlands«, und Nr. 411, »Reparationen: Morgenthau-PI an, Demontagen, Kunstdiebstahl«.

[5] Bernd GREINER, *Die Alorgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans,* Hamburger Edition, Hamburg 1995. Für frühere Verharmlosungen sei der päpstliche Geheimkämmerer Monsignore Klaus GAMBER, Leiter des Uturgiewissenschaftlichen Instituts in Regensburg, angeführt, der 1967 schrieb, der MORGENTH AU-Plan sei Ausfluß einer »relativ humanen« Haltung der Alliierten gewesen, und es sei eine »Wahnidee«, den Bolschewismus für eine »Bedrohung« zu halten (in: *Courage,* Nr. 1, 1967; zitiert in: *Deutsche Nachrichten* 17. 3. 1967).

[6] Knud KRAKAU, »Nur eine Notbremse«, in: *Die Zeit,* 16. 6. 1995,





Links: VW-Fertigungshalle neben Schutthalden. 1945 war die deutsche Industrie Schrott, dafür das technologische Wissen Spit2e. Aus: SpiegelSpecial, *Die Deutschen nach der Stunde Null. Rechts:* Aushungerung des Volkes durch Hungerrationen für alle Deutschen. Hier Kellerleben 1945.

gab es nie wirklich den vielberedeten >MORGF.NTH AU -Plane Der Name ist eine Legende.«

Das ist falsch. Richtig ist, daß Henry MORGENTHAU jr., am 11. Mai 1891 in New York geboren, als amtierender US-Finanzminister in seinem Ministerium einen Ausschuß unter Harry Dexter WHITE, der später als Sowjetagent entlarvt wurde, einsetzte, um einen Plan für die Nachkriegsbehandlung Deutschlands nach seinen Vorstellungen zu erstellen, da ihm andere Programme zu weich erschienen. Daraufhin wurde ein bereits vorhandenes Handbuch für die Besatzungspolitik zurückgezogen. Eine erste Fassung wurde nach MORGENTHAUS Gesprächen 1944 im Hauptquartier EISENHOWERS, in London und bei **RooSEVELT** noch verschärft und wurde unter dem Namen »Program to prevent Germany from starting a World War III« (Programm, um Deutschland davon abzuhalten, einen Dritten Weltkrieg zu beginnen) bei der Kriegskonferenz in Quebec am 15. September 1944 von ROOSEVELT und CHURCHILL unter-

Günther GILLESSEN, »Zwischen Morgenthau und Eingliederung«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 23. 5. 1995, S. 8.

schrieben. Danach sollte die Industrie Deutschlands völlig demondert und das Reich in ein reines Agrarland umgewandelt werden, das Ruhrgebiet sollten die Sowjets erhalten. Das hätte den Hungertod von Millionen Deutschen und praktisch die Vernichtung des deutschen Volkes zur Folge gehabt."



Henry MORCENTHAU jr.

Als die Ungeheuerlichkeiten dieses von den beiden westlichen Staatsführern abgesegneten Planes in den USA bekannt wurden, erhob sich in deren Öffentlichkeit und in Ministerien ein so großer Protest, daß **RooSE-**VELT keine andere Möglichkeit sah, als sich öffentlich von dem MORC,EN-THAU-Plan zu distanzieren. MORGENTHAU behielt dennoch großen Einfluß auf die US-Präsidenten ROOSEVELT und TRUMAN und setzte Wesentliches seines Programms durch. Der Plan wurde ab Herbst 1944 mehrere Monate lang überarbeitet und ging im Frühjahr 1945 mit seinen wesentlichen Teilen - insbesondere der Zerstückelung und Amputierung des Reichs, der Vernichtung der deutschen Elite durch Kriminalisierung und Amtsenthebung, der Aushungerung des deutschen Volkes durch Hungerrationen für alle Deutschen, den bis in die fünfziger Jahre durchgeführten Demontagen, dem Prinzip der Non-Fraternization - in die zur Regierungsvorschrift werdende Direktive JCS 1067 ein, die am 10. Mai 1945 dem US-General GM übergeben wurde und bis Mitte 1947 für die westalliierte Besatzungspolitik in Deutschland verbindlich war.[9] Wenn MOR-



Das Prinzip der Non-Fraternization wurde in den ersten Besatzungsmonaten streng eingehalten.

M Hermann SCHILD (Hg.), *Das Morgenthau-Tagebuch. Dokumente des Anti-Germanismus,* Druffel, Leoni 1970, mit dem Wordaut des MORGENTHAU-Plans und der Geschichte seiner Entstehung sowie Umsetzung; John Morton BLUM, *Deutschland ein Ackerland—Morgentbau und die amerikanische Kriegspolitik 1941—1945*, Düsseldorf 1968.

[9] NORDBRUCH, aaO. (Anm. 3), S. 73-78.

GENTHAUS enger Freund ROOSEVELT nicht im April 1945 gestorben wäre und in Harry S. TRU.MAN einen pragmatischeren Nachfolger gehabt hätte, wäre wohl noch Schlimmeres aus den Haßvorstellungen **MORGENTHAUs** auf Deutschland zugekommen.

MORGENTHAU selbst konnte befriedigt in seinem Buch *Germany is our Problem* schreiben: »Die grundlegenden Prinzipien des Programmes haben den amtlichen Standpunkt der Regierung der Vereinigten Staaten repräsentiert.«[1"] Und der *Spiegel* urteilte ähnlich über MORGENTHAU:[11] »Er konnte seine extremen Vorstellungen (>MoRGENTHAiJ-Plan<) nicht voll durchsetzen, aber ein Teil seiner Ideen bestimmte doch den Kurs der amerikanischen Besatzungspolitik. MERGENTHAUS Handschrift verriet auch die Direktive JCS 1067, die der US-Generalstab für die Besatzungsarmee erlassen hatte.«

Als MORGENTHAU am 6. Februar 1967 verstorben war, urteilte der *Spiegel in* seinem Nachruf auf den »Enkel eines jüdischen Zigarrenhändlers aus Mannheim«: »Er wollte das schöne Deutschland verderben, seine Gruben schließen und seine Hochöfen löschen, seine Junker enteignen und seine Nazis erschießen — ohne Urteil. Das Dichtervolk sollte Rüben ziehen und Rindvieh züchten - ohne Gnade.«[12]

Eine Verharmlosung des **MORGENTHAU**-Plans und seiner Wirksamkeit stellt also eine offensichtliche Geschichtsfälschung dar. **Rolf Kosiek**

»JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenzte Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die deutsche Wirtschaft irgendwie wiederherzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchstmögliche Steigerung der landwirtschafdichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. .. Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem Gerät, Autos und schweren Maschinen hergestellt werden. Nur die Fertigung leichter Verbrauchsgüter und die Kohleförderung waren zu unterstützen. Große wirtschaftliche Zusammenballungen, Kartelle und karte 11 ähnliche Organisationen mußten aufgelöst werden... (Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen Karthago-Frieden zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.«
General Lucius D. GAY, zitiert in TRI-,ES u.a. (Hg.), *Stunde Null in Deutschland,* Droste, Düsseldorf 1978.

[1(] Henry MORGENTHAU jr., *Germany is our Problem,* 1945, S. XII; zitiert nach NORDBRUCH, ebenda, S. 75.

[11] »Ökonomische Idioten«, in: *Der Spiegel,* Nr, 48, 20. 11, 1972, S. 27.

[12] *Der Spiegel,* Nr. 8, 13. 2, 1967, S. 91.



Bundesrepublik

Demonstration an der Berliner Mauer im August 1 961. Westberliner Jugendliche tragen ein Kreuz mit der Aufschrift »Wir klagen an«. Die Ostberliner Polizei setzt Wasserwerfer gegen die Demonstranten ein, die Westberliner Polizei antwortet mit Tränengas. Aus: *Illustrierte Geschichte Deutschlands,* Augsburg 1988, Die im Herbst 1989 vom Volk getragene und vorangetriebene Entwicklung ist nicht mehr zu stoppen - auch nicht von dem zunächst kritisch eingestellten Helmut KOHL, der lediglich auf den abgefahrenen Zug aufspringt und daher nicht als Kanzler der deutschen Einheit angesehen werden kann.

Adenauer wollte scharfe Entnazifizierung

Als Bundeskanzler hat Konrad ADENAUER eingesehen, daß ein Wiederaufbau Westdeutschlands ohne die fachliche Erfahrung der vielen >Nazis< und Soldaten der Deutschen Wehrmacht nicht möglich war. Er hat deswegen stark dem Nationalsozialismus verbunden gewesene Persönlichkeiten wie Hans GLOBKE (1898—1973, Kommentator der Nürnberger Gesetze, 1953—1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt) trotz vielfacher Angriffe behalten und mit dem »131er Gesetz« die Entnazifizierung und Wiedergutmachung für Beamte verhältnismäßig sachlich beendet.

Vorher hatte er offenbar eine andere Ansicht über die >Nazis<, die er insbesondere bei seiner ersten Einvernahme durch die amerikanische Besatzungsmacht im April 1945 geäußert hat, wie durch ein 2007 veröffentlichtes Dokument bekannt wurde.[1] Der später in der Berliner Politik - unter anderem als Berliner CDU-Abgeordneter von 1971 bis 1979 - mächtige und einflußreiche Jurist Ulrich BIEL (1907—1996), der im damals noch selbständigen Charlottenburg als Ulrich BIELSCHOWSKYgeboren war und nach früherer Emigration schon 1945 im Rangeines US-I Iauptmanns mit den alliierten Truppen nach Deutschland zurückgekommen war, suchte 1945 als Berater des US-Generals PATTON zur Mitarbeit mit der Besatzungsmacht bereite und fähige Verwaltungsbeamte und entdeckte dabei ADENAUER. Dieser schrieb darüber in seinen Erinnerungen

[1] Martin OTTO, »Adenauers Entdecker«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 15. 5. 2007, S. 13.





Konrad ADENAUER 1945: *links* als Oberbürgermeister von Köln an seinem Schreibtisch; *rechts* beim Besuch einer Dachziegelfabrik.

nur: »Nach einigen Tagen (nach dem US-Einmarsch in Rhöndorf, ADENAUERS Wohnsitz im April 1945, R. K.) suchte mich ein amerikanischer Offizier, ein deutscher jüdischer Emigrant, der meinen Namen kannte, auf, um zu sehen, ob ich noch am Leben sei. Wenige Tage darauf kamen amerikanische Offiziere, die mich aufforderten, nach Köln zu dem dortigen Kommandanten zu kommen und die Verwaltung der Stadt zu übernehmen.«[2] Tatsächlich wollte der Besucher sich ein Bild davon machen, ob und wie ADENAUER politisch in die alliierte Verwaltung einzubauen sei, und die dann zu ADENAUER gekommenen Offiziere handelten auf BIELS Empfehlung.



Bundeskanzler Konrad ADENAUER und sein Adlatus Hans GLOBKE *(links)*.

Erst nach Jahrzehnten wurde im Frühjahr 2007 über diesen Besuch eine Abschrift des Berichts, den BIEL 1945 für seinen Vorgesetzten angefertigt hatte, in den Akten der für Ordensverleihungen zuständigen Berliner Senatskanzlei gefunden. Danach suchte BIEL den späteren Bundeskanzler zweimal, und zwar am 16. und 17. April 1945, auf. Er gelangte in den längeren Gesprächen mit diesem zu der Ansicht, daß der »ungekrönte König des Rheinlands« - damals 69 Jahre alt - noch im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte sei. Er sei ein zu bedeutender Mann *(»too big a man«)*, um nur als Berater für die US-Army zu wirken, und solle in die »geplante Zonen- oder nationale Regierung« eingebaut werden.

Insbesondere erwies sich nach diesen Aufzeichnungen ADENAUER damals als Vertreter einer radikalen Entnazifizierung. Er unterstützte die in Köln verfolgte harte Linie, alle Parteimitglieder aus ihren Ämtern zu entfernen *(»kicking out allparty members and objects«)*. Die Amerikaner sollten nach seiner Meinung alle NSDAP-Mitglieder beseitigen *(»eliminate«)*, »was immer ihre Entschuldigungen sein mögen«. ADENAUER nannte dazu auch Zahlen: 9 Prozent der Bevölkerung, aber 95 Prozent der Richter und 91 Prozent der Rechtsanwälte seien Parteimitglieder gewesen. Er vertrat auch Maßnahmen gegen alle *»non-Nazis and non-ardent-sympathizers«*, die seit 1933 großen Nutzen gezogen hätten, obwohl sie *»smart«* genug gewesen seien, der Partei nicht beizutreten. Allerdings würde eine Verfolgung der vielen Mitglieder der großen NS-Organisationen wie der NS-Volkswohlfahrt, des NS-Winterhilfswerks oder des NS-Kraftfahrkorps nach seiner Ansicht »absolut unmöglich« sein. ADENAUER empfahl einen deutschen Bundesstaat, sprach sich dabei jedoch gegen Berlin aus, wo keine zentralen alliierten Stellen errichtet werden dürften.

So wird also die preußenfeindliche Grundhaltung[1] des ersten westdeutschen Bundeskanzlers durch dieses neue Dokument bestätigt.

Rolf Kosiek

[1] Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1945-1953*, Fischer, Frankfurt/M.-Hamburg 1967, S. 15.

[5] Beitrag Nr. 418, »Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung«.

AA vernachlässigt verurteilte deutsche Kriegsgefangene

Nach mehrjähriger Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion wurden 1949/50 dort rund 27000 deutsche Kriegsgefangene unter dem Vorwurf, Kriegsverbrechen begangen zu haben, zusätzlich zu 25 Jahren »Arbeits- und Erziehungslagen verurteilt. Größtenteils kamen sie erst 1955 nach ADENAUERS Besuch in Moskau frei,[1] nachdem bereits viele von ihnen an den unmenschlichen Bedingungen verstorben waren. Noch während der betreffenden Verhandlungen in Moskau wurden sie von Bu LG AN IN als »Verbrecher« bezeichnet.'

Doch diese Bezeichnung ist falsch. Schon um 1950 stand insbesondere aufgrund von Heimkehreraussagen und wissenschaftlichen Untersuchungen fest, daß diese Verurteilungen willkürlich und ohne jede Berechtigung ausgesprochen worden waren. Die weitaus größte Zahl der so Verurteilten hatte sich keines Verbrechens schuldig gemacht. Von verschiedenen Kreisen, vor allem vom westdeutschen Heimkehrerverband, setzten daraufhin Bemühungen zur Aufklärung darüber ein. Nach dem Umsturz im Osten nahm in den neunziger Jahren auch Moskau Rehabilitationen der unberechtigt Verurteilten vor.[1]

Bedauerlicherweise unterstützte das bundesrepublikanische Auswärtige Amt (AA), vor allem unter der langen Amtsführung der FDP-Außenminister Walter SCHEEL und Hans Dietrich GENSCHER, die Aufklärung dieses Sachverhalts und eine sachliche Dokumentation nicht, sondern behinderte sie sogar. Ein Betroffener stellte dazu fest:[3] »Für das AA wäre es u. E. später möglich gewesen, Schritte zur Rehabilitierung von uns Verurteilten einzuleiten. Aber das Gegenteil geschah. Als eine vom Innenministerium eingesetzte wissenschaftliche Kommission, welche die Kriegsgefangenen-Geschichte schreiben sollte, an unsere Nachkriegsprozesse heranging, stoppte das AA die Arbeit unter dem Vorwand, diesen Abschnitt selbst übernehmen zu wollen. Bei diesem Stopp ist es gebheben. Die Dokumentation ist ohne Darstellung unserer Prozesse herausgekommen (1962—1974 in 22 Bänden erschienen, seit 1975 allgemein zugänglich). Die GENSCHER-Ära brachte keinen Wandel. Trotz der günstiger werdenden Weltmeinung hat man im AA nicht ernsthaft daran gedacht, die Verweigerungstaktik gegenüber uns Kriegsverurteilten aufzugeben, son-

[1] Siehe Beitrag Nr. 422, »»Adenauer und die Gefangenen in der Sowjetunion«.

[2] Siehe Beitrag Nr. 423, »Waren die Spätheimkehrer aus der Sowjetunion »Kriegsverbrecher<?«

[3] Leserbrief Dr. M. LANG, Karlsruhe, in: *Die Weit,* 15. 4. 1985.



Während seines Moskau-Besuches wird Konrad ADENAUER am 11. September 1955 von Mitgliedern der sowjetrussischen Regierung empfangen. *Von links:* Nikolaji BULGANIN, Konrad ADENAUER, Nikita CHRUSCHTSCHOW und Carlo SCHMID.

dern man hat sich, wenn eine Stellungnahme unumgänglich war, auf nichtssagende Floskeln zurückgezogen. So haben die »Kriegsverbrechen ihre Angelegenheit selber in die Hand genommen.«

Der Leserbriefschreiber drückte seine Enttäuschung über dieses pflichtvergessene Verhalten des Bonner Auswärtigen Amtes gegenüber den so schwer vom Schicksal betroffenen deutschen Soldaten aus und wies dann darauf hin, daß in einer Ergänzungsschrift von 1983 die sowjetischen Kriegsverbrecherprozesse nach Ursprung, Zielsetzung, Verfahren und Strafvollstreckung nochmals untersucht worden seien. Dabei habe mit inzwischen viel umfangreicher gewordenem Material die bisherige Beurteilung der sowjetischen Prozesse als reine Siegerwillkür bestätigt und untermauert werden können.

Im Mai 1984 hat das Präsidium des westdeutschen Heimkehrerverbandes in einer öffentlichen Erklärung festgestellt, daß die Urteile der sowjetischen MWD-Tribunale gegen deutsche Kriegsgefangene nicht anerkannt werden könnten und als rechtsunwirksam zu betrachten seien. Der Verband hat dann auch den Deutschen Bundestag gebeten, eine Rehabilitierung der Verurteilten auszusprechen, was an sich schon längst dessen Aufgabe gewesen wäre, aber auch dann (mindestens bis Frühjahr 1985) nicht erfolgte.

Während der Deutsche Bundestag wie das Auswärtige Amt sich bis dahin und in der folgenden Zeit mit Erklärungen zu deutscher Schuld und Reue wahrlich nicht zurückhielten und diese immer wieder unnötig erneuerten, ließen sie es bezeichnenderweise an ihrer Sorgfaltspflicht für

die deutschen Soldaten sehr fehlen, die für ihr Vaterland eingetreten und unschuldig von den Sowjets zu »Kriegsverbrechern« erklärt worden waren. Die Tatsache der jahrelangen Geheimhaltung der wissenschaftlichen Untersuchung über die Kriegsgefangenenschicksale deutscher Soldaten in alliiertem Gewahrsam Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre des vergangenen lahrhunderts — damit auch noch Jahrzehnte nach Kriegsende — weist in dieselbe Richtung.[4]

In diesem Zusammenhang ist auch die Haltung des dafür zuständigen AA bei der Rückkehr der von den Sowjets als »Schwerst-KriegsVerbrecher« bezeichneten 749 deutschen Kriegsgefangenen zu erwähnen, wie sie unter anderem in der verdienstvollen Dokumentation von Günther KOWALCZYK beschrieben ist.[5] Von diesen entfielen 476 auf Westdeutschland.

Als am 14. Januar 1956 der Zug mit plombierten Gütenvagen, bewacht von Rotarmisten, mit 452 dieser von den Sowjets nicht amnestierten Kriegsgefangenen und politischen Häftlinge in Herleshausen einlief, war der Bahnhof von westdeutscher Polizei weiträumig abgesichert. Keine wartenden Angehörigen wurden zugelassen. Kein Wort der Begrüßung erfolgte. Un-



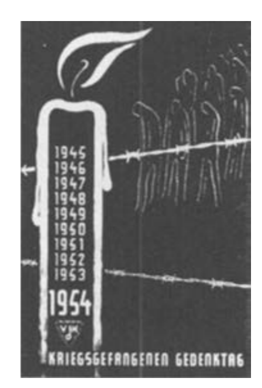


Oben: Zahlreiche deutsche Kriegsgefangene wurden in den Jahren 1945/50 in öffentlichen Prozessen - hier in Minsk - als angebliche Kriegsverbrecher zum Tode oder zu 25 Jahren Arbeitsbesserungs-Lager verurteilt. Unten: Der Linolschnitt eines Spätheimkehrers dokumentiert eine typische Verhörsituation im sowjetrussischen Kriegsgefangenenlager. Beide Abbildungen aus: *Kriegsgefangene*, Droste, Düsseldorf 1995.

[4] Siehe Beitrag Nr, 686, »Bonn sperrt Kriegsgefangenen-Dokumentation«,

[5] Günther KOWALCZYK, *»749 Schwerst-Kriegsverbrecher«, ein Kapitel deutschen Leidens unter der Stalin-Justiz,* Siegburg 2001.

ter Polizeibegleitung wurden die Heimkehrer zu Bussen geleitet. Diese fuhren unter Polizeischutz mit einem Panzerspähwagen des Bundesgrenzschutzes an Spitze und Ende nicht ins Lager Friedland, wo sonst die Glocke zur Ankunft läutete, sondern in die Bundesgrenzschutzkaserne in Hannoversch-Münden.



Plakat des Heimkehrerverbands mit dem Aufruf, 1955 die Kriegsgefangenen nicht zu vergessen, die sich immer noch in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befinden.

Auch dort erfolgte kein Wort herzlicher Begrüßung, sondern der Legationsrat HERGT vom AA verlas eine sachliche Erklärung, wonach die Bundesrepublik den Sowjets zugesagt habe, daß deutsche Justizbehörden die Taten überprüfen würden, »welche Ihnen von den sowjetischen Behörden zur Last gelegt worden sind«.[6]

Diese beschämende Empfangsregelung war schon am 22. Oktober 1955 im AA vereinbart worden: »Falls die Nichtamnestierten in einem geschlossenen Transport kommen sollten, werden sie ohne Begrüßungsfeierlichkeiten in Herleshausen in die Busse geleitet.. . In der Grenzschutzkaserne Hann.-Münden werden diese Personen vom Lagerleiter auf die Formalitäten hingewiesen, und er verliest die abgesprochene Erklärung,«"

Die westdeutschen Beamten des AA hielten sich daran. Die Presse wurde dringend vom AA gebeten, »die delikate Angelegenheit, die dieser Transport darstellt, in ihrer Publikation auch delikat zu behandeln«.[8]

Eine Auflistung der kriminellen Vorwürfe wurde später von den Sowjets nie geliefert. Die zeitraubende gründliche westdeutsche Vernehmung und Überprüfung der einzelnen Fälle erwies die Unschuld dieser Heimkehrer. Erst danach kamen sie in den Genuß der Heimkchrerrechte.

Noch schlimmer erging es den am 17. Dezember 1955 in Frankfurt/Oder der DDR überstellten 275 Nichtamnestierten: Sie wurden von dem tiefgestaffelt durch Volkspolizei mit Maschinengewehren und Hunden abgeriegelten Grenzbahnhof sofort im Zug über geräumte Bahnhöfe und abgesicherte Strecken ins Zuchthaus Bautzen überführt.[9] Dort wurde ihnen eröffnet, daß die Volkspolizisten Schießbefehl bekommen hatten. Wochenland wurden sie noch in Bautzen festgehalten und verhört, bevor sie in Freiheit kamen.

So sahen für diese unschuldig mehr als ein Jahrzehnt als Gefangene und Verurteilte gehaltenen Soldaten der Beginn der Freiheit und der Dank des Vaterlandes aus.

Rolf Kosiek

" KOWALCZYK, ebenda, S. 11,

[7] Ebenda, S. 12, ziuert aus: AA 204-514-01/76/4195/55.

[9] Ebenda, S. 149.

[8] Ebenda, S, 13.

Bonn sperrte Kriegsgefangenen-Dokumentation

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Vergangenheitsbewältigung eine der öffentlichen Aufgaben in Westdeutschland. Auf Befehl der Siegermächte erfolgte sie jedoch sehr einseitig. Dazu kam der vorauseilende Gehorsam der Bundes- und Länderregierungen, alles Deutschland Entlastende möglichst zu verschweigen und zu verdrängen. Die Vergangenheit wurde in der Öffentlichkeit nicht dargestellt, wie sie sich ereignet hatte, sondern durch die verzerrende Sicht der Umerziehung gefiltert. Es ist falsch, solch ein einseitiges Bild als Geschichte auszugeben. Insbesondere wurden die Verbrechen der Sieger verschwiegen.

Ein kennzeichnendes Beispiel für diese Verbrechen an der Geschichte ist das Schicksal der amtlichen Dokumentation über das Schicksal der deutschen Gefangenen des Zweiten Weltkrieges. Im Jahre 1957, als der - angeblich - letzte Heimkehrer aus der Sowjetunion eintraf, wurde auf Anregung des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und auf Betreiben des damaligen Bonner Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte die - anfangs unter anderem Namen laufende - »wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte« in München gegründet. Die Leitung hatte bis zu seinem Tod 1959 der Historiker Hans KOCH. Sein Nachfolger wurde der Heidelberger Historiker Erich MASCHKE, der selbst - 1945 als Stabsoffizier in Gefangenschaft geraten und zu zehn Jahren Straflager verurteilt — erst 1953 als Spätheimkehrer aus Rußland zurückgekehrt war.

Im Jahre 1961 schloß das zuständige Ministerium einen Vertrag mit dem Bielefelder Verleger Werner GLESEKING über den Druck der rund 20 Bände der Dokumentation. Darin wurde dem Verleger der freie Verkauf der Bücher über den Buchhandel zugesagt. Doch dazu kam es später lange nicht.

Nach Auflösung des Vertriebenenministeriums 1969 unter Bundeskanzler BRANDT und der Eingliederung in das Bundesinnenministerium übernahm dieses die Betreuung des Vorhabens, für das erst 30 Einzelbände, dann 22 unter dem Titel *Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges* veranschlagt wurden.

Die Welt schrieb über den Wert des bedeutenden und wichtigen Vorhabens 1974: »In minutiöser Kleinarbeit hat die Kommission Zehntausende von Unterlagen, mehrere hunderttausend Befragungen von Heimkehrern zusammengetragen und 6500 Kriegsgefangenenlager in 23 Ländern erfaßt.«[1]

[1] »Warum Bonn eine Dokumentation sperrt«, in: *Die Welt,* 10. 10. 1974.

Der erste Doppelband, der die Vorgänge in Jugoslawien von 1941 bis 1953 umfaßte, erschien 1962/64, wurde noch ausgeliefert und erregte großes Aufsehen. Er dokumentierte, daß von den rund 200000 in die Hände der **TiTO**-Partisanen gefallenen deutschen Soldaten etwa 80000, also rund 40 Prozent, verschollen blieben und damit größtenteils ermordet wurden. Den sogenannten >Werschetzer Prozessen« von 1949, in denen Gefangene unter Folter zu Schuldbekenntnissen gezwungen worden waren, war auch breiter Raum geschenkt worden. Dagegen hatte Belgrad nur 6215 tote deutsche Gefangene zugegeben,[2]

Daraufhin meldete das inzwischen von Willy BRANDT geleitete Außenministerium Bedenken gegen die Veröffentlichung weiterer Bände an, da solche Darstellungen Verstimmungen bei den östlichen Nachbarn auslösen und die beginnende neue Ostpolitik stören könnten. Insbesondere der Band VII, der 1966 erschien, brachte Aufschlüsse über die sowjetischen Lager, in denen 1,2 Millionen Gefangene, das waren 38 Prozent, verstarben. Ähnliches galt von den Darstellungen über Polen, der Tschechoslowakei sowie für manche der behandelten westeuropäischen Staaten. Die Folge war, daß die inzwischen fertiggestellten Bände - bis 1974 waren es bereits 16 - von der Bundesregierung für die Öffentlichkeit gesperrt wurden: Das Bonner Auswärtige Amt versagte die Vertriebsfreigabe mit Rücksicht auf die Siegerländer. Es wurden jeweils nur 800 Exemplare hergestellt, und die insgesamt rund 12000 Bände im Gesamtwert von knapp einer halben Million Mark verblieben unter Quarantäne beim Bielefelder Verlag Gieseking im Keller für mehr als ein Jahrzehnt, Nur ein Teil durfte an Dienststellen, Bibliotheken, wenige auch des Auslands, und Archive ausgeliefert werden, denen jedoch aufgetragen wurde, die Bände unter Verschluß in >Giftschränken< zu halten. Insbesondere durfte der Buchhandel nicht an interessierte Bürger verkaufen, und ein gewöhnlicher Sterblicher konnte die Werke nicht entleihen. Selbst wenn ein »wissenschaftliches Interesse« nachgewiesen werden konnte, durften die Bibliotheken den jeweiligen Band nur zur Ansicht im Lesesaal herausrücken, nicht aber zum Entleihen nach Hause.[1] Sogar die Verfasser mußten eine Verpflichtungserklärung unterschreiben, daß sie ihre Belegexemplare nicht weitergäben.[4]

Professor MASCHKE sagte dazu um 1970: »Jede Kriegsgefangenschaft ist scheußlich. Es hat da auf allen Seiten wenig schöne Dinge gegeben. Das könnte heute — 25 Jahre nach Kriegsschluß — in den falschen Hals

[2] »Warum Bonn eine Dokumentation sperrt«, ebenda.

[1] Ebenda.

[4] Roland DAMMERS, »Heißes Eisen: Die Gefangenenschicksale«, in: *Schwäbisches Tagblatt,* 18. 2. 1972.

kommen.«[4] Der Kommentator überhöhte noch diese Rücksicht auf die »Verbündeten«: »Diese Wahrheit kann bitter sein. Politische Demagogen könnten sie zu Gift umwandeln. Darum bleibt das harte Los der Gefangenen für die Öffentlichkeit vorerst im Dunkeln.«[4]

Am 6. November 1974 stellte der CDU-Abgeordnete Johann Peter JOSTEN in der Fragestunde des Bundestages die Frage, ob nach Ansicht der Bundesregierung »die Dokumentation >Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs< alle wesentlichen Aspekte des Problems ausreichend berücksichtigt« und ob »nicht — wie bei der Dokumentation der Vertreibung - eine spezielle Dokumentation der an den Kriegsgefangenen in Ost und West begangenen Verbrechen. . . erforderlich« sei. Dabei verwies er auch auf einen einstimmigen Beschluß der Konferenz der deutschen Justizminister vom 27. bis 29. Oktober 1965, die Strafverfolgung der an Deutschen im Zusammenhang mit dem Krieg begangenen Verbrechen durchzuführen.[1]

Der parlamentarische Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Dr. Jürgen SCHMUDE (SPD), antwortete, daß für die SPD-FDP-Regierung in den 18 bisher erarbeiteten Bänden alle Gesichtspunkte genügend berücksichtigt worden seien. Unter Hinweis auf die Entschließung der Justizminister erklärte er, daß die Täter der Verbrechen an Deutschen in der Regel aus dem Ausland stammten und nicht erreichbar seien, daß deswegen die »Ermitdungen praktisch ins Leere« führten. »Bei der Erstellung einer entsprechenden Dokumentation stünde allerdings der Aufwand in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis.« Auf eine Nachfrage des CDU-Abgeordneten Dr. Herbert CZAJA, warum die Bundesregierung nicht die Notwendigkeit einer solchen Dokumentation und die Sammlung des entsprechenden Materials bejahe, meinte SCHMUDE, daß zu den bisherigen Bemühungen um Strafverfolgung »eine zusätzliche Dokumentation, wie sie hier von Herrn Kollegen JOSTEN angeregt worden ist, dazu nicht mehr viel beitragen könnte, insbesondere wenn man den Kostenaufwand berücksichtigt«.

Und dabei blieb es dann auch: Eine solche Dokumentation, die die bis dahin und auch später einseitig geführte Behandlung der Kriegsverbrechen versachlicht und dazu beigetragen hätte, daß nicht allein die Deutschen als Täter hingestellt wurden und werden, wurde nicht erstellt — wegen zu großer Kosten, während für andere unwichtigere Aufgaben genügend Mittel vorhanden waren.

Erst im Jahre 1976, und damit mehr als 31 Jahre nach Kriegsende, wurden die wichtigen Dokumentarbände freigegeben/' nachdem durch

[3] Protokoll der 127. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. 11. 1974.

[6] Lothar K. FROST, »Der >Fritz< und sein hartes Schicksal«, in: *Schwäbisches Tagblatt,* 18. 8. 1976.

die in den sechziger und siebziger Jahren veranstalteten Auschwitz- und Majdanek-Prozesse die deutsche Öffentlichkeit von den Deutschen als Tätern so überzeugt worden war, daß die nun der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Dokumentationen über das schwere Schicksal der deutschen Gefangenen kaum noch zur Kenntnis genommen wurden.

In diesem Zusammenhang sei beispielhaft auf die Odyssee des früheren deutschen Sanitätsunteroffiziers Hermann MARX aus Göttingen erinnert, der 1944 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geriet, vor dem Abtransport nach Sibirien fliehen und in Estland mit Hilfe Einheimischer als angeblicher Holländer untertauchen konnte. Als er sich nach der allgemeinen Amnestie für frühere deutsche Soldaten in der Sowjetunion den russischen Behörden offenbarte, dauerte es noch Jahre, bis er im August 1959 nach Westdeutschland zurückkehren konnte. Man schätzt die Zahl solcher Heimkehrer, die zeitweilig in Rußland untertauchen konnten und später auf legalem Wege nach Deutschland zurückkamen, auf nicht mehr als 30."

Ferner sei auf die Aussage eines deutschen Soldaten hingewiesen, der »das Pech gehabt« hat, »in amerikanischer und sowjetischer Gefangenschaft gewesen zu sein. Ich konnte also einen Vergleich anstellen. Während die Soldaten unserer sogenannten Verbündeten vor unseren hungrigen Kameraden aus vollen Eßgeschirren aßen und die Reste vor unseren Augen auf den Boden schütteten und zertraten, haben die sowjetischen Soldaten immer mit uns das letzte karge Essen geteilt, und die Bevölkerung hatte keinen Haß auf uns«."

In ähnlicher und bezeichnender Weise wurde von den dafür verantwortlichen deutschen Regierungsstellen eine Dokumentation über die Verbrechen der Sieger an den Deutschen1" sowie eine Untersuchung über de wirkliche Zahl der Opfer in deutschen Konzentrationslagern verhindert.[11]

Aktuelle Zahlen über die Kriegsgefangenen beider Seiten im Zweiten Weltkrieg liefert die Broschüre von Alfred ZIPS.[12] Rolf Kosiek

[7] »Nach 16 Jahren aus Rußland zurück«, in: *Deutsche Zeitung,* 26, 8, 1959.

[8] Ebenda.

[9] Hans-Joachim AHRENBERG, Meinerzhagen, Leserbrief, in: *Der Spiegel,* Nr. 19, 5. 5.1969.

[10] Beitrag Nr. ???, »Keine Dokumentationsstelle für Verbrechen an Deutschen«.

[11] Beitrag Nr, ???, »Bundesregierung verhindert Feststellung der KL-Opferzahl«.

,2 Alfred ZIPS, *Kriegsende. 60 Jahre danach. Das Schicksal der Kriegsgefangenen auf beiden Seiten,* Witikobund, München 2007.

Bundesregierung verhindert Feststellung der KL-Opferzahl

Die Vergangenheitsbewältigung war schon in den ersten Jahren der Bundesrepublik wichtige amtliche Aufgabe. Da die meisten Zeitzeugen noch lebten, wäre es leichter als Jahrzehnte später gewesen, die historische Wirklichkeit zu erforschen und zu dokumentieren.

Doch im Gegensatz zu den Verhältnissen nach 1919 in der Weimarer Republik, als alle Reichsregierungen darauf bedacht waren, die im Artikel 231 des Versailler Diktats Deutschland vorgeworfene Kriegsschuldlüge durch Feststellung der geschichtlichen Tatsachen zu entkräften, waren die westdeutschen Bundesregierungen nicht bereit, amtlich die nach 1945 der NS-Regierung angelasteten Verbrechen zu untersuchen, sondern erkannten die Vorwürfe der Sieger ungeprüft an. Fin erster deutscher Versuch der Regierung DÖNITZ, die Wahrheit über die Vorwürfe wegen der Konzentrationslager zu ermitteln, war schon im Mai 1945 von den Alliierten verhindert worden,[1]

Das gilt insbesondere für die Zahl der Opfer in den deutschen Konzentrationslagern. Kurz nach Kriegsende wurden in Fortsetzung der alliierten Kriegspropaganda Zahlen von bis zu 20 oder sogar mehr Millionen Tote der Lager genannt. Auch Ende der fünfziger Jahre wurden unter dem Anspruch der Aufklärung über die Wirklichkeit noch groteske und sich oft widersprechende Opferzahlen in der deutschen Öffentlichkeit angeboten.

So hielt der Oberstaatsanwalt Robert HAFKE auf einer Mitgliederversammlung der Fuldaer SPD im Juni 1959 ein Referat über »Organisation und Strafvollzug in den KZ des Dritten Reiches«. Unter der zweizeiligen Überschrift »Was heute der Jugend keiner mehr sagt: In den KZ wurden elf Millionen Menschen ermordet«, berichtete die Fuldaer Volkszeitung darüber.[2] Fettgedruckt wird in dem Bericht darauf verwiesen, daß der Redner sich ausschließlich auf authentisches Material bezogen habe, das er selbst zusammengetragen habe. Der Oberstaatsanwalt habe vor allem das Thema Auschwitz behandelt, wo täglich 14000 Menschen vergast worden seien. Vier Krematorien mit achtzig Verbrennungsöfen hätten Tag und Nacht gearbeitet. Tausendfünfhundert Menschen seien jeweils in einen Raum zur Vergasung mit Blausäuregas gepfercht worden. Auf

[1] Siehe Beitrag Nr. 238, »Reichsregierung versucht, KL-Verbrechen aufzuklären«.

[2] *Volkszeitung,* Fulda, 26. 6. 1959; zitiert auch in: *Deutsche Wochenzeitung,* 6. 4, 1979.

diese Weise seien allein im Lager Auschwitz 6 Millionen Menschen vergast worden. Insgesamt seien in den deutschen Konzentrationslagern elf Millionen Menschen ermordet worden. »Der Vorsitzende des Ortsvereins der SPD, Max ZWENGER, dankte dem Redner für das hervorragende Referat, insbesondere gehe es darum, die Jugend über den Nationalsozialismus aufzuklären, da sie sich heute weitgehend in Unkenntnis über diese Verbrechen befindet.« Mit gewaltig übertriebenen Zahlen wurde also >Aufklärung< betrieben.

Schon 1956 hatte der jüdische Historiker Gerald REITIJNGER für Auschwitz eine Opferzahl von rund 750000 angegeben, und Raul HILBERG hatte 1961 wie 1985 etwa eine Million genannt,[1] während Sowjets und Polen weiterhin seit dem Nürnberger Prozeß auf vier Millionen Opfern dort bestanden.



Innenminister Gerhard SCHRÖDER.

Weil so unterschiedliche Zahlen im Umlauf waren und die Diskussion darüber in der Öffentlichkeit zunahm, befaßte sich um 1959 eine Konferenz der Innenminister der westdeutschen Länder mit der Frage der KZ-Opferzahl und regte dann an, daß das Bundesinnenministerium alles verfügbare Material sammeln, auswerten und es dann veröffentlichen solle. Die Vertreter des Bundesinnenministeriums versicherten, daß dieses Problem aufgegriffen werde.[4] Der damalige Bundesinnenminister Gerhard SCHRÖDER gab »vor der CDU/CSU-Bundestags fraktion bekannt, daß er die Herausgabe eines »Standardwerkes über die Judenverfolgung in Deutschland« plane, das wissenschaftlich unanfechtbar sei, denn es müsse endlich Schluß gemacht werden mit der Frage, ob es nun zwei, drei, fünf oder sechs Millionen Juden gewesen seien, die umkamen«.[5] Damit hatte er natürlich recht.

Einige Monate später wurde auf einer weiteren Konferenz der Länderinnenminister dieser Auftrag wieder angesprochen. Daraufhin erklärte SchröderR zur Überraschung der Teilnehmer, daß es übergeordnete politische Gesichtspunkte gebe, die es geraten erscheinen ließen, von dem Vorhaben einer Dokumentation über die KZ-Opferzahlen Abstand zu nehmen.*[6] Er hatte wohl von bestimmter Seite den Auftrag bekommen,

[1] Gerald REITILINGER, *Die Endlösung,* Colloqium, Berlin 1956; Raul HILBERG, *Die Vernichtung der europäischen Juden,* Fischer, Frankfurt/M. 1981.

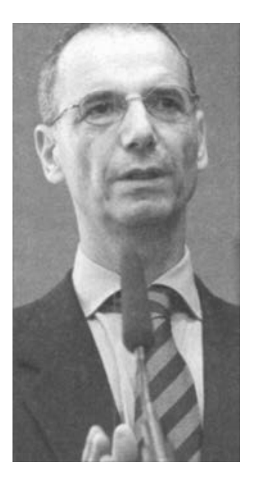
[4] en (Adolf VON THADDEN), »Bergen-Belsen, die >Endlösung< und die Politik«, in: *Deutsche Wochen^itung,* 5. 1. 1979.

[5] Adolf VON THADDEN, *Die verfemte Rechte,* K.W. Schütz, Preußisch Oldendorf 1984, S. 119.

fl Ebenda; ähnlich Adolf VON THADDEN, *Adolf Hitler- Verwandter der Welt;* Deutsche Verlagsgesellschaft, Rosenheiml991, S. 141; »Eine bemerkenswerte Entscheidung«, in: *Deutsche Wochenzeitung,* 16. 7, 1982.

das den Innenministern versprochene Vorhaben zu unterlassen. Die Deutschen sollten also weiterhin mit überhöhten Opferzahlen belastet werden.

Eine amtliche Untersuchung unterblieb also bedauerlicherweise — und das bis heute. Um so mehr wurde dann - vor allem in den Massenmedien — mit weit übertriebenen Zahlenangaben gearbeitet, insbesondere bei den großen KZ-Prozessen in den sechziger und siebziger Jahren, Obwohl neuere Forschungen im Laufe der Zeit die gängigen Opferzahlen stark herabsetzten," allein die von Auschwitz von vier Millionen auf bisher 500000 bis 600000* oder die von Majdanek von 1,5 Millionen auf 200000, blieb die behauptete Gesamtzahl der jüdischen Opfer mit sechs Millionen immer gleich. Es gilt als herrschende Meinung noch, was der Münchener Historiker Michael WOLFSOHN 1991 erklärte: »Die neueste Holocaust-Forschung bestätige, daß der Judenvernichtung in Auschwitz und anderen Orts insgesamt 5,6 bis 5,8 Millionen Menschen zum Opfer gefallen seien,«[9]


Michael WOLFFSOHN.

Dazu meinte er, und er darf sich als Jude diese Kritik an deutschen Historikern leisten: »Mehr Verklemmungen als Verdrängungen prägen in der Bundesrepublik aus verständlichen und keineswegs unsympathischen oder gar böswilligen Absichten die Bemühungen, deutsche Vergangenheit in diesem Sinne zu bewältigen, nicht zuletzt deshalb, weil oft mehr gewertet, geweint und gewollt als gewußt wird. Bekenntnisse wurden wichtiger als Kenntnisse, weil man sich anderenfalls dem »Revisionismus*-, »Faschismus*- oder gar »Antisemitismus*-Verdacht aussetzte. Nur wenige wollten sich freiwillig aus dem Kreis der guten Deutschen hinauskatapultieren.«[10]

Rolf Kosiek

Die bundesdeutsche Tagespresse meldete am 18, Juli 1990, daß der polnische Leiter des Auschwitz-Museums, Frantiszek PIPER, nach seinen Forschungen auf eine bis anderthalb Millionen Todesopfer für Auschwitz komme und die Zahl von vier Millionen auf diese Anzahl herabzusetzen sei.

Jean-Claude PRESSAC, *Die Krematorien von Auschwitz* Piper, München 1994; Fritjof MEYER, »Die Zahl der Opfer in Auschwitz«, in: *Osteuropa,* Nr. 5, 2002, S. 631 -641.

' Michael WOLFFSOHN, »Zahlenspiele mit den Auschwitz-Opfern?« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 9. 1, 1991, S. 10.

[10] Ebenda.

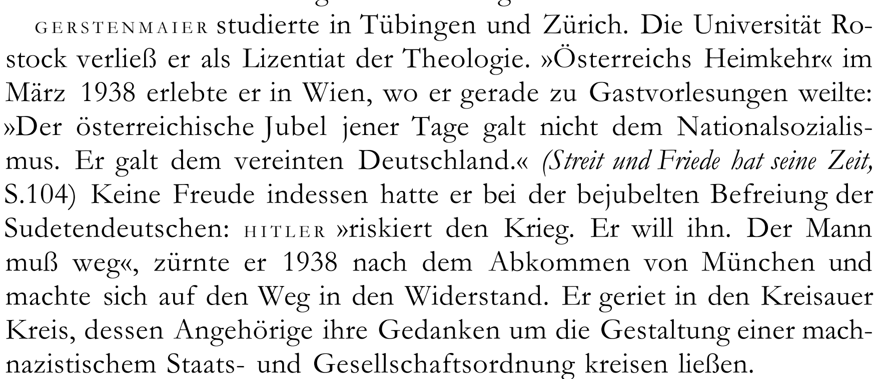
Zur Person Eugen Gerstenmaiers

Eine der einflußreichsten und zugleich schillernsten Persönlichkeiten der frühen Bundesrepublik war Eugen GERSTENMAIER (1906-1986).

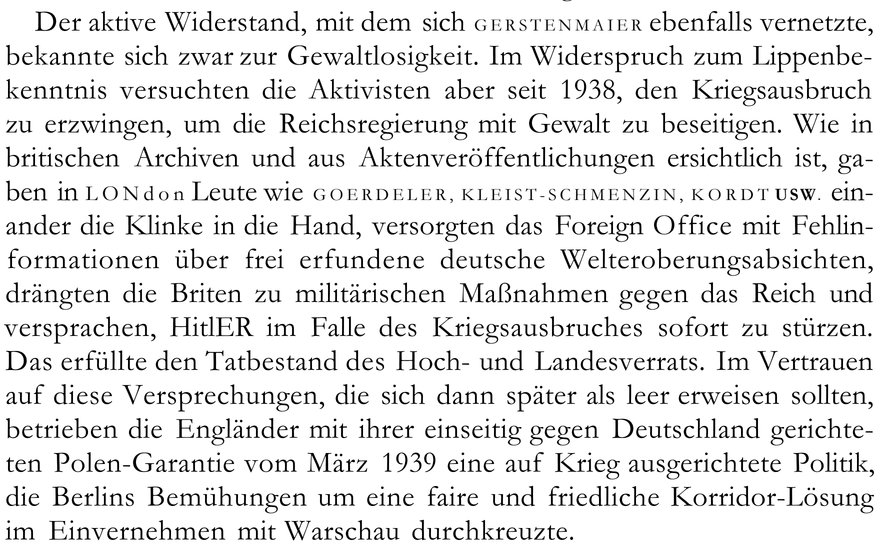
Er wurde am 25. August 1906 als ältestes von acht Kindern eines Klavierbauers in Kirchheim/Teck geboren und verstarb am 13. März 1986 im Alter von 80 Jahren. Der Weg des Württembergers zu Ämtern und Würden bis zum Bundestagspräsidenten war widersprüchlich, und manche Einzelheiten werden gern verschwiegen.



Eugen GERSTENMAIER.



GERSTENMAIER studierte in Tübingen und Zürich. Die Universität Rostock verließ er als Lizentiat der Theologie. »Österreichs Heimkehr« im März 1938 erlebte er in Wien, wo er gerade zu Gastvorlesungen weilte: »Der österreichische Jubel jener Tage galt nicht dem Nationalsozialismus. Er galt dem vereinten Deutschland.« *(Streit und Friede hat seine Zeit,* S.104) Keine Freude indessen hatte er bei der bejubelten Befreiung der Sudetendeutschen: HITLER »riskiert den Krieg. Er will ihn. Der Mann muß weg«, zürnte er 1938 nach dem Abkommen von München und machte sich auf den Weg in den Widerstand. Er geriet in den Kreisauer Kreis, dessen Angehörige ihre Gedanken um die Gestaltung einer machnazistischem Staats- und Gesellschaftsordnung kreisen ließen.



Der aktive Widerstand, mit dem sich GERSTENMAIER ebenfalls vernetzte, bekannte sich zwar zur Gewaltlosigkeit. Im Widerspruch zum Lippenbekenntnis versuchten die Aktivisten aber seit 1938, den Kriegsausbruch zu erzwingen, um die Reichsregierung mit Gewalt zu beseitigen. Wie in britischen Archiven und aus Aktenveröffentlichungen ersichtlich ist, gaben in LONdon Leute wie GOERDELER, KLEIST-SCHMENZIN, KORDT USW. einander die Klinke in die Hand, versorgten das Foreign Office mit Fehlinformationen über frei erfundene deutsche Welteroberungsabsichten, drängten die Briten zu militärischen Maßnahmen gegen das Reich und versprachen, HitlER im Falle des Kriegsausbruches sofort zu stürzen. Das erfüllte den Tatbestand des Hoch- und Landesverrats. Im Vertrauen auf diese Versprechungen, die sich dann später als leer erweisen sollten, betrieben die Engländer mit ihrer einseitig gegen Deutschland gerichteten Polen-Garantie vom März 1939 eine auf Krieg ausgerichtete Politik, die Berlins Bemühungen um eine faire und friedliche Korridor-Lösung im Einvernehmen mit Warschau durchkreuzte.

Als Konsistorialrat arbeitete GERSTENMAIER damals im ökumenischen Referat des kirchlichen Außenamtes, war aber auch in die kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes dienstverpflichtet, hielt Verbindungen zu protestantischen Kreisen des Auslandes und fuhr vielfach ins

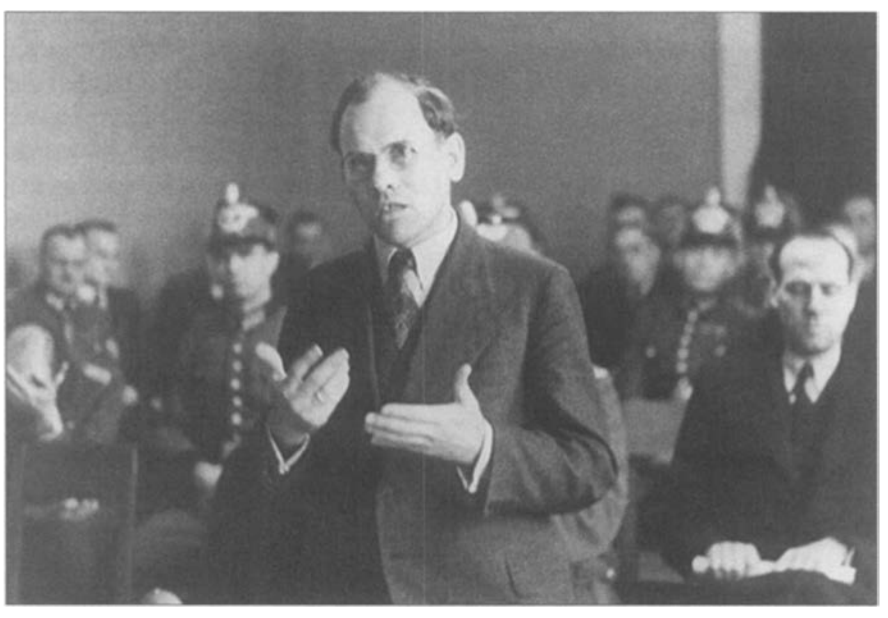
Ausland. Eine wichtige Anschrift für GERSTENMAIER war die Zentrale der Ökumene in Genf, deren Generalsekretär VISSER T'HOOFT Agent des britischen Geheimdienstes war. Als dieser Holländer im Mai 1942 nach London flog, hatte er eine von GERSTENMAIER verfaßte Denkschrift im Gepäck, auf die sich die Verschwörer ein politisches Echo erhofften. CHURCHILL fand das Memorandum »sehr ermutigend«. Die Tatsache, daß er nicht daran dachte, sich für die Denkschrift zu bedanken, gab weder GERSTENMAIER noch dessen Gesinnungsgenossen zu denken.



Willem Adolf VISSER T'HOOFT.

Trotz der vernichtenden Antwort ROOSEVELTS und CHURCHILLS aus Casablanca vom Januar 1943 - Krieg bis zur »bedingungslosen Kapitulation« des Reiches - trat GERSTENMAIER für ein Attentat auf HITLER ein: »Ich habe mich nie viel mit dem Vorwurf auseinandergesetzt, daß ich damit gegen das apostolische Gebot verstoße: >Ein jeglicher sei Untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat<.« *(Römer* 13,1) Der Theologe machte aus seinem Herzen keine Mördergrube, »Ich ging davon aus, daß der Apostel Paulus den römischen Rechtsstaat vor Augen hatte, als er den Satz schrieb.« *(Streit und Friede hat seine Zeit*, S. 178) Nicht vor Augen hatte GERSTENMAIER offensichtlich, daß im römischen »Rechtsstaat« Christus gekreuzigt, Paulus enthauptet und unschuldige Christen zu Abertausenden ermordet wurden. Wenn der Apostel dennoch Gehorsam gegenüber der Obrigkeit fordert, so deshalb, weil er in der Anarchie ein größeres Übel erblickt als in einer, wenn auch noch so blutigen Diktatur.

Daß der 20. Juli 1944 der Tag X für das Attentat sei, wußte GERSTENMAIER schon vorher: »Nach fünf Uhr nachmittags hörte ich die Sonder-



Eugen GERSTENMAIER am 11. Januar 1945 vor dem Volksgerichtshof.

meidung von dem mißglückten Attentat. Gleich darauf rief Peter YORCK an. . . Die Sache sei gestiegen, sagte er mir, ich möge gleich kommen. Ich sagte, ich käme sofort, aber offenbar sei das Attentat mißglückt. Das sei eine Lüge von GOEBBELS, meinte YORCK.« Trotz seiner Bedenken begab sich GERSTENMAIER, bewaffnet mit Bibel und Pistole, in die Bendlerstraße. Doch statt >Walküre< gab es dort für die Widerständler eher eine Götterdämmerung: SKORZENY betrat die Szene und ließ die Aufständischen abführen. Als einziger Zivilist unter den Anwesenden geriet GERSTENMAIER dabei in Haft.

Am 11. Januar 1945 stand er vor dem Volksgerichtshof. Der Ankläger unterschätzte den Konsistorialrat als »blassen Theoretiker« und als »Kirchenmann, der von den Dingen keine Ahnung hat, in die er sich verwikkelt«. Die Anklage wegen Hoch- und Landesverrates ließ der Reichsanwalt zwar fallen, beantragte aber dennoch die Todesstrafe wegen Verletzung der Anzeigepflicht in einem besonders schweren Fall. GERSTENMAIER sei weltfremd und unter Umständen für die Gemeinschaft wiederzugewinnen, meinte dagegen der Gerichtsvorsitzende Roland FREISTER, wich vom Antrag des Anklägers ab und ließ es in seinem Urteil bei sieben Jahren Zuchthaus bewenden. Von den Amerikanern aus diesem befreit, erfuhr GERSTENMAIER, der mit dem Leben bereits abgeschlossen und fest mit dem Todesurteil gerechnet hatte, daß sich der stellvertretende Reichspressechef Helmut SÜNDERMANN wirkungsvoll bei FREISLER für ihn verwendet habe. *(Streif und Friede hat seine Zeit*, S. 585 u. 604)

Eugen GERSIENMAIER (Mitte) gratuliert Heinrich LOBKE zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten am I.Juli 1959 im Casino am Funkturm tn Westberlin. *Links:* Bundestagsvizepräsident Carlo SCHMID,

Zur Linderung der durch die Niederlage bedingten Not der Deutschen rief GERSTENMAIER 1945 das Hilfswerk der Evangelischen Kirche ins Leben und leitete es bis 1951. Er selbst ging in die Politik und machte in der CDU Karriere. Er wurde 1949 in den Bundestag gewählt und war von 1954 bis 1969 dessen Präsident. Als solcher sorgte er für den Wiederaufbau des zerstörten Reichs tagsgebäudes in Berlin und ließ den Sowjets zum Trotz die Bundesversammlung in der Viersektorenstadt zusammentreten. Seit 1950 war er deutscher Vertreter im Europarat.

Ein wichtiges Anliegen war ihm die Wiedergutmachung. Für seine Person beantragte GERSTENMAIER eine Entschädigung für die ihm 1934 von den >Nazis< verweigerte Lehrbefugnis. Seinem Begehren verlieh er als Bundestagspräsident Nachdruck, indem er auf die Formulierung der Novelle zum Wiedergutmachungsgesetz für Angehörige des öffentlichen Dienstes zu seinem eigenen Vorteil einwirkte. Auf Grund des maßgeschneiderten Gesetzes, das der vom Begünstigten geleitete Bundestag beschloß, wurde GERSTENMAIER rückwirkend Professor. Am 12. Januar 1969 bestätigte ein Sprecher des Bundestagspräsidenten, daß GERSTENMAIER ab sofort den Titel »Professor« tragen dürfe und als »Verfolgter des Naziregimes« eine finanzielle Entschädigung erhalte. Die damit verbundene Wiedergutmachungssumme war sechsstellig und wurde von der damals noch moralisch urteilenden Öffentlichkeit als Selbstbedienung gewertet. Die Affäre schlug in der an Korruption noch nicht gewöhnten Bundesrepublik hohe Wellen, die CDU ließ ihn fallen, und GERSTENMAIER erklärte am 23. Januar 1969 zur Erleichterung seiner Partei seinen Rücktritt vom Amt des Bundestagspräsidenten zum 31. Januar 1969.

Bis an sein Lebensende verteidigte GERSTENMAIER die Attentäter des 20. Juli 1944 gegen den Vorwurf des Verrates. Auch mit der Sinnhaftigkeit ihres Unterfangens setzte er sich auseinander. Immerhin hatte das Attentat nicht HITLER getötet, wohl aber rund 200 Widerständlern das Leben gekostet. »Hat sich der Widerstand gelohnt?« fragte sich GERSTENMAIER! »Die Welt konnte es sehen: Es gab ein anderes Deutschland.« Für Deutschland machte es aber keinen Unterschied: Die Katastrophe mit Besetzung und Vertreibung war 1945 vollkommen. An den Vernichtungskrieg, den alle Welt gegen Deutschland führte, erinnern die noch immer in Kraft befindlichen Feindstaatenklauseln in der UNO-Satzung. Von den FeindStaaten wurde der deutsche Widerstand in gar keiner Weise honoriert oder geachtet. Eher geschah das Gegenteil: Winston CHURCHILL, der von den Attentatsplänen im voraus gewußt hatte, äußerte sich abfällig. Die *New York Times* bemerkte am 9, August 1944, daß das Attentat eher an die »Atmosphäre einer finsteren Verbrecherwelt« erinnere als an das, was man normalerweise vom Offizierskorps eines Kulturstaates erwarte.

Spät kam dem Widerständler und Wiedergutmachungsbegünstigten GERSTENMAIER die Erkenntnis: »Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: daß der Krieg schließlich nicht gegen HITLER, sondern gegen das deutsche Volk geführt wurde.« *(Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 21. 3. 1975, S. 11)

Fred Duswald

Literatur

Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede bat seine Zeit. Ein Lebensbericht,* Propyläen, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1981.

Franz-Josef Strauß und seine Haltung zur DDR

Der langjährige bayerische Ministerpräsident, Bundesminister, Vizekanzler und CSU-Vorsitzende Franz-Josef STRAUSS war lange ein scharfer Kritiker der links-liberalen Politik des Verzichts auf Ostdeutschland und der Anerkennung Mitteldeutschlands als selbständigen Staats. Dann setzte er sich 1983 plötzlich und überraschend für einen Milliardenkredit für das marode und kurz vor dem Zusammenbruch stehende kommunistische System in Pankow ein und stabilisierte damit die SED-Herrschaft für weitere Jahre. Zur Dokumentation dieser ungerechtfertigten Anpassung seien bezeichnende Worte des Bayern angeführt.

»Ich weigere mich, den Untergang des Deutschen Reiches durch eine Politik des Ausverkaufs ohne Gegenleistungen zu besiegeln.« *(Die Welt,* 12. 2. 1970)

»Es stünde uns gut an, auch zu bekunden, daß wir uns über Wesen und Hintergründe der Politik der anderen Seite keinerlei Täuschung hingeben. Wo bleibt die offene Aussage, was denn die Ursachen der Spannung sind? Die Verträge (Ostverträge) dienen nicht der Entspannung, wenn man unter »Entspannung« die Beseitigung der Spannungsursachen sieht.« (Bundestag, 24. 2. 1972)

•

»Wir stehen hier vor einem erschütternden Mißverhältnis zwischen politischen Leistungen der Bundesrepublik und Gegenleistungen des Vertragspartners.« (Bundestag, 9. 5. 1973)

*

»Ich habe. . . immer wieder darauf hingewiesen, daß wir nicht jene Dämme gegen unabsehbare kommunistische Geldforderungen selbst einreißen dürfen, die ab 1949 CDU/CSU-geführte Bundesregierungen mit Zustimmung des Westens aufgebaut haben. Sollen wir aus Gründen erkaufter Freizügigkeit, unaufrichtiger Entspannung., . zu einem Verhandlungsergebnis »ja« sagen, das neuen Ausiegungsstreit, neue Forderungen Polens und anderer kommunistischer Regierungen, neue Konfrontationen mit der seit 1969 praktizierten östlichen Erpressung, wenn genügend DM, dann mehr Freizügigkeit. .. (in sich birgt)?« *(Bayernkurier,* 1. 11. 1975)

•

»Wir haben auch keinen Grund, durch eine falsch verstandene Osthandelspolitik die Fehler der Planwirtschaft kommunistischer Staaten zu erleichtern, ihre Folgen für die Bevölkerung demgemäß abzubauen und

den Machthabern zu erlauben, einen gigantischen Militärapparat mit überproportionalem Anteil der Militärausgaben an den Gesamtausgaben des Staates weiterhin auf- und ausbauen zu können.« (In: *CSU-Dokumentation Freiheit oder Sozialismus,* 8. Mai 1976, S. 12)

*>

»Unserer Politik tun nicht Gefälligkeiten, nicht Entspannungseuphorie, nicht Liebedienerei nach allen Seiten not. Unserer Politik tun in erster Linie Augenmaß und Berechenbarkeit not.« (Bundestag, 11.5. 1978)

»Was wir brauchen, ist unbequeme Eindeutigkeit und nicht bequeme Doppeldeutigkeit in der Auslegung der Ostverträge.« (CSU-Parte¡tag, 29. 9. 1979)

»Das Kriterium einer politischen Entscheidung darf nicht der erwartete Erfolg bei den Massenmedien und der Erfolg beim Zeitgeist sein. Der richtige Maßstab ist vielmehr die wirklichkeitsnahe Beurteilung der mit einer solchen Politik eingetretenen Folgen.« (Auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß der CDU, 11./12. 1. 1980)



Bei seinem Besuch am 24. Juli 1983 in Dresden wurde Franz Josef STRAUSS sehr herzlich empfangen.

»Wogegen wir uns wenden, sind die Selbsttäuschung und die Täuschung der deutschen Öffentlichkeit, sei es aus Unwissen oder sei es aus Absicht. ..

Eine Fintspannung ohne Weltordnung dient im Zweifelsfall dem, der seine Macht brutal und skrupellos ausnutzt, um sein Gesellschaftssystem anderen aufzuzwingen. . .

Entspannung bedeutet: Mehr Rechte und Freiheiten für die Menschen im anderen Teil Deutschlands und Europas. Entspannung bedeutet: Aufhebung des Schießbefehls. Entspannung bedeutet: Normalisierung im Sinne der Anerkennung der demokratischen Grundrechte des Bürgers und seiner Entscheidungsfreiheit. Es war doch einer der großen Fehler, daß das Problembewußtsein im Zusammenhang mit dem wahren Charakter und den wahren Absichten unseres Entspannungspartners in unserer Öffentlichkeit eingeschläfert, betäubt und zerschlagen (wurde). Dieses Problembewußtsein muß jetzt wiederhergestellt werden.« (Bundestag 17.1.1980)

»Wir waren nicht gegen Verträge mit unseren östlichen Nachbarn, sondern wir waren für Verträge auf der Basis des Gebens und Nehmens zu ausgewogenen Teilen, wir waren für Verträge mit klarer Formulierung, bei denen nicht jederzeit widerrufliche kleine Konzessionen auf der einen Seite gegen unwiderrufliche Leistungen auf der anderen Seite gewährt werden.« (28. CDU-Parteitag, 19./20. 5.1980)

*

»SPD-FDP-Regierungen. .. haben sich. . . durch einseitige Vorleistungen ohne entsprechende Gegenleistungen. . . des eigenen politischen Spielraums beraubt. . . Es muß. . . klar sein, daß wir die politische Zusammenarbeit mit dem Osten nicht erkaufen werden durch Schweigen zu den Menschenrechtsverletzungen im kommunistischen Machtbereich, vor allem auch in der DDR und an der deutsch-deutschen Demarkationslinie.« (in: *Gebote der Freiheit,* Gruenwald, München 1980, S. 192 u. 305)

•

»In unsere Wirtschaftsbeziehungen mit der >DDR< muß wieder mehr Realität einziehen. Dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung ist wieder Geltung zu verschaffen. Wie die Erfahrung des letzten Jahrzehnts beweist, brachten die einseitigen wirtschaftlichen Vorleistungen der Bundesrepublik Deutschland keinerlei Verbesserungen für die Lage der Menschen im anderen Teil Deutschlands.« (in: CSU, ***'82 und Landtagswahl,*** S. 63)

Dann setzte sich STRAUSS erfolgreich für die Gewährung des Milliardenkredits an Pankow ein und erklärte:

»Ich bin so schnell in der anderen Ecke, daß die mit dem Schauen gar nicht mehr nachkommen.« *(F4Z,* 12. 7. 1983, S. 1)

Bei dem dann von STRAUSS als »Gegenleistung« gefeierten Abbau der Todesautomaten handelte es sich um eine grobe Täuschung Die alten Selbstschußanlagen wurden zwar abgebaut, aber durch neue wirksamere Systeme ersetzt, die »tiefgestaffelt angebracht und mit neuen Minenfeldern versehen, effektiver, lautloser und optisch weniger grausam« sind. *(FAZ,* 13. 10. 1983)

Der Bundestagsabgeordnete Franz HANDLOS erklärte nach seinem wegen dieser Politik des CSU-Vorsitzenden erfolgten Austritt aus der CSU: »Wenn Prinzipienlosigkeit zum Prinzip wird und Flexibilität mit Charakterlosigkeit verwechselt wird, kann ich einen Parteivorsitzenden nicht mehr unterstützen, der in dieser Grundsatz frage Jahrzehnte hindurch genau das Gegenteil gesagt hat.« (Flugblatt von *Der Rote Brief,* Bonn 1983)

Rolf Kosiek

Die Kampagne gegen den >KZ-Baumeisten Heinrich Lübke

Mit propagandistischem Totschlagsvokabular wie etwa »Auschwitz*, >Konzentrationslager<, »faschistisch«, »Erfüllungsgehilfe* oder »Schreibtischtäter* werden nicht erst seit der »Wende* politische Karrieren in Deutschland beendet. Gefälschte oder »frisierte* Dokumente spielen dabei seit eh und je eine ebenso große Rolle wie linke Medien in der BRD und DDR. In überraschend vielen Fällen hatten dabei sowohl die DDR-Belastungszeugen als auch BRD-Enthüllungsjournalisten oftmals eine »braune Vergangenheit*.

Ein frühes Opfer einer solchen Kampagne, bei der DDR-Behörden mit linken Presseorganen der BRD Hand in Hand arbeiteten, war der bieder unauffällige zweite deutsche Bundespräsident Heinrich LÜBKE. Bereits seit seiner ersten Wahl zum Bundespräsidenten 1959 begann man in Ost-Berlin Material für Propagandaangriffe gegen das westdeutsche Staatsoberhaupt zu sammeln. Die ersten Attacken prallten jedoch wegen ihrer widersinnigen und leicht durchschaubaren Propagandafloskeln an der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik ab.



Alhert NORDEN (1904-1982). Der Sohn eines Rabbiners war von 1958 bis 1981 im Politbüro für Agitation und >Westarbeit< zuständig.

Erst als LÜBKE zur Wiederwahl nominiert wurde, begann der seit 1958 amtierende Sekretär des ZK der SED für Agitation und Propaganda, der jüdische Remigrant Albert NORDEN, mit der Vorbereitung einer Verleumdungskampagne, der das Politbüro des Zentralkomitees der SED am 9. Juni 1964 zustimmte.[1]

Im November 1966 erhielt diese nach ersten, kleineren Presseerfolgen den Namen »Kommission zur Zerschlagung der Versuche der Rehabilitierung LOBKES*. Ein Jahr zuvor wurde von Gerhard DENGLER (SED), dem Vizepräsidenten des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, das erste DDR->Braunbuch< über »Kriegs-und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in West-Berlin« herausgegeben, in dem auch **LOBKE** verewigt war. Sowohl DENGLER als auch Kurt BLECHA, der maßgeblich an der **»LüBKE**-Kampagne* beteiligte Chef des DDR-Presseamtes, waren zuvor Mitglieder der NSDAP und Wehrmachtoffiziere gewesen, die erst in sowjetischer Gefangenschaft ihre Liebe zum Sozialismus bekunden durften.[2]

[1] Siehe Rudolf MORSEY, *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie,* Schöningh, Paderborn—München-Wien—Zürich, 1996, S. 505. Ausführlich und mit neuen Dokumenten auch bei Jochen STAADT, »Einverstanden Mielke«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 9. 5. 2007, S. 9 f.

[2] STAADT, ebenda, S. 9



Mit ihrer Hetzkampagne gegen Bundespräsident Heinrich LÜBKE hatte die DDR erstaunlichen Erfolg. Aus: Peter Graf KIELMANSEGG, *Das geteilte Land Deutschland,* Band 4 der *Siedler Geschichte,* München 2000.

Heinrich LÜBKE war sowohl der DDR als auch den deutschen Linken zunehmend ein Dorn im Auge, da er unentwegt, wenn auch etwas linkisch, für alle Deutschen das Selbstbestimmungsrecht einforderte und immer wieder auf die von ihm erstrebte Wiedervereinigung hinwies. Zunehmend hielt er sich demonstrativ oft in Berlin auf und unterstrich bei seinen zahlreichen Staatsbesuchen immer wieder den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik. Allerdings hatten sich seit Beginn seiner zweiten Amtszeit auch erhebliche Alterserscheinungen und rhetorische Fehlleistungen bemerkbar gemacht, die das Staatsoberhaupt immer stärker ins Visier des linken Kabaretts geraten ließen, 1962 hatte das sadrische Blatt ***Simplizissimus*** bereits scharf gegen ihn geschossen, und im Mai 1966 machte das Düsseldorfer >Kommödchen< den Bundespräsidenten in einer Fernsehsendung im ZDF zur Zielscheibe der üblichen Kabarett-Witze. Wenige Wochen später attackierte die Münchner >Lach- und Schießgesellschaft< zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres LÜBKE in einer Sendung der ARD.[3] Auch eine von der Redaktion der satirischen Zeitschrift ***Pardon*** herausgegebene Schallplatte mit den lustigsten rhetorischen Aussetzern des >Sauerländers< konnte nicht wirkungsvoll juristisch pariert werden, da man solchen, unter dem Deckmantel künstlerischer oder kabarettistischer Tarnung geführten Attacken in der BRD damals wie heute wehrlos ausgesetzt war.

[3] MORSEY, aaO. (Anm, 1), S. 508 f. u. 518 f.

linde Januar 1968 erzielte die langfristig angelegte Propagandaoffensive der Kommunisten endlich den lange ersehnten Durchbruch. Erfüllungsgehilfe waren dabei wie so oft die Magazine *konkret* von Klaus Rainer RÖHL und Ulrike MEINHOF, Rudolf AUGSTEINS *Der Spiegel* sowie Henry NANNENS *Stern*. Der *Stern* veröffentlichte in seiner letzten Januar-Ausgabe Dokumente, die Heinrich LÜBKE als Planer und Leiter des Baus von Konzentrationslagern ausweisen sollten. Am 22. Januar 1968 publizierte Henri NANNEN, vor 1945 ein glühender Propagandist HITLERS und Mitwirkender an der Olympiade 1936 sowie Darstellerin Leni RIEFENSTAHLS Olympia-Film, Dokumente, die von einem amerikanischen Schriftsachverständigen als echt bestätigt worden waren und LÜBKE als Urheber eines KZ-Bauplans auswiesen. Damit war der *Stern*-Herausgeber wieder einmal auf Dokumente hereingefallen, denen zuvor der Cheflektor des Rowohlt-Verlages, Fritz J. RADDATZ, nicht aufgesessen war.

Die DDR hatte in den vorausgegangenen Jahren Dutzende von Dokumenten, darunter auch Baupläne für Baracken, mit großer Sorgfalt gefälscht und deren Deckblätter derartig geschickt bearbeitet, »daß sogar Kriminalisten der Humboldt-Universität nicht dahinterkamen«.[4] Erst 1992 sollten zwei frühere Mitarbeiter des MLEL-KE-Ministeriums für Staatssicherheit durch ihre Aussagen dieses Rätsel lösen helfen.

Diese Dokumente waren im Zusammenhang der Kampagne um so wichtiger, als daß in beiden Teilen Deutschlands aufgefundene Zeugen der damaligen Tätigkeit LCH-KES im Baubereich, von ehemaligen Fahrern bis hin zu Bauleiterkollegen, nicht willens waren, gegen ihren damaligen Mitarbeiter oder Chef Heinnch LÜBKE auszusagen. Die von den DDR-Kollegen Konrad KUJAUS überaus geschickt gefälschten Dokumente machten aus dem Bau von Wohnbaracken für Fremdarbeiter Pläne für Konzentrationslager. Der bereits kranke und altersmüde Bundespräsident konnte diese Attacken - nicht zuletzt auch durch mangelhafte oder falsche Ratschläge seiner politischen Berater — nicht in geeigneter Weise parieren. Ende April 1968 wurde bereits über ein vorzeitiges Ende seiner zweiten Amtszeit spekuliert, und am 14. Oktober desselben Jahres verkündete LÜBKE schließlich sein Rücktrittsdatum.

Siegestrunken veröffentlichte 1969 der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland das Buch *Aufstieg und Fall des Heinrich Lübke. Die Geschichte einer Karriere,* in der auf 230 Seiten zahlreiche der gefälschten Dokumente nebst Gutachten abgedruckt wurden,[5]

[4] MORSEY, ebenda.

[5] Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hg.), *A uf stieg und Fall des Heinrich Lübke. Die Geschichte einer Karriere,* Berlin (Ost) 1969.



Während des Krieges war Heinrich LÜBKE Hauptmann der Reserve (hier nach einer Wehrübung 1938) und Mitglied der Baugruppe SCHLEMPP auf dem Rakete nversuchsgelände Peenemünde.

Der Fall LüBKE war immerhin so wichtig, daß die DDR in Westdeutschland zu juristischen Mitteln griff, als 1985,13 Jahre nach dem Tode Heinrich LOBKES, auf einer Pressekonferenz der Staatssekretär im Bundesinnenministerium Karl-Dietrich SPRANGER unerwartet den *Stern* wegen der Veröffendichung dubioser Dokumente aus DDR-Beständen angriff. Das *ZDF Magazin* und SPRINGERS *Die Weit* machten daraus im Anschluß eine Ami-*Stern*-Kampagne, woraufhin der *Stern* noch einmal mit weiteren Desinformationen aus Ost-Berlin aufmunitioniert wurde. Man gewann den Rechtsstreit, und das Hamburger Landgericht untersagte dem ZDF und dem Springer-Verlag »zu verbreiten/oder verbreiten zu lassen, die Kampagne gegen den damaligen Bundespräsidenten LÜBKE vor nunmehr fast 20 Jahren sei ein Beispiel bewußter Desinformation der Leser durch Henry NANNEN und den *Stern* gewesen«.[6]



Heinrich LOBKE am 30. Juni 1969, dem letzten Tag setner zweiten Amtsperiode als Bundespräsident; rechts sein Nachfolger Gustav HEINEMANN. Aus: MORSEY, aaO. (Anm. 1)

Heinrich **LüBKE** starb wenige Jahre nach seinem Rücktritt verbittert über die Infamie der Kampagne gegen ihn; sein Parteifreund Franz Josef STRAUSS verglich die Kampagne gegen **LüBKE** sogar mit dem DREYFUS-Skandal. Karl CARSTENS, der fünfte Bundespräsident, betonte 1986 in einem Brief an den LÜBKE-Biographen Professor MORSEY, daß kein Bundespräsident so unfair behandelt worden sei wie LÜBKE.[1] Gestern wie heute ist allerdings eines unverändert: Sobald eine solche >antifaschistische< Entlarvung eines Konservativen oder deutschen Patrioten ein gewisses Maß erreicht hat, werden die Opfer von ihren chris tdemokratischen Parteifreunden in raschen Absetzungsbewegungen im Stich gelassen: JENNINGER, HEITMANN, HOHMANN USW. können von der Einschätzung eines deutschen Generals ein Lied singen: »Die Konservativen sind zum Kämpfen zu feige und zum Weglaufen zu fett.«

Olaf Rose

[6] STAADT, aaO. (Anm. 1), S. 10.

[7] MORSEY, aaO. (Anm. 1), S. 562.

Abendroth verschwieg Verbindung zu Ulbricht

Ähnlich wie viele Deutsche nach 1945 ihre frühere NS- oder SS-Zugehörigkeit verschwiegen und sich als ehemalige »Widerständler« ausgaben - beispielsweise Theodor ESCHENBURG, Hans FI FILBINGER, Günter GRASS oder Walter JENS -, verschwiegen zahlreiche Opportunisten ihre frühere oder andauernde Verstrickung in den Bolschewismus und Kommunismus. Manchmal kam erst Jahrzehnte später nach Öffnung von bisher verschlossen gehaltenen Archiven die ganze Wirklichkeit heraus.

Ein solches Beispiel bietet der in linken Kreisen immer noch angesehene frühere Ordinarius der Universität Marburg Wolfgang ABENDROTH.' Der am 2. Mai 1906 in Elberfeld Geborene trat früh in die KPD ein, die ihn 1928 ausschloß. Er studierte Jura in Frankfurt, Tübingen und Münster, promovierte in Bern 1935 und kehrte dann in das Reich zurück, wo er wegen Hochverrats 1937 vier Jahre Zuchthaus erhielt und dann zum Strafbataillon 999 kam, aus dem er desertierte. 1946 ging er nach britischer Kriegsgefangenschaft freiwillig in die Ostzone, wo er nach Ämtern in der Verwaltung 1948 schnell Professor für öffentliches Recht und Politik in Leipzig und dann in Jena wurde. Ende 1948 wechselte er in den Westen über, erhielt schon 1949 von einem CDU-Kultusminister eine Stelle an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven-Rüstersiel. Während 1945 entlassene berühmte Wissenschaftler wie Arnold GEHLEN oder Carl SCHMITT nicht an eine Universität berufen wurden, bekam ABENDROTH schon 1950 den Ruf an die Universität Marburg, deren Stellung als kommunistische Hochburg in den sechziger Jahren er wesentlich mit begründete. 1961 wurde er aus der SPD ausgeschlossen. Er war eine der Leitfiguren der 68er, Bei der APO-Gegenfeier zum 150. Geburtstag von Karl MARX hielt ABENDROTH, den sein Schüler Jürgen HABERMAS den »Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer« nannte, die Festansprache in Trier. Er verstarb am 15. September 1985 in Frankfurt/ Main.



Wolfgang ABENDROTH. In den siebziger und achtziger Jahren machte er die Marburger Universität zu einer linken Hochburg - zur sogenannten >Abendroth-Brücke<.

Schon 1998 war belegt worden, daß ABENDROTH auch während seiner Marburger Zeit noch enge Verbindung zum SED-Regime hatte,[2] was jedoch von seinen Jüngern heftig abgestritten wurde.[1] Dennoch traf es zu.

[1] Anne Christine NAGEL, »Ehrt eure größten Männer«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 25. 5. 2007.

[2] Wolfgang KRAUSHAAR, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 7,4.1998; Jochen STAADT, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 20. 5. 1998.

[3] Georg FÜLBERTH,»ZU Wolfgangs Abendroths angeblichen DDR-Kon takten«, in: *Sozial-Geschichte,* 1kl. 21, Nr. 3, 2006.

Denn es wurde ein aussagekräftiges Dokument im Bundesarchiv in Berlin gefunden:[1] eine Karte von der Hand Wolfgang ABENDROTHS an das Zentralkomitee der SED zum Tode des langjährigen DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter ULBRICHT, der am 1. August 1973 verstorben war. Die an den Chef der Westabteilung im Zentralkomitee der SED, »den lieben Genossen« Albert NORDEN, gerichtete Karte vom 2. August 1973 drückte diesem und der übrigen SED-Führung gegenüber das tiefe Mitgefühl der Marburger Ordinarius zum Tode von Moskaus Statthalter in Mitteldeutschland aus.

Wolfgang ABENDROTH schrieb in dieser Karte: »Einer der Größten aus der Tradition der Arbeiterbewegung ist von uns gegangen, und gleichzeitig einer der Größten der Geschichte des deutschen Volkes. Mochte ich oft Probleme anders gewertet haben, als er es tat (und in vielen entscheidenden Fragen hat sich gezeigt, daß er im Recht war, wenn auch, wie mir immer noch scheint, in manchen nicht), so ändert das nichts an seiner ungeheuren historischen Leistung, der die DDR so viel verdankt, aber auf lange Sicht auch die westdeutsche Arbeiterbewegung und der internationale Sozialismus. Vor allem kann es nichts daran ändern, daß er uns — der Generation nach ihm, die nach dem Ersten Weltkrieg in die Bewegung eintrat, aber auch und erst recht den Jungen - stets ein Vorbild an Treue zu Humanität und Sozialismus und an wissenschaftlicher Konsequenz in der Anwendung des Marxismus gewesen ist und bleiben wird.« Anschließend betonte er seine Hoffnung, daß das Erbe dieses »großen« Deutschen noch lange in der DDR, aber auch für die »junge Intelligenz« in Westdeutschland wie in der ganzen sozialistischen Welt nachwirken möge.

Die Karte wurde jahrzehntelang von ihm geheimgehalten. Zu Recht stellt Frau NAGEL fest, daß damit von »kritischer Distanz« ABENDROTHS zum Kommunismus bolschewistischer Prägung kaum mehr gesprochen werden kann. Der für die Nachkriegszeit maßgeblich wirksame Marburger Politologe habe offenbar bewußt und aus innerem Antrieb die Verbindungen zur DDR gepflegt, sie aber aus opportunistischen Gründen verschwiegen. Daß er ULBRICHT als den für den Mauerbau und die Bautzener Grausamkeiten Verantwortlichen als Vorbild für Humanität lobt, sagt alles über seine politische Haltung.

Mit seinem Vorbild hat er leider viele Angehörige der westdeutschen Intelligenz verführt, sie für den Kommunismus oder die Spielart des »real existierenden Sozialismus« Pankower Prägung gewonnen und sich damit als »Verderber der Jugend« wie als »Zerstörer des Volkes« schuldig gemacht. Dennoch wird sein Andenken in linken Kreisen weiterhin hochgehalten.

Rolf Kosiek

Eschenburgs Deutschlandplan

Für die Zeit nach der Niederlage des Reiches 1945 gab es eine Reihe alliierter Plane zur Behandlung Deutschlands, die mehr oder weniger die anschließende Besatzungspolitik bestimmten und auch in der Öffentlichkeit weitgehend bekannt wurden. Verwiesen sei auf die entsprechenden amerikanischen Pläne von KAUFMAN, NIZER, HOOTON oder MORGENTHAU.[1]

Wenig bekannt und weithin vergessen ist, daß auch einflußreiche Deutsche sich Teilungspläne ausdachten. So hat Theodor ESCHENBURG (1904-1999), 1933 bis 1945 als wichtiger NS-Wirtschaftsführer nach eigenem Bekunden in »innerer Emigration«, aber nach 1933 zeitweise als Angehöriger von HIMMLERS Schwarzer SS, nach 1945 als »Grandseigneur politischen Denkens«[2] gefeiert und als Tübinger Politologe geehrt (u. a. mit dem Pour le mérite für Wissenschaften und Künste 1968), schon mit Datum vom 24. Oktober 1945 »Überlegungen zur künftigen Verfassung und Verwaltung in Deutschland« ausgearbeitet, die ein wichtiges Zeitdokument darstellen.[1] Damit bewies er seine schnelle Anpassungsfähigkeit und bot sich der US-Besatzungsmacht an. Er konnte bei der Schrift auf eigene Erfahrung bei seiner Mithilfe zur Gleichschaltung deutscher Einrichtungen in den dreißiger Jahren zurückgreifen.



Theodor ESCHENBURG 1968 bei der Verleihung des Ordens pour le Mérite für Wissenschaften und Künste. Alle Abbildungen dieses Beitrags aus: *Theodor Eschenburg (1904-1999). Tübinger Perspektiven,* Tübingen 2004.

Einleitend stellt ESCHENBURG über die besonderen deutschen Verhältnisse fest: »Die gesamte deutsche Staatsmacht ist durch die bedingungslose Kapitulation auf die Besatzungsmächte übergegangen. Das deutsche Reich, seine Untergliederungen und der einzelne Deutsche haben keinerlei Rechtsansprüche an ihre neuen Regenten; wo sie durch Gesetz gewährt werden, können sie jederzeit wieder aufgehoben oder brauchen nicht beachtet zu werden.«[4] Das ist nicht richtig, da nur die Deutsche Wehrmacht am 8,/9. Mai 1945 kapituliert hatte, die Reichsregierung unter Großadmiral Karl DÖNITZ bis zu ihrer schändlichen Verhaftung am 23. Mai 1945 weiter im Amt war und die Haager Konvention für besetzte Staaten galt.

Zutreffend fährt er dann fort zur Beurteilung der damaligen Verhältnisse: »Die Koalitionsdiktatur der Besatzungsmächte ist rechtlich noch

[1] Siehe Beiträge Nr. 343, 344 u. 345.

[2] Wolfgang BENZ, »Theodor Eschenburgs >Überlegungen zur künftigen Verfassung und Verwaltung in Deutschland« vom Herbst 1945«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* Nr. 1,1985, S. 166-213.

[1] Ebenda im Vorort von Woifgang BENZ, S. 166.

[4] Ebenda, S. 171 f.

[5] BENZ, ebenda, S, 172.
[6] Ebenda, S. 183.
[7] Ebenda.
[8] Ebenda, S. 173 ff.
* Ebenda, S. 177.
[10] Ebenda, S. 178.
[11] Ebenda, S. 182 ff.


Das Problem der Neugliederung der Deutschen Bundesrepublik

DARGESTELLT AM BEISPIEL DES SÜDWESTSTAATES

Am 14. Januar 1947 war ESCHENBURC zum Ministerialrat ernannt worden und war als solcher Stellvertreter des Innenministers von Württemberg-Hohenzollern. In dieser Zeit entstand die Schrift Das *Problem der Neugliederung der Bundesrepublik* (1950), welche auf einen Vortrag aus dem Jahre 1949 zurückging.

uneingeschränkter als die persönliche Diktatur HITLERS.«[5] Enschuldigend führt er an; »Wenn die alliierten Besatzungsmächte sich heute in einigen Fällen, so auch in dieser Frage nationalsozialistischer Methoden bedienen, so lediglich zur Liquidierung der HitlERschen Diktatur. Diese kann vielleicht nach Auffassung der Besatzungsmächte auch auf die Gefahr hin eines höchst unerwünschten pädagogischen Effektes nur mit denjenigen Mitteln zerstört werden, die sie selbst angewandt hat.«[6] Die Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsteile sei nicht zu vermeiden: »Wenn eine Diskriminierung noch notwendig ist, dann muß sie gesetzüch klar umschrieben, in ihrer Einleitung und Durchführung befristet, und es muß das Verfahren besonders eingesetzten Stellen vorbehalten sein.«[7]

Er stellt mehrere Modelle für Deutschland vor." 1 einmal könne Deutschland »auf die angrenzenden Länder aufgeteilt werden, so daß ein oder zwei Gebiete mit ca. 10 bis 12 Millionen übrig bleiben, aus denen ein oder zwei selbständige Staaten entstehen«. Dafür sei jedoch der »Zeitpunkt im Augenblick noch nicht reif«, das müsse mit einer europäischen Föderation verbunden werden.

Zum anderen könne das deutsche Gebiet zu einem Mandatsland der Vereinten Nationen mit einem »Hohen Kommissar« erklärt werden, der nötigenfalls »bewaffnete Hilfe« von diesen anfordern könne.

Zum dritten könnten von der UNO Mandatare bestellt werden, durch die das Gebiet treuhänderisch verwaltet werde wie etwa die britischen Dominions. »Das hieße die Aufteilung Deutschlands auf die drei europäischen Großmächte, England, Frankreich und Rußland.«

Schließlich wird ein Vorschlag des amerikanischen Journalisten Walter LIPPMANN angegeben, aus dem deutschen Staatsgebiet »drei oder vier selbständige Staaten zu schaffen«.

Auf jeden Fall sei zu beachten: »Die Erziehung zur sinngemäßen sauberen Erfüllung der übernommenen oder auferlegten Bindung schlechthin ist daher eine staatspolitische pädagogische Aufgabe.« Denn Loyalität sei die einzige und letzte Waffe des Unterworfenen. »Auf lange Sicht werden die Westmächte diese Haltung anerkennen und würdigen.«[9]

Insbesondere sei auch die »politische Pädagogik der Massen«, also die Umerziehung, wichtig. Denn es gelte: »Noch sind die Lehren des mephistophelischen Volksverführcrs den Deutschen nicht aus den Herzen gerissen.«[10]

Dazu müsse die »Denazifizierung«[11] durchgeführt werden, die zum Ziel haben solle:

- den Ausschluß aller NSDAP-Mitglieder vom passiven Wahlrecht,
- den Ausschluß aller vor Mai 1937 einer NS-Organisation Angehörigen von öffentlichen Ämtern und Stellungen, (w'orunter er selbst fiel, R. K.)

• den Ausschluß aller nach Mai 1937 mehreren NS-Organisationen Angehörigen von öffendichen Ämtern und Stellungen,

• den Ausschluß dieser Personengruppe von Presse, Unterricht und Kirchenämtern,

• den Ausschluß aller vor dem 1. März 1933 NSDAP-Mitglied Gewordenen von leitenden Stellungen in Wirtschaft und Verwaltung,

• den Ausschluß von HJ- und BDM-Mitgliedern für einige Jahre von Beamtenstellungen.

Dazu solle neben anderen Maßnahmen eine »NS-Karte« mit den Belastungen aus dem Dritten Reich für jeden Deutschen eingeführt und bei Ämtern oder Gericht vorgezeigt werden, so daß Belastete gegenüber anderen diskriminiert werden könnten. Umgekehrt müßten alle von der NSDAP Geschädigten, vor allem die KZ-Insassen, Privilegien erhalten.

Aus dem Verfassungsvorschlag ESCHENBURGS ist ferner erwähnenswert, daß die Bezeichnung »Deutsches Reich« vermieden werden und der künftige Bundespräsident für Deutschland von den Besatzungsmächten ernannt werden solle. »Er braucht nicht ein Deutscher zu sein. Nahe liegt die Ernennung des Angehörigen eines neutralen Landes, z. B. der Schweiz oder Schwedens.«[12]

Aus demselben Geist schrieb ESCHENBURG, seit 1947 Angehöriger der Tübinger Universität, schon 1960 und veröffentlichte es 1964: »Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld HITLERS ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik«, und er fügte hinzu, es sei in Zukunft »alles zu unterlassen, was die Glaubwürdigkeit der deutschen Auffassung über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs in Präge stellt«.[13]

In ähnlicher Weise hatte sich ESCHENBURG 1960 auch in einem anderen Fall als einseitiger Vergangenheitsbewältiger offenbart. Die *Stuttgarter Nachrichten* schrieben darüber:[14]

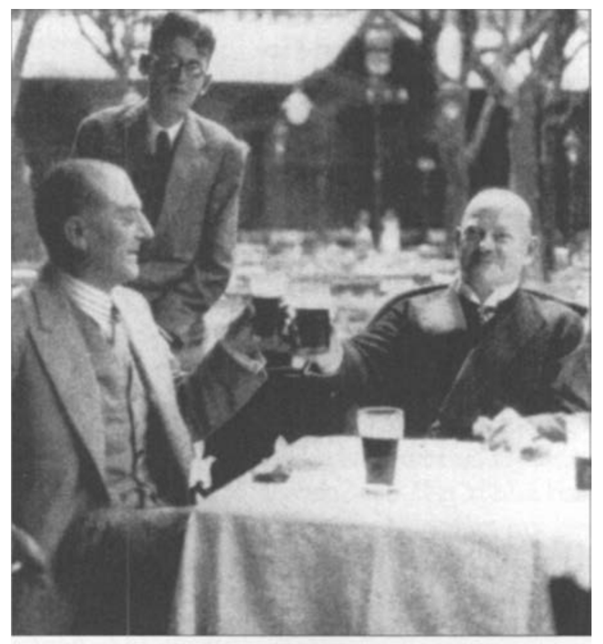
»»Geschichtsverfälschung« und »historisch-politische Unbelehrbarkeit« wirft der Tübinger Ordinarius für Wissenschaftliche Politik, Professor ESCHENBURG, Bundesverkehrsminister SEEBOHM vor. ESCHENBURG greift in einem Artikel in der Wochenzeitung *Die Zeit* SEEBOHM wegen einer Äußerung in einer Feierstunde der Landesgruppe Hamburg der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 4. März an. SEEBOHM hatte geäußert, die Erschießung von 54 Sudetendeutschen durch tschechisches Militär am 4. März 1919 sei »der Beginn einer Kette von Ereignissen gewesen, die zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges geführt haben«. Nach ESCHENBURGS Ansicht setzte sich der Minister mit dieser Äußerung in Widerspruch zu der erklärten Auffassung der Bundesregierung, der zweite Weltkrieg sei ohne jede Notwendigkeit von HITLER provoziert worden. »So kommt zum Fall OBERLÄNDER der Fall SEEBOHM.« OBERIANDERS Mi-

[12] BENZ, ebenda, S. **206.**

[13] Theodor ESCHENBURG, *Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik,* Piper, München 1964, S. 164 f. Darauf verwies er noch einmal in einem Brief vom 18. 1. 1983 hin (Faksimile in: *Deutscher Anzeiger* 10. 5. 1985, S. 5)

[14] Zitiert in: *Stuttgarter Nachrichten,* 18. 3. 1960; ausführlich kommenden von W. FRIEDRICH, »Professoren und deutsche Geschichte«, in: *Der Quell,* Nr. 19,1960, S. 881 f.

[15] Siehe Beitrag Nr. 65, »Das Massaker an Sudetendeutschen am 4. März 1919«.
M Siehe Beitrag Nr. 434, »Der >Fall Ober landen«.





Zu allen Zeiten pflegte Theodor ESCHENBURG den Umgang mit einflußreichen Persönlichkeiten aus Politik und Kultur. *Oben:* ESCHENBURC 1929 mit Reichsaußenminister Gustav STRESEMANN, der die Einleitung zu dessen Dissertation verfaßte; unten: ESCHENBURG mit Thomas MANN am 8. Mai 1955 in Stuttgart.

nistereignung sei wegen seines lange Jahre zurückliegenden Verhaltens in Frage gestellt. SËEBOHM indes ziehe heute seine Eignung für das Ministeramt durch seine historisch-poli tische Unbelehrbarkeit selbst in Zweifel, schreibt ESCHENBURG.«

SEEBOHMS Äußerung, die inhaltlich nicht zu widerlegen ist, wird also nicht durch Gegenargumente entkräftet, sondern einfach unberechtigt als »Geschichtsfälschung« hingestellt, was selbst eine Fälschung der Geschichte ist,'5 und diffamierend als Ausdruck einer »Unbelehrbarkeit« bezeichnet — wahrlich eines Politologen unwürdig, der sich auch durch seinen Hinweis auf den >Fall OBERLÄNDER*16 als unwissend offenbarte.

Als 1981 offenbar wurde, daß ESCHELNBURG schon bald nach 1933 Mitglied im Schwarzen Korps der SS geworden war, regten sich die Medien, die sonst jeden - wie die früheren Bundespräsidenten LÜBKE und CARSTENS - deswegen angriffen, nicht auf. Seine Entschuldigung, »er sei von der SA verfolgt worden und habe sich dieser Verfolgung durch den Eintritt in die SS entziehen wollen«, wurde anstandslos angenommen. Er hatte sich voll angepaßt und wirkte als Herausgeber der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* des Münchner Instituts für Zeitgeschichte im Sinne der Umerziehung. Der Historiker Armin MÖHLER schrieb dazu: »Der Fall ESCHENBURG (verheimlichte SS-Zugehörigkeit, R. K.) lastet nicht nur deshalb schwerer, weil er kaum mehr als Jugendsünde >abgehakt< werden kann — schwerer wiegt, daß ESCHENBURG in jedem Regime sich zur Führungsspitze gedrängt hat: in der Weimarer Republik in die Nähe ihres bedeutendsten Staatsmannes (STRESEMANN, R. K.), im Dritten Reich in dessen Prätorianergarde, in der Bundesrepublik in die Spitzengruppe der zehn wichtigsten

Meinungsmacher, In der Universität und in den Medien gleich erfolgreich, war er in der Umerziehung seiner deutschen Landsleute nach 1945 zweifellos der Oberste Macher - über seinen Bekanntenkreis unter Siegern und Besiegten, über seine Schlüsselstellung in den Medien, über die an seinem Tübinger Lehrstuhl gezüchteten Politologen. Der Kern der von ihm gelehrten Staatsbürgerkunde für Deutsche war die angelsächsisch inspirierte Lehre, die Deutschen hätten kein Recht mehr auf eine Existenz als normale Nation, weil sie einmal Hitler und der SS nachgelaufen seien.«[1] Es gelte wohl, »die Hauptantriebskraft der VB (Vergangenheitsbewältigung, R, K.) auf deutscher Seite seien Männer, die bis zum 30. Januar 1933 lOOprozentige Demokraten waren, bis 1945 200prozentige Nazis, dann von der Niederlage ab wieder Demokraten, doch diesmal 300prozentige«.[18]

Überschwengliche Würdigungen Theodor EscHF.NHURgs ohne Nennung dieser Tatsachen erschienen zu seinem 80. Geburtstag am 24, Oktober 1984, an dem er fast königlich gefeiert wurde.[11] An seinem 90. Geburtstag wurde er als »Praezeptor Germaniae« groß herausgestellt. Er verstarb am 10. Juli 1999 in Tübingen. **Rolf Kosiek**







Die zweite deutsche Republik hatte Glück mit ihm

Gelebte Autorität

Theodor Eschenburg ist gestorben. Mit ihm verstummt eine große Stimme der deutschen Politikwissenschaft. Ein Nachruf/Von Theo Sommer

Von oben: Ludwig ERHARD und Theodor ESCHENBURG kannten sich bereits aus den Kriegsjahren; Gustav HEINEMANN und Theodor ESCHENBURC; Würdigung von Theo SOMMER in der *Zeit* vom 15. 7. 1999 nach dem Tod ESCHENBURGS,

[17] Armin MÖHLER, *DerNasenring, Die Vergangenheitsbewältigung vor und nach dem Fall der Mauer,* Herbig, **München** 1996, S 253 f.

[18] Ebenda, S. 254.

[19] Ulrich WLLDERMUTH, »Lange Gespräche mit Stresemann«, in: *Schwäbisches Tagblatt,* 24. 10, 1984.

Linke als >Brandstifter<

Rechts eingestellte Menschen, die sich als Revisionisten kritisch zur herrschenden Meinung in bestimmten zeitgeschichtlichen Fragen äußern, werden oft als »Brandstifter* diffamiert. Als solcher wurde ausdrücklich auch Ernst ZÜNDEL in der Urteilsbegründung des Mannheimer I Landgerichts am 15. Februar 2007 bezeichnet. Verschwiegen wird jedoch, daß hoch angesehene Linke mehrfach zu offener Gewalt aufriefen und sich zur Gewaltanwendung bekannten.



Jean-Paul SARTRE,

Zu denen, die sich öffentlich zur Gewalt im politischen Kampf bekannten, gehört der französische Philosoph Jean-Paul SARTRE. In einer Besprechung der deutschen Ausgabe seiner politischen Schriften[1] heißt es verharmlosend, er habe sich nur »ein einziges Mal. . . zur Gewaltanwendung nicht nur historisch und theoretisch« bekannt, nämlich in *La cause du peuple.*

Doch das ist falsch, worauf in einem Leserbrief verwiesen wurde.[2] Darin heißt es: »Nachdem im März 1970 ein Kommando der Maoistengruppe »Nouvelle Resistance Populaire* einen Bombenanschlag auf die Direktion einer Grubenunternehmung verübt hatte und fünf ihrer Anhänger vor den Staatsgerichtshof gestellt wurden, organisierte die >Rote Hilfe* einen sogenannten »Gegenprozeß* mit einem »demokratischen Volkstribunal*, in dem SARTRE als Richter saß. Auf die Frage des Pariser Journalisten Claude KIEJMAN, ob er wirklich an positives Handeln durch Gewalt* denke, antwortet er, der Kapitalismus lasse sich nicht »auf freundlichem Wege* umkrempeln, und fährt fort: »Was ist die einzige Antwort darauf? Gewalt. Anders ausgedrückt: Wir werden die kapitalistische Gesellschaft nie dazu bringen, daß sie einer sozialistischen Gesellschaft freundlich den Platz räumt. Sobald sich das Problem stellt, eine revolutionäre nichtkapitalistische Gesellschaft aufbauen zu müssen, heißt das sofortige und totale Gewalt. . . Die Gewalt ist etwas absolut Notwendiges.* Auf Nachfrage führt er weiter aus: »Wir können uns also ein Herauskommen aus dem jetzigen Zustand, in dem wir uns befinden, nicht vorstellen ohne.. . eine Gewalt, die nicht nur eingesetzt und etabliert werden, sondern ständig wachsen muß.*«

Mit Recht meint Hans-Ulrich KOPP dazu: »»Hier scheint die Bezeichnung »Brandstifter*, die sonst meist diffamierend auf Konservative angewandt wird, durchaus berechtigt.«

Rolf Kosiek

[1] Jürg ALTWEGG, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 25. 1. 1996.
[1] Hans-Ulrich KOPP, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 3. 2. 1996.

Die Ermordung von Siegfried Buback

Am 7. April 1977 wurde der Generalbundesanwalt Siegfried BUBACK von linksradikalen Mördern auf offener Straße in Karlsruhe erschossen[1]. Mit ihm starb auch sein Fahrer Wolfgang GÖBEL. Der Fahrdienstleiter Georg WURSTER erlag im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen. Sechs Tage nach dem Mord meldete sich ein »Kommando Ulrike Meinhoff‹ und schrieb, daß es BUBACK »hingerichtet« habe[2].

Wer nun annahm, daß eine allgemeine Ablehnung dieses feigen Mordes in der Bundesrepublik erfolgen werde, irrte sich. Große Teile der Linken, darunter viele angesehene Intellektuelle, sympathisierten sogar



Der Tatort des Mordes an Siegfried BUBACK in Karlsruhe am 7. April 1977.

mit den Tätern und verharmlosten das Verbrechen. Diesem folgten dann im Herbst jenes Jahres, heute verharmlosend der »Deutsche Herbst< genannt, weitere Morde der Roten Armee Fraktion (RAF): Am 30. Juli 1977 wurde Jürgen PONTO, der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, ermordet; am 5. September 1977 wurde der Arbeitgeberpräsident Hanns Martin SCHLEYER entführt, wobei sein Fahrer Heinz MARCISZ und die Begleitbeamten Reinhold BRÄNDLE, Helmut ULMER und Roland PIELER erschossen wurden, der gefangene SCHLEYER wurde am 18./19 Oktober ermordet. Später kamen bei RAF-Attentaten folgende Menschen um: eine Person bei einem Banküberfall der RAF in Zürich am 19. November 1979, Ernst ZIMMERMANN am 1. Februar 1985, der US-Soldat Edward PIMENTAL am 8. August 1985. Der RAF werden auch die unaufgeklärten

[1] *Der Spiegel,* Nr. 17,1977, S. 17-22.
[2] Voller Text in: *Stuttgarter Zeitung,* 14. 4. 1977.

Ermordungen folgender Personen zugerechnet: des Atomphysikers Karl-Heinz BECKURTS und seines Fahrers am 9. Juli 1986, des Abteilungsleiters im Auswärtigen Amt Gerold VON BRAUNMÜHL am 10. Oktober 1986, des Vorstandssprechers der Deutschen Bank Alfred HERRHAUSEN am 30. November 1989, des Vorstandsvorsitzenden der Treuhand Detlev Karsten ROHWEDDER am 1. April 1991. Dabei gab es ferner eine Reihe von Verletzten



Der Dienstwagen Siegfried BUBACKS und das Motorrad der Attentäter (Foto: Ullstein),

Im Anschluß an den mehrfachen Mord im Fall BUBACK erhob sich in der Bundesrepublik Deutschland eine Debatte um die damit verbundenen Fragen, Bezeichnend für fast alle Kommentare der >unabhängigen< Presse war der allgemeine Versuch, die Morde zu verharmlosen und jede berechtigte Reaktion darauf zu unterbinden. Vor allem die SPD tat sich dabei hervor und warnte vor »überschießenden Reaktionen«.

In einem *Spiegel*-Gespräch[3] benutzte der damalige >Rechtsexperte< der CDU, Walter WAIJAIANN, die Gelegenheit, über Antiterrorgesetze zu plaudern. Die *Spiegel*-Vertreter versuchten dabei jedoch, jede rechtliche Bekämpfung des linken Terrorismus zu zerreden.

Die Sympathisanten der linksradikalen Täter waren anschließend nicht untätig. In Berlin druckte die linke Zeitung *INFO* einige Aufrufe ab, die mit der Formel endeten: »Schafft viele Bubacks!« An einer Hauswand in Berlin, Ecke Charlottenburger Straße/Leibnizstraße, war zu lesen: »Macht aus Buback Zwieback!«[4]

In Güttingen erschien am 27. April 1977[5] in der Zeitung des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTA) der Universität, die sich *Göttinger Nachrichten* nannte, ein »Rülpser« eines anonymen Autors zu diesem Mord unter der Überschrift »Buback - ein Nachruf«/' Der Ardkel bewarf den

[3] *Der Spiegel,* Nr. 17,1977, S. 24-28.

[4] *Stuttgarter Zeitung,* 14. April 1977.

[5] *Quick,* Nr. 21, 12. 5. 1977, S. 3; voller Text auch in: *Der Spiegel,* Nr. 22, 23. 5. 1977, S. 44.

Toten mit Schmutz: »Wer sich in den letzten Tagen nur einmal genau sein Konterfei angesehen hat, der kann erkennen, welche Züge dieser Rechtsstaat tragt, den er in so hervorragender Weise verkörperte. Ehrlich, ich (der anonyme Autor, R. K.) bedaure es ein wenig, daß wir dieses Gesicht nun nicht mehr in das rotschwarze Verbrecheralbum aufnehmen können, das wir nach der Revolution herausgeben werden.« Außerdem war von »klammheimlicher Freude« über den Abschuß dieses »Typs« die Rede.[6]

Zu diesem Mord schwiegen die sonst so sehr gegen jede Gewalt protestierenden tonangebenden linken Intellektuellen und die >Vordenker< der Nation. Es gab auch keine Lichterketten oder andere Betroffenheitsrituale nach diesen Morden.

Am schlimmsten beim Buback-Mord war das Verhalten - meist durch Untätigkeit — der Bundesregierung in Bonn. Justizminister VOGII (SPD) stellte zwar Strafantrag. Ein Gericht entschied aber nur, der Göttinger ASTA müsse sich vom Text distanzieren. Welch lustiges Urteil! Als ob es im Strafgesetzbuch keine Paragraphen gäbe, die verlangen, daß eine solche Darstellung wie der genannte Göttinger Text zu bestrafen ist. Wer Straftaten billigt oder gar belohnt, kann nach § 140 in Verbindung mit §138 des Strafgesetzbuches (StGB) mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden. Außerdem darf nach Paragraph 189 StGB das Andenken Verstorbener nicht verunglimpft werden, was aber meist nur für Nichtdeutsche angewendet wird. Die Tat selbst wurde nie aufgeklärt.

Obwohl sich der Göttinger ASTA nach langem Zögern von dem genannten Text distanzierte, »solidarisierten« sich dann andere Studentenvertretungen (u. a. in Hannover, Braunschweig, Kassel, Bochum, Tübingen)[6] sowie der bayerische Landesverband der Jungdemokraten (Judos) mit dem Inhalt dieses Textes/ Die Berliner Judos stellten 10000 Exemplare eines Sonderdrucks des Göttinger Artikels her und verteilten ihn,[8]

Vor Gerichten in Bonn und Düsseldorf wurden Verbreiter und Nachdrucker dieses Buback->Nachrufes< freigesprochen."

Einige Zeit später haben dann noch 48 Professoren und andere Hochschullehrer von acht deutschen Universitäten ein besonders scheinheiliges Dokument vorgelegt. Sie forderten eine öffentliche Diskussion des Buback-Nachrufes, den sie nachdruckten, um »dem politischen Äußerungsverbot entgegenzutreten, indem wir das Recht auf freie politische Meinungsäußerung praktisch wahrnehmen«. Die dreizehn niedersächsischen akademischen Unterzeichner wurden vom zuständigen Wissenschaftsminister Eduard PESTEL im September 1977 zwar ultimativ aufgefordert und mit Entlassung bedroht, wenn sie sich nicht davon distanzierten.[1]" Doch es erfolgte nichts Wesentliches wie ebenso auf einen Aufruf des Berliner Wissenschaftssenators Peter GLOTZ an die betreffenden Berliner Professoren."

[6] *Die Weit,* 9. 7.1977. Das Pseudonym hieß >Göttingcr Mescalerot, ein gewisser Klaus HÜLBROCK bekannte sich als Verfasser. Siehe Faksimile eines Briefes, den er an den Sohn des Opfers, Michael BuBACK, im Jahre 2001 richtete (siehe S. 783).

[7] *Die Welt,* 29. 9.1977.

[8] »Buback->Nachruf< wird in 10000 Exemplaren verteilt«, in: *Schwäbisches Tagblatt,* 24. 9. 1977

[9] "Freispruch nach Buback->Nachruf<« in: *Schwäbisches Tagblatt,* 23. 12. 1977.

[10] Hans-Peter SATTLER, »Die Gretchenfrage an dreizehn Professoren«, in: *Stuttgarter Zeitung,* 14. 9. 1977.

[11] "Die Auseinandersetzung des Berliner Wissenschaftssenators mit 12 Professoren«, in: *Die Welt,* 9. 7. 1977.

Trotz dieser Verhältnisse mit vielfachen linken Mordtaten und im Gegensatz dazu fehlender rechter Gewalt wurde von Politikern und Medien zum >Kampf gegen Rechts«, zum »Aufstand der Anständigen« gegen angebliche rechte Gewalttaten, die sich dann als anders verursacht erwiesen, aufgerufen. Jede ernsthaft um die historische Wahrheit geführte Debatte um umstrittene Vorgänge aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges wurde und wird in der Bundesrepublik mit Gefängnis und allen möglichen anderen Verfolgungen bestraft, ohne daß sich Professoren oder andere Hochschullehrer für die hier wirklich bedrohte Freiheit der Wissenschaft und der Meinungsäußerung einsetzen. Auch werden Richter wie der Mannheimer Richter ORLET im Fall Günter DECKERT vom August 1994, die eine begründete rechte Meinungsäußerung gegen den Zeitgeist nicht sofort hoch bestrafen wollen, öffentlich angegriffen und ihres Amtes enthoben.



Generalbundesanwalt Siegfried BUBACK.

Zum 30. Jahrestag des BUBACK-Mordes im Frühjahr 2007 wurde viel und mit großem Verständnis für die Täter über den BUBACK-Mord in den Medien diskutiert. Verschiedentlich wurden »Dokumentationen« über die einzelnen Täter im Fernsehen gebracht. Als die mehrfache brutale Mörderin und RAF-Chefin Brigitte MOHNHAUPT, die auch den Mord an BUBACK plante und leitete, nach 24jähriger Haft am 26. März 2007 vorzeitig endassen wurde, schlug ihr in den Medien, obwohl sie die Umstände ihrer Verbrechen immer noch nicht mitgeteilt hatte, eine Welle des Wohlwollens entgegen.[12] Bundespräsident Horst KÖHLER hielt es trotz vieler Warnungen mit der Würde seines hohen Amtes vereinbar, sogar mit dem Terroristen und überführten RAF-Mörder Christian KLAR, für den sich viele öffentlich eingesetzt hatten, zur Meinungsbildung über eine etwaige Begnadigung persönlich zu sprechen, die dann doch verschoben wurde. Hingegen für den in Rom seit mehr als 13 Jahren inhaftierten 94jährigen deutschen Soldaten Erich PRIEBKE, der in schwerer Zeit seine Pflicht tat, hat er sich nicht verwandt.

Bezeichnend war auch die Wortwahl der Medien in Artikeln über den **BuBACK**-Mord. Während sie vom »SS-Verbrecher PRIEBKE«[13] schrieben und die Proteste vertraten, die sich gegen die Vergünstigung, daß er arbeiten dürfe, erhoben hatten, vermieden sie es peinlichst, die RAF-Täter »Mörder« oder »Verbrecher« zu nennen. So kommen diese beiden zutreffenden Beurteilungen auf den zehn Seiten der Titelgeschichte über den Mord an BUBACK im *Spiegel** nicht ein einziges Mal vor. Die Täter werden dort »RAF-Angehörige, -Mitglieder, -Kämpfer, -Veteranen, -Häftlinge, -Terroristen« genannt.

Sogar die früheren Ermüdungen gegen die BUBACK-Mörder scheinen nicht mit der gebührenden Sorgfalt durchgeführt worden zu sein, BUBACKS Sohn Michael kritisierte im Jahre 2007 bei der erneuten Diskus-

[12] Arnold RIEGER, »Mohnhaupt fängt im Land ihr neues lieben an«, in: *Stuttgarter Nachrichten,* 27. 3. 2007,

[13] Thomas MIGGE, »SS-Verbrecher Priebkc darf arbeiten«, in: *Stuttgarter Nachrichten,* 14. 6. 2007.

[14] Carsten HOLM u.a., »Das Geheimnis des dritten Mannes«, in: *Der Spiegel,* Nr. 17, 2007, S. 24—34.

sion über die Ermordung seines Vaters folgendes: 1977 seien zwei Haare, die sich in der Tasche, in der die Mordwaffe transportiert wurde, und in dem bei der Tat benutzten Motorradhelm befanden, sowie mit diesen übereinstimmende Haare an Kleidungsstücken, die damals von Terroristen in einem Koffer versandt wurden, nicht auf ihre Herkunft bei einem der später verhafteten Terroristen untersucht worden,[15]

Linke Mörder und linksextreme Gewalttäter stoßen in der heutigen Bundesrepublik eben auf größeres Verständnis als gewaltfreie Nationale, die sich für die geschichtliche Wahrheit einsetzen. **Rolf Kosiek**

[15] Michael BUBACK., »Die Haare der Täter«, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 14.' 9. 2007, S.U.

Klaus Hülbrock
MESCALERO:
Offener Brief an Michael Buback

Sehr geehrter Herr Buback!

"Manche Sätze geben ihr Gift erst nach Jahren ab.", schrieb Elias Canetti. Einer unserer geistigen Ziehväter, der sich nun auch nicht mehr richtig distanzieren kann.

Zu Ihrer Begegnung mit Trittin möchte ich Ihnen mein aufrichtiges Mitgefühl ausdrücken. Aber der hat nun wirklich nichts damit zu tun. Ich bin das scharfe Schwarz. Ein Blackout aller. Kognitives Nichts. Der Niemand, auf den Sie trefflicher zielen können.

Ich habe Ihnen im Frühjahr 1999 mitgeteilt, dass mir die damals persönlich auf Ihren Vater gemünzten Worte heute weh tun. Und dass zu einer Distanzierung von der politischen Performanz des Artikels kein Anlass besteht. Lesen Sie gefälligst die Gerichts-Urteile! Machen Sie sich kundig gegen dumpf wallende Gefühle scheinheiliger Allianzen. Recht ist gesprochen worden. Gerechtigkeit ist in dieser Sache aber nicht ergangen.

Schämen müssen sich diejenigen, die damals den schmähenden Sachgehalt des Artigegen seinen Wahrheitsgehalt glaubten ausspielen zu sollen. Die müssen sich schämen, die den Text aus seinem Feld, aus dem Zusammenhang gerissen, verdreht, verstümmelt und für ihre schwachsinnige "Sympathisantensumpf-Kampagne" benutzt haben.

Es sind dieselben Banausen und Wahrheitsverdreher am Werk. Erneut ungerechtfertigt bietet sich dasselbe erbärmliche Schauspiel von Masse und Macht.

Ja, ernähren denn die sich nicht richtig? Schlucken die zu viel neopathetisches Prolabin, dass an ihnen nun erneut der Distanzierungs-Wahnsinn verfällt?

Aus aller damit gebotenen Ferne kann ich ihnen nur zurufen: "Gute Besserung!". Und "Viva Mescalero!".

24.Januar 2001

©
Dieser Brief ist ein Gesamtkunstwerk. Sie können ihn als Ganzes wiedergeben. Sie sollten ihn nicht wie gewohnt verbiegen, verdrehen, verstümmeln oder in der Ihnen eigenen Sprache umdrehen wollen. Alle Rechte bleiben beim Autor.

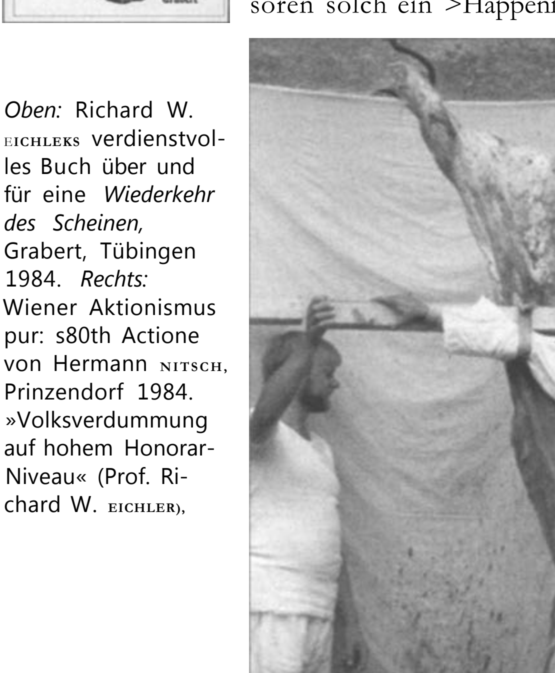
Die Richtigkeit meines Namens und des Allonyms können Stefan Aust vom "Spiegel" und Edith Kohn vom "Stern" bezeugen, mit denen ich 1997 bzw. 1998 von meiner lüdenscheider Adresse aus in Kontakt getreten bin.

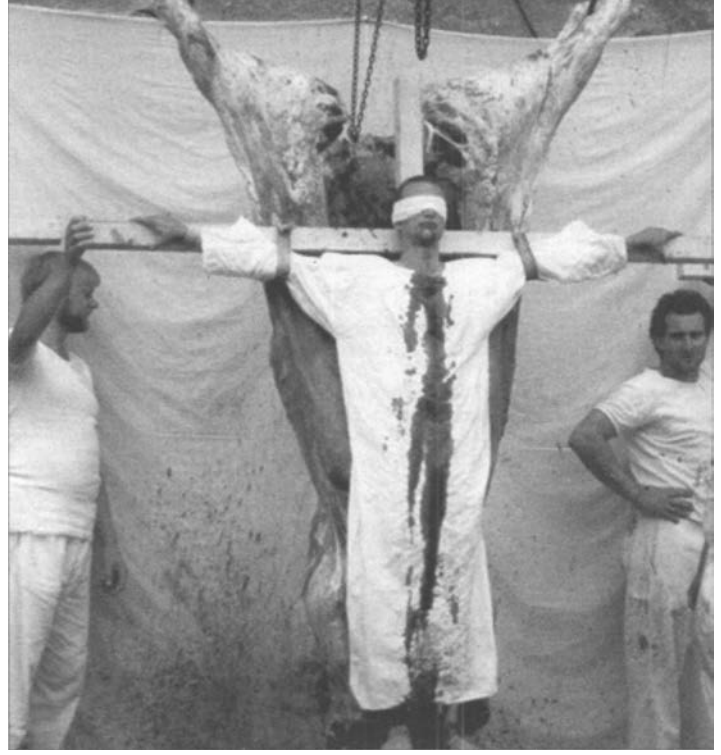
Faksimile eines Briefes, den Klaus HÜLBROCK (>Cöttinger MescaleroO an den Sohn des Opfers, Michael BUBACK, im Jahre 2001 richtete.

Die Zerstörung der Kunst durch die 68er

Die maßgeblich durch die frankfurter Schule[1] beeinflußten 68er bewirkten durch ihre revolutionären Ideen und die Zersetzung traditioneller Werte nicht nur eine folgenschwere Veränderung der deutschen Gesellschaft, sondern auch eine tiefgehende Zerstörung des deutschen Geisteslebens. Das wirkte sich insbesondere auf dem Bereich der Kunst aus, deren zeitlose Normen zugunsten oberflächlicher und oft genug widerlicher oder abstoßender »Aktionen« zerstört wurden. >Happenings<- oder >Ereignis(Events)-Künstler< wurden von den Massenmedien vorgestellt wie gefeiert und gewannen sogar Kunsthochschulen für ihre als >Kunst< anerkannten Darbietungen,

Bezeichnende Beispiele für diese pervertierte Art >moderner Kunst< bildeten die Auftritte des >Aktions-Künstlers< Otto MULHL. SO veranstaltete er am Dienstag, dem 17. Dezember 1969, in der Staatlichen I lochschule für Bildende Künste in Braunschweig unter Billigung der Professoren solch ein >Happeninge Die Lokalzeitung berichtete darüber:[1]





Oben: Richard W. EICHLEKS verdienstvolles Buch über und für eine *Wiederkehr des Scheinen,* Grabert, Tübingen 1984. *Rechts:* Wiener Aktionismus pur: s80th Actione von Hermann NITSCH, Prinzendorf 1984. »Volksverdummung auf hohem Honorar-Niveau« (Prof. Richard W. EICHLER),

[1] *Braun Schweiger Zeitung,* 19. 12, 1969.

»Zunächst trat der splitternackte MUEHL vors Mikrophon und verlas ein Gedicht zum Thema Weihnachtskonsum, übermäßiges Fressen nebst Folgen und Weihnachts-Kampfpause (Titel der MUEHL-Aktion: >0 Tannenbaum«). Während von Tonbändern Weihnachtslieder erklangen, steigerte MUEHL sich in einen Schreikrampf und legte sich anschließend entspannt zu seiner nackten Gefährtin in das - fürs Fernsehen hell angestrahlte - Bett.

Später wurde die Frau aus dem Bett gehoben. Man brachte in einer Holzkiste ein Schwein, die Kiste wurde geöffnet, das gräßlich quiekende Tier mit Gewalt auf das Bett gelegt. Der Schlachter trat in Aktion: Fachgerecht tötete er das sich wehrende Schwein und schnitt ihm dann die Halsschlagader auf. MUEHL fing das Blut in einem Plastikeimer auf und goß es über die am Boden liegende Frau. Später legte sich die Frau neben das ausgenommene Schwein ins Bett. Därme und Eingeweide wurden über ihren Leib verteilt. MUEHL spritzte Milch, rohe Eier und Mehl über sie, schließlich urinierte er auf die Frau und leerte seinen Darm auf den Schweinekadaver.« Ein Bild von diesem Happening mit dem nackten Künstler vor der blutig übergossenen Frau bringt **EiCHLER.**[2]

In einer Zeitungsanzeige[1] sprachen sich zwanzig namentlich aufgeführte aufgebrachte Bürger aus Braunschweig, die die »Aktion Menschenwürde« gegründet hatten, gegen diesen »Akt grausamster Verletzung der Menschenwürde« aus und fragten zu Recht: »Sinti wir schon so abgestumpft, daß wir uns nicht

»Scheißbild mit Gelb« nannte der in Berlin wirkende Maler und Kunsthistoriker Martin VON OSTROWSKI (Jahrgang i 958) sein Werk aus dem Jahre 1987. Prof. Richard W. EICHEER spricht in diesem Zusammenhang von »Miserabilismus«, um diese Abkehr von den ästhetischen Regeln und den Sturz in die Niederungen zu bezeichnen. Die berühmte Geigerin Anne-Sophie MUTTER meint zur Kulturlosigkeit: »Wir brauchen Kultur, um uns als Menschen mit einer Tradition zu definieren und um uns gleichzeitig abzugrenzen. Mittelfristig führt Kulturlosigkeit zur geistigen Verarmung und langfristig zur Verblödung eines Landes.«

[2] Richard W EiCHLER, *Die Wiederkehr des Schönen,* Graben, Tübingenl984, S. 160.

[1] Anzeige »BraunSchweiger in Stadt und Land! Nie wieder Verletzung der menschlichen Würde! Das lassen wir uns nicht bieten!« in: *Braun-Schweiger Zeitung* 23. 12. 1969.

mehr gegen derartige perverse Aktionen auflehnen? Sind unsere Intellektuellen und Künstler schon so verbildet, daß sie bei solchen Vorgängen über Für und Wider diskutieren müssen? Haben sie vergessen, daß die Diskussion da aufhört, wo die Menschenwürde angetastet wird?«



Otto MÜHL wurde wegen Vergewaltigungen und Sex mit Minderjährigen verurteilt.

Einen späteren Bericht über den »Kaldaunen-Wüterich Hermann NITSCIH« brachte Reinhard MÜL.LER-MEHLIS.[4]

In Osterreich, besonders in Graz in der Steiermark, trat seit Ende der sechziger Jahre in ähnlicher Weise Hermann NLTSCH[5] auf, der durch öffentliche Tierschlachtungen unter Einbeziehung des Kruzifixes - so Doppelkreuzigung einer Frau und eines Schweines 1968 in München[6] - auf sich aufmerksam machte und solches als Kunst ausgab. Ausgerechnet dieser Mann wurde von Kultusminister SCHÖLTEN 1992 als repräsentativer Künstler Österreichs zur Weltausstellung nach Sevilla gesandt.[7]

Ähnliche, von der Presse als moderne Kunst gefeierte Happenings veranstalteten Günther BRUS oder H. A. SCHULT, Von diesen gab es Übergänge bis hin zu Joseph BEUYS und manchem Regisseur eines deutschen Theaters, der aus dieser - nach SCHILLER - moralischen Anstalt eine sehr unmoralische Einrichtung machte: Auswirkungen des durch die 68er Kulturrevolution gesteigerten »Verlustes der Mitte« der Deutschen,"

Rolf Kosiek



Hermann NITSCH, österreichischer Staatskünstler und Träger höchster österreichischer Staats preise, gab folgende Regieanweisung für das Mysterienspiel *Die Eroberung von Jerusalem'*

»christus wird in ein schlachthaus geführt, er schlachtet mit hilfe von metzgern 20 rinder. die tiere werden ausgeblutet und abgehäutet, hat christus einen stier getötet, legt er sich auf das am rücken liegende abgehäutete noch zuckende tier, saugt am geschlechtsteil des stieres, saugt urin heraus und beißt in das geschlechtsteil des stieres, er küßt die hoden... hat christus eine kuh getöt *(sic!)*, legt er sich auf das am rücken liegende abgehäutete und noch zuckende tier, schleckt das geschlechtsteil der kuh und steckt seine zunge tief hinein... akteure beginnen auf großen mengen rohen fleischs und eingeweiden herumzutrampeln, sich zu beschütten und zu bespritzen. . . wenn christus ausrutsch, springt nr. 38 auf ihn, steckt seinen erigierten penis.

[4] Reinhard MÜLLER-MEHLIS in: *Die Welt*, 28. 10, 1980.

[5] Walter MARJNOVIC, *Diktatur des Häßlichen, Kulturpolitik beute*, Ixopold Stocker, Gra?.—Stuttgart 1995, S. 78.

[6] Abbildung vom Münchner Happening 1968 in: EICHLER, aaO. (Anm. 2), S. 160 f.

[7] MARINovic, aaO. (Anm. 5), S. 112.

[8] Hans SEDLMAYR, *Verlust der Mitte,* Otto Müller, Salzburg 1948.

* Zitiert von Richard MEUSCH, *Der letzte Akt,* Hohenrain, Tübingen [2]2007, S. 231.

Willy Brandt in Selbstzeugnissen

Willy BRANDT war von 1969 an Bundeskanzler einer sozial-liberalen Koalition, bis er 1974 zurücktreten mußte, nachdem sein enger Berater GUILLAUME als hochkarätiger Ostagent enttarnt worden war. BRANDTS Vorgeschichte wurde und wird meist verdrängt und verschwiegen und sei nachfolgend durch Selbstzeugnisse belegt.

Willy BRANDT ist einer der Decknamen, unter denen der als I lerbert Ernst Karl FRAHM am 18. Dezember 1913 in Lübeck geborene extreme Sozialist nach 1933 im Ausland tätig war. Schon als Jugendlicher ging er zu den Roten Falken und dann zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), die den Kommunisten nahestand. In der SAP stand er deren Jugendorganisation vor. Im April 1933 flüchtete er in einem Fischerboot über die Ostsee nach Rodby auf der dänischen Insel Lolland und weiter nach Norwegen, wobei die Gründe für diesen plötzlichen Aufbruch ungeklärt sind. Es gibt Vorwürfe wegen eines Mordes in Lübeck. Von Oslo aus reiste er in den folgenden Jahren in mehrere Länder, war als linker Journalist auf Rotfront-Seite im Spanischen Bürgerkrieg tätig, konnte sich in norwegischer Uniform 1940 bei der deutschen Besetzung tarnen und nach mehrwöchiger Gefangenen zeit freikommen, um dann im Sommer 1940 nach Schweden überzutreten. In Stockholm leitete er ein norwegisch-schwedisches Pressebüro und besuchte gelegentlich noch Oslo. Im Sommer 1945 war er wieder in Oslo, wirkte als Journalist dort beim *Arbeiterbladet* und wurde dann als Berichterstatter zum Nürnberger Prozeß geschickt. So kam er im Herbst 1945 in norwegischer Uniform nach Deutschland zurück, war während des Militär-Tribunals in Nürnberg, wurde 1946 norwegischer Attache im Majorsrang in Berlin und machte ab 1948, nach Ablegung der norwegischen und Rückerwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, seinen Weg als Schützling des Berliner Regierenden Bürgermeisters Ernst REUTER und des lange Jahre in Moskau tätig gewesenen Herbert WEHNER in der SPD, in der er Parteivorsitzender, Kanzlerkandidat, Bundeskanzler und Ehrenvorsitzender wurde. Er erhielt den Friedensnobelpreis.[1]



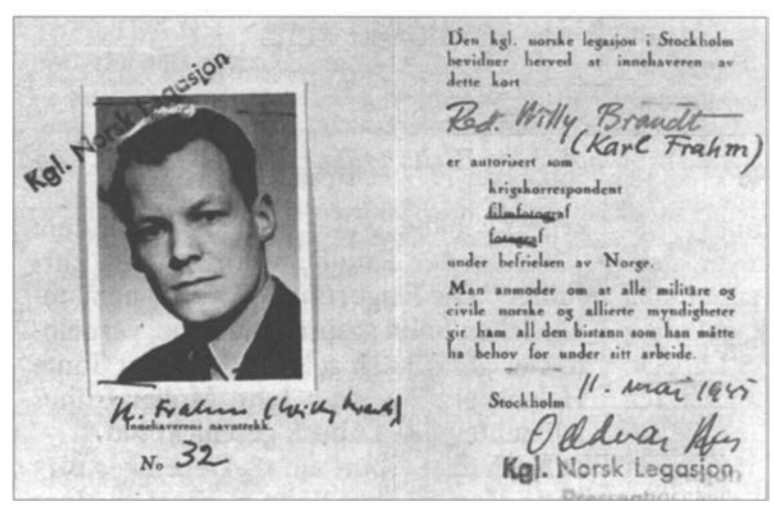


Von often; Willy BRANOT 1937 und 1945.

Zur Einschätzung von Willy BRANDTS Persönlichkeit seien einige bezeichnende Zitate gebracht. In Paris, wo damals die Zentrale der SAP saß, sprach er 1937 vor dem erweiterten SAP-Vorstand über »Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien« und erklärte: »Der Einsatz der Russen

[1] Peter KLEIST, *Wer ist Willy Brandt. Eine Antwort in S'elbstzeugnissen,* National-Verlag, Rosenheim H1976; *Willy Brandt ohne Heiligenschein*, Deutsche Verlagsgesellschaft, Rosenheim 1977.





Kgl. Norsk Legasjon

Den kgl. norske legasjon i Stockholm bevidner herved at innehaveren av dette kort

Red. Willy Brandt (Karl Frahm)

er autorisert som

krigskorrespondent

~~filmfotograf~~

~~fotograf~~

under befrielsen av Norge.

Man anmoder om at alle militäre og civile norske og allierte myndigheter gir ham all den bistann som han måtte ha behov for under sitt arbeide.

Stockholm 11. mai 1945

Innehaverens navntrekk.

No 32

Kgl. Norsk Legasjon

BRANDT als Schüler im Jahre 1930; ***rechts*** sein norwegischer Presseausweis 1945.

für die Vernichtung FRANCOS war eine außerordentlich fortschrittliche Angelegenheit.«[2]

Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg schrieb er in einem Brief an die »werten Genossen« im Zentralkomitee des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands: »Als Schüler von MARX und LENIN wissen wir, daß es zum siegreichen Kampf der Arbeiterklasse einer zielbewußten und revolutionären Partei bedarf. . , Das Ziel dieser Arbeit ist es, in Deutschland eine wahrhaft kommunistische Partei und in der Welt eine wahrhaft kommunistische Internationale zu schaffen.«[3]

Im Zweiten Weltkrieg schrieb er von Stockholm aus drei Bücher gegen die deutsche Besetzung Norwegens und rühmte die norwegischen Partisanen.[4] Im Jahre 1942 brachte er das Buch ***Guerillakrieg*** heraus, in dem er sich gegen die Haager Landkriegs **Ordnung** und für den Partisanenkrieg einsetzte. Von Schweden aus lieferte er dem US-Geheimdienst Material, insbesondere Vorschläge für die Behandlung Deutschlands nach Kriegsende. In einer Mitteilung vom 22. Mai 1944 an den US-Geheimdienst schlug er vor: »Beamte, Richter und Polizeibeamte müssen in großer Zahl gefeuert, interniert und in Gefangnisse gesteckt werden. Solche Maßnahmen liegen nicht zuletzt im Rahmen einer kraftvollen demokratischen Revolution, wie sie unglücklicherweise 1918/19 nicht vollendet wurde.«[5]

[2] Zitiert in KLEIST, ebenda S. 15.

[3] Zitiert ebenda S. 66.

[4] *AJorgeforsätter Kampen* (Norwegen setzt den Kampf fort), *Norges vag mot friheten* (Norwegens Weg in die Freiheit) und *Norge ockuperat och (ritt* (Norwegen besetzt und frei).

[5] *Deutschland-Magazin,* Januar 1980, dort zitiert aus Dokument 3399.

Ihm wurden seine andsemitischen Ausführungen vom Mai 1944 verziehen, die er über die US-Botschaft in Stockholm an das Außenministerium in Washington richtete. Darin heißt es: »Wir bedauern die sehr drastischen Maßnahmen zutiefst, die die deutsche Nazi-Regierung gegen Juden und andere Minoritäten ergriffen hat. Dennoch schlage ich vor, daß die Alliierten die Rückführung deutscher Juden aus dem Exil nicht begünstigen sollten. Das liegt im Interesse eines zukünftigen demokratischen Deutschland. Das deutsche Volk steht den Juden weiterhin feindlich gegenüber, Sie werden für den Krieg, die Blockade und die massiven Bombardierungen verantwortlich gemacht. Es wird sehr schwierig sein, sich mit den Exil-Juden zu solidarisieren. Das deutsche Volk sollte nicht für die Nazis und ihre Vergangenheit verantwortlich gemacht werden. Die Rassengesetze sind ein *fait accompli* (vollendete Tatsache), Die Juden selbst tragen einige Verantwortung dafür, wenn es in Deutschland ihnen gegenüber Vorurteile und Feindseligkeiten gibt.«[6]

Willy BRANDT mit seiner Frau Carlota und seiner Tochter Ninja bei der 1. Mai-Feier 1944 in Stockholm.

Mit seinen Erfahrungen von der Nürnberger Siegerjustiz, die er befürwortete und von der er die Rede des Anklägers Robert H.JACKSON am 21. November 1945 als »ein großes Erlebnis« mitnahm, schrieb er 1946 das Buch *börbrytere og andre Tyskere* (Verbrecher und andere Deutsche).[7] Darin heißt es: »Die Nazis — in Deutschland und anderen I.ändern - sind schuldig. Nürnberg hat einen Schuldkomplex aufgerollt, der die wildeste Phantasie übersteigt. Schuld sind nicht nur die Parteiführer und Gestapo-Terroristen, sondern auch die Gruppen von Junkern, Großindustriellen, Generalen, Bürokraten und Professoren, die mit dabei waren, den Terror und den Krieg zu entfesseln. Diese Gruppen müssen ausgeschaltet werden.« (S. 30)

* Im *Deutschland-Magazin*, 12/1979, zitiert aus dem Buch *Pétain, Laval et de Gaulle. Les secrets des Archives Américaines* des türkischen Schriftstellers Nerin E. GUN.

Willy BRANDT, *Forbrytere og andre Tyskere* (Verbrecher und andere Deutsche), Aschehoug, Oslo 1946,

Den besiegten Deutschen wünschte er Schlimmes: »Ich habe mich nie zu einer Begeisterung für Todesurteile aufraffen können, aber so, wie die Welt, in der wir leben, nun einmal ist, rechnete ich damit, daß es notwendig sein werde, eine große Anzahl von wertlosen nazistischen I .eben auszulöschen.« (S. 23) »Die Nazis müssen ohne falsche Sentimentalität behandelt werden.« {S. 161).

In lupenreiner Umerziehungssicht schrieb er auch, die Geschichte verfälschend: »GÖRING wollte sich als Anhänger einer ritterlichen Kriegführungausgeben. Aber unter seinem Kommando legte die Luftwaffe Warschau, Kristiansund und Rotterdam in Trümmer. So begann der uneingeschränkte Bombenkrieg.« (S. 85)

Ebenso verbreitete er eine Geschichtslüge, wenn er angab: »In Frankreich wurden im Laufe der Okkupationsjahre 29 000 Geiseln erschossen, 11 000 davon in Paris.« (S. 63) Richtig ist jedoch, daß während der deutschen Besatzungszeit vom Militärbefehlshaber oder dem Höheren SS- und Polizeiführer rund 750 Geiseln erschossen wurden, meist Kriminelle aus französischen Gefängnissen.

Über den Österreich-Anschluß meinte er entgegen der historischen Wahrheit: »Man wußte von Anfang an, daß der »Anschluß« mit Betrug und Gewalt durchgesetzt worden war.« (S. 49) Ebenso falsch ist das Urteil: »Die Naziführer waren wirklich auf die Weltherrschaft aus.« (S. 57)

Den Verlust ganz Ostdeutschlands und damit rund eines Drittels des deutschen Kultur- und Siedlungsboden befürwortete er, was an Landesverrat grenzt, und meinte: »Die planmäßige Polonisierung, die schon stattgefunden hat und die weitergehen wird, bis die Friedenskonferenz sich versammelt, deutet indessen darauf hin, daß »neue Tatsachen« von dauerhaftem Charakter geschaffen werden.« {S. 307) Die sowjedschen Greuel beim Einfall der Roten Armee in Mitteldeutschland versuchte er zu verharmlosen: »In Berlin kam es vor, daß deutsche Verbrecher in russischen Uniformen auftraten und plünderten und mordeten.« (S. 182) Ebenso spielte er die Untaten der Tschechen herab: »Auch Vergewaltigungen kamen vor.« (S. 219) Als Entschuldigung hieß es dann wieder im Gegensatz zur geschichtlichen Wirklichkeit: »Eine große Anzahl von Sudetendeutschen beging Verrat gegen die tschechoslowakische Republik, die ihnen trotz allem sehr große Minderheitenrechte gegeben hatte.« (S. 221)

Er lobte die neue Kommunistische Partei Deutschlands: »»Diese Partei nahm im Gegensatz zu früher eine positive Haltung zur Demokratie und zum Parlamentarismus ein.« (S. 232) Dafür kritisierte er die antibolschewistische Haltung des Nachkriegs-SPD-Vorsitzenden Kurt SCHUMACHER: »»Seine außenpolitische Orientierung schien ziemlich einseitig zu sein. Seine Haltung in der Einigungsfrage wirkte negativ.« (S. 257) Nicht umsonst warnte SCHUMACHER seine Parteifreunde vor BRANDT.

BRANDT hat seine früheren Aussagen nie widerrufen oder sich davon distanziert. Als er im WESSEI.Y-Prozeß 1962 die Frage gestellt bekam, ob er immer noch den Gedanken einer Einheitsfront von KPD und SPD, insbesondere für den Fall einer deutschen Wiedervereinigung, hege, verbat er sich diese Frage und nahm somit nicht die an sich günstige Gelegenheit zu einer Klärung wahr.



BRANDTS Kniefall in Warschau,

BRANDTS Politik des Verzichts auf Ostdeutschland und das Sudetenland konnte sich seit seiner Kanzlerschaft ab 1969 voll auswirken. Vergessen war sein wohl nur opportunistisch gemeintes Grußwort zum Schlesier-Deutschlandtag vom 7. bis 9. Juni 1963 in Köln: »Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten?. . . Der Wiedervereinigung gilt unsere ganze Leidenschaft.« Auch die deutsche Einigung hatte er abgeschrieben und damit als Bundeskanzler gegen die Präambel des Grundgesetzes und die oberste Pflicht deutscher Politiker verstoßen. Am 29. Dezember 1969 brachte das amerikanische Nachrichten-Magazin *US-Nem and World* Ri*port* ein Interview mit dem frischgebackenen Regierungschef, in dem er bekannte: »Ich muß gestehen, daß ich aufgehört habe, von Wiedervereinigung zu reden.« Dafür arbeitete er auf die Anerkennung des Pankower Regimes als zweiten deutschen Staats hin, die gerade noch durch die kleine deutsche Wiedervereinigung verhindert werden konnte. Kurz vor dem deutschen Herbst 1989 erklärte er am 11. September 1988 in Berlin: Es »wurde die Wiedervereinigung zu jener spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik«, was er in seinen *Erinnerungen*[3] kurz vor der deutschen Wende noch einmal so ausdrückte: »Es war eine lebenslügnerische Vorstellung, 1945 sei nur die Gewaltherrschaft und nicht auch der Staat zugrunde gegangen.. , Durch den Kalten Krieg und dessen Nachwirkungen gefördert, gerann die »Wiedervereinigung* zur spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik.«

Rolf Kosiek

[3] Willy BRANDT, *Erinnerungen,* Ullstein, Berlin 1989, S. 154 ff.

Lafontaine fälschte Foto



Oscar LAFONTAINE Anfang der neunziger lahre.

Im Vorfeld der Bundestagswahl von 1990 erschien eine Werbebroschüre für den SPD-Bundeskanzler-Kandidaten Oskar LAFONTAINE mit dem Titel *Oskar Lafontaine - einer von uns.* Darin ist auch ein Foto etwa aus dem Jahre 1944 der Familie LAFONTAINE mit dem am 16. September 1943 geborenen Oskar und seinem Zwillingsbruder Hans als Kleinkinder auf dem Schoß von Vater und Mutter. Der Vater ist darauf anscheinend in einem Zivilanzug abgebildet. Dieses erscheint so, weil aus dem Original,[1] das den Vater in der Uniform eines Unteroffiziers der deutschen Panzertruppe zeigt, der bald darauf gefallen ist, offensichtlich die Uniformabzeichen heraus retuschiert worden sind.[2] Dem Wähler wird also eine Fälschung dargeboten, weil man offenbar die Tatsache, daß Vater La FONTAINE Angehöriger der Deutschen Wehrmacht war, als belastend ansah und dem unkritischen Betrachter vorenthalten wollte.

Schämte sich LAFONTAINE, der gern von Schuld und Sühne der Deutschen spricht, oder der Verfasser der Broschüre so sehr dieser Wirklichkeit seines Vaters, daß er zu einer Fälschung greifen mußte?

Wollte er, wie Günter GRASS es jahrzehntelang mit seiner Zugehörigkeit zur Waffen-SS tat, die Zugehörigkeit seines Vaters zur Deutschen Wehrmacht vertuschen?

Rolf Kosiek





Original ***(links)*** und retuschiertes Bild ***(rechts).***

[1] Original in: *Prominente ohne Maske neu*, FZ-Verlag, München, 2001, S. 119,

[2] »Lafontaines Fälschung«, in: *Nationai-Zeitung,* 23, 3. 1990,

Hanna Reitsch stellt Hitler-Film richtig

Im Jahre 1973 wurde der mit monumentaler Ausstattung gedrehte Film *Hitler, die letzten 10 Tage* aufgeführt, in dem Sir Alec GUINNESS die Rolle HITLERS spielt. Darin wird über die letzten Tage im Führerbunker 1945 viel Falsches dargeboten. So gab es zum Beispiel kein viertes Testament HITLERS, das im Film vor dem Bunker zerrissen wird. Die Schauspieler stellen die damaligen Vorgänge so dar, wie Klein-Mäxchen sich den Untergang des Dritten Reiches vorsteilt oder vorstellen soll, jedoch nicht so, w'ie er ablief.

Als Zeitzeugin hat die große Fliegerin Hanna REITSCH,[1] die am 26. April 1945 Generaloberst Robert Ritter VON GREIM[2] in das bereits eingekesselte Berlin flog, bei HITLER war und dann am 29. April auch wieder mit dem Generalfeldmarschall hinausflog, eine Richtigstellung zu dem Film veröffentlicht,[3] in der es heißt:



Filmpiakat zu dem 1973 erschienenen Film Hifiers *letzte 10 Tage*

»Was nun die Darstellung meiner Person, mein Tun und die Wörte, die ich dort gesprochen haben soll, betrifft, so ist aber auch jedes Wort und Geschehen unwahr. Hätte man wirklich die Wahrheit sagen wollen, so hätte man ja nur mich persönlich zu Rate zu ziehen brauchen; doch man wußte sicher: Wenn man bei der Wahrheit geblieben wäre, so wäre der Film halt recht undramatisch geworden.

Der wirklich dramatische Flug, den ich als Flieger durchzuführen hatte, um Generaloberst VON GREIM nach Berlin zu bringen, konnte im Film

[1] **Hanna REITSCH (1912—1979) errang zahlreiche Weltrekorde im Segelfliegen, wurde der erste weibliche Flugkapitän, war im Zweiten Weltkrieg Testpilotin der Luftwaffe und flog unter anderem erste Hubschrauber und Raketenflugzeuge. Sie erhielt 1942 als erste Frau das EK I und das Goldene Flugzeugführerabzeichen mit Brillanten, Ab 1945 war sie 15 Monate unter schändlichen Bedingungen in US-Haft, wo sie sich weigerte, unwahre Aussagen zu unterschreiben. Später errang sie weitere Weltrekorde im Segelflug. Sie schrieb *Fliegen mein Leben* (1951), *Höben und Tiefen* (1978) und *Das Unzerstörbare in meinem Leben* (1979).**

[2] **Robert Ritter VON GREIM (1892-1945) vernichtete im Ersten Weltkrieg als erster Flieger einen feindlichen Panzer aus der Luft. Inzwischen Generaloberst geworden, wurde er nach der Absetzung GÖRINGS im April 1945 letzter Oberbefehlshaber der Luftwaffe und zum Generalfeldmarschall befördert. Am 8. Mai 1945 geriet er in US-Gefangenschaft, in der er am 24, Mai 1945 sich das Leben nahm. Seine Grabstätte liegt auf dem Friedhof des Klosters Bebenhausen bei Tübingen,**

[1] **»Hanna Reitsch stellt Geschichtsfälschung richtig«, in: *Deutsche Wochenzeitung,* Nr. 32, 10. 8, 1973.**



Die zerstörte Reichskanzlei 1945.



Das Wrack des REITSCH-Flugzeugs, mit dem die Pilotin Robert Ritter TON GREIM am 27. April 1945 zu HITLER flog.

nicht dargestellt werden, so mußte die Phantasie herhalten, und man setzte mich ganz einfach zwischen Adolf HITLER und Eva BRAUN, um ihnen die Geschichte unseres Fluges zu erzählen. Dabei habe ich niemals in meinem Leben mit ihnen zusammengesessen.

Meine angebliche Erzählung ist ebenso unwahr wie alles andere; zum Beispiel wurde in Wirklichkeit kein einziger Begleitjäger abgeschossen, im Film dagegen waren es 43. Doch war dies wohl notwendig für das

zugrunde liegende Konzept. Ja - und verheiraten wollte mich der Regisseur im Film auch noch mit Feldmarschall Ritter VON GREIM. Er hat nur nicht gewußt, daß Herr VON GREIM bereits verheiratet war. Unserer >Ehe< habe - dem Film zufolge — nur im Wege gestanden, daß ich >Ehe< als überholte Bürgerlichkeit abgelehnt hätte. Das ist, auf gut deutsch gesagt, eine beispiellose Unverschämtheit.

So aber wie meine Rolle (im Film) erfunden ist, außer der einfachen Tatsache, daß ich den verwundeten Generaloberst heil vor dem Brandenburger Tor landete und im Bunker pflegte, so sind auch die Worte und Handlungen der anderen Figuren des Films grotesk erfunden. Es gab im Bunker weiß Gott keine Tanzgelage oder Geschunkel bei festlichem Schmaus - es war dort tief bedrückend, es war fast unreal und still wie in einer Gruft.«





Von oben: Hanna REITSCH (1912-1979) und Robert Ritter VON GREIM (1892-1945).

Dieser persönlichen Richtigstellung fügt die berühmte Fliegerin noch einen bezeichnenden Vorgang in Verbindung mit dem britischen Historiker TREVOR-ROPER an: »Die »historische Wahrheit« des Films stützt sich auf die Angaben des englischen Historikers TREVOR-ROPER und dessen Buch über die letzten Tage im HitlER-Bunker. Also muß es wohl wahr sein, so meinten wohl die Filmemacher. Daß ein Historiker, der noch heute am Christ-Church-College in Oxford liest, an der Wahrheit nicht interessiert ist, sondern nur an Politik, mag erstaunen, aber es ist Tatsache. Als ich nach anderthalbjähriger Inhaftierung durch die Amerikaner eines Tages erschreckt von dem Buch TREVOR-ROPERS erfuhr und es las, schrieb ich ihm umgehend einen Brief. Ich war damals allerdings noch sehr jung und glaubte selbstverständlich an das ehrliche Bemühen um die Wahrheitsfindung eines Historikers. Ich teilte ihm mit, er sei einer Fälschung zum Opfer gefallen, denn er habe einen sogenannten >Augenzeugenbericht von Hanna REITSCH über die letzten Tage im Hitlerbunker benutzt, der in >Ich-Form< geschrieben sei, den ich aber nie gemacht, nie geschrieben, nie gesehen und vor allem aber auch nie unterschrieben hätte, weil er eben nicht der Wahrheit entspräche.

Ich sei bereit, ihm zu schreiben, was ich dort erlebt hätte. Seine Antwort - für einen Historiker geradezu erstaunlich - war dem Sinne nach: Was er geschrieben habe, das hätte er von der amerikanischen CIC erhalten, und die sei es gewohnt, nur die Wahrheit zu schreiben. Der englische Historiker wollte wohl meinen eigenen Bericht überhaupt nicht; denn Geschichte schreibt sich, erfunden und gefälscht, für einen Historiker aus dem Kreis der Siegermächte viel leichter, schöner und interessanter, zumal wenn es sich um Taten und Reden der Besiegten handelt.

In meinem Buch ***Fliegen, mein Leben*** (Lehmanns-Verlag München) kann jeder, der an der Wahrheit interessiert ist, nachlesen, wie es wirklich war.«

Rolf Kosiek

Historiker verschweigen Germanengröße

Der deutsche Zeitgeist hat seine Tabus, und dazu gehört auch das Germanentum. Angeblich seien die Germanen, die wohl unbestreitbar den größten Anteil an den Vorfahren der heutigen Deutschen stellten, im Dritten Reich zu sehr hervorgehoben worden, daß nun darunter die Erinnerung an sie leiden muß. Vergleicht man zum Beispiel das Lehrangebot in den Schulen oder das Wissen eines normalen Deutschen über die Germanen mit dem über andere antike Völker, so wird der Unterschied deutlich. Auch bei Museen, die über die Varusschlacht ausstellen, etwa in Kalkriese bei Osnabrück, wird meist das damalige Geschehen aus der Sicht der Römer geschildert. Bei der Anzahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen kommt das ebenfalls zum Ausdruck: Die Germanen sind eben die ›Schmuddelkinder‹ der Gegenwart, politisch belastet, mit denen man sich als politisch Korrekter im allgemeinen nicht gern abgibt und die eher in Witzen verächtlich gemacht werden.

Eine interessante Beobachtung zu diesem Bereich machte der ständige *FAZ*-Mitarbeiter Lorenz JÄGER in der Literaturbeilage seiner Zeitung,[1] Unter dem Untertitel »Antike Ethnographie und moderne Zurückhaltung: Wie groß waren die Germanen?« stellt er zunächst fest, daß die antiken Schriftsteller, etwa TACITUS (etwa 55-116), AMMAN (etwa 330-400) oder PROKOP (etwa 500-550), wenn sie von den Germanen schrieben, stets neben den blonden Haaren und den blauen Augen ausdrücklich die Größe und Schönheit der Körper für mitteilungswert hielten: »Die körperliche Größe von Germanen und Goten ist ein antiker Topos.«

[1] Lorenz JÄGER, »Nichts mehr von den Langen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 21. 3. 2007.



Wilhelm PETERSENS berühmter Reiter von Välsgarde (1936). Aus: Uwe CHRISTIANSEN, *Wilhelm Petersen,* Grabert, Tübingen 1993. PETERSEN hatte in den dreißiger Jahren in Verbindung mit dem Vorgeschichtler Hans REINERTH eine Reihe von Zeichnungen und Malereien verwirklicht, die die germanische Vor- und Frühgeschichte darstellten.



Im Jahre 2007 strahlte der Fernsehsender ARTE die vierteilige Dokumentation *Die Germanen,* die mit dem Bild der kulturlosen und Keule schwingenden Barbaren aufräumte. Hier Szene aus der Varusschlacht.

LORENZ fährt dann fort: »Wer dagegen in heutigen Darstellungen nach solchen Angaben sucht, wird meist leer ausgehen.« Dafür bringt er Beispiele, so den »eminenten Kenner nicht nur der Goten, sondern der Völkerwanderungszeit überhaupt«, Professor Dr. Herwig WOLFRAM, Jahrgang 1934, Emeritus der Universität Wien, mit seinem Buch *Die Goten und ihre Geschichte* in der Reihe »Wissen« des Beck-Verlages, die damit wirbt, sie »vermittle gesichertes Wissen und konzentrierte Information über die wichtigsten Gebiete aus den Kultur- und Naturwissenschaften«.[2] In diesem Werk befinde sich »kein einziges Wort über die äußere Gestalt dieser Menschen«. Dasselbe gelte für das sich vor allem an Studenten der Geschichtswissenschaft wendende Standardwerk *Die Germanen. Mythos und Wirklichkeit des* Freiburger Professors Dr. Otto HOLZAPFEL, Jahrgang 1941, erschienen in der Reihe »Herder Spektrum«/ Beide Bände brächten vieles über Kultur, Kunst, Wanderungen, Geschichte und Politik der Germanen, aber nichts über deren von der antiken Welt bewunderte Körper.

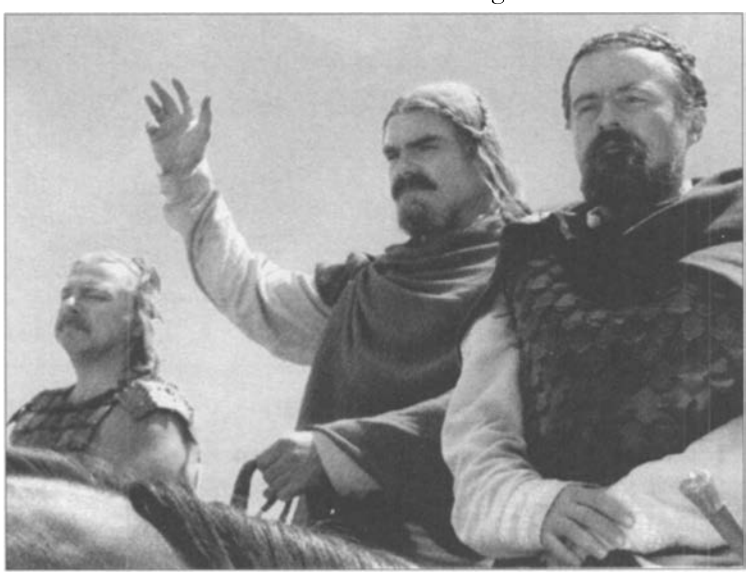
»Einzige Ausnahme bei den F,inführungstexten« sei das ebenfalls bei Beck erschienene Buch *Die Römer in Germanien* des Tübinger Professors

[2] Herwig WOLFRAM, *Die Goten und ihre Geschichte,* C. H. Beck, München 2001.

[3] Otto HOLZAPFEL, *Die Germanen. Mythos und Wirklichkeit,* Herder, Freiburg i. Br. **2001.**

Dr. Reinhard WOLTERS, Jahrgang 1958, der die »besondere physische und psychische Disposition« der den Römern Furcht einflößenden Germanen erwähne.

Abschließend urteilt LORENZ bedauernd: »Kein Zweifel, daß die erwähnten Einführungsbücher auf dem höchsten Niveau der gegenwärtigen althistorischen Fachdiskussion stehen. Nur einen Körper haben Germanen und Goten für heutige Studenten, außer in der Schrift von WOLTERS, nicht mehr.«



Germariische Krieger flößten den römischen Legionen mit ihrer ungewöhlichen Körpergröße und Haartracht Angst ein. Szene aus der vierteiligen Arte-Dokumentation.

Und das ist wirklich schade, da somit ein wesentliches und besonders einprägsames, sicher auch bezeichnendes Element fehlt. Aber danach fragt die derzeitige politische Korrektheit eben nicht.

In demselben Zusammenhang ist als weiteres Beispiel für die gegenwärtige Germanenverdrängung zu erwähnen, daß bei einer Neuausgabe von Gustav FREYTAGS *Bildern aus der deutseben Vergangenheit* im Jahre 1983[4] die ersten sechs Kapitel aus der Zeit von der Vorgeschichte bis zu KARL DEM GROSSEN weggelassen worden sind.[5]

Hervorzuheben ist allerdings, daß solche Kritik an der Vernachlässigung von Wesentlichem über die Germanen nun in der angesehenen *FAZ* als für einen längeren Beitrag lohnensw'ert angesehen wird. Vielleicht stimmt doch die Beobachtung Arthur SCHOPENHAUERS, »daß wir den wissenschaftlichen, literarischen und artistischen Zeitgeist ungefähr alle 30 Jahre deklarierten Bankrott machen sehen. In solcher Zeit nämlich haben alsdann die jedesmaligen Irrtümer sich so gesteigert, daß sie unter der Last der Absurdität zusammenstürzen«/' Und 30 Jahre sind seit der Durchsetzung des kulturellen Umbruchs der 68er gerade vergangen.

Rolf Kosiek

[4] Gustav FREITAG, *Bilder aus der deutschen Vergangenheit,* hg, von Heinrich PIETICHA, Albrecht Knaus, Hamburg 1983.

[5] Siehe Beitrag Nr. 795, »Gustav Freytag, ein Opfer der Vergangenheitsbewältigung«.

[6] Zitiert von Elisabeth NOELLE-NEUMANN U. Thomas PETERSEN in »Optimistisch und intolerant«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 21. 3. 2007.

Keine Dokumentationsstelle für Verbrechen an Deutschen

Die nach Ende des Zweiten Weltkrieges erforderliche Aufarbeitung der deutschen jüngsten Vergangenheit wurde von Anfang an sehr einseitig vorgenommen, indem - im Kaufe der Zeit zunehmend - nur sehr parteiisch, und zwar stets zu Lasten Deutschlands, dokumentiert, von der Justiz verfolgt und abgeurteilt wurde. Ein eindruckvolles Beispiel liefert die diesbezügliche Arbeit der deutschen Staatsanwaltschaft.

Im Jahre 1958 wurde kurz vor den vom Osten eingeleiteten Hakenkreuzmalereien in Köln Ende 1959 die Zentralstelle in Ludwigsburg für die Verfolgung von nationalsozialistischen Verbrechen gegründet und mit einer Reihe von Staatsanwälten - in ihrer Blütezeit nicht weniger als 121 — besetzt, die dann in den folgenden Jahrzehnten sich nach Kräften bemühten, möglichst viele den Deutschen anlastbare Verbrechen aufzuspüren und Material für zahlreiche >Kriegsverbrecherprozesse< zu sammeln.

Als daraufhin die berechtigte Forderung erhoben wurde, auch eine solche zentrale Behörde einzusetzen, die sich mit den an Deutschen begangenen Verbrechen beschäftigen solle, wurde das von der Regierung verhindert.

So stellte Mitte der sechziger Jahre der CDU-Abgeordnete Dr. HAGEMANN im baden-württembergischen Landtag den Antrag auf Errichtung einer solchen Zentralstelle für die Feststellung der an Deutschen verübten Verbrechen mit der zutreffenden Begründung: »Das Recht ist unteilbar. Die gerecht denkenden Menschen fordern, daß man Unrecht als Unrecht stempelt und gleich, wer es begangen hat.«[1] Die Justizminister der Länder befaßten sich daraufhin mit diesem Begehren. Sie lehnten es dann ab, eine solche Stelle zur Dokumentation an Deutschen begangener Verbrechen zu schaffen, wie der FDP-Landesjustizminister (1953-1966) Dr. Wolfgang HAUSSMANN dem genannten CDU-Landtagsabgeordneten anschließend offiziell mitteilte.

Zur Begründung der ablehnenden Haltung seiner Amtskollegen führte HAUSSMANN an, daß im Gegensatz zur Strafverfolgung von NS-Verbrechen eine solche von »Vertreibungsverbrechen« vielfach aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht mehr möglich sein werde, da der in Betracht kommende Täterkreis ganz überwiegend für die deutsche Justiz nicht greifbar sei. Daß ausländische Staaten dafür Rechtshilfe leisten würden, könne kaum erwartet werden,[2]

In zutreffender Einsicht drückte der Landesjustizminister damit aus, daß andere Länder ihre Täter nicht verfolgen, sondern schützen würden.

[1] Zitiert in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, **3.** *6.* **1966.**

[2] Ebenda.

Gräßlich zugerichtete Opfer des Massakers im ostpreußischen Nemmersdorf,



Die deutschen Justizminister kamen jedoch nicht auf den naheliegenden Gedanken, dann auch mit der entsprechenden einleuchtenden Begründung die Verfolgung deutscher Täter zu unterlassen, um auf diese Weise die Rechtsgleichheit zu wahren, den Rechtsfrieden wiederherzustellen und durch eine beiderseitige Amnestie wie in früheren Zeiten eine baldige Versöhnung zu ermöglichen.

Im Gegenteil: Die deutsche Justiz versuchte auf staatliche Anordnung über mehr als ein halbes Jahrhundert nach Ende des Krieges immer noch mit großer, wirklich einer besseren Sache würdigen Energie, ihre Landsleute in möglichst großer Anzahl vor Gericht zu bringen und — oft unter offensichtlicher Rechtsbeugung - aburteilen zu lassen, dafür in beschämender Weise sich belastendes Material bei einzelnen ausländischen Staaten zu erbitten und so für möglichst gegen Deutschland zu verwertende Schlagzeilen in der Weltpresse zu sorgen.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Jahrzehnte lange Verhinderung der Veröffentlichung der zunächst auf amtlichen Auftrag hin erarbeiteten Dokumentation des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen nach Ende des Zweiten Weltkrieges[3] wie auf die Verhinderung einer amtlichen deutschen Untersuchung und Dokumentation der Zahl der KL-Opfer durch die Bundesregierung hinzuweisen.[4] Rolf Kosiek

[3] Siehe Beitrag Nr. 686, »Bonn sperrte Kriegsgefangenen-Dokumentation«.

[4] Siehe Beitrag Nr. 687, »Bundesregierung verhindert Feststellung der KZ-Opferzahlen«.

Das >Deutsche< in der Bayernhymne

Die seit rund 150 Jahren gesungene und gespielte »Bayernhymne« erlebte je nach dem herrschenden Zeitgeist mehrere Versuche, sie zu >entdeutschen<, also die auf das gesamtdeutsche Bewußtsein hinzielenden Ausdrücke aus ihr zu entfernen. Diese Veränderung des urprünglichen Textes kommt einer geschichtlichen Verfälschung gleich. Im einzelnen ergab sich folgendes.

»1860 vertonte der Oberpfälzer Konrad Max KUNZ (1812-1875), Chordirigent der königlichen Oper und Professor an der Münchner Musikhochschule, ein Gedicht seines Kameraden der Münchner Bürger-Sänger-Zunft, des Lehrers Michael ÖCHSNER. Unter dem Titel >Für Bayern* wurde es im selben Jahr veröffentlicht«[1] und von der genannten Sänger-Zunft aufgeführt. Das Gedicht hatte folgenden Wörtlaut:

»Gott mit dir, du Land der Bayern, deutsche Erde, Vaterland!
Über deinen weiten Gauen ruhe seine Segenshand!
Er behüte deine Fluren, schirme deiner Städte Bau
Und erhalte dir die Farben seines Himmels weiß und blau!

Gott mit uns, dem Bayernvolke, daß wir, unsrer Väter wert,
Fest in Eintracht und in Frieden bauen unsres Glückes Herd!
Daß mit Deutschlands Bruderstämmen einig uns der Gegner schau
Und den alten Ruhm bewahre unser Banner weiß und blau!

Gott mit ihm, dem Bayernkönig! Segen über sein Geschlecht!
Denn mit seinem Volk im Frieden wahrt er dessen heilig' Recht!
Gott mit ihm, dem Landesvater, Gott mit uns in jedem Gau,
Gott mit dir, du Land der Bayern, deutsche Heimat weiß und blau!«

Trotz der ausdrücklichen Suche nach einer Bayernhymne ab 1848 blieb das Lied zunächst unbeachtet. Dann wurde es erst nach der HAYDNschen Melodie des *Deutschlandliedes* gesungen, später nach der Vertonung von KUNZ. Im Laufe der Zeit wurde das Lied allmählich die »Bayernhymne«. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die dritte, die Königsstrophe, aus den Schulbüchern gestrichen, von Königstreuen aber weiter gesungen.

Im Jahre 1948 ersetzte der bayerische Dichter Joseph Maria LUTZ die dritte Strophe durch eine ganz neue. Sie lautete nun:

»Gott mit uns und Gott mit allen, die der Menschheit heilig' Recht
treu beschützen und bewahren von Geschlechte zu Geschlecht.
Frohe Arbeit, frohes Feiern, reiche Ernten jedem Gau.
Gott mit dir, du Land der Bayern unterm Himmel weiß und biau.«

[1] Marleen LoEBUCH, »Heimaterde statt »deutsche« Erde?« in: *National-Zeitung,* 19.1. 2007.

Dazu ersetzte er für die Bayernpartei und im Sinne deren Separatismus in der ersten Strophe »deutsche Erde« durch »Heimaterde« sowie in der zweiten »daß mit Deutschlands Bruderstämmen einig uns ein jeder schau und den alten Ruhm bewahre unser Banner weiß und blau« durch »daß vom Alpenland zum Maine jeder Stamm sich fest vertrau' und die Herzen freudig eine unser Banner weiß und blau!« Auch kam »einig uns ein jeder schau« an die Stelle von »einig uns der Gegner schau«.[2]

1952 beschloß der bayerische Landtag einstimmig, die ersten beiden Strophen in der ursprünglichen Form zur offiziellen Hymne des Freistaates Bayern zu erheben, was der bayerische Ministerrat am 3. März 1953 billigte, und das Lied erschien von nun an in den Schulbüchern und wurde als Bayernhymne gelehrt.[5]

Doch im Jahre 1966 >empfahl< Ministerpräsident Alfons GOPPEL im amtlichen *Bayerischen Staatsanzeiger* die neue Textfassung von LUTZ, deren Text im Amtsblatt abgedruckt wurde, und führte sie damit offiziell ein, was zahlreiche Bayern als Sieg der Königstreuen über die Deutschnationalen ansahen. Diese neue Bayernhymne wurde dann bei allen offiziellen Anlässen nach dem *Deutschlandlied* gespielt und gesungen, erstmalig beim Besuch der Königin ELISABETH II. von England in München im August 1966, bei dem allerdings auch in Bayern der Bundespräsident Gastgeber war.

Vorher hatte Bundespräsident LÜBKE ausdrücklich GOPPEL darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik nur eine Nationalhymne habe, und nicht zwei: eine gesamtdeutsche und eine bayerische, und daß bei dem bevorstehenden Besuch der Queen neben der britischen Hymne nur das *Deutschlandlied zu* spielen sei. Darüber setzte sich GOPPEL einfach hinweg und ließ auch die Bayernhymne bringen wie ebenso in der Folgezeit.[4] Der Freistaat Bayern sollte eben eine eigene Nationalhymne haben. Seit längerem schon hatte der Bayerische Rundfunk allabendlich sein Programm mit diesem Lied beendet.

Im Sommer 1985 verfugte Ministerpräsident Franz-Josef STRAUSS in einer wieder mehr gesamtdeutschen Stimmung durch eine amtliche Bekanntmachung im *Bayerischen Staatsanzeiger,* daß die »mit Beschluß des Ministerrats vom 3. März 1953 gebilligte Fassung« wieder verwendet werde, also die beiden ersten Strophen mit dem ursprünglichen Text als »Bayernhymne« gelten sollten.[3] Sie wurden seitdem beim Abschreiten einer Ehrenkompanie wie von Rundfunk und Fernsehen in Bayern bei Sendeschluß vor dem *Deutschlandlied* gespielt.

Beim Papstbesuch in Bayern im September 2006 verabschiedete sich BENEDIKT XVI. mit der ersten Zeile der Bayernhymne vom bayerischen Boden, wobei er die alte Form mit »deutsche Erde, Vaterland!« benutzte.

Darob erhob sich wieder eine heiße Diskussion in der bayerischen

[2] V.U., »Weiß und Blau«, in: *Die Zeit,* 12. 8. 1966.

[3] »Behüte deine Fluren«, in: *Der Spiegel,* Nr. 36,29. 1966, S. 43.

[4] W. H., »Goppels Hymne«, in: *Christ und Welt,* N r. 24, 11. 6. 1965.

[5] Fred WINTER, »In der Bayernhymne gibt es wieder deutsche Erde«, in: *Schwäbisches Tagblatt,* 19. 7. 1985.

Öffentlichkeit, und es wurde Stimmung gegen das »Deutsche* in der alten Form gemacht. Der Gastwirt und Dialektpfleger Hans TRIEBEL aus Gotzing sammelte seit 2006 Unterschriften gegen die »»deutsche Erde«.[1] Wenn 30000 Bayern die Forderung nach »»bayerischer Erde« unterzeichnet haben, soll sie an den Ministerpräsidenten nach München eingesandt werden.[6]

Die Umerzieher freuen sich auf jeden Fall über die deutsche Zwietracht und versuchen, sie möglichst auch weiterhin für ihre volksfeindlichen Ziele zu instrumentalisieren. **Rolf Kosiek**

[6] "Ist bayerische Erde nicht deutsch?« in: *National-Zeitung,* 8. 6, 2007.



War Kardinal Frings ein Antisemit?

Seit der von den 68ern eingeleiteten verstärkten Vergangenheitsbewältigung nahmen auch die Vorwürfe des Antisemitismus zu und erreichten 1996 in GOLDHAGENS *Hitlers willige Vollstrecker* einen Höhepunkt Die unkritische Aufnahme dieses US-Historikers bei führenden deutschen Kreisen war ein eindrucksvoller Beleg für die Reue- und Sühnehaltung deutscher Politiker.

In der ersten Nachkriegszeit war man weniger angepaßt, erlaubte man sich berechtigte Richtigstellungen und ließ sich nicht alle Vorwürfe vom Ausland gefallen.

Ein bezeichnendes Beispiel für solchen Mut zur Meinungsäußerung bildete der Kölner Kardinal FRINGS (6. 2. 1887-17. 12. 1978). Der ab 1942 als Erzbischof und seit 1946 als Kardinal wirkende und von 1945 bis 1967 als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz tätige Kirchenfürst trat im März 1944 mutig gegen die Judenverfolgung wie auch später gegen unberechtigte Anschuldigungen Deutscher auf. So wandte er sich offen gegen die von den Alliierten den Deutschen 1945 verordnete Hungersnot, geißelte die Beschlagnahme deutscher Wohnungen durch die Besatzer und erlaubte in seiner Sylvesterpredigt 1946 seinen frierenden Gläubigen, die wegen der hohen Kohleausfuhren ins Ausland kein Brennmaterial bekamen, das Plündern alliierter Kohlenzüge: »Auch der einzelne, wenn er in Not ist, kann, um sein Leben und seine Gesundheit zu erhalten, das nehmen, was er dazu nötig hat.«[1] Dem britischen Lord BEVERIDGF. hatte er damals geklagt: »Zum Hungern auch noch frieren müssen ist furchtbar, ein Vergehen gegen die Menschlichkeit.« Daraus entsprang das geflügelte Wort >fringsen< für das Organisieren von Lebensnotwendigem in der Notzeit. Als ein amerikanischer Kontroll-Offizier an der ersten Fuldaer Bischofskonferenz nach Kriegsende als Beobachter teilnehmen wollte, »bugsierte FRINGS

Kardinal Joseph FRINGS (1885-1978).



[1] Zitiert in »Fuchsiger Schnäuzer«, in: *Der Spiegel,* Nr. 44, 1978, S. 61.

(ihn) mit dem Argument hinaus, selbst den Nazis sei so etwas nicht eingefallen«.[2]

Wegen offener Worte wurde dem Kardinal sogar von jüdischer Seite 1967 der Vorwurf des Antisemitismus gemacht[1] und ihm vorgeworfen, er habe Dinge gesagt, die »sehr an die jüngste Nazi-Vergangenheit erinnerten«. Die Presse berichtete über ein Treffen von FRINGS und dem Präsidenten der amerikanischen Sektion des jüdischen Weltkongresses, Rabbiner NUSSBAUM:[4]



Vor allem im Winter 1946 wurde tüchtig >gefringst(- und das nicht nur in Köln.

»Der Zeitung zufolge hat FRINGS dem Rabbiner die Gründe für den Antisemitismus in der Zeit des Nationalsozialismus erläutert und zu NUSSBAUMS Entsetzen unter anderem gesagt: >Die Juden in Deutschland vor HITLERS Machtantritt hatten viel zu großen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einfluß in diesem Lande. Die Juden jener Zeit hatten großen Reichtum erworben und trugen diesen Reichtum öffendich zur Schau. Dies waren die Gründe, die psychologisch den Nationalsozialismus möglich machten. Heute gibt es nur eine kleine jüdische Gemeinde, deshalb besteht keine nationalsozialistische Gefahr.«

FRINGS habe weiter erklärt, er bedauere die nationalsozialistischen Verbrechen, aber >auch die Alliierten begingen viele Sünden, beispielsweise Bombardements von Dresden und der Kirchen«,

Nach Darstellung der jüdischen Wochenzeitung erklärte NUSSBAUM: >Ich erwiderte dem Kardinal, daß der Krieg zwar stets ein moralisches Übel ist, daß man doch aber nicht die Kriegsbombardements mit dem kalten, systematischen Mord von sechs Millionen Juden vergleichen kann.« Daraufhin habe FRINGS gefragt: >Sind Sie sicher, daß es sechs Millionen Juden waren?««

Früh wies FRINGS die Deutschen auf das wesentlichste Problem ihrer Zukunft hin: »Die Zukunft des Volkes hängt nicht ab von der Zahl der Kraftwagen, sondern von der Zahl der Kinderwagen.«[5] **Rolf Kosiek**

[2] Ebenda, S. 63.
[5] *Jüdische Allgemeine Zeitung,* 1. 2. 1967.
[4] *UPI-Meldung,* Düsseldorf 1. 2. 1967; teilweise zitiert in: *National-Zeitung,* 1. 6. 2007.
[5] Zitiert in: *National-Zeitung,* 1. 6. 2007.

Fortbestehen der Tschechoslowakei und Gültigkeit des Münchner Abkommens

Im deutsch-tschechischen »Nachbarschaftsvertrag« (»2. Prager Vertrag«)[1] von 1992, der am 20. Mai 1992 mit Mehrheit im Bundestag und am 20. Juni 1992 gegen Bayerns Einspruch im Bundesrat ratifiziert wurde, heißt es in der langen Präambel unter anderem: »in Anerkennung der Tatsache, daß der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört hat«.

Links, von oben: Emil HACHA und Joseph TISO.







Rechts: Klaus KINKEL, Helmut KOHL, Vaclav CLAUS und Josef ZIELENIEC (v. l.) nach der Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Erklärung am 21. Januar 1997 in Prag.

Diese Aussäge über das Fortbestehen des tschechoslowakischen Staates ist falsch. Denn von 1939 bis 1945 bestand kein tschechoslowakischer Staat. Am 14. März 1939 beschlossen das Parlament und die Regierung der Slowakei die Unabhängigkeit ihres Staates und damit die Trennung von Prag. Anschließend gab es nur noch den tschechischen Staat als Protektorat unter Präsident Emil HACHA und den selbständigen slowakischen Staat unter seinem Präsidenten Prälat Joseph Tiso.

[1] Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik »über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit« *(2.* Prager Vertrag) vom 27. Februar 1992, in Prag unterschrieben vom deutschen Außenminister Hans-Dietrich GENSCHER.

Schon am 16. März 1939 erklärte die polnische Regierung »ihre Befriedigung über die Proklamierung der Unabhängigkeit der Slowakei«, deren Selbständigkeit und Grenzen von Warschau ausdrücklich anerkannt würden, Gleichzeitig erkannte Ungarn die selbständige Slowakei an. Anschließend erfolgten Anerkennungen etwa durch die Schweiz und den Vatikan, Auch Großbritannien und Frankreich gaben eine >De-facto-Anerkennung< der Slowakei ab. Die Sowjetunion erklärte durch ihren Botschafter in Berlin am 16. September 1939 die De-jure- und De-facto-Anerkennung der Slowakei. In den folgenden Jahren bemühte sich Eduard BENESCH, Kopf der tschechischen Exilregierung in London, vergeblich darum, daß der Vatikan seine direkten Beziehungen zu Preßburg abbreche.[2]

Die - falsche - Behauptung vom ununterbrochenen Bestehen der Tschechoslowakei wurde sogar auch von direkt Betroffenen, vom Ministerpräsidenten der Slowakei, Jan CAKNOGURSKY, schon im Vorfeld des Vertrages 1991 sowie vom späteren slowakischen Regierungschef Vladimir MECIAR nach der Ratifizierung des Vertrags, unter Hinweis auf die slowakische Unabhängigkeit von 1939 bis 1945 bestritten.[3]

CARNOGURSKY bestritt auch die Notwendigkeit eines Vertrages der Slowakei mit der Bundesrepublik, da es zwischen den beiden Staaten keine offenen Fragen gebe.[4]

Zu erwähnen ist, daß der Vertrag von 1992 ohne jede Beteiligung der am meisten davon betroffenen Sudetendeutschen ausgehandelt wurde. Bundeskanzler Helmut KOHL hatte dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Harald NEUBAUER, mit Brief vom 11. Dezember 1990 mitgeteilt, daß er gern die Vorstellungen der Landsmannschaft entgegennehme: »Eine Beteiligung von Vertretern der Landmannschaft an den Verhandlungen selbst ist jedoch nicht möglich.«[5]

Im oben genannten deutsch-tschechischen N achbarschaftsvertrag von 1992 heißt es ferner in der Präambel: »... in Bestätigung des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik auch hinsichtlich einer Nichtigkeit des Münchner Abkommens vom 29. September 1938«.[6]

Auch diese Behauptung der Nichtigkeit ist falsch. Sie wurde schon in die Präambel des Vertrags vom 11. Dezember 1973 gegen die historische Wahrheit aufgenommen, indem es dort heißt: ».. . anerkennend, daß das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 der Tschechoslowakischen Republik durch das nationalsozialistische Regime unter Androhung von Gewalt aufgezwungen wurde.«

Richtig ist, daß das Münchner Abkommen von 1938 einleitend lautet: »Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter

[2] »Ungereimtheiten im deutsch-tschechischen Nach barschafts vertrag«, in: *Informationen der Zeitgescbichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt*, Nr. 14/15 November 1991/ April 1992, S. 9.

[3] Fritz Peter HABEL *Dokumente zur Sudetenfrage,* Langen Müller, München 2003, S. 934 in Anmerkung 4. Darin wird auch auf Beiträge dazu in der *Süddeutschen Zeitung,* Nr. 235 vom 11. 10.1991, S. 8, sowie vom 2Ö./27. 1.1991 verwiesen.

[4] *Süddeutsche Z-eitung,* Nr. 130, 8,/9. 6. 1991, S. 2

[5] HABEL, aaO. (Anm. 3), S. 934 in Anmerkung 5 b.

* Ebenda, S. 929.



Jubelnde Menschenmassen beim Einmarsch der deutschen Truppen im Sudetenland. Die Abtretung des Sudetenlandes war von Großbritannien und Frankreich mit Prag vereinbart worden.

Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebietes bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die zu ergreifenden Maßnahen übereingekommen. . .«" Das darin genannte »Abkommen über die Abtretung des sudetendeutschen Gebietes« besteht aus dem Notenwechsel zwischen Prag und London sowie Paris vom 19. und 21. September 1938. Darin hatten die beiden Westmächte Prag dringend nahegelegt, das Sudetenland an das Reich abzutreten. Die Tschechoslowakei hatte dem am 21. September 1938 zugestimmt[8] Die Anregung dazu war von Prag selbst mit dem zunächst geheimgehaltenen sogenannten N ECAS-Papier wenige Tage vorher zu den westlichen Hauptstädten gekommen. Die Abtretung war also in Wirklichkeit weder »vom nationalsozialistischen Regime«, sondern von den Westmächten eingeleitet, noch »unter Androhung von Gewalt« der Tschechoslowakischen Republik »aufgezwungen« worden, sondern auf ihren eigenen Vorschlag hin vereinbart worden.

Deswegen wird auch logischerweise in Punkt 2 des Münchner Abkommens das Reich nicht erwähnt. Es heißt dort: »Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebietes bis zum 12. Oktober vollzogen wird.«[9] Das sind genau die drei Mächte, die auf Wunsch der neuen Prager Regierung vom 20. Dezember 1918 die rechtswidrige Besetzung des Sudetenlandes durch die Tschechen nach dem Ersten Weltkrieg im nachhinein abgesegnet und nun wieder rückgängig gemacht hätten, während die USA und Deutschland (mit Deutsch-Österreich) die rechtswidrige Besetzung des Sudetenlandes 1918/1919 nicht gebilligt und dagegen protestiert hatten.[10] Rolf Kosiek

[7] HABEL., ebenda, S. 415.

[8] Ebenda, S. 409.

[9] Ebenda, S.416.

[10] Beitrag Nr. 134, »Das Münchener Abkommen 1938«.

Tschechen-Grenzschikane auf Benesch-Basis

Die menschen- und völkerrechtswidrigen BENESCH-Dekrete von 1945/46 spielen trotz aller Dementis und Beruhigungserklärungen von Seiten deutscher Minister auch weiterhin in der Tschechei eine amtlich anerkannte Rolle und werden als Begründung der Ablehnung berechtigter deutscher Forderungen immer wieder benutzt. Ein weiteres Beispiel ereignete sich vor kurzer Zeit.

Im Vertrauen auf die Genauigkeit eines amtlichen Katasterplanes geriet im Jahre 2004 ein oberösterreichischer Bauherr mit dem Dachvorsprung seines Neubaues unabsichtlich auf südböhmisches Gebiet. Die Tschechen sahen die Grenze als verletzt an, forderten kostspielige Zurechtstutzung des Daches und lehnten es kategorisch ab, die Angelegenheit im Wege eines zumutbaren Grundstücktausches zu erledigen.

In seinem Verlauf durch das oberösterreichische Mühlviertel berührt der Nordwald-Kammweg die Ortschaft Guglwald in der Gemeinde Schönegg. Harmonisch schmiegt sich in stilvoller Bauweise die gleichnamige Anlage mit Golfplatz in die romantische Landschaft. Doch die gemütliche Idylle trügt: Während sich die Hotelgäste in den vornehmen Suiten der Wellneß-Residenz wohl fühlen, wurde das Befinden des Besitzers behördlich gestört.

Wegen des guten Zuspruchs, dessen sich sein »Biologisches Dorf< beim erholungsuchenden Publikum in steigendem Maße erfreut, hatte der kreative Hotelier Dietmar HEHENBERGER Anfang 2004 die Bewilligung für einen 400 Quadratmeter großen Zubau beantragt, die ihm im Monat März von der Baubehörde tatsächlich erteilt wurde. Der Planung wie auch der Bauverhandlung lag ein amtlicher Katasterplan zugrunde, der 1994 im Zuge der allgemeinen Digitalisierung der Vermessungsdaten ersteht worden war.

Nach Fertigstellung des Vorhabens trat plötzlich ein Knick der Grenze auf den Plan, der bei der Digitalisierung angeblich übersehen worden war. Auf diesem Grenzknick steht nun die zwölf Meter lange Außenmauer des Neubaus. Laut zwischenstaatlichem Vertrag muß der amtliche Grenzstreifen jetzt überall einen Meter breit sein, damit die Beamten ungehindert patrouillieren können. Die gemischte Kommission, in der Vertreter beider Seiten gemeinsam über die Unantastbarkeit der Grenze wachen, sah diese Grenze durch den Bau als schwerstens verletzt an: Das Dach ragt ganze 22 Zentimeter weit von Österreich aus ins böhmische EU-Inland hinein.

Statt die Regelung dieses Falles dem Geschick der österreichischen Diplomatie zu überlassen, war die Bezirkshauptmannschaft Rohrbach

sofort mit einem Abbruchbescheid zur Stelle, obwohl der Katasterplan, an den sich der Bauherr genau gehalten hatte, die Vermutung geometrischer Richtigkeit für sich hat und nach höchstrichterlicher Rechtsprechung auch Organe der hoheitlich handelnden Obrigkeit an den Grundsatz von Treu und Glauben gebunden sind.

Da ein Abbruch des Daches samt Sonnenkollektoren 20 000 Euro kosten würde, bot HEHENBERGER den Tschechen einen flächengleichen Grundtausch an. Von einer solchen eleganten Lösung wollten die tschechischen Behörden indes nichts wissen, obwohl eigentlich kein vernünftiger Grund gegen einen Austausch von ein paar Quadratmetern gewöhnlicher Wiese spricht.

Hinzu kommt noch, daß sich das betreffende unbebaute Grundstück auf böhmischem Boden bis zu der von BENESCH befohlenen Enteignung der Deutschen im Jahre 1945 im rechtmäßigen Eigentum der Vorgänger von Dietmar HEHENBERGER befand. Nun wird der Raub auch noch dazu mißbraucht, um Rechtsnachfolger der Beraubten über die Grenze hinweg zu schikanieren. Bekanntlich versteht man unter Schikane die Ausübung eines Rechtes, wenn diese nur den Zweck haben kann, einen anderen zu schädigen (vgl. § 226 BGB; § 1295 Abs. 2 ABGB). Um nicht das ganze Gebäude abreißen zu müssen, sah sich der Hotelier zähneknirschend zum Nachgeben gezwungen und mußte das Dach um 22 Zentimeter auf eigene Kosten kürzen.

Da für das Beharren auf kostspieligen Maßnahmen unter Ablehnung eines zumutbaren Grundtausches vernünftige Motive nicht erkennbar sind, ist auf Schädigungsabsicht zu schließen.

Bekanntlich wurden berechtigte Bedenken gegen einen bedingungslosen EU-Beitritt der Tschechei mit der Parole betäubt, die BENESCH-Dekrete seien heute nur mehr >totes Recht<, seien >obsolet< und ohne praktische Bedeutung. Die bösnachbarlichen Schikanen tschechischer >EU-Inländer< im Rahmen der gerühmten »Euregio Bayerischer Wald-Böhmerwaldi belehren jedoch eines besseren und beweisen aufs neue, daß die BENESCH-Dekrete nicht totes Recht, sondern ganz im Gegenteil quicklebendiges Unrecht sind.

Fred Duswald

Walesas Erklärung zur Vernichtung Deutschlands

Lech Walesa bekam als großer Gewerkschaftsführer und führende Persönlichkeit der Freiheitsbewegung in Polen vor 1990 den Friedensnobelpreis im Jahre 1983.Wie chauvinistisch und wenig friedfertig er jedoch dachte, kam in einem Interview zum Ausdruck, das er im Frühjahr 1990 dem niederländischen Magazin *Elsepier* gab.[1] Auf die Feststellung, daß sich viele Polen Sorgen wegen der bevorstehenden Wiedervereinigung Deutschlands machten, antwortete Walesa:



Lech WALESA,

»Es gibt auch allen Grund für Besorgnis. Und nicht nur die Polen müssen sich Sorgen machen, sondern auch Europa und eigentlich die ganze Welt. Wir haben genügend Erfahrung mit einem vereinigten Deutschland gemacht, die Deutschen übrigens selbst auch. Aber ich bin davon überzeugt, daß beide, sowohl Europa als auch Deutschland, eine Reihe von Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit gezogen haben. Und ich werde eine Äußerung machen, die mich in Deutschland nicht populär machen wird, aber ich schrecke nicht davor zurück: Falls die Deutschen von neuem Instabilität in Europa verursachen sollten, in welcher Form auch immer, dann wird es in Zukunft nicht mehr zu einer Teilung Deutschlands kommen, sondern wird Deutschland von der Landkarte gefegt werden. Mit der fortgeschrittenen Technologie sind Ost und West gemeinsam imstande, dieses Urteil zu vollstrecken. Falls Deutschland



Sein berüchtigtes Interview für das niederländische Magazin *Elsevier* gab Lech WALESA **1990-in dem Jahr, als er die Präsidentschaftswählen in Polen gewann. Am 27. Januar 1995 empfinger anläßlich des 50. Jahrestags der Befreiung des KL Auschwitz-Birkenau Knesseth-Präsident Schewah** WEISS, **Frankreichs 5ozial min isterin Simone** VEIL **und Friedensnobelpreisträger Elie** WIESEL ***(von links).***

[1] In weiteren Kreisen bekannt geworden durch den Abdruck im Pariser *Le Figaro,* 4. 4.1990.

nochmals beginnt, gibt es keine andere Lösung, Ich bin davon überzeugt, daß die Deutschen sich dieses Risikos selbst bewußt sind und daß dies eine mäßigende Wirkung auf ihre Haltung in der polnisch-deutschen Grenzfrage haben wird,«[2]

Interessant ist, was die *FAZ* dem hinzufügt: »Der niederländische Interview partner hatte, wie er versichert, wegen der Formulierung >von der Karte gefegt« sofort noch zwei weitere Male nachgefragt und immer wieder diesen Ausdruck bestätigt bekommen. Weiter habe WALESA gesagt, daß Ost und West imstande seien, dies zu regeln.«

Damit war jedes sonst mögliche Mißverständnis ausdrücklich ausgeräumt worden. Es gab kaum eine Entrüstung im deutschen Blätterwald,[1] der Polen alles zubilligt, aber kein Dementi oder Rücknahme aus Warschau. In einem Leserbrief schrieb nur ein Angehöriger der französischen Ehrenlegion dazu kritisch: »Es liegt am Nobelpreiskomitee, darüber zu entscheiden, ob der zum Kriegshetzer gewordene Friedensnobelpreisträger und weltweit gefeierte Lech WALESA nach seinen skandalösen Erklärungen in der holländischen Zeitschrift überhaupt noch der Ehre würdig ist, die ihm zuteil wurde.«[4]

Wo bleibt bei solch einer Erklärung das sonst von anderen Völkern für sich beanspruchte und zu achtende »Lebensrecht« des deutschen Volkes? Was wäre passiert, wenn ein hochstehender deutscher Politiker solches von Polen gesagt und darauf verwiesen hätte, daß Warschau den Zweiten Weltkrieg durch seine unnachgiebige Haltung auslöste?

Wohl nicht zufällig predigte Polens Kirchenprimas Jozef GLEMP am Ostersonntag: »Pangermanismus - davor fürchtet sich die ganze Welt.«[5]

Und das solches neben dem Raub der deutschen Ostgebiete vertretende Polen wurde dann mit deutscher Hilfe gut zehn Jahre später Mitglied der Europäischen Union. Rolf Kosiek

[2] Zitiert in E. L., »Walesa und Deutschland«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 6. 6.1990.

[3] »Walesa für >Ausradierung Deutschlands«« in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 2, 1990, S. 42; Herbert FISCH HR, »Doppelte Moral«, in: *Bayernkurier,* 21. 4. 1990.

[4] Ferdinand Otto MIKSCHE., Leserbrief »Walesa und Deutschland«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung, Tl.* 4. 1990;

[5] Zitiert von Herbert FISCHER, »Doppelte Moral«, aaO. (Anm. 3).

Deutsche Parteien sponserten spanische Linke

An den Zeitgeist angepaßten Historikern und Publizisten gilt die »Befreiung* Spaniens vom FRANCO-Regime in den siebziger Jahren als demokratische Großtat. Wenig bekannt ist allerdings, daß ausländische Gesinnungsgenossen, auch bundesdeutsche, tatkräfdge Unterstützung leisteten, damit sich die spanischen Neu-Demokraten erfolgreich im Sattel halten konnten.

Die Regierung von SPD-Bundeskanzler Helmut SCHMIDT >sponserte< nach dem Ende der SALAZAR-Regierung in Portugal (1974) und dem Tod FRANCOS ein Jahr später mit zweistelligen Millionenbeträgen linke Parteien auf der iberischen Halbinsel und half so, in beiden Ländern gewissermaßen Regierungen nach Wunsch einzusetzen.

Die Tatsachen dazu sind: Daß das Kanzleramt unter Helmut SCHMIDT einen Geheimfonds unterhielt, mit dessen Mitteln die Bonner Parteien politische Aktionen im Ausland Finanzieren konnten, weiß man schon seit längerem. Aber erst nach Sichtung alter Geheimunterlägen aus der SCHMIDT-Ära wurde bekannt, in welcher Höhe deutsche Gelder damals nach Spanien und Portugal flössen. Die Rede ist von bis zu 40 Millionen Mark, was auf der iberischen Halbinsel viel Geld war. Offiziell stammten die Mittel aus dem Haushalt des Bundesnachrichtendienstes. Eingeweiht in die damaligen Transfers waren lediglich der Präsident des Bundesrechnungshofes sowie ein dreiköpfiges Vertrauensgremium des Bundestages, die sogenannte »Berichterstattergruppe für geheime Titel<

Die Bonner Polit-Investitionen fruchteten. In Spanien schafften die Sozialdemokraten bei den ersten Wahlen nach FRANCOS Tod auf Anhieb fast dreißig Prozent. Auch die Gewerkschaftsbewegung wurde in Spanien mit harter D-Mark wiederbelebt.

Die Aktion, die seinerzeit übrigens von flankierenden Unterstützungstransfers aus Schweden, Italien und Frankreich begleitet wurde, wirft unangenehme Fragen auf. Die Frage etwa, wie es die Regierung SCHMIDT mit dem Völkerrechtsprinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder hielt. Inzwischen sickerte durch, daß Bonn die Transferzahlungen nicht zuletzt auf dezenten Druck der Amerikaner begann, die nach dem Ende der Diktatoren ebenfalls an linksbürgerlichen Verhältnissen auf der iberischen Halbinsel interessiert waren. Doch das ändert an den Tatsachen nichts: Die bundesdeutsche Regierung sowie eine Reihe anderer sozialdemokratischer Regierungen im Europa der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts setzten in Madrid und Lissabon Regierungen nach eigenem Geschmack ein. Demokratie? Transparenz? Fehlanzeige, Die sogenannte »Demokratisierung« auf der Iberischen Halb-

insel war zu erheblichen Teilen nichts anderes als eine Fremd Steuerung von außen - Demokratie als Marionettentheater?

Uneigennützig war der deutsche Geldsegen für die Genossen in Spanien und Portugal offenbar nicht. Denn mittlerweile häufen sich die Indizien dazu, daß von den seinerzeitigen Millionensümmchen erkleckliche Beträge wieder an die Bonner Parteien zurückgeflossen sind. Allein bei der SPD tauchten dubiose Belege über Millioneneinnahmen aus der Zeit des damaligen Schatzmeisters Alfred NAU auf. Auch bei der bayerischen CSU mußte der langjährige frühere Vertrauensmann Erich RIEDL einräumen, »daß es, theoretisch zumindest, etwaige Rückflüsse an die Parteien geben konnte«.

Für die Union hat sich die finanzkräftige Einmischung nicht gelohnt: Die von der CDU gesponserte katalanische Splitterpartei kam trotz harter D-Mark aus dem Konrad Adenauer-Haus nur auf drei Prozent der Stimmen. SCHMIDTS SPD hatte, mit dezenter Unterstützung des BND, mit mehr Erfolg investiert. Die Union dürfte sich an den von RIEDL angedeuteten »Rückflüssen« schadlos gehalten haben. Sie verfolgen die Partei - Stichwort »Spendenaffäre« — bekanntlich bis heute. Karl Richter

US-Streitkräfte lernen von der Wehrmacht

In den letzten Jähren sorgten Presseberichte für ungläubiges Staunen in der Bundesrepublik, wonach amerikanische Militärs und Sicherheitsexperten — ganz im Gegensatz zu deutschen Politikern - voller Bewunderung für die ehemalige deutsche Wehrmacht seien. Das verwundert nicht. Fachleute sind sich darin einig, daß das deutsche Heer in zwei Weltkriegen das beste der Welt war - für die US-Streitkräfte ein klassischer Fall zur Nachahmung. Amerikaner waren sich dafür nie zu schade. Sie sind schnell im Kopieren und Umsetzen, und gute Erfindungen erlangen in den USA oft schneller Praxisreife als in den Ursprungsländern.

Der unfreiwillige Einfluß der Wehrmacht auf die US-Streitkräfte ist sehr weitreichend. Im Bundesstaat Kansas gibt es in Fort Leavenworth eine Hochschule der US-Army, die sich »Command & General Staff College* nennt, zu deutsch etwa: Akademie für Kommando- und Generalstabsängelegenheiten. Angeschlossen ist dieser Einrichtung unter anderem eine eigene Forschungsbibliothek, die >Combined Arms Research Library* (>Forschungsbibliotbek der verbundenen Waffen*).

Dieser Begriff macht stutzig, denn er verweist auf die Taktik der »verbundenen Waffen*, eine Errungenschaft des deutschen Heeres in der Schlußphase des Ersten Weltkrieges, die zunächst das Zusammenwirken von Infanterie und Artillerie zum Gegenstand hatte und später auch die Luftwaffe einbezog. Es war der Generalstabschef und nachmalige Schöpfer der Reichswehr, Generaloberst Hans VON SEECKT, der Anfang der zwanziger Jahre die Prinzipien der neuen Taktik in einer von ihm verfaßten Dienstvorschrift erstmals niederlegte. Der Titel lautete *Führung und Gefecht der verbundenen Waffen.* Die Vorschrift erschien in zahlreichen Auflagen und wurde bis in die dreißiger Jahre hinein ständig aktualisiert.

Es ist denn auch kein Zufall, daß sich eine Veröffentlichung der Heeresakademie von Fort Leavenworth ausführlich mit SEECKTS Einfluß auf die Taktik der Wehrmacht in der ersten Hälfte des Zweiten Weltkrieges befaßt. Verfaßt hat das umfangreiche Werk ein Major der US-Army namens Timothy A. WRAY (*Standing Fast: German Defensive Doctrine on the Russian Front Düring World War 11 Prewar to March 1943,* 1986).

Anders als bundesdeutsche Fachleute — auch solche der Bundeswehr - ist WRAY weit davon entfernt, die Leistungen der Wehrmacht kleinzureden oder zu schmähen. Im Gegenteil empfiehlt er amerikanischen Truppenführern die Erfahrungen der Wehrmacht ausdrücklich zur Nachahmung. Ihre flexible und überaus moderne Verteidigungstaktik habe die deutschen Einheiten gerade in kritischen Phasen des Zweiten Weltkrieges immer wieder vor der Vernichtung bewahrt.

Damit ist noch nicht genug. Noch eine weitere Veröffentlichung der Führungsakademie von Forth Leavenworth würdigt die Erfahrungen der Wehrmacht, und zwar mit der erklärten Absicht, sie für die amerikanischen Streitkräfte nutzbar zu machen. In diesem Fall begnügte sich die US-Army damit, ein deutsches Werk einfach zu übersetzen. Es handelt sich um eine zweibändige Darstellung des Wüstenkrieges, die 1952 von Generalmajor Alfred TOPPE und neun ehemaligen Kommandeuren des Afrikakorps verfaßt wurde und die die spezifischen Herausforderungen des Krieges im Wustengebiet behandelt.



Alfred TOPPE, **Desert** *Warfare:* **German Experiences** *in World War II,* 1991.

Über die Nutzanwendung dieser Dokumentation für die US-Army schreibt Herausgeber Roger J. SPILLER im editorischen Vorbericht: »Nicht anders als viele US-Einheiten im Krieg im Irak lernten die Deutschen in Nordafrika mit den Kampfbedingungen in der Wüste erst umzugehen, nachdem sie am Schauplatz des Geschehens angekommen waren und unmittelbar mit den Gesetzen der Wüste konfrontiert wurden. Schon allein aus diesem Grunde. . . verdient >Desert Warfare< Beachtung bei der Vorbereitung der US-Streitkräfte auf künftige Konflikte im Wüstenterrain.«

In der Bundesrepublik ist das Werk von 1952 längst vergessen. Auch im Internet ergibt die Recherche keine brauchbaren Suchergebnisse in deutscher Sprache. Amerikanischen Offizieren dagegen steht das Buch schon seit Anfang der neunziger Jahre in einer unveränderten Übersetzung zur Verfügung *(Desert Warfare: German Experiences in World War II,* 1991).

Noch der Irak-Krieg im Frühjahr 2003 wird von amerikanischen Militärexperten ohne Berührungsängste mit Feldzügen der Wehrmacht verglichen. Ein Beitrag in der angesehenen New Yorker Fachzeitschrift für internationale Politik, *Foreign Affairs,* zieht einen Vergleich mit den Blitzkriegen der Wehrmacht. Wörtlich heißt es darin: »Vor dem zweiten Irak-Krieg war der Gold-Standard für exzellente militärische Operationen der deutsche Blitzkrieg in den Niederlanden und Frankreich 1940. Die Deutschen haben es fertiggebracht, Frankreich, die Niederlande und Belgien in lediglich 44 Tagen zu erobern. Dabei fielen nur 27 000 deutsche Soldaten. Die USA und Großbritannien haben jetzt nur 26 Tage gebraucht, um den Irak zu erobern, mit nur 161 Gefallenen, was im Vergleich legendäre Generale wie Erwin Rommel und Heinz GUDERIAN verblassen läßt.«

Der Verglich hinkt. Denn der Gegner, mit dem es die Wehrmacht 1940 zu tun hatte, war dieser bei weitem nicht im gleichen Maße unterlegen wie die Iraker den Alliierten im Frühjahr 2003. So verfügten die Franzosen 1940 über große Mengen moderner Panzer, und die britische Luftwaffe war ein ebenbürtiger Gegner für die deutsche. Dagegen waren die irakischen Streitkräfte den Amerikanern und Briten von Anfang an hoff-

nungslos unterlegen. Sie verfügten weder über eine Luftwaffe, noch über computergesteuerte Präzisionswaffen, noch über Satellitenaufklärung, noch über ein leistungsfähiges militärisches Kommunikationssystem. Der Irak-Krieg 2003 war ein Konflikt zwischen der besten Armee der Welt und einer Dritte-Welt-Armee.

Außerdem weiß man inzwischen, daß mehrere Befehlshaber der irakischen Republikanischen Garden von den Amerikanern schlichtweg bestochen worden waren und deshalb ihre Truppen gar nicht erst in den Kampf schickten - unter anderen berichtete die *Süddeutsche Zeitung* darüber (28./29. 5. 2003). Auch solche Methoden hatte die Wehrmacht des Jahres 1940 nicht nötig.

Szene aus dem dritten >Blitz<-Golfkrieg der US-Amerikaner 2003. Ein Vergleich mit den deutschen Feldzügen 1939 und 1940 hinkt, da damals der Widerstand ein ganz anderer war.

Der amerikanischen Begeisterung für das deutsche Vorbild tut dies aber keinen Abbruch. So schwärmte im Jahre 2002 kein Geringerer als US-Verteidigungsminister RUMSFELD in einem anderen Beitrag für *Foreign Affairs* vom »German Blitzkrieg«, der die »moderne Kriegführung revolutioniert« habe. Die Deutschen hätten nämlich eine »absolut tödliche Kombination aus kleinen, aber hochqualifizierten und modernen Einheiten entwickelt«.

Mit diesem Urteil steht RUMSFELD nicht allein. Von einem der führenden amerikanischen Militärexperten, Walter Rüssel MEAD, stammt eine aufsehenerregende Neuerscheinung über die deutsche Kriegführung 1939-1945; Titel: *Special Providence* - zu deutsch: »Besondere Vorsehung*. Auch MEAD lobt die Wehrmacht in höchsten Tönen. Sie habe, schreibt er, »einen ziemlichen Grad an Respekt bei Amerikanern und Briten gewonnen. General Erwin ROMMEL etwa wird sogar unter (konservativen) Amerikanern als militärischer Held angesehen, als ehrenwerter Gegner. Kein japanischer Krieger etwa hat je einen solchen Status erreicht.«

Das Pentagon richtete sich in den letzten Jahren im übrigen sehr konkret am Vermächtnis der Wehrmacht aus. Bei den Vorbereitungen zum Einmarsch in Afghanistan im Rahmen der Operation »Enduring Freedom« griffen die US-Planer unter anderem auf deutsche Vorarbeiten zu-

rück. Dies bot sich an, denn im Zuge der Planungen für den Rußlandfeldzug liefen seinerzeit beim Oberkommando des Heeres (OKI I) auch Überlegungen um, in Afghanistan mit Wehrmachteinheiten Fuß zu fassen, um von dort Druck auf das englisch besetzte Indien auszuüben. In Masar-i-Scharif sollte ein militärisches Hauptquartier eingerichtet werden, um vom Norden her Aufstände zu organisieren.

Über den Feldzug in Afghanistan hinaus entwickelte Generalstabschef HALDER im April 1941 auch erstaunlich aktuell anmutende Forderungen für die Aufstellung schneller Eingreifverbände, die überall auf der Welt einsetzbar sein müßten. In den heute im Freiburger Bundesarchiv/Militärarchiv liegenden Ausarbeitungen ist unter anderem zu lesen: »Die ungeheure Weite der Räume und Unzulänglichkeit der Eisenbahnverbindungen zwingen 1.) zur Schaffung einer Lufttransportflotte, mit der zwei Divisionen gleichzeitig befördert werden können, 2.) zu Vorkehrungen, um mit Hilfe zugeführten Kraftwagen-Transportraumes Infanteriedivisionen. .. verschieben zu können.« Diese neuen Verbände sollten einen Pfeiler der künftigen Heeresplanung bilden und in Krisensituationen auch außerhalb der Reichsgrenzen eingesetzt werden können.

Wen diese Pläne an das >Krisenreaktionskräfte<-Konzept der Bundeswehr erinnern, der ist auf der richtigen Fährte. Auch die aktuelle Zusammenarbeit Washingtons mit der afghanischen Nordallianz wirkt vor dem Hintergrund der Wehrmacht-Planungen verdächtig bekannt. Kein Wunder - die Afghanistan-Akten des OKH wurden nach 1945 mit den anderen Akten der Operationsabtedung des I leeres summarisch als >*captured documentSK* in die ÜSA abtransportiert, wo sie nach Auffassung des Stuttgarter Geschichtsdozenten Tobias JERSAK »wie andere Wehrmachtspläne auch. . . im Pentagon bei der Planung eigener Militäroperationen noch immer herangezogen werden«.

Die Generalstabsstudie von 1941 gibt den US-Marines von heute allerdings auch eine Warnung mit: »Teilen eines zäh und gewandt fechtenden Gegners wird es jedoch möglich sein, in unwegsames Gelände auszuweichen. Den Gegner auch dort aufzusuchen und zu schlagen ist Voraussetzung für den endgültigen Erfolg.« Davon konnten schon die Russen nach 1979 in Afghanistan ein Lied singen.

So oder so: Bei bundesdeutschen Vergangenheitsbewältigern stößt die Wehrmacht-Begeisterung amerikanischer Militärplaner auf pures Unverständnis. Wenn die Bundeswehr in den nächsten Jahren auch als weltweit einsetzbare Interventionstruppe nicht über den Status einer Vasallen-Streitmacht hinauskommt, dann gibt es dafür jedenfalls eine einfache Erklärung: Sie distanziert sich von der Wehrmacht, während die Amerikaner von ihr lernen.

Karl Richter

Das >ganz besondere Verhältnis< der BRD zu Israel

W Israel«, behauptete Joschka FISCHER als Bundesaußenminister bei vielen Gelegenheiten, Obligatorische Solidaritätserklärungen mit Israel und dem jüdischen Volk — keineswegs »Gesellschaft«! — zählen zum Standardrepertoire eines jeden Vertreters der in den Bundestag gewählten Parteien.[1] Bereits im November 1998, unmittelbar nach dem >Regierungswechsel in Berlin, hatte FISCHER erklärt, die »neue deutsche Regierung« fühle Israel gegenüber »eine besondere Verantwortung«. Mit dieser Pauschalbehauptung erweckte er den Anschein, als ob die »alten deutschen Regierungen« von Helmut KOHL bis Konrad ADENAUER diese »besondere Verantwortung« nicht »gefühlt« hätten. Eine solche Annahme ist jedoch falsch. Philosemitisches und einseitig pro-israelisches Engagement von **Seiten** bundesdeutscher Politiker ist seit Gründung der BRD eher die Regel als die Ausnahme. Es hat noch nie eine Bundesregierung gegeben, die von diesem absoluten Standpunkt abgerückt ist und in der Nahostpolitik einen objektiven Standpunkt vertreten hat.

In der Öffentlichkeit ist die Tatsache wenig bekannt, daß es im Bundestag eine »Fraktion« namens >Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe< gibt, die die zweitgrößte Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag überhaupt darstellt. Dem derzeitigen stellvertretenden Vorsitzenden dieser Gruppe und Vizepräsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Reinhold ROBBE, zufolge mache das »schon deutlich, daß viele Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen vertreten sind, bei denen Herzblut am Thema hängt. Entweder aufgrund der historischen Situation oder aufgrund von persönlichen Bezügen kümmern sie sich um die Pflege des deutsch-israelisehen Verhältnisses«.[2]

In jeder Legislaturperiode gehören dieser Gruppe etwa 125 bis 132 Abgeordnete an, die sich aus allen im Bundestag vertretenen Parteien zusammensetzen. Darunter befinden sich oftmals auch Partei- und Fraktionsvorsitzende und Minister. Es überrascht aus diesem Grunde nicht, daß sich durch alle im Bundestag vertretenen Parteien die »unbedingte Solidarität mit Israel« wie ein roter Faden zieht. Nicht selten kommt es zu übergreifenden Solidaritätserklärungen zwischen Vertretern vermeint-

[1] Vgl, Harald NEUBAUER, »Wer stoppt Israel?« in: *Nation & Europa,* 5, 2002, S 3 f.

[2] http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/189374/

lich entgegengesetzter Parteien: Christian SCHMIDT, Außenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, beispielsweise solidarisierte sich mit Joschka FISCHER und bestärkte den Grünen darin, »daß er in der Kontinuität aller deutschen Bundesregierungen bleibt und daß er das Existenzrecht Israels über eine vermeintlich einheitliche europäische Nahostpolitik stellt. Insbesondere muß die Bundesregierung auch den Anspruch Israels auf gesicherte Grenzen mit vertreten«.[1]

Auch die ehemalige Sekretärin für Agitation und Propaganda der Freien Deutschen Jugend (FDJ) an der Akademie der Wissenschaften Berlin (>Hauptstadt der DDR<) und heutige Bundeskanzlerin Angela MERKEL gehört der oben genannten Parlamentariergruppe des Bundestages an. Ihre Grundsätze im deutsch-jüdischen oder deutsch-israelischen Verhältnis hatte sie, zu jener Zeit noch Kanzlerkandidatin der Union, in einem Interview mit dem jüdischen Magazin *Tribüne* dargelegt. Die wesentlichen Kernaussagen aus diesem Gespräch tauten:

> »Ich plädiere sehr dafür, daß Deutschland seiner besonderen Verantwortung gegenüber Israel in seiner Politik immer gerecht wird.«

> »Gerade Deutschland muß sich aufgrund einer sehr spezifischen Beziehung zum Staat Israel für die Belange Israels in der Europäischen Union deutlich einsetzen.«

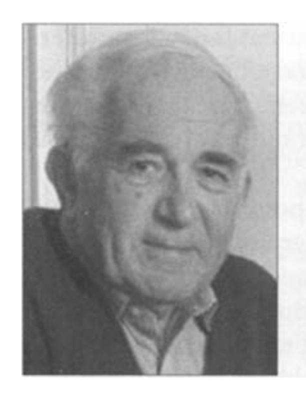
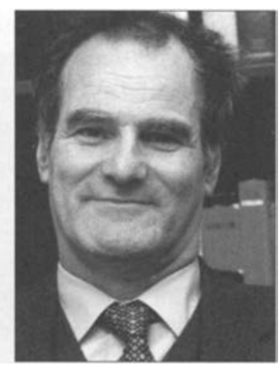


Joschka FISCHER in einer Berliner Synagoge.

In einer Ansprache vor dem >Jewish Community Relations Council im März 1999 in New York hatte Joschka FISCHER betont, daß die jüdisch-deutschen Beziehungen für ihn zu den wichtigsten seines politischen Lebens gehörten, um anschließend klar zu machen, daß es »keinen Schlußstrich« geben könne. Damit meinte er die andauernden »Wiedergutmachungszahlungen« an Israel und die Finanzspritzen an jüdische Organisationen ebenso wie einschlägige Gedenkfestwochen, Mahnstunden, Fernsehdebatten usw., die zum festen Bestandteil des bundesdeutschen Selbstverständnisses gehören. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung des >Zentralrats der Juden< und des Europäischen Jüdischen Kongresses* am 15 Mai 2002 im Berliner Hotel Adlon bekräftigte FISCHER rigoros »die historische Verpflichtung Deutschlands gegenüber Israel«, welche die Grundlage »deutscher Politik« sei und sein werde.[4] Mit dieser Erklärung unterstrich der Grünenpolitiker einmal mehr, auf welcher Grundlage die BRD aufgebaut ist: auf der doppelten Kollektivschuldanerkennung, namentlich der Anerkennung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands, sowie auf der Anerkennung der These von der systematischen Ermordung

[3] Vgl. *Jüdische Allgemeine*, 2. 2. 2002, S. 1.

[4] Vgl. *Spiegel Special,* Nr. 2, 1992, S. 68. Näheres auch bei Claus NORDBRUCH, *Der Angriff,* Hohenrain, Tübingen 2003.

Von links: Ernst TUGENDHAT, **Salcia** LANDMANN **und Julius H.** SCHOEPS, **Gründer und Leiter des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien.**

von sechs Millionen Juden während des Zweiten Weltkrieges, die gemeinhin als >Holocaust< bezeichnet und als geschichtliche Wahrheit manifestiert, durch das Strafgesetzbuch geschützt und einer vorurteilsfreien wissenschaftlichen Analyse vorenthalten wird."

Indes stoßen gerade in der jüdischen Welt die unablässige »Bewältigung des Holocaust* der offiziellen BRD und deren hierauf aufbauende politische Handlungsweise nicht unwidersprochen auf Zustimmung. Bereits 1986 warnte der jüdische Jurist Franz OPPENHEIMER in *der Frankfurter Allgemeinen Zeitung* die Deutschen vor »kollektiver Schuldbesessenheit«.[6] Diese Warnung wurde in den Wind geschlagen. Statt dessen intensivierte das bundesdeutsche Establishment den Kult mit der Schuld immer weiter. 1991 stellte der jüdische Philosoph Ernst TUGENDHAT in der *Zeit* die Frage, »warum die Deutschen die Schuld am Holocaust so irrational verarbeitet« hätten, und führte weiter aus: »Es ist diese irrationale Verarbeitung, die sie dazu disponiert, einzuknicken, wenn von den Israelis mit dem Finger auf sie gezeigt wird.«" Auch Salcia LANDMANN diagnostizierte 1991 in der *Welt* bei den Deutschen eine »kollektive Bußbereitschaft wegen Auschwitz, die schon lange irrationale, massenpsychotische Elemente birgt«, und der jüdische Historiker Julius H. SCHOEPS, Sohn des preußisch-jüdischen Philosophen Hans-Joachim SCHOEPS und Direktor des Moses-Mendelssohn-Zentrums in Potsdam, faßte die neudeutsche Psyche, mancherorts auch als Psychose kritisiert, 2001 im *Aufbau*

[5] Vgl. »Das Fundament, auf dem die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut ist«, in: Claus NORDBRUCH, ebenda, sowie Claus NORDBRUCH, »Zur »Offenkundigkeit des Holocaust*. Die Wissenschaftsfreiheit in Frage«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 2,2006, S. 20-24; Beitrag Nr. 430, »Zur »Offenkundigkeit* des Holocaust«.

[6] Vgl. Franz OPPENHEIMER, »»Vorsicht vor falschen Schlüssen aus der deutschen Vergangenheit«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 14. 5. 1986, S. 10 f.

Ernst TUGENDHAT, »Der Golfkrieg, Deutschland und Israel«, in: *Die Zeit,* 22. 2. 1991, S. 62.

wie folgt zusammen: »Die deutsche Gedenkkultur hat fast selbstquälerische Züge angenommen. . . Es gibt in Deutschland eine Sucht, jüdischer als die Juden sein zu wollen. Darüber ist noch wenig nachgedacht worden. Es wäre jedoch unbedingt notwendig, denn mittlerweile hat dieses Syndrom krankhafte Züge angenommen,«[8]

[8] Zitiert nach David KORN, *Das Netz Israels Lobby in Deutschland,* München 2003, S. 179.

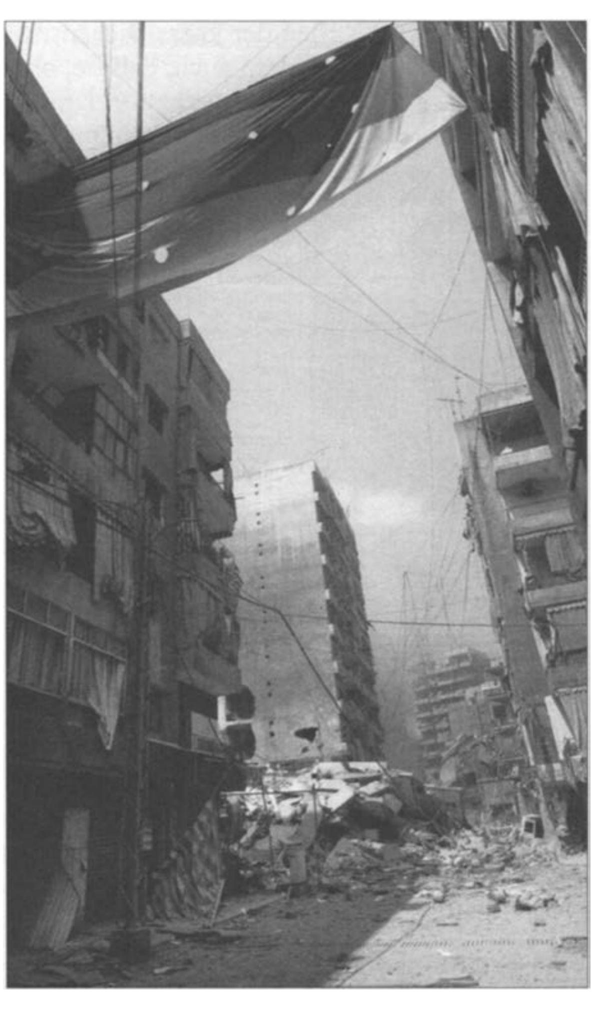
Besagte »krankhafte Züge« spiegeln die außenpolitischen Handlungsweisen der BRD mit entsprechenden Folgen wider. Im August 2006 beispielsweise, also zu einem Zeitpunkt, da der »dauerhafte Friede« einen seiner jüngsten Höhepunkte erlebte, antwortete Bundeskanzlerin Angela MERKEL in einem Interview mit der *Welt auf* die Frage, ob der israelische Ministerpräsident Ehud OLMERT um deutsche Soldaten auch an der libanesischen Grenze »gebeten« und die »israelische Öffentlichkeit dafür Sympathie« gezeigt habe: »Ja, und während ich das sage, weiß ich, daß die Aussagen von Ehud OLMERT ein bemerkenswerter Vertrauensbeweis waren, Sie haben gezeigt, welche Wertschätzung wir Deutschen in Israel erfahren. Ich habe mich über dieses Vertrauen in Deutschland gefreut. Wir als Regierung wissen: Wir können uns nicht heraushalten, weil wir eine historische Verantwortung gegenüber Israel haben. Das Existenzrecht Israels gehört zur deutschen Staatsräson.«[9]

[9] »Warum sollen unsere Soldaten in den Libanon, Frau Merkel?« in: *Die Welt,* 20. 8. 2006.

Der israelische Historiker und Friedensaktivist Reuven MOSKOVITZ versuchte in einem Interview mit dem *Deutschlandfunk* unmittelbar vor Ausbruch des jüngsten Krieges gegen den Libanon 2006 dieses Bild, das deudich »krankhafte Züge« trägt, geradezurücken, indem er hervorhob,



Bundeskanzlerin Angela MERKEL empfing im Dezember 2006 Ehud OLMERT in Berlin und bekräftigte das besondere Verhältnis Deutschlands zu Israel.



Deutsche Fahne im zerstörten Südbeirut im August 2006. Die Entsendung deutscher Soldaten vor der Küste Libanons könnte das Verhältnis der arabischen Welt zu Deutschland, das sich zum Schutz Israels verpflichtet hat, mittelfristig grundlegend verändern.

daß die bundesdeutschen Stellungnahmen zur israelischen Politik »eine kolossale Lüge« seien, denn tatsächliche führe Israel »eine aggressive Politik, die uns nur in den Abgrund führen kann«.[10]

Dem Journalisten Knut MELLENTHIN gelang es am 29. Juli 2006, das von der Bundesregierung gezeichnete Bild zu korrigieren: »Zugleich erinnerte MERKEL an die besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. >Die Hisbollah spricht Israel das Existenzrecht ab. Es ist eine geschichtliche Verpflichtung deutscher Politik, unverbrüchlich für das Existenzrecht Israels einzutreten«, sagte sie. >Wir müssen uns immer klar machen, daß die derzeitige Krise von der Hisbollah ausgelöst worden ist.« Diese habe Israel über Monate mit Raketen beschossen. ,. Ich unterstelle, daß das Zitat korrekt wiedergegeben ist, und frage mich, wer dafür verantwortlich ist, daß die Person, die dieses Land nach außen repräsentiert, so peinlich schlecht informiert ist: Vor dem israelischen Angriff [am 12. Juli 2006] hat Hisbollah definitiv keine Raketen nach Israel geschossen. Das war bekanntermaßen die Politik der Hisbollah schon seit Jahren, nämlich seit dem israelischen Abzug aus dem Südlibanon, Vielleicht hat sich Frau MERKEL von Micha BRUMLIK [ein in Deutschland dozierender einschlägig bekannter jüdischer Antifaschist] »informieren« oder inspirieren lassen, der am Freitag wahrheitswidrig in der taz schrieb: »Hisbollah quält Israel seit Monaten mit Raketen.«‹«[11]

MERKELS Unkenntnis über die tatsächlichen Umstände spiegelt sich hier nicht zum ersten Mal wider. Bereits ein halbes Jahr zuvor, in ihrer Rede auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 4. Februar 2006, bewies die Kanzlerin, daß sie, wie ihre Vorgänger und Kollegen im Bundestag, nicht nur wenig Ahnung über die tatsächlichen Ursa-

[10] Reuven MOSKOVIRZ, »›Gezieltes Brand stiften‹« (Interview im Deutschlandfunk am 15. 7. 2006), in: http://www.dradio.de/dlf/Sendungen/interview_dlf/520534/

[11] http://www,steinbergrecherche.com/frmellenthin.htm

chen der kriegerischen Auseinandersetzungen im Vorderen Orient hat, sondern auch, daß sie, ohne sich mit jedweder Kompetenz zu belasten, die Argumentation Israels, der einzigen Atommacht im Vorderen Orient, kritiklos übernimmt. In grenzenloser Anmaßung behauptete sie: »Das Nuklearprogramm des Iran erweckt den berechtigten Argwohn, die berechtigte Sorge, die berechtigte Befürchtung, daß es hierbei nicht um die friedliche Nutzung der Kernenergie geht, sondern daß es hierbei auch um militärische Optionen geht. Der Iran hat mutwillig — ich muß das leider so sagen — die ihm bekannten >roten Linien« überschritten. Ich muß hinzufügen, daß die völlig inakzeptablen Provokationen des iranischen Präsidenten für uns natürlich Reaktionen notwendig machen. Ich sage dies ganz besonders als deutsche Bundeskanzlerin: Ein Präsident, der das Fixistenzrecht von Israel in Frage stellt, ein Präsident, der die Existenz des Holocaust leugnet, kann nicht erwarten, daß Deutschland in dieser Frage auch nur die geringste Toleranz zeigt. Wir haben aus unserer Geschichte gelernt.«[12]

Alltag im Nahen Osten.



Dieser angeblich abgeleistete Lernprozeß wird gerade durch »das besondere Verhältnis« der BRD zu Israel widerlegt. Diese Widerlegung wird durch die unabsehbaren Folgen der bundesdeutschen Haltung unterstrichen: 2005 wandte sich Joschka FISCHER, wie er es nannte, gegen »ungerechtfertigte oder einseitige Kritik an Israel« und behauptete: »Aus unserer historisch-moralischen Verantwortung für Israel heraus gilt unsere besondere Aufmerksamkeit auch dem Friedensprozeß zwischen Israel und seinen Nachbarn. . . Was wir, Deutschland und Europa, im Rahmen unserer Möglichkeiten tun können, um dabei zu helfen, einen dauerhaften Frieden zu erreichen, das wollen wir auch weiterhin tun.«[13] Offenbar sieht die Bundesregierung ihre Möglichkeiten, im Nahen Osten einen »dauerhaften Friedens zu erreichen«, nicht mehr nur in den seit fünf Jahrzehnten andauernden Waffenlieferungen an Israel, sondern mitderweile sogar in der Entsendung deutscher Soldaten in dieses Kriegsgebiet.[14, 15]

Claus Nordbruch

[12] http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?id=170&sprache=de&

[13] Ebenda,

[14] Vgl. Claus NORDBRUCH, »»Friedensmissionen< — Die BRD macht den guten deutschen Ruf in den arabischen Staaten zunichte«, in: *Euro-Kurier,* Nr. 5,2006, S. 4 ff.

[15] Siehe Beitrag Nr, 709, »Deutsche Waffenlieferungen an Israel«.

Deutsche Waffenlieferungen an Israel

»Natürlich haben wir aufgrund unserer Geschichte eine besondere Verantwortung für die 6 Millionen in Israel lebenden Juden und speziell auch für die Anerkennung des Existenzrechtes Israels. Dieser Verantwortung dürfen wir uns nicht entziehen«, behauptete 2006 Rainer ARNOLD, Verteidigungsexperte der SPD-Bundestagsfraktion,[1] und verlieh mit dieser Äußerung der üblichen Grundhaltung Ausdruck, die bundesdeutsche Berufspolitiker[2] allgemein einnehmen, sobald sie in Sachen Waffenexporte nach Israel zur Rede gestellt werden.

Die geltende Gesetzeslage scheint dieser Pauschalbehauptung in mehrfacher Hinsicht zu widersprechen. Das bundesdeutsche Grundgesetz nimmt zur Thematik Lieferungen von Kriegswaffen an Drittländer eindeutig Stellung:

> Die Präambel des Grundg

»dem Frieden der Welt zu dienen«.[3]

> Artikel 26 des Grundgeset

griffskrieges; Kriegswaffenkontrolle] lautet:

»(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.«[4]

> Dieses Bundesgesetz, das sogenannte Kriegswaffenkontrollgesetz, formuliert in § 2:

»1) Wer Kriegswaffen herstellen will, bedarf der Genehmigung.

(2) Wer die tatsächliche Gewalt über Kriegswaffen von einem anderen erwerben oder einem anderen überlassen will, bedarf der Genehmigung.«[5]

^ In § 6 (2) werden schließlich drei Sachverhalte benannt, bei denen die Ausfuhr von Kriegswaffen in jedem Fall zu untersagen ist, namentlich, wenn

[1] Rainer ARNOLD> (Verteidigungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der SPD), e-Brief v. 23. 11. 2006 an den Verfasser.

[2] Siehe Beitrag Nr. 708, »Das >ganz besondere Verhältnis« der BRD zu Israel«.

[3] Zitiert nach: http://www.datenschutz-berlin.de/recht/de/gg/ggl_de.htm

[A] Zitiert nach ebenda.

[5] Zitiert nach: http://www.waffen-sachkunde.com/Recht/KriegswaffenKontrollGesetz/k riegs wa ffenkontrollgesetz.html

»1, Grund zu der Annahme besteht, daß ihre Erteilung dem Interesse der Bundesrepublik an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu anderen Ländern zuwiderlaufen würde,

[...] (3) Die Genehmigung ist zu versagen, wenn

1. die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedenstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden,

2. Grund zu der Annahme besteht, daß die Erteilung der Genehmigung völkerrechtliche Verpflichtungen der Bundesrepublik verletzen oder deren Erfüllung gefährden würde,

3. Grund zu der Annahme besteht, daß eine der in Absatz 2 Nr. 2 genannten Personen die für die beabsichtigte Handlung erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt.«[6]

[6] Zitiert nach ebenda.

Da oben genannte gesetzliche Vorgaben eindeutig gegen die Lieferung von Kriegswaffen an den kriegführenden Staat Israel zu sprechen scheinen, führte der Verfasser Ende 2006 eine Befragung unter den Verteidigungsexperten der im Bundestag vertretenden Parteien durch. Die Antworten sind von dokumentarischem Wert, Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker KAUDER, erklärte: »In Ihrer Frage bezüglich Rüstungsexporte nach Israel verweisen Sie zu Recht auf die in Deutschland verfolgte restriktive Linie zu Rüstungsexporten in Drittländer. Diese werden im Rahmen der Ausführgenehmigungsverfahren ebenso bedacht wie das besondere Verhältnis Deutschlands zu Israel. Entscheidungen sind daher immer Einzelfallabwägungen der Bundesregierung. Ziel ist es auch hier, die Sicherheit Israels und die langfristige Stabilität der Region in Einklang zu bringen.«" (Inwieweit die Bundesregierung »Einzelfälle abwägt«, wird im Anschluß geklärt.)

[7] Volker KAUDER (Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), e-Brief v. 6. 12. 2006 an den Verfasser.

Der verteidigungspolitische Sprecher der PDS (Die Linke), Paul SCHÄFER, sah die Richtlinien weniger klar formuliert und erklärte, daß seine Fraktion im Bundestag sich »für einen Stopp sämtlicher Rüstungsexporte aus Deutschland an alle Staaten und damit auch Israel« einsetze. Rüstungsexporte würden »Diktaturen und menschenverachtende Regime« fördern und stabilisieren. Aus diesem Grund schlußfolgerte SCHÄFER: »Jede Lieferung von Rüstungsgütern, sei es aus Deutschland oder einem anderen Staat, in den Nahen Osten stärkt diejenigen, die eine militärische >Lösung< der Konflikte anstreben, und fördert den weiteren Rüstungswettlauf in der Region mit fatalen Folgen für die Menschen dort.« Um so überraschender mutet die anschließende Behauptung an, daß »Waffenlieferungen in Krisengebiete leider nicht pauschal gegen das geltende Recht« verstoßen würden. »Die im Jahr 2000 beschlossenen Politischen Grundsätze der Bundesregierung sind leider nur politische I land-

lungsempfehlungen. In diesem Sinne stehen deutsche Waffenlieferungen an die Staaten im Nahen Osten derzeit zwar im Widerspruch zu einer friedlichen Konfliktbearbeitung in der Region, verstoßen aber nur gegen den gesunden Menschenverstand.«[8]

Für die SPD-Bundestagsfraktion antwortete Rainer ARNOLD. Er sehe »die Lage im Nahen Osten kritisch« und sei wie der Verfasser »grundsätzlich der Auffassung, daß das Verhalten der israelischen Armee gerade gegenüber der palästinensischen Zivilbevölkerung und die Zerstörung ziviler Einrichtungen im starken Widerspruch zum Völkerrecht stehen.« Anstatt jedoch aus dieser zutreffenden Einschätzung die entsprechende Konsequenzen zu ziehen, namentlich ein sofortiges Waffenausfuhrverbot nach Israel zu bewirken, erklärte der sozialdemokratische Experte: »In bezug auf Waffenlieferungen an Israel - ich gehe hier davon aus, Sie meinen die U-Bootlieferungen - sehe ich keinen Verstoß gegen geltendes Recht. Die Bundesregierung hat am 19.Januar 2000 die Rüstungsexportrichtlinie verabschiedet. In dieser sind klare Kriterien festgelegt, an denen jedes Rüstungsexportvorhaben gemessen wird. Die Entscheidungen des Bundessicherheitsrates für oder gegen einen Rüstungsexport erfolgen stets anhand dieser festgeschriebenen Kriterien. Die Regierung des Staates Israel hat ihre bestehende U-Bootflotte durch den Erwerb von zwei neuen U-

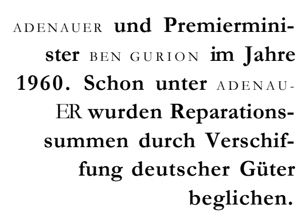
[8] Paul SCHÄFER (Verteidigungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Die Linke-PDS), e-Briefv. 23. 11.2006 an den Verfasser.





Zwei deutsche Stützen der israelischen Nuklearstrategien: von oben das deutsche U-Boot der >Dolphin<-Klasse und das Flugzeug F4-E Phantom II.





ADENAUER und Premierminister BEN GURION im Jahre 1960. Schon unter ADENAUER wurden Reparationssummen durch Verschiffung deutscher Güter beglichen.

Booten erweitert. Die U-Boote sollen zur Existenzsicherung und zum Schutz des Staats Israel beitragen.«[9]

Abgesehen davon, daß ein Militär- oder Verteidigungsexperte wissen sollte, daß es sich bei U-Booten um Angriffswaffen handelt, waren und sind die bundesdeutschen Waffenlieferungen an den kriegführenden Staat Israel alles andere als auf drei - nicht auf zwei! - U-Boote beschränkt:

Am 27. Dezember 1957 erklärte die Bundesregierung, daß grundsätzlich (!) keine Waffen in Krisengebiete geliefert werden würden. Diese Behauptung war schon damals eine Lüge.[10] Am 14, März 1960 vereinbarten Bundeskanzler Konrad ADENAUER und der israelische Premierminister David BEN-GURION die bundesdeutsche Waffenhilfe für Israel - nachdem bereits seit über einem Jahr israelische Waffen, vor allem Uzi-Maschinenpistolen, im sollen in die BRD geliefert worden waren. Gesetzliche Ge- und Verbote spielten (und spielen bis zum heutigen Tage) bei bundesdeutschen Waffenlieferungen an Israel nur eine untergeordnete Rolle. Verteidigungsminister Franz Josef STRAUSS pflegte diese Handhabe wie folgt auszudrücken: »Wir haben die Israel zugesagten Geräte und Waffen heimlich aus den Depots der Bundeswehr geholt und hernach als Ablenkungsmanöver bei der Polizei in einigen Fällen Diebstahlsanzeige

[9] Rainer ARNOLD, aaO. (Anm. 1).

[10] Vgl. Claus NORDBRUCH, *Machtfaktor Zionismus,* Tübingen 2007.

[11] Zitiert nach Gerhard FREY (Hg.), *Die Erpressung. Wie Deutschlands Milliarden über den Jordan gehen,* München 2005, S. 127,



Verteidigungsminister Franz Josef STRAUSS und sein israelischer Amtskollege Shimon PÉRÈS. Sie unterzeichneten 1960 ein vertrauliches Militärabkommen.

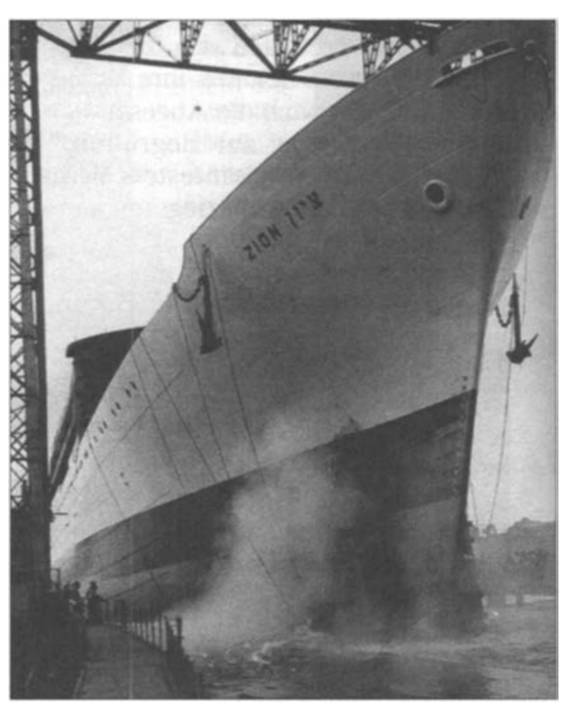
erstattet.«" An diesen Machenschaften hat sich bis heute nichts geändert. Selbst die *Frankfurter Allgemeine Teilung* räumte vier Jahrzehnte später ein, daß für Israel aus der BRD immer Hilfe kam, vor allem schnell und teilweise unter Umgehung geltenden Rechts, wenn Israel in besonders großer »Not« war, beispielsweise im Sechs-Tage-Krieg 1967, im Yom-Kippur-Krieg 1973 oder im Golfkrieg 1991: »Offiziell lehnte Bonn manches ab, was Israel inoffiziell dann doch bekam.«[12] Soviel zu den »Einzelabwägungen der Bundesregierung«,

Spätestens seit 1962 werden Waffen aus der BRD im großen Rahmen an Israel geliefert. Außer dem Christdemokraten ADENAUER machte sich vor allem der christlichsoziale Verteidigungsminister STRAUSS für diese Lieferungen stark. Nachdem einige bundesdeutsche Medien, namentlich *Der Spiegel* und die *Frankfurter Rundschau,* diese Skandale öffentlich gemacht hatten, heuchelte ADENAUERS Nachfolger, Bundeskanzler Ludwig ERHARD, am 12. Februar 1965, die BRD werde keine Waffen mehr (!) in Spannungsgebiete senden. Im darauffolgenden Jahr schickte die BRD 20000 Gasmasken nach Israel,[11] und 1967 wurden alle Hemmungen aufgegeben. Die Zeit umfangreicher Waffenlieferungen brach an. Es sollten bundesdeutsche Waffenlieferungen sein, die entscheidend zum Sieg der

[12] Peter CARSTENS, »Geben und Nehmen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 12. 12. 2002, S. 3.

[13] Vgl. Michael WOLFFSOHN, *Israel. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik,* Opladen 1991, S. 204 ff.

israelischen Truppen im Sechs-Tage-Krieg beitrugen. Wie geheimdienstlichen Unterlagen zu entnehmen ist, unterzeichneten STRAUSS und sein damaliger Amtskollege Shimon PERES {Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums) 1960 ein vertrauliches Militärabkommen, dessen Bedeutung für den Staat Israel von geradezu grundlegender Bedeutung war: »Die Bundesrepublik verpflichtet sich, Israel Düsenflugzeuge der französischen Type Fuga-Magister zu liefern, die in Deutschland in Lizenz hergestellt werden, ferner Hubschrauber, Transportflugzeuge der Type Nord-Adas und amerikanische Lastwagen der Type Patton, die die israelische Armee am dringendsten braucht. Diese Patton werden im Sechs tage krieg auf Sinai die eigentliche Stoßkraft der israelischen Truppen ausmachen. Dieses Militärabkommen, das selbst heute noch wenig bekannt ist, hat große Auswirkungen. Israelische Offiziere werden zur Ausbildung auf Panzern und im Nachrichtenwesen auf die einschlägigen Schulen der Bundeswehr geschickt.«[14] Die BRD hat von Israel für diese Leistungen keinerlei finanzielles oder politisches Gegenpfand verlangt.



Eines der für Israel gebauten Schiffe.

Die kontinuierlichen - und weitgehend kostenlosen - Lieferungen von Angriffswaffen reichten von den 1964 gelieferten 150 Panzern des Tvps M48-A1 (>Patton<) bis zu den riesigen Beständen aus der Nationalen Volksarmee Anfang der neunziger Jahre. Danach wurden aus deutschen Beständen an Israel unter anderen 1991 acht Giftgas-Spürpanzer >Fuchs<, 1998 >Patriot<-Raketen und in Folge mit Marschflugkörpern ausstattbare drei U-Boote der >Dolphin<-Klasse ausgeliefert. Während des ersten Golfkrieges finanzierte die BRD, wie sogar Michael **WOLFPSOHN** einräumt, »den Erwerb amerikanischer >Patriot<-Raketen durch Israel, und im Februar 1991 stimmte Bonn der Lieferung von zwei U-Booten an Israel zu. Für knapp 1,4 Milliarden Mark hat Deutschland Israel allein 1991/92 militärische Hilfe geleistet«.[15]

Die israelische Marine dürfte zwischenzeitlich dank bundesdeutscher Geschenke ebenfalls mit Atomwaffen versorgt sein. In den letzten Jahren

[14] Steve EYTON, *Das Auge Davids. Israels Geheimdienst in Aktion*, Wien—München-Zürich 1971, & 107 £

[15] Michael WOLFFSOHN, »Ohne Hitler kein Israel?« in: *Spiegel Special,* H 2/1992, S. 133.

hat die Bundesregierung Israel drei U-Boote der Dolphin-Klasse übergeben. Diese modernsten U-Boote der Welt dürften aller Wahrscheinlichkeit nach mit atomaren Marschflugkörpern »Turbo Popeye< oder >Deliah< ausgestattet worden sein. In diesem Zusammenhang ist eine Feststellung von seilen des Bundesministeriums der Verteidigung aufschlußreich. Im Auftrag des Parlamentarischen Staatssekretärs SCHMIDT bekannte das Bundesministerium der Verteidigung dem Verfasser gegenüber, daß sämtliche (!) Entscheidungen über Exporte von Rüstungsgütern nach Israel »im Einklang mit geltendem deutschen Recht« stünden. Außerdem sei darauf hinzuweisen, »daß es die Bundesregierung aufgrund der besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel für geboten hält, auch ihren Beitrag zum Schutz und zur Existenzsicherung des Staates Israel zu leisten. leider haben wiederholt politische Ereignisse deutlich gemacht, daß diese Existenzberechtigung in Frage gestellt wird und insofern nicht als Selbstverständlichkeit anzusehen ist«.[16] Die Berufung auf die angebliche Existenzberechtigung Israels ist die parteiübergreifende bundesdeutsche Standardrechtfertigung für die Lieferung von Angriffswaffen an den Zionistenstaat.

[16] Sabine MEHL-BREUER (Referatsleiterin Rü II 2 im Bundesministerium der Verteidigung), Brief v. 8. 1.2007 an den Verfasser.

Kein Land außerhalb der NATO erhält von der BRD so viele Waffen geliefert wie Israel. Die kontinuierlichen Waffenlieferungen blieben von allen >Regierungswechseln< in Bonn und Berlin unberührt: Sowohl christdemokratische als auch sozialdemokratische Regierungen lieferten mit ihren jeweiligen liberalen oder grünen Koalitionspartnern Waffen aller Art an den Zionistenstaat, der mittlerweile selbst der sechstgrößte Waffenhersteller der Welt ist. Dies ist eine erstaunliche Haltung von Politikern, die vorgeben, sich dem Pazifismus verschrieben zu haben. In den *Politischen Grundsätzen* der rotgrünen Regierung vom Januar 2000 stand geschrieben, daß der Export von Kriegswaffen und »kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern« in solche Länder verboten sei, »die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht«.

Eine nicht unerhebliche Zahl derjenigen israelischen Waffen, mit denen israelische Soldaten Völkerrechts Verletzungen und Kriegsverbrechen begangen haben, stammt aus deutscher Produktion. Das gilt vor allem für High-Tech-Komponenten. Damit trägt die Bundesregierung ganz unmittelbar eine Teil **Verantwortung** für die von den israelischen Streitkräften begangenen Kriegsverbrechen sowohl in den besetzten Gebieten als auch im jüngsten Krieg gegen den Libanon (2006). Das Fernsehmagazin *Monitor* machte in seiner Sendung vom 27. Juli 2006 darauf aufmerksam, daß wichtige Teile der israeliscben Waffen aus Deutschland geliefert werden oder deutschen Ursprung haben. In dem Fernsehbeitrag hieß es: »Seit Tagen fliegt die israelische Luftwaffe Angriffe im Libanon, Teile der Zielerfassung, sozusagen des Visiers israelischer Kampf-

jets, basieren auf deutschem Knowhow, entwickelt und geliefert unter anderem von einer ehemaligen Tochter der AEG.« Dann wurde das Zielerfassungsgerät am Rumpf eines israelischen F-16-Bombers eingeblendet. »Auch am Boden kämpfen die israelischen Truppen mit deutscher Technik«, hieß es in dem Beitrag weiter. Der Kampfpanzer >Merkava< bilde gegenwärtig das Rückgrat der israelischen Bodentruppen, und seine Kanone sei eine deutsche Entwicklung der Rüstungsfirma Rheinmetall. Ohne deutsche Technik schießt dieser israelische Panzer nicht und rollt keinen Meter, denn auch der Motor und das Getriebe entstammen deutscher Ingenieurskunst. Obwohl die Bundesregierung immer behauptet, sie genehmige keine Waffenlieferungen in »Spannungsgebiete«, werde bereits der nächste deutsch-israelische >Rüstungs-Deal< eingefädelt. Israel habe großes Interesse am gepanzerten Truppentransporter vom Typ »Dingo*. »Nach unseren Recherchen hat die Bundesregierung der Lieferung eines Test-Fahrzeuges vor kurzem erst zugestimmt«, erklärte das Magazin *Monitor und* wies darauf hin, daß eine Anfrage der Redaktion, »ob der »Dingo* trotz des Krieges geliefert« werde, von der Regierung nicht beantwortet wurde.[1]



Volker KAUDER.

Auf diese Entwicklungen hin angesprochen, antwortete der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker KAUDER, daß »die Sicherheit Israels massiv bedroht ist, hat uns auch die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hisbollah im Sommer dieses Jahres gezeigt. Deutschland beteiligt sich, auf ausdrücklichen Wunsch der israelischen, aber auch der libanesischen Regierung, an der erweiterten UNIFIL-Mission, um Stabilität in der Region zu erreichen. Bei diesem Einsatz handelt es sich weder um ein Lippenbekenntnis noch um ein konspiratives Vorgehen, sondern um einen von der breiten Mehrheit des Deutschen Bundestages getragenen Beitrag zur Friedenssicherung.«[18] Seit September 2006 wird also nicht nur deutsches Kriegsmaterial an den kriegführenden Zionistenstaat Israel geliefert, sondern es werden auch deutsche Soldaten für die Interessen Israels bereitgestellt.[19]

Eine sachliche Begründung, warum die BRD Israel mit Waffen beliefern muß, ist nicht erkennbar. Der Vorsitzende der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Udo VOIGT, erklärte diesbezügüch: Eine »historische Verantwortung« könne da kaum ausreichen. »Im Gegenteil: wenn man diese »Verantwortung* schon empfindet, dürfte man nichts tun, was den Frieden verletzt und neues Unrecht in die Welt setzt. Schließlich verstößt die Waffenlieferung an Israel auch gegen die Bestimmungen des Kriegswaffen-Kontrollgesetzes. Daß die Israelis friedenstörende Maßnahmen ergreifen, konnte man zuletzt beim Angriffskrieg auf libanesischem Boden erleben. Da sich die Bundesrepublik zudem in der UNO-Charta verpflichtet hat, für das Selbstbestimmungsrecht der Völ-

17 Ulrich RIPPERT, »Die Verantwortung der Merkel-Regierung für die Kriegs verbrech en im Libanon« am 4. 8. 2006, in: http://www.wsws.org/de/2006/aug2006/merk-a04. shtml

18 Volker KAUDER, aaO. (Anm. 6).

19 Vgl. Claus NORDBRUCH, »Vor Beirut und in Afghanistans Bergen. Die Fragwürdigkeit der Einsätze deutscher Soldaten«, in: Gert SUDHOLT (Hg.), *Deutsche Annalen 2007,* Druffel, Inning 2007.

ker einzutreten, verstößt man bei den Waffenlieferungen an Israel auch gegen diesen Punkt. Wer schließlich, wie Israel, Wohnhäuser angreift oder mit völkerrechtlich geächteten Streubomben arbeitet, dürfte auch nicht die geeignete Zuverlässigkeit besitzen. .

Die dauernden Waffenlieferungen in ein ausgesprochenes Krisengebiet haben weitreichende Folgen. Die führenden politischen Kreise in der Berliner Republik übersehen bei den von ihnen genehmigten Lieferungen von Kriegsgerät an Israel, daß die verheerende Lage der Palästinenser nicht zuletzt gerade durch diese »Hilfeleistungen« verursacht worden ist. Die begrüßenswerte Entwicklungshilfe für die Palästinenser, die mit der einen Hand gegeben wird, stellt keinen Ausgleich dafür dar, was die andere Hand tut. Die bundesdeutsche Regierung liefert sogar Ersatzmotoren für israelische Panzer, von denen bekannt ist, daß sie palästinensische Siedlungen und Flüchtlingslager zerstören.

Jedoch nicht nur Israel macht sich mit dem völkerrechtswidrigen Einsatz von beispielsweise Streubomben und Phosphorbomben sowie den Flächenbombardements gegen die Zivilbevölkerung strafbar. Auch die internationalen Waffenlieferanten wie Frankreich und vor allem die USA, die seit Jahrzehnten Waffen nach Israel liefern, verstoßen am laufenden Band gegen ihre eigenen Gesetzesvorgaben und tragen somit eine Mitschuld an den israelischen Kriegsverbrechen. Im jüngsten Krieg gegen den Libanon verstieß Israel beispielsweise deutlich gegen die US-Waffenkontrollgesetze, indem Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber und Langstreckenraketen, die in den USA hergestellt waren, eingesetzt wurden, Zivilisten zu töten und die Infrastruktur des Libanon zu zerstören. Stephen ZUNES, Professor für Politik an der Universität von San Francisco, hebt hervor, daß Paragraph 4 des US-amerikanischen Waffenexport-Kontrollgesetzes unzweideutig verlange, daß militärisches Material, das von den Vereinigten Staaten von Amerika an ausländische Regierungen ausgeliefert werde, »ausschließlich für die innere Sicherheit und legitime, gesetzmäßige Selbstverteidigung verwendet werden« dürfe. Er erklärte weiter: »Da die israelische Regierung und ihre Armee Angriffe gegen die zivile libanesische Infrastruktur und Bevölkerungszentren durchführen, die klar weit über legitime Selbstverteidigung hinausgehen, ist die USA gesetzlich dazu verpflichtet, Waffentransfers nach Israel einzustellen.« Israels militärische Vergeltungsmaßnahmen gegen den Libanon waren, wie selbst die Europäische Union feststellen mußte, »grob unverhältnismäßig« {*grossly disproportionate*).[21] In der Vergangenheit haben sich Staaten vor einem internationalen Gerichtshof wegen Völker rechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten müssen, obgleich die Rechtslage weit weniger klar gewesen war, als sie vergleichsweise bei Israel und seinen Waffenlieferanten ist.

Claus Nordbruch

[20] Udo VOIGT (Vorsitzender der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands), e-Brief v. 23. 12. 2006 an den Verfasser.

[21] Thalif DEEN, »Israel Violates U.S. Law With Attack on Lebanon«, in: hup:/ / www. a n tiwar. com/ ips/deen.php? articleid-9325

Hessischer Rundfunk weigert sich, Lügen richtigzustellen

Die öffentlichen westdeutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten, die satzungsgemäß dem Dienen der Wahrheit verpflichtet sind, scheuten und scheuen sich in vielen Fällen nicht, auch zu dem Mittel der Lüge und des Wörtbruchs zu greifen, um das ihnen genehme Geschichtsbild der Umerziehet durchzusetzen. Der angesehene Marburger Strafrechtler Professor Dr. Erich SCHWINGE hat dazu in seinem diesem Thema gewidmeten Buch *Machtmißbrauch der Massenmedien* eindrucksvolle Beispiele, auch aus persönlicher Erfahrung, angegeben.[1] Eines sei daraus vom *Hessischen Rundfunk (HR)* nachfolgend angeführt.[2]





Der Marburger Jurist Erich SCHWINGE **(1903-1994) und sein Buch** *Machtmißbrauch der Massenmedien. Die Ohnmacht des* **Bürgers.**

Am Vormittag des 12. November 1985 brachte der Hörfunk des HR innerhalb der Sendereihe »Unterwegs in Hessen« einen Beitrag, in dem es um einen Vorgang in der Bibliothek der Juristischen Fakultät der Universität Marburg ging, der mit einem Buch über die Wehrmachtgerichtsbarkeit[3] zu tun hatte. Die Sendung enthielt eine Anzahl falscher und sogar einige den Tatbestand der üblen Nachrede erfüllende Behauptungen. Dazu wurden Teile eines Telefongesprächs wiedergegeben, das SCHWINGE am Abend vor der Sendung mit der für den Beitrag verantwortlichen Reporterin geführt hatte, obwohl er ihr verboten hatte, es bei der Sendung auszuwerten. »Ich gebe Ihnen kein Interview«, hatte er ausdrücklich betont. Sie setzte sich einfach darüber hinweg.

Als sich SCHWINGE mit einer ausführlich begründeten Beschwerde deswegen an die Sendeleitung wandte, erhielt er eine - in solchen Fällen übliche - ausweichende Antwort und erst nach Monaten eine Sachentscheidung, daß alles in bester Ordnung gewesen sei, obwohl SCHWINGE auf eine Reihe eindeutig falscher Behauptungen und darauf hingewiesen hatte, daß ihm im Gegensatz zur Gegenseite kein Gehör gegeben und die Sendung nicht überprüft worden sei. Seine Einwendungen wurden als nicht stichhaltig zurückgewiesen.

Als ihm auf Anforderung das Manuskript der Sendung überlassen worden war, stellte er fest, daß einige Stellen anders lauteten, als er sie in der Sendung persönlich gehört hatte. Das Manuskript war also offensichtlich manipuliert worden. Nachdem der Betroffene Berichtigung ver-

[1] Erich SCHWINGE, *Machtmißbrauch der Massenmedien. Die Ohnmacht des Bürgers,* Hohenrain, Tübingen-Zürich-Paris 1989.

[2] Ebenda, S. 48 ff.

[3] Beitrag Nr. 592, »Wehrmachtgerichtsbarkeit«.

langt hatte, wurde ihm mitgeteilt, eine Überprüfung sei nicht mehr möglich, da das betreffende Band wie üblich nach vier Wochen bereits vernichtet worden sei, obwohl seine Reklamation schon vor dieser Vierwochenfrist eingegangen war. Dann hüllte die Abteilung sich in Schweigen.

Ähnlich verhielt sich die Abteilung Hörfunk des Senders, als SCHWINGE dagegen protestierte, daß die Reporterin entgegen seinem ausdrücklichen Verbot das rein private Telefongespräch für die Sendung ausgewertet hatte. Der Jurist wies auf das in der Rechtsprechung entwickelte »Recht am eigenen Wort« hin, das jede Auswertung gegen den Willen des Gesprächspartners verbietet. Der Bundesgerichtshof hat bereits 1958[4] klar entschieden, daß ein persönliches Gespräch publizistisch nicht ausgewertet werden darf. Zu dem »allgemeinen Persönlichkeitsrecht« gehöre, so das Urteil, »auch die Befugnis des Menschen, darüber zu bestimmen, ob seine Worte einzig seinem Gesprächspartner, einem bestimmten Kreis oder der Öffentlichkeit zugänglich sein sollen«. Das Bundesverfassungsgericht' hat diese Rechtsauffassung im Jahre 1980 ausdrücklich bestätigt und dafür die gleiche Begründung gegeben. Gegen beide Entscheidungen hatte also der *Hessische Rundfunk* im genannten Fall verstoßen, hat sich nicht dafür bei dem persönlich Betroffenen entschuldigt und sich nicht von dem Vorgehen seiner Mitarbeiterin distanziert.

Neben weiteren ähnlichen Beispielen vom *Hessischen Rundfunk* führt SchWINGE in seinem Buch auch solche des *Zweiten Deutschen Fernsehens* an, das sich ebenfalls dieser in einem Rechtsstaat untragbaren Methoden bediente.[6] Ebenso werden Falschbehauptungen der Presse, so der *Frankfurter Rundschau,* in dem empfehlenswerten Buch behandelt.

Rolf Kosiek

[4] Urteil des Bundesgerichtshofs vom 20. 5. 1958, BGHZ 27, S. 284 f.

[s] Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. 6. 1980, BVerGE 54, S. 155.

[6] SCHWINGE, aaO. (Anm. 1), S. 51-55.

[7] Ebenda, S. 56 ff.

Bezeichnende Falschmeldungen der Medien

1. *Der Spiegel* meldete am 20. November 2006 auf Seite 66: »Mit dem Aktionsprogramm »Jugend für Toleranz und Demokratie — gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« hatte die rot-grüne Bundesregierung ein neues Konzept aufgegriffen, Auslöser war der von Rechtsextremen verübte Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge im Oktober 2000. Bundeskanzler Gerhard SCHRÖDER rief damals zu einem »Aufstand der Anständigen« auf, das folgende Aktionsprogramm bekam sogleich einen zweistelligen Millionenetat, alles wirkte sehr entschlossen.««

Richtig ist jedoch, daß der Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge im Oktober 2000 von dem gebürtigen Marokkaner Kahlid Z, und dem in Jordanien geborenen staatenlosen Belai T. verübt wurde, was beide gestanden und wofür sie verurteilt wurden. Die Tat hatte nichts mit Rechtsextremismus oder Ausländerfeindlichkeit Deutscher zu tun. Sogar Bundesanwalt Kay NEHM betonte, daß die Täter keine Verbindung zu rechtsextremen Kreisen gehabt hätten, ***(Nation & Europa,*** Nr, 1/2007, S, 19)

Spontane Demonstrationen nach dem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge am 3. Oktober 2000. Die polizeilichen Ermittlungen brachten allerdings zutage, daß die Täter Ausländer waren und mit Rechtsextremismus nichts zu tun hatten.

2. ***Der Spiegel*** brachte in Nr. 52/2006 einen Beitrag, in dem es heißt: »Kaum war HITLER im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt worden, erklärte Nazi-Deutschland den jüdischen Bürgern den Krieg.«

Das ist falsch. Das Gegenteil ist eher richtig: Nicht das Deutsche Reich erklärte den Juden den Krieg, sondern am Freitag, dem 24. März 1933, stand im Londoner ***Daily Express*** auf der ersten Seite unter der Überschrift »>Judea erklärt Deutschland den Krieg« eine Kriegserklärung an





das Rcich von jüdischer Seite. In dem Artikel heißt es unmißverständlich: »Das israelische Volk der ganzen Welt ist sich einig, Deutschland einen wirtschaftlichen und finanziellen Krieg zu erklären.«

3. ***Der Spiegel*** brachte Anfang 1985 in einem Bericht über das Kriegsende in Mitteldeutschland den Satz: »Die sowjetische Militärverwaltung schien keinen Befehl gegeben zu haben, zu plündern und zu vergewaltigen.« (Zitiert im nachfolgend genannten Leserbrief)

Das ist falsch. Richtig ist, worauf Karl SCHMIDT in einem Leserbrief im ***Spiegel,*** Nr. 5, am 28. januar 1985 auf Seite 8 unter Hinweis auf Raymont CARTIER, ***Der zweite Weltkrieg*** (München 1967, S. 994), hinwies, daß der Sowjet-Marschall Georgij **ScHUKOW**, der 1945 als Befehlshaber der 1. Weißrussischen Front die deutsche Verteidigungsstellung an der Oder durchbrach und Berlin eroberte, in einem Tagesbefehl vom 16. April 1945 anordnete: »Sowjetsoldat, räche Dich. Verhalte Dich so, daß der Einbruch unserer Armeen nicht nur den heutigen Deutschen, sondern auch ihren fernen Enkeln in Erinnerung bleibt. Denke daran, daß alles, was die deutschen Untermenschen besitzen, Dir gehört. Sowjetsoldat, habe kein Mitleid im Herzen!«

4. In der ***Welt am Sonntag*** vom 27. Dezember 1992 wurde geschrieben, daß vom Zweiten Weltkrieg »127000 deutsche Kriegsopfer in Rußland begraben« seien. Diese Zahl setze sich aus 114000 im Osten gefallenen deutschen Soldaten und 13000 weiteren Deutschen zusammen, die in sowjetischen Gefangenenlagern ums Leben gekommen seien.

Diese Angaben sind um rund eine ganze Dimension falsch. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft verstarben rund eine Million Deutsche. Allein in Stalingrad gerieten um 100000 deutsche Soldaten in Gefangenschaft, von denen nur etwa 6000 zurückkehrten.

5. Die ***Welt am Sonntag*** brachte am 16. Dezember 1984 den Artikel »Dachau — Besuch nach 40 Jahren« von Israels früherem Botschafter Gideon RAEAEL. Darin hieß es, in Dachau seien laut »amtlicher Eintragung« insgesamt 206200 Insassen hingerichtet worden. In einem Leserbrief vom Ö.Januar 1985 wies Günther KISSEL, Solingen, darauf hin, daß diese Zahl nicht stimme und daß das Konzentrationslager Dachau kein Vernichtungslager gewesen sei. In einer »Anmerkung der Redaktion« dazu wurde erklärt: »***Welt am Sonntag***-Leser Günther KLSSEL hat recht.« In dem Manuskript des Verfassers habe es geheißen, »Dachau habe laut »amtlichen Eintragungen* insgesamt 206200 Insassen gehabt. Durch einen Ubertragungs fehler entstand daraus, in Dachau seien laut »amtlicher Eintragung« insgesamt 206200 Insassen hingerichtet worden. ***Welt am Sonntag*** bedauert diesen Fehler.«

Rolf Kosiek

Historiker fälscht Foto



Prof. Dr. JÄCKEL fiel mehrfach auf Fälschungen herein, so bei der Herausgabe von NS-Dokumenten der zwanziger Jahre *{Hitler, Sämtliche Aufzeichnungen 1905 bis 1924, DVA,* **Stuttgart 1980) wie bei der Beurteilung der Fälschung des >Hitler-Tagebuchs< im April 1983 durch Konrad KUJAU. Siehe Beitrag Nr. 73, »Eberhard Jäckel, Konrad Kujau und die Frühschriften Hitlers«.**

Am 2. Mai 1990 brachte das *Zweite Deutsche Fernsehen* den dritten Teil einer Fernsehdokumentation des Stuttgarter Historikers Prof. Dr. Eberhard JÄCKHL unter dem anklagenden und provozierenden Titel »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland«, der dann ein geflügeltes Wort für die Umerzieher wurde. Da offenbar nicht genügend wahrheitsgemäße Bilder vorlagen, griff man bei diesem Film wie in zahllosen früheren zu einer Fälschung. Ais anschaulicher und zu Gemüte gehender Beweis für die furchtbaren Judendeportationen aus Rumänien im Jahre 1941, die unter dem Befehl deutscher Militäreinheiten vorgenommen seien, wurde die Abbildung eines Zuges mit offenen Güterwagen voller stehender Menschen auf einem Bahnhof gezeigt.

Tatsächlich hat diese Aufnahme nichts mit einer Deportation jüdischer Menschen zu tun. Das Original, aus dem im Fernsehen ein Ausschnitt gezeigt wurde, zeigt einen Güterzug am Hamburger Hauptbahnhof, der Flüchtlinge in der damals üblichen Weise der »vierten Klasse< ins Ruhrgebiet bringen sollte. Das Bild wurde erst 1946 aufgenommen, es stammt nicht aus dem Jahre 1941. Es zeigt also weder Juden, noch einen Bahnhof in Rumänien, noch einen Vorgang von 1941.

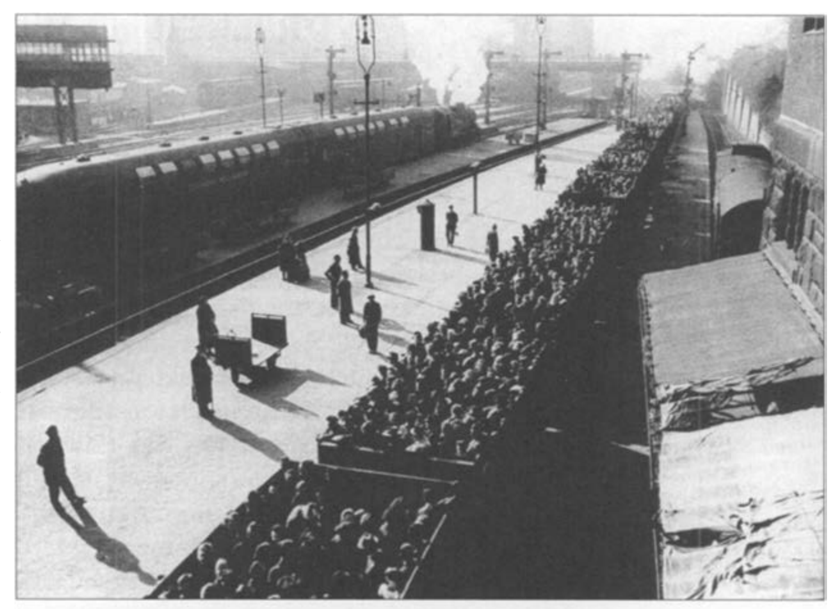
Um die Täuschung nicht sofort für Kundige sichtbar zu machen, haben die Fälscher an dem auf dem Nachbargleis erkenntlichen Zug herumretuschiert sowie die Fenster geschwärzt und damit die Erkennung der Lokomotive vom Typ LBE-T12 unmöglich gemacht, also eindeutig eine Manipulation vorgenommen. Denn sonst hätte vielleicht jemand Argwohn dabei geschöpft, daß solch ein moderner Doppeldeckerzug in einem rumänischen Bahnhof auf dem Balkan aufgetaucht sein sollte.

Die nachfolgenden Abbildungen zeigen das Original und die Fälschung.

In seitenverkehrter Darstellung, wohl, damit man die Manipulation des Hamburger Originalbildes nicht so schneit erkennt, brachte vier Jahre später das ***Schwäbische Tagblatt***[x] dieses Foto zur Bebilderung eines Berichts über ein Konzert mit jüdischen Widerstandsliedern am Ort der früheren Tübinger Synagoge. Ein Leser erinnerte sich des Originals in Hamburg und brachte die Richtigstellung[2] mit Hinweis auf einen Bildband' von 1964 mit dem Foto vom Hamburger Hauptbahnhof aus dem Jahre 1946, das lange in dessen Intercitv-Restaurant hing. Rolf Kosiek

[1] *Schwäbisches Tagblatt,* 28. 6. 1994.
[2] "Ist wohl zuzumuten«, in: *Schwäbisches Iägblatt,* 9. 7, 1994.
[3] Bertelsmann, *Unser Jahrhundert im Bild,* Bertelsmann, Gütersloh 1964, S. 604.

Das Originalbild der Bundesbahndirektion Hamburg mit der Überschrift: »Güterzüge mit Flüchtlingen 1946. Vollbesetzter Leerzug für das Ruhrgebiet. Im Hintergrund Doppelstockwagen nach Lübeck«.



Die Fäschung tauchte bereits 1981 in der von H. EschWEGE herausgegebenen Publikation *Kennzeichen >J<* auf {Deutscher Verlag der Wissenschaften, Ostberlin).

Das retuschierte Bild erschien dort unter der Überschrift »Transporte in Ghettos und Vernichtungslager«.

Alle Indizien, die eine Identifizierung des Hamburger Hauptbahnhofs als Aufnahmestätte ermöglicht hätten, wurden retuschiert bzw. herausgeschnitten, und zwar die Fenster und die Kennung der links wartenden Lokomotive sowie die rechts stehenden Gebäudeteile des Bahnhofs.



WDR fälscht mit Hitlerbild

Am Abend des 31. August 1977 sandte das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) einen im Auftrag vom Westdeutschen Rundfunk (WDR) gedrehten Film mit dem Titel *Wotans Erben.* Damit sollte auf die angebliche »rechtsradikale, neofaschistische und neonazistische Gefahr« in der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen werden. Darin wurden »Originalaufnahmen« aus dem Schulungsraum des Deutschen Arbeitszentrums Bassum gezeigt. Unter anderen »Faschisten* wie Friedrich VON SCHILLER wurde auch ein Kopfbild als das Adolf HITLERS, das dort hänge, gezeigt. Offenbar nachträglich war zur pädagogischen Verdeutlichung in das Bild der Name Adolf HITLERS einkopiert worden.[1]

Das stellte eine grobe Fälschung dar. Das im Arbeitszentrum wirklich hängende Bild zeigte einen Bauernkopf (»Ein pommerscher Bauer« von WILLRICH), der keine Ähnlichkeit mit dem HITLERS hatte und vom Regisseur offensichtlich nachträglich zu einem Hitler-Kopf manipuliert worden war.

Deswegen stellte der Leiter des Arbeitszentrums, Alfred E. MANKE,,[2] Strafantrag gegen den WDR. Die 28. Zivilkammer des Landgerichts Köln verkündete aufgrund der Verhandlung am 8. März 1978 nach ausführlicher Beweisaufnahme am 3. Mai 1978 das Urteil:[3] Dem WDR, vertreten durch seinen Intendanten Friedrich Wilhelm Freiherr VON SliLL, und seinem Redakteur Dirk GERHARD wurde bei Androhung eines »höchstzulässigen Ordnungsgeldes oder der höchstzulässigen Ordnungshaft« bei Zuwiderhandlung untersagt, weiter die Behauptung aufzustellen, daß im Schulungsraum des Deutschen Arbeitszentrums ein HITLER-Bild am 16. Mai 1977 und im Juli 1977 aufgehängt gewesen sei. Das Gericht stellte fest: »Ein HITLER-Bild hing dort jedoch nicht.«

Ferner wurde der WDR und dessen verantwortlieher Redakteur dazu verurteilt, die in dem Film *Wotans Erben* aufgestellte entsprechende Behauptung in einer Sendung »im Ersten Deutschen Fernsehen im Anschluß an die Nachrichten um 20.15 Uhr« ausdrücklich zu widerrufen sowie drei Anzeigen mit dem richtigstellenden Text von Alfred E. MANKE in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (3. 4.1978), in der *Welt* und in der

[1] Hans-Joachim RICHARD, »Der WDR der Fälschung überführt«, in: *Deutsche Wochenzeitung,* 14. 4.1978.

[3] Alfred E. MANKE ist dem Verfasser persönlich bekannt und von ihm zu Einzelheiten befragt worden,

[3] Urteil des Landgerichts Köln unter der Vorsitzenden Richterin WEHNERT-HEINEN, Az.: 78 O 415/77, vom 8. März 1978, verkündet am 3. Mai 1978.

ANZEIGE

In dem Rechtsstreit des Herrn Alfred E. Manke, 2830 Bassum-Dimhausen (Klägers) gegen den Redakteur Dirk Gerhard, Wallrafplatz, Westdeutscher Rundfunk, 5000 Köln 1 (Beklagten) wegen Widerrufs der in dem vom 1. Deutschen Fernsehen am 31. 8. 1977 gesendeten Film „Wotans Erben" aufgestellten Behauptung hat das Landgericht Köln am 8. 3. 1978 im Namen des Volkes folgendes Teilanerkenntnis-Urteil (78 O 422/77) verkündet:

„Der Beklagte wird verurteilt, die Behauptung zu widerrufen: Im Schulungsraum des von dem Kläger geleiteten Deutschen Arbeitszentrums in 2830 Bassum-Dimhausen habe am 16. 5. 1977 sowie im Juli 1977 ein Porträt Adolf Hitlers gehangen.

Dem Kläger wird die Befugnis zuerkannt, den Urteilstenor in der Frankfurter Allgemeinen, der Welt und Syker Kreiszeitung auf Kosten des Beklagten zu veröffentlichen."

ANZEIGE

In dem Rechtsstreit des Herrn Alfred E. Manke, 2830 Bassum-Dimhausen (Klägers) gegen den Redakteur Dirk Gerhard, Wallrafplatz, Westdeutscher Rundfunk, 5 Köln 1 (Beklagten) wegen Widerrufs der in dem vom 1. Deutschen Fernsehen am 31. 8. 1977 gesendeten Film „Wotans Erben" aufgestellten Behauptung hat das Landgericht Köln am 8. 3. 1978 im Namen des Volkes folgendes Teilanerkenntnis-Urteil (78 O 422/77) verkündet:

„Der Beklagte wird verurteilt, die Behauptung zu widerrufen: Im Schulungsraum des von dem Kläger geleiteten Deutschen Arbeitszentrums in 2830 Bassum-Dimhausen habe am 16. 5. 1977 sowie im Juli 1977 ein Porträt Adolf Hitlers gehangen.

Dem Kläger wird die Befugnis zuerkannt, den Urteilstenor in der Frankfurter Allgemeinen, der Welt und Syker Kreiszeitung auf Kosten des Beklagten zu veröffentlichen."

Text der Anzeige, erschienen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung,* 3. 4. 1978 und in der *Welt* (links) sowie in der *Syker Kreiszeitung,* 8. 4. 1978.

Syker Kreisleitung (8. 4. 1978) zu bezahlen. Bei dem Gerichtstermin entschuldigte sich der WDR nicht etwa für die Ausstrahlung der Lüge und die ungerechtfertigte Beschuldigung des Leiters des Arbeitszentrums, sondern die Sendeanstalt versuchte über ihre Rechtsanwälte, die offensichtliche Irreführung der Öffentlichkeit mit dem HitlER-Bild noch zu halten.

Bei der Verhandlung ergab sich einmal, daß der für den Film verantwortliche Redakteur GERHARD für den marxistischen und kommunistischen Studentenbund >Spartakus< in dessen Organ *Rote Blätter*[4] und für andere linksextremistische und kommunistische Vereinigungen tätig war. Zum anderen kam heraus, daß dieser fälschende Film unter anderem vor Studenten der Pädagogischen Hochschule Hannover, der Universitäten in Hamburg, Marburg, Regensburg, München und Bonn sowie der Technischen Hochschule Darmstadt als wissenschaftliches Schulungsmaterial vorgeführt worden war. Dabei trat Redakteur GERHARD als wissenschaftlicher Referent auf und gab seine auf Fälschungen und Lügen aufgebauten Kommentare - in Wirklichkeit kommunistische Desinformation -

[4] So z. B. in: *Rote Blätter,* Nr. 12, Dezember 1977.

dazu ab, ähnlich wie es bei dem Fall des UFA-Films *Kolberg* in Heidelberg erfolgtet Bezeichnenderweise ging GERHARD nach Entlassung durch den WDR zur *tat* der antifaschistischen und im Verfassungsbericht aufgeführten »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes< (WN); er soll später in die DDR abgetaucht sein.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang noch, daß der WDR-Redakteur und Mitarbeiter zweimal im Deutschen Arbeitszentrum Bassum gewesen waren (16. Mai 1977 und im Juli 1977) und ein wirklichkeitsgetreues Bild von diesem und dessen Arbeit zu senden versprochen hatten. Der Leiter des Arbeitszentrums, Alfred E. MANKE, war zu einem 40 Minuten dauernden Fernsehgespräch gebeten worden, von dem dann in der Sendung bezeichnenderweise kein einziges Wort gebracht wurde, weil offenbar nichts zu dem gewünschten Ziel der Diffamierung Andersdenkender paßte.

Der Film diente also nicht der sachlichen Information der Zuschauer, sondern sollte mit seiner Lüge und Einseitigkeit bei Unterdrückung sachlicher Angaben nach bester kommunistischer Tradition indoktrinieren und Konservative unberechtigt diffamieren. Und dafür wurden Hörergelder zur Verfügung gestellt.

Rolf Kosiek

„Fernsehlüge geplatzt“

Betr.: Wotans Erben

Wie die in dieser Ausgabe der „Kreiszeitung“ an anderer Stelle veröffentlichte Widerruf-Anzeige beweist, ist wieder eine Fernsehlüge geplatzt. Viele Leser erinnern sich:

Am 30. 8. 1977 lief die Fernsehsendung „Wotans Erben“, mit der eine „rechtsradikale, neofaschistische“ Gefahr für unser Land über den Bildschirm geflimmert wurde. In bezug auf meine nationalkonservative Kultur- und Jugendarbeit wurde das so manipuliert, daß in meinem Hause einfach ein Hitler-Bild hineingezaubert wurde, obwohl es dieses hier nie gegeben hat.

Prompt kamen darauf die kommunistischen Schmierkolonnen nach Bassum, um Wände, Straßenschilder u. a. mit Hetzparolen, wie „Manke, die Nazisau raus aus Bassum!“ zu verunzieren. Und passend hierzu folgte dann ein anklagender Leserbrief in dieser Zeitung über die „Rechtsradikalen in Bassum“!

Die Tatsachen wurden jetzt durch das von mir eingeleitete gerichtliche Verfahren sichtbar:

Aus dem Bildnis eines Bauern bei mir in Dimhausen hatte das Fernsehen ein Hitler-Bild gefälscht! Der fälschende und von unseren Fernsehgebühren bezahlte Fernsehredakteur entpuppte sich als Linksradikaler, der u. a. in den „Roten Blättern“ des Kommunistischen Studentenbundes Spartacus fleißig über den Faschismus in der BRD Märchen schreibt. Mit eidesstattl. Falschaussagen und rabulistischer Agitation linker Anwälte wurde Adolf Hitler immer wieder in mein Haus nach Dimhausen manipuliert. So also, mittels Fälschung, wurden die „Rechtsradikalen“, die „Neonazis“ und „Faschisten“ in Bassum und anderswo gemacht, bzw. künstlich von roten Meinungsmachern auf den Bildschirm gezaubert. Deutlicher gesagt: Rote Politpropaganda und Fälschung durch Linksradikale über unser westdeutsches Fernsehen!

A. E. Manke
Bassum, Dimhausen

Faksimile, Leserbrief Alfred E. MANKE in der *Syker Kreiszeitung,* 8. 4. 1978.

Karl May und der Nationalsozialismus

Es ist üblich geworden, dem Nationalsozialismus viel vom heutigen Standpunkt aus Nachteiliges und Böses nachzusagen, besonders wenn es scheinbar in das Bild paßt, das man von ihm hat oder das man sich nach herrschender politischer Korrektheit davon machen sollte. Das zeigt sich schon bei alltäglichen Ereignissen.

Ein Beispiel ist eine Besprechung der Ausstellung »I like America«, die in der Frankfurter Schirn-Kunsthalle im Herbst 2006 stattfand. Hannes HINTERMEIER, offenbar aus der Nachkriegsgeneration stammend, schrieb





Karl MAY als Kara Ben Nemsi (links) und als Shatterhand.

darin,[1] die deutsche Sehnsucht nach dem Wilden Westen setze »sich in wechselnden Moden bis zum Nationalsozialismus fort: Der verurteilt die Wild-West-Begeisterung als undeutsche Umtriebe«. Er habe jedoch nicht verhindern können, daß nach 1945 die Zuneigung zu Winnetou zurückgekehrt sei.

[1] Hannes HINTERMEIER, »Ein Indianer kennt keinen Schmerz«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 13. 10. 2006, S. 37.

Das ist falsch, eher trifft genau das Gegenteil zu. Richtig ist nämlich, daß damals das Lesen und das Ausleihen von Wild-West-Büchern nicht behindert wurden. Insbesondere hat der Verfasser in seinen noch erhaltenen Aufzeichnungen[2] über seinen Lesestoff in den Jahren von 1943 bis 1945 mehrere Indianerbücher aufgeführt, die ihm damals in der Leihbücherei seiner Heimatstadt Paderborn empfohlen wurden und die er daraufhin dort entliehen und gelesen hat.

Zur weiteren Richtigstellung schrieb Manfred THIELE in der *FAZ-?* »In der Nazizeit konnte man in jeder der damals sehr verbreiteten privaten Leihbüchereien stets alle - damals 65 - Karl-May-Bände finden. Jeder Schüler war ein Karl-MAY-Fan, im Gegensatz zu heute. Das Radebeulet Karl-May-Gymnasium wurde von ganzen Jungvolk- und Hitlerjugend-Gruppen geschlossen besucht. Nach dem Kriege war dieses Museum übrigens zunächst geschlossen. Darüber hinaus wurden 1940 die ersten Karl-May-Festspiele eröffnet, in Rathen in der als Kulisse vorzüglich geeigneten Sächsischen Schweiz. Die Festspiele standen laut dem mir vorliegenden Fotoband, der die ersten Festspiele dokumentierte, »unter der Schutzherrschaft des Reichsstatthalters und Gauleiters Martin MUTSCHMANNC Wie ein Foto beweist, wurden die Festspiele ebenfalls von geschlossenen Gruppen der beiden nazistischen Jugendverbände besucht. In dem Vorwort wird das Werk Karl MAYS gar mit HOMER verglichen. Der Titel des Bildbandes lautet, in großen Lettern: »Winnetou lebte«

In einer Zusammenfassung von Karl-**MAY**-Freunden stellte *Der Spiegel* 1962 fest: »MAY-Enthusiast HITLER empfahl die Abenteuergeschichten MAYS seinen Generälen als belebende Lektüre, und von der Jugend der dreißiger Jahre verlangte der nationalsozialistische Gauleiter und bayerische Kultusminister Hans **SCHEMM** im Jargon des Dritten Reichs **»Mut,** Initiative, Schneid, Abenteuerlust und Karl-MAY-Gesinnung«,«[4] Auch das deutet nicht darauf hin, daß Karl MAY im Dritten Reich verpönt war.

Es ist daher nichts mit einer angeblichen Karl MAY-Feindlichkeit des Nationalsozialismus. Diese unzutreffende Behauptung über die NS-Zeit soll nur wie in vielen anderen Fällen die Verantwortlichen in den Jahren des Nationalsozialismus herabsetzen und ein möglichst schlechtes Bild von ihnen beim Leser erzeugen. Rolf Kosiek

[2] Buch liste im Privatarchiv des Verfassers.

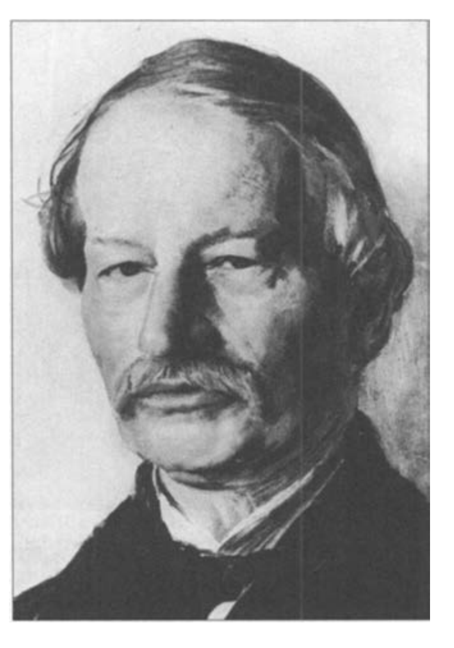
[3] Manfred THIELE , Frankfurt, Leserbrief »Karl May und Homer«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 2.11. 2006.

[4] »Lektüre für Generäle«, in: ***Der Spiegel,*** Nr. 37, 1962,

Gustav Freytag - ein Opfer der Vergangenheitsbewältigung

Ein wesentliches Ziel der alliierten Umerziehung der Deutschen nach 1945 war deren Ablösung von ihren geschichtlichen Wurzeln und die Zerstörung der volklichen Traditionen. Dazu gehörte auch die Herabsetzung und Verdrängung der germanischen Vergangenheit,[1] wie sie von angesehenen Geschichtsschreibern des 19. und 20. Jahrhunderts volksnah dargestellt und noch bis in die fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts im Schulunterricht der Bundesrepublik Deutschlands geboten wurde.

Dieses Schicksal des Verschweigens traf in den letzten funfzigjahren auch den aus Schlesien stammenden Schriftsteller Gustav FREYTAG (1816-1895) und seine früher in großen Auflagen erschienenen acht Bände der *Bilder aus der deutschen Vergangenheit* (1859-1867), die nach einem Urteil Hugo VON HOFMANNSTHALS das schönste deutsche Geschichtsbuch darstellen.[2] Im Jahre 1983 wurde dieses Werk neu herausgebracht.[1] Das an sich begrüßenswerte Unterfangen dieser reich bebilderten »Neuausgabe« wurde dadurch allerdings sehr geschmälert, daß wesentliche Teile des ursprünglichen Textes weggelassen wurden. So fehlt bezeichnenderweise der ganze erste Band mit den fünf Kapiteln aus der germanischen Zeit. Auch der erste Beitrag »Karl der Große« des zweiten Bandes ist noch der offenbar germanenfeindlichen Gesinnung des Herausgebers zum Opfer gefallen. Dasselbe Schicksal erlitten einige weitere Kapitel aus den anschließenden Bänden wie unter anderen »Zwei Königswahlen« über Höhepunkte des 12. Jahrhunderts, »Doktor Luther«, »Aus dem Staat Friedrichs des Großen« oder »Die Erhebung« über die Freiheitskriege gegen Napoleon, Daß das Kapitel »Jesuiten und Juden« nicht in die heutige politische Korrektheit paßt und deswegen aus »volkspädagogischen Gründen«, wie sie Golo MANN empfahl, unterschlagen woirde, nimmt nicht wunder.



Gustav FREYTAG im Jahre 1886, Gemälde von Karl STAUFFER. Alle Abbildungen dieses Beitrages aus: *Gustav Freytag. Leben und Werk,* Wangen 1970.

[1] Siehe auch Beitrag Nr. 699, »Historiker verschweigen Germanengröße«.

[2] Angeführt von H.R. (Hansjoachim RICHARD) in »Geschichte in der Gegenwart«, in: *Deutsche Wochen-zeitung,* 21. 3.1980.

[3] Gustav FREYTAG, *Bilder aus der deutschen Vergangenheit,* hg. von Heinrich PUITICHA, Albrecht Knaus, Hamburg 1983.



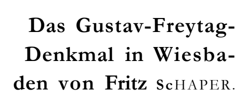
**Die Weißgerberrohle in Breslau.
In diesem Stadtviertel spielen manche Szenen aus Gustav FREYTAGS Soll und Haben.**

Ferner wurde auch in den in die Neuauflage aufgenommenen Beiträgen manches gekürzt, was wohl kaum damit zu begründen ist, daß man sich auf einen kleineren Umfang beschränken wollte. Insgesamt ist das ursprüngliche Werk FREYTAGS in der genannten neuen Ausgabe um etwa ein Drittel seines Umfangs beschnitten worden.

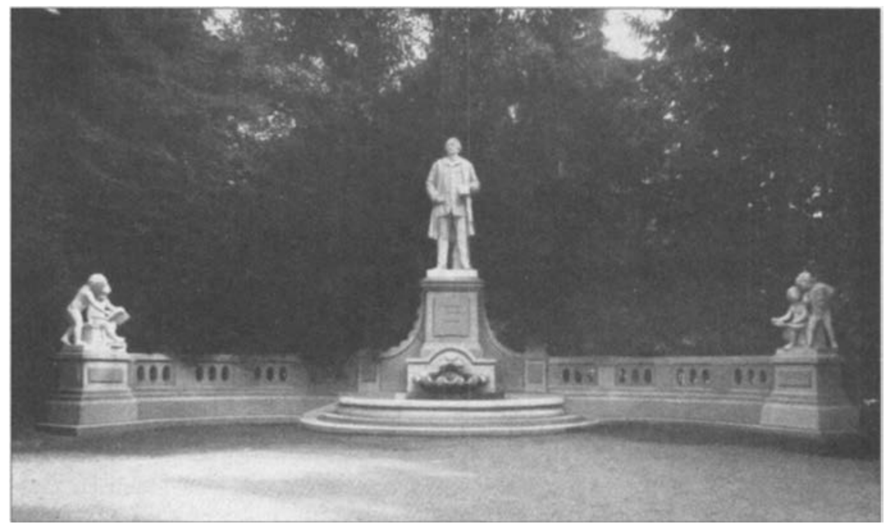
Anscheinend war 1983 eine große Nachfrage nach dem genannten Werk Gustav FREYTAGS vorhanden, Denn schon wenige Jahre später war es bereits vergriffen und im Buchhandel nicht mehr lieferbar. Daß es in den nächsten 20 Jahren nicht wieder aufgelegt wurde und auch im Jahre 2007 noch nicht wieder zu erhalten ist — selbst nicht in der amputierten Form - ist ein ebenso bezeichnendes Merkmal unserer von politischer Korrektheit beherrschten Zeit. Ähnlich wird von den anderen großen historischen Werken FREYTAGS wie *Die Ahnen* (6 Bde., 1872-1881) oder *Soll und Haben* (3 Bde., 1855) keines seit Jahrzehnten im Buchhandel angeboten. Künder des Reiches und seiner großen Geschichte, insbesondere seiner germanischen Ursprünge und Wurzeln, sollen eben in Deutschland vergessen werden und in dem berühmten »Gedankenloch« ORWELLS[4] verschwinden.

Rolf Kosiek

[4] George ORWELL, *1984,* Originalausgabe 1949, dt. Ullstein, Frankfurt/M-Berlin-Wien 1976.



Das Gustav-Freytag-Denkmal in Wiesbaden von Fritz SCHAPER.



8. Mai- und Holocaust-Gedenken

Am 8. Mai, besonders seit Richard VON WEIZSÄCKERS berüchtigter Rede zum 8. Mai 1985[1], werden Feierstunden im Bundestag und anderenorts abgehalten, die ohne ein Beschwören der deutschen Schuld nicht auskommen und oft Gedenkfeiern zum Holocaust gleichen. In den ersten Jahrzehnten nach 1945 wußte die Mehrheit des Volkes noch um die wirkliche Bedeutung des Tages und ließ sich nichts vormachen.

[1] Beitrag Nr. 363, »Keine Befreiung Deutschlands 1945«.

So hieß es 1965 zur zwanzigsten Wiederkehr dieses Tages: »Es besteht kein Anlaß, den 20. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8, Mai mit Feiern oder Kundgebungen irgendwelcher Art zu begehen.« Mit diesen Worten gab Bundespressechef VON HASE am 10. Februar 1965 die Entscheidung des Bundeskabinetts unter Bundeskanzler Ludwig ERHARD bekannt, das sich dafür ausgesprochen hatte, »die Bedeutung dieses Tages rein sachlich zu würdigen«. Die Bundesregierung begrüße die Absicht der evangelischen und katholischen Kirche, aus diesem Anlaß Gedenkgottesdienste abzuhalten. Das politische Bonn werde mit Zurückhaltung dieses »dunkelsten Tages der deutschen Geschichte« gedenken, und führende Politiker würden Kränze am Ehrenmal für die Gefallenen des Krieges im Bonner Hofgarten niederlegen.[2]

[2] »»Bundeskabinett: Keine Feiern zum 8. Mai«, in: *Schwäbisches Tagblatt*, 11. 2. 1965.

Das war würdig. Niemand kam auf den Gedanken, von einer »Befreiung«, wie zwanzig Jahre später Bundespräsident VON WEIZSÄCKER in Verdrehung der Geschichte, zu sprechen.

Vor allem durch den Spielfilm *Holocaust* wurde Anfang der achtziger Jahre das geschichtliche Bewußtsein der Deutschen manipuliert und einseitig verändert. Die Saat der 68er mit ihrem Haß auf die Elterngeneration ging auf. Dazu erklärte 1982 Walter LÜDDF.-NEURATH, der ehemalige langjährige Adjutant von Großadmiral DÖNITZ und Zeuge im Nürnberger Prozeß: »Der Spielfilm »Holocaust« mag endgültig in den Archiven verschwinden - das Thema nicht. Da folgt einem verlogenen Film eine verlogene Diskussion und dieser ein verlogener Kommentar, Film, Diskussion und Kommentar unterstellen meiner Generation ein Wissen, das sie zur Zeit des Geschehens weder hatte noch haben konnte - und dann diskutieren die Verleumder scheinbar tiefsinnig über die angebliche Verdrängung des nachträglich erfundenen »Erkenntnisstandes«. Ich habe im Dritten Reich nicht geschwiegen und nicht vor alliierten und deutschen Gerichten nach dem Kriege — ich schweige auch heute nicht. Wenn Willy BRANDT die Gedenkfeier in Dachau in schamloser Weise zur Geschichtsfälschung mißbraucht, wenn Pastor ALBERTZ vor Millionen Bildschirmen gegen das neunte Gebot verstößt, indem er falsch Zeugnis redet gegen Millionen seiner Mitbürger, und wenn eine deutsche Fernsehanstalt eine



Am 10. Mai 2005 wurde das Holocaust-Denkmal zu Berlin eröffnet. Aus: Christian ZENTNER (Hg,), *Chronik Deutschlands,* Otus, St. Gallen 2007.

Diskussionsrunde von Klägern unter Ausschluß der Beschuldigten präsentiert, dann wird das Gegenteil guter Absicht erreicht: Erst wenn in den Köpfen unserer Politiker, in unseren Medien, in den Geschichts- und Schulbüchern eine saubere Trennung zwischen bitterer Wahrheit und schamloser Verleumdung erfolgt, wird der Weg frei für eine dauerhafte Verständigung mit unseren jüdischen Mitbürgern und mit den Juden in aller Welt.«[3]

Einen Hinweis darauf, wie die Geschichte manipuliert wird, gab der US-Historiker Charles Austin BEARD, als er 1947 in der *Saturday Evening Post** mitteilte, daß die Rockefeller-Stiftung dem einflußreichen »Council on Foreign Relations< 139000 US-Dollar zur Beeinflussung von Historikern gestiftet habe.[5] BEARD erklärte dazu: »Die Stiftung und der Council wünschen nicht, daß unsere grundsätzlichen Ziele und I landlungen während des Zweiten Weltkrieges zu frei kritisiert werden. Kurz gesagt, hoffen sie, daß die politischen Bestrebungen F. D. ROOSEVELTS in der Zukunft von kritischer Wertung und Darstellung verschont bleiben mögen, im Gegensatz zu dem Schicksal, das die Politik Woodrow WILSONS und der Entente nach dem Ersten Weltkrieg erleiden mußte.«

Über die wirklichen Kriegsziele der Alliierten ist anderenorts berichtet worden,[6]

Rolf Kosiek

1 Walter LÜDDE-NEURATH, »Verlogene >Diskussion<« in: *National-Zeitung,* 24.12. 1982.

4 Charles Ausdn BEARD, in: *Saturday EveningPost,* 4. 10. 1947.

5 »Wie geschmiert«, in; *Deutsche Wochenzetung,* 3. 1. 1986,

6 Beitrag Nr, 537, »Britische Kriegsziele«,

Geschichtsfehler im Breker-Katalog

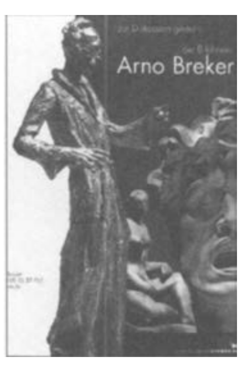
In dem von Rudolf CONRADES herausgegebenen Katalog zur BREKER-Ausstellung vom Sommer und Herbst 2006 in Schwerin[1] hat der als Historiker vorgestellte Dr. Heinrich SCHWENDEMANN vom Historischen Institut der Universität Freiburg den historischen Beitrag »Bauen für Jahrtausende« geschrieben.[2] Dieser Artikel ist sehr einseitig und enthält viele Sachfehler in den Aussagen zur Zeitgeschichte. Daneben überrascht er durch unsachliche Wortwahl wie »krude NS-Ideologie« (S. 30), »in der Stadt herumstreunende Hitler« (S. 32), »Inszenierung von Herrschaft und Größenwahn« (S. 31), »der, . , über Bauprojekte schwadronierte« (S. 34), »als. . . die NSDAP die Reichshauptstadt okkupierte« (S. 35), »archaischer Opferkult der NS-Bewegung« {S. 37).

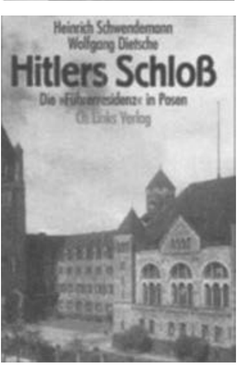
Unter anderen sind folgende historischen Aussagen schlicht falsch:

1. », .. dessen politisches Handeln einzig und allein darauf angelegt war, einen Froberungskrieg vorzubereiten« (S. 30). Das ist falsch. Richtig ist, daß HITLER die Knebelungen des Versailler Diktats aufheben wollte und später ein von seinen Gegnern Getriebener war. Der Zweite Weltkrieg war »der Krieg, der viele Väter hatte«.-[1]

2. »Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion. . .« (S. 30). Das ist bis auf das fehlende Adjektiv »friedliebende« vor »Sowjetunion« die längst widerlegte kommunistische Propaganda. Im letzten Jahrzehnt werden überzeugend die Angriffsabsichten STALINS auf Deutschland und Mitteleuropa bewiesen, denen HITLER im Juni 1941 nur knapp zuvorkam.[4]

3. »Am 5. November 1937 erklärte HITLER. ..« (S. 43). Damit wird auf das sog. HOSSBACH-Protokoll bezogen, das schon in Nürnberg 1946 als Fälschung erkannt wurde.[5] Alle Beteiligten widersprachen seinem Inhalt. Deswegen sind die Folgerungen für HITLERS angeblichen Kriegswillen daraus falsch. Richtig ist, daß Hm ER den Frieden wollte, was auch





Oben: **Katalog der BREKER-Ausstellung.** *Unten:* **Heinrich SCHWENDEMANNS letzte Veröffentlichung:** ***Hitlers Schloß,*** **erschienen 2006 im linken Berliner Verlag Ch, Links. Freiburger Studenten um SCHWENDEMANN haben übrigens den Arbeitskreis Shoa.de als Internetportal gegründet.**

[1] Rudolf CONRADES (Hg.), *Zur Diskussion gestellt: der Bildhauer Arno Breker,* cw-Verlagsgruppe Schwerin, Schwerin ³2006.

[2] Ebenda, S. 30-63.

[3] Siehe Gerd SchulZE-RHONHOF, *Der Krieg der viele Väter hatte*..Olzog, München 2003; Walter POST, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges,* Graben, Tübingen 2003.

[4] Viktor SLIWOROW, »Wer plante wen im Juni 1941 anzugreifen, Hidcr oder Stalin?« in: Rolf KOSIEK, *Historikerstreit und Geschichtsrevision,* Graben, Tübingen 1987, S. 200-220.

[5] Siehe Beitrag Nr. 141, »Die Aufzeichnung des Obersten Hoßbach«.

in seinen zahlreichen anschließenden Friedensangeboten und -initiativen zum Ausdruck kommt.[6]

4. »Dennoch lieferte SPEER sein Meisterstück und demonstrierte dabei erstmals sein großes Organisationstalent.« (S. 43) Das ist falsch. Der Verfasser ist hier auf SPEERS eigene Darstellungen hereingefallen, die erst kürzlich wieder einmal widerlegt wurden." SPEER lebte vom organisatorischen Erbe seines Vorgängers Dr. Fritz TOOT.

5. »Als der vor Angst zitternde, greise tschechische Staatspräsident HACHA. . . in die... Reichskanzlei beordert wurde« (S. 44). Das ist mehrfach falsch. Hacha kam freiwillig, hatte nach dem Beginn des Zerfalls der Tschechoslowakei um einen möglichst umgehenden Gesprächstermin bei HITLER nachgesucht. Er hatte auch keinen „Nervenzusammenbruch«, sondern der herzkranke Mann, der wegen seiner Krankheit kein Flugzeug, sondern den Zug gewählt hatte, erlitt einen vorübergehenden Schwächeanfall, der mit HÄCHAS Zustimmung ärztlich behandelt wurde, wonach dieser sich wieder wohl fühlte und die Verhandlungen fortsetzte. Der britische Botschafter in Berlin, HENDERSON, hatte dem tschechischen Gesandten in Berlin, MASTNY, vorher den Besuch HACHAS vorgeschlagen, der britische Botschafter in Prag, NEWTON, hatte das unterstützt. HACHA wurde also nicht »beordert«, sondern kam von sich aus und auf ausdrücklichen britischen Rat. Bei seiner Ankunft in Berlin war eine deutsche Ehrenkompanie am Bahnhof angetreten/ Mit seinen 66 Jahren war HACHA damals auch noch kein »Greis«. Er war ferner noch tschechoslowakischer, nicht »tschechischer Staatspräsident«.

6. »In Paris nahm er nicht nur die Siegesparade der Wehrmacht auf den Champs-Elysee ab. . .« (S. 47) Das ist doppelt falsch. Erstens nahm HITLER 1940 keine Parade in Paris ab. Er wollte die Franzosen nicht demütigen, genau so, wie er am 21. Juni 1940 bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Compiegne nicht nur eine Demütigung der französischen Militärs vermied, sondern sogar eine Ehrenkompanie antreten ließ. Später ließ er als eine Verbeugung vor der großen Geschichte Frankreichs die Gebeine des Sohns NAPOLEONS, des Herzogs von Eichstätt, nach Paris überführen. HITLER war kurz nach den Waffenstillstandsverhandlungen mit einigen Männern wie BREKER, GLESLER und SPEER wenige Stunden am frühen Morgen in Paris und besuchte dort ohne öffentliches Aufsehen ausgewählte Bauten. SCHWENDEMANN hat offensichtlich dazu

[6] Hans MEISER, ***GescheiterteFriedensinitiativen 1939-1945,*** Grabert, Tübingen 2004.
Siehe Jonas SCHERNER u. Jochen STRUB, »Das Ende eines Mythos? Albert Speer und das sogenannte Rüstungswunder«, in: *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte,* Nr. 2, 2006, S. 172-196.
[8] Siehe Beitrag Nr. 137, »Hacha und Hitler in Berlin 1939«.



Paris am frühen Morgen des 23. Juni 1940. HITLER besichtigt die wichtigsten Pariser Bauten in Begleitung von SPEER, GIESLER und BREKER {links von HITLER).

weder die Autobiographie *Im Strahlungsfeld der Ereignisse 1925—1965 von* Arno BREKER,[9] über den er als Historiker schreibt, gelesen, worin der Bildhauer den Ausflug HITLERS nach Paris beschreibt,[10] der dort jedes Aufsehen und jeden >Triumph< vermeiden wollte, noch den ausführlichen Bericht darüber und über das Bauen im Dritten Reich in Hermann GiESLERs *Ein anderer Hitler."* Zweitens gab es gar keine deutsche »Siegesparade« nach dem Westfeldzug in Paris - »um die Gefühle der Franzosen zu schonen«, wie Joachim FEST *(Hitler)* schreibt.[12]

7. »Noch in Paris kündigte er in der Nacht vom 24. auf den 25. Juni 1940, . .« (S. 47) Das ist falsch. Richtig ist, daß HITLER nach seiner frühmorgendlichen rund dreistündigen Rundfahrt durch Paris und anschließendem Rückflug mittags schon wieder in seinem Hauptquartier in Bruly le Peche war, dort auch in der Nacht vom 24. zum 25. Juni 1940 war, und nicht in Paris.

8. »Faksimile-Abdruck von HITLERS am 25. 6. 1940 in Paris unterzeichnetem Befehl. . .« *(SAT)* Das ist falsch. HITLER hat am 25. 6, 1940 gar nichts in Paris unterschrieben, sondern solches nur in seinem 1 lauptquartier, insonderheit den erwähnten Befehl, SPEER schreibt {*Erinnerungen),* daß dieser Befehl auf den 25. Juni zurückdatiert worden sei.[11]

' Arno BREKER, *Im Strahlungsfeld der Ereignisse 1925-1965,* K. W. Schütz, Preußisch Oldendorf 1972.

"'Ebenda S. 151-165.

[11] Hermann GLESLER, *Ein anderer Hitler,* Druffel, Leoni 1977, S. 386-396.

[12] Joachim C. FEST, *Hitler,* Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1987, S. 868.

[13] Albert SPEER, *Erinnerungen,* Propyläen—Ullstein, Berlin 1969, s, 188.



Arno BREKERS Autobiographie, *Im Strahlungsfeld der Ereignisse 1925-1965,* **Preußisch Oldendorf 1972.**

9. »Im Juli 1940 stand sein Entschluß fest. .. Angriff auf die Sowjetunion«. (S. 48) Das ist falsch. Erst bei dem Besuch MOLOTOWS in Berlin - auf Hrn.]:.RS Einladung - am 12./13. November 1940 wurden STALINS unerfüllbare Forderungen bekannt, und HITLER erkannte, daß eine Auseinandersetzung mit Moskau unvermeidlich war und das Reich sich darauf vorbereiten mußte. Die entsprechende Anweisung Nr. 21 für »Barbarossa« erging erst am 18. Dezember 1940.[14]

10. HITLERS »WelteroberungsStrategie«. (S. 48) Hier werden die unberechtigten Vorwürfe der Gegner HITLERS übernommen, die selbst - wie Großbritannien oder che USA - große Teile der Welt wirklich erobert hatten und solchen Imperialismus zu planen dann HITLER unberechtigt unterstellten; so jagte ROOSEVELT seinen Landsleuten 1941 mit einer damals technisch unmöglichen deutschen Landung in den USA Angst ein. Statt die Welt erobern zu wollen, hatte HITLER um des Friedens willen verbindlich auf Elsaß und Lothringen, Eupen und Malmedy, Nordschleswig und Südtirol, alles alte deutsche Gebiete, verzichtet und sogar Polen die Anerkennung der damaligen polnischen Westgrenze angeboten, welches Opfer kein Weimarer Kanzler dem deutschen Volk zuzumuten gewagt hatte.

Man möchte gern wissen, bei wem und wo dieser Historiker (Jahrgang 1956) Geschichte studiert hat. Man könnte glauben, bei diesem Beitrag eine kommunistische Abhandlung aus der früheren DDR vor sich zu haben.

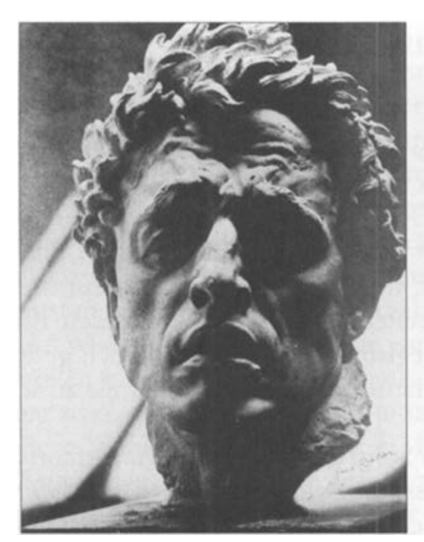
Auf einen Brief des Verfassers mit der Angabe dieser Fehler und der Bitte um Stellungnahme an den Historiker wie an den Herausgeber des Katalogs kam keine Antwort.

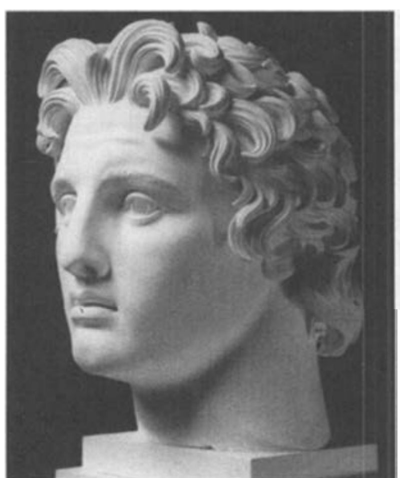
Diese Ausstellung war nach Jahrzehnten des Verschweigens des großen Bildhauers die erste in der Öffentlichkeit. Als im Juli 1981 in Berlin eine Ausstellung mit mehreren hundert Werken des Künstlers stattfinden sollte, wurde sie durch eine große Protestaktion der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK) beim Berliner Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Richard VON WEIZSÄCKER verhindert. Rund 8000 Bürger hatten eine Erklärung unterschrieben, in der es hieß, »die Zurschaustellung von über 500 Exponaten des Nazi-Künstlers Arno Breker« sei eine »einzigartige Provokation der demokratischen Öffentlichkeit«.[15]

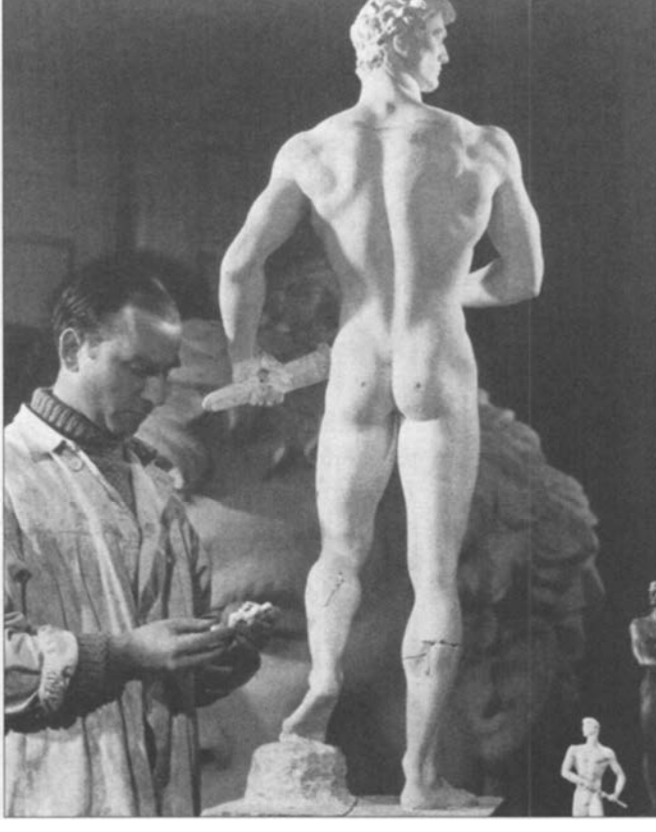
RolfKosiek

[14] Walther HUBATSCH, *Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945,* Bernard & Graefe, Koblenz ²1983, S. 84-92.

[15] dpa, »Protestaktion gegen Breker-Ausstellung in Berlin«, in: *Süddeutsche Zeitung* 20. 7. 1981.







Im Gegensatz zum Schweriner Ausstellungskatalog berücksichtigt der im Grabert-Verlag erschienene umfassende Bildband *Arno Breker. Ein Leben für das Schöne* sämtliche Schaffensphasen des großen Bildhauers. *Links oben:* Studienkopf >Die Treue< (1943), unten; >Der junge Alexander (1981); *oben:* Arno BREKER mit zwei Versionen seiner >Bereitschaft< (1939).



Dominique Egret
Arno Breker
Ein Leben für das Schöne
Tübingen 1996
(Man ist für die gezeigten Abbildungen
leider auf diese Veröffentlichung im
rechtsradikalen Grabert-Verlag angewiesen.)

Dieses auf der Breker-Ausstellung fotographierte Hinweisschild ist für den Geist der Aussteller kennzeichnend.

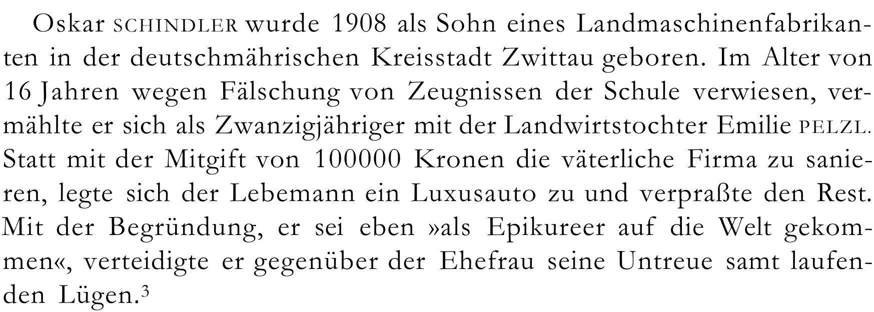
Schindler - ein Schwindler?

Unter den gut 90 Millionen Deutschen auf der Welt gibt es nur 512 »Gerechte unter den Völkern«.[1]

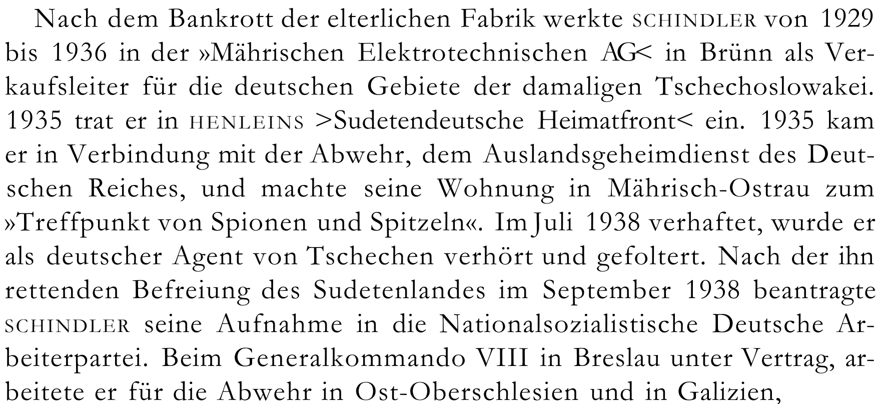
Dazu gehört Oskar SCHINDLER. Doch der Holocaust-Historiker David M. CROWE von der Elon-Universität in Nord-Carolina wies nach, daß der Leinwand-Held und Listen-Führer, dem Hollywoods Regisseur Steven SPIELBERG mit seinem weltweit verbreiteten Streifen zu posthumem Ruhm verhalf, das ihm zugeschriebene Register weder angelegt noch geführt, sondern sich dasselbe angedichtet hatte, um seine Retter-Rolle zu schönen.[2]



Oskar SCHINDLER.



Oskar SCHINDLER wurde 1908 als Sohn eines Landmaschinenfabrikanten in der deutschmährischen Kreisstadt Zwittau geboren. Im Alter von 16 Jahren wegen Fälschung von Zeugnissen der Schule verwiesen, vermählte er sich als Zwanzigjähriger mit der Landwirtstochter Emilie PELZL. Statt mit der Mitgift von 100000 Kronen die väterliche Firma zu sanieren, legte sich der Lebemann ein Luxusauto zu und verpraßte den Rest. Mit der Begründung, er sei eben »als Epikureer auf die Welt gekommen«, verteidigte er gegenüber der Ehefrau seine Untreue samt laufenden Lügen.[3]



Nach dem Bankrott der elterlichen Fabrik werkte SCHINDLER von 1929 bis 1936 in der »Mährischen Elektrotechnischen AG< in Brünn als Verkaufsleiter für die deutschen Gebiete der damaligen Tschechoslowakei. 1935 trat er in HENLEINS >Sudetendeutsche Heimatfront< ein. 1935 kam er in Verbindung mit der Abwehr, dem Auslandsgeheimdienst des Deutschen Reiches, und machte seine Wohnung in Mährisch-Ostrau zum »Treffpunkt von Spionen und Spitzeln«. Im Juli 1938 verhaftet, wurde er als deutscher Agent von Tschechen verhört und gefoltert. Nach der ihn rettenden Befreiung des Sudetenlandes im September 1938 beantragte SCHINDLER seine Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Beim Generalkommando VIII in Breslau unter Vertrag, arbeitete er für die Abwehr in Ost-Oberschlesien und in Galizien,

im Oktober 1939 kam er nach Krakau und zog dort in eine komfortable jüdische Wohnung. In FRANKS Generalgouvernement wie Gott in

[1] Davon wiederum 427 Bundesdeutsche und 85 Österreicher.

[2] David M. CROWE, *Oskar Schindler: The Untold Account of His Life, Wartime Activities and the True Story Behind the List,* Boulder, Colorado 2004, deutsch: *Oskar Schindler. Die Biographie,* Frankfurt/M. 2005.

[3] Witwe Emilie SCHINDLER, zit. bei Dieter TRAUTWEIN, »Die immer neue Frage: Wer war Oskar Schindler?« in: *Die Welt,* 26. 11. 2004.

Frankreich lebend,[4] arisierte der »Geschäftsmann und Stratege, Gutmensch und Hedonist, Alkoholiker und Ehebrecher« *(Der Spiegel)* das im Stadtteil Zablocie gelegene Emailliierwerk >Rekord<,[5] taufte es in >Deutsche Emailwarenfabrik< (DEF) um und beschäftigte vorzugsweise Juden, die billiger kamen als arische Arbeiter. Auf Grund von gewinnträchtigen Aufträgen, die er als angenehmer Gesellschafter mit besten Beziehungen laufend an Land zog, konnte er nach und nach die Betriebsfläche von 8000 auf 42000 Quadratmeter erweitern und die Zahl der Beschäftigten von anfangs hundert mehr als verzehnfachen.



David M. CROWE, *Oskar Schindler. Die Biographie,* **Frankfurt/M. 2005.**

Weil Werktätige bekanntlich die von ihnen erwartete Leistung nur dann im vollen Umfang erbringen, wenn sie korrekt behandelt werden und genug zu essen haben, sorgte SCHINDLER als sozialer Arbeitgeber für das leibliche Wohl seiner Gefolgschaft. Er beschaffte knappe Lebensmittel im Tauschweg oder auf dem Schwarzmarkt. Als im März 1943 das Krakauer Ghetto geräumt und die dort wohnenden Juden in Lagern konzentriert werden sollten,[6] legte SCHINDLER auf dem Gelände seines Betriebes mit Erlaubnis der zuständigen Stellen ein exklusives Nebenlager mit besseren Lebensbedingungen an. Mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes auf Sicherung der Arbeitsplätze bedacht, stellte er den Metallwarenbetrieb auf die Produktion von Rüstungsgütern um. Dadurch bewahrte er die überwiegend jüdischen Arbeiter samt Angehörigen vor der Abschiebung nach Auschwitz oder in andere Lager.



Erika ROSENBERG **(Hg.),** *Ich, Emilie Schindler,* **Herbig, München** 2006.

Als in Anbetracht der sich laufend verschlechternden militärischen Lage die Schließung des Betriebes drohte, setzte der listenreiche SCHINDLER bei den Behörden durch, daß er im Oktober 1944 seine als kriegswichtig anerkannte Produktion nach Brünnlitz im heimatlichen Landkreis Zwittau verlagern und seine jüdische Belegschaft mitnehmen durfte. Allen bei ihm beschäftigten Juden war es ein Anliegen, hierfür gehstet zu werden, denn »die Liste ist das verkörperte Gute, ist das Leben«. Dennoch traten bei der Überführung Schwierigkeiten auf, als an die 800 Mann statt am neuen Betriebsstandort im Sudetenland im KL Groß Rosen (in der Mitte zwischen Liegnitz und Waldenburg in Niederschlesien) anka-

[4] Hans FRANK *(Im Angesicht des Galgens)* war 1939—1944 Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete mit Sitz in Krakau, wurde im Nürnberger Prozeß zum Tode verurteilt und am 16. 10. 1946 hingerichtet.

[5] Auf antisemitischer Grundlage beruhende >Rechtsgeschäfte wie dieses werden in Veröffentlichungen meist schindlerschonend umschrieben als Treuhänderschaft, Übernahme, Übertragung, Kauf, Errichtung u. dgL

[6] Amtlich hatte Krakau nahezu 300000 Einwohner, davon 60000 bis 70000 Juden (Max Freiherr DU PREL, *Das Deutsehe Generalgouvernement Polen,* Krakau 1940, S. 37 u. 45).

men. Ein Transport von Frauen landete in Auschwitz. Doch SCHINDLER konnte seine Schützlinge loseisen und die 1200 Überglücklichen in Brünnlitz begrüßen.

Den Tag der bedingungslosen Kapitulation feierten SCHINDLER und Gemahlin mit ihrem jüdischen Buchhalter Itzhak STERN. Für SCHINDLER gab es eigentlich nichts zu feiern, denn sogar ehemalige KL-Häftlinge, auch politische, teilten das Schicksal der Vertreibung, wenn es sich bei ihnen um Deutsche handelte. Daß der eingeschriebene >Nazi< SCHINDLER gut zu Juden war und 1200 von ihnen über die Runden gebracht hatte, zählte nicht für BENESCH und seine Dekrete.

Nachdem er jeden seiner Mitarbeiter mit einer Flasche Wodka und zweieinhalb Meter Stoff verabschiedet hatte, machte sich SCHINDLER im Auto aus dem Staub. Im amerikanisch besetzten Regensburg bemühte er sich vergeblich, eine Filmproduktion aufzuziehen.

Vom >Joint Distribution Committee<, das er während des Krieges unterstützt hatte, mit einem Betrag von 150000 US-Dollar ausgestattet, wanderte er 1949 mit seiner Frau Familie im Gefolge von >Schindler-Juden< nach Argentinien aus. Auf seiner »Quinta Magnolia< in San Vicente versuchte er sich als Nutria-Farmer, zog aber nach seinem Scheitern 1957 wieder nach Deutschland. Seine Frau ließ er in Argentinien,

Im Land des Wirtschaftswunders versuchte SCHINDLER, auf der Grundlage zweifelhafter Forderungen aus dem Lastenausgleich neue Fabriken zu finanzieren, erlitt aber nach dem Fehlschlag einen Herzanfall. >Schindler-Juden<, die von seinem Mißgeschick erfuhren, ließen ihn indessen nicht im Stich und luden ihren einstigen Retter 1962 nach Israel ein, wo er in der>Allee der Gerechtem einen Baum pflanzen durfte. Nachdem er 1963 mit seinem »Kunst- und Betonsteinwerk< in Hochstadt Kreis Hanau bankrott gegangen war, riefen >Schindler-Juden< einen >Oskar-Schindler-Fonds< ins Leben.

[7] >Joint Distribution Committee< (JDC, volle Bezeichnung »American Jewish Joint Distribution Committee<) ist eine seit 1914 vor allem in Europa tätige Hilfsorganisation für jüdische Glaubensgenossen. Im Zweiten Weltkrieg steuerte Joseph J. SCHWARTZ (gest. 1975) als europäischer Direktor vom neutralen Lissabon aus alle verbliebenen Hilfsmöglichkeiten. Zwischen 1914 und 1945 konnte das]DC neben lebensmittellieferungen 169 Millionen Dollar Spendengelder verteilen. Während des Dritten Reiches linderte das JDC die Not der deutschen Juden durch Zuwendungen an jüdische Einrichtungen und unterstützte die Auswanderung aus Deutschland. Rund 250000 Juden konnten mit Hilfe des JDC ins benachbarte Ausland oder nach England und in die USA auswandern. Zwischen 1934 und 1937 zahlte die Organisation 4,6 Millionen Dollar an den »Zentralauschuß der deutschen Juden*. Im Zweiten Weltkrieg schickte das JDC Geld und Nahrungsmitte! nach Polen.

Der Staat Israel ehrte Oskar SCHINDLER 1963 als »Gerechter unter den Völkern«. Es folgte 1966 die Verleihung des bundesdeutschen Verdienstkreuzes, verbunden mit der Bewilligung einer monatlichen Rente von 200 Mark. Als Träger des Martin-Buber-Friedenspreises (1967) und des päpstlichen Silvesterordens (1968) lebte er fortan im Halbjahres rhythmus abwechselnd in Frankfurt am Main und im Heiligen Land.

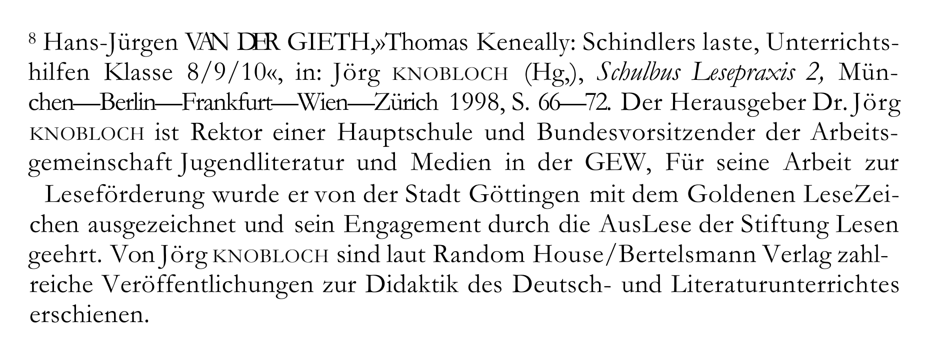


Thomas KENEALLY, ***Schindlers Liste,*** **Goldmann, München 1994.**

Nach seinem Tod 1974 in Hildesheim wurde er, wie es sein letzter Wille war, auf dem katholischen Friedhof auf dem Berge Zion bestattet.

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde der Preisgekrönte aber erst 1994 durch den SPIELBERG-Spielfilm bekannt, der wiederum auf dem 1982 erschienenen Buch des Australiers Thomas KENEALLY (*1935) beruht. Im Vorspann zur amerikanischen Original-Ausgabe heißt es ausdrücklich: »Dieses Buch ist ein Werk der Dichtung (*>work offiction<).* Namen, Personen, Orte und Begebenheiten wurden vom Verfasser nach seiner Vorstellung gestaltet oder sind frei erfunden. Ähnlichkeiten mit tatsächlichen Ereignissen oder lebenden und toten Personen sind rein zufällig.« In der deutschen Ankündigung der Verlagsgruppe Random House/Bertelsmann heißt es bereits, der Australier habe fast zwei Jahre recherchiert, um diese wahre Geschichte festzuhalten: »Er hat die Fakten zusammengetragen, geordnet und nicht kommentiert.« Im renommierten Bertelsmann Jugendbuch versichert der Verlag: »Die Personen und die Handlung sind demnach nicht frei erfunden, sondern entsprechen der Wirklichkeit.«[8]

Bei der filmischen Behandlung durch Steven SPIELBERG 1993 wurde der Wahrheit weitere Gewalt angetan. In einem Interview, das auch vom deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde, machte der mosaische Hollywood-Regisseur aus seinem Herzen keine Mördergrube: »Als ich während der Dreharbeiten die deutschen Schauspieler in ihren deutschen Uniformen sah, hatte ich Mühe, meinen Haß gegen diese Menschen zu unterdrücken«, erklärte SPIELBERG. »Erst als die Dreharbeiten zu Ende waren, als die Deutschen, die die Soldaten dargestellt hatten, in ihren Zivilkleidern bei uns am selben Tisch saßen, wurde mir bewußt, daß sie


8 Hans-Jürgen VAN DER GIETH,»Thomas Keneally: Schindlers laste, Unterrichtshilfen Klasse 8/9/10«, in: Jörg KNOBLOCH (Hg,), *Schulbus Lesepraxis 2,* München—Berlin—Frankfurt—Wien—Zürich 1998, S. 66—72. Der Herausgeber Dr. Jörg KNOBLOCH ist Rektor einer Hauptschule und Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien in der GEW, Für seine Arbeit zur Leseförderung wurde er von der Stadt Göttingen mit dem Goldenen LeseZeichen ausgezeichnet und sein Engagement durch die AusLese der Stiftung Lesen geehrt. Von Jörg KNOBLOCH sind laut Random House/Bertelsmann Verlag zahlreiche Veröffentlichungen zur Didaktik des Deutsch- und Literaturunterrichtes erschienen.





Links: **Oskar** SCHINDLER **1973 in Tel Aviv.** ***Rechts:*** SCHINDLERS **Grab in Jerusalem (Abbildung Riccki** ROOSEN).

Menschen waren wie wir.« Diese menschenverachtende Bemerkung macht deutlich, daß es dem Softer der >Survivors of the Shoah Visual History Foundation< nicht darum ging, die Güte zu würdigen, die Oskar SCHINDLER seinen Juden erwiesen hatte. Die Humanität des Helden dient nur dazu, um vor ihrem Hintergrund die anderen beteiligt gewesenen Deutschen um so teuflischer erscheinen zu lassen. In Wirklichkeit war SCHINDLER nicht nur auf seinen eigenen guten Willen, sondern auch darauf angewiesen gewesen, daß ihn die zuständigen Entscheidungsträger jeweils gewähren ließen.

Dagegen stellten sich ausländische Kreise schützend vor das deutsche Volk: In Malaysia wurde der Film nur zugelassen, nachdem er an 25 seiner widerlichsten Stellen beschnitten worden war. Auch in Kuala Lumpur, Singapur und Manila wurde von »internationaler Seite« gegen das behördliche Verbot des Filmes protestiert *(Die Presse,* 5. 4. 1994). Doch in Deutschland rührten Bundespräsident Richard VON WEIZSÄCKER und Bundeskanzler Helmut KOHL die Werbetrommel für das antideutsche Machwerk. Umerzogene Erzieher trieben die Schüler klassenweise in die Kinos und dadurch die Besucherzahlen in die Höhe, Wer darauf hinwies,

daß der Film auf einem Roman beruhe, wurde mit einem Verfahren wegen Volksverhetzung überzogen.

Um seine Schwarz-Weiß-Malerei authentisch erscheinen zu lassen, hatte SPIELBERG mit Ausnahme einer einzigen Farbsequenz für seinen Film zeitgemäßes Schwarz-Weiß-Material gewählt. Der Streifen löste heftige Diskussionen aus. Holocaust-Überlebende behaupteten, ein solches Thema lasse sich nicht angemessen verfilmen. Jede nichtdokumentarische Darstellung müsse letztlich auch finanziellen Interessen und filmischen Gesetzmäßigkeiten gerecht werden, eine wahrheitsgetreue Schilderung sei somit unmöglich. Erhoben wurde auch der Vorwurf, SPIELBERG habe SCHINDLERS Charakter und dessen Beziehung zu seiner Ehefrau geschönt, um aus ihm eine Identifikationsfigur zu machen. Auch sei aus demselben Grund nicht auf sein Leben nach dem Zweiten Weltkrieg eingegangen worden. Noch schwerer wog jedoch, daß der Regisseur im letzten Drittel in unzulässiger Weise film technische Mittel einsetze, um den Zuschauer zu ergreifen. Hier wurde dieser manipuliert und zu Tränen gerührt. Persönlich angegriffen wurde SPIELBERG, weil er sich in dem Film selbst zeigt, wie er einen Stein auf das SCHINDLER-Grab legt. In dieser höchstpersönlichen Szene versuche er, den Zuschauer für sich persönlich einzunehmen. Dies hätte damit zusammengehangen, daß er damals versuchte, einen Oscar für die beste Regie zu gewinnen. Tatsächlich erhielt der in Krakau gedrehte Streifen sieben Oscars.[9]



Szene aus dem geschönten Film Steven SPIELBERGS mit Liam NEESON in der Hauptrolle.

[9] Vom damaligen MGM-Präsidenten Louis B. MAYER 1927 gestifteter amerikanischer Filmpreis, nach den verliehenen Statuetten gemeinhin >Oscar< genannt. Je einen Oscar erhielt *Schindlers Liste* für den besten Film, die beste Regie, das beste Drehbuch, den besten Schnitt, die beste Kamera und die beste Musik.

Den >Unwahrheitsbeweis< trat der oben genannte Amerikaner David M. CROWF. an:[10] »SCHINDLERS Liste hat nicht existiert«, stellt der Historiker nach sieben Jahren sorgfältigster Recherche fest. Nicht eine, sondern neun Listen habe es gegeben, und keine einzige davon stamme von SCHINDLER, Vier Listen wurden vielmehr von Marcel GOLDBERG geführt, einem korrupten Kapo, der sich für die begehrten Listenplätze fürstlich entlohnen ließ und die aufgeführten Namen laufend veränderte. Oskar SCHINDLER, der nur bedingten Einfluß hatte, zumal er zum Zeitpunkt der Erstellung gerade im Gefängnis saß, habe kräftig an seiner Heidenlegende gestrickt und nach dem Krieg nichts unversucht gelassen, um die Dankbarkeit der gelisteten Juden in klingende Münze umzusetzen.

Muß SPIELBERG seinen Film nun umtiteln: *Schindlers List* statt *Schindlers Liste*? »Er hat SCHINDLER menschlicher und damit auch außergewöhnlicher gemacht«, verteidigte Friedensnobelpreisträger Elie WIESEL die Fälschung und plädierte für die Beibehaltung des bewährten »Nebeneinander von Fakten und Fiktion«.[11]

Fred Duswald

[10] David M. CROWF., *Oskar Schindler,* aaO. (Anm. 2).
[11] »Neue Schindler-Biographie. Zweifel am Helden-Image«, in: *Spiegel Online,* 25. 11. 2004.

Literatur

Thomas KENEALLY, *Schindlers IJste,* Bertelsmann, München 1996.

Erika ROSENBERG (Hg.), *In Schindlers Schatten. Emilie Schindler erzählt ihre Geschichte,* Kiepenheuer & Witsch, Köln ²1997.

Erika ROSENBERG (Hg.), *Ich, Oskar Schindler. Die persönlichen Aufzeichnungen, Briefe und Dokumente,* Herbig, München 2000.

»Oskar Schindlers dunkle Seite«, in: *Kurier,* Wien, 24, 11, 2004,

Uwe SCHNITT, »Schurke oder Heiliger? Die erste wissenschaflich seriöse Biographie Ciskar Schindlers läßt den Judenretter nur noch schillernder erscheinen«, in: *Berliner Morgenpost,* 27. 11. 2004.

Andrea KÖHLER, »Schindler ohne Liste. Eine Biographie korrigiert die Legende«, in: *Neue Zürcher Zeitung (NZZ) Online,* 14. 12. 2004.

David M. CROWE, *Oskar Schindler. Die Biographie,* Eichborn, Frankfurt/M. Main 2005.

Mietek PF.MPER, *Der rettende Weg. Schindlers Liste. Die wahre Geschichte,* Hoffmann & Campe, Hamburg 2005,

Erika ROSENBERG (Hg.), *Ich, Emilie Schindler,* Herbig, München 2006.

Der > Verfassungsschutz< Demokratisches Frühwarnsystem oder Machtinstrument der Herrschenden?

Schenkt man der Eigenwerbung der >Ämter für Verfassungsschutz* Glauben, wäre es ihre Aufgabe, »verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen zu beobachten sowie die politisch Verantwortlichen, die zuständigen Stellen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes über Entwicklungen und drohende Gefahren zu unterrichten. Der Verfassungsschutz versteht sich deshalb als > Früh warnsystem< der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung«.[1] Wie ist diese Selbstdarstellung zu werten?

Bereits der Name des bundesdeutschen Inlandsgeheimdienstes ist irreführend, da die BRD über keine Verfassung verfügt, die folglich auch nicht geschützt werden kann. 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat das Grundgesetz, nicht etwa eine Verfassung, Ist der sogenannte ***Verfassung***schutz dann aber nicht eher als > ***G rundgesetts***ch utz< zu verstehen? Wenn dies der Fall wäre, ginge es den Verfassungsschützern in erster Linie darum, die im Grundgesetz niedergelegten Pflichten und Rechte der Staatsbürger zu schützen. Damit würde es sich bei den Ämtern gewissermaßen um Kontrolleinrichtungen handeln, die darauf achteten, daß sowohl Rechte als auch Pflichten der deutschen Staatsbürger ***und*** seiner Volksvertreter gewährleistet würden. Diese Aufgabe erfüllt der »Verfassungsschutz* jedoch nicht.[2]

Nach offizieller Darstellung und den verschiedenen Verfassungsschutzgesetzen zufolge fällt in den Zuständigkeitsbereich der Ämter für Verfassungsschutz die »Beobachtung« von Parteien und Organisationen, bei denen »tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht« bestehen, daß sich ihre Bestrebungen »gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes« richten oder »eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der verfassungsmäßigen Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben«. Was unter einem »tatsächlichen Anhaltspunkt für den Verdacht« zu verstehen ist, wird in den offiziellen Quellen nicht näher bestimmt. Rechtfertigungsversuche mittels bestehender Strafgesetze sind ihrerseits wiederum anfechtbar. Schon deshalb bietet diese vage Formulierung einen unüberschaubaren Freiraum für Spekulationen, Subjektivität und Willkür. Entsprechend einseitig ist das Engagement des »Verfassungsschutzes«. Einer »»Beobachtung« unterliegen grundsätzlich fundamentaloppositionelle Parteien ohne Rücksicht auf deren Ausrichtung, Einfluß

[1] Innenministerium Baden-Württemberg (Hg.), \ *erfassungsschutybericht Baden-Württemberg 2004,* S. 252.

[2] Vgl. Claus NORDBRUCH, *Der Verfassungsschutz Organisation, Spitzel, Skandale,* Hohenrain, Tübingen 1999.

oder parlamentarische Vertretung. Allgemein sind ferner nur Skinhead-Bands der »Beobachtung« ausgesetzt, nicht aber Musiker anderer Richtungen mit ebenfalls bisweilen brisanten oder radikalen politischen Texten; die Geheimdienste sogenannter extremistischer oder nicht demokratischer Staaten wie Iran, Pakistan, Libyen, Nordkorea oder China werden »beobachtet«, nicht aber die der USA, Frankreichs oder Israels. Unter eine Beobachtung fallen nicht etwa die etablierten Parteien, falls diesen durch das Bundesverfassungsgericht Verfassungsbrüche nachgewiesen werden, sondern Radikale, die seit 1974 offiziell »Extremisten* genannt werden. Zwar kann es keinem Staatssystem darum gehen, tatsächlichen subversiven und terroristischen Kräften politische Rechte einzuräumen, aber in einer echten Demokratie müssen Links- wie Rechtsradikale wie auch sonstige Radikale (Liberalradikale, Radikaldemokraten usw.) die Möglichkeit haben, ihre Beiträge zur politischen Willensbildung frei zu liefern — freilich solange dies gewaltfrei, also mit geistigen Mitteln, geschieht. In verschiedenen europäischen Ländern, wie zum Beispiel in Frankreich, Serbien, Italien und Dänemark ist dies eine Selbstverständlichkeit. Dort ist sogar in den Parlamenten jeweils eine »Radikale Partei« vertreten. Nach Ansicht des »Verfassungsschutzes« sind jedoch radikale Bestrebungen als »extremistisch« zu bezeichnen, da sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet seien.

Es ist unbestritten, daß es die natürlichste Sache eines Staates ist, sich selbst zu schützen. Die Daseinsberechtigung für eine Institution oder Behörde, die für die innere Sicherheit des Staates und für die Sicherheit seiner Staatsbürger verantwortlich sein muß, ist deshalb selbstverständlich. Auftrag und Arbeitsweise der Verfassungsschutzbeamten und ihrer Spitzel lassen jedoch den Schluß zu, daß ihr Einsatz eben nicht dem Schutz von Rechten und Pflichten der Staatsbürger dient, sondern dem Schutz der Interessen des herrschenden Establishments. Diese Erkenntnis hatte *Die 'Zeit* bereits 1965 gewonnen: »Man wird feststellen müssen, daß sich die Verfassungsschutzämter um den Schutz der wertvollsten und wichtigsten Teile unserer Verfassung in der Regel nicht kümmern. Es ist noch nie bekannt geworden, daß sie wegen der häufigen Störungen elementarer Grundrechte aktiv geworden seien, die Tag für Tag vorkommen.«[3] Die Überale Wochenzeitung zog daraus den Schluß, daß es sich beim sogenannten »Verfassungsschutz« vielmehr »um einen Geheimdienst mit vorwiegend politischen Aufgaben« handele, der »zum Schutze der politischen Interessen der herrschenden Parteien, ja der herrschenden Politiker selbst mißbraucht« würde.

[3] *Die Zeit,* 5. 11. 1965, zitiert nach Julius MADER, *Nicht länger geheim. Die Geheimdienste der Deutschen Bundesrepublik und ihre subversive Tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik*, Berlin 1966, S. 178.

Gewissermaßen als Kronzeuge zur Verteufelung nationalgesinnter Bestrebungen in der BRD wird von den Medien und dem Establishment allzu gern der »Verfassungsschutz« als angeblich glaubwürdige Bezugs-

quelle herangezogen. Was die »obrigkeitsfürchtige Öffentlichkeit« nicht ahnt, ist, daß sich unter der hochtrabenden Bezeichnung »Verfassungsschutz* ein Amt verbirgt, das wie keine andere offizielle Stelle dieser Republik demokratischen Richtlinien zuwiderhandelt und kaum vor einem Mittel, einschließlich Aufstachelung zum Rassenhaß und Begehen terroristischer Anschläge (Celler Loch), zurückschreckt. Der Berliner Verfassungsrechtler Eggert SCHWAB kam schon 1988 zu dem Schluß: »Die gefährlichste aller verfassungsfeindlichen Aktivitäten, die wir in unserer Zeit in unserer Gesellschaft zu beobachten haben, ist diejenige der Behörde Verfassungsschutz.«[4] Angesichts der Praxis von V-Leuten (Agenten) des Verfassungsschutzes ist diesem Urteil unumwunden zuzustimmen:

Zitiert nach: »Was der »Verfassungsschutz* treibt«‹, in: *Älationai-Zeitung,* 20. 7. 2001, S. 12.

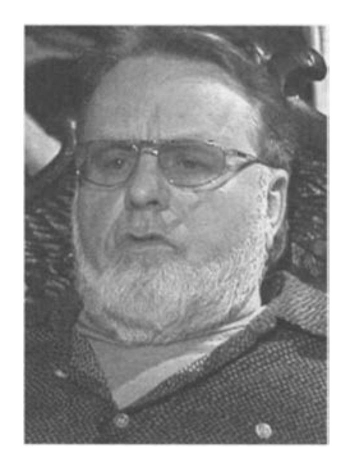
> 1968 tat sich Peter URBACH hervor, den Berliner Aktivisten der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition Brandsätze und Waffen zu beschaffen. Der Verfassungsschutzspitzel unterbreitete diesen Kreisen ferner den Vorschlag, die Freiheitsglocke zu sprengen.

^ Eine regelrechte Terrorwelle traf 1983 den Groß räum München. Ziel diverser Bomben- und Brandanschläge waren verschiedene Lebensmittelgeschäfte, die Stadt- und Kreissparkasse Freising sowie das Münchener Justizgebäude. Täter dieser Verbrechen war der in autonomen und antiimperialistischen Kreisen aktive Manfred SCHEFFER, V-Mann des Verfassungsschutzes, der vom Amt pro Anschlag zwischen 1000 und 2000 Mark kassierte.

> »Und wir kämpfen dort nicht nur gegen Lichterketten, sondern gegen den geballten jüdischen und bolschewistischen Abschaum, der sich in der Öffentlichkeit breitsuhlt. Wir sind also wieder an einem Problem angekommen, welches schon die nationalsozialistische Bewegung in den 20er Jahren hatte: Den Kampf gegen das Weltjudentum.« Diese provokativen Sprüche fielen 1996 von dem Provokateur Axel REICHERT, der mit Hilfe des »Verfassungsschutzes< ein Jahr zuvor den von der internationalen Medienwelt viel beachteten Rudolf Heß-Gedenkmarsch in Luxemburg organisiert hatte.

> 2002 berief sich das Bundesinnenministerium in seinem Bemühen, das Bundesverfassungsgericht zu einem Verbot der NPD wiegen derer angeblichen Verfassungswidrigkeit zu bewegen, auf die Tätigkeiten und Äußerungen hoher Funktionäre dieser Partei. Hierbei zitierten die Antragsteller oftmals Wolfgang FRENZ und Udo HOLTMANN, die jahrzehntelang hohe Positionen in der NPD bekleidet hatten - und ebensolang als Spitzel für den »Verfassungsschutz« tätig gewesen waren. Daraufhin wurde das Verbotsverfahren von Bundesverfassungsgericht abgelehnt.

Dutzende *Agents provocateurs* des »Verfassungsschutzes< gingen in die





Sie gehören zur Skandalgeschichte des >Verfassungs-schutzes<; Wolfgang FRENZ **und Tino** BRANDT.

Skandalgeschichte dieses Geheimdienstes ein, hierunter zählen Hans-Dieter LEPZIEN, Klaus STEINMETZ, Peter TROEBER, Bernd SCHMITT, Michael WOBBE oder Tino BRANDT, auch Peter WF.INMANN, der, dem *Spiegel* zufolge, »ein mittelgroßer Schweinehund mit eigenem, recht eigenwilligem Ehrenkodex«[5] war. Diese Charakterisierung dürfte auf alle Spitzel des »Verfassungsschutzes« zutreffen, die sich als Denunzianten und Provokateure profilieren. Es handelt sich bei diesen Personen ausnahmslos um charakterlose, korrupte Menschen, die es im bürgerlichen Leben meist zu nichts gebracht haben. Sie werden für den »Verfassungsschutz« nicht um der »freiheitlichen demokratischen Grundordnung«« willen tätig, sondern ausschließlich um »»extremistische Bestrebungen« zu provozieren und damit Gründe für repressive Maßnahmen, beispielsweise Verbotsverfahren, zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist es aufschlußreich zu wissen, daß im Gegensatz zur Polizei für den »Verfassungsschutz« keine Pflicht besteht, Straftaten anzuzeigen (Opportunitätsprinzip).

Der »Verfassungsschutz« ermutigt V-Leute, in der nationalgesinnten Szene, beispielsweise in der NPD, Straftaten zu begehen. Der ehemalige Beamte im Staatsschutz, Hans-Günther BRASCHE, erklärte gegenüber der *Zeit,* V-Leute des »Verfassungsschutzes« würden von ihren Führern »hochgestachelt« werden. Der Sprecher des Verfassungsschutzes in Hannover, Rüdiger HESSE, widersprach diesen Vorwürfen und wies sie zurück. Wer hatte recht? BRASCHE, von 1987 bis 1993 Leiter des Fachkommissariats Rechtsextremismus bei der Polizeiinspektion Braunschweig, hatte enge Kontakte zu der sogenannten Neonazi-Szene aufgebaut. Seinen Angaben zufolge sei beispielsweise einer der Informanten von einem V-Mann-Führer aufgefordert worden, »»doch mal etwas gegen die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber in Braunschweig zu unternehmen«. Die

[5] Vgl. »Spion aus Leidenschaft«, in: *Der Spiegel,* 14. 2, 1994, S. 36.

V-Leute hätten nach Forderung ihrer Führer »eine vollkommen neue Ebene der Provokation erzeugen« sollen. Den Darlegungen des Sprechers des sächsischen Landesamtes für »Verfassungsschutz«, Alrik BAUER, zufolge hilft der »Verfassungsschutz« sogar auf Ersuchen sogenannter »Ausstiegswilliger auch beim Wechsel von Umfeld und Arbeitsplatz, bei Kontakten zu Beratungsstellen und sorge für persönlichen Schutz. . , Im Einzelfall steuere der Verfassungsschutz auch, wie die Aussteiger ihren Abschied aus der Szene öffentlich darstellten«.[6]

Uwe WESEL, Rechtsprofessor an der Freien Universität Berlin, erklärte im Zuge des Skandals um das NPD-Verbotsverfahren im Januar 2002 in der *Welt,* daß es nicht das erste Mal sei, daß der Verfassungsschutz Beweise selbst herstelle.[7] In der Tat gehört das Begehen von Straftaten zur Norm der geheimdienstlichen Aktivitäten des »Verfassungsschutzes«. Die im Dienste des »Verfassungsschutzes« stehenden Straftäter werden oftmals von den Ämtern geschützt. Man ist angesichts der massiven Unterwanderung der deutschfreundlichen, sprich nationalen Szene von Spitzeln des »Verfassungsschutzes« gefragt, was eigentlich von den »Neonazis« übrigbliebe, wenn man alle Personen, die dort im Auftrage des Staates agieren, abzöge. Hält man sich das Treiben der Denunzianten *und Agents provocateur* kritisch vor Augen, liegt die Schlußfolgerung nahe, daß die überwiegende Anzahl - vor allem bei »rechtsextremer« Gewalt — ohne das Wirken der vom Staat eingeschleusten Agenten niemals stattgefunden haben würden. Damit fördert das »freiheitliche und demokratische System« der BRD selbst diese (und andere) Subkulturen, baut diese selbst auf und aus, läßt sie ausspähen und später zerschlagen. Damit produziert sie selbst das, was sie mittels des »Verfassungsschutzes« vorgibt zu bekämpfen.

Ein deutliches Licht auf den Grad der Rechtschaffenheit des >Verfassungsschutz es« werfen außer den Aktivitäten der Spitzel auch und gerade die Charaktere und Tätigkeiten vieler höherer Beamten dieses Geheimdienstes. Beispielsweise wurde Hans LANGEMANN, Chef des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV), 1984 zu acht Monaten Gefängnis auf Bewährung wegen Geheimnisverrats verurteilt. Vor einem höheren Strafmaß rettete ihn ein medizinisches Gutachten, das ihm bescheinigte, er leide unter starken Stimmungsschwankungen, Depressionen, Weinkrämpfen und Gedächtnislücken. Bezeichnenderweise konnte eine solch labile Persönlichkeit im »Verfassungsschutz« nicht nur die Karrie-

[6] Tilman STEFFEN, »Verfassungsschutz hofft auf mehr NPD-Austritte«, in: *Netzeitung,* 21.12. 2005.

Kathrin SPOERR, »Ex-Verfassungsrichter sieht Ansehen Karlsruhes »düpiert««, in: *Die Welt, 24. 1.2002.*

releiter hinaufklettern und eine verantwortungsvolle Stellung bekleiden, sondern gar zum Leiter des Amtes aufsteigen.

> Volkmar SEIDEL, Chef des Verfassungsschutzes von Mecklenburg-Vorpommern, wurde im Februar 1995 seines Amtes enthoben, als gegen ihn wegen Dienstvergehen sowohl disziplinarrechtliche als auch strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet werden mußten: Er kaufte fabrikneue Fahrzeuge zum privaten Gebrauch, ohne dabei auf den Preisnachlaß zu verzichten, der Behörden nur beim Ankauf von Dienstfahrzeugen gewährt wird.

> Einer Meldung der *Frankfurter Rundschau* vom 30. Juli 1993 zufolge beteiligten sich rund ein Viertel der Agenten des saarländischen Verfassungsschutzes an Betrügereien. Hierbei berief sich die Zeitung auf eine Erklärung des saarländischen Innenministeriums, wonach gegen 15 der 62 Beschäftigten diesbezüglich Disziplinarermittlungen eingeleitet worden seien. Zu den begangenen Verbrechen zählten unter anderem Betrügereien, Veruntreuung und Fälschung,

> Der August 1985 bescherte dem »Verfassungsschutz« und der BRD einen der größten politischen Rückschläge überhaupt. In jenem Monat floh Hans-Joachim TIEDGE, alkoholkranker und hoch verschuldeter Gruppenleiter in der für Spionageabwehr zuständigen Abteilung IV des Bundesamtes für Verfassungsschutz, in die DDR. Pikanterweise erfuhr die Bundesregierung von dieser Flucht erst durch eine Meldung der DDR-Nachrichtenagentur ADN.[K]

[8] Vgl. Eghard MORBITZ, »Riesenskandal beim Verfassungsschutz«, in: *Frankfurter Kundschau,* 24. 8. 1985.

> 1990 flog ein weiterer Landesverräter aus den obersten Reihen des »Verfassungsschutzes« auf: Regierungsoberamtsrat Klaus KURON vom Bundesamt für Verfassungsschutz war über Jahre hinweg als Stasi-Agent tätig gewesen und als solcher Träger verschiedener Orden und Auszeichnungen der DDR. Seit 1982 stand der bundesdeutsche Verfassungsschützer auf der Gehaltsüste des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und kassierte monatlich 4000 DM.





Sie strapazierten ordentlich den Erwartungswert Rechtschaffenheit: Hans-Joachim TIEDGE, **Otto** JOHN **und Holger** PFAHLS *(von links).*

> Otto JOHN, erster Präsident des »Verfassungsschutzes* war im Zweiten Weltkrieg nach London übergelaufen und hatte dort für die antideutsche Lügenpropaganda unter der Regie Sefton DELMERS Hoch- und Landesverrat begangen. Im Juli 1954, dreieinhalb Jahre nach seinem Amtsantritt beim »Verfassungsschutz*, setzte er sich nach Ostberlin ab. Als John 1955 wieder in der BRD auftauchte, wurde er verhaftet und wegen landesverräterischer Fälschung und Konspiration 1956 vom Bundesgerichtshof zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Dennoch bewilligte ihm Bundespräsident Richard VON WEIZSÄCKER später eine beachtliche Pension.

i» 2005 machte der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Molger PFAHLS, wieder von sich Schlagzeilen, nachdem er seit 1999 per Haftbefehl international gesucht worden war. 2004 wurde er in Paris verhaftet, und 2005 wurde er wegen Vorteilsannahme und Steuerhinterziehung zu mehr als zwei Jahren Haft verurteilt.

Fin von seiten der Vertreter des »Verfassungsschutzes* oft angeführtes Argument zur vermeintlichen Existenzberechtigung des Amtes ist die gerade auf »rechtsradikale« Agitation angewandte Behauptung, Gewalt frühzeitig bekämpfen zu müssen. Ähnlich wie bei Meldungen in der etablierten Presse verschweigen die Berichte des »Verfassungsschutzes*, daß über 80 Prozent dieser »»Straftaten« sogenannte Propagandadelikte sind. Hierunter fallen beispielsweise das Verbreiten der sogenannten Auschwitz-Lüge, »Volksverhetzung«, Hakenkreuzschmierereien oder das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Es handelt sich faktisch also um »»Vergehen«, die auf »linksradikaler« Seite mit verkehrtem Vorzeichen unter die grundgesetzlich geschützte Meinungsfreiheit fallen und dort dementsprechend nicht strafrechtlich bedeutsam sind.

Der ehemalige Bundesinnenminister Otto SCHILY machte in den von ihm zu verantwortenden »»Verfassungsschutzberichten« aus der Aufga-



In der *Süddeutschen Zeitung* erschienene Karikatur,

bengewichtung des >Verfassungsschutzes< keinen Hehl: »Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist ein Schwerpunkt der Innenpolitik.« Über die anderen »Schwerpunkte« schwieg er sich aus. Der nach dem Motto *Keine Toleranter Intoleranz!* erklärte Feind steht für den Verfassungsschutz* eindeutig »rechts«. Mit keinem Wort erwähnte SCHILY in seinem Vorwort »linksextremistische« staatsgefährdende Bestrebungen oder von Ausländern begangene Gewalttaten. Im Jargon sogenannter Antifaschisten stellte er die Räson des Verfassungsschutzes< deutlich: »Das Gift rassistischer, fremdenfeindlicher, antisemitischer und antidemokratischer Einstellungen verbindet sich hier auf verhängnisvolle Weise mit dem Einsatz von Gewalt. Besonders ernst zu nehmen ist die wachsende Gewaltbereitschaft jugendlicher Täter. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Demokratie, Freiheit und den gesellschaftlichen Frieden gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und jeglichen Extremismus zu verteidigen,«[9]





Till MÜLLER-HEIDELBERG und seine Publikation *Cru ndrechte-Report 2007,* Frankfurt/M. 2007.

Jährlich legen der jeweilige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und die meisten seiner Kollegen in den Landesämtern sogenannte Verfassungsschutz berichte vor, mit denen die Öffentlichkeit über die in den vergangenen 12 Monaten gewonnenen »Erkenntnisse« unterrichtet werden soll. Walter ZUBER, Minister des Innern und für Sport in Rheinland-Pfalz, ist gar der Auffassung, daß mit dieser Maßnahme die Verfassungsschutzämter »für die Menschen auch eine adäquate Gegenleistung für die von ihnen entrichteten Steuern«[1]" erbrächten. Tatsächlich beruhen die meisten in den »Berichten« veröffentlichten »Erkenntnisse« der Verfassungsschützer* vor allem auf Unterstellungen, Verleumdungen und Nebensächlichkeiten. Erfaßt werden grundsätzlich »Erkenntnisse«, die kaum ernsthaft als Bedrohung des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates angesehen werden können. Tatsächliche Verstöße gegen das Grundgesetz und echte Gefahren für die innere Sicherheit der BRD werden in der Regel nicht in die »Verfassungsschutzberichte« aufgenommen." Rechtsanwalt Till MÜLLER-HEIDELBERG, Bundesvorsitzender der

[0] Bundesministerium des Innern (Hg), *Verfassungsschutzbericht 2000,* S. 3.

[0] Walter ZUBF.R in seinem Vorwort zu seinem *»Tätigkeitsbericht« Rheinland-Pfa/z 1996,* S. 1. ZUBERS Ansichten muten geradezu phantastisch an: Sein Amt sieht er als »zeitgemäße Dienstleistungsbehörde«, das Produkt derselbigen als »differenzierte und umfassende Hintergrundinformation«, die »sorgfältig ausgewertet« worden sei und einen »komprimierten Uberblick über alle bedeutsamen verfassungsfeindlichen und sicherheitsgefährdenden Bestrebungen vermitteln soll«, ebenda, S. 2.

[11] Für ausführliche Beispiele siehe Claus NORDBRUCH, *Der Verfassungsschutz,* aaO. (Anm, 2), sowie Claus NORDBRUCH, *Der Angriff. Eine Staats- und Gesellschaftskritik an der >Berliner Republik<,* Hohenrain, Tübingen 2003.

Humanistischen Union, erklärte 2001 richtig, »daß es dem Verfassungsschutz tatsächlich um Gesinnung geht«. Nach seiner Auffassung seien alle Zitate, die in den Verfassungsschutzberichten aufgezählt werden, um die Verfassungswidrigkeit einer Organisadon zu belegen, »durch das Grundrecht der Meinungsfreiheit gedeckt«.[12] Folglich sei die Behörde, die sich den erhaben klingenden Namen ›Verfassungsschutz‹ gegeben habe, ein vom Staat inszenierter Apparat zur Überprüfung der politischen (und religiösen) Gesinnung. Dieser Apparat taste massiv das Recht seiner Staatsbürger (und das seiner Gäste) auf Meinungsfreiheit an. Der Politologe und ehemalige Bundesvorsitzende der Humanistischen Union Jürgen SEIFERT erklärte diesbezüglich, daß viele Verfassungsschutzbehörden ihre Arbeit außerhalb ihres gesetzlichen Auftrags hauptsächlich in der »Bekämpfung« derjenigen sehen würden, die sie selbst als »Verfassungsfeinde« definierten. Weniger die »Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes« stehe im Vordergrund, sondern die ideologische Bekämpfung und Zersetzung des erklärten Feindes. Wo der steht, wurde mit dem oben angeführten **SCHILY**-Zitat belegt.

[12] Till MÜLLER-HEIDELBERG, »Der Verfassungsschutzbericht: Ein Instrument zur Bekämpfung mißliebiger Parteien«, in: Till MÜLLER-HEIDELBERG (u.a.) (Hg.), *Grundrechte-Report 2001,* Hamburg 2001, S. 237.

Stehen tatsächliche politische Gewaltakte oder wirkliche terroristische Anschläge bevor, sollten nicht die einseitigen Gesinnungswächter des »Verfassungsschutzes«, sondern die Kriminalpolizei, Staatsanwaltschaften und Justiz zuständig sein. Der eigentliche Zuständigkeitsbereich eines Inlandsgeheimdienstes muß das Terrain des Terrorismus und der Spionage sein, denn in einem freiheitlichen Staatssystem können Selbstverständnis und Aufgabenbereich des Geheimdienstes nicht in der Überwachung gewaltloser, politischer Opposition liegen. Wie kann man einen Inlandsgeheimdienst erstrangig auf friedliche innenpolitische Opposition, die oftmals in den Parlamenten vertreten ist, ansetzen und gleichzeitig propagieren, der freiheitlichste Staat in der Geschichte Deutschlands zu sein? In einer Werbebroschüre des »Verfassungsschutzes« mit dem Titel *Demokratie — aber sicher!* heißt es auf Seite 15: »Wer Baseballschläger oder Fäuste, Steine oder Molotowcocktails einsetzt, um sich Gehör zu verschaffen, unterdrückt die Handlungs- und Meinungsfreiheit des anderen.« Diese Aussage ist korrekt. Nur wer Gesinnungsprüfung oder Berufsverbote, die Einschränkung der Informationsfreiheit durchsetzt oder Zensur einsetzt, um Dritte von ihrem Recht auf freie politische Willensbildung und auf Meinungsäußerungsfreiheit zu berauben, *Agentsprovocateur*s und Denunzianten in potentielle Konkurrenz- und nicht genehme oppositionelle Parteien einschleust und Dritte zu Straftaten anregt, handelt nicht minder verwerflich.

Der deutsch-jüdische Staats- und Verfassungsjurist Hans KELSEN, der 1920 die österreichische Bundesverfassung entworfen hatte und im Frühjahr 1933 von den Nationalsozialisten seiner Professur an der Universität

Köln enthoben worden war, schrieb zwanzig Jahre später — also *nach* den Erfahrungen der Weimarer Republik und des Dritten Reiches und *nach* der Gründung der Ämter für Verfassungsschutz: »Kann Demokratie tolerant bleiben, wenn sie sich gegen antidemokratische Umtriebe verteidigen muß? Sie kann es! In dem Maße, als sie friedliche Äußerungen antidemokratischer Anschauung nicht unterdrückt. . . Es mag mitunter schwierig sein, eine klare Grenzlinie zu ziehen zwischen der Verbreitung gewisser Ideen und der Vorbereitung eines revolutionären Umsturzes. Aber von der Möglichkeit, eine solche Grenzlinie zu finden, hängt die Möglichkeit ab, Demokratie aufrechtzuerhalten. . . es ist das Wesen und die Ehre der Demokratie, diese Gefahr auf sich zu nehmen; und wenn Demokratie diese Gefahr nicht bestehen kann, dann ist sie nicht wert, verteidigt zu werden.«[13]



Josef SCHOSSLBURNER **u. Hans-Helmuth** KNUTTER **(Hg.),** *Was der Verfassungsschutz verschweigt,* **Institut für Staatspolitik, Schneilroda 2007.**

Die Verfassungsschutzbehörden haben sich, wie Jürgen SEIFERT mit Recht feststellt, ohne Rechtsgrundlage zu einer Instanz verwandelt, »die sich für berechtigt hält, Gesinnungen zu überprüfen und Verrufserklärungen abzugeben«.[14] Michael OPPERSKALSKI, Redakteur der Zeitschrift *Geheim*, fügte dem angesichts der Machenschaften der Ämter hinzu, der »Verfassungsschutz« sei »nicht nur ein untaugliches Instrument bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern selbst eine Gefahr für die Demokratie«.[15]

Solange politische Opposition auf gewaltfreiem Wege ihren Beitrag zur politischen Meinungsbildung liefert, bedarf es in einem freiheitlichen Staat weder Berufsverbote, noch Parteien- und Organisationsverbote, noch geheimdienstlicher Überwachung. Die BRD ist jedoch zu einem Gesinnungsstaat verkommen, der sich in einer tendenziösen und zensierten Medienberichterstattung, in einer einseitigen Gesetzgebung und Rechtsprechung widerspiegelt, durch die Aufhebung der Meinungsfreiheit gekennzeichnet ist und vor allem dadurch hervorsticht, daß aus Furcht vor Strafe öffentlich immer weniger konstruktive Kritik geleistet wird. Der »Verfassungsschutz« hat an dieser Entwicklung entscheidenden Einfluß gehabt. Er dient dem Schutze der Interessen von staatlichen Cliquen und Interessengruppen. Als ein modern inszenierter Schutzapparat für etablierte Machtkartelle ist der »Verfassungsschutz« nichts anderes als ein politisches Machtinstrument der Herrschenden. Claus **Nordbruch**

[13] Zitiert in Claus LEGGEWIE u. Horst MEIER, »Auf der Suche nach dem verlorenen Feind«, in: *Frankfurter Rundschau,* 6. 9. 1991.

[14] Jürgen SEIFERT, »Der Verfassungsschutz auf Abwegen«, in: Till MÜLLER-HEIDELBERG u.a. (Hg.), aaO. (Anm, 12), S, 222,

[15] Zitiert nach Velten SCHÄFER, »»Vorsicht war nicht immer Praxis««, in: ***Neues Deutschland***, 27, 4. 2002, S. 5.

Gesinnungsstrafrecht statt Meinungsfreiheit

Aus bitteren Erfahrungen haben die Väter des Grundgesetzes nicht von ungefähr die Grundrechte an den Beginn des Grundgesetzes gestellt und ihre Auflösung durch betreffende Schutzbestimmungen zu verhindern versucht. So legten sie in Artikel 19, Absatz 2 des Grundgesetzes fest: »In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.« Außerdem gdt nach demselben Artikel, Absatz 1 für gesetzliche Einschränkungen eines Grundrecht: Es »muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten«.

Auch in bezug auf diesen Katalog der Grundrechte wurde die Bundesrepublik Deutschland oft der »freiheitlichste Staat der deutschen Geschichte« genannt, und man war stolz auf seine »freiheitlich-demokratische Grundordnung«.

Doch dieser Zustand, der früher annähernd bestand, ist in den letzten Jahrzehnten besonders auf dem Gebiet der Meinungsfreiheit immer stärker durch einschränkende gesetzliche Bestimmungen und durch Sondergesetze, die nur für ganz bestimmte und dazu noch historische Fälle gelten und nach Artikel 19 Absatz 1 untersagt sind, aufgeweicht worden. Durch die sogenannten >Propagandadelikte<, die es bezeichnenderweise nur gegen >Rechts< gibt, ist allmählich ein Gesinnungsstrafrecht eingeführt worden, das durch den sogenannten >Kampf gegen Rechts* seit dem Jahr 2000 stark ausgeweitet wurde. Einen guten Uberblick über diese Entwicklung gibt ein Aufsatz der Hamburger Rechtsanwältin Gisa PÄHL, dem die folgenden Angaben im wesentlichen entstammen.[1]

Bis Anfang 1960 wurde die Meinungsfreiheit in Westdeutschland lediglich eingeschränkt durch folgende Paragraphen im Strafgesetzbuch (StGB), im Versammlungsgesetz (VersG) und durch das Gesetz über jugendgefährdende Schriften (GjS):

1. § 93 StGB (Verbreitung verfassungswidriger Propaganda),
2. §§ 4 und 28 VersG (Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen),
3. §§ 96ff. StGB (Verunglimpfung des Staates)
4. § 185 StGB (Beleidigung),
5. GjS (Pornographie, rohe Gewalt, Kriegsverherrlichung).

[1] Ciisa PÄHL, »Gegen die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung gerichtete Bestrebungen«, in: Josef SCHÜSSLBURNER u. Hans-Helmuth KNÜTTER (Hg.), *Was der Verfassungsschutz verschweigt,* Institut für Staatspolitik, Schnellroda 2007, S. 97-126.

Versuche der Parteien, schon in den fünfziger Jahren den § 130 StGB (Klassenhetze) durch den Tatbestand der > Volks **Verhetzung«** gegen »Demokradefeinde« zu verschärfen, fanden keine Parlamentsmehrheit und blieben zunächst erfolglos.

Die — wie sich später herausstellte — nicht von >Alt- oder Neonazis«, sondern von Ostagenten bewirkten antisemitischen Hakenkreuz-Schmierereien an der Kölner Synagoge zu Weihnachten 1959[2] verursachten eine Anti-Rechts-Kampagne, aufgrund deren dann einschneidende gesetzliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik vorgenommen wurden. Neu und verschärft formuliert wurden:

6. § 96a StGB (Verwendung verfassungswidriger Kenzeichen),
7. § 130 (Volksverhetzung).



Arn 24. Dezember 1959 wurde die Kölner Synagoge mit antisemitischen Zeichen und Parolen beschmiert - ein Werk östlicher Geheimdienste.

Als in den Jahren nach 1969 unter der ersten sozialliberalen Koalition das Strafrecht stark liberal) siert, eine Reihe bisheriger Straftatbestände abgeschafft wurde und einzelne Paragraphen wie der hier bedeutsame § 96 neue Nummern erhielten, hatte das auch zunächst noch keinen weiteren Einfluß auf die genannten Bestimmungen zur Beschränkung der Meinungsfreiheit. Bis 1969 gab es keine Strafurteile wegen ausländerfeindlicher Äußerungen oder Leugnen des Holocaust, der auch als Begriff erst Jahre später auftauchte. Das wurde nach 1970 bei gleichbleibender Gesetzeslage anders. »Politisch unkorrekte« Personen wurden nun nach den genannten Paragraphen strafrechtlich belangt.

Am 13. Juni 1985 wurde in aller Eile zum 40. Jahrestag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht, an dem Bundespräsident Richard VON WEIZSÄCKER als neuen Schritt der Umerziehung von der »Befreiung« der Deutschen 1945 gesprochen hatte, parallel dazu das Strafrecht bezüglich der Meinungsfreiheit weiter verschärft, indem in § 194, Abs. 1 und ähn-

[2] Beitrag Nr. 471, »Hakenkreuze in Köln 1959«,

lich in Abs, 2 StGB jeweils ein zweiter Satz eingefügt wurde. Seitdem werden Beleidigungen gegen Angehörige einer Gruppe, wenn sie »unter der nationalsoziahstischen oder einer anderen Gewalt- oder Willkürherrschaft verfolgt wurde, diese Gruppe Teil der Bevölkerung ist und die Beleidigung mit dieser Verfolgung zusammenhängt«, von Amts wegen und ohne Vorliegen eines Strafantrages verfolgt.

Im Herbst 1992 ließ der Brandanschlag auf ein von Ausländern bewohntes Haus in Mölln am 23. November 1992 eine neue Pressekampagne gegen Rechts entstehen, und die Strafverfolgung wurde erneut schärfer. Von Ende 1992 bis Endel994 wurden 98 Bücher mit >politisch unkorrektem* Inhalt indiziert, damit in zwei Jahren etwa so viele wie insgesamt in den vierzig Jahren vorher.

Im Jahre 1994 wurden im neuen Verbrechensbekämpfungsgesetz weitere Verschärfungen im §130 (Volksverhetzung) vorgenommen: Strafbar wurden das Ein- und Ausführen verbotener Schriften, das Vorrätighalten, das Herstellen solcher Werke und die Werbung dafür. Die Einschränkung, daß ein Angriff auf die Menschenwürde vorliegen müsse, wurde gestrichen. Es genügt seitdem zur Bestrafung, wenn der öffentliche Frieden gestört wird - oder - wie es in der Praxis gehandhabt wird — gestört erscheint. Es reicht für die juristische Praxis der Verurteilung, wenn eine solche Störung denkbar ist, also noch gar nicht erfolgt ist. Ob solches vorliegen könnte oder eintreten würde, ist dem Ermessen des ermittelnden Staatsanwaltes oder des urteilenden Richters überlassen. Auch das Billigen oder Verharmlosen des Holocaust wurde strafbar.



Feuerwehrmänner verlassen das Möllner Haus, auf das ein Brandanschlag verübt wurde.

Die Zahl der Strafverfahren zu Meinungsdelikten nahm schnell zu

Jahr	586,	§86a	§ 130 Meinungsdelikte
1993	1437	2261	3698
1994	1968	3030	4998
1995	4343	2212	6555
1996	5625	1950	7575
1997	7888	2360	10257
1998	6958	2591	9549
1999	6719	1970	8698
2001	6336	2538	8874
2002	7294	2513	9807
2003	7551	2138	9689
2004	8337	2578	10915
2005	10881	2277	13158

Die Zahl der Indizierungen der Prüfstelle für jugendgefährdende Schriften stieg ebenso an:

Jahr	Zahl der Indizierungen
1995	30
1996	21
1997	37
1998	62
1999	35
2000	20
2001	15
2002	24
2003	32
2004	101

Am 25. März 2005 trat eine weitere Verschärfung des §130 in Kraft. Strafbar macht sich von da an, wer »den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, daß er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlich oder rechtfertigt«. Wann der öffentliche Frieden als gestört gelten kann, ist weiterhin Ermessensfrage und erzeugt eine breite Grauzone in der Rechtsprechung.

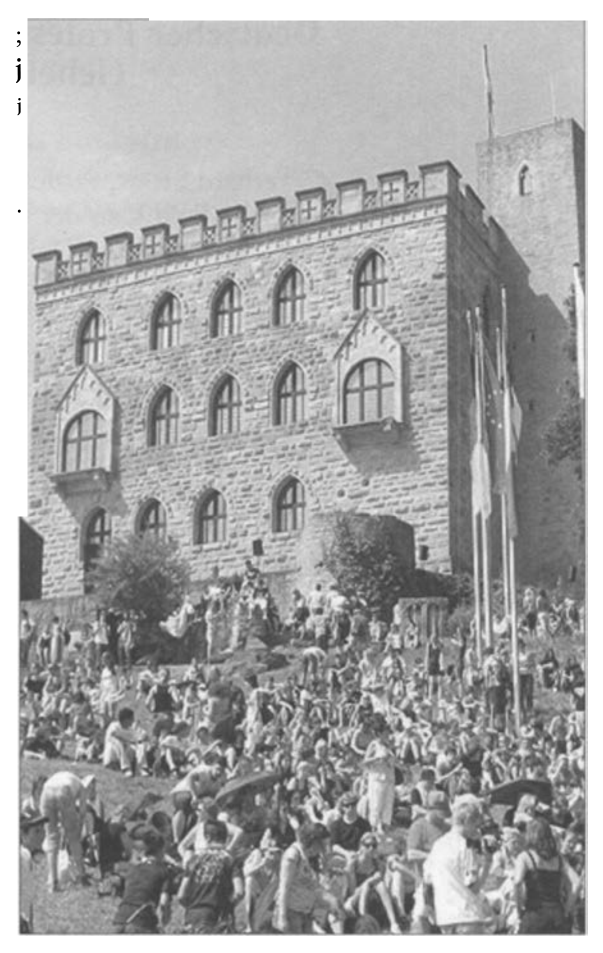
Zusammenfassend stellte Frau PAUL fest: »Die Entwicklung der letzten 50 Jahre hat eine ständige, seit 1992 fast galoppierende und im Jahre 2000 geradezu atemberaubende Einschränkung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit für »politisch unkorrekte* Deutsche mit sich gebracht. Freisprüche in Strafverfahren führten zu zahlreichen Gesetzesverschärfungen, und die Rechtsprechung wurde immer strenger und sprach immer häufiger härtere Strafen und sogar Freiheitsstrafen ohne Bewährung aus.«

In seiner Rede zum 175. Jahrestag des Hambacher Festes stellte Altbundespräsident Richard VON WEIZSÄCKER unter dem Leitwort »Hambachs Erbe: Freiheit, Einheit und Europa«[1] am 26. Mai 2007 auf dem Hambacher Schloß die Pressefreiheit groß heraus und zitierte zustimmend den damaligen Freiheitskämpfer und Drucker SIEBENPFEIFFER: »Die Zensur ist der Tod der Pressefreiheit und somit der Verfassung, welche mit dieser steht und fällt.« Der Politiker meinte dann, die Deutschen müßten für die Pressefreiheit in anderen Ländern sorgen, denn so erklärte er: »Bei uns selbst herrscht Pressefreiheit.«

Das ist aber nach dem oben genannten Zahlen nicht der Fall. Es gibt zwar keine Vorzensur wie zur Zeit der METTERNiCHschen Demokratenverfolgung, aber eine um so härtere Bestrafung der presserechtlich Verantwortlichen nach Erscheinen der betreffenden Schrift. Verleger, Herausgeber und Autoren werden seit Jahren mit harten Freiheitsstrafen belegt, Bücher und Zeitschriften werden beschlagnahmt, eingestampft oder verbrannt. Wir leben in bezug auf die Meinungsfreiheit eben nicht mehr im »freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte«.

Auch in juristischen Fachkreisen wird das deutlich so gesehen, und es wird heftige Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen geübt.[4]

Rolf Kosiek



Das Hambacher Schloß,

[1] Richard VON WEIZSÄCKER, »Hambachs Erbe: Freiheit, Einheit und Europa«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 26. 5. 2007.

[4] Günter BERTRAM, »Der Rechtsstaat und seine Volksverhetzungs-Novelle«, in: *Neue Juristische Wochenschrift,* Nr. 1, 2005, S. 1476 ff.; Dietrich MURSWIEK, »Neue Maßstäbe für den Verfassungsschutzbericht«, in: *Neue Zeitschriftfür Verwaltungsrecht,* Nr. 2, 2006, S. 121—128; Andreas WISUSCHLL, »Der Fall >Junge Freiheit* - Neuorientierung im Verfassungs schutzbericht?« in: *Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht,Nt. 4,*2006, S. 294-301 ;Thomas WANDRES, *Die Strafbarkeit des Auschwitz-Leugnens,* Duncker & Humblot, Berlin 2000.

Deutscher Professor leugnet deutsch-sowjetisches Geheimprotokoll von 1939

Gerhard STUBY, Professor für Öffentliches Recht und Wissenschaftliche Politik an der kurz vorher gegründeten und als rote Kaderschmiede bekannten Universität Bremen, nahm im Herbst 1979 in einem Zeitschriftenartikel zum deutsch-sowjetischen Geheimvertrag vom 23. August 1939 Stellung,[1] In dieser Vereinbarung zwischen STALIN und HITLER wurden die Interessensphären in Osteuropa zwischen Deutschland und Moskau abgesteckt, wobei >Ostpolen< sowie Estland und Lettland den Sowjets zugeschlagen wurden. Der Jurist und Politologe, SPD-Mitglied, Jahrgang 1934, versuchte in seinem Beitrag damals noch, das Bestehen dieses Geheimprotokolls,[2] dessen Inhalt den Sowjets und den Kommunisten in aller Welt sehr unangenehm war, zu leugnen und zumindest als umstritten hinzustellen.

Insbesondere schrieb er: »Im Zusammenhang mit dem Vertrag vom 23. August 1939 wird in der westlichen Literatur stets auf ein geheimes Zusatzprotokoll vom gleichen Tag verwiesen. In ihm hätten die Sowjetunion und Deutschland schon im vornhinein ihre Interessensphären festgelegt und eine Aufteilung Polens vorgenommen. Eine solche vorherige Absprache der Aufteilung Polens wäre in der Tat, selbst wenn man das Ergebnis retrospektiv als notwendig bezeichnet, mehr als ein Nichtangriffspakt beziehungsweise eine Neutralitätserklärung gewesen. Sie könnte als eine aktive Beteiligung an der bevorstehenden Aggression auf Polen interpretiert werden, als ein Kriegspakt in der Maske des Friedens, Die Peinlichkeit dieser Situation wird denn auch von westlichen Historikern als Grund für das Nichterwähnen des Protokolls in der sozialistischen Geschichtsschreibung angegeben.

Die Authentizität des Geheimprotokolls ist bis heute auch im Westen umstritten. Die Geschehnisse nach dem 1. September 1939 sprechen gegen eine vorherige Absprache. Die Sowjetunion rückte erst am 17. September bis zur Curzonlinie vor. Zu diesem Zeitpunkt stand die militärische Niederlage Polens fest. Am 17. September war die polnische Regierung nach Rumänien geflohen. Ebenso war deutlich geworden, daß die Westmächte Polen im Stich gelassen hatten.

Wäre die Sowjetunion nicht bis zur Curzonlinie vorgerückt, wäre ein weiterer Vormarsch der deutschen Truppen nicht ausgeschlossen gewesen, Nach dem heutigen Kenntnisstand standen militärische Aktionen der Wehrmacht beziehungsweise der deutschen Abwehr in Belorußland und der Ukraine bevor.«

[1] Zitiert in: »Das nichtexistente Geheimprotokoll Moskau—Berlin von 1939«, in: *Deutsche Wochenzeitung* 19. 10, 1979.

[2] Wortlaut deutsch und russisch in: Richard PEMSEL, *Hitler. Revolutionär—Staatsmann—Verbrecher?,* Grabert, Tübingen 1986, S. 559-563.

Geheimes Zusatzprotokoll.

Aus Anlass der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessenssphären in Osteuropa erörtert. Diese Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorialpolitischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwickelung geklärt werden.

In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3) Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt.

4) Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Moskau, den 23. August 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung:

In Vollmacht der Regierung der UdSSR:

Faksimile des Geheimen Zusatzprotokolls vom 23. 8, 1939. Man beachte, daß ein weiteres geheimes Zusatzprotokoll zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich am 28. 9. 1939 - also nach Beendigung des Polenfeldzugs - unterzeichnet wurde. Es beinhaltet die Überzeugung beider Seiten, keinerlei polnische Agitation auf den jeweiligen besetzten Gebieten zu dulden.

Damit wird nicht nur das Bestehen dieses Protokolls in Frage gestellt, sondern auch noch der deutschen Regierung der Plan eines Einfalls in die Sowjetunion zum damaligen Zeitpunkt unterstellt und angelastet.

Beides ist jedoch falsch. Richtig ist, daß der Text dieses Geheimabkommens schon 1946 der deutschen Verteidigung beim Nürnberger >Hauptkriegsverbrecherprozeß< von einem US-Offizier in die Hand gespielt wurde.[1] Zur großen Erbitterung der sowjetischen Vertreter führte der Verteidiger Dr. SEIDL dieses Dokument, dessen Existenz die Russen dann heftig abstritten, am 25. März 1946 in die Verhandlungen ein,[3] Der frühere Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Dr. Friedrich GAUS, bestätigte den Inhalt in einer eidesstattlichen Erklärung, die Dr. SEIDL am 1. April 1946 dem Gericht vortrug.[5] GAUS hatte die Vertragstexte entworfen und die Unterzeichnung in Moskau miterlebt. Der Inhalt und der Vorgang wurden dann von dem angeklagten früheren Reichsaußenminister Joachim VON RIBBENTROP bestätigt.[6] Das Abkommen wurde später auch von den Westmächten in den Akten des Auswärtigen Amtes veröffentlicht. Die Existenz des Geheimprotokolls, die von dem damaligen sowjetischen Außenminister GROMYKO noch in seinen Memoiren 1988 und in seinem Spiegelgespräch 1989 abgestritten wurde, wurde erst 1990 von den Sowjets zugegeben. Der Inhalt des geheimen Zusatzprotokolls wurde wenige Stunden nach der Unterzeichnung 1939 durch den damaligen deutschen Botschaftssekretär Hans HERWARTH VON BITTENFELD[8] aus der deutschen Botschaft in Moskau über den Moskauer US-Botschaftssekretär Charles E. BOHLEN[9] an US-Präsident ROOSEVELT übermittelt, was beide in ihren Erinnerungen ausführlich beschreiben,[10]

Spätestens seit BOHLENS Buch aus dem Jahre 1973 war damit die Existenz des Geheimprotokolls unbestreitbar bewiesen.

Daß dennoch Jahre später noch ein deutscher Politologe die Lüge der Sowjets zu untermauern versuchte, wirft ein bezeichnendes Licht auf die wissenschaftliche Auswahl deutscher Politologen und deren offensichtlicher Motivation, die Sowjets stark zu entlasten und Deutschland möglichst schwer zu belasten.

Rolf Kosiek

[3] David IRVING, *Nürnberg, Die letzte Schlacht,* Grabert, Tübingen 1996, S. 296 f.

[4] internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (Hg.), *Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher,* Nürnberg 1947, Bd. 10, S. 14 ff.

[5] Ebenda, S. 354 f.

[6] Ebenda, S. 355 f.

[7] *Der Spiegel,* Nr. 17, 1989.

[8] Hans HERWARTH VON BITTENFELD, *Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931 bis 1945,* Propvläen, Berlin 1982, S. 159-189.

[9] Charles E. BOHLEN, *Witnessto History 1929-1969,* New York 1973.

[10] Siehe Beitrag Nr. 180, »Deutsch-russischer Vertrag 1939«.

Wer wollte das deutsch-türkische Anwerbeabkommen?

Ende 2004 erschien im *Hamburger Abendblatt* ein bemerkenswertes Interview mit Alt-Bundeskanzler Helmut SCHMIDT, Zur Verblüffung seiner Gesprächspartner stellte der damals 85jährige fest: »Mit einer demokratischen Gesellschaft ist das Konzept von Multikulti schwer vereinbar. Vielleicht auf ganz lange Sicht. Aber wenn man fragt, wo denn multikuiturelle Gesellschaften bislang funktioniert haben, kommt man sehr schnell zu dem Ergebnis, daß sie nur dort friedlich funktionieren, wo es einen starken Obrigkeitsstaat gibt. Insofern war es ein Fehler, daß wir zu Beginn der 60er Jabre Gastarbeiter aus fremden Kulturen ins Land holten.«[1]

[1] »Wieviel Anatolien verträgt Europa?« in: *Hamburger Abendblatt*, 25. 11. 2004.

Uber dem Staunen darüber, daß ein ehemaliger deutscher Regierungschef die Anwerbung von Gastarbeitern als Fehler bezeichnet hat, ist den meisten Lesern wahrscheinlich nicht aufgefallen, daß der Ex-Kanzler bei dieser Gelegenheit eine alte liegende aufgewärmt hat. Mit dem Wörtchen »wir« wird immer gern so getan, als hätten die Deutschen in ihrer großen Mehrheit eine Einladung an die Arbeitskräfte fremder Staaten ausgesprochen. Tatsächlich waren es Industrie und Unternehmerverbände, die in den fünfziger und sechziger Jahren massiv auf die Anwerbung von Gastarbeitern drangen und dabei besonders vom Bundeswirtschaftsmini **Stenum** unterstützt wurden. Während dies heute kein großes Geheimnis mehr ist, sieht es bei dem Teil der Legende, der sich mit dem Wort »geholt« verbindet, schon ganz anders aus.



Stefan LUFT, ***Abschied von Multikulti.***

»Geholt« suggeriert ja, daß die Initiative von Deutschland ausging. Dies trifft zwar zu, wenn man zum Beispiel die Anwerbe **Vereinbarungen** mit Italien (1955) oder Spanien und Griechenland (1960) meint. Ganz anders sieht es jedoch mit der Türkei aus. Der Bremer Politikwissenschaftler Stefan LUIT hat in seinem Buch *Abschied von Multikulti* auf eine Tatsache hingewiesen, die hierzulande so gut wie unbekannt ist. Der Anstoß für die Anwerbung türkischer Gastarbeiter ging von der Türkei aus. Dagegen hatte die damalige Bundesregierung »keine Notwendigkeit gesehen, auch noch mit der Türkei oder anderen außereuropäischen Ländern ein Abkommen zu schließen, man wollte sich auf Arbeitskräfte aus Europa beschränken«.[2] Doch war im Dezember 1960 der Vertreter der türkischen Botschaft in Bonn vorstellig geworden und hatte erklärt, die Türkei wolle als NATO-Partner gegenüber Griechenland nicht diskriminiert werden. Das deutsch-griechische Abkommen war im März 1960 vereinbart worden. Die deutsche Regierung knickte postwendend ein, und noch bevor die Einzelheiten des Vertrags mit der Türkei feststanden, richtete

[2] Stefan LUFT, *Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise.* Gräfelfing 2006, S. 102.



Am 10. September 1964 traf der millionste Gastarbeiter, ein Portugiese, in Deutschland ein. Schon 1955 hatte Deutschland ein Anwerbabkommen mit Italien geschlossen, es folgten welche mit Griechenland (1960), der Türkei (1961) und Portugal (1964).

der Vorläufer der heudgen Bundesagentur für Arbeit in Istanbul eine Verbindungsstelle ein, die binnen kurzem von Auswanderungswilligen regelrecht gestürmt wurde.

Was die seit den frühen siebziger Jahren zahlenmäßig mit Abstand größte Gruppe von Ausländern in Deutschland angeht, steht also fest: Die Türken wurden nicht >geholt<«, sondern uns regelrecht aufgedrängt. Eine schwache deutsche Regierung gab dem Druck des Herkunftslandes ohne Widerstand nach. Die Türkei hatte ein massives Interesse daran, ihren heimischen Arbeitsmarkt zu endasten und Devisen einzunehmen, mit denen das hohe Außenhandelsdefizit verringert werden konnte. Den Bevölkerungsüberschuß ans Ausland abzugeben war daher für die türkische Führung eine reizvolle Möglichkeit.

Dennoch hatte die deutsche Seite zumindest zunächst einen kleinen Sicherheitsriegel in das Abkommen von 1961 eingebaut: Die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis war auf nur zwei Jahre befristet, und von einem »Familiennachzug« war nicht die Rede. Diese Regelung wurde von der kapitalistischen Lobby umgehend torpediert. Im Dezemberl962 forderte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände das Bundesarbeitsministerium schriftlich auf, die Befristung aufzuheben. Auch aus der Türkei wurde der Druck in diese Richtung verstärkt und die deutsche Regierung somit regelrecht in die Zange genommen. Das Ergebnis war: Im September 1964 trat eine Neufassung des deutsch-türkischen Abkommens in Kraft, das keine Befristung mehr enthielt. Für die Türkei und das deutsche Kapital war das ein Sieg auf der ganzen Linie. Erst jetzt waren »die Weichen für eine dauerhafte Zuwanderung nach Deutschland gestellt«.[3] Detlef Rose

Kohl kaum >Kanzler der Einheit<

Nach der 1990 glücklich gelungenen kleinen Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland galt Bundeskanzler Helmut Kohl.weithin als »Kanzler der Einheit«, und er möchte sicher auch als solcher in die Geschichte eingehen. Politisch Kundige erinnerten sich jedoch schon damals seiner noch kurz vor dem Mauerfall im November 1989 verfolgten Anti-Einheits-Politik, wie er etwa den für die Wiedervereinigung sich einsetzenden CDU-Bundes tagsabgeordneten Bernhard FRIEDMANN mehrfach abkanzelte sowie —ganz im Geiste seines Vorbilds Konrad ADENAUER — der westeuropäischen Einigung immer den Vorrang vor der deutschen einräumte und damit gegen den Buchstaben und Geist der Präambel des Grundgesetzes verstieß.

Das ist jetzt erneut in der Öffentlichkeit bestätigt worden.[1] Unter dem Titel *Helmut Kohl. Der Mythos vom Kanzler der Einheit* hat Jahre 2004 Karl Hugo PRUYS ein Buch herausgebracht, das das Bild von dem für die Wiedervereinigung kämpfenden Regierungschef zerstört. Als Insider mit viel persönlichem Wissen aus dem Kreis um KOHL hat der Verfasser, der in den siebziger |ahren Parteisprecher des CDU-Vorsitzenden war, viele Tatsachen zu dessen Deutschland-Politik zusammengestellt. Eindeutige Erklärungen von Zeitzeugen untermauern die Beurteilung, daß KOHL im Grunde die deutsche Einheit nicht wollte. Er fürchtete, daß die Mitteldeutschen eher sozialistisch wählen und ihn um die Kanzlerschaft bringen würden, die bei ihm vor der deutschen Einheit rangierte. Ab Mitte

[1] Siehe Beitrag Nr.481, »Kohl und die Wiedervereinigung«.

[2] Karl Hugo PRUYS, *Helmut Kohl. Der Mythos vom Kanzler der Einheit,* Be.bra, Berlin 2004.

Am 7. September 1987 empfing Helmut KOHL Erich HONECKER wie den obersten Vertreter eines souveränen Staates,



der achtziger Jahre fanden von gesamtdeutsch denkenden Parteifreunden, etwa vom Bundestagsabgeordneten Jürgen TODENHÖFER, der aus Verbitterung darüber dann in die Wirtschaft ging, vom deutschlandpolitischen Referenten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Harald RÜDDENKLAU, oder aus nationalen CSU-Kreisen in München vorgebrachte Initiativen zur deutschen Einheit bei der CDU-Spitze immer weniger Gehör und wurden im Grunde — vor allem auch aus wahltaktischen Gründen — abgelehnt.

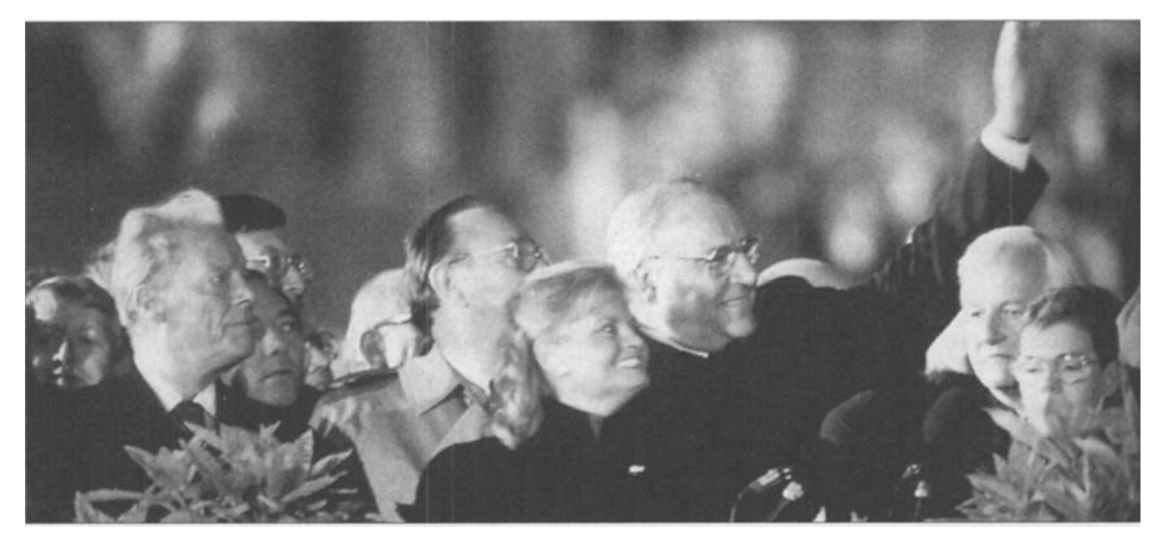


Karl Hugo PRUYS, *Helmut Kohl. Der Mythos vom Kanzler der Einheit.*

Gleichzeitig wurde von der CDU-Regierung Wesentliches getan, um die Existenz der DDR zu erhalten, deren kommende Zahlungsunfähigkeit im Kanzleramt Jahre vor dem endgültigen Zusammenbruch durchaus bekannt war. Der angeblich von Franz Josef STRAUSS eingefädelte Milliardenkredit an das wirtschaftlich vor dem Bankrott stehende Regime in Mitteldeutschland sei in Wirküchkeit auf Anordnung KOHLS vom Staatssekretär Philipp JENNINGER im Kanzleramt in die Wege geleitet worden. Noch im Oktober 1988 erhöhte die **KoHl**.-Regierung zur Stabilisierung der in Pankow Herrschenden die an Ost-Berlin gezahlte Transitpauschale von 500 auf 900 Millionen Mark und garantierte diese Zahlungen für weitere Jahre. Schon im September 1987 war DDR-Staatschef Erich HONECKER beim offiziellen Staatsbesuch in Bonn und in mehreren Bundesländern empfangen worden. Bestrebungen zur völkerrechtlichen Anerkennung des Pankower Regimes verstärkten sich bis weit in die Unionsparteien hinein.



Montagsdemonstration im Oktober 1989 in Leipzig. Einen Monat zuvor meinte Bundeskanzler Helmut KOHL: **»Die Lösung der deutschen Frage steht nicht auf der Tagesordnung der Weitgeschichte.«**



3. Oktober 1990: Die kleine Wiedervereinigung wird vor dem Berliner Reichstagsgebäude mit der gesamten politischen Prominenz gefeiert. *Von links:* Willy BRANDT, **Wolfgang** SCHÄUBLE, **Hans-Dietrich** GENSCHER, **Hannelore** KOHL, **Helmut** KOHL, **Richard** VON WEIZSÄCKER **und Rita** SÜSSMUTH.

Auf die seit 1986 erfolgten mehrfachen und immer deutlicheren Hinweise aus Moskau, daß man »die Existenz zweier deutscher Staaten im Herzen unseres Kontinents für eine Anomalie« halte, »die die Sicherheit Europas ernstlich bedrohte«, ging man in Bonner Regierungskreisen nicht ein. Bei einem Gespräch mit Michail GORBATSCHOW am 24. Oktober 1988 in Moskau lehnte KOHL Verhandlungen über Möglichkeiten einer Vereinigung beider deutschen Teile ab. KOHLS überraschendes »Zehn-Punkte-Programm« vom 28. November 1989 mit dem Vorschlag einer »Konföderation« mit der DDR habe die sich abzeichnende Wiedervereinigung verzögern sollen. Als Jahre nach diesen Vorgängen 1995 der inzwischen aus dem Amt gedrängte GORBATSCHOW sein Buch *Wie es wirklich war*[3] veröffentlichte, gab er seiner Verwunderung noch Ausdruck, daß KOHL es mit der Vereinigung »überhaupt nicht eilig hatte«. KOHLS drückte seine wirklichen Ziele mit den Worten aus: »HONECKER weiß, daß ich nicht beabsichtige, ihm das Leben schwerzumachen.«

Erst als der Zug der Geschichte durch für die Deutschen glückliche Umstände bereits unumkehrbar in Richtung auf die Wiedervereinigung abgefahren war, sprang KOHL auf und ließ sich dann als den »Kanzler der Einheit« feiern. Er versprach zwar »blühende Landschaften«, hatte aber in den Jahrzehnten vorher wesentlich mit dazu beigetragen, daß Planungen für den Fall der Mauer vernachlässigt oder ganz eingestellt wurden, daß es kein Gesamtdeutsches Ministerium mehr gab, daß beim Beitritt Mitteldeutschlands viele Fehler gemacht wurden, unter denen wir immer noch leiden. Der Mythos von Helmut Kohl als dem »Kanzler der Einheit« zerbröselt endgültig. In Zukunft ist sicher noch weiteres Material in dieser Richtung zu erwarten.

Rolf Kosiek

[3] Michail GORBATSCHOW, *Wie es wirklich war,* Ullstein, Berlin 1995.

Verschleuderung des Volksvermögens durch die Treuhand

Die Geschichte der Treuhand in Mitteldeutschland erscheint nur auf den ersten Blick als eine der Pleiten und Pannen. In Wirklichkeit geschahen eine unverantwortliche Verschleuderung und ein bewußt geduldeter Raub deutschen Volksvermögens. Beides wird zu vertuschen versucht und sollte deshalb dem Vergessen entzogen werden. Die Tatsachen sind die folgenden.

Am 8. März 1990 wurde im Gesetzblatt der damals noch real existierenden DDR die »Gründung der »Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentum*« bekanntgegeben. Die Gründung war notwendiggeworden, da durch den Zusammenbruch der alten DDR die gesamten »volkseigenen*, genauer »staatseigenen Betriebe* in der Luft hingen. Die Treuhand sollte die Firmen vorerst treuhänderisch verwalten. Wie die Bezeichnung »Verwaltung des Volkseigentums* angibt, sollte das ursprüngliche Vorhaben der Treuhand die Betriebe im Volkseigentum belassen, so daß die Arbeiterschaft davon ausgehen konnte, daß die Firmen ihnen weiterhin gehörten.

Die Regierung DE MAIZIERE gab im Gesetzblatt vom 22. Juni 1990 bekannt, daß der ursprüngliche Zweck der Treuhand, das Volkseigentum zu wahren und zu verwalten, in »Privatisierung und Reorganisation volkseigenen Vermögens« umgewandelt sei. Das war schon etwas ganz anderes.

Der noch unter der DDR-Regierung MODROW eingesetzte erste Chef der Treuhand, Peter MORETH, wurde nach kurzer Amtszeit 1991 von Rainer GOHLKE abgelöst. Dieser versprach, als Bundesbahnchef die nötige Befähigung für das in der Geschichte Deutschlands und der Welt bisher einmalige Vorhaben zu besitzen. Doch bereits nach einem Monat stellte er, völlig entnervt, sein Amt wieder zur Verfügung, Dann glaubte man in Detlev Karsten ROHWEDDER den geeigneten Mann gefunden zu haben, der auch sofort erfolgversprechend begann. Am 1. April, dem Ostermontag des Jahres 1991, wurde er aber von einem Präzisionsschützen durch die Fensterscheibe seines Hauses erschossen. Der Mord wurde nie aufgeklärt. Er wurde meist der dritten Generation der linken Rote Armee-Fraktion (RAF) zugeschrieben, da ein - jedoch wahrscheinlich gefälschtes — Bekennerschreiben erschien; er dürfte aber eher einem Geheimdienst zuzuschreiben sein.

Denn das Sanierungskonzept ROHWEDDERS paßte einflußreichen Kreisen nicht, und deswegen mußte er verschwinden. »Die Treuhandanstalt gilt zumindest bis zum Amtsantritt ROHWEDDERS auch bei einschlägigen

westlichen Beratungsfirmen als ein Hort der Amateure, mit denen unter Profis gut zu dealen ist. Die sicher gut bezahlten, wenn man ihnen fachmännische Hilfe anbietet, um ihre Probleme zu lösen.«[1] ROHWEDDER erkannte, daß westliche Konzerne auf der Lauer lagen, marktbeherrschende volkseigene Betriebe billig zu erwerben und dabei die Arbeitnehmerrechte außer acht zu lassen. Diesen Bestrebungen wollte er einen Riegel vorschieben. Zum anderen wollte er die Rechte der Arbeitnehmer wahren und deren wirtschaftliche Existenzgrundlage sichern. Das *Hande/sblatt* berichtet: »Ganz offen klingt die Vermutung an, daß die Deutschen sich mit der restriktiven Handhabung Interessenten aus dem Ausland fernhalten wollen.«[2] Er schätzte die zeitliche Dauer der sorgfältig und behutsam vorzunehmenden Abwicklung dieser Privatisierungsaufgabe auf etwa zehn Jahre ein. Das schien eine wirklichkeitsnahe Annahme nach den Erfahrungen des westdeutschen Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg zu sein. Doch das war gerade das Gegenteil von dem, was das internationale Großkapital wollte, und ein Mörder mußte her und wurde gefunden. Um diese Zeit wurden wohl nicht zufällig mehrere fähige deutsche Wirtschaftsführer ermordet, so Ernst ZIMMERMANN, Karl-Heinz BEKKURTS, Alfred HERRHAUSEN, die dafür bekannt waren, daß sie eigenwillige Ideen hatten und das nationale Interesse der Deutschen vertraten.





Detlev Karsten ROHWEDDER **und Birgit** BREUEL.

Als Nachfolgerin ROHWEDDERS wurde nach einigem Gerangel die Bankkauffrau Birgit BREUEL als Leiterin der Treuhand eingesetzt. Die Tochter des Hamburger Privatbankiers Alwin MÜNCHMEYER[3] hatte mit den wichtigsten europäischen und amerikanischen Bankleuten Verbindung. Sie stand ferner den Bilderbergern nahe, deren Treffen die Spitzen der Hochfinanz und der Politik vereinigen, Birgit BREUEL besuchte mindestens deren Treffen vom 6. bis 9 Juni 1991 in Baden-Baden wie in Evian vom 21. bis 24. Mai 1992, wo unter anderem die Ausplünderung der Bodenschätze der befreiten Ostblockstaaten besprochen wurde. Ebenso war sie der Hochfinanz-Vereinigung Atlantik-Brücke verbunden.

Während ROHWEDDER sich das internationale Großkapital zum Feinde gemacht hatte, hatte dieses mit Birgit BREUEL nun das Sagen bei der Treuhand. Unter ihrem Vorsitz wurde ROHWEDDERS nationales Konzept in sein Gegenteil umgekehrt. Besonders die Filetstücke der mitteldeutschen Wirtschaft wurden weit unter Preis und oft für die symbolische 1 DM an ausländische Unternehmen verschleudert. Als die Treuhand am 31. Dezember 1993 ihre Tätigkeit offiziell einstellte, hatte sich nicht nur das Volksvermögen der neuen Bundesländer in Höhe von rund 6000 Milliarden DM in fast nichts aufgelöst, sondern es waren durch ihre Tätigkeit noch Bundesschulden in Höhe von 275 Milliarden DM hinzugekommen. Eingenommen hatte die Treuhand durch den Verkauf von DDR-Firmen ganze 75 Milliarden DM. Rund 8500 Privatisierungen mit 1,5

[1] Michael JORGS, *Die Treuhändler, Wie Heiden und Haiunken die* DDR *verkauften,* List, München-Leipzig 1997, S. 139.

[2] *Handelsbtatt,* 26. 11. 1990.

[3] MÜNCHMEYER vereinigte 1969 seine Familienbank mit dem Hamburger Bankhaus Schröder und der Frankfurter Bank Hengst & Co zu Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co (SMH).



Verschlissene Produktionsanlage der Leuna-Werke in Sachsen-Anhalt. Selbst die Filetstücke der mitteldeutschen Wirtschaft verschleuderte die Treuhand unter Birgit BREUEL oft für die symbolische 1 DM an ausländische Unternehmen.



Arbeiter einer Landmaschinenfabrik in Bernburg (Sachsen-Anhalt). Millionenfache Arbeitslosigkeit fiel schließlich dem deutschen Staat zur Last und verschärfte die sozialen Spannungen.

Millionen vertraglichen Arbeitsplatzzusagen und 180 Milliarden DM Investitionszusagen wurden abgewickelt. Etwa 30 Prozent der Übernahmen gingen an Frankreich, dann folgten die USA. Schätzungen ergeben, daß inzwischen von den vor Beginn der Tätigkeit der Treuhand vorhandenen rund 4,1 Millionen Arbeitsplätzen 70 Prozent weggefallen sind.

Denn neben den reinen Verkaufsverlusten muß beim Beurteilen des Wirkens der Treuhand noch das Heer der Arbeitslosen berücksichtigt

werden, die bald nach Übernahme der Werke von den neuen Besitzern auf die Straße gesetzt wurden und dann dem deutschen Staat zur Last fielen. Ebenso sind die Investitions förderungen durch Bund und Lander noch zu berücksichtigen, die den neuen Besitzern gewährt wurden.

Als Beispiele seien aufgeführt: Die BUNA-Werke bei Schopkau gingen für 1 DM an den US-Chemie-Giganten Dow Chemical. Das Geräte- und Reglerwerk Teltow (GRW), dessen substanzieller Wert auf 170 bis 250 Millionen DM geschätzt wurde, kam für 1 DM an den Großspekulanten Wisser, der die Gebäude abriß und die Beschäftigten entließ, um auf dem Grund ein einträgliches Gewerbe- und Industriegebiet entstehen zu lassen. »Viele Indizien deuten darauf hin, daß der Käufer vorsätzlich in unrechtmäßiger Weise begünstigt wurde.«[4]

Vier Großflugzeuge der Interflug wechselten für je 1 DM den Besit zer.

So ist die Geschichte der Treuhand unter Frau BREUEL eine Auflistung der persönlichen Bereicherung raffinierter In- und Ausländer aus West und Ost, Vor allem große internationale Bankhäuser witterten zu Recht eine einmalige Gelegenheit und erhielten sie auch.

Nicht zufällig eröffnete am 16. September 1990 Baron Edmond DE ROTHSCHILD in Frankfurt eine Niederlassung seines Bankhauses. »Es ist die erste Repräsentanz der ROTHSCHILDS in Deutschland. Gleichzeitig gründete diese französische Gruppe eine Finanzdienstleistungs- und Beratergesellschaft, an welcher neben der Schweizer Banque Privée Edmond de Rothschild und der französischen La Companie Financière Edmond de Rothschild mit jeweils 25 % auch die Berliner Bank AG mit einem Kapitalanteil von 50 % beteiligt sind.«[5] Über die nie aufgeklärte Korruption an der letztgenannten Bank stürzte dann der Berliner Senat,

Ein halbes Jahr später gab es eine Umwandlung: »Baron Sir Evelyn DE ROTHSCHILD gibt sich die Ehre, die Repräsentanz zu Frankfurt in eine Finanzniederlassung umzuwandeln, um für die anderen Banken der Rothschildgruppe in Deutschland aktiv werden zu können. Und nach ROTHSCHILDS Einschätzung ist diese Stadt das Tor zu den Volkswirtschaften in Osteuropa,«[6]

Die Berater der Rothschildbank waren dann für die Treuhand tätig - und erreichten einiges:

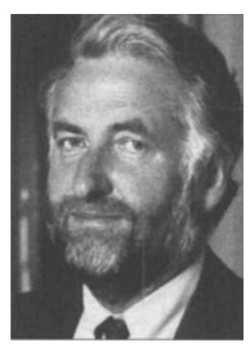
Der genannten zur Rothschildgruppe gehörenden Compagnie Financière de Suez SA wurden von der Treuhand folgende mitteldeutsche Werke zu Spottpreisen überlassen:

Oberland Glas Gmbl I, Staßfurt
Glasindustrie AG, Torgau
OEWA Wasser und Abwasser GmbH, Potsdam
Olympia Bau-Union, Berlin

[4] *Der Spiegel,* Nr. 45, 1991.

[5] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 17. 9. 1990.

[6] *Frankfurter Allgemeine* Zeitung, 1.2.1991.





Oben: **Der Chef von Elf-Aquitaine (1989-1993) Loik** LE FLOCH-PKICENT. **Er wurde am 12. 11. 2003 zu 5 Jahren Freiheitsstrafe und 375 000 Euros verurteilt.** *Rechts:* **Elf-Raffinerie in Leuna, Aus:** *Der Spiegel,* **Nr, 30, 2000.**

Straßenbau Potsdam GmbH, Berlin
Ostsächsische Baugesellschaft AG, Bautzen
Olympische Baugesellschaft mbH, Berlin
SGE Verkehrsbau Union GmbH, Berlin
Büro- und Wohnpark, Berlin-Schönhausen
Medienstadt Holding GmbH Babclsberg, Potsdam.

To tal-Fina-Elf-Aquitaine S.A., der viertgrößte Ölkonzern der Welt, konnte mit Hilfe finanzieller Sonderaufwendungen und bestimmender Einflußnahme durch hochrangige bundesdeutsche Politiker über die Treuhand folgende mitteldeutsche Firmen weit unter Preis vereinnahmen:
Tycka Minol GmbH, Leipzig
Elf Mitteldeutsche Erdölraffinerie GmbH, Sperrgau
Minol, Mineralöihandel AG, Berlin
Elf Oil Deutschland GmbH, Berlin
Elf Autochem Deutschland GmbH, Berlin
ELAN Kf-Service GmbH, Chemnitz
EVI Entwicklung von Industrieuntrenehmen GmbH, Raderberg
Omniplast Rohrwerk, Bitterfeld."

Uber einen beispielhaften Fall berichtete die Presse[8] wie folgt: »Wie man aus einer Mark problemlos fast viereinhalb Millionen macht, dieses Kunststück hat jetzt der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst

[7] Kurt-Heinz KLAUSER, »Die Heimkehr der Rothschilds nach Old-Germany«, in: *Deutschland,* Nr. 7/8, 2001, S. 71 f.

[8] ta% 29. 3. 1993.

ALBRECHT vorgemacht. Dabei ist es noch gar nicht lange her, daß der Deal genau anders herum verlief. Für eine schlappe Mark bekam Herr ALBRECHT von der Treuhand im vergangenen Dezember die Bisen- und Hüttenwerke Thaie AG. Und »aus Versehen« auch das Kinderheim, das zwar zum Betrieb gehörte, aber eigentlich von dem Handel aus dem Gesamtpaket herausgenommen werden sollte. Aber das hat die Treuhand - absichtlich oder nicht - schlichtweg vergessen. ALBRECHT freute sich über das Schnäppchen und wollte es auch gleich versilbern. Fünf Millionen Mark verlangte er trocken vom Land Sachsen-Anhalt, das die Einrichtung eigentlich von der Treuhand kostenlos bekommen sollte. >Mit uns ist dieses Geschäft nicht zu machen«, wurde Sachsen-Anhalts Sozialminister Werner SCHREIBER störrisch und beharrte auf den Abmachungen aus den Verkaufsverhandlungen. Schweren Herzens griff die Treuhand in die Tasche und zahlte ALBRECHT die Scheine auf den Tisch. Jetzt soll das Land Sachsen-Anhalt das Erholungsheim bekommen. Kostenlos wie abgemacht versteht sich. Von einem »ungeheuerlichen Vorgang< zu Lasten der Treuhandkasse spricht die SPD-Fraktion, und die Kollegen von der PDS möchten das Ganze sogar als »Wirtschaftskriminalität« verstanden wissen.«

Am 8. Dezember 1994 billigte die Europäische Union den Antrag der Bundesregierung auf eine Beihilfe von 910 Millionen DM für die Privatisierung der brandenburgischen EKO-Stahl GmbH zugunsten des belgischen Stahlkonzerns Cockerill Sambre S. A. Damit ging ein mehrjähriger Streit um die Erhaltung des Standortes Eisenhüttenstadt zu Ende. Langfristig sollten 2300 Arbeitsplätze durch den Verkauf an die Belgier gesichert werden. Doch:' »Nach Berichten aus Brüssel beträgt der Kaufpreis für 60% der Anteile an der EKO-Stahl GmbH in Eisenhüttenstadt, dem größten deutschen Stahlwerk, genau eine DM. Seltsamerweise tritt kein Bundeskartellamt auf den Plan. Der Preis der restlichen 40% des EKO-Kapitals seien später auszuhandeln, sagte der Sprecher des belgischen Investors Sambre, der EKO mit 440 Millionen Mark zu modernisieren vor hatte. Manch eine Belegschaft eines solchermaßen verschenkten Betriebes weiß ein Lied von dem nun folgenden Elend zu singen, weshalb Frau BREUEL von der enttäuschten Ostbevölkerung auch Frau Greuel genannt wird.« Daß die aus Brüssel an die »Investoren« geflossenen Gelder größtenteils von deutschen Zahlungen an die EU stammten, sei der Vollständigkeit halber angemerkt.

dpa, 22. 12. 1994.

Die Beschreibung der Beteiligung der Russenmafia1'1 an dem Ausverkauf Mitteldeutschlands wie der Verwicklung des Bundeskanzlers KOHL" in die Leuna-Affare sprengt leider den zur Verfügung stehenden Platz dieses Werkes. **Wolfgang Hacke«**

Iü Siehe z. B. die ZDF-Sendung *Kennzeichen D,* 29. 4. 1998, 22 Uhr 30.

11 *Frankfurter Allgemeine 'Zeitung,* 3. 5. 1996.

Gender-Mainstreaming

Ungefähr seit dem Jahrhundertwechsel hat, von der Brüsseler Zentrale der Europäischen Union kräftig unterstützt, das sogenannte Gender-Mainstreaming auch in Deutschland große Wirkung ausgelöst und wird von der Regierung gefördert, nachdem es auf der 4. Weltfrauen-Konferenz in Peking 1995 weltweit bekannt geworden war. Es wird als moderne Anschauung im Rahmen der Emanzipation der Frau in der Öffentlichkeit angepriesen, hat jedoch eine andere Auswirkung. Zur erforderlichen Richtigstellung erscheint eine Vorbemerkung notwendig.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Milieutheorie als Mitsieger gegen den angeblichen deutschen Rassismus großen Einfluß gewonnen. Unter ihr versteht man die bereits zwischen den Kriegen wissenschaftlich überzeugend widerlegte Anschauung, daß für Körper, Geist und Seele des Menschen vorrangig die Umwelt, das Milieu, verantwordich sei und nur weniger bedeutsam die Erbanlagen beitrügen. Mit der Diffamierung Andersdenkender wurde diese falsche Lehre verteidigt, die dann auch von der Umerziehung in Deutschland zur Zerstörung des deutschen Bitdungswesens benutzt wurde. Bereits im Jahre 1972 erschien ein von 50 international anerkannten Anthropologen, darunter vier Nobelpreisträgern, unterzeichneter Aufruf[1] in den USA, der sich gegen diese damals von der Linken in den Vereinigten Staaten wie in Deutschland vertretene Milieutheorie wandte, der die vorrangige Bedeutung der Erbeinflüsse hervorhob und der gegen die ideologisch begründete Bekämpfung der Erblehre in der Öffentlichkeit protestierte. Seitdem ist die vielfach von marxisdschen Ideologen, etwa den Vertretern der »Frankfurter Schule«, als »Rassismus« unberechtigt angeprangerte Vererbungslehre weiter durch neuere Forschungen untermauert worden,[2] so daß daran eigentlich kein moderner Wissenschaftler mehr zweifeln kann.

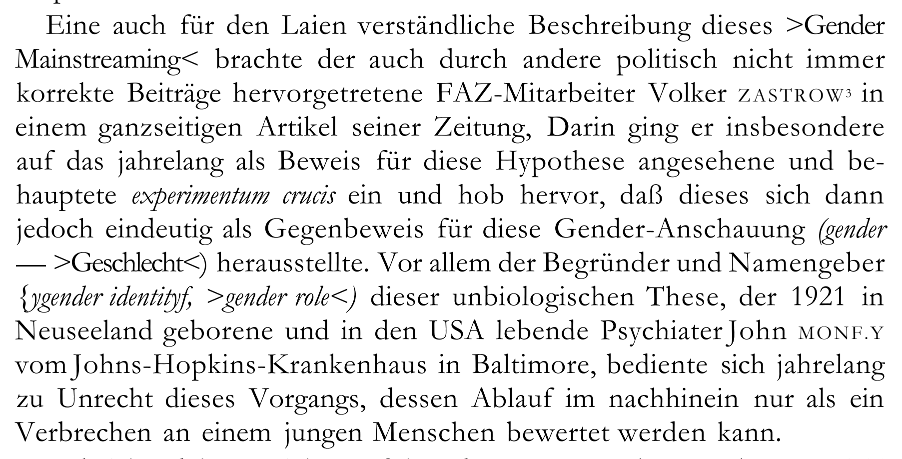
[1] In: *American Psychologist,* Juli 1972, S. 660; deutsch zuerst übersetzt von Hermann KISSEL, in: Rolf KOSIEK, *Marxismus? Ein Aberglaube!.,* Vowinckel-Verlag, Neckargemünd 1972, S. 107 ff.; ebenso in: *Neue Anthropologie,* Februar 1973; erweitert um die Unterschriften von 27 deutschen Humanwissenschafdern, darunter die Professoren Arnold GEHLEN, Paul LEYHAUSEN, Heinrich SCHADE, Ilse SCHWIDETZKY, übersetzt von Paul LF.YHAUSEN in: *Homo,* Bd, 24, 1973, Nr. 1, S. 52; ebenso in: *Neue Anthropologie,* 2. Jg., Nr. 2, April 1974, S. 29 f.

[2] Insbesondere von Francis 11. CRICK, C. D. DARLINGTON, Hans-Jürgen EYSENOÎ, Arthur R. JENSEN, Konrad LORENZ, Jacques MONOD, So: Hans-Jürgen EYSENCK, *Vererbung, Intelligenz und Erziehung, Zur Kritik derpädagogischen Milieutheorie,* Seewald, Stuttgart 1975; ders., *Die Ungleichheit der Menschen,* List, München 1975; Konrad LORENZ U. Franz M. WUKETITS, *Die Evolution des Denkens,* Piper, München 1983.

In unseren Tagen versuchen aber gewisse Kreise bewußt oder unbewußt, der Milieutheorie erneut und diesmal über das sogenannte >Gender Mains treaming< Bedeutung zu verschaffen. Darunter versteht man die in dem letzten Jahrzehnt verbreitete Anschauung, daß die Geschlechterrollen beim Menschen im Gegensatz zum offensichtlichen biologischen Geschlecht in der Jugend erlernt seien und damit von der jeweiligen Umwelt abhingen. Die Unterschiede zwischen Mann und Frau seien nur erlernte Rollen, Zur erwünschten Gleichstellung von Junge und Mädchen müßten diese Unterschiede abgeschafft werden. An Stelle des Begriffs >Geschlecht< habe >Gender< zu treten, das jeder beliebig auswechseln kann. Ziel sei die »Entnaturalisierung von Geschlecht« — offenbar vom Begriff her schon etwas Naturwidriges und Unnatürliches, Linke Politiker, liberale Gutmenschen, Feministinnen und allgemein als modern gelten wollende Unbedarfte haben sich hinter dieser Fahne vereinigt. Sie haben bei der Europäischen Union wie bei der Bundesregierung bereits große Erfolge erzielen können, indem ihre Richtung entgegen den Warnungen von Fachleuten zur offiziellen Politik auf diesem Gebiet erklärt wurde: Die Bundesregierung hat sich schon im Jahre 2000 auf »Gender-Mainstreaming als durchgängiges Leitprinzip aller politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen« bis auf örtliche Ebene verpflichtet.



John William MONEY **(1921-2006).**



Eine auch für den Laien verständliche Beschreibung dieses >Gender Mainstreaming< brachte der auch durch andere politisch nicht immer korrekte Beiträge hervorgetretene FAZ-Mitarbeiter Volker ZASTROW[3] in einem ganzseitigen Artikel seiner Zeitung, Darin ging er insbesondere auf das jahrelang als Beweis für diese Hypothese angesehene und behauptete *experimentum crucis* ein und hob hervor, daß dieses sich dann jedoch eindeutig als Gegenbeweis für diese Gender-Anschauung *(gender* — >Geschlecht<) herausstellte. Vor allem der Begründer und Namengeber {*ygender identityf, >gender role<)* dieser unbiologischen These, der 1921 in Neuseeland geborene und in den USA lebende Psychiater John MONF.Y vom Johns-Hopkins-Krankenhaus in Baltimore, bediente sich jahrelang zu Unrecht dieses Vorgangs, dessen Ablauf im nachhinein nur als ein Verbrechen an einem jungen Menschen bewertet werden kann.

Dabei handelte es sich um folgenden Vorgang. Am 22. August 1965 wurden im kanadischen Winnipeg der Familie REIMER zwei eineiige männliche Zwillinge Bruce und Brian geboren. Bei der Beschneidung sieben Monate nach der Geburt wurde das männliche Glied von Bruce so stark verbrannt, daß es schwarz wurde und abfiel. Mediziner wußten keinen

Volker ZASTROW, **»Der kleine Unterschied«, in:** *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, **7.** 9. 2006, S. 8.

Rat. Die Eltern sahen dann im Fernsehen MONEY, der sich mit inter- und Trans sexuellen sowie Geschlechtsumwandlungen beschäftigte und behauptete, daß man aus Männern ohne weiteres Frauen und umgekehrt machen könne. Ihm schrieben die Eltern, und er erkannte, daß hier ein dankbarer Fall und endlich der Beweis für seine Theorie vorliege. Denn ihm war 1965 in der *Quartertf Review of Biology* mit Recht vorgehalten worden: »Wir kennen kein Beispiel für ein normales Individuum, das als eindeutig männlich geboren wurde und erfolgreich als weibliches Wesen aufwuchs.«





Der Zwilling Bruce REIMER, oben als 2jährige Brenda, unten als 34jähriger David. Aus: *Der Spiegel,* **Nr, 40, 2000.**

Die Eltern ließen auf MONEYS Drängen Bruce im Alter von 22 Monaten im Juli 1967 von einem plastischen Chirurgen kastrieren, der dazu aus dem Hodensack weibliche Schamlippen zu formen versuchte. Das Kind bekam den weiblichen Namen Brenda. MONEY schärfte den Eltern ein, das Kind konsequent als Mädchen zu erziehen und ihm die Operation zu verheimlichen, was diese auch streng befolgten. Dazu kamen Behandlungen des Kindes mit weiblichen Hormonen.

In seinem Hauptwerk *Gender Identity* von 1973[4] beschrieb John MONEY ausführlich das Experiment an Bruce-Brenda als Bestätigung seiner Theorie der umweltbedingten Geschlechterrolle und erregte damit großes Aufsehen und wissenschaftliche Anerkennung.

Doch schon um diese Zeit zeigte sich, daß das Experiment das Gegenteil von dem ergab, was der Psychiater sich von ihm erhofft hatte. Denn Brenda, die nie Hosen tragen durfte, verhielt sich trotz Mädchenkleidern sehr jungenhaft, wollte mit Jungenspielzeug spielen, raufte gern,

[4] Deutsch als *Männlich Weiblich. Die Entstehung der Geschlechtsunterschiede,* 1975, mit der Mitautorin und Übersetzerin Anke EHRHARDT,

verhielt sich ruppig und kratzbürstig, interessierte sich für Autos und Waffen statt für Puppen oder Schmuck, Mit seiner Mädchenrolle war das Kind nicht zufrieden, wandte sich gegen die regelmäßigen Besuche bei MONEY, der es in seinem Mädchensein auch durch grobe Methoden bestärken wollte, und trug sich schon mit elf Jahren mit Selbstmordgedanken. In der Pubertätszeit fühlte sich Brenda von Mädchen angezogen und bekam trotz weiblicher Hormone den Stimmbruch. Mit 13 Jahren wehrte sich das Kind, das Besuche bei MONEY nun strikt ablehnte, erfolgreich gegen weitere Operationen an seinen Geschlechtsteilen und antwortete auf die Frage eines damit befaßten Endokrinologen, »Willst du ein Mädchen sein oder nicht?« entschieden mit »Nein«,

Daraufhin klärten die Eltern das manipulierte Kind über seine Vergangenheit auf, daß es als Junge geboren sei, was es zunächst sehr erleichterte. Es wählte den Namen David, lebte als Junge und ließ sein männliches Glied soweit wie möglich operativ wiederherstellen. Doch der junge Mann kam mit seinem Leben nicht mehr zurecht: Im Jahre 2004 erschoß er sich mit einer Schrotflinte. Sein Zwilllingsbruder hatte bereits im Vorjahr mit Tabletten Selbstmord begangen.

Obwohl das Experiment eigentlich schon um 1973 bei MONEYS erster Veröffentlichung darüber als gescheitert anzusehen gewesen war, hat MONEY erst 1980 begonnen, es bei seinen Schriften und Büchern wegzulassen, in denen er aber weiter seine falsche Theorie der umweltbedingten Geschlechterrolle vertrat. Doch nun sank sein wissenschaftliches Ansehen. 1979 wurde MONEYS >Gender Identity Clinic< geschlossen, die Praxis der Geschlechtsneu**Zuweisungen** am Johns-Hopkins-Krankenhaus wurde eingestellt.

MONEY versuchte in bezeichnender Weise, die berechtigten Vorwürfe gegen seine unnatürliche Hypothese als »Bestandteil der anti feministischen Bewegung« herabzusetzen und abzulehnen. Der Zeitgeist war auf seiner Seite und sah in den wissenschaftlich begründeten und sachlich vorgetragenen Vorbehalten gegen die vor allem ideologisch erwünschte These des Psychiaters nur den Versuch, die Frauen »zu ihrer angestammten Rolle im Bett und in der Küche« zurückzuzwingen. Das gilt leider auch noch für die Gegenwart.

So wirkt MONEYS verderblicher Einfluß in der Öffentlichkeit weiter. Insbesondere die Frauenpolitik nahm sich weltweit seiner These an, verbreitete sie und sieht trotz des Scheiterns des Money-Experiments in diesem nach wie vor einen wissenschaftlichen Beleg für die Thesen des Gleichheitsfeminismus.. In Deutschland vertrat vor allem Alice SCHWARZER das Gender Mainstreaming, indem sie MONEY und seine Irrlehre in höchsten Tönen lobte und ausgerechnet von ihm sowie von seiner Mitautorin Anke EHRHARDT als Ausnahmewissenschaftlern sprach, die »nicht

manipulieren, sondern dem aufklärenden Auftrag der Forschung gerecht werden«.[5] Daß das Gegenteil richtig ist, erwies sich damals schon deutlich. Aber wie auch auf anderen Gebieten hat die Wirklichkeit für linke Ideologen eben hinter den Theorie zurückzutreten.



Alice SCHWARZER.

Die Natur läßt sich aber nicht ins Handwerk pfuschen. Wer das versucht und schlauer als die Natur sein will, muß auf die Dauer scheitern. Die Pisa-Studien haben offenbart, wohin die seit dem linken siebziger Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts unter dem Einfluß der neomarxistischen >Frankfurter Schule< und ihrer von der Kritischen Theorie vertretenen Milieutheorie stehende Bildungspolitik Deutschland geführt hat: Diese Schulexperimente mit antiautoritärer Pädagogik, früher Sexualisierung, Verharmlosung von Drogen, Vernachlässigung von Disziplin, Kult des Häßlichen sind wie der individuelle Versuch an Bruce REIMER Verbrechen am jungen Menschen.

Der erfahrene Kinderarzt Prof. Dr. Theodor HELLBRÜGGE aus München klagte zu Recht an:[6] »Die biologischen Grundtatsachen der kindlichen Entwicklung werden bisher nicht erörtert, obwohl sie die Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen natürlicherweise begründen.« Das sei vor allem für die Schule wichtig: »Sie muß erkennen, daß zwischen Mädchen und Jungen fundamentale Unterschiede bestehen.« Weil zum Beispiel die Entwicklung der Mädchen schneller ablaufe, sei die Koedukation Gleichaltriger nicht sinnvoll.

Doch gegen den Rat erfahrener Pädagogen wird linke Ideologie im bundesdeutschen Bildungswesen immer noch durchgeführt.

Und die Vertreter der dafür mit verantwortlichen Frankfurter Schule wie Jürgen HABERMAS werden - auch von der bürgerlichen CDU - mit Preisen und Orden geehrt.

Rolf Kosiek





Die Wiener Stadtverwaltung plant anhand von Piktogrammen in den Straßen der österreichischen Hauptstadt eine großangelegte Werbung für Gender Main-Streaming.

[5] Zit. in ZASTROW, aaO., (Anm, 3). Siehe auch Alice SCHWARZER, *Der kleine Unterschied,* 1975, S. 192 f. Nach SCHWARZER sei die Gebärfähigkeit auch der einzige Unterschied, der zwischen Mann und Frau bleibe. Alles andere sei künstlich aufgesetzt.

* Prof. Dr. Theodor **HELLBRÜGGE,** »Geschlechterunterschiede von Anfang an«, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 1.11. 2003.

US-Zeitung: Beethoven war ein Neger

Die angesehene Chicagoer Zeitung *The Chicago Defender* brachte am 6. Januar 1987 einen Artikel von Earl Calloway unter der Überschrift »WFMT ehrt schwarzen Komponisten Beethoven«. Darin heißt es unter anderem: »Das WFMT-Radio (98,7 FM) feiert den 216. Jahrestag der Geburt von Ludwig VAN BEETHOVEN (1770-1827) in einem Live-Konzert aus seinem Studio um sieben Uhr abends. Obwohl BEETHOVEN, der ein Schwarzer war, schon seit 159 Jahren tot ist, werden seine Werke immer noch mehr aufgeführt als die eines anderen Komponisten. . . Obwohl seine rassische Herkunft nicht so wichtig ist wie sein Beitrag zur Welt der Musik, ist es wichtig, daß die Welt sich bewußt wird, daß der schöpferische Genius aus der großen schwarzen Menschheit kam.«

Diese einschließlich der Überschrift dreimalige Hervorhebung der falschen Behauptung, der große deutsche Komponist sei ein Schwarzer gewesen, kann kein Flüchtigkeitsfehler gewesen sein. Dahinter steckt Methode. Und bei der großen Naivität und Unwissenheit der meisten amerikanischen Zeitungsleser ist dieser Methode sicher auch einiger Erfolg beschieden gewesen.

Das bestätigte eine Meldung der überwiegend deutschsprachigen Monatszeitung *Der Deutschamerikaner* (Februar 1987, S. 4), Sie brachte nach einer humorvollen Kommentierung der vorstehend genannten Nachricht ergänzend die Mitteilung, daß ein Beamter des deutschen Generalkonsulats wegen des Inhalts der oben aufgeführten BEETHOVEN-Meldung um Auskunft gebeten war. Als er dann wahrheitsgemäß verneint hatte, daß Beethoven ein Schwarzer gewesen sei, wurde er damit beschimpft, »daß er bei seiner Ungläubigkeit nur ein Rassist sein könne«.

So schnell wird man ein >Rassist< in den Augen mancher, vor allem linker Kreise. Tatsachen spielen dabei keine Rolle. Wenn die Wirklichkeit eine andere ist, als man sie gern haben möchte, ist es für diese Ideologen bedauerlich für die Wirklichkeit und kein Grund, die eigene Meinung zu hinterfragen oder gar zu ändern. Diesen Standpunkt vertrat insbesondere Jürgen HABERMAS als Vertreter der neomarxistischen »Frankfurter Schule<, die für ihre Perversion der Begriffe bekannt wurde. Für Andersdenkende, die der Wahrheit den Vorrang zubilligen und mit Argumenten nicht zu widerlegen sind, hat man schnell ein >Totschlagwort< wie >Rassist<, >Nazi<, >Ewiggestrigen zur Hand, und keiner wagt dann mehr, den so Diffamierten zu unterstützen und die von ihm vertretene Wahrheit öffentlich zu bekennen. ORWEIJ, läßt grüßen!

Zur Aufgabe der Presse heißt es im Bayerischen Pressegesetz § 3, Abs, 2, treffend in aller Kürze und Bestimmtheit: »Sie (die Presse) hat in Er-

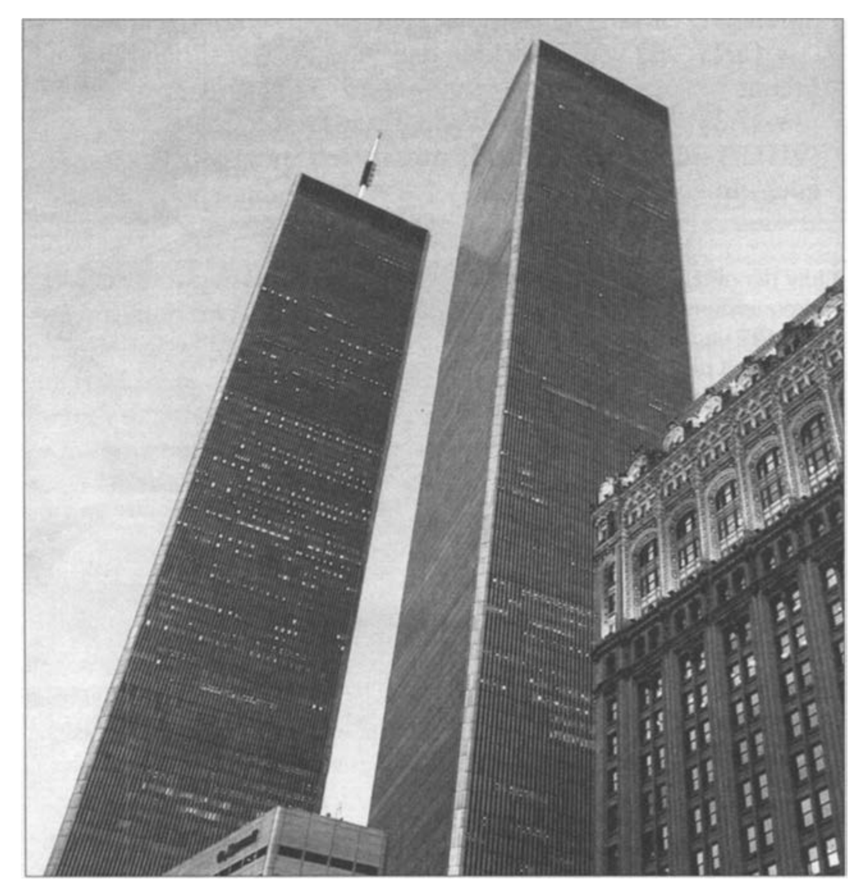
füllung dieser Aufgabe die Pflicht zu wahrheitsgemäßer Berichterstattung und das Recht, ungehindert Nachrichten und Informationen einzuholen, zu berichten und Kritik zu üben.« Die meisten Medien in der heutigen Bundesrepublik Deutschland geben jedoch dazu im Gegensatz der politischen Korrektheit den Vorzug und unterhöhlen damit eine der wichtigsten Voraussetzungen einer Demokratie. **Rolf Kosiek**

Zu den Attentaten vom 11. September 2001

Die Attentate vom 11, September 2001 boten der US-Regierung den wesentlichen Grund, den »Kampf gegen den Terror* einzuleiten und die geplanten Kriege in Afghanistan und gegen den Irak zu beginnen. Im Laufe der Zeit wurde die offizielle Darstellung der Ereignisse von New York und Washington immer unglaubwürdiger. Da dieses Geschehen auch weittragende Folgen für Deutschland hatte - Bundeswehreinsatz in Afghanistan und im östlichen Mittelmeer — sei eine Richtigstellung zur amtlichen Deutung als abschließender Beitrag dieses Bandes gebracht.

Etwas Ungewöhnliches passiert

Viele Menschen auf der ganzen Welt konnten am 11. September 2001 Zeuge ungewöhnlicher Ereignisse werden. Ein entführtes Flugzeug ra-



Die beiden stolzen Zwillingstürme des World Trade Center vor ihrer Zerstörung am 11. September 2001, Ihre Existenz und ihre Zerstörung sind mehr alsein Symbol.

Chronologie der Ereignisse am 11.9.2001

- 7:59 Flug AA 11 startet von Boston
- 8:14 Flug UA 175 startet von Boston
- 8:20 Flug AA 77 startet von Washington
- 8:42 Flug UA 93 startet von Newark
- 8:46 Flug AA 11 prallt auf den (?)Nordturm
- 9:03 Flug UA 175 prallt auf den Südturm
- 9:40 Flug AA 77 stürzt auf das Pentagon
- 9:59 Das Gebäude World Trade Center 2 (Südturm) stürzt wie bei einer kontrollierten Sprengung ein, angeblich durch Feuereinwirkung
- 10:06 Flug UA 93 stürzt bei Shanksville, Pennsylvania, ab
- 10:29 Das Gebäude World Trade Center 1 (Nordturm) stürzt wie bei einer kontrollierten Sprengung ein, angeblich durch Feuereinwirkung
- 16:25 Es wird berichtet, daß es im WTC7 brennt
- 17:25 Das Gebäude World Trade Center 7 (WTC7) stürzt wie bei einer kontrollierten Sprengung ein





Bilder der offiziellen Bildsequenzen: Die Bilder 147 und 227 zeigen - mit der Sturmspitze des mittleren Gebäudes verglichen -, daß die Explosionswolke sich nach unten entwikkelt und daß demnach mehrere Explosionen (Sprengungen) nacheinander erfolgt sein müssen. Nach: Gerhoch REISEGCER, ***Die Bildbeweise,*** **Hohenrain, Tübingen «2007.**

ste >life< in den Südturm des World Trade Centers in New York. Eine knappe Stunde später stürzte das Gebäude in sich zusammen, wie bei einer kontrollierten Sprengung. Etwas später stürzte der Nordturm, der bereits vor dem Südturm von einem Flugzeug getroffen worden war, ebenfalls wie bei einer kontrollierten Sprengung in sich zusammen. Die Aufnahmen von diesem Geschehen wurden wieder und wieder gezeigt. Das Pentagon in Washington wurde angeblich auch von einem Verkehrsflugzeug getroffen. Ein weiteres entführtes Verkehrsflugzeug stürzte in der Nähe von Shanksville, Pennsylvania, über freiem Gelände ab. Terroranschläge erschütterten die USA. Amerika wurde angegriffen. Von wem?

Die offizielle Version

Die Frage nach den Tätern wurde recht schnell beantwortet. Unter der Leitung von Osama BIN LADEN sollten 19 islamistische Attentäter insgesamt vier Verkehrsmaschinen in ihre Gewalt gebracht und dann die vorher ausgemachten Ziele angesteuert haben. Die USA seien ahnungslos gewesen. Vielleicht habe es ja vage Vorinformationen gegeben, aber nichts Konkretes. Es handele sich um eine hinterhältige Attacke. Präsident BUSH

kündigte an, Terroristen wie in einem Krieg zu bekämpfen. Der US-Kongreß bewilligte viele Milliarden Dollar für Vergeltung? schlage. Neue Gesetze schränkten die Freiheit der US-Bürger ein.

Die konspirationstheoretische Diskussion fangt an

Einige Zeitgenossen fanden allerdings, daß die offizielle Version nicht so ganz stimmen konnte. Der erste Kristallisationskeim der kritischen Diskussion war der Zusammensturz der WTC-Gebäude. Der Zusammensturz der Gebäude WTC2 (Südturm) und Wi'Cl (Nordturm) sah genauso aus wie eine kontrollierte Sprengung. Vielleicht war es ja eine kontrollierte Sprengung gewesen? Diese Diskussion wurde sofort nach den schicksalsträchtigen Ereignissen geführt und konnte bereits zwei Wochen nach dem Ereignis im Internet mitverfolgt werden.

Außerdem stürzte am Nachmittag des 11. September 2001 noch ein weiteres Gebäude des WTC-Komplexes genau wie bei einer kontrollierten Sprengung in sich zusammen, und zwar das Gebäude WTC7, Dabei war WTC7 noch nicht einmal von einem Flugzeug getroffen worden!

Die Sprengung eines Gebäudes erfordert eine längere Vorbereitung, so daß im Falle einer Sprengung Osama BIN LADEN eigentlich nicht als Täter in frage kam, sondern vielmehr jene, die die offizielle Version in die Welt gesetzt hatten: die US-Regierung selbst.

Weitere Gesichtspunkte der Ereignisse wurden kritisch beleuchtet. Auch beim angeblichen Selbstmordangriff auf das Pentagon mit einem ent-



Eine Explosion nach drei Seiten. Von einem Flugzeug hervorgerufen?

führten Passagierjet gab es Merkwürdigkeiten. Wo gab es Fotos, die Trümmer eines Passagierjets gezeigt hätten? Das Loch im Pentagon war viel zu klein für ein Flugzeug des Typs Boeing 757. Auch im Falle des angeblich über Shanksville abgestürzten Flugzeuges konnte man keine Flugzeugtrümmer auf Fotos entdecken.

Im Laufe der Diskussion wurden viele Fragen gestellt, auch **diejenige,** ob denn tatsächlich Flugzeuge in die Türme des World Trade Centers **geflogen seien oder** ob es sich **bei** den im Fernsehen gezeugten Bildern nur um Video **Simulationen** gehandelt haben könnte.

Ereignisse und Schlußfolgerungen

Aus den ungewöhnlichen Ereignissen wurden von offizieller Seite Schlußfolgerungen gezogen, die sehr vorgefertigt, aber dabei unlogisch wirkten.

Die USA waren angeblich angegriffen worden und wollten sich wie in einem Krieg wehren. Das Ziel war Afghanistan, weil sich angeblich Osama BIN LADEN dort versteckte. Wenn man wirklich hinter Bin Laden her war, warum startete man dann nicht eine Polizeiaktion in Afghanistan, um BIN LADEN ZU finden? Die Mehrzahl der angeblichen Terroristen waren saudi-arabische Staatsbürger. Warum fing man keinen Krieg mit Saudi-Arabien an? Der NATO-Verteidigungsfall wurde zum ersten Mal in der Geschichte ausgerufen, dabei handelte es sich doch um einen Terroranschlag? Der 11. September war das größte Verbrechen auf US-amerikanischem Boden, trotzdem wurde sofort mit der Spurenbeseitigung auf dem WTC-Gelände begonnen. Warum?

Die Ebenen der Konspiration

Die Ereignisse des 11. September 2001 wurden sofort instrumentalisiert und für die Verwirklichung von politischen und militärischen Zielen der USA ausgenutzt. Sie paßten der einzigen verbliebenen Weltmacht ein wenig zu gut ins Konzept. Der »Patriot-Act« ein Gesetz zur erheblichen Bescbneidung von Bürgerrechten, hatte in der Schublade geschlummert und wurde jetzt umgesetzt. Ein Angriffskrieg (gegen Afghanistan) wurde sofort begonnen. Ein weiterer (gegen den Irak) wurde vorbereitet und im Jahre 2003 angefangen.

Die Massenmedien machten sich auch weiterhin zum Büttel der US-Regierung und ließen nicht von ihrer Version der Ereignisse ab: Alles sei eine Kombination von Zufällen, schlechter (Organisation staatlicher Stellen und Fanatismus der Attentäter gewesen. Das Szenario blieb für US-Regierung und etablierte Massenmedien im großen und ganzen gleich.

Parallel dazu entwickelten Konspirationstheoretiker alternative Szenarios der Ereignisse. Im wesentlichen gibt es drei formulierte Ebenen der

Verschwörung: Auf der untersten Ebene habe die US-Regierung zwar von den bevorstehenden Terro ran schlagen gewußt, allerdings absichtlich nichts gegen deren Durchführung unternommen. In den USA wurde dafür der Ausdruck >LIHOP< (für >*Let it happen on purpose*<) geprägt. Auf der nächsten Ebene der Konspiration habe die US-Regierung in Zusammenarbeit mit Geheimdiensten zusätzlich unterstützend eingegriffen, mit Geld, dem Heranzüchten von Agenten und dem Verwirren von staatlichen Organisationen. Hierfür etablierte sich der Ausdruck >HIHOP< (für >*Help it happen on purpose*<). Auf der dritten Ebene der Konspiration schließlich steckt die US-Regierung selbst hinter den Anschlägen. Planung und Durchführung hätten in ihrer Hand gelegen. Der passende Ausdruck dafür ist >MIHOP< (für *Make it happen on purpose*<).

Die Entwicklung der Diskussion

In den ersten Monaten wurden die alternativen Sichtweisen fast nur im Internet diskutiert und waren daher für die Glaubwürdigkeit der offiziellen These nicht sehr gefährlich. Das Internet konnte ja als unseriöses Medium abgetan werden, auch wenn die etablierten Massenmedien allesamt selbst über Internetpräsenzen verfügen. Im März 2002 veröffentlichte der Franzose Thierry MEYSSAN sein Buch mit dem Titel *L'effroyable imposture* (deutsch: die erschreckende Behauptung). MEYSSAN legte überzeugend dar, daß gar kein Verkehrsflugzeug ins Pentagon geflogen sein konnte. Darüber hinaus stellte er ein schlüssiges Gegenszenario vor, wonach die US-Regierung selbst hinter den Anschlägen stecken mußte. Das Buch verkaufte sich in Frankreich sehr gut, da es auch Eingang in große Buchhandlungen bekam. Der Einfluß auf die Meinungsbildung war so stark, daß die US-Regierung etwas später 5 »Beweisfotos« veröffentlichte, die angeblich den Aufprall auf das Pentagon und die nachfolgende Explosion von Flug AA77 zeigen sollten.

Im August 2002 erschien das hervorragend bebilderte Buch von Eric HUESCHMID *PainfuiQuestions* in den USA. Es konzentriert sich auf die technischen Gesichtspunkte der Ereignisse und wirft wichtige Fragen auf. Auch für HUFSCHMID lautet die Schlußfolgerung, daß die US-Regierung zumindest an den Terroranschlägen beteiligt gewesen sein mußte.

Eine umfassende Widerlegung der regierungsamtlichen Darstellung brachte Gerhoch REISEGGER in seinen Büchern *Wir werden schamlos irregeführt* (2003) und *11. September: Die Bildbeweise* (2004). Über die Folgen hat Alain DE B ENG IST das Buch *Die Welt nach dem 11. September* (2002) veröffentlicht.

Im September 2002 erschien das erste Buch von Mathias BRÖCKERS über den 11. September mit dem Titel *Verschwörungen, Verschwörungstheori-*

en und die Geheimnisse des 11.9. BRÖCKERS ist wesentlich vorsichtiger mit seinen Schlußfolgerungen, aber das Buch ist hervorragend recherchiert und außerdem ein großer Verkaufserfolg. So langsam konnte man die Konspirologen nicht mehr unter den Tisch kehren. Weitere wichtige kritische Bücher erschienen in deutscher Sprache.

Im März 2003 geschah das nächste Verbrechen: der völkerrechtswidrige Krieg der USA gegen den geschwächten Irak. Dann gibt es im September 2003 in Berlin ein Symposium mit dem Titel »Unanswered Questions Demanding Answers«. Konspirationstheoretiker diskutieren die Frage nach den Schuldigen. Die kritischen Stimmen gegen die US-Regierung überwiegen bei weitem. Fast zeitgleich erscheint *Der Spiegel,* Nr, 37/ 2003 und suggeriert uns schon auf der Titelseite, daß die 9-11-Kritiker absurden Gedanken folgen und die Wirklichkeit auf den Kopf stellen wollen. Sie sind »Phantasten«, »machen passend, was nicht paßt« und »biegen Aussagen und Sachverhalte zurecht«. Die Diskussion wird von Seiten der Etablierten zunehmend diffamierender. Das Jahr 2004 bringt den offiziellen Bericht der Kommission der US-Regierung über die Geschehnisse des 11. September 2001, der vielleicht manche beruhigt. Die Antwort der »Konspirologen« läßt allerdings nicht lange auf sich warten. Weitere Bücher und Filme erscheinen. Die Argumente der Kritiker finden immer weitere Verbreitung. Im März 2005 geht die US-amerikanische Zeitschrift *Popular Mechanics* auf viele Argumente ein und widerlegt sie nach eigener Angabe. Die 9-11-Kritiker antworten auf ihren Webseiten und nennen die Zeitschrift fortan *Propaganda Mechanics.* Der US-Multimilliardär Jimmy WALTER läßt sich von den Kritikern überzeugen und investiert erhebliche Mittel in eine Kampagne gegen die etablierte Version. Unter anderem finanziert er Mitte 2005 die >9/11 Truth European Tour«, bei der in mehreren europäischen Großstädten Symposien abgehalten werden. Die Berichterstattung der *Mainstream*-Presse über diese Symposien ist fast immer sehr dünn. Ebenfalls 2005 erscheint der 9-11 -kritische Film *Loose Change.* Er ist für die offizielle Version gefährlich, weil er im Internet weiteste Verbreitung findet. Der Schlagabtausch geht bis heute weiter.

Verteidigungslinien der Mainstreammedien

Gleich, welche Argumente für eine Beteiligung der US-Regierung an den Ereignissen des 11. September 2001 auch kommen mögen, für die *Mainstreammedien* heißt es entweder übersehen, oder schlechtmachen, oder Gegenargumente finden. Ebenfalls ist unwichtig, was man vorher selbst geschrieben haben mag. Es sind und bleiben die »von islamistischen Extremisten verübten Terroranschläge«, Für die Argumente der Konspirologen »gibt es keine Beweise«. Allerdings gibt es für die offizielle Version ebensowenig Beweise.

Die Argumente

Die wichtigsten Argumente der Konspirologen können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Der Pentagon-Crash

Ins Pentagon ist am 11, September 2001 kein Verkehrsflugzeug geflogen, sondern ein kleineres Flugobjekt, das entweder eine *Cruise Missile* war oder eine Drohne z. B. des Typs »Global Hawk<.

• Es fehlen Flugzeugtrümmer, Bei jedem Flugzeugabsturz werden die Trümmer untersucht, um die mögliche Absturzursache zu ermitteln. Flugzeuge stürzen ab, aber sie verschwinden nicht!



Die kurz nach dem Anschlag auf das Pentagon entstandene Aufnahme zeigt keine Überreste eines Flugzeuges. Ein Großraumflugzeug löst sich nicht rückstandslos auf.

• Die Beschädigung an der Fassade des Pentagons ist zu klein.

• Die obere Kante des Pentagons stürzte erst mehrere Minuten nach dem Aufprall eines Flugobjektes ein.

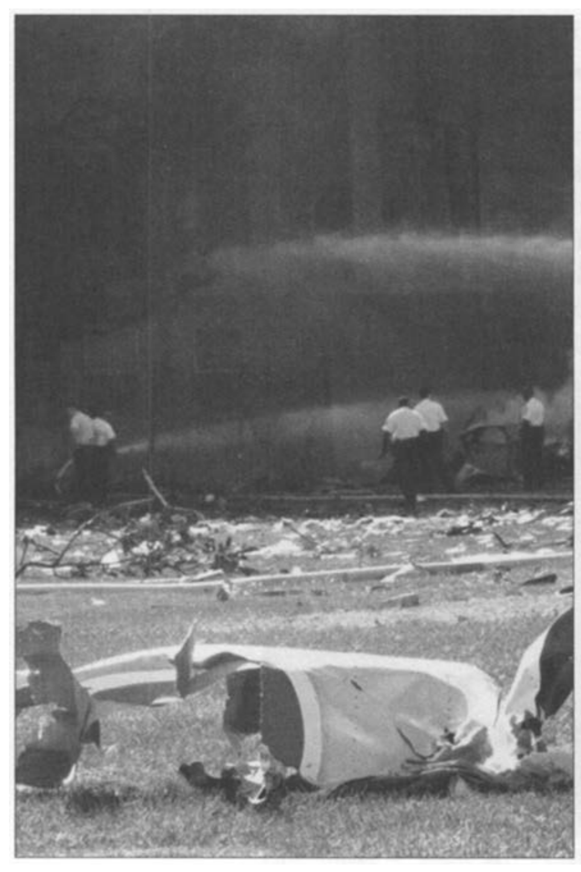
• Der Rasen vor dem Pentagon war unbeschädigt, obwohl eine Verkehrsmaschine aufgrund ihrer Größe wohl über den Rasen gerutscht sein müßte, um ins Erdgeschoß des Gebäudes zu fliegen.

• Das erforderliche Flugmanöver ist bei weitem zu anspruchsvoll für Hobbypiloten,

• Ausgerechnet ein gerade renovierter und daher so gut wie menschenleerer Teil des Gebäudes wurde getroffen.

• Die angeblichen von einer Überwachungskamera aufgenommenen fünf >Beweisfotos< wurden erst im März 2002 veröffentlicht.

• Auf den >Beweisfotos< ist nur ein schemenhafter heller Schatten zu sehen, keinesfalls ein Flugzeug.





Links: **Der sogenannte Beweis für die Existenz eines Flugzeugs. Das Stück Blech entspricht allerdings keinem Teil einer Boeing-Maschine vom Typ 757-200.** *Rechts:* **Eine Austrittsöffnung von 2,3 m Durchmesser, etwas zu wenig für eine Boeing-Maschine. Beide Abbildungen aus: Thierry** MEYSSAN, *Pentagate,* **de facto, Kassel 2003.**

2. Der Shanksville-Crash

Das vierte angeblich entführte Flugzeug ist nicht in der Nähe von Shanksville abgestürzt. Entweder handelt es sich um eine komplette Inszenierung, oder das Flugzeug wurde vorher von einem Abfangjäger abgeschossen.

- Es gibt keine Fotos von Flugzeugtrümmern.
- Der Bürgermeister des Städtchens Shanksville, Ernie Stull, sprach davon, an der »Absturzstelle« kein Flugzeug gesehen zu haben.
- Zeugenaussagen von Reportern bestätigen, daß keine Flugzeugtrümmer aufzufinden waren.

3. WTC7 wurde gesprengt

Ins WTC7 ist kein Flugzeug geflogen. Das 47stöckige Gebäude stürzte am Nachmittag des 11. September 2001 wie bei einer kontrollierten Sprengung ein, weil es sich höchstwahrscheinlich um eine kontrollierte Sprengung handelte!

• Es ist vorher noch nie ein Stahlhochbau nur aufgrund eines Feuers eingestürzt.

• Der offizielle FEMA-Bericht gibt an, daß die Gründe des Einsturzes unklar sind.

• Erst am Nachmittag des 11, September 2001, um ca. 15:00, wird berichtet, daß es im WTC7 brennt.

• Fotos und Filme dokumentieren eine saubere Sprengung um ca. 17:25 Ortszeit, bei der das Gebäude auf seinem Grundriß in sich zusammensinkt,

• Der Pächter der Gebäude, Larry SII.VERSTF.IN, gibt in einem Fernsehinterview selbst an (zu), daß er zusammen mit der Feuerwehr von New York City die Entscheidung fällte, das Gebäude herunterzuziehen *(>to Pull it<).*

• Die Trümmer wurden beseitigt, ohne daß die Einsturzursache feststeht und ohne eine überzeugende und beruhigende Erklärung außerhalb der Sprengthese.

4. WTC1 und WTC2 wurden ebenfalls gesprengt

In jeden der beiden Türme sei eine zweistrahlige Maschine geflogen. Die Flugzeuge können aber nicht der Grund des Einsturzes der Türme gewesen sein, aus folgenden Gründen:

• Der Flugzeugaufprall verursachte eine einseitige Beschädigung der Türme, so daß eine asymmetrische Struktur auftrat. Warum sollte eine eingekerbte, asymmetrische Struktur perfekt symmetrisch zusammenstürzen?

• Das Kerosin wurde in einer Explosion innerhalb von wenigen Sekunden chemisch umgesetzt, und das auch noch in der Hauptsache außerhalb der Gebäude. Dies wurde fotographisch eindrucksvoll festgehalten. Es kann daher nicht zu einer wesentlichen Erwärmung der Gebäude beigetragen haben.

• Menschen haben sich an der Einschlagstelle vorbei nach unten durchgeschlagen, ohne zu verbrennen.

• Menschen haben sich im Bereich der Einschlagstelle gezeigt.

• Menschen haben sich oberhalb der Einschlagstelle gezeigt. Sie haben sich an der Stahlkonstruktion der Türme abgestützt, ohne sich zu verbrennen. Bei der guten Wärmeleitung von Stahl ist dies ein Widerspruch!

• Die Türme fielen innerhalb weniger Sekunden zusammen, so, als ob die Struktur der Gebäude unterhalb der Einschlagstelle gar nicht aus Stahl und Stahlbeton gewesen wäre und den von oben herabfallenden Teilen des Gebäudes gar keinen Widerstand entgegengesetzt hätte.

• Die Trümmer wurden beseitigt, ohne daß die Einsturzursache feststeht.

• Zeugen, darunter auch Feuerwehrleute, haben von Explosionen gesprochen,

5. Die Terrorpiloten waren wahrscheinlich gar nicht in den Flugzeugen

Die angeblichen Terrorpiloten standen nicht auf der veröffentlichten Passagierliste. Sie haben demnach die Eincheckprozedur nicht durchlaufen!

6. Die Terrorpiloten konnten wahrscheinlich gar nicht richtig fliegen

Die angeblichen Terrorpiloten waren weit davon entfernt, hervorragende Piloten zu sein. Einige Fluglehrer gaben sogar an, daß ihre Schützlinge gar nicht fliegen konnten.

7. Die Insidergeschäfte mit Aktien waren nicht das Werk islamistischer Terroristen

Kurz vor dem 11. September 2001 wurde gegen United Airlines und American Airlines spekuliert. Die Namen der dafür Verantwortlichen wurden nicht ermittelt oder nicht veröffentlicht.

8. Die Anthraxbriefe kamen aus amerikanischen Biowaffenlaboren

Nur in den USA gibt es das nötige *Know-how*, um die Milzbrandsporen korrekt aufzubereiten.

9. Das Geständnisvideo ist wahrscheinlich eine Fälschung

BIN LADEN hat die Anschläge angeblich gestanden. Aber:

Das deutsche Fernsehmagazin *Monitor* hat auf Unstimmigkeiten der englischen Übersetzung hingewiesen.

Osama BIN LADENS Gesicht ist auf dem Geständnisvideo merkwürdig verändert, besonders die Nasen- und die Wangenparde lassen darauf schließen, daß es sich nicht um dieselbe Person handelt.

10. Die kolportierten Handyanrufe sind technisch nicht möglich

Die als Beweise für eine Flugzeugentführung herangezogenen Handyanrufe aus hoch fliegenden Verkehrsmaschinen sind technisch unmöglich. Als Folge gibt es keine Beweise für Flugzeugentführungen!

11. Die US-Regierung hat seit dem September eine freie Aufklärung behindert

Erst 411 Tage danach wurde eine angeblich »unabhängige« Untersuchungskommission eingesetzt. Diese wurde allerdings nach allen Regeln der Kunst an ihrer Arbeit gehindert. Senatoren und keine mit kriminalistischen Gepflogenheiten vertrauten Agenten stellten Fragen, die zum größten Teil nur ausweichend oder gar nicht beantwortet wurden.

12. Spurenbeseitigung

Die Attacken waren das größte Verbrechen in der Geschichte der USA, und trotzdem wurde sogleich mit der Spurenbeseitigung begonnen, ohne daß das Verbrechen in zufriedenstellender Weise aufgeklärt wäre.

• Controlled Demolition Inc. wurde sofort nach dem Ereignis von der US-Regierung beauftragt, die Trümmer des WTC-Komplexes zu beseitigen.

• Mitarbeitern des Pentagons wurde sofort nach dem Crash gesagt, sie sollten alle Trümmerteile des wie auch immer gearteten Flugobjektes, das ins Pentagon flog, wegräumen.

13. Die Flugabwehr der USA war merkwürdig unfähig

Man kann versuchen, die mangelnde Leistungsfähigkeit der US-amerikanischen Flugabwehr am 11. September 2001 mit Unfähigkeit zu erklären. Merkwürdigerweise waren die meisten einsatzbereiten Flugzeuge just an jenem Tage in Übungen gebunden (Vigilant Warrior). In der Summe:

• Flug AA 11 (Nordturm) hätte bei funktionierender Flugabwehr abgefangen werden können, wurde aber nicht abgefangen!

• Flug UA 175 (Südturm) hätte bei funktionierender Flugabwehr abgefangen werden können, wurde aber auch nicht abgefangen! 17 Minuten hegen zwischen den beiden Flugzeugcrashs in die Türme des WTC!

• Flug AA 77 (angeblicher Crash ins Pentagon) flog ca. 50 Minuten unbehelligt im Luftraum umher, wobei offizielle Angaben zugrunde liegen, (Es gibt natürlich berechtigte Zweifel, daß überhaupt ein zweistrahliger Passagierjet ins Pentagon geflogen ist, siehe Argument Nr.l.)

Alle Argumente der 9-11-Kritiker widerlegt?

Auf (fast) alle obengenannten Argumente der kritischen Szene ist die *Maifisireamptcssc* in der Zwischenzeit eingegangen. Die offizielle Version ist angeblich doch glaubwürdig. Zeugen haben dieses und jenes bestätigt. Vor kurzem zum ersten Mal veröffentlichte Aufnahmen zeigen neue Erkenntnisse. Flugzeugtrümmer wurden doch gefunden. Hier sind die seit kurzem freigegebenen Beweisfotos. Es tauchen neue Passagierlisten auf, nunmehr sind die angeblichen Terroristen vermerkt. Hochhäuser

können nach einem Brand durchaus wie bei einer kontrollierten Sprengung einstürzen. Beauftragte oder selbsternannte Experten können es bestätigen.

Glauben oder Wissen(schaft) - was wirklich zählt

letzten Endes ist der normale Mensch so angelegt, daß er das glaubt, was er glauben will. Die von den etablierten Medien übermittelte offizielle Version läßt ihm ein einigermaßen intaktes Weltbild. Es wäre doch schlimm, wenn die US-Regierung selbst hinter 9-11 stecken würde, und fast jede Regierung auf diesem Planeten hilft doch im >Krieg gegen den Terrorismus<?

Allerdings, uns beeindrucken keine nach mehreren Jähren freigegebenen Beweisfotos und keine Zeugenaussagen, keine neuen Antworten auf vor sechs Jahren formulierte kritische Fragen, keine neuen Experten mit neuen Computersimulationen und neuen Theorien. Simulationen und Theorien bestehen nur dann, wenn sie in der Praxis vorhersagbare Ergebnisse hervorbringen. Keine technische Innovation wurde jemals mit Glauben allein entwickelt.

Wir kommen zurück auf die zentrale Frage: Ist es möglich oder ist es nicht möglich, ein Hochhaus durch einen Brand ähnlich wie bei einer kontrollierten Sprengung in seine Bestandteile zu zerlegen? Die Beantwortung der Frage könnte uns neue Technologien zum Abriß von unbrauchbar gewordenen Gebäuden bescheren. Vor dem 11. September 2001 hat kein Großbrand ein Hochhaus in seine Bestandteile zerlegt. Nach dem 11. September 2001 ebenfalls nicht!

Nach dem 11. September 2001 brannte es im Oktober 2004 im höchsten Gebäude Venezuelas zwölf Stunden lang. 15 der insgesamt 56 Stockwerke wurden verwüstet, das Gebäude fiel aber nicht in sich zusammen.

Ein heftiges Feuer brannte im Februar 2005 im Windsor Tower in Madrid, und die Feuerwehr brauchte fast 24 Stunden, um das Feuer zu löschen. Das Gebäude stürzte nicht zusammen!

Es wäre um ein Vielfaches billiger, einige Tonnen Kerosin in einem Gebäude zum Entflammen zu bringen, als ein ganzes Gebäude für eine kontrollierte Sprengung vorzubereiten. Die Beantwortung der zentralen Frage müßte daher auch aus ökonomischer Sicht überaus interessant sein. Die Trümmer des WC-Komplexes sind allerdings seit Mai 2002 als Schrott verkauft, und damit ist die Beweismittelvernichtung abgeschlossen,

Hans Flink

Mein Lieb für Europa

Gtocgt FotelHtr

Dos alte Europa
bann noth nldjt fterben,
unter bronöigen Narben
podjf Itach [ein Blut,
treibt buccb Kanäle,
Ättetien unb Venen,
Idjie^t öurdj bie Glieber
unb Hetzgeffi^e,
[pült über Sdjutt
unb Aid)e unb Trümmer
bie bin zur Nogat,
Weltfjfel unb Ober,
podjt tief Im Küftentoum
öcs Kanals unb Ätlantih.

Rom heifit [ein Htcz,
Poris ein anörcs.
Lonbon, Berlin,
Den Haag unb Mobtiö.
Das alte Europa
tjot oiele Herzen,
hat olcle Kronen,
öle nie oerbunheln.

Sag Moehau unb füljle:
Du bift allein.
Nenne Nero Yoch,
unb bu blft
in ber Ftembe.

Sdjangfjai, Bennies
finb Abenteuer,
Sybncg unb Rio:
ein Grulj aus ber Fetne.

Wo bein Traum
bidj aud) eintreibt,
ftets heljtft bu mitber
t)tim nadj Athen,
nadj Wien ober Oslo.

Sag nuc: Europa
unb I]ord] auf bein Herz.
Zroftdjcn Feuer unü Eiß
glimmt aptilne Luft.
Der Himmel ilt näher
unb lüfjec bie Erbe.
Die Stuben ftnä eng
unü oollet Gefühl.

Dicht beieinander
Ipflrtt öu bie Gräber,
Ipürft bu bie Väter
bei jebem Schritt.

Hotd) auf bein Hetz:
Europa ftitbt nidjf.
Es bann nietjt fterben,
folang üu es liebft.

Die Antwort der deutschen Kriegsgeneration auf die europäische Katastrophe 1945: Kulturbewußtsein und Stolz auf die abendländische Vergangenheit statt Traditionszerstörung und Spaßgesellschaft. Aus: August Friedrich VELMEDE **(Hg.),** *Unvergeßliches Abendland,* **2. Folge, Bertelsmann, Gütersloh 1953.**

Pursonenverzeichnis

C

I

J

K

L

M

N

O

P

Q

R

T

U

V

W

Z

im Grabert-Verlag









Peter H. Nicoll
Englands Krieg gegen Deutschland
4. Auflage, 576 S., Klappenbr., 16 Abb.
€ 16.90
ISBN 3-87847-183-1

Gerhard Baumfalk
Tatsachen zur Kriegsschuldfrage
752 S., Leinen, 150 Abb., zahlr. Tabellen
€ 34.90
ISBN 3-87847-189-0

Andreas Naumann
Freispruch für die Deutsche Wehrmacht
736 S., Leinen, 231 Abb., Personenverzeichnis € 29.80
ISBN 3-87847-215-3

Friedrich Georg
Verrat in der Normandie
2. Aufl., 360 S., Ln., 200 Abb. € 19.80
ISBN 978-3-87847-237-7



Hamilton Fish
Der zerbrochene Mythos
Roosevelts Kriegspolitik 1933–1945
278 S., Pb.,
€ 15.30
ISBN 3-87847-059-2

Wolfgang Popp
Wehe den Besiegten!
Versuch einer Bilanz der Folgen des Zweiten Weltkrieges für das deutsche Volk
4. Auflage, 544 S., Klappenbr., 53 Abb. € 17.80
ISBN 3-87847-191-2

Claus Nordbruch
Der deutsche Aderlaß
Versuch einer Bilanz der Folgen des Zweiten Weltkrieges für das deutsche Volk
2. Auflage, 512 S., Klappenbr., 150 Abb. €17.80
ISBN 3-87847-194-7



DER GROSSE WENDIG

Richtigstellungen zur Zeitgeschichte

Die durch ein falsches Geschichtsbild verursachte bundesdeutsche Wirklichkeit kommt in den beiden nachfolgenden genannten Fällen in bezeichnender Weise zum Ausdruck:

1. Ein als national bekannter, seit jeher parteiloser Publizist erhielt die Einladung zur Klassenfeier anläßlich des 60. Jahrestages seiner Einschulung. Nach erfolgter Zusage bekam er vom Organisator des Treffens ein Schreiben, daß er nicht kommen solle, da sich einige seiner ehemaligen Klassen›kameraden‹ nicht mit ihm sehen lassen wollten und bei seiner Teilnahme nicht kämen.

2. »Der Hotelverband in Brandenburg will für seine etwa 1100 Mitglieder Handreichungen zum Umgang mit Funktionären von NPD und DVU erarbeiten. In Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz soll erklärt werden, wie Hoteliers korrekt Übernachtungswünsche rechtsextremistischer Personen ablehnen können. Wirtschaftsminister Junghanns (CDU) unterstützt das Vorhaben: Es sei den Besuchern nicht zuzumuten, in einem Hause mit Leuten zu übernachten, ›deren Auftreten von Fremdenfeindlichkeit geprägt ist‹.« (*FAZ* 3. 11. 2007, S. 4)

Dabei gilt seit kurzem in der Bundesrepublik Deutschland ein Anti-Diskriminierungsgesetz, das Benachteiligungen auf grund von Herkunft, Rasse, Religion oder politischer Gesinnung bei Strafe verbietet. Fragt man nach den Begründungen für die Haltung der in den genannten Beispielen so intoleranten Verantwortlichen für diese ›Diskriminierung‹ politisch Andersdenkender, so stößt man auf deren einseitig verzerrtes Geschichtsbild, aus dem, verbunden mit hohem Ethikanspruch, die sonst heftig abgelehnte Intoleranz erwächst. Die Umerziehung hat in den vergangenen Jahrzehnten die von den Siegern des Zweiten Weltkrieges den Deutschen indoktrinierte falsche Sicht der Geschichte des 20. Jahrhunderts zum Allgemeingut werden lassen. Selbst intelligente und sonst durchaus kritische Persönlichkeiten erkennen vielfach nicht die Widersprüche und

GRABERT-VERLAG-TÜBINGEN

Fehler in den üblichen Darstellungen dieser Geschehnisse und ziehen aus den von ihnen geglaubten falschen Geschichtsbehauptungen der Umerziehung die falschen Schlüsse. Sie erkennen nicht oder weigern sich, davon Kenntnis zu nehmen, daß hier mit vielen Halbwahrheiten, die bekanntlich gefährlicher als Lügen sind, ihnen wichtige geschichtliche Vorgänge so geschildert wurden, wie sie eben nicht stattgefunden haben.

Eine Richtigstellung ist deswegen erforderlich. In mehr als 200 Einzelfällen wird in diesem Band aufgezeigt, wie die in den Medien und von Politikern veröffentlichte Darstellung der Zeitgeschichte zum Schaden und zur Belastung Deutschlands verfälscht wurde und wie das Geschehen jeweils in Wirklichkeit anders, als heute in der Regel geschildert, verlief. Gegen Fälle überwiegend bewußter Manipulation und Verbiegung der Geschichte auftretende Universitäts-Historiker wie H. Diwald oder E. Nolte wurden diffamiert, erhielten Schreibverbot in den großen Zeitungen, wurden moralisch geächtet und entgingen nur knapp der Entlassung. Ihre Amtskollegen schwiegen dazu weithin und wagten nicht, ihre wahre Ansicht zu äußern. Darum mußten Nichtuniversitäts-Historiker die Aufgabe der Erarbeitung dieser Richtigstellung übernehmen. Sie ist jedoch darum nicht weniger wissenschaftlich, wie die vielen angeführten Belege beweisen.

Eine dauerhafte Zukunft kann nur auf einem richtigen Geschichtsbild begründet werden. Nach einiger Zeit können sich offenkundige Falschbehauptungen nicht mehr halten, und die geschichtliche Wahrheit kommt an Licht. Im Historikerstreit 1986 konnte von einflußreichen Kreisen der 68er um Jürgen Habermas die Historisierung und sachliche Betrachtung der deutschen Zeitgeschichte noch einmal zugunsten vieler Tabus der herrschenden politischen Korrektheit unterdrückt werden. Auf die Dauer gelingt das nicht mehr. Dazu bietet dieser Band viel Material.

GRABERT-VERLAG-TÜBINGEN

Dieser vorliegende dritte Band bringt eine wertvolle Ergänzung der beiden ersten. Er umfaßt wie diese die letzten rund 150 Jahre der deutschen Geschichte und stellt auf mehr als 900 Seiten in über 200 einzelnen Fällen Fälschungen und Verzerrungen zu Einzelfragen der Zeitgeschichte richtig, die im Rahmen der Umerziehung der Deutschen in den letzten Jahrzehnten öffentlich verbreitet wurden. Da solch eine einseitige und in der Regel zu Lasten Deutschlands vorgenommene Geschichtsdarstellung eine enorme politische Auswirkung hat, indem sie die Zukunft unseres Volkes stark belastet, sollte eine solche Richtigstellung für jeden verantwortungsbewußten Bundesbürger wesentlich sein.

Weil im letzten Jahrzehnt eines der Hauptziele der Umerziehung der Deutschen die – ungerechtfertigte – Beschuldigung der Deutschen Wehrmacht war – etwa im Rahmen der Heer-Reemtsmaschen Anti-Wehrmachtausstellung –, liegt ein Schwerpunkt dieses Bandes auf der Widerlegung dieser unberechtigten Angriffe gegen das deutsche Heer, auch im Ersten Weltkrieg. Ausführlich werden die wirklichen Tatsachen über die bisher den deutschen Soldaten vorgeworfenen Massaker im Osten dargeboten. Auch durch die politische Korrektheit immer noch weithin tabuisierte Bereiche wie die Umstände und Opferzahlen in den Konzentrationslagern oder die Beurteilung des Landesverrats im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 werden mit genauen Belegen sachlich behandelt – eine notwendige Korrektur zur veröffentlichten Meinung.

ISBN 978-3-87847-235-3
ISSN 0564-4186



GRABERT